This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

A 826,822

L. Berger.

Der alte Harkort.

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
ARTES SCIENTIA VERITAS
1817

Nach dem Oelbilde von W. Volkhart, 1859.

Das Leben gilt nichts ohne die Treue!

Friedrich Barbarossa

Der alte Harkort.

Ein Westfälisches Lebens- und Zeitbild.

Von

L. Berger (Witten), M. d. A.

Mit dem Bildnis Harkorts
und
Abbildungen seiner Grabstätte und des Harkort-Denkmals.

Vierte Auflage.
Volksausgabe.

Leipzig.
Verlag von Julius Baedeker.
1902.

Alle Rechte vorbehalten.

Vorwort.

Das Leben des Weſtfalen, deſſen Schilderung der Zweck dieſes Buches iſt, begann in jener furchtbaren Umwälzungs-Periode, als das Franzöſiſche Volk ſeinen König mordete und ſich ſelbſt zu zerfleiſchen anſchickte; als das heilige Römiſch-Deutſche Reich ein verächtliches Staatengemengſel bildete und nur auf einen kräftigen Stoß wartete, um in Trümmer zu zerfallen. Er war ein Knabe, als der neue Beherrſcher Frankreichs die Monarchie Friedrichs des Großen zu Boden ſchmetterte; ein Jüngling, als er die Waffen ergriff, um in einem Völkerkriege ſondergleichen ſein zertretenes Vaterland von der Fremdherrſchaft befreien zu helfen. Als Mann ſtand er in der vorderſten Reihe derer, welche durch Wort, Schrift und Beiſpiel die wirtſchaftliche Entwickelung des Landes zu fördern trachteten, für die rechtzeitige Gewährung geſetzmäßiger Freiheit eintraten, und die Verbeſſerung der Schule und der Lage der arbeitenden Klaſſen anſtrebten. Der heranſtürmenden Revolution leiſtete er ebenſo mannhaften Widerſtand, wie der ihr folgenden Reaktion. Er verteidigte die Landwehr und verlangte die Schaffung einer Seewehr. Als Greis erlebte er die Gründung des neuen Deutſchen Reiches durch Kaiſer Wilhelm den Erſten und erblickte, nachdem er ein Vierteljahrhundert als erwählter Volksvertreter gewirkt, am Abend ſeines Lebens das geeinigte Deutſchland auf einer früher nie geahnten Staffel der Macht und Größe.

Von einem ſolchen reichen und gemeinnützigen Leben und Streben der Nachwelt ein umfaſſendes Bild zu ſchaffen, erſchien den Freunden des Verſtorbenen als gebotene Pflicht. Vielſeitig aufgefordert, derſelben durch Abfaſſung dieſer Schrift zu genügen, zögerte ich lange, dem nachzukommen, weil ich ſelbſt fühlte, wie ſehr nahe Familienbande, langjährige politiſche Kampfgenoſſenſchaft und perſönliche Verehrung für denjenigen, deſſen Wirken ich ſchildern ſollte, mir eine objektive Darſtellung erſchwerten. Wenn ich trotzdem das vorliegende Buch den Leſern darbiete, ſo mögen dieſelben ſich

von vornherein überzeugt halten, daß mich bei seiner Abfassung jederzeit das redlichste Streben nach Unparteilichkeit geleitet hat. Im übrigen habe ich die Arbeit mit Liebe ausgeführt, wenn auch deren Schwierigkeiten sich vermehrten durch den Mangel geordneten Materials wie durch die Notwendigkeit, den zu schildernden Lebenslauf auf dem Hintergrunde der begleitenden geschichtlichen Ereignisse darzustellen. Mich leitete dabei nicht allein die Absicht, dem Andenken eines von vielen hochverehrten Mannes nach schwachen Kräften einen Denkstein zu setzen, sondern ich wünschte auch für die politische und die Kultur-Geschichte meiner teuern Westfälischen Heimat einen Beitrag zu liefern. Endlich wollte ich auch der lebenden jüngeren Generation in einem Einzelbilde zeigen, was das heute so viel angegriffene freigesinnte Bürgertum im Laufe des 19. Jahrhunderts für Preußen und Deutschland geleistet hat, und wie die meisten der großen Güter, deren sie sich, oft wenig dankbar, erfreut, nur die Früchte sind der schweren Arbeit vorhergegangener Geschlechter und einzelner hervorragender Männer, die jetzt das Grab deckt. „Kein Volk hat bessern Grund als wir," sagt Treitschke in seiner Deutschen Geschichte, „das Andenken seiner hart kämpfenden Väter in Ehren zu halten; und kein Volk, leider! erinnert sich so selten, durch wieviel Blut und Thränen, durch wieviel Schweiß des Hirnes und der Hände ihm der Segen seiner Einheit geschaffen wurde."

Von gleicher Anschauung ausgehend, bemerkt Gustav Freytag irgendwo: „Die Deutschen wollten nicht gerne über die Zeiten vor 1866 Geschichte lesen; sie seien froh, erreicht zu haben, was sie besäßen." Wenn das richtig ist, so könnte auch die vorliegende Geschichte eines Lebens, dessen Bedeutung weit in die Zeit vor 1866 fällt, zum guten Teile überflüssig erscheinen. Doch wie dem auch sein möge — in jedem Falle verbleibt mir, dem Sohne, der schönste Teil meiner Aufgabe, nämlich das Gedächtnis des hart kämpfenden Vaters in Ehren zu halten und ihm ein Erinnerungsblatt zu weihen, das hoffentlich bei jenen eine freundliche Aufnahme finden wird, denen Dankbarkeit kein leerer Schall ist. „Denn tüchtiges Leben," sagt gleichfalls Freytag, „endet auf Erden nicht mit dem Tode; es dauert fort in Gemüt und Thun der Freunde, wie in den Gedanken und der Arbeit des Volkes."

Horchheim am Rhein, September 1890.

Inhalt.

	Seite
Namens- und Sach-Register	VII
Erstes Kapitel: Vaterhaus und Familie	3
Zweites Kapitel: Die Grafschaft Mark im Ausgang des 18. Jahrhunderts	22
Drittes Kapitel: Die Jugendzeit	73
Viertes Kapitel: Die Befreiungskriege	111
Fünftes Kapitel: Ein Bahnbrecher der Industrie	143
Sechstes Kapitel: Öffentliche Wirksamkeit in der Versumpfungs-Periode	179
Siebentes Kapitel: Eisenbahnen und Rhein-Seeschiffahrt	222
Achtes Kapitel: Kampf für die Schule und die arbeitenden Klassen	280
Neuntes Kapitel: Die Revolution von 1848	333
Zehntes Kapitel: Die Übergangsjahre 1849 und 1850	393
Elftes Kapitel: Die Reaktionszeit	452
Zwölftes Kapitel: Neue Ära und Konflikts-Periode	544
Dreizehntes Kapitel: Die letzten Lebensjahre	606

Namens- und Sach-Register.

A.

Achenbach, Dr. K., 57. 330.
Adel, 42. 199. 200. 201. 329. 511. 525. 526.
Aders, Jacob, 150. 173. 174.
Aegidi, Prof. Dr., 395.
Altena, Stadt und Kreis, 5. 28. 36. 40. 49. 52. 53. 69. 74. 119. 356. 388.
Altenberg, Dom zu, 184.
Altenstein, Minister, 198. 200. 221.
Alter Stamm, 154. 473.
Angern, Minister von, 33. 62. 92.
Anna Iwanowna, Zarin, 55.
Anselmus, Abt, 64.
Anzeiger, siehe Westfälischer Anzeiger.
Arbeiterbriefe, 347. 351. 420.
Arbeiterspiegel, 634.
Arbeiter-Verhältnisse, 171. 211. 216. 291. 307. 312. 314. 509. 529. 563. 613. 616. 620.
Arndt, E. M., 140. 180. 288. 451. 538.
Arnim, Graf A., 341. 405.
Aschenberg, Konsistorialrat, 90. 117. 149. 180. 182.
Auerswald, A. von, 354. 395. 538.
Auerswald, R. von, 368. 369. 374. 378. 380. 475. 545. 575.
Auerswald, General von, 382.
Aufermann, W., 628.
Ausstellung, Londoner, 474.
Auswanderung, 571.

B.

Baedeker, Generalsuperintendent, 90. 186.
Bährens, Dr., Prediger und Arzt, 90.
Balster, Lehrer, 289.
Bankwesen, 190. 322. 454. 477. 480. 513. 526. 541.
Bauernstand, Märkischer, 35. 201. 217. 219. 311. 329.
Becke, Conrad von der, 53.
Becker, Dr. H., 87. 183. 305. 576. 623.
Beckerath, H. v., 380. 407. 427. 548.
Begräbnis, 643.
Beiträge zur Geschichte Westfalens, 641.
Belgien, 247. 320. 334. 336. 348.
Belle-Alliance, Schlacht bei, 133. 420. 549.
Bemerkungen über die Preußische Volksschule, 636.
Bennigsen, von, 553.
Benzenberg, Professor, 49. 90. 105. 160. 182. 183.
Berg, das Herzogtum, 23. 40. 49. 106. 114.
Berger, Carl, 214. 232.
Bergisch-Märkische Bahn, 3. 321. 332.
Bergwesen, 57. 58. 214. 378. 424. 454. 509. 563. 599.
Berlin, 292. 316. 340. 342. 343. 359. 365. 367. 369. 376. 386. 528. 540.
Bertram, Clemens, 54.
Beseler, G., Abg., 430.
Bethmann-Hollweg, 501. 507. 515. 545. 549.
Beurhaus, Pfarrer, 66. 90.
Beuth, Ministerialdirektor, 158. 228. 231. 304. 321.
Bismarck-Schönhausen, O. von, 405. 409. 432. 451. 459. 475. 483. 486. 499. 551. 581. 586. 594. 602. 608. 604. 608. 611.
Blank, Jul., 501. 529.
Blücher, Feldmarschall, 112. 117. 121. 128. 129. 131. 134. 136.

Bochum, Stadt, 70. 91. 321. 576.
Bockum-Dolffs, von, 511. 577. 591.
Bodelſchwingh, Ernſt von, 106. 196. 208. 211. 341. 405. 431. 453. 500.
Bölling, Oberbergamtsdirektor, 214.
Bon St. André, Jean, 86.
Bonin, General von, 435. 510. 545. 599.
Borſtell, General, 111. 114.
Bracht, Regierungsrat, 206. 209.
Brandenburg, Graf, 384. 393. 409. 447.
Braſilien, 571.
Bremen, 228. 263.
Briefe, Arbeiter-, vgl. A.
Briefe, Bürger- und Bauern-, 457. 464. 487.
Briefe in die Provinzen, 359. 361. 370. 376.
Briefe an die Wähler, 439. 523.
Brokes, Ratsherr, 5. 24.
Brünneck, M., Abg., 391. 469.
Brüninghaus, Casp., 52. 216. 326.
Brüninghaus, P., 356. 403.
Brüſſel, 331. 333. 335.
Brutalitäten, 632.
Bückling, Oberbergrat, 159.
Bülow von Dennewitz, General, 111. 113. 114. 128. 133.
Bülow-Cummerow, von, 305. 323. 428.
Bund, Deutſcher, und Bundestag, 174. 336. 339. 443. 496. 592.
Bunſen, Chr. J. von, 409. 451. 507. 510.
Bürgerſtand, Märkiſcher, 35. 201.
Butz, Kaspar, 353. 417.

C.

Camphauſen, L., 242. 338. 354. 359. 364. 366. 368. 405.
Carl, der Maſchinenbauer, 477.
Caspary, Leutnant, 356.
Cavaignac, General, 351. 367.
Cavour, Graf, 531. 550. 569.
Chauſſeen, 60.
Cleve, Regierung zu, 27. 29. 32. 33. 38.
Cockerill, John, 165.
Colberg, 397.

D.

Dahlenkamp, Pfarrer, 78. 79.
Dahlenkamp, Chr., Bürgermeiſter, 100. 182. 200. 202.
Dahlmann, F. Chr., Prof., 288.
Dampfmaſchinen, 156. 158. 160.
Dampfſchiffe, 256. 271.
Dänemark, 434. 494. 594. 596.
Davouſt, Marſchall, 110. 116. 136.
Dechen, Oberberghauptmann, 157. 229.
Decker, Bergmeiſter, 57.
Delius, Regierungs-Präſident, 228. 230.
Dellwig, Schulze-, 217. 219.
Demokratie, 384. 389. 405. 422. 545.
Depeſchen-Diebſtahl, Potsdamer, 521.
Deutſch-Amerikaniſcher Bergwerks-Verein, 174.
Deutſch-Katholizismus, 328.
Deutſche Reform, 395. 410.
Deventer, Feſtung, 113. 260.
Diergardt, Kommerzienrat, 325.
Dieſterweg, Ad., 289. 372. 509. 549. 562. 571.
Dietz, Eiſenbahndirektor, 245. 247.
Dinnendahl, Franz, 160.
Diskonto-Geſellſchaft, 481.
Donau-Handels-Geſellſchaft, 325.
Dortmund, Stadt, 6. 23. 34. 66. 70. 88. 91. 141. 250. 305. 322. 576.
Draht, 52. 171.
Dreikönigsbündnis, 421.
Dresden, 417.
Dufour-Féronce, A., 251. 253.
Duisburg, 44. 232. 258.
Dunker, Max, Abg., 438. 578.
Düſſeldorf-Elberfelder Bahn, 246. 248.

E.

Ebbinghaus, F., 210.
Egen, Profeſſor, 226. 233. 238. 243. 249. 252.
Ehrenberg, Oberhofprediger, 90. 104. 112.
Eichhorn, Kultusminiſter, 289. 301. 302.
Einkommenſteuer, 456. 508.
Eiſenbahnen, 210. 215. 222. 228. 231. 235. 243. 275. 321. 479. 612. 616. 621.

Eiſenſtein, 169.
Elberfeld, 145. 226. 415. 417.
Elberfeld-Wittener Bahn, 248. 249.
Elberfelder Zeitung, 433. 475.
Elbers, Carl, 304.
Elbers, Eduard, 304.
Elbers, J. H., 20. 49. 54. 95.
Elbers, J. H., Fabrikendeputierter, 100. 347.
Elchwild, 503.
Elſey, Stift, 17. 42.
Elverfeldt, A., Hauptmann, 125. 135. 141.
Elverfeldt, L. v., 232.
Emigranten, 77.
Ems-Seeſchiffahrt, 306.
Emſcherbruch, Das, 44. 321.
Engels, H. W., 64.
Engelbert III., Graf, 151.
England, 153. 154. 348. 474. 505. 555. 568.
Enneperſtraße, 3. 4. 7. 118.
Erbentage, 35.
Eſſen, Stadt, 23. 70.
d'Eſter, Dr., 357. 385. 405. 409.
Eulenburg, Graf F., 396. 586.
Eversmann, Alex., Kriegsrat, 18. 51. 53. 56. 61. 64. 65. 90. 153. 163.
Eylert, R. F., Biſchof, 37. 41. 94. 103. 106. 162. 186. 234.

F.

Fabriken-Kommiſſion, 56.
Famulus, 186.
Feldmann, C. Wm., 16. 116.
Feldmann-Simons, W., 248.
Fem- und Freigerichte, 35.
Fiſcherei, 600. 620.
Flachs-Martha, 433.
Flottwell, Miniſter, 325. 544.
Forkenbeck, M. von, Abg., 590. 607.
Fortſchrittspartei, 575. 577. 582. 607. 612. 615.
Frankreich, 31. 334. 348. 351. 505. 555. 568. 584. 622.
Freihandel, 439. 441. 556. 583.
Friedrich der Große, 16. 19. 24. 27. 28. 30. 32. 35. 36. 39. 41. 45. 48. 63. 159.
Friedrich Wilhelm, der große Kurfürſt, 54. 63. 74. 105. 318. 330.
Friedrich Wilhelm I., 33. 39. 48. 55. 58. 94.
Friedrich Wilhelm II., 49. 87.
Friedrich Wilhelm III., 37. 83. 85. 91. 93. 96. 102. 111. 112. 174. 180. 184. 187. 199. 202. 214. 234. 257. 280. 293.
Friedrich Wilhelm IV., 202. 212. 220. 233. 250. 280. 282. 288. 334. 338. 339. 341. 358. 381. 385. 393. 407. 408. 410. 434. 436. 443. 447. 451. 469. 471. 497. 516. 532. 538. 567.
Friedrich Wilhelm, Prinz, 539. 579.
Friedrich Wilhelm, Dampfſchiff, 259. 261. 262.
Fröndenberg, Stift, 42. 151.
Fulton, R., 256.
Funcke, Carl, 356. 390.
Funcke, Ed., 216. 326.
Funcke, Wm., 598.
Fürſtenberg, Miniſter von, 31.

G.

Gagern, H., Präſident, 371. 406. 437.
Galmei, 330.
Gemeindeordnung, 487. 501. 523.
Gerichtsverfaſſung, Märkiſche, 35.
Gerlach, Abg., 432. 508. 516.
Gerlach, Generaladjutant, 497. 507. 519.
Gerſtein, W., Abg., 588.
Gevelsberg, Stift, 4. 6. 18. 42. 110.
Gewerbefreund, Märkiſcher, 305.
Gillhauſen, Major von, 126. 130. 132. 140.
Glaſer, Hofmeiſter, 95. 102. 104.
Godt, Generalſuperintendent, 454.
Godwin, G., 154.
Goebel in Voerde, 54.
Goecke, Landrichter, 53.
Görres, J., 148. 182. 199.
Grabow, Präſident, 369. 383. 385. 405. 422. 491. 559. 577. 603. 607.
Gravemann, C., 529.
Grevel, Wm., 63. 69. 75. 161.

Grevel, Dr., 353. 417.
Grothe, Gewerbeſchuldirektor, 305. 417.
Grundſteuer, 215. 326. 404. 425. 428. 480. 502. 508. 512. 533. 564. 572.
Gruner, Juſtus, Zivilgouverneur, 30.
Guizot, F., 285. 335.
Gymnaſien, Märkiſche, 84.

H.

Haardt, Bergrat, 635.
Hagen, Stadt und Kreis, 3. 4. 6. 68. 79. 84. 116. 345. 403. 415. 417. 500. 588.
Hagenſcher Antrag, 578. 581.
Hambloch, J., Abg. 517.
Hamm, Stadt, 62. 68. 76. 251.
Hamm, Kriegs- und Domänenkammer, 34.
Hammacher, F., Abg., 558.
Hammerwerke, 50. 54. 115.
Hanſemann, David, 173. 242. 249. 333. 354. 364. 368. 374. 481.
Hannecken, General, 417. 418.
Hannover, 263. 431. 597. 608.
Hardenberg, Staatskanzler Fürſt, 97. 183. 199. 200.
Harkort, Henrich I., 5.
Harkort, Henrich II., 7. 8.
Harkort, Johann Kaspar I., 8.
Harkort, Johann Kaspar II., 9. 11.
Harkort, Johann Kaspar III., 12.
Harkort, Johann Kaspar IV., 15. 20. 73. 90. 93. 100. 146. 149. 232.
Harkort, Johann Kaspar V., 73. 327. 329. 556. 642.
Harkort, Johann Kaspar VI., 343.
Harkort, Johann Kaspar VII., 626.
Harkort, B. D., Landſyndikus, 9.
Harkort, Carl Johann, 330.
Harkort, Peter Nikolaus, 10. 13. 16. 20. 84. 90. 93. 106. 147. 149. 152. 232.
Harkort, Carl, 73. 150.
Harkort, Guſtav, 73. 119. 126. 188. 150. 192. 251. 252. 253. 275. 278. 444. 642.
Harkort, Eduard, 73. 80. 85. 117.
Harkort, Chriſtian, 73. 346.
Harkort, Anna Gertrud, 12.
Harkort, Henriette, 73.
Harkort-Bergfeſt, 649.
Harkort-Denkmal, 646.
Harkort, Fraktion, 375. 379. 385. 409.
Harkorten, 4. 7. 12. 15. 17. 76. 116. 150.
Harlingen, Stadt, 261.
Hartmann, C., Baumeiſter, 245. 305. 306. 557. 593.
Haspe, Dorf, 35. 77. 454.
Haſſenpflug, H. D., 443. 444.
Häuſſer, L., Prof., 275.
Heilenbeck in der Heilenbecke, 54.
Heinitz, Miniſter von, 19. 33. 49. 53. 60. 159. 190.
Heinrich, Gärtner, 477.
Heintzmann, J. Ph., Oberbergrat, 20.
Heintzmann, J. F., Bergmeiſter, 58.
Heintzmann, Bergamtsdirektor, 162. 175.
Heiſingen-Elberfelder Bahn, 226.
Hellweg, Der, 25. 42.
Hengſtenberg, Pfarrer, 186. 187.
Henriettenhütte, 170. 254.
Hentze, Zeuge, 388. 464. 576.
Henz, L., Baumeiſter, 241. 249. 612.
Herdecke, Stift und Stadt, 42. 155. 189.
Hermann, Zeitſchrift, 56. 60. 117. 130. 142. 145. 147. 152. 163. 180. 182. 184. 222. 304.
Herrenhaus, 566. 568. 572. 616.
Heydt, Miniſter von der, 176. 248. 405. 417. 452. 529. 545. 581. 582. 586.
Hilarius Jocoſus, 184.
Hinkeldey, von, Polizeipräſident, 387 458. 464. 526.
Hochöfen, 169. 172.
Hoeffken, G., Dr., Abg., 356.
Hoerde, Stift und Stadt, 42. 250.
Hoevel, F., Landrat, 90. 149. 180. 199. 202. 221.
Hohenzollern, Fürſt, 545. 622.
Holland, 113. 227. 259.
Holthaus, Konrektor, 18. 31. 82. 90.
Holzbrink, Kriegsrat von, 18.
Hombruch, 255. 331. 473. 598. 629.
Hoverbeck, von, Abg., 569.

Hüffer, Ed., Stadtrat, 207. 211. 326.
Hufschmidt, J., Lehrer, 289.
Hülsemann, Pfarrer, 75. 149.
Hülsen, Major, 112. 138. 140.
Humboldt, Alex. von, 252. 443. 522.
Huth, H., 304.

J.

Jacobi, Haniel & Huyssen, 161. 257. 555.
Jacobi, J., Abg., 167. 376. 380. 382. 385. 405. 530. 556.
Jacobi, Dr. Johann, 288.
Jagd und Jagdrecht, 48. 216. 381. 503. 512.
Jahdebusen, 495. 593. 622.
Jahrbücher, Preußische, 536.
Jbach, Stahlschmied, 54.
Idstedt, Schlacht bei, 435.
Immediat-Sicherheits-Kommission, 85.
Immermann, Carl, 42. 196.
Industrie, 53 ff. 313. 525. 555. 582. 609.
Invaliden, 505. 577. 588.
Jobsiade, Die, 36.
Johann I., Herzog, 67. 151.
Iserlohn, Stadt und Kreis, 52. 55. 57. 62. 68. 70. 138. 191. 305. 415. 417.
Issy, Gefecht bei, 137.
Italien, 336. 421. 550. 552. 568. 577.
Jumet, Gefecht bei, 126. 135.
Jung, G., 365. 384.
Jung-Littauen, 569. 575.
Junker-Parlament, 428.
Junkertum, 459. 460. 465. 470. 475. 488.

K.

Kamp, J. H., 150. 175. 204. 225. 253. 254. 617.
Kamp, Hermann, 501.
Kampen, Stadt, 260. 261.
Kamptz, Minister von, 182.
Kanäle, 307. 557. 570. 593. 597. 617. 620.
Kappenberg, Kloster, 162. 199.
Kemnade-Elberfelder Bahn, 241. 243. 246.
Kesselschmiederei, 168.
Kiel, 436. 609.
Kirchenwesen, 27. 186. 188.
Kladderadatsch, 507. 544.
Kleineisenwaren, 55.
Kleist-Retzow, Abg. von, 403. 409. 451. 475. 504. 545.
Klemp, Leutnant, 137.
Klingenschmiederei, 55.
Knüppelrussen, 110.
Kohlentreiber, 59.
Koksfabrikation, 170. 171. 172.
Kolonieen, 318. 628.
Köln, 34. 148. 157. 265. 268. 339. 441. 592. 601.
Köln-Mindener Eisenbahn, 239. 241. 244. 249.
Köln-Antwerpener Bahn, 241. 242.
Kölnische Zeitung, 156. 441. 476. 519.
Königsborn, Saline, 50. 65. 159.
Konstitutionelle Zeitung, 433.
Konsulatswesen, 472.
Koppe, Regierungsrat, 228.
Körner, Dr. H., 412. 414.
Kornpreise, 43. 47. 145. 148. 215.
Kortüm, Dr. J. A., 36. 70. 90.
Krankheit, 640.
Kreutz, H., Abg., 517. 548.
Kreuzzeitung, 485. 498. 519.
Krimkrieg, 506. 510. 529.
Krüger, Provinz.-Steuerdirektor, 228. 244.
Krupp, A., 161. 474. 634.
Kühne, Dr. Gustav, 178.
Kunth, Staatsrat, 165. 257.
Kurhessen, 206. 214. 337. 444. 454. 560. 608.

L.

Ladenberg, Minister, 385.
La Fère, Festung, 135. 140. 141.
Lamartine, Alphons, 284. 335.
Landräte, Märkische, 32. 34.
Landratskammer, 522.
Landsberg-Velen, 211. 237.
Landtag, Clev.-Märkischer, 34.
Landtag, Vereinigter, 338. 354.
Landwehr, 190. 193. 195. 196. 488. 493. 564.

Landwirtſchaft, 42. 433. 489.
Laſſalle, Ferd., 604. 610. 614.
Ledru-Rollin, 335. 354.
Lehrerſchaft, 630.
Leipzig-Dresdner Bahn, 248. 251. 252. 273. 276.
l'Eſtocq, General von, 85.
Leyen, Geheimrat, von der, 272. 275.
Lichnowsky, Fürſt Felix, 382.
Liebenauer Steine, 263.
Liebrecht, Kriegsrat, 16. 18. 60. 65. 162.
Ligny, Schlacht bei, 129. 140.
Limburg, Stadt und Grafſchaft, 24. 389.
Lindenberg, Emil, 516. 518. 519. 520. 545.
Lippſtadt, Stadt, 88.
Liſt, F., 251. 272. 274. 276. 278.
Liſzt, Franz, 301.
Lohmann und Brand, 167.
London, 267. 268. 474.
Lotterie, 296. 370.
Louis Philipp, König, 213. 334.
Loewe (Calbe), Abg., 408. 610.
Ludger & Co., Sankt, 64. 69.
Lueg, Wm., 161.
Lützow, Oberſtleutnant, 127.

M.

März, Der 18., 339. 341. 344. 346. 363. 369.
Mai-Aufſtand von 1849, 412. 414. 416.
Mallinkrodt, Arnold, 17. 42. 51. 88. 96. 144. 181. 182. 183.
Manchester-Liverpooler Bahn, 229. 234.
Manteuffel, Otto von, 385. 393. 431. 445. 447. 450. 452. 457. 461. 467. 479. 487. 496. 501. 531. 535. 544.
Manteuffel, E., General, 575. 608. 609.
Marine, 494. 571. 584. 593. 621.
Mark, Die Grafſchaft, 4. 22. 32. 57. 70. 105. 110. 112. 121. 344. 348. 500. 517. 539.
Markengenoſſenſchaften, 45.
Märkte, 47. 189.
Marx, Karl, 417. 502.
Maß und Gewicht, 47.
Mathis, Abg., 548. 577.
Meding, Oskar, 477.
Menke, Kabinettsrat, 97.
Merkerin, Die, 12. 15.
Merkur, Rheiniſcher, 182.
Metternich, Fürſt, 34. 336.
Metzmacher, C., Abg., 576.
Meuſebach, Abg., 374. 383. 396.
Mexiko, 174. 176.
Mieroslawsky, L., 340.
Milde, Präſident, 364. 394. 536.
Militärweſen, Das, 37. 94. 111. 483. 493. 526. 534. 564. 585. 590. 608.
Minden, 263. 516. 519.
Minus, Peter, 429. 485.
Mirbach, O., 418.
Mohl, F., 109. 153. 157.
Mohl, L., 233.
Moll, Chriſtian, 14. 54. 68. 98.
Möller, H. F., Pfarrer, 14. 17.
Möller, Johann Friedrich, 12. 17. 42. 43. 46. 49. 83. 90. 98. 100. 104. 105. 147. 389.
Motz, Finanzminiſter von, 229. 234.
Müffling, General von, 131. 220.
Mühler, Miniſter von, 581. 584. 600. 612.
Müllenſiefen, Th. 357. 576.
Müllenſiefen, Landrat, 53. 57.
Müllenſiefen, Guſtav, 537.
Müller, F. C., Pfarrer, 44. 59. 63. 90.
Münſter, Stadt, 23. 31. 62. 321.
Murat, J., Großherzog, 100. 106.
Muttenthalbahn, 232.

N.

Napoleon, Konſul und Kaiſer, 86. 97. 104. 107. 111. 120. 122. 128. 129. 131. 136. 143.
Napoleon III., Louis, 479. 505. 521. 531. 550. 622.
Nationalverein, 553. 593.
Nationalverſammlung in Frankfurt, 355. 370. 371. 381. 387. 406. 421.
Nationalverſammlung in Berlin, 355. 357. 363. 365. 369. 375. 379. 382. 384. 385. 387. 391. 400. 425.

Natorp, Oberkonſiſtorialrat, 90.
Natorp, Dr. G., 68.
Neuenburg, 531. 532.
Neuhoff, Th. von, König von Korſika, 167.
Neuſalzwerk, Saline, 235.
Nicolaus I., Zar, 213. 505. 515.
Niemeyer, A. H., Kanzler, 104.
Nieß, Ferdinand, 627.
Nobiling, Major, 341. 464.
Nordhoff, Lehrer, 289.
Notſtand, 145. 148.
Nürnberg-Fürther Bahn, 252.

O.

Oechelhäuſer, Abg., 215.
Oldenberg, C. M., 395. 410.
Olpe, Stadt, 170.
Ordensdekorationen, 220. 574.
Oſemundeiſen, 52. 55.
Oſt-Afrika, 627.
Oſtermann, Wm., Abg., 357. 375. 388. 396.
Öſterreich, 336. 406. 411. 421. 430. 444. 447. 450. 454. 507. 515. 532. 550. 552. 561. 568. 583. 592. 602. 607.
Oſtfriesland, 262. 613.
Overberg, B., Lehrer, 31.
Overweg, C., Abg., 537. 558.
Oeynhauſen, von, Berghauptmann, 229. 231.

P.

Paderborn, Bistum, 15. 66.
Palmerſche Bahnen, 225. 243.
Paris, 114. 135. 139. 335. 367.
Parlaments-Korreſpondenz, 395.
Parteikämpfe, 638.
Patow, von, Miniſter, 404. 427. 545. 564. 572.
Peters, W., Amtmann, 356. 415.
Peters, Reg.-Präſ., 518. 545.
Pferdebahnen, 313.
Pferdezucht, 47.
Pfuel, von, General, 380. 384.
Pilgrim, Landrat, 303.
Platzhof, Jacob, 90.
Plehwe, von, General, 518. 545.
Plettenberg, Heinrich, 85.
Pommern, 397. 403.
Poſt, J. D., Kreisdeputierter, 100.
Poſt, Karl, 353. 417.
Poſtweſen, 69. 94. 476. 509.
Pourtalès, Graf, 451. 501. 510.
Preßverhältniſſe, 457. 476. 486. 502. 526. 592. 594.
Provence, Graf von, 76.
Provinziallandtag, Weſtfäliſcher, 203. 210. 214. 217. 234. 245. 246. 323. 326. 328. 477.
Puddelverfahren, 164.

Q.

Quehl, R., Abg., 457. 472.

R.

Radowitz, von, General, 431. 437. 446. 557.
Räuberweſen, 80.
Raumer, Miniſter, 453. 482. 504. 533.
Rauſchenbuſch, Pfarrer, 90. 149. 221.
Regulative, 513.
Rehbein, 631.
Reichensperger, A. Dr., 548. 559. 584.
Reichensperger, P., 356. 365. 382. 388. 405. 512.
Reichstag in Erfurt, 430. 432.
Reichsverweſer, Erzherzog Johann, 370. 388.
Reinermann, Richter, 9. 12. 15.
Remy zu Raſſelſtein, 164. 165.
Renard, Graf, 490.
Rethel, Buchhalter, 155.
Rhein, der, 257. 259.
Rhein, Schiff, 265. 267. 268.
Rheiniſch-Weſtindiſche Kompanie, 173.
Rheiniſche Eiſenbahn, 249.
Rheinprovinz, die, 148. 199. 346. 476.
Rhein-Seeſchiffahrt, 264. 270. 271.
Rhein-Weſer-Bahn, 235. 238. 241. 249.
Rittershaus, Emil, 619. 647.
Rochow, von, Miniſter, 214. 303.
Rocket, Lokomotive, 284.
Rodbertus, Abg., 375. 405. 408.

Roheisen-Produktion, 170. 556.
Rohstahl, 54.
Rolff, G., 257. 263. 264.
Romberg, von, Präfekt, 106. 121. 160. 199. 202. 232. 237.
Roon, von, General, 559. 573. 580. 591.
Rosendahl, Heinr., 110.
Roß, Bischof, 471.
Rote Berge bei Schwelm, 330.
Rübenzucker, 112. 425. 472. 478. 480.
Rückblicke eines alten Parlamentariers, 637.
Rückert, F., 148.
Rügen, 593. 601.
Ruhfus, Lehrer, 289.
Ruhrschiffahrt und Ruhr, 62. 225. 227. 505.
Rumpe, Kaspar, 53.
Rußland, 253. 505. 510. 515. 521. 531. 555.

S.

Sachsen, Königr., 431. 444.
Sack, Oberpräsident, 20. 162.
Salz, 216. 242. 424. 480. 505. 509. 512. 532. 609.
Santa Ana, General, 177.
Saucken, von, Abg., 407. 509. 511.
Sauerland, das, 5. 25. 44.
Schede, 13. 15. 16. 17. 65. 150. 152. 599.
Scheidtmann, G., Abg., 429. 485.
Scherer, Geh. Rat, 457. 502.
Schiedsgerichte, 505. 513.
Schinderhannes, 86.
Schlebusch-Harkorter Eisenbahn, 232.
Schleinitz, von, Minister, 545. 571.
Schleswig-Holstein, 434. 454. 535. 560. 595. 599. 602. 608.
Schmöle, Hermann, 53.
Schmidt, E., zu Nachrodt, 167. 171. 175. 220.
Schmidt, P. L., Abg. 241.
Schmitz, H., Lehrer, 289. 584.
Schön, von, Oberpräsident, 288.
Schönthal, das, 16. 17. 152.
Schorlemmer-Heringhausen, von, 208.
Schulwesen, Märkisches, 29. 77.
Schulwesen, 290. 362. 372. 418. 482. 504. 509. 513. 528. 533. 542. 549. 562. 570. 571. 584. 589. 601. 609. 615.
Schuckmann, von, Minister, 214. 244.
Schulze-Delitzsch, Abg., 401. 553. 570.
Schulz, Dr. Heinr., 183. 202.
Schwarzenberg, Fürst Felix, 406. 447.
Schwelm, Stadt und Gericht, 3. 6. 36. 44. 75. 330.
Schwerin, Graf M., 354. 405. 449. 501. 507. 522. 542. 548. 559. 574.
Schwerte, Stadt, 68.
Schwindelperiode, 631.
Seehandlung, 485.
Sensen, 54.
Sethe, Chefpräsident, 62.
Seydell, Alex., 265.
Siebel, Gerhard, 180. 181. 186. 280.
Siegerland, das, 170. 215. 517. 529.
Simson, Dr., Präsident, 407. 459. 479. 548. 559. 603.
Soest, Stadt und Boerde, 32. 36. 67. 151.
Sommer, Hofgerichts-Advokat, 186.
Soubise, Marschall, 15.
Soziale Fragen, 362. 371. 504. 509. 530. 541. (cf. Arbeiterverhältnisse.)
Spenersche Zeitung, 433.
Spiegel, Graf von, Erzbischof, 157. 206. 292.
Sprockhövel, Dorf, 54. 56.
Stahl, J., Prof., 432. 497.
Stavenhagen, General, 568. 577. 585. 589. 595.
Steele-Vohwinkeler Eisenbahn, 233.
Stein, Carl, Freiherr vom, 19. 48. 60. 64. 95. 103. 105. 107. 110. 157. 161. 178. 182. 202. 205. 208. 212. 213. 227. 237. 537. 619.
Stein, Dr., Abg., 376. 378.
Stein's Denkmal, 537. 618.
Steinen, J. D. von, 5. 17. 255.
Steinkohlenbergbau, 57. 70. 175. 225.
Steinmetz, von, General, 119. 121. 123. 126. 129. 132. 133. 137. 140. 142.

Stephenſon, G., 224. 234.
Steuerweſen, 35. 65. 215. 456.
Stieber, Polizeirat, 509. 576.
Stiehl, Miniſterialrat, 513. 515. 533. 549. 562.
Stinnes, Mathias, 271.
Stockton-Darlington-Eiſenbahn, 229.
Stork, Direktor Dr., 117. 180. 182.
Streik, 633.
Stuckenholz, L., 168. 529.
Sundzoll, 363. 534.
Sybel, H. von, 393. 585. 607. 611.
Syberg, Freiherr von, 180. 199.
Symington, William, 256.

T.

Tangermann, Dr. W., 241.
Techen, 521. 536.
Temme, Abg., 365. 405.
Teuerung, 47. 145.
Thielmann, von, General, 128. 134.
Thiers, L., 283. 285.
Tilſit, Friede zu, 25. 104.
Tod, 643.
Trarbach, 639.
Treitſchke, Heinrich von, 35. 115. 191. 197. 203. 204. 230.
Tuchſen, von, Oberſt, 196.
Turnweſen, 297.
Tweſten, C., Abg., 575. 585. 602. 603.

U.

Uhden, Miniſter, 501.
Uhlich, Abg., 365.
Ungarn, 430. 561.
Union, Deutſche, 430.
Unna, Stadt, 50. 68.
Unruh, von, Präſident, 375. 380. 383. 385. 391. 594.
Unterſtützungskaſſen, 509. 529.
Upmeyer, Abg., 433.

V.

Varnhagen von Enſe, 376. 384.
Verein für die Volksſchule, 300.
Verfaſſungsweſen, 144. 196. 198. 199. 202. 217. 391. 426. 497. 502. 522. 586. 592. 603. 614.
Viktoria vom Brandenburger Thor, 117.
Vincke, L. von, Oberpräſident, 60. 62. 65. 66. 96. 106. 111. 147. 180. 196. 198. 202. 205. 208. 227. 231. 258. 263. 271. 537.
Vincke, G. von, Landrat, 304. 328. 355. 403. 422. 450. 453. 459. 511. 549. 560. 569. 575. 577. 582. 589. 614.
Virchow, R., Abg., 595.
Voigts-Rhetz, von, Abg., 392.
Vollmond, Zeche, 159. 160.
Volmarſtein, Burg und Dorf, 35. 146. 151.
Volksſchule, die preußiſche, 636.
Voltaire, F. A. de, 24.
Voerde, Kirchſpiel, 40.
Voß, Dr. Ph., 233.
Voswinkel, A., 304.

W.

Wagener, H. von, Abg., 541. 570.
Wahlkatechismus pro 1852, 497.
Wahlkomitee, Central-, 394. 431.
Wahlrecht, 354. 422. 604. 610.
Wahlſpiegel, 614.
Waldeck, Abg., 380. 382. 383. 393. 405. 424. 570. 575. 589. 608. 615.
Wälder, 46. 48.
Wantrup, Abg., 624.
Watt, James, 152. 256.
Wavre, 132.
Weddigen, P. F., Paſtor, 30. 49. 68. 70. 75.
Wege, öffentliche, 66. 155. 225.
Wellington, Feldmarſchall, 122. 131. 378.
Wentzel, Abg., 509. 538.
Weſel, Feſtung, 83. 116.
Weſer, 210. 257. 263.
Weſtphalen, von, Miniſter, 452. 501. 502. 540. 544.
Weſtfalen, Provinz, 23. 26. 198. 201. 215. 245. 323. 500. 524.
Weſtfäliſcher Anzeiger, 31. 46. 62. 78. 79. 82. 87. 93. 95. 97. 106. 144. 146. 148. 158. 159. 165. 170. 173. 180. 182. 183. 804.

Weſtfäliſche Kreis, der, 34. 69.
Wetter, Burg, Dorf und Freiheit, 9. 19. 55. 95. 150. 151. 155. 161. 167. 168. 186. 195. 254. 255. 473. 529. 617.
Wiedemann, Handelsſchuldirektor, 79.
Wien, 336. 382.
Wilberg, J. F., Lehrer, 31. 32. 90.
Wildbahnen, 48. 52.
Wilhelm, Prinz von Preußen, 193. 211. 233. 340. 364. 406. 447. 519. 538. 543. 546.
Wilhelm I., König und Kaiſer, 568. 575. 587. 591.
Williſen, von, General, 435. 438.
Winkler, von, 269. 325.
Witten, Stadt, 34. 45. 65. 155. 242. 624.
Wittgenſtein, Fürſt, 182.
Wolfersdorff, General von, 40. 112.
Woellner, von, Miniſter, 91. 98.
Wrangel, von, General, 386. 434. 471.
Wucher, 541.

Y.

York, von, General, 108. 110. 198.
Yſſel, Die, 260.

Z.

Zaſtrow, von, Oberſt, 97. 397.
Zeughausſturm, Berliner, 365. 366.
Ziegler, Franz, Abg., 234. 616.
Ziethen, von, General, 123. 124. 129. 133. 135.
Zintgraff, Oberhütteninſpektor, 169.
Zollverein, 439. 495. 582.
Zollweſen, 164. 173. 320. 557.
Zündnadelgewehre, 534.
Zütphen, Feſtung, 118. 260.
Zuyder-See, 261.
Zwolle, Stadt, 261.

Der alte Harkort.

Ich will des Landes Beſte raten und das nicht laſſen um Weib noch um Kind, um Vater noch um Mutter, um Schweſter noch um Bruder, noch um keinerlei Gift oder Gabe, noch um Neid, noch um Habe, noch um Not, noch um eines Herren Willen, noch um Furcht vor dem Tod.

Alter deutſcher Schöffen-Eid.

Erstes Kapitel.

Vaterhaus und Familie.

Ist's wo der Märker Eisen reckt?
E. M. Arndt.

Inhalt: Die Enneperstraße. Harkorten. Heinrich Harkort I und II. Der 30jährige Krieg. Johann Kaspar Harkort I. Neubau des Hofes. Eisenhandlung. Johann Kaspar II. Harkorten Fideicommiß. Johann Kaspar III. Die Merckerin. Bau des Herrenhauses. Der 7jährige Krieg. Erwerbung von Schede. Johann Kaspar IV. Die beiden Möller. Liebrecht. Der Freiherr vom Stein. Geburt von Fritz Harkort.

Dem Reisenden, welchen das Dampfroß auf dem vielbefahrenen Bergisch-Märkischen Schienenwege vom Rheine in das Herz Westfalens führt, bietet sich nach Überschreitung der Westfälischen Grenze und der steilen Wasserscheide zwischen Ruhr und Wupper, auf der Strecke zwischen den Städten Schwelm und Hagen, ein ebenso anmutvoller wie merkwürdiger Anblick dar. Von der hoch am südöstlichen Gebirgshange sich hinziehenden Bahn schaut das überraschte Auge tief unter sich auf ein durch unzählige Wohnhäuser und Arbeitsstätten, blinkende Teiche, wogende Kornfelder, saftgrüne Wiesen, wohlgepflegte Gärten und Baumhöfe belebtes Thal hinab. Ein klarer, von zahlreichen brausenden Wehren aufgestauter kleiner Fluß durchströmt den schönen, sanft abfallenden Grund; eine andere Bahn kreuzt dort im Thale mit einer Landstraße; am nahen, nördlichen Bergesrande verrät der Dampf keuchender Lokomotiven das Vorhandensein noch einer dritten Eisenstraße, und überzeugt schon dadurch auch den Unkundigen, daß er sich im Herzen eines der größten Industrie-Mittelpunkte Deutschlands befindet. Turmhohe Schornsteine wälzen schwarzen Rauch in die Luft; aus niedrigen, breitbedachten Gebäuden vor den Sammelteichen des Flusses erschallt der rastlose Schlag der von schäumenden Wasserrädern bewegten Eisenhämmer, während über modernen großen Fabrikhallen an den

zahlreichen Bahnhöfen die Siegesbanner der Arbeit, weißgeringelte Dampfwolken, emporsteigen. An der das Thal seiner ganzen Länge nach durchziehenden Landstraße reiht sich auf eine Entfernung von fast zwei Meilen in malerischem Wechsel Haus an Haus, Garten an Garten, fast alles freundlich und reinlich und den behäbigen Wohlstand der Bewohner auch äußerlich zeigend. Doch nicht allein unten im Grunde, selbst an den steilen Bergesabhängen bis zum Gipfel hinauf erblickt der Reisende überall Stätten menschlichen Fleißes: einzelnliegende, weißgetünchte kleinere Häuser mit schwarzgestrichenem Gebälke, deren zahlreiche dicht aneinanderstehende Fenster den Kenner ihre Bestimmung für hausindustrielle, kleingewerbliche Zwecke erraten lassen.

Es ist das Ennepe-Thal und die Enneper-Straße, welche der Fremde auf schärfstem Gefälle der Bahn allzu schnell durchfliegt, so benannt nach dem kleinen Flusse, an dessen rechtem Ufer die Straße sich hinzieht, in der alten preußischen Grafschaft Mark gelegen, seit zwei Jahrhunderten hochberühmt als Hauptbezirk der Westfälischen Eisen- und Stahl-Industrie; eine der wenigen Stellen der Erde, wo landschaftliche Schönheit und gewerbliche Thätigkeit sich zu einem harmonischen, das Herz und das Auge gleich erfreuenden Bilde vereinigen.

Ungefähr in der Mitte dieses Gebietes, halbwegs zwischen Hagen und Gevelsberg, schaut am linken Ufer der Ennepe aus dunkeln Baumgruppen, über welche der Gipfel einer riesigen Eiche hinausragt, der hohe Giebel eines ansehnlichen Hauses vom Bergeshange in das Thal hinab. Von der Landstraße aus, die Ennepe überschreitend, unter den Bogen einer Eisenbahn her und an einer Fabrik neueren Ursprungs vorbei, führt den Wanderer eine Kohlenbahn, später eine Allee mächtiger Ulmen und Linden die mäßige Höhe hinan, auf welcher sich, von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Gärten, zahlreichen Fischteichen und wohlgepflegten Parkanlagen umgeben, ein im Stile des vorigen Jahrhunderts erbautes bürgerliches Herrenhaus erhebt. Hier ist die Heimat und hier das Vaterhaus von Friedrich Harkort.

Wie lange schon seine Familie dort auf Harkorten, wie des Hauses und Gutes Namen lautet, sitzt, ist nicht bekannt; ebensowenig, ob jene dem Gute den Namen gegeben oder ob umgekehrt sie von diesem den Namen angenommen hat. Das letztere ist das wahrscheinlichere, denn noch heute wird in Westfalen derjenige, welcher durch Erbschaft oder Heirat in den Besitz eines „Hofes“ gelangt, fortan nach diesem Hofe genannt. Der Name des Eigentümers

geht in jenem der Scholle unter. Nicht die wechselnde Person des Besitzers, sondern der unvergängliche Grund und Boden ist dem Westfalen die Hauptsache; des geliebten Hofes Ansehen, Erhaltung und Ausdehnung stellt er jeder anderen Rücksicht vorauf.

Harkorten gehörte seit uralter Zeit zu den Freigütern des Landes, den sogen. „Stuhlfreien an der Höge des Sauerlandes“*), die zu Altena, der früheren Hauptstadt der Grafschaft, ihr eigenes Grundbuch mit besonderem Richter (Freigrafen) besaßen. Sein Hofesherr war ständiger „Marken-Richter“, also Vorsteher der gemeinsamen Waldung (gemeine Mark).

Das jetzige Geschlecht befindet sich nachweisbar seit über drei Jahrhunderten, mutmaßlich aber weit länger, im Besitz von Harkorten, trotzdem auch hier der Dreißigjährige Krieg in furchtbarster Gestalt wütete und das Dasein unzähliger, vorher blühender Familien vernichtete. Der vorhandene Stammbaum nennt zuerst, ohne Angabe des Geburtsjahres, einen Henrich Harkott — so war damals und noch bis ins 18. Jahrhundert hinein die Schreibweise dieses Namens — und seine Ehefrau Katharina Funke von Funkenhausen, sodann dessen 1597 geborenen und 1652 gestorbenen Sohn gleichen Vornamens. Des Letzteren Lebensperiode umfaßte also nicht nur den großen deutschen Krieg, sondern auch die vorhergehenden greuelvollen Kämpfe zwischen den Niederländern unter Moritz von Oranien und den von Mendoza und Spinola geführten Spaniern, deren blutige Wogen Jahre hindurch nach Westfalen hinüberschlugen, wie nicht minder den Jülich-Cleveschen Erbfolgestreit, in welchem nach dem 1609 erfolgten Tode Johann Wilhelms, des letzten blödsinnigen Herzogs von Jülich-Cleve, Berg, Mark und Ravensberg, die Grafschaft Mark schließlich an Kur-Brandenburg und das Haus der Hohenzollern fiel.

Wie es in jener jammervollen Zeit in unserem armen zerrissenen Vaterlande aussah, davon geben — außer den geschichtlichen Überlieferungen — jene Aufzeichnungen ein lebensvolles Bild, welche Henrich Brokes, ein Lübecker Ratsherr und Führer einer hanseatischen Gesandtschaft an Philipp III., König von Spanien, über seine nach Madrid unternommene, mitten durch Westfalen führende Reise hinterlassen hat.

Am 20. November 1606 setzte sich der würdige Ratmann, dessen Tagebuch der verdiente J. S. Seibertz in seinen „Quellen der Westfälischen Geschichte“ neu abdrucken ließ, wohlverpackt in einer von

*) J. D. von Steinen, Westfälische Geschichte. Band II, S. 178. — Lemgo 1760.

vier „schönen braunen Pferden“ gezogenen Kutsche und mit noch einem „Not- und Reitpferde“ versehen, von Hamburg aus in Bewegung. Ihm folgten in vier anderen Fuhrwerken seine Reise- und Leidensgefährten, die Botschafter der Städte Hamburg und Danzig. Von Hamburg nach Bremen, Osnabrück, Münster und Hamm mußte die Gesandtschaft mit starken, in den genannten Städten sich ablösenden Convois geleitet werden. Schon bei Osnabrück wurden die Straßen unsicher, „nicht alleine wegen beider streiffenden Teil Spanier und Statischen (Niederländer) Kriegsleut, so hin und wieder verstreuwet lagen auff den Torffern, sondern auch eine Compagnie Braunschweigische Reuter.“ Je mehr sich der Zug dem Märkischen näherte, um so größer ward die Bedrängnis des braven Brokes. „Von Hamme“ — so schreibt er wörtlich — „sein wir den folgenden Tagk, war den 5. Dezember, passiert auf Kamen, bei Unna, durch das Torff Wickeden, Asselen, Brake, und hatten denselben Tagk nicht geringe pericull wegen einer Compagnie Reuter, so alda abgedanket wart und sich sehen lies; aber der liebe Gott halff uns den Avent noch binnen Dortmunde durch bösen unfletigen Wegk. Zu Dortmunde wurden wir vom Rhate mit Weinen und Fischen verehrt, sie gaben uns auch zu eine convoy von 30 Mosketieren und 3 Pferde; damit schieden wir den 7. Dezember aus Dortmunde, befunden aber einen solchen bergigen engen tieffen Wegk, das wir nicht länger unsere Pferde zween neben einander vor dem Wagen gebrauchen konnten, sondern mußten sie in die Riege voreinander hangen; der Wegk war aber so boes und tieff, das wir den Tagk nicht weiter als auff Hagen, sein 2 Meil von Dortmunde, kommen konnten. In demselben Torffe waren vor 2 Tagen 40 spanische Reuter bei Nachtzeiten von 60 Statischen überfallen und ganz ghar ihrer Pferde und Bagage spolieret worden. Wir hatten alda eine excellente Herberge und Tractation von frischen Lachs, Forellen und Schmerlingen, dergleichen man nicht viel antrifft. Den folgenden Tagk, war der 8. Dezember, passirten wir über den Gevelsberg und andere mehr sehr böse Berge, so wir mit großem Beschwer mit unsre Wagen und Pferden auff- und abfuhren; dazu waren fast alle Torffer, dadurch wir zogen, von Kriegsleuten spolieret und hatten die Nacht vor dem Stätlein Schwelms 50 Pferde gelegen, so eine Stunde vor unsrer Ankunft daselbst waren ausgezogen und hatten sich vor uns geforchtet, weil sie vernommen, daß wir starke convoy und fünff Kutzschen sambt 15 Reisigen bei uns hätten.“

In solcher Art ging die Reise, welche die Hanseatischen Gesandten

am 15. Dezember, also am fünfundzwanzigsten Tage nach ihrer Abreise von Hamburg, nach der Krönungsstadt Aachen*) brachte, weiter — ein ewiges Einerlei von greulichen Wegen, marodierenden Kriegsleuten und bald guten, bald schlechten Herbergen, bei deren Erwähnung der leckermäulige Lübische Ratsherr, ungeachtet aller „pericull", niemals versäumt gebührend hervorzuheben, wie es in denselben um seines Leibes Verpflegung bestellt gewesen sei. Bald „forchtete" er sich vor dem Kriegsvolke, bald dieses sich vor ihm oder vielmehr vor seiner „starken convoy". Ohne diese würde er freilich, trotz seiner geheiligten Gesandten-Qualität, entweder von Hispanischen oder von Statischen Reutern und Räubern ebenso wohl „spolieret" worden sein, als alle die „Torffer", welche er auf seinem beschwerlichen Wege von Hagen zum Gevelsberge — der heutigen Enneperstraße — am 8. Dezember 1606 passierte. Sicherlich ist auch das nur wenige Minuten von der Heerstraße belegene Harkorten häufig genug eine willkommene Beute der wilden Soldateska gewesen, gegen welche ihre Unterthanen zu schützen die zu Düsseldorf sitzende elende Regierung des wahnsinnigen Herzogs Johann Wilhelm vielleicht den guten Willen, niemals aber die Kraft und den Mut hatte.

Und dennoch standen dem zweiten Henrich Harkott noch viel bösere Dinge und Zeiten bevor, als die räuberischen Anfälle der Niederländer und Spanier und der Jülich-Bergische Erbfolgestreit — der dreißigjährige Krieg, welchen er, 1597 geboren, vom ersten bis zum letzten Tage durchlebte. Nähere Nachrichten darüber fehlen; indes wir wissen, wie furchtbar schon im ersten Dezennium des Religionskrieges die Scharen des tollen Christian von Braunschweig und die Dänen einerseits, die Heere Tillys und Wallensteins andrerseits vorzugsweise das nordwestliche Deutschland verwüsteten. Später kamen die Schweden, die nach ihres großen Königs Tode ebenso schlimm hausten als die kaiserlichen Truppen; endlich Franzosen und Spanier. Niemand vermochte ihnen zu wehren, die kleine Grafschaft lag jedem Feinde offen; eine Festung, welche Stütze hätte bieten können, war nicht in der Nähe, das Land selbst, gleich den übrigen Teilen der Jülich-Bergischen Erbschaft, Gegenstand langdauernden, erst 1666 endgültig ausgetragenen Streites zwischen Brandenburg, Pfalz-Neuburg und Kur-Sachsen. Zu den furchtbaren Kriegsgreueln trat, um das Maß des Unglücks voll zu machen, wiederholt Hungersnot und Pest; letztere in entsetzlicher Weise in den Jahren 1635

*) Heute macht die Lokomotive den nämlichen Weg in $8^1/_2$ Stunden.

und 36. In der kleinen Gemeinde Westerbauer, zu welcher Harkorten gehörte, waren nach beendetem Kriege nicht weniger denn elf größere und kleinere Bauerhöfe vollständig herrenlos und wüste geworden.

Henrich Harkott gehörte zu den Wenigen, welche die Wiederherstellung des ersehnten Friedens erlebten, der 1648 auf Westfälischem Boden zu Münster und zu Osnabrück geschlossen wurde. Vier Jahre später starb er, aus seiner erst 1640 eingegangenen Ehe mit Margarete Classen vom Vogelsang drei Söhne hinterlassend, von denen der zweite, Namens Johann Kaspar, geboren 1648, sein Nachfolger auf dem Stammgute und der Gründer des Wohlstandes seines Hauses wurde. Er stellte das verwüstete Gut und die — bis auf eine mit Henrich Harkotts Namen versehene, noch heute stehende Scheune — zerstörten Hofesgebäude nach und nach wieder her. Neben der Landwirtschaft betrieb er Eisen- und Stahlhämmer auf der Ennepe und dem Hasper Bach, sowie einen schwunghaften Handel mit Märkischen Eisen- und Stahlwaren nach dem Norden Deutschlands. Das erste, vom 17. Januar 1674 datierende Handlungsbuch beginnt mit dem Spruche:

Der Anfang, Mittel und Ende mein,
Laß Dir o Gott befohlen sein!
Casper Harkott ist der Nahme mein,
Gott wolle mein Hülff und Beystandt sein.

Auch das noch heute im Gebrauch befindliche Geschäftssiegel entstammt der nämlichen Zeit.

Wie die Bücher nachweisen, ließ der Handel, welcher zum guten Teil im Austausch der beiderseitigen Landes-Erzeugnisse bestand, großen Gewinn übrig; beispielsweise kostete ein Dutzend sogenannter Lübischer Sensen im Einkauf $2^1/_2$ Reichsthaler und wurde mit $10^1/_2$ bis 11 Rthlr. wieder verkauft. Dadurch sind die ansehnlichen Bauten zu erklären, welche von diesem ersten Johann Kaspar herrühren. Er errichtete von 1681 bis 1687 als Wohnung des Gutsherrn das „neue Haus", nach Westfälischer Sitte mit direkt angebauter Scheune und Stallung versehen, ferner 1686 das sogenannte „Hülsberger Haus", endlich 1705 das „Jungfern- oder rote Haus", letzteres zum Ruhesitz der Alten, sowie als Wohnung für unverheiratete Töchter bestimmt. Die an den verschiedenen Gebäuden angebrachten Inschriften sind Beweis für die schlichte Frömmigkeit ihrer Bewohner. Eine hübsche gemalte Fensterscheibe zeigt die Worte:

In Gottes Nahmen habe gebaudt diess Hauss
Wan er nur will muß wieder auß.

Ferner über dem großen Scheunenthor (die ersten Zeilen zerstört):

Aus Güt das Haus bewahr mit treuem Engelschutz
Für Krieg Verderbung brandt
Für Teufels-Poch*) und Trutz.

Johann Kaspar I. bekleidete das Ehrenamt eines „Rezeptors" im Gericht Hagen, als welcher er die „Kontribution" des platten Landes in Empfang zu nehmen und zugleich diejenigen Polizei- und Verwaltungsgeschäfte wahrzunehmen hatte, die jetzt von den Amtmännern besorgt werden. Als 1689, aus Anlaß des Reichskrieges gegen Frankreich, auf gehaltenem offenem Wetterschen Amtstage von Vorstehern und Beerbten beschlossen worden war, „wegen befahrenden feindlichen Überfalls das Amtshaus Wetter**) in einigen Verteidigungszustand zu setzen" und der mit dieser Fortifikationsarbeit beauftragte Richter Reinermann den Rest der von ihm vorgelegten Kosten von etwa 100 Reichsthalern bei den Eingesessenen reklamierte — man hatte ihm angesonnen, sich durch den Ertrag des wieder zu verkaufenden Pulvers bezahlt zu machen! — entrichtete der Rezeptor Harkott den Kontributions-Anteil des Gerichts Hagen mit 33 Reichsthalern 20 Stüber.

Von seiner Ehefrau Ursula Katharina, aus der „Wohl-Ehren-Vesten" Pastoren-Familie Hobrecker, wurden Kaspar Harkott 8 Töchter und 6 Söhne geboren. Als er die Namen dieser 14 Kinder in eine Art von Familien-Chronik eintrug, schrieb er den im Hinblick auf die so große Kinderschar sehr berechtigten frommen Wunsch darunter: Herr, gieb Raum im Lande! Einer der Söhne, Bernhard Diedrich, studierte die Rechte, war Richter zu Langendreer bei Bochum und bekleidete das wichtige Amt eines Märkischen Land-Syndikus. Als Gelehrter schrieb dieser seinen Namen statt eines k mit c, nämlich „Harcott". Der älteste Sohn Johann Kaspar, geboren 1677, dieses Namens der zweite, folgte 1714 bei des Vaters Tode im Besitze des Hofes. Durch Testament vom 20. August 1732 gab Johann Kaspar Harkott dem Gute die Eigenschaft eines Fideikommisses:

— — „alß verordnen Krafft dieses und ist unser beständiger und zugleich ernster Wille; das unser ältester Sohn Johan Caspar nach unseren beiderseits Sehl. Todte; unser guht zu Harkotten mit allen seinen gebewden, Ländereien, Wiesen, Holtzungen, Marken undt

*) Der heutige Spiritisten-Unfug scheint also derzeit stark im Schwange gewesen zu sein.

**) Die Burg der Märkischen Grafen, damals Sitz des Brandenburgischen Statthalters oder Drosten.

allen übrigen alten und Neuen gerechtigkeiten, und Appertinentien mit dem darzu gehörigen Quambuſcher Kotten in qualitate wie wir ſolches anitzo beſitzen nichts davon ausgeſchloſſen, nebſt den Eiſenhammer und ſämbtlicher Hammer geredſchafft auff der Haspe, von allen Schulden frey, vor die Summa von Zwo Tauſendt Rthr. in künffiger Theilung annehmen, Erben, haben undt beſitzen, undt einen Jeden ſeiner Miterben pro rata dieſes determinirten quanti ſeine anquota abführen ſollte.

Zum Zweiten iſt unſer beſtändiger Wille, daß unſer Zweiter Sohn Peter Nicolas, nach unſerm Tode, unſern Stahl recke Hahmer zu Weringhauſen aufm Dicke genandt, nebſt der oly Mühle und annectirten Schleiffſtein, in künfftiger Theilung vor die Summa von fünffhundert Rthr. behalten undt Erben undt ſolchen höher nicht in Collation zu bringen ſolle gehalten ſein; In hoffnung es werden dieſe beiden unſere Söhne pfals unter des allerhöchſten Direction beim Leben bleiben und hieſelbſt ſich beide etabliren In beharlicher Harmonie, alß lange es immer Müchlich die Handlung in Compagnie gemeinſchafflich fortſetzen und ſolche alß lange die vorkommenden Umbſtände es leiden können dabey In gottesfurcht brüderlicher Liebe und einigkeit continuiren.

Solte aber drittens der Fall ſich ereignen, das unſer älteſter Sohn Johan Caspar ohne Nachlaſſung Ehelicher Leibes Erben, verſterben ſolte, ſo bleibt zwaren demſelben freygeſtellt über ſeine Haabſeligkeit nach gefallen zu disponiren, Jedoch ſo viehl das guht zu Harkotten mit obbeſagtem Eiſenhammer betrifft ſoll derſelbe nicht befugt ſein, anderwehrts zu transferiren, ſondern es ſoll unſer oberwehnter Zweiter Sohn Peter Nicolas, oder wenn derſelbe ohne Eheliche Leibes Erben gleichfalls abſterben ſolte, auf die aelteſte Tochter succesive bis auff die Jüngſte daßelbe vor die Summa von Zwey Tauſendt Rthr. alsdan in qualitate wie wir es dem aeltern übertragen anerhalten, undt einem beſtändigen Fidei-Commiß unterworfen ſein, dergeſtalt das unſer älteſter Sohn, oder künfftiger Beſitzer deßelben nur über die Zwo Tauſendt Rthr., wofür das guht und Hammer angerechnet wird, disponiren möge."

Das vorſtehende Teſtament von 1732, welches von Maria Sibilla Harkott geborne Wenigern mitvollzogen iſt, beweiſt an einem lehrreichen Einzelfalle, was Fleiß und Sparſamkeit während der ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden verfloſſenen Jahre, trotzdem dieſelben häufig durch Kriege unterbrochen wurden, unter der väterlichen Brandenburg-Preußiſchen Regierung zu leiſten vermocht hatten. Das Gut war wieder in Stand geſetzt, neue Wohn- und Wirtſchafts-

gebäude errichtet, Eisen- und Stahlhämmer, sowie eine Öl-Mühle nebst „annectirtem Schleifffstein" erworben beziehungsweise angelegt und ein blühendes Handels-Geschäft etabliert worden. Den höchsten Wunsch jedes Westfälischen Gutsbesitzers, sein Eigentum dauernd bei seiner Familie zu erhalten, vermochte der damalige Gutsherr durch Stiftung eines Fidei-Kommisses der Erfüllung entgegen zu führen und gleichzeitig den zweiten Sohn durch Übertragung einer Nebenbesitzung zu entschädigen. Schlechter erging es freilich, wie bei derartigen Operationen nicht anders möglich, den sieben Töchtern des Fideikommißstifters. Das aber entsprach uralter, noch heute in unangefochtener Wirksamkeit stehender Westfälischer Landessitte. Zwar bestimmt das obengedachte Testament in seinen ferneren Teilen, daß eine jede Tochter „mit einer unsträfflichen ausrüstung, Kleidung, Bettwerk und was dem anklebet" versehen werden solle, doch wird außer dieser Ausstattung und dem Anteile an dem „determinirten quantum" dessen, was die beiden Söhne für den Grundbesitz in die Erbmasse zu zahlen hatten, wohl nicht viel mehr für die Töchter abgefallen sein. Ein kräftiges Sprichwort faßt die Anschauung des Westfälischen Gutsbesitzers über weibliche Nachkommen in die Worte zusammen: „Dirnen sind Hofesverderber!" Damit soll freilich nur gesagt werden, daß durch die den Töchtern zu zahlenden Abfindungen und die dadurch oft bedingte Notwendigkeit Schulden zu machen, das Stammgut häufig zu sehr geschwächt werde.

In einem Kodizill von 1737 verordnet der 1742 gestorbene Johann Kaspar Harkort — welcher damals die früher gebräuchliche Schreibweise „Harkott" und „Haarkotte" fallen ließ und zuerst den fortan zur Regel gewordenen Namen „Harkort" gebrauchte — endlich noch, daß wenn sein ältester Sohn und Anerbe sich verheiraten möchte, ehe und bevor die derzeit noch unverheirateten Töchter versorgt seien:

> „so soll solchen unsern unverheyratheten Töchtern auf solchen Fall freystehen, das neue Hauß, alß lange unverheyrathet, unentgeltlich bewohnen".

Für die unverheirateten Töchter war eigentlich, wie früher erwähnt, das sogenannte „Jungfern- oder rote Haus" mit dem Jungfern-Garten und der Jungfern-Wiese als Wohnsitz bestimmt; jedoch scheinen die sorglichen Eltern von der zweifelsohne richtigen Erwägung ausgegangen zu sein, ihre Kinder würden sich leichter und besser aus dem neuen Hause, der Wohnung des Besitzers, verheiraten, als aus dem wahrscheinlich mehr für ältere Töchter be-

ſtimmten Jungfernhauſe. Unter dieſen Töchtern verdient Anna Gertrud, geboren 1714, beſondere Erwähnung als Mutter von Johann Friedrich Möller, berühmt unter dem Namen „der Pfarrer von Elſey“, dem unzweifelhaft bedeutendſten Manne und beſten Schriftſteller der Mark zu Ende des vorigen und Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts. Wir werden Veranlaſſung haben, dieſes ausgezeichneten Patrioten, welchen Friedrich Harkort beſonders hoch verehrte, noch häufig zu gedenken.

Johann Kaspar der Dritte, des Vorigen Sohn, geboren 1716, war zweimal verheiratet. Seine erſte Gattin, Klara Hünninghaus aus Barmen, ſtarb früh; die andere, Luiſe Katharina Mercker, überlebte ihn um 34 Jahre. Der letztgenannten Vater war der Dr. med. Joh. Chriſt. Mercker zu Eſſen, ihre Mutter eine Tochter von Bernhard Reinermann auf Schede, Dr. juris, Richter zu Wetter, Volmarſtein und Herdecke. Luiſe Mercker, mutmaßlich eine Enkelin des zu Anfang des 18. Jahrhunderts viel genannten Paſtors Dr. Johann Mercker, eines Anhängers von Ph. J. Spener und Hauptes der damals in Eſſen auftretenden Pietiſten, verkehrte in ihrer Jugend am Hofe ihrer Landesherrin, der regierenden Fürſtin-Äbtiſſin von Eſſen*), und war wegen ihrer Schönheit berühmt, ſodaß, wenn die „Jungfer Merckerin“ zur Kirche ging, die jungen Männer Spalier bildeten, um ihr den Weg frei zu machen und ſie zu bewundern. Ob ihr proteſtantiſches Bekenntnis oder ihr hoch hinausgehender Sinn eine frühzeitige Heirat, wie ſie bei ſchönen Töchtern des Landes, zumal wenn ſie aus guter Familie ſind, die Regel bildet, hinderte, verſchweigt die mit dieſer Ahne viel beſchäftigte Familien-Tradition. Genug, Luiſe Katharina war 30 Jahre alt geworden, als der verwitwete Gutsherr von Harkorten ſie 1748 als Gattin heimführte. Aus dieſer Ehe, in welcher ſie das Regiment führte, gingen neben 5 Töchtern 2 Söhne hervor, welch letztere, gleich den Söhnen der vorhergehenden Generation, die Namen Johann Kaspar und Peter Nikolaus erhielten.

Der jungen Frau wurde das 1681 erbaute Wohnhaus, welches bei ihrem Einzuge noch immer den Namen „das neue Haus“ führte, bald zu enge. Sie beſtimmte ihren Gatten, trotz der damaligen ſchweren Kriegsläufte, 1756 das jetzige Herrenhaus errichten zu laſſen, ein kräftiges hochragendes Bauwerk im Barock-Stile jener Zeit, aus

*) Franziska Chriſtine, Pfalzgräfin bei Rhein, Tochter Theodors von Pfalz-Sulzbach und einer Prinzeſſin von Heſſen-Rothenburg-Rheinfels, geboren 1696, regierte als Äbtiſſin von 1726—1776.

ſtarkem Eichenholze mit Schiefer umkleidet, großer Freitreppe und mächtigem Giebel, in- und auswendig mit bemerkenswerter Holzſchnitzerei geſchmückt; Merkmale altangeſtammten Beſitzes und ſoliden Wohlſtandes. Der koſtſpielige Bau dieſes Hauſes, welches „beſonders zur Handlung aptieret und eingerichtet" war — das Eiſenwarengeſchäft mußte ſich alſo inmittelſt ſtark vergrößert haben — geſtattete Johann Kaspar dem Dritten trotzdem noch, von der Witwe des Richters Erkels in Wetter die Hälfte des Gutes Schede zu erwerben, das früher ſich im Eigentum des Großvaters ſeiner Gattin befunden hatte. Die Ausführung eines anderen Planes, die ſtarke Waſſerkraft der Ruhr bei Wetter zur Anlage von Hammerwerken zu benutzen, unterbrach die langwierige Krankheit des Ehemannes und deſſen frühzeitiger Tod, welcher denſelben bereits im 45. Jahre hinwegraffte. In dem von ihm und ſeiner Gattin errichteten Teſtament vom 9. Februar 1761 erklärt Johann Kaspar „nach reiffer Ueberlegung und Berathung mit ſeiner theuren und wehrteſten Eheliebſten" — —

1) „daß es bey dem von unſern gottſeeligen Voreltern auf Haarkotten bereits gemachten Verordnung und Fidei-Commiß ſein ferneres unwiderrufliches Verbleiben haben und behalten ſoll; In ſo fern aber der gütige Gott unſere Ehe mit Zwey Söhnen und drei Töchtern, die noch am Leben ſind, geſegnet hat, ſo gehet unſer Wille beſonders dahin, daß
2) unſer älteſter Sohn Johann Caspar das Elterliche Guth zu Haarkotten mit allem Zubehör und Gerechtigkeit benebſt dem Eiſenhammer in der Hasper Becke vor die Summe von 2500 Rthr. annehmen und haben
3) unſer Zweyter Sohn Peter Nikolaus den Hammer zu Werninghaußen cum appertinentiis vor 500 Rthr. haben ſoll."

Nach den ferneren Beſtimmungen des wenig umfangreichen Teſtaments ſollten die Brüder, falls der eine vor dem andern minderjährig und unverheiratet mit Tode abgehen möchte, in den „obbeſagten beneficiis" einander nachfolgen; ſtarben beide vorzeitig, ſo kamen „die beneficia der älteſten Tochter alſo zu Gute". Im übrigen befaßt ſich das Dokument mit den drei Töchtern nicht weiter als durch die im oben angeführten Artikel geſchehene Erwähnung des Vorhandenſeins derſelben. Wie tief indes eine derartige Hintenanſetzung der weiblichen Nachkommenſchaft rückſichtlich des Vermögens in der Landesſitte begründet war, dürfte daraus hervorgehen, daß das Teſtament nicht etwa, wie man vermuten könnte, von den Eheleuten allein abgefaßt und unterſchrieben, ſondern von mehreren

Verwandten und Freunden des Hauses als Urkundspersonen mitvollzogen ist. Wir finden unter diesen die Schwäger des Testators, Henrich Friedrich Möller, den trefflichen Vater und Amtsvorgänger des bereits erwähnten Pfarrers von Elsey, und Christian Moll, gebürtig aus Lennep, der durch die von ihm bewirkte Einführung der Tuchfabrikation in Hagen einer der vorzüglichsten Wohlthäter dieser Stadt geworden ist.

Am Tage nach Errichtung seines Testaments starb der dritte Johann Kaspar, seine Witwe mit fünf Kindern, von denen das älteste 9 Jahre zählte, zurücklassend. Noch wütete der siebenjährige Krieg, in dessen Laufe die Westfälischen Provinzen des großen Friedrich, Cleve, Mark und Ravensberg, trotz der glänzenden Verteidigung durch Ferdinand von Braunschweig, von den Franzosen wiederholt erobert und selbstverständlich entsprechend verwüstet wurden. Um ihre Besitzungen nach Möglichkeit den Kriegsdrangsalen zu entziehen, wußte sich Frau Luise Katharina — mutmaßlich unter Benutzung ihrer Beziehungen zu der mit den Franzosen verbündeten Fürstin-Äbtissin von Essen — einen Schutzbrief (Sauvegarde) von dem französischen Oberbefehlshaber zu verschaffen. Das war kein Geringerer als der berühmte Freund der allmächtigen Pompadour, der Held von Roßbach, Prinz Soubise, welcher damals zu Borken im Bistum Münster sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Das interessante Schriftstück, dessen Original im Harkorter Archive aufbewahrt wird, oben mit dem großen Königlich Französischen, unten mit dem Familien-Wappen Soubise's geschmückt, hat folgenden pomphaften Wortlaut:

Charles de Rohan, Prince de Soubise d'Epinoy et de Maubuisson, Duc de Rohan-Rohan, Pair et Maréchal de France, Ministre d'Etat, Vicomte de Grand, Premier Béer et Connetable Héréditaire de Flandres, Sénéchal de Hainaut, Capitaine-Lieutenant des Gend'armes de la Garde ordinaire du Roy, Gouverneur et Lieutenant-Général pour Sa Majesté des Provinces de Flandre et de Hainaut, Gouverneur particulier de la Ville et Citadelle de Lille et Souverain Bailli de la dite ville et de sa Chatellerie, Commandant-en-Chef sur les Armées du Roy en Allemagne.

Il est expressément défendu et sous peine de punition à tous soldats, cavaliers, dragons et tous autres sans exception de faire aucun tort ni dommage dans le Chateau de Harkort, situé près de Hagen, et appartenant à Madame la

Douairière de Harkort, Jardins, Vergers, Bestiaux, Meubles et Effets en dependants.

Défendons sous peine de la vie à tous soldats et autres de rien prendre ni enlever dans les lieux ci-dessus, que Nous avons pris sous la protection du Roy et notre Sauve-garde particulière.

Fait à Borken, le 15. Octobre 1761.

(signé) le M(aréchal) P(rince) de Soubise.

Die schwere Strafandrohung im Schlußsatze des Schutzbriefes scheint auch gewirkt zu haben; denn Harkorten, welches Soubise „Schloß" benennt, während er galanter Weise der Besitzerin aus eigener Machtvollkommenheit das Adelsprädikat beilegt, ist von französischer Plünderung ganz verschont geblieben. Solches Glück ward im 7jährigen Kriege nur wenigen zu teil. Erteilte doch am 5. Oktober 1758 der Kriegsminister Belle-Isle dem Marschall Contades angeblich den Befehl: „Sie, mein Herr, müssen ganz Westfalen in eine Wüste verwandeln, und in den Ländern an der Lippe und in Paderborn, als den fruchtbarsten Provinzen, muß alles bis auf die Wurzeln in der Erde ausgerottet werden." *)

Die „Merckerin", wie die regierende Witwe nach ihrem Mädchen-Namen häufig genannt wurde, war eine kluge und energische Frau, die zum Regieren nicht nur Neigung, sondern auch Fähigkeit hatte. Sie führte die Gutswirtschaft, sowie den Hammerbetrieb und die Eisenwarenhandlung unter der Firma „Johann Caspar Harkorts Wittwe" selbständig und mit großem Erfolge fort. Von ihren Brüdern, dem Hof-Fiskal und dem Kaufmann Mercker, übernahm sie 1763 auch die andre Hälfte des Gutes Schede bei Wetter, sodaß nunmehr diese von ihrem Großvater Reinermann herstammende schöne Besitzung ihr alleiniges Eigentum wurde. In ihrer Jugend an einem kleinen fürstlichen Hofe verkehrend, liebte sie es, wie ihr Enkel erzählt, ein großes Haus zu machen und übte in ausgedehntestem Maße Gastfreundschaft. Diese Neigungen scheinen, trotz des guten Erfolges der industriellen und Handelsgeschäfte, einigermaßen die Grenzen der Einkünfte überschritten zu haben; denn als ihre Söhne, der 1753 geborene Stammhalter Johann Kaspar (der vierte) und Peter Nikolaus, geb. 1755, zur Herrschaft gelangten, wurde die

*) Die Bevölkerung der Grafschaft Mark verminderte sich während des siebenjährigen Krieges um rund 15000 Seelen, den sechsten Teil der Gesamtzahl.

Hof- und Haushaltung in engere, den alten Harkorter Sitten und Gewohnheiten mehr entsprechende Schranken zurückgeführt.

Das kaufmännische Geschäft übergab die Witwe ihren Nachfolgern in einem für jene Zeit blühenden Zustande. Es umfaßte vier Stahl- und Eisen-Hammerwerke mit zusammen 14, und fünf Sensenhämmer mit acht Feuerstellen. Heute, wo die jetzt lebende Generation auf ein halbes Jahrhundert der riesigsten industriellen Entwickelung zurückschaut, erscheinen solche Ziffern klein, und doch stellten dieselben damals ein ansehnliches Geschäft dar, wie es deren nur wenige in der Grafschaft Mark gab. Der Absatz der Waren (Sensen, Strohmesser, Draht und Stahl) erfolgte, wie auch früher, nach Norddeutschland, vorzugsweise nach Lübeck, Mecklenburg, Holstein und Schwedisch-Pommern. Peter Nikolaus, welchem die Leitung der Handlung oblag, während der ältere Bruder vorzugsweise die Landwirtschaft betrieb, dehnte das Geschäft nach Dänemark aus und unternahm dorthin, wie nach den deutschen Absatzgebieten, häufig mühsame Reisen. Auf der durch die Mutter erworbenen Scheder Besitzung wurden 1780 Rohstahl-Hämmer (im Schönthal bei Wetter) angelegt, nachdem drei Jahre früher die dort befindliche Schlacht*) auf der Ruhr an die damalige Landes-Regierung, die Märkische Kriegs- und Domänen-Kammer, verkauft und bei dieser Gelegenheit die staatliche Erlaubnis zur Erbauung dieses Hammerwerkes erwirkt worden war. Der Fiskus bedurfte jener Schlacht, um die von Friedrich dem Großen befohlene, im Jahre 1776 durch den Geh. Ober-Finanzrat Reichardt und den Kriegs- und Domänen-Rat Liebrecht projektierte Anlage von Schleusen behufs Schiffbarmachung des Ruhrstromes ausführen zu können. 1798 übernahm Peter Nikolaus bei der Mutter Tode das Gut Schede mit dem dazu gehörenden Schönthaler Hammerwerke für 15 000 Thaler käuflich von seinen Geschwistern, verlegte seinen Wohnsitz jedoch erst 1810, nach Vollendung des jetzigen Scheder Herrenhauses, von Harkorten dorthin.

Wenn auch die große Hofhaltung der Merckerin von ihren Söhnen angemessen eingeschränkt worden war, so fand doch die edle altwestfälische Tugend der Gastfreundschaft auf Harkorten immer die gewohnte Stätte. Die besten Männer des Landes kehrten oft und gern unter seinem Dache ein. Vor allem erschienen neben den Schwägern Feldmann aus Dortmund, Teschenmacher aus Barmen,

*) „Schlacht" ist die in Westfalen gebräuchliche Bezeichnung für Stau-Wehre in Flüssen und Bächen.

Funcke aus Lüdenscheid, angesehenen Kauf- und Handelsherren jener Städte, der ehrwürdige Oheim und der Vetter aus dem Pfarrhause zu Elsey, Heinrich Friedrich und Johann Friedrich Möller. Der ältere Möller gehörte — sagt der Konrektor Holthaus zu Schwelm in einer 1810 veröffentlichten biographischen Skizze — „unter die ausgezeichnetsten und verdienstvollsten Prediger der ganzen Gegend. Er war ein Muster der Trefflichsten seines Standes und hatte in seiner Gemeinde, an der er über ein halbes Jahrhundert wirkte, einen Sinn für Religiosität, Moralität und Legalität geweckt, wie sie selten gefunden werden." Dieses Lob ist nach dem Zeugnis der Zeitgenossen wohlverdient gewesen. Einer derselben, J. D. von Steinen, der berühmte Geschichtsschreiber (gest. 1759), welcher Möller in dessen jüngeren Jahren kannte und als General-Inspektor der lutherischen Kirche der Grafschaft Mark oft amtlich mit ihm verkehrte, erklärt von ihm*), „daß er diese Gemeinde (Elsey) noch itzo mit vielem Ruhme bedienet und durch verschiedene Proben gezeiget hat, daß er zu den groeßesten Dichtern unserer Zeiten gehört." Von den dichterischen Werken des älteren Möller ist nun freilich nichts auf die Nachwelt gekommen und deshalb die Annahme berechtigt, daß wir hier eine jener poetischen Übertreibungen vor uns haben, wie sie zu Gottscheds Zeiten in Mode waren und auch bei von Steinen nicht selten sind.

Weit bekannter als der Vater ist sein und der Anna Gertrud Harkort einziger Sohn geworden, Johann Friedrich Möller, geboren am 6. Dezember 1750. Mit Recht zählt sein Freund Arnold Mallinckrodt, der nach Möllers Tode eine Auswahl seiner besten Aufsätze unter dem Titel „Der Pfarrer von Elsey" herausgab, ihn nicht nur zu den ausgezeichneten, seltenen Männern Westfalens, sondern des ganzen deutschen Vaterlandes. Er nennt ihn „ehrwürdig als Mensch, ehrwürdig als Pfarrer, als Staatsbürger, als Vaterlandsfreund, und nicht minder ehrwürdig als Schriftsteller". Von kräftigem Geiste und durchdringendem Verstande, früh von seinem Vater, sowie auf der Universität Halle eingeführt ins klassische Altertum, in den Werken Lessings, Herders, Mösers, seiner Lieblingsschriftsteller, lebend, nicht auf sein Fach beschränkt, sondern alle Gegenstände gemeinnützigen Wissens umfassend und stets davon austeilend, sittenrein, pflichtgetreu, wahrheitsliebend, von strengstem Rechtsgefühl, ein glühender Patriot, seine Westfälische Heimat und

*) J. D. von Steinen, Westfälische Geschichte, IV. Teil, S. 1363.

ihre Naturschönheiten schwärmerisch liebend, ein seltener Kenner der Geschichte und der Rechtsverhältnisse Westfalens, ausgezeichneter Schriftsteller und klassischer Prosaiker, für jedermann mit Rat und That hilfsbereit — so erscheint Friedrich Möller in den letzten Dezennien des 18. Jahrhunderts unzweifelhaft als der hervorragendste Mann der Grafschaft. Seinen Anverwandten auf Harkorten bewahrte er gleich seinen Eltern die aufrichtigste Zuneigung, insbesondere dem ihm gleichaltrigen und gleichgestimmten Vetter Kaspar, dessen ältester Sohn im Elseyer Pfarrhause erzogen und dort eingesegnet wurde.

Doch nicht auf den Kreis der näheren und entfernteren Verwandten, so weit derselbe auch häufig im vorigen Jahrhundert gezogen wurde, beschränkte sich der Verkehr des Harkorter Stammhauses. Wenn die Damen des freiweltlichen adligen Stiftes in Herdecke ihren „Schwestern" im Stifte zu Gevelsberg nachbarliche Besuche abstatteten oder zum Schwelmer Brunnen reisten und in alt und lahm gewordenen Kutschen sich mühsam die Enneperstraße hinaufschleppen ließen, dann hielt die hochwürdige Frau Äbtissin regelmäßig auf Harkorten Rast und begrüßte die befreundete Herrin des Hauses, die bei der gefürsteten Äbtissin in Essen feine Sitte kennen gelernt hatte und bis ins höchste Alter übte. Einer der beliebtesten Gäste auf Harkorten war der bereits genannte, auf seinem in der Nähe gelegenen Gute Sundern wohnende Kriegs- und Domänen-Rat Heinrich Liebrecht, ein Mann, dessen Name stets mit Dankbarkeit in Westfalen genannt zu werden verdient. Geboren 1736 zu Neuenstädt bei Quedlinburg, wurde Liebrecht, nachdem er in Halle Mathematik und Geschichte studiert hatte, 1761 zum Sekretär beim Militär-Departement des General-Direktoriums in Berlin und 1766 zum Ober-Inspektor der Impostен zu Schwelm, sowie zum ersten Assessor des Bergamts in Hagen ernannt. In dieser Eigenschaft hatte der ebenso tüchtige als eigenartige Mann sich große Verdienste um die Mark erworben, nicht nur als Erbauer der ersten Chausseen im Lande, sondern auch als Anreger und eifrigster Förderer der Schiffbarmachung der Ruhr: beides Maßnahmen, die auf die Wohlfahrt der Provinz wie insbesondere auf die Entwickelung des Westfälischen Steinkohlenbergbaues auf lange Zeit den hervorragendsten Einfluß ausübten. Aus Hagen erschienen die Kriegsräte und Fabriken-Kommissarien Wülfingh, von Holzbrink, sowie der vortreffliche, energische Eversmann, um mit den klugen und fleißigen Leitern der Harkortschen Hämmer und Handlung, die ihre sämtlichen Geschäfte in seltenster Eintracht gemeinsam leiteten, wegen der zur

allgemeinen Förderung des Fabrikwesens notwendig erscheinenden Schritte Rats zu pflegen.

Über die „Halle", den bewaldeten Höhenzug, welcher das Thal der Ennepe von jenem der Ruhr scheidet, kamen aus der Burg zu Wetter die Mitglieder des zu Trinitatis 1780 von Hagen dorthin verlegten Märkischen Bergamtes oft nach Harkorten geritten. An ihrer Spitze befand sich ein junger Mann, dessen erstes Auftreten in der Grafschaft alsbald lebhafte Bewegung hervorrief. Von gedrungener Gestalt, auf stämmigen Füßen stehend, über der gewaltigen Nase ein Paar ernste durchdringende Augen und eine mächtige Stirn, zog schon die äußere Erscheinung Aufmerksamkeit auf sich. Seine im jugendlichen Alter von erst 24 Jahren erfolgte Ernennung zum Ober-Bergrat glaubte man in Berlin wesentlich seiner Verwandtschaft mit dem ausgezeichneten Chef des Bergwesens, dem Minister von Heinitz, beimessen und als eine Belohnung dafür ansehen zu dürfen, daß er, ein reichsunmittelbarer und vermögender Edelmann aus dem Lahn-Gau, entgegen den Neigungen und Gepflogenheiten seiner österreichisch-gesinnten Standesgenossen, in den Preußischen Staatsdienst getreten war. Als ihm zwei Jahre später die Leitung der Westfälischen Bergämter und die damit verbundene Ober-Aufsicht über das Märkische Fabrikwesen übertragen wurde, schüttelte mancher über diese allen Traditionen widersprechende Ernennung den Kopf, zumal als von Berlin her die Nachricht in die abgelegene Provinz gelangte, der König (Friedrich II.) habe damals auf den Vorschlag des Ministers, den jungen Herrn zum Ober-Bergrat zu befördern, zunächst geantwortet, er kennte ihn weiter gar nicht: „aber gleich Ober-Bergrat zu werden, sei doch ein bischen viel"; was er denn gethan habe, das zu verdienen? um das zu werden, müßte „Einer sich doch ein bischen distinguiert haben". Heinitz hatte diese berechtigten Bemerkungen des großen Königs sachgemäß zu erledigen gewußt, die Ernennung durchgesetzt und seinen Schützling später (1784) als Bergamts-Direktor nach Wetter geschickt, wo derselbe nicht lange säumte, sich nicht bloß als „Einen", sondern als einen Einzigen zu zeigen und sich in noch nie dagewesener Weise zu „distinguieren". Die älteren Bergamts-Mitglieder, sowie auch die Fabriken-Inspektoren, erzählten Wunderdinge von dem sittlichen Ernste, der Intelligenz, Energie und Arbeitskraft des neuen jungen Vorgesetzten, der in alle Fächer seines wichtigen Ressorts fördernd, leitend und reinigend eingriff — nicht minder auch Wunderdinge von seiner Heftigkeit, Reizbarkeit und Rücksichtslosigkeit, wenn nicht

alles so rasch und glatt ging, als er sich das gedacht hatte, oder wenn er gar auf Lauheit und Verdrossenheit stieß. Dabei wollte der neue Chef alles selbst prüfen und untersuchen, nicht bloß durch die Brille seiner Beamten sehen. Bergauf und bergab ritt und schritt er unermüdlich durch alle Gemeinden des Märkischen Süderlandes, besuchte die Fabriken, unterrichtete sich bei ihren Eigentümern und suchte deren Vertrauen zu gewinnen, denn nur dann — so hatte er gleich beim Antritt seines Amtes ausgesprochen — „könne die ihm übertragene Aufsicht und Leitung zu wahren Verbesserungen führen, wenn der Fabrikstand in die Reinheit und die Einsicht der vorgesetzten Beamten vertraue". Nach Harkorten kam er oft und gern, weil er dort zwei angesehene, sittenstrenge und praktisch erfahrene Vertreter dieses „Fabrikstandes" antraf, die, in der rauhen Schale rasch den edlen Kern erkennend, bald zu seinen eifrigsten Verehrern gehörten und in guten und bösen Tagen bis zu ihrem Tode in treuer Freundschaft und Bewunderung zu ihm aufblickten. Denn aus dem damaligen Gaste ihres Hauses erwuchs dem Vaterlande jener große Mann, den die dankbare Nachwelt

Des Guten Grundstein,
Des Bösen Eckstein,
Der Deutschen Edelstein!

nennt, Heinrich Friedrich Karl Reichs-Freiherr vom und zum Stein, der spätere erste Minister und Gesetzgeber Preußens, der durch Napoleon Geächtete, der gewaltigste Vorkämpfer für Deutschlands Befreiung vom Französischen Joche.

Ins Steins Begleitung erschienen auf Harkorten noch andere um den Westfälischen Bergbau verdiente Männer: der Oberbergmeister Julius Philipp Heintzmann, der vortreffliche bergrechtliche Schriftsteller Bergrat Mähler und nach dessen frühzeitigem Tode der aus Cleve stammende Referendar, Bergrichter Johann August Sack, dem Stein dieselbe Liebe widmete und trotz seines jugendlichen Alters dasselbe Vertrauen zuwandte, welches er selbst bei dem Minister Heinitz genoß. Sack wurde nach Verjagung der Franzosen 1814 General-Gouverneur des Mittel- und Niederrheins und starb als Oberpräsident von Pommern.

Die beiden Söhne der Merckerin hatten inzwischen ihren eigenen Hausstand gegründet und sich mit Töchtern angesehener Kaufmanns-Familien verbunden. Der jüngere, Peter Nikolaus, holte seine Gattin aus Remscheid heim, dem weitberühmten Sitz der Stahlwaren-

Induſtrie im damals zur Kur-Pfalz gehörenden Herzogtum Berg. Der Stammhalter, Johann Kaspar (der vierte), blieb dagegen bei ſeiner Wahl im Lande und vermählte ſich am 14. September 1780 mit Henriette Elbers aus Hagen, einer alten Märkiſchen Familie entſtammend, die ſeit längerer Zeit mit den Harkortern befreundet und verſippt war. Aus dieſer Ehe gingen neun Kinder hervor, von denen zwei im jugendlichen Alter ſtarben. Als der dritte der Söhne, welchem der Vater als begeiſterter preußiſcher Patriot den Namen Friedrich Wilhelm gegeben hatte, bald nach der Geburt den Eltern wieder genommen wurde, ließ man den nächſtfolgenden, am Geburtstag Waſhingtons (22. Februar 1793) gebornen Knaben auf den nämlichen Namen taufen und nannte ihn nach der Landesſitte „Fritz“. Seine Laufbahn zu ſchildern, iſt die Aufgabe dieſes Buches.

Zweites Kapitel.

Die Grafschaft Mark im Ausgang des 18. Jahrhunderts.

„Horch auf! — Die Ladung! — Du verschrie'ner Strich,
Land meiner Väter, ich berufe dich!"

Ferd. Freiligrath.

Inhalt: Preußens Besitzungen im Westen. Die Mark. Land und Leute. Sprache. Kirchliche Verhältnisse. Schulwesen. Landesverwaltung. Der Clev.-Märkische Landtag. Der westfälische Reichskreis. Gemeindeverwaltung. Gerichtsverfassung. Heerwesen. Ackerbau und Viehzucht. Markengenossenschaften. Märkte. Wald und Jagd. Friedrich Wilhelm II. in der Mark. Salzwerke. Metallurgische Gewerbe. Steinkohlen-Bergbau. Straßenbau. Schiffbarmachung der Ruhr. Die Städte. Postwesen. Sonst und Jetzt.

Wie das Wachstum eines mächtigen Baumes nur zu begreifen ist, wenn man den Boden kennt, in welchem er groß geworden, so gelangt das Werden und Wirken eines bedeutenden Mannes zum vollen Verständnisse nur durch Kenntnis des Landes und Volksstammes, darin er aufwuchs, und der Menschen, unter und mit denen er seine Jugend verlebte. Dieser Satz trifft in seinem vollen Umfange zu bei der Aufgabe, einen Lebensweg zu schildern, welcher, fast drei Menschenalter umfassend, auf demselben engbegrenzten Raume seinen Anfang nahm, aufwärts ging und an sein Ziel gelangte. Es möge deshalb der Versuch gestattet sein, eine Beschreibung des Zustandes zu geben, in welchem sich Land und Volk der Grafschaft Mark befand, als das 18. Jahrhundert sich seinem Ende zuneigte. Ein solcher Rückblick erscheint um so mehr geboten, als die Gesamtheit der geistigen und materiellen Bedingungen des Völkerlebens, der politischen wie der sozialen Verhältnisse, gerade während der letzten hundert Jahre eine Umwandlung erfahren hat, wie deren die Weltgeschichte nur wenige ähnliche aufweist; eine Umwandlung, deren Tiefe bei dem jetzt lebenden Geschlechte nicht nur

die Erinnerung an die damaligen Zustände bedauerlich abschwächt, sondern auch das Interesse daran vermindert und das Verständnis derselben wesentlich erschwert.

Wer heute bei einem Blicke auf die Karte Deutschlands wahrnimmt, wie der Preußische Staat von den Grenzen Rußlands bis nach Holland, von der Memel bis zum Rheine in einer einzigen gewaltigen, fast 200 Meilen langen Fläche sich ausdehnt, aus welcher nur einige kleine fremdherrliche Gebiete gleich Inseln im Meere auftauchen, der ist schwer im stande, sich ein Bild davon zu machen, wie die deutsche Landkarte zwischen Weser und Rhein vor hundert Jahren aussah. Gleichwie jetzt die nichtpreußischen Territorien in Preußen gleichsam umherschwimmen, so streckten damals die von den Hohenzollern im Westen erworbenen Gebiete ihre bescheidene Oberfläche aus dem sie umgebenden tollen Wirrwarr größerer und kleinerer Staatengebilde heraus. An der Weser und dem Teutoburger Walde erschien zunächst das Fürstentum Minden und damit zusammenhängend die Grafschaft Ravensberg, den heutigen Kreisen Minden, Lübbecke, Halle, Herford und Bielefeld entsprechend. Nordwestlich davon lagen, durch das Osnabrückische Gebiet von Minden-Ravensberg getrennt, die beiden kleinen Grafschaften Tecklenburg und Lingen, welche nach Norden und Westen von dem Hochstift Münster umschlossen waren und dadurch wieder von dem 1744 preußisch gewordenen, von der Nordsee bespülten Fürstentum Ostfriesland getrennt wurden. Fern im deutschen Westen erstreckte sich auf beiden Ufern des Rheins, bis zur Maas hinübergreifend, das Herzogtum Cleve und mit diesem verbunden das sogenannte Oberquartier von Geldern und Fürstentum Mörs. Östlich vom Rheine, jedoch durch das Kurpfälzische Herzogtum Berg und die unmittelbaren Reichsstifter Essen und Werden von dieser Hauptverkehrsstraße abgeschnitten, lag die Grafschaft Mark, gleich Cleve und Ravensberg ein Teil der wichtigen Cleve-Jülichschen Erbschaft, durch deren Anfall die Hohenzollern zu Deutschlands Heil 1609 festen Fuß am Rheine faßten. Gegen Norden bildete das Bistum Münster, die freie Reichsstadt Dortmund und das Kölnische „Vest" Recklinghausen, gegen Westen Werden und die unter weiblicher Herrschaft stehende Abtei Essen die Grenzen der Grafschaft. Südwestlich wurde sie vom Herzogtum Berg und der Herrschaft Gimborn-Neustadt, sowie südlich und östlich von dem rechtsrheinischen Hauptteile des Kurfürstentums Köln, dem sogenannten „Herzogtum Westfalen" umfaßt. An das letztere anstoßend streckte zum Überfluß noch die Grafschaft

Limburg ihr winziges, ehemals Bergisches Lehnsgebiet von Osten her in das Märkische Territorium hinein. Von einer natürlichen Begrenzung und einer Verbindung der Mark mit den übrigen Preußischen Landesteilen war bei einer solchen Zerrissenheit natürlich nirgendwo die Rede.

Das Ländchen lag, von allem Weltverkehr abgeschnitten und allein der Kraft und Tüchtigkeit seiner Bewohner überlassen, fast vergessen da. Friedrich der Große liebte es nicht und besuchte es, trotz aller Bewunderung, welche ihm seine Bewohner entgegenbrachten, niemals. Große Staatsmänner und Krieger hatte es nicht hervorgebracht und seine Schriftsteller waren bis zur zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, nur unbedeutender Art. Wie das ganze Westfälische Reichsgebiet, in dessen Mitte sie gleichsam vergraben war, blieb die Grafschaft Mark dem übrigen Deutschland eine wahre terra incognita, ein Gegenstand billigen und groben Spottes für alle diejenigen, welche auf ihren entsetzlich schlechten Straßen zu leiden gehabt hatten. Schon Tacitus kennzeichnete Westfalen, in dessen Wäldern und Sümpfen die Legionen des Varus zu Grunde gingen, als „paludibus horrida". Der berühmte Niederländer Justus Lipsius, welcher 1586 eine Reise durch Westfalen machte, ähnlich derjenigen, welche 20 Jahre nach ihm der im ersten Kapitel erwähnte Lübische Ratsherr Brokes erduldete, nannte seine Bewohner, insonderheit die Oldenburger, suilli, scrofae und porci und stieß den Jammerruf aus: „nulla barbaria tam barbara quam Westphalia!" Alle Protestationen damaliger Westfälischer Schriftsteller gegen diese Verunglimpfung, voran der gelehrte Geschichtsschreiber Hamelmann, fruchteten nichts — wie heute so wurde auch damals die Anklage, namentlich wenn sie boshaft oder witzig war, gern gelesen, belacht und geglaubt, die Verteidigung dagegen unbeachtet gelassen. Und als nun gar um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Voltaire bei einer Reise im Gefolge Friedrich II. zu Brakwede bei Bielefeld von den dort versammelten Bauern gehänselt wurde (sie sollen ihn verzeihlicher Weise für den Affen seines königlichen Freundes gehalten haben!), rächte er sich durch den bekannten auf Westfalen zielenden Satz:

„Dans de grandes huttes, qu'on appelle maisons, on voit des animaux, qu'on appelle hommes, qui vivent le plus cordialement du monde pêle-mêle avec d'autres animaux domestiques."

Bezogen sich diese und andere ähnliche boshafte Urteile auch nicht direkt auf die Grafschaft Mark, so hatte diese doch, als ein

Bestandteil Westfalens, unter denselben mit zu leiden. Gerade sie aber verdiente unter allen Westfälischen Gebieten am wenigsten die Mißachtung, die ihr damals so reichlich zugemessen wurde. Das Land war, wie heute allgemein anerkannt ist, schön, fruchtbar und wohlhabend und barg in seinem Innern Schätze, deren unermeßlicher Reichtum zwar damals noch nicht allgemein bekannt war, doch von einsichtigen und tiefer blickenden Männern geahnt und vorausgesagt wurde. Seine Bewohner gehörten zu einem Volksstamme, welcher an körperlicher und geistiger Gesundheit, an Kraft, Fleiß und sittlicher Tüchtigkeit keinem anderen deutschen Stamme irgendwie nachstand. Die Anerkennung dieser Thatsache, die Vergeltung für die in der Vergangenheit erduldete schiefe Beurteilung brachte freilich erst das 19. Jahrhundert.

Die Mark — welche mit dem Tilsiter Frieden als besonderes Verwaltungsgebiet zu existieren aufhörte und seit der Wiedervereinigung mit Preußen die sieben landrätlichen Kreise: Soest, Hamm, Dortmund, Bochum, Hagen, Altena und Iserlohn des Regierungsbezirks Arnsberg bildet — umfaßte im Jahre 1790 (ohne Dortmund und Limburg) einen Flächeninhalt von $30^1/_8$ Quadratmeilen. Auf diesem Gebiete wohnten bei Beginn des letzten Dezenniums des vorigen Jahrhunderts nur 121 984 Menschen, etwa ein Siebentel der heutigen Seelenzahl. Vom Rothaar-Gebirge, dem Grenzwalle zwischen Hessen und Westfalen, herabströmend teilte die Ruhr, nächst Main und Neckar der ansehnlichste rechtsseitige Nebenfluß des Rheines, die Grafschaft in zwei Hälften, deren nördliche der Hellweg, die südliche das Sauer- oder das Süderland genannt wird. An Größe und Bevölkerung damals fast gleich, waren beide Teile desto ungleicher in Ansehung ihrer Natur und Beschaffenheit. Der Hellweg bildet eine hügelige, zwischen den Flüssen Ruhr, Emscher und Lippe belegene äußerst fruchtbare Ackerebene, von einer uralten, den gleichen Namen tragenden Heerstraße durchschnitten, welche, vom Rheine ausgehend, die ehemals hochberühmten Reichs- und Hansestädte Dortmund und Soest berührte. Das Sauerland dagegen ist durchweg gebirgig, in seinen höheren südlichen Teilen rauher und unfruchtbarer Waldboden, aber von hoher landschaftlicher Schönheit und von zahlreichen kleinen Flüssen und Bächen durchzogen, deren unzählige Wasserkräfte die Grundlage bildeten für die gewaltige Eisen- und Stahlindustrie, welche mit jedem neuen Jahrhundert den Ruhm und den Reichtum des Landes zu mehren bestimmt war.

Die Bewohner gehören dem Sächsischen, von alters her in

Deutschland volksfreiesten Stamme an. Zu der Römer Zeiten wurde das Land südlich der Ruhr von den Sigambrern bewohnt, die im dritten Jahrhundert n. Chr. dem Ansturm der von der Jütischen Halbinsel kommenden Sachsen erlagen, jedoch im Lande verblieben und sich mit den Eroberen vermischten. Die heutige Mark bildete den westlichsten Punkt, bis zu welchem die Sachsen, die sich später in Ostfalen, Engern und Westfalen schieden, siegreich vordrangen. An dem Gebirge, welches die Wasserscheide zwischen Ruhr und Wupper bildet, stellten sich ihnen die Franken erfolgreich entgegen. Jener Bergzug ist bis zum heutigen Tage die Stammes- und Sprachenscheide zwischen Sachsen und Franken, wie auch die politische Grenze zwischen der Grafschaft Mark und dem Herzogtum Berg, zwischen Westfalen und dem Rheinlande geblieben.

Von Leibesgestalt waren Männer wie Frauen hochgewachsen, starknochig und muskulös, mit blondem, nur selten dunklerem Haare und blauen Augen — ihr Charakter bieder, ehrlich, gutmütig, auf die eigene Würde und Selbständigkeit eifersüchtig, unerschrocken, von klarem Verstande, arbeitsfähig und arbeitsfreudig. Argwöhnisch und mit seiner Zuneigung sparsam ist der Markaner dem Freunde ein treuer Freund, dem Feinde ein zäher, schlimmer Gegner; nicht jähzornig, aber grob und lange nachtragend, wenn es zum Streite gekommen, dabei rechthaberisch und zänkisch. Gegen Eingriffe in seine wirklichen oder vermeintlichen Rechte verteidigt er sich mit äußerster Hartnäckigkeit. Die riesige Zunahme der Bevölkerung im gegenwärtigen Jahrhundert, vermehrter Wohlstand, größerer Luxus, konzentrierte Fabrikarbeit, vor allem aber das durch die verbesserten Verkehrsverhältnisse der Neuzeit herbeigeführte Durcheinanderwürfeln der Nationen und Völkerstämme hat manche dieser Eigenschaften, der geistigen wie der körperlichen, abgeschliffen und verdunkelt; vor hundert Jahren aber, als das Land noch fern vom Weltgetümmel seine Eigenart pflegen konnte, traten jene Tugenden wie jene Fehler scharf hervor.

Die Volkssprache war das sogenannte Plattdeutsche, eine kräftige, breite, niederdeutsche Mundart, dem Holländischen nahe stehend, die nicht nur von der gesamten ländlichen, sondern auch von der städtischen Bevölkerung ausschließlich gesprochen wurde. Das Hochdeutsche war lediglich Schrift- und Verkehrssprache der gebildeten Klassen; doch bedienten auch die letzteren im Umgange mit den nur des Plattdeutschen kundigen Arbeitern und Dienstboten sich dieses Idioms und thaten das gerne. Die modernen Verhältnisse haben auch auf diesem Gebiete große, die Klassenunterschiede schärfende

Veränderungen hervorgerufen; leider sehr zu Ungunsten der plattdeutschen als der eigentlichen Volkssprache.

In kirchlicher Beziehung bekannte sich die Mehrzahl der Bewohner zur Lehre Luthers; eine ansehnliche Minderheit zu derjenigen Calvins. Die nicht zahlreichen Katholiken wohnten vorzugsweise in der Nähe der Grenzen der die Mark umschließenden, ganz katholisch gebliebenen Kurkölnischen und Münsterschen Landesteile. Lutheraner und Reformierte standen nebst der katholischen Geistlichkeit unter der Regierung zu Cleve, welche sich um etwaige Einreden irgend eines römischen Bischofs in weltliche Dinge nicht kümmerte und es im übrigen, gemäß der bekannten Maxime Friedrich des Großen*), jedem überließ, nach seiner Façon selig zu werden. Mit den Juden hatte das nun freilich einige Schwierigkeiten, doch meldet Büsching in seiner 1771 erschienenen Erdbeschreibung: „Juden haben hin und wieder freie gottesdienstliche Übung." Dieselbe Quelle zählt 94 evangelisch-lutherische Parochieen und 50 reformierte Prediger auf. Trotzdem auch in Westfalen im 16. und 17. Jahrhundert wüster Streit zwischen Lutheranern und Reformierten getobt hatte, so herrschte doch in der zweiten Hälfte des folgenden Jahrhunderts Friede zwischen den Konfessionsverwandten, wie nicht minder auch zwischen diesen und den katholischen Mitbewohnern des Landes. An verschiedenen Orten benutzten Protestanten und Katholiken einträchtig die nämliche Kirche, ohne an ihrem Seelenheil irgendwie Schaden zu leiden, und man fand nicht selten Beispiele, daß Geistliche der einen Konfession die Funktionen des andersgläubigen abwesenden Amtsbruders mitverrichteten. Das Volk war bei solch rühmlicher Toleranz nicht etwa indifferent, sondern in allen seinen Schichten aufrichtig religiös gesinnt, verehrte seine tüchtigen Geistlichen und besuchte regelmäßig, die oft stundenlangen schlechten Wege nicht scheuend, den sonntäglichen Gottesdienst. Der Pietismus, der im benachbarten Wupperthal und dessen Umgebung festen Fuß gefaßt hatte, fand vor dem gesunden, allem Scheine abgeneigten Sinne der Märker ebenso wenig Gnade, als das in Ronsdorf und an anderen Orten des Herzogtums Berg giftige Blüten treibende Sektenwesen.

Große Bewegung auf kirchlichem Gebiete verursachte zu Ausgang der Regierung König Friedrichs II. die durch die Clevische Kammer angeordnete Einführung des Berliner „Lutherischen Gesang-

*) Friedrich II. hatte gleich im Beginn seiner Regierung sich dahin ausgesprochen: „Alle Religionen Seindt gleich und guht wen nuhr die leüte so sie profesiren Erliche Leüte seindt, und wen Türken und Heiden kähmen und wollten das Land Pöpliren, so wollen wir sie Mosqueen und Kirchen bauen."

buches in den königlich preußischen Landen". So begründet diese Maßnahme dem unbefangenen Beobachter heute erscheinen mag, so gering auch die Zahl der ausgemerzten alten und der aufgenommenen neuen Kirchenlieder thatsächlich war, so sehr sich die Geistlichkeit im Guten und im Bösen bemühte, die Änderung durchzusetzen — alles blieb erfolglos gegenüber dem zähen, energischen Widerstande der am Alten hängenden Hellweger Bauern und Sauerländischen Schmiede. Niemand kaufte trotz billigsten Preises das oktroyierte neue Gesangbuch, und wenn beim Gottesdienste Pfarrer und Küster mit ihren Familien das vorgeschriebene Lied nach der Nummer des neuen Buches anstimmten, so wurden sie sehr bald von der erschreckenden Mehrheit derer, welche dieselbe Nummer aus dem alten Buche, die weder im Texte noch in der Melodie mit der neuen Nummer harmonierte, sangen, gewaltig übertönt. An einzelnen Orten behielt es bei diesem Unfuge, den die Alten mit tiefem Ernste und im Bewußtsein ihres guten Rechtes betrieben, die Jungen ebenso eifrig aus Mutwillen mitmachten, nicht sein Bewenden; es kam, wie in Altena, zu Aufläufen. Die Anhänger des alten „Kern und Mark geistlicher Lieder" blieben thatsächlich Sieger; Regierung und Geistlichkeit mußten kapitulieren und konnten nicht einmal ein Kompromiß durchsetzen. Laut Verordnung vom 16. September 1785 wurden zwar alle „eigenmächtigen rebellischen Störungen des öffentlichen Gottesdienstes durch Anstimmung allerlei Lieder" — so nannte die Clevische Regierung das Singen nach dem alten Gesangbuche — strenge verboten, jedoch den Predigern gleichzeitig gestattet, wenn die Mehrheit der Gemeinde es wünsche, „vorläufig und bis zur besseren Belehrung" im Vormittags-Gottesdienste das alte, nachmittags aber, sowie in den Katechisationen und in den Schulen das neue Gesangbuch anzuwenden. Selbst dieser entgegenkommende Schritt stellte den Frieden nicht wieder her. Auf Bitten einer von Altena aus an den Philosophen von Sanssouci — den der Streitfall sicherlich wenig interessierte! — entsendeten Deputation verfügte der große König unterm 11. Mai 1786: „Befehlen Euch hierdurch in Gnaden, Es vor der Handt bei der Beybehaltung des alten Gesangbuchs, sowohl beim Vor- als Nachmittäglichen Gottesdienste zu lassen, Uebrigens aber bei schicklicher Gelegenheit euch zu bemühen, die Begriffe des Volkes von dem neuen Gesangbuch zu verbessern." Diese Verbesserung der Begriffe trat erst ein, als die Generation der hartköpfigen Verehrer des alten Gesangbuches zu ihren Vätern versammelt und durch ein neues Geschlecht ersetzt war. Manche jener Alten ließen sich das geliebte, bis in den Tod verteidigte Buch mit in den Sarg legen.

Weit weniger zufriedenstellend als auf kirchlichem Gebiete sah es mit dem Schulwesen aus. Es fehlte auf dem Lande fast überall sowohl an Schulen als an tüchtigen Lehrern, vor allem aber in der Masse des Volkes selbst an der Erkenntnis der Notwendigkeit ordentlichen Unterrichtes. Zwar ließen die Behörden es an Ermahnungen, für die Schule und den Besuch derselben besser zu sorgen, nicht fehlen, man publizierte das Preußische General-Land-Schul-Reglement vom 12. August 1763 und schärfte dessen Vorschriften wiederholt ein; darüber aber ging die Thätigkeit der Regierung in den westlichen Provinzen selten hinaus. Das „Reglement für die Teutsch-Reformierten Schulen in Unserm Herzogtum Cleve und Grafschaft Mark vom 10. Mai 1782" gestattet einen tieferen Blick in die damaligen Verhältnisse. Zu Anfang desselben wird zwar die allgemeine Schulpflicht (vom fünften oder sechsten bis zum dreizehnten oder vierzehnten Jahre) betont, gleich hinterher aber heißt es in § 5:

„Man wird mit vieler Betrübnis gewahr, daß auf dem platten Lande Aeltern und Vorgesetzte ihre Kinder und Pflegebefohlenen den ganzen Sommer hindurch aus der Schule zu halten pflegen, wodurch das im Winter Erlernte schändlicher Weise wieder vergessen wird. Es wird demnach Aeltern und Vorgesetzten ernstlichst aufgegeben, die Kinder auch des Sommers entweder die ganze Woche hindurch auf halbe Tage, oder, wo dieses nicht füglich geschehen kann, wenigstens zwei oder drei volle Tage wöchentlich zur Schule zu schicken. Und es werden die Prediger über die genaue Beobachtung dieser Vorschrift vorzüglich und gewissenhaft zu wachen haben." *)

Die „viele Betrübnis" der Landes-Behörde, von welcher das Reglement ausging, läßt die klare Thatsache erkennen, daß die Mehrzahl der Kinder im Sommer gar keine Schule zu besuchen pflegte.**) Im Hellwege wie im Sauerlande hüteten diese weit lieber, so lange die Witterung es erlaubte, vom Morgen bis zum Abend die Kühe und Schweine ihrer Eltern in der gemeinen Mark und kein Tag im

*) In dem (urkatholischen) Kanton Uri wird noch heute nur im Winter, d. h. vom 1. Oktober bis 30. April, Schule gehalten.

**) Die Clevische Kammer setzte 1763 das monatliche Schulgeld eines Buchstabierschülers auf 9 Pfennige, dasjenige des Leseschülers auf einen Groschen fest. Im Sommer galt die Hälfte dieser Beiträge. — Vom Schulmeister wurde ausdrücklich verlangt, daß derselbe „dem Diebstahl, Trunk und der Unzucht nicht ergeben sei".

Jahre war ihnen angenehmer, als der „Utdag“, jener schöne Frühlingsmorgen, an dem das allgemeine Austreiben des Viehes seinen Anfang nahm. In die Schule gingen Knaben wie Mädchen aus dem Volke lediglich gezwungenermaßen und solcher Zwang erfolgte nur, wenn im Winter oder bei schlechtem Wetter zu Hause für sie nichts zu thun war, sie den Eltern zur Last fielen oder der Prediger sie zur Schule trieb. In dieser regierte meistens mit Furcht und Schrecken ein alter Invalide oder Handwerksmeister, meistens Schneider, dem das Lehren ein ebensolcher Greuel war als der lieben Jugend das Lernen. Wie sehr die Verwendung der Invaliden als Schulmeister (auch „Schuldiener“ nennt sie das Reglement von 1782) seither die Regel gebildet hatte, erhellt u. a. aus einer Verfügung d. d. Cleve, 28. Dezember 1780, derzufolge „die zu beherzigende Versorgung der Invaliden durch Verleihung der Küster-, Leichen- und Hochzeitsbitter- u. a. dergleichen Dienste bewirkt werden solle, da die meisten wegen Mangel der erforderlichen Geschicklichkeit nicht als Schulmeister angestellt werden können“.

P. F. Weddigen, Pastor zu Kleinbremen bei Minden, ein verdienstvoller und einsichtiger Schriftsteller der damaligen Periode, schilderte in seinem 1801 erschienenen „Westfälischen Nationalkalender“ in einem Aufsatze über „die Kultur Westfalens in der ersten und zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts“ das Westfälische Schulwesen in folgender Weise:

„Und wie waren in jener Periode die Landschulen beschaffen? Was haben sie gewirkt? Bei dieser Frage tritt mir eine Thräne der Wehmut ins Auge. Keine Provinz Westfalens hatte an Anlegung zweckmäßiger Seminarien gedacht, durch sie künftige brauchbare Lehrer des Volkes zu bilden. Man schien in einigen benachbarten Provinzen die Landschulen wie Asyle für abgedankte Bedienten und Bratenwender anzusehen, welchen, weil man sie sonst nicht unterbringen konnte, von gnädigen Patronen und Kammerjungfern diese Stellen zum dürftigen Unterhalt, bald mit bald ohne Schürze, anvertraut wurden. Ein wenig stümperhaftes Lesen (an Schreiben ward selten gedacht) und ein gedankenloses Auswendiglernen des Katechismus war das non plus ultra der Erkenntnis, welche die arme unglückliche Landjugend sich zu verschaffen Gelegenheit hatte. Die Menschen mußten dumm bleiben.“

Andere Beobachter, wie Justus Gruner in seinem derzeit viel angegriffenen Buche „Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des sittlichen und bürgerlichen Zustandes Westfalens

am Ende des 18. Jahrhunderts", bestätigen Weddigens Schilderung. „Die Landschulen," sagt der spätere Zivil-Gouverneur des Niederrheins, „waren bisher schlecht eingerichtet, die Lehrer größtenteils unwissende Subjekte, und die Landkinder gingen häufig, um Zeit und Geld zu ersparen, gar nicht in den Unterricht." *)

Doch die Morgenröte einer besseren Zeit tagte. In einem katholischen Lande, im Bistum Münster, brachte der ausgezeichnete Minister von Fürstenberg mit dem ihm zur Seite stehenden praktischen Schulmanne Bernhard Overberg binnen wenigen Jahren das Volksschulwesen zu einer Entwickelung, welche die Bewunderung und den Neid der Nachbarn erregte. „Glückliches Münster!" ruft Weddigen bei der Beschreibung der dort gemachten Fortschritte in der Volksbildung aus, „bald werden mit gleichen Kräften andere Provinzen Westfalens deinem herrlichen Beispiele folgen." — In der Grafschaft Mark, wo es auch traurig genug aussah, hatte man sich bereits vor Ablauf des Jahrhunderts zu dieser Nachfolge angeschickt. Schon im zweiten Jahrgange des Westfälischen Anzeigers (1799, S. 341) konnte eine freilich geringe Anzahl ausgezeichneter Volksschullehrer namentlich angeführt werden, an erster Stelle J. F. Wilberg, ein Zögling des um das Preußische Schulwesen hochverdienten Domherrn von Rochow auf Rekahn bei Brandenburg, welcher an einer von dem Grafen von der Recke-Volmarstein gestifteten Schule zu Hamme bei Bochum im Amte stand, Holthaus in Schwelm, Thiel in Hülscheid, Schmitz zu Dahl und andere, die sämtlich im Sauerlande, also im gewerbtreibenden Teile der Grafschaft, wirkten. Kaum aber machte sich eine kleine Besserung bemerkbar, als auch schon ängstliche Stimmen laut wurden, die davor warnen zu müssen glaubten, den Bauer und Arbeiter ja nicht zu viel lernen zu lassen. Der obengenannte Wilberg charakterisierte in einem interessanten Aufsatze (Westfäl. Anzeiger 1799, Seite 117) die damaligen Parteien des Fortschritts und des Rückschritts im Gebiete des Schulwesens. „Die erstere," sagt er, „will den Bauern in allem Wissenswürdigen unterwiesen und so weit gebracht haben, daß er aus bloßer Aufgeklärtheit das Beschwerliche seines Standes und den sauren Schweiß nicht mehr fühlen soll. Die andere Partei wünscht (sowohl als jene aus bloßer Menschenfreundlichkeit!) den Gliedern des Bauernstandes dasselbe Schicksal, glaubt aber das Mittel, ihnen dazu zu

*) In Frankreich war der Volksunterricht übrigens noch weit greulicher vernachlässigt als in Deutschland. Dort konnten zu Anfang der großen Revolution von 26 Millionen Einwohnern 25 Millionen nicht lesen!

helfen, darin nur finden zu können, wenn man dieselben in ihrer bisherigen Gefühllosigkeit erhielte und zu dem, was sie sollen, nur durch sinnliche Furcht antriebe, und von dem, was sie nicht sollen, durch eben dieses Mittel zurückhielte." Im ferneren Verlaufe seines Aufsatzes erachtet es Wilberg für nötig, ausführlich nachzuweisen, daß auch dem Bauernstande Schulkenntnisse nützlich seien und derselbe ebenso wohl Lesen, Schreiben, Kopfrechnen verstehen müsse wie andere Stände. Als pia desideria führt er dann noch Kenntnis der Sprache, der Natur, und der Verfassung des Vaterlandes, sowie einigen Unterricht in der Landwirtschaft auf. — Es ist lehrreich, im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts jene Zeitungsstimme vom Schlusse des 18. Jahrhunderts wiedererklingen zu lassen und sich zu vergegenwärtigen, wie wenig begründet die schon damals herrschende und heute noch nicht ausgestorbene Furcht gewesen ist, es möchten die Bäume des Volksunterrichts in den Himmel wachsen.

Aus Kirche und Schule treten wir auf das Gebiet der eigentlichen Landes-Verwaltung über.

Bis zum Anfall an Kurbrandenburg war die Mark in 15 Ämter eingeteilt, deren jedem ein Amtmann oder Droste mit bedeutenden Befugnissen vorstand. Diese Befugnisse wurden durch den Großen Kurfürsten 1682 stark beschnitten, 1748 und 1753 aber die alte Verfassung ganz aufgehoben, Rechtspflege und Verwaltung getrennt und das platte Land in vier Kreise eingeteilt, von denen zwei, Hamm und Hoerde, im Hellwege, die beiden anderen, Wetter und Altena, im Sauerlande lagen und durch Landräte verwaltet wurden. Die Landräte*) hatten das Kontributions- und Kantonswesen (Steuern und Militär-Aushebung) sowie die Polizei wahrzunehmen; ihnen war ein Kreisschreiber und Kreisreuter, sowie ein von den „Beerbten" erwählter Rezeptor (Steuer-Einnehmer) beigegeben. Die ehemalige Hansastadt Soest behielt bezw. erhielt ihre besondere, freilich stark beschränkte Verfassung. Die 17 übrigen Städte und Städtchen nebst sieben sogenannten „Freiheiten" waren in zwei Städtekreise zusammengefaßt, jeder durch einen Steuerrat administriert, welcher die „rathäuslichen Geschäfte" und die Accisesachen beaufsichtigte. Die obere Landesverwaltung führte die Regierung

*) Nach einer Kab.-Ordre vom 25. September 1779 an die Clevische Regierung sollte „von nun an Keiner wie Landrat angesetzet werden, der nicht zum allerwenigsten 35 Jahre alt ist, sonsten und wann sie nicht das Alter von wenigstens 35 Jahren erreicht haben, taugen sie nicht dazu und solche Kinder und junge Naseweise wollen Höchstdieselben schlechterdings nicht zu Landräten angesetzt wissen, die Kammer hat daher sich strikte hiernach zu achten."

zu Cleve*), von welcher das „Märkiſche Kriegs- und Domänen-Kammer-Deputations-Kollegium“ zu Hamm reſſortierte. 1787 wurde dieſe abgezweigte Behörde in eine ſelbſtändige Kriegs- und Domänen-Kammer umgewandelt. Über Kammer und Regierung ſtand in Berlin, nach der damaligen nicht kollegialiſchen Einrichtung der Staats-Zentralbehörden, „der Etatsminiſter für die Weſtfäliſchen Provinzen“, erſt von Heinitz, ſpäter von Angern.

Alljährlich verſammelte ſich, altem Herkommen gemäß, in Cleve der Cleviſch-Märkiſche Landtag. Nur aufgeſchworene vollbürtige Adlige, die einen Ritterſitz von 6000 Reichsthalern Wert beſaßen, ſowie die ſechs Städte Hamm, Unna, Camen, Lünen, Schwerte und Iſerlohn übten die Landſtandſchaft aus; Geiſtlichkeit und Bauern waren ausgeſchloſſen. Jede Curie hatte ihren eigenen Syndikus und beriet in der Regel für ſich. Die den Landſtänden verbrieften Rechte umfaßten die Aufſicht über die Erbfolge und die das Land bindenden Verträge des Fürſtenhauſes, eine mitbeſchließende Teilnahme an der Geſetzgebung, die Bewilligung der Mittel für Kriegsfälle und der jedesmaligen Steuererforderniſſe, Genehmigung zum Verkaufe von fürſtlichem Kammergute, bei Veränderungen der Landes-Matrikel und bei Erhöhungen der beſtehenden Zoll- und Acciſeſätze. Die Steuern wurden matrikelmäßig vom Landtage verteilt, den von Fürſt und Ständen gemeinſchaftlich angeordneten Rechnungsbeamten überliefert und ihre Verwendung kontrolliert. Das Landesſchuldenweſen unterlag gleichfalls gemeinſamer Aufſicht von Fürſt und Ständen. Wo freie Wahl der Magiſtrate aus Ortseingeſeſſenen in Städten und Flecken (Freiheiten) beſtand, war die Erhaltung dieſes Rechtes landesfürſtlich zugeſagt, ebenſo daß kein Angeſtellter — auf Anſtellung hatten nur Eingeborene Anſpruch — ohne überwieſenes Verſchulden ſeines Amtes ſollte willkürlich entſetzt werden können. Das waren hochbedeutſame Rechte, die im erſten halben Jahrhundert der Vereinigung mit Brandenburg von den Landſtänden gegenüber dem Großen Kurfürſten energiſch gewahrt, unter deſſen Nachfolgern dagegen nur noch ſchwach verteidigt wurden. Das notgedrungene „toujours en vedette!“ der Hohenzollern-Fürſten und die ſtrenge Übung ſtändiſcher Rechte und Freiheiten waren

*) Unter Friedrich Wilhelm I. und ſeinem Nachfolger war in Berlin das Anſehen der Cleviſchen Landesregierung ſehr gering. Als der Sohn des Kanzlers von Hymmen um eine Anſtellung bat, dekretierte der Soldatenkönig eigenhändig am Rande: „Sollen examinieren ob er Verſtand und Kopp hat; hat er das ſoll er in die Kurmärkiſche Kammer; iſt er ein dummer Teuffel, ſoll ihn die Cleviſche Regierung zum Rat machen, dazu iſt er gut genug.“

Dinge, die sich nicht miteinander vertrugen. Der letzte Clevisch-Märkische Landtag versammelte sich, nachdem Cleve an Frankreich gefallen, im Februar 1805 in Hamm.

Die Mark gehörte indessen vor 100 Jahren nicht nur zum Königreich Preußen, einer Schöpfung neuester Zeit, sondern auch zum vermoderten Heiligen Römischen Reiche Teutscher Nation und zwar zum Westfälischen Kreise desselben. „Sie ist die größte Grafschaft in diesem Reichskreise", sagt der mehrerwähnte alte Büsching in seiner Erdbeschreibung, vergißt jedoch in seinem langen Verzeichnisse aller Staaten, Stäätchen und Städte, die diesem geographischen Monstrum angehörten, gerade die Mark an der ihr gebührenden Stelle aufzuführen, mutmaßlich weil sie auf den Kreistagen durch Cleve mitvertreten wurde. Der Bischof von Münster und mit ihm die Herzöge zu Cleve und zu Jülich, letztere beiden abwechselnd, waren „Directores und Kreisausschreibende Fürsten". Neben ihnen erschienen auf den in der Regel zu Köln abgehaltenen Kreistagen, wohl sortiert und rangiert: 4 Bischöfe, 7 gefürstete und ungefürstete Prälaten, 4 Fürsten und gefürstete Grafen, 31 reichsunmittelbare Grafen*) und zum Schluß die Bürgermeister von drei Reichsstädten. Die Namen der letzteren kennt heute noch jedermann, sie hießen Köln, Aachen und Dortmund; — aber wie viele unserer günstigen Leser mögen wohl jemals von der Abtei Thoren oder den Grafen Gronsfeld, Reckheim, Wittern, Mylendonk oder Lommersum gehört haben, die auf dem Kölner Kreistage oder dem Regensburger Reichstage das deutsche Reichselend so vortrefflich repräsentierten? Beispielshalber sei hier erwähnt, daß die eben erwähnte, an der Maas gelegene Abtei Thoren ein glänzendes Kapitel von Prinzessinnen und Gräfinnen besaß und im Reichsanschlag mit „Einem zu Roß" oder 12 Gulden veranlagt war.

Wir haben geglaubt, vorübergehend einen kurzen Blick in die Modergruft des Heiligen Römischen Reichs werfen zu sollen, damit die gegenwärtige Generation sich um so dankbarer der Größe und der Kraft des neu erstandenen Deutschlands erfreue, und kehren nach dieser Abschweifung ins frische Leben zurück.

Die ländlichen Gemeinden der Mark genossen eine gesunde Selbstverwaltung. Die Landräte, 1753 aus Bürgerlichen, später aus angesehenen eingesessenen Edelleuten ernannt, hatten große wege-

*) Der spätere Fürst Metternich eröffnete seine diplomatische Laufbahn als Gesandter des „Westfälischen Grafen-Kollegiums" bei dem Friedenskongreß in Rastadt 1797—99, welcher mit dem Mordattentat auf die Vertreter Frankreichs endete.

lose Bezirke zu verwalten — aus den damaligen vier Kreisen wurden 1815 deren sieben gebildet — und ließen verständigerweise die Bewohner, deren Ordnungssinn sie durchweg vertrauen durften, sich selbst regieren. Alljährlich versammelte sich die Gemeinde mindestens einmal zu einem sogenannten Pflichttage unter freiem Himmel, gewöhnlich bei einem großen Baume (in der Freiheit Wetter unter der noch stehenden „Kirch-Eiche"), vollzog die notwendigen Wahlen und verhandelte über das gemeine Beste. Im Gebiete der früheren Ämter, später der Rezepturbezirke, bestanden sogenannte jährliche „Erbentage oder Dietinen", auf welchen jeder Grund-Eigentümer, der 40 Morgen besaß, Stimmrecht hatte und zu denen jede Bauerschaft zwei freigewählte Deputierte entsendete. Durch diese sehr angesehenen Selbstverwaltungs-Körperschaften wurden die Landessteuern matrikelmäßig nach dem „Tausendzettel" umgelegt. Das platte Land bezahlte $^{11}/_{12}$, die Städte nur $^{1}/_{12}$ der Abgaben. Adel und Geistlichkeit der Mark waren noch bis zu Anfang des 17. Jahrhunderts steuerpflichtig gewesen, hatten sich jedoch später, den Wechsel in der Landesherrschaft klug benutzend, steuerfrei zu machen gewußt und fast die ganze Steuerlast auf die ländliche Bevölkerung abgewälzt. Die letztere konnte sich gegen solche schwere Ungebühr nicht verteidigen, da sie, wie erwähnt, auf den Landtagen gar keine Vertretung besaß.*)

Westfalens rote Erde, besonders die Grafschaft Mark, erscheint im Mittelalter als der klassische Boden für Fem- und Freigerichte. Das Land war mit sogenannten Freistühlen dicht besetzt; noch heute steht, ein ehrwürdiges Denkmal vergangener Größe, inmitten des Bahnhofs zu Dortmund der berühmte steinerne Haupt-Frei-Stuhl und der Tisch mit dem Reichsadler unter der Fem-Linde, die Ferdinand Freiligrath ergreifend besungen hat. Auch in der Nähe des Harkorter Hofes, vor der Burg Volmarstein und in der Haspe, befanden sich Freistühle, die jedoch gleich allen anderen im Laufe der Jahrhunderte, als das römische Recht siegreich in Deutschland eindrang, ganz verschwanden oder als einfache Bauerngerichte über Eigengut ihr Dasein fristeten. 1753 schaffte Friedrich der Große die bis dahin bestandenen Amtsgerichte ab und gab dem Lande eine neue Gerichtsverfassung. Für die Rechtspflege erster Instanz wurden sechs Landgerichte, aus einem Landrichter und zwei studierten Beisitzern bestehend, drei im Hellwege

*) In der Kurmark zahlten 1806 die Städte einschließlich Berlin fast $2^{1}/_{2}$ Millionen, die Bauern 644000, die sämtlichen Rittergutsbesitzer nur 21000 Thaler an Staatssteuern. (Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Band I S. 157.)

(Hamm, Unna und Bochum) und drei im Süderlande (Hagen, Altena und Lüdenscheid). Dem alten Soest ließ man bei dieser Neuorganisation sein Ratsgericht, der Stadt Schwelm das Gowgericht mit dem „Gowgräfen" und auch in Plettenberg wurde in Gerichtssachen die bestehende Einrichtung beibehalten. 1766 vervollständigte man die Neuorganisation durch Einrichtung eines besonderen Kriminalgerichts in Altena, bei welchem Anlaß man die alte ehrwürdige Burg daselbst, weiblicher Seits das Stammhaus der Preußischen Könige, zum allgemeinen Landes-Gefängnis herabwürdigte.

Neben den aufgeführten Königlichen Gerichten bestanden in der Provinz noch 16 Patrimonialgerichte auf adligen Gütern, jedes mit einem Richter und einem Schreiber, die keine Besoldungen sondern nur Sporteln bezogen. Von den Gerichten erster Instanz gingen die Appellationen an die aus zwei Senaten bestehende Regierung in Cleve, die sich, im Gegensatz zu Berlin, des Vertrauens der Bevölkerung in hohem Maße erfreute.

Rechthaberei, Hartnäckigkeit und daraus naturgemäß entstehende Prozeßsucht waren von jeher eingewurzelte Westfälische Sünden. Dafür legt klassisches Zeugnis ab König Friedrich II., welcher auf einen Antrag um Vermehrung der Zahl der Anwälte in seinen Landen unterm 9. April 1749 wörtlich verfügte:

> „Ich will weder Hier noch in Preußen, noch in Pommern und Magdeburg mehr Advokaten wissen. Denen Clevern und Westfälingern aber, die von Gott und der Vernunft entfernt und zum Zanken geboren sind, muß man um ihres Herzens Härtigkeit willen so viel Advokaten geben, als sie haben wollen, wofür 200 Reichsthaler in die Rekrutenkasse verlegt werden müssen."

Natürlich wuchs bei dieser Advokaten-Freiheit die Prozeßwut ins ungemessene; die Dauer der Rechtsstreitigkeiten wurde unerträglich, die Sporteljagd und das Winkelkonsulenten-Unwesen eine wahre Landesplage. Welche Exemplare sich unter den studierten Anwälten jener Zeit befanden, hat ein scharfer Beobachter, der Dr. med. Karl Arnold Kortüm zu Bochum, im achten Kapitel des 1799 erschienenen zweiten Teiles seiner berühmten „Jobsiade" (Charakter und Porträt der Herren Advokaten Schluck und Schlauch) in freilich übertriebener, doch unübertrefflich drastischer Weise dargestellt. Die Regierung schritt von Zeit zu Zeit gegen die schreiendsten Mißstände ein, ohne besondern Erfolg zu erzielen. So ordnete sie unterm 8. Februar 1776 neue allgemeine Prozeßregeln und Beschleunigungsmittel an, befahl am 31. Juli 1777 den Justizbeamten wiederholt die möglichste Beschleunigung der Prozesse

und verbot, infolge einer besonderen Kabinettsordre des großen Königs, deren Verschleppung bei Kassationsstrafe. Unter der Regierung seines Nachfolgers wurde den Justiz-Kommissarien bei 5 Rthr. Strafe befohlen, stets die Gebühren-Rechnungen unter die für die Parteien gefertigten Schriftstücke zu setzen und die bestehenden Strafbestimmungen gegen die Winkelkonsulenten erneuert. Eine fühlbare Besserung der Verhältnisse trat erst ein, doch auch dann nur sehr langsam, als mit dem 1. Juni 1792 das Allgemeine Landrecht Gesetzeskraft erlangte und sich die von Kortüm geschilderte Generation von Richtern und Advokaten zu ihren Vätern versammelte. Das festgewurzelte Mißtrauen der arbeitenden Klassen und Bauern gegen Unter-Gerichte und Advokaten blieb, bei sonst starker bäuerlicher Prozeßsucht, bis tief in das 19. Jahrhundert hinein fortbestehen.

Trotz des Weltruhms, mit welchem die Kämpfe und Siege Friedrich des Großen die Preußischen Fahnen umkränzten, bildete das Militärwesen die dunkelste Seite jener Zeit. Während des siebenjährigen Krieges hatten die Söhne der Grafschaft Mark, vom heiligen Feuer der Vaterlandsliebe und der Bewunderung für ihren König ergriffen, sich häufig freiwillig — damals eine ganz unerhörte That! — zur Armee begeben und in angestammter Tapferkeit mitgekämpft. Bewohner des Dorfes Brünen bei Wesel (im Herzogtum Cleve) brachten ihre aus dem Felde desertierten Söhne dem großen König persönlich in sein Lager nach Schlesien zurück, Begnadigung für sie erbittend und erhaltend. Als aber nach endlich wiederhergestelltem Frieden Stock und Spießruten fortfuhren, ihr unseliges Regiment zu üben, verschwand naturgemäß jede Neigung für den Militärdienst. Je älter Friedrich II. wurde, desto mehr nahm die Herrschaft des Stockes zu und befestigte sich noch weiter, als er die Augen schloß und damit aus der von ihm geschaffenen gewaltigen Kriegsmaschine der alles belebende Geist entfloh, um nur Zopf, Gamasche und Barbarei zurückzulassen. Das Verständnis für die damaligen wahrhaft entsetzlichen Zustände ist der jetzigen Generation — und man kann nur: Gott sei Dank! dazu sagen — verschwunden. Keiner hat dieselben wahrer und abschreckender geschildert als ein Augenzeuge, gegen dessen preußisch-monarchische, ja hyperloyale Gesinnung nicht der geringste Zweifel aufkommen kann, nämlich der erste evangelische Bischof und Hofprediger R. Fr. Eylert, 1770 als Sohn eines Geistlichen in Hamm geboren und bis zum Jahre 1806 selbst Prediger an diesem Orte. In seinem bekannten Werke „Charakterzüge und historische Fragmente aus dem Leben Friedrich Wilhelm III.“, einer fast byzanti-

nisch zu nennenden Apologie des patriarchalischen Absolutismus, beschreibt der Verfasser*) die Greuel, die er entweder selbst erlebte oder durch Verwandte und Mitbürger zuverlässig erfahren hat.

Das Heer wurde teils aus geworbenen Ausländern, teils aus dienstpflichtigen Landeskindern gebildet. Die ersteren, welche namentlich in den Westfälischen Regimentern vorwalteten, waren mit wenigen Ausnahmen verlaufene, leichtsinnige, oft lasterhafte Kerle, die zu Hause nicht taugen wollten und sich meistens nur anwerben ließen, um sich vor dem Galgen oder dem Gefängnis zu retten und das Leben kümmerlich zu fristen. Zwischen dieses Gesindel steckte man auf 20, schreibe zwanzig volle Jahre die unglücklichen Kinder des eigenen Volkes, welche, wenn sie auch unverdorben unter die Fahne traten, durch den Umgang mit den Ausländern und die entsetzliche Behandlung in unvermeidlicher Folge ebenfalls vertierten. „Der Militärdienst," sagt Eylert wörtlich, „war zu einer Straf- und Zuchtanstalt gemacht; alle Soldaten waren Sklaven, die größtenteils gezwungen dienten oder demoralisiert waren, denen man nicht traute, und die ängstlich bewacht wurden." Das kleinste Vergehen, die geringste Unaufmerksamkeit im Gamaschendienst wurde als ein Verbrechen angesehen und schwer mit Stockprügeln oder mit Krummliegen auf harter kantiger Pritsche bestraft. Auf Desertieren stand Spießrutenlaufen, zwölfmal die Gasse auf und ab, beim Rückfall fünfzehnmal und zwar zwei Tage hintereinander: eine Folter, die fast immer den Tod zur Folge hatte. Dabei herrschte Angeberei, Spionage, Durchstecherei und Korruption. Das Ehrgefühl war ganz erloschen. Der Kompanie-Chef bezog von jedem enrollierten, zum Garnisondienst verpflichteten Landeskinde den täglichen Sold auch dann, wenn der Soldat nicht anwesend war. Je mehr Soldaten also fehlten, desto größer war des Kapitäns Geldgewinn und dieser wuchs alljährlich zu einer großen Summe, da wohlhabende Bauern- und Bürgersöhne gerne schweres Geld zugaben, „um der Schinderei ledig zu sein" (Eylert). Die Feldwebel stahlen natürlich mit — der arme Rekrut aber, dessen Eltern zur Bestechung nicht die Mittel besaßen, mußte in der Garnison bleiben und wurde weiter geprügelt.

„Erschrecklich" — schließt der fromme Bischof — „und jetzt (1845) kaum begreiflich! Das Übel lag tief. Es war begründet durch das leitende Prinzip und hatte seine Wurzeln in dem ganzen militärischen System. Das aber war das Schlimmste, daß man zugleich der Über-

*) Band III, erste Abteilung, S. 1—83.

zeugung war: das sei das Rechte und es könne und dürfe nicht anders sein. Selbst der Menschenfreund sagte: Es ist freilich hart, aber es geht nun einmal nicht anders! Man hielt es für moralisch unmöglich, eine große Menge roher Menschen in Ordnung und Zucht zu halten ohne Stock, ohne Ruten, ohne Latten; Strafe, körperliche Strafe, müsse durchaus sein, ohne sie würde man nicht fertig."

Ihre Angehörigen solcher Barbarei zu entreißen, erschien selbstverständlich allen Familienvätern und Gemeinden, wie vor allem der Landesvertretung als wichtigste Pflicht. War es doch schon zur Regierungszeit Friedrich Wilhelm I., als die Werber die Kirchthüren besetzten und die dienstfähigen jungen Männer beim Verlassen des Gottesdienstes gewaltsam griffen, in der Stadt Hattingen, im Amte Blankenstein, Volmarstein, Hagen, Herdecke und Schwelm zum offenen Aufstande gekommen, der mit schweren Geldbußen und Straf-Einquartierung gesühnt werden mußte. Dem fortdauernden Drängen und Bitten der Landstände gelang es endlich, Friedrich II. zum Erlaß des Reskripts vom 24. Mai 1748 zu bewegen, durch welches derselbe „wegen der besonderen Situation hiesiger Provintzien, auch des mit denen benachbahrten habenden Commercii" das Herzogtum Cleve und das Fürstentum Moers vollständig, die Grafschaft Mark jedoch nur teilweise von der Werbung und Enrollierung befreite. Nach des großen Königs Tode ließen die Clevisch-Märkischen Stände es ihre erste Sorge sein, am Throne um Erneuerung und Bestätigung der 1748 erlangten Werbe-Freiheit zu bitten und waren glücklich, dieselbe durch Patent vom 24. März 1787 zu erlangen. Cleve und Moers blieben abermals ganz kantonfrei, desgleichen von der Grafschaft Mark die Städte Iserlohn, Altena, Lüdenscheid, Schwelm und Hagen, das Hochgericht Schwelm, die Kirchspiele Lüdenscheid und Herscheid, sowie je fünf Bauerschaften der Gerichte Volmarstein und Hagen im Wetterschen Kreise, die Enneperstraße und ihre Umgebung umfassend. Man ließ, wie schon 1748, diejenigen Märkischen Bezirke an der vollen Kantonfreiheit teilnehmen, welche Sitze der Industrie und des „Commercii" waren und bewilligte außerdem noch, daß „alle Fabrikanten, Manufacturiers oder andere, der Provinz unentbehrliche Leute" nicht eingestellt werden sollten. Die befreiten Provinzen und Distrikte hatten für diese Freiheit alljährlich 15000 Thaler an die „Rekrutenkasse" oder an die darauf angewiesenen Regimenter zu zahlen: eine hohe Summe für die damalige Zeit, die aber gern entrichtet wurde. In den anderen Bezirken der Mark dauerte die Werbung und Aushebung fort. Die von derselben

bedrohten jungen Männer entzogen sich ihr indessen meistens durch die Flucht, entweder aus dem Hellwege durch das angrenzende Münstersche Gebiet nach Holland, oder aus den Kreisen südwärts der Ruhr in das sogenannte „Bergische", das in hoher Blüte stehende Herzogtum Berg. Hier nahm die Bevölkerung durch die Ausreißer stetig zu; in der Mark nahm sie ab, natürlich mit Ausnahme der kantonfreien Städte und Landgemeinden. Bis ins kleinste zeigte sich die Wahrheit des Spruches: „Werbung und Gewerbe bestehen nicht nebeneinander." Noch im Jahre 1800 wird aus dem Kirchspiel Voerde, dessen Gebiet von der Grenze der Kantonfreiheit durchschnitten wurde, berichtet, daß Bevölkerung und Fabrikation der werbefreien Seite sich im Laufe der letzten 20 Jahre verdoppelt habe, während sie im dicht daneben liegenden kantonpflichtigen Teile sich um ebenso viel verminderte.

Mit welcher Energie die befreiten Bezirke ihr Privilegium verteidigten, davon giebt eine historische Thatsache Zeugnis, welche jeder Westfale, der über seines Heimatlandes Geschichte schreibt, zum Ruhme der tapferen Vorfahren stets in das Gedächtnis späterer Geschlechter zurückzurufen die Pflicht hat.

Kommandierender General in den Westfälischen Provinzen war gegen das Ende der Regierung Friedrich II. der Freiherr von Wolfersdorff, ein tapferer Soldat aus der Schule des siebenjährigen Krieges, aber auch ein uniformierter Tyrann in des Wortes schlimmster Bedeutung. Ihm, der in Hamm residierte, war die teilweise Kantonfreiheit der seinem Kommando unterstehenden Provinzen ein Greuel, insbesondere die des Sauerlandes, aus welchem die kräftigsten und größten Männer hervorgingen. Trotz des von seinem Könige feierlich garantierten Landesrechtes beschloß der verwegene Mann, im tiefsten Frieden die Stadt Altena mit gewaffneter Hand hinterlistig zu überfallen, die dortigen Drahtzieher zu Soldaten zu machen und die schönsten und stärksten Leute gleich mit sich fortzuführen. Zum Glück für die so schändlich Bedrohten wurde der Anschlag verraten und das Herannahen des in aller Stille anrückenden Generals von den Altenaern rechtzeitig bemerkt. Sie rüsteten sich zu schärfster Abwehr, besetzten die einzige schmale Gasse ihrer zwischen der Lenne und dem Burgberge eingeklemmten Stadt, bewaffneten sich mit glühend gemachten Eisenstangen und erwarteten im Bewußtsein ihres guten Rechtes festen Fußes den heranschleichenden Feind. Wolfersdorff, der geglaubt hatte, durch sein bloßes und, wie er meinte, unerwartetes Erscheinen das verachtete Bauernvolk zu Paaren treiben zu können, geriet angesichts des bewaff-

neten Widerstandes in maßlose Wut, befahl seiner Leibkompanie den Angriff, schlug sich zwei Stunden lang mit den wie Löwen kämpfenden, von ihren Weibern und Kindern unterstützten Drahtziehern herum — und wurde zurückgeschlagen.

Die Altenaer jubelten! Am nächsten Sonntag veranstalteten sie ein förmliches und feierliches Sieges- und Dankfest und ließen sich eine Predigt halten über den zeitgemäßen Text aus dem zweiten Buche der Könige, Kap. 19, Vers 28: „Weil du wider mich tobest und dein Übermut zu meinen Ohren heraufgekommen ist, so will ich dir einen Ring in deine Nase legen und ein Gebiß in dein Maul und will dich den Weg wieder umführen, den du hergekommen bist.“ Der wackere Landrat von Holzbrink und der Magistrat von Altena meldeten den Hergang, so viel Mühe man sich auch gab denselben zu verschleiern, direkt dem Könige, welcher nicht säumte, an seinen „lieben Generallieutenant von Wolfersdorff“ folgende Kabinettsordre zu erlassen:

„Es ist offiziell angezeigt worden, welche Disturbationen Er in dem Städtchen Altena in der Grafschaft Mark gemacht hat. In Erwägung Eurer sonstigen Meriten will ich diese mauvaise Geschichte für diesmal pardonniren, werde Euch aber nach Spandau schicken, wenn Ihr je eine ähnliche Abnormität Euch solltet zu Schulden kommen lassen.

Sanssouci, den 11. August 1770. Friedrich.“

Die Grafschaft Mark und mit ihr die Bewohner aller andern Preußischen Provinzen im Westen würden hoch aufgejubelt haben, wenn der große König den Landfriedensbrecher gleich damals nach Spandau geschickt und Westfalen von ihm befreit hätte. Statt dessen ließ man den Tyrannen, an dem der milde Eylert sogar noch einige gute Seiten zu entdecken gewußt hat, bis an seinen Tod in Hamm und begrub ihn mit großem, freilich von ihm selbst angeordnetem Gepränge in der Kirche des Dorfes Mark, von dem die Grafschaft ihren Namen tragen soll. Sein wohlgelungenes Bildnis hängt noch in Hamm. Wer dorthin kommt, möge es sich betrachten und Gott danken, daß es gerade in Bezug auf die Verteidigung des Vaterlandes und mit allen denen, welchen sie an erster Stelle obliegt, so ganz anders und unendlich besser geworden ist als vor hundert Jahren.

Vom Wehrstande zum Nährstande — von der äußerlich glänzenden, innerlich aber schon faul gewordenen Haupt-Staats-Einrichtung zum gesunden, frischen Erwerbsleben, zur Thätigkeit des

einzelnen. Wir beginnen füglich mit der Landwirtschaft als dem ältesten Zweige aller Kulturarbeit, der immer der erste bleiben muß, wenn der Staatskörper bei gesundem Blutumlauf erhalten werden soll.

Grund und Boden der Mark befand sich, von dem nicht bedeutenden Besitze des Staates und der Gemeinden abgesehen, im Eigentum des Adels, der großen Bauern, zahlreicher kleinerer Häusler oder „Kötter" und der Markengenossenschaften. Der Adel, welcher nach des Elseyer Pfarrers vortrefflicher Abhandlung über den Pachthof*) im Mittelalter mehr denn sechshundert grundbesitzende Geschlechter umfaßte, war, wenn der genannte Autor die Zahl nicht unterschätzt, zu Ende des 18. Jahrhunderts auf wenig über dreißig Familien zurückgegangen, und infolge dessen, trotz der persönlichen Tüchtigkeit der meisten seiner Angehörigen, in seinem Ansehen und Einflusse vermindert. Der Grund dieses außerordentlichen Rückganges der Märkischen Geschlechter wird hauptsächlich in der starken, Jahrhunderte hindurch dauernden Auswanderung der nachgeborenen Söhne des Westfälischen Adels nach den Ländern des Deutschen Ordens zu suchen sein. Walter von Plettenberg, der berühmte Heermeister in Livland, welcher das russische Heer des Iwan Wassiljewitsch am 14. September 1502 in der furchtbaren Schlacht bei Pleskau (Pskow) schlug, war aus dem Sauerlande gebürtig; die Familie Kettler, der die Kurländische Herzogswürde zufiel, stammte aus dem Bistum Münster. Die Namen der meisten deutschen Geschlechter der baltischen Provinzen finden sich in Westfalen wieder. Bedeutender Grundbesitz gehörte auch zu den adligfreiweltlichen Stiftern der Mark: zu Fröndenberg, der Grabstätte der alten Märkischen Grafen, zu Clarenberg bei Hoerde, in Herdecke an der Ruhr und am Gevelsberg, jener Stelle, wo Graf Friedrich zu Isenburg den Kölnischen Erzbischof und Reichsverweser Engelbert den Heiligen 1225 meuchlings erschlagen hatte. Sämtliche vier Stifter — denen noch Elsey in der Grafschaft Limburg zugerechnet werden kann — wurden sowohl von protestantischen als auch katholischen Edeldamen gemeinsam bewohnt.

Ansehnliche Bauerngüter befanden sich vorzugsweise in der weiten fruchtbaren Ebene des Hellwegs und in den größeren Flußthälern. Dort saß das urwüchsige Geschlecht der Männer, die Immermann im

*) Anonym erschienen unter dem Titel: „Zwei Abhandlungen über das Entstehen der Westfälischen Leibeigenschaft und den Pachthof in der Grafschaft Mark. Ein Beitrag zur Geschichte des Westfälischen Bauernhofes." Dortmund, bei Gebrüder Mallinkrodt 1799.

„Münchhausen" poetisch unübertroffen schildert, auf seinen Erbpachts- oder „Lebensgewinn"-Höfen, in strohgedeckten, Menschen und Vieh unter einem Dache vereinigenden Häusern, umrauscht von mächtigen Eichen, mit Stolz und Selbstbewußtsein, worin es keinem Adligen nachstand, hinausschauend auf die breite Flur seiner Äcker, die nach Westfälischer Sitte stets mit malerischen kleinen Wäldern und „Baumkämpen" untermischt waren. Sie hatten wahrlich Ursache, diese Bauern, denen Leibeigenschaft stets fern geblieben, vergnügt dreinzuschauen, namentlich im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts. Nach J. F. Möllers Darstellung begann mit Beendigung des siebenjährigen Krieges in der Kulturgeschichte der Grafschaft Mark eine neue glänzende Periode, während welcher sich alles in ihr verbesserte. „Noch immer," sagt der Genannte, „steigt der allgemeine öffentliche Wohlstand, ob er gleich eine Höhe wie niemals erreicht hat; das Land genoß länger als jemals die Segnungen des Friedens; die Gefahr, welche vor dem Baseler Frieden (1795) ihm drohte, wurde durch diesen glücklich abgewendet. Die Landwirtschaft in der Mark zog aus der beispiellosen Teuerung der Kornfrüchte allen möglichen Nutzen, ohne das Elend, das benachbarte Reichslande traf, zu teilen. Die Landleute sind zu einer Wohlhabenheit und einem Geldreichtum gelangt, den ihre Vorfahren nie kannten; der Wert des Grundeigentums und der Bauergüter ist um das Vier- bis Fünffache gestiegen; der bisherige Pacht der hofesherrlichen Güter stehet jetzt damit in keinem Verhältnisse." An einer andern Stelle aber klagt der Pfarrer von Elsey auch, daß der Luxus, den die adligen und reichen Familien weise vermieden, unter den Landleuten stark einzureißen drohe, „wenn nicht, wie zu erwarten ist, kräftige Maßregeln der Regierung ihm Grenzen setzen". Ob die Regierung auf diesen sich zu allen Zeiten und bei allen Völkern wiederholenden Notschrei nach polizeilicher Hilfe gegen den Luxus gehört hat, ist uns nicht bekannt geworden. Wahrscheinlich behandelte sie ihn ebenso mit Stillschweigen als einen andern unmaßgeblichen Vorschlag, welcher sich in 1790 gedruckten Materalien zur Geschichte der Grafschaft Mark findet. „Überhaupt würde," heißt es dort, „der Wohlstand der ganzen Provinz und selbst der Nachbarn, nicht besser befestigt werden können, als wenn ein beständiger, gleichförmiger Kornpreis erhalten, und in solcher Absicht ein Provinzial-Kornmagazin angelegt und dahin, sobald das Korn einen gewissen Preis überstiege oder darunter fiele, gegen den festgesetzten Preis abgeliefert würde. Die Kosten und der Vorschuß müßten von der ganzen Provinz aufgebracht werden. Es könnte auch durch eine

Provinzialklassenlotterie ein ansehnlicher Beitrag angeschafft werden." — Zu einem gleichförmigen Kornpreise ist man bis heute ebenso wenig gekommen wie zu einer dazu Beitrag leistenden Provinzialklassenlotterie; aber der Wohlstand des Hellwegs ist dennoch geblieben und fast sprichwörtlich geworden, dank der Tüchtigkeit seiner Bewohner und dank der durch Gesetz und noch mehr durch feste Sitte verhinderten ziellosen Zersplitterung der bäuerlichen Besitzungen. „Frei Gut kommt nicht an die dritte Brut!" lautete ein Westfälisches Sprichwort, das nirgendwo strenger beobachtet wurde, als in der Mark.

Der Viehstand war, mit Ausnahme der durch gute Weiden bevorzugten Höfe an der Lippe und Ruhr, verhältnismäßig schwach, doch immerhin bedeutend genug, um einige Ausfuhr nach den Nachbarbezirken zu gestatten. Der Handel mit Vieh befand sich hauptsächlich in den Händen der Juden; fielen wichtige Jahrmärkte auf jüdische Feiertage, so beeilte sich die Clevische Regierung oder die Kriegs- und Domänenkammer in Hamm, die Jahrmärkte angemessen zu verlegen. Durch die sterilen Brüche an der Emscher, dort wo heute zwischen Dortmund und Essen hunderte von Lokomotiven täglich tausende von Waggons auf den Eisenbahnen nach allen Himmelsrichtungen mit Blitzeseile fortschaffen, stürmten damals (gleichwie in dem jetzt verschwundenen großen Duisburger Walde) zahlreiche Koppeln wilder Pferde einer kleinen aber überaus raschen, fast nicht zu ermüdenden, höchst genügsamen Rasse. Der Pferdemarkt im Dorfe Crange, zu welchem die „Emscherbrücher" eingefangen und getrieben wurden, war noch bis in das folgende Jahrhundert hinein ein Hauptfesttag für alle Roßkämme und Pferdeliebhaber des Landes.

Ganz anders wie im fetten Hellwege sah es im gebirgigen, unfruchtbaren Sauerlande hinsichtlich der Landwirtschaft aus. Hier saß, zur Seite des bei Bergbau oder Fabrikation beschäftigten Arbeiters, der kleine Bauer oder Kötter und quälte sich, dem kalten Boden eine dürftige Ernte abzugewinnen. „Eigentliche Äcker," sagt der Prediger Friedrich Christoph Müller zu Schwelm, ein ausgezeichneter Astronom und Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, in seiner „Chorographie von Schwelm" (1789), „giebt es hier nicht. Es sind bloß die Viehweiden, die alle 10 bis 12 Jahre gedüngt, umgepflügt, mit Rocken und im folgenden Jahre mit Haber besät werden und hiernach wieder zur Weide liegen bleiben. Das erhaltene Stroh reicht nicht hin, um es dem Vieh unterzustreuen. Die Ernte ist die beschwerlichste Zeit für den Bauer, weil er seine Garben einzeln auf dem Rücken nach Hause tragen muß, weswegen

ſich an den meiſten Häuſern eine große Leiter oder, wenn das Haus am Abhange eines Berges ſtehet, eine Brücke unter dem Dache befindet.“ Daß bei ſolch elender Beſchaffenheit des Ackerbaues, wie ſie hier vom Gerichtsbezirke Schwelm, einem zwar gebirgigen doch an ſich nicht unfruchtbaren Diſtrikte, berichtet wird, der Bauer nicht leben konnte, liegt auf der Hand. Viehzucht, Holzhandel, Holzkohlenbrennerei und andre Nebenbeſchäftigungen mußten mithelfen, das zu decken, was zum dürftigſten Lebensunterhalte notwendig war. Im eigentlichen Sauerlande, wozu Schwelm nicht gerechnet wird, war Hafer das einzige oder doch das wichtigſte Getreide, Haferbrot die kräftige Nahrung ſeiner Bewohner; doch begann ſchon damals auch hier die Kartoffel in die vorderſte Stelle der eigentlichen Volksnahrungsmittel zu treten.

Ein großer Teil des Grund und Bodens befand ſich ferner im Beſitze der Marken-Genoſſenſchaften. Er wurde „Gemeinheit“, „gemeine Mark“, oder auch „Mark“ ſchlechthin genannt. Seit unvordenklichen Zeiten hatten die zu einer Bauerſchaft vereinigten größern und kleineren Bauerhöfe einen Teil ihres bewaldeten Gebiets zur gemeinſchaftlichen Benutzung liegen laſſen, welches vorzugsweiſe zur Viehweide, zur Schweinemaſt ſowie für den Bedarf von Bau- und Brennholz diente und nach uraltem Gewohnheitsrechte durch die Markengenoſſen ſelbſt, an deren Spitze ein Markenrichter ſtand, verwaltet wurde. Friedrich der Große, unzufrieden mit der geringen Rente dieſer bedeutenden Flächen, befahl nach dem Hubertusburger Frieden die Aufhebung der Gemeinheiten und Teilung derſelben unter die berechtigten „Marken-Erben“. Damit waren die damaligen Intereſſenten, welche ſtatt des ideellen Nutzungs-Anteils an einer Allmend beſtimmtes freies Eigentum bekamen, natürlich äußerſt zufrieden; weit weniger jedoch mit der praktiſchen Durchführung der großen agrariſchen Maßregel. Mit echt weſtfäliſcher Störrigkeit verlangte jeder „Contribuable“, wie gemäß der leidigen Neigung des Deutſchen für Fremdwörter die Markengenoſſen auch genannt wurden, bei der Vermeſſung das gerade ihm paſſende Stück, ohne auf die Wünſche des gleichberechtigten Nachbars dabei irgend welche Rückſicht zu nehmen. Kam es ſchließlich nicht zur gütlichen Einigung, ſo griff die Regierung, deren Beamte das Teilungsgeſchäft leiteten, ihrerſeits rückſichtslos durch, wie z. B. in der „Herrlichkeit“ Witten, wo man, als alle andern Vorſchläge abgelehnt wurden, die Mark in ſchmale über Berg und Thal laufende Streifen von 1—6 Meter Breite und bis zu mehr als 1000 Meter Länge zerſchnitt und jedem Markengenoſſen davon das ihm gebührende Stück

zuwies. Die Folgen solchen Vorgehens sind bis zum heutigen Tage nicht beseitigt worden, da wegen dieser unvernünftigen Zerstückelung die ehemalige Mark weder zu Acker kultiviert, noch als Wald konserviert und ebenso wenig eine anderweite Zusammenlegung erzielt werden konnte.

Fälle solcher Art, wie der hier bezeichnete, gehörten glücklicherweise zu den Ausnahmen. „Im allgemeinen," bezeugt der Pfarrer von Elsey in seiner bereits erwähnten Abhandlung über den Pachthof, „haben diese Teilungen dem Lande einen unermeßlichen Vorteil gebracht. Der früher während der Gemeinschaft fast wüste Boden ist, seit er Privateigentum wurde, zum Ackerbau, zur Viehzucht und zur Holzkultur auf eine Art benutzt worden, daß das Kapital des Territorialwerts sich dadurch um Millionen erhöhte." Möllers Anschauung steht indes nicht ohne Widerspruch da. So finden sich im Jahrgang 1799 des Westfälischen Anzeigers laute Klagen über die Markenteilung, welche als Ausgangspunkt für die seitdem eingetretene Holzdieberei und Waldverwüstung bezeichnet wird. „Wo findet man jetzt," ruft der Verfasser aus, „große Eichbäume wie früher, die beim Sägen 1500 bis 2000 Quadratfuß Bretter lieferten?" Nur wenige gute Wirte hätten ihren Markenanteil wieder aufgeforstet, viele derselben aber ihn gänzlich verheert, ausgerottet und ruiniert.

Großer, bis heute fortwirkender Segen erwuchs aus der Marken-Teilung insofern, als durch dieselbe dem Arbeiter Gelegenheit verschafft wurde, mit geringen Kosten Grundeigentum zu erwerben. Von seinem angestammten Hofe trat der Westfälische Bauer nichts ab; wohl aber entschloß er sich, die ihm zugefallenen Markenanteile an Bergleute und Arbeiter gegen billigen Zins in Erbpacht zu geben. Der neue Besitzer kultivierte zunächst in den Freistunden das erworbene Terrain, gewann im folgenden Jahre auf eigenem Boden das nötige Holz oder die zum Bau erforderlichen Steine und schritt endlich zur Anlage des Wohnhauses, bei dessen Errichtung nach alter Landessitte die Nachbarn unentgeltlich hilfreiche Hand leisteten. Mit der Einweihung, dem sog. „Hausheben", war eine Festlichkeit verbunden, bei welcher die zahlreichen Eingeladenen teils bare Geschenke teils Naturalien gaben. Auf diese Weise gelangten viele kleine Leute in den Besitz einer eigenen Heimstätte und sind dadurch in allen Gegenden der Mark, wo diese Ansiedlungsart sich durchführen ließ, die Stammväter einer musterhaften soliden Arbeiter-Bevölkerung geworden.

Auf den naheliegenden Gedanken, aus der aufzuhebenden gemeinen

Mark geeignete Stücke für die bürgerliche Gemeinde zurückzuhalten, ist zur Zeit der Teilung niemand verfallen — eine arge Unterlassungssünde, über deren Bedeutung die heute lebenden Nachkommen der damaligen Marken-Genossen nachzudenken Gelegenheit haben, wenn sie in ihren, dermalen nur auf direkte Besteuerung angewiesenen, Gemeinden die meistens 200 bis 500 Prozent der Staatssteuer betragenden Gemeinde-Abgaben verteilen und aufbringen müssen.

Der Hellweg baute Überschuß an Getreide, das Sauerland und das angrenzende Bergische Land bedurfte für seine starke industrielle Bevölkerung bedeutender Einfuhr. Käufer und Verkäufer kamen sich auf der Grenze ihrer Landesteile an der Ruhr entgegen, in deren Thale ansehnliche Kornmärkte zu Langschede, Schwerte, Hattingen, die wichtigsten aber in Herdecke und Witten bestanden, die bis zu der durch die Eisenbahnen herbeigeführten Umwälzung aller Verkehrsverhältnisse hohe Bedeutung behielten. Die häufige Wiederkehr der Teuerungen war schreckerregend, die Schwankungen der Kornpreise enorm. Nach dem seit 1692 geführten Wittener Marktbuche kostete um Martini des Jahres 1771 der Roggen 2 Reichsthaler 27 Stüber pro Berliner Scheffel von 80 Pfund, sechs Jahre später dagegen nur 58 Stüber, 1789 wieder 3 Reichsthaler 9 Stüber, 1795 sogar 4 Reichsthaler 30 Stüber*). Die höchsten Preise des Jahrhunderts wurden am 15. Mai 1795 in Witten mit 6 Reichsthaler für einen Berliner Scheffel Weizen und am 5. August desselben Jahres mit 9 Reichsthaler 30 Stüber für vorjährigen Roggen gezahlt. Neuer Roggen, der freilich von mangelhafter Beschaffenheit war, kostete am nämlichen Tage nur 4 Reichsthaler. Trat Mißwachs ein, pflegte jedes Land und Ländchen, dessen Ernte etwas weniger schlecht zu sein schien als die des Nachbars, sofort seine Grenzen für die Ausfuhr zu sperren, so daß dem Mangel abzuhelfen nicht möglich war; auch wenn (was nicht der Fall) ordentliche Verkehrswege bestanden hätten.

Von den aus Berlin und Cleve oft dekretierten neuen Gewichten und Maßen hatte sich nur der Berliner Scheffel mühsam Eingang bei den am Hergebrachten klebenden Märkern verschafft. Webezeug aller Art wurde noch bis zur Einführung des Metermaßes mit der Brabanter und Kölner Elle gemessen. Als Flächenmaße galten „große und kleine Scheffelse", sowie „Sechziger" (60 Fuß kölnisch im Quadrat) allgemein im Verkehr, wenn auch nicht bei der Behörde.

---

*) 1 Reichsthaler hatte 60 Stüber; 26 Stüber entsprachen unsrer heutigen Reichsmark, so daß ein Reichs- oder gemeiner Thaler 2 Mk. 31 Pfg. wert war.

Nach Sechziger wird noch heute, im zweiten Jahrzehnt des neuen Deutschen Reiches, an vielen Orten verpachtetes Gartenland vermessen, sodaß also dieses Maß der alten Reichsstadt Köln den Preußischen oder Magdeburger Morgen mit seinen Ruten und Fußen überdauert hat.

Die Klagen über Verwüstung der Wälder, an denen die Grafschaft großen Reichtum besaß, waren begründet. Die Hauptsache lag wohl, wie erwähnt, in der Markenteilung, der Abholzung und unterlassenen Aufforstung; nicht minder aber auch in der Landessitte, Vieh teils mit, teils ganz ohne Aufsicht in die Wälder zu treiben. Friedrich der Große, das Übel erkennend, erließ unterm 13. Juli 1782 eine donnernde Kabinettsordre dagegen, daß „das junge Vieh, ohne einmal weiter darnach zu sehen, oft ganze Sommer darinnen (in den Marken) gelassen wird, welches natürlicherweise die jungen Pflanzen abfrißt", und verbot diesen Unfug bei 5 Reichsthaler und mehr Strafe. Indessen kannte der Markaner die volle Bedeutung des alten Satzes: procul a Jove procul a fulmine! und trieb sein Vieh ruhig weiter „ins Holz", ohne sich um die Waldverwüstung große Sorge zu machen.

Auch mit der Jagd sah es, freilich nur vom Standpunkte des Jägers aus betrachtet, übel aus. Wölfe und Luchse waren noch zu Anfang des Jahrhunderts in einzelnen Exemplaren im Sauerlande vorgekommen, Biber bis zum Ende desselben vorhanden. Fischottern und Biber wurden zu hohen Preisen an die Karthäuser-Mönche in Köln verkauft um dort verspeist zu werden, da sie die beiden einzigen vierfüßigen Thiere waren, deren Fleisch zu essen jenen Ordensleuten erlaubt war. Weder Hasen noch Rehe und Hirsche waren zahlreich; nur Wildschweine im Ardey-Gebirge nordwärts der Ruhr häufiger. Als letztere dort zum Schaden der Bauern über Gebühr geschont wurden, drohte Stein, damals Oberpräsident der Westfälischen Kammern, er werde, falls die Jagdherren nicht selbst für den Abschuß sorgten, auf ihre Kosten eine Anzahl Bayreuther Jäger senden und durch diese das „Ungeziefer" vertilgen lassen. Das fruchtete. Seit dieser Zeit verschwand das schädliche Tier fast ganz, um erst neuerdings wieder sich einer ungebührlichen Schonung zu erfreuen. — Wildbahnen und Wildgehege existierten nirgendwo mehr in der Grafschaft, seit König Friedrich Wilhelm I. die seinigen an die Unterthanen vererbpachtet hatte.*) Diese große Wohlthat sicherte

*) Den Eingesessenen des Gerichts Hagen und Volmarstein, sowie der Bauerschaft Voerde wurde die Hohe-, Mittel- und Nieder-Jagd unterm 16. April 1731 für eine jährliche Erbpacht von 300 Thalern für immer überlassen.

dem Namen jenes Monarchen lange ein gesegnetes Andenken, das bei den Märkischen Bauern stets von neuem auflebte, wenn sie vernahmen, wie in den Nachbarländern das Wild die Äcker verwüstete oder die Förster des regierenden Herrn die Wilddiebe kurzer Hand niederschossen. Um solche Thatsachen aus der Vergangenheit wie aus der Gegenwart zu hören, brauchten sie nur über die Grenze ins Bergische zu gehen. Dort wurden im sogenannten Königsforste bei Bensberg, obgleich der in Bayern oder in Schwetzingen residierende Kurfürst Karl Theodor dieses Jagdschloß nie besuchte, 8000 Hirsche gehegt. Allnächtlich mußten die Bauern ihre Felder vor dem Wilde hüten, das zu töten niemand wagen durfte. Allein auf dem Kirchhofe des Dorfes Urbach in der Wahner Heide bei Köln liegen, nach Benzenbergs Bericht*), 13 von Kurpfälzischen Jägermeistern erschossene Wilddiebe begraben. Ebenso hatten in dem kleinen Lippeschen Lande die Förster das Recht, jeden Wilddieb auf der Stelle tot zu schießen**). Von solchen Greueln war auf Preußisch-Märkischem Boden glücklicherweise keine Spur zu finden.

Seit dem Tode des Großen Kurfürsten, welchen die Notwendigkeit der Befestigung seiner Herrschaft in den neuerworbenen Westfälischen Provinzen und Familien-Beziehungen zu den Oraniern häufig nach dem Rheine führten, hatte kein Preußischer Monarch anders als auf eiligster Durchreise den Boden der Grafschaft Mark betreten. Erst nach Verlauf von mehr als hundert Jahren seit der letzten Anwesenheit des Kurfürsten vermochte, wie ein Schriftsteller jener Zeit meldet, der hochverdiente Minister von Heinitz den König Friedrich Wilhelm II., „die Provinz zu bereisen und sich in die rauhen unwegsamen Gebürge bis Altena zu wagen". Von seinem Thronfolger begleitet und dem herzlichsten Jubel der treuen Bevölkerung empfangen, erschien der „Vielgeliebte" zu Anfand Juni 1788 in der Mark***). Der Pfarrer von Elsey beschrieb diesen Königlichen Besuch in einer hochpoetischen, durch dichterischen Schwung und Schönheit der Sprache gleich ausgezeichneten Festschrift, „Die Westfälische Mark" betitelt, in welcher er die Eigentümlichkeiten und Vorzüge des Landes begeistert darstellte; doch auch nicht versäumte, die Wünsche und Beschwerden seiner Bewohner in ebenso loyaler wie geschickter Weise in diese Darstellung einzuflechten.

*) Vergl. Benzenbergs Schrift „über Verfassung". S. 368 f.

**) Weddigens „Neues Westfälisches Magazin für Geographie, Historie und Statistik". Bielefeld 1792. Band III, S. 346.

***) Der König wohnte am 7. Juni 1788 in Hagen bei Elbers, dem Großvater von Friedrich Harkort, und war am 8. Juni in Wetter.

„Unſer König war in Süderlands Gebirgen. Da ſprachen ſeine Kinder zu ihm: Vater, dieſer Boden iſt es nicht, der uns nähret. Lange hauſet auf unſern Bergen der Winter, kurz iſt unſer Sommer. Dieſe hangenden Äcker ſind ſteinigt und tragen meiſtens nur Haber. Der Fleiß in dieſen Thälern ernähret uns allein durch die Arbeit unſrer Hände. — — —

Werke nützlicher Kunſt und nährenden Menſchenfleißes hat die Weſtfäliſche Mark! Des Königsborns Meiſterwerk iſt groß, einfach, voll tiefer Kunſt und hoher Ordnung, würdig ſeines erhabenen Beſitzers, nützlich unſerm Lande und den Provinzen umher. Wichtiger iſt ſein Ertrag unſerm Staate als manches Fürſtentum.

Wie es in der Mark, wie es in Süderlands Thälern vom dumpfen Donnergetöſe ſeiner vierhundert Hämmer hallt! Wie von dunkler Mitternacht bis zum Mittag von den Eſſen die Glut Himmelan wallet! Wie die reißenden Waldbäche ſich ſchäumend über die fliegenden Räder der Drahtrollen ſtürzen! Wie die Tauſende unſerer Arbeiter in Eiſen, in Stahl, in Kupfer, in Meſſing, in Seide, in Wolle, in Baumwolle, in Leinwand, in Leder, in Holz ſich regen, mühen, würken, hervorbringen, verbinden, trennen, umändern, verfeinern, vollenden, wie die Tauſende der Fuhren die rohen Maſſen uns zubringen, ſie weiter zu den Fabriken befördern und zuletzt die fertigen Waren verſenden!“ —

Hat auch der wackere Möller in dieſer klaſſiſchen Schilderung des damaligen gewerblichen Lebens ſeiner geliebten Heimat ſich in poetiſchem Feuer wohl etwas zu weit hinreißen laſſen, ſo erſcheint dieſelbe doch auch heute noch muſtergültig und als die beſte Einleitung für die Darſtellung der induſtriellen Verhältniſſe der Mark zu Ende des 18. Jahrhunderts, welche wir an dieſer Stelle einſchalten wollen.

Jenes „Königsborns Meiſterwerk“, welches Möller in vorderſter Reihe unter den Schätzen der Mark aufführt, „deſſen Ertrag unſerm Staate wichtiger als manches Fürſtentum“, war die fiskaliſche Saline bei Unna, eine Anlage aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts, die damals als ein non plus ultra techniſcher Vollendung hohe Bewunderung erregte und vergleichsweiſe bedeutende Erträge lieferte. Hundert Jahre ſpäter gab ſie der Staat wegen allmählich eingetretener Unrentabilität in Privathände, welche neuerdings eine Wiederbelebung des Werkes zu früherem Glanze anſtreben. Wenige Stunden von Königsborn entfernt, lag hart an der Grenze des Kurkölniſchen Herzogtums Weſtfalen die zweite Märkiſche, im Beſitze einer ſogenannten „Pfännerſchaft“ befindliche Saline zu Saſſendorf bei Soeſt. Während

jene beiden Salzwerke nördlich der Ruhr, also im Hellwege, gelegen waren, fand sich eine dritte, jedoch schon außer Betrieb gesetzte Anlage ähnlicher Art im Herzen des Süderlandes, bei Werdohl, im Altenaschen Kreise, wo eine schwache Sole mitten aus dem Lennefluſſe herausquoll.

Unendlich wichtiger aber, als diese Salinen, waren jene vierhundert Hämmer der Mark, von deren dumpfem Donnergetöse Möller des Süderlandes Thäler wiederhallen hörte. In der That kam schon damals im ganzen deutschen Reiche keine Provinz rücksichtlich der Benutzung der Wasserkräfte für gewerbliche Zwecke der Grafschaft Mark auch nur entfernt gleich. Nicht nur die größeren und kleineren Flüsse: Ruhr, Lenne, Volme, Ennepe, die während des ganzen Jahres hinreichenden Wasserbedarf lieferten, waren an den geeigneten Stellen für industrielle Werke ausgenutzt, sondern auch an den unbedeutendsten und unzugänglichsten Bächen, denen es in trockenen Sommern monatelang an Wasser fehlte, wurden, durch Herstellung von Dämmen, Sammelteiche und vor diesen Drahtrollen, Hammer-, Schleif- oder sonstige Triebwerke angelegt. Die Wassergefälle waren Regal und wurden gleich den Bergwerken „gemutet" und „verliehen". Sie machten in vielen, wenn nicht den meisten Fällen, einen ansehnlichen Teil des Privatvermögens aus; über einen Zoll Gefälle mehr oder weniger entstanden beim Mangel desfallsiger klarer Gesetzesbestimmungen oder privater Vereinbarungen nicht selten kostspielige, langdauernde, mit Westfälischer Hartnäckigkeit betriebene Prozesse. Die „Reidemeister", wie die Hammerbesitzer genannt wurden, waren meistens wohlhabende Leute und bildeten eine einflußreiche Klasse der Bevölkerung. Außer ihren Hämmern, die schon deshalb sehr hoch bezahlt wurden, weil der Besitz nur eines Viertels dem Eigentümer und dessen Söhnen Konskriptionsfreiheit verlieh, besaßen sie durchweg eigene Gehöfte mit dem nötigen Viehstande; ihre Gehilfen (Hammerknechte) und die Lehrjungen aßen an des Meisters Tische.

„Diese Verbindung von Industrie und Landwirtschaft," sagt der im ersten Kapitel als ein Freund des Harkortschen Hauses bereits erwähnte Kriegsrat und Fabriken-Kommissarius Eversmann*), „ist ein sehr glückliches Verhältnis für sie, denn es erzeugt diejenige Frugalität, die man noch überall hier antrifft und die den schädlichen Luxus entfernt, der in andern Ländern so viel Unheil stiftet, besonders in jetzigen Zeiten sich mit dem Gewerbe der Industrie gar nicht

*) Eversmann: Übersicht der Eisen- und Stahlerzeugung auf Wasserwerken in den Ländern zwischen Lahn und Lippe. Nebst Kupfern und einer großen technologischen Karte. Dortmund 1804. Gebr. Mallinkrodt.

verträgt und ohne weitere Bedingung denen durch den Krieg erzeugten Parvenus überlassen werden kann."

Der von der Lenne und vielen wasserreichen Bächen durchströmte Kreis Altena und Iserlohn war der Hauptsitz der Osemundeisen- und Draht-Fabrikation, beides uralte Gewerbszweige des Süderlandes, deren älteste bekannte landesfürstliche Privilegien aus dem 15. Jahrhundert datieren. Die jetzt ganz eingegangene Herstellung des „Osemund" — die Entstehung des eigentümlichen Namens ist nicht nachzuweisen — beschäftigte zu Anfang dieses Jahrhunderts noch die ansehnliche Zahl von 79 Hämmern mit 88 Feuern. Die Produktion, die zur einen Hälfte zu Draht, zur andern Hälfte zu Kleineisenzeug verwendet wurde, war beschränkt und überschritt nur selten das Jahresquantum von 3200 Karren à 1352 Pfd. alten Gewichts = rund 40000 Ctr. Alljährlich im September wurde auf einem „Pflichttage" die von jedem Reidemeister herzustellende Menge bestimmt (Quotisation) und der Preis fixiert. (1804 belief sich letzterer auf 80 Reichsthaler gemein Geld pro Altenaische Karre.) Als die bedeutendsten Osemundfabrikanten nennt das Eversmannsche Buch die Familien: Brüninghaus zu Brüninghausen, Winkhaus zu Karthausen, Rentrop zu Harlingsen, Geck zu Baukloh, Voßwinkel in Kierspe u. a. Die in den Städten Altena, Iserlohn und Lüdenscheid bestehenden Drahtfabriken, welche ihrerseits wieder verbunden waren, den Osemundeisenlieferanten den auf oben erwähnten Pflichttagen festgesetzten Preis zu zahlen, genossen dafür große Privilegien. Ihre Eigentümer hatten bereits zu Anfang des 18. Jahrhunderts zu Altena eine „Eisendraht-Stapel-Gesellschaft" gebildet, die unter staatlichem Schutze das ganze Drahtgeschäft monopolisierte. „Jeder Reidemeister," hieß es in dem „vom hochpreislichen Generaldirektorium konfirmierten" Vertrage vom 31. Juli 1787 zwischen der genannten Gesellschaft und dem „Reidungsstande" (den vereinigten Draht-Reidemeistern), „ist schuldig, seinen hier gezogenen Draht an dem Stapel abzuliefern; derjenige, welcher sich untersteht, solchen außer dem Stapel zu verkaufen, verfällt in eine Strafe von 100 Reichsthalern und wird seines Reidungsrechtes verlustig." Dem Fuhrmann, welcher nicht beim Stapel aufgeladenen Draht verfuhr, wurde Pferd und Karre konfisziert, Helfer und Träger dabei auf 4 Wochen bei Wasser und Brot eingesperrt, der Fabrikant aber mit einem Jahre Zuchthaus bestraft! Kein Unterthan durfte die Altenaschen Drahtsorten anderswo als vom Stapel zu Altena kaufen, bei einer Strafe von 100 Dukaten.

In Lüdenscheid und Altena bestanden ähnliche heute unmögliche Monopole. „Auf dieser Einrichtung," meint Eversmann, „beruht die Stärke und der Vorzug der Fabrik. Vermittelst derselben hat der Arbeiter immer einerlei Beschäftigung und fühlt kein Stocken des Absatzes; der Kaufmann ist versichert, jede Bestellung gleich abschicken zu können, der Reidemeister hat einen fortdauernden sichern Nutzen und braucht kein großes Kapital in ein Lager zu stecken, und da die Gesellschaft aus vielen Actionairs besteht, so ist sie imstande, jede auswärtige Drahtfabrik, die ihr gefährlich zu werden anfängt, durch Herunterschlagen der Preise in der freien Handelskonkurrenz sogleich zu stürzen. So hat diese alte Fabrik schon mehrere neben sich entstehen und vergehen sehen."

Daß unter Herrschaft solcher Vorrechte und bei der energischen Unterstützung der Regierung auch nach andern Richtungen das Drahtgewerbe zu hoher Blüte gelangte, seinen intelligenten und fleißigen Vertretern ansehnliches Vermögen verschaffte, sowie weitere Industriezweige hervorrief, liegt nahe. Konrad Pütter brachte im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts die Nähnadelfabrikation aus Aachen nach Iserlohn, vermochte indessen die großen Schwierigkeiten der Darstellung nicht zu überwinden. Das gelang erst 50 Jahre später dem unternehmenden Bürgermeister Kaspar Rumpe in Verbindung mit dem Landrichter Goecke in Altena; freilich auch erst dann, als ihr Etablissement bereits am Rande des Verderbens stand und der Minister v. Heinitz sie rettete. Der genannte Goecke*), ein um die Entwickelung der Märkischen Industrie verdienter Mann, etablierte 1780 in Elverlingsen bei Altena das erste Schwarzblechwalzwerk der Grafschaft. Ein Zweig des Rumpeschen Werkes wurde später durch den Landrat Müllensiefen nach Iserlohn verpflanzt, wo im 19. Jahrhundert die Nähnadel-Industrie ihre Hauptstätte gefunden hat.

Die Kenntnis der Fabrikation von Kratzendraht brachte Hermann Schmöle 1615 nach Iserlohn, diejenige von Fingerhüten Joh. Anton Loebbecke und Konrad von der Becke zu Anfang des 18. Jahrhunderts aus dem holländischen Utrecht nach Iserlohn und nach Hemer, wo sie sich zu einem der damals wichtigsten Industriezweige der Mark entwickelte. Auch seidene und wollene Waren, sowie gebleichtes Garn, wurden zu jener Zeit in nicht unansehnlicher Menge von Iserlohn und Plettenberg geliefert.

Der frühere Kreis Wetter, den jetzigen Kreis Hagen und den

*) Gestorben im 82. Jahre im Mai 1815.

südlichen Teil des Kreises Bochum umfassend, von der Ruhr, Volme und Ennepe durchströmt, war das Hauptgebiet für die Herstellung von geschmiedetem Eisen aller Art, von Rohstahl, Sensen*) und der zahllosen Menge der unter dem Namen „Kleineisenwaren" zusammengefaßten Gegenstände. In der Stadt Hagen hatte außerdem der Harkortsche Eidam, Christian Moll, eine ansehnliche Tuchmanufaktur ins Leben gerufen, und auch die Textilindustrie des Bergischen Wupperthales beschäftigte viele Märkische Hände auf den des vortrefflichen Wassers wegen hier angelegten Bleichereien für Garne und Leinenzeuge.

Die Rohstahlfabrikation, welche um die Mitte des 17. Jahrhunderts teils aus dem Siegenschen Amte Freudenberg, teils aus dem Bergischen nach der Mark verpflanzt worden war, lieferte — von Cement-, Puddel- und dem jetzt alles beherrschenden Gußstahl war damals noch keine Rede — auf den sogenannten „Reckhämmern", der bei weitem überwiegenden Art der Hammerwerke, das notwendige Rohprodukt. Bertram zu Gevelsberg, Nachkomme des ältesten aus dem Bergischen stammenden Rohstahl-Reidemeisters dieses Namens, Heilenbeck in der Heilenbecke, Goebel zu Voerde, Elbers in Hagen, Harkort auf Harkorten u. a. waren die Hauptvertreter dieses wichtigen Zweiges der metallurgischen Industrie, die zu Zeiten sehr lohnend, häufig auch wieder verlustbringend war, weil die Preise oft bis zum doppelten stiegen und fielen. Die Zahl der Reckhämmer, in denen der Rohstahl zu seinem Stahl „raffiniert" und gleich dem Schmiede-Eisen in die erforderliche Form ausgeschmiedet — „ausgereckt" — wurde, belief sich um die Wende des Jahrhunderts allein in dem kleinen Märkischen Territorium auf 163. Kein Bach mit einigem Gefälle war zu klein und zu unzugänglich, als daß man ihn nicht zur Anlage eines Hammers noch geeignet gehalten hätte. Ibach aus Remscheid kam, gleichzeitig mit dem obenerwähnten Clemens Bertram, unter der Regierung des Großen Kurfürsten aus dem Bergischen, wo in der Umgebung von Remscheid und Solingen die Stahlschmiederei ihre eigentliche Heimstätte besaß, nach der Mark hinüber und legte in der Nähe von Sprockhövel den ersten Stahlreckhammer an. Er stand bei dem Kurfürsten, der mit seinem Adlerblicke die natürlichen Vorzüge der Mark für die metallurgische Industrie erkannt hatte, in hohem Ansehen und durfte unangemeldet vor ihm erscheinen: eine Freiheit, welcher der anders geartete Nach-

*) Die Fabrikation der blauen (Steyrischen) Sensen brachte Gottfried Halbach nach Remscheid und später J. H. Elbers nach Hagen.

folger des großen Mannes ein brüskes Ende bereitete, als Ibach auch ihm gegenüber davon Gebrauch machen wollte. — Auf Kosten der Bergischen Industrie, die nicht nur höhere Arbeitslöhne, sondern auch die mit einem starken Ausfuhrzoll belasteten Westfälischen Kohlen teurer zu bezahlen hatte, schwang sich das Märkische Schmiede-Gewerbe immer mehr empor, zumal die Regierung für den Bau eines Hammers die hohe Prämie von 200 Rthr. zahlte und die Mark sich in eigenem Besitze der für den Reckhammerbetrieb allein geeigneten Gattung reiner und fetter Steinkohlen befand.

Auch die Fabrikation von fertigen Eisen- und Stahlwaren, die sich bis auf unsere Tage hin als eine gesunde Haus-Industrie zu erhalten verstanden hat, erfreute sich staatlichen Schutzes, ohne dabei, wie Osemund und Draht in Altena, übertriebenem Zwange zu unterliegen. Der Große Kurfürst zog Bergische Klingenschmiede in seine Mark, gab denselben freie Wohnsitze zu Eilpe bei Hagen und in Wetter und erteilte ihnen 1664 ein Privilegium, welches den Zunftgenossen Militärfreiheit sicherte, sie vor ausländischer Konkurrenz schützte und ihnen die besten Kohlen für billigen Preis überließ. Von Eilpe aus wurde die Schwertfegerei nach der neu errichteten Königlichen Gewehrfabrik zu Spandau, später auch nach Tula in Rußland verpflanzt. Die Kaiserin Anna Iwanowna benutzte Friedrich Wilhelms I. bekannte Liebhaberei für große Soldaten zur Erlangung des sorgfältig gehüteten Geheimnisses der Herstellung guter blanker Waffen. Sie versprach ihm 100 auserlesene „lange Kerls", wofern der König ihr 12 Klingenschmiede und Schleifer und einen Sensenschmied liefere. Einer solchen Versuchung vermochte der Soldatenkönig nicht zu widerstehen. Da die Arbeiter nicht gutwillig sich zur Auswanderung entschlossen, so ließ der König ihrer sechs in Spandau „greifen" und sandte wegen der fehlenden 6 folgende wenig bekannte, erst 1817 im Original wieder aufgefundene Ordre an den Oberstlieutenant von Herzberg vom Schliewizschen Regimente:

„Ich habe der Russischen Kayserin versprochen, Ihr folgende Arbeiter gegen einen raisonablen Accord auff 6 Jahre, in Diensten zu überlassen: 1 Meister Klingen Schmidt mit einem Vorschläger, 1 Meister Härter mit einem Gesellen, 1 Schleiffer nebst einem gesellen, 1 Sensenschmidt und 1 gesell. Ihr sollet Euch bemühen, diese Leute auß der Stadt Hagen oder einem benachbarten Orte zu bekommen, und Sie, wo möglich mit güte zu persvadiren; und sollet Ihr sie sodann nebst einem Unteroffizier anhero an den Obristen von Kleist meines Regiments senden, daß Sie längstens

in 14 Tagen hier sein. Sollten diese Leute aber nicht sich hierzu engagiren wollen, so *sollet Ihr Sie aufheben* und mit einer escorte von Guarnison zu guarnison anhero schicken. Ihr müßet bei *leib und leben* nichts dabei versäumen, sondern alles einrichten, daß mein Wille gethan werde. Der Escorte-Paß folgt hierbei. Ich bin

Euer wohlaffectionirter König.

Potsdam, den 16. Juni 1731.

Ihr müßet sie also balte schaffen.

F. Wilhelm."

Die Nachschrift: „Ihr müßet" u. s. w. ist von des Königs Hand in den ihm eigenen gewaltigen Buchstaben geschrieben, deren Größe dem armen Herzberg noch zum Überfluß bewies, daß der drohende Satz von „leib und leben" für ihn ernsten Sinn hatte. Die Opfer der Tyrannei, zum Teil verheiratet, wurden denn auch mit Gewalt aufgegriffen und nach Tula transportiert, wo sie nicht 6, sondern 12 Jahre bleiben mußten. Stets der Flucht verdächtig, sperrte man sie zuletzt in die Festung Schlüsselburg ein, von wo jedoch einige entkamen und wieder in ihre Heimat gelangten.*)

Zur Förderung der sogenannten Kleineisen-Industrie richtete die Königliche Fabriken-Kommission zu Wehringhausen, deren Seele Eversmann war, gegen Ende des Jahrhunderts sogenannte „*Fabriken-tage*" ein, welche alljährlich „auf der Wiese" bei Sprockhövel, nahe der Grenze des Bergischen und Märkischen Landes, stattfanden. Auf diesen Tagen wurde auch von den versammelten Vorstehern, Deputierten und Ältesten des Gewerbes Bestes beraten; von den sich zur Meisterschaft meldenden Gesellen Meisterstücke vorgelegt und durch die erschienenen Sachverständigen geprüft. Die sich dabei durch vorzügliche Arbeiten auszeichnenden jungen Männer erhielten eine besondere Empfehlung der Kommission an die mit Eisen- und Stahlwaren Handel treibende Kaufmannschaft: eine höchst verständige, dem später so beliebt gewordenen Prämienwesen vorzuziehende praktische Maßregel, die in vielen Fällen eine feste Grundlage für den späteren Wohlstand tüchtiger Meister legte.

Wenngleich im Laufe der letzten hundert Jahre fast jeder der zu Ende des vorigen Jahrhunderts in der Mark betriebenen Industriezweige sich zu einer niemals geahnten Blüte entfaltete — nur die Textilgewerbe zogen sich später meistens in das Bergische hinüber,

---

*) „Hermann. Zeitschrift von und für Westfalen." Jahrgang 1817, S. 383.

— so ragt doch unter ihnen allen der Steinkohlenbergbau durch wahrhaft riesenhafte Entwickelung hoch hervor.

Im Jahre 1888 ist im Bezirk des Westfälischen Oberbergamtes, welches von eigentlichen Bergbaudistrikten die nordwestliche Hälfte der Grafschaft Mark, die Abteien Essen und Werden, das Gebiet der freien Reichsstadt Dortmund und die Grafschaft Tecklenburg umfaßt, auf 171 Gruben das kolossale Quantum von 664472280 Centnern Steinkohlen im Werte von 159458497 Mk. gefördert und dabei eine Arbeiterzahl von 105445 Mann beschäftigt worden, wovon auf die Mark allein ca. 410 Millionen Centner mit 98 Millionen Mk. und 67000 Arbeiter entfallen werden. Genau 101 Jahr vorher (1787) betrug die Zahl der Kohlenwerke 141 mit einem „Debit" (Verkaufsquantum) von 1769768 Ringel*) und 1025 beschäftigten Bergleuten. Die Produktion hat sich mithin im Laufe eines Jahrhunderts um das 160 fache, die Zahl der Arbeiter um das 65fache vermehrt: eine Entwickelung, so großartig, wie deren in der Geschichte aller Länder nur äußerst wenige erscheinen.

Das Vorhandensein der Steinkohlenlager in der Mark, namentlich in den Ämtern Wettern und Blankenstein südlich, Hoerde und Bochum nördlich der Ruhr, war zwar seit Jahrhunderten bekannt, ihre Ausbeutung jedoch eine ganz ungeregelte und zufällige geblieben, trotzdem schon Herzog Wilhelm von Cleve-Berg versucht hatte, durch eine von ihm erlassene Berg-Ordnung von 1542 gesetzliche Formen in Geltung zu bringen. Der Erfolg war gering, denn noch 200 Jahre nach Erlaß jenes ersten Berggesetzes konstatierte eine 1734 auf Veranlassung des General-Ober-Finanz-Kriegs- und Domänen-Direktoriums in Berlin nach der Mark entsendete Spezial-Kommission, daß, obgleich von Staatswegen ein Oberberg-Voigt angestellt sei, der Bau der meist von Bauern und Eigenlöhnern bearbeiteten Gruben (plattdeutsch „Pütte" genannt) von „eines jeden selbst eigener Einrichtung dependiere".**) Kurz nach jener aus zwei Clevischen Kriegsräten bestehenden Kommission wurde ein ausgezeichneter Sachverständiger, der Bergmeister Decker aus Wettin bei Halle, nach der Ruhr geschickt, um endlich Ordnung in die Sache zu bringen und dem wüsten Raubbau zu steuern, sowie ferner „damit Sr. Königlichen Majestät Zehende und die Bergwerks-Revenue von Zeit zu Zeit

*) 1 Ringel = $1^1/_3$ Berliner Scheffel und ca. 75 Kg. Gewicht kostete 1796 auf den Gruben am Schlebusch $8^1/_4$ Stüber.

**) Vergl. Dr. H. Achenbach: Geschichte der Cleve-Märkischen Berggesetzgebung und Bergverwaltung bis zum Jahre 1815. Berlin 1869, Ernst & Korn.

erhöhet, ingleichen die Königlichen Salz-Cocturen (zu Königsborn) in einen beständigen floriſſanten Standt geſetzet werden". Weſentlich auf Deckers Betreiben wurde 1737 von Friedrich Wilhelm I. eine „renovierte" Bergordnung erlaſſen und ein Bergamt eingeſetzt, welches zuerſt zu Bochum (1738), dann zu Schwerte (1745) und Hagen (1766) ſeinen Sitz hatte, ſchließlich aber (1780) nach Wetter verlegt wurde. Inzwiſchen war auf Grund eines Entwurfs des gleich Decker um den Märkiſchen Bergbau hochverdienten Bergmeiſters Johann Friedrich Heintzmann aus Wernigerode (ſeine Familie zählt noch jetzt zu den angeſehenſten Weſtfalens) die revidierte Bergordnung von 1766 an Stelle derjenigen von 1737 getreten und im Intereſſe der Arbeiter die bis jetzt in ſegensreicher Wirkſamkeit ſtehende Märkiſche Knappſchaftskaſſe errichtet worden. Gleichzeitig erhielten die Bergleute ein Königliches Generalprivilegium, das ihnen hochwichtige Rechte wie: Freiheit von der Werbung, von Perſonaldienſten, Wachten, Wegebeſſerungen, Acciſe und Einquartierung, das Recht zum Schürfen und Erwerb von Berg-Eigentum, ſowie bergamtliche Jurisdiktion u. ſ. w. gewährleiſtete.

Die Cleviſch-Märkiſche Bergordnung von 1766, welche faſt ein volles Jahrhundert in Kraft blieb, bis ſie durch das vortreffliche, für die ganze Monarchie geltende Geſetz von 1865 abgelöſt wurde, machte der früheren Bergbau-Anarchie ein gründliches Ende. An die Stelle der ſeitherigen Willkür trat fortan die vollſtändige Herrſchaft der Regierung. Von der berechtigten Anſchauung ausgehend, daß der Bergwerksbeſitzer jener Zeit zur Selbſtverwaltung nicht reif und der Märkiſche Steinkohlenbergbau ſtrenger Ordnung und ſtaatlicher Aufſicht bedürftig ſei, wenn Großes aus ihm werden ſolle, nahm der Staat den techniſchen Betrieb und ſogar das Rechnungsweſen durch die von ihm angeſtellten Beamten (Oberſteiger, Berg-Geſchworne und Oberſchichtmeiſter) vollſtändig in ſeine Hand und ließ dem Grubeneigentümer (Gewerken) nichts als das ganze geſchäftliche Riſiko, die Zahlung der erforderlichen Zuſchüſſe (Zubuße) und die Ausſicht auf etwaige Überſchüſſe (Ausbeute). Anzuordnen hatte der Bergbautreibende gar nichts; ſeine Bevormundung war eine vollſtändige; anfänglicher Widerſpruch dagegen blieb unbeachtet. Behufs Regelung der Produktion wurde neben dem Geſetze her beſtimmt, daß die Zahl der in Betrieb ſtehenden Gruben ohne ſtaatliche Genehmigung nicht vermehrt werden dürfe, ſo lange der Bedarf dies nicht erfordere. Darüber, was Bedarf ſei, entſchied natürlich nur das alles regelnde Bergamt, welches ſchließlich auch die Preiſe der Kohlen für jede einzelne Zeche, je nach ihrer günſtigeren

oder ungünstigeren Lage für den Absatz, nach seinem Ermessen feststellte. Die Abgaben der Gruben an den Staat stiegen bis zu der enormen Höhe von 14 Prozent vom Bruttoertrage.

Der Absatz — der durch einen hohen fiskalischen Ausgangszoll künstlich erschwert wurde — und seine Vermehrung blieb das große Rätsel, welches weder das Verlangen des Gewerken nach Ausbeute, noch die bureaukratische Weisheit des Bergamtes zu lösen vermochte. Kohlen lagen in unschätzbarer Menge und Güte in den Märkischen Gebirgen versenkt, dienstbereite Hände zu ihrer Hebung waren genug vorhanden; doch die Mittel fehlten, sie auf größere Entfernungen zu transportieren. Straßen existierten nicht; die vorhandenen Wege waren von elendester Beschaffenheit und wurden grundlos, sobald man sie während des Winterhalbjahres infolge größeren Kohlenverkehrs stärker in Anspruch nahm. Die einzelnen Gewinnungspunkte lagen zerstreut in Busch und Berg und lieferten ein für die heutigen Verhältnisse geradezu unglaubliches Minimum von Kohlen, welches die Anlage fahrbarer Verbindungen, selbst wenn man die Kosten dafür zu erschwingen vermocht hätte, nicht lohnte. Wie bereits angegeben, wurden 1787 durch 141 in Betrieb stehende Gruben 1 769 768 Ringel Kohlen gefördert, sodaß auf jede Grube im Jahres-Durchschnitt 12 550 Ringel oder, bei 250 Arbeitstagen, nur 50 Ringel täglich entfielen. Andererseits lagen die Hammerwerke des Herzogtums Berg, des Sauer- und des Siegener Landes, also der Hauptabsatzgebiete für die Märkischen Steinkohlen, größtenteils in engen unzugänglichen Thalschluchten, wohin ein Saumpfad oder ein nur bei trockener Jahreszeit fahrbarer Weg führte. Unter solchen Umständen, für welche das Zeitalter des Dampfes und des Eisens jedes Verständnis verloren hat, ließ sich allein Hülfe beim „Kohlentreiber“ finden, dem Manne, welcher für den Märkischen Bergbau im 18. Jahrhundert das war, was ihm der Lokomotivführer im 19. geworden ist. Der Kohlentreiber war Eigentümer eines kleinen, im Walde belegenen Kathens (westfälisch: Kotten), welcher ihm für 3 bis 4 elende Pferde dürftiges Futter lieferte. Mit diesen zog er bei Tagesanbruch zum nächstgelegenen „Pütte“, um hier jedem der Tiere einen mit etwa $2^1/_2$—3 Centnern Kohlen gefüllten Sack auf den magern Rücken zu laden und sie dann gemeinsam mit denen seiner Nachbarn, gleich einer großen Kameel-Karawane der Wüste, unter unzähligen Flüchen und Schlägen und bei unerhörtem Schnapskonsum den meistens mehrere Meilen entfernten Hämmern zuzutreiben, wo der Schmied ihrer wartete. „Vor eine Karre gespannt,“ sagt Müller in

seiner Chorographie von Schwelm, „würde das Pferd vielleicht 8 bis 10 Eimer (Ringel) ziehen können. Allein da es alsdann auch stärker sein und besser gefüttert werden müßte und da in den Gebirgswegen das Geschirr zu viel leiden würde, so befindet man sich bei der beschriebenen Art des Transports besser. Unterdessen werden nach einigen Orten auch viele Kohlen auf der Achse verfahren."

Die „einigen Orte", nach denen Kohlen auf der Achse gebracht werden und wo ein Pferd nach Prediger Müllers Meinung „vielleicht" die damals gebräuchliche Last von 12 bis 24 Centnern ziehen konnte, waren wesentlich solche, die das Glück hatten, an den von 1788 bis 1794 durch die Fürsorge des Ministers von Heinitz*) und des Bergamtsdirektors, späteren Präsidenten vom Stein, wie durch Liebrechts Energie hergestellten beiden Chausseen zu liegen. Die große Fahrstraße vom Rhein zum Norden ging von Düsseldorf und Köln nach Elberfeld, gelangte bei Barmen ins Märkische und durchschnitt dieses Gebiet, der Enneperstraße folgend und Hagen, Unna und Soest berührend, von Südwesten nach Nordosten fast in seiner ganzen Breite. Bei Herdecke und Hagen wurde diese Chaussee von jener gekreuzt, welche, von Holland kommend, über Wesel, Essen, Bochum in das Ruhrthal hinabstieg und alsdann über Breckerfeld und Meinerzhagen durch das Kölnische Sauerland nach Siegen, Wetzlar und Frankfurt a. M. führte. Die Regierung begegnete bei Durchführung dieser segensreichen Maßregel anfänglich nur geringem Verständnis, ja stieß sogar häufig auf Widerstand. Ein klassischer Zeuge, der Oberpräsident von Vincke, berichtet in einem Aufsatze in der Zeitschrift „Hermann" (Jahrgang 1816, 15. Stück):

> „Als mit Anlage von Kunststraßen in Westfalen zuerst angefangen wurde, fand die Auswahl der Wegelinien große Schwierigkeiten; man betrachtete sie als ein Übel, welches jeder möglichst von sich entfernt zu halten strebte; nicht bloß die unmittelbar durch die Linie Betroffenen, welche von ihrem Lande gegen Entschädigung dazu hergeben sollten, deren Grundstücke etwa gar durchschnitten wurden,

*) Der Freiherr von Heinitz (geb. 1724, gest. 1802) genoß in der Mark eine außerordentliche Verehrung. Als er im Jahre 1797 die Westfälischen Provinzen besuchte, um die auf seine Anregung geschaffenen Straßen zu inspizieren, wurde er mit solchen Ehrenbezeugungen empfangen, wie es keinem Minister dort jemals wieder geschehen ist. Nach dem Tode des verdienten Mannes beabsichtigte man, auf Anregung von Eversmann und unter herzlicher Zustimmung Steins, demselben in Hagen, am Kreuzungspunkte der großen Rhein-Weser- und Holland-Frankfurter Chaussee, ein Denkmal zu errichten. Der bald eintretende Krieg ließ dies Vorhaben leider nicht zur Ausführung gelangen.

boten alles auf, dieſes von ſich abzuwenden; auch die nicht unmittelbar Betroffenen ſahen lauter Unglück darin, ſich bei entſtehendem Krieg dadurch mit Durchmärſchen und Einquartierung überzogen, das Verdienſt der ſchlechten Wege (durch Vorſpannung, Handwerkergewinn von Ausbeſſerung des Gefährs, von längerem Aufenthalt der Durchreiſenden und Durchfahrenden) dadurch verkümmert und es war ja vollends eine neue Sache, ohne welche man bisher gelebt und beſtanden und durch die Welt gekommen! Eben jenen Schwierigkeiten iſt es wohl mit beizumeſſen, daß die Kunſtſtraßen nur allzu häufig über die wüſten Berge gelegt, die angebaueten Thäler aber vermieden wurden."

Glücklicherweiſe ließ ſich die Regierung durch ſolchen unverſtändigen Widerſpruch nicht hindern — der Abſolutismus war damals in Preußen wirklich erleuchtet! — und in ihrem Streben, dem Lande endlich die Segnungen guter Wege zu verſchaffen, nicht aufhalten. „Noch jährlich," ſchreibt der Kriegsrat Eversmann im Beginn des folgenden Jahrhunderts, „werden neue Wege befeſtigt und wer jetzt noch dieſen Teil von Weſtfalen als ein Land verſchreit, in dem man nicht fortkommen kann, der kennt ſeine jetzige Geſtalt nicht. Mir iſt wenigſtens in Deutſchland kein Land bekannt, wo der Reiſende, im ganzen genommen, mehrere Bequemlichkeit auf dem Wege, ſowohl in Abſicht ſeines Fortkommens als ſeiner Beherbergung, findet, als in Berg und Mark!"

Mag auch mancher Leſer heute nach 86 Jahren die ſtolzen Worte des wackern Eversmann belächeln, ſo gab dieſer doch nur der öffentlichen Meinung des ganzen Landes Ausdruck. Die Herſtellung der beiden bezeichneten vom Rheine zur Weſer, von der Nordſee bis zum Main ohne Unterbrechung durchführenden „befeſtigten" Heerſtraßen war für die damalige Zeit ein gewaltiges Werk, welches — freilich erſt nach ſeiner Durchführung und Vollendung — die höchſte Anerkennung der Landesbewohner, den Neid und die Bewunderung der Nachbarn erregte. Man war dadurch ſo zufriedengeſtellt, daß andere nicht minder berechtigte Anſprüche jahrelang ſchweigend unterdrückt wurden, um nur nicht undankbar und aufdringlich zu erſcheinen. So wagte man erſt im Jahre 1801 wieder in einem öffentlichen Blatte den Bau noch weiterer Wege anzuregen und eine Verbindung der ſauerländiſchen Städte Iſerlohn, Lüdenſcheid, Altena, Neuenrade, Limburg und Schwerte mit der auf dem rechten Ruhrufer ſich hinziehenden großen Chauſſee nach Norden anzuregen. In jenen Fabrikſtädten würde, heißt es in dem betreffenden Zeitungsartikel, eine ungeheure Menge Steinkohlen gebraucht, bei deren Transport wegen der ſchlechten Wege „jeder Fuhrmann

alljährlich ein Paar ſtarke Pferde einbüße". Millionen Ladungen einheimiſcher Produkte gingen in ähnlicher Weiſe ins Ausland. Die Koſten des Straßenbaues würden nicht zu groß ſein, auch der Hauptheerſtraße kein Abbruch gethan werden u. ſ. w. So demütig bat man damals um eine einfache Wegeverbindung für Orte mit bedeutender Induſtrie, die heute, 89 Jahre ſpäter, ſämtlich — bis auf Neuenrade — mit einer oder mehreren Eiſenbahnen verſehen und ſelbſt damit wohl noch nicht überall zufriedengeſtellt ſind. Iſerlohn bekam erſt 1807, zur franzöſiſchen Zeit, „nach 100jährigem Sehnen" ſeine erſte Chauſſee.*)

In den Nachbarländern ſah es, vielleicht mit Ausnahme des Herzogtums Berg und Naſſau-Siegen, übrigens noch weit ſchlimmer hinſichtlich der Wege aus wie in der Mark. Im Münſterlande, dem 1803 durch Preußen annektierten ehemaligen Bistum, waren dieſelben noch 1805 ſo ſchlecht, daß der neu ernannte Kammerpäſident von Vincke bei der feierlichen Eröffnung des letzten Cleve-Märkiſchen Landtags vorzog, die $4^3/_4$ Meilen lange Strecke von Münſter nach Hamm ganz zu Fuße zurückzulegen, ſtatt ſich einem Wagen und mit dieſem dem wahrhaft entſetzlichen Wege anzuvertrauen. Münſter und Hamm aber waren, wohl verſtanden, die Hauptſtädte anſehnlicher Landesteile und Sitze der oberſten Zivil- und Militärbehörden.**) In faſt noch elenderem Zuſtande befanden ſich die Straßen, oder das, was man ſo nannte, im Bistum Paderborn und anderen vormals geiſtlichen Beſitzungen. Als Vincke in Gemeinſchaft mit dem Miniſter für die Weſtfäliſchen Provinzen, von Angern, dieſe neuerworbenen Lande bereiſte, wurde der Wagen, trotz aller dabei geübten Vorſicht, mit ſeinem koſtbaren Inhalte mehrere Male umgeworfen, Räder und Achſen zerbrochen. Dafür gab es dann, wie Vincke in ſeinem Tagebuche notiert, „höchſt eigenhändige miniſterielle Holze".

Das Verdienſt, der Mark die erſten guten Straßen verſchafft zu haben, gebührt in vollem Umfange Heinitz und Stein; dagegen wird der letztere von ſeinem Biographen zu Unrecht auch als Urheber einer zweiten wichtigen Verbeſſerung der öffentlichen Verkehrswege, nämlich der Schiffbarmachung der Ruhr, angeſehen.

Der ſchöne Bergſtrom, welcher die Grafſchaft Mark in zwei

---

*) Weſtfäliſcher Anzeiger für 1807, No. 86.

**) Zur Fahrt zwiſchen Cleve und Münſter gebrauchte der berühmte alte Sethe (geſtorben 1855 als Chefpräſident des Rheiniſchen Reviſionshofes) im Jahre 1803 drei volle Tage. „Die Fahrt von Emmerich ab," berichtet er in ſeiner Selbſtbiographie, war äußerſt beſchwerlich und langweilig, der Weg über alle Beſchreibung ſchlecht, Knüppeldämme und regellos in den Weg geworfene Steine." (G. Freytag: „Bilder aus der deutſchen Vergangenheit", Bd. IV S. 376.)

fast gleiche Hälften scheidet und in der Lenne seinen stärksten Zufluß besitzt, wurde in seinem untern Teile urkundlich schon im 11. Jahrhundert befahren.*) Die reichen und wohllebenden Benediktiner der fürstlichen Reichsabtei zu Corvey an der Weser schifften im Mittelalter ihre in Kessenich bei Bonn geernteten eigenen oder anderswo am Rheine gekauften Weine die Ruhr hinauf, soweit deren Wasserstand das gestattete, um solchergestalt den schlimmen Landweg durch die Wälder und die „paludes horridae“ des alten Westfalens möglichst abzukürzen. Andere Transportzwecke des Flusses in jener Zeit sind nicht bekannt. Auf größere Entfernungen und für größere Massen war kein Verkehr möglich, teils weil das Flußbett mit natürlichen und künstlichen Stauwehren (Schlachten) durchsetzt war, teils weil die Ufer der Ruhr zu vielen und widerstrebenden Landesherren gehörten. Im oberen Laufe, soweit die Schiffbarkeit wegen der Stromtiefe in Frage kommen konnte, war Preußen auf beiden Ufern Landesherr. Auf das Preußische Gebiet folgten stromabwärts die beiden reichsfreien Abteien Essen und Werden, der Kurfürst von der Pfalz als Herzog von Berg, der Landgraf von Hessen-Darmstadt als Besitzer der Minderherrschaft Broich und endlich bei der Mündung der Ruhr in den Rhein abermals der König von Preußen als Herzog von Cleve; Summa: 5 Souveräne auf eine Entfernung von etwa 10 Meilen! Um seine Lande Cleve, Moers und Geldern mit Märkischen Kohlen und Königsborner Salz versorgen zu können, trat Friedrich der Große nach Beendigung des siebenjährigen Krieges dem alten, weitaussehenden und kostspieligen Plane der Schiffbarmachung des Stromes näher. Ein 1767 gemachter Versuch, jene Märkischen Hauptprodukte vermittelst der bei Wesel mündenden Lippe nach dem Rheine zu schaffen, scheiterte an der Schwierigkeit des Landtransports, weil die eigens in der Ebene erbaute sogenannte „Kohlenstraße“ nach Gahlen**) und Ruhrort, trotz darin eingelegter Faschinen, das Kohlenfuhrwerk nicht tragen konnte. Man mußte also zur Ruhr zurückgreifen. Diesen Strom „navigabel zu machen und durch dienliche Mittel und Wege, soviel an Uns sein wird, zum wirklichen Effekt zu bringen Uns angelegen sein lassen“ hatte schon der Große Kurfürst im Haupt-Landesrezeß von 1649 den

*) Wm. Grevel: Geschichte des Landkreises Essen. — Essen, Druck von H. L. Geck, o. J.

**) Der Plan und Bau der Gahlenschen Kohlenstraße ist hauptsächlich den Bemühungen des Lehrers Müser in Blankenstein zu verdanken.

fassung stellt sich bei näherer Prüfung der Sachlage als irrig heraus. Was man im vorigen Jahrhundert in der Grafschaft Mark Städte nannte, waren elende, verkommene, nach jeder Richtung hin leistungsunfähige Gemeinwesen, die hinter dem letzten Dorfe der Jetztzeit zurückstanden. Wir wollen dafür ein Beispiel an dem heute wieder stolz und groß gewordenen Dortmund geben, der ehemaligen freien Reichsstadt, die damals zwar nicht politisch, aber doch ihrer Lage und Natur nach zur Mark gehörte. Von dem Glanze der Zeiten, als ein Dortmunder Aldermann der Hansa einen der vier Schlüssel der in der Marienkirche zu Wisby auf Gotland aufgestellten Geldlade des „gemeinen Deutschen aus allen Städten" zu bewahren hatte, als Dortmunder Bürger Memel und Dorpat gründeten, mit den Fürsten von Smolensk und Witebsk Verträge abschlossen (1229), von Nowgorod bis Bergen und London gewaltigen Handel trieben, in Brügge, dem Venedig des Nordens, eine Straße nach ihrem Namen nannten, als die Königskrone von England (1340) Dortmunder Kaufherren, den Klepping, Sudermann, Berswordt u. a. zum Pfande gegeben war — von diesem Glanz war keine Spur mehr vorhanden. Der Verteidigungskampf der Stadt gegen den Kölnischen Erzbischof (1388), große Schuldenlasten, die veränderte Richtung des Welthandels, der alles vernichtende dreißigjährige Krieg und endlich sittliche, wirtschaftliche und politische Versumpfung hatten die frühere Größe längst vernichtet. „Ein Bild aus der sogenannten guten alten Zeit", welches über das Dortmund vor 100 Jahren nach vorhandenen guten Nachrichten des Pfarrers Beurhaus neuerdings entrollt wurde, schließt, nach Mitteilung einer Menge der traurigsten Einzelheiten, mit den bezeichnenden Worten: „Mancherlei enthält die Quelle, was sich nicht mitteilen, aber einen Blick in moralisch bankerotte Verhältnisse thun läßt." Das sagt genug. Cliquenwesen, Habgier, Bestechlichkeit, Sittenlosigkeit bei den obern regierenden; Faulheit, Bettelei und Trunksucht bei den untern Klassen herrschten in der Stadt. Der Begriff des gemeinen Besten, der bürgerlichen Pflicht war, mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, abhanden gekommen. Wer an der städtischen Krippe angebunden war, der fraß und suchte andere wegzubeißen. „Wie erbärmlich die Dortmunder Polizei und Justiz jetzt ist, kann sich niemand vorstellen", sagt der Chronist wörtlich. Man baute prächtige Häuser aus dem Stadtsäckel und hatte kein Geld, um den Zustand des berüchtigten Pflasters zu verbessern. Dies bestand aus Steinen, die oft mehr als 2 Quadratfuß groß waren und, ohne Unterlage in den Weg geworfen, sich so senkten, daß bedenkliche

Schlaglöcher entstanden, in denen die Tiere Beine und die Wagen Räder zerbrechen konnten. In dem bereits citierten Aufsatze des Oberpräsidenten von Vincke über den Bau von Kunststraßen bezeugt derselbe wörtlich: „daß der Vorstand einer bedeutenden Stadt, damals (1788) noch eine fremde Insel in unsrer Mark, aus kurzsichtiger Besorgnis gefährdeter Territorial-Rechte, die Ablenkung der Wegelinie von dieser Stadt erzwang." Diese Stadt war keine andere als die freie Reichsstadt Dortmund, deren Einwohnerzahl in den 100 Jahren von 1683 bis 1783 von 5500 auf 4000 sank und deren Obrigkeit über die im Mittelalter von ihr erworbene ehemalige Grafschaft Dortmund eine Herrschaft ausübte, welche nach der oben erwähnten Darstellung ebenso eigennützig und hart erscheint wie die der verschrieenen deutschen Kleinfürsten.

Gleich Dortmund zehrte auch Soest nur noch von dem Ruhme vergangener Herrlichkeit. Mit Lübeck, der Königin der Hansa, und neben Dortmund, hatte Soest gleichfalls einst das hohe Ehrenamt einer Hüterin der Wisbyer Geldlade bekleidet, ein treffliches Gesetzbuch, die „Alte Schraa" verfaßt und seinem Kölnischen Lehnsherrn den berühmten kurzen Absagebrief geschrieben: „Wisset, Bischof Diedrich von Mörs, daß wir den vesten Junker Johann von Cleve lieber haben als Euch und wird Euch hiermit abgesagt. Gegeben Soest anno 1444." Wie wenig war von jener Größe geblieben! Seit Entdeckung der Seewege nach Indien und Amerika sank Soest mehr und mehr zu einem unbedeutenden Ackerorte herab; wie Büsching sagt, „eine Stadt von ansehnlichem Umfange, in welchem aber weitläuftige Höfe und Gärten sind; enthält 1200 Feuerstellen, ist aber schlecht gebauet." So sah die Stadt aus, welche 1444 jenen mächtigen Erzbischof Diedrich mit seinem furchtbaren Heere von 40 000 böhmischen Söldnern siegreich von ihren Mauern zurückschlug und den Herzog von Cleve zu ihrem Schutzherrn erwählte. — Während des siebenjährigen Krieges war Soest von 5438 auf 3894 Einwohner, also um fast ein Drittel der früheren Bevölkerung; ihre fruchtbare Börde im nämlichen Verhältnisse gesunken.

In jenen märkischen sechs Städten, welchen als den vormals bedeutendsten das Recht der Landstandschaft verliehen war, sah es, mit Ausnahme von Iserlohn, nicht viel besser aus wie in Dortmund, wenngleich Staatsaufsicht und die stramme preußische Zucht solche Malversationen, wie sie unter der republikanischen Kommunalverwaltung nicht zu den Seltenheiten gehörten, nicht aufkommen ließen.*) 1798 zählte Hamm, der Sitz des kommandierenden Gene-

*) Von städtischem Selfgovernment war allerdings unter Preußischem Regiment keine Rede mehr. Ein Commissarius loci überwachte die städtische Verwaltung, insonderheit das Rechnungswesen. Das Wahlrecht war bedeutend

rals und der Regierung, 3065 Einwohner gegen 3250 im Jahre 1719. In 79 Jahren hatte also die Bevölkerung dieser Stadt nicht nur nicht zu-, sondern um 185 Seelen abgenommen, und das in einer Zeit, in welcher die Kriegslasten im Vergleich zum vorhergehenden Jahrhundert geringer geworden waren und keine Pest das Land verheert hatte. „Die Tuchfabriken sind," berichtet 1803 der Geschichtsschreiber von Hamm, Bürgermeister Möller, „gegen vorige Jahre ganz verfallen. Man verkaufte damals (1719) den Branntwein außerhalb der Stadt, weil aber dieses Getränk seit dieser Zeit mehr zum Gebrauch gekommen, so trinken wir solchen selbst." Durch diesen eigenen Konsum wurde freilich die Frage des Branntwein-Exports am einfachsten und gründlichsten erledigt.

Eine andere der landtagsfähigen Städte im Hellwege, Lünen, war gleichfalls seit 1719 bis 1798 von 1238 auf 1057 Einwohner gesunken. Von der dritten, Schwerte, erklärte der eigene Magistrat 1755, als das Bergamt von dort nach Hattingen verlegt werden sollte, „daß die Stadt Schwerte, wo nicht der geringsten, doch einer mit von den schlechtesten Örtern in der Grafschaft Mark und das darumb, weilen allda durchaus kein Handel und Wandel, noch einiges Commercium getrieben, und was noch an baarem Gelde darin roulirt, fast einzig und allein von denen Brauern, Fuselbrennern und sonstigen Wirthen gelöset wird, sondern die Leute fast durchgehends nur vom Ackerbau und der Viehzucht kümmerlich leben müssen." — Camen nennt Büsching eine der ältesten Städte der Mark nnd ihr Alter mag, in Ermangelung eines anderen Grundes, die Ursache gewesen sein, dem kleinen Orte die Landstandschaft zu verleihen. Unna war ein Ackerstädtchen gleich den vorgenannten, hatte aber den Vorzug, unmittelbar bei der großen Saline Königsborn zu liegen, auf welcher manche seiner Bewohner den Lebensunterhalt zu verdienen Gelegenheit fanden.

Gesundere Verhältnisse in den Städten traf man vor 100 Jahren erst an, wenn man den Boden des Hellwegs, wo damals nur auf dem Lande mäßiger Wohlstand herrschte, verließ und auf das südliche Ufer der Ruhr trat. Von Iserlohn, der einzigen landtagsfähigen Stadt des Sauerlandes, berichtet Weddigens „Westfälisches Magazin" von 1787, der Ort zähle dermalen 4300 Seelen und umfasse eine Panzer-, Draht-, Schnallen-, Nadel-, Messing-, Finger-

eingeschränkt. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erließ sogar die Clevische Kammer scharfe Verfügungen, daß man sich nicht herausnehmen solle, andere als die von dem Commissario loci bezeichneten Personen zu wählen. (Dr. G. Natorp: „Ruhr und Lenne." Iserlohn 1880.)

hut-, sowie eine Tuch- und Seidensamt-Fabrik nebst einer Garnbleiche die damals im Märkischen zahlreich und lebhaft betrieben wurden. Eine solche vielseitige und gesunde Industrie brachte Arbeit und Verdienst nach unten wie nach oben. In Altena, damals dem größten und volkreichsten Orte der Grafschaft, walteten gleich günstige Zustände vor, ebenso in Lüdenscheid und Hagen. 1797 betrug die Einwohnerzahl von Hagen 1756, wovon die Tuchfabrik von Christ. Moll (vergl. Cap. I, S. 15) allein 200 Arbeiter beschäftigte. Sieben Jahre später war die Bevölkerung bereits auf 2050, also um ein Sechstel, gestiegen. Dabei belief sich die gesamte jährliche Ausgabe der Stadt auf — 458 Thlr., und die Kämmereirechnung wies statt Schulden noch ein Vermögen von 1733 Thlrn. nach.

Trotz der berüchtigten schlechten Wege Westfalens war es doch der Westfälische Kreis, welcher mittels Kreisabschiedes d. d. Essen, 15. Mai 1542 an Wilhelm den Reichen, vorletzten Herzog von Jülich-Cleve-Berg, das Ansuchen richtete, er möge, ähnlich wie die vom Reichstage beschlossene Botenpost zwischen Köln und Nürnberg, mit der Stadt Köln auch „solche Posten und Botten" auf gemeinsame Kreiskosten bestellen.*) Für den Cleveschen Fürsten wäre eine derartige Einrichtung gerade in jenem Augenblicke von besonderem Nutzen gewesen, indem er dann über die Zeitläufte und Ereignisse vermutlich rascher unterrichtet gewesen sein und nicht, wie geschichtlich feststeht, noch $1^1/_2$ Jahre nach Karl V. verunglücktem Zuge nach Algier geglaubt haben würde, der Kaiser, sein auf Rache sinnender Feind, sei bei diesem Unternehmen ums Leben gekommen. Erst der Große Kurfürst richtete eine Art von regelmäßiger Postverbindung zwischen seiner Hauptstadt Berlin und den westlichen Provinzen ein, welche jedoch die Grafschaft Mark nur auf dem sogenannten Sandwege bei Lippstadt, Hamm und Lünen streifte und von dort durch die öden Heiden des Münsterlandes direkt auf Wesel ging. Sub dato Berlin, 31. Oktober 1782 brachte das Königliche General-Postamt die „Einrichtung eines bisher noch nicht bestandenen Postwagen-Cursus zwischen Hamm und Elberfeld" zur öffentlichen Kenntnis, welcher wöchentlich zweimal über Schwelm, Hagen, Limburg, Iserlohn, Schwerte, Unna, Königsborn und Camen abgelassen werde und in Hamm mit der Cleve-Berliner Post korrespondiere. Auf diese Weise war wenigstens eine, die erste, fahrende Post durch das Märkische hergestellt — nach dreißigjährigen Verhandlungen! Es war das freilich nur ein Ge-

*) Wm. Grevel: Landkreis Essen.

schirr von ganz vorsintflutlicher Beschaffenheit, welches für den Reisenden erst dann erträglich wurde, wenn er, was bei Steigungen und Unergründlichkeit des Weges häufig geschehen mußte, neben dem Wagen herlief. Aber es trug doch immerhin den Namen einer Königlichen Post, war immerhin besser als gar nichts und weit besser noch als die Thurn- und Taxisschen Marterkasten, die „im Reiche umherstolperten".

Nach Westen hin fehlte noch eine ganze Reihe von Jahren jede Postverbindung. Dr. Kortum meldet in seiner 1790 erschienenen „Nachricht vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum", es gehe dort zwar noch kein Postwagen, wohl aber komme zweimal wöchentlich eine reitende Post von Duisburg an, und kehre ebenso oft wieder dahin zurück. Zwischen Dortmund und Essen genügte für den derzeitigen Verkehr eine wöchentlich zweimal abgelassene Botenpost, welche Bochum passierte. Essen hatte sich seinerseits, den Nachbarstaaten vorauseilend, schon seit längerer Zeit mit Wesel durch eine „Postkarre" in Verbindung gebracht. Iserlohn besaß, außer dem obenerwähnten 1782 eingerichteten Postwagen zwischen Hamm und Elberfeld, nur noch eine Fußbotenpost über Altena nach Lüdenscheid, obgleich, wie Weddigen meldet, wegen des starken Verkehrs, welchen die Iserlohner Kaufmannschaft in allen Weltteilen unterhielt, die Einkünfte des dortigen Postamts „sehr beträchtlich" waren. Also Handelsverkehr der Bürger in allen Weltteilen und dabei keine Postverbindungen und keine Straßen! Es gehörte die ganze Geduld und Loyalität des Markaners dazu, solche Zustände so lange und ruhig zu ertragen.

Land und Volk haben die hier geschilderten Zustände ertragen; dann unter günstigeren Verhältnissen und in ruhigen Zeiten, von einer erleuchteten Regierung unterstützt, mit eigener Kraft an ihrer Besserung gearbeitet und endlich reichen Lohn geerntet. Heute, nach 100 Jahren, ist die Einwohnerzahl der Mark, welche damals 121984 betrug, auf die enorme Ziffer von 822391 nach der Volkszählung von 1885 angewachsen und die dichteste in ganz Deutschland geworden.*) Anstatt der ehemaligen traurigen Vernachlässigung er-

*) Gesamtbevölkerung der heutigen Kreise Soest, Hamm, Dortmund Land, Hoerde, Bochum Stadt und Land, Gelsenkirchen, Hattingen, Hagen, Schwelm, Iserlohn und Altena. Die Stadt Dortmund, welche Ende des vorigen Jahrhunderts noch freie Reichsstadt war, ist in der Ziffer 822391 nicht mitenthalten; sie zählte im Jahre 1885 bereits 78435 Seelen. Dagegen ist die Bewohnerschaft der ehemaligen Grafschaft Limburg, sowie der früher kurkölnischen Gebiete von Menden und Werl, die jetzt mit alten Märkischen Kreisen vereinigt sind, in die derzeitige Gesamtbevölkerung eingeschlossen.

freuen sich die Schulen jetzt der sorgfältigsten Pflege durch Staat und Gemeinde. Zu keiner Zeit, auch im Mittelalter nicht, wurden in der Mark so viele Gotteshäuser für beide Konfessionen erbaut, als in dem von Zeloten als gottlos verschrieenen 19. Jahrhundert. Die ehemals geknechteten Juden sind gleichberechtigte Bürger geworden. Die früher so häufigen, schreckenerregenden Umfang annehmenden Teuerungen und Hungersnöte sind, dank den Eisenbahnen und Dampfschiffen, größtenteils verschwunden. Das Rechtswesen befindet sich in musterhafter Verfassung, und binnen wenigen Jahren wird im ganzen deutschen Vaterlande ein und dasselbe Gesetzbuch gelten. Das Heer, damals eine Straf- und Zuchtanstalt, stellt heute das Volk in Waffen dar und ist eine Schule der Nation geworden; ihm anzugehören eine Ehre. Gleich allen übrigen Erwerbszweigen hat der Ackerbau, auch unter ungünstigen Verhältnissen, große Fortschritte und sich die Erfindungen der Neuzeit zu eigen gemacht. Einheitliches Maß, Geld und Gewicht ist an die Stelle des wüsten Durcheinanders getreten, welches auf diesem Gebiete, vorzugsweise in den westlichen deutschen Landesteilen, herrschte. Statt Wälder zu zerstören, strebt man heute sie zu erhalten und neue zu schaffen. Der Märkische Steinkohlen- und Industriebezirk, für welchen man eine direkte Kanalverbindung mit dem Weltmeere herzustellen sucht, ist binnen der letzten 100 Jahre Gegenstand der Bewunderung der ganzen Welt geworden; er giebt vielen Tausenden von Arbeitern lohnenden Verdienst, der durchweg höher ist als in fast allen andern deutschen Landesteilen. Seine Städte, ehedem verkümmert und versumpft, blühen und gedeihen wie nie zuvor und sind in der Mehrzahl Muster guter Verwaltung, eifrigen Bürgersinns und schaffensfreudiger Thätigkeit. In Staat, Städten und ländlichen Gemeinden haben die Abgaben zwar eine außerordentliche Höhe erreicht; doch werden sie mit gleichen Schultern getragen und alle für das gemeine Beste verwendet. Für den Arbeiterstand wird in einer Weise gesorgt, von welcher man früher gar keine Vorstellung hatte. Das Netz der Straßen, Eisenbahnen und Posten in der Mark hat eine Dichtigkeit gewonnen, die von keinem andern Lande der Welt übertroffen wird. Endlich hat uns an Stelle des vermoderten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation eine gütige Vorsehung das Beste gegeben, was uns zu teil werden konnte: ein einiges deutsches Reich unter dem Hause der Hohenzollern.

Auch die kühnste Phantasie unserer Väter konnte im Beginn des letzten Dezenniums des 18. Jahrhunderts sich eine Blüte wie

diejenige, deren ſich unſere Heimat gegenwärtig erfreut, nicht träumen laſſen. Man erhoffte beſcheiden eine langſame geſunde Entwickelung der auf und in der mütterlichen Erde ſchlummernden Schätze und war entſchloſſen, in altgewohnter Weiſe dafür alle Kräfte aufzuwenden. Dazu war dauernder Frieden, deſſen ſich Deutſchland damals erfreute, unerläßlich; blieb derſelbe geſichert, konnte ſein Segen nicht fehlen. Statt deſſen begann für ganz Europa zunächſt eine Ära von furchtbaren Revolutionen und Kriegen, die den Weltteil 25 Jahre hindurch verwüſteten und ihm eine neue Geſtalt gaben.

Drittes Kapitel.

Die Jugendzeit.

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit!"
Schillers Tell.

Inhalt: Im Elternhause. Französische Emigranten. Erster Unterricht. Handlungsschule in Hagen. Räuberbanden. Die Immediat-Sicherheits-Kommission. Preßzustände. Arnold Mallinkrodt. Der Westfälische Anzeiger. Friedrich Wilhelm III. Stein als Oberpräsident und Minister. Adresse der Wetterschen Kreisstände an den König. Der Pfarrer von Elsey. Jena und Tilsit. Steins Ächtung. Harkorts Lehrzeit. Moskau und Leipzig.

Unter den sieben Kindern, die dem vierten Johann Kaspar Harkort von neun ihm geborenen verblieben, stand Friedrich dem Alter nach in der Mitte. Die 1782 geborene einzige Tochter Henriette und zwei Söhne, Johann Kaspar und Karl, gingen vorauf, drei andere: Gustav, Eduard und Christian, folgten ihm. Die letzteren, namentlich Gustav, im Alter nur durch wenige Jahre von Fritz getrennt, waren die Gefährten seiner fröhlichen Kindheit.

Nicht allein das, was wir unter dem Begriffe Erziehung im engeren Sinne verstehen, sondern auch die Gesamtheit der äußern Verhältnisse, unter denen wir aufwachsen, übt auf die Entwickelung des einzelnen, von Kindheit an, dauernde und tiefe Wirkung aus. Sie waren bei dem Knaben, dessen Lebensgang zu schildern unsere Aufgabe ist, außerordentlich günstige. Von jeher ist von denen, die den wahren Wert der Dinge zu würdigen wissen, die Abkunft aus dem sogenannten höheren Bürgerstande für ein Glück erklärt worden. Ungemein groß, wenn auch häufig wenig erkannt und empfunden, sind die Vorteile, die eine solche Herkunft durch das ganze Leben verschafft. Dieses Glück war dem jungen Fritz Harkort und seinen Geschwistern im reichen Maße beschieden. Sie entstammten einer Familie bürgerlichen Standes, die mehrere Geschlechtsfolgen hinter-

einander ihren zahlreichen Kindern eine den Zeiten angemessene gute Erziehung geben konnte; die ebenso lange das seltene Glück gehabt hatte, daß keins dieser Kinder im späteren Leben auf Abwege geriet und seinen Namen dadurch entehrte; die unter denen, welche aus ihr entsprossen, mehrere besonders würdige und begabte Menschen zählte; die seit langer Zeit durch Heirat sich mit anderen angesehenen Geschlechtern des Bürgerstandes verbunden und durch das Zusammenwirken dieser Umstände in ihrem Heimatlande hohe Achtung und allgemeines Zutrauen erworben hatte. Zu diesen Vorzügen trat der weitere, daß die Angehörigen dieser Familie inmitten eines kräftigen, thätigen, unverdorbenen Volkes auf freiem angestammtem Erbe, von schöner Natur umgeben, den Morgen ihres Lebens verbringen und für dessen ihnen bevorstehende Kämpfe Seele und Leib stählen konnten.

Alle diese den jungen Harkortern in die Wiege gelegten äußern Glücksgüter würden freilich für sie nur einen Bruchteil ihres Wertes gehabt haben, wenn nicht die eigenen Eltern selbst in den Fußstapfen der Vorfahren gewandelt, durch ihr eigenes Verhalten den Namen verständiger, trefflicher und darum hochgeachteter Menschen verdient hätten. Grade das aber war hier in seltenem Maße der Fall. Bis in das eigene hohe Alter hinein nannten die sämtlichen Harkortschen Kinder mit besonderer Verehrung und Dankbarkeit den Namen ihres Vaters. Wie schon im ersten Kapitel berichtet, hatte dieser sich durch Einsicht, Rechtschaffenheit, Charakterfestigkeit, Erfahrung und stille gemeinnützige Wirksamkeit in weitem Umkreise allgemeinste Achtung erworben, weise Milde und freundliche Nachsicht ihm die zärtliche Liebe der Seinigen verschafft. „Man erzieht Kinder nicht durch Worte, sondern durch Beispiel!“ lautete seine oberste Erziehungsregel, und dieses Beispiel gab er sein ganzes Leben hindurch. Auf der sehr energischen, ernsten und klugen Mutter ruhte die Hauptlast der Erziehung, die bei sechs kräftigen Knaben nicht leicht gewesen sein wird und darum, wie auch gemäß der damaligen Zeitrichtung, streng sein mußte. Die Eltern waren für die Kinder Gegenstand höchster Ehrfurcht, die sich, der Sitte entsprechend, auch in äußern Formen kund zu geben hatte. Vater und Mutter wurden stets mit „Sie“ angeredet, jede Vertraulichkeit streng ferngehalten. Beide verbanden — bezeugt der Pfarrer von Elsey von ihnen — mit inniger Hochachtung gegen das Christentum thätige Übung desselben; beide hielten sich möglichst frei von den Thorheiten ihres Zeitalters; beide suchten und fanden die edelsten Lebensgenüsse in den Freuden der Religion, der Sittenreinheit, der strengen Pflichterfüllung, einer

glücklichen Ehe und einer zahlreichen, kräftig gedeihenden Nachkommenschaft. Das Hausweſen und deſſen Haltung war einfach und auf die durch die geſellſchaftliche Stellung bedingten Bedürfniſſe beſchränkt; ernſt, ſtrenge und gleichförmig das ganze häusliche Leben; jedes Glied des Hauſes thätig und nützlich beſchäftigt. Erholung wurde nur im weiteren Familienkreiſe und im Verkehr mit den eigenen Gäſten und befreundeten Nachbarn geſucht; ſchwärmende Luſtbarkeiten vermieden. Größere Reiſen, die heute einen breiten Raum im Leben der wohlhabenden Klaſſen einnehmen, machten ſich durch die Schwierigkeit und Koſtſpieligkeit des Reiſens unmöglich. Zu den ſelteneren Genüſſen ſchon gehörte ein Beſuch des zwei Stunden von Harkorten entfernten Schwelmer Brunnens, eines kleinen, hübſch gelegenen Bades, deſſen „vitrioliſches Waſſer gegen ſchwächlichen Magen und verdorbenes Geblüte herrliche Hilfe leiſtet“ *). In der guten Jahreszeit war dieſer Ort an den Sonntagen das Stelldichein für die ſogenannte ſchöne Welt aus dem benachbarten Wupperthale (Elberfeld und Barmen), wozu ſich die Männer nach damaliger Sitte beritten, die Dame auf der Kruppe des Pferdes hinter ſich, zahlreich einfanden.

Man würde ſehr fehlgreifen, wollte man aus dem Geſagten ſchließen, daß bei einer ſolch einfachen Lebensweiſe die Jugend der Harkortſchen Kinder beengt und keine fröhliche geweſen ſein könne. Im Gegenteil: gerade die Strenge der häuslichen Erziehung und das Fernbleiben von den Unterhaltungen der Erwachſenen erhielt ihnen den echten und rechten Sinn für die berechtigten Freuden der Kinderjahre. Dazu bot der eigene Grund und Boden des väterlichen Stammgutes mit ſeinen Feldern, Wieſen und Wäldern, Teichen und Bächen, ſeinen Häuſern, Scheunen und Ställen, Hammerwerken und Schmieden, vielfältige und ſchönſte Gelegenheit, die erhöht wurde durch das patriarchaliſche Verhältnis, in welchem des Gutsherrn Familie nicht nur zu ihren Dienſtboten**), ſondern auch zu den in ihren gewerblichen Anlagen beſchäftigten Arbeitern ſtand. Im Sommer trieben ſich die Knaben während der Freiſtunden in Feld und Wald, während des Winters in den warmen, funkenſprühenden Hämmern umher, dort reitend und fahrend, hier beim Schmieden des Stahls

*) Möller, Chorographie von Schwelm 1789.

**) Über dieſes Verhältnis äußert Pfarrer Dr. Hülſemann in ſeiner 1818 geſchriebenen „Erinnerung an Joh. Caspar Harkort“: „Knechte und Mägde kehrten mit Rührung und warmem Danke aus dieſem Hauſe, worin keine Untugend geduldet wurde, worin die alte Zucht geblieben und die alte Sitte noch einheimiſch war.“

das „Schütt" ziehend oder sonstige kleine Handreichung leistend. Lieblingsaufenthalt in der guten Jahreszeit war der Platz unter den herrlichen Eichen, die, vier an der Zahl, in der Nähe des Hofes standen. Drei davon sind dem Alter und verheerenden Stürmen erlegen; die letzte, ein Baumriese ersten Ranges von 26 Fuß Umfang und gegen 100 Fuß Höhe, steht noch heute als lebendes Denkmal der Vergangenheit da und streckt mit jedem neuen Frühling die dichtbelaubte Krone majestätisch über alle Gebäude des Hofes empor. Grundeigentümer, die solche wertvolle Stämme Jahrhunderte hindurch zur Zierde ihres Besitztums unberührt lassen konnten, ohne das mordende Beil an sie zu legen, müssen stets ordentliche Haushalter und Männer in guter Vermögenslage gewesen sein.

In körperlichen Übungen waren die bei solchem Leben natürlich kerngesunden Harkorter Jungen nach dem Zeugnisse ihrer Zeitgenossen Meister, besonders der hochgewachsene starkknochige Fritz. Eigentliches Turnen im heutigen Sinn wurde damals nur in dem weit abgelegenen Salzmannschen Institute zu Schnepfenthal unter Gutsmuths Leitung gepflegt und gelangte erst nach den Befreiungskriegen zu allgemeinerer Anerkennung, der jedoch die Reaktion von 1819 bald ein Ende machte. Doch auch ohne geregelte Übungen verstand es die Westfälische Jugend zu allen Zeiten, ihre Glieder zu gebrauchen, und liebte es, im Wettkampf die Kräfte zu messen. Stiller Neid erfüllte freilich die jüngeren Brüder gegen den ältesten, Kaspar, den Zögling des Pfarrers von Elsey, weil dieser die ihnen nicht mehr gebotene Gelegenheit benutzt hatte, den vorzüglichen Fechtunterricht eines französischen Emigranten zu genießen. Westfalen, und insbesondere die Mark, wurde in der ersten Hälfte des letzten Dezenniums des vorigen Jahrhunderts von einer großen Anzahl ausgewanderter französischer Edelleute überschwemmt, als der Graf von Provence (später Ludwig XVIII.) mit seinem Bruder Artois (Karl X.) und dessen Söhnen, den Herzögen von Angouleme und Berry, im Dezember 1792 seinen Wohnsitz von Koblenz nach der stillen, damals nur 3000 Einwohner zählenden Märkischen Hauptstadt Hamm verlegte und dort bis zum August 1794 vergeblich auf die erhoffte Niederlage der republikanischen Heere wartete. Von der baldigen Wiederherstellung des Königtums und ihrer Rückberufung ins Vaterland fest überzeugt, lebten die Flüchtlinge zunächst auf altem großem Fuße fort, brauchten den bei der Auswanderung zusammengerafften Vorrat an Geld und Edelsteinen rasch auf und hielten eine längere Dauer der ungeheuren Umwälzung und der neuen Zustände für undenkbar. Als aber weder der 9. Thermidor, der Fall Robespierres,

noch der definitive Sturz der Schreckensherrschaft und die demselben folgenden royalistischen Aufstände die ersehnte Restauration im Gefolge hatten, vielmehr die Armeen der Republik siegreich vordrangen und Preußen zum Baseler Frieden veranlaßten, da trat blasse Not an die Flüchtlinge heran und zwang sie zu ungekannter, vorher nie geahnter Arbeit. Als Sprachlehrer, als Tanz- und Fechtmeister und Hausierer, wie in anderer ihnen gebotener Beschäftigung, suchten die überall mitleidig aufgenommenen Vertriebenen ihren Lebensunterhalt zu gewinnen. Auch auf Harkorten wurde ihnen dazu Gelegenheit geboten durch Erteilung französischer Sprachlektionen an die älteste Tochter und von Fechtunterricht an den Gutserben. Der Name des Fechtmeisters, der ein Mann von feinster Sitte gewesen sein soll, ist nicht erhalten; mutmaßlich war derselbe, wie bei den meisten seiner Schicksalsgenossen, fingiert. Als die Westfälischen Landwehren 1813 und 15 in Frankreich einrückten, fanden sie mehrere ihnen bekannte Emigranten, die während der Revolutionszeit unter fremdem Namen sich in der Mark kümmerlich ihr Brot verdienen mußten, zu ihrem Erstaunen als große Herren auf den stolzen Schlössern ihrer Väter wieder.

Zum ungetrübten Genusse der Jugendfreuden mag auch die Abwesenheit eines Hauslehrers oder sogenannten Präzeptors auf Harkorten nicht wenig beigetragen haben. Die Knaben erhielten sämtlich den ersten Unterricht in der dicht beim Gute gelegenen Volksschule am Quambusch. Der Gutsherr, welcher seine Söhne dieser Schule anvertraute, wird um so mehr für einen tüchtigen Lehrer an derselben gesorgt haben, als er selbst eifriger Schulfreund war und seine Vorfahren die Quambuscher Schule mit Legaten bedacht hatten. Solche persönliche Einwirkung erschien freilich notwendig, wenn man bei dem damaligen Mangel an tüchtigen Schullehrern eine geeignete Persönlichkeit finden wollte. Welche Folgen dieser Zustand nach sich zog, dafür bot das eine Viertelstunde von Harkorten entfernte ansehnliche Dorf Haspe ein gar trauriges Beispiel. Hier stand zu Anfang dieses Jahrhunderts ein aus Hamburg gebürtiger Lehrer an der Bauerschaftsschule im Amte, dessen Bewerbungsschreiben wörtlich wie folgt lautete:

„Weil ich gehöret habe, daß sie sind ihren Schulmeister Quit geworden, so Möchte ich erbeten haben um eine kleine Recomandacion Mit zu erkundigen, den weil ich ietzt under ohne Condicion stehe, den ich bin 2 Jahr in Ruhsum gestanden auf die Anderseite der Ruhr und weil ich Mich habe nicht Mit die Bauren Vor Completieren Können, so habe ich Meinen Demicion ge-

nommen Meine Lehre besteht sowohl in Französischen als auch Englischen Schwedischen und Deutschen sprachen, ich unterſetze Mich auf ein Jahr auf Verſuch, aber ich Möchte gern eine Baltige Antwort wen es Möglich iſt. Uebrigens Wünſche ich Ihnen und die Gantze geMeine beſtändige Geſundheit" u. ſ. w.

Trotzdem der vielgeleſene Weſtfäliſche Anzeiger dieſes abſchreckende Muſter eines Bewerbungsſchreibens veröffentlichte*), ließ man den Verfaſſer ruhig in ſeinem Schulamte. Zum Glück für die „geMeine" Haspe ging derſelbe zu Anfang des folgenden Jahres Schulden halber nächtlicherweile durch. „Wer weiß," fügt der Berichterſtatter des Anzeigers bei Meldung dieſer Flucht charakteriſtiſch hinzu, „wie lange der Menſch dort noch gehauſet hätte; denn niemand ſuchte ihn zu entfernen und die Stelle mit einem beſſeren Subjekte zu beſetzen." — Niemand, heißt es, ſuchte ihn zu entfernen; alſo war auch die Aufſichtsbehörde unthätig geblieben.

Vorfälle ſolcher Art, die nicht vereinzelt ſtanden, haben auf den Knaben, der ſie mit erlebte, ſicherlich tief eingewirkt und ihn beſtimmt, als Mann mit ganzer Kraft für gründliche Beſſerung des Volksſchulweſens zu wirken.

Trauriger noch als im eigentlichen Volksſchulweſen ſah es mit den höheren Schulen in der Mark aus. Zwar exiſtierte im Hellwege zu Hamm ein „Gymnasium illustre", in Soeſt und Dortmund „Archigymnaſien" — im ganzen Sauerlande aber ſüdlich der Ruhr nicht eine einzige höhere Schulanſtalt. Dieſer Mangel wurde von allen Familienvätern, die ihren meiſt zahlreichen Kindern eine beſſere Ausbildung zu geben gedachten, ſchwer empfunden; insbeſondere wenn ſie auf ihren Geſchäftsreiſen oder auf dem Wege zur Leipziger, Braunſchweiger und Frankfurter Meſſe hörten und ſahen, wie unendlich beſſer es in faſt allen nichtpreußiſchen Staaten damit beſchaffen war.**) Von der Regierung, die alle Landeseinkünfte für das Heer und die Verwaltung gebrauchte, konnte Abhilfe nicht erwartet werden. Darum beſchloſſen die beiden Harkorter Brüder, der jüngere voran, in Gemeinſchaft mit dem verdienten älteren Dahlenkamp, Pfarrer und Inſpektor der Hagener Prediger-Klaſſe, ſelbſt Hand ans Werk zu legen. Auf ihren Ruf und mit allſeitiger

*) Jahrgang 1805 Nr. 44.

**) Von Solz, einem kleinen Dorfe im Herzogtum Meiningen, konnte man um die Mitte des 18. Jahrhunderts auf eine Entfernung von 1 bis 6 Meilen ein halbes Dutzend guter Gymnaſien erreichen; ebenſo viele und darunter die beſten Univerſitäten in einem Umkreiſe von 15 bis 20 Meilen. Siehe Keßler: „Der alte Heim" S. 3.

thatkräftiger Unterstützung verlegte der durch große Tüchtigkeit bekannte Direktor Wiedemann seine zu Gummersbach (in der früher Kurbrandenburgischen, damals fürstlich Schwarzenbergischen Herrschaft Gimborn-Neustadt) errichtete sogenannte „Handelsschule" am 1. November 1799 nach Hagen. Der Lehrplan derselben umfaßte den „Unterricht in der deutschen, französischen, englischen, italienischen und lateinischen Sprache; in Religion, Erdbeschreibung, Geschichte, Naturgeschichte, Naturlehre, Logik, Rechnen, Mathematik, Handlungswissenschaft nebst einfacher und doppelter Buchhaltung; in Schönschreiben, Zeichnen, Musik, Tanzen und Fechten". Der rasche Erfolg des gemeinnützigen Unternehmens bewies, wie sehr dasselbe den Bedürfnissen des Handel und Gewerbe treibenden Publikums entsprach. Schon im März 1801 konnte der Inspektor Dahlenkamp im Westfälischen Anzeiger berichten, daß 60 bis 70 Jünglinge, von denen zwei Drittel Auswärtige seien, die Schule besuchten und an derselben durch sechs geschickte eifrige Lehrer unterrichtet würden. Sogar aus Dänemark, Norwegen, England und Holland hatten sich Zöglinge in dem damals so abgelegenen Hagen eingefunden. Als einen besonderen Vorzug des neuen Instituts — aber auch als eine der Anfeindung ausgesetzte Neuerung — hebt der würdige Prediger hervor, daß man dort nach dem Vorbilde des berühmten Pädagogiums in Halle alle Vierteljahr gedruckt bekannt machen wolle: „nicht nur welche Schüler da sind, was sie lernen, in welcher Klasse der Sprache und Wissenschaften sie sind; sondern auch ob sie fleißig sind und sich gut aufführen." Dahlenkamp empfiehlt die neue Einrichtung warm, befürchtet jedoch, „daß zärtliche Eltern, von diesem Schmerze überwältigt (nämlich zu hören, daß der Junge faul gewesen!) ihr Kind einer so weisen aber strengen Zensur entziehen und es solchen Männern zuschicken werden, die von ihrem Lieblinge nichts als Liebes und Gutes sagen." Er bittet die Leser des Anzeigers deshalb, das Urteil des Publikums darüber zu „behorchen" und dem Schulvorstande ihren Rat, ob die neue Einrichtung fortzusetzen oder zu unterbrechen sei, mitzuteilen.

Da die sechs Harkorter Knaben, denen als siebenter ihr Vetter, der einzige Sohn des Gründers der Schule, Peter Harkort, hinzutrat, sich nach der Väter Vorbild sämtlich der „Handlung" widmen wollten, so wurden dieselben, nach Entlassung aus der Quambuscher Volksschule, alle nacheinander dem Direktor Wiedemann anvertraut. An jedem Morgen, mochte es regnen oder schneien, zog die fröhliche, je nach den Altersjahrgängen bald kleinere, bald größere Schar die Enneperstraße hinunter nach dem $1\frac{1}{4}$ Stunde entfernten

Hagen zur Schule und machte den nämlichen Weg abends wieder zurück. Keiner von ihnen trug Hut oder Mütze, noch viel weniger Regenschirm oder Überzieher. Schlimmsten Falles wurde bei starkem Regen oder strenger Kälte nach Landessitte ein blauer Leinwandkittel über das Wams gezogen oder ein wollenes Tuch um Hals und Ohren gebunden. Solche konsequente, von frühester Kindheit an durchgeführte Abhärtung machte die Buben wetterfest und verschaffte ihnen die eiserne Gesundheit, deren sie sich mehr oder minder alle bis an ihren Tod erfreuten. Bis auf einen, der als junger Mann in Amerika einem klimatischen Fieber erlag, erreichten die „Harkorter Jungens", wie der Volksmund sie bezeichnete, die höchsten Lebensgrenzen zwischen 70 und 90 Jahren. Dieser eine, Eduard, war der von Natur weitaus talentvollste unter den begabten Knaben. „Der schwarze Prinz" — so wurde er wegen seiner dunkeln Hautfarbe und stolzen Haltung genannt — besaß Talent für alles, was ihn interessierte. In Sprachen, Mathematik, Musik und freien Künsten war er Meister; leider vereinigte sich keine Beständigkeit mit diesen außergewöhnlichen Fähigkeiten. Er sowohl wie seine sämtlichen Brüder erwarben auf dem Wiedemannschen Institute, in welchem trotz vorwiegend realistischer Richtung das Studium alter und neuer Klassiker mit Liebe gepflegt wurde, eine tüchtige Bildung und gedachten bis in ihr hohes Alter hinein ihrer Lehrer mit tiefer Dankbarkeit.

Unter den interessanten Erinnerungen aus Friedrichs Jugendzeit nahm die Geschichte des furchtbaren Räuberwesens in Westfalen zu Ende des vorigen Jahrhunderts eine hervorragende Stelle ein. Dem jetzigen Geschlechte ist die Kenntnis jener Episode fast vollständig entrückt. Um so mehr wird es gestattet sein, von jenen entsetzlichen Zuständen und den zu ihrer endlichen Vernichtung angewendeten Maßnahmen hier eine kurze Darstellung einzuschalten.

Am 17. Mai 1798 ging einem Lauffeuer gleich die Kunde durch das sonst so friedliche Thal der Ruhr, daß in der vorhergehenden Nacht in der Nähe von Witten bei dem Gutsbesitzer Oberste-Frielinghaus, einem der angesehensten und wohlhabendsten Männer der Gegend, ein furchtbarer Raub verübt worden sei. Eine Anzahl Bewaffneter hatte die mit Eisen beschlagenen Fenster des Hauses unter Anwendung größter Gewalt erbrochen, gleichzeitig die feste Eingangsthür vermittelst eines starken Baumstammes eingerannt, den Besitzer sowie alle anderen Hausbewohner, von denen

sich nur wenige flüchten konnten, unter schweren Mißhandlungen geknebelt und an Händen und Füßen gebunden, sämtliche Gelasse, in denen man Geld oder sonstige wertvolle Gegenstände vermutete, geplündert und sich dann mit einer Beute von 5 bis 6000 Thlr. entfernt.*) Der Versuch, den Überfallenen von einem angrenzenden Gute aus zu Hilfe zu kommen, war von den Räubern mit gewaffneter Hand zurückgeschlagen worden. Als endlich aus dem alarmierten Nachbardorfe Bommern mehrere hundert Mann zusammenströmten, um der Bande nachzueilen, hatte diese sich bereits mit ihrem Raube auf das jenseitige Ufer der Ruhr zurückgezogen und die zur Überfahrt dienenden Schiffe den Strom hinabtreiben lassen. Alle Bemühungen, die Herkunft oder den späteren Verbleib der Räuber zu ermitteln, blieben vergebens. Polizei im heutigen Sinne existierte nicht und außerdem lagen die nächsten Landesgrenzen, das Bergische, Essendische, Dortmunder und Kölnische Gebiet, nur wenige Meilen vom Thatorte entfernt. War aber erst irgend eine dieser Grenzen überschritten, so konnte erfahrungsmäßig von Verfolgung und Entdeckung der Bande keine Rede mehr sein.

Die Aufregung in der ganzen Gegend war gewaltig. Wenn ein so wohlverwahrtes, von vielen Personen bewohntes Haus, wie auf Frielinghausen, mitten in einer hellen Frühlingsnacht von wohlbewaffneten, einem militärischen Kommando gehorchenden Räubern mit stürmender Hand genommen, die Einwohner zu Boden geschlagen und beraubt werden konnten: wer war dann noch seines Eigentums und Lebens sicher? Die Besorgnis wuchs, sobald man sich daran erinnerte, daß die nicht von einem Stadtbering umschlossenen Häuser nach Westfälischer Landesart alle isoliert lagen und daß bei den damaligen Revolutions- und Kriegsläuften jedermann sein bares Vermögen — Sparkassen und Banken kannte man noch nicht — unter dem eigenen Dache aufbewahren mußte. Welcher angegriffene Besitzer durfte noch wagen, der mit Übermacht anrückenden Bande Widerstand zu leisten, wenn er sich sicherem qualvollem Tode aussetzte? wer von seinen Nachbarn ihm zu Hilfe eilen und die eigene Familie unbeschützt zurücklassen?

Die Räuber ließen weder der Bevölkerung noch der Regierung Zeit, sich zu besinnen oder Schutzmaßregeln zu treffen. Nur acht Tage

*) Vergl. „Skizzen und Bemerkungen über das Mangelhafte der Verfahrungsart bei Kriminalunterſuchungen und der Kriminalverfassung überhaupt, nebst Beispielen und Erfahrungen. Gesammelt bei Gelegenheit der zu Bochum niedergesetzten Immediat-Sicherheits-Kommission von dem Inquirenten derselben, Assessor von Krause". Osnabrück 1804.

ſpäter brachen ſie unter Verübung gleicher Gewaltthätigkeiten wie auf Frielinghauſen bei einem Müller zu Ober-Maſſen, am 19. Juni 1798 bei einem Wegegeldempfänger in der Nähe von Dortmund ein, wobei der Angegriffene wie auch deſſen Frau durch Meſſerſtiche verwundet wurden; in der folgenden Nacht bei dem Bauern Holthaus in Werne, deſſen Sohn unter den Dolchen der Eingedrungenen auf der Stelle tot blieb. Während des Hochſommers herrſchte einige Monate hindurch vergleichsweiſe Ruhe; im Herbſte aber begannen die Greuel von neuem mit Einbrüchen in den Dörfern Großen-Holthauſen, Oberwieſche, Deininghauſen, Weitmar, Wandhofen und an zahlreichen anderen Orten. Die Angegriffenen waren durch das Bekanntwerden der den früher Beraubten zugefügten Mißhandlungen wie durch die übertriebenen Gerüchte über die Zahl der Angreifer bereits ſo eingeſchüchtert, daß nur noch in ſeltenen Fällen Widerſtand verſucht wurde. Das bei der ſtark bevölkerten Enneperſtraße belegene Harkorten, wie überhaupt das Sauerland mit ſeinen wegeloſen Gebirgen und Schluchten, blieb von den Räubern verſchont; deſto mehr wurde der den Grenzen näher liegende und reichere Hellweg heimgeſucht. Von ſeiten der Landesregierung, welche noch im Herbſte 1797 nach damaligem Gebrauche eine Liſte der berüchtigtſten, zwiſchen Rhein und Weſer herumſtreichenden Diebe und Räuber hatte drucken laſſen, geſchah, ſoviel bekannt geworden, zur thatſächlichen Unterdrückung der himmelſchreienden Greuel nichts Einſchneidendes. Es blieb der damals im erſten Werde-Stadium befindlichen Preſſe Weſtfalens vorbehalten, durch ihre Initiative die Aufmerkſamkeit des Monarchen auf den unerträglich gewordenen Zuſtand der öffentlichen Sicherheit in der Grafſchaft Mark hinzulenken.

Während des Jahres 1799 war ungeſtraft weiter geraubt und geplündert worden. Am 24. November jenes Jahres fiel der hochgeachtete Pfarrer Klemp in Eiklinghofen bei Dortmund der Bande zum Opfer. Der Weſtfäliſche Anzeiger Nr. 95 giebt in kurzen Worten über dieſen Raub ein klares Bild, das für alle Fälle ſolcher Art gewiſſermaßen typiſch und deshalb hier eingeſchaltet zu werden geeignet iſt.

„Eine Bande Räuber überfiel ſein Haus. Erwacht vom Getöſe ſprang er (Klemp) ans Fenſter und wurde da, als er Feuer rief, mit einem Schuſſe empfangen, welcher ihn zum Glücke nicht verletzte. Die Thüren wurden hierauf eingerannt, er nebſt Frau und Kindern aufs Blut gebunden und durch Stockſchläge grauſam mißhandelt, um das Bekenntnis von ihm zu erzwingen,

wo er sein Geld habe. Er wies alles an, gab die Schlüssel her, dennoch wurde alles kurz gehauen und vielleicht wäre er bis auf den Tod geschlagen, wenn nicht ein großer Lärm im Dorfe die Räuber zum Abzuge bewogen hätte. Die Bande hatte unter sich militärisches Kommando und ihre Parole. Sie waren bewaffnet, schossen auf mehrere, welche sich annäherten; sie hatten die Schlösser der Kirchenthüren verschmieret; fast alle Häuser des Dorfes waren besetzt, und die Bauern im Dorfe durften es nicht wagen, zur Hilfe sich zu nähern. Ruhig zogen sie (die Räuber) ab, als ob sie auf ehrlichem Wege gewesen wären. Ebenso wurde neulich in der Gegend von Hattingen bei klingendem Spiel ein Haus ausgeplündert." —

Dieser durch ihre Kürze so beredten Darstellung des Sachverhalts folgte die Klage: „Und dieses geschieht in den Preußischen Staaten, deren Bewohner das Ausland, und mit Recht, zu den Glücklichsten rechnet! Wahrlich, das muß jeden Preußischen Patrioten schmerzen, und alle Einwohner der Grafschaft Mark fordern laut die Behörden auf, ihnen Sicherheit und Schutz gegen Raub und Mißhandlung zu verschaffen." Den Grund der Unsicherheit suchte der Berichterstatter in der Duldung so vielen Gesindels, in der Nachsicht und Gelindigkeit gegen bekannte Diebe und Räuber, in der sorglosen Verwahrung der gefänglich Eingesetzten. Würden auch, hieß es, Diebe und Räuber nach Altena (ins Landesgefängnis) gebracht, so kämen sie doch bald „in allen Ehren" zurück und trieben ihr altes Handwerk toller wie zuvor.

Der nur zu berechtigte Schmerzensschrei der gequälten Bevölkerung fand im ganzen Lande lauten Widerhall. Der Pfarrer von Elsey, ein Hauptmitarbeiter des Westfälischen Anzeigers, sandte das die Beschreibung des Eiklinghofer Raubes enthaltende Blatt direkt an Friedrich Wilhelm III. mit der inständigen Bitte, „der Grafschaft Mark den Frieden wiederzugeben und mit Nachdruck den Ruhestörern Einhalt thun zu lassen". Schon im Januar 1800 gelangte die Antwort herab: „die Diebe sollten künftig gleich nach der Festung Wesel gebracht, nach dem strengsten Gehalt der Strafgesetze mit ihnen verfahren, auch dem Kriminalrichter in Wesel soviel Referendarien beigeordnet werden, als er verlange". Die wohlgemeinten Anordnungen des Königs wurden, wie immer in der Mark, dankbarlichst vernommen, wenn auch jeder zu erkennen vermochte, wie wenig mit denselben auszurichten sei. Denn wie in Nürnberg, so henkte man auch in Wesel keinen, den man nicht hatte. Nicht um die Vermehrung von inquirierenden Referendarien, sondern

um das Einfangen der Räuber, um die kräftige, rücksichtslose Anwendung der dazu notwendigen Maßnahmen handelte es sich. Aber gerade an dieser energischen Handhabung fehlte es; ja, man stritt noch in Verwaltungs- und richterlichen Kreisen mit echt deutscher Gründlichkeit und juristischer Spitzfindigkeit darüber, ob die Lage der Dinge auch wohl schon zu außerordentlichen Schritten berechtige. Möglicherweise mag auch büreaukratischer Ärger über das „unbefugte Dreinreden" der Presse, wie er noch heute nach hundert Jahren bei ähnlichen Fällen in gleicher Schärfe laut wird, sowie über des „Ausländers" Möller*) unverzagtes Herantreten an den Preußischen Königsthron, die regierenden Kreise verstimmt haben. Glücklicherweise war der Pfarrer von Elsey nicht der Mann dazu, sich durch üble Laune der Behörden von Durchführung einer guten Sache zurückschrecken zu lassen. Ein direkter Angriff verbot sich durch die Zensur, indes wußte sich Möller vortrefflich zu helfen. In einem damals vielbewunderten Artikel, „die Raubtiere und deren Vertilgung" überschrieben, fingierte er, die Wölfe seien neuerdings wieder in Westfalen aufgetreten und verwüsteten das Land. Anstatt nun, wie vor Alters, sofort zu Flinten und Spießen zu greifen und die Untiere einfach totzuschlagen, stritten sich die berufenen Jäger darüber, ob die Wölfe, als zum Hundegeschlecht gehörig, nicht vielleicht durch freundliche Behandlung und zeitweiliges, doch nicht zu langes Einsperren wieder gezähmt und an vegetabilische Kost gewöhnt werden könnten. Während dieser wohlwollenden Diskussionen raubten natürlich die Wölfe ruhig weiter und rissen Menschen und Vieh auf offener Straße nieder u. s. w.

Die durch ihre unverdächtige Überschrift dem Auge des Zensors entgangene Verhöhnung des kraftlosen Verhaltens der Behörden erregte gewaltiges Aufsehen, da sie dem erstaunten Leser bewies, auf welche unangreifbare Weise durch eine geschickte Feder der allmächtigen Regierung verblümt die Wahrheit gesagt werden könne. Auch dieser Aufsatz gelangte in die Hände des Königs, auf den er tiefen Eindruck machte. Dessenungeachtet und trotz des im Juli 1800 erfolgten Ausbruchs von 15 der gefährlichsten — bei einem mißglückten Angriff auf das Dorf Daaden gefangen genommenen — Räuber aus der Festung Wesel, schritt man erst im Herbst des folgenden Jahres zu wirklich durchgreifenden Maßregeln. Vermittelst Kabinettsresolution vom 9. November 1801 verordnete Friedrich Wilhelm III.

*) Das adlige Fräuleinstift und Dorf Elsey gehörten zur Grafschaft Limburg.

„Allerhöchſt Selbſt“ die ſofortige Einrichtung einer „Clev-Märkiſchen Immediat-Sicherheits-Kommiſſion“, welche unter dem Präſidium des Generalmajors von l'Eſtocq aus je einem Mitgliede der Cleviſchen Regierung und der Hammſchen Kammer beſtehen, in Bochum ihren Sitz nehmen, die Polizei und die Kriminaljuſtiz handhaben und befugt ſein ſolle, „alle ihr zur Herſtellung und Erhaltung der öffentlichen Sicherheit zweckmäßig ſcheinenden Maßregeln zu ergreifen“. In ihrem Gefolge erſchien eine Kompanie Anspach-Bayreuthiſcher Jäger*), um unter l'Eſtocqs Befehl die gründliche Verfolgung und Gefangennahme des Diebsgeſindels zu bewirken. Die mit großer Umſicht geführte Unterſuchung, bei welcher die Immediat-Kommiſſion von der ihr erteilten quasi-diktatoriſchen Gewalt ſachgemäßeſten Gebrauch machte, ergab, daß faſt alle gewaltſamen Räubereien innerhalb der Grafſchaft Mark durch eine und dieſelbe Bande verübt worden waren, an deren Spitze die Brüder Johann und Karl Stiel und Heinrich Plettenberg ſtanden. Jedem einzelnen dieſer Chefs wurden durchſchnittlich über fünzig Diebſtähle nachgewieſen. Das Bochumer Spezialgericht arbeitete muſterhaft kräftig und raſch. Schon im Juli 1803 konnte von Berlin aus zur allgemeinen Beruhigung bekannt gemacht werden, es ſeien auf Grund eines mit Rußland geſchloſſenen Staatsvertrags neuerdings 58 „incorrigible“ Verbrecher in die Sibiriſchen Bergwerke transportiert worden.**) Das Land durfte endlich wieder aufatmen. Als die Kommiſſion im Sommer 1803 aufgelöſt und der regelmäßige Gang von Juſtiz und Polizei wieder hergeſtellt wurde, folgte ihr der wohlverdiente laute Dank der geſamten Bevölkerung. Sie hatte binnen ihrer nur $1^1/_2$jährigen Thätigkeit 286 der Plettenberg-Stielſchen Bande zur Laſt fallende, meiſt gewaltſame Diebſtähle, Räubereien und Raubmorde ermittelt und 149 Teilnehmer an denſelben abgeurteilt.***)

Das Bild dieſes traurigen, Jahre hindurch andauernden Zuſtandes thatſächlicher Anarchie in einem ſonſt wohlgeordneten Staate würde unvollſtändig ſein ohne einen kurzen Hinweis auf die Thatſache, daß es um die öffentliche Sicherheit in den benachbarten Staaten noch ſchlimmer ſtand. Die Stiel und Plettenberg, ſo arg ſie auch in der Mark gehauſt hatten, erſcheinen nur als kleine Lichter gegenüber den Räuberfürſten Picard, Jan und Franz Bosbeck, dem „Major“ Rouchet, Mathias Weber genannt Fetzer, Damian Heſſel,

*) Die fränkiſchen Herzogtümer gehörten damals noch zu Preußen.

**) Friedrich Harkort ſah als Knabe einen Transport ſolcher in Ketten geſchmiedeter Verurteilter auf ihrem Wege nach Sibirien.

***) v. Krauſe a. a. O. S. 104.

dem „Student“ u. a., welche an der Spitze zahlreicher Banden in den Schreckensjahren 1795 bis 1803 Nordfrankreich, die Niederlande, den ganzen Mittel- und Niederrhein auf beiden Ufern verheerten. Auch Johann Bückler, als Führer einer Räuberbande im Nahethale unter dem Namen „Schinderhannes“ berühmt geworden, steht weit unter jenen großen Banditen. Ein junger hübscher Kerl, welcher den Weibern den Hof und sich durch Plünderung reicher Juden populär machte, daneben allerlei lose Streiche trieb, wußte er sich mit einem Nimbus zu umgeben, der bis heute andauert. Im Vergleiche zur verbrecherischen Thatkraft, wilden Energie und geistigen Kapazität seiner genannten Verbrechensgenossen tritt Schinderhannes weit in den Hintergrund. Die Brabantische, Holländische, die Mersener, Crefelder, Neuwieder und Essener Banden, an deren Spitze jene Räuberhauptleute standen, konnten bei der Schwäche des Direktoriums der an den Rhein grenzenden französischen Republik und der Jämmerlichkeit der deutschen kleinstaatlichen Regierungen ihr Unwesen jahrelang ungestört treiben. Die Zerrissenheit der zahlreichen Territorien und die allgemeine politische Lage machten eine einheitliche Aktion gegen sie unmöglich. Doch endlich schlug auch ihre Stunde, als nach dem 18. Brumaire der Erste Konsul die Zügel der Republik in seine eiserne Faust nahm. Er bestellte, unter Beseitigung der für die Aburteilung von Räubern häufig unzuverlässigen Geschwornen, sogenannte Spezialgerichte, die aus ernannten Militär- und Zivil-Mitgliedern bestanden, ohne Appellation entschieden und ihre Urteile sofort vollziehen ließen. An Stelle eines für nicht hinreichend energisch befundenen Beamten ernannte Bonaparte im Dezember 1801, also zur nämlichen Zeit, als auf seiten Preußens die Bochumer Immediat-Kommission ins Leben trat, das Mitglied des ehemaligen Robespierreschen Wohlfahrts-Ausschusses, Jean Bon St. André, zum General-Kommissär für die vier neuen Departements auf dem linken Rheinufer*). Der an Blut gewöhnte Konventsmann ergriff seine Aufgabe, wie sie ergriffen werden mußte. Vorzüglich unterstützt durch den öffentlichen Ankläger im Roer-Departement, Keil, stellte er alle gefangenen Räuber sofort vor die Spezialgerichte und ließ deren Urteile binnen 24 Stunden erbarmungslos vollstrecken. Auf den Rat seines genannten ausgezeichneten Gehilfen setzte er sich im Jahre 1802 durch letzteren selbst mit dem General l'Estocq in Bochum, wie auch mit den zu gemeinsamem

*) „Aktenmäßige Geschichte der Räuberbanden an den beiden Ufern des Rheins. Von einem Mitgliede des Bezirksgerichts in Köln.“ — Köln, bei Keil, im Jahre XII.

Handeln gegen die Räuber vereinigten kleinstaatlichen Regierungen am Main und an der Lahn, in Verbindung und regelte die gegenseitige Auslieferung der diesseits oder jenseits des Rheins gemachten Gefangenen. Das schlug durch. Einer der Banditen nach dem andern fiel in die Hände der jetzt endlich nach einem einheitlichen Plane konzentrisch vorgehenden Behörden und fand am Galgen, unter der Guillotine, auf der Galeere, oder in den Bergwerken Sibiriens sein wohlverdientes Ende. Mit der am 21. November 1803 in Mainz erfolgten Hinrichtung von Schinderhannes und 19 seiner Genossen schloß das schauerliche Drama.

Durch sein entschiedenes Auftreten für die Unterdrückung des Räuberwesens hatte der Westfälische Anzeiger in kurzer Zeit ungemeines Ansehen erlangt — er war nach einem heute in Sachen der Presse vielgebrauchten Ausdrucke „eine Macht" geworden. Dieser Umstand sowie die Thatsache, daß Johann Caspar und Peter Harkort, Vater und Oheim Friedrichs, zu den angesehenen Mitarbeitern des für die Kulturgeschichte Westfalens so bedeutungsvollen Blattes gehörten, macht es erforderlich, an dieser Stelle einige Nachrichten über dasselbe zu geben.*)

Zur Zeit der Regierung Friedrich Wilhelm II. bestanden in der Grafschaft Mark zwar drei Druckereien, doch nirgendwo eine öffentliche Bibliothek, Buchhandlung oder Zeitung. Für die Verbreitung der notwendigen öffentlichen Anzeigen, die in der Hauptsache durch sonntägliche Verkündigung von den Kanzeln erfolgte, sorgte in dürftigster Weise der 1727 auf Staatskosten gegründete, seit 1791 zweimal wöchentlich erscheinende „Duisburger Intelligenzzettel". Diesem Blatte war zu Gunsten des Großen Militär-Waisenhauses in Potsdam von Friedrich Wilhelm I. eine Art Monopol verliehen durch die Bestimmung, daß gewisse Bevölkerungsklassen es zu hohem Preise halten und ihm die meisten Bekanntmachungen zugewendet werden mußten. Auch wenn das öffentliche Leben mehr entwickelt gewesen wäre als dies der Fall, so erschien doch gegenüber dieser Bevorrechtigung des Intelligenzzettels die Konkurrenz eines andern auf Preußischem Boden erscheinenden Zeitungsblattes unmöglich. Der in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts in Cleve herausgegebene „Courrier du Bas-Rhin" wurde in französischer Sprache gedruckt und blieb also nur

*) Vergl. „Die Anfänge der Tagespresse in Dortmund" von Dr. H. Becker; in der „Westfälischen Zeitung" ohne Namensnennung erschienen.

den wenigen zugänglich, die dieſes Idiom beherrſchten. Weit mehr Erfolg hatte die ſeit 1710 herausgegebene „Lippſtädtiſche Zeitung", welche — da Lippſtadt ſich im gemeinſamen Beſitze von Preußen und Lippe-Detmold befand — dem Preußiſchen Inſeratenzwange nicht unterworfen werden konnte. Des gleichen Vorzuges erfreute ſich Dortmund, das dem Innern der Grafſchaft Mark näher und inſofern günſtiger lag, als das entferntere Lippſtadt. Der freien Reichsſtadt, die nur eine Neben-Expedition des Poſtamts in Lünen beſaß, fehlte dagegen wieder direkte Verbindung mit der über Lippſtadt gehenden Berlin-Clever Hauptpoſt. Dennoch verſuchte man es hier zu Anfang der 80er Jahre mit der Herausgabe eines zweimal wöchentlich erſcheinenden Blattes unter dem ſtolzen Titel „Dortmundiſche vermiſchte Zeitung. Von Kriegs- und Staatsſachen". Der Plan mißlang vollſtändig; das Blatt ſchlummerte nach zwei Jahren bereits wieder ein und es verging mehr als ein Jahrzehnt, ehe der Verſuch, diesmal von einem bedeutenden Manne und mit vergleichsweiſe großem Erfolge, erneuert wurde.

Arnold Mallinkrodt, einem alten Dortmunder Patrizier-Geſchlechte 1767 entſproſſen, hatte durch ſeltene Begabung ſchon in früher Jugend von ſich reden gemacht. Mit 20 Jahren Doktor der Rechte, war er in noch ganz jugendlichem Alter in den regierenden Rat gewählt worden, um hier die vielen und argen Mißſtände ſeiner Vaterſtadt (vergl. Kapitel II) beſeitigen zu helfen. Dazu erſchienen ihm Öffentlichkeit und allgemein verbreitete Kenntnis des eigenen ſtädtiſchen und ſtaatlichen Rechtes die beſten Heilmittel. Behufs Anwendung derſelben ſchrieb er 1792 einen „Verſuch über die Verfaſſung der Kaiſerlichen und des heiligen römiſchen Reichs freien Stadt Dortmund" und gab von 1796 an die Vierteljahrsſchrift „Magazin von und für Dortmund" (ſpäter „Magazin für Weſtfalen") heraus. Beide Schriften lenkten in weiteren Kreiſen Weſtfalens die Aufmerkſamkeit auf den talentvollen und energiſchen jungen Ratsherrn und ermutigten dieſen, zur Ausführung ſeines größern Planes, der Herausgabe einer politiſchen Zeitung, zu ſchreiten, ſowie eine Buchhandlung*) und eigene Druckerei zu etablieren. Am 1. Juli 1798 erſchien der „Weſtfäliſche Anzeiger" zum erſtenmale als Wochenblatt. Er ſollte dem Programme gemäß eine gedrängte Überſicht

*) An dieſer Buchhandlung war ein Verwandter Mallinkrodts, Friedrich Arnold Brockhaus, geboren zu Dortmund am 4. Mai 1772, mitbeteiligt. Die beiden Socien trennten ſich indeſſen bald, worauf Brockhaus nach Amſterdam und demnächſt nach Leipzig verzog, um hier Begründer der weltberühmten Firma F. A. Brockhaus zu werden.

der wichtigen politischen Vorfälle, für welche seit der französischen Revolution allgemeines Interesse erwacht war, bringen und daneben provinziale und lokale Nachrichten über öffentliche Moral, Justizpflege, Polizei, Erziehung, Landwirtschaft, Handel, Industrie, Statistik ꝛc. sowie private Bekanntmachungen aller Art enthalten. Der politische Teil wurde mit Sorgfalt bearbeitet und streng objektiv gehalten. Das lehrten schon Zeit und Umstände, denn der Dortmunder Rat war trotz seiner Souveränität genötigt, vor allem den mächtigen Nachbar Preußen sorgfältig zu schonen, und hatte demgemäß schon durch besondere Verordnung von 1772 „das Räsonnieren über gekrönte Häupter" streng verpönt. Mit Ende 1800 ließ die Redaktion alle politischen Nachrichten ohne Angabe von Gründen fortfallen. Dafür nahm der lokale Teil des Anzeigers an Bedeutung zu; um so mehr, als die im Preußischen und Bergischen erscheinenden Preßorgane sich hüteten, aus der näheren Umgebung eine irgendwie bedenkliche Nachricht aufzunehmen. Jeder Leser las zwar — wie noch heute! — mit Vergnügen die Kritik seines Nachbars oder seiner Nachbarstadt im Anzeiger, aber wehe dem Redakteur, wenn man sich selbst und sein eigenes Verhalten in öffentlichen Angelegenheiten darin besprochen fand.

Trotz solcher unvermeidlichen Verdrießlichkeiten ging Mallinkrodt seinen Weg zielbewußt weiter. Was im großen des berühmten Göttinger Professors Schlözer „Staatsanzeigen" damals für ganz Deutschland waren, das sollte sein Anzeiger für Westfalen werden. Die leise Warnung kleinstaatlicher Minister: Sereniſſime, es kommt in den Schlözer! hielt in jener Zeit der Fürsten-Willkür gar manchen Duodez-Tyrannen von der Ausführung böser Sachen zurück. Zu ähnlichem Ansehen, in bürgerlichen Kreisen wie bei Beamten, gelangte auch Mallinkrodts neue Zeitung. Schon zum ersten Jahrestage seines Erscheinens (Nr. 52 vom 2. Juli 1799) konnte ein Reisender berichten, er habe, als man jüngst bei einer seiner Fahrten über die Enneperstraße während der Predigt in einer „Fuselkapelle" sehr laut geworden, von einem Beteiligten die Worte vernommen: Lärmt doch nicht so — wir kommen sonst in den Anzeiger! Wenn ein junges Blatt sich im Verlaufe nur eines Jahres ein solch großes Ansehen selbst in den unteren Volksklassen erworben hatte, so befand es sich gewiß auf richtigem Wege. Es war Mallinkrodt gelungen, die besten Köpfe des Landes zwischen Weser und Rhein, bis nach Ostfriesland hinauf, darunter viele Geistliche, zu Mitarbeitern an seinem Unternehmen zu gewinnen. Aus der großen Zahl derselben sind als die hervorragendsten der Pfarrer und Generalsuperintendent

Baedeker in Dahl, Landrat von Hövel auf Herbeck, Dr. med. Kortüm, Verfaſſer der Jobſiade, in Bochum, Dr. Bährens, Prediger und Arzt zu Schwerte, Aſchenberg, Pfarrer in Cronenberg, ſpäter in Hagen, Konrektor Holthaus in Schwelm, ebendaſelbſt der bereits erwähnte Pfarrer Müller, Aſtronom und Mitglied der Berliner Akademie der Wiſſenſchaften, der Kurkölniſche Geheime Rat Arndts in Arnsberg, Paſtor Beurhaus und Profeſſor Kuithan in Dortmund, Pfarrer (ſpäterer Oberhofprediger) Ehrenberg in Iſerlohn, Schulinſpektor Natorp in Eſſen*), Geheimer Rat Wiarda in Aurich, Profeſſor Jung genannt Stilling in Marburg, Lehrer Wilberg zu Overdyk, ſpäter in Elberfeld, Wegebaumeiſter Weſermann in Hoerde, Kaufmann Jakob Platzhof in Elberfeld, der um die Geſchichte Weſtfalens hochverdiente Minoriten-Mönch Nikolaus Kindlinger, damals Archivar in Eſſen, der unermüdlich thätige Kriegsrat Eversmann in Hagen, Paſtor Rauſchenbuſch in Cronenberg, vor allen aber der jüngere Möller zu Elſey zu nennen. Der letztgenannte, welcher ſchon an dem früher erwähnten „Magazin für Weſtfalen“ in erſter Reihe mitgearbeitet hatte, war es auch, welcher ſeine beiden Vettern Caspar und Peter auf Harkorten, ſowie den vielverſprechenden jungen Mathematiker und Aſtronomen Joh. Friedrich Benzenberg, eines Predigers Sohn von Schöller bei Elberfeld, zur Mitarbeiterſchaft am Mallinkrodtſchen Anzeiger veranlaßte. Um die Axendrehung der Erde zu beweiſen, hatte Benzenberg eine Reihe von Fallverſuchen mit Metallkugeln, die er am Michaelisturm in Hamburg begonnen, in den Jahren 1803 und 1804 im Schachte „Zur alten Roßkunſt“ auf der Zeche Trappe am Schlebuſch fortgeſetzt und war während der Dauer derſelben Gaſt des Harkortſchen Hauſes geweſen und Freund der Familie geworden.**) Johann Caspar Harkort, welcher als eifriger Landwirt mit dem berühmten Thaer, derzeit noch, vor ſeiner Berufung in preußiſche Dienſte, Leibarzt in Hannover, regen Briefwechſel unterhielt, ſchrieb im Sinne dieſes großen Reformers Artikel über Land- und Forſtwirtſchaft, Feuer- und Hagelverſicherung für den Anzeiger, während ſein jüngerer Bruder Fragen des Handels und der Induſtrie behandelte und die ſchweren Schäden offen legte, welche das damalige Werbe- und Rekrutierungsweſen (vergl. Kap. II) den demſelben unterworfenen Landesteilen verurſachte.

*) Später Ober-Konſiſtorialrat in Potsdam und Münſter.

**) „Verſuche über das Geſetz des Falles, über den Widerſtand der Luft und über die Umdrehung der Erde, nebſt der Geſchichte aller früheren Verſuche von Galiläi bis auf Guglielmini.“ Von Joh. Friedr. Benzenberg. — Dortmund, bei Gebr. Mallinkrodt. 1804. VIII. Abſchnitt. S. 403—432.

Bei solch kräftiger und freudiger gemeinsamer Arbeit der besten denkenden und schaffenden Männer der Provinz erhob sich der Anzeiger zu immermehr steigender Bedeutung, auch außerhalb Westfalens. Er erreichte den Höhepunkt seines Ansehens, als in einem Streite mit den Preußischen Behörden der König Friedrich Wilhelm III. selbst sich auf seine Seite stellte. Der Anlaß dazu war ein geringfügiger. In Nr. 96 vom 2. Dezember 1803 hatte ein Reisender in ruhiger Weise darüber Beschwerde erhoben, daß die beim Eisgange des letzten Winters teilweise zerstörte Ruhrbrücke bei Schwerte noch nicht wieder hergestellt und der damalige Zustand derselben gemeingefährlich sei. „Soll denn die Herstellung," fragte der Einsender (welcher selbst beinahe von der Brücke herabgestürzt war), „erst auf Unglücksfälle warten? Und haben die, welche noch fortwährend die Brückengelder ziehen, nicht für die ordentliche Herstellung zu sorgen?" Diese so berechtigte Anfrage hatte in der Hammschen Kammer, die schon von früherher dem Anzeiger gram war, böses Blut gemacht und wahrscheinlich zu scharfen Reklamationen bei der Regierung zu Dortmund Anlaß gegeben. Einzelheiten nach dieser Richtung hin sind nicht bekannt geworden, wohl aber, daß Mallinkrodt — welcher sich des großen Erfolges des Möllerschen Artikels über die Räuber bei Friedrich Wilhelm III. erinnert haben wird — sich unmittelbar unter Darlegung des Falles an den König von Preußen wendete.

Dieser erteilte die nachstehende berühmte Antwort:

„— — Auf Ihre Eingabe vom 28. v. Mts. habe ich den abschriftlich anliegenden Befehl an den Staatsminister von Angern erlassen, wodurch ich hoffe, daß Sie, als Redakteur des Westfälischen Anzeigers, bei einer bescheidenen Publicität gegen jede Anmaßung für die Zukunft werden sichergestellt sein. Ich verbleibe Ihr gnädiger

Friedrich Wilhelm.

Berlin, den 20sten Februar 1804.

An den Fürstlich-Oranien-Nassauischen Regierungsrath Mallinkrodt zu Dortmund.*)

---

*) Dortmund war auf Grund des Reichsdeputations-Hauptschlusses am 1. Oktober 1802 in den souveränen Besitz des Prinzen von Oranien, als teilweise Entschädigung für die durch Gründung der Batavischen Republik verlorene Erbstatthalterwürde, übergegangen und Dr. Mallinkrodt zum Mitgliede der neuen Regierung ernannt worden.

Abſchrift.

„Mein lieber Staatsminiſter von Angern.

— — Es kann nicht jedem zugemuthet werden in ſolchen Fällen, die eine Rüge verdienen, ſich der Unannehmlichkeiten, womit officielle Denunciationen verbunden ſind, auszuſetzen. Sollte nun auch eine anſtändige Publicität darüber unterdrückt werden: ſo würde ja gar kein Mittel übrig bleiben, hinter die Pflichtwidrigkeiten der untergeordneten Behörden zu kommen, die dadurch eine ſehr bedenkliche Eigenmacht erhalten würden. In dieſer Rückſicht iſt eine anſtändige Publicität der Regierung und den Unterthanen die ſicherſte Bürgſchaft gegen die Nachläſſigkeit und den böſen Willen der untergeordneten Offizianten und verdient auf alle Weiſe befördert und geſchützt zu werden."

Dieſe wahrhaft Königliche Entſcheidung, welche noch heute mit goldenen Lettern an den Wänden ſämtlicher Amtsſtuben des Preußiſchen Staates angeſchlagen zu werden verdiente, erregte naturgemäß nicht nur bei den Mitarbeitern und Leſern des Anzeigers, ſondern in allen Gauen Weſtfalens und weit darüber hinaus die lebhafteſte Anerkennung und Zufriedenheit. Nun wußte man doch endlich von höchſter Stelle aus, daß wenn jemand eine begründete Beſchwerde hatte, wenn er eine gute und gerechte Sache vertrat, er mit dieſer ruhig an den Anzeiger gehen und ſie dort „beſcheiden und anſtändig" publizieren, die Behörde aber, welcher die Veröffentlichung vielleicht unbequem war, dieſe nicht mehr unterdrücken durfte. Preßfreiheit im heutigen Sinne kannte und verlangte man noch nicht; man war mit der Freiheit, die hier der Landesherr als ſicherſte Bürgſchaft gegen Nachläſſigkeit und böſen Willen der Unterbeamten auch für ſeine eigene Regierung anerkannt hatte, vollſtändig zufrieden. Wäre es notwendig geweſen, in der Bevölkerung das Gefühl der Liebe und Verehrung für Friedrich Wilhelm III. zu ſtärken, ſo hätte dieſe ſeine unvergeßliche Antwort an Mallinkrodt das in vollſtem Maße bewirkt.

In der ſeit faſt zwei Jahrhunderten Brandenburg-Preußiſch gewordenen Grafſchaft Mark bedurfte übrigens der monarchiſche Sinn und die Liebe zum angeſtammten Königshauſe durchaus keiner Stärkung. Tiefe Dankbarkeit für den jungen König erfüllte die Herzen aller Markaner, als dieſer gleich bei ſeiner Thronbeſteigung der bis dahin herrſchenden Maitreſſen- und Günſtlingswirtſchaft ein raſches Ende gemacht, der ſinnloſen Verſchwendung Einhalt gethan, das verhaßte Religions- und Zenſur-Edikt aufgehoben und andere

schlechte Einrichtungen abgeschafft, vor allem aber, daß er in Gemeinschaft mit seiner herrlichen Gattin dem ganzen Volke das gerade damals so notwendige Vorbild eines reinen Ehe- und Familienlebens auf dem Throne wiedergegeben hatte. Auf Harkorten wie in vielen anderen Häusern wurden als kostbare Denkmale einer neuen bessern Zeit Abschriften zweier in der ersten Regierungsperiode des Königs erlassenen Verordnungen aufbewahrt, deren Inhalt die Begeisterung, mit welcher alle Herzen dem von solchen wahrhaft volkstümlichen Gesinnungen erfüllten Landesherrn entgegen schlugen, vollkommen verständlich macht.

Am 16. November 1797 auf den Thron gelangt, hatte Friedrich Wilhelm alsbald in einer Kabinettsordre vom 23. dess. Mon. die Grundsätze seiner Regierung kundgegeben; der Kultusminister Wöllner aber, welcher unter allen Umständen an der Gewalt zu bleiben und sein berüchtigtes Religionsedikt zu retten trachtete, diesem Manifeste eine Auslegung im orthodoxen Sinne gegeben. Infolge dessen erließ der König unterm 12. Januar 1798 eine Verfügung an Wöllner, durch welche er diese Auslegung im entschiedensten Tone als eine willkürliche und ganz unzutreffende bezeichnete und wörtlich erklärte:

„Ich selbst ehre die Religion, folge gern ihren beglückenden Vorstellungen und möchte um vieles nicht über ein Volk herrschen, welches keine Religion hätte. Aber ich weiß auch, daß sie Sache des Herzens, des Gefühls und der eigenen Überzeugung sein und bleiben muß und nicht durch methodischen Zwang zu einem gedankenlosen Plapperwerke herabgewürdigt werden darf, wenn sie Tugend und Rechtschaffenheit befördern soll. Vernunft und Philosophie müssen ihre unzertrennlichen Gefährten sein, dann wird sie durch sich selbst stehen, ohne die Autorität derer zu bedürfen, die es sich anmaßen wollen, ihre Lehrsätze künftigen Jahrhunderten aufzudringen, es den Nachkommen vorzuschreiben, wie sie zu jeder Zeit denken sollen. Wenn Ihr bei Leitung Eures Departements nach ächten Lutherischen Grundsätzen verfahret, welche so ganz dem Geiste und der Lehre des Stifters unsrer Religion angemessen sind, wenn Ihr dafür sorgt, daß Predigt- und Schulämter mit rechtschaffenen und geschickten Männern besetzt werden, die mit den Kenntnissen der Zeit und besonders der Exegese vorgeschritten sind, ohne sich an dogmatische Subtilität zu kehren, so werdet Ihr es einsehen können, daß weder Zwangsgesetze noch Erinnerungen nöthig sind, um wahre Religion im Lande aufrecht zu erhalten und ihren wohlthätigen

Einfluß auf das Glück und die Moralität aller Volksklassen zu verbreiten."

Solche Entschiedenheit der Sprache in Königlichem Munde mußte auch das dickste Trommelfell durchdringen, selbst dessen, welcher den Sinn der Kabinettsordre vom 23. November 1797 nicht verstanden oder absichtlich verdreht hatte. Nicht minder energisch wie gegen den Glaubenszwang Wöllners trat der junge König gegen den unerträglich gewordenen Übermut und Hochmut der Offiziere auf. Er erließ am Neujahrstage 1798 folgende desbezügliche Ordre:

„Ich habe sehr mißfällig vernehmen müssen, wie besonders junge Offiziere Vorzüge ihres Standes vor dem Zivilstande behaupten wollen. Ich werde dem Militair sein Ansehen geltend zu machen wissen, wenn es ihm wesentliche Vortheile zu Wege bringt, und das ist auf dem Schauplatze des Krieges, wo sie ihre Mitbürger mit Leib und Leben zu vertheidigen haben; allein im Uebrigen darf sich kein Soldat unterstehen, wes Standes und Ranges er auch sei, einen meiner Bürger zu brüsquiren. Sie sind es, nicht ich, die die Armee unterhalten; in ihrem Brodte steht das Heer der meinem Befehle vertrauten Truppen, und Arrest, Cassation und Todesstrafe werden die Folge sein, die jeder Contravenient von meiner unbeweglichen Strenge zu gewärtigen hat." *)

Neben diesen kraftvollen Erklärungen, denen die berühmte Kabinettsordre vom 3. Juli 1798 über die Reform des Unterrichtswesens sich würdig anreihte, wurden andere Äußerungen und Entscheidungen des edeldenkenden Monarchen bekannt, die seine Volksbeliebtheit, obgleich er diese niemals suchte, zur höchsten Höhe steigern mußten. Seinem einfachen, geraden Wesen entsprechend, lehnte er Anträge auf „Erhebung" von Bürgerlichen in den Adelstand in den meisten Fällen ab. Als er auf einem Ministerballe bemerkte, daß ein junges bürgerliches Mädchen konsequent übergangen wurde, unterhielt er sich lange mit ihr und führte sie selbst zum Tanze. Solcher charakteristischen Handlungen wurden in der Hauptstadt viele bekannt und wenngleich bei den damaligen Preßverhältnissen von einer größeren Öffentlichkeit dafür keine Rede sein konnte, so erfuhr man solche doch nach einiger Zeit auch in der Provinz. Nach Harkorten gelangte ihre, wie anderer in Hofkreisen vorgehender Dinge, Kenntnis

*) Eylert: Charakterzüge aus dem Leben Friedrich Wilhelm III. Band III, Abt. 1, S. 113.

durch einen Freund des Elseyer Pfarrers, Namens Glaser, welcher als Erzieher des Prinzen Wilhelm von Oranien*), Schwestersohnes des Königs, am Berliner Hofe lebte. Aus der nämlichen Quelle erhielt man auch Kunde von der betrübenden Thatsache, wie wenig des Königs Willenskraft und Festigkeit im Einklange stehe mit der Reinheit und Zweckmäßigkeit seiner An- und Absichten. Desto lebhafter war die Freude aller wahren Vaterlandsfreunde, als im November 1804 die frohe Botschaft nach Westfalen gelangte, der Oberpräsident vom Stein sei als Minister nach Berlin berufen und ihm das Accise-, Zoll-, Fabriken- und Kommerzial-Departement übertragen worden, also diejenige Verwaltung, in welcher sich die Interessen des Handels und der Gewerbe der Mark vereinigten.

Stein war nicht lange in dem ihm so lieben, stillen Wetter an der Ruhr geblieben. „Dort habe ich," antwortete er am Abend seines Lebens dem Bischof Eylert auf die Frage: wo es ihm am besten gefallen hätte? — „in einer schönen Gegend die Seligkeit der Einsamkeit genossen; ein Stachel der Sehnsucht dahin ist mir geblieben, ich hänge daran mit Liebe!" Im Mai 1784 in Wetter angekommen, wurde er schon im Juli 1788 zum ersten Direktor bei den Kriegs- und Domänen-Kammern zu Cleve und Hamm und Ende 1793 zum Präsidenten derselben ernannt. Da er jedoch die obere Leitung des Fabrik-, Salz- und Bergwesens, sowie des Wege- und Wasserbaues an Rhein und Ruhr beibehielt — „der ich mich," wie er in seiner Autobiographie sagt, „mit Eifer aber etwas einseitig durchgreifend unterzog: daher ich Mißvergnügen und Beschwerden veranlaßte, die ich durch mehrere Milde hätte vermeiden können und in der Folge vermied" — so blieb er mit seinen alten Freunden auf Harkorten und an der Enneperstraße in steter Verbindung. Als im Jahre 1795, infolge von Mißernte, sowie durch die notwendige Verpflegung einer am Rhein und an der Weser stehenden Österreichischen, Englischen und Preußischen Armee, Westfalen von einer furchtbaren Teurung heimgesucht wurde, versorgte Stein nicht nur die Armee, sondern auch die darbende Bevölkerung der Mark mit Getreide. Der allgemeinen Dankbarkeit der Bewohner gaben die Stände des Wetterschen Kreises (J. C. Harkort, J. C. Fischer, J. H. Elbers und Christian Moll) Ausdruck durch eine am Erntefeste 1795 an Stein erlassene Adresse, die sich bei Pertz**) vollständig abgedruckt findet.

*) Später König Wilhelm II. der Niederlande.

**) „Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein." Von G. H. Pertz. Band I, S. 148.

„Ein beispielloser Krieg," heißt es dort, „geführt auf beispiellose Art zum Verderben aller Völker — ausgenommen Englands, das gerade so ihn führen ließ — brachte die Hälfte der Bewohner der Grafschaft Mark, Süderlands Gebirge, an den Rand des Verderbens. Unsere Fabriken lagen darnieder, unser auswärtiger Handel war beinahe vernichtet, unsere Arbeiter waren verarmt, unsere notwendigen Bedürfnisse, unsere Getreidepreise stiegen zu einer vorhin nie gekannten Höhe, unser Volk war nahe daran zu verhungern. Da ward unserm Könige, der ein Menschenfreund ist, das Elend ohne Gleichen, das sein Volk erduldete, bekannt; ihn rührten die unverschuldeten zahllosen Leiden seiner unglücklichen Kinder. Er gab seinem Volke den Frieden, Er gab den Bewohnern der süderländischen Berge Getreide und Brot. Unser ganzes Volk kennt den Wohlthäter, dem es dies — und viel anderes Gute — verdankt, obgleich wir seinen uns teuren Namen hier nicht nennen. Völker des Altertums hätten ihm, dem Großen, Edlen, Unsterblichen, öffentliche Denkmale der Erkenntlichkeit gesetzt. Das können wir nicht! Und er bedarf ihrer nicht! Sein Name strahlt in der Geschichte unseres Geburtslandes in unvergänglichem Kranze. Ihm lohnt sein Herz, das jedes Gute um des Guten willen thut. Ihn lohnt der Ewige!"

1796 erfolgte Steins Ernennung zum Oberpräsidenten sämtlicher Westfälischer Kammern zu Minden, Ravensberg, Teklenburg und Lingen, Cleve und Moers, Mark und Geldern mit dem Wohnsitze in Minden, 1802 die Einverleibung der Bistümer Münster und Paderborn in Preußen, endlich 1804 seine Ernennung zum Finanz- und Handels-Minister und — eine gnädige Fügung! — diejenige Vinckes zu seinem Nachfolger in Westfalen. Den ihm und dem Lande dazu Glück wünschenden Kaufleuten und Fabrikanten der Mark erwiderte er am Weihnachtstage von Berlin aus:

„Ich werde mich immer meines Aufenthaltes unter den redlichen, sittlichen und fleißigen Bewohnern des Sauerlandes überhaupt und der einzelnen sehr schätzbaren Männer, die ich zu meinen Freunden rechnete, erinnern, auch jederzeit bereit seyn, zur Erfüllung ihrer Wünsche beizutragen und mich daher gewiß bemühen, solche Maximen aufzufinden, die das Interesse der dortigen Fabriken mit dem der hiesigen vereinigen werden."

Die Wünsche der Westfälischen Patrioten gingen, zu ihrer Ehre sei es gesagt, viel höher und weiter, als nur auf Förderung des Interesses ihrer Fabriken. Sie, die den gewaltigen Mann seit zwei Jahrzehnten bei der Arbeit gesehen hatten, sie ersehnten und ver-

trauten darauf, daß Stein, sobald der wohlmeinende König ihn persönlich näher kennen lerne, alsbald zum leitenden Minister erhoben und die schaukelnde Politik Preußens durch ihn in feste Bahnen gelenkt werden würde. Zu Deutschlands Unglück schlug diese Hoffnung gänzlich fehl. Männer von so grundverschiedenem Wesen wie Friedrich Wilhelm III. und Stein konnten, wie die Folgezeit lehrte, unmöglich dauernd zusammenarbeiten und sich ineinander finden. Des Königs Ohr besaßen Leute wie Schulenburg („Ruhe ist die erste Bürgerpflicht"), Zastrow, Haugwitz, Lombard. Der einzige in der Umgebung des jungen Königs, der diesen selbst liebte und welchem dessen Bildung und Größe am Herzen lag, war — nach Steins Urteil — der Kabinettsrat Mencke*), ein liberaldenkender wohlwollender Mann, von den edelsten Gesinnungen beseelt, der Großvater desjenigen, welcher einst dazu berufen werden sollte, an der Seite von Friedrich Wilhelm des Dritten großem Sohne Deutschlands Einheit herzustellen und Preußen für alle Unbill zu rächen, die es in dem entsetzlichen ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts durch Frankreich erdulden mußte.

Das Verhängnis rückte mit furchtbarer Schnelligkeit heran. Statt nach Hardenbergs und Steins dringendem Rate sich 1805 voll und ganz auf Rußlands und Österreichs Seite zu stellen, zauderte man in Berlin, um sich nach der Drei-Kaiserschlacht von Austerlitz zur Genehmigung des von Haugwitz in Schönbrunn abgeschlossenen Angriffs- und Verteidigungs-Bundes mit Napoleon, zur Abtretung der Hohenzollernschen Stammlande, sowie des übrig gebliebenen Restes von Cleve und Annahme des Danaergeschenkes von Hannover gezwungen und dadurch gänzlich isoliert zu sehen. Gegen Ansbach und Bayreuth tauschte Napoleon das damals Bayrische, vormals Kurpfälzische Herzogtum Berg ein, um, wie zu Anfang 1806 verlautete, daraus einen neuen Staat zu bilden, der als rechtsrheinischer Brückenkopf Frankreichs und als Ausfallsthor gegen Preußen dienen sollte.

In der Grafschaft Mark sahen die Patrioten das Unheil immer drohender und dunkler heraufziehen. Als die Hoffnungen, die sie auf Steins Eintritt in die Staatsregierung gesetzt hatten, sich so wenig verwirklichten, als Preußen sich nicht rechtzeitig mit Österreich und Rußland einigte und dagegen in das ihm aufgedrungene Bündnis mit Frankreich eintreten mußte, verzagten und befürchteten sie, ihre geliebte Heimat, gleich den Fränkischen Landen, vertauscht und verhandelt zu sehen. Aber man wollte sich nicht wie „stumme

*) Pertz a. a. O. Band I, S. 176.

Hunde" dem Verhängnis unterwerfen. Sie beſchloſſen in einer feierlichen Vorſtellung, mit deren Abfaſſung der Pfarrer von Elſey betraut wurde, direkt vor den Thron zu treten. Dies für die Geſchichte der Grafſchaft Mark zu allen Zeiten denkwürdige, vom 30. Geburtstage der geliebten Königin Luiſe datierte Schriftſtück lautet:

„Allerdurchlauchtigſter Großmächtigſter König!
Allergnädigſter König und Herr!

„Ew. Königl. Majeſtät nahen ſich voll Ehrfurcht und Vertrauen, mit und durch uns, der ſüderländiſchen Gebirge in der Grafſchaft Mark Bewohner, in einer Lage, der ähnlich worin unſere Väter ſich einſt an den Großen Kurfürſten wandten.

Bei einer Wendung der Unterhandlungen des Weſtfäliſchen Friedens war von Abtretungen und Vertauſchungen in Nord-Deutſchland die Rede. Damahls ertheilte der Unſterbliche, unſern darüber beſtürzten Vätern 1647 den 31ſten März das ſo ehrenvolle Zeugniß und die theure Verſicherung:

„daß die Einwohner des Märkiſchen Süderlandes und deren Vorfahren, Seiner löblichen Vorfahren, der Herzoge von Cleve und Grafen von der Mark, erſte und gehorſamſte Unterthanen ſeit vielen hundert Jahren her geweſen wären. Darum ſollten ſie und ihre Nachkommen von ihm und ſeinen Nachfolgern nun und zu ewigen Zeiten weder abgetreten noch verwechſelt, ſondern immer und allezeit bey ſeinem Hauſe im Beſitz ihrer Rechte und Freiheiten erhalten werden."

Es ſind ſiebenhundert Jahre, da Graf Adolph I. von Altena, Ew. K. Majeſtät von mütterlicher Seite Ahn-Herr, in unſerem Gebirge auf einem kleinen rauhen Erbtheil, aus der Nacht der Zeiten hervortrat. Von dem an haben unſere Berge unter keiner anderen Hoheit und Herrſchaft als der ſeiner Nachkommenſchaft geſtanden.

Dieſe wie Er ward durch Weisheit, Heldengeiſt, Gerechtigkeit und Glück, im Mittel-Alter groß und mächtig. Unſerer Vorfahren Arm und Muth war vor allen anderen dabey wirkſam. Dafür iſt dem Hauſe Graf Adolphs immer die Grafſchaft Mark unter allen ſeinen Provinzen die theuerſte geweſen.

Es war auf dem Wege zu Thronen, als ſein Mannesſtamm im letzten Cleviſchen Herzoge erloſch. Durch ſchmeicheln und drohen ſuchte das mächtige Öſtreich unſere Vorfahren vom Blute Graf Adolphs abzulenken. Aber ſie widerſtanden und warfen ſich frey, kühn und freudig dem damals ſchwachen Hauſe Brandenburg in die Arme; denn es ſproßte aus dem angebornen Fürſten-Geſchlecht und war unter allen Bewerbern der einzige rechtmäßige Erbe.

Schweigend übergehen wir die langen und schrecklichen Drangsale, welche deshalb unser Land von den Spaniern erduldet hat, und die Ludwig XIV. ihm verursachte, weil es dem Großen Kurfürsten und seinem Sohne gehörte. Standhaft übernahmen sie unsre Vorfahren für ihr geliebtes Haus Brandenburg, mit dem sie stehen und fallen wollten. Ihr Geist und Sinn ist auf ihre Kinder — alle Bewohner der Grafschaft Mark — vererbt. Wir wären des Bluts unsrer Väter nicht werth, die von denen stammten, die Norddeutschlands Vormauer in den Römerkriegen waren; nicht werth unseres heiligen Bodens, auf dem Hermann seine Schlachten schlug und die Legionen vertilgte — wenn wir nicht dächten und fühlten wie unsre Väter.

Wir verehren bewundernd die Wege des Ewigen, der uns, in Ihnen und durch sie, dem Hause Brandenburg vor zweihundert Jahren zugeführt hat! Dadurch ist unser Land mit seinen Bewohnern ein Theil der Monarchie geworden, die durch eine Reihe von Herrschern, wie nie ein Volk sie hatte, von kleinen Anfängen, eine der ersten und ehrwürdigsten der Erde geworden ist. Wir sind nie wie andere Provinzen von dieser Monarchie getrennt gewesen, nicht damahls erst zu ihr gekommen, wie sie schon groß war; wir sind mit den ersten und ältesten derselben von Anfang und immer, in der ehrenvollen, erhabenen Laufbahn gewesen. Wir dürfen uns gleicher Verdienste um das heilige Regentenhaus und das heilige Vaterland, wie irgend der edelste Theil des letzteren, rühmen.

Die Söhne unseres Landes haben in allen Kriegen des großen Königs an Seiner Seite gestanden und sind nie von den besten im Heere übertroffen worden. Ein Theil von ihnen, ein großer, ehrwürdiger Theil, liegt begraben auf jenen Schlachtfeldern, wo er Seine Siege — größere als die, mit denen das durch Glück verwöhnteste Volk der Erde prahlt — errungen hat.

Dafür ist Preußens Ruhm der unsrige, dadurch haben wir an des Vaterlands Selbstständigkeit und Glückseligkeit so gerechten und hohen Anspruch, als die Bewohner von dessen Hauptstadt. Die Grafschaft Mark kann und wird so wenig je von der Monarchie getrennt werden, als eine der fünf Marken darin jene liegt. Mit dieser Ueberzeugung, an die wir so fest wie an unser Daseyn glauben, leben und sterben wir. Für uns bedarf es darüber keiner Versicherung.

Aber wo sind in unseren verhängnißvollen Tagen — ähnlich denen, darin der große Kurfürst zu unsern Vätern sprach — nicht Schwache, die bange an dem zweifeln, daran man immer festhalten sollte!

Wie zu den Zeiten des Weſtfäliſchen Friedens, ſpricht man von großen Veränderungen, die über Nord-Deutſchland unterhandelt würden. Von Abtretungen und Vertauſchungen, die vorzüglich unſerm Kreiſe bevorſtünden.

Wir ſind ruhig dabei! denn wir wiſſen: das Wort, welches der Große Kurfürſt zu unſern Vätern geſprochen hat, iſt ewig. Das kann, das wird keiner ſeiner erhabenen Nachfolger zurücknehmen. Am allerwenigſten jetzt, da auf dem Preußiſchen Throne ein Monarch iſt, der die Regierungs-Grundſätze Seines großen Ahnherrn und des großen Königs durchaus befolgt. Ein Monarch, der wie Kurfürſt Friedrich Wilhelm uns kennt und liebt, deſſen erſte und gehorſamſte Unterthanen zu ſein unſer edelſter Stolz und höchſtes Glück iſt.

Dürfen wir ehrfurchtsvoll die Bitte wagen:

daß Ew. Königl. Majeſtät zur Ueberzeugung Aller, die unter uns bekümmert ſind, das heilige Wort des Großen Kurfürſten von neuem der Grafſchaft Mark verkündigen laſſen?

War, da es zum erſtenmal vor länger denn anderthalb Jahrhunderten in ihr erſcholl, ein allgemeiner Jubel und Dank, ebenſo groß und vielleicht noch größer wird jetzt in ihr die Freude ſeyn.

Wir erſterben mit Ehrfurcht als

Ew. Königl. Majeſtät

allerunterthänigſte, treugehorſamſte Unterthanen.

Hagen, Amts Wetter, in der Grafſchaft Mark,

den 10. März 1806.

J. C. Harkort, Kreis-Deputirter. Chr. Dahlenkamp, Stadt-Deputirter.
J. C. Fiſcher, „ J. G. Ritter, „
Joh. Schöpplenberg, „ Fr. Schmidt, „
J. D. Poſt, „ J. C. Soeding, „
J. C. Poſt, „ J. H. Elbers, Fabriken-Deputirter."

Die frohe Zuverſicht, welcher Möller in dieſem berühmten Schriftſtücke Ausdruck gegeben, war bei dem Verfaſſer ſelbſt nur eine künſtlich gemachte. In ihm, der die Verhältniſſe am Berliner Hofe beſſer kannte wie die meiſten ſeiner Landsleute, war faſt jede Hoffnung erſtorben. Die verzweifelte verbitterte Stimmung, in welcher der durch den Tod ſeiner einzigen Schweſter tief gebeugte und ſelbſt ſchwer erkrankte Mann die Adreſſe entwarf, erhellt aus einem Briefe, den er im März 1806 an ſeinen Vetter Harkort richtete.

—— „Ich habe dem jungen Dahlenkamp*) die Vorſtellung an

*) Sohn des Pfarrers Dahlenkamp, ſpäter Bürgermeiſter von Hagen und Gatte der einzigen Tochter von Johann Kaspar Harkort.

den König eingehändigt. Es ist das unangenehmste und unnützeste, das ich in meinem Leben schrieb. Nie habe ich mich mehr gekränkt über des Vaterlandes Schicksal als in dieser Zeit. Alle Decenz, alles Ehrgefühl hat unsre Großen verlassen. Glaser*), der mir dieser Tage aus Berlin schrieb, ist auch voll Mißmuths. — Eben fällt mir ein, ob nicht, ehe wir an einen neuen Herrn kommen, man uns den Franzosen — wie das Ansbach'sche — übergeben wird, damit wir durch diese ihre Hand an den andern Besitzer übergehen. Diese ziehen uns dann vorher die Haut ab, damit der neue Herr uns mager und ausgezehrt bekomme. Warum nicht? Die armen Ansbacher!

Wie man es wohl mit dem edlen Saamen auf der Citadelle und dem Zuchthause zu Wesel**) machen wird, wenn die Preußen aus- und die Franzosen einziehen? Als der siebenjährige Krieg anging erließ der König einen General-Pardon und Alles laufen. Vermuthlich geht's wieder so!

— — Also der Brief an S. Majestät soll abgehen. Er wird — wo nicht Ihr — doch dem Kabinetsrath, der ihn lesen muß, vor die Stirne fahren, wenn sie das Land verrathen und abgetreten haben sollten. Die Majestät soll selbst wenig außer Lafontaine's u. a. Romanen lesen.

Es ist doch ein Vorzug, daß so ein Papier den Göttern der Erde, oder denen die ihre Repräsentanten sind, kühn unter die Augen treten darf! Die alten Völker hatten dergleichen Zutritt nicht.

Wüßten die Herren, in welchem Mißmuth ich geschrieben habe und was für einen tieferen Sinn ich hineinlegen wollte — und dem, der nicht flüchtig liest, schon sich offenbaren wird — sie dankten Ihnen nicht für die Adresse!

Sie werden eine Kopie der Ansbacher Antwort kriegen. Wie sie auch ausfällt: Alles soll in den Westfälischen Anzeiger! doch ehe die Antwort eintrifft wissen wir wohl schon unser Schicksal anderwärts her."

Die Entscheidung folgte nicht so rasch, wie Möller und seine Freunde hofften. Inzwischen hatte der Herr der Welt in Paris das neugebackene Großherzogtum Berg seinem „vielgeliebten Schwager", dem Prinzen Joachim Murat, verliehen (15. März 1806) und dieser seine Herrschaft unverzüglich mit einem frevelhaften, durch Blücher scharf zurückgewiesenen Angriff auf die 1802 mit Preußen vereinigten Abteien Essen und Werden eröffnet. Was hier geschehen war, konnte

*) Der früher erwähnte Erzieher des Prinzen von Oranien.

**) Die dort gefangenen Räuber sind gemeint.

ſich in jedem Augenblicke an irgend einer andern Stelle der Bergiſch-Preußiſchen Grenze wiederholen. Doch eine Woche nach der andern verfloß, ohne daß die erſehnte Antwort anlangte. Nachdem zwei Monate ergebnislos verſtrichen waren und nun der Gedanke auftauchte, die Eingabe vom 10. März könne vielleicht gar nicht in die Hände des Königs gelangt ſein, entſchloß man ſich unverzagt zu einer erneuten Vorſtellung, die am 18. Mai abging.

Um der Einhändigung dieſer zweiten Adreſſe an den König ſicher zu ſein, ſandte man dieſelbe, unter Beifügung einer Abſchrift der erſten, zur direkten perſönlichen Übergabe an den treuen Glaſer, welcher ſich des Auftrags ſeiner Landsleute pünktlich entledigte. Endlich, nach einer abermaligen mehrwöchentlichen Friſt des Hoffens und Harrens, traf in der Nacht zum 6. Juli die königliche Antwort ein. Sie entfachte im ganzen Lande einen Sturm des Jubels, vom Schloſſe herab bis in die kleinſte Hütte des Gebirges. Von den Türmen erſchallte Glockengeläute, die geſamte Bevölkerung ſtrömte in die Kirchen, um dort von der Kanzel den Königsbrief an die treuen Markaner verleſen zu hören. Er lautete:

„Ihr irret Euch nicht, wenn Ihr in Eurer Eingabe vom 18. v. M. annehmet, daß Eure damit wieder eingereichte Vorſtellung vom 10. März Mir nicht zugekommen ſey, weil Ich ſo kraftvolle und herzliche Aeußerungen der Liebe und Treue Meiner braven Markaner nimmermehr unbeantwortet gelaſſen haben würde.

Ich danke Euch für dieſen neuen Beweis Eures unerſchütterlichen Vertrauens, und bin dadurch eben ſo ſehr gerührt, als durch jene Aeußerung ſelbſt, die Ich nicht beſſer als durch Beſtätigung der von Meinem großen Ahnherrn, dem Churfürſten Friedrich Wilhelm, Euch unterm 31ſten März 1647 ertheilten Zuſicherung erwidern kann:

daß die Einwohner der Grafſchaft Mark, ſo wie ſie und deren Vorfahren Seiner löblichen Vorfahren, der Herzoge von Cleve und Grafen von der Mark, erſte und gehorſamſte Unterthanen, ſeit vielen hundert Jahren her geweſen, von Ihm und Seinen Nachfolgern nun und zu ewigen Zeiten weder abgetreten noch verwechſelt, ſondern immer und allezeit bei ſeinem Hauſe im Beſitz ihrer Rechte und Freiheiten erhalten werden ſollen.

Ich wiederhole Euch dieſe Zuſicherung um ſo freudiger, als Ihr und Eure Vorfahren in den ſeit dieſer Zeit wieder verfloſſenen anderthalb Jahrhunderten, dieſelbe Treue, Standhaftigkeit und feſte Anhänglichkeit, unter den drohendſten Gefahren bewieſen habt, die Euren Voreltern jenes rühmliche Zeugniß ihres

Landesherrn, Euch ſelbſt aber Meine Liebe und Mein Vertrauen in dem Grade verſchafften, daß Ich auch in den jetzigen Zeiten nie auch nur einen Augenblick daran gedacht habe, Euer Schickſal von dem Meines Hauſes zu trennen.

Ich bin allezeit Euer gnädiger König.

Charlottenburg, den 1ſten July 1806.

Friedrich Wilhelm."

Am 3. Auguſt fand eine allgemeine begeiſterte Feier des Königs-Geburtstages ſtatt — die letzte! Mit einem einzigen furchtbaren Schlage zertrümmerte Napoleon am 14. Oktober des nämlichen Jahres bei Jena die für unbeſieglich gehaltene Armee des großen Friedrich und mit ihr die Preußiſche Monarchie. Dieſelben übermütigen Offiziere, die ihre Klingen auf der Treppe der Wohnung des Franzöſiſchen Geſandten gewetzt und vor dem Ausmarſch geprahlt hatten: „die tapfern Preußen brauchten weder Säbel noch Gewehre mitzunehmen; Knüppel reichten hin, um die Hunde-Franzoſen wieder in ihr Land zurückzujagen!"*) — ſie ließen ſich jetzt mit ſamt ihren Truppen zu Tauſenden gefangen nehmen, eine Feſtung nach der andern wurde ſchändlich übergeben, die königliche Familie floh nach Oſtpreußen und, ehe das Unglücksjahr zu Ende war, ſaß die edle Luiſe mit ihren Kindern gleich einer Gefangenen an der äußerſten Grenze ihres Reiches, in der kleinen Feſtung Memel. Den Markanern, die nach dem Königsbriefe vom 1. Juli ihr Schickſal für geſichert hielten, wollte das Herz brechen ob ſolch unſäglichen Jammers. Aber noch hatten ſie nicht alle Hoffnungen verloren. Noch hielt eine Armee, vereint mit einer Ruſſiſchen, die Preußiſchen Fahnen im Felde aufrecht, noch ſtanden Danzig, Graudenz, Kolberg, noch ſaß der Mann ihres unerſchütterlichen Vertrauens, der unzerbrechliche Stein, im Rate des Königs. Aber auch dieſer letzte Anker brach. Zu Anfang des Jahres 1807 gelangte die Nachricht nach der Mark, Stein ſei in höchſter Ungnade verabſchiedet; man erhielt vertraulich Abſchrift der auf ſeine Dienſtentlaſſung bezüglichen Aktenſtücke**), man las den am 3. Januar eigenhändig vom Könige geſchriebenen Satz:

„Aus allem dieſem habe ich mit großem Leidweſen erſehen müſſen, daß ich mich leider nicht anfänglich in Ihnen geirrt habe, ſondern daß Sie vielmehr als ein widerſpenſtiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorſamer Staatsdiener anzuſehen ſind, der, auf ſein Genie und ſeine Talente pochend, weit entfernt das Beſte des

*) Eylert, Charakterzüge, Band III, 1. Abt., S. 80.

**) Stein hatte beabſichtigt, dieſe Dokumente drucken zu laſſen, nahm aber davon Abſtand. Pertz a. a. O. Band I, S. 409.

Staats vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet aus Leidenschaft und aus persönlichem Haß und Erbitterung handelt."

Angesichts solcher Blindheit gab man alles verloren. Die nachfolgenden Ereignisse bestätigten die schlimmsten Befürchtungen. Bei Eylau und Friedland wurde zwar die Kriegsehre Preußens wieder hergestellt, doch sonst blieb nichts mehr zu retten. Rußland ließ Preußen nicht nur im Stich, sondern schämte sich sogar nicht, aus Preußischem Gebiete eine „Entschädigung" von Napoleon anzunehmen. Am 9. Juli 1807 wurde der furchtbare Frieden zu Tilsit und am 12. die fast ebenso schreckliche Konvention über die Räumung des Landes unterzeichnet. Alle Preußischen Lande westlich der Elbe mußten dem Feinde abgetreten werden; die Monarchie Friedrich des Großen hatte aufgehört zu sein. Die Grafschaft Mark wurde mit dem Großherzogtum Berg vereinigt, ihre Einwohner — nach heutigem Sprachgebrauch — Franzosen zweiter Klasse.

Im stillen Pfarrhause zu Elsey, von woher Jahrzehnte hindurch ein so helles Licht des Geistes und der Vaterlandsliebe in das Westfälische Land ausgestrahlt hatte, war es Nacht geworden. Seit dem Jahre 1805, als er seinen geliebten Vater begraben, kränkelte Möller und der Gang der politischen Begebenheiten verbitterte ihn, trotz des kurzen Sonnenblicks der königlichen Antwort vom 1. Juli 1806, mehr und mehr*). Jena und der Tilsiter Frieden thaten das übrige. Seine Freunde bestrebten sich, ihn zu erheitern; Glaser, Ehrenberg u. a. sandten ihm durch verschiedene, die Hauptstadt besuchende Landsleute herzlichste Briefe, aber nichts konnte seine Trauer bannen, denn Unterhaltung wie Briefwechsel wurde beherrscht durch des Vaterlandes Jammer. „Über unsre Schmach und Schande und den tiefen rettungslosen Zustand des Vaterlandes mag ich kein Wort verlieren — wir büßen für unserer Väter Mißgriffe und unsre eigenen Missethaten," schrieb Glaser im März 1807. Dennoch konnte er am Schlusse seines Briefes auch dem todkranken Freunde gegenüber den Schmerzensschrei nicht unterdrücken:

„Den Schleier, den schwarzen dicken Schleier, der die Zukunft verbirgt, wer mag, wer kann ihn wegziehen? Alles wird erschöpft, um uns in dunkler Nacht der Unwissenheit über nahe und entfernte Gegenstände zu erhalten. Alle Ideen-Mittheilung soll und muß ge-

*) Eine große Freude wurde Möller zu Anfang Oktober 1806 durch den Besuch seines Jugendfreundes und Studiengenossen Aug. Herm. Niemeyer, Kanzlers der Universität Halle, bereitet, über welchen letzterer in seinen: „Beobachtungen auf einer Reise durch einen Teil von Westfalen und Holland" (S. 250 ff.) in wärmster Verehrung für den Märkischen Patrioten eingehend berichtete.

hemmt, wenigſtens erſchwert werden, jede Hoffnung, jeder Keim des Muthes und der That ſoll erſticken, damit man werde wie Zug- und Laſt-Vieh, das dem Treiber blind gehorche. — Nie war es mir ſo klar wie jetzt, daß die Luſt der Knechtſchaft tödtlich iſt für die Menſchheit. Bald wird vielleicht an den bluttriefenden Ufern der Weichſel das ſchreckliche Problem gelöſt werden, ob der Nord oder der Süd von Europa das zerriſſene, zerfetzte, ausgemergelte Deutſchland fernerhin beherrſchen ſoll.

Daß der Min. vom Stein uns verläßt, ſchmerzt mich und alle Guten unendlich. Nicht gern, nicht muthwillig oder leichtſinnig thut er den ſchweren Schritt. Die Nothwendigkeit, Ehr- und Pflichtgefühl erheiſchen ihn. Indeſſen hege ich noch einige Hoffnung, eine nicht ganz undenkbare beſſere Zukunft könne auch dieſen Verluſt nur zeitlich machen."

Die Hoffnung Glaſers erfüllte ſich, denn in der That wurde Stein unmittelbar nach dem Frieden zurückberufen und er folgte, alle erlittenen ſchweren Kränkungen großherzig verzeihend, dem königlichen Rufe, um durch ſeine glorreiche Geſetzgebung den Grundſtein zur Wiedergeburt und neuen Größe Preußens zu legen. Aber wer konnte jene Wendung damals ahnen, wer den „ſchwarzen Schleier, der die Zukunft verbirgt", den Märkiſchen Patrioten lüften? Für ſie, die franzöſiſch Gewordenen, war und blieb es Nacht, denn die neue Gottesgeißel an der Seine konnte, ſo hieß es damals allgemein in ganz Europa, jetzt von niemandem mehr bezwungen werden. Am 2. Dezember 1807, als die „Sonne von Auſterlitz" zum viertenmale aufging, ſtarb Möller, erſt 57 Jahre alt und unverheiratet — an Waſſerſucht, ſagten die Ärzte, an gebrochenem Herzen, die Freunde. Benzenberg widmete dem väterlichen Führer, dem märkiſchen Juſtus Möſer, folgende herrliche Grabſchrift:

„Hier ruhet Johann Friedrich Möller. Auf den Gebirgen des Süderlands nährte ſich ſein Geiſt an vaterländiſcher Geſchichte.

Unter dem Strohdache des Wiedenhofes las er die großen Todten der Vorwelt.

Das Leben der Menſchen ſpiegelte ſich vor ſeinem Geiſte.

Lehrer und Freund war er ſeiner Gemeine. Er zeigte ihnen den Weg des Lebens mit heiligem Ernſte.

Den Fall deſſen, was Jahrhunderte gebauet hatten, ſah ſein thränendes Auge.

Seine Seele war voll Trauer wie die Seele Oſſians.

Sein Leib fiel in Staub vor Jammer. Aber ſein Andenken lebet herrlich in dem Munde ſeiner Freunde.

Ihre Geſpräche ehren den Todten.

Wenn die Nebel über die Haide ziehen, wenn die Winde brauſen durch den Wald, wenn die Flamme auf dem Heerde brennt und die Nacht lange liegt ehe der Morgen grauet:

Dann gedenken ſie des Todten und genießen die Luſt der Thränen."

An einem der ſchönſten Punkte Weſtfalens, auf einem Berge, Hohen-Limburg gegenüber, iſt dem Pfarrer von Elſey ein in das liebliche Thal der Lenne herabblickendes, einfaches Denkmal errichtet. Wer dort vorübergeht, ſagt Biſchof Eylert, ſchaue hinauf und ſegne ſein Andenken.

Der Führer war geſchieden, ſeine Mitarbeiter lebten weiter unter der ſchweren Hand übermütiger Sieger. Die Zivil-Verwaltung des neuen Grand-Duché de Berg, das Murat ſchon bald mit dem ſonnigen Neapel vertauſchte und an Napoleon zurückgab, wurde von „Monſeigneur" Graf Beugnot im allgemeinen vernünftig geführt. Im eigentlichen, vormals Bayriſchen Herzogtum Berg ſöhnte man ſich vergleichsweiſe raſch mit den neuen Zuſtänden aus, da hier von alter Treue und feſter Anhänglichkeit an eine angeſtammte Dynaſtie, wie in Weſtfalen, keine Rede ſein konnte. Ganz anders in der Mark, wo jeder nur widerwillig das franzöſiſche Joch ertrug. Dem Weſtfäliſchen Anzeiger legte man natürlich ſofort den Maulkorb an und machte ihm zu Ende des Jahres 1809 ganz den Garaus. Die Häupter der Patrioten unterlagen ſtrenger Aufſicht ſeitens des in Münſter kommandierenden Generals Loyſon, die jedoch in mancher Hinſicht durch den, glücklicherweiſe aus den Eingeborenen des Landes gewählten Präfekten des „Ruhr-Departement", wie man die Mark neu getauft hatte, Freiherrn Gisbert von Romberg, thunlichſt gemildert wurde. Stein ſcheint ſchon im Jahre 1808 eine Schilderhebung gegen den Landesfeind für möglich gehalten und in dieſem Falle auf Teilnahme der Markaner gerechnet zu haben. „Wenigſtens deuten dahin," ſagt Ernſt v. Bodelſchwingh in ſeiner Biographie Vinckes*), „einige Bemerkungen im Tagebuche (Vinckes), namentlich bezüglich einer Zuſammenkunft mit Harkort in Hamm und alte Erinnerungen des Verfaſſers (v. Bodelſchwingh) aus jener Zeit." Im November des nämlichen Jahres machte Vincke einen zweiten Beſuch bei Peter Harkort — ob auf Schede oder auf Harkorten wird nicht berichtet — und widmete bei dieſer Gelegenheit

*) Leben des Oberpräſidenten Freiherrn von Vincke. Nach ſeinen Tagebüchern bearbeitet von E. von Bodelſchwingh (früheren Preuß. Staatsminiſter und Kommiſſar beim Vereinigten Landtage) I. Teil, S. 346.

einen Tag dem auf seiner Besitzung Busch bei Hagen abgebrochenen „Geschäfte“ (S. 365). Welches Geschäft? sagt das Tagebuch nicht; es war aber kein anderes, meint Bodelschwingh, als die Vorbereitung zu einem Aufstande in Westfalen, sobald dazu das Zeichen von Stein gegeben werden möchte.

Von einer damals geplant gewesenen Schilderhebung, beziehungsweise von einer beabsichtigten Teilnahme ihrer Väter an derselben, ist weder den Nachkommen von Peter Harkort noch denen des älteren Bruders Kaspar etwas bekannt. Sofern der Biograph Bodelschwingh im vorliegenden Falle die betreffenden dunklen Stellen des Vinckeschen Tagebuches nicht unrichtig deutet, wird es sich bei den hier in Rede stehenden Besprechungen Vinckes mit den Brüdern Harkort und anderen leitenden Männern der Mark praktisch wohl nur darum gehandelt haben, sich über die Frage zu einigen, wie man sich gegenüber den neuen Gewalthabern verhalten und das Land so viel als möglich schützen solle. Dabei mag man dann in zweiter Reihe die Möglichkeit einer Rettung und die Aussicht für das Gelingen eines allgemeinen Volksaufstandes im Falle eines neuen großen Krieges besprochen haben. Von mehr konnte unter besonnenen älteren Männern 1808 — kaum zwei Jahre nach der Zertrümmerung Preußens! — ernsthaft nicht die Rede sein. Außerdem blieb das Vertrauen der Märkischen Patrioten zu den „Großen dieser Erde“ seit der brüsken Entlassung Steins durch die Kabinetts-Ordre vom 3. Januar 1807 gründlich erschüttert. War Stein auch damals wieder angestellt, so gab es doch keine Sicherheit dafür, daß er nicht ebenso rasch wieder von der Bildfläche verschwinde. Und genau so kam es. Diesmal freilich erfolgte der stürzende Stoß von andrer Seite her, nämlich aus „Unserm Kaiserlichen Lager von Madrid“ und war unterzeichnet: Napoleon. Im Januar 1809 wurde an öffentlichen Orten in der Mark, wie überall wo Frankreich herrschte, folgendes Achts-Dekret angeschlagen:

„1. Der Namens Stein, welcher Unruhen in Deutschland zu erregen sucht, wird zum Feinde Frankreichs und des Rheinbundes erklärt.

2. Die Güter, welche der besagte Stein, sei es in Frankreich sei es in den Ländern des Rheinbundes, besitzen möchte, werden mit Beschlag belegt. Der besagte Stein wird überall, wo er durch unsere oder unserer Verbündeten Truppen erreicht werden kann, persönlich zur Haft gebracht werden.“

Mit Erstaunen und banger Besorgnis, sagt Pertz, las die Bevölkerung die Kriegserklärung, wodurch der Sieger von Marengo, Ulm, Austerlitz, Jena, Friedland und Tudela, der Beherrscher von

Frankreich, Italien, Holland, Schweiz, halb Deutschland und Spanien, einen einzelnen machtlosen Mann aus der zahllosen Menge seiner Zeitgenossen hervorhob und sich zum Gegner auf Leben und Tod stempelte. Aber weit entfernt ihren Zweck zu erreichen, hat diese Maßregel blinder Leidenschaft sich gegen ihren eigenen Urheber gekehrt. Napoleons Haß bezeichnete seinen Feinden ihren Führer. Unzählige Menschen lasen damals Steins Namen zum erstenmale, aber die Ächtung umgab ihn sogleich mit dem heiligen Glanze des Märtyrers; die Herzen, welche in allen Teilen Deutschlands nach Befreiung lechzten, hatten ihren Mittelpunkt gefunden; Stein ward eine politische Macht, worauf weit über Preußens Grenzen hinaus die Erwartungen und Hoffnungen des zertretenen Volkes blickten: und damit auch der Mächtigste dieser Erde die ewige Gerechtigkeit scheue — sechs Jahre weiter und von dem Namens Stein geht der Gedanke der Europäischen Achtserklärung aus, deren Folgen der Kaiser der hundert Tage erliegen wird!

Tiefe Trauer erfüllte die Herzen aller Markaner über den mutmaßlich vernichtenden Schlag, welcher den Mann ihres Vertrauens getroffen*). Und trotzdem mischte sich ein gewisses Gefühl des Stolzes in diese Trauer. Wenn auch nicht unter ihnen geboren, so war Stein doch bei ihnen Preuße geworden, hatte mit ihnen gelebt, in guten wie in bösen Tagen hatten sie zu ihm wie er zu ihnen gestanden. Sie, die Bewohner der Mark, waren es, die zuerst die Größe des Mannes erkannten, den Napoleon jetzt vor ganz Europa in feierlicher Form für den Todfeind Frankreichs und des Rheinbundes erklärte. Dort oben, hieß es, auf der Burg in Wetter hat er gewohnt, hier im Hammerwerk hat er mit uns gesprochen, an diesem Herde hat er gesessen, jenen Weg hat er gebaut, in der Teuerung hat er dem Sauerlande Korn zugeführt und uns aus der Not errettet! Und dann ballten sich die schwieligen Fäuste und jeder Patriot that bei sich einen Schwur, über die verfluchten Franzosen herzufallen, sobald der Himmel nur einmal wieder sein Antlitz gnädig zum deutschen Volke hernieder neigen werde.

Der Leser möge diese Abschweifung in jene furchtbare Zeit damit entschuldigen, daß diese Blätter nicht bloß ein Lebens-, sondern auch ein Zeitbild zu geben beabsichtigen.

*) Die Junkerpartei jubelte über Steins vermeintlichen Untergang. Der ihr angehörende General York schrieb wörtlich: „Ein unsinniger Kopf ist schon zertreten; das andere Natterngeschmeiß wird sich in seinem eigenen Gifte selbst auflösen" (Droysen, Leben Yorks, Bd. I, S. 135). Mit dem „unsinnigen Kopfe" war Stein, mit dem „Natterngeschmeiß" seine Anhänger gemeint!

Bis zum Jahre 1808 blieb der junge Friedrich Harkort auf der Hagener Handelsschule, alsdann brachte sein Vater ihn, damals 15 Jahre alt, in die Lehre zu dem Kaufherrn Mohl in Wichlinghausen, einem jener Kirchspiele, welche jetzt die über 100000 Einwohner zählende Stadt Barmen bilden. Das Geschäft, in das der Knabe eintrat, betrieb Fabrikation von Teppichen und Handel mit Wupperthaler Webewaren, vorzugsweise nach der Schweiz. Kontor-Arbeiten entsprachen nicht seinem Geschmacke; sein lakonischer, aphoristischer Stil, der sich an die herkömmliche kaufmännische Schreibweise nur widerwillig gewöhnte, erregte das Mißfallen des Prinzipals, nicht minder das harte unbiegsame Holz, aus dem der Charakter des jungen Markaners geschnitten war. Seine Neigungen gingen auf praktische Thätigkeit; freie Stunden brachte er bei den Webstühlen, die im Wupperthale fast in jedem Hause standen, oder in den dortigen Färbereien und Bleichereien zu. Als Napoleon während der Kontinentalsperre für Verbesserungen bei der Zucker-Gewinnung aus Runkelrüben einen hohen Preis aussetzte, gab sich der kaum 18jährige junge Mann, welchen Erfindungen und Versuche jeder Art bis an sein Lebensende wie mit Zauberkraft anzogen, an diese ihm so fern liegende Arbeit und erzielte Erfolge, die im Kreise seiner Bekannten anerkennend besprochen wurden. Nach beendeter Lehrzeit blieb er im Hause seines Prinzipals, machte für diesen eine Reise zur damals bedeutenden Schweizerischen Messe in Zurzach und besuchte die Städte Basel, Solothurn, Zofingen, Zürich und Schaffhausen. Die Alpen hat er während seines damaligen Aufenthalts in der Schweiz nur einmal von den Höhen des Jura aus gesehen, später nie wieder.

Er war unterdessen zu einem herrlichen Jünglinge herangewachsen. Fast sechs Fuß hoch, mit breiter Brust und Schultern, blondgelockten Haares, unter einer prachtvoll gewölbten Stirn und buschigen Augenbrauen ein kluges, strahlendblaues Augenpaar, Adlernase und feingeschnittener Mund — erregte der junge Mann allerorten Aufsehen als ein seltenes Bild von Schönheit, Kraft und körperlicher wie geistiger Gesundheit. Kein Wunder also, daß des gestrengen früheren Lehrherrn einziges Töchterlein, als Jungfrau ebenso schön wie Fritz Harkort als Mann, gar bald ihr Herz an ihn verlor. In Anbetracht der großen Jugend der still Verlobten zürnten die Eltern zwar lange, gaben jedoch schließlich den Bitten der einzigen Tochter nach.

Diesem jungen Liebesglücke war nur eine kurze Dauer beschieden. Aus Rußland, wohin der korsische Zwingherr im Sommer 1812 die

ganze waffenfähige Jugend Frankreichs und der deutschen Vasallenstaaten auf die Schlachtbank geführt hatte, drang die furchtbare Kunde von dem Brande Moskaus und dem angetretenen Rückzuge der „großen Armee“. Wenige Monate später bezeugten einzelne zurückkehrende Trümmer des ungeheuren Heeres, die sich in Lumpen gehüllt mit erfrornen Gliedmaßen von Ort zu Ort durchschleppten, das ganze unermeßliche Gewicht des auf Rußlands Schneefeldern vollstreckten Gottesurteils. York ging zu den Russen über; mit diesen erschien le nommé Stein, der glorreiche Geächtete, wieder auf deutschem Boden; Friedrich Wilhelm III. rief sein Volk zu den Waffen. In den altpreußischen Landen zwischen Weser und Rhein kochte es in aller Herzen; aber noch war, da es an Waffen fehlte, der Augenblick der Erhebung nicht gekommen. Davoust hielt den ganzen Nordwesten Deutschlands unter eisernem Drucke und ließ erbarmungslos jeden niederschießen, gegen den sich der geringste Verdacht regte.*) Einige Haufen unglücklicher Konskribierter aus dem Herzogtum Berg, wegen der eichenen Knittel, mit denen sie sich bewaffnet hatten, im Volksmunde „Knüppel-Russen“ genannt, warfen sich in die Wälder, um von dort aus einen Aufstand hervorzurufen. Vergebens! Rasch von regulären Truppen zu Paaren getrieben, ließen französische Kriegsgerichte die Ergriffenen in ihren Heimatsgemeinden zum abschreckenden Beispiel füsilieren. Dies Schicksal traf u. a. den Markaner Heinrich Rosendahl, welcher am 6. Mai 1813 auf dem Kirchhofe zu Gevelsberg, eine Stunde von Harkorten entfernt, erschossen wurde.

Doch endlich nahte auch für den Westen die Stunde der Befreiung und Vergeltung. Von Leipzigs gewaltiger Völkerschlacht fehlten noch bestimmtere Nachrichten, als schon am 30. Oktober 1813 der Kasseler Theaterkönig Jerome Bonaparte — diesmal nicht „Morgen wieder lustik“, sondern sehr niedergeschlagen! — die langgestreckte Heerstraße des Wupperthales in eiligster Flucht westwärts zum Rheine hinabjagte. Wenige Tage später huschten wildaussehende, schlitzäugige Kerle mit langen Lanzen auf kleinen struppigen Pferden hinter dem Flüchtlinge drein — die ersten Kosaken, von allem Volke begeistert als Befreier begrüßt. Der russische General Jussupowitsch rückte am 11. November mit Jubel empfangen in Düsseldorf ein. Deutschland war frei bis zum Rheine und König Friedrich Wilhelms Heerführer rief in seinen alten Westfälischen Provinzen die gesamte wehrfähige Mannschaft zu den Waffen.

*) So in Oldenburg die Staatsräte Berger und Finck.

Viertes Kapitel.

Die Befreiungskriege.

„Freudig erhebt sich das Herz und die Menschheit jauchzet Beifall, wenn ein Volk sich gegen den Dränger erhebt und im Blute seiner edelsten Söhne der Freiheit Morgen sich rötet.

Wer solche Zeiten erlebt, der preise sich glücklich, denn er hat Großes gesehn.

Ja, wir sahen Borussias große Tage, wir hörten des Vaterlandes heiligen Kriegsruf, auch wir trugen das Kreuz und schwangen das Schwert im Völker- und Schlachten-Sturm!"

Fr. Harkort.

Inhalt: Volksbewaffnung der Mark. Feldzug in den Niederlanden 1814. Rückmarsch. Die Viktoria vom Brandenburger Thor und der alte Blücher in Hagen. Standquartier in Altena. Der Wiener Kongreß und Napoleons Rückkehr. Abmarsch nach Belgien 1815. Gefecht bei Juniet. Harkorts Verwundung. Ligny. Rückzug auf Wavre. Belle Alliance. Paris. Gefecht bei Issy. Schicksale von Friedrich und Gustav Harkort. Einschließung von La Fère. Rückkehr in die Heimat.

„Ich gehe mit meiner Division und den zwei Kosacken-Regimentern nach der Grafschaft Mark, um ihr zu sagen — mehr bedarf es nicht! — daß wir wieder vereint, wieder Preußen sind," schrieb der brave General von Borstell am 9. November 1813 aus Paderborn seinem Freunde, dem früheren Kammerpräsidenten Vincke, welcher am nämlichen Tage aus der stillen Verborgenheit seines Gutes Ickern den in Hamm eingetroffenen Befreiern des Landes entgegeneilte und von dem zum Rheine vordringenden Oberbefehlshaber Bülow von Dennewitz als General-Kommissar der früheren Preußisch-Westfälischen Provinzen bestellt wurde. Borstell hatte Recht; für die alte treue Mark bedurfte es nur der einen zündenden Losung: wir sind wieder Preußen! um die ganze waffenfähige Jugend mit damals beispielloser Schnelle unter den Fahnen zu sammeln. Major von Arnim, mit einer Schwadron Blücherscher Husaren als Vortrab in

Westfalen einrückend, ließ den ersten Aufruf zu den Waffen ergehen; der Oberstleutnant Köhn von Jaski wurde zum Kommissar für die in Westfalen zu errichtenden Truppenteile ernannt und ein Held aus der Dennewitzer Schlacht, der tapfere von Hülsen, mit der Bildung des ersten Westfälischen Infanterie-Regiments beauftragt. Vier Bataillone von je 800 Mann — erstes Dortmund, zweites Hagen, drittes Hamm, viertes Essen — sollten das Regiment bilden und demselben außerdem noch zwei Detachements freiwilliger Fuß-Jäger von zusammen 300, sowie eine Schwadron reitender Jäger von 60 Mann zugeteilt werden.

Fast unerreichbar schien die Aufgabe für das kleine, durch die Kontinentalsperre und französische Mißregierung zurückgekommene Land; doch die alle erfüllende unermeßliche Begeisterung half über jede Schwierigkeit hinweg. Die angeordnete Aushebung erwies sich in der Mark als ganz überflüssig. Die großen Bauern des Hellweges stellten jetzt, wo es die Verjagung des fremdländischen Unterdrückers galt, ihre Leute und ihre eigenen Söhne persönlich und die Nachkommen jener Sauerländer, die einst den grimmen Wolf Wolffersdorff mit glühendem Eisen aus Altena vertrieben hatten, kamen nun freiwillig, um sich in des Königs Heer einreihen zu lassen. Von Harkorten eilten Fritz und Gustav herbei, die durch den Kreisausschuß zu Landwehroffizieren vorgeschlagen wurden. Ihre beiden älteren Brüder Kaspar und Karl mußten zurückbleiben, um dem alt und müde gewordenen Vater zur Seite zu stehen und das Geschäft in schwerer Zeit aufrecht zu erhalten. Die beiden Jüngsten waren noch nicht dem Knaben-Alter entwachsen. Die Zahl der Antretenden — 3306 Mann binnen 4 Wochen, in Hagen allein 594! — wurde bald so groß, daß überzählige Mannschaften an die Pommerschen Fuß-Regimenter und an Blüchers Husaren abgegeben werden konnten. Feierlich ward, heißt es in F. Harkorts Schrift „Die Zeiten des ersten Westfälischen (16.) Landwehr-Regiments“ *), der Fahnenschwur in den Kirchen geleistet, an heiliger Stätte ergreifende Worte gesprochen über die große Angelegenheit, welche das Volk bewegte. Solcher Impulse bedurfte es freilich auch, um den Mangel fast alles dessen, was der Krieger gebraucht, vorläufig vergessen zu machen. Die Mehrzahl war in Arbeitskleidern und in Holzschuhen auf den Sammelplätzen erschienen — in der Weihnachtswoche bei strenger Kälte! Nur mit eilig beschafften Mänteln bekleidet, ohne Waffen, einen eichenen Knittel in der Hand, brach das Regiment

*) Essen, bei G. D. Baedeker 1841.

von Dortmund (zur Französischen Zeit Hauptstadt des Ruhr-Departements und Sitz des Präfekten) in den ersten Tagen des Januar zur Feldarmee nach Holland auf.

Dort war der rastlose Bülow bereits am 18. November an der Yssel eingetroffen, hatte zu Ende desselben Monats trotz tapferer Gegenwehr das feste Arnheim erstürmt, im Dezember den Bommeler Waard sowie eine Anzahl fester Plätze genommen und die französischen Truppen unter Maison nach Brabant zurückgedrängt, wo das von dem tapfern Republikaner Carnot verteidigte Antwerpen Deckung bot und durch die Alliierten vergeblich bedroht wurde. Die Märkischen Wehrmänner rückten in Eilmärschen zu ihrem Sammelplatz im Felde, der an der Yssel gelegenen Festung Zütphen. Hier übernahm der Oberstleutnant Kleist gen. von Rüchel das Kommando des Regimentes, und freudig übten sich die Scharen, trotz ungewöhnlich scharfer Winterkälte, vom Morgen bis zum Abend im Waffendienste. Der gute Wille schuf rasch die notwendigste militärische Bildung. Dabei fiel freilich der Umstand erheblich ins Gewicht, daß nicht Drill- und Zuchtmeister aus der Schule und Zeit vor Jena die Lehrer waren, sondern Nachbarn oder doch bekannte, wohlgesinnte eigene Landsleute, denen nur Vaterlandsliebe die Waffe in die Hand gegeben. Die fehlenden Gewehre kamen aus England, die für einen Winterfeldzug nicht minder notwendigen Uniformen aus der Heimat. Eine blaue Litewka mit grünem Kragen und Aufschlägen, sowie Tuchmütze mit dem Kreuze und der Umschrift: Mit Gott für König und Vaterland! bildete die einfache, zweckmäßige Bekleidung. So ward durch Beschaffung von Uniform, Waffen und Munition endlich den dringendsten Notständen abgeholfen.

Vor Deventer, einer nördlich von Zütphen gelegenen kleinen Festung, empfingen die jungen Truppen die Feuertaufe. Offiziere und Mannschaften, beide ebenso ungeübt in der Handhabung der äußerst mangelhaften Gewehre wie unerfahren in der Führung, wagten sich in der Hitze des Gefechts zu weit gegen die Werke vor und wurden von der einen Ausfall machenden Besatzung zurückgeworfen. Mit Hilfe später eintreffender Verstärkungen zwang man schließlich den Gegner, sich wieder hinter die Wälle zu verkriechen, und verschaffte dadurch den jungen Soldaten das im Beginn eines Feldzuges doppelt wichtige Bewußtsein eines errungenen Erfolges. Alsdann ging der Marsch über die im Januar zugefrorenen, später das Land weithin überschwemmenden Ströme Rhein, Waal und Maas hinweg geradenwegs nach Süden zu. Das wichtige Herzogenbusch wurde am 26. Januar durch Überrumpelung genommen.

Bülow verließ bald darauf den Kriegsſchauplatz in Brabant und drang in Nordfrankreich ein, wo er gerade rechtzeitig ſich bei Soiſſons mit dem Blücherſchen Heere vereinigen und dieſem den wichtigen Sieg bei Laon erringen helfen konnte. In Belgien wurde General von Borſtell mit 9000 Mann, unter denen ſich die Markaner befanden, zur Beobachtung von Antwerpen zurückgelaſſen.

Das Regiment lag in Mecheln, als im April die große Siegesbotſchaft der Einnahme von Paris und der Thronentſagung Napoleons anlangte.

„Wir haben," ſchrieb Fritz Harkort ſeiner Braut, „vor dem Feinde geſtanden; jetzt iſt ein Waffenſtillſtand mit Antwerpen abgeſchloſſen und in einigen Tagen geht's wieder der lieben Heimat zu. Was zum Kriege gehört, habe ich ſo ziemlich mitgemacht und Leben und Geſundheit ſind — Gott Lob! — im Sichern. In Lebensgefahr war ich nur zweimal. Vor ungefähr 14 Tagen kommandirte ich unſre äußerſten Vorpoſten und mußte natürlich mit meinen Leuten den ganzen Tag und eine ſtürmiſche regnigte Nacht durch unter freiem Himmel unter Gewehr ſtehen. Meinen Stand hatte ich an den Mauern eines abgebrannten Bauernhauſes mitten im Walde. Um vor dem Winde geſchützt zu ſein, näherte ich mich bis auf zwei Schritte der Mauer, und in dieſem ſelben Augenblicke ſtürzte der ganze Plunder zuſammen. — Zum zweitenmale hätte mir eine Musketenkugel faſt einen Strich durch die Rechnung gemacht."

Wo und unter welchen Umſtänden die hier erwähnte Musketenkugel ſein Leben bedrohte, davon berichtete der Briefſchreiber der Geliebten kein Wort. Dieſe während ſeines ganzen Lebens unverändert gebliebene Abneigung, von ſich ſelbſt und den ihn perſönlich betreffenden Dingen zu reden, erregte ſchon damals die lebhafte Unzufriedenheit der Angehörigen. Seine Braut war überhaupt mit dem begeiſterten freiwilligen Eintritt ihres Verlobten ins Heer wenig einverſtanden geweſen und hatte gemeint, ihr Fritz könne füglich zu Hauſe bleiben, da ſich ja ſein jüngerer Bruder ſtelle, und nach damaliger Regel mehr als ein Sohn aus jeder Familie nicht ausgehoben werden könne. Dieſe befremdliche und unter anderen Verhältniſſen bedenkliche Meinungsverſchiedenheit unter den Verlobten erklärt ſich vollkommen durch die verſchiedene Landesangehörigkeit beider. Er war ein Sohn der Mark, die ſeit 200 Jahren mit dem Brandenburgiſchen Staate feſt verwachſen war und in unwandelbarer Treue an den Hohenzollern hing, — ſie dagegen entſtammte dem Herzogtum Berg, das niemals Preußiſch geweſen und fremde katho-

lische Landesherren aus Pfälzischem Hause besessen hatte, unter denen Handel und Gewerbe blühten. Die Mark trug das Französische Joch knirschend, Berg ließ es sich schweigend gefallen*). Dort blühte wahre Liebe zum Vaterlande und echte Anhänglichkeit an das Herrscherhaus, — hier fehlte das Verständnis für die Kraft dieser Gefühle. Unter diesen Umständen wird es vollkommen verständlich, wenn die Bergische Braut nicht begriff, wie ihr Märkischer Verlobter freiwillig zu den Waffen eilte, um sich auf den gehaßten Feind seines Vaterlandes und seines Königs zu stürzen, und sie ihn von solch lebensgefährlichem Beginnen zurückzuhalten sich bemühte.

Zunächst verloren solche Erwägungen ihre praktische Bedeutung, denn der Friede war in Paris geschlossen und die siegreichen Fahnen Preußens wendeten sich der Heimat zu. Nach beendetem Kriege erwachte in allen, die Haus und Herd kampfesmutig verlassen hatten, verstärkte Sehnsucht nach Weib und Kind, nach Eltern und Geschwistern.

„Täglich," so meldete ein Brief vom 22. Mai aus dem Rückmarsch-Quartier Winnenthal bei Xanten der Braut, „wird meine Abneigung gegen den Soldatenstand größer, denn der Friedenssoldat ist in meinen Augen eine unbedeutende Figur. Nach der Heimat steht der Sinn, nach einem freien Eigentum und — — Gott versteht mich! Wenn ich zurückkomme, so darf ich Dir mit frohem Bewußtsein unter die Augen treten; denn meine Uniform habe ich mit Ehren getragen, ohne Flecken werde ich sie zurückbringen. Mich ärgert es aber, wenn ich sehe, daß Einer den Rock, den er vom Könige hat, für einen Freibrief hält, um ungestraft Andere drücken zu dürfen. Einmal forderte ich einen solchen Wicht auf Pistolen; der that Abbitte. Damals übernahm mich der Eifer; jetzt schlage ich ein Kreuz und gehe still vorüber. So sklavisch der Dienst, so finde ich doch meinen Charakter unbiegsamer wie vorhin; ein Glück, daß der Trotzkopf nicht auch zugleich ein Tollkopf geworden ist."

Der hier hervorbrechende Groll war nur zu sehr gerechtfertigt. Für sein musterhaftes Verhalten im Felde, namentlich wegen mühevoller und erfolgreicher Ausbildung der jungen Truppen, war Harkort noch während des Krieges zum Premier-Leutnant befördert worden. Nach erkämpftem Frieden aber verweigerte der König die Bestätigung dieser und ähnlicher Ernennungen und es erschienen Linien-

*) Zu den damaligen byzantinischen Adressen Deutscher an Napoleon hat übrigens auch das Herzogtum Berg seinen Anteil geliefert. Vgl. „Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert", Bd. 1, S. 356.

Offiziere, um von der Mühe der Landwehr die Ehre zu ernten. Solche Unbill, die mit Harkort vielen anderen widerfuhr, verletzte die davon in ihrer Ehre Getroffenen aufs tiefste und blieb noch nach einem halben Jahrhundert unvergessen.

Der am 1. Mai begonnene Rückmarsch vollzog sich indessen nicht so rasch, wie die müden Krieger wünschten. Noch lag auf dem Wege zur Heimat die Festung Wesel, die seitens der Alliierten während des Feldzuges in den Niederlanden nur cerniert worden, unbezwungen da. Sie ergab sich im Mai und wurde am 9. Juni vom Märkischen Regimente besetzt. Harkort erhielt hier den Befehl, einen Teil der französischen Garnison von Hamburg, die sich, zum Verderben der unglücklichen Stadt, dort unter des schlimmen Davoust geschickter Führung bis nach abgeschlossenem Frieden gehalten hatte, über den Rhein zu eskortieren; drei Linien-Regimenter, 1600 Mann Douaniers und außerdem, wie er meldet, eine Menge von „deutsch-französischem Gesindel". Das ging denn bei dem heißblütigen jungen Leutnant nicht ohne Schwierigkeiten ab. Die ob der furchtbaren Niederlage ihrer für unüberwindlich gehaltenen Armee erbitterten Französischen Offiziere wagten es, die bewachende Preußische Mannschaft „Canaille" zu titulieren und rühmten sich, je einer der ihrigen werde mit fünf von Harkorts Leuten fertig werden. „Ich forderte," schreibt dieser, „den ärgsten Schreier; der blieb aber aus und so kam ich mit Ehren aus der Affaire."

Am 23. Juni endlich erfolgte der Abmarsch aus Wesel in die nahe Heimat, wo der wohlverdiente Eichenkranz und begeisterter Jubel der nach den Sammelplätzen geströmten Verwandten und Freunde die siegreichen Krieger begrüßte. Die beiden Harkorter Söhne wurden in Dortmund von dem Oheim Wm. Feldmann, einem angesehenen Kaufherrn der alten Reichsstadt, und dessen Gattin, der Schwester ihres Vaters, liebevoll empfangen. Doch es litt sie nicht lange an diesem gastlichen Herde; nach einer Rast von wenigen Stunden brachen sie spät abends auf, um zu Fuß das noch über vier Meilen entfernte Elternhaus zu erreichen. Von niemandem erwartet, gelangten sie in tiefer Nacht an das verschlossene Thor; die Hofesmauer mußte übersprungen werden, um bis an das Haus zu kommen. Alles schlief; nur Pollux allein, der alte getreue Jagdhund, wachte. Er erkannte, gleich Argos, dem Hunde des herrlichen Dulders Odysseus, die Stimmen seiner geliebten Jugendgefährten, und das von ihm erhobene unbezwingliche Freudengeheul erweckte endlich die Eltern, die in den nächsten Minuten die wiedergeschenkten Söhne an das Herz drückten.

Wenige Wochen vorher ging an Harkorten ein Triumphzug vorüber, dessengleichen die Enneperstraße niemals gesehen hatte und auch wohl nie wieder sehen wird. An einem sonnigen Maientage passierte die nach der Niederlage von Jena durch die Franzosen geraubte, nunmehr von den siegreichen Preußen aus Paris zurückgeholte Viktoria vom Brandenburger Thor auf ihrem Heimwege die damalige Landesgrenze Preußens zwischen Barmen und Schwelm. Fuhrleute aus der Normandie, also echte Franzosen, mußten den langen Wagenzug von Paris bis nach Berlin geleiten. Unermeßlicher Jubel begrüßte das herrliche wiedergewonnene Symbol Preußischer Ehre. Der ganze Landsturm, berichtet der „Hermann"*), aus der Stadt Hagen und ihrer Umgegend, die Behörden an der Spitze, zogen ihr bis an die Amtsgrenze entgegen; Flintenschüsse, Trommelwirbel, Freudengeschrei des nach so langer Leidenszeit froh erwachten Volkes erfüllten die Luft. Der Kreis Hagen, in welchem des eherne Bild der Göttin zuerst altpreußischen Boden berührte, war ja der nämliche, von dem 1806 jene berühmte patriotische Bittschrift an den König ausging; derselbe Bezirk, der vor wenigen Monaten erst das von ihm begehrte Landwehr-Bataillon freiwillig zum Dienste stellte. Seine Bewohner hatten deshalb vor allen anderen im Westen ein Recht, sich der erkämpften Befreiung zu freuen und zu jubeln. Von Hagen aus, wo der Siegeswagen über Nacht blieb, ging derselbe folgenden Tages über Herdecke nach dem Hellwege weiter, der fernen Hauptstadt entgegen, um dort am 7. August 1814, bei dem feierlichen Siegeseinzuge des Königs und der Truppen, die alte Ehrenstelle auf der Höhe des Brandenburger Thores wieder einzunehmen.

Die nächste Zeit brachte noch andere ebenso freudenreiche Tage. Am 18. Juli erwartete man in Hagen den Kronprinzen mit seinem Vetter, dem Prinzen Friedrich, auf der Durchreise nach Berlin. Die ganze meilenlange Häuserzeile der Enneperstraße war mit Blumen, Laubgewinden und Triumphbogen geschmückt; leider verschoben die Prinzen ihre Ankunft bis zum folgenden Tage. Doch statt ihrer tauchte urplötzlich Einer vor der harrenden festlichen Menge auf, an den niemand gedacht hatte — der alte Blücher! Der Jubel des sonst so ruhigen, ernsten Volkes, welches von nah und fern zum

*) Nr. 31 vom 17. Mai. Die erste Nummer des „Hermann, eine Zeitschrift von und für Westfalen", erschien am 1. Februar 1814, in Form und Inhalt dem Westfälischen Anzeiger ähnlich, redigiert von dem Prediger Aschenberg und dem Handelsschul-Direktor Stork. Das Blatt erwarb sich im Sauerlande wie im Bergischen sehr rasch eine angesehene Stellung.

Empfang der Königssöhne herbeigeeilt war und nun ganz unerwartet den weltberühmten Feldherrn, den Helden der Katzbach und Sieger von Leipzig vor sich sah, entzieht sich der Beschreibung. Blücher, als „Fürst von Wahlstatt“ aus Paris und London zurückkehrend, war seit langen Jahren schon eine echt volkstümliche Figur in Westfalen, wo er bis 1806 in Münster und Hamm als kommandierender General gelebt hatte. Vornehm und Gering im Lande erzählte sich von seinen kühnen Reiterstücken, tollen Streichen, originellen Redensarten, wie nicht minder von seiner Schlauheit, Gradheit, Grobheit und Ehrlichkeit. In Emmerich hatte er bei der großen Überschwemmung am 9. November 1800 durch eigene Hingebung einer ganzen Schiffer-Familie das Leben gerettet. Als er behufs Ausführung des Reichs-Deputations-Hauptschlusses Befehl erhielt, in Münster einzurücken, und das dortige streng österreichisch gesinnte Domkapitel durch einen ihm entgegen gesandten Notar feierlichen Protest gegen die Besitznahme des Bistums erheben ließ, hörte Blücher die lange Rede ruhig an und antwortete dann gutmütig: „Sehr schön, mein Freund! Macht den Domherren mein Kompliment, und da Ihr nun fertig seid, so wollen wir noch eine Flasche Wein trinken und dann rasch nach Münster hineinreiten, damit wir zur rechten Zeit vor Abend ins Quartier kommen!“ Solches jedermann verständliche Verhalten, bei dem sich Klugheit und ruhige Energie in wohlwollendster Form vereinigten, sein Haß gegen alle „Federfuchser“ und „Tintenklexer“ hatte ihn überall populär gemacht; auch seine soldatische Neigung für Wein, Weib und Würfel, seine Geldverachtung und Schuldenmacherei dieser Volksbeliebtheit nicht den mindesten Eintrag gethan. Und jetzt kam nach sechs kummervollen und einem großen Ruhmes-Jahre dieser nämliche Mann als unverwüstlicher Feldmarschall Vorwärts, als Überwinder des großen Napoleon, als erster Befreier des Vaterlandes hierher nach der Enneperstraße! Schon in Barmen, damals noch im fremden Lande, hatte das Volk ihm die Pferde ausgespannt, mit sehnigen Armen seinen Wagen über die Preußische Grenze gezogen und bei jeder Steigung der Straße diese Operation wiederholt. Der alte Held ließ sich das alles in bester Laune gefallen, — die Engländer hatten es jüngst ja noch toller mit ihm getrieben! — empfing in Hagen Lorbeerkranz und Ehrenwein, umarmte und küßte nach seiner Gewohnheit sämtliche weißgekleidete Jungfrauen und was ihm sonst noch wohlgefiel, begrüßte das über seine einfache, stramme und doch ehrwürdige Erscheinung entzückte, jubelnde Volk immer aufs neue und setzte dann, gut gefrühstückt, seinen Weg nach Osten fort. — Keiner der Anwesenden, am wenig-

sten er selbst, welcher am Ende seiner glorreichen Laufbahn zu stehen glaubte, ahnte an jenem Tage, daß noch vor Ablauf eines Jahres durch die Tapferkeit und Geistesgegenwart der ihn damals umjubelnden Märkischen Wehrmänner der alte Blücher vor französischer Gefangenschaft bewahrt werden würde.

Aus den fünf Westfälischen Regimentern wurde nach der Rückkehr in die Heimat eine von dem tapfern General von Steinmetz geführte Brigade gebildet, die zum Teil den Dienst in Wesel versah, während der Rest in den Depots der Provinz zerstreut oder beurlaubt war. Die Brüder Harkort erhielten abwechselnd Urlaub; Fritz führte vertretungsweise seine meistens in Altena einquartierte Kompanie. Das romantisch im engen Lenne-Thale gelegene Städtchen erschien den jungen Männern nach den schlechten holländischen und brabantischen Quartieren als ein wahres Capua. „Wir haben nichts zu thun und leben vergnügt wie die Könige," lautet die kurze desfallsige Meldung an die Braut. Alt und Jung beeiferte sich, den siegreichen Vaterlands-Verteidigern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen, insbesondere der patriotische weibliche Teil der Bevölkerung. In natürlicher Folge verlor denn auch der jüngere Bruder Gustav, ein dichterisch vorzüglich veranlagter Jüngling und allgemeiner Liebling, hier sein Herz an eine der schönen Töchter des Landes, die er nach einigen Jahren als sein glückliches Weib heimführte.

Friedrich hielt wie jedermann die große Kriegsperiode mit dem Sturze Napoleons für endgültig abgeschlossen, und glaubte sich demnach zur Nachsuchung seines Abschieds berechtigt. Nach mehrmonatlichem Warten traf jedoch im Dezember 1814 der unerwartete Bescheid ein: es könne erst nach Beendigung des Wiener Kongresses, dessen Beschlüsse damals ganz Europa ersehnte, der Abschied erteilt werden. In Wien waren die verfluchten „Diplomatiquer", wie Blücher sie titulierte, nur darüber einig gewesen, Deutschland uneinig und schwach zu erhalten; Preußen, trotz seiner riesenhaften Leistungen im Kriege, im Frieden so wenig als möglich zukommen zu lassen und den gott- und rechtlosen fürstlichen Absolutismus thunlichst in seinem früheren Umfange wieder herzustellen. Im übrigen zankten und intriguierten die sogenannten Alliierten weidlich untereinander, suchten einer dem andern die gemachte Beute abzujagen und kamen am Ende ihrer Friedensbestrebungen gar so weit, daß die Gefahr des Wiederausbruches des Krieges, diesmal unter ihnen selbst, drohend emporstieg*).

*) Am 3. Januar 1815 hatte Österreich mit England, Frankreich und den Mittelstaaten ein förmliches Bündnis gegen Preußen und Rußland abgeschlossen.

In dieſes unwürdige, alle wahren Vaterlandsfreunde anwidernde Gegenſtück zu der glorreichen, begeiſterten Volkserhebung von 1813 fielen plötzlich, gleich Bomben, die Schlag auf Schlag einander folgenden Schreckensbotſchaften: Bonaparte iſt am 1. März 1815 im Golfe von Juan bei Cannes gelandet — er hat Grenoble genommen — die Truppen gehen zu Napoleon über — er beſetzte am 9. Lyon — Ludwig XVIII. befindet ſich auf der Flucht — der Kaiſer iſt am 20. März in die Tuilerien eingezogen!

Europa, und namentlich Deutſchland, ſtand ſtarr vor Staunen und Beſtürzung. Ohne irgend welche zuverläſſige Kenntnis der wirklichen Zuſtände und der öffentlichen Meinung in Frankreich, lediglich auf dürftige Mitteilungen der unter ſtrenger Zenſur erſcheinenden wenigen deutſchen Zeitungen angewieſen, die ihrerſeits wieder nur aus offiziöſen Quellen der Pariſer Blätter ſchöpften, hatte man ſich in den angenehmen Glauben eingewiegt, Frankreich ſei glücklich über den Sturz des „blutigen Corſen“, welcher ſo viele Hunderttauſende von Landeskindern ſeinem Ehrgeize geopfert, und vollſtändig zufrieden mit der Wiedereinſetzung ſeines alten „rechtmäßigen“ Herrſchergeſchlechts. Hatte man doch ſogar in Kaſſel buchſtäblich Freudenthränen vergoſſen beim Einzuge des geldgierigen, kieſelherzigen Kurfürſten, des ſogenannten „Siebenſchläfers“, mit ſeinem Zopf und Kropf, mit Haarbeutel und Fuchtel; — warum ſollte nicht, dachte man, auch in Frankreich Zufriedenheit herrſchen mit dem jetzigen Zuſtand der Dinge und der Rückkehr der „väterlichen“ Bourbons? Der Gedanke, Napoleon ſei weſentlich deshalb das vergötterte Oberhaupt des Franzöſiſchen Volkes geworden, habe deshalb ſeine ungeheure Gewalt errungen und viele Jahre behauptet, weil er im Guten wie im Böſen alle Franzöſiſchen Volks-Leidenſchaften und -Eigenſchaften in ſeiner Perſon repräſentierte, weil die Nation ihm dankbar war für die Beſeitigung des Feudalismus und ſeine große, gleiches Recht für alle ſchaffende Geſetzgebung, weil es ſeine Eroberungs- und Herrſchbegierde, ſeinen Größenwahn vollſtändig teilte — dieſer naheliegende Gedanke gelangte nur in wenigen deutſchen Köpfen zur Klarheit. Die ungeheure Mehrheit war urteilslos und blind geworden durch ihren grimmigen Haß gegen den ſtolzen Machthaber, welcher ganz Europa mit den Heeren Frankreichs überzogen und ſeinen Soldatenſtiefel allen Beſiegten gleich ſchwer auf den Nacken geſetzt hatte.

So groß allerorten die Beſtürzung über Napoleons glücklichen Handſtreich geweſen, ebenſo raſch erholte man ſich von ihr; am raſcheſten an der entſcheidenden Stelle ſelbſt, auf dem Kongreſſe in

Wien. Den hier versammelten Fürsten und ihrer aristokratischen Umgebung erschien der Corse nicht bloß als der gefürchtete Eroberer, sondern vor allem auch als der verabscheute Repräsentant des dritten Standes, welcher die Frechheit gehabt hatte, seinen selbst errichteten revolutionären Thron über ihre eigenen zu erhöhen, Könige und Fürsten zu Dutzenden ab- und einzusetzen. Der Haß der legitimen Monarchen war also ein doppelt tiefer; seiner Tiefe entsprach die Energie, mit der sie zur abermaligen Gegenwehr schritten. Schon am 13. März, noch vor Napoleons Einzug in Paris, erließen sämtliche verbündeten Mächte ein Manifest, welches in der Erklärung gipfelte, Bonaparte habe sich von den bürgerlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen ausgeschlossen und als Feind und Störer der Ruhe der Welt den öffentlichen Strafgerichten preisgegeben. Damit war der Imperator rechtlos gemacht und in den europäischen Bann gethan. Gleichzeitig erging an alle noch auf dem Kriegsfuße stehenden Truppen der Befehl, abermals westwärts vorzumarschieren. Eine Million bewaffneter Krieger sollte in Frankreich einrücken. Die Österreicher und Bayern am Ober-, die Preußen am Niederrhein, zwischen beiden die am weitesten entfernten Russen; die Engländer von den Niederlanden aus.

General von Steinmetz berief sämtliche Beurlaubte am 28. März auf den 6. April nach Wesel ein, und wenige Tage später schon konnte er bekannt machen, daß seine Brigade zur Armee abmarschiert sei und die Grafschaft Mark sich abermals ausgezeichnet habe in pünktlicher und untadelhafter Gestellung aller Mannschaften und Bedürfnisse. Der Landesdirektor von Romberg in Dortmund, zur französischen Zeit Präfekt des Bergischen Ruhr-Departements, schloß sich dieser wohlverdienten Anerkennung mit dem Bemerken an: die Mark stehe „an erster Stelle unter den Westfälischen Provinzen". Auch alle übrigen preußischen Truppen rückten mit einer für die damaligen Verhältnisse unvergleichlichen Schnelligkeit nach der französischen Grenze vor. Am 10. April 1815 war Blücher noch in Berlin und schon am 19. konnte er sein Hauptquartier in Lüttich aufschlagen. Tags zuvor hatte er über das Märkische Landwehr-Regiment in Jülich Heerschau gehalten und mit den Worten: „Das sind meine Westfalen, Kerls wie von Eisen!" den ihm zujubelnden Soldaten seine Zufriedenheit zu erkennen gegeben.

Die Leutnants Harkort I und II — so wurden die Brüder Friedrich und Gustav in den Listen bezeichnet — hatten am 26. März von Eltern und Braut Abschied genommen und sich nach Wesel begeben. Sie gehörten fortdauernd dem zweiten (Füsilier-) Bataillon

des Märkiſchen Regiments an, welches der erſten Brigade (Steinmetz) des erſten Armee-Korps (Ziethen) zugeteilt wurde. „Was zum Kriege gehört, habe ich ſo ziemlich mitgemacht!“ meinte Friedrich in einem Briefe an ſeine Braut, als er dieſer im April 1814 von Mecheln aus den eingetretenen Waffenſtillſtand und die bevorſtehende Rückkehr in die Heimat meldete. Er ſollte bald erfahren, wie wenig jene zahme Kampagne zwiſchen den ſtillen Holländiſchen Kanälen und Dämmen zu vergleichen war dem furchtbaren Kampfe, welchem er, und viele Tauſende mit ihm, auf dem alten Kriegsſchauplatze der Süd-Brabantiſchen Felder entgegenging!

Auf Seiten der Verbündeten herrſchte Ende April allgemein die Anſicht, Napoleon werde, ſeiner gewohnten Taktik treu, ſich ſo ſchnell wie möglich auf die ihm gegenüber aufmarſchierenden Armeen ſtürzen und ſie mit raſchen wiederholten Gewaltſtößen zu ſchlagen ſuchen, ehe Ruſſen und Öſterreicher zur Stelle ſein könnten. Man eilte deshalb in beſchleunigten Märſchen nach der franzöſiſchen Grenze und ſtellte ſich hier, parallel zur Maas und Sambre, an der Seite der von dem Feldmarſchall Wellington kommandierten Engliſch-Niederländiſchen Armee auf. Jedes der beiden Heere zählte über 100000 Mann; dasjenige Blüchers ausſchließlich Preußiſche Landeskinder, während Wellington, neben 35000 geworbenen Engländern und Irländern, ſämtliche Holländiſch-Belgiſche, ſowie die Hannoverſchen, Braunſchweigiſchen und Naſſauiſchen Korps und die in Spanien kriegserprobte ſogenannte Engliſch-Deutſche Legion unter ſeinem Befehle hatte. Die Kantonnements der Engliſchen Armee erſtreckten ſich in gefährlicher Länge von der Meeresküſte und der Schelde bis nahe an die Sambre; jene des Blücherſchen Heeres von dort über Namur hinaus bis Lüttich. Dieſe außerordentlich lange Front der Engliſch-Deutſchen Armee verſchaffte dem Franzöſiſchen Schlachtenmeiſter Gelegenheit zu dem für die Preußen ſo unheilvollen Überfalle, welchen er an den Tagen des 15. und 16. Juni ausführte.

Vorläufig blieb noch auf Wochen hinaus alles ſtill. Napoleon verlor viel koſtbare Zeit mit Inſcenierung einer vor den ſchauluſtigen Pariſern aufgeführten konſtitutionellen Komödie (Acte additionel, Kammer-Wahlen, Maifeld u. dgl.), die ſowohl den Franzoſen wie dem Auslande Sand in die Augen ſtreuen und die Welt glauben machen ſollte, dem alten Löwen ſeien die Zähne ausgefallen und er beabſichtige allen Ernſtes, aus einem Soldaten-Kaiſer ein „roi-fainéant“, ein verfaſſungsmäßiger Nichtsthuer-König zu werden. Gleichzeitig ſandte er geheime Unterhändler an ſeinen Schwieger-

vater, den Kaiſer Franz von Öſterreich, welche den Frieden mit den Verbündeten vermitteln und die Anerkennung ſeiner wiederhergeſtellten Herrſchaft über Frankreich herbeiführen ſollten. In ſeiner augenblicklichen Bedrängnis erbot er ſich ſogar, den Pariſer Frieden von 1814 anzuerkennen, keinen Krieg wieder zu beginnen und treu zu Öſterreich zu halten. Solche Verſicherungen fanden indeſſen nirgendwo Glauben. Man erinnerte ſich auf ſeiten der Alliierten zur rechten Zeit der wehmütigen Klage des Erſten Konſuls nach dem Abſchluß des Friedens von Amiens: was nun aus ihm werden, was er anfangen, womit ſich beſchäftigen ſolle? „Die Regierung Frankreichs bedarf großer Thaten, bedarf des Glanzes und demnach des Krieges, um eine imponierende Stellung zu behaupten. Sie muß die erſte von allen ſein oder ſie geht zu Grunde!“ Was der Konſul damals ausgeſprochen, war noch heute des Kaiſers innerſte Überzeugung und er würde unzweifelhaft ihr entſprechend gehandelt haben, wenn ſeine Gegner ihm Zeit ließen, ſich von neuem auf dem Throne Frankreichs zu befeſtigen. Nach allem, was in den beiden letzten Jahrzehnten vorgefallen, erſchien zwiſchen ihm und dem alten Europa kein Friede mehr möglich.

Die Brigade Steinmetz war im Blücherſchen Heere auf dem äußerſten rechten Flügel, unmittelbar an den linken Flügel der Engländer anſchließend, aufgeſtellt worden. Ihr Führer lag zu Fontaine l'Evêque; der Kommandeur des erſten Armeekorps, Ziethen, in Charleroi. In einem vom 24. Mai aus Mont Saint-Aldegonde bei Binche (5 Stunden öſtlich von Mons) datierten Briefe ſchrieb Harkort ſeiner Braut: „Noch immer tiefſte Waffenruhe! Ich liege hier ganz allein auf der äußerſten Grenze mit einer halben Kompanie und ſchreibe aus Langeweile Epigramme. Schon ſeit länger als drei Wochen ſind wir weder Tag noch Nacht aus den Kleidern gekommen und jede Nacht iſt mein Hauptquartier in einer Scheune. Sonſt viel Dienſt, kein Feind, ſchmale Küche und wenig Geld — ſind das nicht tröſtliche Ausſichten?“

Man zog auf höhern Befehl die Truppen während der Nacht kompanieweiſe zuſammen, um ſie vor möglichen Überraſchungen zu ſchützen und im Falle eines unvermuteten Angriffs beſſer zur Hand zu haben. Außer dieſer unbedeutenden Maßnahme geſchah bis zum 13. Juni nichts Weſentliches für die ſo dringend gebotene beſſere Zuſammenfaſſung beider Armeen. Blücher drängte zwar von Namur aus zum alsbaldigen Angriff; Wellington aber, deſſen Haupt-

quartier in Brüſſel lag, hielt ihn zurück. Irregeführt durch den Franzöſiſchen Polizei-Miniſter, den Verräter Fouché, welcher mit ihm in fortwährender Verbindung ſtand, hielt ſich der Engliſche Heerführer überzeugt, Napoleon wolle keinenfalls vor dem 1. Juli zum Angriff ſchreiten und es bliebe alſo in der zweiten Hälfte Juni noch Zeit genug, die zerſtreuten Korps zu vereinigen. Außerdem ging Wellington von der beſtimmten Vorausſetzung aus, Napoleon werde ſich zuerſt auf ihn, als den durch Feldherrnkunſt und Truppenbeſchaffenheit weitaus bedeutendſten Gegner, ſtürzen. Dem durch zahlreiche Kundſchafter vortrefflich bedienten Franzoſen-Kaiſer war dieſe ebenſo unbegründete wie hochmütige Vorausſetzung des Engländers genau bekannt; nicht minder der ſchwere Fehler, welchen die Befehlshaber beider Armeen durch die weitverſtreute Aufſtellung ihrer Korps begangen hatten. Darauf baute er ſeinen Plan. Statt den langſam operierenden Wellington beſchloß Napoleon — in Wiederholung ſeiner genialen und erfolgreichen Operation gegen das Heer der Verbündeten im Februar 1814 — zunächſt den bei weitem gefährlichſten ſeiner Feinde, den kühnen, raſchen und ausdauernden Blücher, zu überfallen, zu ſchlagen, von dem Engliſchen Heere abzudrängen und erſt dann das letztere anzugreifen. Genau an der Stelle, wo die Franzöſiſche Armee in die Preußiſchen Linien einbrechen wollte, hatte die Brigade Steinmetz Aufſtellung genommen.

Schon am 13. Juni war es den Vorpoſten vom erſten und zweiten Weſtfäliſchen Regimente (Markaner und Minden-Ravensberger) klar, daß ſich auf der Franzöſiſchen Seite Bedeutendes vorbereite. Die desfallſigen Meldungen vermochten indeſſen nicht, die Preußiſchen Generalſtäbe aus ihrer ſichern Ruhe aufzuſchrecken; im Gegenteil: Ziethen ſetzte auf den 15. eine große Parade ſeines Korps an. Am 14. erſcholl heftiger Kanonendonner — womit die Feſtung Avesnes, am Jahrestage der Siege von Marengo und Friedland, die Ankunft ihres Kaiſers begrüßte — von jenſeits der Grenze nach der Sambre hinüber. Statt dieſe laute Drohung zu beherzigen, brachten die Preußiſchen Führer den vernommenen Kanonendonner mit der feierlichen Verteilung neuer Regiments-Adler in Maubeuge in Verbindung. Erſt als am 14 abends ſich die lange Feuerlinie des Franzöſiſchen Lagers vor den Augen der weit zerſtreuten Preußiſchen Vorpoſten ausdehnte, konnte kein Zweifel mehr darüber herrſchen, wen man vor ſich habe. Der Beginn des großen Entſcheidungskampfes ſtand unmittelbar bevor.

Das erſte Weſtfäliſche Landwehr-Regiment lag an jenem Tage zwiſchen Charleroi und Thuin; die Füſiliere noch darüber weſtlich

hinaus in Lobbes an der Sambre*). Bei Anbruch des Tages vom 15. Juni rückte die Französische Armee, gegen 120000 Mann stark, unter dem Oberbefehle des Kaisers über die Grenze und stürzte sich mit gewohntem Ungestüm auf das erste Preußische Armeekorps. Ihr Marsch ging von Beaumont teils gerade aus nach Charleroi, Ziethens Hauptquartier, teils seitwärts auf Thuin, um die am meisten exponierte Brigade Steinmetz abzuschneiden. Das Ravensbergische Füsilier-Bataillon vom zweiten Regiment (berühmt unter dem Namen „Hacketäuer" d. i. die Draufschlager) hielt den ersten Stoß mit großem Mute aus, mußte aber endlich der immer stärker nachdrängenden Übermacht weichen und sich mit dem Bajonette Raum zum Rückzuge schaffen. So eröffnete, schreibt Harkort, Westfälische Landwehr, die noch nie im Feuer gestanden, den Reigen**): dieselbe Truppe, welche drei Wochen später unter den Mauern von Paris die letzten Schüsse in diesem blutigen Kriege abgeben sollte. Der Hauptangriff der Franzosen war zunächst auf das westlich dicht bei Charleroi gelegene Dorf Marchiennes-au-pont und den dortigen wichtigen Sambre-Übergang gerichtet. Unvorsichtiger Weise ohne genügende Befestigung gelassen, fiel die Brücke bald in Feindes Hand, und damit erschien die Brigade Steinmetz strategisch bereits überflügelt. Schon vorher war dieser für den Fall einer Rückwärtsbewegung das nordwestlich gelegene Fontaine l'Evêque als Sammelplatz bezeichnet. Das im äußersten rechten Flügel stehende und am schwersten bedrängte Füsilier-Bataillon des ersten Regiments vermochte

*) Die Offiziere des zweiten Bataillons durchwachten die Nacht. Hauptmann Alexander von Elverfeldt aus dem Hause Steinhausen, Harkorts Kompanieführer, hatte ein Pferd verkauft und seine Kameraden eingeladen, das Kaufgeld mit ihm in fröhlichem Gelage zu verzehren. Als dies mit der Hälfte des Geldes gelungen war und nun der sorglose, joviale Gastgeber verlangte, auch dem Reste vollends den Garaus zu machen, widersetzte sich Harkort diesem Vorschlag und bewog den Freund, die übriggebliebenen Goldstücke als Notpfennig für die Kompanie in seine Uniform einzunähen. Am folgenden Tage fiel der tapfre Elverfeldt schwer verwundet in vorübergehende französische Gefangenschaft, mit ihm als hochwillkommene Beute seine nicht sorgfältig genug versteckten Doppel-Carolin. Nach einer Trennung von mehr als vier Jahrzehnten begegneten sich der damalige Kapitän und sein Leutnant, beide Greise geworden, zum erstenmal wieder nach dem denkwürdigen Abende des 14. Juni 1815. Die alten Kriegskameraden waren tief gerührt und erfreut bei der unvermuteten Begegnung; — aber, sprach Elverfeldt, ich kann es Dir doch noch heute nicht vergessen und vergeben, wie Du durch Dein dienstwidriges Dreinreden damals Schuld gewesen bist, daß wir nicht, wie ich wollte, das ganze Geld für mein Pferd sofort vertranken und es infolgedessen den verdammten Franzosen in die Hände fiel!

**) Harkort, „Die Zeiten des ersten Westfälischen Landwehr-Regiments", S. 145.

indeſſen den genannten Ort nicht mehr zu erreichen und mußte ſchleunigſt quer durch die hochſtehenden Saaten nach dem nördlich von Charleroi an der großen Brüſſeler Chauſſee gelegenen Städtchen Goſſelies ſeinen Rückzug antreten, um ſich dort mit andern Teilen des Ziethenſchen Korps zu vereinigen. Ermattet von der gewaltigen Anſtrengung — die Truppen waren ſeit Tagesanbruch alarmiert, hatten nicht abgekocht, trugen ſogar für die zum 15. Juni angeſagte große Parade die Uniform auf dem Torniſter und befanden ſich ſtundenlang durch Feld und Wald auf dem Marſche — ruhte das Bataillon hier zwei Stunden aus. Mittlerweile war, um Steinmetz den Rückzug abzuſchneiden und die große Brüſſeler Straße zu beſetzen, Franzöſiſche Kavallerie vor Goſſelies angekommen und das Korps von Reille rückte auf das ſüdwärts vorgelegene Dorf Jumet los. Nicht unterrichtet von der Stärke des Feindes, erteilte General v. Steinmetz dem Füſilier-Bataillon des erſten Weſtfäliſchen Regiments Befehl, die unterbrochene Verbindung zwiſchen der erſten und zweiten Brigade wiederherzuſtellen und den Gegner zurückzuwerfen. Wir geben die Beſchreibung dieſes Todesganges mit Harkorts eigenen Worten:*)

„Goſſelies ward umgangen, Jumet auf Nebenwegen erreicht; das Bataillon marſchierte in Kolonne und mit vorgezogenen Schützen.

Mit Hurrah und Gewehr rechts wurden die feindlichen Tirailleure auf ihre Maſſen zurückgedrängt.

Am Ausgange des Dorfes hatten ſich zwei Bataillone von der ſechſten Diviſion unter Hieronymus Bonaparte aufgeſtellt, welche ein mörderiſches Feuer auf die Füſiliere unterhielten, welches nach Möglichkeit erwidert wurde, während friſche Kolonnen mit klingendem Spiele unter dem mächtigem Rufe „Vive l'Empereur!“ nachrückten. In dieſem ungleichen Kampfe ſank Leutnant Noot tödlich getroffen; er ſtarb am 21. in Charleroi. Hauptmann von Elverfeldt rief: „Vorwärts, wer mich lieb hat!“ Er und Leutnant Haardt blieben ſchwer verwundet auf der Wahlſtatt; Leutnant Harkort I. verwundet; Leutnant Scherbening, zu weit mit ſeinem Zuge vorgedrungen, umringt und gefangen; das Bataillon verlor in dieſem ungleichen Kampfe ein Drittel ſeiner Mannſchaft.

Major von Gillhauſen befahl den Rückzug, welcher leider durch das lange maſſive Dorf unter dichtem Kugelregen erfolgte. Leutnant Harkort II erſchoß den Adjutanten des zunächſt verfolgenden Bataillons**).

---

*) A. a. O. S. 147 ff.

**) Die Leutnants waren während des Krieges auch mit Büchſen bewaffnet.

Die Schützen konnten sich nicht rasch genug loswickeln und wurden westlich abgedrängt in Wiesen und Gärten. Unter fortwährendem verderblichem Kampfe erreichten die letzten unter Harkort I. Gosselies in dem Augenblicke, wo die Tirailleure des zwölften (Brandenburgischen) Regiments sich zum Abmarsch anschickten. Jenseits Gosselies nahm die Kavallerie des Oberstlieutenant von Lützow*) die Ermüdeten auf, welche durch das feindliche Geschütz noch einigen Verlust erlitten.

Das Bataillon stieß vor dem Defilee von Heppignies zu den Schlesischen Schützen, stellte sich später hinter denselben auf und sandte noch Freiwillige gegen den Feind. Seit 3 Uhr morgens unterm Gewehr, auf dem Marsche und im Gefechte, ward abends spät das Bivouac von St. Amand bezogen.

Der Brigadebefehl machte bekannt, daß man die Nichtbesetzung der Defileen von Heppignies von seiten des Feindes und den ungehinderten Durchgang nur dem zweiten Bataillon des ersten Regiments durch den Angriff auf Jumet zu danken habe."

Seine eigenen Thaten fertigt der Verfasser obiger Darstellung des blutigen Gemetzels mit den drei Worten ab: „Leutnant Harkort I. verwundet." Bewundernde Kampfgenossen dagegen berichten übereinstimmend, daß er gleich im Beginn des Gefechtes einen Schuß durch das Fleisch der Brust unter der linken Schulter bekam; doch kühnen Mutes fortfuhr, sich am Kampfe zu beteiligen. Später gelang es ihm, das Pferd seines inzwischen schwer verwundeten und gefangenen Kapitäns von Elverfeldt zu ergreifen. Kaum im Sattel sitzend, fuhr ihm ein zweiter Schuß durch den linken Oberschenkel; glücklicherweise ohne einen Knochen zu verletzen. Trotz der doppelten Verwundung sich auf dem Pferde haltend, brachte er die letzten Nachzügler seines Bataillons glücklich nach Gosselies, das jedoch schleunigst geräumt werden mußte, als nachmittags das ganze Korps des Marschall Ney auf dem Wege von Quatrebas dort anlangte. Zwischen Gosselies und Heppignies zerschlug eine dritte Kugel unserm jungen Helden die Säbelkoppel, eine vierte fuhr durch den Rock und eine fünfte blessierte sein Pferd am Fuße. Endlich von Blutverlust und Anstrengung erschöpft, ließ er sich verbinden und über Namur nach Mastricht bringen, wo wir ihm später wieder begegnen werden. Seine Brigade, die furchtbar gelitten hatte, zog sich in östlicher Richtung weiter zurück, um sich bei Sombreffe mit den übrigen Preußischen Korps zu vereinigen.

*) Der bekannte Freikorpsführer von 1813.

Der geniale Plan Napoleons, sich gleich am ersten Tage mit Übermacht zwischen die in weitläufigen Kantonnements zerstreuten feindlichen Armeen zu werfen, ihre Vereinigung unmöglich zu machen und sie dann vereinzelt zu schlagen, war, trotz der Überwältigung des Blücherschen rechten Flügels, gescheitert. Die Schuld dieses Mißlingens traf einesteils die Französischen Unterbefehlshaber, welche nicht so rasch vordrangen, als der Kaiser dies berechnet hatte; zum anderen und größeren Teile ist dieselbe dem zähen, tapfern Widerstande beizumessen, welchen das überraschte Ziethensche Korps nicht nur bei Jumet, sondern auch bei Gilly, östlich von Charleroi, dem vierfach überlegenen Gegner leistete. Dadurch erlangte der Preußische Oberfeldherr den unschätzbaren Vorteil, den eigenen Fehler zu großer Zerstreuung seiner Truppen wieder gut machen, sich mit drei Armeekorps Napoleon quer in den Weg legen und durch Annahme einer Schlacht am folgenden Tage auch Wellington die nötige Frist verschaffen zu können, das englisch-niederländische Heer zum großen Entscheidungskampfe heran zu bringen.

Blücher hatte am 15. Juni, während Ziethen dem unerwarteten Angriff der Franzosen so heldenmütig stand hielt, die beiden Korps von Pirch und Thielmann gesammelt und sie nach Sombreffe, einem nordöstlich von Charleroi an der Straße von Brüssel nach Namur gelegenen Orte, dirigiert. Dorthin sollte auch das IV. Korps unter Bülow, dessen Hauptquartier noch in dem weit entlegenen Lüttich stand, marschieren, um hier am 16. Juni die Vereinigung der ganzen Preußischen Armee zu vollenden. Teils Mangel an Energie auf Seiten Bülows, teils dessen Abneigung gegen den Blücherschen Generalstab*) hatten das schwere Mißgeschick im Gefolge, daß am bestimmten Tage das IV. Korps nicht zur Stelle sein konnte. Desungeachtet, und trotz seiner entschiedenen Minderzahl gegenüber der Französischen Armee, beschloß Blücher doch, die letztere unbedingt in ihrem Vormarsch aufzuhalten und eine Einzelschlacht anzunehmen. Zwar versprach der Englische Feldherr, mit einem schnell zusammengerafften Teile seiner Truppen Blücher zu Hilfe zu eilen; vermochte diese Zusage jedoch nicht zu erfüllen, weil er selbst am nämlichen Tage durch den Marschall Ney bei Quatrebas angegriffen wurde.

Napoleon vermutete Blücher immer noch in Namur und war höchst erstaunt, als er am Mittag des 16. von Fleurus nach Osten vorrückte, seinen Todfeind mit drei vollen Armeekorps auf den

*) H. Beitzke, „Die Geschichte des Jahres 1815," S. 98 ff.

Feldern von Sombreffe, bei den Dörfern Ligny und St. Amand, ſich gegenüber zu finden. Erſt um ½3 Uhr nachmittags befahl der Kaiſer den Beginn der Schlacht, die eine der blutigſten des Jahrhunderts werden ſollte. Von beiden Seiten wurde mit größter Tapferkeit gefochten, die Dörfer wiederholt mit ſtürmender Hand genommen und wieder verloren. Die Brigade Steinmetz, welche bei St. Amand, dem wichtigen rechten Flügel der Preußiſchen Stellung, focht und ſchon tags vorher im Kampfe gegen die Franzöſiſche Übermacht ſchwerſte Verluſte erlitten hatte, büßte binnen wenigen Stunden 46 Offiziere und 2300 Mann ein und mußte in eine Reſerveſtellung zurückgezogen werden. Um 5 Uhr ſtand die Schlacht günſtig. General von Ziethen drang bei St. Amand glänzend vor; erſchien jetzt die verſprochene Engliſche Hilfe, ſo gehörte der Tag den Deutſchen. Doch dieſe Hilfe blieb, wie bereits erwähnt, leider aus, aber auch auf Franzöſiſcher Seite das Korps von Drouet d'Erlon, deſſen unvermuteter Angriff auf den Preußiſchen rechten Flügel den Sieg unzweifelhaft an die Franzöſiſchen Adler geheftet haben würde. Um endlich eine Entſcheidung zu erringen, führte Blücher alle Kräfte bei St. Amand ins Gefecht, entblößte jedoch gleichzeitig das Dorf Ligny und bot dadurch dem Franzoſenkaiſer die Möglichkeit, an dieſer Stelle einen jener überraſchenden Gewaltſtöße auszuführen, die ihm ſchon ſo oft den Schlachtenlorbeer verſchafft hatten. Mit 8 Bataillonen Garde und mehreren Reiterregimentern brach Napoleon um 8½ Uhr bei eintretender Dämmerung durch eine Lücke in der feindlichen Stellung, die dortigen erſchöpften Preußiſchen Truppen trotz tapferſter Gegenwehr vor ſich niederwerfend. In aller Eile ſtellte ſich Blücher ſelbſt an die Spitze einiger Schwadronen, vermochte indeſſen den wütend anſtürmenden Feind nicht aufzuhalten; ſein Roß wurde tödlich verwundet, er ſelbſt im Sturze unter das verendende Tier geſchleudert. Zum Glück für den bewußtlos gewordenen Feldherrn ſprengten die verfolgenden Franzöſiſchen Eiſenreiter unter dem jauchzenden Rufe: Vive l'empereur! à Berlin, à Berlin! achtlos an dem Geſtürzten vorüber. Doch ihr Siegeslauf ſollte nicht lange währen — der Tag des Ruhmes für die tapfern Söhne der treuen Mark war gekommen*).

Wegen ſeiner enormen Verluſte bei Jumet hatte man das Füſilierbataillon des 1. Regiments zur Deckung des Dorfes Bry

*) Beitzke, „Geſchichte des Jahres 1815", S. 174, und Harkort, „Geſchichte des erſten Weſtfäliſchen Landwehrregiments", S. 170 ff.

zurückgelaſſen. Als abends nichts mehr für dieſe Stellung zu beſorgen war, viele Zerſprengte aber und retirierende Kavallerie Unglück und drohende Gefahr ahnen ließen, ging der Kommandeur von Gillhauſen auf dringenden Wunſch ſeiner Mannſchaft unter dem Schutze der Dämmerung in der Richtung auf Ligny vor. Wenige Minuten ſpäter ſah man jene Küraſſiere, welche Blücher über den Haufen gerannt hatten und nun auf zurückgehende Pommerſche Infanterie einhieben, heranſprengen. Raſch entſchloſſen gab das Bataillon eine furchtbare Salve ab auf die keinen Widerſtand mehr ahnende feindliche Kavallerie, welche raſſelnd zerſtäubte. Das gleiche Schickſal erwartete ein folgendes Küraſſier-Regiment und eine Abteilung berittener Garde-Jäger. Dreimal hintereinander wurden die mit immer größerer Wucht und Wut erneuerten feindlichen Kavallerie-Angriffe von den unerſchütterlichen Markanern zurückgeſchlagen. Dieſen gelang es ſogar, drei verlaſſene Preußiſche Geſchütze zu retten und einen Adjutanten Napoleons gefangen zu nehmen. Das erſte Bataillon des erſten Regiments ſowie die Weſtfäliſche Landwehr-Kavallerie hatte ſich während dieſer Vorgänge nicht weniger brav gehalten, namentlich die letztere viele von ihren Korps abgekommene, im Felde umherirrende Reitertrupps geſammelt*), in Gemeinſchaft mit dieſen den Feldmarſchall nebſt ſeinem Adjutanten Noſtiz aufgefunden und in Sicherheit gebracht. Der Chirurgus des Hagenſchen Bataillons leiſtete dem Oberfeldherrn die erſte Hilfe**). Seinen treuen Weſtfalen, den „Kerls wie von Eiſen!“ verdankte der alte Held Rettung aus ſchmählicher Gefangenſchaft; ſie waren es, die nach verlorener Schlacht die Preußiſchen Fahnen noch in letzter Stunde ſiegreich emporhielten und deren Ausdauer den Rückzug hauptſächlich ſicherte. Größere Ehre zu erwerben, war nicht möglich, Stolz und Siegesmut blitzte aus aller Augen. Endlich machte die hereinbrechende Nacht der furchtbaren Blutarbeit des langen Sommertages ein Ende.

Die Schlacht, welche dem Preußiſchen Heere 12000 tapfere Soldaten koſtete, war verloren. Verfolgte Napoleon am Abend des 16. Juni oder auch noch am folgenden Tage ſeinen ſchwer erkämpften Sieg mit jener Energie, wie man ſie früher an ihm gewohnt war und wie ſie zwei Tage ſpäter ſein Gegner bei Belle-Alliance entwickelte, ſo erreichte er mit größter Wahrſcheinlichkeit das ſtets angeſtrebte große Ziel, Blücher von Wellington abzudrängen

*) Beitzke a. a. O. S. 173.

**) Zeitſchrift „Hermann“, Jahrgang 1815, S. 470.

und beide vereinzelt zu schlagen. Aber auch seine Truppen waren zu Tode erschöpft und bedurften der Ruhe. Sie kampierten in der Nacht auf dem Schlachtfelde; die Preußen, welche das neckende „Urrah“ der Sieger hören konnten, in ganz geringer Entfernung von ihnen. Durch falsche Berichte irregeführt, gelangte Napoleon am nächsten Morgen zu der Ansicht, das Preußische Heer zöge sich, thatsächlich demoralisiert und völlig geschlagen, über Namur und Lüttich direkt nach dem Rheine zurück und überließe seine Verbündeten ihrem Schicksale. Er schickte infolge dieses schweren, seinen Untergang herbeiführenden Irrtums nur ein schwaches Korps unter Grouchy zur Verfolgung Blüchers ab, rastete mit seinem Heere am 17. und wendete sich dann gegen die Engländer.

Die entscheidende Schlacht mit der englischen Armee erwartete der Kaiser erst am 19. Juni vor den Thoren von Brüssel und lebte in großer Sorge, Wellington werde ihm vorher nicht stand halten. Dieser hatte sich jedoch nach einem am 16. bei Quatrebas, nordwestlich von Ligny, stattgefundenen scharfen Gefechte, in welchem der tapfere Herzog von Braunschweig-Öls fiel, auf die Höhen von Mont Saint-Jean begeben und hier, zu beiden Seiten der Brüsseler Heerstraße, eine feste Stellung eingenommen. Durch den zu ihm kommandierten Preußischen General Müffling war der Englische Oberbefehlshaber davon unterrichtet, daß Blücher, anstatt in der Richtung nach dem Rheine zurückzugehen, nordwärts marschiert sei, um unter allen Umständen Fühlung mit dem Englischen Heere zu behalten. Im Laufe des 17. empfing er auch von dem seine Niederlage und die eignen körperlichen Schmerzen vergessenden Heldengreise die feste Zusage, im entscheidenden Momente auf dem Schlachtfelde einzutreffen.

Unter solchen Verhältnissen ein solches Versprechen zu geben und zu halten, dazu gehörte ein Feldherr wie der alte Blücher und ein Heer wie das Preußische. Unmittelbar nach dem Verluste der Ligny-Schlacht befahl Gneisenau, in Vertretung des Feldmarschalls, den Rückzug in der Richtung nach der Englischen Stellung hin anzutreten. Die zerstreuten Truppen wurden möglichst noch in der Nacht gesammelt und bei Tagesanbruch des 17. Juni, das Ziethensche Korps vorauf, der Marsch nordwärts nach Wavre angetreten. „Unter den Vermißten,“ bezeugt der Preußische Generalquartiermeister von Grolman*), „befand sich fast niemand aus den (alt-

*) Die Familie Grolman stammt, gleich der russischen Ostermann, aus Bochum.

preußiſchen) Landen der Mark, Cleve, Minden und Ravensberg.“ Unendlicher Regen fiel in Strömen herab; ohne Stroh, ohne Hütten, ohne Feuer und faſt ohne Lebensmittel lagen die ermüdeten Truppen, die zwei Tage hintereinander die blutigſten Kämpfe durchgemacht hatten, in Schlamm und Waſſer hingeſtreckt. Der 73jährige, ſchwerverletzte Blücher ruhte während der Nacht auf Stroh in einem elenden Bauernhauſe; an einigen Orten wurde er ſchon zu den Toten gerechnet. Als man ihn aber leiſe zu fragen wagte, ob er nicht das Kommando niederlegen wolle, fuhr der Alte wütend auf: „Ehe ich den Befehl aufgebe, will ich mich lieber auf dem Pferde anbinden laſſen!“ und unter ungeheuerem Jubel zeigte ſich der unverwüſtliche Recke nach wenigen Stunden ſeinen Truppen wieder zu Roß und ritt, trotz andauernder heftiger Schmerzen, in ihrer Mitte $2^1/_2$ Meilen bis nach Wavre, wo die Truppen während der Nacht lagerten und das ſehnſüchtig erwartete Bülowſche Korps ſich endlich mit ihnen vereinigte. Wäre dieſer wichtige Heeresteil, wie es beſtimmt war, noch rechtzeitig in Ligny eingetroffen, ſo würde dieſer Tag mit einem Siege der Preußen, ſtatt mit einer Niederlage geendet haben. Hier in Wavre ritt (am 17. Juni) General von Steinmetz dem heldenmütigen Füſilier-Bataillon des Märkiſchen Landwehr-Regiments entgegen, ließ es bei ſich vorbei defilieren, überhäufte Offiziere und Soldaten mit Lobſprüchen, ſetzte ſich perſönlich an die Spitze und führte es durch die Stadt zu ſeiner jenſeits gelagerten erſten Brigade zurück*). Kapitän von Gillhauſen erhielt das proviſoriſche Regimentskommando und ſpäter das eiſerne Kreuz, ſchlug aber unbegreiflicherweiſe ſonſt niemanden zur Auszeichnung vor.

Der Regen dauerte in der Nacht zum 18. und am Morgen dieſes Tages ungeſchwächt fort. „Das iſt unſer Alliierter von der Katzbach!“ rief Marſchall Vorwärts, als ſich ſeine Kolonnen in Marſch ſetzten, „heute erſparen wir dem Könige wieder viel Pulver.“ Solche ihren Zweck nie verfehlende Aufmunterung durch den geliebten Feldherrn erſchien dringend nötig, um die unſagbaren Schwierigkeiten des wegeloſen Marſches durch Wälder und Thäler nach den Feldern der heutigen Entſcheidungsſchlacht zu überwinden. Und ſie wurden überwunden, dank der nie verſagenden deutſchen Zähigkeit und ihrer Hingebung an den Führer. Zwei der vier Preußiſchen Korps waren beſtimmt, zu dem linken Flügel von Wellingtons Armee zu ſtoßen; die beiden anderen, die Franzoſen in der rechten Flanke und im Rücken anzugreifen.

*) F. Harkort a. a. O. S. 174.

Im festen Glauben, der am 16. geschlagene Blücher befinde sich im Rückzuge nach Deutschland, und voller Freude darüber, endlich die gehaßten Engländer vor sich zu sehen, hatte der Kaiser den Angriff auf diese am Mittag des 18. Juni begonnen. Der Mittelpunkt der Englischen Stellung lag bei dem Pachthofe Mont Saint-Jean, jener Napoleons bei dem Wirtshaus la Belle Alliance. Die Schlacht entwickelte sich zwischen diesen beiden Punkten, rechts und links der großen Landstraße von Charleroi nach Brüssel. Auf seiten der Franzosen wurde mit unvergleichlicher Tapferkeit, bei den Engländern mit ruhmvollster Ausdauer gestritten; doch gewannen die ersteren, für die es sich um Sein oder Nichtsein handelte, bei Fortdauer des Kampfes mehr und mehr Terrain. Um 4 Uhr ließ sich erkennen, daß, wenn nicht rechtzeitig die erwartete Hilfe eintraf, die Schlacht für Wellington verloren gehen mußte, zumal dieser den mehrerwähnten schweren Fehler zu großer Zersplitterung seiner Truppen noch immer nicht vollständig wieder gut gemacht und sogar ein starkes Korps falsch aufgestellt hatte. Endlich aber nahte für den großen Korsen das Verhängnis. Der Sieger von Dennewitz rückte mit 30 000 Mann in Seite und Rücken der Französischen Stellung zum Angriff vor. Behufs Verteidigung des wichtigen Dorfes Plancenoit sandte Napoleon seine junge Garde Bülow entgegen und beschloß gleichzeitig, die wankenden Englischen Linien, koste es, was es wolle, zu durchbrechen und dergestalt Wellington zu schlagen, bevor die Preußen auf dem rechten Französischen Flügel eine günstige Entscheidung herbeizuführen und die Engländer zu retten vermöchten. Die ganze Größe der dicht über seinem Haupte schwebenden Gefahr ahnte der Imperator auch jetzt noch nicht. Denn bald darauf traf, trotz der entsetzlichen durchweichten Wege, auch Ziethen bei dem bereits geschlagenen linken Flügel der Engländer und Nassauer ein, eroberte die verlorenen Pachthöfe Papelotte und la Haye Sainte zurück und warf, die Brigade Steinmetz voraus*), die über das Erscheinen des neuen Feindes fassungslos gewordenen Franzosen in wilde Flucht. Sie hatten die aus dem Walde von Frischermont hervortretenden Preußischen Truppen für das erwartete Korps von Grouchy gehalten und fanden sich um so furchtbarer getäuscht. Diese Französische Heeresabteilung befand sich im nämlichen Augenblicke, als Blüchers Armee bei Belle Alliance in das rollende Schicksalsrad eingriff, zwei Meilen östlich von Wavre im Kampfe mit dem dort als Deckung zurück-

*) Beitzke, 1815. Band II, S. 303 u. 307.

gelaſſenen Preußiſchen Korps von Thielmann*) und war alſo zweifellos nicht in der Lage, noch rechtzeitig auf dem Hauptſchlachtfelde einzutreffen und hier die Entſcheidung zu geben. Dieſe erfolgte gegen Sonnenuntergang in denkbar vernichtendſter Weiſe. Der letzte verzweifelte Franzöſiſche Angriff auf die erſchütterte Engliſche Stellung, welchen Marſchall Ney, der „rote Löwe", mit bewunderungswürdigem Heldenmute führte, mißlang, Dank der Tapferkeit der Engliſch-Deutſchen Krieger und der rechtzeitigen Hilfe Blüchers. Als nun auch dieſer ſchließlich Plancenoit mit Sturm genommen und dadurch die Franzoſen in Flanke und Rücken umklammert hatte, erfüllte ſich das grauſe Schickſal. In wahnſinniger Flucht wälzten ſich die Trümmer des geſchlagenen Heeres von der Wahlſtatt hinab, hinter ſich die ſiegreichen Preußen, die nach Gneiſenaus Loſung und unter deſſen eigener Führung „den letzten Hauch von Roß und Mann" an jene beiſpielloſe nächtliche Verfolgung ſetzten.**) In Genappe eroberten Weſtfäliſche Landwehrmänner, die braven 15er, den mit vorgreifenden Siegesproklamationen wie mit Schätzen aller Art gefüllten Wagen Napoleons. Dieſer ſelbſt floh noch in derſelben Nacht über Goſſelies nach Charleroi, dem nämlichen Punkte, von wo er erſt vor drei Tagen den ſeinen Untergang herbeiführenden Feldzug glücklich und ausſichtsvoll begonnen hatte. Hielt an jenem denkwürdigen 15. Juni das Ziethenſche Korps, insbeſondere die tapfere Brigade Steinmetz, nicht ſo heldenmütig ſtand gegen die feindliche Übermacht, ſo war die Trennung der Heere Wellingtons und Blüchers unvermeidlich. Die Beſiegung der franzöſiſchen Armee und der abermalige Sturz des Imperators würde in dieſem Falle unendlich viel größere Anſtrengungen erfordert haben und ohne die wiederholte Vereinigung aller Armeen Europas in Frankreich, gleich dem Jahre 1814, nicht möglich geweſen ſein. Nunmehr war alles mit einem einzigen furchtbaren Schlage erledigt. Mit vollem Rechte konnte Blücher in ſeiner Proklamation am Tage nach der Rieſenſchlacht ſeinen Kriegern zurufen:

*) Als Thielmann ſeinem Oberfeldherrn die Meldung machen ließ, er werde durch Grouchy mit Übermacht im Rücken angegriffen, und es ſei zweifelhaft, ob er ſich halten könne, gab ihm Blücher, der im Begriffe ſtand Plancenoit zu ſtürmen, jene berühmte urderbe Antwort: es ſei ja vortrefflich, daß die Franzoſen ihm im Rücken ſtänden, denn dann ſolle er ſie nur einladen, ihn mit Bequemlichkeit — — —! Der Reſt iſt Schweigen.

**) Faſt ein halbes Jahrhundert ſpäter mußte Harkort im Preußiſchen Parlamente ſeine Waffengefährten von 1815 dagegen verteidigen, daß ſie nicht am 18. Juni nach errungenem Siege ein geiſtliches Dankeslied angeſtimmt hatten. Vgl. Kap. XII.

„Empfanget meinen Dank, Ihr unübertrefflichen Soldaten, Ihr meine hochachtbaren Waffengefährten! Ihr habt Euch einen großen Namen gemacht. Solange es Geschichte giebt, wird sie Eurer gedenken. Auf Euch, Ihr unerschütterlichen Säulen der Preußischen Monarchie, ruht mit Sicherheit das Glück Eures Königs und Seines Hauses. Nie wird Preußen untergehen, wenn Eure Söhne und Enkel Euch gleichen."

Gleich am folgenden Morgen brach der unermüdliche Feldmarschall mit seiner Armee vom Schlachtfelde auf. Beim Marsch durch Jumet suchten die Märkischen Füsiliere ihre am 15. verwundeten und dort zurückgebliebenen tapferen Offiziere von Elverfeldt und Haardt, sowie andere Kameraden, auf und sorgten für deren Rücktransport. Leider gelang es nicht, das auf dem Rückzuge befindliche Korps von Grouchy abzufangen; vielmehr wurde beim Sturm auf Namur, durch die beispiellose Ungeschicklichkeit des Generals von Pirch I., noch viel edles Preußisches Blut im heldenmütigen, aber ganz unnützen und erfolglosen Kampfe vergossen. Am 20. Juni betrat das Heer, ohne Sorge vor dem früher so gefürchteten dreifachen Festungsgürtel und die langsamer marschierenden Engländer hinter sich lassend, zum zweitenmale als Sieger den Boden Frankreichs. Die Einnahme von Avesnes, das vor dem die Vorhut kommandierenden General Ziethen kapitulierte, machte endlich der seit dem 15. anhaltenden und schwer drückenden Not an Lebensmitteln ein Ende. „Brot, Branntwein, sogar reines Wasser fehlte; fast die einzige Nahrung bestand in einigem bei Belle Alliance erbeuteten und verteilten Reis"*). Von den damaligen Entbehrungen vermag der wohlverproviantierte und regelmäßig besoldete Soldat der Jetztzeit sich keine auch nur annähernde Vorstellung zu machen. Dennoch ging es unaufhaltsam vorwärts. Der von der ersten Brigade gemachte Versuch, die wegen ihrer Waffenfabriken wichtige Festung La Fère im Vorübergehen zu nehmen, mißlang und mußte auf einen gelegeneren Zeitpunkt verschoben werden. Über Compiègne, in dessen herrlichem Parke ein Lager aufgeschlagen und gerastet wurde, gelangte das Märkische Regiment am 29. Juni auf der Nordfront von Paris an. Die goldene Kuppel des Invaliden-Domes erglänzte in den Strahlen der untergehenden Sonne; lauter Jubelruf durchlief die Reihen der braven Westfalen. Wie hatten sie im

*) F. Harkort a. a. O. S. 214.

vorigen Jahre, als ſie in Holland langweiligen Belagerungsdienſt thun mußten, ihre Kriegskameraden beneidet, denen es beſchieden war, als Sieger in die Hauptſtadt des Feindes einziehen zu können — und morgen ſollte ihnen das nämliche Glück zu teil werden! Harkort ſelbſt ſchilderte den weltgeſchichtlichen Moment mit folgenden herrlichen Worten:

„Unabſehbar lag ſie da, Paris, die ſtolze Königin der Städte, ſeit Ludwig des Vierzehnten Zeiten der Mittelpunkt europäiſcher Kultur — Licht und Geißel der Völker! Babylon gleich, in Laſtern ergraut und wie die ewige Roma reich an Weiſen und Helden, Pflegerin der Künſte und Wiſſenſchaften, lorbeergekrönt durch Siege, welche ihre Söhne im Sande der arabiſchen Wüſte, im eiſigen Norden, am Tajo, an der Donau und jenſeits der Alpen und Pyrenäen erfochten. Ein Heerd der Tyrannei und der Freiheit, von einem eitlen Volke bewohnt, beweglich wie die Welle des Meeres, ſich ſelbſt und anderen Nationen ein Räthſel; das einen König mordete, um einen Kaiſer zu krönen und zwei Könige zu verjagen; gleich unfähig Despotie und wahre Freiheit zu ertragen, ohne Glauben, in Zweifeln erzogen und unter vielen Tugenden arm an Treue. — Ein deutſcher Held ſchlug jetzt mit dem Siegerſchwert, zur Uebergabe mahnend, kühn an ihre Thore!“ *)

Doch dieſe Thore wurden nicht ſo raſch aufgethan, als die Sieger das erhofften. Zwar war Napoleon infolge der feindlichen Haltung des geſetzgebenden Körpers und der Intriguen, welche der Verräter Fouché von allen Seiten gegen den Geſchlagenen ſpielen ließ, gleich nach ſeiner Ankunft in Paris zur abermaligen Abdankung gezwungen und dadurch Frankreich des einzigen Kopfes und Armes beraubt worden, der vielleicht noch einen erträglichen Frieden hätte erkämpfen können. Aber es hatten ſich inzwiſchen doch ſchon wieder 70000 Mann ſchlagfähiger Franzöſiſcher Truppen in den Mauern von Paris geſammelt; das Engliſche Heer war noch um zwei volle Tagemärſche zurück. Blüchers Heer zählte nur noch 56000 Mann, und die Nordſeite von Paris, vor welcher er anlangte, war befeſtigt. Unter ſolchen Umſtänden faßte der alte Draufgänger den verwegenen Plan — den verwegenſten ſeines Lebens, wie Beitzke mit Recht ſagt, — trotz ſeiner geringen Truppenzahl auf das linke Seine-Ufer überzugehen, und Paris von der unbefeſtigten Südfront anzugreifen. Erkannte der Franzöſiſche Höchſtkommandierende Davouſt jetzt die Situation, hatte er in dieſem Augenblicke den Mut und die Einſicht,

*) F. Harkort a. a. O. S. 218.

— die er freilich nicht besaß, — sich mit seinem Korps auf den so gefährlich bloßgestellten Blücher zu stürzen, so konnte dieser noch im Angesichte von Paris eine schlimme Niederlage erleiden. Doch die Französischen Heerführer waren des Krieges satt geworden, während des alten Marschall Vorwärts Dreistigkeit den höchsten Grad erreicht hatte und nichts mehr für unmöglich hielt. Am 2. Juli nachmittags kommandierte er die Brigaden Steinmetz und Pirch II. zum Angriff auf die zur Verteidigung vorzüglich geeigneten Vorstädte Sèvres und Issy, die gegen Abend in Preußische Hände fielen. Die Franzosen wehrten sich an diesem Tage nur lau, gingen aber unerwarteterweise am folgenden Morgen, gleichsam als ob sie sich geschämt hätten, ihre Hauptstadt ohne ernsthaften Kampf zu übergeben, in aller Frühe unter Gérard mit größter Energie gegen den in Issy stehenden Steinmetz vor. Die nämlichen Gegner aus dem blutigen Kampfe von St. Amand standen sich abermals gegenüber. In den engen Straßen des Ortes wie in den denselben umgebenden Weinbergen und Gärten entwickelte sich ein mehrstündiges wütendes Gefecht, dem in letzter Stunde des Krieges, leider ganz nutzlos, noch manche brave Söhne der Mark zum Opfer fielen. Das edelste derselben war der tapfere Leutnant Klemp, ein Sohn des im dritten Kapitel erwähnten Pfarrers von Eicklinghofen bei Dortmund, welchem eine Granate den linken Fuß abschlug und den rechten zerschmetterte. Noch stürzend rief der todesmutige junge Held seinen Leuten: Vorwärts! zu. Es wurde, wie bei Ligny, mit unvergleichlicher Tapferkeit gefochten. Plötzlich, gegen 7 Uhr morgens, verstummte der Kanonendonner; ein feindlicher Parlamentär erschien, um die Kapitulation von Paris und sofortigen Waffenstillstand anzutragen. Westfälische Landwehrmänner gaben die letzten Schüsse ab: dieselben Truppen, die am 15. Juni an der Sambre den ersten Stoß des Feindes ausgehalten hatten. Am 7. Juli zog dann das Märkische Regiment in die Hauptstadt ein, marschierte über die Jenabrücke, durch die Elysäischen Felder, längs den Tuilerien, und biwakierte vor dem Stadthause auf dem Grève-Platze, dem blutgetränkten Mittelpunkte der Geschichte Frankreichs.

Wir verließen Friedrich Harkort, als er, zwiefach verwundet, am 15. Juni von seinem Regimente scheiden mußte und nach Mastricht transportiert wurde. Die erstempfangene seiner Wunden ging durch das Brustfleisch unter der linken Schulter her, so daß er zu schreiben vermochte und seinen Eltern schon am 19. von sich Nachricht

geben konnte. „In 14 Tagen werde ich wieder geheilt sein und mein Heil aufs Neue versuchen," meldete er in fröhlicher Laune und fügte als letzte Nachricht in einem Schlußsatze hinzu:

„Gestern sind die Franzosen mit Hülfe Wellington's tüchtig ausgeklopft worden. 5000 Gefangene sollen gemacht sein. Unser Regiment hat sich brav gehalten und außerordentlich gelitten; fast alle Offiziere sind blessiert oder tot." —

Von der vollständigen Vernichtung der Armee Napoleons konnte man am 19. Juni selbstverständlich noch keine Ahnung haben; hätte auch nicht daran geglaubt, zumal erst zwei Tage vorher die Nachricht von dem Siege des Kaisers bei Ligny bekannt geworden war und die Wallonen sowohl wie die Holländischen Limburger mit ihrem Herzen auf seiten Frankreichs standen.

Von Mastricht nach der wenige Wochen vorher in Preußen einverleibten, bisher Französischen „bonne ville" Aachen gebracht, wurde der Verwundete alsbald durch einen nach ihm forschenden Landsmann aus Iserlohn im Lazarett aufgefunden und zu dessen Schwester, der Frau Gotthard Pastor, in vortrefflichste Privatpflege gegeben. „Ich lebe hier wie ein Prinz," schrieb er an seine Mutter. „Meine Wunden schmerzen nicht im geringsten und heilen außerordentlich; mein gesunder starker Körper wird viel dazu beitragen. Gustav wird wohl in Brüssel sein." So konnten die Eltern seinetwegen jede Sorge schwinden lassen; desto tieferer Kummer erfüllte ihr Herz wegen des zweiten Sohnes. Einige Kameraden wollten diesen nach der Schlacht vollkommen wohl gesehen haben; andere erzählten — die beiden Harkorter Offiziere verwechselnd — daß, nach dem Falle des Kapitäns von Elverfeldt, Gustav Harkort die Kompanie befehligt habe, darauf verwundet worden sei, aber das Kommando behalten habe, bis ein zweiter Schuß ihn zu Boden streckte. Die Eltern zu beruhigen, reiste der älteste Bruder sofort nach Aachen, um sich persönlich von dem Befinden Friedrichs zu überzeugen und womöglich nähere Nachricht über Gustav einzuziehen. Er erfuhr nichts Zuverlässiges; war doch noch am 27. Juni, neun Tage nach Belle Alliance, der gleichfalls verwundet in Aachen liegende Major von Hülsen ganz ohne Kenntnis über Zustand und Marschrichtung seines Regiments. (Die Verlustliste erschien erst am 8. Juli.) Selbst ohne Hoffnung heimkehrend, berichtete Johann Kaspar seinem in Aachen zurückgelassenen Bruder:

„Unsere Eltern hoffen noch immer mit einer Zuversicht, die ich bewundere. Um so härter wird es sie treffen, wenn das Langbefürchtete nun kommt und Gustav bei den Toten ist. Unsere

Wünſche werden ihn nicht mehr wecken und das Schickſal ſpottet der vergeblichen Thränen. Es leben ſo viele, aber nur unſer Guſtav nicht.“ Und dennoch trog die Hoffnung der Eltern nicht. Am 4. Juli, über zwei Wochen nach den Tagen von Ligny und Waterloo, kam die erſte Spur von dem Verſchollenen, als der Brief eines Harkorter Nachbarſohnes aus dem Lager von Avesnes die frohe Botſchaft brachte: Guſtav Harkort iſt noch bei uns. Endlich traf am 17. Juli das erſte Schreiben von dem Totgeglaubten ein; andere Briefe waren bei den damaligen elenden Poſtverhältniſſen verloren gegangen. Er meldete aus Paris vom 8. Juli: „Geſtern ſind wir hier wirklich, zwar nicht unter den Akklamationen des Volkes, das ſich im Gegenteil oft mit: à bas les Prussiens! vive l'Empereur! ꝛc. ꝛc. vernehmen ließ*), aber doch mit einem ſehr wohlthuenden Gefühle des Nationalſtolzes und mit der frohen Hoffnung, hier Erholung zu finden, eingerückt. Leider aber iſt dieſe letzte unerfüllt geblieben. Wir bivouaquieren hier fortwährend auf den Straßen und unſre Leute leiden Mangel an Allem. Wir Offiziere haben es etwas beſſer, indem die von unſerm Regimente auf dem Hôtel de ville geſpeiſt werden, doch Nachts muß man immer auf offener Straße zubringen und wir Alle wünſchen im Grunde, Paris bald wieder zu verlaſſen. — — — Wie man hört, hat Louis XVIII. heute ſeinen Einzug in die Tuilerien gehalten. Die Stimmung iſt hier im Allgemeinen nicht ſehr für ihn und ich fürchte, ich fürchte: wenn wir den Rücken gewendet haben, geht der alte Tanz wieder los. — Wo Napoleon geblieben iſt, weiß hier keine Menſchenſeele. O, daß wir den doch erwiſcht hätten!

Dieſe wenig erfreulichen Nachrichten ſeines jüngeren Bruders, welcher trotz großer perſönlicher Bravour ſowohl bei Jumet, wie bei Ligny, Belle-Alliance und Iſſy ganz unverletzt geblieben war, ließen den Kummer Friedrichs über ſeine erzwungene Abweſenheit bei dem glorreichen Einzug in die feindliche Hauptſtadt bald verrauchen. Im übrigen erging es ihm, trotz vortrefflichſter Pflege bei der Familie Paſtor, durchaus nicht gut. Seine Hoffnung, binnen 14 Tagen geheilt zu ſein und dem Heere ſich wieder anſchließen zu können, erwies ſich als trügeriſch. Die früher wenig geachtete und zu raſch geſchloſſene Wunde in der linken Seite mußte bis zur Armhöhlung wieder aufgeſchnitten werden, um einen abermaligen beſſeren Heilungsprozeß durchzumachen. „Sehr ärgerlich iſt

*) Franzöſiſche und Deutſche Zeitungen hatten von „ungeheurem Jubel“ der Pariſer beim Einzuge der Alliierten gefabelt.

es," schrieb der Ungeduldige, „so einen Monat um den andern, unter Schmerzen und Grollen, auf seiner Stube sitzen zu müssen und mit den Wunden von vorn wieder anzufangen. Geduld! sagst Du, ja wer die immer hätte!" — Dem liebevollen Drängen der Braut, er möge in die Heimat kommen und dort seine vollständige Genesung abwarten, wehrte er durch die entschiedene Erklärung: „Ehre und guter Ruf erfordern nach meiner Wiederherstellung die ungesäumte Rückkehr zur Armee." So erlangte die spätere Gattin zum erstenmale Kenntnis von dem sein ganzes Leben erfüllenden Grundsatze, daß beim Widerstreit seiner öffentlichen Pflichten mit den Rücksichten auf sich selbst und seine Familie er die letzteren unter allen Umständen in den Hintergrund treten ließ.

Erst im September war Friedrich hinreichend gekräftigt, um sich mit seinem Truppenteile wieder zu vereinigen. Die Brigade Steinmetz hatte nur kurze Zeit in Paris gelegen und war dann abkommandiert worden, um die früher erwähnte Festung La Fère einzuschließen. Zu einer kräftigen Belagerung dieses Platzes kam es jedoch nicht, weil man die darin belegenen militärischen Etablissements schonen wollte. Die Truppen, welche sich im Hinblick auf den nahe bevorstehenden Frieden nach der Heimat zurücksehnten, wurden durch einförmigen Wachtdienst gelangweilt und im Herbste sogar — als ob kein furchtbarer wirklicher Krieg vorhergegangen sei! — noch zu mehrwöchentlichen Manövern „in drei Perioden" herangezogen. Dabei herrschte eine Augenkrankheit unter der Mannschaft, auch die Verpflegung war so schlecht wie möglich und die Stimmung unter den fanatisierten Bauern des Landes höchst feindlich. Der Bursche des Leutnants Haardt, ein braver Altenaer, wurde, gleich dem von Arndt besungenen herrlichen Turner Friesen bei Lobbes, im Walde meuchlings erschlagen; Westfälische Feldboten, die den Truppen die Briefe aus der Heimat zutrugen, ausgeplündert und mißhandelt. Dabei begann das Kamaschentum sich langsam aber sicher wieder in den Vordergrund zu schieben. Die Haltung der Linien-Offiziere gegenüber ihren Kameraden von der Landwehr erschien 1815 bei weitem weniger freundlich als 1813. Es konnte nicht wunder nehmen, wenn unter solchen unerquicklichen Verhältnissen es gelegentlich zu heftigen Ausbrüchen kam. Als bei einem Abschiedsfeste zu Ehren des beförderten, sehr beliebten Majors von Hülsen der Wein die Köpfe erhitzt hatte, wurde in Gegenwart des Generals von Steinmetz heftiger Unmut laut über den Major von Gillhausen, welcher für das heldenmütige Verhalten des Füsilier-Bataillons am Tage von Ligny niemanden zur Auszeichnung vor-

geſchlagen, nur für ſich allein das eiſerne Kreuz bekommen und als ſtellvertretender Regimentskommandeur auch die beiden andern Bataillone ungerecht behandelt hatte. Dieſen Vorfall, ſowie mehr noch das energiſche gemeinſame Eintreten der Landwehr-Offiziere für einen ungerecht behandelten Kameraden, wollte der Oberſt von Rüchel als „Meuterei" behandeln und demgemäß ein Exempel ſtatuieren. Damit drang er glücklicherweiſe nicht durch; doch konnte man ihn nicht hindern, 6 Offiziere von den Füſilieren, worunter beide Brüder Harkort, zu andern Bataillonen zu verſetzen und Friedrich, der als Kompanieführer Dienſt leiſtete, zum ſchließenden Offizier zu degradieren. In dieſe lange Reihe von Verdrießlichkeiten fiel ein warmer Sonnenblick durch die Verleihung des eiſernen Kreuzes, welches den beiden Kapitänen von Elverfeldt und von Rappard, ſowie unſerm Friedrich zu teil wurde (2. Oktober 1815). „Ich darf ſagen," ſchrieb ſein Bruder einem Freunde in der Heimat, „daß Fritz es von allen, die das Kreuz erhalten haben, am meiſten verdient. Für meinen Bruder hat die öffentliche Stimme zu laut geſprochen, als daß ſie es hätten wagen dürfen, ihn zu übergehen." Es ſcheint alſo, nach dieſen Worten zu ſchließen, irgendwo die Abſicht vorgelegen zu haben, dem tapfern, aber wenig gefügigen Kämpfer von Jumet die wohlverdiente Auszeichnung vorzuenthalten. Den Ruſſiſchen Wladimirorden, von dem gleichfalls die Rede geweſen war, erhielt er nicht. „Es wird ſchwerlich etwas daraus werden," heißt es an einer Stelle ſeiner Briefe. „Wäre ich geſchmeidiger gegen meine Oberen geweſen, ſo hätte es vielleicht geraten mögen, doch um den Preis verlange ich es nicht." — Große Mißſtimmung erregte auch unter den Kriegern, die ſich ſo brav geſchlagen und außerordentliche Strapazen erduldet hatten, die ganz verfehlte, traurige Einrichtung der ſogenannten Erbkreuze.

Ende Oktober wurde endlich die Einſchließung von La Fère aufgehoben und das Regiment in die alte Biſchofsſtadt Cambray verlegt. Am 23. November lief die langerſehnte Ordre zum Rückmarſche ein, über Mons, Brüſſel, Lüttich, Aachen und Düſſeldorf in die Märkiſche Heimat. Die letzte zu überwindende Schwierigkeit verurſachte am 18. Dezember der Übergang über den ſtark mit Eis treibenden Rhein. Jubelnd durchzogen die Bataillone die Bezirke Eſſen, Bochum und Witten; auf allen Wegen und Stegen nahten Alt und Jung, Eltern, Geſchwiſter und Freunde, die Heimkehrenden zu begrüßen und aus den Reihen hervorzuziehen. Am 21. rückte der Landſturm aus, um das Regiment feierlich in die alte Reichs- und Hanſeſtadt Dortmund einzuholen, wo ſeiner herrlichſter Empfang

und lang entbehrte echt Weſtfäliſche Verpflegung harrte. Die beiden Brüder feierten das diesmal doppelt glückſelige Weihnachtsfeſt im Kreiſe der Ihrigen auf Harkorten.

Der von dankbaren Landsleuten bereitete Empfang in Dortmund war der letzte Lichtblick im Kriegerleben der braven Markaner. Wenige Tage ſpäter ſchon hatte der „Hermann“ Anlaß zu einer ſcharfen Rüge über die ſchofele Art und Weiſe der Entlaſſung des Füſilier-Bataillons. Das Blatt ſchrieb: „Das ganze Süderland der Grafſchaft Mark empfindet es ſehr unangenehm, daß ſein Landwehr-Bataillon, jene freiwilligen Füſiliere, deren ausgezeichnete Tapferkeit der tapfere Steinmetz ſo ehrenvoll anerkennt, in Lünen aufgelöſt und mit einem Bündel auf der Schulter nach Hauſe entlaſſen worden, anſtatt daß man erwarten durfte, jene Braven würden im kriegeriſchen Glanze zur Heimat zurückgeführt werden. Beſtimmt es nicht alſo die Königliche Verordnung? und wird nicht durch die gewählte Art (der Entlaſſung) den dankbaren Bewohnern ein ehrenvoller, würdiger Empfang der Sieger unmöglich gemacht? Man wünſcht den eigentlichen Grund dieſer Maßregel zu wiſſen.“

Eine Antwort auf dieſe Frage wurde nicht erteilt, weil man ſich hütete, ſie auszuſprechen. Die ſtillſchweigende Antwort lautete: das Volk hat ſeine Schuldigkeit gethan, das Volk kann gehen! Es ging das Volk auch für ein ganzes Menſchenalter den Regierenden aus dem Wege — bis zum Jahre 1848.

Fünftes Kapitel.

Ein Bahnbrecher der Industrie.

„Fritz Harkort macht uns das Bett,
und wir andern legen uns hinein."
Westfälisches Sprichwort.

Inhalt: Hoffnungen nach dem Frieden. Die Hungerjahre 1816 und 1817. Tod des Vaters. Eigener Hausstand. H. Kamp. Mechanische Werkstätte. Die ersten Dampfmaschinen in Preußen. Steins Besuch in Wetter. Puddelwerk und Kesselschmiede. Hochöfen und Eisensteinbergbau. Rheinisch-Westindische Kompanie. Deutsch-Amerikanischer Bergwerks-Verein. Eduard Harkort in Mexiko.

Fast ein volles Vierteljahrhundert, von 1792 bis 1815, hatte Europa unter den furchtbarsten Kriegslasten geseufzt. Von Lissabon bis Moskau, von Sizilien bis zum Nordkap, in allen Ländern wie auf allen Meeren, waren die Völker, in Waffen starrend, gegen einander gezogen und hatten zu Hunderttausenden die Erde mit ihrem Blute gedüngt. Ein Kriegsfürst und Eroberer, wie die Welt seit Alexanders und Tamerlans Zeiten nicht seinesgleichen gesehen, stürzte, nachdem er alle zu seinen Füßen gesehen, endlich durch gemeinsame Anstrengung aller zu Boden und ward gleich Prometheus an einen einsamen Felsen inmitten des Ozeans geschmiedet. Endlich durfte die Welt wieder aufatmen. Sie erhoffte nach Bezwingung des großen Unterdrückers überall mit Zuversicht eine lange segensreiche Ära des Friedens, der Arbeit und der bürgerlichen Freiheit. Insbesondere gab man sich in den Preußischen Landen dieser frohen Erwartung hin. Von allen Nationen, die gegen Napoleon im Felde standen, hatte keine so Schweres erduldet und so Großes geleistet als jener kleine, durch seine Fürsten künstlich zusammengeschmiedete Staat, dessen tapfere Söhne, trotz der Vernichtungsschlacht bei Jena, dennoch wenige Jahre später bei Leipzig wie bei La Belle Alliance die siegreiche Entscheidung herbeiführten. Der Monarch, welcher ihrem Heldenmute Krone und Land verdankte, hatte bei verschiedenen

feierlichen Anläſſen*), vor und nach dem Befreiungskriege, dem Volke eine „ſtändiſche Verfaſſung“ und „Repräſentation“ verſprochen. Auf dieſes Königliche Wort baute das opfermutige, loyale Volk mit vollſter Sicherheit.

„Großes Heil“ — ſchrieb Arnold Mallinkrodt in der erſten Nummer (von 1816) ſeines nach ſechsjähriger Unterdrückung neu erſtandenen Anzeigers**) — „iſt unſerm Vaterlande Weſtfalen im Jahre 1815 widerfahren! Uns allen verheißt das Jahr 1816: Aufhören des unglücklichen proviſoriſchen Kriegszuſtandes — Verminderung der bis zum Grade der Erdrückung gediehenen öffentlichen Abgaben und Laſten — Wiederaufleben des allgemein gelähmten Erwerbs — eine wohlthätige Regierung nach feſten Geſetzen und unter landſtändiſcher Verfaſſung — und die allmähliche Rückkehr des gegenſeitigen Zutrauens, der Redlichkeit und des allgemeinen Strebens nach dem Guten an der Hand der Religion.“ — —

„Die Wohlthat, die der König uns im Jahre 1815 verhieß, wird das Jahr 1816 uns bringen: eine weiſe, nach allen Seiten erwogene landſtändiſche Verfaſſung, in welcher für den Fürſten und ſeine ſpäteſten Nachkommen ſowohl als für die Unterthanen — neben einer beſcheidenen Publizität — die ſicherſte, dauerhafteſte Bürgſchaft des öffentlichen Wohles liegt. Nach allen Umſtänden dürfen wir erwarten, daß dieſe bevorſtehende Landesgrundverfaſſung einen hohen Grad menſchlicher Vollkommenheit erreichen wird. Mögen alle übrigen Staaten ſie als ein Muſter erkennen.“

Auf dem Boden dieſer Verfaſſung erwartete der bewährte Vorfechter ſeines Heimatlandes „die Einführung der muſterhaften neuen Städteordnung“ (der Steinſchen von 1808), Beſeitigung aller Beamtenwillkür und des erdrückenden Franzöſiſchen Steuerſyſtems, allgemeine Gewerbefreiheit, eifrigſte Förderung des Wegebaus, Schiffbarmachung der Flüſſe und Anlegung zweckmäßiger Kanäle. Er ſchließt in der feſten Zuverſicht: „Wohl uns — auf die vielen traurigen Jahre werden frohere, beſſere folgen!“

Wohl ſelten ſind in der Geſchichte vollberechtigte und allſeitig gehegte Hoffnungen in ſo geringem Grade erfüllt worden, als diejenigen, welchen Mallinkrodt hier Worte verlieh. Der politiſche

*) Insbeſondere in den Grundlegenden Edikten vom 27. Oktober 1810, 7. September 1811, 8. Juni 1814, endlich in der berühmten Verordnung vom 22. Mai 1815.

**) Der Weſtfäliſche Anzeiger erſchien zum erſtenmale am 4. Januar 1815 wieder.

Rückschritt stellte sich schon nach kurzer Zeit ein und auf die vielen traurigen Jahre der Fremdherrschaft folgten zunächst Jahre furchtbarster Teuerung, eine Notstandsperiode, wie sie — Gott sei Dank! — im 19. Jahrhundert in Deutschland seitdem nicht wieder erlebt wurde.

Die Ernteergebnisse des Jahres 1815 waren mangelhaft gewesen; nirgendwo hatten hinreichende Vorräte eingesammelt werden können. Schon im Juli 1816 klagten Berichterstatter sowohl des „Hermann" wie des „Anzeigers" über die enormen Preise der Lebensmittel, welche bereits die Höhe derjenigen von 1794 und 1795, der schlimmsten Notjahre des vorigen Jahrhunderts, erreicht hätten. Weder Brotkorn, noch Kartoffeln und Gemüse sei mehr vorhanden und die Aussichten auf die neue Ernte so ungünstig wie seit Menschengedenken nicht. Die Frühjahrsaussaat litt in den Niederungen unter allzugroßer Nässe; der Sommer brachte keine Wärme, denn fast unaufhörlich strömte der Regen hernieder. Noch im September stand überall viel Roggen im Felde; der Hafer, das einzige und deshalb doppelt wichtige Korn des Sauerlandes, war zu seiner regelmäßigen Erntezeit noch grün. Dabei stockten Handel und Gewerbe, eine allgemeine Mutlosigkeit ergriff die Gemüter. Um das Elend voll zu machen, stellte sich früh im November Frost und enormer Schneefall ein, welcher unter seiner Leichendecke die nur zum kleinsten Teile geernteten Kartoffeln und Hafer begrub. Die Mißernte erwies sich als vollständig. Je größer die Entfernung von der Hauptverkehrsstraße, dem Rheine, um so höher stiegen, durch die enormen Transportkosten auf den durch fortwährenden Regen fast unfahrbar gewordenen Wegen, die Lebensmittel-Preise. Ende August kostete das 11 pfündige Schwarzbrot in Elberfeld 29, in Hagen 36, in Hoerde gar 44 Stüber*); in den schwer erreichbaren Gebirgsdörfern noch mehr. Großen, doch nur in nächster Umgebung fühlbaren, Segen stiftete ein bereits im Sommer 1816 in Elberfeld von Privatpersonen gegründeter und mit einem Betriebskapitale von über hunderttausend Thalern ausgestatteter „Verein gegen Kornteuerung", welcher in den Ostseehäfen direkt Getreide einkaufen, dasselbe unter seiner Aufsicht verarbeiten und das hergestellte Brot zu festen Preisen verkaufen ließ. Was aber in der reichen Stadt Elberfeld ohne besondere Schwierigkeit bewerkstelligt werden konnte, blieb unausführbar in den kapitalarmen Landbezirken. Hier wuchs die Not von Tag zu Tage, von Woche zu Woche.

*) 13 Stüber = 50 Pfennigen R. W.

Man ging unter den traurigsten Befürchtungen in den früh eingetretenen strengen Winter. „Angst und Not ist vorhanden. Es wird dem Menschen bange auf Erden. Zittern und Zagen ergreift ihn beim forschenden Blicke in die Zukunft," heißt es im Westfälischen Anzeiger vom 5. Oktober. Das meiste Vieh wurde, da auch die Heuernte verregnete, entweder abgemagert geschlachtet, oder, weil Käufer fehlten, in die Wälder gejagt und dort seinem Schicksale überlassen. Die wenigen geernteten Kartoffeln waren schon gegen Weihnachten aufgezehrt; der einheimische Roggen lieferte wegen seiner schlechten Qualität ein volles fünftel Brot weniger als in anderen Jahren und mußte, damit er nur schmackhaft wurde, einen Zusatz von Hafer und Gerste bekommen. Um irgend einen Ersatz zu schaffen, brachte man die elendesten Surrogate, darunter besonders Flechten und Moose, als Lebensmittel in Vorschlag. Eine in volkstümlichem Tone geschriebene Zusammenstellung von solchen Ersatzmitteln wurde durch die Regierung amtlich dringend empfohlen*).

Noch blieb das darbende, an Entbehrungen gewöhnte und das furchtbare Elend als eine göttliche Fügung geduldig hinnehmende Volk ruhig, obgleich der Kornpreis auf den Hauptmärkten zu Herdecke und Witten auf $5\frac{1}{2}$ bis 7 Thaler gemein Geld (13 bis 16 Mark pro Scheffel von 72—80 Pfund) gekommen war**). Die Gefahr eines gewaltsamen Ausbruchs wuchs jedoch von Tag zu Tage, so daß die beiden Brüder auf Harkorten und Schede sich verpflichtet erachteten, rechtzeitig auf sie aufmerksam zu machen. Im „Hermann" vom 4. März 1817 sprach Johann Kaspar IV. aus:

„Bevor der Mensch sich dem Verhungern ergiebt, greift er zum äußersten. Es wird bei nächtlichen, heimlichen Diebstählen und Einbrüchen nicht bleiben; sie werden in öffentliche, gewaltsame übergehen. Die Auftritte werden sich erneuern wie da, wo man vor einigen Jahren bei Schwelm die Kornfuhren plünderte, der Volksaufruhr sich die Enneperstraße herabwälzte, die Hammsche Kammer und den friedlichen Bürger erbeben machte und nur mit Mühe gestillt ward."

---

*) „Not- und Hilfsbüchlein für das Mangeljahr 1817 und seine Nachfolger." Seinem Vaterlande gewidmet von J. H. Voß, Schullehrer zu Strombach bei Gummersbach. Gedruckt bei J. C. Eyrich in Elberfeld.

**) An einer am Fuße des Burgberges zu Volmarstein a. d. Ruhr liegenden Mühle findet sich folgende Inschrift: „Volmarsteiner Mühle. Gebaut im Mangeljahre 1817 von J. W. Möllmann und Sohn. 11 Pfund Schwarzbrod 63 Stüber. Gott segne diesen Bau." 63 Stüber = 2,42 Mark.

„Wollen wir Süderländer nicht auch, wie die Soester, unsre Stimme erheben, unser Elend vor den Thron des menschlichen guten Königs zu bringen: ob er uns Hülfe gewähren könnte? Oder wollen wir dumpfbrütend, an Hülfe verzweifelnd, warten, bis die Hungersnoth alle Bande der öffentlichen Sicherheit löset, jeder Einwohner bewaffnet in die Hausthüre tritt, Raubes und Mißhandlung sich zu erwehren, und bis das Uebel einen noch höheren Grad erreicht wie der, der den unvergeßlichen Moeller einst so kräftig, so erfolgreich bewegte*)? Wer will unser Moeller sein? Wer es kann, dem ist es Pflicht!"

Endlich nahte die Rettung. In derselben Zeitungs-Nummer, in welcher Vater Harkort die drohende Gefahr signalisierte und zur Abwehr mahnte, machte der Oberpräsident von Vincke bekannt, „daß schon von denjenigen Getreide-Vorräten, welche vor Eintritt des Winters nach Wesel geschafft sind, um vorzüglich dem so drückenden Mangel in den Rheinprovinzen abzuhelfen, eine bedeutende Quantität auch für die Provinz Westfalen unverzüglich verabfolgt werden würde." Sicherlich hatte der sorgsame Vincke schon weit früher in Berlin um Überlassung von Brotkorn für seine Westfalen gebeten, war aber damit abgewiesen worden. Für die neu erworbenen, trotz guter Behandlung mißvergnügten Rheinländer, die sich selbst „Mußpreußen" nannten, hatte man in Berlin vor Eintritt des Winters Getreide nach Wesel geschafft; — die treuen Westfalen mochten sich selbst helfen. Als nun endlich auch für die altangestammten Landesteile gesorgt werden mußte, verfuhr man mit ganz unbegreiflicher büreaukratischer Ungeschicklichkeit. Statt das in den Ostseehäfen für Staatsrechnung gekaufte Korn auf dem natürlichen Wege durch die Nordsee, den Rhein, die Ruhr und Lippe hinauf zu Wasser in das Herz Westfalens bringen zu lassen, beging man die Thorheit, dasselbe auf der Weser nach Minden zu schaffen und es von dort auf 20 Meilen langem Landwege über Lippstadt nach Unna zu fahren. Ein durch Peter Harkort veröffentlichter schwerer Tadel dieses Unverstandes kam zu spät und konnte nichts mehr ändern. Man hatte, wie der Genannte im „Hermann" vom 13. Juni 1817 berichtet, für den Transport eines Scheffels Roggen von Lippstadt nach Hagen 2 Thaler g. G. Fracht (4 Mark 64 Pfennige, oder pro Centner 5 Mark 57 Pfennige) vergeblich geboten**)!

*) Hinweisung auf des Pfarrers von Elsey erfolgreiches Auftreten in Sachen des Räuberwesens; Kapitel III, S. 84.

**) Heute beträgt die Fracht desselben Quantums Getreide von Lippstadt nach Hagen, Dank den Eisenbahnen, nur 24 Pfennige pro Centner oder $^1/_{23}$ der damaligen Landfracht.

Die Folgen solchen kopflosen Verfahrens — um so kopfloser, als es nicht nur teuer, sondern auch unendlich zeitraubend war — blieben nicht aus. Die Preise stiegen in Westfalen höher und höher und erreichten Mitte Mai den enormen Stand von 8 bis 10 Thaler g. G. (18½ bis 23 Mark) pro Scheffel, während sie jenseits der Weser und Elbe nur wenig mehr als die Hälfte betrugen (Westfälischer Anzeiger, S. 674). Am Rhein liefen noch im Juni, auf der Enneperstraße sogar noch im Juli Menschen weinend umher, die für bares Geld bei den Bäckern um Brot betteln mußten und es nicht bekommen konnten! („Berliner Vossische Zeitung" vom 16. und „Westfälischer Anzeiger" vom 29. Juli 1817.) Das Ansehen der Preußischen Beamten erlitt einen schweren Stoß. In den alten Landesteilen wies man zürnend darauf hin, wie rechtzeitig und erfolgreich der unvergeßliche, nach 1815 leider nicht wieder angestellte Minister Stein die große Teuerung von 1795 bekämpft hatte, und in den vormals geistlichen Kurfürstentümern am Rhein erzählte man sich mit höhnender Zustimmung das Wort des alten Bankiers Schaafhausen in Köln, welcher bei der Nachricht von der beschlossenen Vereinigung seiner Vaterstadt mit Preußen jammernd ausrief: „Jesses, Marja, Joseff! do hirohde mer in n' ärm Famillige*)!" Die „Rheinischen Blätter" (Nr. 98) gingen noch weiter, indem sie trotz der Zensur geradezu den dortigen Bezirks-Regierungen den Kornmangel zur Last legten. Der Magistrat von Koblenz — Geburts- und Wohnort von Josef Görres — wollte den kommenden Notstand schon im April 1816 vorausgesehen und die Regierung vergeblich gewarnt haben. Von Friedrich Rückert ging sogar ein Gedicht aus („Morgenblatt" Nr. 201), welches den König aufforderte, gegen seine bei der Kornverteilung ungetreu befundenen Beamten mit „Strenge und Strang" vorzugehen und mit folgenden Versen schloß:

„Man klagt, daß hier im Lande,
Am Rheine weit und breit,
Gefunden werd' an Preußen
Nicht viel Anhänglichkeit.

Wann ungetreue Knechte
Samt ihrem Anhang hangen,
Dann wird's Anhänglichkeit geben,
Soviel man kann verlangen."

Zum Glücke machte die in jeder Beziehung günstige Ernte von 1817 diesen beklagenswerten Erscheinungen ein Ende. Trotzdem

*) Jesus, Maria, Josef! Da heiraten wir in eine arme Familie! —

blieb das Getreide noch lange Zeit teuer; zu Martini 1817 stand der Roggen in Witten genau eben so hoch, wie an demselben Tage des Notjahres 1795, nämlich auf 4 Thaler 30 Stüber g. G. = 10 Mark 40 Pfennig. Erst allmählich sanken die Preise, die im Jahre des nie dagewesenen Überflusses, nämlich 1823, den niedrigsten Satz dieses Jahrhunderts, 1 Mark 67 Pfennig pro Scheffel — mithin weniger als ein Zwölftel der furchtbaren Hungersnot-Preise des Frühlings 1817 — erreichten. Zu keiner Zeit ist der höchste und der niedrigste Stand des Preises der Brotfrüchte durch einen kürzeren Zeitraum getrennt gewesen als im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts.

Ihr energisches Auftreten in der Notstandsfrage bildete die letzte öffentliche Thätigkeit der beiden Brüder auf Harkorten und Schede. Peter Nikolaus starb bereits im Herbste 1817, Johann Kaspar am 10. Mai des folgenden Jahres. Dem ersteren widmete der Altenaer Pfarrer Rauschenbusch*) im „Westfälischen Anzeiger", dem letzteren der Konsistorialrat Aschenberg sowie der geistliche Liederdichter Hülsemann zu Elsey, Möllers Nachfolger, im „Hermann" tiefempfundene Nachrufe, welche heute noch die hervorragende Bedeutung beider Männer für ihr Heimatland und den Umfang des ihnen und ihrem Hause allerseits zu teil gewordenen Ansehens klar erkennen lassen. Dieses wohlverdiente hohe Ansehen wurde ihnen nicht nur in den Kreisen ihrer Standesgenossen, sondern weit darüber hinaus zu teil. Freiherr Friedrich von Hövel auf Herbeck, früher Kammerpräsident in Minden, ein Edelmann bester Art, welcher den an Zahl, Bedeutung und Leistung herabgekommenen Westfälischen Adel durch Zuführung frischen bürgerlichen Blutes zu verjüngen hoffte, fragte schon vor 1806: „Warum gehört nicht eine Familie wie die Harkortsche zum Adel, die ihr Erbgut ebenso lange hat als viele Adelige**)?" Eine „Standeserhöhung" dieser Art würden die Brüder, wenn diese Frage an sie herangetreten wäre, freilich nicht angenommen haben, da sie niemals einen andern Ehrgeiz besaßen, denn als unabhängige Bürger auf freiem Erbe zu leben und sich die Anerkennung ihrer Mitbürger durch standhafte Arbeit für das gemeine Wohl ehrlich zu verdienen. Und dieses Ziel hatten beide Brüder voll und ganz erreicht. „Wer nur immer

*) Geb. 1777 zu Bünde in der Grafschaft Ravensberg, Pfarrer in Lüdenscheid, Kronenberg und Altena, gest. 1840; Vater des Justizrats Rauschenbusch zu Hamm, ebenso begabt als Dichter wie liebenswürdig als Mensch, gest. 1881.

**) „Friedr. von Hövels hinterlassene Schriften", gesammelt und herausgegeben von Fr. Harkort und Dr. Aug. Rauschenbusch. Elberfeld 1832.

Harkort heißt," schloß Rauschenbusch seinen Nekrolog, „müsse immer von jedem Edeln geehrt werden."

Das Gut Schede fiel an den einzigen Sohn von Peter Nikolaus; der Stammsitz Harkorten als Majorat an Johann Kaspar, den fünften dieses Namens. Für die fünf nachgeborenen Söhne blieb, wie in jenen bedrängten Zeitverhältnissen und bei Westfälischem Erbrechte natürlich, nur sehr wenig übrig; vermögenslos waren diese also einzig auf ihre eigene Kraft angewiesen. Karl und Gustav errichteten in Leipzig ein Handlungshaus, das schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit durch die besondere Tüchtigkeit der Inhaber und das denselben von allen Seiten entgegengebrachte Vertrauen in die Reihe der ersten Firmen jener Stadt eintreten konnte. Friedrich legte auf Grund selbst ausgeführter Versuche auf Harkorten eine Gerberei für feinere Lederſorten an und übernahm daneben ein im Thale des Deilbachs bei Langenberg, der alten Westfälischen Völker- und Sprachen-Grenze zwischen Sachsen und Franken, bestehendes Kupferhammerwerk. Beide Unternehmungen überließ er nach einigen Jahren, nachdem sie in guten Gang gekommen waren, jüngeren Verwandten, die ihn bei Einrichtung und Führung derselben unterstützt hatten, um sich selbst, einer an ihn ergangenen Aufforderung folgend, einem neuen Industriezweige zu widmen, welcher für die gewerbliche Entwickelung Westfalens von höchster Bedeutung zu werden bestimmt war.

Im Hause des angesehenen Kaufherrn Jakob Aders zu Elberfeld lernte dessen Schwager Heinrich Kamp, „der thätigste Mann des Gemeinwesens seiner Stadt", wie ihn Harkort nennt*), den letzteren kennen. Eine genial veranlagte Persönlichkeit, welcher für ihre Unternehmungsluſt ansehnliche Mittel zu Gebote standen, erkannte Kamp in dem feurigen jungen Westfalen, der sich für neue Erfindungen und Verbesserungen begeisterte und alles energisch und selbstthätig anzugreifen pflegte, den gleichgestimmten Charakter. Durch das eifrige Studium Englischer technischer Zeitschriften auf die riesige Entwickelung des Maschinenwesens in Großbritannien aufmerksam gemacht und klar erkennend, daß Deutschland sich die gleichen Vorteile zu eigen machen müsse, wenn seine Industrie nicht binnen kurzer Zeit von England vollständig überflügelt werden solle,

---

*) Harkort, „Geschichte des Dorfs, der Burg und der Freiheit Wetter, als Beitrag zur Geschichte der Grafschaft Mark" (Hagen 1856), S. 37.

einigten sich beide zu einer geschäftlichen Verbindung, welche die Anlage einer Maschinenfabrik oder sogenannten Mechanischen Werkstätte zum Zwecke hatte. Kamp sollte die erforderlichen Geldmittel beschaffen, Harkort die Leitung übernehmen. Bei Untersuchung der wichtigen Frage nach dem geeigneten Orte für das neue Unternehmen kam man, da das Augenmerk vorzugsweise auf die Herstellung von Dampfmaschinen gerichtet war, notwendig auf den Industriebezirk an der Ruhr, dessen bedeutender Bergbau nicht nur gute Aussicht auf Absatz solcher Motoren, sondern auch den Vorteil billigen Bezuges von Eisen und Kohlen darbot. Die Wahl fiel schließlich auf die alte Burg in Wetter, die, vom Fiskus zum Verkaufe gestellt, im Jahre 1818 von den beiden Teilhabern der neuen Firma Harkort & Co. erworben wurde. In die Räume, die Jahrhunderte hindurch von Kriegsgetöse und Waffenlärm wiederhallt hatten, hielt die Großmacht des neunzehnten Jahrhunderts, die Industrie, ihren Einzug.

Die Burg zu Wetter, von der sogenannten „Freiheit", dem Burgfrieden, umgeben, krönt mit ihrem stolzen Hauptturme eine nach Osten und Süden vorspringende, steil zur Ruhr abfallende Kuppe des Ardey-Gebirges. Ursprung und Zeit der Entstehung der starken Feste ist historisch nicht nachgewiesen; doch unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß der Bau von den Landesherrn, den Grafen von der Mark, selbst ausgeführt wurde, um die am linken Ruhrufer, Wetter gerade gegenüber, liegende Kurkölnische Burg Volmarstein in Schach zu halten. Engelbert III., der kriegslustigste und gewaltigste jenes eisernen Geschlechtes, dessen Nachkommen weiblicherseits jetzt den deutschen Kaiserthron schmücken*), residierte mit Vorliebe in Wetter und starb dort in der Burg am Christabend des Jahres 1391, nachdem er, wie der Chronist sagt, „44 Jahre im Harnisch gelebt" hatte. Auf dem Wege von Wetter nach der Erbgruft seiner Familie zu Fröndenberg wagten zahlreiche Feinde des vielgefürchteten Helden einen Überfall auf seinen Leichenzug, welcher indessen durch 300 Ritterhelme, die dem Landesherrn die letzte Ehre erwiesen, blutig zurückgeschlagen wurde. Als 1444 Johann „der veste Junker von Cleve" seinen Siegeszug zum Entsatz des von 40000 Böhmen belagerten Soest begann**), führte sein tapferer Amtmann zu Wetter,

*) Engelbert des III. Bruder und Nachfolger, Adolf VI., wurde 1368, als Sohn der letzten Erbtochter, Graf von Cleve. Nach dem Erlöschen des Mannesstammes (1609) fiel Cleve-Mark durch Marie Eleonore, Gemahlin von Albrecht Friedrich, Herzog in Preußen, an Brandenburg.

**) Vgl. Kap. II, S. 72.

Kracht Stecken, die Vortruppen. Jahrhunderte hindurch blieb dann die Burg Sitz der Cleviſchen Amtleute und ſpäteren Droſten und war Hauptort des Kreiſes Wetter. 1780 wurde, wie bereits berichtet, das Märkiſche Bergamt von Hagen nach Wetter verlegt, wo es — von 1792 bis 1804 unter dem Titel eines Weſtfäliſchen Oberbergamts — auch während der Dauer der Franzöſiſchen Herrſchaft verblieb. Nach der erſehnten Wiedervereinigung der Mark mit Preußen hoffte man in Wetter umſomehr auf Belaſſung des Bergamts an ſeinem alten Sitze, als der Nahrungsſtand der Bevölkerung unter der fremdländiſchen Okkupation durch Darniederliegen des Meſſerſchmiedegewerbes ſtark zurückgegangen war. Doch dieſe wie andere Hoffnungen ſchlugen fehl; nachdem Wetter ſchon das Landratsamt und Gericht verloren, wanderte auch das Bergamt am 2. Dez. 1815 weiter weſtwärts nach Bochum. Vergeblich machte der damals noch lebende Peter Harkort im „Hermann" auf den traurigen Zuſtand des in nächſter Nähe von Schede und Schönthal gelegenen Ortes aufmerkſam und bat, wenn nun einmal keine Behörde in Wetter ihre Stelle finden könne, ſo möge man doch das in den Ringmauern der Burg angelegte „große ſchöne bergamtliche Gebäude für heranzuziehende Fabriken wohlfeil hergeben". Mit dieſem Vorſchlage war der allein richtige Weg zur Erlangung von Arbeit, zum Wohlſtand und zur Zufriedenheit für Wetter gewieſen. Die nämliche Nummer des „Hermann" (63 von 1816), die Harkorts Klage veröffentlichte, brachte unter der Überſchrift „Soho bei Birmingham" in einem Auszuge aus dem Reiſetagebuche des Gußſtahlfabrikanten Fiſcher aus Schaffhauſen die Beſchreibung eines Beſuchs des Verfaſſers bei dem weltberühmten James Watt und deſſen Sozius Boulton. Er hatte in der ſonſt ſtreng verſchloſſenen Fabrik dieſer Väter der Dampfmaſchine die für einen damaligen Gewerbetreibenden des Kontinents bewunderungswürdigſten Dinge geſehen: Eiſengußſtücke bis zu 200 Ctr. Schwere, Fußböden, Treppen und Dächer aus Eiſen, durch Gas erleuchtete Werkſtätten, Cylinder von 54 Zoll Durchmeſſer, Dampf- und Hilfsmaſchinen für alle möglichen Zwecke und ſonſtige Wunderdinge mehr. In anderen Werken, zu denen ihm Watt Eingang verſchaffte, erblickte Fiſcher Hochöfen, die täglich 70 bis 100 Tonnen (?) Eiſen erblieſen, wie auch einen „Pudding-Furnace", welchen man mit 200 Pfd. Roheiſen beſchicken und aus dieſen nach gar nicht langer Zeit 6 Luppen machen konnte. „Dieſe Luppen wurden unter dem großen, 12—15 Ctr. ſchweren, mit Stiel und Hülſe aus einem Stücke gegoſſenen Hammer ausgeſchmiedet und unter die Walz- und Schneidewerke gebracht, wo in den allmählich

abnehmenden eingedrehten Rinnen viereckige, runde oder flache Stäbe gebildet wurden.“ Durch solche sinnreiche Vorkehrungen sei es möglich geworden, trotz des enormen Arbeitslohnes von 16—20 Schilling pro Woche, gewalztes Eisen zu 12 Schilling pro Centner zu liefern.

Fischers Mitteilungen erregten an allen Orten, wo der Märker Eisen reckte, großes Aufsehen und bei vielen schwere Sorgen darüber, was aus ihnen werden solle, wenn den Engländern gestattet würde, solches billige Eisen nach Preußen hineinzubringen und dem inländischen Produkte Konkurrenz zu machen. Nur einer — und dieser eine war Fritz Harkort — meinte: Was die Engländer können, müssen wir Deutsche doch auch schließlich fertig bringen; und gerade hier an der Ruhr, wo wir neben guten Kohlen billige Arbeitslöhne und im Sauerlande und Siegerlande vorzügliches Eisen haben! Über solche unerhörte, verwegene Gedanken schüttelten natürlich alle „verständigen“ Leute die Köpfe und verschafften dem jungen Neuerer schon damals den Namen eines Projektenmachers. Doch das störte diesen wenig, sondern vermehrte nur seinen Mut und seinen Eifer. Am 21. September 1818 hielt er Hochzeit mit Auguste Mohl, schloß seinen Vertrag mit Kamp, kaufte am 28. Oktober desselben Jahres die Burg in Wetter nebst dem dabei befindlichen Bergamtsgebäude und segelte, über die unzähligen Bedenken zaghafter Verwandten und Freunde sich hinwegsetzend, im folgenden Jahre nach England, um von dort für die neue Mechanische Werkstätte Sachverständige und Arbeiter herüberzuholen. Das war leicht gesagt, aber schwer, sehr schwer gethan. Tüchtige Leute waren nur durch hohe, das Einkommen in der Heimat übersteigende Gehälter zu bewegen, ihr merry old England zu verlassen und nach dem unbekannten, des englischen Komforts entbehrenden Deutschland überzusiedeln. Die Zahl der anständigen Männer, die Harkort folgten, blieb darum nur klein und er mußte, aus der Not eine Tugend machend, dazu übergehen, auch solche Leute anzunehmen, denen der Aufenthalt in ihrem Vaterlande aus irgend welchen Gründen schwül geworden war, wenn sie nur Kenntnis der Maschinenarbeit besaßen. „Ich habe damals verschiedene meiner Engländer,“ pflegte er in späteren Jahren zu äußern, „so zu sagen vom Galgen herunterschneiden müssen, nur um überhaupt welche zu bekommen.“ Wer solche Anwerbung fremdländischer Arbeiter zu tadeln geneigt ist, möge sich daran erinnern, daß bis zum heutigen Tage hin alle Nationen, die neue Industriezweige bei sich einführen, sich der gleichen Sünde, wenn man es so nennen will, schuldig gemacht haben. So hatte damals der mehrerwähnte frühere preußische Kriegsrat und Fabrikenkommissarius Eversmann, welcher

als Bergrat und Direktor des Hüttenwerks zu Slatouſt in Kaiſerlich Ruſſiſche Dienſte getreten war, noch im Jahre 1814 Deutſche Klingenſchmiede aus Solingen und andere Metallarbeiter aus Weſtfalen nach dem Ural geholt. Es geht in ſolchem Falle wie im Familienleben. Hat eine junge Mutter nicht ſelbſt genug Nahrung für ihr Kind, ſo iſt ſie genötigt, eine Amme zu ſuchen und dieſe zu nehmen, wo und wie ſie zu finden iſt*).

Godwin und Thomas hießen die erſten engliſchen Ingenieure, welche die in eine Pflanzſchule der Technik umgewandelte Burg zu Wetter betraten und mit ihrem jungen Chef vereint die Mechaniſche Werkſtatt in Betrieb ſetzten. Thomas, ein talentvoller aber haltungsloſer Mann, verlor ſich ſpäter nach Böhmen; ſein Schwiegervater Godwin dagegen, den Harkort einen Gentleman ſonder Tadel nennt, harrte aus und veranlaßte auch nach einigen Jahren ſeinen nach den Vereinigten Staaten gewanderten, tüchtigen Sohn George, vom Onega-See nach der Ruhr zu kommen. Der ältere Godwin konſtruierte eine verbeſſerte liegende Bohrmaſchine für Cylinder und ſuchte ſchon damals den Bau horizontaler Brücken mit weiter Spannung, wie ſie jetzt bei Eiſenbahnen üblich ſind, zur Ausführung zu bringen, während ſein Sohn die vertikalen Bohrmaſchinen für kleinere Gegenſtände einführte. Zu den beiden Engländern geſellten ſich bald andere ſtrebſame Techniker, wie Treviranus aus Bremen, welcher bei den berühmten Optikern Fraunhofer in München und Herſchel in England gearbeitet hatte; ferner der früher auf Schiffswerften in Rotterdam thätig geweſene Tiſchbein. Bei der praktiſchen Ausführung der Arbeiten bot beſonders der Guß ſchwerer Façonſtücke große Schwierigkeiten. Der erſte Gießermeiſter Obrey, aus der berühmten Fabrik von Maudsley in London, ging bald wieder in die Heimat zurück und mußte nacheinander durch andere Engländer, Namens Richmond, Rooſe und Potter erſetzt werden, weil es den einheimiſchen Arbeitern an Erfahrung, lange Zeit auch an nötigem Kraftbewußtſein und Mut fehlte, die Sache ſelbſt in die Hand zu nehmen. An Dreh- und Bohrbänken entwickelte der Tſcheche Kuniſch außerordent-

*) Selbſt England, das damals unfreiwillig ſolche Nährammen für die Induſtrie in Nachbarländern lieferte, hat ſich noch gegen Ende des Jahrhunderts ſeinerſeits zu gleichem Verfahren genötigt geſehen. Im November 1888 teilte der Staatsſekretär des Krieges, Mr. Stanhope, dem Unterhauſe mit, daß mehrere Arbeiter aus Solingen von der Engliſchen Regierung angeſtellt worden ſeien, um die Engliſchen Arbeiter in der Anfertigung von Hieb- und Stoßwaffen zu unterweiſen. Der Miniſter fügte hinzu, die Kenntnis dieſes Faches ſei in England faſt ganz ausgeſtorben. („Dortmunder Zeitung" vom 28. November 1888.)

liche Begabung. Der kaufmänniſche Teil des Geſchäftes ruhte in den zuverläſſigen Händen des feingebildeten Buchhalters Rethel, Vaters der beiden Maler Alfred und Otto Rethel, von denen namentlich der früh verſtorbene Alfred durch ſeine Fresken im Aachener Kaiſerſaal dauernden Künſtlerruhm erwarb.

„Die Opfer und Schwierigkeiten waren groß," berichtet Harkort in ſeiner Geſchichte von Wetter. „Der Übermut und die Völlerei der Ausländer, Mangel an paſſenden Materialien und guten Wegen, die Unerfahrenheit der hieſigen Arbeiter — all' dies führte eine Menge Übelſtände herbei, welche man heute nicht mehr kennt. Allein durch Beharrlichkeit behauptete ſich die neue Induſtrie. Sie hat die alte feudale Burg erobert und in ihr einen bleibenden Sitz aufgeſchlagen, in welchem Eiſen und Stahl in die mächtigſten Waffen des Gewerbefleißes umgeſchaffen werden." — In den vier einfachen Worten „Mangel an guten Wegen" wird hier mit jener lakoniſchen Kürze, die wir ſtets bei Harkort finden, wenn es ſich um ihn ſelbſt handelt, der entſetzliche Zuſtand der damaligen Straßenverbindungen am Sitze des neuen, für das ganze Land hochwichtigen Gewerbezweiges abgefertigt. Nach dem nur eine halbe Stunde entfernten Städtchen Herdecke, dem bedeutendſten Kornmarkte an der Ruhr mit einer neuen Brücke über dieſen Strom, führte von Wetter aus ein Weg, deſſen Zuſtand Zeitgenoſſen als geradezu undurchdringlich ſchildern. Erſt 1823 wurde am Felsabhang des „Alten Stammes", deſſen Gipfel dereinſt Harkorts Denkmal tragen ſollte, eine erträgliche Verbindung mit Herdecke hergeſtellt. Vom dort befindlichen Poſtamte konnten die Briefe anfangs wöchentlich einmal, ſpäter zweimal durch eigene Boten abgeholt werden. Nach Süden hin, der Enneperſtraße zu, war zwar 1804 durch die Bemühungen des Scheder Gutsherrn eine Chauſſee zuſtande gekommen; doch führte dieſe nur indirekt nach Wetter, weil dort keine Ruhrbrücke vorhanden war. Bis zur Vollendung der neuen, durch einen Aktienverein geſchaffenen Straße nach Witten (im Winter 1842) konnte man dorthin nur auf einem greulichen, durch dunkeln Wald führenden Hohlwege gelangen. So hatte das junge Unternehmen nicht allein mit den in der Sache ſelbſt liegenden großen, in ihrem ganzen Umfange heute nicht mehr zu beurteilenden Hinderniſſen zu kämpfen, ſondern auch mit allen jenen Schwierigkeiten allgemeiner Art, die zu beſeitigen niemals der einzelne, ſondern nur Staat und Gemeinde vermögend ſind.

Aber auch Gegner und Feinde anderer, heute kaum noch glaublicher Art galt es zu überwinden. Zwar bewunderte und beneidete man England um ſeinen Reichtum und rieſige gewerbliche Ent-

wickelung und jammerte laut, wenn billigere Englische Waren die Deutschen von ausländischen Märkten verdrängten oder gar im Inlande selbst Konkurrenz machten; doch dachten nur wenige daran, sich die nämliche Rüstung zu verschaffen und den übermächtigen Gegner mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen. Im Gegenteil wurde von vielen die eigens zu diesem Zwecke errichtete Wettersche Werkstätte nicht bloß für ein überflüssiges und thörichtes, sondern für ein geradezu schädliches Unternehmen gehalten*). Denn waren nicht die braven Vorfahren, die doch auch nicht dumm waren, ganz gut ohne diese neumodischen Dinge fertig geworden? Und was sollte, fragte man beispielsweise, aus den vielen Haspelziehern und Pferdegöpelwerken werden, wenn fortan jedes Bergwerk eine Dampfmaschine und Kessel kaufen und durch deren Arbeit die Kohlen rascher und billiger aus der Erde herausholen könne? Würde nicht der größte Reichtum der Mark, ihre zahllosen Wassergefälle, entwertet werden, sofern es gelänge, Hammerwerke mit Dampf statt mit Wasser zu betreiben? Wovon sollten alle die Menschen, deren Arbeit fortan Maschinen — nach der Ansicht ihrer umstürzlerischen Bewunderer — verrichten würden, in Zukunft überhaupt noch leben? Es bewahrheitete sich auch hier das beißende Wort Börnes, daß, seit Pythagoras nach Entdeckung seines Lehrsatzes den Göttern eine Hekatombe opferte, alle Ochsen für ihr Leben fürchten, sobald sie von einer neuen Erfindung hören. Die „Kölnische Zeitung“ (welche damals nur ca. 2000 Abonnenten zählte) schloß im Jahre 1818 einen Leitartikel über das englische Maschinenwesen mit folgenden sozialistisch angehauchten Sätzen**):

„Eine Maschine macht oft die Arbeiten von tausend Menschen entbehrlich und bringt den Gewinn, den sonst alle diese Arbeiter theilten, in die Hände eines Einzigen. — — Mit jeder abermaligen Vervollkommnung einer Maschine werden neue Familien brotlos; jede neuerbaute Dampfmaschine vermehrt die Zahl der Bettler, und

*) Gern erzählte Harkort, in welcher Weise ein wohlmeinender alter Arbeiter ihn vor Anfertigung von Dampfmaschinen gewarnt hatte. „Bleiben Sie doch davon zurück, Herr,“ hatte derselbe gemeint, „denn wenn das überhaupt ginge, würde Brand in der Rahlenbecke es schon lange gemacht haben!“ Brand war ein geachteter, dem industriellen Fortschritt huldigender Fabrikant, dessen gedrehte Walzen und Schrauben wegen ihrer Güte berühmt waren.

**) „Geschichte der Kölnischen Zeitung und ihrer Druckerei“, S. 9. Köln, DuMont-Schauberg 1880. Eine sehr interessante Selbstbiographie, wie sie ähnlich von allen älteren Preßorganen, als wertvolle Beiträge zur Zeit- und Kulturgeschichte, hergestellt werden sollten.

es ſteht zu erwarten, daß ſich bald alles Vermögen in den Händen einiger tauſend Familien befinden und der übrige Teil des Volkes als Bettler in ihre Dienſtbarkeit geraten werde. Muß nicht jeder Menſchenfreund ſchmerzlich ergriffen werden von dem Gedanken, daß es dahin kommen kann und aller Wahrſcheinlichkeit nach dahin kommen muß? Wir ſind der Meinung, daß der Schade, den unſere Gewerbe durch das engliſche Maſchinenweſen erleiden, obwohl er ſehr fühlbar iſt, bei weitem leichter ertragen werden kann, als der Druck, der aus dem Flor der zu ſehr durch Maſchinen vervollkommneten Fabriken erwachſen würde, die Deutſchland mit drei bis vier Millionen Bettlern bevölkern würden."

So redete damals ein ultramontanes Blatt über die Folgen der beginnenden neuen induſtriellen Periode — eine Zeitung, die in dem nämlichen „hilligen Köln" erſchien, das zu Ende des 18. Jahrhunderts im ganzen Römiſchen Reiche berüchtigt war wegen ſeiner nicht in Fabriken, ſondern in unzähligen Klöſtern gezüchteten Bettlerſcharen, — dasſelbe Köln, von dem noch am 19. Februar 1828 der eigene Erzbiſchof meldete, daß „im Durchſchnitte der dritte Mann Unterſtützung bedürfe!"*) — Was wäre wohl aus dieſem verkommenen Mönchsneſte ohne die Dampfmaſchine und ohne die Verbindung mit Preußen geworden?

Glücklicherweiſe vermochten Einwände und Weherufe ſolcher Art weder Harkort von energiſchem Fortſchreiten auf der einmal betretenen Bahn abzuhalten, noch auch das weitere Eindringen des Maſchinenweſens in die Deutſche Induſtrie überhaupt zu hindern. Bereits 1820 ſah der damalige Bergeleve Heinrich von Dechen auf der Zeche St. Peter am Schlebuſch eine von Harkort & Co. gebaute Fördermaſchine**). Die großen Fabrikſtädte Elberfeld und Barmen erhielten ihre erſten Dampfmaſchinen durch die Wetterſche Anſtalt, die gleichfalls den erſten mechaniſchen Webſtuhl aus England kommen ließ und nach dieſem Muſter eigene Stühle erbaute, auf denen Tuch, Seide und Baumwolle gewebt werden konnte. In Berlin wurde am Monbijouplatze eine Filialwerkſtätte angelegt, die ſpäter Friedrich Mohl, ein Schwager Harkorts, übernahm und zu bedeutendem Rufe in Anfertigung von Tuch-Appretur-Maſchinen

*) Pertz, „Leben Steins", Band VI, S. 553; Brief des Erzbiſchofs Grafen Spiegel an den Miniſter vom Stein.

**) Eigene Mitteilung des am 15. Februar 1889 verſtorbenen Oberberghauptmanns von Dechen. Der berühmte Geologe (geb. 25. März 1800) hatte um jene Zeit zu Sprockhövel unter Leitung des Berg-Geſchworenen Heyn die bergmänniſche Laufbahn betreten.

brachte. Auf Anregung aus andern Kreisen der Industrie nahm man auch die Herstellung von Heizapparaten, hydraulischen Pressen u. dgl. in die Hand. Schon Ende 1822 wurde die Werkstätte in einem wahrscheinlich von Beuth veranlaßten Aufsatze der amtlichen Staatszeitung*) „unter die merkwürdigsten und bewundernswertesten Anstalten in Deutschland" gerechnet und berichtet: Die Maschinen, welche sie liefert, gehörten zu den vollkommensten und könnten den besten Englischen an die Seite gesetzt werden; dabei seien sie viel billiger als jene. Auch mehre sich der Absatz fortwährend; die Anstalt habe jetzt Aufträge auf mehrere neue Maschinen sowohl für die hiesigen Gegenden als auch für Sachsen. Namentlich sei man mit Anfertigung einer 20 Pferdekraft gleichen, großen Dampfmaschine für Essen beschäftigt." Eine 20pferdige Maschine war damals also noch eine erwähnenswerte Leistung. Drei Jahre später fand man sich in Wetter schon stark genug, die Lieferung einer weit größeren Anlage zu übernehmen. Der „Westfäl. Anzeiger" berichtet in seinem Jahrgang 1825, Nr. 47 aus Essen über ein Fest, welches am 28. Mai jenes Jahres auf der Steinkohlenzeche Sälzer und Neuack aus Anlaß der Eröffnung einer tieferen Sohle im Flötze Rötgersbank gefeiert worden war. Dort heißt es: „Eine 48zöllige, doppelt wirkende Dampfmaschine (die größte, wirksamste auf dem Kontinent)**), die aus einer Tiefe von 350 Fuß rheinl. in der Minute 100 bis 110 Kubikfuß Wasser hebt und eine Kraft von 120 Pferden besitzt, ist von der ausgezeichneten Werkstätte Harkort & Co. in Wetter, und eine 16zöllige Förderungsdampfmaschine, die aus gleicher Teufe in der Stunde 150 bis 175 Scheffel Kohlen fördert, von dem Maschinen-Inspektor Merker in Essen in Verbindung mit der Guten-Hoffnungs-Hütte zu Sterkrade zur völligen Zufriedenheit der Sachkenner erbaut."

Der Leser würde ein falsches Bild gewinnen, wenn er durch die hier gegebene Darstellung zu der Annahme gelangte, als sei Harkort überhaupt der erste gewesen, welcher Dampfmaschinen in Westfalen gebaut habe. Diese Ansicht ist zwar in manchen Kreisen verbreitet, jedoch irrtümlich. Behufs Berichtigung derselben, und damit anderen, um die industrielle Entwickelung unsres Vaterlandes gleichfalls wohlverdienten Männern die ihnen gebührende Anerkennung

*) Vergl. auch „Westf. Anzeiger" 1822, Nr. 89 u. 101.

**) Irrig; in Belgien und Frankreich existierten bereits größere Anlagen.

zuteil werde, werfen wir hier einen kurzen Rückblick auf die erste Geſchichte des Dampfmaſchinenweſens in Preußen, ſpeziell in Weſtfalen.

Friedrich der Große ſelbſt war es, welcher auf Veranlaſſung ſeines ausgezeichneten Miniſters von Heinitz den Bergaſſeſſor Bückling 1782 nach England ſandte, um die dortigen „Feuermaſchinen“ — wie die Dampfmaſchinen urſprünglich genannt wurden — kennen zu lernen. Von Bewunderung erfüllt für das Erſchaute, kehrte Bückling, welcher ein geborener Techniker geweſen ſein muß, in die Heimat zurück und fertigte ein kleines Modell an, nach welchem laut noch vorhandenem Spezialbefehl des Königs die erſte Dampfmaſchine in Preußen gebaut und auf dem jetzt verlaſſenen König Friedrich-Schachte des Königlichen Kupferbergwerks zu Hettſtedt in der Grafſchaft Mansfeld aufgeſtellt werden konnte. Sämtliche Teile dieſer am 23. Auguſt 1785 in Betrieb geſetzten Maſchine waren im Inlande angefertigt worden. Im Gegenſatz dazu wurde die zweite in unſerm Vaterlande in Gang gebrachte Maſchine (am 4. April 1788 auf der Königlichen Friedrichsgrube bei Tarnowitz in Oberſchleſien) auf Veranlaſſung des Berghauptmanns von Reden fertig aus England bezogen. Andre Maſchinen-Anlagen, faſt ſämtlich durch den genannten Bergaſſeſſor Bückling geleitet, folgten dann auf dem Staatsſalzwerke zu Schönebeck, in Langenweddingen bei Magdeburg und auf Anhaltiſchen Gruben; einige ſchon in größeren Dimenſionen. Die Haupt- und Reſidenzſtadt Berlin erhielt ihre erſte Dampfmaſchine im Jahre 1799. Dieſelbe ſtand in der damaligen Königlichen Porzellan-Manufaktur in der Leipzigerſtraße, wo jetzt der Deutſche Reichstag verhandelt, hatte 10 Pferdekraft und koſtete 1464 Thlr. 12 Gr. 7 Pf. Alle Teile dieſer Maſchinen wurden in Preußen hergeſtellt, mit Ausnahme der Cylinder, welche — da ſich ihre Anfertigung hier als unmöglich erwies — mit großen Koſten aus England bezogen werden mußten.

In Weſtfalen erfolgte die Aufſtellung der erſten Dampfmaſchine in den Jahren 1798—99 auf der im zweiten Kapitel erwähnten Saline Königsborn; nicht, wie vielfach behauptet wird, auf der Kohlenzeche Vollmond bei Langendreer. Schon die dritte Nummer des eben damals neuerſchienenen „Weſtf. Anzeigers“ (10. Juli 1798) meldete, das Königliche Salzwerk zu Unna habe jüngſt eine Engliſche Maſchine erhalten, „wodurch beim Mangel des Windes die Windflügel in Bewegung geſetzt und die Pferde erſpart werden können.“ Auf dieſe Anregung und einige daran geknüpfte Fragen erfolgte bald nachher a. a. O. die Antwort: die in Königsborn angekommene

Maſchine ſei ein Cylinder zu einer großen Feuermaſchine und in England angefertigt. Die übrigen Apparate (einzelnen Teile) würden zu Salze*) gemacht und durch einen dortigen Meiſter, der lange in England geweſen, aufgeſtellt werden. Der Cylinder ſolle das Waſſer aus der Tiefe heben; Abriſſe und Modelle davon könne man in Berlin bekommen. Ende Auguſt 1800 erſchien Benzenberg**) in Unna, um das inzwiſchen in Gang geſetzte Wunderwerk zu betrachten und darüber dem „Weſtf. Anzeiger" Bericht zu erſtatten (Nr. 79). „Unter allen Maſchinen," ſchreibt der junge Gelehrte, „die der Menſch im Laufe der Zeit erfand, iſt keine, die ſeinem Geiſte mehr Ehre macht und keine, die den verſchiedenen Verrichtungen der tieriſchen Oekonomie näher kommt als — die Dampfmaſchine." — Die Königsborner hebe die wilden Waſſer 160 Fuß hoch, habe 8 Fuß Hub, der 12000 Pfund ſchwere Cylinder, deſſen Transport von der Lippe zur Saline 24 Pferde erforderte, ſei 4 Fuß weit, der Balanzier (aus Holz!) 36 Fuß lang, 2 Fuß breit und 3 Fuß hoch. Der Koſtenpreis beliefe ſich auf 30000 Thaler. Gebaut (ſoll heißen: aufgeſtellt) ſei die Maſchine durch einen gewiſſen Wagener, unter der Leitung des inzwiſchen zum Oberbergrat vorgerückten Bückling.

Benzenbergs Beſchreibung der Maſchine und ihrer Leiſtungen erregte in ganz Weſtfalen das größte Aufſehen; man pilgerte in Scharen nach Königsborn, um ſich durch eigenen Augenſchein zu überzeugen. Schon im folgenden Jahre ließ der Freiherr v. Romberg zu Brünninghauſen***) auf ſeiner Grube Vollmond gleichfalls eine Dampfmaſchine aufſtellen, die in Schleſien — mutmaßlich auf einem der dortigen Staatswerke zu Malapane und Gleiwitz — gebaut war. Jedenfalls iſt Vollmond das erſte Steinkohlenbergwerk in Weſtfalen, welches mit einer Dampfmaſchine verſehen wurde, und Romberg der erſte Privatmann, welcher den Mut hatte, auf eigene Koſten zu einer ſolch bedeutenden, in der damaligen Zeit doppelt koſtſpieligen Anlage zu ſchreiten. Bei Aufſtellung dieſer Maſchine hatte ein Zimmermann, in ſeiner Jugend Schweinehirt, namens Franz Dinnendahl, Hilfe geleiſtet: ein techniſches Genie erſten Ranges, welcher allein, ohne jede Vorbildung wie ohne nennenswerte Geldmittel, nur mit den primitivſten Hilfswerkzeugen ausgerüſtet, gleich

*) Es wird hier Salze, auch Groß-Salze genannt, bei Magdeburg gemeint ſein.

**) Geb. 1777 zu Schöller bei Elberfeld, geſt. 1846 als Direktor der Sternwarte zu Bilk bei Düſſeldorf; vgl. Kap. III.

***) Später Präfekt des Ruhrdepartements und Landesdirektor; vgl. Kap. IV und VI.

nach der Vollendung des Vollmonder Werkes eine Anzahl Dampfmaschinen für verschiedene Gruben im Essener Bergamtsbezirke erbaute und aufstellte. Die dafür erforderlichen Gußsachen und sonstigen schweren Eisenteile bezog Dinnendahl von der bereits im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts angelegten Guten-Hoffnungs-Hütte zu Sterkrade, die 1808 aus dem Besitz der Witwe Krupp (Großmutter des berühmten Stahlindustriellen) an Jacobi, Haniel & Huyssen übergegangen war. Die letztgenannte, später so groß gewordene Firma entschloß sich 1820*) unter der Direktion der verdienten Gottlob Jacobi († 1823) und Wilhelm Lueg († 1864), selbst zur Fabrikation von Dampfmaschinen überzugehen, nachdem Harkort und Kamp im Jahre 1819 voraufgegangen waren.

Im Februar 1825 hatten die Bewohner von Wetter die große Freude, ihren vormaligen Mitbürger, den berühmten Minister Stein, nach langer Abwesenheit wieder in ihren Mauern zu sehen. Nicht einen Augenblick war das Andenken an den glorreichen Geächteten seinen Westfalen aus Kopf und Herz entschwunden. Ihre Blicke verfolgten ihn, als er 1808 nach Österreich flüchtete, von dort nach Rußland berufen wurde, den Kaiser Alexander bewog, seine Heere nach Deutschland rücken zu lassen, in Königsberg den Volksaufstand gegen den fränkischen Unterdrücker zur Glut entfachte, die endlich verbündeten Fürsten bis an das Ende ihres Siegeszuges nach Paris trieb, den zweimaligen Sturz und die Verbannung seines Todfeindes erlebte und endlich auf dem Wiener Kongresse Deutschlands Kraft und Größe — leider vergeblich — wiederherzustellen trachtete. Die Hoffnung aller Patrioten, der König werde nach dem Frieden „des Guten Grundstein" wieder zur Regierung berufen, erfüllte sich nicht; denn dort, wo die „Schmalz-Gesellen" sich breit machen durften, war für einen Stein kein Raum mehr. Den Eintritt in den neugeschaffenen jämmerlichen Frankfurter Bundestag hatte er natürlich abgelehnt. Um so größere Freude und Genugthuung erregte es in Westfalen, als, wie Pertz sagt, die Erinnerung an seine Jugend- und Mannesjahre, die Vorliebe für die einfachen kräftigen Bewohner Westfalens, unter denen er so viele erprobte Freunde zählte, ihn bestimmte, sich dort eine zweite Heimat zu gründen. Stein wählt dazu das von den Arns-

*) Wm. Grevel, „Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen." II. Heft, S. 16.

berger Grafen gestiftete prächtige Kloster Kappenberg. Von einem dichten Kranze herrlicher Eichen- und Buchenwaldungen umgeben, thront der alte Bau in entzückender Lage auf einer Höhe des nördlichen Ufers der Lippe unweit des Städtchens Lünen, weit in die gesegneten Fluren des Hellwegs und die dunkeln Gebirge des Sauerlandes hinausschauend und selbst von allen Seiten gesehen*). Als Harkort dort einst den alten Freund seines Vaters und Oheims besuchte und ihn fragte, weshalb er diesen zwar schönen, doch einsamen Sitz seiner romantisch gelegenen väterlichen Burg in Nassau vorziehe, erwiderte der Todfeind aller Bauernknechtschaft unwirsch: „Ich liebe die Leute nicht, die sich dort für einen Gulden außer Atem laufen; wenn ich hier meinen geringsten Nachbarn nicht grüße, so grüßt er mich auch nicht**)." Die Abneigung gegen den hochfahrenden, Preußen feindlichen Herzog von Nassau wird gleichfalls dazu mitgewirkt haben, ihm seine Heimat zu verleiden.

Auf einer seiner jährlichen Reisen zwischen Kappenberg und Nassau kam Stein nach Wetter, um die Maschinenfabrik, an welcher er seit ihrem Bestehen lebhaften Anteil genommen, zu besichtigen. Im ehemaligen Bergamtsgebäude — denselben Räumen, in welchen er vor 40 Jahren seine große Laufbahn im Preußischen Staatsdienste begonnen, wo er mit Mähler und Sack, mit Heintzmann und Liebrecht, Holzbrink und Eversmann unermüdlich des Landes Wohlfahrt beraten und gefördert hatte — bewegten sich jetzt früher ganz unbekannte Maschinen aller Art, Dreh-, Bohr- und Hobelbänke in nie rastendem Laufe, und aus den teilweise benutzten Ruinen der ehemaligen Märkischen Grafenburg schlugen die Flammen der Schmelzöfen empor. Anstatt in die gerade in jener Periode der Romantik so beliebten Klagen über „wachsenden Materialismus" einzustimmen, lobte der ehrwürdige Staatsmann lebhaft die nützliche Verwendung, die sein früherer Amtssitz gefunden, wie nicht minder die Inhaber des Werkes ob der ihrem schwierigen Unternehmen gewidmeten rastlosen Thätigkeit und Einsicht. In dem hoch über der Ruhr am steilen Rande des Burgbergs gelegenen Harkortschen Wohnhause nahm er ein einfaches Mahl ein und erfreute sich nochmals der herrlichen Aussicht über das schöne Thal, in dessen Mitte jener malerische Berg emporragt, der nach einem halben Jahrhundert das durch die Dankbarkeit Westfalens Stein gewidmete Ehrendenkmal zu tragen bestimmt war.

*) Vgl. Eylerts vortreffliche Schilderung Kappenbergs und der Mark in dessen „Charakterzügen", Teil II, zweite Abteilung, S. 276.

**) Harkort, „Geschichte von Wetter", S. 36.

Leben und Blüte der Maschinenfabrik, deren Leistungen 1823 seitens der Staatsregierung öffentliche amtliche Anerkennung gefunden hatten, schienen nunmehr fest begründet. Andere würden sich mit den erzielten Erfolgen zunächst begnügt, sich des Geschaffenen fortan mit Ruhe erfreut, das Unternehmen möglichst auszubeuten und Vermögen zu sammeln gesucht haben. Nicht so Harkort. Er hätte nicht der rastlos thätige Mann und eiserne Charakter sein müssen, der er war, wenn er stillgestanden und nicht unablässig auf weitere Fortschritte und Verbesserungen, auf Beseitigung des unbrauchbar gewordenen Alten und Aneignung des guten Neuen hingedrängt hätte. Zunächst warf er sich mit aller Kraft auf die Einführung einer bessern Methode der Eisenfabrikation, das sogenannte Puddel-Verfahren.

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts, namentlich während der Französischen Herrschaft, war das Eisengewerbe in Westfalen in starkem Rückgange begriffen. Fertige Eisen- und Stahlwaren hatten zwar im großen Ganzen ihren Ruf und Markt behauptet, doch die Herstellung des Rohmaterials, des gegossenen und geschmiedeten Eisens, litt ungemein unter der Konkurrenz des Auslandes. Nicht nur das übermächtige, meerbeherrschende England brachte sein Eisen zu Preisen, für welche das einheimische Erzeugnis unmöglich hergestellt werden konnte, nach den Rheinprovinzen, sondern auch das entferntere, kapitalarme Schweden vermochte gleiches zu thun. Im ersten Jahre nach der Wiedervereinigung der Mark mit Preußen wird im „Hermann" von 1814 (Nr. 91 vom 13. Dezember) berichtet, welch auffallend große Mengen Schwedischen Eisens eingeführt würden, sowohl zu Wasser rheinaufwärts als auch durch Hannover auf weitem Landwege. Der nunmehrige Kaiserlich Russische Bergrat Eversmann habe gesagt, heißt es a. a. O., er getraue sich „bei ungehinderter Schiffahrt das Sibirische Eisen weit wohlfeiler ins Bergische und Märkische zu liefern, als das Nassauische und Rheinische dort zu stehen komme". Die Westsibirischen Werke, welche Eversmann bei dieser Äußerung allein ins Auge gefaßt haben kann, liegen über 500 Deutsche Meilen von der Ruhr entfernt — die Nassauischen und Rheinischen, von denen hier die Rede ist, durchschnittlich nur 20 Meilen! Aber Rußland besaß, neben billigsten Produktionsbedingungen, vortreffliche Wasserwege; Westfalen und Nassau dagegen, bei weit höheren Selbstkosten, schlechte Landwege und von seiten des verarmten Staates geschah nichts, solche Zustände zu bessern. Auf diese und andere schwere Übelstände wies Fr. Harkort im „Hermann" hin, als 1818 in diesem Blatte Stimmen

laut wurden, die sich für unbedingte Handelsfreiheit erklärten und verlangten, Preußen müsse bleiben, wozu die Natur es geschaffen: nämlich ein Ackerbaustaat, und müsse Industrie anderen Ländern überlassen*). Statt erhöhter Zölle gegen die Einfuhr ausländischen Eisens verlangte Harkort Beseitigung der Hindernisse, welche die freie Entwickelung der heimischen Eisenerzeugung unmöglich machten. „Blühende Industrie herrschte," erwiderte er dem freihändlerischen Gegner, „in den Provinzen diesseits der Weser; diese wurde im eigenen Vaterlande schmählich ausgeschlossen**) und dennoch verkümmerten die Sprößlinge im Kurmärkischen Sande! — — Warum bestehen die Binnenzölle diesseits der Elbe stiefmütterlich fort? Ist es recht, das im Siegenschen erkaufte rohe Produkt hierher zweimal verzollen zu müssen?"

Bei seiner Reise nach England überzeugte sich Harkort, welche gewaltigen Fortschritte das im Jahre 1784 durch Cort erfundene, 1818 durch Baldwin Brugers verbesserte, in Deutschland noch unbekannte neue Eisenfrisch-Verfahren, das sogenannte Puddeln, im Laufe der Zeit gemacht hatte. Indessen wurden seine Kräfte und Mittel von der Einrichtung der Mechanischen Werkstätte zu vollständig in Anspruch genommen, als daß er damals schon daran denken konnte, auch noch diese zweite nicht minder wichtige Reform gleichzeitig durchzuführen. Zudem hatte zur nämlichen Zeit (1819) die fiskalische Bergverwaltung zu Geislautern an der Saar selbst begonnen, Puddelversuche zu machen, die sicherlich zum günstigen Ende geführt worden wären, wenn man sie mit Beharrlichkeit fortsetzte. Es fehlte aber an Ausdauer, wohl auch an energischer Anregung von oben, und so mißglückten jene Versuche gleich andern, welche schon vor dem Jahre 1817 an nicht bekannt gewordenen Orten in Deutschland gemacht worden waren***). Erst 1824 gelang es auf der, der altangesehenen Eisengewerkenfamilie Remy gehörigen, Hütte zu Rasselstein bei Neuwied, mit dem neuen Verfahren zufriedenstellende Resultate zu erzielen und in regelmäßigen Betrieb

*) Man sprach in diesen Artikeln des vorzugsweise in Elberfeld und Barmen, dem Hauptsitze der Textilindustrie, gelesenen „Hermann" mit dürren Worten aus: „Alle Baumwollen-, Seiden-, ja auch Wollen-Manufakturen können sich durch sich selbst schwerlich lange mehr (scil. in Deutschland) halten." Jahrgang 1818, S. 612.

**) Die Preußischen Landesteile jenseits der Weser bildeten noch nach 1815 ein eigenes Zollgebiet.

***) „Hermann", Jahrgang 1817, S. 817.

zu kommen*). Die ersten Arbeiter dazu hatte John Cockerill zu Seraing bei Lüttich**), welcher den Puddelprozeß schon im Jahre 1820 auf seinem dortigen großen Werke einführte, der ihm befreundeten Firma vorübergehend überlassen. Der Staat zahlte Remy eine Prämie von 5000 Thalern und gab die erforderlichen Kohlen aus seinen Saarbrücker Gruben auf mehrere Jahre zum selbstkostenden Preise. Cockerill erhielt von seiner (damals der Niederländischen) Regierung eine Million Franken vorgestreckt, um die neue Methode nach allen Richtungen hin durchzuführen. Thatsachen solcher Art waren mehr als genügend, um Harkort, obgleich er selbst mit der Eisenfabrikation direkt nichts zu thun hatte, zum Sturmläuten zu veranlassen.

„Einst gab es eine Zeit," sprach er in Nr. 74 des „Westfälischen Anzeigers" von 1824, „wo unsre Eisengewerbe über jene der Fremden hervorragten; allein jetzt ist der Wendepunkt eingetreten, weil Stillstehen nicht frommt; — und wir standen still, muß ich sagen, obgleich solche Wahrheiten selten willkommen sind. Unsre Eisenhütten werden im Durchschnitt jämmerlich betrieben; kleine Öfen, schlechtes Gebläse, verschiedenes Material und geringe Erzeugung sind Folgen eines geteilten Besitzes. Die Selbstkosten kommen 30 Prozent höher als in England. Die Band- und Reckhämmer sind nicht imstande, in einer Woche so viel Schmiedeeisen zu liefern, wie ein Walzwerk mit gleicher Anzahl Arbeiter in einem Tage. Fügen wir nun die vergeblichen Frachten von einem Werke zum andern hinzu, dann ist leicht erklärlich, daß der Ausländer das Eisen 40 bis 60 Prozent billiger erzeugt und wir von den auswärtigen Märkten verdrängt werden mußten; wie nicht minder, warum Schweden und England ihr Eisen bis nach dem Oberrhein versenden." Im ferneren Verlaufe seines Aufsatzes weist er auf die gewaltigen Fortschritte hin, die der Puddelprozeß in England, Frankreich und Belgien bereits gemacht; erwähnt die Neu-Anlagen am Rasselstein und in Eschweiler; betont, daß die Westfälische Kohle für das neue Verfahren geeigneter sei als jene von der Saar und Maas, und macht schließlich den Vorschlag: „daß eine Gesellschaft für den angegebenen Zweck (die Einführung des Puddel-

*) Das Rasselsteiner Werk lieferte auch die ersten in Deutschland hergestellten Schienen größeren Kalibers 1835 für die Nürnberg-Fürther Eisenbahn.

**) Ehe Cockerill sich in Seraing niederließ, beabsichtigte er das Preußische Staats-Hüttenwerk zu Peiz in der Provinz Brandenburg zu kaufen. Vgl. Schreiben des Staatsrats Kunth an den Minister Stein vom 23. November 1828 bei Goldschmidt, „Das Leben des Staatsrats Kunth", S. 388.

verfahrens in Westfalen) durch Aktien sich bilden möge, indem eine solche allein die Sache mit Nachdruck betreiben kann." Zunächst solle man nur durch zweckmäßige Untersuchungen die Ausführbarkeit ausmitteln, wozu er die gesammelten Materialien bereitwillig hergeben werde.

Seine Worte verhallten — er blieb ein Prediger in der Wüste. Zwar wurde die von Harkort gegebene Anregung in privaten Kreisen viel besprochen; man erkannte sein Gründe an, doch zu thatkräftigem Handeln konnte man sich nicht entschließen. Der Rattenkönig von Gleichgültigen, Lauen, Gegnern aller Art und Feinden jedes das Alte beseitigenden Fortschritts war zu dicht verwachsen, als daß es hätte gelingen können, den so richtigen Gedanken des uneigennützigen Vorkämpfers zur Ausführung zu bringen und den bereits vorliegenden erfolgreichen Beispielen konkurrierender Länder Nachfolge zu schaffen. Weder im „Westfälischen Anzeiger" noch im „Hermann" ist irgend eine Antwort auf Harkorts Alarmruf von 1824 zu finden. Man tröstete sich und entschuldigte die eigene Faulheit mit der nur bedingt richtigen Thatsache, daß Puddeleisen von geringerer Güte sei als Holzkohleneisen, und gab sich der thörichten Hoffnung hin, die Mehrzahl der Konsumenten werde, nur um der bessern Qualität willen, dauernd fortfahren, auch dann ihr Eisen um die Hälfte teurer zu bezahlen, wenn sie billigeres bekommen könne. So schwanden drei kostbare Jahre unbenutzt dahin, — dann riß Harkort die Geduld. Im Einverständnisse mit seinem Socius reiste er im Frühjahre 1826 abermals nach England*), um die neuesten Fortschritte der Eisenindustrie kennen zu lernen und erfahrene Arbeiter für ein Puddel- und Walzwerk**) herüber zu holen, welches er in Wetter anzulegen sich entschlossen hatte. Als Baustelle dafür wurde der tiefe und breite nördliche Burggraben ausgewählt. Mac Mullen hieß der erste Puddlermeister, Lewis der Hammerschmied, Swift der Walzer. Die Schwierigkeiten waren diesmal schon wesentlich geringer, als bei Anlage der Maschinenfabrik, da die einheimischen Arbeiter inzwischen mehr Selbstvertrauen erlangt hatten und sich die neuen Arbeitsmethoden bald zu eigen machten. Nachdem der

*) Beim Aufenthalte in London besuchte Harkort in der dortigen St. Annenkirche das Grab seines Westfälischen Landsmannes Theodor von Neuhoff, einst König von Korsika, geboren auf dem Hause Pungelscheid bei Werdohl im Sauerlande, gestorben im Londoner Schuldgefängnisse. Vgl. „Hermann", Jahrgang 1826, S. 151.

**) Eisenblechwalzwerke waren in England schon seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bekannt; die ersten Kaliberwalzen für Stabeisen seit 1783.

Pfadfinder den Weg durch das früher undurchdringliche Dickicht des Vorurteils und der Trägheit gehauen, folgten jetzt auch andre einsichtige Fabrikanten, zuerst (1828) Eduard Schmidt zu Nachrodt bei Iserlohn, Lohmann & Brand in Witten u. a. dem Führer nach. Harkort berichtet darüber in seiner „Geschichte von Wetter" mit gewohnter Kürze: „Das Verfahren verbreitete sich rasch in der Grafschaft Mark und kam von Wetter aus durch Ingenieure, Arbeiter und gelieferte Maschinen auch nach Schlesien. Die Revolution in der Eisenfrischerei und Stabeisenstreckung war in wenigen Jahren eine vollendete Thatsache." Wohl selten hat jemand, der von sich sagen konnte, eine „Revolution" — und zwar eine so wohlthätige — in einem der wichtigsten Erwerbszweige seines Heimatslandes hervorgerufen zu haben, so wenig von sich selbst und seiner eigenen Arbeit bei dieser That gesprochen. Jacobi*) tadelt solche Art der Darstellung mit Recht, indem er sagt: „Dieselbe trifft der Vorwurf mangelnder Deutlichkeit und Wahrheitstreue, indem der Verfasser sich selbst so sehr in den Schatten drängt, daß ihn nur das Auge des Kundigen entdecken kann."

Harkorts wesentlichstes Verdienst bei Einführung des Puddelverfahrens beruhte indessen nicht sowohl in der Anlage des ersten Werkes dieser Art in Westfalen, sondern vielmehr darin, daß er, eigenen Vorteils stets uneingedenk, nicht — wie viele andere an seiner Stelle gethan haben würden — seine Fabrik sorgfältig verschloß, sondern sie jedem zeigte, der für die Sache Interesse bewies, und ihn bei etwaiger Ausführung eines eigenen Unternehmens mit Rat und That unterstützte. Solche Selbstlosigkeit des fortdauernd vermögenslosen Mannes begegnete in Verwandten- und Freundeskreisen ernstem Tadel. Er solle, sagte man ihm nicht mit Unrecht, zunächst an sich und die Seinigen denken und den ihm gebührenden gerechten Lohn aus seinen Ideen und seinen Leistungen für sich einsammeln, ehe er Dritte herbeiriefe, die sich seine Erfahrungen zu Nutze und ihm selbst demnächst zum Lohne dafür Konkurrenz machten. Vorstellungen solcher Art fielen jedoch bei ihm stets auf unfruchtbaren Boden. „Mich hat die Natur zum anregen geschaffen, nicht zum ausbeuten; — das muß ich andern überlassen!" pflegte er darauf zu antworten. Und darnach handelte er sein ganzes langes Leben hindurch.

*) Das Berg-, Hütten- und Gewerbewesen des Regierungsbezirks Arnsberg. Nach amtlichen Quellen von Ludw. H. W. Jacobi, Regierungsrat in Arnsberg. (Später als Abgeordneter unter dem Namen Jacobi-Liegnitz bekannt geworden.) 1857. Iserlohn, bei Jul. Bädeker.

Die Anlegung des Walzwerks, in welchem Stabeisen und Platten (Blech) hergestellt wurden, setzte seine Besitzer in den Stand, nunmehr zu der wichtigen Selbstanfertigung von Dampfkesseln zu schreiten. Als die Mechanische Werkstätte in Wetter angelegt wurde, galt die Herstellung dichter Apparate noch als ein großes Kunststück*), weil damals die dazu verwendeten Eisenplatten sehr klein und erfahrene Kesselschmiede nicht vorhanden waren. Dampfdichte Fugen konnte man nur erzielen, indem man Leinwandstücke zwischen die Berührungsflächen der Platten legte oder sonstige Pfuschmittel gebrauchte. Als Harkort ordentliche Bleche herstellte und nach englischer Methode mit Spezial-Maschinen und Gerätschaften arbeiten ließ, wurde seine Schmiede die Pflanzschule für die gesamte Rheinisch-Westfälische Dampfkesselschmiederei. Die nachherigen bedeutendsten Kesselfabrikanten des Industriebezirks an der Ruhr — Stuckenholz, Moll, Berninghaus, Schäfer u. a.: self made men in des Wortes bester Bedeutung — sind aus dieser Schule, durch welche die Deutsche Dampfmaschinen-Fabrikation eigentlich erst ganz unabhängig von England wurde, hervorgegangen.

In seiner „Geschichte von Wetter" faßt Harkort selbst die Verdienste der dortigen Fabriken in folgenden Worten zusammen:

„Größere Werke sind, seit Gründung des hiesigen, durch Association in der Mark entstanden, allein Wetter hat die Bahn gebrochen. In folgenden Dingen wird namentlich der Vortritt in Anspruch genommen:

In der Eisengießerei die Einführung der Kupolöfen mit Stichheerd, die Formerei schwieriger Maschinenstücke in Sand und der Guß der Hartwalzen.

Die Anfertigung und Verwendung eiserner Getriebe, namentlich der konischen Räder, und deren genaue Modellierung nach richtigen Grundsätzen.

Die verbesserte Konstruktion der Cylindergebläse und Wasserräder.

Die Herstellung der ersten doppelt wirkenden Dampfmaschinen bis 100 Pferdekraft.

Die Einrichtung einer Kesselschmiede nach englischer Methode und der dazu erforderlichen Maschinen und Gerätschaften.

Die Anfertigung der ersten Heizapparate mit warmer Luft.

Die Puddlingfrischerei.

Die Einführung der feineren Schleiferei für Stahlwaren (mit Hilfe des Mechanikers Prinz aus Aachen) sowie der englischen Rundsäge."

*) Vgl. „Die Dampfmaschine". Vortrag des Herrn Th. Springmann, Hagen 1877.

1828 wurde — durch Zufall — auch der erste Puddlingstahl in Wetter gemacht und durch Messerschmiede vorzügliche Schneidewerkzeuge daraus hergestellt. Man erkannte und verfolgte indessen die eigene Entdeckung damals nicht, und so kann das Wettersche Werk auf den Ruhm derselben keinen Anspruch erheben.

Der Anlegung des Puddel- und Walzwerks ging die Anregung zu einer andern wichtigen Reform noch voraus. 1826 wurde in Wetter, unter Beistand des verdienten Siegenschen Ober-Hütteninspektors Zintgraff, ein kleiner Hochofen mit eisernem Mantel angelegt und zur Beschaffung des Erzes für denselben der schon vor Alters betriebene Eisenstein-Bergbau bei Voerde und Zur Straße im Kreise Hagen wieder aufgenommen, sowie die Zechen Danielszug bei Wipperfürth und Johannes bei Bilstein neu erworben. Goldtammer, ein tüchtiger Chemiker, dessen Anstellung in Wetter man viel bespöttelte, weil damals niemand die Notwendigkeit eines Chemikers für ein Eisenwerk einsah, machte die erste Analyse über den Kohleneisenstein des Westfälischen Steinkohlengebirges, den sogenannten „Blackband" der Engländer und Schotten*), welcher 30 Jahre später im Hörder und Sprockhöveler Reviere vielfach aufgefunden wurde und große, nur teilweise erfüllte Erwartungen erregte. Es gelang zwar, das bis dahin in Deutschland unbekannte Mineral in Wetter zu schmelzen, indessen war das vorhandene Gebläse dafür zu schwach. Obgleich das regelmäßige Vorkommen des Kohleneisensteins durch Untersuchung der Grubenhalden auf der ganzen Erstreckung der Flötzpartie von Aplerbeck bis Essen durch Goldtammer nachgewiesen wurde, so vermochte Harkort doch nicht, die nachgesuchte Belehnung darauf zu erlangen, weil die Behörde das Mineral nicht als Eisenstein anerkannte und es den Kohlengruben-Eigentümern zusprach. Dagegen gelang es Goldtammer, in der Nähe von Wetzlar bedeutende Lager von Roteisenstein zu billigem Preise für die Firma zu erwerben, welche ein Menschenalter später, nach Erschließung des dortigen Bergbezirks durch Eisenbahnen, zu hohem Preise verwertet wurden. An einen Transport der guten Wetzlarer Erze mittelst Fuhrwerk nach dem Wetterschen Hochofen, der ohnehin zu klein und schlecht gelegen war, konnte natürlich nicht gedacht werden. Harkort entschloß sich deshalb 1829, die alte Berechtigung einer verfallenen

*) 1819 durch Mushed entdeckt, 1825 zuerst selbständig verschmolzen.

Hütte zu Elben bei Olpe zu erwerben*) und auf einem angekauften Gefälle bei Rüblinghausen im nämlichen Bergreviere ein neues Hochofenwerk, die Henriettenhütte genannt, anzulegen, um hier unter Anwendung von Koks als Brennmaterial die vortrefflichen Erze der benachbarten Gruben Bahlberg, Löh, Molitor u. a. zu Roheisen zu verschmelzen. „Trotz aller Abmahnungen der damaligen Sachverständigen", wie es in der „Geschichte von Wetter" heißt, ließ Harkort auch diesen, für die Verhältnisse jener Zeit großen und schönen Hochofen mit eisernem Mantel versehen. Abermals bewahrheitete sich keine der daran geknüpften schlimmen Prophezeiungen: im Gegenteil blieb der am 6. Dezember 1831 angeblasene (d. h. in Betrieb gesetzte) Ofen in gutem Gange, bis die Eröffnung der Ruhr-Siegbahn, welche Olpe nicht berührte, seiner Lebensfähigkeit ein Ende machte.

Wie immer, so unterließ Harkort es auch jetzt nicht, ehe er selbst zur That schritt, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer gründlichen Verbesserung der Westfälischen Roheisen-Erzeugung hinzulenken. In Nr. 15 des „Westfälischen Anzeigers" von 1830 wies er ziffermäßig nach, daß die Erzeugung eines Centners Roheisen in Schweden 20 Silbergroschen, in England 1 Thaler, im Westfälischen Sauerlande dagegen 1 Thlr. 28 Sgr., hier also fast das Dreifache dessen wie in Schweden, koste. Diese enormen Unterschiede in den Herstellungskosten waren ganz natürlich. Schweden hatte billige Holzkohlen und niedrige Löhne; England zwar teure Löhne, aber schöne Wasserwege und arbeitete mit vorzüglichem Koks; das Sauerland und Siegerland dagegen teure, weil seltene Holzkohlen und gar keine Wasserverbindungen. „Die Wege in den Siegenschen Hüttenrevieren sind wahre Mördergruben für Mann und Pferd!" rief Harkort entrüstet aus, und der allmächtige Zensor strich den Satz, der eine schwere Anklage gegen die Behörden enthielt, nicht, weil die Wahrheit desselben allzu offenkundig war. Man müsse teilweise zum Koksbetriebe übergehen, doch stehe dem leider entgegen, daß die Natur in Deutschland nicht, wie in England, Erze und Kohlen nebeneinander, sondern durchschnittlich 10 Meilen voneinander entfernt abgelagert habe, daß der Koks nicht in gehöriger Menge, nur in schlechter Beschaffenheit und zu übertriebenen Preisen zu erlangen, und endlich weder Hütten noch Gebläse dafür

*) Zur Anlage einer Eisenhütte war nach der damals in Olpe maßgebenden alten (Kurkölnischen) Gesetzgebung eine besondere Berechtigung oder „Belehnung" seitens der Staatsbehörde erforderlich.

passend seien.*) Letzterem schweren Übelstande, der eigentlich die damaligen kleinen Hütten für die unabweisbare Reform unfähig machte, solle man durch Vereinigung und Anlegung größerer Werke abzuhelfen suchen. Das zu Stabeisen bestimmte Roheisen werde in Zukunft bei den Steinkohlen an der Ruhr verfrischt werden und der Siegener Bezirk sich vorzugsweise dem Erzbergbau widmen müssen. Dieser Bergbau leide übrigens ebenso wie der Kohlenbergbau unter übermäßigen Abgaben, viel zu weit getriebener Bevormundung und bureaukratischem Rechnungswesen. Man beseitige die letzteren, ermäßige die Abgaben, gebe den Bergbau frei und schaffe vor allen Dingen ordentliche Straßen, so werde man das Deutsche Eisengewerbe befähigen, den Wettbewerb mit andern Ländern auszuhalten.

Ein zweiter gleichzeitiger Artikel läßt erkennen, wie wenig auch die Fabrikation von fertigen Eisen- und Stahlwaren fortgeschritten war.

„Wo besteht," fragte Harkort, „in den hiesigen kleinen Werkstätten eine gute Drehbank, ein tüchtiger Schraubenkloben, Lochmaschine, kleine Rundsäge und andere unentbehrliche Hilfswerkzeuge? Wie jämmerlich sind unsere Schleifereien eingerichtet! Hier thut Hilfe not. — Man kümmere nicht den fleißigen Arbeitern ihren spärlichen Lohn; nein, man unterstütze sie mit Belehrung und guten Werkzeugen, und die Gewerbe werden sich blühend entfalten. Die Elemente liegen vor uns und es bedarf nur des Gemeinsinnes, um sie zu ordnen. Ein allgemeines Fortschreiten thut not, um auswärtiger Konkurrenz begegnen zu können."

Diesmal wurde das Wächterhorn, das immer von der Burg zu Wetter ertönte, wenn es sich um des Landes Wohl handelte, nicht überhört. In der Frage von Abgaben-Ermäßigung und Beseitigung überflüssiger behördlicher Bevormundung gab es in Westfalen wenig Widerspruch. F. Röhr in Altena meinte zwar, trotz des sich stetig ausbreitenden Puddelverfahrens würde die Nassauische oder Siegensche sogenannte Einmalschmelzerei (mit Holzkohlen) doch immer die wohlfeilste Frischmethode bleiben und „die Puddelwerke wohl niemals ganz taugliches Eisen für Draht liefern können". Dem widersprach entschieden Eduard Schmidt mit der Erklärung, man hole ihm selbst aus seinem Werke in Nachrodt, ebenso wie in Wetter, das Puddeleisen sozusagen warm unter den Händen fort. Das sei doch wohl als bester Beweis für die Güte der Ware anzusehen. Bitter klagte auch er über die Behandlung des Neubaues von Wegen seitens der

*) Koks wurde in jener Zeit nur auf einigen kleinen Gruben bei Witten in offenen Meilern aus Stückkohlen hergestellt; besondere Öfen dafür existierten noch nicht.

Behörden. „Während in unsrer Gegend über die Anlage einer kurzen Wegestrecke jahrelang durch Gutachten, Kostenanschläge 2c. Verhandlungen gepflogen werden, entstehen in anderen Ländern Eisenbahnen, welche den Verkehr der Nationen mit den großen Weltmärkten erleichtern, wohingegen uns die Konkurrenz auf denselben fortwährend erschwert bleibt."

Hinsichtlich der von Harkort angeregten Hauptsache, nämlich der Erbauung größerer, mit Koks betriebener Hochöfen geschah trotz des lebhaften Interesses, mit welchem man seine Initiative und den von ihm hervorgerufenen Meinungskampf in den Zeitungen allerseits verfolgte, nichts. Bei den meisten fehlten Einsicht und Thatkraft, bei fast allen die erforderlichen Mittel*). Um die Regierung, die selbstverständlich zunächst für gute Verkehrswege hätte sorgen müssen, wenn die Industrie mit Verbesserungen nachkommen sollte, war es nicht besser bestellt. Grade diesen schwerwiegenden Umstand aber vergaß Harkort, der in seinem glühenden Eifer für industriellen Fortschritt, neben gänzlichem Mangel eigener finanzieller Begabung, die seinen Plänen entgegenstehenden Schwierigkeiten meistens zu übersehen oder doch zu unterschätzen pflegte. Darum blieb es fortan sein Los, mit allen seinen zahl- und fruchtreichen Ideen, so richtig sie an sich sein mochten, zu früh zu kommen und für sich nur schwere Mißerfolge zu erreichen. Zum Glück ließ ihn das Schicksal noch am Abend seines Lebens den vollen glorreichen Sieg seiner Gedanken erschauen.

Es waren nicht allein die oben angedeuteten teils sachlichen, teils persönlichen Verhältnisse, welchen die damalige Erschlaffung der großgewerblichen Thätigkeit im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, wie besonders die Abneigung gegen genossenschaftliche Anlagen aller Art beizumessen ist. Der Bergisch-Märkische Industriebezirk hatte gegen Ende der zwanziger Jahre zwei für jene Zeit großartig geplante und hoffnungsvoll begrüßte Unternehmungen in traurigster Weise untergehen sehen: ein Ereignis, das nicht nur große Verluste verursachte, sondern auch zum Schaden des Landes den Unternehmungsgeist in weiten Kreisen auf mehr als ein Jahrzehnt lahmlegte.

---

*) Als erster eigentlicher Kokshochofen in Westfalen ist die in den 40er Jahren erbaute, heute nicht mehr bestehende Trupacher Hütte bei Siegen zu bezeichnen. Im Ruhrgebiete legte die Friedrich-Wilhelmshütte in Mülheim 1850 den ersten Kokshochofen an, welcher 1851 Detillieux & Co. zu Borbeck folgte. Vgl. F. Simmersbach, „Die Koksfabrikation im Oberbergamtsbezirke Dortmund." Berlin 1887.

Die Aufhebung der Kontinentalsperre, der Umschwung aller, namentlich der wirtschaftlichen Zustände, welche der Friedenszustand seit 1815 herbeiführte, sowie die durch Krieg und Hungersnot stark verminderte Kaufkraft hatte den heimischen Gewerbfleiß in eine bedrängte Lage gebracht. Auf allen Märkten Deutschlands erschien der zu Napoleons Zeiten ganz ausgeschlossene britische Konkurrent, den Eingeborenen das gewohnte Absatzgebiet verengend. Der Ruf: ob Freihandel? ob Schutzzoll? wurde schon damals an vielen Orten laut, und je nach der Verschiedenheit der Ansichten und der eigenen Interessen verschieden beantwortet. Jakob Aders, einer der ersten und tüchtigsten Kaufleute Elberfelds*), verteidigte im „Westfälischen Anzeiger" das Freihandels-System, während ein junger unbekannter Kaufmann in Aachen, namens David Hansemann, eines Predigers Sohn aus der Nähe von Hamburg, ihm zwar in der Frage der Aufhebung der Deutschen Binnenzölle und Herstellung eines ganz Deutschland umfassenden Zollbundes beistimmte, jedoch auch die Notwendigkeit betonte, sowohl im finanziellen wie im Interesse der Erhaltung der inländischen Gewerbe Zollschranken gegen das Ausland zu erhalten resp. aufzurichten. Einig waren beide darin, daß unter allen Umständen den Deutschen Industrie-Erzeugnissen neue Bahnen gebrochen, weitere Kundschaft gesucht und direkte Handelsbeziehungen Deutschlands — namentlich mit der neuen Welt — erlangt werden müßten. In Nr. 82 des „Westfälischen Anzeigers" von 1820 lud Aders (welcher schon im „Deutschen Beobachter" von 1818 gleiche Ideen verfocht) seinen Gegner ein, sich mit ihm und den Kaufleuten Holzschue in Hamburg und Becher in Altona zur Gründung einer „Rheinisch-Westfälischen Seehandlungs-Sozietät" zu verbinden, wobei reiche Zinsen von der Kapitalsanlage zu erwarten seien. Zu solchem thatkräftigen Angriffe fehlten nun freilich dem eben erst etablierten Hansemann die Mittel; Aders ging also allein vor und konstituierte am 8. März 1821 im Verein mit 50 der ersten Kaufleute und Fabrikherren des Wupperthals, den oben angeführten Namen aufgebend, die „Rheinisch-Westindische Kompanie". Das Kapital dieser Aktien-Gesellschaft, der dritten in Preußen und der ersten mit Anteilscheinen auf den Inhaber, wurde auf die in der damaligen geldarmen Zeit enorm hohe Summe von einer Million Thaler festgesetzt, jedoch bei dem allgemeinen Vertrauen auf die Sache und die leitenden Personen ohne jede Schwierigkeit aufgebracht. Sogar

*) Schwiegervater von Friedrichs zweitältestem Bruder Karl Harkort in Leipzig.

der sparsame Friedrich Wilhelm III. und seine beiden ältesten Söhne beteiligten sich mit 30000 Thalern, und viele hohe Staatsbeamte folgten dem Beispiele des Monarchen*). Der Frankfurter Bundestag sprach 1822 durch feierlichen Beschluß nichts kostende „innigste Wünsche für das Gedeihen dieses Nationalinstituts" aus. Die Kompanie versandte und verkaufte für eigene Rechnung nur rein deutsche Waren; das Hauptabsatzgebiet bildete Amerika, namentlich Mexiko. 1825 wurden außer den feststehenden Zinsen von 4 % noch 4 % Dividende verteilt und das Kapital verdoppelt — der wackere Aders starb in jenem Jahre; — davon jedoch nur die Hälfte untergebracht. Von 1827 an ging, infolge der dem überseeischen Handel höchst ungünstigen Zeitverhältnisse, die Gesellschaft rasch bergab. Zwar übernahm der König nochmals für 250000 Thaler Aktien, indessen ließ sich bei dauernden Verlusten und zunehmender Anarchie in den Kreolen-Republiken der endliche Untergang nicht mehr abwenden. 1832 mußte die Liquidation beschlossen werden, welche bis 1843 dauerte und für die Aktionäre des einst unter so glänzenden Erwartungen ins Leben getretenen Unternehmens im ganzen nur 10 % des ganzen Kapitals zurückbrachte.

Die von der Rheinisch-Westindischen Kompanie ausgesandten Agenten hatten gleich in den ersten Jahren Wunderdinge über den Mineral-Reichtum des Landes, der alten Silberkammer Spaniens, nach Elberfeld gemeldet. Diese Berichte, mehr wohl noch die anregende Kunde, daß im vielbeneideten England bereits Konsortien beständen, um in Mexiko Minen zu erwerben**), brachten sehr rasch die Bildung einer zweiten Wupperthaler Aktiengesellschaft unter der Firma „Deutsch-Amerikanischer Bergwerksverein" (meistens Mexikanischer Bergwerksverein genannt) zuwege. Dieselbe konstituierte sich im Sommer 1824 mit einem Kapitale von 200000 Thalern. Als die weiteren an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen gleichfalls viel versprechend lauteten, wurde der ganze erste Aktienbetrag alsbald gezeichnet, das Kapital wenige Wochen später auf 500000 Thaler erhöht und mit einem Agio bis zu 50 % untergebracht. Wie bei der Rheinisch-Westindischen Kompanie, so standen

*) Die Geschichte der Rheinisch-Westindischen Kompanie zeigt mancherlei Ähnlichkeit mit der 1682 durch den bekannten Raule gegründeten, von dem Großen Kurfürsten stark protegierten „Brandenburg-Afrikanischen Kompanie", welche an der Küste von Guinea das Fort Groß-Friedrichsberg anlegte.

**) In England grassierte 1824—26 ein tolles Spekulations- und Gründungsfieber, ähnlich dem berüchtigten Südseeschwindel von 1720, das sich vorzugsweise auf fabelhafte südamerikanische Bergwerke geworfen hatte.

auch bei der neuen Bergwerksgesellschaft die angesehensten Männer der Schwesterstädte Elberfeld und Barmen an der Spitze, unter ihnen Heinrich Kamp, dessen Socius Harkort zum „technischen Konsulenten" des Vereins bestellt wurde. In dieser Eigenschaft vermochte der letztere allerdings nur quasi-akademische Ratschläge zu erteilen und nachträglich Kritik zu üben, da die eigentliche technische Leitung des Unternehmens naturgemäß am Orte des Bergwerksbetriebes selbst erfolgen mußte. Ein von ihm ausgehender, ebenso wichtiger wie richtiger Vorschlag, den Silberbergbau im weltentlegenen Mexiko ganz aufzugeben und statt dessen das Kapital zum Ankauf und Betrieb von Steinkohlengruben in der Heimat an der Ruhr zu verwenden, fand nur die Zustimmung eines ausgezeichneten Sachkenners, des Bergamtsdirektors Heintzmann in Essen; wurde dagegen von der überwiegenden Mehrheit der Beteiligten ohne weiteres abgelehnt. Nachdem man aus dem Metalle einiger aus Mexiko empfangenen Erzstufen eine goldene und eine silberne Denkmünze geprägt und solche mit der Inschrift: „Die Erstlinge unseres Bergbaues in Mexiko" dem am 30. Juli 1825 in Elberfeld anwesenden Kronprinzen feierlichst überreicht hatte, waren Aktionäre und Publikum von dem sichern glänzenden Erfolge des weitaussehenden Unternehmens überzeugt. Die Ausführung von Harkorts bescheidenem, doch allein richtigem Gedanken würde den Beteiligten enorme Gewinne gebracht, dem Westfälischen Steinkohlen-Bergbau unschätzbaren Vorteil bereitet, dem Eisenbahnbau frühzeitig die Wege gebahnt und das Vertrauen zu gemeinsamen großen Unternehmungen für immer gefestigt haben. Seine Ablehnung verursachte direkt entgegengesetzte Resultate. Bereits 1826 zeigten sich Spuren des Verfalls. Die mit Land und Leuten in Mexiko unbekannten deutschen Grubenverwalter hatten mit dem ihnen zur Verfügung stehenden, vergleichsweise kleinen Kapitale zu viele Gruben auf einmal in Angriff genommen, auch sonst willkürlich gewirtschaftet und ihre Gesellschaft in Schulden gestürzt*). Die Zentralverwaltung, die von Elberfeld aus diesem Wesen nicht Einhalt zu thun vermochte, entschloß sich 1828, eine Untersuchungskommission nach Mexiko zu senden, welcher der von Harkort empfohlene Bergamtsdirektor Schmidt aus Siegen und

*) Übrigens hatten jene Beamte auch mit den unglaublichsten, heute fast nicht mehr verständlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Als an der Wasserkunst der Grube el Carmen ein einfacher Krummzapfen brach, mußte das Ersatzstück für denselben von Mexiko aus, wo nirgendwo eine Gießerei und Mechanische Werkstätte existierte, in den Vereinigten Staaten bestellt werden. Die dadurch verursachte Reparatur bedingte einen Zeitraum von fast $1^1/_2$ Jahren.

der Obereinfahrer Erbreich aus Schlesien angehörten. Aber auch diese konnte einmal begangene Fehler nicht ungeschehen machen und den endlichen Untergang nur hinausschieben. Man hatte 1826 neue Aktien in Höhe von 1 Million Thalern ausgegeben, davon aber nur ein Viertel untergebracht, und sah sich endlich genötigt, zur Erhebung von Zwangs-Zubußen zu schreiten, für die abermals Aktien geschaffen wurden. Die Mexikanischen Bergwerksschlünde ließen sich jedoch mit Deutschem Gelde nicht füllen. 1830 war die Zahl der Aktien auf über 4000 Stück, gleich 2 Millionen Thaler Nennwert, gestiegen: bei einer Gesellschaft, die erst vor sechs Jahren mit 200000 Thalern Kapital begonnen hatte! Die letzten Schicksale des so hoffnungsvoll angefangenen Unternehmens, an dessen Spitze einst der spätere Handelsminister von der Heydt und Oberbürgermeister von Carnap standen, sind ganz im Dunkel geblieben.

Gegenüber der unverkennbaren Leichtfertigkeit, mit welcher man hier, namentlich bei Gründung und Leitung des in entfernten und unbekannten Ländern operierenden Bergwerksvereins, vorgegangen war, verdient die charakteristische Thatsache erwähnt zu werden, daß damals zwei andere, höchst solide und gesunde Unternehmungen, welche das Inland als Feld ihrer Wirksamkeit wählten, nur mit größter Schwierigkeit in Rheinland-Westfalen ins Leben gerufen werden konnten. Die 1822 gegründete „Vaterländische Feuerversicherungs-Gesellschaft" in Elberfeld, die noch heute in höchster Blüte steht, bedurfte zweier voller Jahre, ehe ihr Aktien-Kapital von 500000 Thlr., bei nur 20 % Bareinzahlung, voll gezeichnet war. Als im Jahre 1825 die Handelskammer zu Köln, also das berufenste Kollegium der Stadt, die Bildung einer Dampfschiffahrts-Gesellschaft für den Rhein vorschlug, wurden in der konstituierenden Versammlung von 26 Personen nur 56000 Thlr. gezeichnet, darunter die vier größten Kölner Bankhäuser jedes mit ganzen 2800 Thalern*). Es war eine Krankheit jener Zeit, das Geld im Auslande zu suchen, welches zu Hause so zu sagen auf der Straße lag; und diejenigen, die es liegen sahen und mit vereinten Kräften aufzuheben vorschlugen, Projektenmacher zu schelten.

Die für Rheinland-Westfalen so verhängnisvolle Mexikanische Episode wurde auch entscheidend für das Schicksal des talentvollsten der sechs Harkorter Söhne, des bereits im dritten Kapitel erwähnten

*) Weinhagen, „Das Recht der Aktiengesellschaften". Köln 1866.

„schwarzen Prinzen" Eduard. Dieser hatte nach beendeter Schulzeit erfolglos versucht Kaufmann zu werden, dann auf der Akademie zu Freiberg in Sachsen Bergfach, Mathematik und Geodäsie studiert, bei der Artillerie gedient und endlich vorzeitig gegen der Mutter Willen geheiratet. Dadurch mit seiner Familie zerfallen, entschloß er sich 1826, nach Mexiko, dem damaligen vermeintlichen Eldorado, überzusiedeln und als Bergwerks- und Hüttendirektor in die Dienste der englischen Mejican Company zu treten. In diesem Amte wirkte er vier Jahre lang in den weltverlassenen Gebirgen des Staats Oaxaca an der Küste des Stillen Ozeans, hochbegabt für alles, das ihm Interesse erweckte; verließ indessen 1831 seine Stellung, um im Auftrage der Regierung verschiedene topographische Arbeiten vorzunehmen und eine Generalkarte des genannten Staates zu vollenden. Dieser friedlichen Beschäftigung entrückte ihn schon nach wenigen Monaten eine der sich dort ablösenden Militär-Revolutionen. Eduard Harkort schloß sich dem Urheber des neuesten Aufstandes, dem bekannten General Santa Ana, mit welchem er auf einer seiner Reisen im Innern sich befreundet hatte, an und schlug sich zu demselben nach der belagerten Festung Vera-Cruz durch. Mit offenen Armen aufgenommen, wurde er alsbald zum persönlichen Adjutanten Santa Anas ernannt; indessen schon nach Verlauf weniger Tage in dem für die Insurgenten unglücklichen Gefechte bei Tolome schwer verwundet gefangen genommen (3. März 1832). Zweimal erteilte der feindliche General Befehl, den Gefangenen zu erschießen, zog denselben jedoch beidemale im letzten Augenblicke zurück, weil ihm wegen der zum Glück noch fehlenden Uniform Zweifel darüber entstanden, ob Harkort Offizier sei. Mit andern Leidensgefährten nach der Festung Perote und später nach Puebla gebracht, entfloh der Gefangene verkleidet, irrte tagelang durch weglose Wälder, vereinigte sich aber schließlich wieder mit Santa Ana, der ihn zum Kapitän beförderte und mit Herstellung eines schwierigen Geschützweges am Vulkan von Orizaba beauftragte. Als Befehlshaber der Artillerie wohnte er den Gefechten von San Augustin del Palmar, Tambaya, Casas blancas, San Lorenzo, sowie dem Sturm auf Puebla und der dortigen entscheidenden Schlacht bei, und zog am Jahrestage der Revolution, 3. Januar 1833, im Gefolge des siegreichen Santa Ana in Mexiko ein. Inzwischen zum Obersten und durch Kongreßbeschluß zum Mexikanischen Bürger ernannt, machte Eduard Harkort als Chef des Ingenieur-Korps den neuen Kriegszug gegen Queretaro mit, wurde nach Einnahme dieser Stadt von der Cholera ergriffen,

geriet während der Krankheit abermals vorübergehend in Gefangenschaft, entkam nach Zacatecas, wo er alsbald die Ausführung der Befestigungen leitete, belagerte und stürmte das aufständige Guanajuato und wurde Kommandant dieser Stadt. Demnächst erhielt der geniale Mann von dem inzwischen Präsident der Republik gewordenen Santa Ana Auftrag, Gemälde und Pläne von dessen militärischen Operationen zu machen. Nach Erledigung dieser Ordre — „der schwarze Prinz konnte alles, was er wollte!" pflegte sein Bruder Fritz zu sagen — verband er sich mit dem trefflichen Maler der Tropenwelt, dem Bayern Rugendas, zu einigen wissenschaftlichen Reisen im Innern von Mexiko, bei deren Ausführung beide den 13 000 Fuß hohen Vulkan von Colima zuerst erstiegen. Doch abermals rief ihn der Bürgerkrieg zu den Waffen. Santa Ana, früher Demokrat und Föderalist, ging plötzlich zu den Zentralisten über und gedachte sich zum Kaiser oder doch zum Diktator zu machen. Infolge dieser Schwenkung stellte sich Eduard Harkort, der sich inzwischen einen bedeutenden Namen erworben, auf Seite der Gegner seines ehemaligen Freundes, die sogenannte „Partei der Reformen von Zacatecas", bei welcher er die Artillerie kommandierte. Diesen Aufstand vermochte Santa Ana zwar noch niederzuwerfen; doch sammelten sich die Unzufriedenen bald wieder in Texas, dessen Unabhängigkeit von Mexiko sie proklamierten. An allen Gefechten dieses neuen Kampfes nahm Kolonel Edward Harkort rühmlichen Anteil; er erlebte auch noch dessen siegreichen Ausgang, wurde aber gleich darauf ein Opfer seiner Anstrengungen und des Klimas. Er erlag, erst 36 Jahre alt, einem Fieber am 11. August 1834, mit Hinterlassung einer Tochter, die sich mit dem Schriftsteller Dr. Gustav Kühne vermählte und selbst litterarisch thätig wurde. Unter dem Titel „Aus Mejikanischen Gefängnissen, Bruchstück aus Eduard Harkorts hinterlassenen Papieren" hat Kühne 1858 eine fragmentarische Darstellung der Wirksamkeit seines Schwiegervaters in Mexiko herausgegeben.

Sechstes Kapitel.

Öffentliche Wirksamkeit in der Versumpfungs-Periode.

„Allerdings ist der Hauptgrund der Gährung in Deutschland in dem Betragen unserer Fürsten und Regierungen zu suchen. Sie sind die wahren Jakobiner, sie lassen den rechtlosen Zustand, in dem wir seit 1806 leben, fortdauern und reizen und erhalten Unwillen und Erbitterung, sie stören die Entwicklung und Fortschritte des menschlichen Geistes und Charakters und sie bereiten denen Anarchisten den Weg zum allgemeinen Untergang."

Stein an den Minister v. Gersdorff
am 10. Dezember 1818.
(Pertz, Leben Steins V., S. 849.)

Inhalt: Zustand der Presse nach 1815. Reaktion. Der Dom zu Altenberg. Schriftstellerische Thätigkeit. Kirchlicher Streit in Wetter. Kornmagazin in Herdecke. Harkort als Landwehr-Offizier. Verfassungsfrage. Provinzialstände. Harkorts Wahl. Dritter Westfälischer Landtag. Steins Tod. Vierter Westfälischer Landtag. Harkorts Ausschließung. F. von Hövels Schriften.

So groß und umfassend auch die im letzten Kapitel in ihren Umrissen geschilderte gewerbliche Berufsthätigkeit Harkorts erscheint, so gewann dieser doch bei dem ihn beseelenden Feuereifer, seiner gewaltigen Arbeitskraft und nie versiegenden Arbeitslust, immer noch Zeit zu regster Anteilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten. Auch nach wiederhergestelltem Frieden blieb das in der Grafschaft Mark vorhandene Bruchstück von Presse der einzige Ort, wo ein derartiger Drang nach Mitarbeit am gemeinen Wohle werkthätig werden konnte — freilich nur mit großem, beklagenswertem Unterschiede gegenüber der Zeit vor 1806. Damals war in dem bekannten Falle des „Westfälischen Anzeigers" der Landesherr selbst

durch die Kabinettsordre vom 20. Februar 1804 (S. 91) für eine „anständige Publizität" energisch in die Schranken getreten, indem er erklärte, daß dieselbe „auf alle Weise befördert und beschützt zu werden" verdiene. Aber der von den Kongressen in Wien, Aachen und Karlsbad zurückkehrende Monarch war innerlich ein ganz anderer Mann geworden, wie jener, welcher voll frischen gesunden Vertrauens die berühmten Worte von 1804 gesprochen und Stein als Minister zu sich berufen hatte. Die Mißhandlung durch die Franzosen, der Tod seiner geliebten Gattin, die aufregenden Wechselfälle und Schwankungen während der Freiheitskriege, vor allem aber die nichtswürdigen Einflüsterungen Metternichs, der denunzierenden „Schmalz-Gesellen" und der reaktionären Hof- und Junker-Partei hatten Friedrich Wilhelm III. zu einem trauernden, hypochondrischen, mißtrauischen Manne gemacht. Die Presse wurde fortan mit argwöhnischen Augen betrachtet und dementsprechend behandelt. In Westfalen, welches das Glück hatte, den in guten und bösen Tagen bewährten Vincke zum Oberpräsidenten zu erhalten und zu behalten, war von diesem verhängnisvollen Umschwunge an höchster Stelle anfangs nichts bekannt und nichts zu bemerken. Das Wiedererscheinen des bewährten „Westfälischen Anzeigers", unter Mallinkrodts Redaktion und einem Stabe alter Mitarbeiter, wurde in beiden westlichen Provinzen mit Freude begrüßt. Der „Hermann", welcher einige Monate früher unter der Leitung des Schuldirektors Dr. Storck und des Konsistorialrates Aschenberg in Hagen an die Öffentlichkeit trat, erwarb sich rasch einen ausgedehnten Leserkreis, namentlich im Sauerlande und im Bergischen. Vincke ließ, um das Blatt zu unterstützen, seinen Beitritt zur Zahl der Abonnenten des „Hermann" öffentlich verkünden und schrieb 1816 einen längeren Aufsatz für denselben, in welchem er die früheren Schwierigkeiten beim Straßenbau in Westfalen schilderte (S. 60) und — freilich vergeblich! — zur Bildung von Aktienvereinen zum Zwecke schleuniger Erweiterung des Straßennetzes aufforderte. Hauptmitarbeiter des vielversprechenden jungen Organs wurden der treffliche Kammer-Präsident von Hövel auf Herbeck bei Hagen, von Syberg auf Busch, Vinckes Schwiegervater, ferner der Kaufmann Gerhard Siebel in Elberfeld, sowie von 1818 an der bei der neu gegründeten Universität Bonn angestellte Professor E. M. Arndt*), welchem seine hervorragende Thätigkeit in den Freiheitskriegen und die Freundschaft Steins schon alle

*) Arndt hatte schon zu Anfang des Jahrhunderts an dem damals von Aschenberg herausgegebenen „Bergischen Taschenbuch" mitgearbeitet.

Märkischen Herzen gewonnen hatte, noch ehe er persönlich am Rheine erschien. Auch die beiden Brüder Harkort schrieben für den „Hermann", das erste im Sauerlande gedruckte Blatt, mit dessen Herausgebern sie seit Jahren befreundet waren. Später rückten ihre Söhne als Mitarbeiter in die Stelle der 1817 und 1818 verstorbenen Väter, insbesondere Fritz, welcher sich alsbald durch einige politische und volkswirtschaftliche Artikel vorteilhaft einführte. In ersterer Beziehung trat er als Westfale 1818 mannhaft für den wackern Rheinländer Gerhard Siebel in die Schranken. Auf die von der Spree aus gestellte hochmütige Frage: was man denn am Rheine eigentlich wolle? hatte dieser die klare energische Antwort erteilt*):

„Feste Verfassung, aus welcher hervorgehen: Volksvertretung, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Steuer und Last, öffentliches Verfahren, Landesmacht, Trennung der Gewalten, freier Haushalt der Gemeinden, allgemeine Handelsfreiheit ohne Zölle, jedoch Repressalien gegen alle Staaten, die diese Handelsfreiheit nicht anerkennen wollen, und dadurch Schutz des inneren Handels gegen den Zudrang des fremden; Preßfreiheit unter Verantwortlichkeit des Verfassers, Aufhebung aller Ueberbleibsel des Feudalismus — das ist's, was wir wünschen."

Mit dieser petition of rights erklärte sich der junge Harkort im „Hermann" vollkommen einverstanden, was um so mehr bemerkt wurde, als man damals in Berlin sehr irriger Weise die treue Grafschaft Mark als eine Art Vendee betrachtete, die von Änderung des gewohnten patriarchalischen Absolutismus durchaus nichts wissen wolle. Nicht minder kräftig sprach er sich für Arnold Mallinkrodt aus, als die Unterdrückung seines „Anzeigers" und die Intriguen adliger Gegner diesen nötigten, die Westfälische Heimat zu verlassen. „Möge ihm," rief er in einem „Recht — und nicht mehr als Recht" überschriebenen Artikel aus, „die Achtung derer, die von oben nichts erbitten, sich vor Titeln nicht bücken und männlich nur ihr Recht begehren, ein Ersatz sein für die oft niedrigen Anfeindungen seiner Gegner."

Die Freude, welche Redaktion und Leser des Blattes über das junge aufstrebende Talent empfanden, sollte nicht lange dauern. Am Abend des 18. Oktober 1817 loderten die Flammen des Wart-

*) „Hermann". 1818, S. 99. „Der Bürgersinn am Rhein", ein ausgezeichneter Aufsatz, welcher das damalige politische Programm des rheinischen Bürgertums in musterhaft klarer Weise darlegte.

burgfestes empor*), am 23. März 1819 fiel Kotzebue unter dem Dolche des Studenten Sand; die Demagogen-Verfolgungen begannen, die Presse ward unterdrückt. Im August 1819 mußte Harkorts Schwager, der Bürgermeister Dahlenkamp zu Hagen, auf Befehl der Regierung die sofortige Suspension des lange geschonten „Hermann" verfügen. Zum Vorwande für die jedermann unverständliche Maßnahme gegen das patriotische Blatt diente ein durchaus sachlich geschriebener Bericht aus Bonn über die Verhaftung von Arndt und Welker, in welchem das böse Gewissen der Wittgenstein und Kamptz „frechen unehrerbietigen, mit hämischen Bemerkungen vermischten Tadel der von Staatswegen genommenen Maßregeln" zu entdecken glaubte. Beschwerden und Bitten der Geschädigten fruchteten natürlich nicht das Geringste. Der streng loyale Aschenberg starb wenige Monate später; wie es hieß, aus Gram über die Unterdrückung seines Blattes und die Schmach, die — nach seiner Auffassung — durch dieselbe auf ihn persönlich gefallen war. Sein Redaktions-Kollege Dr. Storck war bereits 1818 als Professor nach Bremen berufen worden.

Der Görressche „Rheinische Merkur", dessen Bedeutung und Verdienst während der Freiheitskriege der ihm damals gegebene Beiname „die sechste Großmacht" am besten kennzeichnet, war schon im Januar 1816 unterdrückt worden. Den „Westfälischen Anzeiger" ließ man noch zwei Jahre länger leben und machte dann auch seinem Dasein — also früher als dem „Hermann" — kurzweg polizeilich ein Ende. Stein charakterisierte diesen Akt in einem Briefe vom 2. Februar 1818 an Görres**) mit folgenden Worten:

„Man spricht von Preßfreiheit im Preußischen; diese existirt aber keineswegs, die Censur ist in den Händen des Polizei-Ministerii, des nichtswürdigen Fürst Wittgenstein und seines Gehülfen Herrn von Kamptz, eines wahren Philisters — die von dem Polizei-Minister gegebene Instruktion an die Regierungen ist in dem Geiste derer, welche Figaro beschreibt. — Der Vorgang mit Mallinkrodt's Westfälischem Anzeiger ist wirklich scandalös; man überlieferte Mallinkrodt einem höchst taktlosen plumpen Censor, einem gewissen Landrath Hiltrop, der auf die unverständigste Art sein Amt ausübte. Die Zeitschrift war gut und gemeinnützig. Mallinkrodt hatte sich viele Feinde zugezogen durch

*) Merkwürdigerweise wurde auch Benzenbergs „Verfassungsbuch" auf der Wartburg mitverbrannt.

**) Pertz, Leben Steins. Bd. V, S. 182 ff.

seinen bissigen, hämischen Charakter, und daß er die Diskussion über die bäuerlichen Verhältnisse in Westfalen mit Bitterkeit und Feindseligkeit gegen die Gutsbesitzer führte, die mit Gründlichkeit, Wahrheitsliebe und Klugheit geführt werden mußte. Es bleibt immer nachtheilig, daß die Zeitschrift unterdrückt worden."

Steins Urteil über Mallinkrodt ist nicht unbefangen, da er selbst in Sachen der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse auf Seiten der Ritterschaft stand und Mallinkrodt sich durch seine zwar energische, aber durchaus nicht maßlose und unberechtigte Art der Verteidigung der Rechte der Bauern die tiefe Abneigung der ihre einseitigen Interessen vertretenden Großgrundbesitzer zugezogen hatte. Deshalb, und weil der „Anzeiger" in Verfassungs- und Verwaltungs-Angelegenheiten ehrlich liberal blieb, machte man diesem den Garaus. Durch diese Gewaltmaßregel, den Tod eines hoffnungsvollen Sohnes sowie durch eigene Krankheit und Kummer niedergedrückt, verkaufte Mallinkrodt seine Buchhandlung und Druckerei an den Dr. Heinrich Schulz in Hamm und siedelte nach Jena über, wo er eine Professur zu übernehmen und Görres' berühmte Zeitschrift unter dem Namen „Neuer Rheinischer Merkur" fortzusetzen gedachte. Als beide Absichten sich unausführbar erwiesen, kehrte er nach Westfalen zurück, um sich auf einem ihm gehörenden kleinen Gute zu Schwese bei Soest niederzulassen und der Landwirtschaft zu widmen. Hier starb er, von Bürgern und Bauern aufrichtig betrauert, schon 1825, noch nicht 58 Jahre alt. „In anderer Umgebung," sagt Dr. Hermann Becker von ihm, „wäre er ein Staatsmann ersten Ranges geworden."

Dr. Schulz, nach Steins Ausspruch „ein bürgerlicher Gelehrter und frommer Protestant", erhielt schon bald (Juli 1818) die Erlaubnis wieder, den „Westfälischen Anzeiger" von neuem erscheinen zu lassen, selbstverständlich im regierungsfreundlichen Sinne und unter strenger Zensur. Am „Anzeiger" führte fortan Professor Benzenberg über alles und jedes das große und gar häufig recht taktlose Wort*). Ein entschiedener Anhänger Preußens, warf sich der sonst verständig liberale Mann, berufen und unberufen, zum Verteidiger des Fürsten Hardenberg auf, ohne zu ahnen, daß der alte, längst in Marasmus verfallene Staatskanzler nur noch von der herrschenden Rückschrittspartei Wittgenstein-Kamptz gehalten und geschoben wurde. Andauernd von dem fröhlichen Glauben erfüllt, Harden-

*) Seine bekannten Wahlsprüche lauteten: Zahlen beweisen! und: Alles muß öffentlich sein!

berg werde binnen kurzem den Erlaß einer reichsständischen Verfassung durchsetzen, veröffentlichte Benzenberg in diesem Sinne 1820 eine zur Verherrlichung seines hohen Gönners bestimmte anonyme Schrift, welche — anstatt nach der gewollten Richtung zu wirken — bei Friedrich Wilhelm III. den übelsten Eindruck hervorrief, des Staatskanzlers Stellung unwiederbringlich erschütterte und den endgültigen Sieg der Junker-Partei in der Verfassungsfrage herbeiführte.

Dem 1819 unterdrückten „Hermann" wurde erst 1823 das Erscheinen, diesmal in Schwelm, regierungsseitig wieder gestattet. Gleich in der ersten Nummer brachte Friedrich Harkort einen Gegenstand zur Sprache, welcher in der Mark und am Rhein eine gewisse nationale Bedeutung in Anspruch nehmen konnte und also allgemeinstes Interesse erregte. Der Chor der im stillen Waldthale der Dhün gelegenen herrlichen Klosterkirche zu Altenberg, der „Bergische Dom" genannt, seit Jahrhunderten die Grabstätte der Jülich-Bergischen Landesfürsten, war, nachdem er schon früher allerlei Unbill erfahren, im Oktober 1821 teilweise eingestürzt. In Gemäßheit einer unglücklichen Kaufvertragsklausel — das Klostergut war s. Z. für Trinkschulden der Mönche versteigert worden! — fiel durch den erfolgten Einsturz die nunmehr als Ruine betrachtete Kirche in das Eigentum des Besitzers der übrigen Gebäude. Dessen Rentmeister ordnete alsbald die gründlichste Verwüstung der heiligen Stätte an. Alles, was irgend als Material wertvoll, wurde abgerissen, Denkmäler nur um des verbindenden Eisens willen zerstört, die Steinplatten des Bodens, herrliche bemalte Fenster, kunstvolle Grabdeckel und Inschriftplatten aus Messing zum Zweck des Verkaufs ausgebrochen, und sogar die Fürstengrüfte im Herzogschor nach vermeintlichen Schätzen durchwühlt. Was frommer kirchlicher und monarchischer Sinn der Vorfahren Jahrhunderte hindurch mühsam gebaut und gesammelt, wurde in leichtfertigster Weise zerstreut und zu Spottpreisen verschleudert. Zum Glück erschaute Harkort auf einer Reise den in der Stille betriebenen Greuel und läutete sofort im „Hermann" Sturm gegen den „Bergischen Herostratus", die durch ihn begonnene Zerstörung des — nächst dem Kölner Dom — herrlichsten gotischen Gotteshauses am Niederrhein, und die Schändung der Gräber der ruhmvollen Vorfahren Preußischer Könige. Ein Schrei der Empörung hallte durch das Land. Nunmehr endlich schritt die Regierung ein, indem sie die Kirche unter polizeilichen Schutz stellte und Klage wegen Kirchenraubes gegen den Urheber anstellte. Letztere

wurde abgewiesen, weil, wie der weise Richter meinte, erst dann von einer strafbaren Handlung die Rede sein könne, wenn die Kirche als solche wiederhergestellt werde. Bleibe sie Ruine, so sei diese, entsprechend jener Vertragsklausel, Eigentum des Klostergutsbesitzers und der Rentmeister habe dann „nur das Eigentum seines Herrn bewirtschaftet". Das Urteil der öffentlichen Meinung lautete natürlich weit strenger als dasjenige des Gerichts. Die allgemeine Entrüstung gegen die Verwüster rettete das Gotteshaus vor dem gänzlichen Untergange. Später nahm sich der Kronprinz des prachtvollen Bauwerks an, indem er dasselbe auf Staatskosten in alter Würde herstellen ließ und es 1847 persönlich dem Gottesdienste beider Konfessionen zurückgab.

Die Energie, mit welcher Harkort für die Erhaltung des Bergischen Domes erfolgreich in die Schranken getreten war; die Kraft, Klarheit und eigenartige Schönheit seiner gedrungenen Schreibweise; der seltene Mut, den er — nach damaliger Auffassung — dadurch bewies, daß er die von ihm ausgehenden Artikel mit seinem vollen Namen unterzeichnete, hatten mit einem Schlage die allgemeine Aufmerksamkeit beider Provinzen auf ihn gelenkt und ihm im besten Sinne Namen und Ansehen eines unabhängigen Volksmannes verschafft. In einer Reihe vielbesprochener und auch nicht selten heftig bekämpfter Aufsätze im „Hermann" äußerte er, soweit die traurigen Preßverhältnisse das zuließen, im Laufe der nächsten Jahre seine stets selbständigen, bemerkenswerten Ansichten über die wichtigsten Fragen, welche die öffentliche Meinung jener Zeit bewegten: das öffentliche Gerichtsverfahren, Preß- und Assoziationsfreiheit, die Ausbildung der Englischen Verfassung (von der Preußischen durfte nicht geredet werden!), die Bewegung für die Befreiung Griechenlands; über Gewerbeschulen, Verbesserungen in der Eisen-Industrie, Chausseebauwesen, Eisenbahnen, die Rheinisch-Westindische Kompanie, den Mexikanischen Bergwerksverein und andere Dinge. Von seinen zahlreichen Geschäftsreisen sandte er, trotz der mit ihnen verbundenen Anstrengung, interessante, gern mit geschichtlichen Notizen durchwebte Berichte an den „Hermann", welche noch heute erkennen lassen, wie genau er Land und Leute beobachtete und wie richtig er wunde Flecke im Volksleben bei Regierenden wie bei Regierten zu suchen und zu finden verstand. Die Hauptstadt Berlin, die er 1825 zum erstenmale sah, imponierte ihm gar wenig; Oper und Ballet, namentlich das für letzteres ausgegebene viele Geld, erfuhren trotz der Zensur seinen scharfen Tadel; insbesondere wenn er damit die jammervolle Lage der vernachlässigten Invaliden der Befreiungskriege verglich.

Großes Aufsehen und Ergötzen erregten auch die zahlreichen humoristischen Aufsätze, welche er unter dem Pseudonym „Famulus“ mit einem litterarischen Freunde Hilarius Jocosus (mutmaßlich Pastor Schuchardt in Berchum an der Lenne) wechselte und vorzugsweise zur Verspottung der damals in Westfalen noch zahlreichen Krähwinkeleien und örtlichen Zänkereien benutzte. Der von ihm angenommene Name „Famulus“ selbst ist als eine solche Verspottung zu betrachten. Denn statt dem von Harkort gegebenen guten Beispiele zu folgen und ihre Aufsätze gleichfalls mit ihren Namen zu unterzeichnen, beharrten die Mitarbeiter sowohl des „Hermann“ wie des „Westfälischen Anzeigers“, auch die unabhängigen, dabei, sich unter allerhand Pseudonymen zu verstecken. So nannte sich der sehr tüchtige Schriftsteller Hofgerichts-Advokat Sommer in Kirchhundem „Westphalus Eremita“ und der bereits erwähnte Gerhard Siebel von Elberfeld „Götz vom Rheine“. Neben ihnen paradieren in den Spalten der Blätter jener Zeit ein Irenäus Montanus, Odin, Saxosus Petrinus, Timon, Philaletes, Alcunde, Portiunculus, Hartmann von der Ruhr, Friedrich von der Ennepe, Eduard vom Ehrenthor und andere Namen, von denen jetzt niemand mehr weiß, wer sich hinter ihnen versteckte. Als beklagenswerte Folge dieser Unsitte, wie man sie wohl nennen darf, macht sich heute der Umstand geltend, daß den Geschichtsschreibern des Heimatlandes die wirklichen Namen der wackeren Männer, welche in jener traurigen Periode der Versumpfung das Interesse des Volkes an öffentlichen Angelegenheiten zu erwecken suchten, für immer verborgen bleiben.

Wetter war zu Anfang der zwanziger Jahre Schauplatz eines heftigen Streites auf kirchlichem Gebiete, der innerhalb der Provinz zwar nur geringe Bewegung verursachte, desto größere Aufmerksamkeit aber an höchster Stelle erregte. Die kleine Gemeinde in der Freiheit Wetter gehörte dem reformierten, die größere in dem einige Minuten davon entfernt gelegenen Dorfe gleichen Namens dem lutherischen Bekenntnisse an. Beide zählten, wie Bischof Eylert eingehend berichtet, zu den ersten der Grafschaft Mark, die unter Führung des verdienten Generalsuperintendenten Bädeker*) und ihrer trefflichen Pastoren Hengstenberg und Müller, sowie achtungswerter

*) Franz Bädeker, geb. zu Dortmund am 11. August 1752, Pfarrer zu Dahl bei Hagen, Konsistorialrat und Generalsuperintendent der Grafschaft Mark, gest. am 1. August 1825.

Gemeindeglieder, „unter denen der geniale, sinnige Fabrikant Harkort sich auszeichnete“ *), die promulgierte Union annahmen und allen Konfessionsunterschied fortan beiseite setzten. Die darüber aufgenommene Urkunde hatten sie selbst dem für das Unionswerk begeisterten Könige zugeschickt und demselben dadurch hohe Freude bereitet. Doch der hinkende Bote kam nach, als über das sehr ungleiche Vermögen beider Gemeinden verfügt werden sollte. Man geriet dabei in eine erhitzende Debatte; jeder Teil bestand hartnäckig auf seinem wohlerworbenen oder vermeintlichen Rechte und ehe man es sich versah, war unter den Westfälischen Dickköpfen grimmiger Streit ausgebrochen. Vergebens bemühte sich der ruhige, tolerante Pastor Hengstenberg**), von seinem jungen Freunde und Nachbarn Harkort kräftig unterstützt, eine Trennung zu verhüten; dieselbe trat dennoch ein und wurde alsbald amtlich nach Berlin gemeldet. Friedrich Wilhelm III. nahm diesen förmlichen Rücktritt von der Union, seinem eigensten Werke, sehr übel auf und erklärte dem herbeigeholten Eylert in längerer Rede, ein solches „Changieren“ dürfte nicht geduldet werden. Auf des Königs speziellen Befehl reiste der Bischof, ein geborener Westfale (S. 37) und sowohl Hengstenberg wie dem Pfarrer Müller von Jugend auf eng befreundet, im Sommer 1822 „mit einer Königlichen Instruktion wohl versehen“ nach dem Kriegsschauplatze an der Ruhr ab. Schon bei Herdecke fand der Königliche Kommissar die feindlichen Armeen zu seinem festlichen Empfange bereit, natürlich in getrennter Aufstellung. Folgenden Tages begann der in geistlicher Taktik wohlerfahrene und der Behandlung seiner hartnäckigen Landsleute kundige Eylert den Angriff, indem er erst die eine, dann die andere Partei allein vornahm und ihnen über das Schriftwort: „O, Ihr unverständigen Galater, wer hat Euch bezaubert, daß Ihr der Wahrheit nicht gehorchet? Im Geiste habt Ihr angefangen, wollet Ihr denn nun im Fleische vollenden?“ — eine fulminante, zweckentsprechende Rede hielt. Im Hauptpunkte

*) Eylert, Charakterzüge. Bd. III, Abt. 2, S. 179—189.

**) In seiner Geschichte von Wetter (S. 43) nennt Harkort den 1834 verstorbenen Hengstenberg (Verfasser einer Geographie in Versen und Vater des bekannten orthodoxen Professors und Gründers der „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“) einen gelehrten Mann von echt evangelischer Gesinnung, der ihm ein treuer Freund gewesen sei. Eylert sagt wörtlich von ihm: „Hengstenberg war ein tüchtiger Theologe und dabei von Herzen fromm, mithin liberal und tolerant.“ Möchte doch dieses „mithin“ des evangelischen Bischofs und Hofpredigers von allen Hofpredigern der Jetztzeit gehört, verstanden und beherzigt werden!

des Streites, der Behandlung des Kirchenvermögens, zeigte sich der kluge Bischof zur Nachgiebigkeit geneigt. Dieses könne, erklärte er, als Sondereigentum fortbestehen, wenn „nur im übrigen" die Union angenommen würde. Nach einigen Tagen weiterer intensiver Behandlung waren die hadernden Bauern und Bürger — deren Selbstgefühl es auch wohl geschmeichelt haben mochte, daß allein ihretwegen direkt vom Könige ein Bischof nach Wetter entsendet worden war — zur Kapitulation reif. Schon am folgenden Sonntage konnte feierliche Versöhnung gefeiert und, statt von unverständigen Galatern, über den schönen Spruch gepredigt werden: „Siehe, wie fein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig bei einander wohnen!" — Eylert schließt den Bericht über seine erfolgreiche Friedenssendung mit den Worten: „Hengstenberg in Wetter werde ich in seiner männlichen Kindlichkeit nicht vergessen und Harkort wird in seiner Humanität mir im Andenken bleiben."

So kräftig Harkort an der Durchführung der Union der beiden evangelischen Kirchen innerhalb seines Wirkungskreises mitarbeitete, ebenso lebhaft beteiligte er sich an dem hauptsächlich durch Schleiermacher geführten Widerstand gegen die von oben herab dekretierte Einführung einer uniformen Agende. Er betrachtete das gouvernementale Verfahren mit Recht als einen unmittelbaren Eingriff in die althergebrachte korporative Selbständigkeit der Gemeinden und als Beschränkung der persönlichen Freiheit ihrer Glieder. Dieses Gefühl war besonders im Westen lebendig, wo in Cleve, Berg, Mark und Ravensberg der Protestantismus vor drei Jahrhunderten ganz aus eigener Kraft, gegen des Landesherrn Willen, Wurzel geschlagen und selbständig sich eine freie ihm liebgewordene Verfassung geschaffen hatte. Es war in der Mark noch in aller Gedenken, wie tapfer sich vor 50 Jahren zu des Großen Friedrichs Zeit die Alten gegen die zwangsweise Einführung des oktroyierten neuen Gesangbuchs wehrten (S. 27). Harkort sprach und schrieb gegen die unliebsame Maßregel bis zu den höchsten Behörden hin und gab den Kampf erst auf, als das Kirchenregiment verständige Nachgiebigkeit zeigte und den Gebrauch altgewohnter liturgischer Formen nach örtlichem Herkommen gestattete. Dem damals kräftigen Widerstande der evangelischen Gemeinden in Rheinland-Westfalen haben diese die frühzeitige Erlangung ihrer neugeordneten Kirchenverfassung von 1835 wesentlich zu verdanken.

Übrigens gehörte Harkort, seiner sittlich-ernsten Geistesrichtung und den Überlieferungen seiner Väter entsprechend, mit vollster Treue dem protestantischen Glauben an, wenn er auch jede andere religiöse

Überzeugung, sofern nicht weltliche Nebenzwecke dabei verfolgt wurden, achtete. Frivoler Spott über heilige Dinge war ihm ein Greuel und fand scharfe Zurückweisung, falls er in seiner Gegenwart laut wurde. Den sonntäglichen Gottesdienst besuchte er regelmäßig, soweit sein vielbewegtes Leben es gestattete, und das Tischgebet blieb bis an seinen Tod feste Regel seines Hauses. Gegen pietistische Konventikel, deren Unsegen er im Wupperthale aus nächster Nähe kennen gelernt hatte, zeigte er tiefen Widerwillen, empfand aber auch keine Neigung für geheime humanitäre Verbindungen. Mehrfache Bemühungen, ihn für das Freimaurerwesen zu gewinnen, blieben erfolglos. „Ein verständiger Mensch," pflegte er zu sagen, „braucht dergleichen nicht, um Humanität und Nächstenliebe zu üben."

Die eine halbe Meile von Wetter entfernte kleine Stadt Herdecke besaß seit langer Zeit den bedeutendsten Getreidemarkt der Grafschaft Mark. Gelegen an einer Ruhrbrücke*), über welche die große Straße vom Rheine zur Weser führte, den kornreichen Hellweg in nächster Nähe, war Herdecke der geeignetste Ort, wo die Industriebezirke des Sauerlandes und des Bergischen ihren ansehnlichen Bedarf an Cerealien decken konnten. Die erste Hälfte der zwanziger Jahre ergab eine gewaltige Überproduktion von Getreide, welche, unmittelbar den Hungerjahren 1816/17 folgend, die Preise auf einen im 19. Jahrhundert nie wieder erlebten niedrigen Stand zurückwarf. Infolgedessen wuchs die Not unter den Landwirten zusehends und um so stärker, als Getreide zeitweise fast unverkäuflich und der ländliche Kredit ohnehin verschwunden war. Es erschien für Harkort und seinen nie rastenden Eifer für jeden Zweig des öffentlichen Wohles gewissermaßen selbstverständlich, sich mit Mitteln zur Abhilfe dieser Notlage zu beschäftigen, von welcher gerade die kleineren Landwirte der Mark — Großgrundbesitzer im Sinne der östlichen Provinzen giebt es dort glücklicherweise nur in ganz geringer Anzahl — besonders empfindlich getroffen wurden. Bei Gelegenheit der Eröffnung der nach ihrem Einsturze wieder hergestellten neuen Brücke entwickelte er den Vorschlag, in Herdecke ein hinreichend großes Korn-Magazin zu erbauen, nach Art derjenigen, wie sie unter Friedrich II. im Osten vielfach für fiskalische Zwecke

*) Die neue Herdecker Brücke stürzte, als sie sich eben ihrer Vollendung nahte, bei einer großen Flut der Ruhr am Weihnachtsabend 1819 ein und begrub den Baumeister Hartmann aus Fürstenwalde und acht Arbeiter unter ihren Trümmern.

angelegt sind, damit die kleineren Produzenten aus dem Hellwege jederzeit ihr Getreide dorthin abliefern und zu billigen Zinsen Vorschuß darauf entnehmen könnten. Zur Leistung solcher Vorschüsse, wie zur allgemeinen Erleichterung des Geldverkehrs in der Mark, sollte ein alter, schon im vorigen Jahrhundert unter dem Minister von Heinitz viel besprochener Plan ausgeführt und in der unsern von Herdecke gelegenen Kreisstadt Hagen ein Staats-Bank-Kontor eröffnet werden*).

Man hörte die für sehr nützlich erkannten Vorschläge des jungen Redners — dieser war damals noch nicht 30 Jahre alt — mit großem Interesse an, freute sich seiner Genialität und Energie, aber keiner rührte sich, um dem Plane näher zu treten, seine Ausführbarkeit zu untersuchen und im bejahenden Falle Hand ans Werk zu legen. Harkort selbst war in jener Zeit des Beginns seiner Laufbahn zu sehr mit seinen eigenen industriellen Unternehmungen beschäftigt, als daß er hätte daran denken dürfen, Zeit und Kraft an die Ausführung dieses zwar nützlichen, jedoch ihm selbst fernliegenden Projektes zu wenden. Die Sache unterblieb also gänzlich. Der Mangel eines öffentlichen Bankinstituts in der Grafschaft Mark, welcher der gewaltigen Industrie dieses Landesteiles unberechenbaren Schaden zufügte und sie nötigte, Jahrzehnte hindurch ihren Geldbedarf zu hohen Zinsen bei Rheinischen Privat-Bankiers zu decken, hat bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus angedauert An die Nichtausführung von Harkorts Idee, große Kornmagazine in Herdecke anzulegen, erinnerte sich die ältere Generation mit Schmerzen, als die Mißernte des Jahres 1846 fast ähnliche Notstandspreise verursachte, wie in den Hungerjahren 1816/17.

Aus Anlaß der im vierten Kapitel erwähnten kränkenden Vorfälle auf dem Rückmarsch der Armee nach der zweiten Einnahme von Paris hatte Harkort bei der Rückkehr in die Heimat abermals seinen Abschied als Offizier der Landwehr gefordert und unterm 30. Dezember 1815 mit Vorbehalt des Wiedereintritts bekommen. Seine Liebe zu der volkstümlichen, ruhmvollen Schöpfung Scharnhorsts, welche zu dem siegreichen Ausgange der Freiheitskriege so

*) Heinitz hatte u. a. dem Berliner Bankdirektor Labbaye den Auftrag erteilt, „an Ort und Stelle die nötigen Data zur zweckmäßigen Einrichtung eines Bankinstituts zu sammeln" und denselben zu diesem Behufe mittels Verfügung vom 4. Juli 1788 an den Kaufmann J. H. Elbers in Hagen, Friedrich Harkorts Großvater, empfohlen („Westfälischer Anzeiger" Jahrgang 1835, S. 27).

Großes beigetragen, ließ ihn jedoch nicht lange außerhalb der Reihen seiner Waffengefährten verweilen. Er trat nach kurzer Zeit wieder in das Offizierskorps des zweiten Bataillons 16. Westfälischen Landwehr-Regiments zurück, erhielt im August 1819 das Patent als Premier-Leutnant (die bereits im Feldzuge von 1814 erfolgte Ernennung zu dieser Charge hatte, wie a. a. O. gemeldet, die Allerhöchste Bestätigung nicht erhalten) und zehn Jahre später dasjenige als Hauptmann und Kompanieführer. Die Landwehr-Übungen in Iserlohn, wohin der Bataillonsstab verlegt worden war, gehörten zu den angenehmsten Tagen des Jahres, für Offiziere wie für Mannschaften; obgleich letztere mit um so größerem Ernste und Eifer gedrillt wurden, als die Landwehr-Offiziere genau wußten, wie scharf die Herren von der Linie Haltung und Leistung der Wehrleute beobachteten und beurteilten, und wie einflußreich jene Partei bei Hofe geworden war, die das ganze, angeblich „revolutionäre" Institut je eher je lieber beseitigt sehen wollte. Glücklicherweise stand die damalige schlechte Finanzlage des Landes der Verwirklichung solcher wahrhaft landesverderblichen Pläne entgegen, und andererseits vermochte auch kein ehrlicher Gegner die Leistungen der Landwehr mit gutem Grunde herabzusetzen. Im Gegenteil fanden sich die inspizierenden Generäle veranlaßt, derselben öffentlich wohlverdiente Lobsprüche zu erteilen für ihre tüchtigen Leistungen, die von denen der Linie jener Zeit nur wenig abwichen*). „Die Landwehr galt," sagt Treitschke mit Recht, „als das eigentliche Volksheer, als die feste Säule der Preußischen Macht."

Die Abende wurden während der Landwehr-Übungen bei fröhlichem Gläserklange der Erinnernng an die große Zeit von 1813, 14 und 15 gewidmet. Unterhaltungs- und Rednergabe, feiner, schlagfertiger, nicht verletzender Witz und Humor und — last not least! — das in Westfalen besonders geschätzte Talent, beim gemütlichen Zechgelage seinen Mann zu stehen, machten Harkort alsbald zum anerkannten Mittelpunkte seines kameradschaftlichen Kreises. Straffe militärische Haltung, ritterlicher Sinn und feine gesellschaftliche Form verschafften dem durch männliche Schönheit ausgezeichneten tapferen Landwehroffizier auch bei den Frauen große Beliebtheit, zumal derselbe sein hübsches dichterisches Talent bei geeigneten geselligen Anlässen gern in öffentlichen Dienst stellte und dadurch zur Festfreude beitrug. Nicht weniger waren die in Reihe und Glied stehenden Landwehrleute ihrem Leutnant und späteren Hauptmann

*) Vgl. u. a. „Hermann", Jahrg. 1818, S. 561.

zugethan, trotzdem dieſer im Dienſte ſtreng auftrat und gar leicht in zornigen Worten aufbrauſte. Sie fühlten mit dem den unteren Ständen eigenen Inſtinkte, daß ſie in ihm einen groß angelegten, uneigennützigen Charakter vor ſich hatten, der, als Demokrat im edelſten Wortſinne, es vor allem mit dem gemeinen Manne wohl meinte, jedem Strebertum und Kaſtengeiſte feind war und nie das Seine ſuchte. Die Erzählungen derer, welche die beiden Feldzüge nach Frankreich mitgemacht hatten, umwoben ihn außerdem in den Augen der jüngeren Generation bald mit einem unausrottbaren Sagenkreiſe, der dem Helden desſelben ſelbſt freilich zum ſchweren Verdruſſe gereichte. Tapfere Thaten ſeiner Kameraden wurden fortdauernd ihm beigemeſſen, auch wenn er dieſe wohlgemeinten falſchen Darſtellungen noch ſo oft berichtigte und insbeſondere feſtſtellte, wie er infolge ſeiner ſchweren Verwundung am 15. Juni bei Jumet weder den großen Tagen von Ligny und Belle-Alliance, noch auch dem blutigen, für die Märkiſche Landwehr ſo verderblichen Gefechte von Iſſy habe beiwohnen können. Faſt immer wurde das, was Guſtav Harkort im Felde geleiſtet, von den Wehrmännern ſeinem Bruder Fritz beigemeſſen, da jener bald nach dem Frieden die Heimat ganz verließ und ihren Augen entſchwand, während dieſer noch faſt 20 Jahre zu den beliebteſten Führern der Landwehr gehörte und auch in bürgerlichem Kleide regelmäßig die Landwehrmütze trug.

Von ſeiten der Feinde des Volksheeres, der Reaktionspartei bei Hofe und in Junkerkreiſen, wurde ſeit Jahren verbreitet, die Landwehr werde, wenn man ſie im Ernſtfalle wieder zu den Fahnen riefe, ſich nur widerwillig ſchlagen, da die mächtige patriotiſche Anregung der Befreiungskriege allmählich verdunſtet ſei und ein abermaliges Erwachen der großartigen Begeiſterung von 1813 nimmer zu erwarten ſtehe. Es war die Sprache des böſen Gewiſſens, die ſo redete. Die Reaktion wußte, was alles in den Zeiten der Bedrängnis von 1810—1815 dem rettenden Volke verſprochen worden und wie es ihren Künſten gelungen war, den mißtrauiſch und ängſtlich gemachten König zu bewegen, jene feierlichen Zuſagen nicht zu halten oder doch ihre Erfüllung hinauszuſchieben. Sie fürchtete, das Volk werde, käme es abermals zum Kriege, nun auch ſeinerſeits nicht Wort halten. Welche trübe Stimmung zu jener Zeit die Bruſt hochgeſtellter Patrioten erfüllte, davon giebt der Eingang eines leider erſt im Jahre 1887 bekannt gewordenen Briefes Zeugnis, welchen kein Geringerer als Friedrich Wilhelm des Dritten eigener Sohn, der ſpätere Kaiſer Wilhelm I., am 31. März 1824 an den ihm befreundeten General von Natzmer ſchrieb:

„Was die äußere Lage unſeres Staates betrifft, ſo muß ich leider ganz Ihrer Anſicht beitreten. Hätte die Nation Anno 1813 gewußt, daß nach 11 Jahren von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Anſehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl Alles aufgeopfert ſolchen Reſultates halber? Es iſt dies eine gewichtige, aber ſchmerzlich zu beantwortende Frage. Sie wiſſen aus unſern Unterredungen, wem ich die Schuld unſeres Rückſchritts in allen Staatsverhältniſſen beimeſſen muß; geholfen haben freilich Viele, aber wenn die Gehilfen kräftige Naturen und Geiſter waren, ſo würden ſie es nicht dahin haben kommen laſſen*)."

Bedürften diejenigen, welche unter der traurigen Regierung der Preußiſchen Verſumpfungsperiode gegen jenes Syſtem des „Rückſchrittes in allen Staatsverhältniſſen" energiſche Oppoſition machten, heute dafür überhaupt noch irgend einer Rechtfertigung, ſo iſt ſie in dieſem Ausſpruche von Deutſchlands großem Kaiſer in überreichem Maße gegeben.

Doch die treuen Markaner waren weit entfernt von dem Gedanken, jene ſo berechtigte Mißſtimmung über ſchlechte Politik nach außen wie im Innern auf die nationale Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes einwirken zu laſſen. Die Probezeit dafür erſchien, als die Juli-Revolution von 1830, ſowie der Abfall Belgiens von Holland die Gefahr eines Krieges mit Frankreich näher rückte. Im Frühjahr 1831 erging an ſämtliche Landwehr-Offiziere des Weſtfäliſchen Armee-Korps Befehl, für den Fall einer Mobilmachung ihre Verhältniſſe feſtzuſtellen. Wie die einmütige patriotiſche Antwort des Bataillons Iſerlohn lautete, erhellt aus folgendem prächtigen, gleich einem Manifeſt wirkenden Aufſatze Harkorts, welchen der „Hermann" vom 11. Mai 1831 veröffentlichte.

„An's Vaterland, an's theure, ſchließ dich an;
Das halte feſt mit Deinem ganzen Herzen!

Kein Staat in Europa hat ſeinem Heere eine ſo volksthümliche Einrichtung gegeben als Preußen.

Jeder Bürger iſt perſönlich zur Vertheidigung des Vaterlandes verpflichtet, deshalb bedarf die Linie keiner Miethlinge; ſie iſt die rühmliche Kriegsſchule, welche durch den raſchen Wechſel der jungen Mannſchaft und die große Bildung des Offizierkorps der Nation einen kriegeriſchen Charakter verliehen hat.

*) von Natzmer, „Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Oldwig von Natzmer." Gotha 1887. Teil I, S. 120.

Die moraliſche Kraft des Reiches beruht in der Landwehr: eine große Zeit hat ſie hervorgerufen, ſiegreiche Schlachten haben ihre Fahnen geweiht und die Begeiſterung hat ihr Siegel auf Scharnhorſt's hohes Werk gedrückt.

Nicht zu verkennen iſt, daß ſchwere Pflichten dem Wehrmann auferlegt ſind in ſeiner doppelten Eigenſchaft als Bürger und Vertheidiger des Vaterlandes. Zu ſolchen Opfern ihn zu befähigen, genügt der Buchſtabe des Geſetzes nicht — die Idee muß ihn begeiſtern, ihm da Lohn gewähren, wo der Söldner nur Opfer ſieht!

Mit dieſer großen Idee oder ohne ſie wird die Landwehr ſtehen oder fallen, und eben hier liegt der Punkt, wo Manche ihre Schwäche vermuthen. Die Zeiten der kriegeriſchen Begeiſterung ſind vorüber; Eigenthum, Weib, Kind, die Liebe zum Leben ſind mächtigere Bande als die Ehre, ſagen jene.

Greifen wir in den Kern des Volkes, dieſe kleinmüthige Behauptung zu widerlegen.

Im Offizierkorps der Landwehr finden wir Adel und Bürger, gebildete Leute aus allen Ständen vereint, meiſt Familienväter und Männer in reiferem Alter, die eine feſte Stellung im Leben eingenommen. Aus den Reihen der Wehrmänner hervorgegangen, theilen ſie gleiche Intereſſen und Geſinnungen mit denſelben.

Nicht Alle würden im Falle eines Krieges gleich abkömmlich ſein und deshalb iſt von Sr. Majeſtät der Befehl ergangen, daß die Offiziere unter ſich ihre Verhältniſſe feſtſtellen ſollen.

Zu dieſem Zwecke ward noch vor einigen Tagen das Korps des 2. Bataillons 16. Landwehr-Regiments verſammelt. Einſtimmig wurde die Erklärung abgegeben: Das Vaterland ſtehe über allen bürgerlichen Verhältniſſen; keiner ſchließe ſich aus, jeder erwarte den Ruf des Königs.

Das iſt die Volksſtimme! Es iſt nicht der Ruf nach eitler Ehre — nein, in ihr liegt das Gefühl der Nationalkraft, das Vertrauen auf Gott und die gerechte Sache. Und weht dieſer Geiſt nicht durch das ganze Land? Steht nicht Schleſiens Landwehr ſeit Monaten gerüſtet, während die Provinz ihre Familien unterſtützt? Haben nicht die Weſtfäliſchen Stände denſelben Antrag gemacht? Haben nicht die Rheinlande bereits zu dieſem Zwecke bedeutende Beiträge aufgebracht?

So muß Preußen fortſchreiten an der Spitze der öffentlichen Meinung, der wackere Vorkämpfer ſein für den Deutſchen Boden.

Westfälische Lanzknechte waren der Schrecken des Mittelalters, „klingende Berge!“*) der Siegesruf der Montaner, „Alaaf Köln!“ der Schlachtruf der Rheinländer in Italien. Hat jeder getrennt die Ehre verwahrt: um so höher werden die vereinigten Hände sie halten.

Heil Dir, o Vaterland! Möge der Oelbaum ferner in Frieden grünen; Du bedarfst des blutigen Lorbeers nicht.

Doch naht der Sturm, dann laß Deine Adler fliegen; die Begeisterung wird sich an die alten Zeichen knüpfen, und unter einem ritterlichen Könige erhebe sich ein ganzes Volk zu den Waffen!

Veraltete Formen und Vorurtheile werden fallen, unwandelbar bleibt die Liebe für König und Vaterland!“

Das war die stolze Antwort der Märkischen Landwehr an die Zweifler in Berlin und im Osten, und sie wäre in allen Stücken wahr gemacht worden, wenn man zu den Waffen hätte greifen müssen. „Ein Rheinland-Westfale“ unterzeichnete sie Harkort, statt mit seinem Namen: mutmaßlich, weil seine Eigenschaft als Offizier dabei im Wege stand. Das patriotische Feuer, sowie Form, Kraft und Schönheit der Sprache lassen indes an seiner Autorschaft nicht den geringsten Zweifel aufkommen.

Zum Glück blieb das Vaterland damals von Krieg verschont. Das Offizierkorps des Iserlohner Landwehr-Bataillons wurde durch Kabinettsordre vom 20. März 1832 wegen seiner ausgezeichneten patriotischen Haltung allerhöchst belobt und Harkort selbst im Dezember 1833 der nachgesuchte Abschied bewilligt mit der Erlaubnis, die Uniform tragen zu dürfen. Er hatte über 20 Jahre diesem Bataillon angehört. Zum Andenken an die durchlebte Zeit überreichten ihm seine Kameraden einen mit entsprechenden Emblemen verzierten Becher, welcher die Inschrift trug: „Du schiedest aus unsern Reihen, nicht aber aus unsern Herzen!“ — Auch nach seiner Verabschiedung blieb Harkort mit den alten Waffengefährten von anno 1813 in fortdauerndem kameradschaftlichem Verkehr. Er unterstützte mit Rat und That die Bedrängten unter ihnen und sorgte nach Kräften dafür, daß nicht das Andenken an die große Periode der Befreiungskriege in den Herzen der Mit- und Nachwelt erlösche. Bei der ehrwürdigen Kirch-Eiche in Wetter, der alten Tingstätte des Mittelalters, wurde mit der Inschrift: Gott allein die Ehre!

*) Irrtümlich. Der Bergische Schlachtruf im Mittelalter lautete „Romerike Berge!“

durch „die dankbare Gemeinde 1819“ den Gefallenen ein Denkmal errichtet und die Namen derer, die des Königs Rufe gefolgt waren, zum immerwährenden Gedächtnisse darauf eingegraben. Unter Harkorts Vorsitze beging man am 23. November 1833 das 20jährige Erinnerungsfest an den Zusammentritt der Märkischen Landwehren durch feierlichen Gottesdienst und ein gemeinsames Mahl in Dortmund. Der Oberpräsident von Vincke, welcher, gleich Harkort, stets die Landwehrmütze als Kopfbedeckung trug; der geistreiche Berghauptmann von Charpentier; der tapfere, durch seine Grobheit berühmte und darum auf der roten Erde besonders volksbeliebte Artillerie-Oberst von Tuchsen*); Ernst von Bodelschwingh, damals Regierungspräsident in Trier, später Minister des Innern, und viele andere angesehene Männer der Provinz vereinigten sich dabei mit den Veteranen. Die 25jährige Jubelfeier des „Aufrufs an Mein Volk“ wurde am 3. Februar 1838 allerorten in der Grafschaft Mark festlich begangen**) und 1843 und 1845 das Erinnerungsfest der alten Krieger, freilich in stark verminderter Anzahl, wiederholt. Nach Einführung der Verfassung blieb es Harkorts stete Sorge, den Staat an seine Ehrenpflicht gegen die ruhmvollen Verteidiger des Vaterlandes so lange zu erinnern, bis derselben endlich — nach vollen 50 Jahren! — genügt wurde.

Seit der Hohenstaufe Konrad in Sachen der Weiber zu Weinsberg, oder vielmehr ihrer aufrührerischen Welfischen Ehemänner, den schönen stolzen Spruch gethan hatte: „ein Königswort soll man nicht drehn noch deuteln!“ waren die biederen Deutschen des Glaubens, das sei in ihrem lieben Vaterlande nachgerade unantastbares Recht geworden. Hätte nach Erlaß der berühmten Verordnung vom 22. Mai 1815, ergangen zu der Zeit, als Blücher an der Französischen Grenze den Angriff des zurückgekehrten Napoleon erwartete, jemand Unglauben an der baldigsten Ausführung derselben geäußert, so würde ihm als einem verbrecherischen Zweifler am Königlichen Worte und Beleidiger der Majestät übel mitgespielt worden sein. Denn jene Verordnung, welcher schon in früheren

*) F. W. Hackländer, welcher in Tuchsens Regiment diente, hat ihn in seinen „Wachtstuben-Abenteuern“ verewigt.

**) Auch in der Rheinprovinz wurde der 25jährige Erinnerungstag der Deutschen Volkserhebung mit wärmster Teilnahme gefeiert. Der Dichter Karl Immermann beschrieb die Feier in einer besonderen Schrift unter dem Titel „Das Fest der Freiwilligen von Köln 1838“.

Drangsalsjahren wie bei fast allen Besitzergreifungen neuer Landesteile ähnliche Versprechungen vorausgegangen waren, besagte ja gleich zu Eingang unzweideutig, kurz und klar: „Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden." Sie bestimmte in ihrem ferneren Inhalte, daß am 1. September des nämlichen Jahres 1815 eine „Kommission aus einsichtsvollen Staatsbeamten und Eingesessenen der Provinzen" zusammentreten werde, welche sich mit der Organisation der Landesstände und der Landesrepräsentanten, sowie mit der Ausarbeitung einer „Verfassungsurkunde" zu beschäftigen habe. Durfte da ein guter, königstreuer Preuße noch an der ungesäumten Erfüllung des verpfändeten Königlichen Wortes zweifeln oder befürchten, es werde hintennach daran „gedreht und gedeutelt" werden?

Und dennoch geschah das für unmöglich Gehaltene. Manche Schriftsteller — neuerdings noch Treitschke, welcher die Verordnung vom 22. Mai übereilt, unglücklich, ja unselig nennt — haben sich bemüht, das Verfahren der Regierung zu entschuldigen, als durch die derzeitigen Verhältnisse geboten darzustellen; u. E. ohne allen Erfolg. Vor allem habe, behaupten dieselben, in dem wiederhergestellten Staate zunächst die Verwaltungsorganisation vollständig durchgeführt, überall Preußische Ordnung und Zucht hergestellt werden müssen. Andrerseits sei es unmöglich und gefährlich erschienen, die alten feudalen Stände neu zu beleben; noch mehr aber, Vertreter der neuen, meistens widerwillig mit Preußen verbundenen Landesteile in einer großen Versammlung mit denen der alten Provinzen zu vereinigen und hier Parlament spielen zu lassen. Man würde dadurch, statt einer freisinnigen Entwickelung, gar leicht das Gegenteil erreicht und die glorreiche Gesetzgebung Steins und Hardenbergs gefährdet haben. Alle diese, wie andere hier nicht weiter zu erörternde Entschuldigungsgründe und Nützlichkeitsrücksichten treffen nicht zu. Die Verwaltungsorganisation konnte ohne wesentlichen Schaden bis zu ihrer baldigen Beendigung ruhig neben der Schaffung ständischer Einrichtungen hergehen. Etwaige partikularistische Velleitäten der Bewohner der neu erworbenen Territorien würden durch die loyalen Abgeordneten der Altpreußischen Provinzen niedergehalten sein und Bürger und Bauern rücksichtslos sich auf Seiten der Regierung gestellt haben, sofern etwa die Junkerpartei gegen die neue befreiende Gesetzgebung anzustürmen Lust verspürte. Bei einem so monarchisch gesinnten und Ordnung liebenden Volke hätten sich Verfassung und Reichsstände geradezu als bestes einigendes Band erwiesen. Im übrigen war es ja das absolute, wieder

in alter Kraftfülle daſtehende Königtum, welches die Volksrepräſentation aus eigener Machtvollkommenheit bewilligte und einberief und derſelben in der Verordnung vom 22. Mai wohlweislich nur das Recht auf Beratung verliehen hatte. Bei dieſer Sachlage kann man in der That nur dem hochkonſervativen Feldmarſchall York Recht geben, welcher, nachdem er ſich perſönlich für das autokratiſche Syſtem Friedrich des Großen ausgeſprochen, ſchließlich erklärte: „Indes iſt dem Lande Konſtitution und Repräſentation verſprochen und dies Wort muß gelöſt werden!“*)

Statt am 1. September 1815 die zugeſagte Kommiſſion von einſichtsvollen Staatsbeamten und Eingeſeſſenen einzuſetzen, ließ man die Verfaſſungsfrage zunächſt faſt zwei Jahre ruhen und beſchloß dann, von der Einberufung „Eingeſeſſener“ überhaupt abzuſehen, dagegen die verſchiedenen Provinzen durch drei Miniſter bereiſen zu laſſen, um dort vorher ausgewählte ſogenannte Notable über ihre Wünſche bezüglich der ſtändiſchen Einrichtungen zu vernehmen Nach Weſtfalen entſendete man den Unterrichtsminiſter von Altenſtein, welcher nach Treitſchkes Bericht „vornehmlich mit dem Adel geſprochen zu haben ſcheint“. Die 1814 neugebildete und, außerhalb ihrer Grenzen, ſehr zu Unrecht als ein homogenes Ganzes angeſehene Provinz Weſtfalen war aus den verſchiedenſten Beſtandteilen zuſammengeleimt worden. Die Grafſchaften Mark, Ravensberg und Tecklenburg ſowie das Fürſtentum Minden gehörten ſeit zwei Jahrhunderten Brandenburg-Preußen und ihre Einwohner dem proteſtantiſchen Bekenntniſſe an. Mit dieſen Altpreußiſchen lutheriſchen Landen hatte man die neu erworbenen rein katholiſchen Bistümer Münſter, Paderborn, Corvey, ſowie das ehemals Kurkölniſche ſogenannte Herzogtum Weſtfalen nebſt Veſt Recklinghauſen zu einem Verwaltungskörper verſchmolzen und im äußerſten Süden noch das vormals Naſſauiſche, evangeliſche Fürſtentum Siegen und die Grafſchaft Wittgenſtein daran gehängt. Von einer Gemeinſamkeit der Intereſſen, der Anſchauungen und Wünſche innerhalb der Provinz konnte unter ſolchen Umſtänden keine Rede ſein. Das einzige zuſammenhaltende Band war der Mann im blauen Kittel, mit der kurzen Pfeife und der Landwehrmütze, der unermüdliche Oberpräſident Vincke**). Keine Landſchaft wollte mit dem Nachbarn etwas zu thun haben; insbeſondere dann nicht, wenn dieſer Nachbar einer anderen Konfeſſion angehörte. Man ver-

*) Treitſchke a. a. O. Bd. II, S. 291.

**) Von Vinckes Volkstümlichkeit kann ſich ein Nicht-Weſtfale heute keine Vorſtellung mehr machen. Noch nach ſeinem Tode iſt ſie in unübertrefflich humoriſtiſcher Weiſe illuſtriert worden. Im Jahre 1848 berieten einige junge

langte zwar nach einem Landtage, als Verteidigungsmittel gegen Steuern und Heereslasten; empfand aber die größten Bedenken gegen neue ständische Formen und — in den katholischen Teilen — gegen stramme Preußische Beamte. Noch im Jahre 1805, also kurz vor der Französischen Besitznahme, war in der Mark der letzte Clevisch-Märkische Landtag zu Hamm abgehalten worden (S. 34). Schon während des Krieges hatte der Adel der Grafschaft um Herstellung seiner „alten guten Verfassung" gebeten und die Deputierten zur Huldigung von 1815 diese Forderung erneuert. Als die Paderborner Stände 1816 einen gleichen Wunsch äußerten, verwies sie der König auf die bevorstehende Ausführung der Verordnung vom 22. Mai 1815. Damit ließen sich indessen die zähen Westfalen nicht lange vertrösten. Unter thätigster Anteilnahme Steins, der 1816 die Münsterländische Probstei Cappenberg gegen seine Posensche Besitzung Birnbaum eingetauscht hatte, bildete der Märkische Adel, die Freiherren von Bodelschwingh-Plettenberg, Syberg, Romberg und Hövel an der Spitze, einen Verein zur Vertretung seiner Rechte und verfaßte eine Denkschrift über die Verfassungsverhältnisse der Lande Jülich, Cleve, Berg und Mark, durch welche die Herstellung der angeblich noch zu Recht bestehenden Stände verlangt und Vorschläge zu deren zeitgemäßer Verbesserung gemacht wurden. Eine Deputation des Adels übergab dieses Schriftstück, welchem ähnliche aus anderen Landschaften Westfalens nachfolgten, am 26. Februar 1818 dem damals im Schlosse Engers am Rheine verweilenden Staatskanzler und begegnete bei diesem wohlwollender Aufnahme. Vor ihr hatte aber bereits eine Abordnung aus Koblenz bei Hardenberg Audienz gehabt und eine in schärferer Tonart von Görres verfaßte, demnächst veröffentlichte Adresse bezüglich alsbaldigen Erlasses der Verfassung überreicht. Der König wurde durch den Inhalt dieser Vorstellung, mehr noch durch ihre allerdings unzeitige Veröffentlichung, aufs äußerste gereizt, verbot das Sammeln von Unterschriften für solche Adressen und erklärte (2. März 1818), daß er sich die Bestimmung des Zeitpunktes für die Gewährung und das Insslebentreten der Verfassung vollständig vorbehalte. Damit war das von der Reaktion ersehnte, entscheidende Wort gesprochen und die klare Königliche Verheißung von 1815 in düstern Nebel gehüllt.

Weltverbesserer in Münster beim Bier den dringlichen Antrag, die Republik zu proklamieren, vermochten sich indessen über den event. zu wählenden Präsidenten für dieselbe nicht zu einigen. Ach, rief einer aus, wie schade, daß der alte Vincke tot ist: der würde sicherlich einstimmig gewählt werden!!

Die Märkischen Edelleute ließen sich diese, formell an die Koblenzer und andere Rheinländer gerichtete Antwort, um so weniger anfechten, als ihre Denkschrift nicht nur beim Staatskanzler, sondern auch beim Kronprinzen und dem Fürsten Blücher freundlich aufgenommen worden war. Sie hielten standhaft an der Ansicht von der fortdauernden Rechtsbeständigkeit der feudalen Stände fest und ihr Wortführer Bodelschwingh wiederholte in unzähligen Eingaben*): „Unsere Verfassung hat wohlthätig bestanden, ehe der Preußische Staat eine Verfassung hatte. Daß der Entwurf dieser noch nicht vollendet ist, kann daher kein Hindernis sein, die unsrige in ihren Grenzen zu lassen." Der Staatskanzler verwies den zähen Kläger schließlich zur Ruhe und stellte 1820/21 den allgemeinen Grundsatz auf, daß dort, wo die früheren Stände durch die im Tilsiter Frieden anerkannte Fremdherrschaft aufgehoben seien, es dabei bis zur Einführung der neuen Provinzialstände sein Bewenden behalten solle. Nunmehr hatte die Regierung also nach beiden Richtungen hin sich die Hände frei gemacht. Den ihr altes Recht zurückverlangenden Westfälischen Adligen antwortete man, die alte Verfassung sei definitiv durch die Franzosen beseitigt worden; und die Rheinländer, welche nach der oft und feierlich versprochenen neuen Verfassung begehrten, erhielten zum Bescheide: man werde ihnen schon sagen, wann für diese der Zeitpunkt des Erlasses gekommen erscheine.

Die geschilderte Bewegung für die Wiedererlangung des sogenannten „historischen Erbtheils", der alten ständischen Verfassung, ging, wie hervorgehoben werden muß, ausschließlich aus den Kreisen des Westfälischen Adels hervor; Bürger und Bauern standen dabei vollständig zur Seite. „Sie besorgten," meint Pertz mit Recht, „daß der Adel wieder wie früher vorherrschen, und die Rechte der großen Mehrzahl der mit Gut und Blut dem Lande dienenden Bewohner verkannt, vielleicht zu ihrem Schaden die frühere Steuerfreiheit der Rittergüter wieder zurückgefordert werden möchte; sie wünschten daher eine ständische Bildung durch die Hand der Regierung, und diese Stimmung sprach sich in der Zeitschrift „Hermann" aus." Jene Besorgnis war ebenso begründet wie die aus derselben abgeleitete Taktik richtig. Der Minister von Altenstein hatte sich in bürgerlichen Kreisen Westfalens, die mindestens ebensoviele tüchtige Elemente enthielten wie der Adel, gar nicht blicken lassen, sondern nur mit letzterem verhandelt. Wahrscheinlich auf Anregung des bereits erwähnten Bürgermeisters Dahlenkamp in Hagen einigten sich Bürger

*) Treitschke a. a. O. Bd. II, S. 285.

und Bauern zu einer gemeinsamen Adresse an den Staatskanzler, welche, von den „Bürgermeistern und Gemeinderäten der zum Süderlande gehörigen Bezirke“ unterschrieben, gleichfalls im Februar 1818 nach Engers abging*). Das eigentümliche Verhalten Altensteins kurz streifend, machte das sehr geschickt abgefaßte Schriftstück auf die eigentümlichen industriellen Verhältnisse der Mark eingehend aufmerksam und erklärte rundweg, daß das Volk zu den verfaulten alten Ständen kein Vertrauen besessen und deren Aufhebung keineswegs bedauert habe. Bei Wiedereinführung einer ständischen Verfassung müßten alle verschiedenen Stände durch Männer ihrer eigenen Wahl vertreten sein. „Der märkische Adel und namentlich der süderländische“ — so wurde scharf betont — „zählt zwar Glieder, welche der Stolz ihres Vaterlandes sind und welchen alle Stände bei einer freien Wahl unbedingt und unbekümmert die Sorge für ihr Bestes anvertrauen würden; allein Menschen gehen vom Schauplatz und an ihre Persönlichkeit dürfen sich keine Einrichtungen knüpfen, welche vielleicht Jahrhunderte bestehen werden.“ Ferner: „Kein Unterthänigkeits-Verhältnis giebt dem Adel auch nur den Schein des Rechts, den Bauernstand zu bevormunden; alle und jede Städte haben völlig gleiche Ansprüche auf eigene Vertretung, da der von den vorigen Ständen in Anspruch genommene Besitzstand durch die Begebenheiten seit 1806 sowohl faktisch als rechtlich aufgehoben ist.“ — Gegenüber den Prätensionen der Rheinländer, welche sich damals und noch lange nachher den andern Provinzen politisch weit vorgeschritten betrachteten, erklärte die Adresse: „Die hiesige Provinz steht sowohl in Hinsicht der Kultur als des Wohlstandes, der Fabriken und der Handlung, des Ackerbaues und der Gewerbe, der bürgerlichen und der staatsrechtlichen Verhältnisse, mit den Rheinprovinzen auf so völlig gleicher Stufe und mit denselben in so genauer Verbindung, daß sie auf alle und jede Begünstigungen und Einrichtungen, welche, als dem Zeitgeiste angemessen, den Rheinprovinzen bewilligt werden möchten, glaubt gleichfalls Ansprüche machen zu dürfen.“

Dem Staatskanzler kam die Adresse der Märkischen Bürger und Bauern sehr gelegen, da ihr Inhalt klar bewies, wie isoliert Bodelschwingh und Genossen bei ihrem Verlangen nach Wiederherstellung der alten Feudalstände dastanden. Diese Stellungnahme der bürgerlichen Elemente gab ihm, der noch an endliche Einlösung des Königswortes von 1815 glaubte, volle Freiheit, die Ver-

*) „Hermann“ 1818, S. 300.

faſſungsfrage vorläufig ganz nach ſeinem Wohlgefallen zu behandeln. Die herrſchende Junkerpartei aber dachte bekanntlich anders und ſchritt nach wenigen Jahren über den geiſtig und körperlich ſtumpf gewordenen Hardenberg hinweg. Ohne den Staatskanzler zuzuziehen, ſetzte der König 1822 einen Ausſchuß ein, der zunächſt Geſetze über die Einführung von Provinzialſtänden ausarbeiten ſollte. Um die gefürchteten Reichsſtände, dieſe vermeintliche Demagogen-Erfindung, hoffte man dann vollſtändig herumzukommen. Der romantiſche junge Kronprinz führte darin den Vorſitz. Vincke war eins der wenigen Mitglieder. Im Herbſte des nämlichen Jahres berief man 17 angeſehene Perſonen aus Weſtfalen nach Berlin, über den von jenem Ausſchuſſe vereinbarten Entwurf zu beraten. Neben den Führern des Adels, dem Präſidenten von Hövel und dem Kammerherrn von Romberg, wurden aus der Mark noch der Eigentümer des „Weſtfäliſchen Anzeigers“ Dr. Schulz und der Bürgermeiſter Dahlenkamp zu dieſen Siebzehn ausgewählt. „Hövel hatte,“ meldet Pertz, „nach früheren Erfahrungen auch von dieſer Reiſe geringe Erwartungen; er betrachtete ſie als eine von Wohlwollen eingegebene Form, ohne Bedeutung für die weſentliche Geſtaltung der Stände. Dieſe Anſicht bewahrheitete ſich um ſo mehr, als die Regierung den unbeſtritten erſten Mann Weſtfalens, Stein, der auch ſ. Z. nicht in den neugebildeten Staatsrat berufen worden war, abſichtlich unter nichtigen Vorwänden zu Hauſe ſitzen und ihn nur eine Denkſchrift an den Kronprinzen einreichen ließ, die thatſächlich unbeachtet blieb. Der große Geſetzgeber von 1808 mußte allerdings für die Männer der Periode nach 1815 als ein lebendiger Vorwurf erſcheinen und man kann vollkommen begreifen, wenn dieſe zu vermeiden ſuchten, ihm unter die Augen zu treten und ihn auf ihre legislatoriſchen Mißgeburten einwirken zu laſſen.

Das endlich am 5. Juni 1823, acht Jahre nach dem Verfaſſungsverſprechen vom 22. März 1815, erſchienene „allgemeine Geſetz wegen Anordnung der Provinzialſtände“ beſagte, Seine Majeſtät habe beſchloſſen, „Provinzialſtände im Geiſte der älteren deutſchen Verfaſſungen — alſo der Feudalſtände — eintreten zu laſſen, wie ſolche die Eigentümlichkeit des Staates und das wahre Bedürfnis der Zeit erfordern.“ Mit dem Königsworte von 1815 fand man ſich durch den Satz ab: „Wann eine Zuſammenberufung der allgemeinen Landſtände erforderlich ſein wird und wie ſie dann aus allen Provinzialſtänden hervorgehen ſollen, darüber bleiben die weiteren Beſtimmungen Unſerer landesväterlichen Fürſorge vorbehalten.“ Bekanntlich nahm dieſe landesväterliche Fürſorge während der Lebens-

zeit Friedrich Wilhelm III. gar keinen Anlaß, die allgemeinen Landstände einzuberufen, und unter seinem Sohne und Nachfolger geschah dies erst 1847, als es zu spät war und die Revolution bereits fertig stand, um mit dem Rückschritt gründlich abzurechnen.

„Ein preußischer Landtag, zur rechten Zeit einberufen, konnte der Krone die Schmach des Jahres 1848 ersparen," sagt Treitschke (Bd. III, S. 99). Man darf ruhig einen Schritt weiter gehen, als der Preußische Hofhistoriograph und bestimmt behaupten, daß Preußen mit seinem treuen, gehorsamen, Ordnung liebenden Volke 1848 ebensowenig wie Belgien und Holland von der Revolution ergriffen worden wäre, wenn man ihm früher ehrlich Wort gehalten und eine nur halbwegs genügende Verfassung und Volksvertretung bewilligt hätte.

Ein Jahr nach Erlaß des Allgemeinen Gesetzes vom 5. Juni 1823 erschien die Verordnung (27. März 1824), durch welche für Westfalen der sogenannte „ständische Verband" geregelt wurde. Darnach fielen von den 72 Sitzen im Landtag 12 den meistens von außerhalb nach Westfalen importierten Standesherren, 20 den Rittern — die kaum 6 % des Grundeigentums der Provinz besaßen! — und je 20 den Städten und den Landgemeinden zu*). Abermals vergingen zwei Jahre, ehe man sich entschloß, diese auf solche widernatürliche Weise gebildete Versammlung (Landtag) zum erstenmale in Münster zusammenkommen zu lassen.

„Wenn wir überhaupt nur mal wählen dürfen, dann wählen wir Fritz Harkort!" war schon seit mehreren Jahren ein viel gehörtes Wort in der Mark. Nun endlich sollte also die Sache los und die Wahl vor sich gehen. Da aber stellte sich zum Leidwesen seiner eifrigen Freunde heraus, daß der Kandidat nach dem vorliegenden monströsen Wahlgesetz trotz seiner 33 Jahre zum Deputierten gar nicht wahlfähig war. Zwar besaß er Grundeigentum, was durch § 2 zur obersten „Bedingung der Standschaft" erhoben worden war, und entrichtete 25 Thaler Grund- und Gewerbesteuer, doch noch nicht volle 10 Jahre lang, und von letzterem hochwichtigen Erfordernis konnte nur durch den König selbst dispensiert werden. Man mußte also darauf verzichten, Harkort als wirklichen

*) Im Osten der Monarchie war das Verhältnis der Stimmen für Bürger und Bauern noch weit ungünstiger. Im ganzen Lande fielen 278 Stimmen auf Standesherren und Ritter, 182 auf die Städte und nur 124 auf die Landgemeinden.

Landboten gen Münſter reiten zu ſehen, und ſich damit begnügen, ihn mit denjenigen geringeren Würden auszuſtatten, für die er ſich nach dieſem Wechſelbalg von Wahlordnung qualifizierte. Er wurde im dritten Stand zum „Wähler“ für die Stadt Herdecke, die mit 16 andern ſtädtiſchen Ortſchaften Einen Deputierten zum Landtag zu ſtellen hatte; und im vierten Stande, alſo bei den Landgemeinden, ſowohl zum Wähler als auch zum „Bezirkswähler“ beſtellt. Die Angſt vor den ſo lange ſchlecht behandelten Bauern hatte aus den Wahlbeſtimmungen für die Landgemeinden ein tolles Meiſterſtück von Deſtillationskunſt geſchaffen. „In dem vierten Stande,“ hieß es in § 21, „werden von den wahlberechtigten Grundbeſitzern zunächſt Wähler, von den Wählern eines jeden Kreiſes Bezirkswähler, von den letzteren aus dem ganzen Wahlbezirke vereinigt die Abgeordneten gewählt“ — alſo dreifache Durchſiebung! Harkort machte, um die Nichtsnutzigkeit des Wahlverfahrens praktiſch kennen zu lernen, dieſe verſchiedenen Operationen durch und erfüllte, den Termin ſeiner vollen Wahlfähigkeit abwartend, inzwiſchen als Gemeinderat von Wetter, Beigeordneter für Herdecke ſowie als Mitglied der Kreiserſatzkommiſſion und ſpäter des Kreistages, gewiſſenhaft alle ihm obliegenden kleineren bürgerlichen Pflichten. Sein Sozius Kamp, welcher in Elberfeld ſeinen Wohnſitz behalten hatte und dort zum Abgeordneten gewählt worden war, vertrat dieſe Stadt auf dem erſten und zweiten Rheiniſchen Landtage, wo er an der Spitze der Oppoſition und in Verbindung mit den Juriſten Mylius und Haw die Beibehaltung des Code Napoléon energiſch und erfolgreich verteidigte*). Durch ihn wurde Stein, der Marſchall der Weſtfäliſchen Stände, von allen Vorgängen auf der in Düſſeldorf tagenden Rheiniſchen Verſammlung in fortwährender Kenntnis erhalten**).

Harkort konnte erſt auf dem dritten Weſtfäliſchen Landtage erſcheinen. Bei der erſten eintretenden Vakanz hatten ihn die Landgemeinden des Kreiſes Hagen zu ihrem Vertreter erkoren. Als er am 10. Dezember 1830 in Münſter eintraf und ſich mit ſeinen neuen Kollegen vorgeſchriebenermaßen bei dem Landtagsmarſchall Stein und dem Staatskommiſſarius Vincke meldete, herrſchte unter

*) Treitſchke a. a. O. Bd. III, S. 385. — Treitſchke nennt Kamp irrtümlich einen Juriſten; er war gleich Harkort und den ſpäter berühmt gewordenen Abgeordneten des Rheinlandes: Camphauſen, Hanſemann, Beckerath, Meviſſen u. a. einfach Kaufmann, ohne ſogenannte „klaſſiſche Bildung“, aber mit deſto mehr geſundem Menſchenverſtande.

**) Pertz a. a. O. Bd. VI, S. 349.

der Mehrzahl der Abgeordneten eine trübe unzufriedene Stimmung. So tief auch im Laufe der Jahre seit 1815 die Erwartungen von der Wirksamkeit der neuen ständischen Einrichtungen herabgestimmt waren, so waren doch die Früchte derselben noch geringer. Das elende Wahlgesetz verschränkte Städtern wie Bauern jede Freiheit der Wahl. Zur Mehrheit im Landtage waren zwei Drittel der Stimmen erforderlich, so daß, wenn auch die beiden untersten Stände einmütig zusammenstanden, sie doch keinen Beschluß gegen Herren und Ritter durchsetzen konnten. Das Übergewicht der letzteren bei den Verhandlungen war noch durch die besondere Bestimmung gesichert, daß nur Adlige den Vorsitz in den Ausschüssen führen konnten, und deren Mitglieder ernannt, nicht gewählt wurden. Heftigen Unwillen erregte insbesondere Entstehung und Inhalt der Kreisordnung von 1827. Als der Entwurf dazu dem ersten Landtage zum Gutachten vorlag, war die Hauptbestimmung, derzufolge jedem Rittergutsbesitzer eine Virilstimme auf dem Kreistage zustehen solle, mit 46 gegen 22 Stimmen abgelehnt worden. Bei diesem Beschlusse hatten also nicht nur sämtliche 40 Mitglieder des dritten und vierten Standes einstimmig zusammengehalten, sondern es waren ihnen sogar noch 6 Stimmen von der Herren- und Ritterbank zugefallen. Trotz dieses einstimmigen Votums von Bürgern und Bauern verlieh das erscheinende Gesetz den Rittern auch in den westlichen Provinzen, wo deren materielle Bedeutung im Vergleich zum Osten so verschwindend klein ist, jenes horrende Vorrecht und damit auf allen Kreistagen die unbedingte Herrschaft. Dieser unerträgliche, zum Glück vom Adel nur selten mißbrauchte Zustand hat über ein halbes Jahrhundert angedauert. Fast noch erbitterter waren Städter und Bauern über das durch Gesetz von 1828 den Rittern erteilte, in Westfalen früher nie bestehende, Vorzugsrecht für die Landratsämter.

Zu diesen besonderen Beschwerden der beiden unteren Stände trat bei der ganz überwiegenden Mehrheit aller Stände Erbitterung über den hartnäckigen Widerstand, welchen die Verwaltung fast allen wichtigeren ständischen Anträgen entgegensetzte; und tiefe Mißstimmung über die andauernde Nichteinlösung des Königlichen Wortes von 1815. Alle Patrioten, vom Marschall Stein bis zu dem Landtagskommissar Vincke, hatten angenommen, nach zweimaliger Vereinigung der Provinzialstände, also längstens 1830, würden die Reichsstände einberufen werden. Dieses Jahr 1830 war nun gekommen und hatte, gleich Blitzen aus heiterem Himmel, Revolutionen in Frankreich und Belgien, Aufstände in Polen und Italien ge-

bracht; in dem nahen Kassel hatten sonst friedsame Bürger den nichtsnutzigen Kurfürsten Mores gelehrt und in Braunschweig den halbverrückten Schlingel von Herzog zum Lande hinausgejagt. Das waren tiefernste Zeichen der Zeit, die hoch und niedrig zu denken gaben und jedermann überzeugen mußten, daß die Tage des alten Absolutismus gezählt seien. Einzelne Adlige setzten, unter dem sanften Druck jener Ereignisse, die von den Bauern zu leistenden Abgaben angeblich freiwillig herab und der kluge Erzbischof von Köln, Graf Spiegel, ließ, „da auch die Kirche auf Zeit und Umstände achten und in beschwerlichen Zeiten milde Berücksichtigung eintreten lassen müsse", eine starke Milderung im Abstinenzgebote eintreten*).

Die Lage wurde beherrscht durch die allen Landboten innewohnende Überzeugung, es müsse jetzt in Sachen der Reichsstände unbedingt ein entscheidender Schritt geschehen. Übernahm Stein, der durch seine ganze ruhmreiche Vergangenheit dazu gewissermaßen vorbestimmt und verpflichtet erschien, die Führung dieser hochwichtigen Angelegenheit, so ging dieselbe unzweifelhaft ohne jeden Widerspruch einstimmig durch. Eine solche schwerwiegende That wäre in Berlin verstanden worden und für Steins politische Laufbahn, die sich rasch ihrem Ende zuneigte, der ehrenvollste Abschluß gewesen. Leider war aber der jetzt 73jährige Mann von den unvermeidlichen Einflüssen des Alters nicht unberührt geblieben; die frühere Energie fehlte und es beherrschte ihn die Idee, daß aus dem vor wenigen Monaten erfolgten Umsturze des Throns der Bourbonen, insbesondere auch aus der Selbstbefreiung Belgiens von der Verbindung mit Holland, notwendig ein europäischer Krieg hervorgehen müsse. So vollständig Stein die Berechtigung des Verlangens nach endlicher Erfüllung des Königlichen Versprechens anerkannte, so führten jene vermeintlichen Nützlichkeitsrücksichten ihn leider doch dahin, die Bewegung zu Gunsten der Reichsstände innerhalb des Landtags durch sein persönliches Ansehen möglichst im Keime zu unterdrücken. Ganz erschien das nicht mehr ausführbar; die Geister waren zu stark erregt, die Kugel im Rollen.

Schon nach wenigen Tagen meldete ein Abgeordneter des vierten Standes, der Regierungsrat, frühere Advokat Bracht aus dem Vest Recklinghausen, dem Landtagsmarschall seine Absicht, zu beantragen, den König um Bildung und Zusammenberufung von Reichs-

*) Graf Spiegel an Stein; bei Pertz a. a. O. Bd. VI, S. 1017.

ständen zu bitten. Stein, welcher gegen den ihm persönlich unsympathischen Bracht wegen vermeintlich jakobinischer Grundsätze tiefe, unbegründete Abneigung hegte*), wies ihn rauh und heftig ab: Was das bedeuten solle? er wisse ja doch, daß ein solcher Antrag nicht angenommen werden würde! Harkort sah zufällig dem Vorgang von ferne zu und bemerkte, wie dem tiefgekränkten Manne Thränen in die Augen traten. Auf seine teilnehmende Frage schilderte Bracht den Hergang und die ihm widerfahrene unbillige Behandlung. Das genügte, um den eben erst eingetretenen Deputierten der Mark, welcher sonst den katholischen Vertretern des Münster- und Sauerlandes mit landesüblichem Mißtrauen entgegenstand, zu sofortiger fester Stellungnahme zu veranlassen. „Bringen Sie Ihren Antrag ruhig vor, Kollege," antwortete er; „er ist voll begründet, der Marschall kann ihn gar nicht zurückweisen, ich werde Sie unterstützen."

Als Bracht, welcher sich in der Versammlung allerdings keines besonderen Einflusses erfreute, am 20. Dezember seinen Antrag einreichte, geschah auffallenderweise durch ein Mitglied der Ritterbank, den katholisch-konservativen Freiherrn von Fürstenberg-Herdringen, ein gleiches. Der Marschall erklärte sofort, er halte wegen der Bewegung in den Nachbarstaaten den Antrag nicht nur für unzeitig, sondern auch für unzart, da er Mißtrauen in die Zusage Sr. Majestät bedeutete. Ihm erwiderte Harkort: Der Antrag erschiene im Gegenteil gerade jetzt vollkommen zeitgemäß, damit nicht auch die unruhige Bewegung sich nach Preußen verpflanze. Was den Vorwurf der Unzartheit darüber, daß man in jetziger bewegter Zeit an das Königliche Versprechen erinnere, angehe, so wisse er sich davon frei. Als man in ganz ruhiger Zeit (1818) um Ausführung der Verordnung von 1815 gebeten habe, seien die Bittsteller scharf zurückgewiesen worden und trotzdem in 12 Jahren durch die Regierung nichts Ernsthaftes geschehen. Bei solcher Taktik und Logik bliebe den Unterthanen schließlich gar kein geeigneter Zeitpunkt mehr, ihr gutes Recht zu reklamieren. Endlich müsse doch das Königswort einmal eingelöst werden. — Der Führer des Standes der Städte, Stadtrat Hüffer aus Münster, „ein geistvoller, scharfsinniger, das Gute liebender Mann", wie ihn Stein nennt, schloß sich Harkort an, indem er die Notwendigkeit von Reichsständen durch die bekannte Thatsache begründete, daß die Möglichkeit einer nützlichen Wirksamkeit der jetzigen Provinzialstände allgemein und mit Recht

*) Vgl. Pertz, Bd. VI, S. 1087.

bezweifelt werde. Nachdem noch einige andere Redner sich zur Sache geäußert — der Landrat Ernst von Bodelschwingh im Sinne Steins — schritt man zur Abstimmung über die von dem Landtagsmarschall gestellte und von ihm selbst verneinte Frage: ob sich die Anträge von Bracht und Fürstenberg-Herdringen zur ständischen Beratung und demnächst zur Beratung im Verfassungsausschusse eigneten? Dieselbe wurde mit 37 gegen 28 Stimmen bejaht. Die Abgeordneten der Grafschaft Mark waren ihrem neuen Kollegen aus Wetter gefolgt und für die Abstimmung ausschlaggebend gewesen. „In der Ritterschaft," schrieb von Schorlemer-Heringhausen*) am 20. Februar 1831 an Stein, „war es ganz vorzüglich der entschiedenste Haß gegen das Beamtenthum, der sie zur Unterstützung des Antrags bestimmte."

Als der Marschall, tief verstimmt über die durch sein eigenes inkonsequentes Verhalten herbeigeführte Niederlage, den Saal verließ, blieb er dicht vor Harkort stehen, schaute ihn mit seinen feurigen braunen Augen eine Weile durchdringend an und herrschte ihm dann zu: „Kommen Sie heute Nachmittag mal zu mir in mein Quartier!"

Dem wird es schön ergehen! meinten Harkorts Kollegen, als dessen Vorladung vor den gefürchteten alten Herrn bekannt wurde. In der Grobheit war ja Stein selbst den darin doch berühmten Westfalen noch „über". Dutzende von Erzählungen gingen im Publikum um, wie rücksichtslos er dreinzufahren pflege und wie er mit unwissenden, faulen und sich vordrängenden Landboten umspringe. So hatte er einem Neueintretenden, der ihn fragte, was er zunächst thun solle, geantwortet: „Sich hinsetzen, Maul halten und anhören, was klügere Leute sagen!" Als ein anderer, ein Gastwirt, bei dem Stein einzukehren pflegte, ihm ein von einem Dritten verfaßtes Memorandum über den Französischen Handel überreichen wollte, fuhr er ihn an: „Was verstehen Sie vom Französischen Handel? Wenn ich nach U. komme und Ihnen eine Flasche Bordeaux bestelle, so ist das Ihr ganzer Französischer Handel!" Sogar den Oberpräsidenten und Landtagskommissar, den von ihm hochgeschätzten und ihm befreundeten Vincke, hatte er in einem Briefwechsel über das Kataster- und Vermessungswesen ähnlich zu behandeln versucht (1827). Der aber ließ sich das nicht bieten, sondern erwiderte als guter Westfale kurzweg mit gleicher Grobheit: „Den übrigen, so

*) Der treffliche, mit Stein sehr befreundete Vater des jetzigen Abgeordneten Frhn. von Schorlemer-Alst.

anmaßenden als rücksichtslosen Inhalt von Ew. Excellenz Schreiben zu beantworten, verbietet mir die Achtung, welche ich dem Verdienste eines sonst von mir verehrten Mannes widme; ich ziehe vor, gar nichts darauf zu erwidern und der Fortsetzung schriftlicher Unterhaltung zu verzichten."*) Nur mit Mühe konnten die beiden hitzköpfigen alten Excellenzen durch Vermittelung von Freunden wieder ausgesöhnt und zur Fortführung gemeinsamer Arbeit im Landtage bewogen werden.

Als Harkort zur bestimmten Stunde antrat, schlummerte der alte Herr noch, fuhr aber, nachdem ihm befohlenermaßen der Besuch gemeldet worden, augenblicklich in die Höhe und ohne Begrüßung auf den Eintretenden los: „Also da stehen Sie! Sie sind mir heute Morgen hineingetappst, wie Kunz in die Nüsse! Was, zum Teufel, hatten Sie nötig, dem rabulistischen Bauernadvokaten aus dem Kölnischen beizuspringen?**) Ich bin schon vor 40 Jahren mit Ihren braven Eltern befreundet gewesen und habe mich deshalb immer über Sie und Ihre Thätigkeit gefreut. Und da kommen nun Sie gerade mir in dieser wichtigen Frage so in die Quere! Ohne Sie wäre die ganze Angelegenheit anders verlaufen. Jetzt ist der Teufel losgelassen. Aber so geht es! Die jungen Leute wissen heutzutage alles besser; auf uns Alte hört man nicht mehr. In Berlin wird man wütend auf uns werden u. s. w."

Nachdem der erste Strom des Ärgers sich in längerer heftiger Rede Luft gemacht, erwiderte der so hart Angefahrene ruhig: „Ich bedaure sehr, Ew. Excellenz Unwillen mir zugezogen zu haben; doch ich konnte nicht anders handeln, als ich gethan. Bracht kenne ich gar nicht näher und ich stimme sonst viel lieber mit Ew. Excellenz als mit jedem andern. In der Verfassungssache aber dürfen wir nicht mehr schweigen; unsre Wähler erwarten, daß wir endlich reden; was der König wiederholt versprochen hat, muß gehalten und ausgeführt werden. Das ist meine feste Überzeugung, und als Deputierter muß ich doch allein dieser Überzeugung und meinem Gewissen folgen und darf mich durch Menschenfurcht nicht bewegen lassen, anders zu reden und zu handeln. So sind doch auch Ew. Excellenz selbst während Ihres ganzen Lebens verfahren und haben niemals darnach gefragt, wie es Ihnen persönlich dabei erging oder ob es anderen Leuten gefiel. Excellenz werden also verzeihen, wenn ich

*) Bertz a. a. O. Bd. VI, S. 447.

**) Das ehemals kurkölnische Vest Recklinghausen, Brachts Heimat, wird im Münsterlande gewöhnlich „das Kölnische" genannt.

diesmal einen anderen Weg gegangen bin und mir darum Ihre Gewogenheit nicht entziehen. Ich konnte nicht anders."

Noch während Harkorts Verteidigung, namentlich aber als dieser sich auf Steins eigene Haltung in der Vergangenheit berufen hatte, ging es wie Lichtschein über des edlen Greises Antlitz. Versöhnt reichte er ihm die Hand hin und erwiderte: „Nein, wenn es so mit Ihnen steht, wenn das Ihre feste aufrichtige Meinung ist und Sie nicht leichtfertig in diese Sache hineingefahren sind, dann soll Gott mich bewahren, Sie zu tadeln und davon abwendig machen zu wollen. Jetzt setzen Sie sich zu mir her und lassen Sie uns bei einer Flasche Wein von vergangenen Zeiten sprechen, als ich in Ihrem schönen Wetter wohnte." So saßen beide Männer noch längere Zeit freundschaftlich beisammen und das anfangs stürmische Gewitter löste sich in milden Sonnenschein auf. Es war ihre letzte vertrauliche Unterhaltung. Nach wenigen Monaten senkte man den großen Reformator Preußens in die Gruft seiner Väter.

Während der Antrag auf Reichsstände im sogenannten Verfassungsausschusse weiter beraten wurde, verhandelte das Plenum über die vorliegenden anderen Anträge. Die Zahl der arbeitsfähigen Mitglieder des Landtags, namentlich derjenigen aus den Städten, war — dank dem elenden Wahlgesetz, das zur Niederhaltung des Bürgertums die Intelligenz möglichst ausgeschlossen hatte — zu Steins großem Leidwesen äußerst gering. Harkort gehörte infolge dessen zu den zumeist in Anspruch genommenen Abgeordneten. Er wurde durch den Marschall zum Mitgliede von sechs Ausschüssen ernannt und außerdem in drei Kommissionen gewählt. Seine Hauptthätigkeit widmete er dem von ihm selbst gestellten Antrage auf Erbauung einer Eisenbahn von Minden nach Lippstadt, worüber im folgenden Kapitel eingehend berichtet werden wird. Daneben erstattete er u. a. Referate über die Anlage verschiedener Kunststraßen, sowie die Erleichterung von Straßenbauten durch Bildung von Aktienvereinen, über die Verbesserung des Fahrwassers der Weser nebst Hafenanlage bei Minden, die Wiederherstellung des Indigenats und die Unterstützung der Frauen und Kinder von dienstlich einberufenen Landwehrmännern. Aufs eifrigste bekämpfte er, leider nur durch wenige unterstützt, eine von der Mehrheit beschlossene Bittschrift an den König, betreffend die Vorbeugung willkürlicher Zersplitterung der Bauernhöfe, unter welchem Titel sich ein reaktionärer Angriff auf die Freiheit des Eigentums und auf die Teilbarkeit des Grundes und Bodens versteckte. Mit seinem Freunde Fr. Ebbinghaus von Iserlohn reichte Harkort ein energisches Separatvotum gegen den

gefaßten Beschluß ein. Halte man — führte er darin aus — eine Zersplitterung für so schädlich, so wirke zu großes Grundeigentum in Einer Hand mindestens noch nachteiliger, wie die alte und die neuere Geschichte von Rom, Sizilien, Irland, dem Kirchenstaate und anderen Ländern beweise. Nicht der Mietling ringe dem Boden den größten Ertrag ab, sondern der freie Eigentümer. Der Westfälische Fabrik- und Bergarbeiter besitze meistens ein von ihm selbst kultiviertes und wohl bebautes kleines Grundstück, das die Grundlage seiner Existenz bilde und ihm helfe, die unvermeidlichen Stockungen von Handel und Gewerbe leichter zu überwinden. Die Liebe zum Eigentume stärke die Liebe zum Vaterlande. Wolle man den Grundbesitz in vernünftiger Weise begünstigen, so möge man die Dispositionsfähigkeit der Eltern weiter ausdehnen, denn durch diese und den angebornen konservativen Sinn der Westfalen seien unsere Bauernhöfe thatsächlich unteilbar erhalten worden; nicht durch verletzende Gesetze, die schon am väterlichen Herde eine privilegierte und eine dienende Klasse schaffen würden.

Mittlerweile war der Verfassungsausschuß, dem Harkort nicht angehörte, dahin schlüssig geworden, in einer besonderen Adresse an Seine Majestät die endliche Einführung von Reichsständen zu erbitten, „um Gefahr von der Provinz abzuwenden". Hüffer betonte als Referent namentlich, „daß die Bewohner von Westfalen sich an Kraft und Bildung jedem andern Deutschen Lande gleichstellten, um in einer reichsständischen Versammlung, wo doch auch die Rheinprovinz ihnen gewöhnlich zur Seite stehen werde, ihre Angelegenheiten zu wahren und den Kampf über die Frage von gleichmäßiger Besteuerung und die Handelsinteressen durchzuführen." Der Korreferent von Bodelschwingh, der sich Steins besonderer Gunst und Zuneigung erfreute, erklärte dementgegen den gegenwärtigen Zeitpunkt für ungeeignet zur Einführung einer Verfassung; dieselbe werde als „ein Akt der Schwäche erscheinen und den Grund zur Belebung eines revolutionären Geistes legen". Die Ausschuß-Mehrheit ließ sich dadurch nicht einschüchtern und beschloß den alsbaldigen Erlaß der Adresse, während die von der Regierung inspirierte Minderheit einen klugen Ausweg ersann, um der Sache die Spitze abzubrechen. Der stellvertretende Vorsitzende, Freiherr von Landsberg-Velen, brachte den Vermittelungsvorschlag ein, der Landtag möge, von einer Immediateingabe absehend, seinen Marschall ersuchen, dem ihm persönlich befreundeten Prinzen Wilhelm, Bruder des Königs, welcher eben damals zur Übernahme seines Amtes als General-Gouverneur von Rheinland-Westfalen eintraf, den seitherigen

Verlauf der Verhandlung darzustellen und denselben vertraulich zu bitten, „die Ansicht und Handlungsweise der Westfälischen Provinzialstände bei des Königs Majestät gnädigst vorzutragen und zu bevorworten". Dieser Antrag ward mit 60 gegen 4 Stimmen angenommen, das von Hüffers gewandter Feder entworfene Vollmachtschreiben an Stein von sämtlichen Mitgliedern unterzeichnet und der dritte Westfälische Landtag alsdann am 20. Januar 1831 unverzüglich geschlossen.

Stein entledigte sich des ihm erteilten Auftrages in einem Berichte an den Prinzen Wilhelm sofort, konnte aber damit die durch die Schwäche des Landtags bereits verfahrene Sache nicht mehr retten. Der nach höheren Weisungen handelnde Prinz weigerte sich, nachdem der Landtag geschlossen, die vorher von ihm zugesagte konfidentielle Vermittelung zu übernehmen, indem er vorgab, die Angelegenheit sei im Pleno bereits förmlich debattiert und dadurch bekannt geworden und außerdem das Verhalten der Stände auch gesetzwidrig, da das Gesetz von 1824 die Thätigkeit der Stände auf die Angelegenheiten der eigenen Provinz beschränke.

„Solchen nach Steins Urteil in jeder Hinsicht durchaus unangemessenen Ausgang," sagt Pertz, „nahm der Versuch der Westfälischen Stände, auf Vollendung der Preußischen Verfassung durch Einrichtung der Reichsstände hinzuwirken. Der Prinz handelte dabei einzig auf Befehl aus Berlin. Dort verleumdete man die echt vaterländische treue Gesinnung in Westfalen als demagogisch." Besonders entrüstet war man, wie später bekannt wurde, auf Harkort. Von ihm, als dem patriotischen Sohne des ersten Unterzeichners der berühmten Märkischen Adresse von 1806, die Friedrich Wilhelm III. zeitlebens treu im Gedächtnis behielt, hatte man energische Bekämpfung des Antrags des angeblichen Jakobiners Bracht erwartet, und mußte nun statt dessen erleben, wie er sich, entschiedener noch als andere, fest auf seiten derer stellte, welche die Erfüllung des Königlichen Versprechens verlangten. „Dieser Pumpernickel-Lafayette!" hatte beim Vortrag des Berichts über die Vorgänge im Münsterschen Landtage der auch in ernsten Dingen stets zu Spott und Witz neigende Kronprinz ausgerufen und damit wiehernden Beifall sämtlicher Hofleute geerntet. Achtzehn Jahre später wurde dieser nämliche Pumpernickel-Lafayette als Vertrauensmann des Volkes nach Berlin gesandt, um im Rate der Nation dem wankenden Throne jenes inzwischen König gewordenen Kronprinzen als Stütze zu dienen, nachdem Junker und Hofleute König und Thron im Stiche gelassen.

Am letzten Tage des Juni-Monats von 1831 flog die Trauerkunde durch das Land, daß am vorhergegangenen Abend der alte Herr auf Cappenberg nach kurzer Krankheit, jedoch klar bis zum letzten Augenblicke, an Lungenschlag verstorben sei. Letztwilliger Bestimmung gemäß wurde die irdische Hülle des berühmten Adoptivsohnes Westfalens nach Nassau gebracht, um dort an der Seite seiner Väter beigesetzt zu werden. Als der Leichenzug am Nachmittag des 9. Juli durch Herdecke kam, empfing ihn, wie überall, unter dem Geläute der Glocken die in Trauer gekleidete Bürgerschaft. Von sämtlichen Arbeitern der Mechanischen Werkstätte begleitet, hatte sich Harkort dorthin begeben, um dem Heimgegangenen durch Begleitung seiner Asche die letzte Ehre zu erweisen. Von dem gewaltigen Bergfried der nahen Wetterschen Burg, in deren Ringmauern der große Mann vor fast fünf Jahrzehnten seine Laufbahn im Dienste und zum Segen Preußens begonnen, wehte eine Trauerfahne ihren stummen Gruß.

Am 23. Juli senkte man den Sarg auf dem Kirchhofe des Dorfes Frücht bei Ems in die Familiengruft und setzte auf das Grab die herrliche Inschrift:

Heinrich Friedrich Carl, Reichsfreiherr vom und zum Stein,
geboren den 27. Oktober 1757, gestorben den 29. Juni 1831,
ruhet hier;
der Letzte seines über sieben Jahrhunderte an der Lahn
blühenden Rittergeschlechtes;
demüthig vor Gott, hochherzig gegen Menschen,
der Lüge und des Unrechts Feind,
hochbegabt in Pflicht und Treue,
unerschütterlich in Acht und Bann,
des gebeugten Vaterlandes ungebeugter Sohn,
in Kampf und Sieg Deutschlands Mitbefreier.
Ich habe Lust abzuscheiden und bei Christo zu sein.

Der Sturm, den die französische Juli-Revolution in Europa entfesselte, zog rasch vorüber. Der schlaue „Bürgerkönig" Louis Philipp hatte nichts Wichtigeres zu thun, als sich die Gunst der alten Dynastieen zu erwerben; Belgien entwickelte sich unter des klugen Leopold von Koburg verständiger Regierung unerwartet günstig; die Revolution in Polen schlug „unser Schwiegersohn", wie die Berliner damals den Zar Nikolaus zu nennen pflegten, mit eiserner Faust nieder und das Schicksal der braven Hessen unter

ihrem Kurprinzen und neuen Mitregenten erinnerte gar sehr an jene Bewohnerin des alten Syrakus, die für die Erhaltung des Lebens des nichtswürdigen jüngeren Dionys inbrünstig zu den Göttern flehte, weil sie befürchtete, sein Nachfolger werde, gemäß der seitherigen Regel, noch schlechter sein, wie der Vorgänger. „L'ordre règne à Varsovie!“ galt als charakteristischer Spruch für das ganze damalige Europa. In Berlin rieb man sich die Hände vor Freude, den „Demagogen“ im Westfälischen Landtage 1831 nicht ein Haarbreit nachgegeben zu haben. Auf den Erzphilister v. Schuckmann, wie Stein ihn nannte, folgte als Minister des Innern jener Herr v. Rochow, der sich einige Jahre später durch das geflügelte Wort vom „beschränkten Unterthanen-Verstande“ berühmt machte. Als anfangs November 1833 der vierte Landtag in Münster zusammentrat, dachte niemand mehr an die Möglichkeit von Reichsständen in Preußen, solange Friedrich Wilhelm III. lebte. Mit desto innigerer, echt Deutscher Vertrauensseligkeit setzte man fortan alle Hoffnungen auf den schönredenden, witzigen Romantiker, den Kronprinzen, ohne zu wissen, wie gerade dieser die Wiederherstellung des verfaulten Ständewesens, des „christlich-germanischen Staates“, als den Inbegriff aller politischen Weisheit und als seine Hauptaufgabe betrachtete.

Gleich nach Eröffnung der neuen Session regte Harkort zunächst wieder die wichtige Frage der Erbauung einer Eisenbahn von der Weser zum Rheine (Kap. VII) an und reichte daneben neue Anträge ein auf Erhebung der Steuern durch die Gemeinden, die Revision der veralteten Cleve-Märkischen Bergordnung von 1766, und die Ausgleichung der Grundsteuer zwischen den östlichen und westlichen Provinzen.

Der die Revision des Berggesetzes bezweckende Antrag knüpfte sich an eine litterarische Fehde, welche zwischen dem verdienten Oberbergamts-Direktor Bölling in Dortmund und dem Gewerken Berger zu Witten einerseits und Harkort andererseits entstanden und im „Hermann“ und „Westfälischen Anzeiger“*) von beiden Parteien mit großem Geschick geführt worden war. Gemäß den ihm unterbreiteten Vorschlägen Harkorts befürwortete der Landtag die Wiederherstellung der dem Eigentümer widerrechtlich entzogenen Befugnis, sein Bergwerk jederzeit nach eigenem Ermessen in Betrieb zu setzen und den Gruben-Haushalt selbständig zu führen; die Bergbehörde solle sich darauf beschränken zu beaufsichtigen, daß der Mineralreichtum zweckmäßig gewonnen und Leben und Gesund-

*) S. die Jahrgänge 1830, 31, 32 dieser Zeitschriften.

heit der Arbeiter nicht gefährdet werde. Daneben stellte man die Bitte, den immer schwerer drückenden Zehnten von der Produktion (S. 62) zu beseitigen und die Gesamtabgabe an den Staat auf 5% vom Reinertrage, wie in der Rheinprovinz, zu ermäßigen. — Der Landtagsabschied erklärte: Die den Bergbau betreffenden Anträge könnten nur auf dem Wege der bereits vorbereiteten Revision der Berggesetzgebung ihre Erledigung finden. Obgleich also hiernach die dringend notwendige Revision bereits 1834 „vollständig vorbereitet" sein sollte, so trat dieselbe doch erst ein Menschenalter später mit Emanation des Allgemeinen Berggesetzes von 1865 in die Wirklichkeit. Ihre unverantwortliche Verspätung kostete dem Westfälischen Bergbau viele Millionen.

In einem ihm aufgetragenen Gutachten über den Antrag des Abgeordneten Oechelhäuser*), die Aufrechthaltung der darniederliegenden Eisenwerke des Siegerlandes betreffend, verlangte Harkort, als wichtigstes Hilfsmittel für diesen Zweck, die dringend notwendige Verbesserung der großen Hagen-Frankfurter Straße, sowie den Bau einer neuen Chaussee im Thale der Volme. Am Schluß des desfallsigen, von ihm verfaßten Immediatberichtes findet sich die Bemerkung:

„Um den Flor der Siegenschen Bergwerke für immer zu sichern, ist es nötig, daß die für den bisherigen Landtransport zu entfernten Steinkohlen der Grafschaft Mark vermittelst einer Eisenbahn damit verbunden werden. Das Lenne-Thal und jenes der Bigge haben bei vorläufiger Untersuchung die Zweckmäßigkeit der Ausführung ergeben." Die Verwendung von Dampfwagen auf Chausseen, an welche man damals an Berlins grünen Tischen noch mehrfach dachte, obgleich England schon längst davon zurückgekommen war, erklärte er „bei unsern schlechten Straßen für völlig unausführbar".

Seinen Antrag auf Ausgleichung der Grundsteuer zwischen den östlichen und westlichen Provinzen der Monarchie begleitete Harkort mit einer „Denkschrift über die Besteuerung der Provinz Westfalen als Beweis der Überbürdung derselben". In derselben war berechnet, daß Westfalen an direkten und indirekten Staatssteuern, Ausgaben für die Rechtspflege, sowie für Gemeindelasten im ganzen 6919684 Thaler oder pro Kopf 5 Thlr. 18 Sgr. jährlich zahle. „In einem Augenblicke," führte er u. a. aus, „wo in Paderborn der Scheffel Roggen, einschließlich fünf Meilen Landfracht, 20 Sgr. kostet, ist es sicherlich an der Zeit, von Erleichterungen zu

*) Vater des jetzigen Reichstags-Abgeordneten Oechelhäuser.

reden, in einer Sprache, welche Ehrfurcht mit Freimut und Mäßigung verbindet.“ Der Landtag schloß sich der schon früher von ihm ausgesprochenen Bitte um gleichmäßige Steuerverteilung an, wurde aber in Berlin abermals damit zurückgewiesen.

Sowohl vom ersten als vom dritten Landtage war die Herabsetzung des Salzpreises als eins der dringendsten Bedürfnisse befürwortet worden — natürlich vergeblich. Zum Korreferenten über den auch jetzt wiederholten Antrag ernannt, erklärte sich Harkort für gänzliche Aufhebung des Salzmonopols, unter gleichzeitiger Einführung einer Fabrikationssteuer auf das inländische und einer Zollabgabe auf das eingeführte ausländische Salz. Der Landtag stimmte zu, der Landtagsabschied aber lautete kurz und bündig: „Auf die von Unsern getreuen Ständen zum Zweck einer Ermäßigung der Salzpreise gestellten Anträge können Wir nicht eingehen.“ Erst ein Menschenalter später (1867) erfolgte die Beseitigung des Salzmonopols.

Gleich nach Verjagung der Franzosen, welche in Westfalen unter allgemeiner Zustimmung das Jagdrecht auf fremdem Boden aufgehoben hatten, war dies verhaßte feudale Privilegium durch die Preußische Regierung wieder hergestellt worden. Infolge dessen drängten die Ritter auf Teilung der Jagdgemeinheiten, wo solche bestanden, und beschäftigten damit auch den vierten Landtag. Als bei der desfallsigen Beratung mit Stimmengleichheit beschlossen*) wurde, daß zwei Dritteile der Jagdberechtigten auf gemeinsame Kosten die Teilung eines Jagdbezirkes zu beantragen befugt sein sollten, stellten Harkort und 23 bäuerliche Genossen den Antrag, nur der Einstimmigkeit sämtlicher Berechtigten dieses Recht beizulegen. „Die nämlichen Rücksichten,“ hieß es in dem desfallsigen Separatvotum, „welche uns die Erschwerung der Jagdteilung zur Pflicht machen, treiben uns an, auf die gänzliche Aufhebung des Jagdrechts unser Bestreben zu richten.“

Gleichwie auf dem dritten Landtage, so setzte Harkort auch jetzt allen denjenigen Vorschlägen schärfsten Widerstand entgegen, welche in verschiedenen Formen darauf ausgingen, dem Arbeiter den Erwerb einer eigenen Scholle Landes zu erschweren. Dieser Kampf ist um so verdienstvoller, als er denselben im Widerspruch mit der großen Mehrheit des Landtages zu bestehen und dabei nur drei Freunde (Brüninghaus, Funke, Höpker) an seiner Seite hatte. Gegen den Antrag, künftig keine neuen Ansiedelungen zu gestatten,

*) Stimmengleichheit galt damals für Zustimmung.

ohne die betreffenden, denselben meist abgeneigten, Gemeinden gehört zu haben — deren Widerspruch gehört werden müsse, wenn der Ansiedler bescholtenen Rufes oder nicht hinreichend vermögend sei, — reichte er ein Separatwotum ein; stellte sich dagegen in gleich kräftiger Weise auf Seiten der Regierung, als die Landtags-Mehrheit in einem ihr vorgelegten Gesetzentwurfe die Verpflichtung der Gemeinden zur Aufnahme neuer Mitglieder von dem erfolgten Nachweis des guten Rufes und der hinreichenden Erwerbsfähigkeit abhängig machen wollte.

Das Hauptinteresse wendete sich einem dem Landtage zur Begutachtung unterbreiteten, von diesem umgearbeiteten Entwurfe einer „Erbfolgeordnung für bäuerliche Besitzungen" zu. Abermals nur von drei Genossen aus dem Märkischen und Kölnischen Sauerlande unterstützt, protestierte er mit diesen gegen die Anwendung dieses Gesetzes auf die von ihnen vertretenen Fabrikgegenden, weil dasselbe bei seiner Durchführung die Teilung größerer Besitzungen und damit die Möglichkeit der Erwerbung einer eigenen Heimstätte durch Leute des arbeitenden Standes zu erschweren geeignet sei. Zum Glück stimmte noch eine erhebliche Anzahl anderer Mitglieder aus verschiedenen Gründen gegen die Annahme des Entwurfs, so daß dieser nur eine einfache, nicht die für Gesetzentwürfe erforderliche zweidrittel Majorität zu erlangen vermochte.

Die Regelung der bäuerlichen Erbfolge wurde in Berlin als ein Grundpfeiler der so sehnlichst gewünschten „ständischen Gliederung" angesehen; die Ablehnung durch den Landtag, insbesondere durch die Landwirte selbst, erregte deshalb heftigen Zorn. Die Westfälischen Bauern, hieß es, müssen zur Raison gebracht werden! Das geschah am einfachsten, wenn man ihnen den genialen Führer nahm und sie wieder, wie vorher, zu einer willenlosen, Rittern und Landräten blind folgenden Masse machte. Der Landtagsabschied vom 30. September 1834 versprach, der vom Landtage eingereichte anderweite Entwurf einer bäuerlichen Erbfolge-Ordnung solle gründlich geprüft und schleunigst bearbeitet werden, und fuhr dann wörtlich fort:

„Aus den sehr gründlichen Bemerkungen des Abgeordneten der Landgemeinden der Kreise Hamm und Soest, Schulzen Delwig, welche dem ständischen Gutachten beigefügt worden, haben Wir übrigens ersehen, daß diese so sehr im Interesse des Standes der Landgemeinden liegenden Anordnungen auf den Widerspruch einer nicht geringen Zahl selbst dieses Standes gestoßen sind. Wir sind dadurch aufmerksam geworden, daß ein Teil der Ab-

geordneten des Standes der Landgemeinden auf dem letzten Landtage aus Personen bestanden hat, die, seinen Interessen fremd, eigentlich andern Ständen angehören, und daß dieser Mißstand seine Erklärung hauptsächlich darin findet, daß die in allen Unsern Gesetzen über die Anordnung der Provinzialstände ausgesprochene und der von Uns beabsichtigten Gliederung der Stände als wesentlicher Grundsatz dienende Bestimmung, daß die Wählbarkeit im Stande der Landgemeinden einen als Hauptgewerbe selbst bewirthschafteten Grundbesitz erfordere, Unsern Absichten entgegen, in dem für die Provinz Westfalen erlassenen Gesetz vom 27. März 1824 fehlt. Da dieser Mangel lediglich auf einem Versehen beruht und Uns zur Festhaltung der Unsern Anordnungen über die Provinzialstände zum Grunde liegenden Absichten wesentlich daran liegen muß, daß die einzelnen Stände, ihren eigenthümlichen Interessen gemäß, auf den Landtagen vertreten werden, dies aber ohne schützende Anordnungen, wie die Erfahrung gelehrt hat, nicht zu erreichen ist, so ist es unser Wille, daß jene Bedingung der Wählbarkeit auch für die Provinz Westfalen Geltung erhalte. Wir werden daher die erforderlichen Eröffnungen zu einer Deklaration des § 12 des obengedachten Gesetzes an den nächsten Provinziallandtag ergehen lassen; haben es aber für nötig erachtet, Unsere getreuen Stände schon jetzt von dieser Unsrer Absicht und den Uns veranlassenden Gründen in Kenntniß zu setzen."

Nachdem die Westfälischen Bauern diese bandwurmartigen Sätze des Landtagsabschiedes zweimal gelesen und sich von ihrem gerechten Erstaunen darüber erholt hatten, wie hier gegen alles Herkommen der Name eines Landboten, ihres Standesgenossen, in dem feierlichen Aktenstücke besonders genannt und seine angeblich „sehr begründeten" Bemerkungen Allerhöchst belobt worden waren, begriffen sie, was man in Berlin vorhatte. „Das heißt auf deutsch," sagten sie, „Fritz Harkort soll aus dem Landtage hinausgethan werden und uns will man verbieten, fortan einen tüchtigen Mann zu unserm Führer zu wählen, wenn er nicht ausschließlich Bauer ist." Das erstere konnten sie angesichts der Königlichen Deklaration nicht hindern, gegen das zweite aber, eine weitere tiefgreifende Beschränkung ihres ohnehin so sehr verkümmerten Wahlrechts, wehrten sie sich zu ihrer Ehre mit Hand und Fuß. Daß bei Erlaß des Gesetzes von 1824 ein „Versehen" unterlaufen sein solle, war reiner Vorwand. Im Gegenteil, man hatte seinerzeit den § 12 mit gutem Bedacht so gefaßt, wie er lautete, weil man die besonderen Verhältnisse West-

falens kannte und wußte, wie grade in der Mark die innige Wechselwirkung zwischen Gewerbebetrieb und Landwirtschaft dem ganzen Lande von jeher zum Segen gereicht hatte. Eben darum bestimmte auch eine Ausführungsverordnung (vom 13. Juli 1827) zu jenem Gesetze ausdrücklich: „Der Betrag der nach § 12 von einem Abgeordneten des Standes der Landgemeinden zu entrichtenden Grundsteuer wird auf 25 Thaler festgesetzt. In den Gemeinden, wo Gewerbebetrieb mit dem Grundbesitz verbunden zu sein pflegt, soll dieser Betrag von Grund- und Gewerbesteuer zusammen die Wählbarkeit begründen.“ Das war klar und zweifelsohne; ebenso klar aber auch, daß die Reaktion den verhaßten „Pumpernickel-Lafayette“ und Bauernführer unter allen Umständen aus dem Landtage beseitigen wollte und sich deshalb sogar vor einer Rechtsverdrehung nicht scheute.

Auf dem fünften Landtage (Februar 1837) opponierten die Vertreter der Städte und der Landgemeinden einstimmig — die neuen Abgeordneten, welche den Ackerbau als Hauptgewerbe betrieben, nicht ausgenommen — gegen die weitere Beschränkung des bäuerlichen Wahlrechts*). Sie wiesen nach, wie schon der erste Landtag sich „sehr ernsthaft“ mit der betreffenden Frage beschäftigt und für die Zuzählung der Gewerbesteuer zur Grundsteuer entschieden habe. Sie fragten, wenn man den Rittern die Selbstbewirtschaftung ihres Rittergutes nicht zur Bedingung der Wählbarkeit mache, warum man es dann den kleineren Grundbesitzern vorschreiben wolle? und führten aus, daß in mehreren Kreisen Gewerbebetrieb und Landwirtschaft so innig verschmolzen seien, daß sie gar nicht zu scheiden wären; mindestens sich nicht bestimmen lasse, ob bei einem Grundbesitzer die Landwirtschaft oder sein anderes Geschäft das Hauptgewerbe bilde. Würde die Deklaration Gesetz, so müßten die in der Grafschaft Mark doppelt wichtigen gewerblichen Verhältnisse auf dem Lande ohne genügende Vertretung im Landtage bleiben. Endlich wurde wahrheitsgemäß ausgesprochen, daß Grundbesitzer, die nur Landwirtschaft trieben, nicht immer in der Lage wären, sich für alle Obliegenheiten eines Abgeordneten auszubilden und deshalb selbst wünschten, „sich solchen Personen beigesellt zu sehen, die durch umfassenden Verkehr eine solche Ausbildung erlangt haben.“

Diesen Gründen sich anschließend, bat der Landtag mit zweidrittel Mehrheit den König, von der beabsichtigten Deklaration des

*) Harkort war durch die Königliche Deklaration ausgeschlossen, Schulze Delwig aber trotz seiner „sehr begründeten Bemerkungen“ nicht wieder gewählt worden.

§ 12 abzusehen. 21 Mitglieder aus dem „Stande der Fürsten und Herren und aus dem Stande der Ritterschaft“ reichten jedoch ein Separatvotum ein, durch welches sie sich mit jener Deklaration und der Wahlrechts-Einschränkung einverstanden erklärten. Natürlich gab man in Berlin den Fürsten und Rittern, nicht den beiden untern Ständen, Recht und die unliebsame Bezugnahme auf die Wählbarkeit der Ritter, die ihr Rittergut nicht selbst bewirtschaften, wurde im nächsten Landtagsabschiede (vom 8. Juni 1839) in einer Weise abgefertigt, die in der bekannten Sentenz zusammengefaßt ist: Ja Bauer, das ist ganz was anders!

Wie ernsthaft man an höchster Stelle Harkorts Wirksamkeit in Münster beurteilt und verurteilt hatte, davon bekam dieser selbst Kenntnis durch ein an sich unbedeutendes Faktum, das ihm nach seiner Ausschließung zu Ohren gelangte. Sein Freund Eduard Schmidt in Nachrodt — derselbe, von dem das geflügelte Wort herrührte: „Fritz Harkort macht uns das Bett und wir andern legen uns hinein!“ — schrieb ihm unterm 13. Februar 1835:

„Vor einigen Wochen war ich in Arnsberg und habe mich mit dem Regierungs-Chefpräsidenten (Wolfart) viel von Dir unterhalten. Dieser Ehrenmann hatte Dich im vorigen Jahre zum zweiten Male zum rothen Adlerorden vorgeschlagen und, um sicher zu gehen, noch besonders Deinetwegen an den Kronprinzen geschrieben und demselben die Abschrift Deines Toastes auf Hohen-Syburg nebst Deiner militärischen Conduitenliste, welche ich ihm ebenfalls besorgt hatte, mitgetheilt. Der Kronprinz hat ihm in den schmeichelhaftesten Ausdrücken über Dich geantwortet*), daß er sich selbst bei der Ordenskommission verwenden würde, wenn nur Deine liberalen Gesinnungen, die Du bei dem Landtage in Münster an den Tag gelegt, darin keinen Querstrich machten ꝛc. — Wolfart wünscht, daß dies unter uns bleibe.

Sollte Dir Müffling**) auch vielleicht nicht hold sein?“

Harkort antwortete kurz: „Seine Königliche Hoheit haben vollkommen Recht. Ich bin so freimüthig, daß ich von dieser Regierung keinen Orden annehmen würde.“

Der erste Westfälische Landtag hatte gleich in seinem Beginn ein edles Opfer gefordert. Als Vertreter der Märkischen Ritter-

*) Harkort war mit dem Kronprinzen im Jahre 1833 auf dessen Reise in den Westfälischen Industriebezirk bekannt geworden (S. 233).

**) v. Müffling, damals kommandierender General in Münster, galt als eins der Häupter der aristokratischen Partei.

schaft entsendet, wurde Friedrich von Hövel im November 1826, vom Schlage getroffen, tot in seinem Bette gefunden. Mit ihm schied einer der besten Männer Westfalens aus dem Leben. Geboren 1766 auf dem Familiengute Herbeck bei Hagen, wurde Hövel im Jesuiten-Kollegium zu Fulda erzogen, studierte in Münster und Göttingen Staatswissenschaften und später aus Neigung Geologie bei dem berühmten Werner zu Freiberg. Frühzeitig in der Cleve-Märkischen Ständeversammlung thätig, wurde er 1797 zum Landrate des damaligen Kreises Wetter ernannt, in welchem Amte er sich allgemeinste Zuneigung und Anerkennung erwarb. Die furchtbare Nachricht der Niederlage von Jena, die ihn in der Stellung des Kammerpräsidenten zu Minden traf, bleichte sein Haar in Einer Nacht. Als Mitglied einer Deputation nach Paris hörte er aus dem Munde Napoleons die schrecklichen Worte: „Le royaume de Prusse sera détruit pour toujours!“ Um nicht zum Schaden des Landes die wichtigsten Funktionen in die Hände von Franzosen fallen zu lassen, nahm er — wie auch von Romberg auf Brünninghausen — vorübergehend das Amt eines Präfekten an, stellte sich aber nach seiner Rückkehr in die Heimat 1813 voll Eifer an die Spitze der Preußischen Landwehr-Organisation. Nach 1815 wirkte Hövel lebhaft für den „Hermann“, sowie für eine Anzahl gelehrter und gemeinnütziger Gesellschaften, die ihn zu ihrem Mitgliede ernannt hatten. Er war einer der Hauptmitarbeiter an der dem Staatskanzler 1818 in Engers überreichten Denkschrift des Niederrheinisch-Westfälischen Adels, und mit seinem früheren Vorgesetzten Stein eng befreundet. Als Landwirt, Forstmann und namentlich als Wiesen-Kultivator erfreute er sich hohen Ansehens in der Mark. Von Vornehm und Gering gleich verehrt, ereilte ihn der Tod mitten in der Ausübung seines ständischen Berufs im 61. Lebensjahre. Auf den Wunsch seiner in allen Ständen zahlreichen Freunde übernahm es Harkort, vereint mit dem Pastor Rauschenbusch zu Altena, von Hövels zahlreiche vortreffliche Aufsätze aus dem Gebiete der Landwirtschaft, des Forstwesens, der Gebirgskunde und Staatswissenschaft zu sammeln und herauszugeben. Dieselben erschienen, mit einem von Harkort geschriebenen Vorworte und einem von Rauschenbusch verfaßten Nekrologe versehen, unter dem Titel: „Friedrich von Hövels hinterlassene Schriften, gesammelt und herausgegeben von Friedrich Harkort und Dr. August Rauschenbusch“ (Elberfeld 1832).

Der damalige Kultusminister von Altenstein empfahl das Werk öffentlich und sprach den Herausgebern Dank aus.

Siebentes Kapitel.

Eisenbahnen und Rhein-See-schiffahrt.

„Die Generation nach uns wird sich wundern, wie es möglich war, daß ihre Väter so bedenkliche Gesichter bei einer so einfachen und nützlichen Sache schneiden konnten."

Fr. Harkort.

Inhalt: Erster Aufsatz über Eisenbahnen von 1825. Vorbereitende Schritte für die Rhein-Weser-Bahn. Minister von Motz. Bau größerer Kohlenbahnen. Dritter Westfälischer Landtag und Landtags-Abschied. Schrift für Minden-Köln. Vierter Landtag. Spätere Bahn-Ausführungen. Leipzig-Dresdner Bahn. Trennung von Kamp. Der Hombruch. Dampfschiffbau. Tod der Gattin. Seefahrt nach Bremen. Rhein-Seeschiffe. Fahrt nach England. — Nachtrag: Die Brüder Harkort und Fr. List.

Die Leser des „Hermann" fanden in Nr. 26 vom 30. März 1825 folgenden Artikel:

„**Eisenbahnen** (Railroads)."

„Durch die rasche und wohlfeile Fortschaffung der Güter wird der Wohlstand eines Landes bedeutend vermehrt; welches Kanäle, schiffbare Ströme und gute Landstraßen hinlänglich bewähren.

Der Staat sollte aus diesem Grunde die Weggelder nicht als eine Finanzquelle betrachten, sondern nur die Kosten einer vorzüglichen Unterhaltung erheben.

Größere Vorteile wie die bisherigen Mittel scheinen Eisenbahnen zu bieten.

In England sind bereits zu diesem Behuf über 150 Millionen Preuß. Thaler gezeichnet: ein Beweis, daß die Unternehmungen die öffentliche Meinung in einem hohen Grade für sich haben.

Auch in Deutschland fängt man an, über dergleichen Dinge wenigstens zu reden und folgende Bemerkungen liefern vielleicht einige Beiträge dazu.

Meine Absicht ist nicht, in die Einzelheiten der Sache einzugehen; vorläufig genügen wohl einige allgemeine Umrisse.

Die westliche Eisenbahn von London nach Falmouth wird eine Länge von 400 engl. Meilen erhalten.

Von Manchester nach Liverpool ist eine neue Eisenbahn von 32 engl. Meilen in Vorschlag gebracht, obgleich eine Wasserverbindung vorhanden.

Versuche, welche deshalb in Killingworth angestellt wurden, ergaben, daß eine Maschine von 8 Pferde Kraft ein Gewicht von 48 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von 7 Meilen pro Stunde auf einer Ebene bewegte.

Denken wir uns nun eine solche Fläche von Elberfeld nach Düsseldorf, so würden 1000 Centner in $2^1/_2$ Stunden von einem Orte zum andern geschafft werden, mit einem Kohlenaufwande von 5 Scheffel für die Reise.

Eine Maschine von 8 Pferde Kraft würde innerhalb 3 Stunden 1000 Scheffel Kohlen von Steele nach dem Rheine schaffen, das heißt die Ruhrschiffahrts-Cassa völlig aufs Trockene setzen.

Die sämmtlichen Ruhr-Zechen erhielten durch eine Eisenbahn den unschätzbaren Vortheil eines raschen, regelmäßigen Absatzes unter großen Frachtersparungen.

Innerhalb 10 Stunden könnten 1000 Centner von Duisburg nach Arnheim geschafft werden; die Beurtschiffer liegen allein 8 Tage in Ladung.

Man macht vielleicht den Einwand, daß nur selten eine Ebene sich ausmitteln läßt. Dagegen erwidere ich, daß zwar nach Verhältniß des Steigens mehr Kraft erforderlich ist oder die Geschwindigkeit abnimmt, die Rückfahrt indessen um so viel rascher von Statten geht und die mittlere Geschwindigkeit bleibt.

Die größte Neigung des Weges zu Killingworth war 1 Fuß in 840 und das höchste Steigen 1 in 327.

Die Eisenbahnen werden manche Revolutionen in der Handelswelt hervorbringen. Man verbinde Elberfeld, Köln und Duisburg mit Bremen oder Emden und Holland's Zölle sind nicht mehr!

Die Rheinisch-Westindische Compagnie darf Elberfeld als einen Hafen betrachten, sobald der Centner für 10 Silbergroschen binnen 2 Tagen an Bord des Seeschiffes in Bremen zu legen ist.

Zu dieſem Preiſe iſt es für die Holländer unmöglich, ſelbſt vermittelſt Dampfboeten, die Güter zu übernehmen.

Wie glänzend würden die Gewerbe von Rheinland-Weſtfalen bei einer ſolchen Verbindung mit dem Meere ſich geſtalten!

Möge auch im Vaterlande bald die Zeit kommen, wo der Triumphwagen des Gewerbefleißes mit rauchenden Koloſſen beſpannt iſt und dem Gemeinſinne die Wege bahnet!

Wetter, im Maerz 1825.

Friedrich Harkort."

Der vorſtehende Aufſatz beanſprucht inſofern ein hohes kulturgeſchichtliches Intereſſe, als er die erſte in einem öffentlichen Blatte Deutſchlands erſchienene Anregung iſt, ſich jenes neue großartige Verkehrsmittel anzueignen, welches im Laufe des letzten halben Jahrhunderts ſeinen unaufhaltſamen Siegeszug um die Welt vollendete. Zwar hatte der Bayriſche Oberbergrat Joſef von Baader noch während der Fremdherrſchaft Eiſenbahnen ſeiner eigenen Erfindung mit einer gleichfalls von ihm konſtruierten „Kompenſations-Maſchine" empfohlen, doch war dieſer Gedanke, trotz fürſtlicher Gönnerſchaft*), nicht über die Verſuchsſtadien hinausgekommen und iſt auch ſpäter niemals zur praktiſchen Ausführung gediehen. Ohne auf dieſen Deutſchen Landsmann Rückſicht zu nehmen, ſprach ſich Harkort ſofort feſt und rückhaltslos für das in England verfolgte und ſpäter herrſchend gewordene Syſtem aus, alſo für den Bau von mit eiſernen Schienen belegten Wegen, auf denen die Fortbewegung der Laſten mittels Dampfkraft geſchieht. Die Herſtellung eines ſolchen Schienenweges hatte George Stephenſon, eines Engliſchen Bergmanns Sohn und in ſeiner Jugend ſelbſt Bergmann, vor drei Jahren bei Darlington in der Grafſchaft Durham begonnen und 1825 bis Stockton am Teesfluſſe vollendet. Dieſe kleine, nur $2\frac{1}{2}$ Deutſche Meilen lange Linie iſt als die Mutter aller der Tauſende von Eiſenbahnen zu betrachten, die jetzt den Erdkreis wie mit einem Netze umſpannen, — der Tag ihrer Eröffnung bezeichnet den Beginn der größten Kulturepoche, die das Menſchengeſchlecht geſehen.

Die Zeit, in welcher Harkort den mitgeteilten Aufruf an die Bewohner der beiden weſtlichen Provinzen ergehen ließ, erſchien äußerlich für die Aufnahme und Ausführung ſeiner Idee nicht ungeeignet. Zwar litt die Landwirtſchaft unter enorm niedrigen

*) Baader durfte ſeine erſte Verſuchsbahn im Königlichen Schloßgarten zu Nymphenburg anlegen.

Preisen, weil die Ernten von 1824 und früher über alle Erwartung hinaus reichlich ausfielen, aber Handel und Industrie blühten, der Unternehmungsgeist hatte sich im Westen neu belebt. Für den Mexikanischen Bergwerksverein (vgl. S. 174) wurden im Frühjahr 1825 eine halbe Million Thaler gezeichnet und bis zu 50% Agio bezahlt; an Kapital schien es also nicht zu fehlen. Holland, damals noch mit Belgien vereinigt, nahm sich schwer empfundene, übermütige Vexationen des Deutschen Handels heraus und erhob vertragswidrige Zölle auf dem Rheine. Die Industrie des Wupperthals klagte mit Recht über hohe Frachten und teures Brennmaterial*). Dagegen litt der Absatz der Steinkohlengruben zur Ruhr, dem wichtigsten Transportwege der Provinzen nach dem Rheine, unter häufigem Wassermangel dieses Bergstromes. Die mittlere Schiffsladung erreichte dort kaum 1000 bis 1100 Scheffel, und dabei konnte während fünf Monaten im Jahre die Schiffahrt überhaupt nicht betrieben werden. Die von den Gruben in die Magazine am Flusse geförderten Kohlen blieben infolge fortwährender Stockungen der Schiffahrt oft Monate lang liegen und büßten dadurch sowohl an Menge wie an Güte ein. Bei solchem Zusammentreffen begründeter Beschwerden und gerechtfertigter Wünsche auf seiten der Produzenten wie der Konsumenten durfte man überall freudige Aufnahme und, wenn auch nicht alsbaldige Ausführung, so doch gründliche Prüfung des von Wetter ausgegangenen Gedankens erwarten.

Desungeachtet verwirklichte sich diese Hoffnung nicht. Zwar brachte der „Hermann“ einige Wochen später eine anerkennende Besprechung des Artikels vom 30. März; doch wurde in derselben gleichzeitig auf „die niederschlagende Erfahrung“ hingewiesen, „daß in unserm Vaterlande nützliche Erfindungen gewöhnlich erst dann in Anwendung gebracht werden, wenn uns das Ausland den besten Teil der Vorteile, die dadurch zu erreichen gewesen sein würden, vorweg genommen hat.“ Sonst herrschte Stille ringsum. Angesichts solcher Gleichgültigkeit mußte sich Harkort, wollte er die Sache nicht von vornherein versumpfen lassen, entschließen, derselben auf andere, mehr in die Augen fallende Weise die öffentliche Aufmerksamkeit zuzuwenden und Freunde zu erwecken. Unter Zustimmung des sich gleichfalls warm für die Sache interessierenden Kamp ließ er durch die Wettersche Werkstätte nach dem durch den Ingenieur Palmer

*) Ein einspänniges Fuhrwerk konnte damals auf der Witten-Elberfelder Straße nur mit ca. 11 Scheffel = 13 Ctr. beladen werden; die Fracht stellte sich bis Elberfeld auf rund 6 Sgr. pro Scheffel.

erfundenen, in England praktisch ausgeführten Systeme eine kleine Probebahn erbauen und diese im Sommer 1826 im Garten der Museums-Gesellschaft in Elberfeld aufstellen. Die Palmersche Bahn, an die heutigen Drahtseilbahnen erinnernd, war nur für Gütertransport und Pferdebetrieb berechnet und zeichnete sich durch ebenso große Einfachheit wie Billigkeit aus. Auf in die Erde gerammten Baumstämmen war eine eiserne Schiene befestigt, auf welcher sich zwei, mit Spurkränzen versehene, hintereinander laufende Räder bewegten, deren Achsen durch Querstangen verbunden waren. Von den Achsen hingen senkrechte Stangen herab, welche nach jeder Seite Behälter oder Wagen trugen, die sich wechselseitig im Gleichgewicht erhielten. Trotz eiliger und unvollkommener Ausführung erregte die Elberfelder Probebahn, an welcher von jedem Zuschauer mit geringem Kraftaufwande Wagen fortbewegt werden konnten, großes Aufsehen im Lande. Schon im August 1826 („Hermann" Nr. 66) plante man — „da die in Elberfeld angestellte Probe augenscheinlich die Ausführbarkeit des Projekts darthut" — die Anlegung einer Bahn für den Kohlentransport von Heisingen (an der Ruhr bei Steele) nach dem Wupperthale. Nach Deutscher Art wurde aber auch sofort die Unausführbarkeit des Unternehmens geweissagt. Der Staat müsse, hieß es, dasselbe schon deshalb bekämpfen, weil nicht nur ein bedeutender Ausfall in der Chausseegeld-Einnahme entstehen, sondern weil namentlich auch Kohlenfuhrleute und Kohlentreiber (vergl. S. 59) durch Eisenbahnen zu sehr geschädigt werden würden. Noch ehe überhaupt ein Antrag auf Erteilung der Konzession für die Linie Elberfeld-Heisingen eingereicht war, richteten schon die Besitzer einiger, bei Ausführung des Projekts angeblich benachteiligter, Gruben die dringende Bitte an die Staatsregierung, ein solch schädliches Unternehmen unter keinen Umständen zuzulassen. Die Petenten wurden unterm 31. Oktober 1826 abschläglich beschieden; der erste Fall, in welchem ein Preußisches Ministerium überhaupt Anlaß hatte, sich über Eisenbahnen zu äußern*). Der ausgezeichnete Mathematiker Egen, damals Lehrer in Soest, sprach sich im „Westfälischen Anzeiger" zu Gunsten der Erbauung von Eisenbahnen, insbesondere für eine Bahn von Elberfeld nach Düsseldorf aus, bekämpfte jedoch das Palmersche System. Darüber entspann sich zwischen ihm und Harkort, welcher Widerspruch nur schwer ertrug und hinter jeder Kritik seiner Vorschläge die geheime — leider

*) Vergl. „Archiv für Eisenbahnwesen pro 1888", S. 797, Abhandlung des Geh. Ober-Reg.-Rates Gleim: „Zum dritten November 1888."

auch oft genug vorhandene! — Absicht vermutete, diese ganz zu Falle zu bringen, eine längere Zeitungsfehde, bei welcher den letzteren der Vorwurf trifft, durch rechthaberisches Wesen und Mangel an Entgegenkommen sich einen sehr tüchtigen Mann für längere Zeit entfremdet und dadurch die von ihm vertretene Sache, gerade in der so wichtigen Anfangs-Periode, selbst geschädigt zu haben.

Nach andern Bundesgenossen für seine große Sache ausschauend, wendete sich Harkort 1827 an seinen berühmten Gönner Stein, indem er für denselben eine ausführliche „Denkschrift über die Vorteile der Eisenbahn-Anlage" verfaßte und solche persönlich in Cappenberg überreichte. Der alte Herr griff den Gegenstand mit Wärme auf, unterstützte auch Harkort darin später auf dem dritten Westfälischen Landtage mit ganzer Kraft; indes er hatte auf die damaligen Machthaber in Berlin, die den großen Reformer im Grunde ihres Herzens für einen gefährlichen Revolutionär hielten, gar keinen Einfluß und war zudem gerade um jene Zeit mit dem Oberpräsidenten Vincke in heftigen Zwist geraten (S. 208). Letzterer betrachtete überhaupt anfangs das neue „Dampfwagenwesen" mit wenig günstigen Augen, seitdem Harkort in seinem ersten Artikel vom 30. März 1825 damit gedroht hatte, eine Eisenbahn werde tausend Scheffel Kohlen binnen 3 Stunden von Steele nach Ruhrort (ca. 3 Meilen) schaffen und die Ruhrschiffahrts-Kasse, aus welcher Vincke die Strombaugelder entnahm, „völlig aufs Trockene setzen". Solche Gedanken mußten dem Oberpräsidenten im blauen Kittel, dessen Lieblingskind die Fortbildung und Vervollkommnung der Ruhrschiffahrt von jeher war und bis an sein Lebensende geblieben ist, als halber Wahnsinn erscheinen. Indessen war Vincke ein zu guter Patriot und ein viel zu klarer Kopf, um sich nicht in kurzer Zeit mit jedem innerlich gesunden Plane zu befreunden, wenn er denselben für das Land, insbesondere für sein geliebtes Westfalen, heilsam erkannte. So geschah es auch hier. Eine eigentümliche Verwickelung der auswärtigen Verhältnisse Preußens trat hinzu, um die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Vorgänge im Bergisch-Märkischen Industriebezirke hinzulenken und die Hoffnung, binnen kurzer Frist Schienenwege gleich jenen Englands im westlichen Staatsgebiete entstehen zu sehen, in ungeahnter Weise zu beleben.

Das Königreich der Niederlande, obgleich durch Deutsche Waffen 1814 und 1815 von der Fremdherrschaft befreit, hatte die klare Bestimmung des Wiener Kongresses, daß die Schiffahrt auf dem Rheine zwischen Basel und den Mündungen des Stromes frei sein, das heißt nur den vertragsmäßigen Abgaben unterliegen solle,

viele Jahre hindurch schnöde mißachtet. Die durchgehenden Waren wurden mit Zöllen belastet, selbst die Durchfuhr einzelner Waren verboten, rechtswidrig neue Zollstellen angelegt und der Pariser Friedensvertrag in frivolster Weise mißdeutet (die berüchtigt gewordene Klausel „jusqu'à la mer"). Die Transportkosten auf dem Niederländischen Strom-Anteil stellten sich infolge dieser geradezu empörenden Maßnahmen ungefähr dreizehnmal höher, als auf einer Preußischen Strecke von gleicher Länge*). Alle Bemühungen der Preußischen Behörden, den böswilligen Pförtner zum Deutschen Meere zu einer Änderung seines Verfahrens zu bestimmen, blieben, gleich den Vermittelungs-Versuchen befreundeter Staaten, erfolglos. Da Friedrich Wilhelm III. zur Anwendung von Gewalt gegen seinen Oranischen Schwager sich nicht entschließen wollte, so sann man aller Orten über Mittel und Wege nach, ob und wie Preußen sich anderweit der Mißhandlung seitens Hollands entziehen könne**). Delius, der treffliche Regierungs-Präsident in Köln, entwickelte die Idee eines von Rees ausgehenden Kanales zwischen Rhein und Ems, parallel der Westfälisch-Holländischen Grenze, und wurde darin von Beuth unterstützt. Die öffentliche Meinung billigte jedoch diesen, gewissermaßen durch die Verzweiflung eingegebenen, Plan nicht und um so weniger, als Hannover, das die untere Ems beherrschte, seinen vertragsmäßigen Verpflichtungen hinsichtlich der Instandsetzung dieses Flusses gleichfalls nicht nachkam und in Emden nur einen ungenügenden und vernachlässigten Hafen darbot. Um so größeren Anklang fand das von dem Provinzial-Steuerdirektor Krüger in Münster und dem Regierungs-Rat Koppe***) in Minden entworfene Projekt, durch Herstellung einer Eisenbahn von der Weser zum Rheine Preußen von Holland unabhängig und Bremen, statt Rotter-

*) Treitschke, „Deutsche Geschichte." Bd. III, S. 470.

**) Am 18. November 1826 fragte der berühmte Geschichtschreiber Niebuhr in einem Briefe an Stein: „Ist es denn nicht möglich, Arbeiten auszuführen, um der Tyrannei der Niederländer zu entgehen: Eisenbahnen und Kanäle? Dazu beizutragen, zu ganz niedrigen Zinsen, das wäre Pflicht! Die Schweizer haben es für gemeinsame Werke gethan — wir nicht?" Pertz, Leben Steins, Bd. VI, S. 303.

***) Koppe wurde 1808 als Träger eines geheimen Briefes des Ministers vom Stein an den Fürsten Wittgenstein von den Franzosen gefangen genommen und in Frankreich festgehalten, machte nach seiner Entlassung die Feldzüge mit und verfaßte 1815 unter dem Titel: „Die Stimme eines Preußischen Staatsbürgers in den wichtigsten Angelegenheiten dieser Zeit" eine treffliche Schrift gegen die Schmalzschen Denunziationen und für Einführung von Reichsständen in Preußen. Er ging später als General-Konsul nach Mexiko.

dam, zum Haupt-Seehafen für Rheinland-Westfalen zu machen. Mit dem Plane der Herstellung dieses die beiden westlichen Hauptströme verbindenden, von vornherein einen bedeutenden Binnenverkehr aufschließenden Schienenweges war die Absicht verknüpft, den Gütertransport von Bremen nach Frankfurt und Süddeutschland von dem seitherigen Wege durch Hannover und Kurhessen ab-, und mittels des billigeren Bahntransportes durch Westfalen und das zollvereinte Darmstädtische Ober-Hessen nach dem Main zu lenken.

Krüger entwickelte seine Idee in einer klaren, geistreichen und genauen Denkschrift seinem Chef, dem um die Gründung des Zollvereins so hochverdienten Finanz-Minister von Motz, welcher dieselbe mit großem Wohlgefallen aufnahm. Für ihn — den einzigen Staatsmann in einem Kabinet von Geschäftsmännern, wie Treitschke sagt — war die Eisenbahnfrage schon nicht mehr ganz neu. Kurz nach seinem Eintritt in das Ministerium waren seitens der sogenannten Oberberghauptmannschaft, beziehungsweise des Ministeriums des Innern, zwei talentvolle junge Techniker, die Assessoren von Oeynhausen und von Dechen, behufs Studiums der bergbaulichen Verhältnisse in England und Schottland auf Staatskosten dorthin entsendet worden. Beide verlebten in eifrigem Studium zwei Jahre (1826 und 1827) jenseits des Kanals, richteten jedoch ihr Augenmerk nicht bloß auf rein bergbauliche, sondern auch auf solche Dinge, die mit jenen in näherem Zusammenhange standen. Als Hilfsmittel ersten Ranges erkannten die beiden Deutschen alsbald die schon seit Jahren in Großbritannien bestehenden kleineren, noch mehr aber die gerade damals im Bau befindlichen großen eisernen Schienenwege (Stockton-Darlington und Manchester-Liverpool). Sie untersuchten diese mit besonderem Eifer und legten die Resultate ihrer Forschungen in sehr interessanten Berichten ihrer vorgesetzten Behörde vor*). Durch diese, sowie durch Beuth, welcher selbst im Jahre 1826 in Gesellschaft von Schinkel eine Reise nach England unternommen hatte, wurde die Aufmerksamkeit des scharfblickenden Motz auf Eisenbahnen hingelenkt. Er erkannte aus dem ihm unterbreiteten zuverlässigen Material sofort, mit welcher Energie die Engländer beschäftigt waren, unbekümmert um ihre vorhandenen kostspieligen Kanäle, sich die neue weltbewegende Erfindung rasch zu eigen zu machen und in

*) Dechen und Oeynhausen veröffentlichten ihre Beobachtungen im Jahrgang 1829 von Karstens „Archiv für Bergbau- und Hüttenwesen" und ließen dieselben unter dem Titel „Über Schienenwege in England. Bemerkungen, gesammelt auf einer Reise in den Jahren 1826 und 27" gesondert im Buchhandel erscheinen (Berlin 1829, G. Reimer).

deren Anwendung allen anderen Nationen den Vorrang abzugewinnen. Durch diese Vorgänge war der erwähnten Denkschrift des westfälischen Steuer-Direktors beste Aufnahme bei Motz gesichert; um so mehr als auch die weiteren Ziele der vorgeschlagenen Rhein-Weser-Bahn: Bekämpfung Hollands, Ablenkung des Durchgangs-Verkehrs von Hannover und Kurhessen, und Führung desselben durch das mittelst des grundlegenden Zollvereins-Vertrags vom 14. Februar 1828 mit Preußen vereinte Hessen-Darmstadt, sich der besonderen Sympathie des Finanzministers erfreuten. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist es auf seine Weisung hin geschehen, daß der Präsident Delius sich im Frühling 1828 an Harkort wandte und diesen um Einsicht der Akten und weitere Auskunft über das 1826 in Elberfeld ausgestellte Probestück einer „Schienenbahn" ersuchte. In dem desfallsigen Antwortschreiben überrascht es zu sehen, in welchem Maße der sonst so energische Urheber der Bewegung seine Forderungen, im Vergleich zu früher, herabgemindert hat. Ob die fortwährenden Vorwürfe seiner Gegner wie seiner Freunde — er gehe stets zu rasch und zu weit vor und frage nicht nach der zeitlichen Ausführbarkeit seiner Pläne — auf ihn Eindruck gemacht hatten, oder ob er geglaubt hat, der sparsamen Preußischen Regierung zunächst nur das Allernotwendigste vorschlagen zu dürfen, mag dahingestellt bleiben. Genug, er scheint, nach seinem Briefe vom 19. März 1828 zu schließen, schon zufrieden zu sein, wenn überhaupt nur Eisenbahnen mit Pferdebetrieb ins Leben gerufen werden, und giebt Lokomotiven, der Kostenvermehrung wegen, notgedrungen Preis. „Ein Dampfwagen," schreibt er Delius, „erfordert eine zu schwere Einrichtung der Bahn und wird in Deutschland zum Gütertransport wohl nie (!) in Anwendung kommen, weil nur einige Grad Steigung mit Nutzen überwunden würden*). Für circa 4000 Thaler wäre so ein „eisernes Pferd" vielleicht zu bauen."

Ob Motz, gleich Harkort, schon damals die unermeßlich segensreichen Folgen der Einführung von Eisenbahnen geahnt hat, wie Treitschke**) annimmt; oder ob er, gemäß einer Notiz in dem litterarischen Nachlaß von L. Kühne, nur scheinbar auf die Krügersche

*) Man glaubte damals, und noch Jahre nachher, daß stärkere Steigungen als 1 Fuß auf 300 Fuß Länge mit Eisenbahnen nicht überwunden werden könnten. — Der hochberühmte Französische Astronom François Arago bewies noch später, daß es wohl zur Not möglich sei, Personen auf einer Eisenbahn zu befördern; daß sich aber die Lokomotiv-Eisenbahnen nimmermehr dazu eigneten, große Lasten auf weite Entfernungen fortzuschaffen!

**) A. a. O. Bd. III, S. 465.

Idee eingegangen ist, um durch das neue Bahnprojekt die Nachbarstaaten Holland, Hannover und Kurhessen zu schrecken, kann hier ununtersucht bleiben. Jedenfalls ist er der erste Preußische Minister gewesen, der die Herstellung einer Eisenbahn empfahl. Sein dem Könige unterm 30. Mai 1828 erstatteter Hauptverwaltungsbericht für die Jahre 1825, 26 und 27 erklärt wörtlich*):

„Noch wichtiger (nämlich als der Ausbau der großen Schlesischen Landstraße) ist es, — womöglich mit einer Eisenbahn von Minden bis Lippstadt und damit zugleich einer Verbindung auf der schiffbaren Lippe mit dem Rhein — eine ganz neue gewisse Richtung für den Verkehr von Bremen nach dem westlichen und südlichen Deutschland innerhalb der eigenen Grenzen Ew. Königlichen Majestät Staaten hervorzurufen."

Diese in einer solennen Staatsschrift abgegebene Erklärung des bedeutendsten Kopfes der damaligen Regierung zu gunsten des neuen vielbesprochenen Verkehrsmittels war für die Rheinischen und Westfälischen Oberbeamten das Signal, sich nunmehr der Sache rückhaltslos anzunehmen. Noch im Jahre 1828 wurde dem Regierungs-Präsidenten in Düsseldorf amtlich empfohlen, sich die Beförderung der Eisenbahnen in seinem Bezirke möglichst angelegen sein zu lassen**). Der inzwischen zum Oberbergrat beförderte von Oeynhausen erhielt Auftrag, die geeignetste Linie für die Bahn von der Weser zur Lippe zu ermitteln und zu vermessen. Im Februar 1829 schrieb Vincke, welcher als Vertreter der Krone bei der Rheinisch-Westindischen Kompanie und dem Mexikanischen Bergwerksvereine vielfach mit Harkort zu verkehren hatte, an diesen: „Präsident Delius ist von Berlin beauftragt, die Holländische Dampfahrt zu sistieren, wenn binnen vier Wochen nicht gleichmäßig unsern Dampfschiffen Holland geöffnet wird***). Geheim-Rat Beuth hat mir fest versprochen, im Sommer zu kommen und alle Eisenbahnprojekte zu bereisen."

An Projekten herrschte natürlich kein Mangel mehr, seit es unter der Hand bekannt geworden, wie der die Schnüre des Staatssäckels in der Hand haltende kluge Finanzminister die früher viel befeindete und verlachte Harkortsche Idee beurteilte. Außer der jetzt in die erste Stelle gerückten Linie Minden-Lippstadt, dachte man in Rheinland-Westfalen an eine Bahn aus dem mittleren Ruhrthal

*) Nach der vom Verfasser eingesehenen Kopie im Geheimen Staatsarchive.

**) Gleim, „Zum dritten November 1888."

***) Durch diese energische Maßregel ließ sich Holland im nämlichen Jahre (1829) zur Nachgiebigkeit gegen Preußen bewegen. Treitschke a. a. O. Bd. III, S. 473.

nach Elberfeld, von den Gruben bei Hörde nach der Lippe, aus dem Ardey-Gebirge nach Hagen, von Düsseldorf nach Elberfeld, ja sogar von Elberfeld über den Rhein hinüber nach Crefeld und Venlo an der Maas. In Duisburg hatte man bereits im April 1825 davon gesprochen, das bei der Stadt liegende Hauptsteueramt durch eine Eisenbahn mit dem Rheine zu verbinden, jedoch von diesem Plane zu Gunsten eines Kanals Abstand genommen*). In seinem nie zu bändigenden Übereifer ging Benzenberg 1828 sogar so weit, im „Hermann" die Nachahmung des unglücklichen Londoner Themse-Tunnels für den Rhein zwischen Köln und Deutz vorzuschlagen, erreichte jedoch durch dieses unbedachte Vorgehen natürlich nichts anderes, als dem großen Haufen von Philistern aller Art erwünschte Gelegenheit zu bieten, nunmehr jeden Eisenbahn-Vorschlag ohne Unterschied für thörichten Schwindel zu erklären, um sich damit vermeintlich die langersehnte Ruhe vor neuen Erfindungen zu verschaffen.

Drei kleinere Unternehmungen traten, dank der Einsicht und Thatkraft Einzelner, noch vor Ablauf des dritten Jahrzehnts im Westfälischen Bergbezirke ins Leben. Zur Erleichterung des auf einer steilen, schlecht unterhaltenen Straße sich bewegenden Kohlenfuhrwerks nach dem Wupperthale baute der Freiherr von Elverfeldt auf Steinhausen**) und der Gewerke Berger in Witten von der Zeche Nachtigall aus eine schmalspurige, sechs Kilometer lange Eisenbahn***) mit Pferdebetrieb auf die halbe Höhe der Wasserscheide zwischen Ruhr und Wupper (Muttenthalbahn). Um die bereits früher erwähnten alten und wichtigen Gruben am Schlebusch mit der Enneperstraße zu verbinden, legte die Wettersche Werkstätte im Jahre 1829 für Rechnung der Gewerkschaften eine ähnliche Bahn von der Zeche Trappe nach Harkorten an; die erste in Westfalen, welche die Länge einer Deutschen Meile erreichte†). Bei diesem Bau waren mehrere, für die damalige Zeit ansehnliche, Terrainhindernisse zu überwinden, indem Thäler bis zu 400 Fuß Breite überbrückt, Dämme von 30 Fuß Höhe angeschüttet und Durchstiche von be-

*) Vgl. Dr. F. Goecke, „Der Duisburger Hafen (1826—1888)". — Duisburg, Druck von F. H. Nieten 1888.

**) von Elverfeldt und von Romberg waren die beiden einzigen Edelleute der Grafschaft Mark, welche in jener Zeit dem Bergbau mit Eifer, Verständnis und Erfolg oblagen.

***) Alle Bahnen dieser Art bestanden aus hölzernen Langschwellen mit aufgenagelten Flachschienen.

†) Zu Anfang des Jahrhunderts hatten die Brüder Johann Kaspar und Peter Harkort den Bau des Schlebusch-Vogelsanger Zechenweges veranlaßt. „Durch den Segen," sagt der „Westfälische Anzeiger" vom 9. September 1835,

deutender Länge gemacht werden mußten. Nach ihrer Inbetriebsetzung vermochte ein gutes Pferd auf der Schlebusch-Harkorter Bahn, wie sie genannt wurde, 90 Scheffel = 110 Centner Kohlen abwärts und 15 leere Wagen = 54 Centner aufwärts zu bewegen. Das folgende Jahr (1830) sah die Vollendung der bedeutendsten unter den Märkischen Pferdebahnen, der sogenannten Prinz Wilhelm-Eisenbahn, der nämlichen, die später — freilich erst nach zwei Jahrzehnten — als Steele-Vohwinkeler Linie zu einer mit Lokomotiven betriebenen Hauptbahn ausgebaut wurde. Zu ihrer Herstellung bildete sich auf Fr. Harkorts direkte Veranlassung 1828 ein Aktienverein, die erste Eisenbahn-Aktiengesellschaft Deutschlands, an dessen Spitze der Dr. med. Voß in Steele und der Kaufmann L. Mohl in Barmen, Harkorts Schwager und Nachfolger in dem 1816 von diesem erworbenen Kupferwalzwerke bei Langenberg, traten: „um mittelst einer Eisenbahn den Absatz der Ruhrkohlen nach dem Wupperthale und ins Bergische zu vermitteln respektive die Bergische Fabrikgegend wohlfeiler mit Kohlen zu versehen." Die Linie begann südlich von Steele beim Himmelsfürster Erbstollen, verfolgte die Ruhr abwärts bis Kupferdreh, stieg ins Thal des dort mündenden Deilbaches hinauf und endete, circa sieben Kilometer lang, am Nierenhofe bei Langenberg. Im September 1831 besuchte der derzeitige Generalgouverneur von Rheinland-Westfalen, Prinz Wilhelm, jüngster Bruder des Königs, die vielbesprochene „Deilbahn", wie sie anfangs genannt wurde, und gestattete bei diesem Anlasse, daß derselben fortan sein Name beigelegt werde. Zwei Jahre später befuhr auch der Kronprinz Friedrich Wilhelm, bei Gelegenheit einer Rundreise durch die westlichen Provinzen, die Prinz Wilhelmbahn in Begleitung von Harkort und Egen*) und gewann hier das lebhafte Interesse für Eisenbahnen, welches er, im Gegensatz zu beschränkten Ratgebern, denselben auch späterhin stets bethätigte**).

„welcher durch diese Anlage verbreitet worden, haben sich jene nun seligen Brüder in jeder Familie jenes großen gewerbreichen Theils der Mark ein Denkmal gesetzt unvergeßlicher Natur. Schade nur, daß es solcher Männer nur wenige giebt, und ebenso traurig ist es, daß solchen Edlen, wo sie sich zeigen, noch oft unberufene, unbeholfene Konfusionsräthe störend in den Weg sich stellen."

*) Egen war inzwischen zum Direktor der neu errichteten Real- und Gewerbeschule in Elberfeld befördert worden.

**) Bei Eröffnung der Berlin-Potsdamer Bahn (29. Oktober 1838) sprach der Kronprinz die prophetischen Worte: „Diesen Karren, der durch die Welt rollt, hält kein Menschenarm mehr auf!" — Jene Prophezeiung verhinderte übrigens nicht, daß, als der Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg sich 1843 bei

König Friedrich Wilhelm III. dagegen gehörte, seinem Wesen entsprechend, nicht zu den Freunden der großen, das Alte umstürzenden Erfindung. „Alles soll Karriere gehen," äußerte er einst mißmutig zu Bischof Eylert, „die Ruhe und Gemütlichkeit leidet aber darunter. Kann mir keine große Seligkeit davon versprechen, ein paar Stunden früher in Berlin und Potsdam zu sein. Zeit wird's lehren*)". Die Zeit hat es allerdings auch gelehrt; jedoch in einem ganz entgegengesetzten Sinne wie Se. Maj. voraussetzte, wenn auch freilich Ruhe und Gemütlichkeit dabei einigermaßen Einbuße erlitten. Damals aber dachte und handelte der König so, wie er sich hier äußerte; und weder Motz, welchen zum unwiederbringlichen Schaden des Landes ein früher Tod im Sommer 1830 hinwegraffte, noch auch sein ausgezeichneter Nachfolger Maaßen vermochten ihn zu irgend einer kräftigen Unterstützung der Eisenbahnbewegung zu bestimmen.

Die Freunde der guten Sache aber verzagten nicht, namentlich als Stephensons berühmte Lokomotive „Rocket" im Oktober 1829 in dem ausgeschriebenen Wettbewerbe den Preis davontrug und die am 15. September 1830 erfolgte Betriebseröffnung der Manchester-Liverpooler Bahn ihr neue großartige Triumphe bereitete. An diesem Tage sah England zum erstenmal ungeheure Wagenzüge voll Reisender mit einer Schnelligkeit von mehr als 15 Englischen Meilen ($3^1/_4$ Deutsche Meilen) in der Stunde dahinsausen. Das ersehnte Ziel war endlich erreicht, das früher Unmögliche Wirklichkeit geworden. Es blieb kein Zweifel mehr: große Personen- und Gütermassen konnten leicht, rasch, regelmäßig, sicher und billig auf bedeutende Entfernungen hin befördert werden. Alle Geschäftsleute und Männer von Einsicht und Unternehmungsgeist, soweit sie nicht an der Aufrechterhaltung des herrschenden Zustandes Interesse hatten, waren fortan für Eisenbahnen gewonnen, verlangten dringend ihre weitere Ausdehnung und die energische Inangriffnahme des Baues dort, wo, wie in Preußen, trotz frühzeitiger Anregung noch nichts geschehen war.

Bei Zusammentritt des dritten Westfälischen Landtags (Dezember 1830) reichte Harkort, damals neu gewählt, alsbald einen ausführlichen Antrag auf „Verbindung der Weser mit der Lippe

---

dem damaligen Finanzminister um die Fortsetzung der Berlin-Potsdamer Bahn nach Magdeburg bemühte, dieser ihn ernsthaft fragte: „Aber, lieber Ziegler, halten Sie es denn wirklich für einen so großen Vorteil für Brandenburg, wenn es an eine Bahn zu liegen kommt?!" (Eigene Mitteilung des spätern Abg. Ziegler an den Verf.).

*) Eylert, „Charakterzüge," Bd. III, S. 205.

vermittelst einer Eisenbahn" ein: der erste Fall, in welchem einer Deutschen Ständeversammlung Gelegenheit geboten wurde, ihr Wort zu gunsten des neuen Verkehrsmittels in die Wagschale zu legen. Das denkwürdige Schriftstück erinnert im Eingang an den nicht zur Ausführung gelangten Plan Napoleons, einen Kanal von der Weser zur Lippe zu führen (als Teil eines großen Wasserweges von Lübeck nach Paris), wies auf die durch Vincke bewirkte Schiffbarmachung der Lippe hin und gedachte der ausgezeichneten Darlegungen von Krüger und Koppe, welche im Finanz-Ministerium eine so günstige Beurteilung gefunden hatten. Neuerdings habe, hieß es weiter, der Oberbergrat von Oeynhausen „mit großer Sachkenntnis und persönlicher Aufopferung" die Strecke von Rehme bis Lippstadt behufs Herstellung einer Bahnverbindung veranschlagt und nachgewiesen, daß nach deren Vollendung die Produktion der Saline Neusalzwerk um das Dreifache erhöht werden könne. Der neue Schienenweg müsse jedoch, da es in Rehme an einer geeigneten Verbindung mit der Weser fehle, schon in Minden, wo ein Freihafen anzulegen sei, beginnen und über Rehme, Bielefeld und Gütersloh nach Lippstadt führen, wo durch die bis dorthin schiffbare Lippe direkte Verbindung mit dem Rheine gewonnen werde. — Nur der gegenwärtige Verkehr ließe sich annäherungsweise schätzen, nicht der zukünftige. Nach Maßgabe des in Lippstadt erhobenen Pflastergeldes*) dürfe man annehmen, daß jährlich 500 000 Centner Güter aller Art die Bahn von einem Ende zum anderen passieren und bei einem Frachtsatze von 6 Sgr. pro 10 Meilen nach Deckung aller Zinsen und Unkosten einen Überschuß von 10 bis 13 000 Thaler liefern würden. Die Bahn müsse aus bestem Material, also aus schmiedeeisernen Schienen, die auf Quadern ruhten, hergestellt werden, weil sich nur auf solchen Geleisen Dampfwagen mit 5 Meilen Geschwindigkeit pro Stunde, wie bei Liverpool-Manchester, bewegen könnten. („Die Möglichkeit dazu darf wenigstens nicht ausgeschlossen werden," setzte der Antragsteller mit sichtlicher Besorgnis hinzu, da er sich wohl bewußt war, welch starkes Schütteln des Kopfes jene „5 Meilen pro Stunde" hervorrufen würden.) Das Planum sei gleich für zwei Bahnen herzurichten, die Errichtung von „Packhäusern" (Güterexpeditionen) aber privater Konkurrenz zu überlassen. „Demohnerachtet," berechnete man, „werden die 12 Meilen Bahn nicht unter 660 000 Thaler zu bauen sein. Dies Anlagekapital darf

*) Als sicherer Maßstab für den von Eisenbahnen zu erwartenden Personenverkehr galt damals nur die Zahl der Post-Reisenden; für Güterverkehr die Einnahme an Chaussee-, Brücken- und Pflastergeld.

indeß nicht abschrecken, wenn wir in Erwägung ziehen, daß dadurch eine jährliche Circulation von 4 bis 500000 Thalern hervorgerufen wird. Diese Ergebnisse sind sicher; gehen wir indessen weiter in unsern Betrachtungen, so bleibt die Elbe über Celle und Tangermünde mit der Weser zu verbinden, und ein direkter Verkehr mit Stettin gehört nicht zu den ausschweifenden Plänen!" — — „Die glückliche Ausführung dieser großartigen und erfolgreichen Unternehmung wäre ein frisches Blatt in der Bürgerkrone des Edlen, welcher vier Dezennien früher unserm Vaterlande die ersten Heerstraßen bahnte"*).

Die Einzelvorschläge gingen dahin, Se. Maj. zu bitten, Er wolle den Ständen Erlaubnis zum Bau der Linie Minden-Lippstadt erteilen, die Hälfte des Anlage-Kapitals auf gewisse Zeit zinslos aus der Staatskasse vorstrecken und erlauben, daß die andere Hälfte als verzinsliches Darlehn unter ständischer Garantie angeliehen werde, gleichwie dies mit dem Fonds zur Schiffbarmachung der Lippe früher geschehen sei.

Der Antrag fand eine über Erwarten günstige Aufnahme im Plenum des Landtages. Seitens des mit der speziellen Prüfung und Berichterstattung beauftragten Ausschusses für Handel und Gewerbe, welchem Harkort selbst angehörte, wurde ein in allen Hauptpunkten zustimmendes Gutachten abgegeben. Mit Recht betonte man in letzterem, wie nach Oeynhausens Ermittelungen der Staat allein durch den ermöglichten verstärkten Betrieb der fiskalischen Saline Neusalzwerk die Bahn nach Lippstadt auf eigene Kosten bauen und rentabel machen könne. Jedoch auch dann, wenn die Regierung nicht zum Selbstbau übergehen wolle, sei der jetzt vorhandene Binnenverkehr schon an und für sich imstande, die Bahn zu erhalten. Unter Zugrundelegung einer jährlichen Fördermenge von 500000 Centner (Oeynhausen hatte sich bis zu 700000 Centner verstiegen) ermittelte man die Selbstkosten auf $3^{6}/_{10}$ Pfennig Wegegeld, $1^{5}/_{10}$ Pfennig Fuhrlohn, $^{2}/_{10}$ Pfennig „Inspektion" (i. e. allgemeine Verwaltung), im ganzen also auf $5^{3}/_{10}$ Pfennig pro Centner und Meile. Der Ausschuß schlug demgemäß vor, den Frachtsatz auf 6 Pfennige festzustellen und knüpfte daran die kennzeichnende Bemerkung: „Die ganze Bahn gliche also einer Chausseeanlage, welche ein Jeder unter Wahrnehmung allgemeiner Polizeivorschriften gegen Erlegung des Wegegeldes befahren könnte." Von der Notwendig-

*) Hinweis auf den Landtagsmarschall vom Stein und dessen frühere Thätigkeit für den Chausseebau in Westfalen (S. 60).

keit, den Betrieb in Eine Hand zu fassen, hatte man 1830, wie auch noch Jahre lang nachher, keine Vorstellung*). Über das Bedürfnis von Dampfwagen und deren Geschwindigkeit äußerte sich das Gutachten vorsichtigerweise ebenso wenig, wie über die im Antrage angedeutete Möglichkeit einer dereinstigen Schienenverbindung zwischen Weser, Elbe und Oder. Die große Mehrheit betrachtete das, im Gegensatz zu dem Antragsteller, als ausschweifende Pläne, von denen am besten gar nicht gesprochen würde.

Wesentliche Änderungen erfuhren die in der Immediateingabe (vom 17. Januar 1831) an den König ausgesprochenen Petita. Während Harkort die Erlaubnis zum Bau der Bahn für die Stände, sowie zur Aufnahme des halben Baukapitals unter ständischer Garantie nachsuchen wollte und die Staatskasse die andere Hälfte zinslos vorstrecken sollte, bat der Ausschuß — unter Zustimmung des Landtags — den König prinzipaliter, „die Ausführung des Baues sobald wie thunlich befehlen zu wollen." Für den Fall der Staat jedoch nicht vollständig auf eigene Rechnung die Anlage übernehmen möchte, wurde beantragt: „eine Aktiengesellschaft unter ständischer Vermittelung zu bilden, der es nicht an Teilnahme fehlen dürfte, wenn die Grundbedingungen dahin gestellt würden, daß vom Staate die Hälfte des Anlagekapitals unverzinslich auf gewisse Zeit vorgeschossen und die Ausführung lediglich der Leitung des Oberpräsidenten und einer ständischen Deputation übertragen werde"**). Als Mitglieder derselben wurden, „um jedem Zeitverluste vorzubeugen", die Führer der Versammlung, nämlich der Landtagsmarschall Stein und dessen Stellvertreter von Landsberg-Velen, der Herzog von Arenberg, Freiherr von Romberg, Präsident von der Horst, sowie vom dritten und vierten Stand die Abgeordneten Delius, Harkort, Gallenkamp gewählt und die Königliche Bestätigung dieser Wahlen erbeten. Die in der Hauptsache von dem Referenten Harkort verfaßte Bittschrift schloß mit den Worten:

> „Ew. Majestät gnädige Gesinnungen lassen uns hoffen, daß ein so großartiges und für unsere Provinz so rühmliches und nützliches Unternehmen durch Allerhöchstdero Huld auf das Baldigste in's Leben gerufen werden möge."

Friedrich Wilhelm III. und seine Minister hatten es indessen nicht so eilig, wie die getreuen Stände, den in Preußen herrschenden

*) Auch das Preußische Eisenbahngesetz von 1838 beruht noch auf der Voraussetzung, daß der Betrieb auf der Bahn jedem frei stehen solle.

**) Man gedachte sich dadurch der in Westfalen von jeher wenig beliebten Berliner Beamten-Vormundschaft zu entziehen.

Zustand der „Ruhe und Gemütlichkeit“ durch Eisenbahnen zu vermindern oder ganz zu beseitigen. Zunächst ließ, zur Abkühlung der Gemüter, der Landtagsabschied (vom 22. Juli 1832) volle $1^1/_2$ Jahre auf sich warten und eröffnete dann den zahlreichen harrenden Interessenten: man wolle staatsseitig die in Betracht kommende Strecke vermessen, auch über Richtungslinie, Bauart und Baukosten Ermittelungen anstellen lassen, „um mit diesen Vorarbeiten zu Hülfe zu kommen, wenn eine Aktiengesellschaft die Ausführung des Werkes auf Privatkosten unternimmt, wozu der Staat durch Übernahme von Aktien eine angemessene Beihülfe gewähren wird. Eine weitere Zusage, sie für Rechnung des Staates entweder unmittelbar oder durch Gewährung von Darlehnen zu bewirken, kann aber nicht ertheilt werden, da das jetzige Kommunikationsbedürfniß durch die vorhandene Chaussee gesichert ist, die künftige kommerzielle Wichtigkeit der Anlage auf unsichern Voraussetzungen beruht und andere dringende Bauten die disponiblen Mittel in Anspruch nehmen.“

Dieser kurze, trocken ablehnende Bescheid, in welchem der alles besser wissende Hochmut des damaligen büreaukratischen Absolutismus zum klassischen Ausdruck gelangte, hat die wirtschaftliche Entwickelung unserer westlichen Provinzen um mehr als ein volles Jahrzehnt zurückgehalten. Zeigte die Regierung 1832 nur ein gewisses Entgegenkommen, ja erteilte sie nur die Genehmigung zur Aufnahme von Darlehnen unter ständischer Bürgschaft, wie sie für die Schiffbarmachung des unbedeutenden Lippeflusses früher gegeben worden war, so würde bei der günstigen Stimmung im Lande und im Landtage, dessen erste Männer sich warm für die Sache ausgesprochen und bereits die Wahl in die Baudeputation angenommen hatten, das große Werk zu stande gekommen und die Bahn von der Weser zum Rheine vielleicht schon 1836, spätestens im Jahre 1837 eröffnet worden sein — statt, wie es in Wirklichkeit geschah, erst 1847. Aber nicht genug mit der Verweigerung der Genehmigung zur Selbsthilfe, versah man den ablehnenden Bescheid auch noch mit einem Schlußsatze, welcher das von den Vertretern der Provinz gutgeheißene, großartige und nützliche Unternehmen als überflüssig und unsicher bezeichnete und alle, ohnehin seltenen und ängstlichen, Geldleute von jeder Beteiligung zurückschrecken mußte*).

*) Wie weit die oberste Staatsbehörde damals in Sachen der Eisenbahnen an Einsicht hinter dem denkenden Teile der Nation zurückstand, dafür ist der mehrerwähnte Realschuldirektor Dr. Egen ein klassischer Zeuge. In seiner Selbstbiographie berichtet derselbe über eine 1832 auf Staatskosten ausgeführte Reise nach England, wie folgt:

Die Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit der Einführung von Eisenbahnen war jedoch bereits zu fest in denkenden Köpfen gewurzelt, als daß nicht wenigstens der ernstliche Versuch gemacht werden sollte, durch Bildung einer Aktiengesellschaft zum Ziele zu gelangen. Das Ministerium hatte ja die technischen Vorarbeiten angeordnet und außerdem auch versprochen, durch Übernahme von Aktien dazu eine angemessene Beihilfe zu gewähren. Wie viel oder wie wenig man für „angemessen" hielt — darüber hüllte sich die Regierung freilich mit büreaukratischer Schlauheit in Stillschweigen. Indessen man sah über die aus dieser Ungewißheit entspringenden Bedenken hinweg und bildete im November 1832 zunächst in Minden ein Komitee, welches, über die Grenzen des ursprünglichen Projektes Minden-Lippstadt hinausgehend, den durch die Natur der Verhältnisse gebotenen Bau einer Bahn von der Weser durch den Industriebezirk zum Rheine sich als Ziel steckte und vorschlug, „an denjenigen Orten, welche die Eisenbahn berührt oder die sonst ein Interesse dabei haben", aus einflußreichen Personen ähnliche Komitees ins Leben zu rufen. Diese Bestrebungen zu unterstützen und die öffentliche Meinung energisch anzuregen, ließ Harkort im März 1833 seine bekannte, in notgedrungener Eile verfaßte Schrift „Die Eisenbahn von Minden nach Köln" erscheinen*). Er wies in derselben die Ausführbarkeit, Nützlichkeit und Rentabilität des geplanten Unternehmens bestmöglichst nach, und richtete zuerst das Augenmerk auf Punkte, die bei der seitherigen Besprechung der Angelegenheit noch gar nicht oder doch nur nebensächlich in Betracht gezogen worden waren, nämlich auf Personentransport und Militärzwecke. Unter

„In England fand ich bei meiner Reise die erste Lokomotiveisenbahn in vollem Betriebe. Ich besuchte die übrigen Eisenbahnen in den nördlichen Grafschaften Englands und in Schottland, studierte ihren Bau und ihren Betrieb. Ich erkannte sogleich, welche wichtige Rolle die Eisenbahnen in den zivilisierten Ländern künftig spielen, welch mächtigen Hebel menschlicher Thätigkeit sie abgeben würden. Sie kondensieren bei der Ortsbewegung von Personen und Gütern Raum und Zeit auf ein Viertel der früheren Größe; darin liegt ihre unermeßliche Wichtigkeit. Nach meiner Rückkehr berichtete ich in solcher Ansicht an ein hohes Finanzministerium, fand aber wenig Glauben; ich veröffentlichte mehrere Abhandlungen in den Verhandlungen des Preußischen Gewerbevereins und fand beim Publikum williges Gehör."

Angesichts solcher Zeugnisse und amtlicher Aktenstücke müssen alle späteren, noch neuerdings fortgesetzten Versuche, das Verfahren der Regierung in der Eisenbahnfrage als tiefe Weisheit darzustellen und zum Beweise dessen auf das Gesetz von 1838 hinzuweisen, vollkommen aussichtslos erscheinen.

*) Gedruckt bei A. Brune in Hagen.

Hinweis auf die bei Stockton-Darlington gemachten Erfahrungen stellte er dabei die unerhört kühne Behauptung auf: „Der gemeine Mann reist billiger mit dem Dampfwagen als wie zu Fuße" und belegt das mit einem rechnungsmäßigen Beispiel. „50 bis 100 Passagiere täglich" — höher verstieg auch er sich in seinem Enthusiasmus nicht! — „sind sicher zu erwarten, da die Bahn noch manche Gegenden aufschließt, welche ohne gute Verbindung sind." Über die militärische Bedeutung der Eisenbahnen äußerte er u. a.:

„Die Kunst der Feldherren neuerer Zeit besteht darin, rasch große Streitmassen nach einem Punkte zu bewegen.

„Während ein preußisches Corps sich von Magdeburg auf Minden oder Kassel begiebt, erreicht in derselben Zeit ein französisches Heer von Straßburg aus Mainz, von Metz aus Coblenz, von Brüssel aus Aachen; wir verlieren also zehn Tagemärsche, welche oft einen Feldzug entscheiden.

„Diesen Nachtheil würde die Eisenbahn heben, indem 150 Wagen eine ganze Brigade in einem Tage von Minden nach Köln schafften, wo die Leute wohl ausgeruht mit Munition und Gepäck einträfen. — —

„Denken wir uns eine Eisenbahn mit Telegraphen auf dem rechten Rheinufer von Mainz nach Wesel. Ein Rheinübergang der Franzosen dürfte dann kaum möglich sein, denn bevor der Angriff sich entwickelte, wäre eine stärkere Vertheidigung an Ort und Stelle.

„Dergleichen Dinge klingen jetzt noch seltsam, allein im Schooße der Zeit schlummert der Keim so großer Entwickelung der Eisenbahnen, daß wir die Resultate nicht zu ahnen vermögen!"

Unsere Leser würden schwer irren, wenn sie — die heute nach mehr als einem halben Jahrhundert staunend bestätigen müssen, wie vollständig jene Vorhersagungen nicht nur erfüllt, ja wie weit dieselben noch hinter den Thatsachen zurückgeblieben sind — etwa glaubten, dieselben hätten damals irgend eine erhebliche Anzahl von Gläubigen gefunden*). Im Gegentheil, Harkort wurde wegen derartiger „toller Phantasien" in den öffentlichen Blättern jener Epoche nicht nur von seinen Gegnern verspottet, sondern auch von eigenen Anhängern ernsthaft getadelt. Als er bald nach dem Erscheinen

*) Auch der berühmte Ingenieur, General Aster, war ein entschiedener Gegner der Eisenbahnen. Des General-Postmeisters Nagler Feindschaft gegen sie ist bekannt.

seiner Schrift in einer zum Zweck der Bildung eines Eisenbahnkomitees stattfindenden Versammlung in Hagen äußerte, daß nach Eröffnung der Bahn die Zahl der Reisenden sich gegenüber der Frequenz der Post um das Sechsfache vermehren könne, erschraken auch seine nächsten Freunde über solche „maßlosen Übertreibungen" und nötigten ihn, im vermeintlichen Interesse der Sache, diese unerhörte Behauptung zurückzunehmen oder doch abzuschwächen. Dazu mußte er sich schließlich verstehen — doch wie Galilei nach seinem Widerrufe das unsterbliche Wort „Und sie bewegt sich doch!" vor sich hin murmelte, so sagte auch er in berechtigtem Mißmut darüber, selbst in nächster Nähe so wenig Verständnis zu finden: „Ihr vorsichtigen Leute werdet es noch erleben, daß ich Recht habe und sogar noch zu wenig behauptete"*).

Noch vor dem besprochenen Buche erschien im Dezember 1832 ein „Plan des Terrains der Eisenbahn von Minden nach Köln und deren Seitenverbindungen", entworfen von Henze**) und Fr. Harkort, gezeichnet und lithographiert von W. Tangermann***). Eine beigegebene kurze Denkschrift erläuterte die Karte und angefügte Nivellements-Tabelle. Da der Staat, sagt Harkort, das Nivellement nur von Rehme bis Lippstadt durchführte, so habe er dasselbe bis zur Wupper zu vervollständigen gesucht. Gemäß diesen Vermessungen sei für den Betrieb mit Pferden und Dampfwagen mit mittleren Frachten jede stehende Dampfmaschine — deren man auf der projektierten Bahn Antwerpen-Köln allein fünf gebrauche — überflüssig; ein Resultat, welches alle Erwartungen übersteige. Von Minden bis Gütersloh fiel die durch die Harkortsche Karte vorgeschlagene Linie mit der später (1847) ausgeführten Köln-Mindener Hauptbahn zusammen. Für die westliche Fortsetzung der Strecke, von Gütersloh nach dem Märkischen Kohlenreviere, waren zwei Linien zur Wahl gestellt. Die eine ging, unter Festhaltung des Krüger-Oeynhausenschen Projekts, zunächst nach Lippstadt und von dort durch das reiche Salz- und Korngebiet über Soest und Werl nach der

*) Nach der mündlichen Mitteilung eines Zeugen jenes Vorgangs, des späteren Landtagsabgeordneten P. L. Schmidt aus Elberfeld.

**) Ludwig Henze, damals Wasserbaumeister an der Ruhr, ging demnächst zur Eisenbahnverwaltung über und starb als Ministerialrat in Berlin.

***) Dr. W. Tangermann, der noch lebende hochbegabte Sohn eines Wetterschen Arbeiters, war Buchhalter bei Harkort, studierte später Theologie und wirkte zuletzt als Pfarrer der altkatholischen Gemeinde in Köln. Er besaß u. a. ein außerordentliches Talent für Zeichnen und Malen.

Saline Königsborn*), die andere durch die Münsterländischen Heiden nach der Lippe westlich von Hamm, um sich mit einer von Hoerde herabkommenden Kohlenbahn zu vereinigen. Dortmund, das sich Ende des vorigen Jahrhunderts bekanntlich gegen eine Heerstraße gesträubt hatte, und auch jetzt, gleich der Provinzialhauptstadt Münster, nichts für die geplante Bahn that, blieb nördlich derselben unberührt liegen. Bei Witten im Ruhrthal angekommen, stellte sich als kürzeste, aber auch schwierigste Route für die Fortsetzung ins Bergische eine auf Staatskosten vermessene Linie von Kemnade nach Elberfeld dar. Harkort verwarf diese indes mit Recht wegen des sehr starken Gefälles und empfahl statt ihrer, auf Grund der weit günstigeren Steigungsverhältnisse, die Strecke Hagen-Gevelsberg-Barmen. Von Elberfeld bis Köln verfolgte die Bahn das Thal der unteren Wupper, überschritt den Rhein nördlich von Mülheim und lief endlich auf dem linken Ufer direkt in Köln ein. An Stelle dieser sogenannten Wupperbahn war auch eine Linie von Elberfeld über Düsseldorf nach Köln ins Auge gefaßt. „Die alte ehrwürdige Colonia Agrippina, die zweite Stadt des Reiches, wird das westliche Ende unserer Bahn in ihrem Freihafen aufnehmen und vielleicht an jene von Antwerpen**) knüpfen. Dann schauten wir nach den Umwälzungen dreier Jahrhunderte den alten Landverkehr der großen Hanse mit Brabant wiederhergestellt!"

Harkorts energischer Appell an Vaterlandsliebe und Gemeinsinn errang nur einen mittelmäßigen Erfolg. Zwar entsprachen Köln und Bremen, Elberfeld, die Enneperstraße, Lippstadt, Werl und Hoerde der von Minden aus ergangenen Aufforderung, Ortskomitees für die Bildung einer Gesellschaft zum Bau der Rhein-Weserbahn ins Leben zu rufen; aber wahrer Eifer und Glauben an das Gelingen konnte sich angesichts der Haltung der Regierung nirgendwo entfalten. Der Landtagsabschied von 1832 legte sich wie kalter Reif auf alle jene Bestrebungen, die, wenn der Staat rechtzeitig dem privaten Unternehmungsgeiste die helfende Hand bot, binnen kurzer Zeit Blüte und Frucht getragen haben würden. Zwar bewies man für eine der projektierten Strecken einiges Entgegenkommen, aber leider war diese so unglücklich wie möglich gewählt. Wie früher er-

*) Dem Transport des Salzes, als des wichtigsten Massenartikels, wurde im ersten Jahrzehnt des Eisenbahnbaues entscheidende Bedeutung beigemessen. An die Möglichkeit, Kohlen auf größere Strecken per Bahn zu versenden, dachte man noch gar nicht.

**) Für die Bahn Köln-Antwerpen traten später vorzugsweise David Hansemann in Aachen und Ludolf Camphausen in Köln thätig auf.

wähnt, hatte sich 1826 aus Anlaß der von Harkort aufgestellten Palmerschen Probebahn in Barmen ein Verein gebildet, um einen Schienenweg dieser Art nach Heisingen zu erbauen; war jedoch, weil er ein Vorrecht für den Transport und den Handel mit Steinkohlen verlangte*), damit nicht zu stande gekommen. Da indes die Regierung — Motz lebte damals noch — die Notwendigkeit begriff, wegen der Konkurrenz Englands dem Bergischen Industriebezirke billigeres Brennmaterial zu verschaffen**), so wurde 1830 der Baukondukteur Pickel entsendet, um die gedachte Strecke von Kemnade an der Ruhr über Sprockhövel und die Horather Höhe nach Elberfeld auf Staatskosten zu vermessen und zu veranschlagen. 1833 waren diese Vorarbeiten vollendet; auch gemäß dem früher von Harkort gegebenen Beispiele und auf Befehl des Ministers auf dem Engelnberg bei Elberfeld eine größere, 30 Ruten lange Probebahn angelegt und sogar schon aus fiskalischen Mitteln ein Grundstück für eine Kohlenniederlage der erst noch zu erbauenden Bahn erworben. Die Steigungsverhältnisse erwiesen sich so ungünstig, wie bei keiner anderen damals bestehenden Linie. Trotzdem sprachen sich die Minister der Finanzen und des Innern für den Bau der Bahn auf Staatskosten und durch Staatsanleihe aus, indem sie mit Recht hervorhoben, daß es sich um die erstmalige Ausführung eines größeren Schienenweges handle, also eines unsern einheimischen Geldleuten noch ganz unbekannten Unternehmens. Dabei komme es vor allem darauf an, den Erfolg zu sichern, um nicht das Publikum von der Nachfolge abzuschrecken. Die große Mehrheit des Ministerrats verwarf indes den Vorschlag ihrer Kollegen, indem sie sich dabei hinter den Abschnitt II der Königlichen Verordnung vom 17. Januar 1820 verschanzte, demzufolge Staatsanleihen nur „zur Förderung des allgemeinen Besten" aufgenommen werden dürfen. Im vorliegenden Falle stehe nicht das allgemeine Beste, sondern nur ein örtliches

*) Gleim, a. a. O.

**) Direktor Egen sagte in einer Versammlung am 12. März 1833: „Elberfeld bezahlte bisher den Bergscheffel Kohlen, der auf den Gruben 3 Sgr. kostet, nach einem Transporte von nur drei bis vier Meilen mit $10^1/_2$—11 Sgr., während London seine Kohlen fast zu demselben Preise aus Newcastle bezieht, wo diese Kohlen meilenweit dem Tyne-Flusse zugebracht werden, von Shields aus eine Seereise von 70 Deutschen Meilen machen, eine starke Meile unter der Londoner Brücke in Kähne umgeladen und aus den Kohlenmagazinen oberhalb dieser Brücke wiederum über bedeutende Strecken auf Wagen in der ungeheuren Stadt verteilt werden müssen. Solche Übelstände sollte der geduldige Deutsche nicht jahrelang mit unerschütterlichem Gleichmute, ohne sich zu regen, ertragen!"

Interesse, die Versorgung der Städte Elberfeld und Barmen mit wohlfeileren Steinkohlen, in Frage*). Der König entschied, wie vorherzusehen, für das Mehrheitsgutachten; das heißt, er lehnte den Bau der Bahn auf Staatskosten und die dadurch vielleicht bedingte Staatsanleihe mittelst Kabinettsordre vom 1. Juli 1833 ab und stellte nur eventuelle Hilfe durch die Seehandlung in Aussicht. Natürlich blieben alle Bemühungen, irgend einen Privatunternehmer für Kemnade-Elberfeld zu finden, damals wie später, erfolglos und somit wurde das Projekt 1837 ganz aufgegeben. Die bei Hofe zahlreichen Feinde der die Ruhe und Gemütlichkeit störenden Eisenbahnen, namentlich auch die prinzipiellen Gegner von Staatsbahnbauten und Staatsanleihen — behufs Aufnahme der letzteren hätten ja die gefürchteten Reichsstände einberufen werden müssen!**) — erlangten durch die Kabinettsordre vom 1. Juli, was sie zu haben wünschten, nämlich einen Präzedenzfall, mit welchem sie allen ferneren Ansprüchen ähnlicher Art erfolgreich entgegentreten konnten.

Ein so großartiger, die westlichen Provinzen gleichsam mit eisernen Klammern aneinander schmiedender Plan, wie der Bau der Bahn von der Weser zum Rheine, ließ sich nun freilich nicht mit der Behauptung abfertigen, es handle sich bei diesem, gleich der Elberfelder Kohlenbahn, nur um ein örtliches Interesse. Darum sorgte man regierungsseitig auf andre Weise dafür, dies Projekt zu diskreditieren und seinen Vertretern Lust und Mut zur Weiterverfolgung desselben zu benehmen. Das Mindener Komitee erhielt vom Minister des Innern (von Schuckmann) ein geradezu abschreckendes Reskript. Zu dem Oberpräsidenten von Vincke äußerte sich derselbe Würdenträger schon im Beginn des Jahres 1833 wiederholt absprechend über den Plan, und an die Handelskammer in Düsseldorf verfügte er wörtlich:

„Die Anlage einer Eisenbahn zwischen Düsseldorf und Elberfeld wird das Ministerium, die Nützlichkeit des Unternehmens anerkennend, zu befördern bemüht sein, wogegen ihm das Projekt einer solchen Anlage zwischen Minden und Köln weder zweckmäßig noch ausführbar erscheint“***).

*) Gleim, a. a. O.

**) Die Verordnung vom 17. Januar 1820 bestimmte bekanntlich: „Sollte der Staat künftighin zur Aufnahme eines neuen Darlehns schreiten, so kann solches nur mit Zuziehung und unter Garantie der künftigen reichsständischen Verfassung geschehen.“

***) Die hier gemeldeten Thatsachen entnahm der Verfasser einer im Harkortschen Nachlasse aufgefundenen eigenhändigen Denkschrift des Provinzialsteuerdirektors Krüger in Münster.

Es verdient an dieser Stelle hervorgehoben zu werden, wie sich die Staatsregierung in ähnlichen Fällen den östlichen Provinzen gegenüber verhielt. Den Gutsbesitzern in der Provinz Preußen machte man von 1824 bis 1832 einen Vorschuß von $2^1/_2$ Millionen Thalern. Die ritterschaftliche Privatbank in Pommern erhielt außer einer Verbürgung von $^1/_2$ Million auch noch ein zinsloses Darlehn von gleichem Betrage*). Westfalen dagegen verweigerte man des Staates Beihilfe für die Bahn: die wichtigste wirtschaftliche Angelegenheit, die je die Provinz bewegt hatte.

Es erforderte die ganze Überzeugungstreue und Willensfestigkeit Harkorts und derer, die in diesem Kampfe für die Landeswohlfahrt zu ihm standen, um gegenüber solcher blinden Unkenntnis und Unwillfährigkeit der Machthaber nicht den Mut zu verlieren. Sie blieben trotz alledem fest, obgleich den früher erwähnten und andern abfälligen Äußerungen über das Köln-Mindener Projekt von oben her die möglichste Öffentlichkeit gegeben wurde, um das Publikum abzuschrecken und den Plan als thörichte Projektmacherei erscheinen zu lassen. Nachdem im Sommer 1833 die Linien Lippstadt-Unna, Hoerde-Beckinghausen, sowie die schwierige Gebirgsstrecke von Hagen längs der Enneperstraße bis zum projektierten Tunnel bei Linderhausen-Schwelm auf Kosten der Komitees nochmals durch die Ingenieure von Hartmann und Dietz**) vermessen worden waren, stellte Harkort beim Zusammentritt des vierten Westfälischen Provinziallandtags im November 1833 sofort Antrag auf Erbauung einer Eisenbahn von der Weser zum Rheine (Minden-Düsseldorf). Im Plenum wie im Ausschusse für Handel und Gewerbe wurde derselbe abermals mit allseitiger Zustimmung aufgenommen, auch der Antragsteller selbst wiederum mit der Erstattung des Berichtes beauftragt. Nachdem Preußen durch Schuld seiner Regierung drei Jahre für das große Werk erfolglos hatte verstreichen lassen, hob der Antrag zunächst die Thatsache hervor, daß „in England, Nordamerika und Frankreich die Eisenbahnen reißende Fortschritte gemacht, die bisherigen Grenzen von Zeit und Raum verrückt und

*) Nach einem ungedruckten Manuskript Harkorts von 1836: „Über die Grundsteuer-Verfassung in Preußen in bezug auf die Überbürdung der Provinzen Rheinland und Westfalen."

**) v. Hartmann starb 1871 als Kreisbauinspektor in Dortmund, Dietz als Direktor der Altona-Kieler Eisenbahn. Beide hatten zu Anfang der 30er Jahre in Harkorts Auftrag auch eine Linie aus dem Kohlendistrikte nach dem Siegerlande projektiert; doch konnte Verfasser über diesen Plan nichts Näheres in Erfahrung bringen.

sich in die erste Reihe der Kommunikationsmittel gestellt haben." Holland wolle eine Eisenbahn von Amsterdam nach Köln längs dem Rheinufer herstellen; Antwerpen suche eine direkte Schienenverbindung mit dem Rheine und Deutschland, und das neugegründete Königreich Belgien plane ein vollständiges, sein ganzes Gebiet umfassendes Netz von Bahnen. In Preußen habe das Ministerium des Innern*) die schwierige Linie Kemnade-Elberfeld für ausführbar erklärt und sich über Düsseldorf-Elberfeld günstig geäußert. Da nun der Bau von Minden nach Lippstadt auf Privatrechnung bereits genehmigt sei, so erübrige noch, die Ausführbarkeit des Zwischengliedes Lippstadt-Elberfeld zu untersuchen, um den Plan des verewigten Ministers von Motz, die Weser vermittelst einer Eisenbahn mit dem Rheine zu verbinden, der Vollendung näher zu führen. Die großen militärischen Vorteile seien von dem einsichtsvollen Generalkommando der Provinz längst erkannt worden. Es erscheine nicht nötig, Staatskapitalien in dem Bahnbau anzulegen, sondern es genüge, wenn der Staat, wie bei ähnlichen gemeinnützigen Zwecken schon oft geschehen, den Aktionären 4% Zinsen garantiere, insofern soviel freier Überschuß nachgewiesen; wenn man ferner dieselben Rechte bewillige, welche dem Holländischen Unternehmer Oberst Bake für die Strecke Amsterdam-Köln Preußischerseits zugestanden seien und wenn endlich das Ministerium selbst die Angelegenheit mit Liebe fördere.

Der Landtag genehmigte das in gleichem Sinne abgefaßte Ausschußreferat nicht nur einstimmig, sondern beschloß auch, dasselbe als Immediatbericht an den König zu richten, es drucken und an sämtliche Mitglieder verteilen zu lassen. Dem Referenten Harkort wurde, „wegen der vielen auf dieses Werk verwendeten Mühe", der einstimmige Dank des Landtags ausgesprochen (28. Dezember 1833).

Der Landtagsabschied vom 30. Dezember 1834 erwiderte:

„Die Wichtigkeit des Antrags wegen Verbindung der Weser mit dem Rheine durch eine Eisenbahn mit mehreren Nebenarmen erkennen Wir vollkommen an und sind gern geneigt, der Ausführung dieses Planes Schutz und Beförderung angedeihen zu lassen. Da indeß die vorgelegten Projekte einer sehr sorgfältigen und genauen Prüfung, welche von Uns bereits angeordnet ist, bedürfen, so müssen Wir Uns weitere Erwägung vorbehalten, ob

*) Das Bau- und Bergwesen gehörte damals dem Departement des Innern an. Das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist erst 1848 eingerichtet und 1879 von diesem das jetzige Ressort „der öffentlichen Arbeiten" abgezweigt worden.

und in welcher Art dieses Unternehmen am zweckmäßigsten unterstützt und befördert werden könne."

Das war zwar nicht mehr ganz der Ton des Landtagsabschiedes von 1832, aber inhaltlich auch nichts weiter als das, was Friedrich der Große in seinen Marginal-Resolutionen eine „vague Antwort, Oestreichschen Stylus, der nichts bedeutet" zu nennen pflegte. Wie der leitende Minister des Innern über den großen Plan des Rhein-Weser-Schienenweges dachte, hatte man aus seinen früher erwähnten Verfügungen an das Mindener Komitee und die Handelskammer in Düsseldorf mit hinreichender Deutlichkeit erfahren. Der Landtagsabschied änderte daran nichts.

Nicht der andauernde Widerstand in Berlin, wohl aber immer schwerer werdende Sorgen um die eigene Existenz nötigten Harkort, seit dem Schlusse des vierten Landtags, von der Stelle des ersten Vorkämpfers für den Bau von Eisenbahnen in Westfalen allmählich zurückzutreten. Zwar bewog er die verschiedenen Komitees noch im Sommer 1834, auf gemeinsame Kosten den Ingenieur Dietz nach Belgien zu entsenden, um dort die Arbeiten der eben entstehenden ersten Strecke Brüssel-Mecheln in Augenschein zu nehmen; zwar rastete seine scharfe Feder nicht, wenn die angesichts der Haltung der Preußischen Regierung wieder Oberwasser gewinnenden Feinde der Eisenbahnen zum Angriff übergingen oder alberne Angstmeierei sich breit machte*); aber es ließ sich nicht verkennen, wie sehr ihm jetzt Zeit, Kraft und Mittel fehlten, die große Sache so zu führen, wie dies früher der Fall gewesen. Am 30. März 1835 klagte er einem Freunde: „Heute sind es zehn Jahre geworden, als ich im „Hermann" zum erstenmale über Eisenbahnen schrieb. Großes hätte man in Preußen erreichen, alles mit einem Schlage voranbringen können, wenn die Sache damals energisch angegriffen wurde! Statt dessen ist nichts geschehen; wir haben noch nicht eine Meile Bahn, und unsre Nachbarn, das junge Belgien vorauf**), schöpfen das Fett von der Suppe. Pfui über unsre unüberwindliche Deutsche Schlafmützigkeit!"

*) Auf dem vierten Westfälischen Landtage war man einstimmig für den Eisenbahnbau, auf dem Rheinischen dagegen durfte der Abgeordnete Schuchart aus Barmen noch 1834 sagen: „Aber, m. H., mir schaudert vor der furchtbaren Umwälzung, wenn ich mir denke, daß Deutschland, mit den schönsten Kunststraßen übersäet, nach allen Richtungen mit guten Verbindungswegen versehen, plötzlich mit einer Eisenbahn durchschnitten werden sollte!" — „Rheinisch-Westfälischer Anzeiger" vom 9. April 1834.

**) Belgien hatte durch Gesetz vom 1. Mai 1834 den Grund zu seinem Staatsbahnennetze gelegt.

Und gerade jetzt schien sich die Sache zum Besseren zu wenden. Im Mai 1835 wurde für die Leipzig-Dresdener Bahn das Aktienkapital glatt gezeichnet. Am 19. Juni 1835 traten in Elberfeld unter dem Vorsitze des Handelskammerpräsidenten Feldmann-Simons*) 43 angesehene Männer zusammen, die sich durch Unterschrift zur Aktien-Übernahme bei den Bahnstrecken Elberfeld-Düsseldorf und Elberfeld-Witten „als Sektion der Rhein-Weserbahn" verpflichteten. Für die Linie Elberfeld-Düsseldorf, bezüglich deren man mit einem in letztgenannter Stadt gebildeten Ortskomitee zusammenwirkte, ward gleichfalls binnen wenigen Wochen die erforderliche Bausumme von 750000 Thalern vollgezeichnet. Die Wittener Bahn dagegen, welche 900000 Thaler erforderte, bedurfte längerer Frist, ehe dieser Betrag aufgebracht war, weil, wie der amtliche Bericht vom 29. Juli 1836 meldet, „um diese Zeit wieder eine Art Mißtrauen gegen Eisenbahn-Unternehmungen eingetreten war. Das Mißlingen der Verhandlungen für die Rhein-Weserbahn, sowie die hier und da laut gewordenen Ansichten hochstehender Männer mochten dazu die Veranlassung gegeben haben". Diese wenigen vorsichtigen Worte lassen klar erkennen, wie berechtigt die Ansicht, daß Gelingen wie Mißlingen und Verzögern des Bahnbaues in Rheinland-Westfalen wesentlich, wenn nicht ausschließlich, von dem Verhalten der Behörden abhängig war. Die Düsseldorf-Elberfelder Strecke wurde, nachdem Stephenson sie begutachtet hatte, alsbald in Angriff genommen; die Teilstrecke bis Erkrath am 20. Dezember 1838**), die ganze Bahn am 3. September 1841 eröffnet.

Die wichtige Elberfeld-Wittener Linie blieb schließlich ein Opfer der falschen Politik der Regierung und eigentümlich widriger Verhältnisse. Für sie war die Bauerlaubnis nur mit der Maßgabe erteilt worden, „daß die zu bildende Gesellschaft event. verpflichtet sein solle, ihre Conzession und die sämmtlichen Vorarbeiten derjenigen Gesellschaft abzutreten, welche sich zum Bau der Rhein-Weser-Eisenbahn (als deren integrierenden Bestandteil man Elberfeld-Witten betrachtete) binnen einer Frist von drei Monaten gehörig konstituiren möchte." Trotz dieser Klausel bereitete sich das sehr leistungsfähige und tüchtige Elberfelder Komitee, welchem neben Feldmann u. a. Egen und von der Heydt angehörten, mit Ernst und Überlegung auf die Ausführung seines Planes vor. Man hielt im wesentlichen

*) Ein Vetter Harkorts und Sohn des S. 116 erwähnten Dortmunder Kaufmanns Feldmann.

**) Berlin-Zehlendorf (22. September 1838) war die erste, Düsseldorf-Erkrath die zweite in Preußen eröffnete Lokomotiv-Eisenbahnstrecke.

den in der besprochenen Schrift: „Die Eisenbahn von Minden nach Cöln" durch Harkort vorgeschlagenen Traktus von Elberfeld-Barmen durch den Linderhauser Tunnel, die Enneperstraße, Hagen und Herdecke fest, beschloß jedoch, von dort nicht direkt nach Witten zu gehen, sondern auf dem linken Ruhrufer zu bleiben und bei Bommern die dortige Kohlenzechengruppe anzuschließen.*) — Inzwischen hatte der durch die erwähnte Klausel auf das Komitee der Rhein-Weserbahn geübte Druck seinen Zweck erreicht. Ohne die Bonität ihrer Aktienzeichnungen nachzuweisen, konstituierte sich die Gesellschaft endgültig am 28. September 1836 und erzielte damit, dem ausgesprochenen Vorbehalte gemäß, den Wegfall der Konzession für die selbständige Linie Elberfeld-Witten. Doch schon 1838 stockte der Bau der Rhein-Weserbahn wegen fehlender Mittel und 1841 liquidierte die Gesellschaft völlig. Ein im letztern Jahre unternommener Versuch Hansemanns, die Bahn durch die derzeit von ihm geleitete Rheinische Gesellschaft (Köln-Aachen) vollenden zu lassen, kam gleichfalls nicht zum Ziele. Erst einer neuen, der 1843 gegründeten Köln-Mindener Bahngesellschaft, bei welcher der Staat ein Siebentel aller Aktien zeichnete,**) gelang die Durchführung des großen Unternehmens, welches, statt über Lippstadt-Witten-Elberfeld, nunmehr über Hamm-Dortmund-Duisburg-Düsseldorf nach Köln geleitet und vor und nach in den Jahren 1845 bis 1847 dem öffentlichen Verkehre übergeben wurde. Hätte die Staatsregierung den schon Anfang 1831 an sie gerichteten dringenden Anträgen der ihre Zeit erkennenden Westfälischen Stände rechtzeitig nachgegeben und den Bau der Bahn für gemeinsame Rechnung des Staates und der Provinz ausgeführt, so würden, wie billig, die beiden westlichen gewerbreichen Provinzen des Westens zuerst unter allen andern des eminenten neuen Kulturmittels teilhaftig geworden sein. Die Unfähigkeit der in ihren Spitzen gänzlich verknöcherten Junker-Büreaukratie aus Preußens absolutistischer Zeit hat sich auf wirtschaftlichem Gebiete wohl nirgendwo schadenbringender erwiesen als auf Westfälischem Boden.

Die Elberfeld-Wittener Bahn würde ihrerseits binnen 3 Jahren von 1836 an vollendet gewesen sein, wenn nicht die Regierung, wie berichtet, die Konzession zurückgenommen und der Rhein-Weser-

*) „Bericht über Projekt und Vorarbeiten zu der Anlage einer Eisenbahn von Elberfeld über Hagen nach Witten." Von L. Henz, Kgl. Preuß. Wasserbaumeister. Elberfeld 1836. Die Bahn war zunächst für Pferdebetrieb bestimmt.

**) Der Staat erzielte 1865 beim Verkauf dieser Stammaktien einen glänzenden Gewinn.

Gesellschaft übertragen hätte. Mit dem Untergange der letzteren gerieten natürlich auch auf dieser Strecke die begonnenen Bauten in Stillstand*). Erst nachdem Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung gelangt war, gewann man in Elberfeld wieder Mut, dem wichtigen Plane erneuert näherzutreten. Der Staat beteiligte sich nunmehr bei der Bergisch-Märkischen Bahn, wie der Name für die bis Dortmund verlängerte Linie lautete, mit einem Viertel des Gesamtkapitals. Harkort trat auf Ersuchen seiner Wupperthaler Freunde in die den Bau leitende Verwaltung ein, ging im Sommer 1844 nach Berlin, um dort für die Genehmigung des Statuts mitzuwirken, und gehörte bis zu der am 29. Dezember 1848 erfolgten Eröffnung der Bahn dem Gesellschafts-Vorstande an.

Eine im März 1840 durch Harkort wiederholte Anregung**), die bei dem Scheitern der Rhein-Weserbahn für das Hoerder Kohlenrevier doppelt wichtig gewordene Bahn von dort zur Lippe, welche bereits am 16. Mai 1835 Konzession erlangt hatte, zur Ausführung zu bringen, konnte keinen Erfolg haben, weil es nach allen Enttäuschungen des letzten Jahrzehnts den Bergwerksbesitzern sowohl an Mut zu Bahnbauten, wie noch mehr an Kapitalkraft dafür gebrach. Nach Sicherstellung des Baues der Köln-Mindener Bahn nahm ein aus angesehenen Männern der Stadt Dortmund unter Harkorts Führung gebildetes Komitee 1844 den früheren Gedanken in der erweiterten Form des Projekts einer Linie von Dortmund nach Münster wieder auf. Dieselbe sollte die Bergisch-Märkische mit der Rhein-Münsterschen Bahn, also Rheinland-Westfalen auf geradestem Wege mit der Nordsee verbinden***). Auch dieser Plan scheiterte an dem nicht zu überwindenden Einfluß der mächtigen Familie Bodelschwingh, welchem es gelang, den Eisenbahnknotenpunkt

*) Darunter insbesondere der Linderhauser Tunnel, welcher die Wasserscheide zwischen Wupper und Ruhr zu durchschneiden bestimmt war. Die spätere Bergisch-Märkische Gesellschaft beging den Fehler, den angefangenen Tunnel nicht fortzusetzen, sondern statt seiner den Gebirgsrücken mittels tiefer, kostspieliger Einschnitte und starker Steigungen zu überwinden. Harkort erlebte es zu seiner Freude noch, daß die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft in den 70er Jahren beim Bau der Strecke Düsseldorf-Hoerde sein ursprüngliches Projekt wieder aufnahm und nicht nur jenen Tunnel, sondern auch die erstermittelte Linie Schwelm-Hagen auf dem linken Ufer der Ennepe ausführte.

**) Vergl. „Märkischer Gewerbefreund" II. Jahrg. II. Heft. Herausgegeben auf Kosten des Gewerbevereins und redigiert von Direktor Grothe. Hagen 1840, bei H. Timpen.

***) Der von Harkort verfaßte Prospektus für die Linie Dortmund-Münster findet sich im „Sprecher oder Rheinisch-Westfälischer Anzeiger" pro 1844, S. 180.

für Westfalen, statt in das Kohlenrevier nach Dortmund, den damaligen Interessen der Provinz entgegen nach Hamm zu bringen. Durch diesen Entscheid wurde die direkte Linie Dortmund-Münster natürlich hinfällig und der Rhein-Nordseeverkehr von vier bezw. fünf Verwaltungen abhängig, während Harkorts Absicht dahin ging, von Köln bis Lingen in Hannover alle Gesellschaften unter Eine Direktion zu stellen*). Es mußte noch ein Menschenalter verfließen, ehe dieses Ziel erreicht wurde.

Während in den 20er und 30er Jahren Fritz Harkort sich erfolglos abmühte, der geliebten Westfälischen Heimat zuerst auf dem Kontinent die Segnungen erleichterten Verkehrs zu verschaffen, gelang es dem jüngeren Bruder und treuen Kriegsgefährten Gustav, in seinem Adoptiv-Vaterlande Sachsen die erste größere Eisenbahn Deutschlands thatsächlich herzustellen. Der letztere hatte, nach des Vaters Tode, in Gemeinschaft mit dem älteren Bruder Karl in Leipzig ein Export- und Kommissionshaus errichtet und sich in vergleichsweise kurzer Frist eine sehr angesehene Stellung in der dortigen Handelswelt errungen. Aufmerksamen Auges verfolgte der scharfsinnige und besonnene, allem wahren Fortschritte zugethane, doch nichts überstürzende Mann die 1825 begonnene Agitation seines Bruders für Eisenbahnen in Westfalen, und besaß infolge dessen bereits Verständnis der Frage, als im Herbste 1833 der aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrte Konsul Friedrich List in Leipzig erschien und ihm, sowie seinen Freunden Seyfferth, Dufour-Féronce und Lampe den Bau einer Bahn von Leipzig nach Dresden in Vorschlag brachte. List hatte in Amerika die unendlichen Vorteile der Schienenwege kennen gelernt und selbst eine solche vom Schuylkillkanal nach den Tamaqua-Bergwerken ins Leben gerufen. In Hamburg, wohin er sich zuerst wendete, wurden seine Vorschläge als Chimären belächelt und höchstens eine Linie Hamburg-Hannover für rentabel erklärt. In Leipzig dagegen begegnete List bei den obengenannten thatkräftigen Männern einer wohlwollenden Aufnahme; wie auch diese selbst, als sie der Sache nähertraten, bei ihren Mitbürgern und bei dem Minister des Innern, von Carlowitz, freundlichstes Entgegenkommen fanden. Friedrich Harkort, dessen landtägliche Thätigkeit und Schrift für die Bahn von Minden nach Köln auch in Sachsen öffentliche Aufmerksamkeit erregt hatte, wurde nebst List und einem Sächsischen Techniker als Sachverständiger bei den

*) Brief an den Hannoverschen Regierungskommissar vom 8. Dezember 1845.

weiteren Beratungen zugezogen. Bereits am 17. März 1834 konnte in zahlreicher Bürgerversammlung ein Eisenbahn-Komitee gewählt werden, welches Gustav Harkort einstimmig zu seinem Vorsitzenden bestellte und eine Anzahl Ehrenmitglieder ernannte, zu denen Friedrich Harkort und Professor Egen gehörten*). Die Regierung beglückwünschte das Komitee zur Wahl seines Präsidenten unter der Zusage möglichster Unterstützung und erließ alsbald im Interesse der Bauausführung das unumgängliche Expropriationsgesetz. Man vergleiche mit diesem Verhalten der Sächsischen Regierung dasjenige der Preußischen, und vergegenwärtige sich die Stimmung unserer Westfälischen Patrioten, als sie sahen, wie die große Sache, für die sie sich vergebens abmühten, in dem kleinen Sachsen binnen einigen Monaten mehr Fortschritte machte, als in Preußen binnen ebensoviel Jahren! Selbstverständlich wirkte das Auftreten der Sächsischen Regierung in gleicher fördernder Weise auf die urteils- und leistungsfähige Kaufmannschaft Leipzigs und weiterhin zurück**). Das gesamte Aktienkapital, zu dessen Unterbringung man mehrere Wochen zu bedürfen glaubte, wurde am Tage der Offenlegung der Listen (14. Mai 1835) voll gezeichnet und bald mit Agio bezahlt. Nach definitiver Konstituierung der Gesellschaft übernahm Gustav Harkort das Amt eines Vorsitzers der Direktion, das er, stets von neuem gewählt, bis zu seinem 1865 erfolgten Tod bekleidete. Am 1. März 1836 erfolgte die Inangriffnahme der Arbeiten, am 24. April 1837 die Eröffnung der ersten Teilstrecke und am 7. April 1839 die Einweihung der vollendeten Leipzig-Dresdener Bahn, der ersten größeren Deutschlands, durch den König und seine gesamte Familie. — (Nürnberg-Fürth ist zwar älter im Dienst; doch nur wenige Kilometer lang.) — Als der Sohn Westfalens, welcher das bedeutende Werk angeregt und in kurzer Zeit glücklich hinausgeführt hatte, dasselbe seinem Adoptiv-Landesherrn feierlich übergab, war in seinem Heimatlande, von wo-

*) Der gleichfalls gewählte Alexander von Humboldt lehnte die Ehren-Mitgliedschaft verbindlich dankend ab.

**) Übrigens brachte der große Haufe der neuen Sache, deren unermeßlicher Nutzen vorzugsweise ihm zu statten kommen sollte, in Sachsen ebenso wenig Verständnis entgegen, als an andern Orten. Als das Leipziger Komitee zum erstenmale in Dresden erschien, um dort den Ministern seine Pläne vorzutragen, wurde es auf dem Wege dorthin vom Straßenpöbel mit Hohngeschrei begleitet. Zu den entschiedensten Gegnern der Leipzig-Dresdner Bahn gehörte u. a. der geniale Theatersekretär Robert Blum, welcher dieselbe für eine „bloße Promenadenbahn" erklärte, die nach „klaren Berechnungen" nicht einmal das Anlagekapital decken könne. (Vergl. „Robert Blums Lebensbeschreibung, von seinem Sohne Hans Blum." Leipzig 1878.)

her vor 14 Jahren der erste Ruf für Eisenbahnen erscholl und regster Eifer entwickelt wurde, durch die Schuld der Regierung noch nicht eine Meile vollendet*).

Man hört heute, wo Preußen und Deutschland sich nie gekannten Ansehens und nie dagewesenen Wohlstandes erfreuen, von seiten jüngerer Männer nicht selten Äußerungen naiven Erstaunens darüber, wie es nur möglich gewesen, daß sich in Preußen während der Periode von 1815 bis 1848 so schwerer Mißmut entwickeln, das Ansehen der Regierung so tief sinken und unverstandener Radikalismus bereitwillige Aufnahme finden konnte. Fragen dieser Art erhalten rasche und vollständige Antwort, wenn diejenigen, welche sie stellen, nicht bloß — wie es jetzt leider mehr und mehr Regel zu werden scheint — die Geschichte unserer Triumphe seit 1864, sondern auch die der Zeiten seit 1815 studieren wollten. Dort werden sie finden, wie fortgesetzte Nichterfüllung feierlich gegebener Versprechungen, ruchlose Verfolgung jeder freiheitlichen Tendenz, hartnäckiger Rückschritt der innern, charakterlose unselbständige Haltung der äußern Politik, und endlich ein unbegreiflicher Mangel an Einsicht und Verständnis für wichtige wirtschaftliche Dinge auf seiten der damaligen Machthaber selbst die Loyalität des königstreuesten aller Völker zu erschüttern und Thron und Land schließlich an den Rand des Verderbens zu bringen vermochten.

Harkort und Kamp hatten ihre geschäftliche Verbindung im Jahre 1832 gelöst. Die Gefahren und Schwierigkeiten, welche die genialen Männer bei Durchführung ihrer Unternehmungen zu bewältigen fanden, waren bei dem sie erfüllenden Feuereifer von beiden weit unterschätzt worden. An Ansehen und Ehre hatten sie überall gewonnen, an Geld aber waren sie nicht reicher geworden. Wer da weiß, was es noch heutzutage heißt, neue Industriezweige auf fremden Boden zu verpflanzen, und wer das fünfte Kapitel mit einigem Verständnis gelesen hat, vermag in etwa zu beurteilen, welche Berge von

*) Gustav Harkort und sein Freund Dufour-Féronce wurden in den Jahren 1841 und 42 nach Rußland berufen, wo man ihnen den Bau der Staatsbahn von Petersburg nach Moskau zu übertragen gedachte. Die Unterhandlungen zerschlugen sich indessen, weil die beiden ehrlichen Deutschen sich nicht dazu hergeben wollten, das große Unternehmen in solcher Weise behandeln zu lassen, wie das in Rußland nun einmal gang und gäbe ist. Wie General Graf Kleinmichel als damaliger Minister der öffentlichen Bauten jene sogenannte Nikolaibahn später zu stande gebracht hat, davon kann man noch heute in Rußland die unglaublichsten Dinge erzählen hören.

Hindernissen, von Arbeit, Sorgen und Verlusten in der Mechanischen Werkstätte zu überwinden waren. „Es gab eine Zeit," sagt Harkort in seiner Geschichte von Wetter, „wo der Stab des Werkes jährlich 12000 Thaler für Gehälter in Anspruch nahm" — eine für die damalige Zeit, wo man mit 600 Thalern jährlich anständig leben konnte, ganz gewaltige Summe. Nach Bezahlung der Materialien, Löhne, Gehälter und Zinsen blieb für die Geschäftsinhaber am Jahresschlusse wenig oder nichts übrig. Der Grund für diese betrübende Thatsache, die über kurz oder lang die Auflösung des Unternehmens notwendig herbeiführen mußte, war indes nicht nur in den schwierigen Verhältnissen, sondern auch im Sein und Wesen der leitenden Personen selbst zu suchen. Als Fabrikant zähe bei einer Sache auszuharren, lag nicht in Harkorts Natur; sie gründlich ausbeuten, zunächst für sich allein benutzen, Geld verdienen — hat er nie verstanden und auch später nie gelernt. Das ihn ausschließlich beherrschende, unauslöschliche Streben nach Neuem, nach Verbesserung und rationellem Fortschritt ließ ihn stets über seine und seines Teilhabers finanzielle Kräfte und eigene Interessen, bald mehr, bald weniger, hinwegsehen. Mit Recht klagten seine ihn sonst aufs höchste verehrenden Beamten über den Eigensinn ihres Prinzipals, welcher sich niemals bewegen lasse, der eigenen Fabrikation zeitweilig Ruhe zu gönnen, anerkannt gute Maschinen in ihrer Konstruktion nicht gleich zu ändern und solche — was als Hauptvorteil des Fabrikanten erscheint — möglichst oft in derselben Form und Beschaffenheit herzustellen, und auf diese Weise endlich eigenen berechtigten Gewinn zu erzielen. „Wir sind nicht dazu in der Welt, um stille zu stehen und zu genießen, sondern um fortzuschreiten!" lautete die unwillige Antwort auf derartige berechtigte und wohlgemeinte Vorschläge. Dagegen fanden neue Gedanken, Erfindungen verschiedenster Art, darunter gar manche zweifelhafte, in Wetter bereitwilligste Aufnahme; wurden dort, während die Konkurrenten sich zunächst vorsichtig zurückhielten, mit schweren Kosten durchprobiert und verzehrten oft den Gewinn, welchen andere Artikel abwarfen. Daneben entzog die nie rastende öffentliche Thätigkeit Harkorts naturgemäß einen ansehnlichen Teil seiner kostbaren Zeit dem gemeinschaftlichen Geschäfte. Mehrere Jahre zogen sich diese Zustände in Erwartung besserer Konjunkturen hin; als diese schließlich nicht eintraten, schritt man notgedrungen zur Trennung. Kamp, welcher bei des Werkes Gründung die Mittel hergegeben hatte, übernahm die Maschinenfabrik mit dem Eisenwerke in Wetter, sowie die Rüblinghauser Hütte nebst den Olper Bergwerken als alleiniges Eigentum.

An den Gruben bei Wetzlar behielt Harkort seinen Anteil, und erst der später erfolgte vorteilhafte Verkauf desselben befreite ihn von einer erheblichen Schuld an seinen seitherigen Socius, mit welcher der fast fünfzehnjährige, mühe- und sorgenvolle Lebensabschnitt seiner Wirksamkeit an der Mechanischen Werkstätte in Wetter endete.

Von seinen Leipziger Brüdern mit einigem Kapital unterstützt, schritt Harkort alsbald dazu, sich und den Seinen eine neue Heimstätte zu schaffen. Bei Gelegenheit der in Westfalen stattfindenden Domänenverkäufe hatte er bereits 1827 ein circa 150 Morgen großes Stück des eine Stunde von Dortmund gelegenen fiskalischen Waldes im Hombruch billig erworben und dieses Besitztum in den folgenden Jahren durch Ankauf einer angrenzenden Wiese und Ölmühle abgerundet. Gleich Macbeths Wald von Dunsinan standen hier dicht geschlossen mächtige Eichen, wie sie schöner ringsum im Musterlande Deutscher Eichen nicht zu finden waren*). Leider konnten die herrlichen Bäume nicht erhalten bleiben; sie mußten fallen, um mit ihrem Erlöse den Kaufschilling zu decken und den Boden für eine neue Ansiedelung frei zu machen. „Hier, wo wir sitzen," pflegte Harkort als Greis zu erzählen, wenn er im Schatten der prächtigen Linden vor seiner Thür ruhte, „habe ich wie ein Amerikanischer Hinterwäldler selbst die Eichen gerodet, um Platz für mein kleines Haus zu schaffen, und dann diese Linden mit eigener Hand gepflanzt." Die auf dem Rüpingsbache liegende Ölmühle wandelte er, so gut das mit unzureichenden Mitteln gehen wollte, in eine Eisengießerei und Kesselschmiede um. Auf den Betrieb derselben wirkte der Mangel eines ordentlichen Verbindungsweges mit der unweit vorüberführenden Heerstraße Essen-Dortmund hinderlich ein; doch hoffte man damals, zu Anfang der dreißiger Jahre, noch mit Bestimmtheit auf baldige Herstellung der Rhein-Weser- oder der Elberfeld-Dortmunder Bahn, welche, gemäß dem Projekte, das Thal des Rüpingsbaches nach Norden hin verfolgen sollte. In Wetter wurde ein Hausgrundstück erworben, und eine zu demselben gehörige Scheune in eine kleine Maschinenwerkstatt umgebaut. Die Absicht ging dahin, im Hombruch die rohen Eisengußteile anzufertigen und diese in Wetter vollenden und zu fertigen Maschinen zusammenstellen zu lassen. An tüchtigen Arbeitern

*) J. D. v. Steinen berichtet 1755 über den Hombruch: „In diesem Kirchspiel (Kirchhoerde) finden sich vortrefflich ergiebige Kohlberge, schöne Waldungen, besonders das Hohebruch oder Hombrock, welches dem Landesherrn gehört, und gute Steinbrüche." (Stück XXV, S. 394.)

fehlte es, seit in Wetter 1819 rationelle Maschinenfabrikation eingeführt worden war, nicht mehr; wohl aber an lohnender Arbeit. Die in Kamps Alleinbesitz übergegangene „Mechanische Werkstätte" behielt auch unter der neuen Firma ihren vortrefflichen Ruf und festen Kundenkreis; Harkort mußte sich daher die Beschäftigung für sein neues Unternehmen mühsam außerhalb suchen, und annehmen, was ihm irgendwo und irgendwie angeboten wurde. Unausgesetzt nach neuen, in Westfalen noch nicht betriebenen Industriezweigen ausschauend, fiel sein Augenmerk nach kurzer Zeit auf die Herstellung von Schiffs-Dampfmaschinen.

Wie gewaltig die Zahl der Dampfboote und der Bau derselben in andern Ländern zugenommen hatte, war im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts in Westfalen nur durch vereinzelte Zeitungsnachrichten oder durch Reisende bekannt geworden. Von William Symington, welcher schon am 14. November 1788 auf dem Dalswinton-Loch in Schottland eine Probefahrt mit seinem ersten Dampfschiff ausführte, kannte niemand den Namen. Dieser hatte, wie man erst später erfuhr, dem Amerikaner Robert Fulton bei einem Besuche gestattet, eine Fahrt auf seinem Dampfboote mitzumachen und die Konstruktion des Motors genau zu betrachten. Der kluge Yankee benutzte diese Erlaubnis eifrigst, versprach auch dem vertrauenden Schotten, ihn nicht zu benachteiligen, und befuhr dann, ohne wieder etwas von sich hören zu lassen, am 3. Oktober 1807 den Hafen von New York mit einem von ihm erbauten Dampfschiffe, als dessen erster Erfinder er fortan galt. Von diesem Tage an machten die beiden stolzen Zweige des angelsächsischen Stammes, diesseits und jenseits des Ozeans, die neue, Welten vereinigende Erfindung mit vollster Kraft zu ihrem Eigentume. Bereits 1816 bereiste der jüngere James Watt am Bord eines ihm gehörenden Dampfers den unteren Rhein, legte bei Düsseldorf an und erlaubte dem neugierigen Publikum freundlichst die Besichtigung des „Feuerschiffes".*) Von irgend einer dadurch hervorgerufenen Belebung der Geister, von dem Erwachen des Gedankens an die Möglichkeit, ähnliches auch in unserm Lande zu gebrauchen oder gar selbst herzustellen, läßt sich damals fast keine Spur entdecken. Bremen und Hamburg beschafften die ersten Seedampfer für Deutschland, dann die Postverwaltung solche für die Ostsee; die ersten Flußdampfer

*) Vergl. „Hermann" von 1816 S. 392 und „Westfälischer Anzeiger" vom nämlichen Jahre S. 712. Der Name des Eigentümers wird dort nicht genannt.

erschienen auf der Oder. 1822 berichtet der „Westfälische Anzeiger“ (S. 337) bewundernd, der junge Riese Amerika habe bereits 500 Dampfboote auf seinem Mississippi in Betrieb, bringt aber erst 1824 (S. 2264) die frohe Botschaft, es sei nunmehr auch ein Dampfschiff — das erste!*) — zu regelmäßiger Fahrt auf dem Rheine innerhalb Preußens erschienen. Im September des folgenden Jahres schildert ein patriotischer Berichterstatter die Dampfer-Fahrt Königs Friedrich Wilhelm III. auf dem stolzesten Deutschen Strome („Hermann“ 1825, S. 627). Trotz dieser Allerhöchsten Anerkennung konnte, wie im fünften Kapitel beiläufig erwähnt ist, eine inländische Dampfschifffahrts-Gesellschaft, die Preußisch-Rheinische zu Köln, von der dortigen Handelskammer 1825 nur mit großer Mühe zu stande gebracht und das erste Boot auf der Strecke Köln-Mainz am 2. Mai 1827 abgelassen werden. Im Jahre 1829 gingen bereits drei Dampfschiffe in regelmäßiger Fahrt auf dem Rheine**). Nachdem dann bald die ersten Anfangsschwierigkeiten beseitigt, die unvermeidlichen Gegner, Neider und Spötter jedes Fortschritts zum Schweigen gebracht worden waren, die Dampfschiffahrt sich auch allmählich als rentabel erwiesen hatte, nahm dieselbe nach einigen Jahren endgültig den ihr gebührenden Rang unter den Verkehrsmitteln Deutschlands ein.

Um die Mitte des vierten Jahrzehnts war die Zahl der den Rhein befahrenden Dampfboote natürlich noch klein und die Möglichkeit, sich bei dem Bau derselben als Unternehmer zu beteiligen, um so geringer, als bereits in Holland und in Ruhrort***) bedeutende Werfte bestanden, welche den Bedarf an neuen Schiffen vollauf zu decken vermochten. Vom Rheine her erhielt Harkort auch nicht die erste Bestellung, sondern von der bescheidenen Weser. Der Schiffseigner Georg Rolff in Minden († 1889), ein praktischer, ausdauernder und unternehmender Mann, hatte bei einer Reise nach Frankreich bemerkt, wie dort auch kleinere Flüsse vermittelst flach gehender Dampfboote befahren wurden. Er begab sich alsbald nach

*) Das holländische Boot „Nederlander“. Treitschke, Bd. III, S. 465.

**) Amtlicher Bericht des Staatsrats Kunth vom 16. Juli 1829 an das Handelsdepartement. S. Goldschmidt, „Das Leben des Staatsrats Kunth“. S. 300.

Nach dem neuesten Rheinschiff-Register, Ausgabe VI, wurde der Rhein 1888 von 626 Dampfern verschiedener Art befahren. Von 1883 an hatte sich ihre Zahl um 275 vermehrt.

***) Die Firma Jacobi, Haniel & Huyssen ließ bereits am 7. Mai 1830 das erste durch sie gebaute Dampfboot „Die Stadt Mainz“ auf ihrem Ruhrorter Werft vom Stapel laufen.

Münſter, um dem für jede Verbeſſerung des Schiffahrtsweſens begeiſterten Oberpräſidenten Vincke ſeine Beobachtung mitzuteilen und mit ihm zu beraten, in welcher Weiſe dieſelbe für die Weſer nutzbar gemacht werden könne. Vincke zog ſofort — wir folgen hier einer im Jahre 1877 als Manuſkript gedruckten intereſſanten Darſtellung Rolffs — den zufällig in Münſter anweſenden Harkort bei dieſen Beratungen zu, welche den Beſchluß ergaben, ein flach gehendes Dampfſchiff für die Weſer zu erbauen und die Mittel dazu durch Aktien aufzubringen. Wie immer, wenn es Gutes zu erreichen galt, ſtellte ſich Vincke ſelbſt an die Spitze; er zeichnete perſönlich 1000 Thaler, und dieſes Beiſpiel von oben her machte es Rolff leicht, die übrigen Aktien in Minden und Bremen unterzubringen, obgleich auch hier wieder eine Anzahl kluger Leute darzuthun ſuchten, daß ſich der Weſerſtrom niemals für ein Dampfſchiff eignen würde.*) Das für den Transport von Perſonen und Gütern ſowie zum Schleppen von Segelſchiffen beſtimmte Boot wurde bei der Firma Weſtphal, Strack & Co., die in Duisburg ein neues Werft etabliert hatte, beſtellt und die Maſchinen dafür Harkort in Auftrag gegeben. Mit Feuereifer ging dieſer an die neue, ihn gerade deshalb doppelt anziehende Arbeit. Er hielt ſich während des Jahres 1835 vorzugsweiſe in Duisburg auf, um ſelbſt den Bau und die Einrichtung von Schiffen genau kennen zu lernen, und gelangte hier bald zu der Überzeugung, daß, wenn Ordentliches und Dauerndes geſchaffen werden ſolle, es notwendig ſei, Werft und Maſchinenfabrik zu vereinigen und an die große Waſſerſtraße des Rheines zu legen.**) Reichliche Arbeit wurde ihm für dieſen Fall von verſchiedenen Seiten in Ausſicht geſtellt. Hoffnungsfreudig berichtete er in einem Briefe vom 1. November 1835 darüber ſeiner Gattin und bereitete dieſe auf eine „unſer ganzes Geſchick günſtiger geſtaltende Wendung“ vor.

Die Vorſehung hatte es anders beſchloſſen. Eine ſchleichende Krankheit ergriff die zart gebaute, der öffentlichen Thätigkeit und dem hohen Fluge ihres Gatten nur mit ſchwerer Sorge folgende, häusliche Ruhe liebende Frau. Als Harkort zum Weihnachtsfeſte 1835 an ſeinen Herd in Wetter zurückkehrte, fand er ſie, durch den Tod ihrer Mutter tief gebeugt, ſchwer leidend, und ſchon am Sylveſterabend ſchloß ſie, am 20. Dezember 39 Jahre alt geworden, die Augen zum ewigen Schlummer. Sechs Kinder, von denen das jüngſte drei

*) Jahresbericht der Handelskammer zu Minden pro 1869. S. 39.

**) Duisburg lag zwar nicht direkt am Rhein, war jedoch durch einen 1831 eröffneten, von einer Aktiengeſellſchaft erbauten Kanal mit dem Strome verbunden worden.

Jahre zählte, umstanden mit dem Vater die Leiche der früh Vollendeten. Wer im ersten Kapitel von Fritz Reuters „Stromtid“ die tiefergreifende Schilderung von Hawermanns Totenwacht am Sarge seines Weibes gelesen, kann sich das Bild ausmalen, welches das Haus zu Wetter in der Neujahrsnacht von 1836 darbot. Ein weit vor der Zeit ergrauter Mann saß hier bei der Leiche; Arbeit, Kampf und Sorge hatten das Haar des erst 42jährigen Witwers gebleicht. Er bestattete die Gefährtin seiner Jugend auf dem in herrlichster Waldeinsamkeit gelegenen Kirchhofe von Schede, wo er selbst fast ein halbes Jahrhundert später die letzte Ruhestätte finden sollte, legte Pflege und Erziehung der jüngeren Kinder in die Hände der beiden ältesten, eben herangewachsenen Töchter und eilte dann notgedrungen nach wenigen Wochen zum Kampf ums Dasein, zur unerbittlichen Tagesarbeit zurück.

Der „Friedrich Wilhelm III.“ — so hatte man zu Ehren des Landesherrn den ersten Weserdampfer getauft — lag zur Ablieferung, die vertragsmäßig durch den Erbauer in Minden zu erfolgen hatte, bereit. Um die Wirkungen seiner Maschinen zu erproben und Erkundigungen über den alten Wasserweg der Hansa einzuziehen, entschloß sich Harkort, die durch die Yssel und das Friesische Wattenmeer geplante Fahrt zur Weser und diese selbst stromauf persönlich mitzumachen.*) Es war mitten im Winter; an der Loreley stand noch ein Eiswall mit 28 Fuß Wasserhöhe hinter sich; die Schiffahrt stockte selbstverständlich auf dem ganzen Rheine. Da aber die Strommündungen frei sein sollten, ständige Geldnot auch die schleunige Ablieferung des Schiffes und die Empfangnahme des Kaufgeldes erheischte, so ließ Harkort, von zwei Wetterschen Maschinisten begleitet, die Schiffsmannschaft am 24. Januar 1836 in Gottes Namen die Anker lichten und den Dampfer seine Reise antreten. In Wesel begrüßten ihn Freunde, deren der unternehmende Mann auch dort sich erworben hatte, sowie die Kapitäne zweier rheinaufwärts fahrenden Holländischen Boote. Die Kunde von dem Wagnis, im Winter ein Schiff — und zwar ein Deutsches Schiff! — vom Rhein zur Weser zu bringen, hatte sich weithin verbreitet. In Lobith behandelten die Niederländischen Zollwächter den kühnen Fremdling, der in der jusqu'à la mer-Periode ihren Übermut oft in der Presse gezüchtigt hatte, mit achtungsvoller Neugier, ohne

*) Der bereits erwähnte Jahresbericht der Handelskammer zu Minden sagt darüber: „Es war ein kühnes Wagnis, unter solchen Verhältnissen, bei der damaligen Beschaffenheit der Weser, ein Dampfschiff bis Minden bringen zu wollen.“

mehr als die herkömmlichen Plackereien an ihm zu verüben. Folgenden Tages bog der Dampfer, den Rheinweg verlassend, nordwärts in die Yssel ein, erreichte gegen Mittag Doesborgh und abends Zütphen. Die Uferbewohner strömten in Scharen aus Hütten und Dörfern herbei, um von der Höhe ihrer schützenden Dämme herab das niemals gesehene „Stoomboot" anzustaunen, welches, mit Preußischen und Holländischen Flaggen geschmückt, stolz vorüberrauschte. Die liebe Jugend, gleich den Alten in den landesüblichen Holzschuhen, versuchte stets aufs neue und stets vergeblich mit dem Schiffe in die Wette zu laufen. Helle Freude darüber, daß nach diesem Vorgange eines Deutschen nun auch ihr heimatlicher Strom hoffen dürfe, einer bessern Verbindung teilhaftig zu werden, leuchtete aus den Augen des sonst so schwer beweglichen Volkes, und bereitwillig ließen die Bürgermeister der Städte die Brücken öffnen, um dem „Friedrich Wilhelm" den Durchgang zu ermöglichen.

Alte Erinnerungen knüpften Harkort an das einst zur Hansa gehörende Zütphen. 1814, gleichfalls inmitten des Winters, war er, ein blonder blühender Jüngling, hier im Kampfe gegen den Feind seines Vaterlandes eingerückt; — mit weißem Haar, ein in seinem Liebsten getroffener, wettergebräunter Mann, schritt er 1836 zum zweitenmale im Dunkel der Nacht durch das Thor, wo er einst Wache gehalten. Er suchte in der Stadt den Ort des damaligen Preußischen Hauptquartiers auf. Ein Kaffeehaus war daraus geworden, sonst alles unverändert. Auf den Stühlen der lustigen Freiwilligen, von denen inzwischen schon viele zur großen Armee abgerückt waren, saßen jetzt behäbige Mynheers, aus langen Thonpfeifen schmauchend, welche sich über den kurioſen Deutschen unterhielten, dessen Stoomboot draußen im Strome lag. Einige von ihnen waren klug genug, Harkort am folgenden Morgen um die gern erteilte Erlaubnis zu bitten, ihn zu Schiff bis Deventer begleiten zu dürfen; — es schien ihnen, daß, wenn ein Deutscher die Yssel mit einem Dampfer zu befahren vermöchte, dies auch wohl Holländern gelingen könne. Thatsächlich ist auch bald hernach eine Dampfschiffahrt auf diesem Flusse ins Leben gerufen worden.

In Deventer war die ganze Bevölkerung an die Ufer, auf die Wälle, ja sogar auf die Dächer gerückt, das neue Wunder zu schauen. Kampen hätte durch seine berühmte Brücke der Fahrt des „Friedrich Wilhelm" beinahe einen unerwünschten Aufenthalt bereitet. Der Fluß war in der Nacht stark gewachsen und der freie Raum zwischen seiner Oberfläche und den Brückenträgern für das Boot zu eng geworden. Kurz entschlossen rief der Kapitän Bedger von

dem abermals zu Tausenden herbeigeeilten Publikum soviel als nötig war an Bord, um durch das vermehrte Gewicht das Schiff tiefer ins Wasser einzusenken, damit solchergestalt der über der Wasserlinie befindliche Teil unter der Brücke durchgleiten könne. Das Manöver geriet; trotzdem konnte die Weiterfahrt nicht vor sich gehen, weil auf der Zuyder See sich ein heftiger Sturm erhob, welchem man das nur für den Strombienst gebaute kleine Schiff (120 Fuß Decklänge, $16^3/_4$ Breite, 8 Höhe, 45 pferdekr. Maschine) nicht aussetzen durfte. Fünf Tage lang mußte Harkort seine Ungeduld bezähmen. Er benutzte die unfreiwillige Muße zu einem Besuche der nahe gelegenen Provinzial-Hauptstadt Zwolle, wo er von dem Gouverneur, Graf Rechteren, auf das Zuvorkommendste empfangen wurde und diesem einen Bericht über die Möglichkeit einer Dampfschiffverbindung zwischen Düsseldorf und Amsterdam unter Benutzung der Yssel abstattete. Dann schrieb er an seine in Wetter zurückgebliebenen mutterlosen Kinder, welche der Meerfahrt des Vaters mit nur zu berechtigter Sorge nachblickten. Er schilderte seine Reise sowie Land und Leute, erzählte ihnen von Hollands großer Vergangenheit und von einzelnen Ruhmesthaten der unvergleichlichen Seehelden de Ruyter, Tromp und Piet Heyn. „Merkt es Euch wohl," schließt er einen seiner Briefe, „keine Tugend ist größer als die Liebe zum Vaterlande. Wer sein Vaterland redlich liebt, wird alle seine Kräfte und Fähigkeiten zu dessen Ehre und Frommen ausbilden. Dahin strebt unausgesetzt, und der Segen eines guten Gewissens wird Euch in Glück und Unglück zu teil werden." Diesen aus dem Bewußtsein erfüllter Pflicht gegen das Vaterland entspringenden Segen eines guten Gewissens hat er selbst während seines eigenen langen Lebens immer genossen und mit ins Grab genommen.

Vorübergehend verminderte Heftigkeit des Nordweststurmes gestattete endlich am 1. Februar, von Kampen in See zu stechen und nach eintägiger schwerer Fahrt Harlingen zu erreichen. Das kleine Schiff hielt sich vortrefflich, nicht minder die Maschinen; weniger gut die Mannschaft, die teilweise zum erstenmale Salzwasser schmeckte und von der Seekrankheit zu leiden hatte. Doch abermals gebot das tobende Meer Einhalt. Ein zuverlässiger Lotse war nicht aufzutreiben; man mußte zufrieden sein, als ein alter Fischer von der Westfriesischen Insel Ameland sich erbot, den „Friedrich Wilhelm" bis in die Gegend seiner Heimat zu geleiten. Am 8. Februar konnten endlich in Harlingen die Anker abermals gelichtet und die langwierige, selbst bei ruhigem Wetter gefährliche Fahrt über die

Watten angetreten werden. Bei Flut suchte das Schiff in vorsichtigster Weise seinen Weg längs dem Lande zu finden, bei Ebbe blieb es auf dem wasserfrei gewordenen Grunde sitzen. Solche lange Stunden gezwungenen Wartens verwendete die Mannschaft dazu, Muscheln zu sammeln, Vögel, die in unzähliger Menge das Boot umschwärmten, zu schießen und von den Bewohnern des Uferlandes notdürftig Lebensmittel einzukaufen. Harkort selbst schrieb an einem Tagebuche dieser Fahrt, das leider nicht zum Drucke gelangt und nur teilweise noch erhalten ist. Mit Mühe arbeitete sich das kleine Boot nach Ostfriesland durch; oft durch Sturm genötigt, am Lande Schutz zu suchen, und zum letztenmale auf zwei Tage in dem kleinen Hafen Harlerzyl unterschlüpfend. Die Bewohner, bis 1815 Preußen, nahmen die ehemaligen Landsleute und Gefährten aus den Freiheitskriegen äußerst freundlich auf und versammelten sich in hellen Haufen um das Schiff, das die noch immer von ihnen geliebte Preußische Flagge führte und den ehrwürdigen Namen Friedrich Wilhelm III. trug. Fast wäre den Reisenden noch am letzten Tage ihrer Fahrt Unheil begegnet. Das Schiff mußte bei solch bösem Wetter und unter so schwierigen Umständen um die Sandbänke der Wesermündungen herum manövrieren, daß es beide große Anker verlor und nur mit Mühe davon kam. Es war sein Geburtstag (22. Februar), den Harkort auf diese Weise in Seesturm und Lebensgefahr feierte. „Daß wir uns dort nicht länger hielten, als wie nöthig war, könnt Ihr denken," meldete er seinen Kindern aus Vegesack. „Da das Schiff keine Nacht mehr in See bleiben konnte, so haben wir wacker Fersengeld bezahlt und sind, ohne den neuen Bremer Hafen*) zu berühren, gleich hierher gefahren und mit Schiff und Mannschaft unverletzt angekommen."**)

Nach glücklich bestandenem Kampfe mit den Elementen auf dem Wasser — die soliden Maschinen hatten dabei nicht eine Schraube verloren — begann der Kampf mit dem Jammer der

---

*) Die von dem berühmten Bürgermeister Smidt gegründete heutige Stadt Bremerhaven.

**) 47 Jahre nach Harkort legte ein für die Strombau-Direktion der Weser von der Firma Gebrüder Schultz in Mainz gebautes Fluß-Dampfboot, die „Weser", den nämlichen Weg wie 1836 der „Friedrich Wilhelm III." zurück, fuhr jedoch statt im stürmischen Winter im Hochsommer. Die „Frankfurter Zeitung" vom 2. September 1883 brachte unter der Überschrift „Eine interessante Seefahrt" eine Beschreibung jener Reise durch die Yssel und über die Watten. Während Harkort 30 Tage von Ruhrort bis Bremen gebrauchte, vollendete die „Weser" die Tour in der Zeit vom 16. bis 24. August, also in einem Viertel der Zeit.

Kleinstaaterei auf dem Lande. Um zunächst in Bremen die frühere alte hölzerne Brücke mit ihren dahinter liegenden 11 Schiffsmühlen passieren zu können, blieb nichts anderes übrig, als durch Vermittelung eines befreundeten Senators den Mühlenpächter zu veranlassen, seine Mühle auf eine Stunde stille zu setzen. Dafür waren 100 Thaler zu zahlen. In Hoya erwies sich die Brücke als so eng, daß behufs Durchfahrt des Dampfers der halbe Radkasten provisorisch beseitigt werden mußte. Beim Dorfe Schweringen, nördlich von Nienburg, weigerte sich der Hannoversche Fährpächter, das Fährseil herunterzulassen, weil er nur für Segelschiffe, nicht für Dampfboote dazu verpflichtet sei. Als alle gütlichen Vorstellungen nicht halfen, ließ Harkort, kurz entschlossen, seinen Dampfer kräftig gegen das Seil losfahren und es auf diese, 1667 von dem Holländischen Kapitän Brakel auf der Themse angewendete, Weise sprengen. Ein inzwischen vom Fährpächter requirierter Gendarm ritt fluchend am Ufer nebenher, mit einer Verfügung versehen, welche die Weiterfahrt untersagte. Da indes die Schiffahrt auf der Weser vertragsmäßig frei war, so blieb das Boot über Nacht mitten im Strome vor Anker liegen und entzog dadurch dem uniformierten Vertreter der Hannöverschen Staatsgewalt die Möglichkeit, sein Verbotsmandat einzuhändigen. Eine Hauptschwierigkeit boten die sogenannten Liebenauer Steine, eine Reihe kolossaler, quer durch den Strom sich hinziehender Granitblöcke. Unter Zuhilfenahme von Pferden auf beiden Stromufern, bald nach der linken, bald nach der rechten Seite lavierend, gelang es mit größter Anstrengung, dies berüchtigte Schiffahrtshindernis zu passieren und am vierten Tage der in Bremen begonnenen Weserfahrt Minden, das ersehnte Ziel, am 1. März zu erreichen. Die Reise hatte 5 Wochen und 1 Tag gedauert. Von den Wällen der Festung ertönte zur Feier der Ankunft des ersten Dampfboots auf Westfälischem Boden der Donner der Kanonen; eine mächtige Volksmenge, die Aktionäre des Schiffes an der Spitze, zog den Ankommenden mit Musik und Hurraruf entgegen, und Tausende strömten in den nächsten Tagen auf das Dampfboot, um Maschine und innere Einrichtung zu betrachten.

Harkort hatte alle auf der Weser erlebten Widerwärtigkeiten genau notiert und erstattete darüber Bericht an den Oberpräsidenten, welcher seinerseits über die Angelegenheit mit dem „souveränen" Nachbarstaate verhandelte. Die Liebenauer Steine aus der Weser zu beseitigen, erklärte die Hannoversche Behörde kurzweg für unmöglich, bis der alte Vincke an Ort und Stelle ging und Rolff, welcher

die Fahrt des „Friedrich Wilhelm III.“ von Bremen aus mitgemacht hatte, sich selbst zur Fortschaffung der Felsen erbot und diese bald bewirkte. Die Beseitigung der Schiffahrtshindernisse an der Hoyaer Brücke aber dauerte noch bis in die Mitte der vierziger Jahre. Um sie zu erreichen, wußte Rolff, bei Gelegenheit eines Königlichen Besuchs, in witziger Weise die Aufmerksamkeit Friedrich Wilhelm IV. auf den Unfug hinzulenken und diesen persönlich für dessen Abstellung zu erwärmen.

„So war,“ schreibt Rolff in seinem früher erwähnten Aufsatze, „in den 30er und 40er Jahren die Weser-Schiffahrt beraten, und es war unmöglich, auf geraden Wegen, namentlich bei den Hannöverschen Behörden, Schutz und Gehör zu finden.“ Nach einem Menschenalter wurde das Maß voll und das Sündenregister des übermütigen Welfentums und der Kleinstaaterei in Norddeutschland durch den Krieg von 1866 endgültig ausgeglichen.

Auf seiner Fahrt nach Bremen war Harkort in Vegesack ein Segelschiff mit flachem Kiel aufgefallen, das sich angeblich als seetüchtig bewährt hatte. Heimgekehrt, schlug er einem in Köln gebildeten Seeschiffahrtsvereine vor, einige solcher Fahrzeuge durch ihn erbauen zu lassen und diese als „Rhein-Seeschiffe“ zur direkten Fahrt zwischen der Metropole der Rheinprovinz und transatlantischen Häfen zu verwenden. Den seit 300 Jahren schlummernden direkten Seeverkehr Binnen-Deutschlands mit andern Ländern neu zu beleben oder, wie er sich auszudrücken pflegte, „die Wege der alten Hansa wieder aufzusuchen“, gehörte schon seit langer Zeit zu seinen mit besonderer Liebe gepflegten Plänen. Die genannte Gesellschaft ging auf Harkorts Vorschläge ein; jedoch nur in einer Form, welche, wenn das Unternehmen scheiterte, das ganze Risiko ihm allein überließ, sie dagegen am Gewinne beteiligte, falls dasselbe zum Ziele führte. Ein klar blickender und vorsichtiger Geschäftsmann würde eine Verbindung auf solcher Grundlage rundweg abgelehnt und lieber auf das Vorhaben verzichtet haben. Harkort that das zu seinem Unglücke nicht. Es lag eben tief in seiner Natur, Hindernisse und Gefahren überhaupt gering zu schätzen und gerade dann am wenigsten auf sie zu achten, wenn es sich um eine Angelegenheit von allgemeinem Nutzen handelte. Statt des ursprünglich vorgeschlagenen Baues der Schiffe, auf Grund Auftrags der Gesellschaft oder doch auf gemeinschaftliche Rechnung, bewilligte deren Vertretung ihm nur einen Geldvorschuß. Kaum war im Herbste 1836 in

Duisburg der Kiel zum „Rhein“ gelegt — einem nach Art der Ever von Blankeneſe gebauten, als Schonerbrigg getakelten Schiffe, deſſen Kümm die Form eines S hatte, die in gewiſſen Fällen den eigentlichen Kiel erſetzte,*) — als die Schwierigkeiten begannen. Die Regierung unterſagte den Weiterbau, weil angeblich die Bauart unſicher und der die Arbeit leitende Ingenieur kein geprüfter Seeſchiffbaumeiſter ſei. Von der Weſer herbeigeſchaffte und der Behörde vorgelegte Zeugniſſe Sachverſtändiger über die erprobte Seetüchtigkeit der Schiffe, nach deren Muſter der „Rhein“ gebaut werden ſollte, erzielten keine aufhebende Wirkung. Es bedurfte einer beſondern Reiſe Harkorts nach der Hauptſtadt, um durch den ihm wohlgewogenen Kronprinzen und die zuſtändigen Miniſter die Erlaubnis zum Fortbau zu erreichen. Der Regierungsvorſchrift zu genügen, war er indes genötigt, den Schiffbaumeiſter Seydell aus Stettin zu engagieren, ſowie einen Kapitän, Matroſen und holländiſche Schiffszimmerleute anzuwerben. Bei ſeinen ohnehin unzulänglichen Geldmitteln erwuchs ihm durch dieſe koſtſpieligen Maßnahmen eine unvorhergeſehene Ausgabe von mehr als 3000 Thalern. Trotz aller dieſer Hinderniſſe wurde der „Rhein“ doch im Sommer 1837 vollendet und behufs Einnahme ſeiner Ladung durch Harkort ſelbſt nach Köln gebracht. Der Vorſtand des Schiffahrtsvereins ließ das Schiff zunächſt in Mülheim am Rhein vor Anker gehen, um eine möglichſt feierliche Einholung in Scene ſetzen zu können. Über dieſe berichtete die „Kölniſche Zeitung“ in folgenden Worten:

„Köln, 7. Aug. Epochemachend in den Annalen der Vaterſtadt war der geſtrige Tag, denn Köln feierte geſtern in der Bewillkommnung des erſten Rheinſeeſchiffes, welches von hier aus die direkten Verbindungen mit den überſeeiſchen Häfen eröffnen ſoll, ein ebenſo ſchönes als hiſtoriſch wichtiges Feſt, weil nach beinahe vollen 300 Jahren jetzt Kölns Flagge, der altbewährten Hanſeſtadt, die Weltmeere wieder begrüßen und den Ruf der einſt ſo blühenden Handelsſtadt auch jenſeits des Ozeans wieder zu Ehren bringen wird.

Die wohllöbliche Dampfſchiffahrtsverwaltung, den Wünſchen der Kommiſſion des Schiffahrtsvereines willfährig entſprechend, ließ das Dampfboot „Der Kronprinz“ zur Verherrlichung des Feſtes mitwirken; und ſo verſammelten ſich um 12 Uhr morgens die ſämtlichen Zivil- und Militärbehörden wie die Kaufmannſchaft und

*) Nach einem Vortrage von Dr. C. Scheibler in der Polytechniſchen Geſellſchaft zu Stettin am 16. Januar 1863.

ihre Mitglieder, welche das schöne Unternehmen ins Leben riefen, auf dem prachtvollen Dampfschiffe, um der von Herrn Harkort auf dem Duisburger Werfte gebauten und von Kapitän Otto geführten Schonerbrigg „Der Rhein", welche bei Mülheim vor Anker lag, entgegenzufahren. Unter dem Donner der Böller fuhr das reichgeschmückte Dampfschiff rheinabwärts nach Mülheim, wo die Schiffe sich begrüßten und die Gesellschaft das neue Kölnische Rhein-Seeschiff mit lautem Jubel in Empfang nahm. Eine glückliche Vorbedeutung möge es dem patriotischen Unternehmen sein, daß sich jetzt ein leichter Nordost erhob und die Brigg also durch ihrer Segel Kraft dem Dampfboot, welches sie immer majestätisch umkreiste, in stolzer Ruhe folgen konnte. Großartig und schön war dies Schauspiel: Das leicht dahinfahrende Dampfschiff und die mit den Flaggen der Rheinufer-Staaten geschmückte Brigg mit vollen Segeln, im schönsten Wetter, an dem vom Türmchen bis zum Friedrich-Wilhelm-Werfte von Tausenden und Tausenden festlich gekleideter Menschen besäetem Ufer unter dem Klange der Musik und dem Rollen der Böller hingaukelnd und freudig begrüßt, bis sie unterhalb der Rheinbrücke vor Anker ging.

Ein glänzendes Festmahl, von der Kommission des Seeschiff-fahrtsvereins im Saale des Kasino veranstaltet, schloß würdig die schöne Feier. Jubelnd erklangen die Toaste auf das Wohl unseres allgeliebten Königs, des Kronprinzen, der Behörden und aller Beförderer des Unternehmens, nachdem der Herr Oberbürgermeister Steinberger mit wenigen kräftigen Worten die Wohlthat des Unternehmens für Köln und dessen historische Wichtigkeit auseinandergesetzt hatte. Möge das Unternehmen, das wahrer Patriotismus entstehen sah — wenn sich die Folgen auch noch nicht bestimmen lassen, — mit dem glücklichsten Erfolge gekrönt werden! Dies ist ein Wunsch, den jeder Kölner, dem das Wohl der Vaterstadt, ihr Ruf und ihre Ehre am Herzen liegt, hegen muß. Gottes Schutz und Segen sei ihm erfleht!"

Dazu ertönte fröhlicher Becherklang und der Gesang von Liedern, in denen Ernst Weyden, ein beliebter Kölner Lokaldichter, die Eintracht und Thatkraft seiner Vaterstadt gebührend feierte. Doch als jeder Kölner — um mit den Worten des Berichterstatters zu reden, — „dem das Wohl der Vaterstadt, ihr Ruf und ihre Ehre am Herzen lag", vom Bankette nach Hause ging, da war die hellauflodernde Begeisterung rasch verflogen. Mit den gerade bei einem solchen, weil neuen und unbekannten, Unternehmen doppelt großen Anfangs-schwierigkeiten mochte niemand zu thun haben. Schon als das Schiff in Ladung gelegt wurde, fehlte es an Gütern für diese, und

die Kommission des Vereins, welche für sie zu sorgen übernommen, sandte schließlich ein großes Quantum — Pflastersteine an Bord*).

Am 1. Oktober 1837 endlich konnte die Abfahrt des „Rhein" von Köln nach London, mit Harkort und seiner zweiten Tochter an Bord, vor sich gehen. Die Holländischen Behörden, die den Deutschen Versuch, eine direkte Verbindung zwischen den Rheinhäfen und England zu stande zu bringen und sich dadurch von der maritimen Vormundschaft der Niederlande zu befreien, natürlich mit sehr mißgünstigen Augen betrachteten, legten ihm bei der Durchfahrt die möglichsten Hindernisse in den Weg. Größer waren noch diejenigen, welche das Schiff auf der Reede von Hellevoetsluis, wo schon so viele warten lernten, zu überwinden hatte. Über 3 Wochen lag der „Rhein" hier angesichts eines wütenden Meeres still. „Wir haben dort," berichtete er in die Heimat, „bittere Tage verlebt. Langeweile und Sturm, mit der Aussicht Havarie zu leiden, während daheim der Krebsgang. So entschloß ich mich denn am 6. (November) Morgens 10 Uhr, das Wagestück zu versuchen, unter 23 Schiffen allein die Anker zu lichten, nachdem endlich ein Lotse willig gemacht worden. Die Brandung war äußerst wild. Das Wasser wurde so über die Barre gepeitscht, daß man jeden Augenblick fürchten mußte, auf den Grund zu stoßen! Glücklich kamen wir durch. Der Lotse indessen konnte nicht heimkehren; wir haben ihn nach England flüchten müssen. Gestern Morgen um 5 Uhr sahen wir bereits die englischen Leuchtfeuer und binnen 24 Stunden die Bucht von Shoeburyneß am Eingange der Themse. Der „Rhein" ist das einzige Schiff aus der ganzen Nordsee, welches gestern binnen gekommen; außerdem 2 Schiffe aus Antwerpen, die vor dem Winde hersegeln konnten. Mathilde**) hielt sich gut; sie wurde nicht seekrank, sondern hat Mittags Erbsensuppe mit uns gegessen.

Wir haben von dem Abenteuer den Vortheil:

1) wir wissen, daß das Schiff in schwerer Brandung sehr gut steuert;

*) Als Gegenstück zu jenen Pflastersteinen, welche das erste Rhein-Seeschiff vor einem halben Jahrhundert einzunehmen genötigt wurde, möge hier die Notiz Raum finden, daß seit mehreren Jahren eine direkte Schiffslinie zwischen dem Rhein (Remagen) und London in Betrieb gesetzt ist, auf welcher ausschließlich Mineralwasser von Neuenahr nach London transportiert wird. Damals Pflastersteine — heute Apollinaris-Wasser! Außer diesen Segelschiffen unterhalten seit 1885 noch drei Rhein-Seedampfer eine regelmäßige direkte Verbindung zwischen Köln und London.

**) Seine ihn begleitende 16jährige Tochter.

2) im Sturm den Kopf nicht unterſteckt; alſo den Aſſekuradeuren vollſtändige Sicherheit gewährt;

3) die Bauart hat ſich als vorzüglich erwieſen, indem 3 Schiffe, die in London zu Hauſe und ſeit 3 Wochen in Helvoet auf Wind warteten, ſich nicht hinaus wagten und jetzt hinter uns zurückgeblieben ſind.

Die ganze Unternehmung iſt jetzt in das Reich der Wirklichkeit getreten; Ihr ſollt davon reden hören."

Der „Rhein" erhielt nach genauer Prüfung ſeines Baues und mit Rückſicht auf ſeine vorzügliche Haltung in der ſtürmiſchen Fahrt durch die Nordſee bei Lloyds Verſicherungsgeſellſchaft die Klaſſe Nr. I L^{a} A zuerkannt und wurde gekupfert. Sein Eintreffen erregte ſelbſt in London mächtiges Aufſehen. Alle Zeitungen beſprachen den ausſichtreichen, gelungenen Verſuch, den Deutſchen Hauptſtrom direkt mit der Themſe in Verbindung zu bringen, in Artikeln voll aufrichtiger Sympathie. Gleich nach der Ankunft hatte Harkort dem Lord-Mayor in feierlicher Audienz im Manſionhouſe eine Adreſſe der Kölner Kaufmannſchaft ſowie als Geſchenk ein Faß edelſten Rheinweines überreicht. Seine Herrlichkeit nahm beides huldvollſt entgegen und entbot zum Danke den Deutſchen Abgeſandten zu dem großen Feſte in Guildhall, auf welchem am 11. November die Amtseinſetzung des Hauptes der City mit herkömmlicher Prachtentfaltung gefeiert wurde. Hier gab die erſte Magiſtratsperſon Englands der bei ihm verſammelten Tiſchgeſellſchaft, unter welcher ſich das ganze Miniſterium befand*), Kenntnis von der Ankunft des erſten Deutſchen Rhein-Seeſchiffes in der Hauptſtadt des Britiſchen Weltreiches und trank unter lauten Cheers in dem ihm geſpendeten Rheinweine die Geſundheit ſeines ehrenwerten Führers.

Dieſe wohlverdiente Ehrenbezeugung durch Engländer, welche beſſer als die damalige Deutſche Generation die Bedeutung direkter internationaler Handelsverbindungen zu ſchätzen wußten, war für Harkort der letzte Lichtblick in der ſehr unglücklich verlaufenden Angelegenheit. Da von Köln aus auch für die Rückladung nichts geſchehen war, ſo mußte er als Reeder mit ſeinen eigenen geringen Mitteln ein unzureichendes Quantum Eiſen kaufen. Darüber verging koſtbare Zeit; als endlich verſpätet der Heimweg angetreten werden konnte, wurde das Schiff durch Sturm nach Vliſſingen verſchlagen und

*) Lord Melbourne; das erſte Kabinett der am 20. Juni 1837 auf den Thron gelangten Königin Viktoria.

dann durch Frost genötigt, unter schweren Kosten bei Gorkum in Holland zu überwintern. Schon von London aus hatte Harkort, der im Dezember über Land zurückreiste, den Kölner Verein auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, ein Dampfschleppboot anzuschaffen, um die Segelschiffe, deren drei in Aussicht genommen waren, den Rhein bis Köln stromauf zu bugsieren. Diese unumgängliche Anlage wurde damals als überflüssig abgelehnt, während heute der Rhein mit solchen Schleppbooten bedeckt ist. Inzwischen hatten in Köln „reine" Geldleute — wie man sonderbarerweise jene zu nennen pflegt, die oft mit wenig reinen Mitteln nackte Geldinteressen verfolgen — die Leitung übernommen und eine Kapitalerhöhung ins Auge gefaßt. In der leider viel zu spät erlangten Erkenntnis, daß ein weiteres Zusammenwirken zwischen ihm, der öffentliche Interessen stets den eigenen voranstellte, und solchen, bei denen nur diese letzteren den Ausschlag gaben, gar zu sehr dem bekannten Spaziergange des irdenen und eisernen Topfes gliche, erklärte Harkort auf die Frage: zu welchen Bedingungen er sein Unternehmen der Gesellschaft abzutreten geneigt sei? sich sofort bereit, es gegen Erstattung der baren Auslagen zu übertragen. Das lehnte man andrerseits ab, weil die weitere Entwickelung der Dinge begründete Hoffnung bot, man werde weit billiger fertig werden. Denn schon hatte Harkort unvorsichtigerweise den Kiel für zwei weitere Schiffe („Verein" und „Kronprinz") gelegt, zu deren Vollendung ihm, wie die klugen Kaufleute klar durchschauten, das nötige Geld fehlte. Bald eintretende Geldverlegenheit zwang ihn, die Gesellschaft um Hilfe anzugehen, die man ihm nur unter Verzicht auf den früheren, ohnehin schon ungünstigen Vertrag und gegen die Verpflichtung gewährte, für 8000 Thaler ein Schiff nach Köln zu liefern, dessen Selbstkostenpreis sich auf 13 000 Thaler berechnete. Noch nachteiliger gestalteten sich die Folgen einer Anleihe, die Harkort unter Verpfändung der Schiffe gegen enorm hohe Zinsen und kurze Rückzahlung bei einem reichen Kommissionsmitgliede machte. Als, wie vorhergesehen, die Rückgabe nicht zum Termin erfolgen konnte, machte man, nunmehr jede Rücksicht beiseite setzend, kurzen Prozeß, belegte die verpfändeten Schiffe mit Beschlag und ließ sie (Sommer 1838) öffentlich versteigern. Ihr Erbauer wurde dadurch einfach ruiniert. Das Einzige, was ihm blieb, war die Flagge des „Rhein", mit welcher man auf seinen letzten Wunsch seine Leiche bedeckte, als der müde Wanderer 42 Jahre später zur ewigen Ruhe gelangte. „Im Jahre 1837," schrieb er dem oberschlesischen Großindustriellen von Winkler, bei welchem er damals vorübergehend eine Freistätte fand, „im Jahre

1837 habe ich die Sorgen und den Kummer eines ganzen Menschenlebens erduldet!" Wenn er, der so wenig von sich sprach und so selten an sich dachte, einer solchen Klage Worte verlieh, dann enthielt sie vollste Wahrheit.

Wie die öffentliche Meinung über den beschämenden Verlauf der ersten Rhein-Seefahrt — deren Einzelheiten übrigens niemals in die Öffentlichkeit gedrungen sind — und über Harkorts Behandlung durch jene Geldleute dachte, dürfte folgende Zeitungsnotiz aus damaliger Zeit beweisen:

„Es thut wohl, in unserer Zeit der Mammonsknechtschaft oder Gelddienerei Beweise zu finden, daß doch auch die Rasse, in deren Sinnesart Ruhm, Ehre und Ideen höheren Wert haben als Prozente, nicht ganz ausgestorben ist. Geht ein einzelner dieser seltenen Gattung zu Grunde, so werden die Bessern an seiner Asche weinen; ward aber die von ihm erzielte Idee ins Leben gerufen, mögen sie eben darin den schönsten Trost finden. Nachdem Columbus die neue Welt entdeckt hatte, ward sie von anderen Amerika genannt; Ehre und Ruhm aber sind dem Christoph Columbus geblieben. Ruhm und Ehre werden auch dem Friedrich Harkort bleiben."*)

Der S. 265 genannte Dr. Scheibler berichtet in seinem 1863 in Stettin gehaltenen Vortrage über das Harkortsche Unternehmen folgendes:

„Die erste Reise des „Rhein" ging nach London, und rüstete sich sodann das Schiff zu einer Fahrt nach Amerika. Inzwischen war das zweite Schiff vollendet worden; es trat im Januar 1838 seine erste Reise von Köln nach Stettin an und ging später von Köln nach Amerika. Ungeachtet diese Schiffe sich als Seeschiffe vollkommen bewährten, so entsprachen sie ihrer geringen Größe wegen nicht der gehofften Rentabilität. Es gab damals noch keine Dampfschlepper auf dem Rheine; die Schiffe wurden mühsam mit Pferden den Strom zu Berg gezogen und konnten zu Thal nur mit dem Strome treiben, wodurch viel Zeit verloren ging. Dazu kam der ungünstige Schiffahrts-Traktat mit Holland, wonach die Seeschiffe das volle Oktroi zu Berg sowohl wie zu Thal an Holland zahlen mußten, wogegen die Rheinschiffe zu Thal nichts und zu Berg nur das halbe Oktroi gaben.

Wie groß die Teilnahme für das Unternehmen war, bewies, daß der König Ludwig von Bayern in Hinweis auf den Main-

*) Der Titel der Zeitung, welche diese kennzeichnende Notiz brachte, ist an dem im Besitze des Verfassers befindlichen Ausschnitte leider nicht mehr vorhanden.

Donau-Kanal darauf aufmerksam machte, daß die Produkte Bayerns fortan direkt von ihrem Erzeugungsorte über das Meer versandt werden könnten. Auch in Danzig und Stettin regte sich der Gedanke, den Zwischenhandel Hollands zu umgehen, und schon ein Jahr darauf erschien ein Englischer Schoner, Kapitän Thomas, von Danzig in Köln. Die Holländer ließen ihn auch ungehindert die Zollstelle passieren; als das beladene Schiff jedoch wieder zurück wollte, machten sie die fliegende Brücke bei Nymwegen nicht offen. Die direkte Schiffahrt sei nur frei für die Flagge der Rheinufer-Staaten, aber nicht für die Englische, hieß es; und darin hatten sie Recht und Kapitän Thomas Unrecht, wofür er so gründlich büßen mußte, daß er nicht wieder kam.

Der „Rhein" wurde bald darauf nach Antwerpen und der „Verein" nach Wolgast verkauft. Das dritte Rhein-Seeschiff erlebte seine Vollendung nicht; es wurde in halbfertigem Zustande nach Holland verkauft. —

Gegen Ende des vierten Jahrzehnts, welches Harkort so schwere Mühen, Sorgen und Enttäuschungen bereitet hatte, beabsichtigte er in Verbindung mit Matthias Stinnes in Mülheim, dem unternehmendsten Manne an der Ruhr, eine Dampf-Schlepp-Schiffahrt auf dem Rheine zu errichten. Da es beiden an den erforderlichen Mitteln fehlte, so wendete sich Harkort an seinen alten Gönner, den Oberpräsidenten Vincke mit dem Ansuchen, das zum Ankauf eines Schiffes benötigte Kapital aus der Ruhrschiffahrtskasse leihweise vorzustrecken. Vincke, sonst der wärmste Beförderer jedes wahren Fortschritts und bei Unterstützung gemeinnütziger Unternehmungen sehr weitgehend, lehnte indes diesmal die an ihn gerichtete Bitte mit der Erklärung ab: „die projektierte Dampf-Schleppschiffahrt sei unausführbar und werde auch die Interessen der Pferdetreiber zu sehr schädigen."

Einige Jahre später mietete Stinnes einen alten Englischen Dampfer, mit welchem er die auf dem Rheine für unausführbar gehaltene Leistung, beladene Segelschiffe stromauf zu schleppen, glücklich vollbrachte, und ließ alsdann 1845 ein eigenes Schleppschiff in Holland bauen, das seinen Namen führte und als der Vater jener mächtigen Schlepperflotte zu betrachten ist, die jetzt auf dem Strome schwimmt. Die braven Pferdetreiber aber, deren Interessen der alte Vincke gegen Harkorts Pläne schützen zu müssen glaubte, schritten im Frühjahr 1848 zu einer anarchistischen Selbsthilfe, indem sie sowohl auf Preußischem wie auch auf Nassauischem und Hessischem Gebiete mit Gewehren und sogar mit aufgefahrenen kleinen Kanonen auf die vorüberfahrenden Schleppboote und deren Mannschaft scharfes

Feuer eröffneten. Die Schiffe wurden dadurch gezwungen, den Dienst oberhalb Koblenz eine Zeitlang gänzlich einzustellen,*) und erst mit allgemeiner Herstellung der Ordnung auch diesem schlimmen Landfriedensbruche ein Ende gemacht.

Nachtrag zum siebenten Kapitel.

Der vorstehende Abschnitt dieses Buches war gänzlich vollendet, als der Verfasser von einem interessanten Aufsatze Kenntnis erlangte, welcher bereits 1880 unter dem Titel: „Die Entstehung der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn" im fünften Hefte des dritten Jahrgangs der im Auftrage des Preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen Zeitschrift: „Archiv für Eisenbahnwesen; Beilage zum Eisenbahn-Verordnungsblatt" erschienen und von dem Geheimen Oberregierungsrate Dr. von der Leyen unterzeichnet ist. Die persönliche Stellung dieses Herrn und der halbamtliche Charakter jener Zeitschrift machen es uns zur Pflicht, mehrere in dem bezeichneten Artikel enthaltene falsche Darstellungen und Irrtümer zu berichtigen. Soweit sich dieselben auf die in jener Zeit (1880) moderne Verherrlichung des ausschließlichen Staatsbahnsystems beziehen, muß auf eine Entgegnung, als dem Zweck dieses Buches fernliegend, verzichtet werden; aus dem nämlichen Grunde auch auf die Widerlegung des von dem Autor gemachten, von vornherein vergeblichen Versuchs, die Eisenbahnpolitik der Preußischen Regierung im zweiten Viertel dieses Jahrhunderts als eine richtige und weise zu schildern. Um so unabweislicher erscheint es, verschiedenen Ausführungen jener Abhandlung entgegenzutreten, die sich auf den berühmten Schwäbischen Volkswirt Friedrich List beziehen. Über die Bedeutung dieses um unser Deutsches Vaterland hochverdienten Mannes herrscht keine Meinungsverschiedenheit. Sein wahrer Ruhm wird indes nicht gemehrt werden durch Bestrebungen übereifriger Verehrer, die, aus unzuverlässigen Quellen schöpfend, auf Kosten anderer wissentlich oder unwissentlich Lists Verdienst um das Deutsche Eisenbahnwesen über die berechtigten Grenzen hinaus erheben wollen. Von diesem Bestreben hat sich auch der Verfasser der in Rede

---

*) „Dampf-Schleppschiffahrt des Rheines." Denkschrift der Kohlen-Kaufmannschaft, Gewerken und Schiffbesitzer; vom 11. Mai 1848.

stehenden Abhandlung leider nicht fern gehalten und dadurch, zur Ehrenrettung gleichfalls hochverdienter Verstorbener, wie um der geschichtlichen Wahrheit willen, gegenwärtige Abwehr notwendig gemacht.

Herr Dr. von der Leyen sagt: „List ist der erste Deutsche Mann, welcher die umwälzende Bedeutung der Eisenbahnen für Handel, Gewerbe und Volkswirtschaft, für die Kriegsführung, für die ganze Entwickelung der Kultur erkannte.“ Er beantwortet ferner die bei Gründung der Leipzig-Dresdener Eisenbahngesellschaft gestellten Fragen: auf welcher Grundlage dieselbe erfolgen und wie man es machen solle, Teilnehmer einer Aktiengesellschaft heranzuziehen? wie die überall erforderliche Staatsgenehmigung erlangen? wie hoch die Kosten einer Eisenbahn seien? welche Mittel und Wege es zur Veranschlagung derselben gebe? — mit dem Satze: „List war in der That die einzige Persönlichkeit, auch alle diese Fragen zu beantworten.“ Er meint endlich sogar: „Es war Fr. List, welcher fast ganz allein in den wenigen Jahren nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten von Amerika erst die Bearbeitung des Bodens begonnen hatte.“

Hätte Friedrich Harkort beim Erscheinen des vorliegenden Aufsatzes (Dezember 1880) noch gelebt, so würde er am Ende seiner Wirksamkeit in drastischer Weise erfahren haben, wohin seine in unserm Buche mehrfach erwähnte Gewohnheit, das eigene Licht stets unter den Scheffel zu stellen, schließlich führte. Wir stehen hier vor dem befremdenden Faktum, daß einem hervorragenden Mitgliede der Preußischen Staatseisenbahnverwaltung, welches das ganze reiche Aktenmaterial des Arbeits-Ministeriums zu seiner Verfügung hatte, damals (1880) aber auch nur dieses studiert zu haben scheint, die denkwürdigen ersten Bestrebungen der Provinz Westfalen zur Erlangung einer Eisenbahn gänzlich unbekannt sind. Herr Geheimer Rat von der Leyen weiß nichts von Harkorts erstem Aufruf vom 30. März 1825, geschrieben zur selben Zeit, als List sich eben anschickte, auszuwandern und in Amerika zum erstenmale eine Eisenbahn zu sehen; nichts von Krügers und Koppes Bahnprojekt; nichts von Harkorts Memorandum (1827) an Stein; nichts von den drei, von 1828—30 an der Ruhr ausgeführten größeren Kohlenbahnen und der ersten dort gegründeten Eisenbahn-Aktiengesellschaft; nichts von den bedeutsamen Beschlüssen des dritten und vierten Westfälischen Landtags (1830—1833) für eine Eisenbahn von der Weser zum Rheine, von Harkorts desfallsiger Schrift und Oeynhausens wertvollen Untersuchungen — kurz, nichts von allen jenen Thatsachen,

die im vorstehenden siebenten Kapitel nach authentischen Quellen mitgeteilt worden sind. Denn hätte er von diesen Dingen Kenntnis gehabt, so würde er — so muß man notwendig annehmen! — bei Besprechung der Thätigkeit und Stellung Lists pflichtmäßig jener verdienstvollen und Lists Auftreten weit voraufgegangenen Bemühungen Harkorts und seiner Landsleute mindestens mit einigen Worten gedacht und seine vorerwähnten unbegründeten Behauptungen entsprechend eingeschränkt haben. List war erst 1832 von Amerika dauernd wieder nach Europa zurückgekehrt; hatte sich, nach erfolglosem Versuche, in Hamburg Anhänger für seine Ideen zu gewinnen, 1833 nach Leipzig gewendet und sich hier, wie berichtet, an Männer gewendet, die bereits von Westfalen her für Eisenbahnbau erwärmt waren. Als er im Sommer 1833 seine Flugschrift „Über ein Sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen Deutschen Eisenbahnsystems, insbesondere über die Anlage einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden" veröffentlichte, hatte Friedrich Harkort, welcher gerade wegen seiner Thätigkeit für den Bau von Eisenbahnen zum Ehrenmitglied des Leipziger Komitees ernannt wurde, die „Bearbeitung des Bodens" schon acht Jahre früher begonnen; für die große Sache in der Presse, in der Westfälischen Ständekammer, bei der Regierung und auf jede andere mögliche Weise mit gewohntem Eifer gearbeitet, auch seine Broschüre: „Die Eisenbahn von Minden nach Köln" mehrere Monate früher erscheinen lassen. Es können also die Verehrer Lists — mit alleiniger Ausnahme des von ihm skizzierten Deutschen Bahnnetzes — für diesen eine Priorität gegenüber dem Westfälischen Agitator nirgendwo in Anspruch nehmen, am allerwenigsten hinsichtlich der Bildung von Komitees, die unbegreiflicherweise List selbst als eine zuerst von ihm in Deutschland eingeführte Einrichtung betrachtete. Als man auf seinen Rat Ende 1833 in Leipzig zur Bildung eines Komitees schritt, waren solche in Westfalen bereits für die verschiedensten Zwecke in Wirksamkeit getreten. Bei Feststellung dieser Thatsachen liegt selbstverständlich jede Absicht fern, das wirkliche eigene Verdienst Lists um die Leipzig-Dresdener Bahn, wie um das Deutsche Eisenbahnwesen im allgemeinen, irgendwie verkleinern zu wollen. Daran kann diesseits um so weniger gedacht werden, als beide Männer, List und Harkort, in ihrer ganzen öffentlichen Wirksamkeit, in ihren Vorzügen wie in ihren Fehlern, bei näherem Vergleich eine überraschende Ähnlichkeit zeigen. Gleichwie sich aber der Verfasser im Interesse der geschichtlichen Wahrheit verpflichtet fühlte, verschiedene, unter den Verehrern

Harkorts über denſelben verbreitete, Legenden richtig zu ſtellen (S. 158 und S. 192), ſo iſt es nicht weniger deſſen unabweisbare Pflicht, Darſtellungen entgegen zu treten, welche das Verdienſt Liſts im vorliegenden Falle weitaus übertreiben und dahin führen könnten, Harkorts ebenſo ehrenvolle, ſelbſtloſe Wirkſamkeit in den Hintergrund zu ſchieben und nachkommenden Geſchlechtern eine falſche Vorſtellung von der erſten Deutſchen Eiſenbahn-Entwickelung zu geben. Dieſe Pflicht gilt doppelt, wenn ſolche Darſtellungen ſich finden in einer halbamtlichen Zeitſchrift und aus der Feder eines hochſtehenden Staatsbeamten hervorgegangen ſind, bei welchem der Leſer genaueſte Kenntnis und Wiedergabe ſämtlicher hier einſchlägiger Thatſachen vorausſetzen muß.

Auch nach einer zweiten Richtung hin ſieht ſich der Verfaſſer — in Verteidigung eines Verſtorbenen — genötigt, Herrn Dr. von der Leyen zu widerſprechen. Trifft letzteren hinſichtlich ſeines Landsmannes Friedrich Harkort der Vorwurf, wichtige Thatſachen nicht gekannt zu haben, die er teils durch das ihm zu Gebote ſtehende Aktenmaterial, teils von ſeinen nächſten Familienangehörigen leicht in Erfahrung bringen konnte, ſo gereicht es ihm in dem zweiten Falle zur teilweiſen Entſchuldigung, vorhandenen litterariſchen Quellen gefolgt zu ſein. Freilich hat er dieſe, unzuverläſſig wie ſie ſind, kritiklos benutzt, ſtets von dem irrtümlichen Gedanken beherrſcht, daß Liſt, und nur Liſt allein, das Verdienſt der Erbauung der Leipzig-Dresdener Bahn zukomme, alle übrigen Mitarbeiter an dieſem Werke aber bemüht geweſen ſeien, ihn dieſes Verdienſtes und ſeiner Früchte zu berauben. Da Guſtav Harkort, vom erſten Tage der Bildung des Komitees für den Bau der Bahn bis zu ſeinem 1865 erfolgten Tode, unausgeſetzt an der Spitze dieſes Unternehmens geſtanden hat, ſo richten ſich jene von Liſts Bewunderern erhobenen und immer wieder erneuerten Vorwürfe in erſter Stelle gegen den Genannten. Dieſen um Leipzig und Sachſen hochverdienten Mann, deſſen edler, reiner Charakter ihm die Verehrung aller, die ihn kannten, ſicherte, gegen ſolche ſchwere grundloſe Verdächtigungen zu ſchützen, muß der Verfaſſer ebenſo als ſeine Pflicht erachten, wie den bereits begründeten Proteſt gegen falſche Darſtellungen, welche dem älteren Bruder Friedrich Harkort wohlerworbenen Ruhm entziehen könnten.

Neben der 1864 vom Direktorium herausgegebenen Denkſchrift: „Die Leipzig-Dresdener Eiſenbahn in den erſten 25 Jahren ihres Beſtehens“ nennt Herr Geheimer Rat von der Leyen als ſeine Quellen für die Wirkſamkeit Liſts in Leipzig zunächſt die bekannte Biographie von Profeſſor Häuſſer „Friedrich Liſts Leben“ (1850),

sodann „Roschers Geschichte der National-Ökonomik“ (1874), und endlich auch die Schrift eines Dr. Niedermüller: „Die Leipzig-Dresdener Bahn, ein Werk Friedrich Lists“ (1880). Was das letzterwähnte Pamphlet, erschienen zur Zeit, als Gustav Harkort in Leipzig ein öffentliches Denkmal errichtet wurde, anbetrifft, so muß dasselbe schon deshalb aus dem Kreise dieser Entgegnung ausscheiden, als die seinen Autor verzehrende Verbitterung sich später bis zur geistigen Störung entwickelte, welcher derselbe schließlich erlegen ist. Roscher kommt für die uns hier beschäftigende spezielle Frage nicht in Betracht. Häusser stützt sich bei seinen Anklagen gegen die Leipziger in allen Hauptsachen fast allein auf Lists eigene mündliche Mitteilungen und auf dessen Tagebuch. Daß die Schilderung von Zwistigkeiten, welcher lediglich unkontrolierte, in erbitterter Stimmung niedergeschriebene Privatnotizen der einen, sich stets für verkannt und verfolgt haltenden, Partei zur Grundlage dienen, selbstverständlich nur für diese und gegen die andere nicht gehörte Partei ausfallen muß, liegt auf der Hand. Kein Unparteiischer wird aber einer auf solche Weise entstandenen Anklageschrift objektiven Wert beimessen wollen. Wenn man fragt: warum das damalige Direktorium der Leipzig-Dresdener Bahn nicht gleich nach dem Erscheinen der Häusserschen Biographie eine Erwiderung habe ergehen lassen? so ist darauf zu erwidern, daß es demselben naturgemäß widerstrebte, in eine Polemik einzutreten über persönliche Differenzen mit einem hochverdienten Manne, der erst vier Jahre vorher in tragischer Weise aus dem Leben schied und dessen Hinterbliebenen damals noch lebten. Außerdem war die Direktion sich bewußt, daß kein über die Entstehungsgeschichte der Leipzig-Dresdener Bahn Unterrichteter ihr irgendwelche berechtigten Vorwürfe ob ihres Verhaltens gegen List machte und daß dieser bei seinem fünfzehn Jahre rückwärts liegenden Auftreten gegen sie niemanden auf seiner Seite gehabt hatte. Mit dieser letzteren, in den Augen Unparteiischer sicherlich schwerwiegenden, Thatsache suchen sich die Bewunderer Lists einfach durch die unbegründete Behauptung abzufinden: die Leipziger Bürgerschaft habe, ebenso wie die Eisenbahn-Direktion, aus spießbürgerlichen Beweggründen gegen den „Ausländer“ List Partei ergriffen. Gründe für diesen Vorwurf werden nicht angegeben; derselbe verschwindet auch in nichts gegenüber dem Faktum, daß der Westfale Gustav Harkort, den das Vertrauen seiner Mitbürger ein Menschenalter hindurch an die Spitze des Unternehmens stellte, ebensowohl ein Ausländer und in Leipzig Eingewanderter war, als der Schwabe List. Der Unterschied zwischen

beiden Männern ruhte tiefer. Guſtav Harkort war eine groß und edel angelegte Natur; dabei aber ein klar blickender, ruhiger, praktiſcher Kopf, welcher ſich ſtets nur erreichbare Ziele ſteckte und ſchon ſeit Jahren den Leipzigern durch die That bewieſen hatte, wie er nicht bloß anzuregen, ſondern auch durchzuführen verſtand. Heute, wo alle damals Mitwirkenden heimgegangen ſind, alſo keinerlei perſönliche Rückſichten mehr auf das Urteil dritter einwirken können, heute ſchreibt der erſte Bürger der Stadt Leipzig klar und kurz:

„Alle diejenigen, welche noch mündliche Tradition haben, ſagen, daß ohne Guſtav Harkort die Leipzig-Dresdener Eiſenbahn damals nicht gebaut worden wäre.“

Anders Liſt. Seine Stärke beſtand, gleichwie bei Friedrich Harkort, im Reichtum der Ideen, in der erſten Anregung, der energiſchen Agitation, der Vorbereitung des Bodens, der geiſtigen Pionierarbeit. Die nicht minder wichtige Gabe der Aus- und Durchführung, des feſten Beharrens beim Begonnenen, war ihm nicht verliehen, wohl aber die bei ſanguiniſchen Naturen ſo häufig vorhandene gefährliche Neigung, ſtets die der Erreichung ihrer Ziele entgegenſtehenden Hinderniſſe zu unterſchätzen. In dieſem Sinne ſpricht ſich ſein Biograph Häuſſer ſelbſt (S. 175 ff.) mit vollſter Beſtimmtheit aus, und Treitſchke ſagt (Bd. IV S. 586) — anläßlich der Veranſchlagung der Leipzig-Dresdener Bauſumme — von ihm: „Liſt, der wie alle Propheten-Naturen von abenteuerndem Leichtſinn nicht frei war, meinte mit einer halben, höchſtens mit einer Million Thaler auszukommen. Das vorſichtigere Komitee gab für $1\frac{1}{2}$ Million Aktien aus und mußte ſich bald überzeugen, daß man der dreifachen Summe bedurfte.“ Trotzdem war es Liſt, welcher, immer vor den ihm entgegenſtehenden Schwierigkeiten die Augen verſchließend, noch am 15. Juni 1837, als ſchon ein Teil der Bahn eröffnet war, der abſolut notwendigen Vermehrung des Aktienkapitals entſchiedenſten Widerſpruch entgegenſetzte. Sicherlich hätten die nüchternen Aktionäre dem Mindeſtfordernden beigeſtimmt und es bei der von Liſt als ausreichend bezeichneten einen Million bewenden laſſen, wenn nur die Ausführung der Bahn ſelbſt damit geſichert geweſen wäre. Als praktiſche Leute bewilligten ſie lieber dem von ihrem Vertrauensmanne Guſtav Harkort geleiteten Direktorium $4\frac{1}{2}$ Millionen Thaler, um dann der Erreichung ihres Zweckes ſicher zu ſein, als mit nur einer Million Liſts Ratſchlägen zu folgen. Daß nach ſolchen Vorgängen von der durch Liſt begehrten Anſtellung als vollziehendem und alleingebietendem Direktor, nach Amerikaniſchem Muſter, nicht mehr die Rede ſein konnte, wird jeder

verſtehen, dem nicht Voreingenommenheit das ruhige Urteil trübt. Zudem kümmerte ſich Liſt ſchon damals weit weniger um die Leipzig-Dresdener Bahn, als um den Plan eines großen Deutſchen Eiſenbahnnetzes. Daraus ſoll ihm wahrlich nicht der geringſte Vorwurf gemacht werden; aber auch die Leipziger verdienen keinen ſolchen, wenn ſie nach Deutſcher Art zunächſt das Erreichbare verfolgten und zu dieſem Ende einen bewährten praktiſchen Mann, wie Guſtav Harkort, wählten, der vor allem ihr Unternehmen vollendete und erſt nach deſſen völliger Sicherung ſich zu weiteren Dingen wendete. Wer anders handelt, wird ſtets ſeine Vollmachtgeber ſchädigen; das gilt heute noch und galt erſt recht zur Zeit der Erbauung jener erſten großen Eiſenbahn Deutſchlands.

Daß die Leipziger das Weſen Liſts richtig beurteilten, indem ſie ihn als einen zwar hoch genialen, für praktiſche Geſchäftsführung und ruhiges Zuſammenwirken mit andern aber ganz ungeeigneten Mann erkannten, beweiſt der in Dr. von der Leyens Abhandlung geſchilderte weitere Hergang der Dinge. Kaum waren (14. Mai 1835) die erſten $1^1/_2$ Millionen für Leipzig-Dresden gezeichnet, als Liſt — nun vermeintlich über alle Berge hinaus! — nach Berlin eilte und hier (21. Mai 1835) in zwei Immediatvorſtellungen von Friedrich Wilhelm III. die Konzeſſion für Eiſenbahnen von Hamburg nach Berlin, Magdeburg, Leipzig und Dürrenberg verlangte. Damit noch nicht genug, ſuchte er ſich gleichzeitig den Bau der Linie Baſel-Mannheim zu ſichern und verſprach etwaigen Aktionären 10 % Reingewinn als Minimum! Was würde wohl der vortragende Miniſterial-Rat, Herr Dr. von der Leyen, der bei ſeiner Darſtellung dieſer und ähnlicher Schritte — oder beſſer geſagt: Rieſenſprünge — Liſts nicht ein einziges Wort nüchterner Kritik findet, ſeinem Chef berichten, wenn heute ein wenig bekannter, vermögensloſer Mann plötzlich in Berlin erſchiene und dort für ähnliche rieſenhafte, gänzlich unvorbereitete Projekte Staatsgenehmigung verlangte? Würde er nicht, wie der mit vollſtem Recht von ihm gefeierte Oberbürgermeiſter Franke in Magdeburg, ſagen: „Jetzt gleich und auf einmal an ſo große Unternehmungen denken zu wollen, wie Herr Liſt es thut, ſcheint durchaus nicht ratſam und verſtändig und nur durch das bekanntlich ſehr exaltierte Weſen des p. Liſt erklärlich zu ſein.“ Würde er nicht auch mit Guſtav Harkort antworten: „Wir wollen im Auslande nicht als Phantaſten gelten, da wir es in der That nicht ſind.“

Jeder fühlende Menſch wird Liſts jammervolles Geſchick tief beklagen; ſeine Schüler aber thun unrecht, das Fehlſchlagen faſt

aller seiner Unternehmungen nicht wesentlich in ihm selbst und der Ungunst der Verhältnisse zu suchen, sondern der wirklichen oder angeblichen Verfolgung durch dritte beizumessen*). Wer seiner Zeit um Jahrzehnte vorauseilt und niemals darnach fragt, ob die Mehrzahl seiner Zeitgenossen so rasch mit ihm eilen kann oder will, der darf sich nicht beklagen, wenn man ihn seine Straße allein ziehen läßt und er der erwarteten Früchte verlustig geht. Seit List den jungen Riesen Amerika kennen gelernt, maß er, in die Heimat zurückgekehrt, auch in dem damaligen armen, zerrissenen und mißregierten Deutschland des Bundestags alles mit Amerikanischem Maße. Friedrich Harkort handelte, unter dem Eindruck seiner Reisen und Beobachtungen in England, ähnlich und jeder von beiden hatte für diese Verkennung der vaterländischen Verhältnisse zu büßen. List, der die Reife seiner Pläne nicht abwarten mochte, suchte verzweifelt den Tod; Harkort dagegen, obgleich ebenfalls häufig erbittert über die geringe Thatenlust der Mitwelt, lernte zu resignieren. „Die Natur geht mit allem Samen verschwenderisch um," pflegte er zu sagen; „ich bin nur ein Säemann gewesen und gebe mich zufrieden, wenn von hundert ausgeworfenen Körnern eins aufgeht." Glücklicher als List, vergönnte ihm ein gütiges Geschick, viele seiner Samenkörner Blüte und Frucht tragen zu sehen.

*) Diese Legende ist, dank ihrer fortwährenden Wiederholung, in einigen Kreisen zur fixen Idee geworden, wie sich namentlich noch im Jahre 1889 beim 50jährigen Jubiläum der Eröffnung der Leipzig-Dresdener Eisenbahn und Lists hundertjährigem Geburtstage herausstellte. Vgl. u. a. „National-Zeitung" vom 2. April 1889.

Achtes Kapitel.

Der Kampf für die Schule und die arbeitenden Klassen.

„Wer sich zur Rede berufen fühlt, der rede! Ist seine Rede ein tönend Erz oder eine klingende Schelle, so wird sie nichts fruchten. Aber wohnt in ihr die Wahrheit und ist's ein Wort für die Gerechtigkeit, so findet das Samenkorn seinen Boden, der es pflegt und keimen läßt. Denn der Mensch ist es nicht, der spricht. Durch ihn spricht etwas Höheres, das seinen Weg gehet durch die Ewigkeit der Zeiten und die Widersacher nicht fürchtet, sondern sie früh oder spät zu Boden wirft. Der ist aber auch der edle Bürger, der frei von Eigennutz das Wort redet für die Gegenwart wie für die künftigen Geschlechter."

Gerhard Siebel,
genannt „Götz vom Rheine".
1818.

Inhalt: Thronwechsel in Preußen. Drohender Krieg. Geschichte des Märkischen Landwehr-Regiments. Bewegung für Schulreform. Schrift für die Volksschule. Verein für die Volksschule. Gewerbe-Verein in Hagen. Schrift über die arbeitenden Klassen. Zollverhandlungen von 1844. Eisenbahnen. Erste Preußische Gewerbe-Ausstellung. Bank für Westfalen. Deutsche Donau-Handels-Gesellschaft. Achter Westfälischer Landtag. Verkauf des Hombruchs.

Am 7. Juni 1840, nach einer 43jährigen ereignisvollen Regierung, ging Friedrich Wilhelm III. zur ewigen Ruhe ein; — mit ihm jener militärisch-patriarchalische Absolutismus, der zwei Jahrhunderte hindurch in Preußen so erfolgreich geherrscht hatte. „Ça va mal!" lauteten die letzten Worte des Sterbenden, mit denen er die Frage des Russischen Zaren nach seinem Befinden beantwortete. Dieses „ça va mal" des Vaters wurde zur traurig-wahren Signatur für die Regierung des ihm nachfolgenden Sohnes. Selten in

der Weltgeschichte sind so große und anscheinend berechtigte Hoffnungen auf die Thronbesteigung eines begabten Fürsten so wenig erfüllt worden, wie in diesem Falle. Sein getreues Volk empfing den neuen König mit begeistertem Jubel. 1640 war der Große Kurfürst, 1740 der Große König zur glorreichen Herrschaft gelangt; — 1840 werde also, glaubte man allerorten, abermals ein bedeutender Monarch aus dem Hohenzollern-Geschlechte auf den Thron gelangen und eine neue glänzende Periode der Geschichte Preußens herbeiführen. Alle äußeren Anzeichen unterstützten diese Meinung. In ganz Europa besaß der vierte Friedrich Wilhelm den Namen eines geistig hoch hervorragenden, von seinem Vater grundverschiedenen Mannes. Bei ungewöhnlicher Begabung vorzüglich unterrichtet, mit vielseitigen Kenntnissen ausgerüstet, geistvoll, witzig und sehr beredt: hatte er dadurch, wie durch seine, alle sich ihm Nahenden bezaubernde, persönliche Liebenswürdigkeit große Sympathieen gewonnen. Seine Volksbeliebtheit verstärkte sich noch wesentlich durch den ihm vorausgehenden Ruf, daß militärische Neigungen bei ihm, einem Kunst und Wissenschaft liebenden Fürsten, nicht vorherrschten und er keine Gelegenheit verabsäumte, die Schale seines scharfen Spottes über die verknöcherte Altpreußische Büreaukratie auszugießen. Deren Tage, schloß man daraus, seien gezählt, nun endlich der Thronwechsel eingetreten; und dazu sagte alles Volk, der Beamtenbevormundung müde, Ja und Amen. Von des neuen Königs politischen Gesinnungen wußte man im Grunde wenig: die überwiegende Mehrheit glaubte aber, was sie wünschte: daß nämlich der neue Herrscher, dem großen Strome der Zeit folgend, das alte System beseitigen, liberalen Maximen huldigen und demgemäß das seit einem Vierteljahrhundert unerfüllt gebliebene Versprechen des Vaters, dem Lande eine reichsständische Verfassung zu verleihen, ungesäumt einlösen werde. Von seinen mittelalterlich-romantischen Neigungen, seiner Hinneigung zum Pietismus, der Zwiespältigkeit seines innerlich absolutistischen, stets schwankenden Wesens hatte man im Volke keine Ahnung; noch weniger eine Vorstellung von den Gefahren, denen ein so eigenartiger, vor große Aufgaben gestellter Staat, wie der Preußische, entgegenging, als dessen Lenkung einem zwar geistvollen, aber phantastischen und charakterschwachen Monarchen anheimfiel.

Die Honigmonate der neuen Regierung dauerten nur kurze Zeit. Zwar erschollen laute Äußerungen der Freude und der Zustimmung, als die Kunde von des Königs witzigen Bemerkungen und schnellfertigen Antworten durch das Land ging und man las, in welch

seltenem Maße der Sohn des einsilbigen, sich scheu zurückziehenden Friedrich Wilhelm III. durch sein Auftreten imponierte, die Sprache beherrschte und — damals eine so seltene Gabe! — öffentlich zu reden verstand. Seine Rede bei der vorher als eine überflüssige, veraltete Zeremonie betrachteten Huldigung in Königsberg erregte allgemeine Bewunderung, ja Rührung. Doch der hinkende Bote kam nach. Als die Stände der Provinz Posen: Ritter, Bürger und Bauern, den ihnen angesonnenen mittelalterlichen Antrag auf „Bestätigung ihrer Privilegien" ablehnten und fast einstimmig beschlossen, den König zu bitten, er möge gemäß der berühmten Verordnung vom 22. Mai 1815 die Ausarbeitung einer „schriftlichen Urkunde als Verfassung des Preußischen Reiches befehlen und diese Verfassung der Preußischen Nation huldreichst verleihen", da erging eine schroff zurückweisende Antwort. Bei dem wenige Wochen später folgenden Huldigungsakte der dem damaligen Deutschen Bunde angehörenden 6 Provinzen wurden die Vertreter der katholischen Geistlichkeit, die Standesherren und Ritter innerhalb des Berliner Schlosses, Bürger und Bauern dagegen draußen unter freiem Himmel empfangen. Wie Ludwig XIV. sein: „l'état c'est moi!", so betonte hier Friedrich Wilhelm IV. das „Königtum von Gottes Gnaden" und sprach die, seine selbstherrlichen Neigungen klar kennzeichnenden Worte: „Ich weiß, daß Ich Meine Krone von Gott habe und daß es Mir wohl ansteht, zu sprechen: Wehe dem, der sie anrührt!" Diese scharfe Drohung war an jene Patrioten gerichtet, die von dem Königlichen Sohne nichts weiteres als die Erfüllung des freiwillig gegebenen feierlichen Verfassungsversprechens des Vaters verlangten. Ehe das Jahr 1840 zu Ende ging, hatte sich winterlicher Reif auf alle freiheitlichen Hoffnungen des Preußischen Volkes gelegt, und die öffentliche Meinung, gleich der Sybille von Cumä gegenüber Tarquinius Superbus, zum zweitenmale ihre von Preußens Königen zurückgewiesenen Bücher ins Feuer geworfen. Zum erstenmale war das 1830 geschehen, zum drittenmale erfolgte es 1847 beim vereinigten Landtage. Alsdann folgte das Jahr 1848.

Und mit welch leichter Mühe hätte Friedrich Wilhelm IV. sich 1840 dauernd die Herzen gewinnen und sich wie seinem Volke die Schmach jener Revolutions- und Reaktionsperiode, in welche seine Regierungszeit ruhmlos auslief, ersparen können! Die einfache Erfüllung der ganz ungefährlichen Verheißungen von 1815 — und mehr verlangte niemand — würde ihn sofort zum volksbeliebtesten Manne in ganz Deutschland gemacht haben. Als wenn die Vorsehung sich darin gefallen hätte, ihm eine unübertrefflich günstige

Gelegenheit zur Ausführung großer Thaten zu schaffen, gestalteten sich die politischen Verhältnisse 1840 in Europa derartig, daß gleichzeitig mit der Thronbesteigung des Preußischen Monarchen der Deutschnationale Gedanke nach langem Schlummer kräftig wieder auflebte und in einer seit den Befreiungskriegen nicht mehr gesehenen Stärke hervortrat. Hätte der neue König damals Einsicht und Kraft genug besessen, diese seltene Schicksalsgunst richtig zu benutzen: also seinem Volke eine Verfassung zu geben und energisch die freiheitliche und nationale Reform des Deutschen Bundes zu verlangen, so würde alles Volk ihm zugejauchzt, die Revolution von 1848 Deutschland nicht ergriffen, Preußen die Schande von Olmütz nicht erlebt und Friedrich Wilhelm IV. einen glänzenden Namen in der Geschichte gewonnen haben. Aber der große Moment fand ein kleines Geschlecht.

Ibrahim Pascha, des rebellischen Ägyptischen Vizekönigs Mehemet Ali tapferer Sohn, hatte das türkische Heer 1839 in der furchtbaren Schlacht bei Nisib aufs Haupt geschlagen*). Schon marschierte der Sieger auf Konstantinopel, als die Großmächte in den Riß traten und Halt geboten. Frankreich trennte sich jedoch bald von den übrigen, um sich auf seiten Ägyptens zu stellen, in dessen Protektorrolle es sich von jeher gefiel. Thiers, der Hauptvertreter der Napoleonischen Legende und Französischer Anmaßung, war im Frühjahr 1840 zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Als Antwort darauf schlossen England, Rußland, Österreich und Preußen die sogenannte Quadrupel-Allianz und zwangen, ohne sich an Französische Drohungen zu kehren, Mehemet Ali zur Unterwerfung. Tief ergrimmt über diese schwere Niederlage ihrer Politik, fachten die Franzosen nunmehr die seit Waterloo lange niedergehaltenen Kriegs- und Revanchegelüste zu heller Glut an. Der Ruf nach der Rheingrenze erscholl in Paris und in den Departements; in kurzer Zeit stand Preußen vor einem drohenden Kriege mit dem westlichen Erbfeinde. Thiers rechnete auf die alte Deutsche Uneinigkeit und die Rheinbunds-Erinnerungen der Süddeutschen Regierungen, wie nicht minder auf die preußenfeindliche Stimmung, welche sich der katholischen Bevölkerung der Rheinlande infolge des Kölnischen Bischofsstreites (1837) bemächtigt hatte.

Zum Glück für Deutschland und zur Ehre für jene, auf die Frankreich unverschämterweise glaubte zählen zu dürfen, schlug diese

*) Bekanntlich erfolgte die Niederlage, weil der Türkische Oberbefehlshaber die Ratschläge des ihm beigegebenen Preußischen Generalstabs-Hauptmanns von Moltke nicht befolgte.

Rechnung gänzlich fehl. In den Altpreußischen protestantischen Landen aus der Cleviſchen Erbſchaft erwachte der echte rechte Franzoſenhaß von anno 1813. Die Landwehr putzte ihre Waffen. Nachdem Harkort ſeinen Abſchied genommen hatte, konnte er nicht mehr im Namen der Landwehr reden, wie er es im kriegsdrohenden Frühling von 1831*) den Franzoſen gegenüber mit bekanntem großem Erfolge gethan hatte, wohl aber war er berechtigt, in anderer Weiſe ſeine überall gehörte Stimme zu erheben und die patriotiſche Flamme anzufachen. Seinem geliebten Märkiſchen Regimente, dem 16. der Landwehr, widmete er im Sommer 1840 einen, der damaligen Generation in ſchönſter Erinnerung lebenden, poetiſchen Aufruf zu den Waffen, mit den Worten beginnend:

Land der Mark, wo deine Söhne?
Stehe auf, dein König ruft!
Feinde dräun, Trompetentöne
Schmettern mahnend durch die Luft.
Chor: König hoch! Markaner Wehren,
Vorwärts in das Feld der Ehren!

Die Dichtung fand begeiſterten Wiederhall in allen Herzen und wurde, in Muſik geſetzt, in jenen Tagen nationaler Begeiſterung binnen wenigen Wochen zum beliebteſten Volksgeſange Weſtfalens. Leider verhinderten die bei jedem Verſe wiederholten, ſich ausſchließlich an das Land der Mark richtenden Eingangsworte das Lied, die Grenzen der Provinz zu überſchreiten und zum allgemeinen Volksgeſange zu werden. Dieſen Lorbeer errang ſich ein junger Rheiniſcher Dichter, namens Nikolaus Becker. Am erſten neuen Königsgeburtstage (15. Oktober 1840), der überall glänzend gefeiert wurde, erſcholl von der Bühne des Kölner Theaters der jubelnd begrüßte Geſang:

Sie ſollen ihn nicht haben,
Den freien Deutſchen Rhein;
Ob ſie wie gier'ge Raben
Sich heiſer darnach ſchrein.**)

Das Lied, poetiſch ziemlich ſchwach, ſagt Biedermann in ſeinen „30 Jahren deutſcher Geſchichte", traf den Nerv des Volksgefühls, indem es die Anmaßung des Auslandes entſchieden zurückwies in jenen immer wiederholten Verſen: Sie ſollen ihn nicht haben, den

*) S. 193.

**) Beckers Rheinlied war Alphons de Lamartine gewidmet (F. Freiligraths „Rheiniſches Jahrbuch" 1841), welcher darauf mit einer „Marſeillaiſe des Friedens" erwiderte. Alfred de Muſſet antwortete durch ſein unverſchämtes *Gedicht* „le Rhin", für welches Deutſcherſeits 1870 gebührend quittiert worden iſt.

freien Deutschen Rhein! Durch die Wirkung, die es hervorbrachte, ward es zu einer bedeutungsvollen patriotischen That; denn es zeigte den Franzosen in greifbarster Weise, wie selbst dieses Rheinland, das über ein halbes Menschenalter Französisch gewesen, das durch seine konfessionellen Gefühle mit der Regierung tief verfeindet war, dennoch entschlossen sei, fest zu Deutschland zu halten. Und dieser von Köln ausgehende Ruf verklang nicht an den Ufern des großen Deutschen Stromes: nein! wie eine längst erwartete und ersehnte Losung flog er durch ganz Deutschland hin. An tausend und abertausend Orten klang es wieder (wenn auch freilich, bezeichnend genug! in den allerverschiedensten Melodieen):

„Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien Deutschen Rhein,
Bis seine Flut begraben
Des letzten Manns Gebein!"

Angesichts solcher kräftigen Sprache des erwachten Nationalgefühls in Deutschland schwand das Französische Kriegsfieber wie Schnee in der Sonne. Herr Thiers reichte, von der eigenen Volksvertretung im Stich gelassen, noch im Herbste 1840 seine Entlassung ein und machte einem Friedensministerium unter Guizot Platz.

Die drohende, jetzt glücklich beseitigte Kriegsgefahr hatte Harkort bewogen, einer schon vor langer Zeit an ihn gerichteten Bitte alter Freunde nachgebend, die Geschichte seines Regiments zu schreiben. Im Frühjahr 1841 erschien das mit zwei Schlachtplänen (Ligny und Belle Alliance) versehene Buch unter dem Titel: Die Zeiten des ersten Westfälischen (sechszehnten) Landwehr-Regiments. Ein Beitrag zur Geschichte der Befreiungskriege 1813, 1814, 1815. — In der Vorrede heißt es:

„Wir sahen Borussia's große Tage, wir hörten des Vaterlandes heiligen Kriegsruf; auch wir trugen das Kreuz und schwangen das Schwert im Völker- und Schlachtensturm!

Doch jetzt ruhen die Waffen, der Oelbaum sprießt, weiser Mäßigung Segen ersetzt uns den Lorbeer. Solcher Thaten Gedächtniß zu sammeln ist heilige Pflicht. Mir, dem Klio nicht günstig, ward von edlen Waffengefährten dazu der ehrende Auftrag. Möge mich der Gedanke befähigen und erheben, tapfern Genossen, die auf dem Felde der Ehre ruhen, den Denkstein würdig zu errichten.

Den Lebenden sind diese Zeilen zur Erinnerung an die Tage des Kampfes geweiht. Die Thaten Einzelner sind nur unvollständig verzeichnet. Nicht immer können Jene bemerkt werden, so in den vordersten Reihen fochten, und Bescheidenheit, die ewige Gefährtin

der wahrhaft Tapferen, tritt ſtill zurück, wenn Fama mit der Krone winkt. Allen hat das Vaterland ſeinen Dank geſpendet und erhebend wirkt das Bewußtſein treu erfüllter Pflicht.

Die Nachkommen aber mögen aus dieſen Denktafeln die große Lehre ſchöpfen:

daß nur Eintracht aller Stände den Völkern Kraft verleiht zur Stunde der Gefahr; daß nur der Selbſtſüchtige verliert oder Jene, welche an ſich ſelbſt verzweifeln.

Nicht die Zahl der Bewaffneten entſcheidet, ſondern der Geiſt, welcher die Maſſen in Hütten und Paläſten belebt.

Kriegserfahrung allein feſſelt den Sieg nicht, ſondern aufopfernde Liebe für den König und die Heimath; Gehorſam und Geiſtesgegenwart ſtellen junge Schaaren alten ſchlachtgebräunten Veteranen gleich.

Unſer Zweck war nicht das Lob der Kriegsfürſten; nein! wie die große Bewegung im Volke keimte, ſich entwickelte, Thaten gebar aller Zeiten würdig — das verſuchten wir mit ſchwachem Griffel anzudeuten.

Ehre und Treue der Nation wurden unbefleckt überliefert; beide mögen unſre Söhne, bei ſteigender Bildung, höher ſchätzen wie Gold.

Gott erhalte den König und Preußen und das große gemeinſame Vaterland!"

Das Buch erfüllte vollſtändig den Zweck, für den es beſtimmt war. Es zeigte, wie ſein Verfaſſer gewollt, das Keimen der großen Bewegung im Volke, ward den gefallenen Kriegern zum Denkmal der Ehre, den überlebenden Mitkämpfern zur lebenswarmen Erinnerung und bot der nachwachſenden Jugend ein wahres und klares Bild jener unvergleichlichen Hingebung und Tapferkeit, mit welcher ihre Väter, trotz Not und Armut und jahrelanger Unterdrückung durch einen gewaltigen Eroberer, das Joch der Fremdherrſchaft in blutigem Ringen abſchüttelten. Um die Einwirkung auf die Jugend aber war es Harkort vorzugsweiſe zu thun. Die 25 Friedensjahre hatten in vielen Kreiſen verweichlichend gewirkt, das „fruges consumere" war zur beliebten Deviſe geworden; Krieg hielt man nachgerade für eine Unmöglichkeit inmitten des ziviliſierten Europas, der Staat ſtellte ſelbſt bei dem Dienſt unter der Fahne, ſchon um der Gelderſparnis willen, nur noch die allermäßigſten Anforderungen an die Dienſtpflichtigen. Die daraus erwachſenden Gefahren erkennend, waren die Patrioten alten Schlages dem Herrn Thiers dankbar, als er, von Ehrgeiz und Übermut geblendet und in Über-

schätzung der eigenen Kraft, unerwartet in die Kriegsdrommete stieß und die Schlummernden weckte. Diese Wirkung zu vertiefen und die Jugend für kommende neue Kämpfe vorzubereiten, entrollte der Sohn Westfalens sein Bild von des Vaterlandes Not und heldenmütiger Befreiung.

„In diesen letzten entscheidenden Kämpfen" — schloß das in lapidarem Stile geschriebene vielgelesene Buch — „setzten die Nationen das Teuerste ein, um das Höchste zu retten. Offenbar wurde, was Liebe und Haß vermag; edle Selbstverleugnung und ritterlicher Mut entzündeten über Gräbern die Flamme eines geläuterten Patriotismus!

Es war kein Streit der Könige. Nein! Prinzipien und Völker schlugen die Schlachten; es galt der Entscheidung jener großen Frage, ob fortan das Schwert herrsche und der Wille eines einzelnen, oder eine gesetzliche Freiheit das Erbteil der Nationen sei.

Die Wage sank zu Gunsten der Menschheit. Nur langsam reifen die Saaten jener großen Tage. Ihre Zeitgenossen haben nicht das Ziel erreicht, welches patriotische Begeisterung einst stellte; allein sie leben der Überzeugung, daß das Reich der Eintracht, der Freiheit des Gewissens und des Geistes sich mehren werde von Tag zu Tage, und die öffentliche Meinung zum leuchtenden Schilde des Vaterlandes erwachse, wenn die Guten nicht verstummen und die Edlen reden.

Wer seine Zeit begreift, ist reif für die nächste!

Die Seher der Völker werden selten unter Höflingen geboren.

Marschall Vorwärts bleibe der Deutsche Führer und belebe alle Stände zum Wettkampfe in dem, was groß und edel ist!"

Wie sehr auch Harkorts Waffengefährten ihm dankbar waren für die Erfüllung ihres langgehegten Wunsches, die Thaten des ersten Regiments im Befreiungskriege von einem hervorragenden Mitkämpfer geschildert zu sehen: ebenso unzufrieden äußerten sie sich über die Art und Weise, wie er in dieser Darstellung sich selbst behandelte. Was seine Kameraden geleistet hatten, war, soweit er davon Kenntnis hatte, unter Nennung der Personen gewissenhaft erzählt, „denn wenn der Sohn in diesem Stammbuche der Kampfgenossen den Namen des Vaters lieset, wird auch er sich aufraffen zur Stunde der Gefahr". Von seinen eigenen Thaten aber — darüber mußte er bis ins höchste Alter Vorwürfe von seinen Waffengefährten hören — redete er mit keinem Worte. „Bescheidenheit," hieß es ja in der Einleitung seines Buches, „die ewige Gefährtin der wahrhaft Tapferen, tritt still zurück, wenn Fama mit der Krone winkt." Darnach handelte

er, wo es ihn selbst anging. Wohl selten hat ein Mann, welcher ein ganzes langes Leben hindurch nur der Erfüllung seiner öffentlichen Pflichten lebte und der sich seines Wertes bewußt war, so wenig und so ungern von sich wie von dem, was er geleistet, gesprochen als Friedrich Harkort.

Inzwischen waren die politischen Dinge in Preußen jenen verhängnisvollen Weg weiter gegangen, auf welchen die schroffe Weigerung des Königs, das Verfassungsversprechen seines Vaters einzulösen, sie gelenkt hatte. Die Opposition wuchs von Jahr zu Jahr. Zwei in Königsberg erschienene anonyme Flugschriften: „Woher und wohin?" des hochangesehenen Oberpräsidenten von Schön, eines der Führer aus der Steinschen Periode, besonders aber die „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen" von Dr. Johann Jacoby erregten die Gemüter in hohem Grade; nicht minder der gegen den letzteren, welcher sich ehrlich dem Könige als Verfasser genannt hatte, eingeleitete, mit Freisprechung endende Hochverratsprozeß. Sogar strenge Konservative, als deren Wortführer der geistreiche Pommer von Bülow-Cummerow auftrat, warnten öffentlich und verlangten auch ihrerseits eine mit größeren Rechten ausgestattete allgemeine Landesvertretung*). Zwar wurden E. M. Arndt und der Turnvater Jahn des bei der ersten Demagogen-Verfolgung auf sie gelegten Bannes entledigt und von den berühmten „Göttinger Sieben" Dahlmann nebst den Brüdern Grimm an Preußische Universitäten gezogen; — andererseits aber auch der pietistische General von Thile („Bibel-Thile") für den einflußreichen Posten des Kabinetts-Ministers ernannt, die Professoren Stahl und Schelling aus Bayern nach Berlin geholt, sogar der durch seine Wirksamkeit in Kurhessen überall verhaßte Hassenpflug an das Preußische Obertribunal berufen. Der Römischen Kurie schmeichelte, die orthodoxe Richtung innerhalb der evangelischen Kirche förderte man; dagegen wurde jede freiheitliche Regung gemaßregelt, der mittelalterliche, längst vergessene „Schwanenorden" wieder ausgegraben, das sogenannte Bistum Jerusalem gegründet, sowie der Bau eines großen kostspieligen Domes in Berlin begonnen. „Ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition," äußerte der König zu dem gleich einem Triumphator von den Berlinern aufgenommenen radikalen

*) Friedrich Wilhelm IV. selbst bezeichnete in einem merkwürdigen, an den Fürsten von Metternich gerichteten Schreiben vom 9. November 1844 die wegen der Verfassungsfrage in seinem Volke herrschende „Unruhe" ausdrücklich *als eine* „legitime und notwendige".

Dichter Herwegh, geriet aber, sobald diese Opposition ihm irgendwie unbequem wurde, in heftigsten Zorn. Alle diese und andere Dinge, die klar erkennen ließen, wie wenig der König den Geist der Zeit zu begreifen vermochte, erregten tiefe Mißstimmung im urteilsfähigen Teile des Volkes.

Harkort beteiligte sich an der aus diesen Ereignissen entspringenden, immer weitere Kreise ergreifenden Bewegung nur in geringem Grade. Er hatte klar erkannt, daß, wenn man ein Volk zur Selbstregierung erziehen wolle, man unten, am Fuße der Staatspyramide, beginnen; vor allem den Volksunterricht auf eine höhere Stufe heben und gleichzeitig die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen bessern müsse. Für Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen waren die öffentliche Meinung und eine Menge der geistreichsten Köpfe thätig; dabei erschien seine Hilfe jetzt nicht nötig; für die Sache der Volksschule und die soziale Frage aber arbeitete fast niemand. Darum beschloß er, gerade diesen beiden Kapitalfragen einen energischen Anstoß zu geben. In Rheinland-Westfalen, wo Diesterweg als Direktor des Seminars in Moers von 1820—32 unvergänglichen Samen gesäet und der früh verstorbene ausgezeichnete Lehrer Nehm die Bewegung fortgeführt hatte, erschien der Boden bereits vorbereitet. Vielfache Klagen der Elementarlehrer waren seit Jahren in öffentlichen Blättern laut geworden. Federgewandte Mitglieder der Geistlichkeit glaubten solche lächerlich machen zu dürfen. Als den Lehrern unerwarteter Weise Freunde aus Laienkreisen in diesem Kampfe erfolgreich beisprangen, entschlossen sich ihrer 31 aus den Grafschaften Mark und Wittgenstein*), dem damaligen Kultusminister Eichhorn die Mängel der Schule und ihre Wünsche

*) Zu jenen „Einunddreißig", unter welchem Gesamtnamen den wackern Unterzeichnern der Adresse von 1842 noch von der jetzigen Märkischen Lehrerwelt ein ehrenvolles Andenken bewahrt wird, gehörten in erster Linie: Schmitz, Ruhfus und Lübke (Vater des berühmten Kunsthistorikers W. Lübke) in Dortmund, Balster in Lindenhorst, Nordhoff in Derne, Huffschmidt in Unna, Deutelmoser in Iserlohn u. a. Sie baten in bescheidenster Form um bessere Vorbildung der Lehrer durch Einführung eines zweijährigen Kursus im Seminar, Befreiung von erniedrigenden Küsterdiensten, erhöhte Dotierung der Stellen und Aufnahme des Lehrers in den Schulvorstand. Natürlich trugen alle 31 einen gründlichen Verweis davon; namentlich deshalb, weil sie sich gemeinsam an den Minister gewendet und nicht „vertrauensvoll" einzeln vorstellig geworden waren. So sehr aber stand damals die öffentliche Meinung auf seiten der Lehrer, daß verschiedene geistliche Schulinspektoren, welche den von oben herab befohlenen strengen Verweis ihren betreffenden Untergebenen zu erteilen beauftragt waren, denselben in mildeste Form kleideten und privatim aus ihrer abweichenden Meinung kein Hehl machten.

in einer eingehenden Bittschrift (vom 18. Mai 1842) darzulegen und Harkort, welcher an der Abfassung derselben Anteil genommen hatte, um persönliche Übergabe zu ersuchen. Glatt wie immer nahm Eichhorn das Schriftstück mit dem elastischen Versprechen entgegen, „so wie seither" auch künftig für Schule und Lehrer sorgen zu wollen. Die eigentliche Antwort des Ministers aber erfolgte einige Wochen später durch eine — Harkort amtlich mitgeteilte — Zirkularverfügung der Arnsberger Regierung an die Schulinspektoren vom 23. Juli 1842, in welcher versucht wurde, die Klagen der Lehrer als unbegründet und den dermaligen Zustand der Schulverhältnisse als allen berechtigten Ansprüchen genügend darzustellen. Das bot dem treuen Schulfreunde trefflichen Anlaß, die hochwichtige Angelegenheit zur öffentlichen Besprechung zu bringen und — westfälisch zu reden — bezüglich der Schule den Deckel vom Topfe zu heben, damit jedermann hineinschauen könne. Bereits im August 1842 erschienen seine, den Elementarlehrern in Rheinland-Westfalen gewidmeten:

„Bemerkungen über die Preußische Volksschule und ihre Lehrer" *).

Im Vorwort sagt der Verfasser:

„Was mich bewog, über die Volksschule zu schreiben? — Liebe zum Gemeinwohl, sei die Antwort! Dennoch werden manche fragen: Wie kommt Saul unter die Propheten? Auch hier stehe ich Rede.

Die Elementarschule ist Sache des Volks; diesem gehöre ich an, kenne viele seiner Wünsche, Bedürfnisse, Tugenden und Fehler. In diesem Sinne nehme ich das Wort in einer höchst wichtigen Angelegenheit, bis ein Würdigerer sich findet, und greife nach dem Kern der geistigen Interessen: Erziehung und Unterricht, welche bisher, dem Urteil der Massen entzogen, nur durch gelehrte, geistliche und weltliche Ammen und Staatsökonomen gepflegt, häufig eine unzweckmäßige Richtung genommen haben. Lehrer und Volk wollen endlich auch gehört sein!

Auf den Mittelklassen beruhen Macht und Ansehen des Staates. Sie wollen vorwärts schreiten mit der Intelligenz der Zeit, sich das Wissen nicht von oben herab portionsweise verabreichen lassen. Hippel sagt: „Die Elementarschulen sind die Grundlage aller geistigen Bildung und des geistigen Kapitalumlaufs. Dieses Kapital will das Volk sicher stellen und mehren. Um den Zweck zu erreichen, genügt der heutige Zustand der Elementarschulen nicht; sie bedürfen einer Reform und Mündigkeits-Erklärung.

*) Iserlohn, in Kommission bei G. Müller.

Ob das Volk auch fähig ist, seine Lage und die Bedürfnisse der Schule verständig beurtheilen zu können?

In Preußen gehören dreißigtausend Lehrer und viele Unterrichtete dem Volke an, ihr Loos ist innig mit dem der Massen verknüpft, wir dürfen sie als geistesfreie Schöppen betrachten in diesem offenen Gericht auf rother Westfälischer Erde. Geladen werden: die Kirche, die Schüler von Adam Smith, die Lateiner und die Griechen. Mag die Volksstimme das Urtheil verkündigen, welches wir ruhig erwarten.

Der Verfasser dieser Zeilen ist weder Gelehrter, Lehrer noch Staatsdiener, sondern ein in industriellen Unternehmungen ergrauter Gewerbsmann; doch sind ihm die Zeichen der Zeit nicht fremd geblieben und unter allen Volksgütern hat er gediegenen Unterricht als das Höchste erkannt. Zu diesem großen Ziele zu gelangen, trägt er freimütig sein Scherflein bei, in der Hoffnung, daß reicher Begabte folgen werden. Und wenn diese Blätter nur ihrer Einen erwecken, so würde deren Zweck erfüllt sein."

Nach einleitendem Überblick über die ältere Geschichte der Volksschule spricht das II. Kapitel den zu allen Zeiten von den Anhängern des Alten bestrittenen Satz aus:

„Jene gefürchtete Masse der unteren Stände verlangt nicht allein nach Brot und Schauspielen; — nein, sie hat auch geistige Bedürfnisse, und indem man diese befriedigt, wird der Weg zum täglichen Brote sicherer gebahnt, wie durch Schranken, Gebet und Frohn!

Dem Manne von Kenntnissen gehört die Welt; nur der Unwissende ist an die Scholle und an den Mangel gefesselt und steht der Gesetzesübertretung am nächsten. Gleichwie der Hindu durch Kasten, so drücken wir durch Mangel an Unterricht den untern Ständen den Stempel der Dienstbarkeit für das Leben auf."

Trotz aller Anerkennung, heißt es weiter, welche unsern Schulen in unverdient reichem Maße zu teil geworden, thue doch Preußen auf dem Gebiete des Unterrichtswesens nicht seine volle Schuldigkeit. Nach den Ermittelungen des Jahres 1838 besuchten im ganzen Staate von 100 schulpflichtigen Kindern der Provinzen: Sachsen nur 93, Schlesien nur 86, Brandenburg nur 84, Westfalen nur 83, Rheinland nur 80, Pommern nur 76, Preußen nur 74, Posen sogar nur 61 die Volksschule.

Am übelsten sah es in dem genannten Jahre um den Schulbesuch in den großen Städten aus. Das Verhältnis der wirklich schulbesuchenden zu den schulpflichtigen Kindern sank in Elberfeld-Barmen auf 79 Prozent, in Breslau auf 78, in Köln auf 77, in

Königsberg auf 68, in Stettin auf 67, in Posen auf 49, in Aachen sogar auf 37 Prozent!

Von der Haupt- und Residenzstadt, dem sogenannten „Sitz der Intelligenz", habe der Statistiker Dieterici erst jüngst, in Gegenwart des Königs, berichtet, daß 1840 unter 330000 Einwohnern (der damaligen Bevölkerung Berlins) nur 37000 wirkliche Schüler vorhanden gewesen, während die rechnungsmäßige Zahl der Schulpflichtigen sich auf 67000 ($^1/_5$ der Gesamtbevölkerung) belaufe. Aus diesen schlagenden Ziffern gehe hervor, daß regelmäßig eine halbe Million Menschen in Preußen ganz ununterrichtet blieb! Die Zahl der 1841 ohne jede Schulbildung eingestellten Heerespflichtigen steige von 1,19 Prozent in der Provinz Sachsen auf 15,33 in der Provinz Preußen und gar auf 41 Prozent in der Provinz Posen. Solche tief beklagenswerten Zustände erheischten baldigste gründliche Besserung. Jeder solle die heilige Pflicht erkennen, die Flamme, an welcher die besser Unterrichteten das eigene Licht angezündet, auch für andere zu nähren. Aber jeder wolle nur für sich und die Seinigen sorgen; sobald etwas Erkleckliches für das Volk, für die Allgemeinheit geschehen solle, dann schwinde der Thaler zum Pfennig in der kargen Hand. Es erscheine als eine stiefväterliche Ansicht, die Volksschule als eine Angelegenheit der Gemeinde zu erklären; sie müsse Staatssache sein. Der Mensch werde nicht für die Gemeinde, sondern für das ganze Vaterland erzogen.

In den folgenden Abschnitten bespricht Harkort die thörichte Furcht vor „Aufklärung" und „Halbwisserei", welche von den Gegnern erhöhter Volksbildung stets so erfolgreich ausgebeutet wird; sowie das Verhältnis der Kirche zur Schule. Er weist dabei auf die freie nationale Gesinnung hin, die der Schulrat des Herzogtums Berg bereits im Jahre 1814 in den damals veröffentlichten „allgemeinen Ansichten über die Schulpflege" hinsichtlich dieser Fragen amtlich kundgegeben habe, und erinnert an das denkwürdige Wort des Kölnischen Erzbischofs Grafen Spiegel in seinem Fastenmandat vom 5. Januar 1834: „Die Übel unserer Zeit stammen nicht von heute oder gestern her; sie wurzeln in der früheren Zeit und sind namentlich zum großen Theile aus der verkehrten oder ganz mangelhaften Erziehung der gegenwärtigen Geschlechter entsprossen." — Selbstverständlich will er, bei vollster Anerkennung der Wichtigkeit der Religion für das Volk, den Einfluß der Geistlichkeit auf die Schule in gebührenden Schranken gehalten wissen. „Tritt der Staat die Schule der Kirche wieder ab, so ist es um seine Unabhängigkeit geschehen!" sagt er kurz und bündig.

Als ſicherſte Mittel für die durch die rieſigen Fortſchritte der neuen Zeit gebotene beſſere Volksbildung verlangt Harkort:

1. eine höhere Ausbildung des Lehrerſtandes,
2. Sicherung der äußeren Stellung desſelben,
3. eine paſſende Volkslitteratur.

Bezüglich der Seminare wird das klöſterliche Zuſammenleben, das manchen ſittlichen Menſchen von Grund aus verderbe und die jungen Leute mit den geſelligen Formen der Gebildeten nicht bekannt werden laſſe, entſchieden verurteilt. Der Lehrplan, in welchem weder Geſchichte noch Naturlehre noch Geographie vorkomme, ſei viel zu beengt. Die Dürftigkeit des Lehrplans aber beruhe auf dem Umſtande, daß derſelbe auf die kurze Zeit von zwei Jahren und auf zwei Klaſſen berechnet ſei, während eine ordentliche Ausbildung drei Jahre und drei Klaſſen erfordere. „Preußen iſt auf der Bahn der Volksbildung und des Lichts als Vorkämpfer zurückgetreten, und der heimiſche Dünkel ganz unberechtigt geworden.“ In Württemberg und in Naſſau dauere der Seminarkurſus volle drei Jahre, auch ſei die Zahl der Lehrer und der Unterrichtsgegenſtände weit größer als in unſerer, fälſchlich noch als Muſterland des Volksunterrichts angeſehenen Heimat. Überall werde geknauſert, auch an den Lehrmitteln; und trotzdem fänden ſich byzantiniſche Seminar-Direktoren, die, anſtatt zu reden und das Notwendige pflichtmäßig zu fordern, für die „milde Ausſtattung“ ihrer Anſtalten unterthänigſt dankten.

„Es iſt ein tief einſchneidender Kontraſt, wenn wir die koſtbaren Dekorationen und die Garderobe eines Ballets mit dem Lehrapparat eines Seminars vergleichen!“*)

Im Kapitel über die „Sicherung der äußeren Stellung der Lehrer“ wird auf die Kabinettsordre Friedrich Wilhelm III. vom 3. Juli 1798 über die Reform des Schulweſens hingewieſen. „Unterricht und Erziehung,“ heißt es in jenem Schriftſtücke, „bilden den Menſchen und den Bürger, und beides iſt den Schulen, wenigſtens in der Regel, anvertraut, ſo daß ihr Einfluß auf die Wohlfahrt des Staates von höchſter Wichtigkeit iſt. Dies hat man ſchon längſt anerkannt, und dennoch hat man faſt ausſchließend bloß auf die ſogenannten Gelehrtenſchulen die Sorgfalt ver-

*) Friedrich Wilhelm III. war bekanntlich ein großer Freund des Ballets und bewilligte dafür, trotz ſeiner ſonſtigen Sparſamkeit, bedeutende Mittel, und auch unter ſeinem Nachfolger blieb das unverändert. Dieſe Freigebigkeit für Tänzerinnen hatte Harkort ſchon ſeit Jahren wiederholt ſcharf getadelt, ſoweit die Zenſur das durchließ, und damit die Kargheit gegenüber den Invaliden von 1813 und nützlichen Staatsaufgaben verglichen.

wandt, die man bei weitem mehr den Bürger- und Landschulen schuldig war, sowohl wegen der überwiegenden Menge der ihrer bedürftigen Unterthanen als um deßwillen, weil bisher, einige Versuche ausgenommen, nichts dafür geschehen war. — —

Sodann ist für gute Lehrer, die im Seminare gebildet werden, zu sorgen. Dann muß der gegenwärtige Zustand der Schulen untersucht und die Art und Weise ihrer Reform ausgemittelt werden. Es ist hierbei nicht außer Acht zu lassen, daß sehr viele der sogenannten Gelehrtenschulen zu bloßen Bürgerschulen reducirt werden müssen. Nachdem muß man die bisherigen Fonds zu diesen Schulen ausmitteln, die künftigen nothwendigen Kosten derselben berechnen und wenn, wie zu vermuthen, die bisherigen Fonds dazu nicht ausreichen, neue Quellen zur Ergänzung aufsuchen. Sie werden sich in dem Schulgelde, in fixirten Beiträgen u. s. w. finden lassen und am Ende muß der Staat selbst zutreten, um das Fehlende, soweit es immer die Umstände gestatten, zuzuschießen."

Seitdem diese Königlichen Worte gesprochen wurden, war fast ein halbes Jahrhundert verflossen, ohne daß der Staat seine Rolle als „Mann mit zugeknöpften Taschen" aufgegeben hatte. Trotz der Armut der meisten Gemeinden und trotz der notorischen Unzulänglichkeit der Lehrergehälter in Preußen wurden, laut eigener Angabe der amtlichen Staatszeitung, zu Anfang der vierziger Jahre nur hunderttausend Thaler aus Staatsmitteln auf sämtliche Elementarschulen verwendet.*) Mit diesem elenden Almosen erkaufte sich der Staat damals Titel und Ruhm eines Musterlandes der Volksschulen! Während der Kriegszeit war eine Aufbesserung der Schulverhältnisse allerdings unmöglich gewesen. Dem Kriege aber folgten 25 Friedensjahre, innerhalb deren bei gutem Willen Rat oder vielmehr Geld geschafft werden mußte und konnte, um jene Verheißung Friedrich Wilhelm III. von 1798 einzulösen. Die Jämmerlichkeit der Gehälter erhellte aus zuverlässigen Angaben hochstehender Staatsbeamten. 1833 berechnete der Schulrat von Türk die durchschnittliche Einnahme eines Elementarlehrers in Preußen auf 78 Thaler, schreibe achtundsiebzig Thaler jährlich oder 6 Groschen 5 Pfennig für den Tag. Nach den neuesten etwas günstigeren Er-

*) Als nach dem Tode eines armen Lehrers, welcher wegen chronischer Krankheit der Lehrerwitwenkasse nicht hatte beitreten können, die Witwe um eine jährliche Unterstützung von nur 10 Thalern flehte, verfügte die Regierung zu Arnsberg im Jahre 1842: sie bedaure keine Fonds zu haben, da grundsätzlich Schullehrerwitwen aus Staatsmitteln keine Pensionen bewilligt würden. Harkort, „Bemerkungen", S. 88.

mittelungen des Geheimen Rats Dr. Beckendorf betrug das derzeitige Durchschnittsgehalt für 3745 Stadtschullehrerstellen 212 Thaler, dasjenige von 18140 Landschullehrerstellen dagegen 85 Thaler 19 Groschen jährlich. Unter den letzteren erscheinen 1180 mit weniger als zwanzig Thaler Jahreseinkommen!

Die Arnsberger Regierung hatte in ihrer früher erwähnten Zirkularverfügung vom 23. Juli 1842 das mittlere Gehalt der Lehrer in dem armen Kreise Wittgenstein auf 107 Thaler angegeben. Dementgegen führt Harkort zehn Lehrer des nämlichen Kreises unter Namensnennung auf, von denen sechs ein Jahresgehalt von 20 bis 58 Thaler nebst Wandeltisch, vier dagegen 60 bis 75 Thaler, ohne Wohnung, bezogen und berechnet das Durchschnittsgehalt der 26 Lehrer des Schulbezirks Berleburg, zum Kreise Wittgenstein gehörig, auf 89 Thaler jährlich. Allein wozu nütze, fragte er die Regierung, eine solche generalisierende Zahl? und knüpfte daran den witzigen Vergleich von zwei Wanderern, die — der eine mit, der andere ohne Geld — in ein Gasthaus treten. Der eine speist zwei Portionen, der andere fastet notgedrungen. Nach der Beweisführung des Amtsblattes hätte dann, da von zwei Personen zwei Portionen verzehrt worden seien, im Durchschnitt jeder Wanderer eine Portion gegessen.

Angesichts der von ihm genau wiedergegebenen Gehaltsziffern Beckendorfs bemerkt er: „Wer diese Tabellen mit Aufmerksamkeit liest, wird das seichte oberflächliche Geschwätz jener zu würdigen wissen, die da meinen: die Lehrer seien durchschnittlich gut gebettet und führten ungerechte Klagen.“ Zwölftausend Landschullehrerstellen von hundert Thalern bis unter zehn!

„Zahlen entscheiden, sagt Benzenberg. Da thut es wahrhaftig not, daß wir unser Schulwesen auf dem Papier rühmen; denn die Werke reden nicht. Ermitteln wir dagegen im Sinne jener hochherzigen Cabinetsordre das Bedürfniß, so wird jeder Billigdenkende zugeben, daß ein Mann, von welchem tüchtige Kenntnisse, unermüdliche tägliche Leistungen und Fortschreiten in geistiger Beziehung, ein exemplarischer Lebenswandel und eine gewisse äußere Bildung gefordert werden, seine Stellung auf dem Lande nicht unter zweihundert Thalern und in der Stadt nicht unter dreihundert Thalern würdig, ohne drückende Nahrungssorgen behaupten kann. In Württemberg lebt man so gut für einen Gulden wie in Rheinland und Westfalen für einen Thaler, und dort ist das Minimum des Lehrergehalts auf 200 Gulden gesetzlich festgestellt. — —

„Ist das Minimum der Pfarrgehälter, zu deren Erhöhung der

Staat jährlich namhafte Summen verwendet, auf 400 Thaler festgestellt worden: so darf der Lehrer, ohne anmaßend zu sein, auf die Hälfte Anspruch machen. — —

„Die Juli-Revolution in Frankreich bewilligte dem Volksunterrichte, wie früher bemerkt, jährlich zehn Millionen Franks; nach diesem Verhältniß hätte Preußen, anstatt wie geschieht 400000 Franks, aus Staatsmitteln fünf Millionen aufzubringen. — —

„Wir stiften Dombau-Vereine*), das ist vaterländisch und edel; allein christlicher und menschlicher wäre es, einen Theil dieser Mittel auf die Volkserziehung zu verwenden, da noch eine halbe Million Mitbürger ohne Unterricht in grober Unwissenheit aufwächst!" — —

Zur Aufbringung der für eine würdige Ausstattung der Schule und ihrer Lehrer erforderlichen Summen verwies Harkort auf die bedeutenden Ersparnisse, welche durch die schon 1833 auf dem Münsterschen Landtage von ihm selbst vorgeschlagene Beseitigung des Salzmonopols (S. 216), sowie durch Einführung des Instituts der Schiedsmänner in die Rechtspflege erzielt werden könnten. Beim Salz seien dadurch, ohne dem Staatseinkommen zu schaden, allein in Westfalen nachweisbar 125000 Thaler jährlich zu gewinnen. In dem kleinen Bezirke des Hofgerichts zu Arnsberg (dem sogenannten Kölnischen Sauerlande) hätten im Jahre 1832 von rund 200000 Einwohnern 296405 Thaler Gerichtskosten erster Instanz gezahlt werden müssen; Stempel-, Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren sowie Zwangsversteigerungskosten nicht eingerechnet. Erspare man durch Einführung von Schiedsgerichten mit ausgedehnten Vollmachten an jener horrenden Summe nur ein Viertel, so wäre sämtlichen Schulen geholfen. „Die Justizkommissarien**) kosten Westfalen allein so viel wie seine sämmtlichen Volksschullehrer." — —

„Solche Monita klingen der Beamtenwelt, welche gerne einen Staat im Staate bildet, nicht angenehm; allein wir reden zum Volke und machen es darauf aufmerksam, daß in einer durchgebildeten Nation der Gemeinsinn wächst, und daß man aus diesem Grunde weniger bezahlte Beamte braucht.

„Strafend bemerken wir übrigens, daß ein Volk, welches in der schmutzigsten aller Einnahmequellen, der Lotterie, jährlich freiwillig Hunderttausende vergeudet, zur zeitgemäßen Unterstützung seiner Schulen mit Recht direkt besteuert werden darf, und

*) Behufs Fortbau des Kölner Domes, für welchen sich in erster Reihe der kunstsinnige Friedrich Wilhelm IV. interessierte, wurden damals an vielen Orten, auch in protestantischen Gegenden, sogenannte Dombau-Vereine gebildet.

**) So hießen damals die Rechtsanwälte.

ſchließen die Betrachtung mit des Königs Worten: Der Staat ſelbſt muß das Fehlende zuſchießen!“ — —

„Man hebe endlich den Lehrer aus jenem verderblichen Verhältniß, der Schulmeiſter des Bauern und der Mantelträger des Pfarrers zu ſein; ſtelle ihn hin als einen Diener des Staats, der, mit angemeſſenen Rechten und Pflichten begabt, ſeine Saat und ſeine That mit männlichem Selbſtbewußtſein überſchauen darf, deſſen beſſere Überzeugung nicht dem Hunger zu weichen braucht.“

Die folgenden Abſchnitte der Schrift ſind den Kinderbewahranſtalten, der Elementar-, der Sonntags- und weiblichen Arbeitsſchule gewidmet.

Für die damals noch wenig gekannten Bewahranſtalten rief Harkort vorzugsweiſe die Frauen in die Schranken.

„In England ſtarb 1833 einer von fünfundfünfzig, dagegen in Preußen einer von zweiunddreißig. Nicht das Klima iſt ſchuld an dieſem Mißverhältnis, ſondern die geringern Nahrungsmittel, ſchlechtere Pflege und aufreibende Anſtrengung der Arbeit. Namentlich wirken dieſe ärmlichen Verhältniſſe auf die Kinderwelt ein.“ Unter Hinweis auf die Leiſtungen eines Peſtalozzi, Brougham, Wilberforce, der Fürſtin Pauline zur Lippe, der Berliner Wadzeck-Anſtalt und der ſeit 1835 in Wiesbaden beſtehenden Kleinkinderſchule forderte er Deutſchlands Frauen auf, mit gleicher chriſtlicher Werkthätigkeit im Vaterlande ähnliche ſegensreiche Inſtitute ins Leben zu rufen.

Von der Elementarſchule, deren Verhältniſſe durch Geſetz zu regeln ſeien, wurden, nach Einteilung in zwei Klaſſen, weſentlich erhöhte Leiſtungen begehrt. „Religionsunterricht, Singen, Leſen, Schreiben und Sprachübung genügen allein nicht. Geometrie, Zeichnen, Geographie, Naturgeſchichte, Naturlehre müſſen, wenn auch in engeren Kreiſen, faßlich und die Aufmerkſamkeit feſſelnd vorgetragen werden, um die Brücke herzuſtellen zwiſchen der Schule und dem Leben. Dieſe Realien in ihren Anfangsgründen ſind allen Ständen ohne Unterſchied nützlich und nothwendig.“ Daneben verlangte Harkort paſſende Leibesübungen, „um namhaft zur Wehrhaftigkeit des Vaterlandes beizutragen“. In Sachſen, Württemberg — das damals in der Schulfrage voranſtand — und Dänemark würden für das in Preußen ſo lange verpönt geweſene Turnweſen beſtimmte Summen im Budget ausgeworfen. Der Einwand, die zu große Mannigfaltigkeit der Unterrichtsgegenſtände werde die Begriffe der Schüler verwirren und eine ſchädliche Oberflächlichkeit veranlaſſen, ſtelle ſich bei näherer Prüfung als unbegründet heraus.

Sonntagsſchulen ſollten nicht ein Werk der Mildthätigkeit ſein, ſondern gleich den Elementarſchulen als wichtiger Teil des Staatslebens erſcheinen. Auch in dieſer Beziehung könnte Württemberg zum Vorbilde dienen, das in Artikel 6 ſeines Schulgeſetzes den Beſuch der Sonntagsſchule allen aus der Volksſchule Entlaſſenen bis ins achtzehnte Jahr zur Pflicht machte. Gleicherweiſe verlangte Harkort, nach dem Vorbilde des Kantons Aargau, weibliche Arbeitsſchulen unter Lehrerinnen, welche die der Schule entwachſenen Mädchen in Nähen, Stricken, der Schneiderei, feineren Arbeiten und den notwendigſten Haushaltungsgeſchäften unterrichten ſollten.

„Der Lohn des fleißigſten Mannes wäre zur Unterhaltung der Seinigen unzureichend, wenn die treue Lebensgefährtin nicht durch Nähen, Stricken, Gartenarbeit, Sorge um den kleinen Viehſtand und alle jene tauſend kleine häusliche Bedürfniſſe dem Mangel wehrte und das Fortkommen ſicherte.“

In den Kapiteln über „Volkslitteratur“ und „Leſekabinette“ ſchilderte der Verfaſſer in erregten Worten den jämmerlichen Zuſtand, in welchem ſich die Deutſche Volkslektüre zu Anfang der vierziger Jahre befand. „Wonach haſcht die Jugend? Welcher Stimme leiht ſie ihr lauſchendes Ohr? Nicht dem Wiſſen, nein, dem Ammenmärchen, den Räuber- und Geſpenſtergeſchichten. Vielleicht tritt mit dem Leſebuche der Robinſon hinzu, ſowie einige Volkslieder und Balladen, und damit iſt das Material angehäuft, welches die Phantaſie der jungen Welt erwärmt.“ Er ſucht die Urſache für dieſe betrübende Erſcheinung nicht allein in dem häufig mangelnden Bildungstriebe, ſondern auch in dem unzureichenden Elementarunterrichte, ſowie bei den Schriftſtellern, die nicht verſtehen, zum Volke zu reden („man zeige mir einen Deutſchen Gelehrten, welcher ſchreibt und lehrt wie Franklin!“), und bei den Leihbibliotheken und Buchhändlern. Die großartigen Engliſchen Vorbilder: Lord Broughams Pfennig-Magazin, die Bridgewater-Bücher, das Saturday-Magazine u. ſ. w. würden auf Deutſchem Boden in jämmerlichſter Weiſe verballhornt. „Da war zu ſehen für den Deutſchen Knaben (es iſt von einem Deutſchen Pfennig-Magazin mit Engliſchen Holzſchnitten und überſetztem Engliſchen Text die Rede): Warwick-Caſtle, St. Pauls-Kirche, Windſorſchloß. Aber von der Burg der Hohenſtaufen, der Habsburg, dem Schloſſe der Hohenzollern, den vielen hiſtoriſchen Denkmälern des edlen Deutſchen Vaterlandes ſchwieg das Machwerk. Dafür ſetzte man: die Löffelgans, das Peruaniſche Schaf und die Wanderratte. Das nennen wir vaterländiſche Lektüre!“

Seiner sonstigen Gewohnheit ganz entgegen, schaltet der Verfasser in diesen Abschnitt eine persönliche Bemerkung ein, die der Biograph nicht glaubt übergehen zu dürfen. Um von vornherein einen falschen Verdacht von sich fern zu halten, sagt er: „Wir gehören nicht zu denen, welche, den Realien huldigend, die klassischen Quellen verschmähen, die — aus den goldenen Zeitaltern der Griechischen und Lateinischen Musen hervorrauschend — der Entwickelung aller späteren Epochen und Völker die Weihe verliehen haben" und knüpft daran die Bemerkung, daß er die Lateinischen Klassiker in der Ursprache, die Griechischen in Übersetzungen gelesen habe. Die Hagener Handelsschule schon mit fünfzehn Jahren verlassend (S. 109), hatte er nur einen beschränkten Anfang im Lateinischen machen können, sich also die Fähigkeit, Klassiker in der Ursprache zu lesen, durch Selbststudium im späteren Alter aneignen müssen. „Sie haben uns saure Tage gekostet, die wir nicht bereuen", schreibt er. Harkort las aber nicht bloß die Schriftsteller dem gewöhnlichen Wortsinne nach, sondern er studierte sie in allen Einzelheiten. Aus jedem ihn interessierenden Buche fertigte er Auszüge und Notizen an, die — noch jetzt in verschiedenen Stücken vorhanden — im großen wie im kleinen für den ihn erfüllenden seltenen Wissensdurst wie für seinen wahrhaft riesigen Fleiß beredtes Zeugnis ablegen. Im Sommer spätestens um fünf, im Winter um sechs Uhr saß er an seinem Arbeitstische und endete, mit wenigen Stunden Schlafes sich begnügend, erst in später Abendstunde, wenn seine kleine Lampe den Dienst versagte*). Und dabei darf man nicht vergessen, daß dieser Mann, der zu den fruchtbarsten Schriftstellern seiner Zeit gehörte und alle Tagesereignisse mit scharfem Auge, stets kampfbereit, verfolgte, während des größten Teiles seines langen Lebens mit schweren Sorgen aller Art kämpfen mußte: Sorgen, unter deren fortwährendem Drucke andere, wenn nicht völlig erlahmt sein, so doch die Lust zu jeglicher Mitarbeit an Besserung der Zustände des öffentlichen Lebens vollständig verloren haben würden.

„So fahre denn hin, mein Büchlein," schloß er dasselbe, „zu Fuß, zu Roß, im Lichte der Sonne, bei schwachem Lampenscheine wohlmeinend zusammengetragen. Klopfe an die Thüren der Reichen und empfange das Scherflein der Wittwe. Ob sie dich loben, ob

*) Als am Abend seines Lebens im Petroleum jener herrliche Leuchtstoff entdeckt wurde, der jetzt auch die ärmste Hütte für wenige Pfennige erhellt, äußerte Harkort mehrfach: „Ja, was hätte man noch alles lernen können, wenn solche wundervollen Lampen und solches Öl schon in meiner Jugend dagewesen wären!"

sie dich schelten: sammle der Biene gleich, streue den Samen aus und vertraue dem Odem des geistigen Frühlings, dessen Schwalben bereits am Horizonte des Vaterlands erschienen sind!"

Das kleine Buch erzielte durchschlagenden Erfolg. Nach kaum 6 Monaten war die erste Auflage vergriffen und vom Mittelmeere bis zur Zarenstadt durch ganz Europa verstreut. „Gleich einem Feuerzeichen," durfte der Verfasser in der Vorrede zur zweiten Auflage freudig aussprechen, „haben diese Bogen das Land durchflogen. Die starre Rinde eines langen Winters ist durchbrochen und in tausenden von Keimen sproßt der Schule ein neuer Frühling in des Volkes Herzen!" Freilich meldeten sich auch manche Gegner, namentlich Theologen von Fach, darunter der frühere Seminardirektor, spätere Pfarrer W. Harnisch, welcher in seiner Schrift: „Der jetzige Standpunkt des gesammten preußischen Volksschulwesens" Unrichtigkeiten in Harkorts rasch geschriebenen „Bemerkungen" nachzuweisen suchte. „Der verehrte Herr Verfasser," erwiderte dieser, „steht in der Wissenschaft und der protestantischen Kirche; meine titellose Wenigkeit im Volke — daher die Verschiedenheit unserer Ansichten. Das Volk, die Gemeindeschule, gehört allen Konfessionen an, deshalb gebührt dem Staate vorzugsweise Leitung und Aufsicht." Indessen verschwand die Zahl und Bedeutung der Gegner vor der weit größeren der Anhänger. Hochstehende Staatsmänner, die ersten Edelleute des Landes, freier denkende Geistliche, Lehrer aller Kategorieen*), zahlreiche Zeitungen und Privatleute verschiedenster Berufszweige gaben ihr Einverständnis mit seinen Ansichten zu erkennen.

So unterstützt, rief Harkort am 19. Februar 1843 den in Dortmund domizilierten „Verein für die Deutsche Volksschule und für Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse" ins Leben. Derselbe stellte sich durch sein Statut die Beförderung der Errichtung von Kleinkinderschulen, Unterstützung dürftiger Lehrer und Lehrerwitwen und die Herausgabe von Volksschriften sowie Gründung von Volksbibliotheken zur Aufgabe. Man sollte glauben, daß eine Gesellschaft mit solchen Zwecken von vornherein der Unterstützung jeder Regierung hätte gewiß sein können; und um so mehr, nachdem dieselbe, wie hier der Fall, einen nach jeder Richtung hin regierungs-

*) Harkort, „Geschichte des Vereins für die Deutsche Volksschule." Elberfeld, bei J. Baedeker 1845, S. 15.

freundlichen Mann, den ehemaligen Präfekten und Landesdirektor von Romberg, als Ehrenpräsidenten an ihre Spitze berufen hatte. Doch weit gefehlt! Die vormärzliche Büreaukratie hatte ein schlechtes Gewissen und außerdem unter Friedrich Wilhelm IV. jenes Selbstvertrauen verloren, welches ihr unter dessen Vorgänger manchen Kampf bestehen half. Bei der geringsten Regung des Volksgeistes witterte sie Gefahr und legte darum dem jungen Vereine, welcher nebenbei beabsichtigte, unter Redaktion des für die Angelegenheit eifrig wirkenden Litteraten Dr. Schulte eine eigne Zeitschrift herauszugeben, alle möglichen Hindernisse in den Weg. Der Zensor der Kölnischen Zeitung verbot dieser sogar den einfachen Abdruck des Statuts, und der Landrat von Ernsthausen in Gummersbach wurde von der Bezirksregierung in Köln angewiesen, in den Lehrer-Konferenzen jede Besprechung über den Verein oder Sammlung von Beiträgen für denselben streng zu untersagen.

Während noch die Entscheidung über die nach der damaligen Gesetzgebung erforderliche Bestätigung der Statuten schwebte, gelang es dem Vorstande, einen derzeit überall hochgefeierten Namen zum Bundesgenossen zu gewinnen. Der berühmte Klavier-Virtuose Franz Liszt kam auf einem seiner Triumphzüge durch Europa an den Rhein. Stets geneigt, für edle Zwecke mit seinem Talente mitzuwirken, erklärte der liebenswürdige Künstler sich auf desfallsiges Ersuchen sofort bereit, ohne jede Entschädigung zum Besten des Vereins zwei Konzerte zu geben. Diese fanden im Sommer 1843 in Dortmund und in Iserlohn statt und erregten, namentlich bei dem weiblichen Teile der Bevölkerung, einen Sturm von Jubel und Begeisterung, wie er nach dem übereinstimmenden Berichte von Zeitgenossen im Lande der nüchternen, jedem Kunstfanatismus abholden Westfalen weder vorher noch nachher jemals seinesgleichen gefunden hat. Der Verein ernannte Liszt zu seinem Ehrenmitgliede.

Einen im August des nämlichen Jahres stattgefundenen Besuch des Kultusministers in Westfalen benutzte der Vorstand zur Entsendung einer Deputation an denselben, um mündlich auf die Beschleunigung der Angelegenheit hinzuwirken und die gegen den Verein ausgesprochenen Verdächtigungen zu beseitigen. Eichhorn äußerte sich über den Zweck des Vereins sehr lobend, indem er verbindlich bemerkte: auf dem Boden der Grafschaft Mark könne nur Gutes wachsen. Der Verein dürfe aber nicht allein die Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse verfolgen, sondern müsse „das ganze Volksleben umfassen“; es gälte außerdem, „echte Religiosität — frei von allem Pietismus (sic!) — und wahre Vaterlandsliebe zu heben“.

Die ehrlichen Markaner ließen sich durch die schönen Worte des hochmögenden Herrn nicht täuschen; sie wußten längst, was sie von ihm zu halten und zu erwarten hatten. Nach Verlauf mehrerer Monate gelangte endlich durch die Arnsberger Regierung, welcher damals der wackere freisinnige Keßler vorstand, die ministerielle Entscheidung herab, dahin lautend, daß für die vorgelegten Statuten die erbetene Genehmigung nicht erteilt werden könne. Gegen die Errichtung von Kleinkinderschulen und Unterstützung von Lehrerwitwen und Waisen sei zwar im allgemeinen nichts zu erinnern, indessen erscheine „ein so ausgedehnter Verein zur Herausgabe von Volksschriften nicht geeignet und gewähre für eine dem wahren Wohle des Volkes förderliche Ausführung des an sich löblichen Unternehmens keine befriedigende Garantie". Herausgabe, Druck und Verlag von Blättern, Schulbüchern und Volksschriften könne außerdem nur individuell nnd nach erfolgtem Nachweis der nötigen Qualifikation gestattet werden.

Zur Widerlegung Eichhorns, welcher demnach einen Verein für nicht geeignet zur Herausgabe von Volksschriften erklärte, bezog sich Harkort in seiner durch den Vorstand eingereichten Entgegnung vom 5. Dezember 1843 auf keinen Geringeren, als auf Eichhorns eigenen Minister-Kollegen, den bekannten Entdecker des „beschränkten Unterthanen-Verstandes". Im März 1842 hatte dieser nämlich einen verdienstlichen Feldzug gegen die Leihbibliotheken sowie für Schaffung einer besseren Volkslektüre eröffnet und in einer zu dem Ende erlassenen Zirkularverordnung geradezu ausgesprochen: es erscheine ratsam, „den Gemeinsinn für diese Angelegenheit zu interessieren und die Bildung von Privatvereinen zu begünstigen". Herr von Rochow meinte ferner mit vollem Rechte: „Bei der unverkennbaren Empfänglichkeit der Gegenwart für die Förderung gemeinnütziger Zwecke auf dem Wege der Association bedürfte es vielleicht nur eines geringen Anstoßes, um derartige Vereine ins Leben zu rufen." — Den einen Minister erfolgreich gegen den andern aufzuspielen, war neu in dem vormärzlichen Polizeistaate! Von dem Urjunker Rochow mochte sich Eichhorn, der früher für liberal gegolten hatte, doch nicht an Freisinn überbieten lassen; er schämte sich und genehmigte endlich, nach Ablauf eines vollen Jahres, Verein und Statut, letzteres lediglich mit dem unwesentlichen Zusatze, daß bei Gründung von Gemeindebibliotheken Geistliche und Lehrer der betreffenden Gemeinden zuzuziehen seien.

Nach endlich errungener Anerkennung entfaltete sich der —

konfessionell vollkommen neutrale — Verein zu fröhlichstem Gedeihen. Harkorts tapferer Kriegsgefährte von 1814, der Landrat des Dortmunder Kreises, Pilgrim, trat nebst andern angesehenen Bürgern mit in den Vorstand. Die Lehrer hielten sich in berechtigter Vorsicht zurück. Die Zahl der Vereinsgenossen wuchs binnen wenigen Monaten auf 2500. In der Generalversammlung am 1. September 1844 durfte Harkort der Hoffnung Ausdruck geben, es werde die Mitgliederzahl sich im nächsten Jahre vervierfachen, und dabei aussprechen: „Das Samenkorn ist gelegt im gläubigen Vertrauen auf den Schutz des Ewigen Vaters der Menschen. Möge es gedeihen und erwachsen zu einem mächtigen Baume, unter dessen Zweigen Arm und Reich sich brüderlich im Geiste und in der Liebe versammeln und jedes kommende Geschlecht eine schönere Morgenröte schaut." Im Frühjahr 1845 konnte der Vorstand schon in 14 Landgemeinden Volksbibliotheken anlegen. Trotz dieser Erfolge wurde die behördliche Entscheidung über die Herausgabe eines eigenen Vereinsblattes durch die kleinlichsten Bedenklichkeiten hingehalten. Als alle wünschenswerte Auskunft über den Inhalt und über die künftige Redaktion erteilt war, warf die Regierung die Frage auf: welcher Beamte wohl die Zensur übernehmen möge? Nachdem der Landrat Pilgrim sich dazu bereit erklärt hatte, blieb die ganze Sache doch noch liegen, bis endlich vom Jahre 1846 an die „Wochenschrift des Vereins für Deutsche Volksschule" erscheinen durfte. Die Redaktion führte zunächst der Gymnasialprofessor Hildebrand, nach diesem der Pfarrer Kerlen in Dortmund.

Wie im Jahre 1843 für den Lehrstand, so hatte Harkort schon mehrere Jahre früher den mächtigen Hebel des Assoziationsgeistes auch für den Nährstand mit Erfolg in Bewegung gesetzt. Am 1. Januar 1839 versammelte sich auf seine Anregung eine kleine Anzahl Gewerbtreibender aus Hagen und Umgegend, um über die Bildung einer Gesellschaft zu beraten, welche sich die gegenseitige praktische und wissenschaftliche Ausbildung ihrer Mitglieder zur Aufgabe stellte. „Obgleich die Lauheit," heißt es in einem derzeitigen Berichte, „mit der man gewöhnlich das Neue aufzunehmen pflegt, und ein übermäßiges Raisonnieren von einigen unseres Handelsstandes und verschiedener Handwerker manchen von dem Beitritt zu dem neugegründeten Gewerbeverein in Hagen abhalten mochten, mehrte sich derselbe doch schnell, und in wenigen Wochen war die Mitgliederzahl auf 40 gestiegen, von denen die meisten dem Handwerkerstande

angehörten.“ Demnächst traten auch Kaufleute und Großindustrielle hinzu, darunter Eduard Elbers, der verdiente Kurator der durch Beuth ins Leben gerufenen und von Harkort schon auf dem Landtage warm vertretenen Hagener Provinzial-Gewerbeschule, aus welcher so viele tüchtige Beamte, Techniker und Fabrikanten aller Art hervorgegangen sind; ferner die Söhne von Heinrich Kamp, Huth, Voswinkel, Karl Elbers, der Gründer der großen Baumwoll-Weberei und -Druckerei in Hagen, u. a., so daß bei Ablauf des Gründungsjahres sich die Zahl der Vereinsgenossen bereits auf 130 belief. Ein vorliegendes Verzeichnis führt unter den Ehrenmitgliedern an erster Stelle den Landrat Freiherrn von Vincke auf. Das war Georg, des Oberpräsidenten ältester Sohn, Enkel des (S. 180) erwähnten würdigen von Syberg, auf des letzteren Stammgute Busch bei Hagen am 15. Mai 1811 geboren. Noch nicht 26 Jahre alt, war er zum Landrat seines heimatlichen Kreises gewählt worden, in welchem Amte er sich durch eminentes Talent und seltenen Fleiß allgemeinste Anerkennung erwarb; jedoch auch durch oft rücksichtsloses Wesen und hochfahrendes Auftreten, das keineswegs den späteren Liberalen in ihm vermuten ließ, sich mancherlei Gegner schaffte. Der Wirksamkeit des Gewerbevereins bewies Vincke thätige Teilnahme, indem er später als Stellvertreter des Vorsitzenden (Harkort) in den Vorstand eintrat und auch, wie ein Beschluß der Generalversammlung ausdrücklich hervorhebt, als Zensor des Vereinsorgans „mit Milde“ verfuhr. Die Schaffung eines solchen Organs hatte sich nämlich bald als dringendes Bedürfnis herausgestellt und erfolgte noch im ersten Vereinsjahre. Jene beiden Zeitschriften, die so viele Jahre hindurch dem geistigen Leben der Grafschaft Mark kräftige, weit fortwirkende Impulse gegeben hatten, der „Westfälische Anzeiger“ und der „Hermann“, waren im Laufe der Jahre durch mangelhafte Leitung und insbesondere infolge Konkurrenz der politische Nachrichten bringenden Tagesblätter („Elberfelder“ und „Kölnische Zeitung“) eingegangen oder stark in den Hintergrund gedrängt worden*). Um diese in der öffentlichen Vertretung gemeinsamer Interessen des Nährstandes zu ersetzen, rief Harkort im

*) Der „Hermann“ verlegte 1833 seinen Druckort von Schwelm nach Barmen, 1834 nach Düsseldorf und schlief dort ganz ein, während der „Anzeiger“ unter der Redaktion von Dr. Schultz in Hamm sein Dasein noch einige Jahre weiter fristete. Ende 1841 ging das letztgenannte Blatt unter dem Titel „Der Sprecher“ in den Besitz von J. Bagel in Wesel über, erlebte Mitte der 40er Jahre unter der Redaktion des damals sozialistisch gefärbten Karl Grün einen kurzen neuen Aufschwung, verkümmerte aber schließlich zu einem unbedeutenden Lokalblatte.

Verein mit Grothe, dem ausgezeichneten Direktor der Hagener Gewerbeschule, Ende 1839 den „Märkischen Gewerbefreund für Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und Landwirthe“ ins Leben.

In Grothe, welcher auch als Bibliothekar des Vereins eifrigst mitwirkte, stand Harkort eine hervorragende Kraft zur Seite. Er war nicht nur Hauptmitarbeiter des neuen Blattes, sondern auch ein packender Redner, der sich bereitwillig der Mühe unterzog, in der Umgegend, namentlich in dem 1840 nach dem Vorbilde des Hagener gegründeten, noch heute blühenden Dortmunder Gewerbevereine*), Sonntags nach der Kirche öffentliche freie Vorträge über Agrikultur-Chemie und die Verwertung der Physik für das gewerbliche Leben zu halten. „Beamte, Geistliche, Lehrer und namentlich die Landwirthe finden sich auffallend zahlreich ein und bekunden ein ungemeines Interesse an der Sache,“ bezeugt Harkort in seinen 1844 erschienenen „Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation und Emancipation der untern Klassen“, und der spätere Oberbürgermeister Dr. Hermann Becker berichtet in den S. 87 erwähnten „Anfängen der Dortmunder Tagespresse“: „Diese Vorträge regten die aus der Stadt und vom Lande zahlreich zusammenströmende Zuhörerschaft zum Vergleichen und Nachdenken auch auf anderen Gebieten an. Ihre erste unmittelbare Frucht war die Gründung der Fortbildungsschule für Handwerker.“ Gerade diese direkte Einwirkung auf die Volksmasse, dieser geistige Stoß in den Nacken war das Ziel, welches Harkort, dessen eigenste Kraft in der ersten Anregung, im Voran- und Drauflosgehen beruhte, zu erreichen wünschte. „Ist die schwere, stillstehende Karre nur erst in Bewegung gebracht, gehört nicht viel mehr dazu, sie in Gang zu erhalten!“ pflegte er gern zu sagen. — Neben Grothe entwickelte Karl von Hartmann, damals Kommunal-Baukondukteur in Hagen und schon 1833 bei der Vermessung der Rhein-Weser-Eisenbahnlinie thätig, als Sekretär des Gewerbevereins unermüdeten Eifer. Eine geniale Natur, ohne Wahl für alles Außergewöhnliche rasch enthusiasmiert, litt er noch in weit höherem Maße als Harkort, welchem er in rührender Treue ergeben war, stets an Überfülle neuer Ideen, mit denen bis zu gelegener Zeit zurückzuhalten oder sie den herrschenden Anschauungen einigermaßen anzupassen seinem rückhaltlosen Wesen durchaus widersprach. Dies hatte zur Folge, daß manche seiner Vorschläge als „hirnverbrannte Phantasieen“ verurteilt wurden, dar-

*) In Iserlohn existierte schon seit längerer Zeit ein Gewerbeverein, von welchem F. Harkort im Jahre 1836 zum Ehrenmitgliede ernannt wurde.

durch Kaiser Wilhelm I. an erster Stelle auf die Tagesordnung des Deutschen Reichstags gesetzt worden ist.

Mit dem Motto: Das Befugtsein gehört denen, welche den Mut dazu haben! von vornherein jene Sorte von Gegnern abweisend, welche unbequeme Frager durch Bestreitung der Kompetenz mundtot zu machen glauben, bemerkt er im Vorworte:

„Der berühmte Kanzler Baco sprach einst: Eine große wichtige Frage wird zu irgend einer Zeit zur Sprache kommen! So hat denn auch die Stunde geschlagen, wo die Unwissenheit und das Elend der untern Volksklassen aus den Höhlen des Lasters und den Kammern der Leiden und Noth vor den Richterstuhl der Humanität gefordert werden. Die falschen Dekorationen der Lebensbühne sind verbannt; nackt erscheint der Jammer auf den Brettern, um jene anzuklagen, denen das Glück die Mittel zur Hilfe verlieh, ohne den redlichen kräftigen Willen. Mehr oder weniger trifft dieser Vorwurf der Lauheit jeden Gebildeten. Mögen alle zur That erwachen und einen neuen edleren Zeitabschnitt für die Menschheit herbeiführen!

Der Bund der Guten reicht durch alle Lande, er bedarf der geheimen Zeichen nicht; öffentlich trete er auf zum Kampfe gegen die Gebrechen der Zeit und die geistige Knechtschaft. Auch dem Armen werde sein Erbtheil menschlicher Bildung und Glückseligkeit.

Diesen Sinn zu fördern, Mängel aufzudecken und Abhilfe vorzuschlagen, ist der Zweck nachstehender Zeilen; mögen sie ein Sandkorn sein zum großen Bau allgemeiner Civilisation der Nation.

Vor einem Jahre schrieb ich einige unvollständige „Bemerkungen über die Preußische Volksschule", demohnerachtet hat sie das Publikum mit Nachsicht und Wohlwollen aufgenommen; ein ähnliches Loos wäre unerwarteter Lohn für diese kleine Schrift.

Meine Ansichten habe ich nicht entlehnt, sondern mich hineingelebt; aber da, wo Andere den Gedanken, der gleichzeitig so manche edle Brust hebt, besser aussprachen, gab ich das Urtheil großer Zeitgenossen buchstäblich wieder, damit die Öffentlichkeit daran erstarke.

Unaufhaltsam wie die brausende Fluth ihre Wogen rollt über den nackten Strand und den schwachen Kahn zerschellt in der Brandung, so verfolgt der Geist allgemeiner Entwickelung seine unermeßlichen Bahnen.

Dahin sind die Tage, wo ein einzelner Mann dem Zeitalter das Siegel seiner Macht auf die Stirn drücken konnte; heute vermöchte er höchstens noch ein Träger der wachsenden bessern Überzeugung zu sein! An diesem Zeichen erkennen wir die Fortschritte der echten Civilisation."

Im ersten Abschnitte anerkennt der Verfasser die großen Fortschritte, welche das Menschengeschlecht, trotz vieler geistigen und wirtschaftlichen Rückströmungen, im Laufe der Jahrhunderte gemacht hat; erklärt jedoch, daß die arbeitenden Klassen von diesen Fortschritten nicht den ihnen gebührenden vollen Anteil empfangen und zur Unzufriedenheit Grund haben. „Echt menschliche Kultur blieb den untern Schichten der Gesellschaft fremd. — Unsere Staatsmänner erziehen die Proletarier und den Pauperismus in unheildrohenden Massen, die arm an geistigem und irdischem Gute in Bildung und Reichthum nur den Feind und Dränger sehen. Betrachtet jene Millionen in England, Irland, Frankreich, in allen großen Städten, die bereit sind, die Welt in Brand zu stecken, da sie nichts zu verlieren haben: und unsere Warnung wird gerecht erscheinen. — —

Das Gefühl der Noth hat zur gemeinsamen Verteidigung die der öffentlichen Wohlfahrt so schädlichen Arbeiter-Associationen und sogar den Kommunismus hervorgerufen. — —

Der Arme wird verhindert, Eigenthum zu erwerben, deshalb denkt er an Theilung durch physische Gewalt. Wir machen Gesetze gegen die Zersplitterung der Güter, begünstigen die Majorate — blickt auf Irland und die Folgen!*) — —

Um das Fundamentalgesetz der Staaten, die Heiligkeit des Besitzes, zu sichern, muß Allen die Laufbahn eröffnet sein, in gesetzlicher Weise ein Eigenthum erwerben zu können und die entgegengesetzte Schranke fallen."

Der Verfasser wendet sich sodann zu den Unterlassungssünden auf dem Gebiete der geistigen Ausbildung der arbeitenden Klassen. Zwar bestehe das wichtigste aller Kulturmittel, die bewegliche Schrift, erst seit vier Jahrhunderten; trotzdem müsse er die Frage, ob für die geistige Ausbildung mehr hätte geschehen können, mit einem unbedingten Ja beantworten.

„Hier stoßen wir auf die Hauptursache der Vernachlässigung der Nationen: den Mangel an Unterricht! Da stellt sich erst recht heraus, wie viele faule Knechte unsre Zeit zählt, die bei geringer Last sich sofort in den Winkel der Ruhe zurückziehen. Nicht ein Zehntel von dem ist geschehen, was wirklich für die Erziehung der unteren Klassen geschehen mußte — „und wollen dennoch gute Christen sein"!"

---

*) In Irland erreichte die durch Daniel O'Connell geführte sogenannte Repeal-Bewegung während der Jahre 1843—44 ihren Höhepunkt.

„Die Vorwürfe, welche der Graf Gasparin in seiner neuesten Schrift dem Christenthum macht, sind leider zu begründet: die freudige Aufopferung fehlt, und die Liebe, welche Früchte bringt." — —

„Der sogenannte gute Christ theilt Almosen aus und erbarmt sich der Kranken. Auch dem Thiere reicht der Wohldenkende Futter und nimmt sich seiner Leiden an. Aber fragen wir: ist der Nebenmensch bloß euer Mitbruder im Fleisch oder auch im Geiste? Ist letzteres der Fall, dann müßt ihr erröthen ob der groben Vernachlässigung der besseren edleren Hälfte! Am meisten jene, so auf den Höhen des Lebens stehen. Das ist der Fluch, der auf der Menschheit ruht, daß die Bildung der herrschenden Minorität stets gegen die dienende Majorität eine ausschließende Stellung zu behaupten suchte. — Selbst Bülow-Cummerow, sonst in mancher Beziehung aristokratisch gesinnt, sagt in seiner neuesten Schrift: „Die Bauern, die so bedeutende Abgaben bezahlen, werden vom Staate aus gänzlich vernachlässigt, und ihre Schulen für die nothdürftigste Bildung sind die schwächste Stelle in unserm so gerühmten Schulwesen. Die Bauernjungen lernen ein bischen lesen, schreiben und Gesangbuchsverse und Bibelsprüche; von künftiger Berufsbildung keine Spur!" — —

„In jedem neugeborenen Armen, welcher unwissend bleibt, erwächst der Gesellschaft ein neuer Feind. — Selbst die wohlwollendsten Regierungen verwenden die Kräfte des Staates zu sehr auf eingebildete oder angewöhnte Bedürfnisse, und dann fehlen, wenn es eine geistige Erhebung gilt, die Mittel."

„Das Theater wird z. B. als Bildungsmittel angesehen. Zugegeben — allein nur für jene, so die Eintrittskarte bezahlen können und in den großen Städten wohnen. Gesetzt nun: Oper und Ballet empfingen eine jährliche Unterstützung von 150000 Thalern. Dann möchten wir bescheiden bemerken, daß eine solche Summe genügend erscheint, um in vier Jahren jede Elementarschule des Reiches mit einer angemessenen Bibliothek zu versehen. Diese Verwendung würde ungemein tiefer in die Volkserziehung eingreifen. Wohin neigt das Zünglein der Wage, wenn im Regierungsbezirk Potsdam 13 Thaler eine Schullehrerwittwen-Pension bilden? —

„Der Verbrauch von achtzehn Flaschen Branntwein pro Kopf ist ein verdächtiger Maaßstab für die Volksbildung in Preußen!"

Im zweiten, dem „Ackerbau" gewidmeten Kapitel wendet sich Harkort gegen den mutmaßlich in Privatgesprächen ihm gemachten Vorwurf, ein „Ideologe" zu sein, mit den Worten:

„Dem würde ich begegnen können. Beruf und Schicksal haben mich von Jugend auf gewöhnt, das Leben mit nüchternem Blicke von der praktischen Seite zu betrachten. Stündlich umgeben von Arbeitern, seit dreißig Jahren täglich in Berührung mit den unteren Klassen, habe ich eine klare Anschauung ihrer Verhältnisse gewonnen. Auch die Wissenschaft und ihre Führer sind mir nicht fremd geblieben und benutze ich namentlich die Englische und Französische Litteratur mit redlichem Willen."

Der Hauptstand im Staate, die Bauern, fährt er fort, sei bis heute in Betreff des Unterrichts auf der niedrigsten Stufe gelassen worden. „So lange noch Schulen nachzuweisen sind, wo 600 schulpflichtige Kinder (!) einem Lehrer mit einem Gehilfen anvertraut sind, darf der Staat sich nicht rühmen, die Bildung der Mehrzahl mit Anstrengung gefördert zu haben." — „Große Güter sind ein künstlicher Zustand, begründet auf das Übergewicht des Kapitals gegen die Arbeitskraft; sie erzeugen ein Pachtsystem, welches auch unter den Ackerbautreibenden Proletarier schafft." —

„In England finden wir nur 23000 große Grundeigenthümer und 250000 Pächter. In Frankreich dagegen theilte die Revolution; dort sind 50 Millionen Hektare Kulturland in 125 Millionen Parzellen vertheilt, und fünf Millionen Familien Grundbesitzer."

Das Hauptgewicht für die Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse liege freilich in der rationellen Bodenbewirtschaftung; die organische Chemie müsse den Weg zeigen, wie dem Boden die nährenden Bestandteile zuzuführen und der Ernährungsprozeß der Tiere zu befördern sei. Verstände jeder Landmann die Forschungen Liebigs zu benutzen*), so hätte der Staat ungeheure Kräfte gewonnen. Dieses Verständnis aber vermöge nur besserer Unterricht zu schaffen, welcher trotz aller amtlichen Schönfärberei fehle. Es gelte in Preußen, niedere landwirtschaftliche Schulen und Musteranstalten zu gründen, wie sie in dem kleinen Württemberg mit einem Aufwande von 100000 Gulden geschaffen worden seien, um sowohl den Bauernsöhnen wie den -Töchtern eine andere Erziehung geben zu können und sie zu besserer Ausbildung nach draußen zu senden. Wie rege der Sinn nach Fortbildung auch in der ländlichen Bevölkerung schon geworden, zeige der auffallend zahlreiche Andrang dieser Kreise zu Direktor Grothes naturwissenschaftlichen Sonntagsvorträgen (S. 305). Der Staat solle es sich angelegen sein lassen,

*) Liebigs bahnbrechendes Werk „Die organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikultur" war anfangs der vierziger Jahre erschienen.

für Heranbildung derartiger Vortragender zu ſorgen und in jedem Regierungsbezirk einen ſolchen anzuſtellen. „Ein ſolcher wandernder Gelehrter ohne Schulſtaub würde ein Bote der Intelligenz für die ganze Provinz ſein und die neueſten Erfahrungen in Jahresfriſt durch das Land tragen.“

„Bildung ſchafft allerdings Bedürfniſſe, allein eben dieſe ſind der Sporn des Fleißes und der Sparſamkeit. Wir ſahen Gegenden des Vaterlandes, wo Kartoffeln, Sauerkraut und Branntwein Bedürfniſſe ſind; dagegen Schuhe, Strümpfe und Brot zum Luxus gehören; — dort lag auch Nacht über dem geiſtigen Menſchen!“

Im folgenden Abſchnitte legt Harkort die argen Schäden, welche durch die Induſtrie und die rückſichtsloſe Maſſenproduktion verurſacht ſind, mit einer Klarheit und Schärfe bloß, wie dies ſelten oder niemals von jemandem, der ſelbſt aus dieſen Kreiſen hervorging und eine Führerſtelle darin bekleidete, verſucht worden iſt.

Unter Hinweis auf die durch die großen Erfindungen von James Watt und Richard Arkwright verurſachten Umwälzungen, ſagt er: „Wie in einer plötzlichen großen Fluth gingen die mittelalterlichen Verfaſſungen und Schranken der Induſtrie verloren, und die Staatsmänner ſtaunten ob der großartigen Erſcheinung, welche ſie weder faſſen noch ihr folgen konnten. Die Maſchine diente gehorſam dem Geiſte des Menſchen; allein indem ſie ſeine phyſiſche Kraft überholte, ſiegte das Kapital über die Arbeit und ſchuf eine neue Unterthänigkeit.“

Nach Aufzählung der weſentlichen Nachteile des Großgewerbebetriebes ſtellt er den Satz auf:

„Vom Staate verlangen wir, daß er nicht allein gebietend, ſondern auch helfend und fördernd einſchreite!“, und begehrt demgemäß:

1. unbedingtes Verbot der Beſchäftigung von Kindern in Fabriken vor zurückgelegter Schulzeit.

„So wie die Sachen jetzt ſtehen, werden die Kinder benutzt, um die Löhne der Erwachſenen zu drücken. Laßt die Unmündigen ausſcheiden aus dem Kreiſe der Dienſtbarkeit, und die Andern finden eine beſſere Vergütung für die Arbeit ihrer Hände. Selbſt gehöre ich zu den Leitern der Induſtrie; allein von Herzen verachte ich jede Schaffung von Werthen und Reichthümern, die auf Koſten der Menſchenwürde, auf Erniedrigung der arbeitenden Klaſſen begründet iſt.“

2. Geſetzliche Feſtſtellung der Dauer der Arbeit, wenigſtens des Maximum, als welche er eine Arbeitszeit von ſechs Uhr morgens bis ſieben Uhr abends, mit zweiſtündiger Pauſe, anführt.

„Ebenso gut, wie das Gesetz den Sonntag zur Ruhe bestimmt, kann es den Feierabend feststellen. Daß eine gesetzliche Norm möglich und für die Erhaltung eines tüchtigen Arbeiterstandes förderlich ist, lehrt der Deutsche Bergbau.“ — Auf die bergbaulichen Knappschaftsverbände, welche Unterstützungen bei Krankheit und Invalidität sichern, wird als nachahmenswertes Muster hingewiesen.

3. Sorge für gute und billige Nahrungsmittel und gesunde Wohnungen, mit zugehörigem Garten, gleich den Arbeiter-Cottages in England.

4. Möglichst niedrige Eisenbahn-Transportsätze für Arbeiter, damit diese nicht in teuren, jeder Art von Verführung offenstehenden Städten zu wohnen brauchen, sondern sich im Umkreise derselben auf dem Lande ansiedeln, dort durch Familienangehörige ihren Garten und ihr Feld bestellen lassen und die Arbeitsstellen in den Städten rasch und billig erreichen können.

Harkort erachtet einen Satz von sechs Pfennigen pro Meile (fünf Pfennige Reichswährung) für die letzte Eisenbahnklasse als durchaus ausreichend und bemerkt dazu ferner:

„Als praktisch möchte es sich herausstellen, wenn man Arbeiter-Kolonieen durch eigene Pferdebahnen mit den Hauptstädten verbände, die außer dem Personenverkehr zum Transport von Baumaterial und Produkten dienten. Die Meile ist für 30000 Thaler zu bauen und bei Benutzung von Chausseen noch ungleich billiger zu legen. Solche Vorstädte brächten der Hauptstadt keine Gefahr; die Leute wären gesund an Leib und Seele, im Gegensatz zu der unbeschäftigten darbenden Hefe des Volkes in den großen Städten.“

Der Verfasser hat nicht in Erfahrung bringen können, ob in Deutschland irgend jemand schon vor 1844, dem Jahre des Erscheinens der hier in Rede stehenden Schrift, die Anlage von Pferdebahnen für Personenbeförderung in heutigem Sinne vorgeschlagen hat. Im wahrscheinlichen verneinenden Falle würde man auch für diese, seit einem Jahrzehnt so segensreich wirkende, Einrichtung die Priorität der Anregung für Harkort in Anspruch nehmen müssen. Er selbst knüpfte damit teilweise an die Pläne und Arbeiten seiner Jugend an (S. 230), als er den Bau von Pferdebahnen vorschlug, weil oder soweit die Ausführung der weit schwierigeren und kostspieligen Lokomotivbahnen sich als unmöglich herausstellte.

Den Großindustriellen ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Täglich an Einfluß wachsend, sagt er, bilden dieselben eine mächtige Aristokratie, die sich gleich den Englischen Pairs stets aus den Reihen des Glücks und der Kapazität ergänzt.

„Gleich den Condottieri des Mittelalters sammeln sie gegen Sold alt und jung aus allen Völkern unter ihre Fahnen, Gewinn und Verlust der Unternehmung wagend auf eigene Gefahr. Kapital und Talent des Unternehmers halten die lockere Schaar zusammen, er verabschiedet oder wirbt, wie Glück oder Umstände es erheischen. Sold ist das einzige Band; wenn der Führer fällt, zerstäubt das Geleite!

„Dieses Gefolge der Industrie, häufig ohne feste Heimath, ohne Hoffnung oder Zukunft, heute vergeudend und morgen darbend, fängt an durch seine bedenklich wachsende Zahl der Wohlfahrt der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich zu werden.

„Früher bemerkten wir bereits, daß es unthunlich erscheint, den Fabrikherrn für den Unterhalt seiner Leute verantwortlich zu machen. Allein die Pflicht könnte dringend nahegelegt werden:

das System der wechselseitigen Unterstützung sowohl in Krankheitsfällen als wie Invalidität unter ihnen einzuführen und mit angemessenen Zuschüssen zu unterstützen. Sichert der Staat durch Zollschutz den Herrn, dann geschehe auch einiges für die Diener."

Als weitere Mittel zur Milderung und Abhilfe des damals, als die heutige Großindustrie Deutschlands noch in den Kinderschuhen steckte, schon als drohende Gefahr von ihm erkannten Zustandes verlangt Harkort, es solle:

„Der Fabrikant seine Arbeiter zu einem Vereine sammeln, welcher die nothwendigsten Bedürfnisse in größerem Maaße anschaffe und unter sich vertheile."

Der Kleinhandel trage, heißt es zur Begründung, nur bis zu einer gewissen Grenze zur Nationalwohlfahrt bei; bei zu kleinem Umschlage werde er zum Schmarotzer der Gesellschaft. Ihm aber falle der Arme meistens zur Beute, während der Wohlhabende in größeren Läden wesentlich billiger kaufe. „Das ist der Fluch, der auf der Armuth ruht, daß sie sogar gegen Geld schlechtere Qualität, Maaß und Gewicht empfängt als der Reiche." Gegen diese Übervorteilungen können nur Associationen schützen. Einzelne Fabrikherrn versündigten sich sogar durch das sogenannte Truckſystem (Lohnzahlung durch Waren statt baren Geldes) an ihren Arbeitern. Gegen die Niederträchtigkeit eines solchen Verfahrens müsse der Staat einschreiten und die öffentliche Meinung dabei unterstützend mitwirken, indem sie eine solche Handlungsweise ächte.

Der Verfasser geht sodann einen großen Schritt weiter, indem

er vorschlägt: „außer dem festen Lohn der Arbeit einen Antheil am Gewinn zuzugestehen".

Er bekennt allerdings von vornherein, daß die Arbeitskraft zur Zeit noch zu roh und ungebildet auftrete, als daß eine engere Verbindung zwischen ihr und dem Kapital möglich wäre. Bei einer sittlich gebildeten Masse von Individuen aber werde verständige Gewinnbeteiligung segensreiche und versöhnende Folgen haben. „Die Zeit wird kommen, wo bei manchen Gewerben unser Vorschlag Eingang findet; denn der schroffe Gegensatz von großem Überfluß und Mangel wird täglich bedenklicher. Die Bevölkerung indessen, welche einen solchen Versuch macht, muß eine menschlichere Erziehung genossen haben, als wie die heutigen Proletarier der großen Industriellen."

Sich zu den Städten wendend, erkennt er dankbar an, welche großen Vermächtnisse früherer, jahrhundertelanger Anstrengungen für die Zivilisation der Nationen dieselben der Gegenwart hinterlassen haben.

„Städte liehen den Fürsten ihren mächtigen Beistand, um durch Bändigung der unruhigen Vasallen den Übergang zum Staatsbürgerthum vorzubereiten. Ihre Gilden, Zünfte, Gaffeln gestatteten allen Eingesessenen Anschluß an eine vertretende Genossenschaft und damit Theilnahme an den politischen Rechten. Die Kreise der höchsten Ehren waren dem Bürger geöffnet, der stolz sein durfte auf diese Stellung im freien Staate. Die Kalandbrüderschaften unterhielten das Interesse an der Kranken- und Armenpflege.

„Jene alten Formen sind gefallen. Die Zeit hat die Sonderinteressen gelöst, die Menschenrechte über die Stände gestellt und redet einer Gleichheit das Wort, die auf Allgemeinheit der Bildung, des Rechts und der Menschenliebe begründet ist. Familie und Staatsbürgerthum sind jetzt die Hauptfaktoren der Gesellschaft. Von dieser Seite nähert sich die Menschheit ihrem göttlichen Ziele. Dagegen ist die drohend wachsende Zahl der Proletarier ein sicheres Zeichen, daß der rechte Weg verfehlt wird, namentlich in den Städten."

Die Zustände Berlins dienen Harkort vorzugsweise zum Beweise dieses Satzes. Gegen die Saat der Armut und des Elendes helfe kein Schwanenorden (dessen Wiederbelebung vergeblich versucht wurde), auch keine Almosen und ebensowenig Predigten von Gehorsam und Genügsamkeit durch die herrschenden Kirchen. „Mit Dogmen,

Katechismuskriegen*) und Rechtgläubigkeit lehrt man Niemanden sein Brot verdienen." Die ältere christliche Kirche habe zwar Wilde durch Beten, Singen und Fasten gezähmt; sie aber auch nicht minder gelehrt, den Unterhalt zu erwerben. „Mönche haben unsre Wälder gerodet, den Ackerbau gehoben, Handwerke gelehrt, Schulen gestiftet; so verbanden die Klöster in ihren besseren Zeiten Himmel und Erde." Was geschehe jetzt, fragt er, außer dem Konfirmationsunterrichte, von seiten der Geistlichkeit für die Erziehung? Besuche sie täglich, wöchentlich oder monatlich die Elementarschulen? Man fordere die sämtliche Geistlichkeit des Staates auf, diese Fragen auf Pflicht und Gewissen zu beantworten und werde ein seltsames Resultat hören! Einfluß auf die Familie könne freilich nicht verlangt werden, wenn, wie in Berlin, 40000 Seelen auf eine Kirche kämen. Die Zustände der Berliner Schulen seien jämmerlich, wie in seinen „Bemerkungen über die Preußische Volksschule" auf Grund amtlicher Ziffern näher erläutert worden. 1842 habe die Stadt von ihrem Budget nur 94000 Thaler für Schulzwecke verwendet, während 344000 Thaler für Arme und Armenanstalten unzulänglich befunden wurden. „Drei Musikdirektoren in Berlin beziehen jährlich 16000 Thaler; 200000 Thaler für die Erbauung eines Wintergartens; 150000 Thaler Zuschuß für Oper und Ballet — und 94000 Thaler für die Schulen?? Wahrlich, der „christliche Staat" ist noch weit von seiner Vollendung!"

Er schildert weiter das Elend der unteren Klassen der Städte bei Krankheits-, Unglücks- und Todesfällen. Während die höheren Stände sich durch Associationen aller Art gegen die Zufälligkeiten des Lebens sicherten, ginge der Unbemittelte, der ihrer am dringendsten bedürfe, leer aus. Darum erhebt er die laute Forderung nach einer

allgemeinen Versicherung zur Unterstützung in Krankheitsfällen für die untern Klassen.

„Eine Erfahrung von zwanzig Jahren hat mich gelehrt, daß ein wöchentlicher Beitrag von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Sgr. hinreicht, die Hilfe des Arztes, Heilmittel und Beköstigung des Kranken zu bestreiten. Dadurch ist ungemein viel gewonnen; ganze Familien werden oft vom Untergange gerettet." Er verlangt folgerichtig die obligatorische Zugehörigkeit jedes Arbeiters zu irgend einer Krankenkasse und beklagt, daß die Regierung die seitens der Fabrikstadt Lüdenscheid bei ihr beantragte Verpflichtung zum Beitritt anzuordnen verweigert

*) In Duisburg erschien 1844 ein „Katechismus der Unterscheidungslehren", welcher großen Streit in verschiedenen Konfessionen hervorrief.

habe, weil die „Freiheit“ nicht beschränkt werden dürfe; trotzdem der Staat doch im Schul-, Impf-, Feuerversicherungszwange und ähnlichen gesetzlichen Vorschriften schon verschiedene heilsam wirkende Beschränkungen der Freiheit besäße. „Man konstituire die Massen; allein nicht im Geiste des Mittelalters, sondern auf der Grundlage der fortgeschrittenen Civilisation.“

Im weiteren Verlaufe des Abschnitts schlägt Harkort zur Unterdrückung der Bettelei und des Vagabundentums die Einrichtung von Armen-Kolonieen nach Holländischem Muster vor, wobei er auf die vielen wüsten kulturfähigen Flächen im Lande hinweist; spricht sich gegen Leihhäuser aus und verlangt Aufhebung des Personalarrestes, sowie Verbot des Verkaufs der unentbehrlichsten Gegenstände. „Sichert der Staat doch verschwenderischen Großen durch Majorate Millionen Eigenthum: warum nicht mit demselben Fug dem Armen sein Hausgeräthe und Kleidung, sowie die persönliche Freiheit? „Als weitere Forderungen im Interesse der untern Klassen stellt er auf: Die Einführung kostenfreier Schiedsgerichte für Bagatellsachen, Hebung des Sparkassenwesens*) (mit höheren Zinsen für ärmere Einleger), unmittelbaren Miterwerb vereinigter kleinerer Arbeitskräfte bei Vergebung öffentlicher Arbeiten, Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer, keine Zünfte, sondern freie Vereine auf breiter Basis, besonders aber gründlichen Unterricht auch für den Ärmsten.

„Alle diese Dinge,“ schließt er dies Kapitel, „können aber nur dann wohlthätig auf die Massen einwirken, wenn alle Gebildeten im Geiste eines echten Christenthums sich mit Aufopferung und Liebe dem großen Werke der Civilisation widmen und nicht dem Armen gegenüber eine ausschließende Stellung behaupten, welche täglich gefahrdrohender erscheint.

„Mühen und Arbeit entfremden dem Gemeinwesen nicht; allein das unwissende Kind des Armen, welches am Weihnachtsabend hungernd und frierend durch die erleuchteten Fenster der Reichen schaut, — wird nicht Friede machen mit der Gesellschaft!“

Im weiteren Verlaufe der — nur neun Bogen umfassenden — Schrift wirft Harkort einen kurzen Blick auf die kommunistischen und sozialistischen Systeme der neueren Zeit; erklärt die Zeit nahe, wo die Englische Zehn-Stunden-Bill eine Europäische Maßregel

*) Im Reg.-Bez. Münster entfielen damals nur $3^1/_2$ Sgr. Sparkassen-Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung.

werden müſſe, und erörtert in einem beſonderen Abſchnitte die Notwendigkeit, für Deutſchland Kolonieen zu erwerben. „Deutſchland ſteht unter den meeranwohnenden Völkern allein da ohne Kolonieen und iſt frei geblieben von dem ſchweren Fluche des Menſchenhandels; rein vom Raube und Blute der Eingeborenen ſind ſeine Hände; nur Boten des Friedens hat es ausgeſandt, um das Evangelium zu verkünden.“ Er weiſt auf die ſüdliche Halbkugel, Auſtralien und den ſtillen Ozean hin, wo England und Holland noch bei weitem nicht alles an ſich gebracht hätten. Noch ſeien auf Java 16000 Quadratmeilen Holland nicht unterthan; Großbritanniens Anſprüche auf Auſtralien umfaßten lange nicht den ganzen Kontinent und gründeten ſich allein auf ſpottbilligen Ankauf von den Eingeborenen. Deutſchland ſolle mutig nachfolgen, eine Kompanie zum Erwerb von Kolonieen gründen und in geſunden Himmelsſtrichen die Hand auf das legen, was noch frei ſei.

„Deutſchland beſitzt die Mittel zu einer ſolchen Unternehmung; ſeine Handelsmarine iſt der erſten der Welt ebenbürtig; der lange Frieden würde eine Menge intelligenter braver Offiziere in die Dienſte der Kompagnie führen; ſeine Kaufleute ſind bereits in allen Winkeln der Erde angeſiedelt; nichts fehlt, als eine kleine Kriegsmarine, um der Bundesflagge in unſichern Meeren Achtung zu verſchaffen. Auch dazu wird Rath werden. Schon vor 200 Jahren ſandte der Große Kurfürſt ſeine Kriegsfahrzeuge gegen Spanien; noch jüngſt haben Öſterreichs Fregatten gegen die Wälle von St. Jean d'Acre gedonnert*), und wir leben der Hoffnung, daß binnen wenigen Jahren der Preußiſche Kriegswimpel auf der Nord- und Oſtſee wehen wird! Dann werden unſere Könige, Fürſten, Geſandte und Konſuln das Meer nicht unter fremden, ſondern unter dem Schutze eigener Waffen des Vaterlandes betreten.“ Er ſchließt mit den Worten:

„Allein auch ohne Marine naht die Zeit, wo die Stämme Germaniens ein großes Feld für Koloniſation finden werden. Die Zukunft des Deutſchen Handels liegt an den Mündungen der Donau; der alte Handelsweg nach Aſien kann neu belebt werden, wenn Öſterreich ſeine Stellung richtig erkennt.

„Die Herrſchaft des Halbmondes verbleicht, verfault iſt der Thron der türkiſchen Horden, das Barbarenreich muß fallen und der Moskowiter lauert auf die Beute, — Deutſchland, verſäume den

*) 1840 im Kriege gegen Mehemed Ali von Ägypten.

Augenblick nicht! Auf Deutſchem Boden entſpringen die Quellen der Donau: auch ihre Mündungen müſſen deutſch ſein und von dem Tage an, wo das Kreuz ſich von neuem auf der Sophienkirche erhebt. Dorthin lenke man den Strom unſerer Auswanderungen, ſtelle jenſeits des Eiſernen Thores jene Kultur her, welche zur Römerzeit beſtand und werfe durch das Deutſche Element ein Bollwerk auf gegen die Übergriffe der Slaven. Dann kann ſich für Deutſchland eine Zukunft entfalten, die tauſendjährige Unbilden und Verluſte mit Wucher ausgleicht — und Barbaroſſa erwacht in ſeinem Grabe!"

Er redete vergebens; denn er hatte, wie ſo oft in ſeinem Leben, ſich die Wahrheit des Goetheſchen Wortes nicht vergegenwärtigt:

Niemand muß hereinrennen
Auch mit den beſten Gaben.
Sollen's die Deutſchen mit Dank erkennen,
So wollen ſie Zeit haben!

Das iſt ein nüchterner, aber ſehr richtiger Satz. Die Aufrichtung eines Deutſchen Bollwerks gegen die Slaven verlangte Harkort von Regierungen, die damals ſämtlich, große wie kleine, vor dem Selbſtherrſcher aller Reußen am Boden krochen. Er begehrte eine Kriegsflotte und energiſche Kolonialpolitik von jenem zuſammenhangloſen Staatengebilde, das man Deutſchland nannte; in welchem Kleinſtaaterei und Kleinſtädterei jeden großen Gedanken von vornherein erſtickten. Er predigte die Erfüllung ſozialer Pflichten einer von Selbſtſucht erfüllten bürgerlichen Geſellſchaft, welcher für ſoziale Fragen das Verſtändnis fehlte; deren ohnehin geringes öffentliches Intereſſe abſorbiert wurde durch rein politiſchen Verfaſſungsſtreit, den Kampf um das Mein und Dein zwiſchen Regierung und Steuerzahlern; die nach der Polizei rief, ſobald jemand nur von Änderung der beſtehenden Arbeiterverhältniſſe redete. Selbſtlos und uneigennützig in einem Grade, für den der großen Menge damals wie heute das Verſtändnis abgeht, verlangte er auch von anderen, daß alle Gebildeten, im Geiſte eines echten Chriſtentums, ſich mit Aufopferung und Liebe dem großen Werke der Ziviliſation der unteren Klaſſen widmen ſollten. Er rief in wirtſchaftlichen und geſellſchaftlichen Angelegenheiten den zum Nachtwächter herabgeſunkenen vormärzlichen Staat zur Hilfe und Führung auf in einer Zeit, wo man alle menſchliche Thätigkeit auf dieſem Gebiete der Willkür der einzelnen preisgegeben hatte, und in dem mancheſterlichen „laissez aller, laissez faire!" den Inbegriff aller Staatsweisheit entdeckt zu haben glaubte. Das waren ſchwere Irrtümer, welche ſeinen Anregungen von vornherein jede Ausſicht auf baldigen Erfolg

raubten, wenn denſelben auch von ihrem ſittlichen Werte und ihrer politiſchen Bedeutung dadurch nichts verloren ging. Ihre Erfüllung, die Harkort zum Teil ſelbſt noch erlebte, blieb einer ſpätern Zeit und einer mächtiger und reicher gewordenen Generation vorbehalten. Sein kleines Buch wurde von der unter Zenſur ſtehenden Preſſe totgeſchwiegen und, gleich ſeinem erſten Auftreten von 1825 für Einführung von Eiſenbahnen, von manchen Zeitgenoſſen als Verirrung eines phantaſievollen Kopfes angeſehen. Die Gegenwart aber, welche allzugern bereit iſt, Dinge, mit denen ſie ſich beſchäftigt, ſtets für ihr alleiniges Produkt zu halten, ohne dabei der Arbeiten und der Werkleute der Vergangenheit zu gedenken, möge durch unſre Mitteilungen aus der beſprochenen Schrift erfahren, wie viele Jahre ſchon vor der Jetztzeit die heute die Welt bewegenden ſozialen Fragen auch in Deutſchland von andern erkannt und als hohe Ziele einer friedlichen Reform hingeſtellt worden ſind. Sie wird dann dem wahrhaft chriſtlichen Sinne und dem feſten Mute, mit welchem Friedrich Harkort — damals im Kreiſe ſeiner Standesgenoſſen faſt alleinſtehend — für die arbeitenden Klaſſen und ihre berechtigten Anſprüche an Staat und Geſellſchaft, innerhalb der beſtehenden Ordnungen, aufgetreten iſt, ihre Anerkennung nicht verſagen dürfen.

Der bevorſtehende Abſchluß eines Handels- und Schiffahrtsvertrages zwiſchen dem Zollverein und Belgien veranlaßte die Gewerbtreibenden des Süderlandes, im Sommer 1844 Harkort als ihren Vertreter nach Berlin zur Staatsregierung zu entſenden. Er hatte in allen Zoll-Fragen ſtets eine vermittelnde Stellung eingenommen. Während das einſeitige Intereſſe der in der Mark von jeher bedeutenden Fabrikation fertiger Eiſen- und Stahlwaren freie Einfuhr ausländiſchen Roh- und Walzeiſens, alſo Fortfall jedes Eingangszolles, verlangte, gebot die Rückſicht auf die in der Jugendentwickelung begriffene Großinduſtrie des Ruhrkohlengebiets, dieſelbe nicht ſchutzlos der übermächtigen Konkurrenz der Britten preiszugeben. In England lagen Eiſenerz und Kohle nebeneinander und dicht am Meere — in Deutſchland getrennt; dort Kapitalreichtum und alterfahrene Arbeiterſtämme — hier Mangel an Kapital und gelernter Mannſchaft; jenſeits des Meeres Eiſenbahnen, Kanäle, Seeverbindungen und deshalb billigſte Produktion — in Deutſchland weder das eine noch das andere und demgemäß teure Herſtellungskoſten. Es gelang Harkort, deſſen erprobte Selbſtloſigkeit ihm ſeit Jahren das Vertrauen der Parteien erworben hatte, die ſtreitenden Intereſſen

möglichst zu versöhnen und für beide Teile halbwegs befriedigende Konzessionen zu erlangen. Allseitige Freude erregte es, als er Mitte Juli der seit mehr als einem Jahrzehnt vergeblich harrenden Heimat die frohe Botschaft von der endlich erteilten Konzession für die Bergisch-Märkische Bahn (Elberfeld-Hagen-Dortmund) melden konnte. Die Hoffnung des Kreises Dortmund dagegen, die genehmigte Linie nordwärts zur Lippe und nach Münster fortführen zu dürfen, verwirklichte sich leider nicht, weil die Regierung dem Anschluß der Hauptstadt Westfalens nach Hamm den Vorzug gab*) (S. 250). Ebensowenig gelangten jene Wünsche des Kreises Bochum zur Erfüllung, welche die endlich — ein halbes Menschenalter nach ihrer ersten Anregung durch Harkort auf dem Landtage von 1830! — zum Bau gelangende Hauptbahn des Westens, die Köln-Mindener, durch das damalige Herz des Kohlenreviers, über die Städte Bochum-Steele-Essen zum Rheine geführt sehen wollten. Zum großen, erst später ausgeglichenen Schaden des Bergbaues wählte man, von Dortmund aus in die zu jener Zeit noch öden Brücher des Emscher-Thales ablenkend, die Linie Herne-Gelsenkirchen-Oberhausen, womit das eigentliche Industriegebiet umgangen oder doch nur an seinem Rande berührt wurde.

Die ebenfalls im Sommer 1844 eröffnete, durch den unermüdlichen Beuth ins Leben gerufene, erste Preußische Landesgewerbe-Ausstellung verschaffte Harkort eine ungesuchte öffentliche Anerkennung. In dem darüber erstatteten amtlichen Berichte findet sich folgende Stelle:

„Wir können nicht umhin, bei dem Namen Harkort, einem der thatkräftigsten und regsamsten Fabrikanten, zu verweilen, dessen

*) Die Münster-Hammer-Bahn wurde durch eine Privatgesellschaft erbaut. In bürgerlichen Kreisen zeichnete man dafür sofort hunderttausend Thaler. Als sich das Komitee dann an den reichen Münsterländischen Adel wendete, beteiligte sich nur einer; die übrigen verweigerten (vgl. „Der Sprecher" für 1844, S. 103) ihren Beitritt. Ein Graf erklärte geradezu: Er müsse sich sehr darüber wundern, wie man dem Adel zumuten könne, sein Geld zu einem solchen Unternehmen herzugeben, da der Adel nur diejenigen Unternehmungen befördere, welche darauf ausgingen, das alte sich täglich mehr auflösende „patriarchalische Verhältnis" wieder herzustellen. Ein anderer Graf soll gesagt haben (a. a. O.): „Was, wir sollten unser Geld zum Bau einer Eisenbahn hergeben? Dann könnte ja künftig jeder Bauer ebenso rasch fahren wie wir!" — Harkort urteilte über solche und ähnliche Ausbrüche der Selbstsucht: Die Junker haben von ihrem Standpunkte aus recht; sie fühlen instinktiv, daß die Lokomotive der Leichenwagen ist, auf welchem Absolutismus und Feudalismus zum Kirchhofe werden gefahren werden.

unausgesetzte Bestrebungen auf die Ausdehnung und Vervollkommnung seiner Werke, wie auf die Solidität und Vortrefflichkeit seiner Erzeugnisse gerichtet sind und dem es Ernst ist, aus seinen Fabriken nutzbringende Anstalten zu machen. Wenn dies beharrliche Streben schon die vollste Anerkennung verdient, so muß noch mehr die große Uneigennützigkeit hervorgehoben werden, mit welcher dieser achtbare Fabrikant seinen Westfälischen Landsleuten vorangegangen, vielen bei der Errichtung ihrer Fabriken behilflich gewesen ist und ihnen, mit Hintenansetzung des eigenen Vortheils, seine Erfahrungen und Entdeckungen, anstatt nach beliebter Art sogenannte Fabrikgeheimnisse daraus zu machen, offen mitgetheilt hat."

Einer seiner Zeitgenossen faßte den Sinn, dem Beuth hier im amtlichen Stile Ausdruck gegeben, in die witzigen Worte zusammen: Fritz Harkort ist der heilige Martin unserer Industrie, jedoch mit dem Unterschiede, daß er der Einfachheit wegen gleich den ganzen Mantel fortgiebt, während Martin bekanntlich nur eine Hälfte davon verschenkte!

Die Stadt Dortmund hatte den alten Adam, welcher sich früher gegen eine Heerstraße sträubte und noch im Jahre 1833 weder Hand noch Fuß für die Eisenbahn von der Weser zum Rheine rührte, inzwischen glücklich abgethan, wenn auch ihre Eingesessenen noch immer das berühmte Dortmunder „Adam-Bier" mit Vorliebe zu trinken pflegten. Wie überall, so war mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV. auch in die alte Reichsstadt ein neuer Geist eingezogen. Grothes Vorträge wirkten mächtig; der 1840 gegründete Gewerbeverein blühte kräftig auf; für die projektierte Eisenbahnlinie Dortmund-Münster vermochte man 1844 mit leichter Mühe ein einflußreiches Komitee zusammen zu bringen. Harkort hielt auf Grund dieser erfreulichen Erscheinungen, hauptsächlich aber im Hinblick auf die binnen wenigen Jahren bevorstehende Eröffnung der in Dortmund sich vereinigenden Köln-Mindener und Bergisch-Märkischen Bahn, den Augenblick für gekommen, mit einem Plane hervorzutreten, der ihn schon seit seinen ersten Mannesjahren beschäftigte. Wie S. 190 erwähnt, hatte der um die Westfälischen Provinzen hochverdiente Minister von Heinitz 1788 sich mit dem Gedanken getragen, von Staats wegen in der Mark ein Bankinstitut zu errichten. Infolge der 23jährigen Kriegsperiode (1792—1815) war die Idee nicht zur Ausführung gelangt; später hatte der junge Harkort daran erinnert (S. 190), ohne bei der

damaligen Generation Verſtändnis und bei der Regierung Unterſtützung zu finden. Auf dem zweiten Weſtfäliſchen Landtage (1828), welchem er ſelbſt noch nicht angehörte, wurde die Notwendigkeit einer Bank zwar erörtert und insbeſondere vorgeſchlagen, dazu die für die Durchzüge fremder Truppen in den Freiheitskriegen der Provinz zuerkannten und angeſammelten Entſchädigungsgelder zu verwenden; doch konnte die Idee noch nicht durchdringen. Alsdann ſchlief der Plan abermals auf längere Zeit ein, bis ihn Harkort durch ſeine 1845 erſchienenen, dem Dortmunder Gewerbeverein gewidmeten

„Bemerkungen über das Bedürfniß der Errichtung einer Aktienbank für Weſtfalen",

wieder erweckte.

„Keine Provinz Deutſchlands," rief er ſeinen Weſtfäliſchen Landsleuten zu, „trägt durch Lage, Schätze an Steinkohlen und Eiſen die Keime größerer Entwickelung in ſich. Die Ems und ihre künftige Eiſenbahn führt zur Nordſee, dieſer Weg ohne Sundzoll und Eis überwiegt bei weitem die Oſtſee." — —

„Alle Pulſe der Völker ſchlagen raſcher, die unermeßlichen im Umlaufe befindlichen Werthe kann das unbehilfliche, unzulängliche baare Geld nicht allein vertreten; Banken und ihre Papiere ſind nothwendige Vermittler. Zeit iſt Geld! Dieſe Wahrheit begriff der Handel früher als die Politik."

Auf das vorgeſchrittene Bankweſen der Nachbarländer zeigend, ſchildert er weiter, wie traurig Preußen demgegenüber zurückgeblieben ſei. Außer der älteren Staatsbank habe bei uns nur die kleine ſogenannte Ritterſchaftliche Privatbank für Pommern das Licht der Welt erblickt. Durch Belegung und Anhäufung toter Kapitalien ſeitens des Staatsſchatzes und der Bank ſei die Entwickelung des Handels ungemein geſchädigt worden. Unſer Handelsſtand ahne kaum das Beſtehen der Staatsbank in Berlin. Die Schwerfälligkeit der Geldoperationen bei derſelben erſcheine unglaublich, wie er an einem kraſſen Beiſpiel erläutert. Zahle man bei der Bankfiliale in Köln ein Kapital ein, ſo erhalte man eine Obligation oder Note, auf 2 % Zinſen lautend; müſſe aber, wenn man nach einem Jahre dies Papier zur Verſilberung in Königsberg vorzeige, dort 2¼ % Proviſion zahlen, weil die Einzahlung in Köln erfolgt ſei! Auch Bülow-Cummerow habe als nötige Konkurrenz für die Staatsbank eine Aktienbank in Berlin vorgeſchlagen; ebenſo rege man ſich in Schleſien und den Rheinlanden. Weſtfalen

dürfe nicht zurückbleiben, wenn es nicht den Weg des Fortschritts verfehlen wolle*).

Harkort spricht sich bei weiterer Behandlung der Frage gegen die Centralisation des Bankwesens und für Provinzial-Institute aus. Der Ackerbau werde durch diese und die Einrichtung eines Pfandbriefsystems das zur Ablösung der Feudallasten und Servitute erforderliche Kapital leichter und billiger als jetzt bekommen, sowie auch durch Verpfändung von Getreide in überwachten Speichern zeitweilige Vorschüsse erhalten können. Nicht minder groß erscheinen die durch eine Bank gebotenen Vorteile für den noch in der Kindheit liegenden Handel und die Industrie Westfalens. Er veranschlagt den damaligen Umschlag des Kohlenbergbaus auf drei, der metallischen Gewerbe auf sechs, des Leinwandhandels auf drei, Textil-, Papier- und Leder-Industrie gleichfalls auf drei, des Kolonialwarengeschäftes auf eine Million Thaler**). In Schottland existierten 32 Haupt- und 348 Zweigbanken; es gelte, das dort bewährte Vorbild bei uns zu befolgen.

„Die Wunderkraft der Banken besteht nicht im Kapital, sondern darin, daß sie, gleichwie das Herz das Blut, alle müßigen Geldkräfte schleunigst sammeln und mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit nach allen bedürftigen Punkten wieder vertheilen." In einer großen Bank in Glasgow hätten nur 10000 Gold-Sovereigns zehn Jahre lang genügt, um allen Forderungen des Umtausches von Banknoten gegen bares Geld Genüge zu leisten. Die Banknoten dürften nicht in zu großen Abschnitten ausgegeben werden, da die Geldverhältnisse Westfalens Noten geringen Betrages erforderten; insbesondere um dem, den kleinen Fabrikanten so schwer schädigenden, Unfuge langsichtiger Wechsel unter 50 Thalern ein Ende zu machen. Die Einrichtung von acht Provinzialbanken, eine für jede Provinz, mit dem Recht zur Ausgabe von je zwei Millionen Thalern Noten werde Ackerbau, Handel und Gewerbe in unerwartetem Maße befruchten. Dem Staate stehe die Oberaufsicht und insbesondere die Kontrolle darüber zu, daß die Notenausgabe sich stets in genauem Verhältnis zum Stammkapital bewege und das Maß von eins zu zwei niemals überschreite.

*) In ganz Westfalen mit damals 1400000 Einwohnern existierten 1845 nur in Münster und in Schwelm drei kleine Bankiers. Handel und Gewerbe waren bezüglich des Geldverkehrs ausschließlich auf Rheinische Bankhäuser angewiesen.

**) Das in den fünfziger Jahren in Dortmund errichtete Kontor der Preußischen Hauptbank erreichte bereits im Jahre 1873 einen Umschlag von 172 Millionen Thaler, wie Harkort damals, unter Hinweis auf seine Bestrebungen im Jahre 1845, öffentlich konstatierte.

Im Herbst 1845 versammelten sich in Berlin die Abgesandten der in Schlesien, Posen, Rheinland und Westfalen — letzteres durch Harkort vertreten — für die Schaffung von Privatbanken gebildeten Ausschüsse, um bei dem Finanzminister Flottwell die staatliche Konzession für die geplanten Unternehmungen nachzusuchen. Die Freunde einer großen, das ganze Land umfassenden Privatbank und die Anhänger kleinerer Provinzialbanken einigten sich schließlich zu dem eventuellen Antrage auf Genehmigung einer „Allgemeinen Preußischen Aktienbank" mit Zweiganstalten in den Provinzen. Flottwell beharrte indessen bei dem bereits nach Dortmund mitgeteilten Bescheide, daß „Verhandlungen über die Errichtung von Provinzialbanken nicht an der Zeit seien". Man plante regierungsseitig die später verwirklichte Erweiterung und Reorganisation der Staatsbank. Die nächste unerwünschte Folge dieses Verhaltens der Preußischen Finanzverwaltung bestand freilich darin, daß in den Mittel- und Kleinstaaten eine ganze Reihe Privatbanken entstanden, die, durch die betreffenden „souveränen" Regierungen mit weitgehenden Rechten ausgestattet, von dort aus die Preußischen Provinzen Jahrzehnte hindurch mit vielen Millionen ihrer Banknoten, den sogenannten „wilden Scheinen", überschwemmten und dadurch große Gewinne einheimsten, die sonst — bei richtiger Behandlung der Angelegenheit im Sinne Harkorts — Preußen zu gute gekommen sein würden.

Als Vertreter des für die Errichtung einer Schlesischen Privatbank gebildeten Komitees war der bekannte Großindustrielle von Winkler zu der erwähnten Konferenz nach Berlin gekommen. Seit Jahren mit einander bekannt und befreundet, verbanden sich dort beide, großen Unternehmungen stets geneigten, Männer mit dem Bankier W. Beer zur Errichtung einer „Deutschen Donau-Handelsgesellschaft". Das Unternehmen bezweckte die Förderung des Absatzes Deutscher Industrie-Erzeugnisse für dritte, den Einkauf und die Verschiffung von Produkten für eigene und fremde Rechnung, sowie die Besorgung der dabei nötigen Geld- und Wechselgeschäfte in den Donauländern. Als Stammkapital war die Summe von einer Million Thaler, als nächstes Betriebsfeld die Moldau und Walachei, der große Hafen Galatz zum Sitz des Hauptkontors in Aussicht genommen. Verschiedene Industrielle der Rheinprovinz und Schlesiens, insbesondere der bekannte Kommerzienrat Diergardt in Viersen, begrüßten das vielversprechende Projekt freudig; es wurden Aktienzeichnungen in Höhe von 300000 Thalern angemeldet. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten versprach bereitwilligst diplomatische Unterstützung; dagegen blieb die

erwartete thatkräftige Unterstützung des Finanz- und Handelsdepartements, bei welchem man unter Einreichung einer ausführlichen Denkschrift (13. Oktober 1845) einen zinsfreien Zuschuß zum Baukapital der erforderlichen Schiffe, eine Prämie für die Fahrten der ersten Jahre, sowie eine Zinsgarantie von $3^1/_2$ % für das Aktienkapital beantragt hatte, gänzlich aus. Diese ablehnende Haltung der Regierung machte das Inslebentreten des geplanten Unternehmens von vornherein unmöglich. Harkort, auf welchen alle, die Ausdehnung des auswärtigen Handels und Deutscher Schiffahrt bezweckenden, Pläne bestrickenden Reiz ausübten, machte zwar — anfänglich mit Winklers Unterstützung, später ohne dieselbe — den Versuch, den Export Deutscher Erzeugnisse nach der Donau-Mündung in kleinerem Umfange allein aufzunehmen; jedoch ohne Erfolg. Gegen die Kapitalarmut, den Wucher, den Mangel an Kredit, die Unredlichkeit und Gesetzlosigkeit in den damals noch unter Türkischer Herrschaft stehenden Rumänischen Ländern war nicht aufzukommen; selbst wenn der Deutsche Bahnbrecher Geld, eigene geschäftliche Ausdauer und ehrliche Beamte besessen hätte, — also das, was ihm eben fehlte. Die politischen Ereignisse des Jahres 1848 kamen hinzu, um dem unter solchen Umständen niemals lebensfähig gewesenen Vorhaben den Rest zu geben. Schwere Sorgen und große Verluste, an denen er lange zu tragen hatte, waren die unausbleibliche Folge.

Aus dem Friedenssaale in Münster hatte Harkort durch illoyale Auslegung des Wahlgesetzes verdrängt werden können (S. 218); — seinen infolge langjähriger gemeinnütziger Wirksamkeit rühmlichst erworbenen Einfluß auf die Bürger und Bauern des Landtags vermochte man ihm nicht zu nehmen. Durch Information befreundeter Mitglieder und von ihm verfaßte Anträge und Petitionen besaß er Mittel und Wege genug, die ihm dazu geeignet erscheinenden Fragen in der Ständeversammlung zur Sprache zu bringen. Der ganze Umfang seiner desfallsigen Thätigkeit ist heute nicht mehr zu übersehen, weil er seine Arbeiten meistens in der Urschrift aus den Händen gab und Abschriften davon nicht zu nehmen pflegte. Autoren-Eitelkeit war ihm so fremd, wie jede andere. In seinem dürftigen eigenen litterarischen Nachlasse finden sich nur „Beiträge über die Grundsteuerverfassungen in Preußen, in Bezug auf die Überbürdung der Provinzen Rheinland und Westfalen", eine seinen Freunden und vormaligen ständischen Kollegen Hüffer, Kaspar Brüninghaus und Eduard Funcke gewidmete, mit schlagendem Zahlenmaterial versehene

Denkschrift aus dem Jahre 1836, vor. Unzweifelhaft hat er auch bei den folgenden Provinzial-Landtagen in ähnlicher indirekter Weise mitgewirkt; doch lassen sich die Spuren davon nicht in zuverlässiger Art nachweisen, zumal die ohnehin große Dunkelheit, die über den damaligen Landtagsverhandlungen schwebte, durch das Verbot der Nennung des Namens der Redner in den Plenarversammlungen noch künstlich vermehrt wurde.

In den achten Westfälischen Landtag (1845) hatten Friedrich Harkorts ehemalige Wähler, die Landgemeinden des Kreises Hagen, seinen ältesten Bruder, Johann Kaspar (den fünften dieses Namens) entsendet. Dem stets unbekümmert vorangehenden Bruder unähnlich, war der Erbherr auf Harkorten, trotz großer Klugheit und Schärfe des Geistes, äußerst zurückhaltenden Wesens, jedem öffentlichen Auftreten — es sei höchstens in einer Zeitungspolemik — abgeneigt, dabei von ungemeiner Bescheidenheit und Milde im Umgange*). Als Nachfolger seines Vaters im Besitze von Harkorten betrieb er mit angestammter Vorliebe Ackerbau und Waldwirtschaft, sowie Obstbaum- und Fischzucht; war aber als Fabrikant und Kaufmann nicht minder tüchtig und eifrig, denn als Landwirt. Während die jüngeren Brüder Friedrich und Gustav sich um den Bau von Eisenbahnen verdient machten, richtete Johann Kaspar seine gewerblichen Anlagen auf der Ennepe frühzeitig auf die Fabrikation von Eisenbahnmaterial, Waggonbeschlägen, Rädern und Achsen, ein. Die ersten Eisenbahnwagenräder (Losh Patent) in Deutschland sind von Kaspar Harkort auf dem Dieke bei Hagen hergestellt worden, desgleichen die ersten Schienenverbindungslaschen nach Angaben des Oberingenieurs Calebow. Für den gleichfalls früh unternommenen Bau von Waggons erwies sich die Lage des genannten Werkes leider als ungeeignet. Um so erfolgreicher wurde mit Unterstützung der beiden Söhne Mitte der vierziger Jahre die Herstellung eiserner Gitterbrücken — als erste der Wupper-Übergang bei Barmen — in die Hand genommen. Die später an den Rhein nach Duisburg verlegte Harkortsche Brückenbauanstalt ist die bedeutendste ihrer Art in Deutschland und versendet ihre Erzeugnisse in alle Weltteile.

*) Für das einfache Wesen des Mannes, welcher stets mit dem Westfälischen blauen Kittel bekleidet erschien, dürfte folgende Thatsache das beste Zeugnis ablegen. Als er eines Tages zum Kommerzienrat ernannt wurde, verbat er sich, mit diesem unnützen Titel angeredet zu werden, und machte natürlich auch niemals selbst davon Gebrauch. Er hat dadurch das Faktum der Ernennung bei den Zeitgenossen so in Vergessenheit gebracht, daß bei seinem Tode jedermann erstaunt war, nachträglich zu hören, der alte Kaspar Harkort sei auch Kommerzienrat gewesen.

Trotz alles seitherigen Mangels an Erfolgen der Provinziallandtage sah man dennoch in ganz Preußen der Session von 1845 mit um so größerem Interesse entgegen, als durch die im vorhergehenden Jahre stattgefundenen Wallfahrten zum heiligen Rocke in Trier und das dadurch veranlaßte Hervortreten des Deutsch-Katholizismus auch die politische Bewegung einen neuen kräftigen Anstoß empfangen hatte. Die Regierung vermochte nicht zu verhindern, daß auf allen Landtagen die wichtigsten der damals die Geister beherrschenden politischen Fragen zur Sprache kamen; entweder infolge eigener Anträge der Mitglieder, oder auf Grund der Petitionen aus Wählerkreisen. Unter Friedrich Harkorts Vorsitze versammelten sich im Februar jenes Jahres die Landwirte der Kreise Bochum und Dortmund und unterzeichneten einmütig zwei Eingaben, welche in männlichen Worten die Aufhebung der Censur und angemessene Vertretung des vierten Standes bei den Landtagswahlen verlangten. Standesherrn und Ritter besäßen, erklärten sie, in Westfalen nur sechs Prozent des Grundeigentums, verfügten aber im Landtag über 33 Stimmen, während die Bauern, welche die Hauptträger der Staatslasten seien und mehr als dreiviertel der Bodenfläche ihr eigen nännten, dort nur mit 20 Stimmen vertreten seien. Sie forderten Beseitigung dieses schreienden Mißverhältnisses, angemessene Vermehrung der bäuerlichen Wahlsitze und Wiederherstellung des wichtigen Rechtes, auch solche Grundbesitzer zu ihren Abgeordneten ernennen zu dürfen, welche neben der Landwirtschaft ein Gewerbe betrieben.

Wie in allen übrigen Provinzen, waren im Münsterschen Landtage von verschiedenen Seiten Anträge auf Einführung einer reichsständischen Verfassung gestellt worden. Der Deputierte der Märkischen Ritterschaft, Landrat Georg von Vincke, begründete dieselben in der Sitzung vom 14. März 1845 in einer glänzenden Rede*). Auf die Verhandlungen von 1830 hinweisend (S. 207 ff.) verlangte er die endliche Ausführung des jetzt dreißig Jahre alten unerfüllten Königswortes vom 22. Mai 1815. Sofern gesagt werde: die Verfassung sei zwar versprochen; wann sie aber gegeben werden solle, bleibe Königlicher Entscheidung vorbehalten — so erinnere er daran, wie schon der berühmte Stein eine solche Auslegung als „empörenden Macchiavellismus“ bezeichnet habe. Es sei die höchste Zeit, an die Erfüllung jenes feierlichen Versprechens zu mahnen;

*) Georg Vinckes Vater, der Oberpräsident, war am 2. Dezember 1844 gestorben.

denn der letzte Atemzug eines alten Mannes — Louis Philipp — könne den Staat in eine ähnliche Bedrängnis bringen wie 1813, wo Thron und Land nur durch die äußerste Hingebung des gesamten treuen Volkes gerettet worden sei. Vor allem, schloß Vincke, habe *sein Stand, der Adel*, die Pflicht zu solcher Mahnung. Er, Redner, sei stolz darauf, dem Adel anzugehören. Seit 600 Jahren hätten seine Vorfahren nur Recht und Ehre als die Richtschnur ihres Handelns anerkannt und sich nicht gescheut, selbst ihren Fürsten entgegen zu treten. *Der Adel müsse eine Mauer um den Thron bilden*, aber eine Mauer sowohl nach rechts als nach links, nicht bloß gegen revolutionäre Angriffe auf den Thron, sondern auch eine Mauer, um alle Klassen des Volkes zu schirmen gegen Eingriffe, sie möchten kommen, woher sie wollten.*)

So vollständig auch die ländlichen Abgeordneten dem Antrage auf Einführung von Reichsständen geneigt waren, so wenig konnten sie doch die Art schweigend hinnehmen, in welcher Vincke gerade bei diesem ungeeigneten Anlasse den Adel in den Vordergrund zu stellen suchte. Schnell zusammentretend, beauftragten sie ihren Genossen Kaspar Harkort, den Erben des ersten Unterzeichners der berühmten Königs-Adresse von 1806, die Würde des Bürger- und Bauernstandes gegenüber solchem Auftreten zu wahren. Trotz aller Abneigung gegen öffentliches Reden mußte der durch Ansehen, Stellung und Einfluß dazu Berufene sich dazu entschließen, in dieser besonders heiklen Frage das Wort zu ergreifen. Er bestritt zunächst die Zweckmäßigkeit einer Vertretung, wie sie jetzt bei den Provinzialständen bestehe. Seinerseits könne er sich nicht davon überzeugen, daß der Ritterstand vorzugsweise zur Vertretung des Landes geeignet sei, *vielmehr müsse die künftige Repräsentation in Preußen alle Bewohner umfassen*. Wenn der Ritterstand, wie man angeführt, den Thron wie eine Mauer umgebe, so *sei diese Mauer im Laufe der Zeit sehr niedrig geworden*. Er verdenke niemandem, der sich im Besitz des Schwertes befinde, wenn er vorab sich damit beschütze; dennoch sei dieser Schutz längst unkräftig geworden. Auch er sei im Besitze einen Hofes, der sich seit mehreren Jahrhunderten in den Händen seiner Familie befinde, und könne erforderlichenfalles sich wohl selber wehren. Eine Volksvertretung müsse aber, wiederholte er, alle Volksinteressen umschließen.

So scharf stießen Adel und Bürgertum in der Person ihrer

*) Verhandlungen des 8. Westfälischen Landtages, S. 156.

besten Männer — beide Liberale — im Ständesaale aufeinander. Als aber drei Jahre nach diesem Tage die „Bedrängnis", von der Vincke in jener denkwürdigen Verhandlung vorahnend gesprochen, eintrat: da standen beide Westfalen, Edelmann und Bauer, mit der großen Mehrheit ihrer Landsleute auf der nämlichen Seite und bildeten gemeinsam eine Mauer um den Preußischen Königsthron, die kein Feind zu überspringen vermochte.

Während eines längeren Aufenthaltes in den Bergrevieren Oberschlesiens war Friedrich Harkort mit den Verhältnissen des dortigen Zinkbergbaues bekannt geworden. In die Heimat zurückgekehrt, bemühte er sich, in den Süderländischen Gebirgen Zinkerze aufzufinden und hatte das Glück, in dem sogenannnten Elberfelder Kalkzuge, unweit der Bergisch-Märkischen Grenze bei der Stadt Schwelm, Galmei in reichlicher Menge zu entdecken. Die Gegend, in welcher diese Funde gemacht wurden, ist für die ältere Geschichte des Westfälischen Bergbaues von besonderem Interesse*). Schon im 16. Jahrhundert betrieben Privatpersonen dort ein ansehnliches Vitriolbergwerk, das 1647 in fiskalischen Besitz gelangte und den gewesenen „Cosackischen Rittmeister" Albrecht Achilles nebst mehreren anderen abgedankten Offizieren zu kostspieligen Verwaltern erhielt. Der Große Kurfürst fand jedoch an den fortdauernden Zubußzahlungen, wie auch an dem später eingeführten Pachtwesen bei freier Holzlieferung, nicht lange Gefallen; der Cosackische Rittmeister mit dem heroischen Namen verschwand und das Werk kam zum Erliegen. Die um die Mitte des 18. Jahrhunderts wiederholt versuchte Inbetriebsetzung durch eine Gewerkschaft, an welcher auch Karl Johann Haarkotte, des ersten Johann Kaspar Harkort jüngster Sohn, beteiligt war, verlief gleichfalls unglücklich. Die durch großen Umfang und braunrote Farbe auffallenden verlassenen Halden, die sogenannten Roten Berge bei Schwelm, bildeten bis vor kurzem eine Merkwürdigkeit der Grafschaft Mark. 1805 für 30 Thaler zu Gunsten der Knappschaftskasse verkauft, stellte sich später heraus, daß die Halden hauptsächlich aus Eisenstein bestanden, den man vordem für wertlos gehalten hatte. Beim Verkauf zum Zweck der Verwertung im Hochofenbetrieb lieferten die Roten Berge ihren Besitzern neuerdings bedeutende Ausbeute. In ihrer Nähe legte Friedrich

*) Vgl. „Geschichte der Cleve-Märkischen Berggesetzgebung und Bergverwaltung bis zum Jahre 1815," von Dr. H. Achenbach.

Harkort zu Anfang der vierziger Jahre auf mehrere, Galmei, Eisenerz und Schwefelkies enthaltende, sogenannte Distriktsfelder Mutung ein und erlangte darauf die staatliche Beleihung. Mutmaßlich würde er auch diesmal dem unbesieglichen Drange, neue Industriezweige in seinem Heimatlande ins Leben zu rufen, nachgegeben und selbst ein Zinkwerk angelegt haben, wenn nicht inzwischen seine Verhältnisse eine Wendung genommen hätten, die ein abermaliges Unglück als bevorstehend erkennen ließen. Er sollte die Wahrheit des Bibelwortes: „Man kann nicht zween Herren dienen!“ erkennen, wie nicht minder an sich selbst die Richtigkeit des Satzes erfahren, daß ausgedehnte öffentliche Wirksamkeit, die nicht auf der festen Grundlage gesicherten eigenen Wohlstandes beruht, fast immer zum wirtschaftlichen Verderben dessen ausschlägt, welcher sich ihr hingiebt. Seine 1838 nur mühsam aufrecht erhaltenen, stets mit unzureichenden Mitteln betriebenen Fabrikanlagen im Hombruch und in Wetter hätten, aller Schwierigkeiten ungeachtet, doch noch zu dauernder Blüte gebracht werden können, wenn er sich entschloß, ihnen seine Kräfte und Fähigkeiten ausschließlich zu widmen, und sich eine Reihe von Jahren vom öffentlichen Leben zurückzuziehen, um zunächst für sich und die Seinen eine sorgenfreie Existenz zu gewinnen. So natürlich, ja pflichtmäßig ein solches Verfahren dritten erscheinen mag: für ebenso pflichtwidrig und unpatriotisch würde es Harkort erachtet haben. Dessen ist sein ganzes Leben Zeuge geblieben. Die an verschiedenen Stellen dieser Blätter geschilderten, festgefügten Eigenschaften seines Charakters, sowie die Abneigung, in geschäftlichen Dingen den Rat dritter zu hören und seine Pläne nach den vorhandenen Geldmitteln zu bemessen, machten es zudem unmöglich, jemals das aus ihm werden zu sehen, was die Welt einen „guten Geschäftsmann“ nennt. Dazu gesellte sich Mangel an Menschenkenntnis, der ihn bei der Auswahl seiner Gehilfen häufig die moralische Unzuverlässigkeit derselben nicht bemerken ließ, sofern sich nur technische Fähigkeit und rasches, widerspruchsloses Verständnis für die Ideen des Chefs zeigte. Die schlimmen Folgen solcher auf die Dauer unhaltbaren Zustände blieben nicht aus; das unvermeidliche Verhängnis brach herein. Die Schulden mehrten sich, große und kleine Gläubiger drängten, und rissen an sich, was sie bekommen konnten. Er ließ über sich ergehen, was er nicht zu hindern vermochte; nur zuweilen zuckte er verächtlich mit den Schultern, wenn — wie es mehrfach vorkam — Leute wegen geringer Forderungen rücksichtslos gegen ihn vorgingen, die ihm Dank schuldeten; solche, denen er in früheren Jahren direkt oder

indirekt uneigennützig geholfen hatte, zu Wohlstand zu gelangen. In diesen dunkeln Tagen kam ihm sein stolzer Sinn, sein reines Gewissen und die Gleichgültigkeit gegen materielle Güter und Genüsse zu Hilfe. Mens aequa in arduis. Um womöglich den drohenden Zwangsverkauf seines Hombruchs, in welchem er sich mit unsäglicher Arbeit und unter Entbehrungen aller Art eine Heimstätte geschaffen, zu verhindern, ging er nach Brüssel, wo sich Aussicht bot, die erworbenen Zinkgruben vorteilhaft zu verwerten. Leider zogen sich die desfallsigen Verhandlungen unerwartet in die Länge; der größte Teil des Hombruchs kam 1847 unter den Hammer und wurde zu einem Spottpreise einem reichen Nachbarn zugeschlagen. Harkort hatte seiner Zeit das Eigentum in der sichern Erwartung erworben, daß die geplante Eisenbahn zwischen Elberfeld und Dortmund dereinst dort vorübergeführt werden müsse. Diese Berechnung erwies sich als vollkommen richtig. Nach jahrelangen Bemühungen gelangte endlich der Bau der Linie unter seiner steten Mitwirkung in vollsten Gang, die Betriebseröffnung sollte 1848 stattfinden, der Bahnhof war unmittelbar bei seiner Besitzung projektiert*), — und in diesem Augenblick ward er daraus vertrieben! Nach Eröffnung der Bergisch-Märkischen Bahn entstand im Hombruch ein bedeutender Industrieort. Dem früheren Besitzer wurde durch den Zwangsverkauf ein Eigentum genommen, das sich in der nächsten Zukunft zu einem ansehnlichen Vermögen entwickelt haben würde. Als einer seiner Familienangehörigen zwei Jahrzehnte später einen kleinen abgeholzten Teil des ehemaligen väterlichen Gutes zurückerwarb, mußte dafür der zwanzigfache Betrag desjenigen Preises gezahlt werden, zu welchem derselbe beim Zwangsverkaufe zugeschlagen worden war.

*) Die jüngsten Kinder Harkorts hatten den ersten Spatenstich zum jetzigen Bahnhof Barop gethan.

Neuntes Kapitel.

Die Revolution von 1848.

„Völker berechnen nicht, können als Massen nicht berechnen, sondern fühlen nur; werden darum nicht von ihren Interessen, noch weniger von staats- oder völkerschaftlichen Prinzipien oder Deduktionen geleitet, sondern nur von Gefühlen, Instinkten. Zu diesen gehören das Rechtsgefühl, das Freiheitsgefühl und hauptsächlich der Trieb der Selbsterhaltung."
Prinz Albert von Sachsen-Koburg.

Inhalt: Die Februar-Revolution in Paris. Der 18. März in Berlin. Harkorts Arbeiterbriefe. Parlaments-Wahlen. Briefe an die Provinzen. Thätigkeit in der National-Versammlung. Die Fraktion Harkort. Berliner Zustände. Der Steinsche Antrag. Herannahende Krisis. Der 9. November. Auflösung der National-Versammlung.

Aus Brüssel schrieb Harkort im Herbst 1847 an einen Bekannten in der Heimat:

„Meine durch die Verhältnisse bedingte lange Abwesenheit hat mir über manche sogenannte „Freunde" Klarheit verschafft. Ich besitze die Resignation, auf 99 Prozent von ihnen zu verzichten. Nur die Hoffnung bleibt mir noch, daß die Lehrer meiner vielleicht noch gedenken werden.

Manchem Gemeinnützigen habe ich im Vaterlande die Hand geboten und eben solchen schlechten Lohn empfangen, wie bessere Männer vor mir*). Da ich nie mehr erwartete, so bin ich zufrieden. Doch zu andern Dingen.

*) Von verschiedenen Fällen des hier gemeinten „Lohnes" sei nur einer erwähnt. Ein Puddelwerksvorstand (vgl. S. 167) ließ wegen einer geringen Forderung bei ihm Exekution vollstrecken und notwendige Betriebsgerätschaften zwangsweise verkaufen. Es geschah das freilich im nämlichen Jahre, als David Hansemann im Vereinigten Landtage das geflügelte Wort aussprach: In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf!

Frankreich und Belgien sah ich mit besonnenem Auge. In ersterem Lande ist die Erziehung deshalb schlecht, weil die Bande der Familie gelöst sind. Ohne echtes Familienband ist kein moralisches Staatsleben denkbar.

Kaum ist das Kind geboren, so verdingt man es zur Amme aufs Land, später in die Klosterpension oder ins Collège.

Eltern und Kinder kennen sich kaum; daher weder Liebe noch Gehorsam, keine Idee von Selbstverleugnung, keine Verbindung zwischen Familie und Schule. Jeder will genießen oder glänzen. Der Franzose ist fleißig und mäßig, aber vergnügungssüchtig. Sowie die Arbeit ruht, sucht er das Heil nur auf der Straße, selbst wenn er Weib und Kind wie Murmelthiere mit herumschleppen muß. Rechnen Sie dazu die laxe Moral, so haben Sie den Grund, warum „Frankreich sich langweilt", das heißt: stets zu Barrikaden im Innern und zu Raufereien nach außen geneigt ist. Auf den Wachthäusern lesen Sie: liberté — ordre publique! Eine schöne Freiheit, die man mit Kolben laufen muß!

Der Zustand der Schulen ist schlecht: die Frömmelei der Bourbonen scheute das Licht. — Belgien hat Deutsches Element, fürchtet Gott und liebt die Familie. In ungemeiner politischer Freiheit bewegt die Nation sich sehr anständig. Die Theokratie hat großen Einfluß, aber keine Gewalt. Sie sucht die Schule einseitig zu halten: allein das demokratische Element siegt und man strebt Deutschland nach. Geben Sie Belgien noch 20 Jahre und Sie werden ein beneidenswerthes Land sehen. Unsere so mühsam errungenen Volksbibliotheken empfiehlt hier der Minister des Innern!" — — —

Der Brief beweist, wie klar Harkort die Gefahren erkannte, welche Europa von dem nie ganz ruhenden Vulkan an der Seine her bedrohten. Im übrigen wird auch er keine Ausnahme von der damals für zünftige und unzünftige Politiker geltenden Regel gemacht haben, nämlich allerseits überzeugt zu sein, daß der Ruhe des Weltteils jedenfalls so lange keine Gefahr drohe, als der alte schlaue Louis Philipp in Frankreich regiere. Seit 1840 hatte der Sohn Egalités sich die volle Zufriedenheit der Heiligen Allianz erworben, noch neuerdings im Schweizerischen Sonderbundskriege mit Metternich unter der Decke gelegen, bei den Spanischen Heiraten den Engländern, trotz der berühmten „entente cordiale", eine Nase gedreht, und im Innern die liberale Partei an den Boden gedrückt. Zu Anfang Januar 1848 feierte ihn sogar Friedrich Wilhelm IV., alle frühere Antipathie vergessend, in gewohnter Überschwänglichkeit als den „Schild der Europäischen Monarchieen". Als Mitte Februar die dynastische

Opposition behufs Herbeiführung einer Bewegung für Ausdehnung des Wahlrechts in Frankreich sogenannte „Reformbankette" veranstaltete, welche die Regierung gewaltsam zu unterdrücken sich anschickte, dachte niemand an die Möglichkeit einer daraus entstehenden Gefahr für des Bürgerkönigs Herrschaft. Louis Philipp mit seinem nun schon sieben Jahre regierenden Ministerpräsidenten Guizot werde auch diesen kleinen Zwischenfall rasch beseitigen, tröstete man sich. Die verhängnisvolle Bedeutung des Wortes „Frankreich langweilt sich!" schien vergessen zu sein; jedenfalls drohte nach allgemeiner Meinung keine Gefahr, so lange der alte Orleans lebte.

Harkorts Geschäfte in Brüssel neigten sich ihrem befriedigenden Ende zu. Bevor er ins Vaterland zurückkehrte, beabsichtigte er, seiner bei ihm weilenden dritten Tochter die Wunder der Französischen Hauptstadt zu zeigen. Die Koffer waren gepackt und die Abreise auf Donnerstag, den 24. Februar, festgesetzt. Auf dem Brüsseler Südbahnhofe aber gab man befremdlicherweise an diesem Tage keine Billette nach Paris aus. Man sei, erklärten die Beamten, ohne Nachrichten von dort und die Verbindung unterbrochen. Die Reise mußte also verschoben werden. Am folgenden Tage befand sich Harkort bei einem Freunde zu Tische, als dieser atemlos hereinstürzte und aus einem eben erschienenen Extrablatte die welterschütternde Nachricht vorlas:

„Paris, 25. Februar. Louis Philipp hat abgedankt. Die Königliche Familie befindet sich auf der Flucht. Die Republik ist proklamiert. Eine provisorische Regierung ist eingesetzt." —

So lautete die ungeheure Kunde, die gleich einem Gewittersturm aus heiterem Himmel herniederfuhr und halb Europa in Brand setzte. Die kleine Tischgesellschaft blieb anfangs stumm unter der Wucht des gewaltigen Ereignisses. Dann las man die Namen der neuen Beherrscher Frankreichs. An ihrer Spitze stand ein Dichter: Lamartine, diesem zunächst ein Bourgeois-Revolutionär: Ledru-Rollin; die übrigen oppositionelle Abgeordnete. Nur der letzte der 11 Männer hatte seinem unbekannten Namen Albert die Bezeichnung „Arbeiter" beigefügt. „Das ist das Zeichen der neuen Zeit!" sagte Harkort, auf das Wort „Arbeiter" mit dem Finger hinweisend. Als später im Verlaufe der Unterhaltung der Hausherr leise die Möglichkeit andeutete, daß die Revolution sich vielleicht auch auf Preußen ausdehnen werde, erhob sich der Westfälische Patriot funkelnden Auges und erwiderte mit ungewöhnlicher Schärfe: „Wir Revolution? Wir in Preußen? Das ist ganz unmöglich. Wir wollen in Preußen

friedliche volkstümliche Reform und eine liberale Verfassung, aber unter keinen Umständen Revolution! Die Zornesröte war ihm in das Antlitz gestiegen bei dem bloßen Gedanken an die Möglichkeit eines gewaltsamen Umsturzes in seinem Vaterlande. Nur mit Mühe vermochten die Frauen das heikle Gesprächsthema zu beseitigen.

Nie geahnte Ereignisse folgten sich jetzt Schlag auf Schlag und versetzten die Welt teils in dumpfe Betäubung, teils in jubelnden Freudenrausch. Zwar blieb in Belgien — dem jüngsten und von zwei Nationalitäten bewohnten Staate Europas — alles ruhig, da das verständige Volk nicht daran dachte, den sichern Hafen seiner ehrlich gehandhabten verfassungsmäßigen Zustände zu verlassen und gleich den Franzosen auf das hohe Meer der Revolution hinauszusegeln. Als im März ein starker Haufe republikanischer Abenteurer von Frankreich her die Grenze überschritt, fest überzeugt, man werde ihn wie 1792 jubelnd als Befreier empfangen, nahmen die Belgischen Truppen die wüste Gesellschaft ohne weiteres beim Kragen und jagten sie nach Hause zurück. Ganz anders aber entwickelten sich die Dinge in den Staaten des offenen und verkappten Absolutismus von Central-Europa. Auf der Appeninischen Halbinsel hatte man schon in den, den Pariser Februartagen vorhergehenden, Wochen allen Regenten — auch sogar dem Papste — freisinnige Verfassungen abgenötigt. Jetzt, nach der Pariser Revolution, erscholl von den Alpen bis zur Meerenge der einstimmige Ruf: Es lebe Italien! Tod den Deutschen! Metternich und sein System, seit 1815 der Hort und Büttel des Stillstandes in ganz Europa, fiel würdelos im Straßenkampfe vom 15. März gegen die Studenten der Wiener Universität. Ungarn und Böhmen erhoben sich gegen den Österreichischen Polizeistaat. Überall bewiesen die Vorgänge die gänzliche Fäulnis des feudalen und büreaukratischen Absolutismus, wie nicht minder die unglaubliche Unfähigkeit und Feigheit der seitherigen Machthaber.

Über Deutschland ergoß sich die von Westen kommende Sturmflut der Revolution mit unbeschreiblicher Gewalt. Ereignisse drängten sich jetzt in den Raum weniger Tage zusammen, mächtiger und grundstürzender, als sie vordem ein Jahrzehnt oder ein Menschenalter ausfüllten. Glücklicherweise hatte kurz vor den Pariser Ereignissen (am 5. Februar) der Abgeordnete Bassermann in der Badischen Zweiten Kammer einen Antrag auf Reform des Deutschen Bundes, unter Einsetzung einer Volksvertretung für denselben, eingebracht und dadurch der urplötzlich hereingebrochenen Bewegung nach der

nationalen Seite hin ein festes Ziel gegeben. Auf Badischem Boden war es auch, wo gleich nach den Februartagen eine Volksversammlung jene Reihe freiheitlicher Forderungen aufstellte, die binnen wenigen Wochen ihren unaufhaltsamen Siegeszug vom Rheine bis zur Donau und Weichsel vollendete: Ein Deutsches Parlament, Volksbewaffnung, Preßfreiheit, öffentliches und mündliches Verfahren, Schwurgerichte, Ministerverantwortlichkeit. Stuttgart schloß sich diesem Programm folgenden Tages an; unmittelbar darauf erfolgte sowohl in Baden wie in Württemberg die landesherrliche Genehmigung der Volkswünsche. Unter dem Drucke dieser allerorts mit Jubel begrüßten Ereignisse machte schon am 3. März der Bundestag in Frankfurt, der verhaßte und verachtete Handlanger aller nichtswürdigen Maßregeln der Reaktionszeit, bekannt, es sei fortan jedem Bundesstaate gestattet, die Zensur bei sich aufzuheben. An den folgenden Tagen große Volksversammlungen mit „Sturmpetitionen" in den meisten Deutschen Residenzen, sowie Tumulte in Hamburg, Köln, Frankfurt, Hanau, Breslau und vielen andern Orten. Die bestehenden sogenannten Autoritäten krochen überall in feigster Weise zu Kreuze. Je steifnackiger und insolenter sich seither die Kleinfürsten und ihre Minister geberdet hatten, um so kopfloser und jämmerlicher betrugen sie sich jetzt, als das „souveräne Volk" — dieser Titel ward schleunigst von Paris her eingeführt — mit grober Faust an ihre Schloßthore klopfte. Sie erschienen von dem Anblick des Gorgonenhauptes der Revolution vollkommen wie versteinert. Nachdem das Schema der Freiheitsprogramme einmal bekannt geworden, auch die Landbevölkerung sich überall der Bewegung angeschlossen hatte, gaben die Serenissimi ohne jeden Zwang nach, überboten sich sogar in Konzessionen und dankten Gott, wenn sie durch schleunigste Bewilligung der sogenannten „März-Errungenschaften", wie durch Ernennung volksbeliebter Führer der ständischen Opposition zu Ministern, sich vor dem drohenden Sturme retten konnten. Selbst den verhaßtesten kleinen Potentaten geschah weiter nichts zu leide. Der anfängliche Widerstand des hartköpfigen Kasselschen Kurfürsten ward beispielsweise rasch bezwungen, als die Hanauer drohten, im Weigerungsfalle sofort Hessen-Darmstädtisch werden zu wollen. In Bayern hatte das skandalöse Betragen der Maitresse des alten Königs, der berüchtigten Tänzerin Lola Montez, die öffentliche Meinung schon seit Jahresfrist aufs Höchste empört. Eine unblutige Volksbewegung trieb jetzt das Weibsbild schnell über die Grenze und veranlaßte den „teutschen" Ludwig, zu Gunsten seines Sohnes abzudanken. Es war ein Kehraus unter allgemeinem Volksjubel, wie Deutschland nie etwas ähnliches gesehen.

Aller Augen blieben in dieſen drangvollen Tagen auf Berlin gerichtet. Nachdem die denkwürdigen, überall größtes Aufſehen verurſachenden, Verhandlungen des Vereinigten Landtags von 1847 die feſte patriotiſche Haltung und hohe Begabung der Führer der liberalen Partei, wie andererſeits die gänzliche Unfähigkeit faſt aller damaligen Miniſter öffentlich dargelegt hatten, war man in Europa überzeugt, daß die Herſtellung verfaſſungsmäßiger Zuſtände in Preußen notwendig binnen kurzem erfolgen müſſe. Jenen Landtag hatte Friedrich Wilhelm IV. im vorigen Jahre allerdings noch höchſt ungnädig entlaſſen, und dieſer verhängnisvolle Fehler dem milden Camphauſen Anlaß gegeben, in den zu Anfang 1848 einberufenen ſogenannten Vereinigten Ausſchüſſen (18. Januar) die berühmten, leider nur zu wahren Worte zu ſprechen:

„In Preußen aber, wo die Stände bis auf die äußerſte Grenze vorrückten und, weit hinübergebogen, die Hand zur Ausgleichung boten, iſt dieſe Hand im Zorne zurückgeſtoßen werden. Ein Wort hätte hingereicht, den Verfaſſungsſtreit in Preußen auf immer zu beendigen, — es iſt nicht geſprochen worden. Die Geſchichte aber wird richten zwiſchen der Regierung und uns.“

Nunmehr hing alles davon ab, ob der von der Idee des Gottesgnadentums vollſtändig erfüllte König, durch die großen Ereigniſſe der jüngſten Tage belehrt, freiwillig nachgeben und dadurch Preußen vor einer gewaltſamen Umwälzung bewahren werde. Faſt ſchien es ſo. Beim Schluß der vereinigten Ausſchüſſe (5. März) bewilligte der König die ſeither verweigerte „Periodicität“, d. h. die Regelmäßigkeit der Einberufung des Vereinigten Landtags. Aus allen Provinzen gelangten zahlloſe, mit den Unterſchriften der angeſehenſten und loyalſten Männer verſehene Adreſſen an ihn, in welchen die bekannten nationalen und freiheitlichen Wünſche ehrerbietig vorgetragen und gleichzeitig die angeſtammte Treue an das Königliche Haus und die Perſon des Monarchen aufs wärmſte betont wurde. Faſt noch bezeichnender, wie dieſe poſitive Seite der immer breiter und tiefer ſich entwickelnden Volksbewegung, erſchien der Umſtand, daß ſich nirgendwo eine Stimme für Aufrechterhaltung der beſtehenden politiſchen Zuſtände ausſprach; jedermann fühlte, daß es ſo wie ſeither nicht bleiben könne. Ein Königliches Patent vom 14. März berief den Landtag, freilich — ein trauriges Zeichen der noch immer mangelnden Erkenntnis der drohenden Lage — erſt auf den 27. April und verkündete den unverzüglichen Zuſammentritt einer Konferenz aller Deutſchen Bundesgenoſſen, damit eine „wirkliche Regeneration“ des Bundes herbeigeführt und das Deutſche Volk in ihm „wahr-

haft vereinigt und durch freie Institutionen geschützt werde". Als aber die Nachricht vom Siege der Wiener Revolution und dem seither für unmöglich gehaltenen Sturze des „Schiedsrichters Europas", des allmächtigen Metternich, eintraf und gleichzeitig eine Kölner Deputation bei längerer Unnachgiebigkeit große Bedenken bezüglich der Rheinprovinz äußerte, fing man an, die neue Situation zu begreifen. Ein zweites Patent vom Vormittag des 18. März berief den Landtag auf den 2. April und gab die Vorschläge bekannt, welche Preußen für die Reform Deutschlands zu machen beabsichtige. Diese lauteten: Bundestag mit Vertretung aus den Ständen aller Deutschen Länder; konstitutionelle Verfassung derselben; allgemeine Deutsche Wehrverfassung nach Preußischem Muster mit Bundesheer, Bundesfahne und Bundesfeldherrn; Deutsche Flotte und Flagge; Bundesgericht; Deutsches Heimatsrecht und volle Freizügigkeit; allgemeiner Zollverein; gleiches Maß, Gewicht, Münze und Handelsrecht; endlich Preßfreiheit für das gesamte Deutsche Vaterland.

Mit freudiger und dankbarer Bewegung empfing Harkort am 20. März in Brüssel die Kunde von diesen hochwichtigen Konzessionen. So hatte Friedrich Wilhelm also endlich doch den Bitten seines treuen Volkes nachgegeben; endlich eingesehen, daß das unumschränkte militärisch-büreaukratische Staatsregiment nicht mehr zu halten sei; daß in Preußen wie in Deutschland eine gründliche Reform an Haupt und Gliedern not thue, wenn beide Ruhe im Innern und Achtung nach außen behalten sollten. Sein geliebtes Vaterland, so glaubte er, war durch diese Gewährungen vor einer gewaltsamen Revolution bewahrt, wurde jetzt ein fester Halt in dem allgemeinen Europäischen Wirrsal und ging einer Ära friedlicher und freiheitlicher Entwickelung entgegen. Gott sei Dank! sprach er aus tiefstem Herzensgrunde.

Noch am nämlichen Tage trat er, Thränen des Schmerzes und des Zorns in den Augen, ins Zimmer seiner Tochter. Was ist geschehen, Vater? rief ihm diese angstvoll entgegen. Schweigend reichte er ihr ein Zeitungsblatt, an dessen Spitze die verhängnisvollen Worte standen: La révolution a triomphé à Berlin!

Es war so — der Blitzstrahl der Revolution hatte am 18. März in die Königsburg an der Spree, dicht neben dem Herrscher, eingeschlagen Von allen Seiten drangen stündlich bestätigende Nachrichten herein, die eine die andere überholend, jede folgende noch furchtbarer wie die vorhergehende. Am 23. gingen Harkort direkte

Berichte einer in Berlin wohnenden Bekannten zu, die, im Geiste jener Tage geschrieben, teils Selbsterlebtes, teils von dritter Seite her empfangene Mitteilungen über den Straßenkampf meldeten. „Die Februartage der Pariser," hieß es gleich im Beginn dieser Schreiben, „waren ein Kinderspiel gegen die Heldenthaten unserer Bürger!!" Das Volk sei verraten worden, das Militär hätte die nichts ahnenden Bürger hinterrücks angegriffen, wäre dann aber von den, wahre Wunder der Tapferkeit verrichtenden, Freiheitskämpfern total geschlagen worden. „Es war eine gräßliche Nacht; zuletzt beherrschte mich nur ein Gefühl: das Entsetzen, daß die Söhne eines Landes sich so niedermetzelten! — Der Morgen bot uns schauerliche Anblicke dar. Von allen Seiten trug man die Leichen auf die uns gegenüberliegende demolierte Wache, zuletzt lud das Volk sie alle auf einen großen Wagen und zog mit ihnen nach dem Schloßplatz; dasselbe geschah von anderen Gegenden aus. Dort angekommen, wurden die Leichen, mit Kränzen geschmückt, vor das Schloß gelegt; die vielen Tausende zogen die Hüte und der Ruf: „Der König! Der König!" ertönte. Dieser erschien, aber mit bedecktem Haupte: Hut herunter! hieß es — und der König gehorchte." — —

„Der Prinz von Preußen ist entflohen; an seinem Palais steht: National-Eigenthum! Heute wurden die Schilder seiner sämmtlichen Hoflieferanten heruntergerissen und auf der Straße verbrannt. Er und sein Sohn sollen von der Thronfolge ausgeschlossen werden; ein Sohn des alten Prinzen Wilhelm wird Thronerbe. Heute holte man die befreiten Polen ab*); es war ein Triumphzug, der nicht seinesgleichen hatte. Das Volk zog den Wagen; er wurde mit Blumen überschüttet."

Am 21.: „Gestern Abend überwältigte mich die Müdigkeit. Ich legte mich zu Bette; kaum eingeschlafen, erweckte mich das furchtbarste Geschrei: Zu Hilfe! zu Hilfe! Der Prinz von Preußen rückt mit Militär in die Stadt! In wenigen Minuten war alles in Bewegung, alle Bürger unter den Waffen. Es war ein blinder Lärm; die befreiten Polen hatten einige Freudenschüsse abgefeuert. Heute ritt der König durch die Straßen, ungeheurer Jubel empfing ihn**). Jetzt sage einer, daß die Berliner nicht gutmüthig sind!"

Dem inhaltreichen, überall blindesten Enthusiasmus über den vermeintlich durch Berliner Tapferkeit errungenen „Sieg" wider-

*) Mieroslawski und Genossen, die 1847 im sogenannten Polenprozesse wegen des Aufstandes im Großherzogtum Posen verurteilt worden waren.

**) Der sogenannte Deutsche Umritt.

spiegelnden Briefe waren einige Nummern der „Vossischen Zeitung", darunter das bekannte „Extrablatt der Freude", beigefügt. Die Nr. 66 vom 18. März (vor Beginn des Kampfes gedruckt) enthielt das Patent wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtags vom nämlichen Tage nebst den Reformvorschlägen für den Deutschen Bund, sowie ein Gesetz über Aufhebung der Zensur mit Datum des 17. März. An der Spitze der folgenden Nummer fand sich die berühmte, in der Nacht vom 18.—19. März geschriebene Proklamation Friedrich Wilhelm IV. „An meine lieben Berliner", ferner die Kabinettsordre wegen Entlassung des Ministeriums Bodelschwingh-Eichhorn und Beauftragung des Grafen Arnim mit Neubildung des Kabinetts, endlich eine Darstellung der Entwickelung und des Verlaufs des Barrikadenkampfes am Abend des 18. Während diese Darstellung noch eine gewisse Ruhe und Objektivität erkennen ließ, stimmte das zwei Tage nach dem Kampfe erschienene „Extrablatt der Freude" bereits einen überschwänglichen Jubelhymnus auf die unvergleichliche Tapferkeit und den Heldenmut der Berliner an, den die letzteren selbst so lange mitsangen, bis der 9. November diesen und andern Träumen ein Ende machte*).

Trotz seines tiefen Ingrimms las Harkort die empfangenen Zeitungsblätter mit größter Aufmerksamkeit durch. Das Sachverhältnis lag darnach so, wie er dasselbe gleich beim Eintreffen der ersten Berliner Nachrichten sich gedacht hatte. Unter dem Eindruck der in allen Nachbarländern stattgefundenen erschütternden Ereignisse und der sich in Preußen allgemein kundgebenden, das seitherige Regierungssystem ver-

*) Schon nach wenigen Tagen war ganz Berlin in das verwandelt, was die Franzosen, die Meister der Renommage und Selbstberäucherung, bezeichnend eine „société d'admiration mutuelle" nennen. Ein Freund Harkorts, der Stadtrat und Landwehrmajor Nobiling, selbst ein Berliner, äußert sich in seiner interessanten Broschüre „Die Berliner Bürgerwehr vom 19. März bis 7. April 1848" darüber wörtlich wie folgt:

„Eine andere Seite, die noch mehr Schuld an den ernsten und betrübenden Folgen (des 18. März) gehabt hat, war die Ruhmredigkeit, welche, der Vernunft zum Trotz, alles überfluthete. Kämpfer und Helden wurden förmlich gepreßt und mußten wohl oder übel sich zu Thaten bekennen, von denen sie nichts wußten oder wissen wollten. Es ist nicht zu glauben, wie weit und von woher dieses Heldenthum in Anspruch genommen wurde. Es ist eine halb traurige, halb lächerliche Thatsache, daß die Zahl der gebliebenen Soldaten, die in Wirklichkeit einige 20 betragen hat, ins Ungemessene — bis zu 1500! — vergrößert wurde: lediglich zu dem Behufe, damit diese große Ziffer zum Maßstab diene der vermeintlichen Heldenthaten der Berliner Freiheitskämpfer."

werfenden Volksstimmung hatte Friedrich Wilhelm IV. seinen hartnäckigen Widerstand gegen Einführung konstitutioneller Formen schon vor Beginn des Straßenkampfes aufgegeben, seine früheren Ratgeber entlassen und die allerseits erbetenen Zugeständnisse gewährt. „Preußen hat seinen glücklichsten Tag erlebt!" jubelte die „Vossische Zeitung" am Vormittag des 18. März, bei der Meldung, die Bürger hätten sich in Freudenthränen umarmt und den auf dem Schloßbalkon erscheinenden König mit lautem dankbarem Jubel begrüßt. Nachmittags begann, gleichwie am 24. Februar in Paris, durch ein unglückliches, vielleicht künstlich herbeigeführtes „Mißverständnis" hervorgerufen, zwischen einem Teil der Berliner Bevölkerung und den Truppen ein heftiger Barrikadenkampf, welcher die Nacht hindurch fortdauerte und, nachdem das Militär an den meisten Punkten Sieger geblieben, am folgenden Morgen damit endete, daß auf Bitten von Bürgerdeputationen die Truppen thörichterweise aus der Stadt zurückgezogen wurden. Der König hatte im entscheidenden Augenblicke das Schwert von sich geworfen. Neue, dem ganzen Volke zu gute kommende, Konzessionen waren, außer der genehmigten Errichtung der Bürgerwehr, nach Beendigung des Straßenkampfes nicht weiter gemacht worden, und gerade diese neue Gewährung erschien von mindestens zweifelhaftem Werte. Ob das Land, nämlich die außerhalb der engen Stadtmauern von Berlin wohnenden 15 Millionen Preußen, mit der von einem Teile der 400000 Berliner inszenierten sogenannten Revolution zufrieden sein werde, davon war in den Spalten von Tante Voß nirgendwo die Rede. Wie in Paris bildete man sich ein, daß die Provinzen willenlos der Hauptstadt folgen würden, zumal diese ja, ebenso wie Monarch und Regierung, durch die Märzbewegung vollständig überrascht worden waren.

Ohne Zögern, mit der Klarheit und Festigkeit eines Freiheit und Ordnung gleichmäßig liebenden Mannes, nahm Harkort zu der großen Frage Stellung. „Ich kann mir," erwiderte er am 24. März auf den Berliner Bericht, „erklären, daß eine verständige Bevölkerung in Aufwallung gerathen kann, die weiter führt wie das Gesetz erlaubt; allein wir schlichten Provinzialen gestehen der Hauptstadt das Recht nicht zu, in Barrikaden die Nation zu vertreten. Am 18. hatte der König mehr bewilligt, wie man früher verlangte, und für weitere Wünsche hatten die Stände zu reden. Nur der erste Schritt kostet Mühe, und die Berliner haben Preußens Macht und Ansehen mehr geschadet, wie sie in 25 Jahren gut machen können! Allerdings bin ich 1830 in Münster der erste gewesen, welcher den Antrag auf Verfassung unterstützte; allein meinen Degen würde ich

nur für den König ziehen, selbst wenn Berlin, Köln und Aachen auf dem Kopfe ständen*).

Was das Recht des Stärkern giebt, kann der Stärkere nehmen! Nur der Geist steht höher wie die Gewalt, und darin hat sich Berlin beim Vereinigten Landtage nicht ausgezeichnet."

Das Land sprach sich, mit Ausnahme einzelner großen Städte, in denen sich in den vierziger Jahren ein unklarer Radikalismus und unverständige Bewunderung französischen Wesens breit machte, über die Berliner Ereignisse in gleichem Sinne aus. Abgesehen von der tiefen Demütigung, welche das Königtum bei der schmachvollen Leichenschau im Schloßhofe und bei dem vom Tierarzt Urban geführten sogenannten „Deutschen Umritt" erlitten hatte, wollte man in den Provinzen vor allem nicht Berlin einen entscheidenden Einfluß auf die politische Aktion des Landes zugestehen. Auch bei aufrichtiger Anerkennung der vielen guten Eigenschaften der Bewohner Berlins bleibt es doch unbestreitbar, daß es keine zweite Hauptstadt in Europa giebt, deren Haltung so geringes Gewicht auf die Bevölkerung der Provinzen ausübt, deren politisches Ansehen im eigenen Lande so klein ist, als dasjenige von Berlin**). Seine Geschichte erscheint unbedeutend im Vergleiche zu jener anderer alter Städte, seine Größe und Einwohnerzahl war noch vor wenigen Jahrhunderten verschwindend klein, sein Schicksal niemals maßgebend für den Staat. Die ganze Bedeutung Berlins für das Land beruhte bis 1848 lediglich in dem Vorzuge, die Residenz und Gnadenstadt seiner Fürsten, der Zentralpunkt der Verwaltung zu sein. Und dieses Berlin sollte sich jetzt herausnehmen dürfen, dem Könige seinen Willen aufzuerlegen und dem Lande Richtung und Ziel seiner Politik vorzuschreiben? „Die Berliner sollen uns nicht kommandieren!" lautete die einstimmige Antwort, die in den mannigfaltigsten Tonarten aus allen Provinzen zurücktönte. Von Harkorten schrieb in den letzten Tagen des Monats März der älteste Neffe: „Es verbreitet sich hier das Gerücht, daß ein Haufen Berliner das Ministerium gezwungen habe, abzudanken, und daß auch der König, der ewigen Unruhe müde, abgedankt habe und die Republik proklamiert sei. Wenn das ist, so giebt es Bürgerkrieg! Es marschieren noch Tausende in der Mark für den König."

---

*) Auch in Köln und Aachen hatten damals Tumulte stattgefunden.

**) Adolf Stahr sagt in seinem, streng den Standpunkt der 1848er demokratischen Linken und die Interessen Berlins vertretenden Buche: „Die Preußische Revolution" (S. 284) darüber wörtlich: „Von diesem hier gehaßten, dort verachteten Berlin sich Gesetze vorschreiben, den Gang der Staatsentwickelung vorzugsweise beeinflussen zu lassen, erschien unerträglich."

Glücklicherweise war jenes Gerücht — eines der unzähligen, die in jenen wilden Tagen durch die Luft schwirrten — unbegründet; der Himmel bewahrte Preußen gnädig vor den Greueln eines Bürgerkrieges. Die Aufregung im Lande aber wuchs von Tag zu Tage, und Gesetzlosigkeit nahm in Bedenken erregender Weise zu. Die nie für möglich gehaltenen Ereignisse in Berlin wie in den meisten Deutschen Staaten, die entsetzliche Schwäche, von welcher dort am und nach dem 18. März ein so klägliches Beispiel gegeben wurde, hatten allen Behörden panischen Schrecken eingejagt und jedes energische Handeln gelähmt. Die Zügel der Ordnung schleiften in Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde am Boden. In verschiedenen ländlichen Bezirken erhoben sich die Kleinbauern und ländlichen Arbeiter gegen Gutsherren und mißliebige Beamte, während sich in den Industriekreisen die Bewegung gegen das Maschinenwesen und einzelne hartherzige Fabrikanten richtete. Auch Berg und Mark blieben von solchen Erscheinungen nicht verschont. Solinger Arbeiter zerstörten eine von der Königlichen Seehandlung unterstützte Fabrik im Burgthal an der Wupper, weil die dort hergestellten billigen Scheren aus Eisenguß den geschmiedeten teureren Scheren den Markt verdarben. In der Grafschaft Mark, wo Feilenhauerei und Schloßfabrikation seither nur als Hausindustrie betrieben wurde, fanden vereinzelte Angriffe gegen neu angelegte größere Werkstätten dieses Arbeitszweiges statt. Im ganzen waren solche Vorfälle nur geringfügig, aber tolle Gerüchte vergrößerten ihre Bedeutung zehnfach und sinnlose Angst lähmte Kopf und Hand. Von Autorität der Behörden war nirgendwo eine Spur mehr zu finden; jeder that, was er wollte. Dazu kam Mangel an Geld und Arbeit, und eine gefährliche Handelskrisis, als natürliche Folge des allemeinen Mißtrauens in die politischen Zustände, sowie absolute Untergrabung des Kredits in der gesamten Geschäftswelt. Mehrere große rheinische Bankhäuser stellten ihre Zahlungen ein — die von Harkort verlangten Provinzialbanken hatte man 1845 verweigert! — und alle industriellen Werke sahen sich zur äußersten Einschränkung ihrer Thätigkeit genötigt, weil einerseits keine neuen Aufträge eingingen, andererseits niemand mehr Waren verborgen wollte, wenn er nicht rechtzeitiger Bezahlung sicher schien. Zum Glücke war die große Teuerung des Jahres 1846/47 durch die unmittelbar darauf folgende vorzügliche Ernte von 1847 beseitigt worden, so daß es trotz des Mangels an lohnender Arbeit den untern Klassen möglich blieb, sich und ihre Familien bescheiden durchzubringen.

In die Heimat, wohin es ihn mit allen Fibern des Herzens

zog, zurückzukehren war Harkort zu seinem größten Leidwesen noch nicht möglich, weil die politischen Ereignisse den Abschluß des von ihm eingeleiteten Geschäfts abermals hinausschoben. Aber er hätte nicht er selbst sein müssen, wäre er thatlos geblieben bei des Vaterlandes Not. Er erkannte klar, wie es im Wirrwarr der jetzigen Zeit vor allem gelte, die Treue zu König und Vaterland, den Sinn für Gesetz und Ordnung in den breiten Volksmassen neu zu befestigen und solchergestalt einen Damm gegen die immer gefährlicher werdenden anarchistischen Regungen aufzuwerfen. Dafür fand er in der Mark, insbesondere in seinem heimatlichen Kreise Hagen, den geeignetsten Boden. Dort war den alten Kriegern von 1813 — vielleicht mithervorgerufen durch eine Geldsammlung für die „gefallenen Berliner Helden" — der patriotische Gedanke gekommen, gleich ihren Vätern in den Schmerzenstagen von 1806, den niedergebeugten und verlassenen König in einer Immediateingabe ihrer unwandelbaren Liebe und Anhänglichkeit zu versichern. Daß mit der Abfassung eines solchen Schriftstücks kein anderer wie ihr langjähriger Führer Fritz Harkort, der Urheber des Landwehrmanifestes von 1831 (S. 193), zu beauftragen sei, erschien selbstverständlich. Er kam der Bitte seiner alten Kameraden mit doppelter Freude nach und entwarf gleichzeitig eine zweite Adresse an den Monarchen, welche bestimmt war, von allen Bewohnern des Kreises Hagen ohne Unterschied unterzeichnet und zur Befolgung des guten Beispiels öffentlich ausgelegt zu werden. Klar und bestimmt begann sie:

„Ew. Majestät erwägen im mächtigen Sturme der Zeiten mit weiser Hand die Formen zur ferneren gedeihlichen Entwickelung unseres Volkslebens. Die Allerhöchsten Patente vom 14. und 18. März d. J. sind in dieser Hinsicht vom größeren Theile der Nation mit Jubel empfangen worden. Aber — wir sprechen es mit tiefem Bedauern aus — ein anderer Theil hat sich zu Wünschen und Handlungen hinreißen lassen, die weit über ein gesetzliches und vernünftiges Maß und Ziel hinausgehen, wovon leider die Hauptstadt selbst ein tiefbetrübendes Beispiel gegeben. Ew. Majestät können großmüthig vergeben und vergessen; allein es geziemt der unzweifelhaften Majorität der Nation, ihren festen Sinn für strenge Gesetzlichkeit und lauten Tadel über das Vorgefallene auszusprechen!"

Die Vorstellung wies in ihrem weiteren Inhalte auf die traurigen Zustände Frankreichs nach der Februar-Revolution hin und protestierte entschieden gegen das anmaßliche Vordrängen der Städte in politischen Dingen, um so mehr als deren Einwohnerzahl nur $^1/_6$ der Gesamtbevölkerung des ganzen Landes ausmache und

erfahrungsmäßig stark von anarchistischen Elementen beeinflußt werde. „Feierlichst verwahren wir uns deshalb gegen den Primat der großen Städte und der jungen Provinzen des Reiches, denen wir nicht nachstehen an Erkenntniß dessen, was zum Heile das Vaterland noth thut!*) Wir werden in die durch Ew. Majestät huldreichst einzuberufende Ständeversammlung Männer senden, welche ohne fremde Fürsprache diese Grundsätze würdig zu vertreten wissen. Nur aus einem einigen starken Preußen kann ein mächtiges Deutschland hervorgehen. Die Natur selbst verschmäht überall Sprünge und schroffe Übergänge, und auch wir wollen kein Prunkgerüst, welches, heute unter dem Jubel der Menge erhoben, über Nacht zusammenstürzt und Land und Leute begräbt. Wir wünschen einen solchen Ausbau der bestehenden Verfassung, daß sie durch echte Volksbildung dem Vaterlande zum Frommen, den Völkern zum Beispiel gereichen möge, ungefährdet durch rohe Gewalt." — —

Beide Adressen fanden im Kreise Hagen freudigsten Anklang. Besonderen Jubel erregte es, als dieselben von dem einzigen noch überlebenden Unterzeichner der Vorstellung vom 10. März 1806, dem alten J. H. Elbers, an letzter Stelle „für sich und alle andern getreuen Markaner" vollzogen wurde. Aber man begnügte sich mit diesen, dem Monarchen geltenden, Manifestationen nicht, sondern bildete auch, auf F. Harkorts Anregung und unter dem Vorsitz seines jüngsten Bruders Christian, ein „Komitee zur Unterstützung der Angehörigen der am 18.—19. März gefallenen, sowie der verwundeten und noch schwer darniederliegenden Waffengenossen", welches bereits unterm 6. April seinen „Aufruf an alle Kameraden der Landwehr und Linie, sowie an alle Vaterlandsfreunde" ergehen ließ. Derselbe begann: „Gehorsam gegen die bestehenden Gesetze, Befolgung der Disziplin und Subordination ist die erste heiligste Pflicht des Militärs, wenn auch bei schwerer Pflichterfüllung! So starben jüngst in der Hauptstadt aus allen Gauen des Vaterlandes über Tausend**) unserer Brüder, Freunde und Waffengenossen." — Für die gefallenen „Söldner der Tyrannei", wie sie in demokratischen

*) Damit war die Rheinprovinz gemeint, deren Bewohner, wegen der ihnen belassenen französischen Gesetzgebung und der Nähe Belgiens und Frankreichs, sich unberechtigter Weise einer höheren politischen Bildung rühmten als die älteren Teile Preußens. Noch in späterer Zeit äußerte ein Rheinländer, halb scherz-, halb ernsthaft: „Politische Bildung hört am linken Rheinufer auf!"

**) Diese Zahl ist weit übertrieben; sie beruhte auf den derzeit noch als wahr angenommenen Berliner Windbeuteleien, deren Entstehung Major Nobiling dargelegt hat (S. 341).

Zeitungen genannt wurden, in jener aufgeregten Zeit so warm einzutreten, wie hier ohne Scheu geschah, war keine leichte Aufgabe. Aber man sprach in Hagen nur mutig aus, was viele hunderttausend Furchtsame im ganzen Lande dachten*).

Weit wichtiger als jene Adressen, die ihrer Natur nach mehr die Sammlung und Ermutigung der Gebildeten und Besitzenden bezweckten, erschien es Harkort, in den arbeitenden Klassen, deren berechtigte Interessen er in seiner Schrift von 1844 so kräftig verteidigt hatte, den Geist der Ordnung und der Gesetzlichkeit von neuem wachzurufen und sie vor der von allen Seiten an sie herandrängenden Verführung zu schützen. Der großen Schwierigkeit dieser selbstgewählten Aufgabe war er sich vollkommen bewußt. Es ist immer und unter allen Umständen schwer, in Rede und Schrift den für den Arbeiter geeigneten, wahrhaft volkstümlichen Ton zu treffen und bleibenden Eindruck auf ihn zu machen; — doppelt schwer in einer Zeit, wo alle gewohnten Bande zerschnitten waren und Parteien und Volksschmeichler aller Art ihm goldene Berge versprachen, wenn er ihnen zu folgen sich entschlösse. Solche süße Lockungen zu vernehmen, die alten Ordnungen unterschiedslos verurteilen und bestehende Autoritäten herabsetzen zu hören, ist ja seit undenklichen Zeiten für den großen Haufen, insbesondere für dessen jüngere Elemente, stets weit angenehmer gewesen, als die harte Sprache der Vernunft, der Erfahrung und Pflichterfüllung zu vernehmen. Gerade diese Sprache aber war es, die Harkort zu seinen Märkischen Landsleuten zu reden für notwendig hielt. Eine solche Aufgabe vermochte nur jemand zu lösen, der Land und Leute, Lebensanschauungen, Sitten und Gewohnheiten in der Mark kannte und dabei das Vertrauen des arbeitenden Mannes seit Jahren genoß. Keiner aber entsprach dieser Hauptbedingung mehr, als er selbst. So heftig und leidenschaftlich Harkort, zur Zeit seiner gewerblichen Thätigkeit wie auch später noch, werden konnte: niemals nahm ihm ein Arbeiter auch die schärfsten Verweise und Scheltworte übel, weil jeder wußte, daß „der alte Herr" es immer gut meinte und sein

*) Das hier in Rede stehende Komitee, welches demnächst den Namen „Komitee für Berg und Mark" annahm, gab später auch die Anregung für die, den im Jahre 1848 gefallenen Soldaten im Berliner Invaliden-Park errichtete, mächtige Denksäule. Zu den ersten, welche sich in die Beitragslisten für dies Monument einzeichneten, gehörten die beiden Kinder des Prinzen von Preußen, damals 17 resp. 10 Jahre alt.

Zorn, ohne Spuren zu hinterlaſſen, ebenſo raſch verrauchte, als er über ihn gekommen war. Die eigentliche Grundlage ſeiner Volksbeliebtheit blieb die in allen wurzelnde Überzeugung, daß er während ſeines ganzen Lebens nie das Seine geſucht, ſtets andern „das Bett gemacht", immer uneigennützig für das gemeinſame Beſte gelebt und geſtrebt hatte*). Auf dieſem feſten Grunde ſtehend, durfte er erwarten, daß, wenn er ſelbſt zu den arbeitenden Klaſſen rede, ſie leſen, hören und beherzigen würden.

„Gutes Wort findet zuweilen eine gute Stelle und beſſern Lohn verlange ich für dieſen Brief nicht" — begann der am 8. April durch das Hagener Kreisblatt veröffentlichte erſte der „Arbeiterbriefe". In dieſem ſchilderte er vorzugsweiſe die dermalige traurige Lage der Dinge in dem gelobten Lande der Revolutionen, insbeſondere im Hauptherde Paris, und verglich damit die Ruhe und Zufriedenheit, deren ſich das konſtitutionelle Belgien erfreute. Wenige Tage ſpäter folgte der zweite Brief, welcher, da er ſich vorzugsweiſe mit den heimatlichen Zuſtänden befaßte, als ein Muſter packender, populärer Darſtellungs- und Kampfesweiſe hier vollſtändig wiedergegeben zu werden verdient.

„Friedrich Harkort
an die Meiſter und Arbeiter der Grafſchaft Mark.

„Seit meinem jüngſten Briefe iſt das Geld noch ſeltener geworden in Frankreich; die Arbeit fehlt, der Preis der Waare ſinkt, und ein Bürgerkrieg ſteht vor der Thüre. Das heißt: die Revolution hat ein Kuckucksei ausgebrütet! Das iſt eine Portion kaltes Waſſer für die Fieberköpfe.

England zieht den Nutzen, weil es ruhig iſt; dorthin gehen die Kapitalien von Paris, um ſicher zu ſein, und Beſtellungen mehren ſich alle Tage.

---

*) Von Harkorts echter Volksbeliebtheit zeugt u. a. folgender charakteriſtiſcher Vorfall. Auf einer Tour über Land ritt er durch einen Bauernhof und bat den Eigentümer, ihm das ſogenannte Heckthor zu öffnen. Der Bauer, mißtrauiſch gemacht durch die beſchmutzte Kleidung des Reiters und beſonders durch den Mangel des Sporns an dem einen Stiefel, fragte zunächſt, wie er heiße. — Fritz Harkort!" lautete die Antwort. „Dann ritt in Goarts Namen, Här," erwiderte der bei dieſer Namensnennung ſofort freundlich gewordene Bauer. „I hett zwoarens mä eenen Spuren an de Stirweln, ower hunnertdoſend gurde Frönne im Lanne!" (Dann reitet in Gottes Namen, Herr, Ihr habt zwar nur einen Sporen an den Stiefeln, aber hunderttauſend gute Freunde im Lande!)

Wenn Ihr müßig gehen wollt, mit Weib und Kind darben, um endlich im Tumult erſchlagen in einem Rinnſteine liegen zu bleiben, dann ſtiftet nur Aufruhr und Unordnung: es iſt das unfehlbarſte Mittel, dahin zu gelangen!

Mit großem Unwillen vernimmt jeder verſtändige Mann die unſinnigen Ausſchweifungen und Zerſtörungen an der Wupper und Umgegend. Es wäre wahrlich beſſer, es hinge ein Mühlſtein am Halſe der Rädelsführer.

Alſo die Gießereien und Maſchinen haben den Arbeitern geſchadet? Wahrlich, ein Maulwurf hat beſſere Augen als dieſe Branntweinhelden.

Wohin gehen die gegoſſenen Scheeren und andere Fabrikate? Antwort: Ueber See und in's Ausland. Waren nicht hunderte von Arbeitern bei dieſer Fabrikation beſchäftigt? Abermals ja! Jetzt, nach jenen Tollmannsſtreichen, hat keiner Brod; die Scheeren werden aber nach wie vor gemacht. Wer's nicht glauben will, der gehe zu Urban und Leſering in Lüttich oder nach Birmingham und Sheffield in England; die haben jetzt vollauf zu thun, wie ich ſelbſt geſehen. Haben nun die Solinger ſo große Stiefel, um nach England gehen zu können und auch dort ihre Verbeſſerungen anzubringen? Von Herzen wünſche ich ihnen glückliche Reiſe, aber ſie werden leider hierbleiben, um ſpäter den Weg nach dem Zuchthauſe einzuſchlagen.

Ihr habt Brod nöthig für Weib und Kind. Wo holtet Ihr ſonſt das Geld für den Bäcker? Antwort: Gegen Arbeit und Waaren beim Kaufmann. Und woher nahm der Kaufmann die blanken Thaler? Gegen Wechſel von Elberfeld, und der Banquier in Elberfeld verkaufte ſeine Papiere im Auslande gegen Geld Wenn Ihr nun dem Kaufmanne Hab und Gut ruinirt, durch Unordnungen aller Art es dahin bringt, daß ein Bruder nicht mehr dem andern traut: wer nimmt dann noch Wechſel und woher ſoll Geld kommen? In den Kriegsjahren 1813—14—15 hat Eure Gegend 400000 Mann im Quartiere gehabt und es mangelte kein Brod, und warum? Weil das Volk und König einträchtig zuſammenhielten, weil man Vertrauen in die gute Sache hatte, fand ſich Credit, Arbeit und Brod! Damals öffnete man die Kirchen und dankte Gott für das, was er am Vaterlande Großes gethan hatte, und jetzt möchte man gegen die Uebelthäter und den Hunger beten! Der alte Herr-Gott lebt noch, ſeine Gerechtigkeit ſteht über dem Menſchenwitze, die Rechnung findet ſich!

Wenn Ihr da den Schaden bei Euren Kaufleuten sucht, so seid Ihr auf dem Holzwege. Fangt bei Euch selbst an, seid treu, fleißig, erhaltet Ruhe im Lande, vervollkommnet Eure Waare, und Handwerk wird nach wie vor einen goldnen Boden haben.

Ein redlicher Meister, der auf eigene Hand arbeitet, sorgt in guten Tagen für die Zeiten der Noth; allein der Fabrikarbeiter denkt, sein Wochenlohn fiele ihm Jahr ein Jahr aus wie Manna vom Himmel.

Da wird nicht gespart, man lebt wie die thörichten Jungfrauen, aber anstatt des Bräutigams kommt der Hunger; wenn die Arbeit schlecht geht, dann soll der Fabrikbesitzer mit seinen Maschinen die Schuld haben; Niemand greift an die eigene Nase!

In Berg und Mark leben 40000 Metallarbeiter. Gesetzt, sie wollten von Raub und Mord leben und plünderten einen Kaufmann, der 40000 Thaler besitzt, rein aus. Dann hätte jeder Dieb Einen Thaler! Gesetzt, das ginge so ein halbes Jahr lang lustig fort, dann wäre kein Kaufmann mehr im Lande. Kein Bauer zöge mehr zu Markte, dann müßten die Schelme Hungers sterben, oder doch gleich den Wölfen sich untereinander fressen. Merkt Euch die alte Erfahrung: Tausende können weder von Almosen noch von Raub leben; es muß tapfer gearbeitet werden. 40000 Mann à 10 Sgr. täglichen Lohn brauchen jährlich vier Millionen Thaler und möchte ich den Spitzbuben sehen, der die anschaffen kann; redliche Leute aber, die können es durch ihre Arbeit! Diesen muß man aber nicht von Gütergemeinschaft reden, denn die Zeit wird nie kommen, wo der Kluge und Fleißige für den Dummen und Faulen mit arbeiten will.

Denkt Euch Weihnachten und die Christbescheerung! Unter den Lichtern stehen 6 Schüsseln mit Pfefferkuchen, Aepfeln, Birnen und Nüssen. Jedes Kind trägt seinen Teller weg; nach drei Tagen schaut wieder zu: dann hat ein Kind sich alles verwahrt, das zweite die Hälfte, ein drittes nur wenig, und die andern drei haben alles verzehrt. Seht, da habt Ihr schon Arme und Reiche binnen drei Tagen; wie soll es nun erst im langen Leben gehen? Bete und arbeite — so wird es wohl bleiben müssen!

Geld und Credit ziehen durch die Länder wie Kraniche und lassen sich nur da nieder, wo es still und ruhig ist; da hilft kein Toben und Pfeifen.

Es thut Noth, daß man derb auftrete und dreist die Wahrheit sage. Jeder von den Schwindlern und Gleichmachern möchte der Haupthahn sein und uns zukrähen, wie viel Uhr es

ist. Aber die Hähne machen das gute Wetter nicht, wohl aber verkratzen sie manche schöne Saat des Gärtners in unserm Garten. Mich werden sie als einen Dunkelmacher ausschreien. Bin wohl damit zufrieden, denn ich habe im Felde und Daheim meine Schuldigkeit gethan, war stets ein Mann des vernünftigen Fortschritts; aber mit dem Gesetze in der Hand, nicht mit Pflastersteinen! Hohe Achtung göttlicher und menschlicher Gesetze, guter Unterricht, Fleiß und Ordnung: das sind die Mittel, womit ein tüchtiger Arbeiter sein Loos sicher stellt; nicht aber die brutale Gewalt, die nur ein blindes Werkzeug ist derer, die im Trüben fischen.

Deshalb, lieber Gott, behüte uns vorab vor allen den schlimmen Gesellen, so mit vielem Geschrei den Staat verbessern wollen, oder verleihe uns Muth, sie auf's große Maul zu schlagen! Bestärke uns Alle, Groß und Klein, in dem Sinne für Fleiß, Ordnung und Gesetzlichkeit. Wenn wir dann bitten: Unser tägliches Brot gieb uns heute! so dürfen wir gläubig Amen sagen und es wird wohl stehen mit dem Könige und dem Vaterlande."

Im dritten Briefe (vom 15. April) wendet sich Harkort wieder Frankreich zu, das allerdings als vorzüglichstes abschreckendes Beispiel für die Resultate plötzlicher politischer Umwälzungen dienen konnte.

„Abermals halte ich Euch den Pariser Spiegel vor, damit Ihr sehen könnt, ob Ihr schmutzig seid im Gesicht. So lange der Bibelspruch galt: Jedermann sei unterthan der Obrigkeit! war Paris die erste Stadt der Welt; jetzt, wo Alle regieren und Keiner gehorcht, sind die Taschen leer und der Hunger und Kummer stehen auf der Stirn geschrieben. — —

Man will die Arbeit organisiren! Denkt Ihr denn nicht an den Thurmbau zu Babel, wo während der „Organisation" die Sprachverwirrung eintrat und der ganze Bau liegen blieb?*)

Die deutschen Arbeiter in Paris hatten sich auch in die Barrikaden verstiegen. Der Lohn ließ nicht lange auf sich warten — sie sind sämmtlich bis auf den letzten Mann fortgejagt und auf der Heimreise haben die Bauern bei Meaux sie überfallen und lästerlich durchgeprügelt. Wie die Arbeit, so das Traktement! Fragt die Freiheitshelden, wie das schmeckt; denn, wenn die Sohlen halten, können sie bald da sein, um Euch etwas von der Revolution zu erzählen, so die Leute glücklich macht und die Pferde hinter

*) Hinweis auf die „National-Werkstätten" von Louis Blanc, die schon zwei Monate später zu der furchtbaren, von Cavaignac mühsam gewonnenen sogenannten Juni-Schlacht, also zum Bürgerkriege, führten.

den Wagen ſpannt, um ihr Futter zu verdienen. Bölling am Vogelſang wird ſolchen Fuhrleuten nicht gern Quartier geben.*)

In Lyon wird in dieſem Jahre bereits zum dritten Male die Grundſteuer ausgeſchrieben**), damit auch die Bauern nicht leer ausgehen. Die Richter werden ohne Urtheil abgeſetzt und die Banquiers haben die Erlaubniß, vorläufig anderer Leute Geld zu behalten. So bringt man Gerechtigkeit und Handel und Wandel auf die Beine! — —

„In Paris war ein Meiſter, der hatte 6 Geſellen, die auch nach dem neuen Katechismus zu leben gedachten. Sie erſchienen alſo eines Morgens und ſagten ihrem Brodherrn: Die Arbeitszeit ſei zu lang und der Lohn zu knapp; das müſſe anders werden oder ſie gingen ab. Der Meiſter antwortete: Das ſei nicht mehr als recht und billig, ſie möchten nur einen Augenblick warten! Darauf ging er hin, zog ſeine Arbeitsjacke an und ſagte: jetzt wolle er mit ihnen gehen, um Arbeit zu ſuchen, denn ein ſolches Geſellenleben gefiele ihm beſſer, wie Meiſter ſpielen. Da machten die Herren Geſellen lange Geſichter, ließen es beim Alten und ſchlichen an die Arbeit.

Die Zeit muß erſt recht ſchlecht werden, damit wir einſehen lernen, daß die gute alte Ordnung beſſer war. Ohne Ohrfeigen werden die dummen Jungen nicht klug, obgleich ſie es beſſer haben könnten; die Verſtändigen aber hüten ſich vor Schlägen und Schaden.“ — —

„Man bedenke, daß noch nicht vier Wochen ſeit — wie es im damaligen Jargon hieß — der „glorreichen März-Revolution“ verfloſſen waren, als ſchon die „Hydra der Reaktion“ in dieſen Arbeiterbriefen „ihr Haupt frech zu erheben wagte“! Der Eindruck, den dieſelben machten, wirkte weit über die Grenzen der Mark und Weſtfalens hinaus; er ging durch das ganze Land und war um ſo größer, als man erfuhr, daß nicht etwa ein Konſervativer, ſondern ein Liberaler alten Schlages der Verfaſſer ſei; der nämliche Harkort, den die Regierung in den dreißiger Jahren, trotz ſeiner ſtets bewährten ſtreng patriotiſchen Haltung, ſchlecht behandelt und durch Geſetzesverdrehung aus dem Provinziallandtage hinweggedrängt hatte. Die Briefe wurden überall — an verſchiedenen Stellen mit kurzen Lebensabriſſen ihres Verfaſſers — nachgedruckt, in vielen

*) Am Vogelſang, nahe bei Harkorten, ſtand das bedeutendſte Fuhrmanns-Wirtshaus der Enneperſtraße.

**) Die berüchtigten „Centimes additionels“, eine Haupturſache des raſchen Sturzes der zweiten Franzöſiſchen Republik.

tausenden von Exemplaren verbreitet, von Hunderttausenden gelesen und verstanden. Harkorts Name ging von Mund zu Munde. Die königstreuen Parteien waren dankerfüllt, in ihm einen Kämpfer zu finden, welcher — davon hatten sich Freund und Feind alsbald überzeugt — als politischer Volksschriftsteller seinesgleichen nicht hatte im Lande und mit einer Kühnheit und Derbheit auf die Gegner losging, wie sie in jener Zeit der Angstmeierei leider nur zu selten angetroffen wurde. Die demokratische Partei dagegen suchte sein Auftreten und seine Erfolge teils totzuschweigen, teils griff sie den so unerwartet über sie gekommenen Feind in seinem eignen Lager an. Als ihre Vertreter im Kreise Hagen traten drei talentvolle junge Männer, Karl Post, Dr. Grevel und Kaspar Butz, in die Schranken, die im Hagener Kreisblatte — demselben, das zuerst die Arbeiterbriefe gebracht hatte, offen und anonym die Fehde gegen Harkort und die von ihm vertretene Richtung eröffneten. Gegen sie verteidigte er sich, von seinem Bruder und Neffen auf Harkorten sowie von andern wirksam unterstützt, durch den Mitte Mai erschienenen vierten Brief, in welchem er die Arbeiter abermals auf die infolge der Revolution immer trauriger gewordenen Verhältnisse Frankreichs hinwies und den Satz aussprach: „Gewalt schafft nie Recht; was man mit Pflastersteinen erwarb, kann durch Kanonen verloren gehen; allein Recht muß Recht bleiben, wie Herr v. Vincke sagte, der auch ohne Barrikaden den Sieg hätte erringen helfen."

Inmitten fortdauernder hochgradiger Bewegung waren die entscheidenden Tage herangerückt, an denen das Preußische Volk zum erstenmale von dem ihm in den Schoß gefallenen Rechte allgemeiner freier Wahl seiner Vertreter Gebrauch machen sollte. Die gebildeten und besitzenden Klassen der Bevölkerung, insbesondere die von denselben auf Grund des seitherigen eingeschränkten Wahlrechts bestellten ständischen Deputierten hatten bereits 1847 auf dem Vereinigten Landtage ebenso unerwartete als glänzende Proben politischer Einsicht abgelegt. Von den früher unvertretenen arbeitenden Klassen dagegen und ihrer Befähigung, am politischen Leben richtigen Anteil zu nehmen, wußte man nichts; auch war ein besonderer Trieb und Drang zu einer solchen Anteilnahme bei diesen Klassen bis jetzt nirgendwo erkennbar geworden*). Man war einig in dem Verlangen

*) Ad. Stahr a. a. O. S. 317 schreibt mit vollem Rechte:

„Die hier (in Preußen) herrschende Unfreiheit ward nicht empfunden von der ungeheuren Mehrzahl selbst der mittleren Klassen; die Besitzenden

nach entscheidender Mitwirkung der Landesvertretung in Gesetzgebung und Staatshaushalt, sowie nach einer vernünftigen Ausdehnung des Wahlrechts, doch darüber ging man auch in streng liberalen Kreisen nicht hinaus. Kaum hatte aber Ledru-Rollin, derzeit Hauptrepräsentant der revolutionären Partei in Frankreich und Minister des Innern, dort das allgemeine gleiche Wahlrecht proklamiert, als auch schon, in hergebrachter Nachäffung Französischen Wesens, in Preußen dieselbe Forderung erhoben und leider von der liberalen Partei nicht bekämpft wurde. Camphausen, welcher noch vor Ablauf des Monats März dem Grafen Arnim als leitender Minister gefolgt war, und dessen Kollegen Hansemann, Auerswald und Schwerin besaßen nicht die Festigkeit, dem damaligen revolutionären, ein Wahlgesetz „auf breitester demokratischer Grundlage" verlangenden, Freiheitsdrange zu widerstehen. Ihre stille Erwartung, der am 2. April zusammengetretene Vereinigte Landtag werde den überwuchernden radikalen Ansprüchen einen gelinden Dämpfer aufsetzen, die Revolution eindämmen helfen, verwirklichte sich nicht. Das Verhalten dieser noch im Vorjahre überwiegend konservativen Versammlung, die ohnehin vom Schauplatz zu verschwinden bestimmt

---

fühlten sich durchschnittlich wohl in dem Zustande von Ruhe und Ordnung, der Jedem Freiheit genug ließ, seinen Kohl zu bauen und für sein Wohl zu sorgen, wenn er es nur nicht unternahm, gegen die büreaukratische Unfehlbarkeit eines aufgeklärten Despotismus Zweifel zu erheben oder sich überhaupt um Staat und Staatsdinge mit seinem beschränkten Unterthanenverstande zu bekümmern. Beschwernisse gab es allerdings in Menge und Opposition gegen die Regierung war eben deshalb vielfach vorhanden. Sie war sogar unter der gesammten Bildung verbreitet, sie hatte selbst in die weitschichtige Beamtenwelt und unter der Aristokratie Eingang gefunden. Aber man trieb sie dort mit wenigen Ausnahmen mehr als eine Art Genuß, als pikantes Reizmittel des eigenen Behagens. Die Nothwendigkeit der Reformen ward allgemein gefühlt; aber man hoffte ihre Erledigung auf friedlichem Wege der Verständigung oder als Weihnachtsgabe väterlicher Großmuth. Daß es mit der Deutschen Vielstaaterei ein Ende nehmen müsse, wenn endlich einmal aus Deutschland etwas werden solle, war die Ueberzeugung auch der loyalsten Patrioten. Daß man sich's dazu auch etwas kosten lassen, vielleicht das Läuterungsfeuer eines tüchtigen Nationalkrieges zum Behufe dieser Um- und Einschmelzung Deutschlands bestehen müsse, mochten einige Beherzte zugeben. Aber an die Nothwendigkeit einer Revolution für das gottbegnadete Ausnahmevolk der Germanen glaubte kein echter Deutscher und die wenigen Einsichtigen, welche etwa an ihre ferne Möglichkeit glaubten, fürchteten sie weit mehr als sie dieselbe hofften."

So urteilte „am Ostermorgen 1849" über die Stimmung der Geister in Preußen vor der Märzrevolution ein Schriftsteller, welcher selbst entschieden der Demokratie angehörte.

war, überflügelte die kühnsten Erwartungen der Demokratie, insofern sie nicht nur keinerlei mäßigenden Einfluß übte, sondern im Taumel der Zeit bei einzelnen Punkten noch über die Vorschläge der Regierung, namentlich bezüglich des Wahlgesetzes, hinausging. So wurde das in seiner großen Mehrheit politisch gänzlich unreife Preußische Volk mit dem vorher niemals verlangten allgemeinen, geheimen, gleichen — glücklicherweise noch indirekten — Wahlrechte „beschenkt", und das inmitten einer revolutionären Krisis und höchster Erregung der Leidenschaften. Daß dies gefährliche Experiment nicht noch weit schlechter ausfiel, als es sich thatsächlich herausstellte, ist wahrlich nicht das Verdienst derer, die damals berufen waren, die ersten Schritte der großen politischen Kinder, die man Deutsches und Preußisches Volk nannte, verständig zu lenken.

Denn man hatte ja nicht nur eine Preußische, sondern auch eine Deutsche „Nationalversammlung", oder — wie man kurz zu sagen pflegte — für Berlin und für Frankfurt zu wählen. Was diese beiden Versammlungen dort ausrichten sollten, waren der großen Masse der neugebackenen Wähler Böhmische Dörfer. Fragte man sie um ihre Meinung und Wünsche, so lautete die gewöhnliche Antwort: Wir wollen weniger Steuern bezahlen! Man bildete sich — dies war vor dem März auch in sogenannten besseren Kreisen die allgemeine, thörichte Ansicht! — ein, Konstitutionalismus und Parlamentarismus würden billiger verwalten und mit weniger Geld haushalten, als der alte patriarchalische Absolutismus, welchem man — wenn auch sonst vieles — doch in Preußen wahrlich nicht Verschwendung und Steuerüberbürdung vorwerfen konnte. Die für Berlin und Frankfurt gewählten Wahlmänner der unteren Klassen glaubten vielfach als wirkliche Abgeordnete nach diesen Städten geschickt zu werden. Landfuhrleute, welche dorthin Waren zu bringen pflegten, wurden mit Vorliebe zu Wahlmännern ausersehen, da sie ja „die Wege kännten", trotzdem auch von ihnen fast regelmäßig Frankfurt a. Main mit dem seiner Messen wegen in Westfalen weit bekannteren Frankfurt a. d. Oder verwechselt wurde. Für die gebildeten Stände galt die Parole: man müsse nach Frankfurt, wo das Deutsche Reich neu aufgebaut werden solle, studierte, nach Berlin aber verständige praktische Leute schicken, die wüßten, wo den geringen Mann der Schuh drücke; die für Steuernachlässe und vor allem dafür sorgten, daß wieder Ruhe und Ordnung, Arbeit und Brot ins Land kämen. Vincke, den seine glänzende Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage rasch zu einem berühmten Manne gemacht hatte, ward demgemäß für die Deutsche, Harkort für die Preußische

Nationalversammlung in Aussicht genommen. Dem letztern trugen Hagen, Altena, Dortmund, Bochum und Duisburg Mandate an, also jene Kreise, wo man seine industrielle und gemeinnützige Wirksamkeit aus nächster Nähe kennen gelernt hatte. Für Dortmund, Bochum und Duisburg lehnte er ab; in Altena und Hagen wurde er, ohne zu den Wahlmännern geredet zu haben, am 8. Mai gewählt; dort fast einstimmig, hier dagegen nur mit geringer Majorität. Die demokratische Partei hatte, unter geschickter Benutzung lokaler Eifersüchteleien, den geachteten Gerichtsdirektor Schulz als Gegenkandidaten in Hagen aufgestellt und für diesen eine starke Minderheit zusammengebracht. Als zweiter Abgeordneter wurde der Gutsbesitzer Carl Funcke gewählt.

Harkorts alter Kriegskamerad und allezeit bewährter Freund, der wackere Pommer Amtmann Peters in Kükelhausen, welcher anno 1813 mit seinem heimatlichen Kolbergschen Regimente nach Westfalen gekommen und dort geblieben war, führte die Truppen im Wahlkampfe. „Gestern Nachmittag," berichtete er, „glich mein kleines Haus einem Bienenkorb und alle freudig Einziehenden sagten: Ja, Fritz Harkort war der erste, der für Berlin gewählt wurde, und Funcke zu Hausen der zweite. Gleichzeitig traf die Nachricht von Altena ein, daß Du auch dort gewählt seiest!! Unsere Freude steigerte sich bis zum Tumult, und die von den Mädchen gewundenen Kränze verfehlten ihren Zweck nicht und verschönern auch jetzt noch die Wände unsrer kleinen Stübchen. Du siehst also, daß die Markaner Dir mit Leib und Leben zugethan sind, wie Du es verdienst."

Vincke und Harkort nahmen beide das Mandat für Hagen an*). In Altena fiel die notwendig gewordene Ersatzwahl auf Peter Brüninghaus von Lüdenscheid, den Bruder desjenigen, welcher schon vor Jahren auf dem Münsterschen Landtage Harkort treu zur Seite gestanden. Für Dortmund-Bochum wurde an Vinckes Stelle, in

*) Nahm Harkort nicht für Hagen an, so würde die demokratische Partei bei der Nachwahl wahrscheinlich einen Leutnant Caspary als Kandidaten aufgestellt haben, welcher mit seiner Kompanie in dortiger Gegend in Quartier lag. Derselbe wurde später verabschiedet und 1849 im urkatholischen Wahlbezirke Münster, Waldecks Heimat, für die sogenannte „aufgelöste" Zweite Kammer gewählt, wo er sich der äußersten Linken anschloß. Bedenkliche Erscheinungen dieser Art waren in der Revolutionsperiode nicht ganz so selten, als man hinterher glauben machen wollte. So erzählt Peter Reichensperger in seinem interessanten Buche „Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahre 1848" (S. 51), wie er auf einer Wahlversammlung in Mayen von einem als Wahlmann anwesenden Offizier in Uniform aufgefordert worden sei, einen *gegen* ihn (Reichensperger) erhobenen „sehr schweren Vorwurf" zu entkräften,

Ermangelung anderer Kandidaten, der aus Hattingen a. d. Ruhr gebürtige Privatdozent Dr. Gustav Höffken*) zur Frankfurter Nationalversammlung entsendet, um die Zahl der in der Paulskirche bereits vorhandenen 118 Professoren weiter zu verstärken. Seit dem Auftreten der berühmten „Göttinger Sieben" waren Professoren in erster Linie Vertrauensmänner des Volkes geworden. Nach Berlin entsendete der genannte Doppelkreis den durch Charakter und gemeinnützige Wirksamkeit hervorragenden Glasfabrikanten Theodor Müllensiefen von Crengeldanz sowie den begabten Gerichtsassessor Ostermann aus Dortmund.

Am 22. Mai 1848, genau 33 Jahre nach dem Tage, an welchem Friedrich Wilhelm III. seinem treuen Volke die alsbaldige Einführung von Reichsständen zugesagt hatte, ward die Preußische Nationalversammlung im Weißen Saale eröffnet. Tiefer Schmerz erfüllte das Herz aller Patrioten, insbesondere des älteren Geschlechtes, bei dem Gedanken daran, wieviel Kampf, Sorge und Schmach dem Lande erspart sein, wieviel Ansehen, Kraft und Stärke Preußen und Deutschland dagegen gewonnen haben würde, wenn man jenes Königliche Versprechen aufrichtig und rechtzeitig einlöste. Nur ein geringer Teil dessen, was man 1848 gezwungen nachgeben mußte, hätte, im richtigen Momente — ja noch im Laufe des Jahres 1847 — bewilligt, das Volk zufriedengestellt. Jetzt, nachdem die Bande

daß er nämlich die in das Land gelangten Nachrichten über die glorreichen Märztage in Berlin keineswegs mit der gebührenden Begeisterung aufgenommen vielmehr mißbilligende Äußerungen darüber gemacht hätte. Als der Interpellierte darauf wahrheitsgemäß erwiderte, er habe die ruhig-ernste Volksbewegung vor dem 18. März für ebenso notwendig als gerechtfertigt erachtet, den Berliner Straßenkampf aber tief bedauert und über die schmachvolle Szene der Leichenschau laut seine Entrüstung ausgesprochen, erhob sich jener Wahlmann in Uniform zum zweitenmale zu der Erklärung: „daß nach den eben gehörten Worten kein patriotisch gesinnter Mann einem solchen Kandidaten seine Stimme geben könne!" Reichensperger fiel infolge dessen (gegenüber dem radikalen d'Ester) durch, wurde indes in Kempen für die Preußische National-Versammlung gewählt, wo er als einer der Führer der Rechten bald eine bedeutende Stellung gewann.

*) G. Höffken (geb. 1811) besuchte die S. 305 erwähnte Hagener Gewerbeschule unter Grothe, wurde Ingenieur-Offizier, quittierte jedoch den Preußischen Dienst und trat unter den Christinos in die Spanische Armee ein. Später Journalist, habilitierte er sich in Heidelberg, ward 1848 in die Paulskirche gewählt und ging auf Veranlassung des Österreichischen Finanzministers vom Bruck, eines geborenen Crefelders, als vortragender Rat für Zoll- und Handelsfragen in den Österreichischen Staatsdienst. Nach dem Selbstmorde von Brucks nahm er seinen Abschied und starb zu Wien im Juli 1889.

der Ordnung einmal gelöst waren, genügten auch die weitest gehenden Konzessionen nicht mehr. „Zu spät!“ lautete ihnen gegenüber jetzt die stehende kurze Antwort. Die tiefe Kluft, welche sich zwischen der alten und der neuen Zeit aufgethan, trat gleich bei der Eröffnung der Volksvertretung klar zu Tage. Eine erhebliche Anzahl von Abgeordneten weigerte sich, der Eröffnungsfeier im Königlichen Schlosse beizuwohnen. „Der König soll zu uns kommen!“ hieß es. Statt der strahlenden Uniformen, wie man sie beim Vereinigten Landtage gesehen, erregten jetzt blaue Jacken und schmutzige Zwillichhosen Schlesischer und Pommerscher Tagelöhner und Kleinbauern die Neugier der gaffenden Berliner*). Derselbe Fürst, welcher vor kaum einem Jahre die stolzen Worte gesprochen:

„Es drängt Mich zu der feierlichen Erklärung, daß ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unsern Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Vorsehung, eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen!“ —

verlas jetzt von derselben Stelle dumpfen Tones eine von seinen Ministern verfaßte Thronrede, durch welche er die aus allgemeiner Volkswahl hervorgegangene Versammlung begrüßte: „die berufen ist, mit Mir die Verfassung zu vereinbaren, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte Preußens und Deutschlands bezeichnen wird“. Diese hier von ihm angekündigte Verfassung war eben jenes beschriebene Blatt, dessen Eindrängen zwischen sich und sein Volk „nun und nimmermehr“ zugeben zu wollen, der Sohn Friedrich Wilhelm III. feierlich erklärt hatte. Mit Recht sagt Stahr, daß kein Erlebnis der letzten Monate an die Furchtbarkeit dieser tiefsten Demütigung eines Königs hinanreicht, welcher solchergestalt die Hinrichtung seiner eigenen Vergangenheit vollziehen mußte.

Die Hoffnung derer, welche da meinten, es werde mit der Eröffnung der Nationalversammlung die gährende Unruhe im Lande und insbesondere in der Hauptstadt ein Ende nehmen und durch kräftiges und rasches Zusammenwirken von Regierung und Volksvertretung das öffentliche Vertrauen wiederhergestellt werden, fand sich bitter getäuscht. Die ersten Sitzungen boten ein Bild wüsten Durcheinanders, dessen der Präsident nicht Herr werden konnte.

*) Solcher und ähnlicher Elemente enthielt die Nationalversammlung ein Viertelhundert; Handwerker aller Art fast ebenso viel. Die Mehrzahl gehörte dem Stande der richterlichen und Verwaltungsbeamten an; vergleichsweise wenige Gutsbesitzer und Gewerbtreibende und nur eine geringe Zahl älterer Männer

Der von der Regierung vorgelegte, nach Belgiſcher Schablone gearbeitete Verfaſſungsentwurf fand mit Recht nur geringe Zuſtimmung. Von allen Seiten ſtürmten die Abgeordneten mit Geſetzentwürfen und Interpellationen, die Wähler mit Petitionen heran; jeder wollte zunächſt ſeinen eigenen Schmerzen abgeholfen, ſeine lokalen Wünſche befriedigt ſehen. Von einer ſofortigen beſtimmten Parteigruppierung, wie ſie heute die feſte Regel aller Kammern bildet, konnte in jener Zeit parlamentariſcher Kindheit noch keine Rede ſein. Nur wenige wußten, was ſie wollten, und bemühten ſich unter den Abgeordneten, deren große Mehrzahl ratlos hin und her ſchwankte, Parteigenoſſen zu ſammeln und engere Verbände zu bilden. Das Miniſterium Camphauſen, welches durch entſchiedenes zielbewußtes Auftreten Ordnung hätte ſchaffen können, war mit Sorgen anderer Art überhäuft und überließ die ganz ungeſchulte Verſammlung ſich ſelbſt. Das „ſouveräne Volk“ von Berlin hatte ſich im Laufe der letzten beiden Monate durch ſeine Preſſe, Klubs und Volksverſammlungen in vollſtändigen Größenwahnſinn hineinrenommiert und glaubte auch fernerhin ungeſtört Paris ſpielen, Land und Landesvertretung beherrſchen zu können. Der Hof ſaß in Potsdam, erholte ſich langſam vom erſten Schrecken und betrachtete mit wachſendem Behagen den nimmermüden Straßenunfug, welcher naturgemäß ſchließlich den erwünſchten vollſtändigen Umſchlag der Volksſtimmung herbeiführen mußte.

Zu der vergleichsweiſe kleinen Anzahl jener, die — nach welcher Richtung ſie auch gingen — feſte Ziele im Auge hatten, gehörte Harkort. Vom erſten Augenblicke an, als die Nachricht vom Aufſtande des 18. März zu ihm gelangt war, hatte er eine entſchieden verurteilende Stellung dazu eingenommen; und alle ſeitdem ſtattgefundenen Ereigniſſe beſtärkten ihn in derſelben. Er ging in der unerſchütterlichen Überzeugung nach Berlin, daß die Wiederherſtellung der Ordnung im Lande wie in der Hauptſtadt die erſte unerläßliche Vorbedingung für alle weitern Aufgaben der Volksvertretung ſein müſſe, da ohne dieſe die große Mehrheit des Volkes ſich bald von allen freiheitlichen Beſtrebungen, auch den berechtigtſten, abwenden werde. Kampf für die Ordnung! Kampf gegen die drohende Anarchie! blieb ſeine Parole. Der große Erfolg ſeiner Arbeiterbriefe nach der Märkiſchen Heimat beſtimmte ihn, in ähnlicher Weiſe von Berlin aus „Briefe in die Provinzen“ ergehen zu laſſen. In dem erſten, welcher noch im Mai erſchien, ſchilderte er nach eigener Wahrnehmung die nachahmenswerte würdige Haltung der Belgier und berichtete dann in unübertrefflichem Volkstone über die Zuſtände Berlins folgendermaßen:

„Herzlich freute ich mich, nach dem schönen lustigen Berlin zu kommen, denn ich war in zwei Jahren nicht dort gewesen, und dachte eine reiche Bescheerung unterm Christbaume der neuen Freiheit zu finden.

Die Viktoria stand noch auf dem Brandenburger Thor; allein die Bürger hielten Wacht. Da denke ich: Der Wrangel ist mit der Garde nach Holstein, um einen frischen Lorbeer zu holen, und die braven Leute verwahren bis zur Heimkehr die Stadt.

Unter den Linden spazierten junge Herren mit rothen Hahnenfedern auf den Hüten und Hirschfängern an der Seite, wie ich sie im „Faust" und im „Freischütz" gesehen. Man sagte mir, das seien lateinische Schüler, welche Politik studirten und die Finanzen ihrer Eltern in Ordnung brächten; ob ich meine Jungen nicht auch herschickte? Ja, wenn die Examina nur erst abgeschafft wären!

Alle Bäume bis an die Zweige mit Rezepten beklebt, um den Segen der freien Presse zu preisen und Sitte und Anstand zu empfehlen; ich träumte mich auf den Boulevards von Paris. Junge Buchhändler ohne Schuhe und Patent zeigten deutlich, daß Berlin der Sitz der Intelligenz sei.

Vor dem Palais stand ich still; die Fenster waren geschlossen, eine Thräne trat mir ins Auge. Ich gedachte der Zeit, wo die Bewohner Berlins lautlos unter den Fenstern des sterbenden Königs standen und einen Blumenkranz hinaufsandten. — Es ist doch ein edles Ding um die Treue!

Blücher, Bülow und Scharnhorst haben die Farben gewechselt. Das gefällt mir nicht. Denn wenn ich die Fahne meines alten Regiments in einem Trödel fände, ich würde den letzten Thaler daran wagen und meine Kinder bitten, sie mir aufs Grab zu legen. Schwarz und weiß zog siegreich von der Katzbach bis nach Paris! Hat die neue Farbe erst solche Runde gemacht, dann stellt sie neben die alte und doppelt wird man sich neigen.

Da ich von Brüssel und Antwerpen kam, so forschte ich vergleichend nach dem Berliner Handel und Wandel, aber in den Läden fand ich trübe Gesichter; überall Wohnungen zu vermiethen, keine Gütermassen in Bewegung und ich dachte: Das geht zwar schlecht, aber die Leute verhalten sich still und warten auf die Geldmaus!*) So legte ich mich denn zu Bett und bat Gott, daß er alle Kummertragenden trösten wolle.

*) Im ersten Teile des Briefes war gesagt worden, daß Revolutionen durch ihr Getöse die ängstliche „Geldmaus" verjagten. Diese käme nur dann *wieder* aus ihrem Loche heraus, wenn man sich still verhielte.

Nachts fahre ich auf; ich denke, es brennt oder die Ruſſen ſtehen vor dem Thore*). Ein Tumult, als ob fünfzig Nachtwächter bliesen, Generalmarſch, Bürger ſtürzen mit Gewehren hervor und in der Ferne ein verworrener Lärm, als ob Fröſche einen König ausriefen! Da ziehe ich denn auch die Stiefel an, um mit dem Vaterlande unterzugehen, wenn die Berliner es nicht halten könnten. Der Mond ſtand ſo trübe am Himmel, als ob er weinen wollte über die verſtändige Hauptſtadt.

Plötzlich ſtürzt mein Wirth herein, ich halte ihn in der Angſt bereits für bleſſirt und die Barrikade ſchon für verloren. „Ach, lieber Herr, bleiben Sie man ruhig, das iſt nichts als eine allnächtliche Katzenmuſik!“

Nun, das muß ich ſagen! Die Berliner verſtehen ſich auf Alles; aber das Vertrauen und die Geldmaus zu locken, das verſtehen ſie nicht. Solche Katzen fütterte ich nicht, denn ihre Muſik iſt zu theuer für Bürgersleute.“ — —

Im zweiten Briefe in die Provinzen geißelt Harkort den Unfug in den Straßen, den Klubs und Volksverſammlungen, der die Bevölkerung in ſteter Aufregung zu erhalten bezwecke; wendet ſich aber auch mit ernſtem Tadel an die Behörden.

„Die Bekanntmachungen der Regierung beweiſen ihre Schwäche. Wird eine Kiſte Gewehre verpackt, zieht ein Commando Rekruten durch oder naht ein Bataillon, ſo macht man dem treuen Berliner Volke mit fingerlangen Buchſtaben die herzbrechende Anzeige dieſer traurigen Ereigniſſe. Der Magiſtrat, die Stadtverordneten und Polizei ſchleichen ebenfalls in Lauerſchuhen, um ja die Helden nicht zu wecken.“ Der Brief ſchloß mit der Mahnung: „O armes Vaterland! Die Unmündigen drängen ſich zum Rathe; die, welche nicht gehorchen können, zur Gewalt; die Geſetze ſchweigen und die Narren reden. Es iſt Zeit, Deine zürnende Stimme zu erheben und den Hochverrath zu richten!“

Auf der Linken ſpitzte man die Ohren. Wer iſt denn dieſer Frevler, welcher öffentlich, mit voller Namensunterſchrift, mitten in der gährenden Hauptſtadt, dem ſouveränen Volke furchtlos gegenüber zu treten und gar die ſchwarzweiße ſtatt der ſchwarzrotgoldenen Fahne zu rühmen wagt? Der offen die Regierung und die reaktionären Provinzen auffordert, rückſichtslos die Ordnung in Berlin wieder herzuſtellen? — ſo fragte man, teils neugierig, teils entrüſtet, nicht

*) Das tolle Geſchrei: Die Ruſſen kommen! ertönte im Frühjahr 1848 faſt allnächtlich durch die Straßen Berlins und erregte jedesmal heilloſen Schrecken.

nur unten im Saale der Singakademie, wo die Nationalversammlung tagte, sondern auch oben auf den vom gefürchteten „Volke“ besetzten Zuhörer-Gallerien. Dort auf der Rechten zeigte man ihn den Suchenden: den hochragenden, festen und stolzen Mann mit einem von Geistesarbeit und Sorgen durchfurchten Antlitz und prächtiger hoher Stirn, das Haupt gleich einer Krone von einer dichten Fülle silberweißen Haares umrahmt, voll Kraft und Würde in Haltung und Ausdruck, stets wie ein alter Soldat in strammer aufrechter Haltung dasitzend und schweigend aus ernsten tiefblauen Augen das unruhige Treiben um sich herum betrachtend. Und — wunderbar! — dieser Mann war nicht etwa ein alter eingefleischter Konservativer oder ein vollgesogener, für seine Geldsäcke bangender Bourgeois; sondern, nach der übereinstimmenden Erklärung aller, die ihn kannten, ein fester Altliberaler, welcher seit einem Menschenalter den absoluten Polizeistaat befehdet, für jeden berechtigten Fortschritt hingebend gekämpft und während seines ganzen Lebens bloßen Geldgewinn so vollständig mißachtet hatte, daß ihm erst vor wenigen Monaten fast der letzte Rest seines Eigentums genommen worden war.

Harkort kümmerte sich verschwindend wenig um das, was über ihn gesprochen wurde, sondern ging ruhig seinen selbst vorgezeichneten Weg. Als Redner an stürmischen Verhandlungen sich zu beteiligen, welche meistens nichts anders bezweckten, als aufregende Tagesfragen von der Straße in den Beratungsraum der Volksvertretung zu verpflanzen, widersprach durchaus den ihn beherrschenden Neigungen. Trotzdem gehörte er bald zu den bekanntesten Mitgliedern der Versammlung; „der alte Harkort“, wie er seines weißen Haares wegen allgemein genannt wurde, obgleich er erst 55 Jahre zählte, war nach wenigen Wochen eine von seinen Parteigenossen hochverehrte, von seinen Gegnern gefürchtete Erscheinung geworden. Der eigenen Vergangenheit getreu, widmete er seine Thätigkeit, soweit dieselbe nicht von der schriftstellerischen Agitation für Wiederherstellung der Ordnung in Anspruch genommen wurde, den großen Aufgaben der sittlichen und wirtschaftlichen Besserung der Volkszustände. Das erste, kurz nach der Eröffnung an die Versammlung von ihm eingereichte, Schriftstück war durch die kennzeichnenden Worte eingeleitet: „Die sozialen Fragen bewegen jetzt die Welt, an ihrer Spitze stehen die Bedürfnisse der unteren Schichten der Gesellschaft, welche Ebenbürtigkeit jeder Art mit Recht verlangen. Dahin führt nur eine tüchtige Erziehung. Ihr mächtigster Hebel ist die Volksschule, welche sich in einer kümmerlichen, ungenügenden Stellung befindet.“

Demgemäß beantragte er die Ernennung einer Kommission, welche den ganzen Volksunterricht prüfen und die künftigen neuen Bahnen vorschlagen solle. Mit diesem kurzen Antrage begann sein fünfundzwanzigjähriger Kampf für die Volksschule innerhalb der Preußischen Landesvertretung.

Ein zweiter Antrag forderte, die Staatsregierung möge geeignete Schritte thun, um bei dem künftigen Friedensschluß mit Dänemark den Sundzoll, „diese Schmach für den Deutschen Handel", zu beseitigen, auch wenn dies Ziel nur mit Opfern zu erreichen möglich sein sollte.

Weitere Vorschläge verlangten die ungesäumte Revision des gänzlich veralteten Berggesetzes von 1766 und die Ermäßigung der Bergwerksabgaben vom Zehnten der Bruttoförderung auf ein Zwanzigstel des Reinertrags.

Inzwischen näherten sich die Tage großer parlamentarischer Schlachten. Behrends, demokratischer Abgeordneter der Stadt Berlin, deren sonstige Vertretung sich in allen möglichen Parteischattierungen abtönte, hatte beantragt:

> Die Versammlung wolle, in Anerkennung der Revolution, erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich um das Vaterland wohl verdient gemacht haben.

Die Linke beabsichtigte mit diesem Antrage zunächst, dem ungestümen Drängen der Berliner nach einer derartigen, ihren Ruhm verkündenden, Demonstration zu genügen. Der eigentliche Hauptzweck aber ging dahin, durch diesen feierlichen Ausspruch die Revolution zum alleinigen Rechtsboden für die Neugestaltung des Staats zu erklären, und alsdann die nur zur „Vereinbarung" der Verfassung berufene Nationalversammlung, gleich der Paulskirche, zu einer einseitig „konstituierenden" umzugestalten. Eins freilich vergaßen die Herren in ihrem Feuereifer: daß nämlich eine Revolution, die es noch nötig findet, sich als solche schriftlich zu Protokoll anerkennen zu lassen, keine Revolution gewesen ist. Genau so lag der Fall in Berlin. Hier hatte lediglich ein Volksaufstand stattgefunden, in welchem der König „im entscheidenden Augenblicke das Schwert von sich warf und der bewaffneten Empörung ihre Forderungen gewährte"*). Einen unter diesen Umständen verlaufenen lokalen Aufstand namens des ganzen Volkes zu einer Revolution zu stempeln, wäre nichts als eine grobe Geschichtsfälschung gewesen.

Der Verhandlung über den Behrendsschen Antrag vom 8. Juni ging ein andrer charakteristischer Zwischenfall voraus. Der Prinz

*) Stahr, a. a. O. S. 319.

von Preußen, welcher trotz heftiger Berliner Gegendemonstrationen von England zurückgekehrt und in Wirsitz zum Abgeordneten gewählt worden war, erschien in der Versammlung. Bei seinem Eintritt erhob sich die Rechte, während von der Linken der Ruf: sitzen bleiben, sitzen bleiben! ertönte und — befolgt wurde. Nachdem der Thronfolger die Versammlung begrüßt und sich dann zurückgezogen hatte, begann die stürmische Redeschlacht für und gegen die „Anerkennung der Revolution". Sie endete am zweiten Tage mit Verwerfung des Antrags Behrends und Annahme einer Tagesordnung, welche besagte, daß „die hohe Bedeutung" der Märzereignisse und das „Verdienst der Kämpfer" um dieselbe unbestritten, die Versammlung aber nicht berufen sei, „Urteile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren".

Der Angriff der Linken war also abgeschlagen, der offene, wie der versteckte Zweck des Antrages nicht erreicht worden. Während der Verhandlung hatte sich der Pöbel in hellen Haufen vor der Singakademie, dem damaligen Hause der Volksvertretung, versammelt und einige, sich „Deputierte des souveränen Volkes" nennende, Kerle hineingeschickt, welche trotz der Wachen bis zum Präsidenten Milde durchdrangen und denselben wegen des gefaßten Beschlusses drohend zur Rede stellten. Als der Berliner Abgeordnete Prediger Sydow das Haus verließ, wurde er körperlich mißhandelt, desgleichen der Minister des Auswärtigen von Arnim. Die in der Nähe aufgestellte Bürgerwehr verweigerte es, sich der Angegriffenen anzunehmen!*) Camphausen und Hansemann entgingen dem gleichen Schicksale nur dadurch, daß sie durch eine Hinterpforte den Rückweg nahmen.

Harkort hielt das Maß für voll und beschloß, den Stier an den Hörnern zu fassen. Noch am nämlichen Tage (9. Juni) reichte er, von einer Anzahl meist Westfälischer Kollegen unterstützt, folgenden Antrag ein:

„In Erwägung, daß während der heutigen Sitzung eine Volksdeputation bereits bis in das Vorzimmer gedrungen —

der Minister von Arnim beim Heraustreten aus dem Ständesaal durch das Volk insultirt worden —

mehrere Abgeordnete sich durch eine Hinterthür in Sicherheit bringen mußten —

erklären wir die Nationalversammlung im Zustande der Unfreiheit und tragen darauf an, daß deren Sitz sofort nach einer andern Stadt verlegt werde."

*) Stenogr. Berichte; 1848, S. 193. Amtliche Anzeige des Präsidenten der Nationalversammlung an das Staatsministerium.

Der Antrag war ohne genaue Kenntnis der Schwäche der Mehrheit und der Regierung gestellt worden. Man ließ die nächste Sitzung nicht unter dem frischen Eindruck jener skandalösen Vorfälle, sondern erst fünf Tage später stattfinden und setzte an Stelle des Antrags Harkort einen Vorschlag Reichensperger auf die Tagesordnung: die am 9. stattgefundenen — übrigens ganz notorischen — Thatsachen zunächst durch Zeugenvernehmung festzustellen und dann zu berichten, welche Maßregeln zur Verhütung jeder Wiederkehr derartiger Vorkommnisse ergriffen worden seien.

Die Rechte befand sich in großem Irrtum, wenn sie glaubte, durch derartige milde Schritte irgend ein erhebliches Resultat erlangen und die Berliner Straßendemagogie einschüchtern zu können. Sie vergaß den Satz: à la guerre comme à la guerre! Unter dem Bravo der Linken, deren Redner Vorfälle, wie die des 9., entschuldigten und als unbedeutendes „Schaumspritzen der Wellen" bezeichneten (Jung), wurde der Antrag Reichensperger nicht nur schlankweg verworfen, sondern auch folgenden Tages der berüchtigte Antrag Uhlich: „Die hohe Versammlung wolle erklären, daß sie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, sondern sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle" — mit großer Mehrheit angenommen. Das geschah am Morgen nach dem scheußlichen Sturm des Berliner Pöbels auf das Zeughaus (14. Juni), bei welchem die mit Preußischem Blute eroberten feindlichen Fahnen zerrissen und zertreten, mehrere Tausend neue Gewehre geraubt, prachtvolle alte Waffen gestohlen und gleich nachher für wenige Groschen verkauft wurden! Zur Fülle der Schmach verlangte eine Deputation des demokratischen Klubs (R. Schramm) vom Kriegsminister noch die ausdrückliche Belobigung jenes Offiziers, welcher das Zeughaus dem Pöbel preisgegeben hatte, weil eine solche That „vom Vaterlande anerkannt werden müsse!"*)

Wie sehr Harkort mit seinem, vom Präsidium nicht vorgelegten, Antrage das Richtige getroffen hatte, bewies die Beachtung, die demselben seitens der demokratischen Partei zu teil wurde. Einer ihrer Führer, der Berliner Staatsanwalt Temme, welcher mit einem von ihm gestellten, die Unverletzlichkeit der Nationalversammlung und ihrer Mitglieder bezweckenden, Antrage das Prävenire zu spielen gedachte, teilte gleich im Beginn der Sitzung vom 14. Juni mit, daß dem Vernehmen nach die Verlegung des Sitzes von Berlin bereits in Anregung gebracht sei. Ein derartiger Schritt, den er mit allen

*) Stenogr. Bericht; 1848, S. 234.

Kräften bekämpfen werde, könne „das Vaterland in die größte Gefahr bringen“. Camphausen war schwach genug, sich mit dem Redner einverstanden zu erklären; auch er würde, sprach er aus, eine solche Maßregel (die Verlegung) „weder an der Zeit, noch politisch, noch für das Wohl des Landes geeignet erachten“, „da sich im Lande die Ansicht verbreiten könne, daß die Ansprüche, welche Berlin besessen und erworben hat (!), dadurch verkannt sein würden“. Gerade das Gegenteil war richtig. Setzte die Regierung auf Grund der skandalösen Vorfälle vom 9. und 14. Juni die Verlegung von Berlin durch, so hätte die große Mehrheit des Landes Ja und Amen dazu gesagt; die damals noch vorhandene liberal-konservative Majorität der Versammlung würde sich befestigt und Preußen wahrscheinlich schon nach wenigen Wochen eine beschworene Verfassung besessen haben. Jetzt ließ man dem anarchischen Wesen in der Hauptstadt wie in der Versammlung weiter die Zügel schießen, verleidete dem ordnungliebenden Volke jede Lust an solcher Art von Freiheit und verschaffte dadurch den Feinden wahrer Freiheit die ersehnte Gelegenheit zu jener gründlichen Reaktion, welcher das Land auf ein ganzes Jahrzehnt anheimfiel.*).

Gegen die geschäftsordnungswidrige Behandlung seines Antrags, dessen geschickte Benutzung dem derzeitigen traurigen Laufe der Dinge eine ganz andre Wendung hätte geben können, protestierten Harkort und seine Freunde am 16. Juni mittels folgender Vorstellung an den Präsidenten Milde:

„Unseren Antrag vom 9. d. M. haben wir bei Wiedereröffnung der Sitzung am 14. d. M. nicht auf der Tagesordnung gefunden.

Vielleicht lag die löbliche Absicht vor, die Aufregung in der Hauptstadt nicht zu steigern, allein sie ist nicht erreicht worden. Selbst noch während der Sitzung vom 14. d. M. brach der Pöbel die Thore des Königlichen Schloßhofes aus, und der Angriff auf die Abgeordneten am 9. d. M. — nach einem überlegten Plane — war, laut Ew. Hochwohlgeborenen eigenem Berichte, noch frevelhafter, wie wir angaben.

Nach der Sitzung vom 14. d. M. hat das Volk das Königliche Zeughaus erstürmt, Waffen und Munition geraubt und die ganze Nacht die Straße beherrscht, sogar Barrikaden errichtet.

*) Übrigens hatte auch die Rechte am Abend des 14. Juni, nach dem Zeughaussturm, eine Adresse an den König beschlossen, durch welche um Verlegung der Versammlung gebeten wurde. Dieselben ist jedoch nicht übergeben worden. — Die Berliner Klubs planten am nämlichen Abend die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Siehe P. Reichensperger, a. a. O. S. 89.

Ew. Hochwohlgeboren haben in der gestrigen Sitzung den Brief des Kommandanten der Bürgerwehr verlesen, demgemäß derselbe der Nationalversammlung den hinreichenden Schutz nicht zusichern kann.

Schaarenweise sah man die Familien auf das Land flüchten; das Militär lagert im Freien außerhalb der Stadt: Anschläge lauten dahin: Blut ist ein besonderer Saft!

Die Abstimmung ergab, daß bereits über 70 Deputirte nicht anwesend waren aus Gründen der persönlichen Sicherheit, oder weil die Versammlung als unfrei betrachtet wurde. Nur unter solchen Umständen hat die unbegreifliche Abstimmung stattfinden können: der Anarchie ein Vertrauensvotum zu gewähren!*)

In Bezug auf diese Thatsachen erklären wir unsern Machtgebern gegenüber die Versammlung für unfrei und ihre Beschlüsse nicht als den ungetrübten Ausdruck des Volkswillens. Wir werden getreulich auf unserm Posten bleiben, nehmen indessen nicht die Verantwortlichkeit auf uns, wenn Ruhe und Ordnung gestört und die Wünsche des Landes unerfüllt bleiben.

Ew. Hochwohlgeboren ersuchen wir ergebenst, unsre Verwahrung dem Hohen Staatsministerium mittheilen zu wollen."

In den Provinzen hatte die Kunde von den letzten schmachvollen Szenen in der Hauptstadt um so größere Erbitterung erregt, als Berlin seit dem 18. März das Maß der Geduld durch viele ähnliche Vorkommnisse ohnehin schon erschöpft hatte. Der von den Zeitungen mitgeteilte Antrag auf Verlegung der Nationalversammlung fand in zahlreichen, an Harkort gerichteten Adressen laute Zustimmung. Aus 54 Städten und Orten Westfalens und des Niederrheins erschienen in der zweiten Hälfte Juni Deputationen in der Hauptstadt, um den König ihrer Treue zu versichern und die Nationalversammlung aufzufordern, schleunigst die Verfassung zu beraten, um damit Gesetzlichkeit und Vertrauen in die neuen Zustände zu schaffen. Durch ihren Sieg vom 14. übermütig gemacht, glaubte die Linke sich über diese „irregeleiteten Landleute", wie sie die Deputationen bezeichnete, lustig machen zu dürfen; indessen erreichte sie mit diesem Hohne nichts weiter, als neue Verschärfung der politischen Gegensätze sowie verstärktes Verlangen nach Herstellung der Ordnung und Wiederaufnahme der überall darniederliegenden Arbeit. Der entsetzliche Straßenkampf in Paris vom 23.—26. Juni, in welchem General Cavaignac mit der Linie und Nationalgarde nach furcht-

*) Die Annahme des Antrags Uhlich ist damit gemeint.

barem Blutbade den sozialdemokratischen Aufruhr niederwarf, befestigte in weitesten Kreisen die Überzeugung, daß unter allen Umständen auch in Preußen dem anarchischen Treiben, namentlich in Berlin, ein Ende gesetzt werden müsse. Als es der an der Macht befindlichen altliberalen Partei dafür an rücksichtsloser Entschlossenheit gebrach, wendete sich die öffentliche Meinung naturgemäß den Altkonservativen zu, denen dann wenige Monate nach ihrem durch die März-Ereignisse herbeigeführten Sturze die Gewalt von neuem wieder zufiel.

Camphausen war inzwischen unerwartet von seinem dornenvollen Amte zurückgetreten. Die Übernahme der Regierung durch diesen edlen, von den besten Absichten erfüllten Mann hatte nach den März-Stürmen die Dynastie gleich einem Schilde gedeckt, und ein solches Verdienst überwiegt weit jenen Schaden, den sein Mangel an Festigkeit während der nächstfolgenden Monate verursachte. Dem Ministerium der Vermittelung und des Überganges, wie Camphausen das seinige selbst nannte, folgte das sogenannte „Ministerium der That“: nominell von dem jüngeren Auerswald, thatsächlich vom Finanz-Minister Hansemann geleitet. Die ersten Thaten des neuen, halb büreaukratisch, halb parlamentarisch, gewissermaßen an den Hecken und Zäunen zusammengelesenen, Kabinetts entsprachen jedoch den Wünschen der Ordnungs-Parteien gar wenig. Ohne jeden zwingenden Anlaß erklärte Hansemann in seiner Antrittsrede die vielbestrittene „Anerkennung der Revolution“ mit den Worten:

> „In der Gesetzgebung und Verwaltung, in unserm Thun und Handeln, fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsre Anerkennung der damals stattgehabten Revolution auf; einer Revolution, deren ruhmvoller und eigenthümlicher Charakter darin besteht, daß sie ohne Umsturz der staatlichen Verhältnisse die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat.“

Vorläufig war nicht konstitutionelle Freiheit und Recht zur Geltung, sondern nur die Straßendemagogie in Berlin und Unordnung im Lande in Blüte gebracht.

Ein zweiter befremdlicher Schritt Hansemanns wurde darin erkannt, daß er — welcher nach der für ihn maßgebenden Französischen Parlamentsschablone als Mitglied des früheren Ministeriums den Erlaß einer Antwortadresse auf die Thronrede zur Kabinettsfrage gemacht hatte — jetzt, wenige Wochen später, diese seine eigene Maßregel mit Erfolg hintertrieb.

Ein Vorgehen solcher Art konnte selbstverständlich auf die Unterstützung Harkorts nicht rechnen. In Verbindung mit der Mehrzahl

seiner Westfälischen Parlaments-Kollegen erließ er unterm 30. Juni eine „Offene Erklärung", in welcher u. a. rückhaltslos ausgesprochen wurde:

„Indem sie (die unterzeichneten Abgeordneten) eine große geistige Bewegung Europas und des Vaterlandes anerkennen, verwerfen sie die sogenannte Berliner Revolution mit ihren gefährlichen Consequenzen der Volkssouveränität und Infragestellung aller Rechtszustände.

Westfalen will keine Reaktion, sondern das volle Maaß gesetzlicher Freiheit auf der Grundlage der Intelligenz und gesichert vor roher Gewalt. Die Provinz will nicht den Eid verletzen, welchen sie dem Könige geschworen hat, nicht von der Vergangenheit scheiden wie der verlorene Sohn vom Hause seines Vaters; sie will das alte Kleinod der Treue bewahren auf dem freien Erbe ihrer Väter.

Das neue Ministerium Auerswald hat in seinem Programm eine Anerkennung der März-Revolution in unbestimmten Ausdrücken ausgesprochen, welcher wir nicht beitreten können. Es ist auf rother Erde nicht Sitte, die Ueberzeugung des Mannes zu wechseln wie ein Kleid.

Demgemäß erklären wir hiermit öffentlich, mit dem Programm des Ministeriums Auerswald nicht einverstanden zu sein, indem seine unklare Fassung unser politisches Glaubensbekenntniß nicht enthält.

Insofern das Ministerium wirklich ein „Ministerium der That" sein wird, werden wir jede Maaßregel zur Herstellung der Ruhe und Ordnung und den Fortschritten der Zeit angemessene Gesetzesvorschläge ohne Parteirücksichten unterstützen.

Auf welcher Seite des Hauses wir künftig auch sitzen mögen, wir werden folgerecht die ausgesprochene Gesinnung unsres Landes mit Ehren zu vertreten streben."

Während der nächsten Wochen trat in der Hauptstadt verhältnismäßige Ruhe ein. Die Straßendemagogie schien vorübergehend einzusehen, daß sie die Geduld des Landes nicht auf noch gefährlichere Proben stellen dürfe. Auch die Haltung der National-Versammlung ward endlich eine würdigere, dank der vorzüglichen Leitung des Präsidenten Grabow, welcher an die Stelle des zum Handelsminister ernannten Milde getreten war. Statt aber die ganze Kraft auf die Beratung der Verfassung und der organischen Gesetze zu verwenden, vertrödelte man kostbare Zeit mit zahllosen Interpellationen aller Art. Es war für viele kleine Gerngroße des Hauses, welche vor

einem Jahre noch irgend einer Vergünstigung wegen in den Vorzimmern warteten, zu verführerisch, jetzt als Interpellanten von der Rednertribüne herab den neuen Ministern den „Text zu lesen", und sie ihre Macht als gewählte Volksvertreter fühlen zu lassen. Für ernsthafte Thätigkeit in den Fachabteilungen blieb dabei nur wenig Zeit übrig. Man stellte Anträge in ungezählter Menge, überließ aber die daraus hervorgehende Arbeit der Regierung oder fähigern Kollegen. Ein vorliegendes, zehn halbe Zeilen langes Kommissions-Protokoll vom 5. Juli hat folgenden, den damaligen Gesetzgebungsmechanismus klar kennzeichnenden Wortlaut:

„In der heutigen Sitzung kam der Antrag des Abgeordneten Teichmann, die Lotterie aufzuheben, zur Beratung. Es wurde dafür und dagegen gesprochen, von der Mehrheit aber beschlossen, daß die Lotterie aufzuheben sei. Auf die Fassung des Gesetzes ging die Abteilung nicht ein."

v. — g. — u. — u.

Harkort fuhr seinerseits fort, durch seine „Briefe in die Provinzen" die Aufmerksamkeit der Wähler auf die Ereignisse in der Hauptstadt wach zu erhalten. „Wenn nicht," schrieb er anfangs Juli im dritten Briefe, „jetzt rasch durchgreifende Maaßregeln ergriffen werden, so geht der Weg zur Ordnung, wohin der gesunde Menschenverstand uns brüderlich ohne Streit geleiten konnte, durch Ströme von Blut und Thränen." Und auf die Unmöglichkeit hinweisend, die große Volkmenge Berlins ohne produktive Arbeit dauernd zu ernähren, weissagte er:

„Diese irregeleitete Masse wird bis zum Winter, anstatt nach ungebundener Freiheit, nach Brod schreien müssen und wenn die Anarchie nicht stirbt, so muß sie einen Diktator gebären, der mit eisernem Arme Ordnung schafft."

Der vierte Brief wendete sich an die Deutsche National-Versammlung in Frankfurt, deren konzentrierte Professorenweisheit aus idealem litterarischem Gefühle heraus ein neues Deutsches Reich konstruieren zu können und mit der geläufigen Redensart: Preußen geht fortan in Deutschland auf! die Hauptsache erledigt zu haben glaubte. Die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser mit Übergehung der Hohenzollern, das wüste Geschimpfe süddeutscher Blätter und anderes hatte das Nationalgefühl Preußens schwer verletzt; noch mehr die auf den 6. August anberaumte sogenannte Huldigungsparade sämtlicher Deutschen, also auch der Preußischen Truppen, für jenen Delegierten Österreichs in Deutschland. Harkort rief den Gelehrten der Paulskirche zu:

„Frankfurt fängt an, die Preußischen Sympathieen durch eigene Schuld zu verlieren. Ohne ein starkes Preußen kann Deutschland vorläufig nicht bestehen. An das Cabinet eines Staates von 16 Millionen schreibt man nicht auf Löschpapier solche Briefe, die mehr wie einen Formfehler enthalten*). Eine Generation lebt nur 33 Jahre, allein ein Volk rechnet seine Tage nach Jahrhunderten. Seine großen Denktafeln der Geschichte löscht man nicht aus wie das Kreidepensum eines Schülers!

Kaum sind drei Monate verflossen, da stand ich auf jenem Riesenhügel neben dem Löwen von Waterloo und gedachte auf dem Siegesfelde der Schicksale meines Vaterlandes. Ich sah im Geiste jenes wachsende Preußen, vom Großen Kurfürsten an bis zu Friedrich dem Großen im Bunde mit der Treue, der Tapferkeit, der Duldung, der Gerechtigkeit und dem Lichte. Dann ließ ich jenes Preußen von 1813, 14 und 15 an mir vorübergehen, welches von der Katzbach bis zu den Ufern der Loire der ritterliche Vorkämpfer der Deutschen Freiheit war, und schwelgte in dem Gedanken, daß die Vorsehung mein Volk zu großen Dingen berufen habe. Allein ich ahnte nicht, solchen schnöden Undank binnen kurzer Zeit zu erleben!

Norddeutschland ist Germaniens Schild und Schwert, das bezeugt die Blutschrift der Geschichte. Preußen allein besitzt in diesem Augenblicke noch ein Heer, bei dessen Sturmschritt Europa zu den Waffen ruft. — —

Der „kühne Griff“**) reißt den Baum der Geschichte nicht aus der vaterländischen Erde, er giebt dem Volks-Charakter nicht über Nacht eine entgegengesetzte Richtung. Nicht aus einem Gebot, sondern aus echt Deutscher Erziehung wird allmählich die wahre Einheit hervorgehen.“ — —

Den sozialen Verhältnissen war der fünfte Brief gewidmet. Darüber werde, heißt es, jetzt an allen Orten ungemein salbungsreich gesprochen, allein auch hier gelte der Spruch: „Viele sind berufen, aber nur Wenige auserwählet!“ Ohne energische Arbeit und verständige Sparsamkeit sei keine Besserung zu erwarten; kein Volksschmeichler komme darüber hinweg. In Branntwein würden 15 Millionen, in Tabak über 6 Millionen Thaler konsumiert, —

*) Hindeutung auf die formlose Aufforderung des Reichs-Ministeriums an Preußen, die sogenannte Huldigungs-Parade abzuhalten.

**) Bei der Wahl des Reichsverwesers, welche ohne Mitwirkung und vorherige Zustimmung der Deutschen Einzelregierungen erfolgte, sprach zur Rechtfertigung dieses Schrittes der Präsident Heinrich von Gagern das berühmte Wort aus: „Wir müssen einen kühnen Griff thun!“

hier solle man den Hebel anlegen. „Wenn wir uns selbst durch unsern Luxus besteuern, da ist alles mäuschenstill; klopft aber der Staat an, so wird Mordio geschrieen! Aber, sagt man, die Armee kostet ohne Festungen, Artillerieweſen u. s. w. in ihrem aktiven Theile 18 Millionen Thaler. Gut, schickt sie alle heim! Wenn dann jeder Hausvater monatlich 3 Tage Dienst thut als Bürgerwehrmann zu 10 Sgr., dann sind auch 19 Millionen Thaler verloren und Röcke und Sohlen werden außerdem verschlissen.“ Er empfahl durchgreifende Einrichtung von Unterstützungs-Vereinen auf Gegenseitigkeit, mit denen sich Großes erreichen lasse, wenn die Sache kräftig und allseitig in die Hand genommen werde.

Um sich über diejenigen Bestimmungen zu einigen, welchen bei Beratung der Verfassung bezüglich der Schule und der künftigen Stellung des öffentlichen Unterrichts in Preußen Geltung zu verschaffen seien, traten im Juli neunzehn Abgeordnete aller Parteien, teils Schulmänner, teils Schulfreunde, darunter Harkort, in Berlin zusammen. Unter Zuziehung von Diesterweg und des Gymnasialdirektors Kapp*) aus Hamm wurden die einzelnen Punkte festgestellt. In der Form der 1848er „Grundrechte“ umschrieben sie die Fundamente, auf welchen demnächst das öffentliche Schulwesen in Preußen neu aufgebaut werden solle.

1. Die Schule ist Staatsanstalt, sie ist von der Kirche unabhängig.

2. Der Staat gewährleistet dem Kinde jedes Preußen den zur allgemeinen Menschen-, Bürger- und Nationalbildung erforderlichen Unterricht.

3. Dieser Unterricht wird auf den verschiedenen Stufen der Volksschule unentgeltlich erteilt. Auch in allen höheren Bildungsanstalten empfangen Unbemittelte unter den im Gesetze näher zu bestimmenden Bedingungen freien Unterricht.

4. Der Unterricht ist allen Konfessionen gemeinschaftlich. Der allgemeine Religionsunterricht verbleibt der Schule; der konfessionelle ist von derselben ausgeschlossen.

5. Jeder kann Unterricht erteilen und Bildungsanstalten errichten, der die gesetzlichen Bestimmungen erfüllt, an welche diese Berechtigung geknüpft ist.

6. Der Staat überwacht alle Erziehungs- und Unterrichtsanstalten ohne Ausnahme.

---

*) Vater des bekannten verstorbenen Abgeordneten Dr. Friedrich Kapp.

7. Das Unterrichtsgesetz regelt die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen.

Die Vorschläge der Einundzwanziger Kommission von 1848, wie dieselbe in Lehrerkreisen bezeichnet wird, blieb (nach einem später erfundenen Worte) „schätzbares Material". Interpellationen und andere zur Agitation bestimmte Dinge erschienen der demokratischen Partei wichtiger, als Förderung der Beratung der Verfassung und Schulgesetzgebung.

Harkorts früher erwähnter Antrag auf Regulierung und Gleichstellung der Bergwerksabgaben bis auf 5 % des Reinertrages war später noch von andern Vertretern der bei dieser Frage gleichfalls beteiligten Provinzen Schlesien, Sachsen und der Rheinlande mitvollzogen worden. Die nach der damaligen parlamentarischen Gepflogenheit dem Antrage schriftlich beigefügten Motive stützten sich, neben den in der Sache selbst liegenden Gründen, wesentlich auf die von dem Finanzminister abgegebene Erklärung: es komme vor allem darauf an, daß fortan möglichst der Grundsatz der gleichmäßigen Verpflichtung zur Tragung der Steuern zur Anwendung gelange. Wie ungleichmäßig die Bergwerkssteuern in Preußen verteilt waren, davon bot vor allem die Rheinprovinz einen schlagenden Beweis. Auf dem linken Stromufer bezahlte man auf Grund der dort geltenden französischen Gesetzgebung nur 5 % vom Reinertrage; — auf dem rechten Ufer dagegen, gleichwie in Westfalen, 10 % vom Brutto, ungerechnet sonstige, sich oft bis auf weitere 4 % erhöhende Abgaben. Mit Rücksicht auf den traurigen Zustand der Bergbau-Industrie und die Lage der Bergleute ward die dringliche Behandlung des Antrages beschlossen. Die Kommission hatte sich in einem — für die damaligen Verhältnisse — sehr sachgemäßen und eingehenden Berichte zu gunsten des Antrages ausgesprochen und gleichzeitig nachgewiesen, in welcher Weise der Ausfall in der Staatskasse durch anderweite Mehr-Einnahmen gedeckt werden könne. Bei Beratung des Kommissionsberichtes am 11. August hielt Harkort seine erste größere Rede im Plenum. Trotzdem ihm eigentliche rednerische Begabung fehlte und sein Organ für eine große Versammlung zu wenig durchdringend war, machte sein Vortrag doch nach Form wie nach Inhalt einen bedeutenden Eindruck. Noch nach Jahren erzählten ehemalige Abgeordnete, die jener Versammlung beiwohnten, dieselbe sei seit Bestehen der Nationalversammlung überhaupt die erste gewesen, welche sich in rein sachlicher Weise entwickelt und, statt politischen Gezänks, ohne Nebenabsichten eine wichtige wirtschaftliche Frage behandelt habe. Leider ward die Absicht des Antragstellers und der

Kommission, schon mit dem 1. September 1848 die Gleichstellung der Bergwerksabgaben eintreten zu lassen, nicht erreicht. Eine geringe Mehrheit (168 gegen 158) nahm das vom Ministerium unterstützte Amendement des Abgeordneten von Meusebach an, welches die Regierung aufforderte, schleunigst eine Revision der ganzen Bergwerksgesetzgebung zu veranlassen, damit der nächsten gesetzgebenden Versammlung ein neues Berggesetz vorgelegt werden könne, sowie in einzelnen Notfällen Erlaß des Zehnten zu gewähren. Damit war die Sache auf die bekannte „lange Bank" geschoben. Zwar trat unter dem Vorsitze von Dechens (S. 157 und 229) unverzüglich eine Kommission von Staatsbeamten und Gewerken für die Beratung des Entwurfs einer neuen Bergordnung in Berlin zusammen, gelangte indes nicht zum Ziele. Erst 1851 ward der Zehnte abgeschafft und endlich 1865 das neue allgemeine Berggesetz verkündet; — ein Menschenalter nach dem Tage, an welchem auf Harkorts Vorschlag der Westfälische Landtag die „schleunigste" Neuordnung der wichtigen Materie bevorwortet hatte.

Nach Eröffnung der Nationalversammlung hatte Harkort es für richtig gehalten, nicht sofort einer Fraktion beizutreten, sondern zunächst größere Klärung der Parteiverhältnisse abzuwarten. Mutmaßlich würde er sich später der großen Fraktion der Rechten angeschlossen haben, wenn diese bei den skandalösen Ereignissen des 9. und 14. Juni energisch aufgetreten wäre und durch feste Gesamthaltung dem Kabinett Auerswald gezeigt hätte, daß sie nicht als eine stets ministeriell stimmende, willenlose Masse behandelt sein wolle. Herr Hansemann aber betrachtete die Rechte, die ursprünglich größte Vereinigung des Hauses, als „quantité négligeable", schmeichelte den halbdemokratischen kleinen Fraktionen im Zentrum, stellte zur ungelegensten Zeit und ohne vorherige Benachrichtigung der Parteien die Kabinettsfrage; kurz, ließ bei aller Klugheit und sonstigen Tüchtigkeit gerade jene Eigenschaften vermissen, die für den leitenden Minister, wenn er eine Mehrheit führen und behalten will, von entscheidender Bedeutung sind. Von Thaten hatte das sogenannte „Ministerium der That" außerdem nur wenig verspüren lassen. Kein Wunder also, wenn auch dies Kabinett nach kaum zweimonatlichem Bestehen stark hippokratische Züge zeigte. Seine Auflösung werde, so nahm man an, das Signal für eine allgemeine Zersetzung und Neuformierung der Parteien abgeben. Harkort und seine Freunde erachteten diesen Moment für geeignet, einen neuen Ver-

band für die „unabhängigen Mitglieder der Nationalversammlung“ ins Leben zu rufen. Das Mitte August veröffentlichte, von dem Abgeordneten Ostermann (Dortmund) entworfene Programm bestimmte in drei Sätzen:

1. „Die Unterzeichneten treten unter dem Namen „Centrum“ zu einer Partei zusammen, in welcher jeder der Nationalversammlung vorzulegende Gegenstand vorher nach dem Grundsatz

„daß nur die aus der Sache selbst und dem allgemeinen Interesse des Landes herzunehmenden Gründe, ohne systematische Begünstigung des Ministeriums, aber auch ohne systematische Opposition gegen dasselbe, die Entscheidung an die Hand geben“

geprüft und ein Beschluß darüber durch absolute Majorität der in der Parteiversammlung erschienenen Mitglieder herbeigeführt werden soll.

2. Kein Antrag und keine Interpellation wird von der Partei im Ganzen oder deren Mitgliedern unterstützt, welche nicht vorher der Partei zur Prüfung und Beschlußnahme vorgelegen haben.

3. Die Minorität fügt sich regelmäßig den Beschlüssen der Majorität der in der Parteiversammlung erschienenen Mitglieder. Sie stimmt auch demgemäß in den Plenarsitzungen. Sollte sich aber ein Mitglied durch einen Beschluß dergestalt in seiner Ueberzeugung verletzt fühlen, daß er für solchen gewissenhaft nicht stimmen zu können glaubt, so steht ihm frei, dies schriftlich der Partei anzuzeigen und sodann in pleno nach seiner Ueberzeugung zu stimmen; nicht aber, gegen den Beschluß als Redner aufzutreten. Wer von dem Rechte, gegen den Beschluß der Partei zu stimmen dreimal Gebrauch gemacht hat, oder wer öffentlich als Redner dagegen auftritt, ist als von selbst aus der Partei ausgeschieden anzusehen.“

29 Mitglieder traten der neuen Vereinigung, die sich im „Englischen Hause“ versammelte und Harkort zu ihrem Vorsitzenden wählte, bei. Der Name „Centrum“ vermochte nicht sich einzubürgern, weil bereits ein linkes Centrum unter Rodbertus sowie ein rechtes Centrum unter von Unruh bestanden. Die neue Partei wurde infolgedessen nach dem Namen ihres Führers gewöhnlich als „Fraktion Harkort“ bezeichnet. Um zu erfahren, ob es sich nicht ermöglichen lasse, die Nationalversammlung endlich mehr auf die Beratung der Verfassung zu konzentrieren und schärfere Parteidisziplin zu erzielen, gab die neue Verbindung den übrigen Fraktionen von ihrer Entstehung Kenntnis und fragte an, ob sie geneigt seien, die Unterstützung von Anträgen und Interpellationen ähnlich zu regeln,

wie es von ihr selbst in § 2 geschehen war. Mit dieser wohlgemeinten Absicht fiel sie, wie vorauszusehen, vollständig durch. Der Linken erschien die Interpellation als das wichtigste parlamentarische Grundrecht, zumal wenn dessen unausgesetzte Übung der Förderung der Agitation und Opposition diente. Sie ließ durch ihren Vorstand (Dr. Stein, J. Jacoby, Schultz-Wanzleben) erwidern, „daß sie sich dem vorgeschlagenen Verfahren nicht anschließen könne, sondern sich für verpflichtet erachte, jeden Antrag und jede Interpellation, sie komme, von welcher Seite sie wolle, zu unterstützen, welche das Heil des Volkes zu befördern geeignet sind; ohne Unterschied, ob die Partei vorher davon unterrichtet war oder nicht". Der Interpellationsunfug behielt also zum Heil des Volkes seinen ungeschwächten Fortgang.

Unterm 14. Juli schrieb Varnhagen von Ense in sein Tagebuch:

„Es liegt eine Ermattung und Langeweile auf Berlin, wie kaum je vorher. Nur in der frischen That ist Muth und Freudigkeit, ohne sie ist gleich Alles versunken. Man hört keine Rede, keine Aufforderung, die irgend einen Schwung hätte; die Leute singen nicht, lachen nicht, überall fehlt der rechte Eifer. Wer heute Berlin ansieht, dem wird der 18. März ein unbegreifliches Räthsel."

Wenn das am dürren Holze eines verbohrten und verbitterten alten Diplomaten geschah: was sollte es am grünen Holze des jungen souveränen Volkes werden, das in den Straßen und Clubs von Berlin das große Wort führte? Neue Skandale ließen denn auch nicht lange auf sich warten. Am 29. Juli schritt man mit „Mut und Freudigkeit" zu einer frischen That, wie sie Varnhagen im Auge hatte, indem man an der Ingenieurschule (damals noch unter den Linden) und an der Kaserne des Berliner 24. Regiments die dort ausgehängten schwarz-weißen Fahnen — die eigenen Landesfarben! — herunterriß. Drei Wochen später erfolgte ein demokratischer Hauptschlag, über welchen Harkort als Augenzeuge in seinem sechsten Briefe an die Provinzen vom 25. August wie folgt berichtete:

— — „Hiermit geben wir einige schwache Umrisse von den Heldenthaten desjenigen Theiles des Publikums, welchen englische Blätter so ungerechter Weise „den brutalsten Pöbel irgend einer europäischen Hauptstadt" nennen.

„Am Morgen wurde bereits die Wohnung des Handels-

miniſters von einem Haufen jener Schmarotzer belagert, welche unter dem Titel „Arbeiter“ aus öffentlichen Kaſſen leben*).

Der demokratiſche Club erließ einen Maueranſchlag, deſſen aufreizender Schluß ſelbſt in England für Hochverrath gelten würde, während die Nationalverſammlung eine habeas-corpus-Acte berieth. Dieſe Lykurge ſinnen Tag und Nacht auf Mittel, die böſe Policei unſchädlich zu machen! Das goldne Zeitalter naht für alle unrechtfertigen Geſellen.

Abends verſammelte ſich das ſouveräne Volk auf dem Platz vor dem Opernhauſe, um die Orakelſprüche ſeiner Tribune zu empfangen. Der niederträchtigen Reden kurzer Sinn war: es ſei an der Zeit, der kecken Bourgeoiſie auf den Kopf zu treten. Die Miniſter müſſe man ohne Weiteres zur Abdankung zwingen, und andre treffliche Dinge mehr.

Während dieſer neue Vandalenſturm mit ſeinen Genſerichen an der Spitze das Miniſterium des Innern demolirte und wie wahnſinnig Sitze, Pfeiler und Geländer des Spazierganges unter den Linden verwüſtete, ſaßen ſämmtliche Offiziere der tapferen Bürgergarde an einem Feſtmahle bei Kroll und ſangen das ſo glücklich traveſtirte Preußenlied:

Hoch lebe Bruder! gleich ob Jud'- ob Chriſt!
Ein Hoch, weil Du ein Theil der Menſchheit biſt!

Da hätte man nun denken ſollen, ein preußiſcher Miniſter ſei doch ſo zu ſagen auch ein Theil der Menſchheit. Allein fort mit ſolchen ſpießbürgerlichen Begriffen: wir wollen die breiteſte Grundlage der viehiſchen Gewalt!

Der Sturm auf das Hotel des Miniſterpräſidenten begann — Thüren, Fenſter, Rampen, Geländer, Laternen, Alles nieder zu den Füßen der tapferen jungen Spree-Athener!

Um ein neues Völkerrecht zu ſchreiben, ſteinigte man Geſandte, Deputirte, Fremde und Gäſte. Fama wird nicht ermangeln, dieſen neuen Sieg der Brüderlichkeit rühmend nach allen Winden zu tragen.

Als obligate Begleitung fielen einige Schüſſe aus dem Haufen, Konſtabler**) wurden faſt erſchlagen und Friedrich der Große

*) Die Stadt Berlin ließ, um die Menge zu beſchäftigen, verſchiedene öffentliche Arbeiten beginnen, bei denen weniger gearbeitet als getrunken und Skandal gemacht wurde. Die gefürchtetſte unter dieſen Banden waren die ſogenannten Rehberger.

**) Der damalige Titel der Schutzleute.

würde sicher den Hut ziehen und sagen: Vor solchen Leuten muß man Respekt haben!

Die Minister repariren inzwischen ihre zerstörten Amtsgebäude. O, hätten sie doch den stolzen Sinn des eisernen Herzogs Wellington, welcher seine verwüstete Wohnung unbewohnt stehen ließ als Schimpfsäule für die Bevölkerung London's!

Wahrlich, Berlin wäre bereits reich an solchen Denkmalen, die wahrhaftigeres Zeugniß geben, als wie das geduldige Papier. Eine verbrannte Artillerie-Werkstatt, den Flammen geopferte Königliche Gießerei, ein spoliirtes Zeughaus, zerrissene Fahnen und Trophäen, zertrümmerte Ministerwohnungen, ausgebrochene Schloßthore, verwüstete öffentliche Spazierwege, mißhandelte Abgeordnete und Minister — das wäre immerhin schon ein Anfang zur Geschichte des Berliner Patriotismus!

Die Provinzen werden zürnend fragen: Vertreten uns die Berliner Straßen-Souveraine oder die National-Versammlung? Wenn nicht bald ein kühner Griff geschieht, so ist die Frage sicher eine zweifelhafte."

Die scheußlichen Vorfälle des 21. August verschafften endlich auch dem Ministerium Auerswald-Hansemann-Kühlwetter die sonst im ganzen Lande seit lange verbreitete Überzeugung: „daß in Berlin dem Bürger nicht der genügende Schutz seiner Person und seines Eigentums gewährleistet ist, wie ihn jeder ein Recht hat zu beanspruchen, mag er Demokrat oder Minister sein"*).

Die Regierung legte den Entwurf für ein sogenanntes Tumultgesetz vor, der nach Beschluß der Nationalversammlung schon nach vier Tagen in Beratung genommen werden sollte. Er gelangte niemals dazu. Wichtigere Dinge als dieser Gegenstand, den die Linke ohnehin als eine Ausgeburt der Reaktion behandelte, nahmen die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch.

— — —

Am 31. Juli war in Schweidnitz bei einem beklagenswerten Zusammenstoße zwischen Militär und Zivil, nicht ohne Schuld des Festungskommandanten, eine Anzahl Bürgerwehrmänner getötet und verwundet worden. Aus diesem Anlaß stellte der Breslauer Abgeordnete Dr. Stein am 9. August den berühmt gewordenen Antrag:

— — „Der Kriegsminister möge in einem Erlaß an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Be-

*) Stenogr. Berichte 1848 S. 865. Erklärung der Staatsregierung.

ſtrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeglicher Art mit dem Civil vermeiden, ſondern durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denſelben zeigen, daß ſie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konſtitutionellen Rechtszuſtandes mitarbeiten wollen, und es denjenigen Offizieren, mit deren politiſcher Überzeugung dies nicht vereinbar ſei, zur Ehrenpflicht machen, aus der Armee auszutreten."

Nach kurzer Verhandlung ward der Antrag, welcher zum Totengräber der National-Verſammlung werden ſollte, mit 180 gegen 179, alſo mit Einer Stimme Majorität, angenommen. Obgleich die Rechte und die Fraktion Harkort wegen unterbliebener namentlicher Abſtimmung in einem Separatvotum erklärten, daß ſie den Beſchluß, welcher als „der beleidigende Verſuch zu einem Zwange der Gewiſſen durch die Organe der Regierung, der Anfang zu einer politiſchen Inquiſition", zu erkennen ſei, für unzuläſſig hielten, blieb das Miniſterium wochenlang unthätig. Erſt als am 2. September die Frage nach Ausführung jenes Beſchluſſes vom 9. Auguſt erhoben wurde, ermannte ſich das Kabinett zu der Erklärung, daß der geforderte Erlaß des Kriegsminiſters ungeeignet und für die Disziplin im Heere verderblich ſei. Die Wahl der Mittel zur Erreichung des von der Volksvertretung angeſtrebten Zweckes müſſe in konſtitutionellen Staaten der Regierung überlaſſen bleiben. Der Verſuch eines Eingriffs des geſetzgebenden Körpers in die Exekutive ward alſo ſeitens der letzteren zurückgewieſen. Die National-Verſammlung, in welcher infolge der ſchwachen Haltung Camphauſens und Hanſemanns die Mehrheit von der rechten Seite mehr und mehr nach der linken hinüberglitt, antwortete am 7. September durch Annahme des gleichfalls von Stein geſtellten Antrags: es ſei die dringendſte Pflicht des Staatsminiſteriums, den am 9. Auguſt beſchloſſenen Erlaß ohne weiteres, zur Beruhigung des Landes und Erhaltung des Vertrauens, ſowie zu Vermeidung eines Bruches mit der Verſammlung, ergehen zu laſſen. Damit war der Konflikt zwiſchen den beiden Staatsgewalten in ſchärfſter Form erklärt. Die Oppoſition, über ihre Stärke und ihren vermeinten Einfluß auf das Volk gänzlich unklar, glaubte die Monarchie an der gefährlichſten Stelle, in der bewaffneten Macht, angreifen und dort brachlegen zu können. Von allen Fehlern, welche die Demokratie des Jahres 1848 begangen, iſt ihre Behandlung der Armee der größte und folgenſchwerſte geweſen. Statt den waffentragenden eigenen Landeskindern mit größter Rückſicht zu begegnen, ſie den 18. März vergeſſen zu machen, trat man

in unverschämter Weise gegen sie auf; „vertierte Soldateska", „bezahlte Söldlinge", „Tyrannenknechte" und Schimpfworte ähnlicher Art waren gebräuchliche Bezeichnungen in der Presse, wie bei Volks- und Klubrednern. Welche tiefe Erbitterung dadurch beim Offizierkorps und der Mannschaft hervorgerufen wurde, liegt auf der Hand. Der Steinsche Antrag schlug dem Faß den Boden aus.

Unmittelbar nach dem entscheidenden Votum des 7. September hatte das Ministerium Auerswald, unter der Erklärung, daß der National-Versammlung die Festsetzung von Verwaltungsmaßregeln nicht zustehe, seine Entlassung erbeten und erhalten. Der zur Bildung eines neuen Kabinetts berufene Reichsfinanzminister von Beckerath stellte der Krone unerfüllbare Bedingungen und ging auf seinen Posten nach Frankfurt zurück. Ob Beckerath oder der alte General von Pfuel, welcher nach jenem den Auftrag erhielt, eine Regierung zu bilden, mit Harkort wegen Eintritts in dieselbe unterhandelt hat, läßt sich gegenwärtig nicht mehr feststellen. Gewiß ist nur, daß Mitte September dahingehende Aufforderungen an ihn gelangt und in richtiger Erkenntnis seiner selbst wie der damaligen Zeitverhältnisse von ihm abgelehnt worden sind. Pfuel wählte schließlich nur aus außerhalb des Parlaments stehenden altbureaukratischen konservativen Elementen seine Kollegen, welchen die Linke, die sich von ihnen des Schlimmsten versah, alsbald den Titel „Ministerium der bewaffneten Reaktion" beilegte. Gegen alle Erwartungen entwickelte Pfuel aber nicht nur ein liberales Programm, sondern erließ auch ein Rundschreiben*) an die kommandierenden Generale, das den Beschluß vom 9. September in erträglicher Weise erledigte und einen für den entgegengesetzten Fall drohend angekündigten Aufstand gegenstandslos machte (25. September). Der Weizen der demokratischen Partei schoß in die Ähren. Die äußerste Linke (Waldeck-Jacoby) war im Laufe der Zeit von 40 auf 113 Mitglieder gestiegen und bildete mit den sich immermehr nach links hinüberschiebenden beiden Centren unter Rodbertus und Unruh die Majorität der Versammlung. Als man endlich im Oktober zur Beratung des Entwurfs der Verfassung schritt, gingen die radikalsten Vorschläge durch. Gleich in der Einleitungsformel wurden die Worte „Von Gottes Gnaden" gestrichen. Keine andere Maßnahme verletzte den König persönlich so schwer, riß eine so tiefe Kluft zwischen ihm und der Versammlung,

*) Der Abgeordnete von Unruh behauptete, dies Rundschreiben entworfen *zu haben.* Reichensperger a. a. O. S. 136.

als gerade dieser Beschluß, der mit der ganzen Vorstellungsweise des Monarchen von der ihm durch Gott anvertrauten Machtvollkommenheit im schärfstem Widerspruch stand. Wie man hier den König ohne Not erbitterte, so wurden durch die Abschaffung des Adels und Aufhebung der Orden und Titel zwar nicht zahlreiche, aber desto einflußreichere Volksklassen zu unversöhnlichen Feinden einer in solchen Formen auftretenden neuen Staatsordnung gemacht. Eine ganze Reihe feudaler, den Bauernstand der östlichen Provinzen schwer drückender, Lasten mußten unter der Wucht der Zeiten ohne Entschädigung aufgehoben werden, darunter das verhaßte Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden*). Im Hinblick auf die dadurch herbeigeführte unzweifelhafte Verletzung des Eigentumsprinzips zögerte der König mit der Genehmigung dieses Beschlusses; gab indessen nach, nachdem auch die Rechte und die Fraktion Harkort eine Abordnung an ihn entsendet und trotz mancherlei grundsätzlicher Bedenken die Publikation des Gesetzes, vorbehaltlich späterer Entschädigung der Jagdbeteiligten (für welche sich bis auf Einen sämtliche Abgeordneten aus Westfalen erklärten), mit Rücksicht auf die Lage des Landes angeraten hatte. Friedrich Wilhelm IV. benutzte diese Gelegenheit, um Harkort selbst für sein unentwegt festes Auftreten zu gunsten der Wiederherstellung der Ordnung zu danken und sich in seiner geistreichen Weise über Möglichkeit und Handhabung einer freien Verfassung für Preußen zu äußern. „Mit einem treuen, fleißigen, sittenstrengen Volke, wie Ihre Westfalen, und mit anderen nicht unterwühlten Provinzen," meinte der Monarch, „mag das Experiment angehen; aber wie wird es in den neuen und jenen mit slavischer Bevölkerung durchsetzten Landesteilen werden? Das macht Mir die größte Sorge." Harkort riet, nach wiederhergestellter Ordnung den Versuch ehrlich zu wagen, da trotz der traurigen Erfahrungen des Revolutionsjahres die große Mehrheit des Preußischen Volkes loyaler und zuverlässiger sei, als irgend ein anderes in Europa.

Die Katastrophe näherte sich mit Riesenschritten. Für Deutschland bezeichnete der Aufstand des 18. September in Frankfurt und die entsetzliche Ermordung der Abgeordneten Fürst Felix Lichnowsky

*) Mehr als 150 Amendements wurden eingebracht, um die Abschaffung von über 500 verschiedenen Abgaben zu bewirken. Schlesien, die sogenannte Perle der Krone, wurde am schwersten davon bedrückt und war dadurch zum gefährlichsten Herde anarchischen Treibens geworden.

und General von Auerswald*) den entscheidenden Wendepunkt. Auf der Pesth-Ofener Brücke ward am 28. September der Österreichische Reichskommissar Graf Lamberg und am 6. Oktober in Wien der greise Kriegsminister Latour mit gleicher Bestialität hingeschlachtet. Beide Mordthaten signalisierten den Beginn der gewaltsamen Unterdrückung der Revolution im ganzen Gebiete der Habsburgischen Monarchie. Windischgrätz rückte mit einem Heere gegen Wien. Am Tage der Erstürmung der Österreichischen Reichs-Hauptstadt (31. Oktober) beantragte Waldeck in der Preußischen Nationalversammlung:

„zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Kräfte und Mittel schleunigst aufzubieten."

Das durch einen am 16. Oktober in Berlin stattgefundenen blutigen Arbeiteraufstand, den dort abgehaltenen sogenannten Deutschen Demokraten-Kongreß, welcher die Republik proklamierte, sowie durch Sturmpetitionen und andere unausgesetzte Hetzereien fanatisierte Volk rückte schon am Vormittage vor den neuen Sitz der Nationalversammlung, das Schauspielhaus auf den Gendarmen-Markte, um dem Waldeckschen Antrage vermittelst der Fäuste gehörigen Nachdruck zu geben. Als die Verhandlung auf den Abend verschoben wurde, maschierte der Pöbel zur bestimmten Stunde abermals heran, zu jeder Gewaltthat entschlossen. Um sich im Falle eines Angriffs als „volksfreundlich" ausweisen zu können, hatte die Linke Erkennungskarten unter ihre Mitglieder verteilt. Bei Fackelschein ward das Schauspielhaus von wütenden, mit Waffen und Stricken versehenen Banden dicht umringt, die Haupteingangsthür vernagelt, rote Fahnen entfaltet; Schüsse fielen, gegen die Mitglieder der Rechten wurden Todesdrohungen ausgestoßen. Große Volkshaufen drangen in das Gebäude und mehrere Arbeiter sogar in den Sitzungssaal ein, wo sie sich auf den Abgeordnetenplätzen niederließen. Die Lage gestaltete sich von Stunde zu Stunde bedenklicher. Selbst Waldeck und Jacoby äußerten: das Schlimmste sei zu befürchten, da allgemeine Wut und Verwilderung eingerissen; man erkläre draußen alle für Verräter und fordere Blut**). Selbst der beim Berliner Volke sehr beliebte Abgeordnete Berends von der äußersten Linken ward bei

*) Älterer Bruder der beiden Preußischen Minister.

**) Vergl. Reichensperger a. a. O. S. 160; Stahr, Die Preußische Revolution S. 622 ff.; Dr. Stern, Die Geschichte des Deutschen Volkes in den Jahren 1848 und 49. Die beiden letzten Schriften vertreten die Anschauungen der *demokratischen* Partei. Ferner noch Varnhagen, Tagebücher V, S. 255.

einem Beschwichtigungsversuche persönlich mißhandelt und ins Haus zurückgejagt. Im Begriffe, sich in die Abendsitzung zu verfügen, bemerkte Harkort die Anzeichen des kommenden Aufruhrs und brachte, weil ein Angriff auf seine in der Nähe des Schauspielhauses belegene Wohnung nicht unmöglich erschien, zunächst seine bei ihm verweilende Tochter in die Obhut Westfälischer Landsleute, die sich als Mitglieder der Bergwerkskommission vorübergehend in Berlin aufhielten. Dann begab er sich auf den Posten, wohin ihn seine Pflicht rief; nicht ohne vorher gehört zu haben, in welcher Weise „Vater" Karbe und andere Volksredner gleichen Kalibers von der großen Treppe des Schauspielhauses herab die Leidenschaften der Volksmassen zur Wut entflammten. Unter solchen Umständen mußte die Nationalversammlung stundenlang beraten und abstimmen. Sie ließ sich — zu ihrer Ehre sei es gesagt! — nicht durch den fanatisierten Pöbel einschüchtern. Der Antrag Waldeck ward von der Rechten und beiden Centren verworfen, dagegen eine Resolution Rodbertus angenommen, welche die Deutsche Centralgewalt aufforderte, für die in Österreich gefährdete Volksfreiheit energische Schritte zu thun. Endlich verkündete in der elften Stunde der Präsident von Unruh — die Linke hatte den trefflichen Grabow vor wenigen Tagen durch rücksichtsloses Betragen von seinem Platze weggeärgert — das Resultat der Abstimmung und fragte dann naiver Weise die Versammlung: Ob sie etwa noch weitere Dinge vorzunehmen beabsichtige? Ihm erwiderte der wackere Sauerländer Sommer (nach dem stenographischen Berichte): „Ich will bloß bemerken, daß wir uns jetzt im Belagerungszustande befinden, indem wir wegen der Volksmenge, die das Lokal umstellt hat, nicht aus dem Hause können!" Der Abgeordnete von Meusebach von der Rechten und Parrisius von der Linken bestätigten diese Thatsache.

Soweit war es also mit der sich „souverän" dünkenden Preußischen Volksvertretung gekommen, — sie wurde von dem noch souveräneren Pöbel der Haupt- und Residenzstadt in ihrem eigenen Sitzungssaale gefangen gehalten! Zum Glück that der Himmel ein Einsehen und vertrieb die erhitzten Massen, nachdem sie der zu spät herbeigeholten Bürgerwehr noch Widerstand geleistet hatten, durch einen kräftigen Regen. Harkort, welcher zu den zuletzt Abstimmenden gehörte, gelangte unerkannt zu seiner angstvoll harrenden Tochter zurück. Andere seiner Kollegen, die früher als er durch Seitenthüren das Haus verließen, erfuhren wörtliche und thätliche Beleidigungen. Ein kleiner Zufall, irgend ein „Mißverständnis", ein unversehens losgegangener Schuß hätte genügt, den Fall Lichnowsky-Auerswald

sich wiederholen, das Pflaster Berlins, gleich dem von Frankfurt, vom Blute erschlagener Erwählter des Volkes sich röten zu sehen.

Der im Hochsommer nach einer „frischen That" seufzende Varnhagen schrieb am Morgen nach dem Hexensabbath des 31. Oktober ernüchtert in sein Tagebuch: „Mich dünkt, die Demokraten verstehen ihre Sache schlecht. Sie sollten erst auf der Stufe des konstitutionellen Königtums festen Fuß fassen, ehe sie weiter steigen; auf der hätten sie Tausende von Gesinnungsgenossen, die ihnen jetzt entgegen sind; hätten schöne Verschanzungen, die ihnen jetzt fehlen." — Ja freilich! Je heftiger und wilder die Demokraten der Parlamente und die Demagogen der Straße, der Klubs und der Presse das, was sie Freiheit nannten, verteidigten, desto kräftiger besorgten sie die Geschäfte der verhaßten Reaktion. Sie wollten sich auf der „Stufe" des konstitutionellen Königtums nicht aufhalten lassen, sondern gleich zur vermeinten obersten Stufe, der Republik, aufsteigen, und wurden dafür zum gerechten Lohn vollständig von der Leiter hinabgeworfen. So erfuhren sie am eigenen Leibe die Wahrheit des Montesquieuschen Wortes: Il n'y a rien de plus opposé à la liberté que l'esprit de la liberté extrême! Das ist zu allen Zeiten und an allen Orten wahr gewesen und wird immerdar wahr bleiben.

Der Ministerpräsident von Pfuel, welcher am Abend des 31. Oktober von dem radikalen Abgeordneten Jung durch die umlagernden Volksmassen hatte geleitet werden müssen, reichte folgenden Tages seine Entlassung ein. Am 2. November teilte Graf Brandenburg, Stiefbruder Friedrich Wilhelm III. und kommandierender General in Schlesien, dem Präsidenten von Unruh mit, daß er zur Bildung eines neuen Kabinetts berufen sei. Die entscheidende Stunde hatte geschlagen. Die Nationalversammlung antwortete auf die Ankündigung Brandenburgs durch eine sofort beschlossene Adresse an den König*) mit der Erklärung, daß jener Schritt der Krone unübersehbares Unglück über das Land zu bringen drohe, die „Aufregung zum Ausbruch steigern und unendlich traurige Folgen für Sr. Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen werde". Das Schriftstück ward noch am nämlichen Tage durch eine Deputation

*) Auch der größte Teil der Rechten stimmte für diese Adresse; Harkort nicht, weil er, wenn auch mit Brandenburgs Ernennung nicht einverstanden, die freie Wahl der Minister für eine unantastbare Prärogative der Krone erklärte und ein Eingreifen der Volksvertretung in deren Ausübung unter allen *Umständen* verwarf.

nach Sanssouci überbracht und von dem Präsidenten dem König vorgelesen. Ohne Antwort zu erteilen, wollte der Monarch sich entfernen. In diesem Augenblicke trat unbefugterweise der Abgeordnete Jacoby vor und sprach: Wir sind nicht allein gesendet, um Ew. Majestät diese Adresse zu überbringen, sondern auch um Ihnen im Namen der Nationalversammlung Aufklärung zu geben über die Lage des Landes. Wollen Ew. Majestät uns dazu Gehör geben? Der König antwortete streng und entschieden: Nein! und entfernte sich, während Jacoby ihm die vielberufenen Worte nachrief: „Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ Nicht genug damit, dem Monarchen in seinem eigenen Hause eine Beleidigung zuzufügen, ward solche noch dadurch zu einer öffentlichen gemacht, daß der Abgeordnete d'Ester am folgenden Tage die Äußerung Jacobys, welche der Präsident in seinem Bericht über die Audienz absichtlich unterdrückt hatte, von der Tribüne herab wiederholte. Natürlich konnte nach diesen Vorfällen auf ein günstiges Ergebnis der Verständigungsversuche zwischen Krone und Volksvertretung, denen sich namentlich der erkrankte Grabow unterzog, nicht mehr ernsthaft gehofft werden. Am 9. November stellte sich Graf Brandenburg mit seinen Amtsgenossen — von Manteuffel (Inneres), Ladenberg (Kultus), Strotha (Krieg) — der Versammlung als definitiv ernanntes Ministerium vor und verlas eine Königliche Botschaft, dergemäß auf Grund der bekannten anarchischen Ereignisse in Berlin und der wiederholten Attentate auf die Freiheit der Beratungen der Sitz der Versammlung nach Brandenburg verlegt und dieselbe bis zum 27. November vertagt wurde. Als von Unruh sich nicht für ermächtigt erklärte, die Sitzung ohne Zustimmung des Hauses zu schließen, bezeichnete der Ministerpräsident unter feierlichem Protest jede Fortsetzung der Verhandlungen als ungesetzlich und verließ den Saal. Ihm folgte der größte Teil der Rechten und der Fraktion Harkort bis auf einen Rest, welcher noch immer an unmöglichen Vermittelungsideen festhielt und auf die weit überwiegende Linke im guten einwirken zu können wähnte. Bei Harkort kam ein solches Schwanken selbstverständlich nicht in Frage. Auf festem Rechtsboden stehend und die Verhältnisse klar erkennend, empfand er nur lebhaftes Bedauern darüber, daß die jetzt erfolgte Maßnahme nicht schon vor Monaten, wie er es wollte, ergriffen worden war. Verlegte man die Nationalversammlung im Vorsommer aus der an Größenwahnsinn erkrankten Hauptstadt fort, so würde die Geschichte Preußens und Deutschlands während der Periode 1848—1858 höchst wahrscheinlich eine andere und weniger

traurige geworden sein, als sie es zum größten Schaden des Landes gewesen ist.

Zwischen den kämpfenden Parteien folgte jetzt unmittelbar Schlag auf Schlag; nur mit dem Unterschiede, daß die Hiebe der Regierung den Gegner wirksam trafen, jene des Rumpfes der Nationalversammlung aber in die Luft gingen. Letztere erklärte gleich am 9. November die Krone für nicht berechtigt, sie zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen, und die Beamten, welche dazu geraten, für unfähig, die Regierung des Landes zu führen. Die Regierung antwortete am folgenden Tage mit der militärischen Besetzung der Hauptstadt. „Die Kugeln im Lauf, die Säbel haarscharf geschliffen!" rückte General Wrangel mit seinen Truppen in Berlin ein, direkt vor das Schauspielhaus, in das er, wie er erklärte, jedermann hinaus, aber niemanden mehr hineinlassen werde. Daraufhin verließ die Versammlung ihr seitheriges Sitzungslokal unbelästigt im feierlichen Zuge und eröffnete damit den berühmten „passiven" Widerstand*). Sie hätte allerdings die verhetzten Volksmassen in einen blutigen Straßenkampf mit dem Militär hineintreiben können, unterließ das jedoch in der richtigen Erkenntnis, daß ein solcher Kampf, gleichwie in Wien, nur zu ihrem Unheil ausfallen könne, wie in der uneingestandenen Überzeugung, daß die Mehrheit des Landes, trotz alles Getöses Berlins und der großen Städte, nicht auf ihrer, sondern auf Seite der Krone stand. Am 11. erfolgte die Auflösung der Bürgerwehr — eine Todeswunde für die Eitelkeit der ihr angehörenden Männer; doch eine Erlösung für die Frauen, denen die Soldatenspielerei schon seit Monaten gründlichst verhaßt geworden war. Als einige Tage später die Waffen eingefordert wurden, lieferte die tapfere Kommunalgarde — nicht eine Schlacht, sondern die Gewehre auf die zum Einsammeln umhergesandten Wagen ab. Der 12. November brachte Berlin einen Belagerungszustand allermildester Form, mit kurzer Suspension einiger Zeitungen und des Versammlungsrechtes. Auch diese letztere Maßnahme begrüßte die weibliche Hälfte des nun nicht mehr souveränen Volks mit unverhohlener Befriedigung. Der „Rumpf" oder „Klub Unruh", wie er von den Regierungsorganen genannt wurde, zog zwischenzeitlich, gegen die Maßnahmen der Regierung

*) Durch eine eigentümliche Fügung fanden die aus dem Schauspielhause Vertriebenen zunächst Unterkunft in dem nämlichen Saale des Hotel de Russie, in welchem die demokratische Partei im Mai den Beschluß gefaßt hatte, der Eröffnung im Weißen Saale nicht beizuwohnen, weil es Pflicht des Königs sei, seinerseits zur Nationalversammlung zu kommen (S. 358).

proteſtierend, von einem Lokale ins andere, bis er ſich ſchließlich am 15. zu dem berüchtigten Steuerverweigerungsbeſchluſſe verſtieg und durch dieſen ſelbſtmörderiſchen Akt auch noch jene liberalen Kreiſe von ſich ſtieß, welche bei ihm ausgehalten hatten, weil ſie der Krone das einſeitige Recht der Verlegung und Vertagung einer verfaſſungvereinbarenden Verſammlung nicht zuerkennen zu dürfen glaubten.

Die ſeither ſo rabiaten Berliner fanden ſich lächerlich raſch und willig in die neue Ordnung der Dinge. Schon nach acht Tagen machte der an Stelle Bardelebens neu ernannte Polizeipräſident von Hinkeldey bekannt, daß die „treffliche Haltung der hieſigen Einwohnerſchaft während des Belagerungszuſtandes“ ihn in den Stand geſetzt habe, gewiſſe Verkehrserleichterungen bei General Wrangel zu befürworten. Dieſe „Verkehrserleichterungen“ beſtanden in der Aufhebung der Thorſperre während der Nachtzeit und vor allem in der dringend erbetenen Erlaubnis, die Wirtshäuſer über 10 Uhr abends hinaus offen zu halten. Damit waren die Menſchenrechte des räſonnierenden Weißbierphiliſters im vollem Umfange wieder hergeſtellt.

Die Ereigniſſe des 9. November — als „Staatsſtreich“ von der einen Seite gebrandmarkt, als „rettende That“ von der anderen gefeiert — erregten das Land bis in ſeine Tiefen. Hatten ſchon ſeither die Parteien äußerſte Anſtrengungen gemacht, um die Wähler zu ſich herüber zu ziehen: ſo jetzt erſt recht, als es von entſcheidender Bedeutung wurde, der Welt zu zeigen, wohin die wahre öffentliche Meinung — nicht die ſich auf den Märkten breitmachende, ſondern die echte, beſonnene Volksmeinung — ſich in Wirklichkeit neige. Faſt alle großen Städte ſowie verſchiedene, durch Feudallaſten gedrückte oder politiſch verhetzte Landesteile in Schleſien, Poſen und der Rheinprovinz, ſtanden zur Linken der Nationalverſammlung; die kleineren Orte und die den Ausſchlag gebende große Maſſe der ländlichen Bevölkerung dagegen zur Rechten und zur Regierung. Zwiſchen dieſen beiden Hauptlagern ſchwankte indes eine erhebliche Anzahl unſicherer Elemente hin und her, welche — über die Rechtsfrage im Unklaren — den Ausſpruch der damals noch als höchſte Deutſche Autorität geltenden Nationalverſammlung und Reichsregierung in Frankfurt zu vernehmen wünſchten. Im Hinblick auf die Bedeutung einer von dorther ergehenden Entſcheidung beſchloß der nach dem 9. November von der Rechten und dem rechten Zentrum gewählte permanente Ausſchuß, welchem Harkort angehörte, zwei hervorragende

Parteigenossen, die Abgeordneten Peter Reichensperger und Ostermann (Dortmund), unverzüglich nach Frankfurt zu entsenden, um dort dem Reichsverweser eine die Berliner Ereignisse klarstellende Adresse zu überreichen und dem Deutschen Parlamente mündlich eingehende und zuverlässige Auskunft über den Stand der Dinge in Preußens Hauptstadt zu erteilen. Diese nach jeder Richtung hin zweckmäßige Maßregel erzielte vollständigsten Erfolg. Der Antrag der Linken der Paulskirche: Die Preußische Regierung zu nötigen, die von der Nationalversammlung für gesetzwidrig erklärten Verfügungen, namentlich also die Verlegung und Vertagung, zurückzunehmen, ward abgelehnt, dagegen der Kommissionsvorschlag: den Steuerverweigerungsbeschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung als „offenbar rechtswidrig und die Staatsgesellschaft gefährdend" für null und nichtig zu erklären, mit bedeutender Mehrheit angenommen. Die Reichsversammlung beschloß ferner, auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitze, hinzuwirken, und die dem Preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung zu schützen. Der Reichsverweser selbst sprach sich in einer feierlichen Proklamation an das Deutsche Volk in gleichem Sinne aus.

Inzwischen entbrannten, wie es die Natur der Dinge mit sich brachte, in allen Preußischen Wahlbezirken die leidenschaftlichsten Kämpfe über Zustimmung oder Verwerfung der von den einzelnen Abgeordneten eingenommenen Stellung zur großen Tagesfrage. In Westfalen, das bei den Wahlen zur Nationalversammlung überwiegend konstitutionell-konservative Resultate lieferte, hatte die sehr rührige demokratische Partei während des Sommers nicht unerhebliche Fortschritte gemacht. Unter der energischen Führung talentvoller junger Männer fühlte sie sich im November kräftig genug, nach der alten Hochburg des Ultramontanismus, Münster, einen sogenannten demokratischen Kongreß einzuberufen, welcher sich unter hervorragender Mitwirkung des später so berüchtigt gewordenen „Zeugen" Hentze selbstverständlich für den Rumpf und die Steuerverweigerung aussprach. Auch in der Grafschaft Mark war an verschiedenen Orten eine Schwenkung nach links vor sich gegangen. Aus Altena, wo Harkort im Mai einstimmig für die Nationalversammlung gewählt worden war, erhielt dieser für seine „Briefe in die Provinzen" schon gegen Ende August ein fulminantes Mißtrauensvotum. Dasselbe segelte unter der gemißbrauchten Flagge „konstitutioneller Bürgerverein", damals die gewöhnliche Bezeichnung für

gemäßigt liberale Vereine. Verfaſſer des Schriftſtücks — das u. a. den charakteriſtiſchen Satz enthielt: „Bis zu dieſer Zeit waren die Maſchinen nur Folterbänke, auf welchen das Kapital die Arbeit ausbeutete!“ — und Präſident der ſich konſtitutionell nennenden Geſellſchaft war ein Sekretär Tölke, der 20 Jahre ſpäter durch die Leiſtungen ſeines in Berliner Volksverſammlungen geſchwungenen Knüppels zu einem Führer der ſozialdemokratiſchen Partei aufwuchs. Auch ein demokratiſcher Verein in Limburg und Elſey erklärte den Verfaſſer der Briefe in die Provinzen — welcher zu ſchreiben gewagt hatte, der Arbeiter könne ohne Schaden an Leib und Seele etwas weniger Branntwein und Tabak konſumieren — für „unwürdig zum Volksvertreter“ und forderte ihn auf, ſein Mandat niederzulegen. Der Angegriffene blieb, wie immer, ſo auch hier ſeinen Gegnern die Antwort nicht ſchuldig. Er erwiderte ihnen u. a. in einem offenen Sendſchreiben friſch und kräftig, wie es das Volk verſteht und liebt:

„Es iſt eine ungeheure Lüge, wenn man den Arbeitern ſagt, die unbeſchränkte Freiheit gäbe Brod. Mit der beſten demokratiſchen Rede füttern Sie keinen Sperling! Der Mann, welcher den Pflug und das Spinnrad erfand, den Hering ſalzte, den Kleebau und die Kartoffeln einführte, der Dampfmaſchine Leben gab: war der Menſchheit nützlicher, wie der größte Volkstribun oder Demagoge. Die wahre Demokratie kann nur auf allgemeine echte Volksbildung begründet werden, allein dieſe erblüht nicht in einer Märznacht; dazu gehören Menſchenalter. Mäßigen Sie alſo Ihren Eifer, ſchreiten Sie naturgemäß fort, heizen Sie in der Juliſonne die Stube nicht: das Gehirn könnte austrocknen. Denken Sie daran, daß es noch heute Geſetzgeber giebt, die weder leſen noch ſchreiben können!

Als Knabe war ich oft in Ihrem freundlichen Orte und ſaß zu den Füßen Möller's, des ehrwürdigen Pfarrers von Elſey, deſſen Denkmal zwiefach ragt in der Gemeinde. Von ſeinen Lippen ſog ich die Liebe zum Vaterlande, für Gemeinwohl und die Grundſätze der Duldung. Wie gering der Funke auch ſein mag; ich werde ihn wie ein heiliges Pfand durchs Leben tragen.

Ihr berühmter Mitbürger war kein Demokrat, aber ein großer Patriot! Sie entſchuldigen mich alſo wohl, wenn die patriotiſchen Erinnerungen meiner Jugend mich verhindern, Ihre heutigen Leiſtungen nach Verdienſt zu würdigen!“

Auf die Bemerkung: da er den Arbeitern Tabak und Schnaps verkürzen wolle, werde man ihm ſelbſt Wein, Braten und ſeine

Cigarren wegnehmen — antwortete er wahrheitsgemäß: „Cigarren und Tabak rauche ich nicht; Wasser und nicht Wein steht auf meinem Tische; und wer in der Küche Braten riecht, muß eine feinere Nase haben, als Ihr Präsident! —

Fern vom Vaterlande haben mich 70000 Einwohner des Kreises Hagen — nicht Sie! — zum Abgeordneten gewählt; um keines einzigen Menschen Gunst habe ich dabei gebuhlt. Wünschen meine Wähler, daß ich das Mandat niederlege, so soll es mich freuen, einen Würdigeren auf meinem Platze zu sehen; allein den demokratischen Verein in Limburg erkenne ich nicht als Geschworene an. Ich verlange durch meines Gleichen gerichtet zu werden." — —

Der hier begehrte Richterspruch über die Wirksamkeit ihrer Vertreter in der Nationalversammlung wurde den Wählern des Kreises Hagen noch unmittelbarer abverlangt, als in anderen Wahlbezirken. Während Harkort von Anbeginn der Bewegung an mit Energie und ohne Zaudern die demokratische Partei bekämpfte, hatte sein Spezialkollege, der in der Voraussetzung gleichen politischen Verhaltens gewählt worden war, sich — wie so viele — später nach der Linken hinüberziehen lassen und demzufolge auch an allen Handlungen des Rumpfparlaments teilgenommen. In den beiden Abgeordneten von Hagen verkörperte sich also der Kampf, welcher Preußen während jener Krisis in zwei große feindliche Heerlager spaltete. Bei der hervorragenden Stellung, welche Harkort in der Versammlung und mehr noch in der Agitation zur Wiederherstellung der Ordnung im Lande eingenommen hatte, erschien es für die demokratische Partei von besonderer Wichtigkeit, nicht ihn, sondern seinen Mandatsgenossen als den wahren Vertreter der Gesinnungen der Wähler darzustellen. Alle zu diesem Zwecke gemachten Anstrengungen erwiesen sich jedoch als fruchtlos. Die Mehrheit der aus dem damals geltenden allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht hervorgegangenen Wahlmänner erklärte sich schriftlich mit dem Verhalten Harkorts — welcher den Kreis auch jetzt nicht besucht hatte — einverstanden und erteilte seinem Kollegen ein Mißtrauensvotum.

Gemäß der Königlichen Botschaft vom 9. November wurde die Nationalversammlung am 27. im Dome der alten Kurstadt Brandenburg wieder eröffnet. Doch das Werk, zu dem sie berufen, geriet in der Kirche ebenso wenig, wie vorher in der Sing-Akademie und im Schauspielhause. Da nur Mitglieder der Rechten und der Harkortschen Fraktion erschienen waren, gelangte die Versammlung nicht zur

Beschlußfähigkeit und Neukonstituierung. Der nämliche Vorgang wiederholte sich an den drei folgenden Tagen, wenn sich auch die Zahl der Erschienenen in etwa erhöhte. Am 1. Dezember endlich, als von seiten der Rechten der Antrag gestellt worden, an Stelle der ferner ungehorsam ausbleibenden Abgeordneten deren Stellvertreter einzuberufen*), fand sich eine größere Anzahl von Angehörigen der beiden Centren (Unruh und Rodbertus) ein, welche erklärten, an den Beschlüssen des Rumpfparlaments festzuhalten und in Brandenburg lediglich auf Grund einer Aufforderung des früheren Vorsitzenden v. Unruh erschienen zu sein. Als nunmehr der Alterspräsident v. Brünneck nach herbeigeführter Beschlußfähigkeit zur endlichen Konstituierung schreiten wollte, verließ die Linke die Versammlung und machte dieselbe dadurch von neuem beschlußunfähig. Die Stellung und Taktik der Linken erlangte durch diesen Schritt volle Klarheit. Sie wollte in schroffstem Widerspruch zur Staatsregierung beharren, ihre nach dem 9. November vorgenommenen ungesetzlichen Akte aufrecht erhalten, die Berufung nach Brandenburg nicht durch die Krone, sondern nur durch Unruh gelten lassen und dort nur dann tagen, wenn sie als Mehrheit auftreten und herrschen konnte.

Jede Möglichkeit einer Verständigung blieb unter diesen Verhältnissen ausgeschlossen. Das Ende war, wenngleich man noch eine neue Sitzung anberaumte, endgültig herangekommen. Am 2. Dezember erließ der Ausschuß der Rechten und des rechten Centrums (Harkort) eine Proklamation an das Land, um demselben von den letzten erfolglosen Bemühungen in Brandenburg Kenntnis zu geben; und drei Tage darnach brachte der Staatsanzeiger zwei Königliche Verordnungen, durch welche, nach gänzlichem Fehlschlag der „Vereinbarung", die Nationlversammlung aufgelöst und unter Vorbehalt alsbaldiger Revision eine Verfassung „octroyiert" wurde.

Bevor die Kampfgenossen der beiden Fraktionen der Rechten Brandenburg verließen, entsendeten sie eine Abordnung an Harkort, um demselben im Namen aller Dank zu sagen für die hingebende furchtlose Thätigkeit, die er während des sich seinem Ende zuneigenden gewaltigen Sturmjahres entwickelt hatte. „Er hat mehr gethan, denn wir Alle!" sagte der mit den beiden Brüdern Auerswald an der Spitze der Deputation stehende Alterspräsident Magnus von Brünneck bei Übergabe des Ehrenbechers, den eine Anzahl von

*) 1848 wurden neben den eigentlichen Abgeordneten auch Stellvertreter für Verhinderungsfälle gewählt.

Parlamentskollegen für dieſe Feier ſtifteten. Das ſchöne Gefäß trägt auf der einen Seite die Namen der Geſchenkgeber, — deren letzter, der damalige Major Konſtantin von Voigts-Rhetz, von der Vorſehung auserſehen war, 22 Jahre nach dieſem Tage, als einer der Paladine Wilhelms des Erſten, die Heere Deutſchlands in den furchtbaren Schlachten um Metz zu blutigem Siege zu führen. Die Vorderanſicht zeigt die Worte: „Das Leben gilt nichts ohne die Treue!“ — jenen Wahlſpruch, welchen der Gefeierte als den ſeinigen unter die Bildniſſe geſchrieben, wie ſie in jener vor-photographiſchen Zeit unter Freunden ausgetauſcht wurden. Ja, er hatte in dieſem Jahre, wo ſo viele wankten, in vollſtem Maße Treue bewährt — ſeinem Lande, ſeinem Könige, ſeiner Überzeugung!

Zehntes Kapitel.

Die Übergangsjahre 1849 und 1850.

„Man darf es aussprechen: Die geschichtliche Verantwortung für alle wesentlichen Akte seiner Regierung gebührt ihm und ihm allein."

H. von Sybel
über Friedrich Wilhelm IV.

Inhalt: Journalistische Thätigkeit. Neuwahlen. Die aufgelöste II. Kammer. Kaiserwahl. Mai-Aufstände. Unions-Projekt. Drei-Klassen-Wahl. Verfassungs-Revision. Reichstag in Erfurt. Schleswig-Holstein. Kampf mit der Freihandelspartei. Bronnzell und Olmütz.

Die Revolution des März 1848 — die streng genommen schon gleich nach ihrem Ausbruch in eine rückläufige Bewegung eintrat, weil ihr die Zustimmung der Volksmehrheit von vornherein fehlte — war beendet; der Versuch, im Wege gütlicher Verständigung zwischen dem Monarchen und den gewählten Abgeordneten ein zeitgemäßes Staatsgrundgesetz festzustellen, gescheitert. Mit um so größerer Befriedigung ward es also begrüßt, als die einseitig durch die Krone erlassene Verfassung, entgegen den Erwartungen und im Widerspruch mit den religiösen und politischen Anschauungen des Königs und seiner neuernannten Räte, selbst weitgehenden Ansprüchen an Volksfreiheit und Rechten der Volksvertretung vollauf Genüge leistete. Sie beruhte in der Hauptsache auf dem durch die Kommission der Nationalversammlung unter Waldecks Vorsitze ausgearbeiteten Entwurfe*), welcher freilich durch Manteuffel, den „Kornak" des zum Niedertreten der Revolution bestimmten „Elefanten" Brandenburg**),

*) Daher der bei der Reaktion beliebte Name „Charte Waldeck".

**) Eigene Worte des Grafen Brandenburg. Vergl. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I. Bd. I, S. 254.

mit verschiedenen Hinterthüren und Fallstricken versehen worden war. Unzufrieden mit dem geschehenen Schritte waren nur die Extreme: die Linke der aufgelösten Versammlung, die auf dem Scheine ihrer geträumten Volkssouveränität bestand, und die alte absolutistische Partei, welche sich um die im Sommer 1848 gegründete „Neue Preußische oder Kreuz-Zeitung" scharte und teils offen, teils versteckt einen erbitterten Kampf gegen alle konstitutionellen Einrichtungen führte.

Zunächst richtete sich die Thätigkeit der Parteien auf die bevorstehenden Neuwahlen für die durch die Verfassung eingesetzten beiden Kammern. Die Wahlen waren gleichzeitig mit der Verkündigung der Verfassung ausgeschrieben und dafür das demokratische allgemeine gleiche, geheime, indirekte Wahlrecht, wie es bei den Wahlen zur Nationalversammlung gültig gewesen, in Wirksamkeit belassen worden. Nur für die Erste Kammer (das heutige Herrenhaus) galt ein geringer Zensus und die Bestimmung eines höheren Alters für die Wählbarkeit, sowie der Fortfall von Tagegeldern. Von Organisation der durch die Ereignisse des Sturmjahres aufs heftigste erregten Wählermassen war bei keiner Partei irgend etwas zu finden; um so mehr fühlten die leitenden Männer das Bedürfnis, alsbald eine solche herzustellen. Zu diesem Zwecke verbanden sich zu gemeinsamer Arbeit auf der linken Seite diejenigen Parteien, welche nach dem 9. November dem sogenannten „Rumpfparlamente" zustimmten; auf der Rechten Konstitutionelle und Konservative. Von letztgenannten ad hoc vereinigten Fraktionen ward Harkort zum Leiter des in Berlin eingesetzten Zentralwahlkomitees erwählt. An Energie und Agitationsgeschick, volkstümlich-schriftstellerischer Begabung und Sprachgewalt, verbunden mit politischer Besonnenheit und rücksichtslosem Mute, besaß die „monarchische Partei", wie sie sich damals im Gegensatz zur Demokratie zu nennen pflegte, neben ihm keinen Zweiten. Außerdem bot die Übernahme jenes mühevollen und undankbaren Amtes durch Harkort den schwerwiegenden Vorteil, daß gerade durch ihn eine persönliche Verbindung des Wahlausschusses mit der gesinnungsverwandten Presse der Hauptstadt und der Provinzen hergestellt und dadurch ineinandergreifende Thätigkeit beider Faktoren erzielt werden konnte.

Verschiedene angesehene Mitglieder der altliberalen Partei des Vereinigten Landtags hatten unter Führung von Milde und Alfred v. Auerswald schon im Frühsommer 1848 die Notwendigkeit erkannt, gegenüber der unmäßig ins Kraut schießenden demokratischen Presse ein gemäßigtes konstitutionelles Organ, welchem der Name „Deutsche

Reform" gegeben wurde, ins Leben zu rufen. Ein talentvoller junger Journalist, Oldenberg aus Königsberg, ward zum Chefredakteur des im großen Stile eingerichteten Blattes ernannt, Harkort als Mitarbeiter gewonnen und zum Mitgliede des Kuratoriums bestellt. Letzterer fühlte jedoch bald, wie die Eigenart seiner Feder ihn weniger auf die Thätigkeit bei einer großen Zeitung hinwies, als vielmehr auf die Abfassung kürzerer, populär und polemisch gehaltener Artikel, die weite Verbreitung im eigentlichen Volke zu erreichen bezweckten. Dafür, wie speziell zur Vertretung der Anschauungen des rechten Zentrums, erschien nichts besser geeignet, als die Herausgabe eines eigenen lithographierten Zeitungsberichts, wie sie in jener Periode zuerst an einzelnen Orten ins Leben traten. Je näher die Krisis heranrückte, je weitere Wellen die politische Bewegung im Lande schlug: um so dringender ward die ungesäumte Ausführung dieses Gedankens. Am 15. November erschien die erste Nummer der „Parlaments-Correspondenz", welche in dem jungen Ostpreußen Aegidi*) bald einen eifrigen begabten Leiter empfing. Hauptsächlichster Mitarbeiter des rasch einen bedeutenden Leserkreis gewinnenden Organs ward Harkort. Außer den auf die Wahlen bezüglichen und den Kampf gegen politische Gegner führenden Aufsätzen bearbeitete er Angelegenheiten sozialer, staats- und volkswirtschaftlicher Natur, insbesondere Fragen des Schul-, Arbeiter-, Berg- und Kreditwesens; doch widmete er auch in zahlreichen Artikeln der Gestaltung der Deutschen und Preußischen Verfassung seine stete Aufmerksamkeit. Der volle Umfang von Harkorts damaliger enormer journalistischer Thätigkeit ist — weil er es in seiner Bescheidenheit selten der Mühe wert hielt, auch nur Abdrücke von eigenen Arbeiten aufzubewahren — heute nicht mehr zu übersehen. Aus einer nachträglich von dritter Hand veranstalteten, leider ganz unvollständig gebliebenen Sammlung seiner Aufsätze läßt sich jedoch berechnen, daß allein während des Jahres 1849 nur für die Parlaments-Correspondenz mehrere hundert Artikel von Harkort verfaßt worden sind. Da das Redaktionsbüreau sich in seiner Wohnung, Mauerstraße 62**), befand, so ward ihm dadurch die Arbeit insofern

*) Aegidi, später Geh. Legationsrat und Professor an der Universität Berlin hatte während des Ministeriums Camphausen bei dem Minister des Innern, Alfred von Auerswald, als Privatsekretär fungiert und war einer der Mitarbeiter an der „Deutschen Reform". Zu den letzteren gehörte auch der Dichter des Mirza Schaffy, Friedrich Bodenstedt, welcher damals mit der Familie Harkort häufig verkehrte.

**) Dort hielt auch das „rechte Centrum" (Fraktion Harkort) seine Sitzungen.

wesentlich erleichtert, als er dieselbe, seiner Westfälischen Gewohnheit getreu, stets mit Tagesanbruch beginnen konnte. „1848 und 49," pflegte er später zu sagen, „sind die Bäckerjungen und ich in Berlin immer zuerst aufgestanden!" Auf Form und Glätte des Stils kein Gewicht legend, ging ihm die Arbeit rasch von statten, wie einige noch vorhandene Konzepte, die nur wenige oder gar keine Änderungen zeigen, darthun.

Während der ersten Monate nach Auflösung der Nationalversammlung bildete die Organisation der Wahlen naturgemäß den Hauptteil von Harkorts nie rastender Thätigkeit. Das Central-Wahlkomitee hatte sein Lokal gleichfalls nach der Mauerstraße 62 verlegt. Außer ihm, dem Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses, arbeiteten dort von Mitgliedern der ehemaligen Volksvertretung vorzugsweise die früheren Abgeordneten Ostermann (Dortmund) und der die Rechte vertretende von Meusebach mit Eifer und Einsicht. Den unter den damaligen Verhältnissen unentbehrlichen Verkehr mit dem Ministerium vermittelte, außer Meusebach, Graf Fritz zu Eulenburg, eine genial, liebenswürdig und leichtlebig angelegte Natur, welchen seine frühere Wirksamkeit als Censor der unterdrückten Rheinischen Zeitung in Köln mit einer Wolke pikanter Anekdoten umgab, die freilich den zukünftigen Minister des Innern in ihm nicht erkennen ließ*). Bezüglich der Provinzen knüpfte sich die Einrichtung von Wahlverbänden — die erste, welche überhaupt jemals in Preußen versucht wurde — theoretisch an Regierungsbezirke und Kreise, in Wirklichkeit nur an die Personen der früheren Mitglieder der Nationalversammlung und sonstige befreundete Notable. Diese meinten indessen meistens schon genug gethan zu haben, wenn sie in ihrem eigenen Bezirke für gute Wahlen sorgten; die Weiterverpflanzung der Organisation in größere Kreise ward in den meisten Fällen versäumt. Persönliche agitatorische Thätigkeit im heutigen Sinne betrachtete man auf dem Lande als aufdringlich, unanständig und wühlerisch. Eigentliche Wählerversammlungen fanden gar nicht oder nur selten statt. Die Auf- und Vorstellung der Kandidaten erfolgte erst am Tage, frühestens am Vorabend, der Abgeordnetenwahl; feste Abgrenzung der Wahlbezirke existierte nicht. So war das Ergebnis der Wahlen auch diesmal, wie im Mai 1848, trotz der eifrigsten Bemühungen der beiderseitigen Centralkomitees, in der Hauptsache dem Zufall preisgegeben.

*) Auf die Frage, wie er und Eulenburg damals mit einander fertig geworden seien, erwiderte Harkort: Vortrefflich; nur unsre Tages-Einteilung war gar zu verschieden! — Inwiefern? — Eulenburg ging zu Bett, wenn ich am Morgen aufstand!

Während die Linke hinsichtlich der besondern Wahlorganisation den Gegnern voraus gewesen war, und auch durch die ihr angehörenden zahlreichen juristischen Elemente darin weit mehr leisten konnte, als die wie immer phlegmatische Rechte*), erschien Harkort seinerseits als der erste auf dem eigentlichen Wahlfelde. Unter den zahlreichen Vertrauens-Manifestationen aus allen Volkskreisen, die ihm nach dem 9. November zuströmten, befand sich eine von Bewohnern mehrerer Dörfer bei Colberg, welche durch Form und naturwüchsigen Inhalt sein besonderes Wohlgefallen erregt hatte. Er beantwortete diese bäuerliche Anerkennungsadresse durch einen offenen Brief, welcher noch heute — wenn auch die Geschichte der letzten vierzig Jahre bewiesen hat wie schwer sich der Verfasser in vielen seiner damaligen Hoffnungen täuschte — als ein Meisterstück volkstümlicher Schreibweise und Wahlkriegskunst bezeichnet werden darf.

„An die Bewohner der Dorfschaften Prettmin, Spie, Nehmer, Garrin und Rossentin bei Colberg.

Gruß und Handschlag Euch biedern Landleuten, die am 25. November an meine Ueberzeugungsgenossen und mich ein Schreiben des Vertrauens richteten, aus dem Grunde, weil wir zur Stunde der Gefahr treu zu unserem Könige und Herrn gehalten haben!

Dürften wir auf Dank irgendeiner Art Anspruch machen: wahrlich, wir hätten ihn reichlich aus Eurer schlichten Hand empfangen!

Als ich noch Knabe war, da hörte ich in dem Euch fernen Westfalenlande, wo meines Vaters Haus steht, gar viel erzählen von dem großen Friedrich und seinen getreuen Pommern; dachte immer: Du möchtest das Land sehen und die Leute! Im Jahre 1813 erging des Königs Ruf an sein Volk, welches sich erhob wie Ein Mann, und in den Tagen der Ligny-Schlacht sah ich endlich Pommers tapfere Söhne.

Viele muthige Leute waren da: Brandenburger, Preußen, Westfalen, Schlesier und Andere; allein vor dem Regimente Colberg und den Weißkragen zog Jedermann den Hut ab.

Das ritterlichste Pommernkind war der Oberst von Zastrow, der als Held gefallen ist vor dem Thore von Namur. Noch in diesem Jahre stand ich an seiner Ruhestätte in Belgien und

*) Die gesamte Einnahme des Central-Wahlkomitees der Rechten belief sich im ganzen auf 4272 Thaler 10 Sgr. Man vergleiche damit die heutigen Ziffern!

dachte: Beſſer dem Könige treu und ein ſolches Grab in fremder Erde, als daheim ein Denkmal unter Empörern!*)

„Ja, lieben Freunde, die Pommern haben mehr Blut vergoſſen für's Vaterland, als alle jene Heuchler wiegen, die Euch verführen wollen. Haltet feſt, damit Euch Niemand die Krone raube, die Ihr von den Vätern ererbt habt!

Die Treue iſt der wahre Adel, den jeder Menſch in ſeinem Stande erwerben kann. Man ſagt: ein treuer Ehegatte, eine treue Mutter, ein treues Kind, ein treuer Knecht; und in dem Worte: „ein treuer Chriſt" liegt die Summe aller Gottesfurcht. Und wie ſollte ein König wohl regieren können und des Landes Beſtes ſuchen ohne getreue Diener und Unterthanen?!

Aber ein altes Sprüchwort geht: Den treuen Freund erkennt man in der Noth! Gottes weiſe Fügung hat auch unſern König in die Schule der Erfahrung geſchickt. Wir ſahen Richter Regierungsräthe, Landräthe und Bürgermeiſter, welche ihre Pflicht verletzten; Geiſtliche und Lehrer, welche das Volk zum Aufruhr führten, und Leute, die Wohlthaten empfangen hatten, mit ſchnödem Undank lohnen.

Die Treue wohnt gleich der Schwalbe am häufigſten unter dem Strohdache; und was jene ſtudirten Herren nicht im Herzen trugen, das ſtand Euch braven Leuten auf der Stirn geſchrieben.

Eure Kinder im Heere haben die Ehre der Fahnen gewahrt und das Land errettet, welches die Schriftgelehrten und Steuerverweigerer verderben wollten.

Rede ich von Gehorſam dem Geſetze und Treue dem Könige, ſo heißt das nicht, es ſolle Alles beim Alten bleiben; nein, Vieles muß beſſer werden; allein man ſchütte das Kind nicht mit dem Bade aus! Unrecht Gut gedeihet nicht! Das habt Ihr oft gehört und erfahren im Leben. Nehmt ein Gleichniß von den Bienen. Zuweilen geſchieht, daß zwei Stöcke nebeneinander ſtehen, ein ſtarker und ein ſchwacher. Die Starken dringen in des Nachbar's Haus, tödten ſie, plündern und leben von ihren Vorräthen. Wenn nun Alles verzehrt iſt, dann haben die Diebe das Arbeiten verlernt, vergeuden ihr Eigen und gehen ſelbſt zu Grunde. Ja, ja! Arbeit bleibt für Jedermann der goldene Boden, und wehe dem Fuße, der denſelben verläßt!

---

*) Vor ſeiner Rückkehr aus Belgien hatte Harkort im April 1848 nochmals die Schlachtfelder von 1815 beſucht.

„Auch ich bin eines Landmanns Sohn, kenne Acker und Pflug und weiß, daß man nicht ernten kann, ohne zu säen. Mein Wunsch ist, daß der Bauer frei sei wie ein König auf seinem Erbe; dagegen soll auch ein starker König herrschen in Preußen und nicht die Aufwiegler und ihre sauberen Gesellen. Hütet Euch vor den Leuten, die Gesetz und König angreifen unter dem Vorwande, Euch und der Freiheit zu dienen!

Welche Lügen auch Uebelwollende verbreitet haben: Friedrich Wilhelm IV. hat Großes für Euch gethan. Einige Wohlthaten werde ich aufzählen.

Die Prozesse über die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse sind gestundet; eine neue Ablöseordnung und ein Gesetz, betreffend die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben, ist angekündigt; desgleichen die Regulirung der Mühlenabgaben. Die Jagd ist freigegeben. Eine Darlehnskasse von zehn Millionen Thalern ist gebildet worden; 370000 Thaler empfingen die armen Leute in Schlesien. Eine Million Thaler wurde für brodlose Arbeiter aufgewendet, und noch mehr hätte man gethan, wenn nicht die Berliner Unruhen den Rest verschluckt hätten, wie ich unten nachrechnen werde.

Sobald die Domänen pachtlos sind, soll nach Umständen eine Vertheilung in kleine Bauergüter stattfinden, damit fleißige Wirthe gegen mäßigen Zins ein Eigenthum erwerben können. Das eitle Gezänk der Nationalversammlung kostete bereits 300000 Thaler, und diese Splitterrichter, mit dem Balken der Steuerverweigerung im Auge, würden Land und Leute verdorben haben! Da ist der König endlich eingeschritten und wie ein Mann, der unverbrüchlich sein Wort hält, hat er uns die freieste Verfassung in Europa gegeben.

Ueber Alles, was diese enthält, ist hier nicht der Ort zu reden; allein einige Hauptpunkte, so Euch betreffen, hebe ich kurz hervor. Alle Preußen sind gleich vor dem Gesetze. Das Patronat über die Kirche ist aufgehoben und den Pfarrer wählt Ihr selbst.

Die Kinder werden künftig den Schulunterricht unentgeltlich genießen, und die Gemeinde wählt den Lehrer.

Aufgehoben ohne Entschädigung sind die Gerichtsbarkeit, die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt. Freie Verfügung über das Grundeigenthum ist gestattet.

Die Gemeinde wird ihre Angelegenheiten durch aus ihrer Mitte erwählte Vertreter wahrnehmen und auch die Polizei üben.

„Eure Abgeordneten haben Sitz und Stimme bei der Kreis- und Bezirksvertretung und in der Ersten und Zweiten Kammer. Wenn's jetzt nicht besser wird, so ist es Eure eigene Schuld! Vor allen Dingen wählt tüchtige und redliche Wahlmänner und Abgeordnete. Richtet Eure Augen nicht auf die Marktschreier und Rechtsverdreher, sondern auf bescheidene Leute, die ihre eigene Sache daheim gut und in der Stille führen, die gesunden Menschenverstand besitzen und die nicht Alles mit Unrecht verlangen und deshalb nichts erhalten.

Greift Euch ein Herz und stellt dem Kandidaten folgende Fragen:

„Bist Du dem König getreu?"

„Bist Du zufrieden mit der vom König gegebenen Verfassung oder willst Du helfen, den alten unglückseligen Streit wieder anschüren?"

„Kannst Du gewissenhaft Mein von Dein unterscheiden und kennst Du Gottes Gebot: »Du sollst nicht begehren Deines Nächsten Gut!«?"

„Bist Du ein Steuerverweigerer, oder giebst Du dem Kaiser, was des Kaisers ist?"

„Hast Du Deine Streitigkeiten vor dem Schiedsmanne geschlichtet, oder liebst Du die Prozesse?" — —

Liebe Freunde, gebraucht nur ein wenig Euren Verstand! In der letzten Nationalversammlung befanden sich:

121 Advokaten und Richter,
53 Geistliche,
25 Lehrer,
61 Räthe und Beamte,

260 Köpfe, während nur 57 Grundbesitzer anwesend waren. Auf einen Bauer kamen also fünf Mann, die von ihm leben wollten! Und Ihr wundert Euch noch, daß Ihr ärmer seid als vor der Revolution?!

Dreht das Ding doch nur um! Wählt fünf Grundbesitzer — aber einsichtige Männer — auf einen Rechtsgelehrten, und dann sind der Haarspalter noch mehr da als nöthig, um gegen den König Feuerlärm zu blasen.

Solche Leute stehen doch nicht bei der Spritze, sondern sind nur brauchbar als Ministerkandidaten, Oberpräsidenten und für andere Stellen, die ihren Mann ernähren. Wer für sich sorgt, hat nicht Zeit, an Euch zu denken! Eine gute Wahl bleibt die Hauptsache; paßt daher den Schwätzern auf die Kreide!

Dieſen Brief könnt Ihr alle Welt leſen laſſen, denn er enthält meine aufrichtige Meinung; und es ſollte mich freuen, wenn ſolche auch in andern Kreiſen des treuen Pommernlandes hie und da ein geneigtes Ohr fände. Euren wackeren Schullehrern meinen herzlichen Gruß! Sie gehen mit einem guten Beiſpiele voran und beſchämen ſo viele ihrer Collegen, die, anſtatt der Schule im chriſtlichen Sinne zu warten, umherlaufen, um das Volk zu verwirren. Ein großer Mann ſprach einſt: „Schulen kann man nicht entbehren, denn ſie müſſen die Welt regieren!“ das heißt: aus wohlgezogenen Knaben erwachſen dem Vaterlande tüchtige Männer! Allein es bedeutet nicht: die Schulmeiſter ſollen das Königreich Preußen regieren!

Lebt wohl mit Weib und Kind.

Kann ich Euch irgend einen ehrlichen Dienſt leiſten, ſo ſchreibt mir nur! Es ſoll mir eine Freude ſein und zur Ehre gereichen, ſolchen warmen Freunden des Königs und des Vaterlandes nützen zu können.

Berlin, den 18. Dezember 1848. F. Harkort.“

Dieſer in tauſenden von fliegenden Blättern über alle Provinzen des Landes verbreitete, überall und ſtets wieder von neuem abgedruckte Brief erzielte in ländlichen Kreiſen, deren Beteiligung entſcheidend auf die Wahl wirken mußte, außerordentlichen Erfolg. Nachdem die Linke ſich von ihrer erſten Beſtürzung erholt, ließ ſie durch zwei ihrer beſten Federn, Schulze-Delitzſch und Dr. Ule, eine Entgegnung im demokratiſchen Sinne unter dem Titel, „Was ein Landmann zu dem Schreiben des Herrn Harkort ſagt!“ veröffentlichen. In ihrer Art geſchickt abgefaßt, vermochte dieſelbe doch dem wuchtigen Angriffe des Gegners nach keiner Richtung hin die Spitze zu bieten und ſah ſich lediglich auf die Verteidigung beſchränkt. „Niemand im ganzen Lande,“ bezeugte der berühmte Vater der Darlehnskaſſen noch nach Jahren, „verſtand ſo zum Volke zu reden, als der alte Harkort. Das habe ich an mir ſelbſt erfahren. Ohne ſeine Bauern- und Arbeiterbriefe hätte Manteuffel 1849 bei den Wahlen eine gewaltige Niederlage erlitten!“

Mit Bedauern nimmt der Leſer wahr, zu welcher Heftigkeit ſich der Kampf der Meinungen in den wenigen Monaten der ihm gewährten Freiheit bereits verſtiegen hatte, mit welchen ſchweren Anklagen man die Gegner überſchüttete. Statt in dieſen die Vertreter einer anderen Weltanſchauung zu ſehen; ſtatt die Vaterlandsliebe, die man für ſich ſelbſt in Anſpruch nahm, auch auf ihrer Seite vorauszuſetzen, wollte man in ihnen nur geiſtige Beſchränktheit, ſittliche

Verworfenheit und bewußte Lüge erkennen. In der Einseitigkeit der Parteianschauung ging jedes Gefühl und jede Achtung für die ehrlichen Gesinnungen und Überzeugungen anderer verloren. Glaubte eine innerlich so edle und vornehme Natur wie Harkort, so wie hier von seinen Gegnern reden, ihnen solche Motive unterschieben zu dürfen: was konnte man dann von andern erwarten? In der That findet sich denn auch in einem gleichzeitigen, aus der geheimen Ober-Hofbuchdruckerei hervorgegangenen Wahlflugblatte eine Blumenlese von Schimpfworten, wie z. B. „Verräter, Taugenichtse der Nationalversammlung, Lumpen, Bummler, wahnwitzige kleine Tyrannen, gewissenlose Abenteurer, Heuchler, Lügner, Hungerleider, Thunichtgute, Schurken, Wölfe in Schafskleidern u. s. w.“ Wenn heute, unter der Herrschaft des direkten allgemeinen Wahlrechts, die sogenannten gebildeten Klassen sich über stetig zunehmende Verrohung beklagen, so mögen sie zunächst an die eigene Brust schlagen — alle Parteien ohne Unterschied! — und sich rückwärts schauend fragen, ob sie jemals etwas Ernstliches zur Besserung solcher Roheit gethan und den unteren Klassen in würdiger Behandlung des Gegners im Wahlkampfe ein gutes Beispiel gegeben haben.

Natürlich blieb die Linke dem Gegner auch auf diesem unerfreulichen Gebiete die Antwort nicht schuldig. Die demokratische Presse verdächtigte Harkort, den man schon im Sommer gern als eingefleischten Vertreter eines selbstsüchtigen Industrialismus bezeichnet hatte, nunmehr als Söldner der Regierung, als Gesinnungsgenossen der Junkerpartei und Verfasser anonymer Flugschriften. Solcher Verleumdung widersprach er öffentlich mit vollster Entschiedenheit:

„Nie schrieb ich ein fliegendes Blatt oder ich hatte den Muth, meinen Namen darunter zu setzen. Meine Briefe sind dem Drange des Augenblicks entsprossen; allein sie tragen den Stempel einer Gesinnung, die unter vielen Tausenden im Vaterlande Anklang gefunden hat, und deren Beifall soll mir reicher Lohn sein. — Dem Volke und den Gewerben gehöre ich an, nie war ich ihnen untreu, seiner geistigen Ausbildung habe ich die Arbeit meines Lebens gewidmet. Man schreite 30 Jahre rückwärts auf meiner Bahn und suche dort Verdächtigungen zu begründen!“ — Er durfte so reden und konnte bei einer andern Gelegenheit einen Verleumder mit dem kurzen stolzen Worte abfertigen: „Eigennutz klebt nicht an meinem Namen!“

Weitere erfolgreiche Briefe schrieb Harkort an die Bergleute und an die Handwerker, die auch damals von Zunftspielerei vielfach

Heil erwarteten, — niemals ſchmeichelnd, ſondern ſtets das harte Gebot der Pflicht verkündend. Und eben das war es, was auf den verſtändigen Teil der Wähler gewaltigen Eindruck machte. So ſprach er zu den Handwerkern:

„Wenn ein ſchlauer Schwätzer mit dem Bürgersmann ins Wirthshaus geht, dann geſchieht es gar oft, daß Letzterer die Zeche bezahlen muß. Faſt alle Tage ſchaut man ſolche Exempel, allein kein Menſch nimmt ſich ein Beiſpiel daran, ſondern Jeder will nur durch ſelbſt empfangene Schläge klug werden.

Tritt ein Mann auf mit der Beredtſamkeit eines Krummacher und predigt:

Im Schweiße Deines Angeſichts ſollſt Du Dein Brod eſſen! ſo behagt das wenig Leuten; da heißt es: Das iſt die alte Melodie, welche unſre Mutter ſchon geſungen hat. Kommt dagegen ein Abenteurer und will für einen Dukaten einen großen Schatz heben oder ein Rittergut im Monde anweiſen, ſo ſind wir ſo eilig bei der Hand, als gälte es eine Millionen-Erbſchaft in Holland einzuſtreichen.“ — —

Nicht bloß unter den Strohdächern der Bauern, wo nach ſeinem ſchönen Bilde der Schwalbe gleich die Treue zum Könige wohnte, hatte ſein Name allerorten den beſten Klang gewonnen; ſondern auch in den Herrenhäuſern von Hinterpommern, wo man nach einfacher Herſtellung der „alten Ordnung“ und Wiedererlangung anderer irdiſcher Dinge trachtete, glaubte man einen Bundesgenoſſen in Harkort gefunden zu haben. Aus mehreren dortigen Kreiſen erging an ihn das Erſuchen, ein Mandat für die Zweite Kammer (der damalige Titel für das Abgeordnetenhaus) anzunehmen. Da die demokratiſche Partei ſich aufs äußerſte bemühte, dem ihr ſo gefährlich gewordenen Verfaſſer der Bürger- und Bauernbriefe in ſeinem heimatlichen Wahlkreiſe eine Niederlage zu bereiten, ſo meinte Harkort die ihm angetragene Kandidatur nicht von vornherein zurückweiſen zu dürfen. Am entſcheidenden Tage — 5. Februar 1849 — ging ſein Name zweimal aus der Urne hervor. Hagen, das diesmal mit den Nachbarkreiſen Altena und Iſerlohn zu einem Wahlbezirke zuſammengelegt war, wählte den alten Vertreter wieder und gab ihm ſeinen gleichgeſinnten Freund P. Brüninghaus und Georg von Vincke zu Kollegen. Die ſonderbarſte Wahlfrucht, die wohl jemals am Baum des allgemeinen Stimmrechts in Preußen gewachſen iſt, brachte dagegen der Wahlbezirk Neuſtettin-Belgard-Schievelbein-Dramburg, die ſpätere Hochburg der Kreuzzeitungspartei, hervor: von Kleiſt-Retzow, den zweiten Präſidenten des ſogenannten Junker-Parlaments, Seite an Seite mit Friedrich Harkort;

der Typus des urpommerschen Junkertums und der streitbare Hauptvertreter der Westfälischen freigesinnten Bürgerschaft! In solche widernatürliche Allianzen hatte die wüste Demagogie von 1848 jene Altliberalen gedrängt, welchen Freiheit ohne Ordnung verderblicher und unheimlicher erschien, als Ordnung ohne Freiheit. Zum Glück nahm Harkort die Pommersche Wahl nicht an, da er bei näherer Verhandlung wohl erkannt haben mochte, welche unausfüllbare Kluft ihn von den augenblicklichen Kampfgenossen trennte. Aufrichtig wie immer erklärte er den dortigen Wählern: „Dem Vernehmen nach werden die Minister das Grundsteuergesetz von Hansemann wieder aufnehmen. Als Westfale bin ich durch meine Vergangenheit gebunden, dem Grundsatze zu huldigen, daß Alle mit gleichen Schultern tragen müssen. Dagegen läßt sich manche Härte der Maaßregeln nicht verkennen, die namentlich in Ihrer Gegend scharf hervortreten dürfte, und ich könnte (im Fall der Annahme) leicht in die Lage gerathen, entweder die Interessen meiner Wähler zu verletzen oder die Consequenz meiner Grundsätze zu verleugnen"*).

Die Ablehnung der Hinterpommerschen Wahl bezeichnet einen Wendepunkt in Harkorts öffentlichem Leben. Durch die Ausschreitungen des Jahres 1848 nach rechts hin gedrängt, machte er hier Halt, um fortan in stets schärferem Widerstande gegen eine gewissenlose Reaktionspartei mehr und mehr seinen alten Standpunkt auf der konstitutionellen Linken wieder einzunehmen.

Die Wahlen des 5. Februar brachten keiner Seite den erwarteten durchschlagenden Erfolg. In der Ersten Kammer erzielten

*) Wie nüchtern die konservativen Großgrundbesitzer der östlichen Provinzen damals die Situation betrachteten, beweist u. a. folgende Mitteilung des verstorbenen rheinländischen Abgeordneten von Beughem, welcher der sogenannten aufgelösten Kammer von 1849 angehörte. Bei einer Zusammenkunft der Fraktionen der Rechten äußerte ein später berühmt gewordener damaliger Kollege gesprächsweise zu ihm: „Ich bin ein armer Junker; in meinem Dorfe haben die meisten Bauern mehr Vermögen als ich. Unter solchen Umständen ist das Patowsche Promemoria eine Lebensfrage für mich und meinesgleichen. Geht das durch, so sind wir ruiniert und wir werden uns deshalb aus Leibeskräften solchen und ähnlichen Maßregeln widersetzen."— Das sogenannte Patowsche Promemoria enthielt das Programm des Ministeriums Camphausen für die zeitgemäße Reform der guts- und gundherrlichen Verhältnisse. Seine die Interessen des Großgrundbesitzes verletzenden Vorschläge brachten den durch die Märzereignisse verscheuchten Adel zum erstenmal wieder an die Öffentlichkeit und veranlaßten hauptsächlich die Abhaltung des sogenannten Junkerparlaments.

die vereinigten Parteien der Konstitutionellen und Konservativen zwar eine starke Mehrheit, in der Zweiten dagegen betrug dieselbe nur wenig Stimmen. In Berlin und den größeren Städten siegte die Demokratie, welche abermals ihre Koryphäen: Waldeck, Jacoby, Temme, Lothar Bucher, d'Ester, Rodbertus, Kaplan von Berg, Schultze u. A. entsendete. Die kleineren Städte und das Land wählten Gemäßigte, mit Ausnahme der katholischen Bezirke, die sich aus Furcht vor dem drohenden Hohenzollernschen Kaisertum weit mehr als 1848 nach links wendeten*). Von altliberalen Notabilitäten traten Vincke, Camphausen, Schwerin, von konservativen die ehemaligen Minister von Bodelschwingh und Graf Arnim, ferner der vom Vereinigten Landtage her bekannte junge von Bismarck-Schönhausen, sowie der bereits erwähnte Landrat von Kleist-Retzow in das am 26. Februar eröffnete Haus. Aus der Rechten der Nationalversammlung war gleich nach der Auflösung der Abgeordnete von der Heydt in das Ministerium aufgenommen worden und hatte dort die Zügel des Handels- und Arbeitsdepartements mit einer Sicherheit ergriffen, als wenn er seither nicht auf dem Kontorstuhle, sondern seit Jahren auf dem Ministersessel gesessen hätte. Zum Vorsitzenden ward der bewährte Grabow mit 171 Stimmen gewählt gegen 158, die auf den Präsidenten des Rumpfparlaments von Unruh entfielen. So scharf und fast gleich mächtig standen beide Parteien einander gegenüber.

Den Mittelpunkt des parlamentarischen Kampfes bildete die Frage der Anerkennung der oktroyierten Verfassung. Die Rechte forderte und erlangte die ungesäumte Anerkennung *vor* der Revision, um schleunigst einen festen gesetzlichen Boden zu schaffen; — die Linke weigerte dieselbe, weil sie zunächst die Verfassung revidieren und die darin angebrachten Hinterthüren beseitigt haben wollte. Zwar erkannte auch die konstitutionelle Partei die Bedeutung und Gefahr dieser Hinterthüren; indes glaubte sie die Pflicht zu haben, vor allem die Annahme des von der Krone Gebotenen auszusprechen, und wiegte sich in der trügerischen Hoffnung, bei der Revision alles absolutistische Beiwerk beseitigen zu können. Von der stillen Absicht des Königs und der Hofpartei, demnächst die oktroyierte liberale Verfassung durch eine gefügige Mehrheit möglichst stark rückwärts revidieren zu lassen, ahnten die vertrauensseligen Konstitutionellen nichts. Wie die demokratische Partei 1848 die Macht der Revolution

*) Peter Reichensperger, in der Nationalversammlung Führer der Rechten, unterlag 1849 einem Radikalen und fehlte in dem neuen Hause.

überschätzte, ebenso unterschätzten die Liberalen Macht, Umfang und Ziele der Reaktion im darauf folgenden Jahre.

Unmittelbar nachdem durch die Genehmigung der von der Rechten vorgeschlagenen Antwortsadresse auf die Thronrede die Anerkennung der Verfassung feierlich ausgesprochen worden, nahm die Deutsche Frage die ganze Thätigkeit der Kammer in Anspruch und versetzte alle Teile der Nation in eine Aufregung, wie sie seit den Märztagen nicht erlebt worden.

So lange man in der Frankfurter Paulskirche, wo die gemäßigte Partei die Mehrheit besaß, sich mit Beratung der sogenannten Grundrechte und dem übrigen mehr oder weniger theoretischen Inhalt der Reichsverfassung beschäftigte, waren die dem großen Werke drohenden Gefahren weiteren Kreisen nicht zum Bewußtsein gekommen. Erst als gegen Schluß des Revolutionsjahres der Führer der sogenannten Erbkaiserlichen, Gagern, an die Spitze der Reichsregierung trat, die zweite Lesung bevorstand und damit die Frage des erblichen Oberhauptes herannahte, zeigten sich diese Gefahren in vollem Umfange. Erst erhob sich Österreich, das kürzlich in dem Fürsten Felix Schwarzenberg einen höchst gewandten und rücksichtslosen Gegner Preußens zum Ministerpräsidenten erhalten hatte, mit seinen historischen Ansprüchen auf die Kaiserwürde, neben ihm die Könige von Napoleons Gnaden, die jeder Minderung ihrer Souveränität widerstrebten, endlich die ultramontane Partei, um gemeinsam die Übertragung der Führerschaft an das nach Dynastie und Volksmehrheit protestantische Preußen mit allen Mitteln zu bekämpfen. Abgesehen von diesen Hauptgegnern befanden sich auch auf der Linken eine nicht unerhebliche Anzahl von Abgeordneten, welche sich aus langjähriger Erbitterung über das Verhalten des derzeitigen Trägers der Preußischen Krone nicht zu überwinden vermochten, diesem die erbliche Kaisergewalt zu übertragen*). Jener einsichtigen Realpolitiker, von denen einer das drastische Wort sprach: „Und wenn Satan der Erste in Berlin regierte, so wählte ich ihn zum Kaiser; wer dort regiert, der muß es werden!“ — gab es nur wenige**). Die Erbkaiserlichen blieben in der Minderheit und erlangten erst die Mehrheit, als nach Verkündigung der Österreichischen Gesamtstaats-Verfassung vom 4. März ein Teil der sogenannten großdeutschen Partei unter Welker die Unmöglichkeit erkannte, das

*) Auch auf den Thronfolger, den späteren Kaiser Wilhelm, hatte 1848 die Demokratie bekanntlich Haß geworfen, weil man ihn fälschlicherweise als das Haupt der reaktionären Hof- und Militärpartei betrachtete.

**) Varnhagen a. a. O. Bd. VI, S. 4.

zentralisierte Österreich in das Deutsche Reich aufzunehmen, und demzufolge zur andern Seite überging. Leider wurde der Verfassungsentwurf nicht, wie Welker es wollte, in einer einzigen Abstimmung, sondern erst dann angenommen, nachdem er durch die vereinten Bemühungen der Linken, Österreicher und Ultramontanen in radikaler Richtung verändert und möglichst unbrauchbar gemacht worden war. Nunmehr ward am 28. März 1849 Friedrich Wilhelm IV. mit 290 Stimmen (bei 248 Enthaltungen) zum „Kaiser der Deutschen" erwählt und alsbald eine Deputation unter Führung des Präsidenten Simson nach Berlin entsendet, um dem Gewählten diese Botschaft zu überbringen.

Trotz der verschiedenen bedenklichen Umstände, unter denen die Kaiserwahl zu Stande gekommen, begrüßte das Volk, insbesondere am Rhein und Westfalen, die große Kunde durchweg mit begeistertem Jubel. Endlich also sollte die Sehnsucht der Nation nach Wiederherstellung von Kaiser und Reich erfüllt werden! Am Tage der Ankunft der Kaiser-Deputation in Berlin richteten sowohl die Erste wie die Zweite Kammer patriotische Adressen an den König mit der dringenden Bitte, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen. Sämtliche Parteien, mit alleiniger Ausnahme der dem Deutschen Einheitswerke feindlichen äußersten Rechten, hielten sich überzeugt, daß alle in der allgemeinen politischen Lage wie in der Reichsverfassung liegenden Schwierigkeiten sich ebnen würden gegenüber der gewaltigen Thatsache des neu erstehenden Deutschen Reiches.

Am folgenden Morgen erteilte der König, welchen die Kamarilla Tags vorher, hinter dem Rücken der Minister, von Berlin entfernt gehalten und in ihrem Sinne beeinflußt hatte, die bekannte welthistorische Antwort. Ihm fehlte der Mut, gleich seinen großen Vorfahren Großes zu wagen, und weil dem so war, that er recht, die Krone abzulehnen. Beckerath hatte er ehrlich geantwortet: „Wenn ich Friedrichs des Großen Geist in mir fühlte, würde ich es thun. Aber diesen Geist habe ich nicht." Und zu Saucken-Tarputschen, seinem Jugendfreunde: „Zur Durchführung dieser Sache gehört ein kriegerischer Geist, ein Held, ein fester Staatsmann. Sie wissen, lieber Saucken, ich bin das alles nicht: ich bin kein Held, ich kann es nicht durchführen, ich muß also ablehnen"*). Die Geschichte hat dem unglücklichen Fürsten in seiner Entschließung vollständig Recht gegeben. Wollte Gott, er hätte auch jeden andern Schritt unter-

*) Varnhagen a. a. O. Bd. VI, S. 112. — G. Freytag, „Karl Mathy", S. 316.

lassen, Deutschland nach seiner Weise zu einigen, und dadurch dem Lande und sich selbst die Schmach von Warschau und Olmütz erspart.

Unmittelbar nach Empfang der Deputation im Schlosse gab der Minister von Manteuffel der zur Sitzung versammelten Zweiten Kammer von dem Königlichen Bescheide Kenntnis. Unter dem betäubenden Eindruck desselben beantragten Vincke und Harkort sofort den Erlaß einer neuen Adresse an Se. Majestät, worin die Meinung der Kammer über die jetzige Lage ausgesprochen werde, „da die von den Ministern dem Könige angerathene Antwort an die Frankfurter Deputation den von der Kammer dem Könige gestern dargelegten Ansichten nicht entspräche und das Deutsche Vaterland den größten Gefahren auszusetzen drohe". Diesem Schritte, welcher gegenüber dem Einflusse der Hofpartei ohnehin wirkungslos geblieben wäre, wurde von vornherein die Spitze abgebrochen durch die folgenden Tages abgegebene amtliche Erklärung: Der König beabsichtige — nach vorausgesetzter Demission des Reichsverwesers — „an die Spitze eines Deutschen Bundesstaates zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bilde, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten". Binnen längstens 14 Tagen werde man definitive Erklärungen der Deutschen Regierungen auf eine heute in diesem Sinne erlassene Zirkularnote Preußens vorlegen können.

Hätten die Antragsteller in dem Augenblicke, wo sie den letzten Versuch unternahmen, eine Sinnesänderung des romantischen und wankelmütigen Monarchen herbeizuführen, gewußt, welchergestalt sich derselbe im Privatgespräche mit der Frankfurter Deputation geäußert hatte, sie würden sicherlich jeden dahin gerichteten Schritt unterlassen haben. „Es waren" — sagt der Augen- und Ohrenzeuge Löwe (Kalbe) in seinen hochinteressanten „Erinnerungen an das Ende des Frankfurter Parlaments" — „höhnende bittere Worte über den Auftrag, den die Deputation auszuführen, wie über die Versammlung, welche die Verfassung mit der Hohenzollernschen Kaiserkrone angeboten hatte. Nicht genug damit, wandte er sich dann an die einzelnen Mitglieder noch mit höhnenden Worten. Ich traute meinen Augen und meinen Ohren nicht." — Das Erstaunen und die Entrüstung über jene Worte war deshalb so maßlos, weil nur sehr wenige Personen Kenntnis davon besaßen, wie sich Friedrich Wilhelm IV. schon vor Monaten zu Männern wie Dahlmann, Arndt, Gagern, Pfuel, Bunsen u. a. schriftlich und mündlich über das Deutsche Verfassungswerk ausgesprochen hatte. Dieser Erbe der Hohenzollern-Dynastie, die nur durch Kampf gegen Habsburg groß geworden, erklärte: er sei bloß der Zweite in Deutsch-

land; die ehrwürdige Deutſche Kaiſerkrone gebühre allein dem uralten Erzhauſe Öſterreich. Er wolle lieber wieder als Truchſeß dem Kaiſer das Waſchbecken reichen, ehe er ſelbſt ſeine Hand nach der Kaiſerkrone ausſtrecke! Nicht die aus der Revolution hervorgegangene Paulskirchen-Verſammlung, ſondern nur er und ſeinesgleichen hätten die Deutſche Krone zu vergeben, und wehe dem, der ſich anmaße, was ihm nicht zukomme. Der König war wieder bei der hochfahrenden Sprache der Huldigungsreden und des Vereinigten Landtags angekommen und ſchien der Erinnerung an das vom 18. bis 21. März 1848 Erlebte gänzlich beraubt zu ſein. „Unſres Herrn Kopf iſt anders organiſiert als der eines andern Menſchen!“ ſagte damals Graf Brandenburg zu Bunſen. Acht Jahre ſpäter war dieſer nämliche Kopf vollſtändig desorganiſiert.

Da die Linke nicht bis zum Eingange aller Antworten auf die Zirkularnote vom 3. April warten wollte, ſo gelangte die Deutſche Frage ſchon am 21. zur entſcheidenden Verhandlung. Ein Antrag des loyalen Grafen Schwerin: die Kammer erkläre, daß der Augenblick gekommen ſei, wo Preußen die Deutſche Verfaſſung annehmen und der König die Würde des Reichsoberhauptes übernehmen könne — für welchen das Harkortſche „rechte Zentrum“ ſich ausſprach — fiel gegen die Stimmen der in dieſem Falle mit der Linken zuſammengehenden äußerſten Rechten. Nachdem dadurch der mildere Weg verſchloſſen, ſtimmte Harkort, der unter allen Umſtänden ein unzweideutiges Votum herbeiführen und eine entſchiedene Deutſche Politik verfolgt haben wollte, nunmehr für den Antrag Rodbertus: daß die Kammer die beſchloſſene Reichsverfaſſung für rechtsgültig anerkenne, eine Abänderung derſelben nur auf verfaſſungsmäßigem Wege zuläſſig halte und die Annahme der Kaiſerwürde dringend wünſche. Die beiden erſten Teile dieſes Antrags wurden angenommen: der letzte dagegen verworfen, da bei der Frage über die Kaiſerkrone abermals Junker und Republikaner — Kleiſt-Retzow und Kinkel, Bismarck und d'Eſter! — brüderlich vereint für die Ablehnung votierten.

Die Rechte war über dieſe entſchiedene Stellungnahme des Führers des rechten Zentrums höchlichſt verwundert. Sie hatte von dem energiſchen Vorkämpfer gegen die 48er Straßendemagogie und Anarchie — welcher auch der Paulskirchen-Majorität deutlich ſeine Meinung geſagt hatte, als dieſe ohne Rückſicht auf Preußen auftreten zu können meinte — erwartet, er werde mit ihr den ganzen „Kaiſerſchwindel“ beiſeite werfen und überhaupt, erbittert über die Ausſchreitungen des „tollen Jahres“, helfen, den patriarchaliſchen

vormärzlichen Zustand möglichst wieder herzustellen. Sie sah jetzt und sollte bald noch mehr erkennen, daß sie sich in dieser Erwartung gründlich täuschte und der alte Soldat von 1815 ebenso energisch gegen die Reaktion wie gegen die Revolution Front zu machen gedachte. Gleich in den nächsten Tagen gab er einen neuen Beweis seiner unbedingten Unabhängigkeit, indem er beim Verkauf der „Deutschen Reform" an die Deckersche Hofbuchdruckerei und dem Rücktritt des ihm befreundeten Chefredakteurs Oldenberg sofort öffentlich erklärte, daß er sich bei der veränderten politischen Richtung der Zeitung jeder ferneren Mitwirkung enthalten werde.

Die Tage jener Preußischen Volksvertretung, welche in der Geschichte den Namen „die aufgelöste Zweite Kammer" führt, waren gezählt. Am 26. April setzte die Linke mit geringer Mehrheit den Beschluß durch, daß die Fortdauer des Belagerungszustandes über Berlin ungesetzlich sei, und schon am folgenden Tage verlas Graf Brandenburg das Auflösungsdekret. Als die vor dem neuen Sitzungssaale versammelten Neugierigen den heraustretenden Abgeordneten Beifall zuriefen, gab eine am Dönhofsplatz aufgestellte Militärabteilung auf die ruhige Volksmenge Feuer und tötete sieben Menschen. Das erste Blut des blutigen Jahres 1849 war geflossen.

Noch am Tage der Auflösung erließen die Mitglieder des rechten Zentrums eine von Harkort verfaßte öffentliche Ansprache, in welcher sie über ihre Wirksamkeit in der so plötzlich und unerwartet beendeten Session Rechenschaft ablegten. „Mit reinem Gewissen treten wir aufs Neue vor unsere Wähler — nicht um unsere Person, sondern große Mäßigung zu empfehlen." Der wohlgemeinte patriotische Rat traf beiderseits taube Ohren. Nicht Mäßigung wollte man üben, sondern das Schwert entscheiden lassen.

Währenddem saß Friedrich Wilhelm IV. im Schlosse zur Charlottenburg und träumte den verhängnisvollen Traum, wie er nach seinen Ideen, vor allem aber ohne die ihm verhaßte Mitwirkung von Volk und Volksvertretung, das Deutsche Reich in altem Glanze wieder herstellen wollte. Er hatte sich dafür einen Plan erdacht, welcher, obgleich er selbst ihn für „urteutsch" hielt, im großen Ganzen nichts anderes war, als der Abklatsch eines damals im fernsten Asien herrschenden Systems. Das „Erzhaus" Habsburg sollte Ehren und Würden der Deutschen Kaiserkrone wieder erhalten, der Oberbefehl über die Deutschen Heere aber an Preußen als „Erzfeldherrn" fallen und die Regierung des Reichs den fünf

Königen als „Königs-Kollegium" übertragen werden. — Mikado, Taikun und Daimios der Japanesen! Als Zuthat war dem Plane ein fürstliches Staatenhaus, dem die „Korrektur" der demokratischen Einzelverfassungen von 1848 als Hauptaufgabe gestellt wurde, sowie ein nach Ständen und Klassen gewähltes Unterhaus angehängt. Des Königs Glaube an die sieghafte Macht seiner Beredsamkeit ließ keinen Zweifel bei ihm aufkommen, daß es ihm bei persönlicher Unterhandlung gelingen werde, Österreich zum freiwilligen Verzicht auf die seitherige leitende Stellung in Deutschland zu bewegen. An die unvermeidliche Entscheidung durch Waffengewalt dachte er nicht entfernt. Was die von grimmigem Neid und Haß gegen Preußen erfüllten Klein-Könige anging, so betrachtete Friedrich Wilhelm die Königskrone als die Quelle einer, andern Sterblichen nicht vergönnten, quasi göttlichen Inspiration*) und zweifelte also auch hier nicht am gewünschten Erfolge, sobald er ihre Träger erst in seinem Königs-Kollegium vereinigt haben und jene Inspiration von oben sich wirksam zeigen werde.

Vorläufig warteten diese vier Könige mit Schmerzen, jedoch vergebens, auf eine Inspiration, die ihnen einen Weg zeigen sollte, auf welchem sie sich dem täglich stürmischer und drohender auftretenden Verlangen ihres eigenen Volkes nach ungesäumter Annahme der Reichsverfassung, einschließlich des erwählten Hohenzollernschen Erbkaisers, entziehen könnten. Sämtliche Kleinfürsten hatten die Anerkennung derselben bereits ausgesprochen. Gab jetzt auch Preußen endlich die sehnsuchtsvoll erwartete gleiche Erklärung ab, so war an keinen Widerstand der Deutschen Mittelstaaten mehr zu denken; zumal infolge des befohlenen Ausscheidens der Österreichischen Abgeordneten das Gewicht der erbkaiserlichen Partei der Paulskirche neuerdings erheblich verstärkt worden war. Durch das Ausscheiden der Österreicher ward auch eine verständige Modefikation der radikalen Bestimmungen der Reichsverfassung ermöglicht; die gemäßigten Parteien hatten sich schon zu einer solchen bereit erklärt. Und gerade in diesem kritischen, für das endliche Gelingen des Werkes anscheinend so günstigen Momente erfolgte von Berlin aus die definitive Ablehnung der Kaiserkrone (28. April). Nicht genug damit, stellte man — zur weiteren Stärkung des gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindels! — sogar das Anerbieten bewaffneter Preußischer Hilfe an die Fürsten, sofern infolge ihrer fortgesetzten Weigerung der Anerkennung der Reichsverfassung Unruhen aus-

*) v. Sybel a. a. O. Bd. I, S. 102.

brechen sollten. Diese ließen, da Zündstoff dafür an allen Orten massenhaft aufgehäuft war, nicht lange auf sich warten. In weitesten Schichten des Volkes, nicht bloß der Mittel- und Kleinstaaten, hatte sich seit dem Tage der Kaiserwahl eine tiefgehende Bewegung, wie Deutschland eine gleiche nicht wieder gesehen hat, zu gunsten der Reichsverfassung entwickelt. Zahllose Adressen, insbesondere auch von Stadt- und Gemeinderäten, wurden an die Nationalversammlung gerichtet, um dieselbe zum Ausharren beim endlich vollendeten Werke aufzufordern und das Gelöbnis gleichen Festhaltens auszusprechen. Anfangs hielt die Bewegung die gesetzlichen Schranken inne; doch schon nach wenigen Tagen, als die Radikalen den Moment gekommen glaubten, ihr va banque! spielen zu können, überflutete sie tosend die Ufer. In Dresden, in der Bayrischen Pfalz, in Baden, wo die Linientruppen erwartetermaßen sofort zu den Insurgenten übergingen, am Rhein und in Westfalen flammte der Aufstand in blutiger Lohe empor.

Über die Entstehung und Entwickelung des Mai-Aufstandes von 1849 im protestantischen Herzogtum Berg und der Grafschaft Mark, deren Preußische und monarchische Gesinnung fast sprichwörtlich gewesen war, liegen nur äußerst spärliche Nachrichten vor. Den im Vaterlande verbliebenen oder dahin zurückgekehrten Teilnehmern der damaligen Bewegung blieb aus guten Gründen der Mund verschlossen; diejenigen, welche jenseits des Weltmeeres eine Zuflucht suchten, fanden im Kampfe um die eigene Existenz weder Zeit noch Lust zu einer eingehenden Beschreibung dieser an sich schon so unerfreulichen Episode. Nur einer der hervorragenden Führer, Dr. Körner, ehemals Lehrer an der Gewerbeschule zu Elberfeld, hat fast zwei Jahrzehnte später in einer, in Deutschland nur wenig bekannt gewordenen Autobiographie seine Erlebnisse in jenem traurigen Maimonat der Öffentlichkeit übergeben. Seiner Darstellung*), die mancherlei kleine Irrtümer enthält, jedoch bezüglich der Thätigkeit der demokratischen Partei wohl als zuverlässig betrachtet werden darf, sind nachstehende — durch zahlreiche eigene Erinnerungen ergänzte — Thatsachen entnommen.

---

*) Lebenskämpfe in der alten und neuen Welt. Eine Selbstbiographie von Dr. Herm. Joseph Aloys Körner, ordentlichem Professor an der New-Yorker freien Akademie. New-York, L. W. Schmidt, 454 Broadway, 1866, 2 Bände.

Gleich nach Verkündigung der Deutschen Grundrechte und der Reichsverfassung setzte sich der in Frankfurt begründete „Central-März-Verein" mit den demokratischen Klubs in Rheinland-Westfalen, wie an andern Orten, behufs Durchführung der Reichsverfassung in Verbindung. Körner trat durch Raveaux zu dem März-Verein, „der womöglich die Republikanisierung Deutschlands anstrebte", in nähere Beziehung und brachte für Elberfeld, Düsseldorf und Iserlohn einen geheimen Zweigverein desselben zusammen. „Die preußischen Zweige des Märzvereins einigten sich dahin, Preußen — wenn auch durch Gewalt — zu zwingen, die Reichsverfassung und ihre Verwaltung anzunehmen. Die Gewaltmittel wurden einstweilen auch den demokratischen Vereinen geheim gehalten"*). Während am Niederrhein diese Vorbereitungen getroffen wurden, ging man in Baden, wo Hecker und Struve bereits im Vorjahre zweimal erfolglos eine republikanische Schilderhebung ins Werk gerichtet hatten, schon mehrere Schritte weiter und setzte den Ausbruch einer Revolution auf die Mitte des Monats Mai fest**). Nach dem als sicher angenommenen Anschlusse der badischen Truppen sollte am 13. Mai ein Insurgentenheer durch den Odenwald auf Frankfurt, ein zweites durch die Bayrische Pfalz nach der Nahe und Mosel dirigiert werden***), inzwischen in Rheinland-Westfalen das Volk — auf der Linie Köln, Solingen, Düsseldorf, Elberfeld, Hagen, Iserlohn, Arnsberg — sich überall für die Reichsverfassung erklären und durch Erstürmung der Zeughäuser die nötigen Waffen beschaffen. „Den Kern der so bewaffneten Revolutionsmacht sollen aber aller Orten die Preußischen Landwehrstämme bilden. Deren noch nicht für die Revolution entschiedene Elemente sind durch Agitation oder durch Zwang vom Eintritt in die Königliche Armee abzuhalten." Behufs Geheimhaltung des Planes und einheitlicher Ausführung wurden für die Hauptorte Trier, Koblenz, Köln, Elberfeld und Iserlohn je ein leitender Vertrauensmann ernannt und als solcher für das Bergische und den untern Teil des Niederrheins Körner bestellt†). Die Namen der übrigen Häupter sind von diesem nicht genannt.

Die demokratische, oder vielmehr die diese schiebende republikanische, Partei wußte sehr wohl, warum sie ihre Pläne geheim hielt. Gab sie dieselben kund, so trat ein augenblicklicher Rückschlag

*) Körner a. a. O. Bd. II, S. 50.

**) Ebenda, S. 62.

***) Ebenda, S. 68.

†) Beschluß einer geheimen Nachberatung des Ausschusses des demokratischen Kongresses in Deutz am 6. Mai 1849 (Körner a. a. O. Bd. II, S. 68 und 69).

bei der durchweg monarchisch gesinnten Bevölkerung ein, da diese nicht an Waffengewalt dachte, sondern lediglich beabsichtigte, durch große, jedoch friedliche Manifestationen den König zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. Bei Verheimlichung ihrer letzten Absichten aber gewannen die unbekannten Führer Aussicht, die erregten Volksmassen zum Aufstande zu drängen und im einmal begonnenen Kampfe zu Zielen fortzureißen, von denen sie vorher keine Ahnung hatten. Zum Unglück kam die Taktik des Ministeriums Brandenburg den Plänen der äußersten Linken auf halbem Wege entgegen. Nachdem man Ende April, wie bereits erwähnt, den der Reichsverfassung widerstrebenden Regierungen bewaffnete Hilfe zugesagt hatte, ward wenige Tage später die Mobilmachung des ersten Aufgebots der Landwehr angeordnet. Diese Maßregel brachte die Empörung zum vollen Ausbruch. Nicht genug damit, die Reichsverfassung und die Kaiserwahl, der Preußen in ungeheurer Mehrheit zujubelte, abzulehnen, sollten nun auch auf Befehl der Regierung Preußische Wehrmänner Weib und Kind, Haus und Hof verlassen, um Preußenfeindliche Könige von Napoleons Gnaden vor ihren eigenen Unterthanen zu schützen und diejenigen niederzuschlagen, welche nichts anderes begehrten, als was sie selbst wollten! Das war zuviel. Am 3. Mai wählte die Elberfelder Landwehr, unter dem Eindruck aufreizender Reden, den Dr. Körner zu ihrem Befehlshaber, setzte neben ihm noch ein leitendes Komitee ein und erklärte in einem öffentlichen, unter die benachbarten Landwehrstämme verteilten Manifeste, daß sie „sich des Gehorsams der absoluten Krone Preußens entbunden habe". Körner lehnte zwar das Kommando ab, versprach jedoch, sich beim Märzverein um einen „erfahrenen General" zur Führung der Landwehr in Rheinland-Westfalen zu bemühen*). Nämlichen Tages ward das Zeughaus in Neuß geplündert; am 6. Mai gaben die in Crefeld, Hagen und Elberfeld freiwillig zusammentretenden Landwehrmänner die Erklärung ab, sich nicht einkleiden zu lassen. Ein am 8. Mai in Köln stattfindender sogenannter Städtetag, an welchem sich über 300 der angesehensten Gemeindeverordneten der Rheinprovinz beteiligten, sprach einstimmig die Anerkennung der Reichsverfassung aus, forderte die Frankfurter Nationalversammlung zur Organisation des Widerstandes gegen die Kontrerevolution auf und verlangte sofortige Entlassung des Ministeriums Brandenburg sowie Zurücknahme der Einberufung der Landwehr.

*) Körner a. a. O. S. 67.

Die Lawine stürzte nunmehr unaufhaltsam zu Thal. Zwar ward ein am 9. Mai ausbrechender Aufruhr in Düsseldorf von den dort garnisonierenden Truppen niedergeschlagen; in Elberfeld aber, wo die Landwehr eine Art befestigtes Lager bezog, behielten die Insurgenten am nämlichen Tage die Oberhand. Nach Ankunft eines dorthin gesandten starken Militärkommandos wußten die Führer der Bewegung den Truppenbefehlshaber mehrere Stunden mit Unterhandlungen hinzuhalten, die man geschickt benutzte, die Stadt nach einem vorher festgestellten Plane*) systematisch mit Barrikaden zu bedecken und in respektabeln Verteidigungszustand zu setzen. Als endlich gegen Abend die Linie zum Angriffe mit Artillerie gegen die festen Barrikaden vorging, wurde sie von den hartnäckig kämpfenden Aufständischen, welche auch die Gefängnisse geöffnet hatten, zurückgeworfen und nach Verlust mehrerer Toter und Verwundeter (unter ersteren der tapfere Hauptmann von Uttenhoven) zum Rückzuge nach Düsseldorf genötigt.

Barmen, die Zwillingsschwester von Elberfeld und gleich diesem eine Fabrikstadt, verhielt sich während des dort wütenden Straßenkampfes, wie überhaupt bei dem Aufstande, vollkommen ruhig.

Die Nachricht von dem „Siege" der Elberfelder durchflog, selbstverständlich durch die Fama ungeheuer übertrieben, die Lande Berg und Mark. Die beiden Hagener Landwehr-Kompanieen weigerten gleichfalls, sich einkleiden zu lassen. Von der Enneperstraße erstattete der wackere Amtmann Peters (S. 356) seinem alten Kriegskameraden Harkort am 10. Mai Bericht über die dort erlebten Vorgänge.

„Erschöpft komme ich soeben 5 Uhr von Hagen, wohin ich 9 Uhr mich begab. Unsere Befürchtungen sind zur Gewißheit geworden! Ueber 4000, zum Theil mit versteckten Waffen versehene, Männer hatten sich eingefunden, die sich fast ohne Ausnahme dem Abmarsche nach Iserlohn widersetzten. Der Major war am Ende genöthigt, die so entsetzlich aufgeregte Masse nach Hause zu entlassen. Sein nach Münster erstatteter Rapport wurde aufgefangen und zerrissen. Von Eilpe erfolgte unter bekannter Anführung der größte Zuzug mit Sang und Klang u. dgl. Dieser große Zug verfügte sich hiernächst nach Limburg, woselbst eine dritte Landwehrkompagnie versammelt werden sollte. Von Wesel sind soeben zwei Kompagnien Linie in Altenhagen eingetroffen, die ihre Richtung auf Limburg und Iserlohn nehmen. Jedenfalls treffen diese den Eilper Zug

*) Körner a. a. O. S. 73.

unterwegs an. In Iserlohn sind Barrikaden errichtet, und die Bürger haben das Zeughaus besetzt. Während der vorigen Nacht haben in Elberfeld die Kanonen gedonnert und haushohe Barrikaden sind auch dort errichtet. Ein Hauptmann und vier Mann sollen geblieben und das Militär genöthigt gewesen sein, die Stadt zu verlassen. Das Haus des Oberbürgermeisters (von Carnap) ist demolirt. In Düsseldorf soll es ebenso gehen und das Regierungsgebäude in Flammen stehen. — Die Wuth der Menschen ist entsetzlich; Gott weiß, was uns die nächsten Tage bringen. Alle Blicke sind auf Berlin gerichtet.

Aus diesem Allen wirst Du leicht ermessen, wie es mit der Deutschen Frage und mit dem Urtheil über das Ministerium steht.

Einen schlimmeren Tag als den heutigen habe ich wohl noch nie erlebt. Mit einigen alten Kriegern habe ich auf der Springe*) Thränen vergossen! Die Verlegenheit des Majors und der Offiziere war entsetzlich. Von Harkorten sind Caspar und Richard einbeordert, aber wieder nach Hause entlassen. Fast Alle sind der Meinung, der König hätte die Krone annehmen sollen. Gegen den König hat das Volk eigentlich Nichts. Gerne ertheilte ich Dir noch weitere Nachrichten, aber ich bin heute dafür zu erschöpft."

Unmittelbar nach Empfang der erschütternden Botschaft eilte Harkort, welchen Beratungen über die Bergordnung in der Hauptstadt zurückgehalten hatten, in die Heimat, um retten zu helfen, soweit noch Rettung möglich erschien. Aber die Kugel war aus dem Rohr und Geschehenes ließ sich nicht mehr ungeschehen machen. Zum Glück hatte man in den insurgierten Städten zum Schutze von Leben und Eigentum sogenannte Sicherheitsausschüsse gebildet, an deren Spitze einerseits die Führer der demokratischen Partei, andererseits angesehene gemäßigte Männer traten, um notdürftig die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Proklamationen dieser selbstgeschaffenen Behörden lassen die in ihrer Brust wohnenden zwei Seelen und den damaligen Wirrwarr der Geister deutlich erkennen. In einem solchen uns vorliegenden Dokumente aus Hagen reiht sich an das loyale Gelöbnis: „Als echte Markaner wollen wir unserm Könige die angestammte Treue unverbrüchlich bewahren" unmittelbar die Erklärung: „Wir müssen den angefangenen Widerstand gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel mit aller Energie und allen Mitteln fortsetzen und unsre Nachbarstadt Iserlohn, welche der Centralpunkt der ganzen Bewegung ist, nach Kräften

*) Der damalige Versammlungsort der Landwehr in der Stadt Hagen.

unterstützen!", sowie schließlich die zeitgemäße Drohung: „daß man etwaigen Angriffen auf Eigenthum oder Personen mit allen Mitteln entgegentreten werde."

Das Verhängnis nahte mit schnellen Schritten. Nach rascher Unterdrückung eines Aufstandes in Breslau (7. Mai) und mehrtägigem mörderischem Kampfe in Dresden durch die von Berlin dorthin gesandten Truppen (3.—9. Mai), ward General von Hannecken mit einer Division nach dem Rheine dirigiert, Iserlohn nach kurzem blutigem Widerstande genommen und für sämtliche in Aufstand befindliche Kreise der Belagerungszustand proklamiert (17. Mai). Der aus Hagen nach Iserlohn gekommene Zuzug war glücklicherweise vorher freiwillig in seine Heimat zurückgekehrt. Die Führer Grevel, Post und Butz (S. 353) retteten sich durch Flucht nach Amerika, wo sie, gemeinsam mit vielen andern Schicksalsgenossen, dem Deutschen Namen Ehre machten und 1870 die Wiederherstellung der auf ihren Wegen vergeblich erstrebten Einigung des Vaterlandes erlebten*). Der Kreis Hagen hatte sich, von den Landwehrleuten abgesehen, nur widerwillig an der Bewegung beteiligt und empfing die heranrückenden Truppen als Befreier. In Elberfeld war schon vor deren Ankunft die aufständische Bewegung an eigener Schwäche zu Grunde gegangen. Während ihrer achttägigen Dauer hatte dieselbe einzelne sehr gefährliche Momente der Pöbelherrschaft durchmachen müssen. Gleich am zweiten Tage stellte das zur Macht gelangte Gesindel eine Liste von reichen Leuten zusammen, die gehängt werden sollten, und ließ sich nur mit Mühe von blutigen Greueln zurückhalten**); Daniel von der Heydt, des Ministers Bruder, mußte zu seiner eigenen Sicherheit verhaftet und als Geißel gefangen gehalten werden; die Besitzenden flüchteten scharenweise zu allen Thoren hinaus. Der bekannte Sozialist Friedrich Engels aus Barmen, damals mit Karl Marx an der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" thätig, pflanzte rote Fahnen auf, die jedoch bald wieder verschwanden. Von seiten des Frankfurter Zentral-

*) Infolge von Denunziationen verlor auch Harkorts treuer Genosse im Hagener Gewerbe-Verein und beim „Märkischen Gewerbefreund" (S. 305), der Gewerbeschuldirektor Grothe, sein Amt, in welchem er so erfolgreich und bahnbrechend gewirkt hatte. Er ging 1849 nach Holland, wo er als Professor an der Polytechnischen Schule zu Delft am 7. Februar 1887 hochbetagt starb. Seine dankbaren Deutschen Schüler ehrten den verdienten Mann zum 50jährigen Erinnerungstage seines Eintritts beim Hagener Institute, am 1. Oktober 1882, durch Ehrengabe und Adresse, welche ihm durch eine besondere Deputation nach seiner zweiten Heimat überbracht wurde.

**) Körner a. a. O. S. 102.

März-Vereins wurde ein ehemaliger Teilnehmer an der Polnischen Revolution von 1830, der Eisenbahn-Ingenieur von Mirbach, zum „Militärchef für den Niederrhein" ernannt. Sein Kommando in Elberfeld dauerte freilich nur wenige Tage. Als sich die Bewegung in Westfalen nicht fortpflanzte und reguläre Truppen anrückten, kehrte rasch Besonnenheit in die Gemüter zurück. Man bildete aus freiwilligen und unfreiwilligen Beiträgen zur Beendigung des Aufstandes eine „Kriegskasse", und empfahl bei Übergabe derselben dem genannten Militärchef für den Niederrhein, sich mit der Kasse und den bedenklichsten Elementen des entfesselten Pöbels schleunigst nach dem Oberrhein zu den dortigen Aufständischen durchzuschlagen. Doch schon wenige Meilen von Elberfeld (in der sogenannten Schlacht bei Remlingrade) fielen die erzürnten Bauern über diesen „Kern des Revolutionsheeres" her, nahmen die Anführer gefangen und jagten die übrigen, weidlich durchgeprügelt, wieder nach Hause. Als General von Hannecken am 18. Mai Elberfeld besetzte, fand er dort die Ordnung bereits wieder hergestellt. Die renitente Landwehr ward abermals einberufen und in dem nunmehr beginnenden Feldzuge gegen die Pfalz und Baden an die Spitze der Angriffskolonnen gestellt. Beim Sturm auf das von den meuterischen Badischen Soldaten tapfer verteidigte Durlach (25. Juni) erlitt namentlich das Bataillon Iserlohn schwere Verluste.

Von Harkorts langjährigen Schutzbefohlenen, den Volksschullehrern, hatten sich seit dem März 1848 gar manche auf die linke Seite geschlagen; von dort, wie so viele, allein das Heil erwartend. Ihr Durchschnittsgehalt betrug derzeit, auf den Tag gerechnet, zehn Silbergroschen. „Für solchen Preis," sagte ihr alter Vertreter in der Parlaments-Korrespondenz, „kann nicht viel Patriotismus gefordert werden." Indem er mit diesen Worten das materielle Elend unbefangen als eine Haupturſache des Übels anerkannte und unausgesetzt bestrebt war, den neuen Unterrichtsminister von Ladenberg zur möglichsten Linderung der Lehrernot zu bewegen, hielt er doch niemals mit seinem ernsten Tadel gegen vorgefallene politische Ausschreitungen zurück. Dafür ward er in demokratischen Blättern und in der „Schlesischen Schullehrer-Zeitung" als ein arger Reaktionär abgekanzelt. Er erwiderte auf diese und ähnliche Angriffe — noch vor der Kammerauflösung und den blutigen Mai-Ereignissen — durch einen Offenen Brief vom 18. April 1849 u. a.:

„Die Theilnahme des Volkes an der politischen Gewalt ist

raſcher errungen worden, als die dazu nöthige Bildung, und darin beruht das Unglück unſerer Zeit!

Die politiſchen Ereigniſſe ſind auch der Lehrerbildung vorausgeeilt; daher bei Vielen die Verkennung ihrer Stellung, indem ſie ſich zu Handlangern der zügelloſen Demokratie ſtempeln ließen. Der Zögling der Elementarſchule, welcher zwei Jahre lang ſehr beſcheidenen Unterricht auf einem Seminare genoß, paßt ſchlecht zum Volksverbeſſerer, und nur dieſe habe ich getadelt. Die Vor- und Ausbildung der Lehrer muß eine durchaus andere werden, damit jene unreifen Früchte verſchwinden. — —

Soll der Noth der Lehrer gründlich abgeholfen werden, dann begreife ich wahrlich nicht, weshalb ſo viele unter ihnen, in politiſcher Thorheit befangen, die Pferde hinter den Wagen ſpannen! Dieſe unreifen Agitatoren überwerfen ſich mit der Kirche, mit einem Theile der Gemeindeglieder wie mit den Behörden, und entkleiden ſich als Partei jener ſittlichen Autorität, deren der Erzieher nicht entbehren kann. Der Elementarlehrer ſoll die Kinder der Rechten und der Linken unterrichten in der Religion, Sittenlehre, im Leſen, Rechnen und Schreiben und den Anfängen der nützlichen Wiſſenſchaften. Die politiſchen Tages- und Parteifragen liegen offenbar weit außerhalb ſeines Wirkungskreiſes und über dem Horizont der Kinderwelt. — —

Glauben Sie mir: ſelbſt unter den Wohlmeinenden ſind Viele, welche über die neueſten Zeichen der Lehrerthätigkeit bedenklich den Kopf ſchütteln! Soweit wie meine politiſche Erfahrung reicht, finde ich, daß der Lehrerſtand 1849 weit weniger Freunde zählt als 1848, weil Kirche, Familie und Gemeinde Mißtrauen beſchlichen hat. Pflicht und Intereſſe des Standes, welcher ſo viele ausgezeichnet Tüchtige zählt, fordern jetzt ſtrenges Zuſammenwirken, um dieſe Beſorgniſſe zu zerſtreuen, damit nicht ein großer Moment durch eigene Schuld verloren gehe.“ — —

Viele der ältern Lehrer, welche in Harkort den uneigennützigen und beſten Freund der Volksſchule erkannten, dankten ihm innig für ſeine ernſten Mahnworte. Die jüngern Elemente dagegen befanden ſich während jener politiſchen Sturmperiode in derſelben Lage, wie ein Vierteljahrhundert ſpäter die Hetzkapläne des ſogenannten Kulturkampfes, die gegen alte ruhigere Geiſtliche zu Felde zogen. Doch auch für ſie nahte die Zeit der Beruhigung und Erkenntnis.

Sein durch den Mai-Aufſtand veranlaßter Aufenthalt in Weſtfalen verlängerte ſich über Erwarten, da alle alten Freunde den ſo lange Abweſenden zu begrüßen und ſeine Wähler den Mann

ihres Vertrauens wiederzusehen begehrten. So wenig er persönliche Ehrenbezeugungen liebte, so konnte er sich doch jetzt solchen nicht immer entziehen und mußte annehmen, was Dankbarkeit und Westfälische Gastlichkeit ihm herzlich entgegenbrachte. Von allen Seiten erging bei derartigen Anlässen das Ersuchen an ihn, in dieser bewegten Zeit noch einmal so zum arbeitenden Volke zu reden, wie er in seinen ersten Briefen während des „Völkerfrühlings" von 1848 mit größtem Erfolge gethan. Diesen Bitten nachgebend, schrieb er Ende Mai den neunten seiner Offenen Briefe, wegen eines darüber angebrachten Holzschnittes „Der Bienenkorb" genannt. An die Arbeiter gerichtet, wies die Ansprache diese auf die Thatsache hin, wie vollständig die traurigen Erfahrungen des Jahres 1848 und der jüngsten Aufstände die Ansichten jener bestätigt hätten, welche davor warnten, zu Gewaltmitteln zu greifen, um gewisse politische Zwecke zu erreichen. Nur auf gesetzlichem, ruhigem Wege, in gemeinsamem ernsthaftem Streben nach gemeinnützigen Zielen, werde Deutschland zu dauerndem nationalem, volksfreiheitlichem und wirtschaftlichem Fortschritte gelangen; — niemals durch Aufruhr und Gewaltthat oder durch Erregung von Neid und Haß gegen Besser- und Höhergestellte. Diese letzteren ermahnte er dagegen, ihrerseits durch Hebung der Gewerbe, guten Unterricht für die Jugend, durch Vorschußkassen und Sicherstellung gegen Krankheit und Invalidität, gleichwie bei den Bergleuten, für die Besserung der Lage der Arbeiter zu sorgen.

Der „Bienenkorb", mit dem Wahlspruche „ora et labora", fand gewaltige Verbreitung im ganzen Lande und machte tiefen, nachhaltigen Eindruck bei denjenigen, für die er bestimmt war. Noch heute begegnet man ihm, in Bibel oder Gesangbuch oder zwischen den wenigen Schriftstücken liegend, die der Arbeiter aufzubewahren pflegt; und mehrfach teilten dem Verfasser jüngere Leute mit, daß sie im Nachlaß ihrer Eltern einen Brief vom alten Harkort aufgefunden hätten. Wurde derselbe dann auf Wunsch herbeigeholt, so stellte es sich fast regelmäßig heraus, daß es sich um den „Bienenkorb" handelte.

Noch bevor Harkort die Märkische Heimat wieder verließ, mußte er, auf Verlangen seiner Kameraden aus den Freiheitkriegen, am 18. Juni einem Erinnerungsfeste an die Schlacht von Belle Alliance beiwohnen. Vierunddreißig Jahre, mehr als ein Menschenalter, waren seit dem Tage des großen Gottesgerichts auf den Brabantischen Feldern dahingegangen; die damaligen jungen Krieger waren Greise, der Neffe des gewaltigen Schlachtenkaisers wieder Frank-

reichs Herr geworden. Zur Feier des Tages widmete er unter dem Titel „Die Musterung der alten Garde" ein stimmungsvolles Gedicht, in welchem die Truppenteile, in deren Reihen die tapferen Söhne der Mark während jener glorreichen Zeit gefochten — die Brigade Steinmetz, das Regiment Colberg, die Batterie Lent, die Lützower und Markaner Jäger u. a. — vor dem geistigen Auge Revue passierten. Am Schlusse gab „der alte Feldwebel" wie ihn scherzweise seine ehemaligen Waffengefährten nannten, den Parolebefehl aus:

Merkt wohl auf: von heute nach zwanzig fünf Jahren
Ist Appell dort oben bei den himmlischen Schaaren.
Wo Blücher und Scharnhorst und Gneisenau zählen,
Da darf auch kein Mann von der Garde mir fehlen!

Der Dichter ahnte nicht, daß seine eigene Einberufung zur „großen Armee" erst nach drei Jahrzehnten stattfinden und er selbst als der letzte der damals versammelten ehrwürdigen Schar ins Grab sinken werde.

Der Tempelbau Deutscher Einheit, an dem die besten Männer der Nation seit einem Jahre zimmerten, war inzwischen elend zusammengebrochen. Teils von ihren Regierungen zurückberufen, teils selbst an dem Gelingen des Werkes verzweifelnd, hatte die konstitutionelle Partei die Paulskirche ganz verlassen, während die Linke nach Stuttgart zog, um dort, nach thörichter Einsetzung einer sogenannten Reichsregentschaft, versprengt und über des Vaterlandes Grenzen hinausgedrängt zu werden. Der Aufstand in Baden und der Pfalz wurde durch Preußische Truppen rasch unterdrückt; Kriegsgerichte eröffneten ihre blutige Wirksamkeit. In Berlin redete man sich ein, daß die Früchte von alledem naturgemäß Preußen in den Schoß fallen müßten und die „geretteten" Fürsten dankbar seine Hegemonie anerkennen würden. Zwar hatte Österreich nach der über die Italiener gewonnenen Schlacht bei Novara (23. März) in einer unverschämten Note vom 8. April sofort deutlich erklärt, es werde unter keinen Umständen seine seitherige dominierende Stellung in Deutschland aufgeben; indessen störte das die Berliner Träumer vorläufig gar wenig. Am 26. Mai schloß man mit Sachsen und Hannover das sogenannte Drei-König-Bündnis — Bayern hatte sich davon zurückgehalten und Württemberg bereits die Reichsverfassung anerkannt — und publizierte zwei Tage später den neuen Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches gleichwie ein Wahl-

geſetz zum ſogenannten Volkshauſe. In letzterem war zwar das allgemeine Wahlrecht noch beibehalten; jedoch an Stelle der geheimen die öffentliche Stimmenabgabe, und, ſtatt der gleichen Stimmberechtigung, die Wahl der Wahlmänner in drei Klaſſen nach Maßgabe der Steuerleiſtung angeordnet worden. Dieſes nämliche Verfahren ward dann mittels Königlicher Verordnung vom 30. Mai auch für die Ausführung der Wahl zur Preußiſchen Zweiten Kammer maßgebend erklärt.

Die Änderung des durch den zweiten Vereinigten Landtag gutgeheißenen, am 8. April 1848 vom Könige ſanktionierten, alsdann in die Verfaſſung vom 5. Dezember übergegangenen, allgemeinen gleichen geheimen indirekten Wahlrechts involvierte unzweifelhaft eine Verfaſſungsverletzung. Angeſichts dieſer Thatſache beſchloß die demokratiſche Partei vollſtändige Wahlenthaltung. Als eigentlicher Grund dafür muß indes die der Linken innewohnende Überzeugung gelten, daß die revolutionäre Triebkraft nach den neunundvierziger Mai-Ereigniſſen gänzlich erlahmt ſei und ſie im Falle der Wahlbeteiligung nur ihre Ohnmacht dokumentieren werde. Dieſe Ohnmacht aber blieb verhüllt, wenn die Demokratie gar nicht wählte, ſich unter der Fahne konſequenter Verteidigung der verletzten Volksrechte vom Schlachtfelde gänzlich zurückzog und den Altliberalen den Kampf mit den Anhängern des Abſolutismus allein überließ. Man hat dieſer Taktik den ſpäteren vollen Sieg der Reaktion beimeſſen wollen. Weit größere Berechtigung hat dagegen die Anſicht, daß die fernerweite Beteiligung der achtundvierziger Demokratie an den parlamentariſchen Verhandlungen die Reaktion nur noch zu größerer Erbitterung gereizt und wahrſcheinlich, ohne ſonſt etwas zu hindern, die gänzliche Beſeitigung der Verfaſſung herbeigeführt, oder doch nur traurige Reſte feudalen Ständeweſens übrig gelaſſen haben würde.

Auch auf Seite der Konſtitutionellen gingen die Meinungen auseinander. Ihr hervorragendſter Führer, Vincke, enthielt ſich der Wahl; nicht minder der Präſident der ſeitherigen Volksvertretungen, der ehrenwerte Grabow. Ohne die geſchehene Vergewaltigung und Rechtsverletzung zu verkennen, entſchied ſich Harkort dennoch für energiſche Teilnahme am bevorſtehenden Wahlgeſchäfte. Wer ſich, erklärte er, im Kampfe der Parteien immer dann vom Schlachtfelde zurückziehen wolle, wenn der ſeitherige Rechtsboden beeinträchtigt werde, prämiiere dadurch gewiſſermaßen ein ſolches Verfahren und gebe dem Gegner Raum und Anlaß, auf dieſem Wege fortzufahren. In der Politik erſcheine als die beſte Taktik, unter allen Umſtänden

unentwegt weiterzukämpfen, dabei sich bietende Gelegenheiten auszunutzen und eine günstige Wendung der Verhältnisse abzuwarten. Der spätere Verlauf der Ereignisse wie die geschichtliche Erfahrung haben seiner Auffassung und Handlungsweise Recht gegeben. Vincke kehrte schon in der nächstfolgenden Session, und die demokratische Partei nach Beginn der Regentschaft, in die Kammer zurück, obgleich das noch heute gültige Dreiklassenwahlgesetz nicht die geringste Änderung, mithin die ursprüngliche Rechtsverletzung keine Sühne erfahren hatte.

Bei den im Juli vorgenommenen Wahlen beteiligten sich nur 26 Prozent der Wähler. Die politisch unreife Hauptmasse derselben hatte für Rechtsbedenken kein Verständnis und die politische Aufregung und Wahlarbeit gründlich satt. Der Bezirk Hagen-Altena-Iserlohn wählte seinen alten Vertreter abermals wieder; neben ihm an Stelle des die Wahl ablehnenden Vincke den vormaligen Minister Ernst von Bodelschwingh. Nach Eröffnung des Landtags am 7. August vereinigten von Auerswald, Beckerath, Patow und Harkort ungefähr 80 ihrer politischen Freunde um sich, welche, da die frühere demokratische Opposition ganz fehlte, als Fraktion den Namen „Linke" annahmen. Die bis dahin dunkle politische Zusammensetzung der neuen Körperschaft gewann gleich bei der Vorstandswahl Klarheit. Graf Schwerin ward mit 176 Stimmen zum Präsidenten gewählt, gegen 84, die auf den ehemaligen Obmann der Deutschen Nationalversammlung Simson fielen; demnächst der Letztere mit 140 Stimmen zum Stellvertreter neben 102 für den konservativen Grafen Arnim. Der konstitutionellen Linken stand also eine etwas stärkere Rechte gegenüber. Zwischen diesen beiden Hauptparteien bewegten sich verschiedene, vereinigt fast ebenso starke, Elemente unentschiedenen Charakters, deren Votum den Ausschlag gab.

Harkort beteiligte sich mit gewohntem Eifer an den Verhandlungen des Hauses. Wie in der aufgelösten Kammer ward er auch von der neuen Vertretung zunächst zum Mitgliede der Kommission für Finanzen und Zölle gewählt, in welcher er seine Thätigkeit vorzugsweise den in den beiden letzten Jahren allerseits vernachlässigten wirtschaftlichen Fragen widmete. Um diese der Einwirkung der politischen Parteien möglichst zu entziehen und einen neutralen Boden zu schaffen, auf welchem Sachverständige und Interessenten sich der gemeinsamen Besprechung derselben unterziehen könnten, hatte er bereits im Frühjahr 1849 aus Angehörigen beider Häuser eine „Gesellschaft für Handel und Gewerbe" gebildet und solche nach dem Zusammentritt der neugewählten Kammern wiederum ins

Leben gerufen. Diese freie Vereinigung, die sich in Harkorts Wohnung versammelte, erwies sich namentlich für die Belehrung der neu eingetretenen Mitglieder, sowie für die Vorberatung der dem Landtage vorliegenden Gegenstände von wesentlichem Nutzen. Im Plenum des Hauses redete er, stets auf die Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen bedacht, für die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Ursachen der Not der Schlesischen und Westfälischen Spinner und Weber, und verlangte zur Schonung der zerrütteten Finanzen größere Sparsamkeit in allen Teilen der Verwaltung, sowie möglichste Klarheit bezüglich der Domänenverpachtungen, mit denen zur Zeit des Absolutismus mancherlei Mißbrauch getrieben worden war. Er erörterte ferner die Notwendigkeit einer Bankreform im Sinne der Errichtung von Provinzialbanken, mit denen Spar- und Darlehnskassen verbunden werden sollten. Die lange Verzögerung der Vorlage der neuen Bergordnung (S. 214) veranlaßte ihn, einen Gesetzentwurf behufs Erleichterung von Konsolidationen, Feldaustausch und Grenzberichtigung markscheidender Gruben einzubringen. Den Bau der Saarbrücker Bahn, welchen der Handelsminister von der Heydt gleichzeitig mit der Ost- und der Westfälischen Bahn vorgeschlagen hatte, glaubte der älteste Herold des Deutschen Eisenbahnwesens nicht gutheißen zu dürfen, da diese Anlage auf Staatskosten nach seiner Meinung die steuerfreien Saarbrücker Bergwerke in den Stand setzen werde, die private Westfälische Kohlenindustrie zu unterdrücken, für deren uralte Klagen über unmäßige Steuerlasten noch immer nicht Abhilfe getroffen sei. Behufs Herbeiführung derselben wiederholte er seinen bereits in der Nationalversammlung gestellten Antrag, den Zehnten vom Brutto auf 5% vom Reinertrage, also auf die nämliche Höhe wie in der Rheinprovinz, zu ermäßigen. Er erklärte sich entschieden gegen Zwangs-Innungen und gegen den Betrieb industrieller Unternehmungen durch die Seehandlung, nicht minder gegen die Vermehrung der Berliner Polizei, welche gerade damals in dem schandbaren Prozesse Waldeck jenes „Bubenstück, ersonnen um einen Mann zu verderben“*), inszeniert hatte. Das schon auf dem Westfälischen Provinziallandtage von ihm bekämpfte Salzmonopol bezeichnete er als einen „Giftbaum, sowohl für Menschen und Thiere, als auch für den Ackerbau“. Sein Antrag, die Aufhebung des Monopols unter Einführung einer festen Salzsteuer zur Höhe von

*) Eigene Worte des Staatsanwalts Sethe in der Schlußverhandlung des Prozesses Waldeck.

5½ Millionen Thaler zu beſchließen, ward verworfen, um 17 Jahre ſpäter endlich zur Reife zu kommen. Bei Beratung der Regierungsvorlage, welche die Steuer vom inländiſchen Zucker auf 3 Sgr. vom Centner roher Rüben erhöhte, verlangte er die Ermäßigung dieſes Satzes auf 2½ Sgr. für kleinere Fabriken, ohne damit durchzudringen.

In Ausübung der wichtigſten und leider auch traurigſten Obliegenheit der damaligen Landesvertretung, der Verfaſſungsreviſion, ſtand Harkort, der mit andern Parteiführern in den betreffenden Ausſchuß entſandt worden war, feſt auf ſeite der Verteidiger des am 5. Dezember oktroyierten Grundgeſetzes. Die Regierung dagegen bot dem Lande das jämmerliche Schauſpiel dar, daß ſie ihr eigenes, feierlich verkündetes Werk im Stiche ließ und auf allerhand Schleichwegen die charakterloſe Kammermehrheit zu bewegen wußte, aus eigener Initiative die wichtigſten Beſtimmungen für des Volkes Recht zu beſeitigen oder doch möglichſt abzuſchwächen. Bei Beratung des berufenen Artikels 108, „die beſtehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben", ſprach er ſich für Streichung desſelben, alſo für das volle Steuerbewilligungsrecht, aus und trat in edelmütiger Weiſe für ſeine abweſenden demokratiſchen Gegner in die Schranken.

„Ich bedaure ſehr," ſagte er, „daß von dieſer Stelle aus ſo viele Angriffe auf die Nationalverſammlung gefallen ſind. Meine politiſchen Freunde und ich haben das Miniſterium zur Stunde der Gefahr treu und redlich unterſtützt, ohne auf Volksgunſt zu achten; und uns geziemt es jetzt, Jene zu vertreten, die als Abweſende ſich nicht vertheidigen können. Ich hoffe, dieſes Haus wird reich genug an Thaten ſein, daß es von eigenem Ruhme zehren kann und nicht nöthig hat, Anderer Namen zu ſchmälen." Zur Rechten gewendet, fuhr er fort:

„Es iſt wahr, der Rumpf jener Nationalverſammlung hat die Steuerverweigerung geboren in einer ungeheuer bewegten Zeit. Aber ich frage Sie, meine Herren: welche Strafe gebührt Denen, die, in Titeln und Orden, ſich noch jüngſt erkühnt haben, der Regierung eine Drohbrief zu ſchreiben, in welchem ſie ausſprechen, daß ſie einer möglichen Grundſteuer nur durch Militairgewalt weichen würden?

(Bravo und Hört!)

Meine Herren! Haben Sie einen andern Maaßſtab für Steuerverweigerer, die in Karoſſen fahren, und jene Bummler, die die Plakate des Rumpfparlamentes anſchlugen?"*)

*) Stenographiſcher Bericht der II. Kammer vom 25. September 1849.

Die äußerste Rechte wagte, obgleich sie in der Person von Kleist-Retzow später noch zum Worte kam, kein Wort auf diese schneidenden Hiebe zu erwidern.

Bei Art. 20 (jetzt 23) befürwortete Harkort mit Erfolg die Wiederherstellung der von der Ersten Kammer gestrichenen Bestimmung: „Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener."

Nach viermonatlichen mühevollsten Beratungen, in welchen die Volksrechte meistens nur Verkürzungen erlitten, war endlich zwischen beiden Kammern eine definitive Verständigung über die Verfassung zu stande gekommen. Schon glaubte man sich am Ziele und die ersehnte Eidesleistung durch den König unmittelbar bevorstehend, als am 7. Januar 1850 eine Allerhöchste Botschaft erschien, die abermals neue, früher für unmöglich gehaltene, Zumutungen an die Nachgiebigkeit der Landesvertretung stellte. Die Bildung einer Pairskammer aus Prinzen, Fürsten, Grafen und dgl. — der eigenste Wunsch Friedrich Wilhelm IV! — sowie die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes bildeten die Hauptstücke dieser überall tiefste Mißstimmung erregenden sogenannten „fünfzehn Artikel". Selbstverständlich stimmte Harkort gegen die ganze Reihe derselben und erklärte, als Manteuffel behufs Durchsetzung der Vorlage an den „Patriotismus" der Landboten appellierte:

„Ich erkenne die Richter unsers Patriotismus auf der Ministerbank nicht an! Wo waren im März die Pairs? Als in den trüben Tagen des November meine Freunde und ich im Ministerium erschienen, welches unter Waffen tagte, da habe ich wenig Holz von einem Pair am Kamin gesehen!"*)

Nach hartem Kampfe, in dem sich namentlich Alfred Auerswald und Patow Ruhm erwarben, wurden die 15 Artikel von der gefügigen Majorität schließlich angenommen, nunmehr die Verfassung als Staatsgrundgesetz verkündet und am 6. Februar 1850 vom Könige beschworen. Dem Volke erschien sie über alle Gebühr, der Reaktionspartei dagegen noch lange nicht genug verstümmelt. Friedrich Wilhelm IV. bezeichnete demnach auch in seiner charakteristischen Eidesrede das Konstitutions-Elaborat für „ein Werk des Augenblicks", das den breiten Stempel seines Ursprungs an sich trage und demgemäß auch zukünftig weiter verändert und immer mehr den „Lebensbedingungen Preußens" — wie er diese verstand

*) Im November 1848 versammelte sich das Kabinett Brandenburg in dem mit Soldaten besetzten und zur Verteidigung eingerichteten Gebäude des Kriegsministeriums in der Leipzigerstraße.

— entsprechend gemacht werden müsse. Er hoffe, das „Regieren mit der Verfassung werde ihm möglich gemacht" werden; nur in diesem Sinne wolle er dieselbe beschwören. — Mit solchen Wünschen des eidesleistenden Monarchen trat die arme Preußische Verfassung ins Leben. Sie ist immer ein vernachlässigtes Stiefkind geblieben.

Die geplagten, seit einem vollen halben Jahre ununterbrochen in Berlin anwesenden, Landboten hofften nun endlich ihrer so wenig erfreulichen Arbeit entledigt und zu den Ihrigen entlassen zu werden. Darin aber täuschten sie sich bitter, denn vor ihrer Abreise galt es vor allem noch, des Volkes Beutel zu öffnen. Die Regierung beabsichtigte, einiges Säbelgerassel zu veranstalten, um Österreich und den Mittelstaaten mit dem Unionsprojekte graulich zu machen, und verlangte unter nebelhaftester Begründung für eine eventuelle Mobilisierung der Armee die Summe von 18 Millionen Thalern. Wer solche Ansprüche erhebe, könne nur von der festen Absicht erfüllt sein, gegebenen Falles das Schwert zu ziehen und Preußens gerechte Ansprüche mit Waffengewalt durchzusetzen — meinte die vertrauensselige Linke und bewilligte den Kredit. Die Rechte dachte zwar nicht entfernt an einen Krieg mit Österreich, sprach aber gleichfalls ihr Ja, weil sie die Gewalt in Händen und jederzeit ein „Kulissen-Ministerium", wie Harkort es nannte, in petto hatte. In der Plenarverhandlung über die Anleihe (21. Februar), die nur eine halbe Stunde dauerte, befürwortete der Berichterstatter von Patow die Bewilligung „wo möglich mit Einstimmigkeit". Der einzige Widersprechende war Harkort. „Wenn diese 18 Millionen," erklärte er, „unabweislich für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes erforderlich wären, so würde ich sie gern bewilligen; allein die angeführten Motive genügen mir nicht." Seine eigene Fraktion stellte ihm von Beckerath entgegen, der „vertrauensvoll" der Regierung den Kredit zu geben empfahl. Als dann der zähe Westfale nochmals zu sprechen verlangte, verweigerte das Haus ihm das Wort, schloß die Debatte und nahm die Vorlage fast einstimmig an. — Noch ehe das Jahr zu Ende ging, wußte das Land, wer Recht gehabt hatte.

Ein anderer, gleichfalls noch in den letzten Wochen an das Haus gelangter, Gesetzentwurf erfüllte dagegen Harkort mit freudiger Genugthuung.

Unter den feierlichen Zusagen in dem die Oktroyierung der Verfassung begleitenden Königlichen Patente vom 5. Dezember 1848 stand die Vorlegung eines Gesetzes über Aufhebung der Grund- und Klassensteuerbefreiungen und wegen Einführung einer allgemeinen

Grundsteuer in vorderster Reihe. Indessen ging die sogenannte aufgelöste Zweite Kammer den Weg alles Fleisches, ohne daß die Regierung ihr Versprechen erfüllte, und auch in der Thronrede vom 7. August 1849 war mit keinem Worte von jener wichtigen, die überbürdeten westlichen Provinzen am meisten interessierenden Frage die Rede. Das bewog Harkort, unverzüglich einen während Hansemanns Verwaltung redigierten, von dem sogenannten Centralausschuß der Nationalversammlung unter Waldecks Vorsitz gutgeheißenen Entwurf als eigenen Initiativantrag vorzulegen und durch eine besondere Flugschrift: „Bemerkungen über die Grundsteuerausgleichung"*) die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf die Angelegenheit hinzulenken. Er wies darin nach, wie die Brandenburg-Preußischen Herrscher seit Jahrhunderten bemüht gewesen seien, in ihren Landen eine gleichmäßige Besteuerung einzuführen, doch stets bei dem grundbesitzenden Adel den schärfsten Widerstand gefunden hätten. Es sei ein Widersinn, die Grundsteuer als eine Rente oder als einen Kanon zu bezeichnen. In diesem Streite kämpfe das Sonderinteresse einzelner gegen die Provinzen und den Staat; unheimlicher selbstsüchtiger Einfluß habe nach 1820 die Suspension des Edikts von 1810 herbeigeführt. Neuerdings, wo abermals durch die Verfassung der Grundsatz gleichmäßiger Besteuerung feierlich proklamiert worden, machten sich ähnliche bedenkliche Einflüsse bemerkbar. Habe doch erst unterm 16. Juni des laufenden Jahres Herr von Bülow-Cummerow namens seines „Vereins zum Schutze des Eigentums"**) das Ministerium aufgefordert, zu erklären, daß, weil die „öffentliche Meinung" — nämlich jene des Adels — sich gegen den Hansemannschen Grundsteuergesetzentwurf ausgesprochen, sie die Sache einer näheren Prüfung unterziehen, d. h. beseitigen wolle. Schon sei die Wirkung die Einflüsterungen auf die Regierung bemerkbar. Demgegenüber müßten die benachteiligten Provinzen stets ihr gutes Recht fordern; und um dahin zu gelangen, werde er, der Verfasser, jedes Jahr einen dahin zielenden Gesetzentwurf einbringen. „Die Summe der bis heute erhobenen Grundsteuer" — schließt das Schriftchen — „soll nicht erhöht werden; wir erstreben nur die richtige Vertheilung oder die Niederschlagung für Alle. Eher wird nicht Friede sein zwischen Ost und West."

---

*) Berlin, bei Karl Reimarus. Oktober 1849. Zum Besten des Handwerkerbundes.

**) So lautete der offizielle Titel für das sogenannte Junkerparlament, das unter dem Präsidium der Herren von Bülow-Cummerow und Kleist-Retzow im August 1848 zuerst in Berlin tagte.

Die Kreuzzeitungsleute ſchäumten vor Zorn. Ihr Grimm war ohnehin aufs äußerſte erregt durch einen kurz vorher erſchienenen „Offenen Brief an Herrn von Bülow-Cummerow, die Grundſteuer betreffend, von Peter Minus, bürgerlichem Rechenmeiſter und ehemaligem Zugführer in der Berliner Bürgerwehr", dem Pſeudonym für Guſtav Scheidtmann, einem mit Harkort befreundeten Rat an der Königl. Seehandlung, aus Duisburg gebürtig. Wenn ſchon die ſcharfen, mit unwiderleglichen Zahlen gehärteten Hiebe dieſes ſehr gewandten Schriftſtellers die Junker in hohem Grade erbitterten, ſo noch weit mehr die ernſten wuchtigen Angriffe des im ganzen Lande hoch angeſehenen Parlamentariers, den ſie noch zu Anfang des Jahres als einen der Ihrigen betrachtet und ſogar in Hinterpommern gewählt hatten. Dafür aber erhielt derſelbe auch jetzt (November 1849) aus den Kreiſen Dramburg und Soldin ein gedrucktes Mißtrauensvotum, an deſſen Schluſſe gedroht wurde, man werde ihm dereinſt nachſagen, daß er es geweſen: „der in unverbeſſerlichem Starrſinn das Schlachtmeſſer ſchwang, um den Kaiſerſchnitt in das Fleiſch der Reaktion zu führen und damit nicht bloß Tauſende von Grundbeſitzern, ſondern auch die Hunderttauſende, welche von ihnen leben, in unabſehbares Elend zu ſtürzen." — Dies „unabſehbare Elend" beſtand in der Zahlung von Grundſteuer, welche zu leiſten die Großgrundherren bereits ſeit 1810 geſetzlich verpflichtet waren, aber 39 Jahre hindurch nicht entrichtet hatten!

Die Sache geriet endlich in Fluß. Von Harkort und anderen unterſtützt, interpellierte P. Reichenſperger die Regierung, wann endlich die Einbringung des verſprochenen Geſetzentwurfs zu erwarten ſtehe. Der Finanzminiſter von Rabe gab eine befriedigende Erklärung ab und reichte die Vorlage im Januar 1850 ein. Von der Finanzkommiſſion vorberaten, gelangte der Entwurf noch in der letzten Woche der Seſſion ins Plenum, wo Patow über ihn berichtete und als Hauptredner gegen das — mit großer Mehrheit angenommene — Geſetz die Abgeordneten von Kleiſt-Retzow und von Bismarck-Schönhauſen auftraten. Letzterer erklärte es für eine „unrichtige Vorausſetzung, daß die Aufhebung der Grundſteuerbefreiung nur reiche Leute trifft, vielleicht nur die Parias des neunzehnten Jahrhunderts, die Rittergutsbeſitzer".

Endlich erfolgte am 26. Februar der erſehnte Schluß der ſiebenmonatlichen mühevollen Seſſion. Als die Linke ſich trennte, tauſchten ihre Angehörigen zur Erinnerung an den 26. Januar 1850, den Entſcheidungstag für die 15 Artikel, ein Album aus, autographierte Sprüche der Mitglieder enthaltend. Harkort trug die Frage ein:

Freiheit, Volk und Fürst im Bunde —
Sprich, wann naht die schöne Stunde?

Vorläufig waren Freiheit, Volk und Fürst in Preußen weiter als je davon entfernt, mit einander im Bunde zu sein. Verschiedene unsichere Kantonisten der damaligen Linken verewigten sich in jenem Album durch freiheitatmende Sentenzen, die später wider sie zeugten, als sie zur herrschenden Partei übergingen und sich an die Futterkrippe eines nahrhaften Amtes anbinden ließen. Georg Beseler, der wackere Holsteiner, meinte die Freunde mit dem Spruche trösten zu können:

Als Demut weint' und Hochmut lacht',
Da ward der Schweizer Bund gemacht!

Man gedachte nämlich nunmehr endlich durch Einberufung des Reichstags, die „Union", den engern Deutschen Bundesstaat, fertig zu machen und rüstete sich zum Aufbruch gen Erfurt, allwo sich derselbe am 20. März 1850 versammeln sollte. Viele gute Patrioten schwebten in stiller banger Sorge, daß das Unternehmen zuletzt mit einem vollständigen Mißerfolge enden werde. Eine solche Selbsterniedrigung Preußens freilich, wie sie noch vor Ablauf des Jahres zur traurigen Gewißheit wurde, wagte damals niemand für möglich zu halten.

Das am 26. Mai 1849 zwischen Preußen, Hannover und Sachsen abgeschlossene sogenannte Dreikönigsbündnis hatte schon nach wenigen Monaten, als die Könige die Angst vor der Demokratie verloren, sich als faulbrüchig erwiesen. Mit Hilfe Rußlands ward Österreich im Spätsommer 1849 endlich Herr über die gewaltige Volkserhebung Ungarns, ließ nach errungenem Siege die tapferen Führer dutzendweise hängen oder, wie der technische Ausdruck lautete, „zu Pulver und Blei begnadigen", und versicherte, nun wieder übermütig geworden, die Deutschen Mittelstaaten seines kräftigsten Schutzes gegen alle Anmaßungen Preußens bezüglich des vorgeschlagenen neuen Bundes unter seiner Führung. Durch Preußen selbst von der Gefahr der Reichsverfassung und des Hohenzollernschen Kaisertums befreit, gegen die eigenen Pläne Preußens aber durch Österreich und das mit diesem verbündete Rußland sicher gestellt, konnten jetzt die Rheinbundskönige ungestraft ihr verräterisches, von Wien aus dirigiertes Spiel gegen die gehaßte Monarchie Friedrichs des Großen neu beginnen. Die stets schwankende Haltung Friedrich Wilhelm IV., welcher von dem Gedanken einer friedlichen Verständigung mit Öster-

reich und den Königen nicht abließ; die jeder Deutschen Politik feindliche Haltung der „kleinen aber mächtigen“ Hof- und Kreuzzeitungspartei; endlich die Unfähigkeit der Berliner Diplomatie gegenüber dem energischen, klugen und rücksichtslosen Fürsten Schwarzenberg kam den Gegnern Preußens dabei trefflich zu statten. Nach mehrmonatlichem Kampfe der Preußischen Bevollmächtigten im „Verwaltungsrate des Dreikönigsbündnisses (Bodelschwingh, Radowitz, Manteuffel) gegen die unverschämte Niedertracht Hannovers und die falsche Hinterlist des eben erst geretteten Sachsens kam es im Oktober 1849 anläßlich der Frage der sofortigen Berufung des neuen Reichstags zum Bruche. Jene beiden „unierten“ Königreiche erklärten, sie seien auf den Vertrag vom 26. Mai nur in der Voraussetzung eingegangen, daß der neue Bund alle Deutschen Staaten, außer Österreich, umfassen solle. Nachdem aber Bayern und Württemberg — die natürlich mit unter der Decke spielten — sich nicht angeschlossen hätten, erscheine das geplante Unternehmen nicht mehr durchführbar; mit Rücksicht auf den alten Bundesvertrag, welcher Einstimmigkeit verlange, dürfe eine Neugestaltung, oder auch nur die Bildung eines engeren Bundes, überhaupt nicht stattfinden. Da die kleineren Staaten ehrlich festhielten, so glaubte Radowitz, die Seele des Unionsprojektes und vertrautester Berater des Königs, mit diesen allein vorgehen zu können, und beraumte im Dezember 1849 die Wahlen auf den 31. Januar des folgenden Jahres an.

Durchdrungen von der Bedeutung dieses — sicherlich letzten! — Versuches einer Reform innerhalb des Rahmens des alten Bundes, bildete die Linke beider Preußischen Kammern ungesäumt einen allgemeinen Wahlausschuß und betraute Brünneck, Schwerin, Harkort, Simson und andere mit dessen Geschäftsführung. „Es muß rasch und ohne Zeitverlust der Deutsche Bundesstaat fest gegründet werden!“ lautete die Parole des Wahlaufrufes. Nach dem: wie? und: mit welchem Inhalt? fragte man schon nicht mehr; der alleinige Nachdruck ward auf das Wort: rasch! gelegt. Wie wenig bei längerem Zögern mit Verfassungswerken und Bundesstaatseinrichtungen herauskam, hatte man allerdings 1848 in Frankfurt und Berlin, und neuerdings wieder bei dem Bündnis mit Sachsen und Hannover sattsam erfahren. Man warnte jedoch ausdrücklich — die Demokratie hielt sich abermals fern — vor Wahlen der Rückschrittspartei, welche, wie der Aufruf betonte, nur das alte Preußen (das absolutistische) und das alte Deutschland (des Bundestags) wieder herstellen, von einer Verfassung aber am liebsten gar nichts wissen wolle.

Alle Anregungen und Aufrufe halfen nichts. Die Wahlen zum Erfurter Reichstage gingen unter noch weit kläglicherer Teilnahmslosigkeit des Volkes vor sich, als jene zur Zweiten Kammer im Juli 1849. Die Massen waren aller Politik überdrüssig geworden und hatten jegliches Vertrauen zur Deutschen Sache verloren. „Hätte man im April die Kaiserkrone angenommen, als sie von Frankfurt nach Berlin gebracht wurde, so brauchte man sich jetzt nicht von den Kleinkönigen zum Narren halten zu lassen!“ — war eine hundertfach gehörte Antwort auf die Aufforderung zur Wahl nach Erfurt. Indes bestätigte sich auch hier wieder der Erfahrungssatz, daß geringe Beteiligung der Wähler durchaus nicht immer nachteilig auf die Qualität der Gewählten einwirkt. Die für das Unionsparlament bestellten Vertreter waren durchweg tüchtige Leute und jedenfalls weit praktischer und erfahrener, als die Wortführer der 48er Versammlungen.

Als des Reiches Boten endlich am 20. März in Erfurt erschienen — Harkort für Hagen-Altena-Iserlohn als Abgeordneter zum sogenannten „Volkshaus“, — war wiederum eine kostbare Zeit verflossen. Hannover trat am 1. März definitiv aus der Union; gleichzeitig der verhaßte preußenfeindliche Hassenpflug als leitender Minister von Kurhessen ein; und am 15. März hatte der König von Württemberg seine Stände mit einer von Unverschämtheit strotzenden, Krieg gegen Preußen atmenden Rede eröffnet. Um so dringender erschien es der konstitutionellen Mehrheit notwendig, das Verfassungswerk schleunigst unter Dach und Fach zu bringen. Dieselbe bestand zum Teile aus Mitgliedern der Partei der Erbkaiserlichen der Paulskirche, die in Erfurt den Namen der „Gothaer“ trugen, weil sie, nach dem Scheitern der Frankfurter Reichsversammlung, sich auf einer Versammlung zu Gotha für die Durchführung des Dreikönigsbündnisses ausgesprochen hatten. Trotzdem die Regierungsvertreter sich — ein unerhörter Vorgang! der en bloc-Annahme des von ihnen selbst vorgelegten Verfassungsentwurfs widersetzten, und ungeachtet heftigster Bekämpfung desselben durch die von Stahl, Gerlach und Bismarck geführte altpreußische Reaktionspartei, ward der Entwurf binnen wenigen Wochen durchberaten und angenommen, so daß die Versammlung schon am 29. April 1850 geschlossen werden konnte.

„In diesem Parlamente wird nicht parlirt, sondern nur abgestimmt, und das ist dermalen das Beste, was wir thun können“ — schrieb Harkort an die Seinen. Darnach handelnd, hat er im Erfurter Volkshause kein Wort geredet. Der Verkehr mit den ihm seither

nicht persönlich bekannt gewordenen Männern der Paulskirche und den zahlreich vertretenen tüchtigen Elementen aus den kleineren Staaten erregte bei ihm lebhaftes Interesse und Zufriedenheit. „Hätten wir 1848 in der Berliner Singakademie halb so viele ruhige und vernünftige Leute gehabt, wie hier im Martinsstifte, so wären wir weiter gekommen!“ meint er in einem seiner zahlreichen Berichte aus Erfurt. Er erstattete diese an die „Konstitutionelle Zeitung“, ein von Hansemann gegründetes großes Berliner Organ, sowie an die „Spenersche“ und die „Elberfelder Zeitung“. Doch füllte solche Tagesschriftstellerei die Zeit des sich mit der Sonne erhebenden nimmermüden Mannes nicht aus. „Um die Langeweile nicht an mich kommen zu lassen, schreibe ich die Geschichte der armen Martha für den Volkskalender von Nieritz“, meldete er im April nach Hause. So entstand seine treffliche Volkserzählung „Flachs-Martha“, die in vielen tausend Exemplaren überall verbreitet, auch ins Polnische und Masurische übersetzt und wiederholt aufgelegt wurde*). Die Heldin der Geschichte, Martha, ist die arme Witwe eines bei Ligny gefallenen Landwehrmanns, welche sich durch Kultur von rohem Flachs und dessen Weiterverarbeitung während der Wintermonate redlich durchschlägt, ihre Kinder gut erzieht und für die übrigen Dorfbewohner in jeder Hinsicht das Muster einer braven Hausfrau darstellt.

Harkort hatte während seines Aufenthalts in Belgien die Wichtigkeit des Flachses und der Leinenindustrie namentlich für diejenigen Kreise, denen es im Winter an lohnender Arbeit fehlt, näher kennen gelernt und sich im Jahre 1849 aus Anlaß der parlamentarischen Untersuchung des Notstandes der Spinner und Weber eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Durch „Flachs-Martha“ beabsichtigte er die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf die Frage hinzulenken und ein Beispiel zu geben, wie in Volksschriften Unterhaltung mit Belehrung praktisch zu verbinden sei. Mit seinem Kollegen aus der Nationalversammlung, dem wackeren Ravensbergischen Landwirt Upmeyer, dessen Flachskulturen in Borgholzhausen Harkort besuchte, gab er 1851 das Schriftchen: „Der Westfälische Flachsbau, in seiner Anwendung auf das gesamte Deutschland“**) heraus. Das Vorwort schließt mit den bezeichnenden Worten:

„Führt dem Landmann Kapital zu, baut Wege, Kanäle, Eisenbahnen, errichtet Schulen jeglicher Art, hebt die Familie und die

*) Zuletzt bei Velhagen & Klasing in Bielefeld zum Besten des Rettungshauses in Schildesche erschienen.

**) Berlin 1851, Karl J. Klemann.

Gemeinde, befördert die Association — dann wollen wir ohne Parteirücksichten das Gute dankbar anerkennen, es möge aus den Händen eines Whig oder Tory kommen!"

Schleswig-Holstein war das Schmerzenskind Deutschlands. Durch den Wiener Kongreß als selbständige Herzogtümer in Personalunion an Dänemark ausgeliefert, nur für Holstein dem Deutschen Bunde angehörig, waren die Rechte seiner Deutschen Bevölkerung von den Dänen stets schändlich mißachtet worden. Der Frankfurter Bundestag ließ alles geschehen. Erst als König Christian VIII. durch seinen Offenen Brief vom 8. Juli 1846 rücksichtslos die Einheit des gesamten Dänischen Staates mit Einschluß der Herzogtümer proklamierte, empörte sich das seit 1840 wiedererwachte Deutsche Nationalgefühl gegen die Übergriffe des kleinen, aber frechen Nachbarn. Der begeisternde Gesang:

Schleswig-Holstein meerumschlungen,
Deutscher Sitte hohe Wacht!

erscholl gewaltig von der Eider bis zu den Alpen und weckte allerorten mächtige Sympathieen für den verlassenen Bruderstamm im Norden. Die März-Bewegung von 1848 brachte auch hier die Dinge zur Entscheidung. Als Christians Sohn, Friedrich VII., unter dem Druck der Revolution in Kopenhagen, eine einheitliche demokratische Verfassung für ganz Dänemarck mit Einschluß der Deutschen Herzogtümer verkündete, antworteten letztere mit einer einmütigen Volkserhebung. Das eingeborne Militär ging sofort zum Volke über und Preußen entsendete, unter formeller Anerkennung des Rechts von Schleswig-Holstein, schon Ende März seine Garden unter General Wrangel, welche die Dänischen Truppen nach Jütland zurückdrängten. Der Mangel einer Flotte auf Deutscher Seite, die Drohungen Rußlands und Englands, der Wankelmut Friedrich Wilhelm IV., welcher gar bald die nationale Erhebung der Herzogtümer als „Rebellion" zu betrachten lernte, verhinderten leider durchschlagende Erfolge. Am 26. August 1848 machte dem lau geführten Kampfe der von Preußen einseitig abgeschlossene Waffenstillstand zu Malmö vorläufig ein Ende. Nach Ablauf desselben ward der Krieg im März 1849 durch ein von dem Preußischen General von Prittwitz geführtes Deutsches Bundeskorps von neuem eröffnet. Die Wegnahme der beiden Dänischen Kriegsschiffe „Christian VIII." und „Gefion" durch die im Hafen von Eckernförde aufgestellten Strandbatterieen (5. April) erregte in ganz Deutschland unermeßlichen Jubel. Die kleine Schles-

wig-Holsteinische Armee unter General von Bonin schlug sich tapfer, während das von Prittwitz befehligte Bundeskorps, geheimen Berliner Weisungen folgend, um so langsamer operierte. Doch schon am 10. Juli trat abermals eine lang vorbereitete Waffenruhe in Kraft, welche die von der Reichscentralgewalt eingesetzte Statthalterschaft (Graf Reventlow und Wilhelm Beseler) nötigte, Schleswig zu räumen und sich mit den eingeborenen Truppen nach Holstein zurückzuziehen. Schleswig wurde inzwischen durch einen Dänischen und einen Preußischen Kommissar regiert. Am 2. Juli 1850 schloß dann Preußen, von Rußland gedrängt, für sich allein Frieden mit den Dänen, den im Stiche gelassenen Herzogtümern die Fortsetzung des Kampfes anheimgebend. Das brave Volk nahm denselben unerschrocken auf. An Stelle des von Preußen zurückberufenen Bonin, der das volle Vertrauen des Landes und der Armee genoß, trat als Oberbefehlshaber der General von Willisen, ein militärischer Schriftsteller von Ruf, aber als Stratege im Felde gänzlich unerprobt. Die zweitägige Schlacht bei Idstedt, anfangs günstig für die Schleswig-Holsteiner stehend, ward durch Willisen ohne Not aufgegeben und damit in einen Sieg der Dänen verwandelt (25. Juli). Ebenso unglücklich endete die Belagerung der Festung Friedrichstadt und ein Angriff auf die feindliche Stellung bei Missunde.

Gleich nach der unverzagten Wiederaufnahme des ungleichen Kampfes erscholl der Ruf: Zu Hilfe für Schleswig-Holstein! durch die Norddeutschen Gauen. In Westfalen, am Rhein und in Hannover bildeten sich Ausschüsse für Herbeischaffung von Geld und Mannschaften. Auf Ersuchen des Komitees der Grafschaft Mark reiste Harkort im August 1850 nach dem Kriegsschauplatze und erstattete über die Ausführung dieses Auftrags öffentlichen Bericht, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Deutschland schaut auf Schleswig-Holstein als das letzte Bollwerk seiner tiefgekränkten Ehre; denn dahin ist es durch der Fürsten Selbstsucht gekommen, daß man Jene Rebellen schilt, die ihr gutes Recht männlich wahren, und unsere tapferen Krieger ihre Helfershelfer nennt.

Wahrlich, wenn je eine dringende Mahnung erging: es thue Noth, daß alle Parteien des alten Grolles vergäßen, um das Vaterland zu retten, so war es jene, welche der Kanonendonner von Idstedt in allen deutschen Landen verkündete!

Zu den vielen Pilgern, welche jetzt hülfebringend ihre Schritte nach Schleswig-Holstein lenken, gesellte auch ich mich und halte es für Pflicht, öffentlich die durch eigene Anschauung gewonnene Ueberzeugung auszusprechen.

„Die Haltung des Landes ist eine einige, durchaus feste und würdige; ich habe keine Klage vernommen über die seit drei Jahren geforderten großen Opfer. Man ist entschlossen, das Aeußerste zu wagen. 600000 Seelen stellten und erhalten ein Heer von 30000 Mann. Im Verhältniß dazu würde Preußen 800000 Streiter aufrufen können zur Rettung seiner Selbstständigkeit und Ehre — wenn den Lenkern die moralische Kraft zur Seite stände! Man spricht nicht mehr von dem Briefe an den Herzog von Augustenburg*) und der kühnen Politik des Herrn von Schleinitz, sondern schiebt stillschweigend die Vorwürfe in das Gewissen jedes preußischen Ehrenmannes. Warme Anerkennung findet die Gesinnung und das Betragen unserer Truppen unter Bonin, die dem jungen Landesheere ein tüchtiges Vorbild waren.

In Altona fand ich Dänenhaß und reges kriegerisches Treiben; mit lautem Freudenruf gingen die eingekleideten Freiwilligen täglich nach Rendsburg ab. In Kiel herrscht entschlossene Ruhe: kein patriotisches Strohfeuer brennt, die Ueberzeugung spricht: jedes Opfer muß für Schleswig-Holstein gebracht werden.

Ueber Friedrichsort und das äußerste Wachtschiff hinaus segelten wir mit einem Fischerboot, um die feindlichen Schiffe zu sehen. Der Däne „Skiold" und neben ihm sein Mentor, das große Dampfschiff „Geyser", ankerten auf dem rechten Flügel und vier russische Linienschiffe verlängerten links die Linie und mahnten: Deutschland, du schliefst, erwache! Ihnen gegenüber in der Bai die kleine Holsteinische Flottille, welche bei Windstille kecken Muthes den Kampf mit den Riesen beginnt. Diese wunderschöne Kieler Bucht ist der beste deutsche Kriegshafen, dessen Erhaltung mit Friedrichsort allein einen Feldzug aufwiegt! Ein Kanal von zwölf Meilen, bereits genau vermessen und veranschlagt, würde von hier aus Linienschiffe bis zur Elbe bei Brunsbüttel führen.

Durch die reichen Gauen Schleswig's zog ich über das Schlachtfeld von Sehstädt nach Rendsburg. Das Terrain des ganzen Landes gleicht einer Vendee. Ueberall Wohlstand; kein Armer war zu sehen. Vorposten, Patrouillen, Bivouaks und die muntern kernhaften Mannschaften erinnerten mich an Preußens große Tage von 1813 und 1815. Wer heute die Gräber unserer Helden bei Danne-

*) Hier ist die Erklärung Friedrich Wilhelm IV. aus dem März 1848 gemeint, in welcher der König das uralte Recht Schleswig-Holsteins anerkannte und das Land dabei zu schützen versprach.

virke*) ſucht, der findet, daß der Däne über ihnen ſein Lager aufgeſchlagen hat. Da thut wahrlich ein Verein Noth zur Wahrung der Preußiſchen Ehre, deren gutes Schwert in blanker Scheide roſtet. Ein „Großmeiſter des Treubundes“**) iſt da, allein kein Blücher, Gneiſenau oder Hardenberg. Deshalb heißt es: „mit Allen, mit Vielen, mit Wenigen!“ oder auch allein mit dem Unverantwortlichen von Erfurt***). — —

„Endlich tauchte Rendsburg vor mir auf, dieſe alte deutſche Stadt, deren nördliches Thor die berühmte Inſchrift trug: „Finis Germaniae“. Seltſames Spiel des Schickſals! Auf den Wällen dieſes Bollwerks weht die letzte blutgetränkte deutſche Reichsfahne und um ſie verſammelt eine unverzagte Schaar von Holſten; unter ihnen Heinrich von Gagern, der alle Hoffnung verlor, nur den Glauben an deutſche Ehre nicht! Der Gürtel trefflicher Forts, welchen Williſen in unglaublich kurzer Zeit geſchaffen hat, macht den Dänen, in Betracht ihrer jetzigen Macht, jeden erfolgreichen Angriff auf die Feſtung unmöglich. — —

„Die Schleswig-Holſteiniſche Angelegenheit verdient Ihre Unterſtützung und die jedes deutſchen Patrioten, allein hoffen Sie nichts von den Berliner höheren Kreiſen. Man reiſet in die Bäder, ſieht die Rachel, hat nichts gelernt und alles vergeſſen, und ahnt nicht, daß der Anfang des Endes naht. Es herrſcht eine jämmerliche Geſinnungsloſigkeit, als ob ein zweites 1806 vor der Thüre ſtände.

Bauen Sie auf den Kern des Volkes, der bereits ſeine Söhne an die nordiſche Grenzmark ſendet; ergreifen Sie jedes ſtreng geſetzliche Mittel, um ſich ſeiner Hülfe zu verſichern; werfen Sie ein ſtarkes Bollwerk auf gegen die jämmerliche Intrigue durch die Macht der öffentlichen Meinung: — dann kann Schleswig-Holſtein gerettet werden! Und wo nicht, ſo wird der Fall des meerumſchlungenen Landes ein hiſtoriſches Denkmal ſein: den 1848 Gefallenen zum Hohne, den Lebenden zur Schande und der Nachwelt zum fluchwürdigen Gedächtniß!

Aber ich vertraue: die Männer auf rother Erde, der alte Stamm der Niederſachſen, werden ſich reinhalten von dieſer Schuld und ihre Brüder an der Eider nicht verlaſſen. Alſo vorwärts auf begonnener Bahn, dem Muthigen und Getreuen hilft Gott!

Berlin, 21. Auguſt 1850.“

---

*) Die Gräber der beim Sturm der Preußiſchen Garden auf das Dannewirk am 29. April 1848 Gefallenen.

**) Ein übelberüchtigter, reaktionärer Verein der Reaktionszeit.

***) Anſpielung auf General von Radowitz, welcher beim Unions-Reichstage zu Erfurt in nichtverantwortlicher Stellung amtlich auftrat.

Harkorts Bericht an das Märkische Hilfskomitee nahm seinen Weg durch sämtliche nationalgesinnte Deutsche Blätter und erzielte, trotz der dumpfen verzweifelten Stimmung, die immer größere Kreise erfaßte, erfreulichste Wirkung. Aus Kiel schrieb ihm sein sich dort aufhaltender Kollege aus der zweiten Kammer, der Geschichtsschreiber Max Duncker, welcher aus gleichem patriotischem Drange wie Harkort nach Schleswig-Holstein geeilt war, unterm 2. September:

„Ihr treffliches Schreiben in der Elberfelder Zeitung hat hier große Freude bereitet. Die Statthalter haben mich beauftragt, Ihnen dafür einen besondern Dank zu sagen. Man hofft, daß die Stimmung in Ihrer Provinz und außerhalb derselben dadurch eine bedeutende Anregung erfahren werde.

In den letzten Tagen ist überschlagen worden, was aus Deutschland eingekommen ist, baares Geld sowohl als Soldaten. Ersteres beträgt 200 000 Thaler, letztere 120 Offiziere, 2000 Unteroffiziere und Soldaten. Es reicht vollkommen hin, wenn Deutschland auch für den September 200 000 Thaler aufbringt. Die Summe ist auch nicht sehr erheblich. Verteilt man sie auf etwa Dreißig Millionen Contribuenten, so kommt auf jede Million nur 7000 Thaler."

Duncker schildert sodann die Erschöpfung Holsteins durch den langen Kriegszustand, betont die Notwendigkeit, demselben sofort mit 8000 jungen Mannschaften zu Hilfe zu kommen und schließt mit den Worten: „Deutschland muß also das Beste thun und die 8000 Mann schaffen, welche Willisen für den September haben will, um die Dänen am Ende des Monats zu vernichten. Ich glaube, dies ist möglich, wenn wir und alle unsere Freunde recht thätig sind und jede Provinz nur etwas thut. Wir rechnen hier nun namentlich auf Ihren Eifer und Ihre großen Verbindungen, auf die Sympathien Westfalens und den soldatischen Sinn der Provinz."

Der eifrige Patriot rechnete mit einem Deutschland, das nicht vorhanden, und mit 30 Millionen Deutschen, von denen der größte Teil infolge der Ereignisse der letzten drei Jahre dem ärgsten Pessimismus anheimgefallen war. Hatte Duncker doch selbst am Schluß der letzten Kammersession in das mit seinen liberalen Parteigenossen ausgetauschte Album (S. 429) den Spruch eingeschrieben:

O Deutscher ohne Vaterland,
Du Vogel ohne Nest,
Du Träumer an der Klippe Rand —
Wie ist dein Schlaf so fest!

Trotzdem verzweifelten die Freunde nicht und setzten ihre Thätig-

keit für das bedrängte nordiſche Grenzland unentwegt fort. Die Ehre Deutſchlands war an der Eider verpfändet! Das genügte, um zur äußerſten Anſtrengung anzuſpornen. Als ſchlimmſter Ausgang des Kampfes mit Dänemark erſchien ihrem Geiſte die Niederlage in offener Feldſchlacht. Ein ſolcher Untergang mit den Waffen in der Hand wäre ein Glück und eine Ehre geweſen im Vergleich zu der Schmach und Schande, in welcher die Schleswig-Holſteinſche Sache ſchon nach wenigen Monaten ohne jede eigene Schuld des unglücklichen Landes endete.

„Der deutſchen Nation erblühen auf dem Felde der Politik nur Diſteln und Dornen neben Demüthigungen aller Art" — begann Harkorts „Offener Brief an die Wähler und Wahlmänner der Kreiſe Hagen, Iſerlohn und Altena"*), den er im September 1850 an dieſe richtete — „um ſo mehr dürfte es an der Zeit ſein, die Aufmerkſamkeit auf die materiellen Intereſſen zu richten, um wenigſtens dieſe zu retten. Das ſicherſte Band der Bündniſſe iſt der gemeinſchaftliche Vortheil, und auf dieſem Wege errang Preußen, durch Bildung des Zollvereins, den einzigen großartigen Erfolg ſeit 1813. Bei aller Zerriſſenheit bildete ſich in Deutſchland eine nationale Handelspolitik, die allein dem Auslande gegenüber eine geachtete und gefürchtete Selbſtſtändigkeit behauptete. Preußens deutſcher Einfluß iſt nur durch den Zollverein — trotz der Fehler ſeiner Diplomaten — begründet und verſtärkt worden und ſteht und fällt mit dieſem. Deshalb ſuchen Oeſterreich und das Ausland hier unſere verwundbare Stelle und die Parteiungen im eigenen Lager erleichtern den Angriff."

Mit dieſen Worten eröffnete der Verfaſſer des bezeichneten Schriftchens einen Vertheidigungskampf gegen die ſeit Abſchaffung der Engliſchen Kornzölle immer mächtiger eindringende Freihandels-Theorie, welche, von England und den Deutſchen Seeſtädten ausgehend und durch geſchickte Agitatoren als neues Evangelium geprieſen, in den Ackerbau treibenden Provinzen des Oſtens wie nicht minder in den Kreiſen des höheren Beamtentums zahlreiche Anhänger gewonnen hatte.

Auf das Beiſpiel Großbritanniens hinweiſend, das ſeine Rieſeninduſtrie unter Schutzzöllen habe groß werden laſſen, erklärte Harkort ſich zwar für das Prinzip des Freihandels, forderte aber „beſtehenden Verhältniſſen gegenüber" bedeutende Beſchränkungen bei ſeiner Anwendung. Mäßige Schutzzölle ſeien ein Erziehungsmittel unterdrückter

*) Elberfeld 1850. Sam. Lucas.

naturwüchsiger Gewerbe; allein bei Bewilligung derselben auf angemessene, zur Entwickelung nötige Zeit sollte die Skala der Verminderung bestimmt werden, um später freie Konkurrenz herzustellen. Vor allem gelte es, das Vaterland in den Hauptartikeln vom Auslande unabhängig zu machen, den nationalen Gewerbefleiß auf eigene Füße zu stellen und gleichzeitig die Ausfuhr der Fabrikate, gemäß dem Vorbilde Englands, möglichst zu vermehren. Als die wichtigsten, bei richtiger Behandlung eine hohe Blüte versprechenden Industriezweige bezeichnete er Bergbau und Hüttenwesen, die Leinwandfabrikation und die Kultur der Zuckerrübe. Es erscheine grundfalsch, den Ackerbau und die Industrie in Preußen in feindlichen Gegensatz zu bringen; — umgekehrt bildeten die Industriebezirke, sofern dieselben durch eine gesunde Handels- und Zoll-Politik konkurrenzfähig gegenüber dem Auslande erhalten würden, die wichtigsten und besten Märkte für die Landbau treibenden Provinzen des Inlandes. Hauptaufgabe bleibe es, Ackerbau und Industrie überall in richtige wohlthätige Wechselwirkung zu bringen. In Littauen gelte der Morgen Ackerland 15 Thaler, in Westfalen dagegen das zehn- und zwanzigfache. Es seien freihändlerische Agitationsmanöver, wenn man den notleidenden Ostseeprovinzen den geringen Eisenzoll, der im Jahre 1845 für Ost- und Westpreußen nur 24 690 Thaler betragen habe, als die Ursache ihres Darniederliegens darstelle. Jenen Landesteilen fehle die Hauptsache: das Hinterland, da Rußland, Polen und Österreich sich abschlössen; nicht minder aber auch ordentliche Verkehrswege. Während im ganzen Staate durchschnittlich auf $3^2/_3$ Quadratmeilen 1 Meile Chaussee entfiele, käme in Westpreußen auf 6, in Ostpreußen sogar erst auf 11 Quadratmeilen 1 Meile Chaussee. An diesem Punkte, durch Bau von Eisenbahnen und ordentlichen Straßen, sei der Hebel für nachhaltige Hebung des Ackerbaues anzulegen; nicht in thörichtem, dem Auslande zu gute kommendem, innerem Kampfe gegen einzelne Tarifsätze. Man solle die Durchfuhrzölle aufheben, Holstein wahrhaft mit Deutschland vereinigen, vermittelst eines ordentlichen Kanals die Ost- und Nordsee verbinden, dadurch den Sundzoll unschädlich machen und eine kleine Flotte schaffen, die unsere Ostseehäfen wenigstens vor dänischer Blokade zu schützen vermöge. Endlich müsse die Gesetzgebung Industrie und Ackerbau als Gleichberechtigte behandeln und sie durch Belehrung, Unterstützung und Schutz für aufstrebende naturwüchsige Zweige auf der Bahn des Fortschritts der freien Blüte entgegenführen. Dazu bedürfe es vor allen Dingen der Erhaltung und Ausbildung des Zollvereins.

In den Kreiſen der gewerbetreibenden Wähler von Hagen, Altena, Iſerlohn und darüber hinaus fanden dieſe Ausführungen durchweg Beifall; nicht aber bei den Großkaufleuten und Handeltreibenden der Metropole des Rheinlandes. „Die Stadt Köln," hatte Harkort beiläufig in ſeiner Flugſchrift bemerkt, „vertheidigt jetzt mit derſelben Konſequenz den unbedingten Freihandel als wie früher ihr Stapel-Monopol, und zwar aus reellen Gründen. Ihre Zuckerſieder verdienten Millionen am Sklaven-Zucker, indem ſie 5 Thaler Steuer zahlten und die Konſumenten 8 Thaler, und möchten deshalb den Rübenzucker des Inlandes unterdrücken. Sie wuchern noch heute mit einem Steuerkredit von $1^1/_2$ Millionen Thaler, und die Kolonialwaarenhändler pflügen mit demſelben Kalbe. Die kölniſchen Metallhändler wurden reich durch Ankäufe im Auslande und Beherrſchung des Marktes."

Die „Kölniſche Zeitung", welche ſich inzwiſchen zum angeſehenſten Preßorgane des Weſtens herausgebildet hatte und die freihändleriſchen Theorieen mit äußerſter Strenge verteidigte, blieb die Antwort auf den Angriff des furchtloſen Weſtfalen nicht ſchuldig. In einer Serie von Artikeln*) unterzog ſie Harkorts Brief an ſeine Wähler einer einſchneidenden Kritik. In die Einzelheiten derſelben einzugehen, fehlt hier der Raum; einige charakteriſtiſche Sätze mögen dem Leſer zeigen, wie diametral die Anſichten der Parteien einander gegenüber ſtanden und mit welcher Schärfe die Vertreter der Mancheſter-Doktrin jener Periode den Kampf führten.

„Daß die Regierung nicht Leute Eiſenbahnen bauen laſſe, die dazu Geld und Luſt haben, iſt allerdings eine der traurigen Folgen der Vielregiererei. Was hätte auch z. B. ein Handels-Miniſter**) zu thun, wenn er nicht das liebe Publikum mit ſeiner Wichtigthuerei chikaniren, wenn er alle Unternehmungen geſchehen laſſen würde, wie ſie der Vortheil der Individuen (sic!) denſelben eingiebt? Freilich, Herr Harkort, trotz der bittern Erfahrungen, welche er an der Einmiſchung der Regierung zu beklagen hat, iſt noch nicht ſo weit wie die Kaufleute Frankreichs vor 80 Jahren; das Laissez-nous faire iſt noch nicht ſein einfaches Programm." — —

*) Fünf Aufſätze unter dem Titel „Friedrich Harkort und der Schutzzoll" aus Oktober 1850. Leider liegt dem Verf. nur der letzte derſelben vor; doch giebt dieſer ein hinreichend klares Bild von dem Weſen und der Form der Polemik.

**) Damals in Preußen Auguſt von der Heydt.

„Wenn wir ihnen (d. h. den beim Schutzzoll an den Maschinen angestellten Arbeitern) die 100 Thaler Lohn ohne Arbeit geben, so ersparen wir noch für jeden Kopf, der gegenwärtig in den Armen-Anstalten arbeitet, die man Fabriken nennt, 100 Thaler!“ — —

„Daß der empfindlichste Verlust (für Ost- und Westpreußen) aber darin liegt, daß die Landwirthschaft ihre Produkte nicht mehr in gleicher Menge nach England schicken kann, weil die Hälfte der Rückfracht im Eisenzoll verloren gehen würde — das hat der berühmte Abgeordnete entweder selbst nicht gewußt oder wohlweislich verschwiegen.“ — —

„Wenn in der That das ganze Staatswesen von den Landwirthen unterhalten und dagegen von einigen Fabrikanten ausgebeutet wird, so darf man nicht überrascht sein, die Industrie der Landwirthe bedenklich beeinträchtigt und nicht auf hoher Blüthe zu sehen.“ — —

„Herr Harkort will schon wieder den Staat die Kanäle, Eisenbahnen u. s. w. bauen lassen! Wir sagen ihm, daß bei freiem Verkehr die Verkehrsstraßen nach Bedürfniß aus den Kräften der Bezirke, aus der Zusammenwirkung der Seestädte mit den Gutsbesitzern*) entstehen werden, ohne daß wieder die fatale Einmischung der Staatsmänner nothwendig wäre, welche schon so viel Unglück herbeigeführt hat.“

„Die constitutionelle Partei, wenn sie ihrem Principe der Freiheit, der Entwickelung, der Gerechtigkeit treu bleibt, könnte in strenger Consequenz ihrer Grundsätze in der Handelsfreiheit ein Element der Stärkung und die Majorität der Kammern für sich gewinnen.“

Der letzte Satz war ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl. Gebt uns den radikalen Freihandel, so verschaffen wir der konstitutionellen Partei die Mehrheit im gesetzgebenden Körper! lautete diese Antwort auf die durch Harkort beiläufig geäußerte Befürchtung: der Streit zwischen Freihandel und Schutzzoll werde eine Spaltung der bisherigen politischen Fraktionen in den Kammern hervorrufen.

Übrigens zählte die „Kölnische Zeitung“ in ihrem Kampfe für Freihandel und Manchester-Doktrin zahlreiche und angesehene Bundesgenossen in der Presse. Auch die „Konstitutionelle Zeitung“, welche damals von der Linken nur noch mit Mühe aufrecht erhalten

*) Seestädte und Großgrundbesitzer sollten die von der Freihandels-Partei in Aussicht genommene Koalition zur Durchführung ihrer Zwecke bilden.

wurde, ſtand auf freihändleriſcher Seite und verſagte ihrem alten Mitarbeiter die Bitte um Neutralität in Sachen der Zoll- und Handels-Politik.

„Hoffen Sie nichts von den höheren Berliner Kreiſen," hatte Harkort im Auguſt 1850 aus Schleswig-Holſtein nach Weſtfalen geſchrieben. „Man reiſet in die Bäder, ſieht die Rachel*), hat nichts gelernt und alles vergeſſen und ahnt nicht, daß der Anfang des Endes naht. Es herrſcht eine jämmerliche Geſinnungsloſigkeit, als ob ein zweites 1806 vor der Thüre ſtände."

Es kam noch ſchlimmer als 1806. Bei Jena war das alte Preußen mindeſtens nach tapferem Kampfe militäriſcher Übermacht und der Taktik eines großen Feldherrn unterlegen; die Schmach von Olmütz aber ward ihm ohne Waffengang, nur durch die grenzenloſe Schwäche, Unfähigkeit und Charakterloſigkeit der augenblicklichen Machthaber auferlegt.

Wenige Tage nach dem Schluſſe des Erfurter Reichstages trat auf Anregung des deutſchgeſinnten Herzogs Ernſt von Koburg-Gotha ein „Fürſten-Kongreß" in Berlin zuſammen. Dieſe Idee entſprach vollſtändig den romantiſchen Anſchauungen Friedrich Wilhelms IV. von fürſtlicher Majeſtät und Weisheit, zumal er ſelbſt ſich bei dieſem Anlaſſe hören und bewundern laſſen konnte. So ſehr erfüllte ihn dieſes Konferenz-Projekt, daß er dem Komponiſten Naumann Befehl erteilte, den Bibelſpruch: Die Fürſten unter den Völkern ſind verſammelt zu einem Volk! (Pſalm 47, V. 10) in Muſik zu ſetzen, damit derſelbe vom Dom-Chor geſungen werden könne. Der feine Spötter Alexander von Humboldt gab dem Künſtler dabei den praktiſchen Rat: „Sorgen Sie nur dafür, daß der heilige Geiſt und eine reine Harmonie wenigſtens in Ihrem Pſalm ſich vorfinden, denn in der Hohen Verſammlung wird es an beiden fehlen"**). Das traf vollkommen zu. Der Fürſtentag ließ ſich von dem durch einen Preußiſchen Gerichtshof wegen Geldunterſchlagung verurteilten Haſſenpflug ungeſtraft brüskieren und brachte nichts zuwege. Wenige Tage ſpäter ſchon nahmen verſchiedene ſogenannte Unions-Staaten an den, behufs Wiederherſtellung des alten Bundestags und Bekämpfung der Union von Öſterreich veranlaßten, Konferenzen in Frankfurt teil. Ein am 21. Mai durch den wahnſinnigen Unteroffizier Sefe-

*) Die berühmte Franzöſiſche Schauſpielerin, welche damals in Berlin gaſtierte.

**) A. Bernſtein: Revolutions- und Reaktions-Geſchichte. Band I, S. 352.

loge verübtes Attentat auf den König trieb letzteren naturgemäß nur noch mehr in die Arme der Reaktion und bot zur Unterdrückung der Presse und zu brutalen Polizei-Maßregeln aller Art willkommenen Anlaß. In den Nachbarstaaten herrschte dieselbe gesetzverachtende Willkür. Als die liberale Sächsische Kammer sich (Juni 1850) gegen die Teilnahme an den eben erwähnten Frankfurter Konferenzen aussprach und gegen die Reaktivierung des Bundestages protestierte, ward sie aufgelöst und das 1848 in aller gesetzlichen Form beseitigte alte Ständewesen verfassungswidrig von neuem ins Leben gerufen*).

Nach dem Willen Österreichs und der mit ihm verbündeten Kleinkönige sollte die Entscheidungsschlacht mit Preußen im Lande der verfassungstreuen Hessen geschlagen werden und als erster Helfershelfer dabei Hassenpflug („der Hessen Fluch") dienen, dessen Gewissenlosigkeit den weitgehendsten Anforderungen entsprach. Von den Ständen mit altem, nur zu sehr gerechtfertigtem Mißtrauen empfangen, vertagte er dieselben und schritt alsdann zur Auflösung der Landesvertretung. Nach Vorschrift der durch den mißhandelten Sylvester Jordan sehr vorsichtig entworfenen Verfassung von 1831 durfte die Steuererhebung nur bis zum 30. Juni erfolgen. Weitere Vorsorge für die Finanzverwaltung hatte infolge der von Hassenpflug vorgenommenen Auflösung nicht getroffen werden können. Da das ganze Land sich mit seinen Abgeordneten in vollkommenstem Einverständnisse befand, auch Wort, Geist und Handhabung der Verfassung unwiderleglich den Ständen Recht gaben, so hörte nunmehr die Steuer-Erhebung und Zahlung — welche ohne ständische Bewilligung eine schwere Verfassungsverletzung involvierte — auf. Die Neuwahlen fielen noch entschiedener als früher aus und zogen am 2. September eine abermalige Auflösung nach sich.

In Preußen stand die öffentliche Meinung mit ganzem Herzen auf seite der seit hundert Jahren von ihren nichtsnutzigen Landesvätern ausgesogenen braven Hessen. Nicht nur ihre Verfassungstreue erwarb ihnen überall — die Berliner Kamarilla und Kreuzzeitungspartei allein ausgenommen — volle Sympathie, sondern auch die klare Erkenntnis, daß in Hessen, wo das Volk bei der Union und Preußen

*) Gustav Harkort, Vertreter der Stadt Leipzig im Sächsischen Landtage, setzte im Verein mit seinen liberalen Parteigenossen dem Beustschen Staatsstreiche mannhaften Widerstand entgegen, ohne denselben dadurch aufzuhalten. Er weigerte sich, an der verfassungswidrigen Wiederherstellung der aufgehobenen alten Stände irgendwie Anteil zu nehmen, und wurde deshalb als sogenannter „Renitenter" seines Wahlrechtes für verlustig erklärt.

ausharren, der Kurfürst nebst seinem bösen Ratgeber dagegen mit Österreich gehen wollte, die Entscheidung über den letzten Deutschen Einigungsversuch fallen müsse. Aber man kannte in parlamentarischen Kreisen auch den Wankelmut und die Schwäche des Königs gegenüber seiner Umgebung und beschloß deshalb, auf schleunigste Einberufung der Landesvertretung hinzuwirken. Im Einverständnis mit andern, den gleichen Antrag erhebenden, Führern der liberalen Partei richtete Harkort am 12. September eine dahin zielende Eingabe an das Staats-Ministerium. In der Form höflich, in der Sache ausweichend, erwiderte Manteuffel: die Frage der Einberufung der Kammern sei bereits von der Regierung reiflich erwogen; die desfallsigen Absichten zu ändern, liege kein Grund vor, und dieselben öffentlich auszusprechen, fehle zur Zeit der Anlaß. Selbstverständlich sei die „verantwortliche" Staats-Regierung bereit, vor versammelten Kammern die Gründe für ihre Handlungsweise darzulegen. — Man wollte beim einmal begonnenen „ruere in servitium" nicht gestört sein.

Österreich und seine Verbündeten, durch maßgebende fürstliche Frauen von allen Vorgängen am Berliner Hofe genau unterrichtet, schritten ihren Weg rücksichtslos voran. Am 2. September ward der Frankfurter Bundestag förmlich als wieder zu Recht bestehend proklamiert, und zwei Tage später durch Hassenpflug die Forterhebung der nicht bewilligten Steuern dekretiert. Als der bleibende ständische Ausschuß mit sämtlichen höchsten Behörden und Obergerichten des Landes diese Verordnung alsbald für verfassungswidrig erklärten, verhängte das Ministerium, trotzdem allerorten die tiefste Ruhe herrschte, den Kriegszustand über das ganze Land. Abermals bezeichneten Behörden und Gerichte diese neue Maßnahme, für die auch der leiseste Schein eines Rechtsgrundes fehlte, als Verfassungsverletzung. Dessenungeachtet und trotz aller Provokationen erfolgte nirgendwo die geringste Gewaltthätigkeit, die der offenkundige Gesetzesverächter sehnlichst herbeiwünschte. Unfähig, auf diesem Wege zu seinem Ziele zu gelangen, entfloh Hassenpflug nunmehr demonstrativ mit seinem Herrn aus Kassel und wandte sich um Hilfe an den wiederhergestellten Bundestag, der sofort in freudiger Bereitwilligkeit beschloß, „die kurfürstliche Regierung aufzufordern, die ernstlich bedrohte landesherrliche Autorität sicherzustellen;" sich aber gleichzeitig vorbehielt, auch seinerseits alle zur „Wiederherstellung des gesetzlichen Zustands" in Kurhessen erforderlich werdenden Anstalten zu treffen.

Da Hessen noch formell zur Union gehörte, so mußte der aus-

gebrochene Streit verfassungsmäßig der Entscheidung des für die Unionsstaaten eingesetzten Bundesschiedsgerichtes unterbreitet werden. Preußen legte demzufolge unterm 26. September gegen den eben erwähnten, Kurhessen betreffenden, Beschluß des von ihm nicht anerkannten Bundestags formell Widerspruch ein; that aber nichts, um die braven Hessen — deren verfassungstreues Verhalten der König selbst im Stillen als „Rebellion" verurteilte — gegen die ihnen drohende Vergewaltigung zu schützen. Behörden und Gerichte blieben fest auf gesetzlichem Wege, obgleich Hassenpflug neben ihnen Kriegsgerichte in Wirksamkeit setzte. Das gesamte Hessische Offizierkorps war auf die Verfassung vereidet. Als dasselbe sich angesichts der brutalen Verletzung der Verfassung in der dadurch herbeigeführten Gewissensbeängstigung an den Kurfürsten wendete, lehnte dieser nicht nur jede Nachgiebigkeit ab, sondern ließ sämtlichen Offizieren die kategorische Frage vorlegen, ob sie seinen Befehlen unbedingten Gehorsam leisten oder den Kurhessischen Dienst verlassen wollten. Dadurch vor die Frage: ob Eidbruch oder materieller Ruin? gestellt, reichten sämtliche 240 Offiziere, bis auf 12, ihre Entlassung ein. Hassenpflugs Versuch, die braven Männer meineidig zu machen, war also zurückgeschlagen.

Unfähig, aus eigener Kraft die Verfassung umzustürzen, beantragte der Kurfürst nunmehr die „Bundes-Exekution", die in Frankfurt am 25. Oktober schleunigst beschlossen wurde. Damit war der Konfliktsfall zwischen der Union und dem Rumpfbundestage, zwischen Preußen und Österreich, in schärfster Form gegeben. Am 1. November überschritt eine schon bereit stehende Bayrisch-Österreichische Armee die Hessische Grenze; folgenden Tages geschah das Gleiche seitens zweier Preußischer Corps. Die Berliner Regierungs-Organe erklärten laut, Preußen werde „für die Rechte der Völker wie für die Rechte der Fürsten einstehen". Unmittelbar vor der tiefsten Selbsterniedrigung prahlte man noch mit hochtönenden Worten!

In Berlin hatte inzwischen (Ende September) der seitherige „Unverantwortliche", General von Radowitz, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an Schleinitz' Stelle übernommen. Nachdem einer der Fürsten nach dem andern abgefallen und die Union thatsächlich nur noch als ein Bündnis Preußens mit einer Anzahl Kleinstaaten erschien, war seine Aufgabe bedenklich genug. Österreich verweigerte die Anerkennung der Union, die in Berlin stets als Ehrensache Preußens erklärt worden war, in jeder Form. In dieser Lage glaubte man einen glücklichen Ausweg zu finden,

als der Russische Zar, der wegen seiner Energie und Rücksichtslosigkeit als eine Art Halbgott betrachtet wurde, sich zum Schiedsrichter zwischen Österreich und Preußen anbot. Ende Oktober erschienen in Warschau vor dem Selbstherrscher, dessen Hilfe 1849 das insurgierte Ungarn niedergeworfen hatte, einerseits der junge Österreichische Kaiser mit Schwarzenberg, andererseits der Prinz Karl von Preußen mit dem Grafen Brandenburg. Alle noch so weit gehenden Anerbietungen des letzteren wurden, unter Zustimmung des Zaren, von Österreich zurückgewiesen. Il faut avilir la Prusse, puis l'anéantir! hatte Schwarzenberg schon früher geäußert. Graf Brandenburg reiste ohne irgend welchen Erfolg nach Berlin zurück und starb dort wenige Tage später (6. November) — gebrochenen Herzens, wie das Publikum viele Jahre hindurch gläubig annahm, bis H. von Sybel diese Legende neuerdings grausam zerstörte.

Bei der Nachricht von der Überschreitung der Hessischen Grenze durch die Bayern und Österreicher hatte sich in Preußen eine mächtige Bewegung aller Gemüter bemächtigt. Der Volksinstinkt erkannte, der entscheidende Augenblick sei gekommen, entweder mit den Waffen in der Hand den übermütigen Angriff zurückzuschlagen oder sich schmachvoll zu unterwerfen. Obgleich seitens des Kriegsministers von Stockhausen für die Kriegsbereitschaft der Armee nichts geschehen war — Harkorts Mißtrauen gegen die Bewilligung der für die angebliche Durchführung der Union geforderten 18 Millionen erwies sich also vollauf begründet! (S. 427) — stellte Radowitz dennoch, im Einverständnis mit dem Prinzen von Preußen und im Vertrauen auf den wieder erwachten Volksgeist, den Antrag auf sofortige Mobilmachung (2. November). Der König selbst stimmte zu, erklärte indessen gleichzeitig: wenn die Mehrheit des Kabinetts, die er unbedingt beibehalten wolle, anders votiere, so werde er derselben zur Ausführung dieses nach Seiner Überzeugung verderblichen Entschlusses freie Hand lassen!!*). Es ereignete sich also das Unfaßbare, daß ein Preußischer Souverän in einer Lebensfrage seiner Monarchie der eigenen Entscheidung entsagte. Daraufhin stimmte die Minderheit des Kabinetts (Radowitz, Ladenberg und von der Heydt) für, die Mehrheit (Brandenburg, Manteuffel, von Rabe, Simons und von Stockhausen) gegen die Mobilmachung. Radowitz reichte daraufhin augenblicklich seine Entlassung ein.

Drei Tage später mußte Manteuffel, auf den an Stelle des

*) v. Sybel a. a. O. Bd. II, S. 31.

erkrankten Grafen Brandenburg die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übergegangen war, angesichts der fortdauernden Kriegs-Rüstungen und Drohungen Österreichs und des hinter diesem stehenden Rußlands selbst die Mobilmachung beantragen. Bei Bekanntmachung der desfallsigen Ordre durchbrauste begeisterter, patriotischer Jubel das Land; es atmete auf, wie von einem Alp befreit. Dieselben Landwehrmänner, die sich der Einberufung im Mai 1849 widersetzten, eilten jetzt freudig zu den Fahnen und ertrugen geduldig die zahllosen Mängel der Stockhausenschen Heeres-Verwaltung. „Ja wohl," schrieb der Prinz von Preußen wenige Monate später seinem alten Freunde Natzmer, „es war im November ein zweites 1813, nur vielleicht noch erhebender, weil nicht ein siebenjähriger fremdherrschaftlicher Druck diese Erhebung hervorgerufen hatte; es war ein allgemeines Gefühl, daß der Moment gekommen sei, wo Preußen sich die ihm durch die Geschichte angewiesene Stellung erobern sollte! — Es sollte noch nicht sein. Es muß wohl verfrüht gewesen sein und ich glaube, wir sehen die gehoffte Stellung für Preußen nicht mehr." Gott sei Lob und Dank dafür, daß er, der 1851 diese Worte trauernden Herzens niederschrieb, die damals „gehoffte Stellung für Preußen" — und noch weit mehr! — doch noch gesehen und erlebt hat!

Zuvor aber mußte der Kelch der Bitternis ausgetrunken werden. Unmittelbar nach der befohlenen Mobilmachung beruhigte Manteuffel, der trotz allem nicht an ernsthafte Verteidigung dachte, den Österreichischen Gesandten mit den Worten, dieselbe sei nur „zur Beruhigung der öffentlichen Meinung" beschlossen worden, und erteilte an General von der Groeben, den Preußischen Truppenbefehlshaber in Hessen, am 8. November die Ordre, nur die Etappenstraßen*) zu besetzen. Am nämlichen Tage kam es durch das stete Vordringen des Bayrischen Korps zu einem schwachen Zusammenstoß in der Nähe von Fulda, bei welchem das Pferd eines Preußischen Trompeters, der berühmte „Schimmel von Bronnzell", erschossen wurde. Am 15. November erklärte Preußen auf Österreichs Verlangen die Unions-Verfassung vom 26. Mai 1849 für aufgehoben. Die übrigen, noch treu zur Union haltenden, Regierungen murrten über solche Treu- und Gesinnungslosigkeit; aber was konnten diese Kleinen mit Protesten ausrichten?

*) Etappenstraßen nannte man jene in ost-westlicher Richtung durch Kurhessen führenden, die beiden damaligen Preußischen Reichshälften verbindenden Chausseen, deren Benutzung Preußen vertragsmäßig zustand.

Trotz steten feigen Zurückweichens ward die nämliche Spiegelfechterei, die man dem Volke gegenüber mit der Mobilmachung getrieben, auch noch vor den am 21. November zusammentretenden Kammern fortgesetzt, indem die Thronrede in hohem Tone verkündete:

„Wir fordern eine Einrichtung des Gesammt-Vaterlandes, die unserer gegenwärtigen Stellung in Deutschland und Europa würdig ist und der Summe der Rechte entspricht, welche Gott in unsere Hand gelegt hat. Wir haben ein gutes Recht, das wollen wir vertheidigen und so lange in kräftiger Rüstung unter den Waffen bleiben, bis wir der Geltung dieses Rechtes gewiß sind!"

Die Volksvertretung, vertrauend wie immer, glaubte das nur zu gerne. Graf Schwerin erklärte beim Antritt des ihm abermals übertragenen Vorsitzes:

„Wir haben heute einen Genossen unserer schweren Arbeit, der früher wenigstens nicht in dem Maaße erkennbar uns zur Seite stand. Es geht ein fester, kühner Geist durch unser Vaterland!

Wie Ein Mann hat sich die ganze wehrhafte Kraft der Nation erhoben auf des Königs Ruf und steht kampfbereit in den Waffen, des Befehls ihres Königlichen Kriegsherrn harrend. Wie aus Einem Munde tönt es uns aber aus allen Gauen des Vaterlandes entgegen: »Preußen will nicht Unbill dulden!«"

Der brave Pommer glaubte noch an ehrliches Spiel, zumal von allen Machenschaften und Intriguen nichts Genaues bekannt geworden. Zur Beantwortung der Thronrede im Sinne der Erklärung des Präsidenten Schwerin ward alsbald eine Kommission ernannt, welcher auch Harkort angehörte. Unterm 27. November schrieb dieser an die Seinen:

„Ob Krieg, ob Frieden? ist noch unentschieden; die Minister waren bis heute schweigsam vor der Commission. Wie versprochen, soll morgen Abend der Schleier gelüftet werden; wo nicht, so geht die Commission ihren eigenen Gang. Richtet Euch ein, als ob der Krieg vor der Thür stände.

Die allgemeine Stimmung ist sehr gut. Wenn nur entschlossene Leute am Ruder wären!! Manteuffel wackelt in seinem Sattel.

Der Redacteur der Constitutionellen Zeitung*) ist ausgewiesen worden; wir Abgeordnete führen die Redaction." — —

Die Regierung wußte sehr wohl, warum sie den „Schleier" nicht lüftete. Nicht zufrieden mit der Auflösung der Union und allen andern Konzessionen Preußens hatte Österreich drei Tage nach

*) Dr. R. Haym aus Halle, welcher in klarster Gesetzverletzung durch die Polizei aus Berlin vertrieben wurde.

Eröffnung der Kammern in einem formellen Ultimatum die Räumung Kurheſſens durch die Preußiſchen Truppen „binnen 24 Stunden“ verlangt. So vor die letzte Entſcheidung geſtellt, ließ ſich Manteuffel unter dem Vorgeben, dadurch mehr Zeit für die Rüſtungen zu gewinnen, bevollmächtigen, perſönlich mit Schwarzenberg zu verhandeln. Ohne nur deſſen Antwort abzuwarten, ob er ihn empfangen wolle, trat er den Canoſſa-Gang nach Olmütz an und bewilligte dort, die ihm erteilten Inſtruktionen mißachtend, alles, was der Öſterreicher verlangte: die vorbehaltloſe Aufhebung der Union, die Bundes-Exekution in Heſſen, die gewaltſame, von Rußland geforderte Unterwerfung Schleswig-Holſteins unter Dänemark, die Anerkennung des Bundestags. Als angebliche „Konzeſſionen“ Öſterreichs geſtattete man die Mitwirkung Preußens bei den vereinbarten Schandthaten in Heſſen und Holſtein und die Anberaumung von ſogenannten freien Konferenzen zum Zwecke vorgeſpiegelter Reviſion der alten Bundesverfaſſung. — Preußen war wieder geworden, was es von 1815 bis 1848 geweſen: der Vaſall Öſterreichs.

Am 3. Dezember erſtattete der Mann von Olmütz aus Anlaß der hinausgeſchobenen Adreß-Beratung der Zweiten Kammer Bericht über ſeine Niederlage. „Das Mißlingen eines Planes (der Union),“ meinte er naiv, „hat immer etwas Schmerzliches; es wirkt aber verſchieden auf den Starken, verſchieden auf den Schwachen. Der Schwache gelangt dadurch in eine Gereizheit; der Starke tritt wohl einen Schritt zurück, behält aber das Ziel feſt im Auge und ſieht, auf welchem andern Wege er es erreichen kann.“

Georg Vincke, welcher im Hinblick auf die Lage des Vaterlandes ſeine Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit des Wahlgeſetzes von 1849 unterdrückt und kürzlich für Aachen ein Mandat übernommen hatte, goß in einer von patriotiſchem Zorne flammenden Rede über die ſchmähliche Handlungsweiſe des Kabinetts die volle Schale ſeiner Verachtung aus. Auf die Politik Preußens gegenüber der Union und Schleswig-Holſtein zurückblickend, wies er nach, wie lediglich der Wille Rußlands hier entſcheidend geweſen, und faßte ſeine Empörung in die zwei Worte zuſammen: „Welche Miſère!“ Mit womöglich noch größerer Entrüſtung ſchilderte der ſchneidende Redner ſodann die Schmach, die man in Heſſen auf den Namen Preußens und insbeſondere auf die Armee gehäuft habe und ſchloß mit der berühmt gewordenen Forderung: „Weg mit dieſem Miniſterium!“

Dem Angegriffenen, welcher ſich naturgemäß nur ſchwach zu verteidigen vermochte, kamen von der äußerſten Rechten die Ab-

geordneten Kleist-Retzow und Bismarck-Schönhausen zu Hilfe. Der Kreuzzeitungs-Partei war die Union, ebenso wie jede andere selbständige Deutsche Politik Preußens, ein Greuel; nicht minder alles konstitutionelle und volksfreiheitliche Wesen, wie es in Hessen bestand. Die Schleswig-Holsteiner erschienen ihr längst als schlimme Revolutionäre, seit der große Zar Nikolaus, der Abgott aller Preußischen Junker, sie als solche in Acht und Bann gethan hatte. Sie erblickte nur Heil und Segen im festen Anschluß an Österreich, in Wiederherstellung des Bundesverhältnisses, wie es vor 1848 bestand; und diese Überzeugung machte sie unempfindlich für die Schmach, die Preußen in Olmütz auf sich geladen hatte. Der Adreß-Entwurf ward an die Kommission zurückverwiesen und beide Kammern dann sofort bis zum 3. Januar 1851 vertagt. Man wollte unterdessen vollendete, unverrückbare Thatsachen schaffen. Die Deutschen Patrioten fanden nicht Worte genug, um ihrem Grimm über die Selbsterniedrigung Preußens Ausdruck zu geben. Das Schärfste, leider auch das Richtigste, darüber hat damals ein Preußischer Diplomat, der Graf Pourtales, in einem Briefe an Bunsen ausgesprochen:

„Unsere Geschichte kann nichts aufweisen, was mit der Niederlage zu Olmütz zu vergleichen wäre. Unsere Kammern und unser Heer zusammentrommeln, um in Gala geohrfeigt zu werden, von Concessionen Österreichs zu sprechen, weil wir dem Henker Rechberg*) in Hessen einen Schinderknecht stellen dürfen, als Kuppler und Hehler nach Holstein nachzuhinken, mit Pauken und Trompeten, Protokollen und Urkunden unsre Schande verbriefen lassen zu müssen — das ist so niederschmetternd, daß ich keinen Ausdruck dafür finde!"

König Friedrich Wilhelm IV. malte sich in seinem Kopfe alle diese Dinge anders aus. Österreich habe, sagte er zum Englischen Gesandten, weit mehr bewilligt, als Preußen zu fordern berechtigt gewesen. Als das größte Glück aber betrachtete er es, daß durch die Übereinkunft von Olmütz ein Sieg Preußens über Österreich verhindert worden sei: ein Sieg, der bei der innern Zerrissenheit der Österreichischen Monarchie unvermeidlich gewesen wäre.

Der alte Ernst Moritz Arndt aber rief voll heiligen Zornes**):

Wohl Vieles wird vergeben und vergessen;
Doch nimmer Schleswig-Holstein, nimmer Hessen!

*) Der Österreichische Bundeskommissar für Kurhessen.

**) Biedermann, Dreißig Jahre Deutscher Geschichte. Bd. II, S. 64.

Elftes Kapitel.

Die Reaktionszeit.

„Gott im Himmel, welch ein Zustand in Deutschland!" Bunsen.

Inhalt: Session 1851. Erster Bürger- und Bauernbrief. Harkort vor dem Kriminalgericht. Rückkehr nach Wetter. Erste Londoner Weltausstellung. Kleist-Retzow in der Rheinprovinz. Session 1851/52. Harkort und Bismarck. Zweiter Bürger- und Bauernbrief und andre Schriften. Wahlkatechismus pro 1852. Session 1852/53. Krimkrieg. Session 1853/54 und 54/55. Neuwahlen. Peters, Lindenberg und der Potsdamer Depeschen-Diebstahl. Session 1855/56. Unterstützungskassen. Neuenburger Frage. Session 1856/57. Preußische Jahrbücher. Steins Denkmal. Session 1857/58. Hochzeit des Prinzen Friedrich Wilhelm. Erkrankung des Königs; Stellvertretung.

Als am 3. Januar 1851 beide Kammern wieder zusammentraten, war das Tafeltuch zwischen der verfassungstreuen Partei und Herrn von Manteuffel vollständig zerschnitten. Der Tag von Olmütz schied sie für immer voneinander. Manteuffel selbst hatte inzwischen die auswärtigen Angelegenheiten mit dem Präsidium des Kabinetts definitiv übernommen, und an seiner Stelle als Minister des Innern einen hartgesottenen Reaktionär, den Regierungspräsidenten von Westphalen, bestellen lassen. Ein Mann ähnlicher Färbung, von Raumer, ward für den ausgeschiedenen Ladenberg an die Spitze der Unterrichtsverwaltung berufen. Der auf dem Vereinigten Landtage und auch noch im Völkerfrühling von 1848 sich sehr liberal geberdende von der Heydt hatte zwar zu Anfang November mit Radowitz seine Entlassung eingereicht, sich aber schließlich doch nicht von dem geliebten Portefeuille trennen können, und war — trotz Olmütz — geblieben. Über die Stellung der Mehrheit der zweiten Kammer zu der in streng konservativem Sinne rekonstruierten Regierung gingen im Beginn die Ansichten auseinander; indessen sollte man darüber bald traurige Gewißheit erlangen. Bei Fortsetzung der durch die Vertagung unterbrochenen Beratung der Adresse, der einzigen Gelegenheit, sich über die neugeschaffene Lage öffentlich zu äußern, ward mit 146 gegen 142 Stimmen die einfache Tages-

ordnung beſchloſſen und damit jede unliebſame Diskuſſion unterdrückt. Die Konſtitutionellen — welche nach dem unparteiiſchen Zeugnis eines ſtreng demokratiſchen Organs*) „an Glanz des Namens, an Würde der bürgerlichen Stellung, an Klugheit und Entſchiedenheit des Auftretens es mit jeder parlamentariſchen Oppoſition in Preußen, vor und nach ihnen, aufnehmen konnten" — begannen nunmehr jenen ruhmvollen Kampf gegen die Reaktionspartei, aus welchem ſie nach faſt achtjähriger Dauer ſiegreich hervorgingen. Entſchloſſen, ſich von der Mehrheit keinen Maulkorb anlegen und die Wähler nicht in Schlaf lullen zu laſſen, ſtellte die Linke alsbald den Antrag, „einen Ausſchuß zur Unterſuchung der Lage des Landes zu ernennen". Bei der Verhandlung desſelben im Plenum breitete Vincke das ganze Sündenregiſter „unſeres doppelten Novembermannes" — wie die „Kreuzzeitung" lobpreiſend Manteuffel nannte — vor der Öffentlichkeit aus, dabei insbeſondere die ſchandbare Mißhandlung von Holſtein und Heſſen betonend. Der neue Premier hatte ſich nicht geſcheut, das gewiſſenhafte Verhalten der braven Heſſen als eine „Beamtenrevolution in Schlafrock und Pantoffeln" zu verhöhnen. Dafür geißelte ihn Vincke mit folgenden ſchneidenden Worten:

„Dieſe eidestreuen Beamten, abweſend, unglücklich, durch militäriſche Macht ſelbſt der Möglichkeit der Vertheidigung beraubt, wurden geſchmäht mit einem Ausdruck, der nicht einmal ein eigener, ſondern ein von einem längſt verſtorbenen, einer ganz anderen politiſchen Partei angehörigen Manne erborgter war; von einem Preußiſchen Miniſter, der ſelbſt einen Eid auf die Verfaſſung ſeines Landes geleiſtet hat. Sie wurden geſchmäht, weil ſie — ſtatt zur geſetzloſen Gewalt zu greifen — ſich einfach darauf beſchränkt haben, das zu verweigern, was ſie mit ihrem Gewiſſen, mit ihrem Eide und ihrer Überzeugung nicht in Einklang zu bringen vermochten. Dieſes Wort, der Spiegel dieſer Geſinnung, „die Beamtenrevolution in Schlafrock und Pantoffeln", wird von Generation zu Generation überliefert werden, ſolange es noch eine Deutſche Geſchichte, ſolange es noch einen ehrenwerthen Deutſchen Beamtenſtand giebt!"

Wie der Pudel das Waſſer, ſo ſchüttelte Manteuffel die Geißelhiebe des großen liberalen Redners von ſich ab. Er antwortete nur mit wenigen nichtsſagenden Phraſen, zumal er ja der Ablehnung des Antrages ſicher ſein konnte. Die während der erſten Seſſion noch zwiſchen rechts und links einher ſchwankenden, der Zahl nach ſtärkſten Elemente der Kammer unter Bodelſchwingh und Geppert

*) „Berliner Volkszeitung" vom 23. Mai 1886.

wurden schließlich, trotzdem auch sie die Regierungspolitik verurteilten, mit allerlei „jedoch" und „desungeachtet" in das ministerielle Fahrwasser zurückgelenkt. Der Vinckesche Antrag ward, da auch eine Anzahl Mitglieder aus der nicht unberechtigten Erwägung gegen ihn stimmten, daß man die Schmach des eigenen Landes nicht in noch weitere Kreise bringen dürfe, mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Mann von Olmütz blieb in der Berliner Kammer Sieger, um auf den Dresdener „freien Conferenzen" und in Frankfurt sich desto gründlicher in die Bedientenrolle hineindrängen zu lassen. Preußische Pioniere schlugen bei Lauenburg eine Brücke über die Elbe, damit Österreichische Exekutionstruppen nach Schleswig-Holstein rücken konnten, um dort den Dänen die Deutschen Patrioten vertreiben zu helfen*); und in dem armen Kurhessen hausten die „Straf-Bayern" unter den Augen des Preußischen Kommissars wie in Feindesland.

Jene „Disteln und Dornen neben Demüthigungen aller Art", welche Harkort in dem offenen Briefe an seine Wähler vom Jahre 1850 als die einzige Frucht der auswärtigen Politik Preußens bezeichnet hatte, trieben ihn naturgemäß bald wieder hinüber auf das ihm vertraute Gebiet der wirtschaftlichen Interessen. Er legte zunächst seinen vorjährigen Gesetzentwurf über Konsolidationen und Grenzregulierungen markscheidender Bergwerke abermals dem Hause vor und beantragte gleichzeitig, eine Kommission zu ernennen, um das System der Banken und Geld-Kreditinstitute des Landes zu untersuchen und über die im Interesse eines rascheren Geldverkehrs notwendig erscheinenden Reformen zu berichten. Da die Regierung die Herrschaft der Preußischen Hauptbank möglichst erhalten und kräftige Privatbanken nicht aufkommen lassen wollte, so fand sich die Kammer alsbald bereit, zu diesem Ende dem Antrage Harkorts die Spitze abzubrechen und ihn auf die lange Bank zu schieben. Ein desto erfreulicheres Resultat lieferte seine wiederholte Anregung in Sachen des Bergwesens, insofern der Handelsminister endlich selbst die bereits in der Nationalversammlung durch Harkort beantragte (S. 373) Ermäßigung der Bruttosteuer auf die Hälfte des seitherigen Zehnten in Vorschlag brachte und gleichzeitig einen Gesetzentwurf über die Verhältnisse der Miteigentümer eines Bergwerks vorlegte. Der letztere sollte für die

*) Zu Harkorts großer Freude und unter seiner Mitwirkung wählte die neuerrichtete Kirchengemeinde zu Haspe, wohin Harkorten eingepfarrt war, einen der würdigsten der vertriebenen Schleswiger Geistlichen, den Pastor Godt, zu ihrem Pfarrer. Nach glücklicher Verjagung der Dänen im Jahre 1864 wurde Godt in der Eigenschaft eines General-Superintendenten ehrenvoll in seine Heimat zurückberufen.

seit 25 Jahren vergeblich angestrebte allgemeine Bergordnung — wovon inzwischen nicht weniger denn zehn Entwürfe zu den Akten gelegt worden waren! — solange als Notbehelf dienen, bis man endlich an das ersehnte Ziel gelangen werde. Zum Glück trat auch die Kammer auf diesen dermalen allein praktischen Weg und brachte beide wichtige Reformgesetze noch kurz vor Schluß der Session zur Verabschiedung.

Anstatt nach der Kapitulation von Olmütz die auf den Kriegsfuß gebrachte Armee schleunigst zu demobilisieren und die Landwehr den Ihrigen zurückzugeben, ließ Manteuffel, um die Komödie des „Unterhandelns in Waffen" aufrecht zu erhalten, die Truppen noch monatelang hin und her marschieren. Das kostete natürlich schweres Geld. Die im Februar 1850 bewilligte Anleihe von 18 Millionen Thaler verschwand wie Schnee in der Sonne und als man den Rechenschaftsbericht über deren Verwendung legte, stellte sich noch ein Mehrbedürfnis von weiteren 14 Millionen heraus. „Das Geld ist unnütz verausgabt worden, um die Nation zu täuschen!" erklärte Harkort. „Es ist bewilligt worden zur Förderung der Deutschen Angelegenheiten, die in der Wahrung der Union und von Schleswig-Holstein bestanden. Nun behaupte ich aber, daß es dem Ministerium niemals ernst gewesen ist, diese beiden Sachen gründlich zu unterstützen." Dafür vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, fuhr er fort: „Was haben wir gehabt für unser Geld? Contremärsche auf den Etappenstraßen und Frachtgelder für die Eisenbahnen. Die Bewilligung ist vom 21. Februar; die erste Rüstung der Armee begann am 26. August und am 1. November war man noch nicht im Stande, die Hauptstadt zu decken!! — — Diese 32 Millionen sind nicht zur Entwickelung der Deutschen Angelegenheiten verwendet, sondern für Begräbniskosten verausgabt worden, und einen theuerern Leichenstein für die politische Ehre hat schwerlich in neuerer Zeit irgendeine Nation erkauft."

Schon früher ist angedeutet worden, daß Harkort, trotz seiner hochangesehenen parlamentarischen Stellung, nicht zu den besonders hervorragenden Rednern gezählt werden konnte. Eine Rede sorgfältig ordnen und sichten, sie künstlerisch aufbauen und ausschmücken, die Sache advokatisch plaidieren, widersprach durchaus seiner Natur. Desungeachtet machte er bedeutenden Eindruck bei Freund und Feind, weil das, was er sprach, stets das Gepräge des Wahren, Originalen oder Genialen trug. Nach Prüfung der Frage ging er in der Debatte geradezu auf den Widersacher los, erspähte dessen verwundbare Stelle und wußte diese dann, wie obiges Beispiel darthut, ohne großen Wortschwall, rasch und sicher mit kurzen

ſchlagenden Sätzen zu treffen. Der Hieb war ihm beliebteſte Deckung. So wenig er aber den Feind ſchonte, ebenſo wenig nahm er auch Rückſicht auf die Wünſche der eigenen Freunde, wenn dieſe in „ſtaatsmänniſcher Haltung“ leiſer auftreten, etwa des Hofes wegen die Gegner ſchonen, und mit ihrer eigentlichen Meinung zart zurückhalten wollten. Auf ſolche diplomatiſchen Manöver ließ er ſich niemals ein. Wie der Mann, ſo ſeine Schrift und ſo ſeine Rede; das fühlte jeder heraus und darin lag die Urſache ſeiner Erfolge im Volk und Parlament. Er erſchien immer als der Prophet des geſunden Menſchenverſtandes und von ihm konnte man, wie einſt von Herzog Adolf I. von Cleve-Mark ſagen: „Sein Nein war Nein gerechtig, ſein Ja war Ja vollmächtig, ſein Wort das war ſein Siegel!“

Weder jene noch andere vollberechtigte Angriffe gegen eine Politik, die nach Vinckes Worten „in ihrer weiteren Verfolgung die Würde und die Exiſtenz des Staates gefährdete“, brachten die Mehrheit ins Schwanken; vielmehr erteilte dieſe durch ein von der Mittelpartei entgegengebrachtes gefälliges Amendement der Regierung Abſolution und verurteilte das arme zahlende Volk in die Koſten. Zu den Anleihen traten neue Auflagen in Form der Einführung einer Klaſſen- und Einkommenſteuer. Harkort warnte: „Es gab früher die ſogenannten Steuerverweigerer; aber die Zeit kann auch kommen, wo die Steuerbewilliger ohne Ende demſelben Schickſal wie jene verfallen.“ Der betreffende Geſetzentwurf ſelbſt begegnete übrigens mehrſeitig ſympathiſcher Aufnahme, da auch die Rechte durch Annahme desſelben die Einführung der ihr am meiſten verhaßten Grundſteuer zu umgehen hoffte. Es gelang der Linken, die Beſtimmung durchzuſetzen, daß mit dem Jahre 1856 eine dem Mehrertrage über das bisherige Aufkommen entſprechende Ermäßigung aller Steuerſätze eintreten ſolle, „ſofern nicht die Verwendung des Mehrertrags zur Erleichterung der ärmeren Einwohnerklaſſen im Wege der Geſetzgebung feſtgeſtellt werde“. Die Erſte Kammer beſeitigte dieſe wichtige Klauſel, welche der Landesvertretung die Möglichkeit gegeben haben würde, einerſeits die Bewilligung der wichtigſten direkten Steuer an beſtimmte Zeitfriſten zu binden, andererſeits eine Entlaſtung der ärmeren Volksklaſſen herbeizuführen. Harkort bat dringend um Aufrechterhaltung des gefaßten Beſchluſſes. „Der Theil des Hauſes, dem ich angehöre, will auch die unteren Klaſſen erleichtern; deshalb haben wir uns vorbehalten, nach Ablauf von 5 Jahren beſtimmen zu können, daß die Reichen und Begüterten fortzahlen und wir die andern Steuern

verringern. Dazu haben wir sonst kein Recht, denn die bestehenden Steuern gehen auf tausend Jahre fort und bis in Ewigkeit"*). Alle Mahnungen blieben fruchtlos. Die zweite Kammer hob ihren früheren Beschluß auf und rief wesentlich dadurch jene Stagnation der Reform der Einkommensteuer hervor, unter welcher das Land noch heute nach fast vier Jahrzehnten leidet.

Die letzte traurige That der Versammlung bestand in der Beihilfe zum Westphalenschen Preßgesetze von 1851. Alle Bemühungen der Kommission, welcher auch Harkort angehörte, die schlimmsten Härten darin zu beseitigen, blieben erfolglos; die gefügige Mehrheit genehmigte widerstandslos das Elaborat der Herren Scherer und Quehl**). Nach der Annahme gaben 50 Mitglieder der Linken die schriftliche Erklärung zu den Akten, daß das Gesetz***) sowohl ausdrückliche Vorschriften der Verfassung verletze, als auch in andern Punkten mit dem Geiste der Verfassung nicht in Einklang stehe und zur willkürlichen Bedrückung der Presse die Mittel gewähre. Alsdann schloß Manteuffel die Session mit der pathetischen Versicherung: Die Revolution, in welcher Gestalt und wo sie auch auftrete, werde die Regierung Sr. Majestät wachsam und fest, sie werde Preußen gerüstet finden! An welche eigentümliche „Gestalt" der Revolution der Mann von Olmütz bei dieser Versicherung dachte, und wie man die Preßfreiheit zu handhaben beabsichtigte, hatte unser Freund inzwischen an sich selbst erfahren.

Seiner alten Gewohnheit getreu benutzte Harkort die unfreiwillige Muße der Vertagung zur Abfassung einer Schrift an die Wähler, die er „Bürger- und Bauernbrief" nannte, weil dieselbe, abweichend von seinen Arbeiterbriefen aus 1848 und 49, diesmal wesentlich für den besitzenden Kleinbürger und Bauern bestimmt war. Er ahnte nicht, welchen Sturm die wenigen Druckbogen er-

---

*) Art. 108 der Verfassung.

**) Der Abgeordnete Scherer, früher Anwalt in Düsseldorf und hochliberales Mitglied des sogenannten Vorparlaments, war von Manteuffel ins Ministerium berufen und dort mit dem Preß-Dezernat betraut worden; Dr. Quehl, vormals Kandidat der Theologie und dann Redakteur des radikalen „Danziger Dampfbootes", leitete das von Scherer gegründete „Litterarische Büreau" im Staatsministerium, welches an die Stelle der vormärzlichen Zensur die Beeinflussung setzte. Auf die Namen dieser beiden Gehilfen der damaligen Machthaber anspielend, pflegte Vincke bei Besprechung von Mißhandlung der Presse sarkastisch von „Scherereien und Quehlereien" zu reden.

***) Man nannte dasselbe auch das Gesetz der drei C, weil es auf dem System der Concession, der Caution und der Confiscation beruhte.

regen würden. Den Verlag hatte der Buchhändler Schneider in Berlin übernommen. Am 18. Februar berichtete dieſer, er ſei Tags vorher zur Polizei vorgeladen und ihm hier eröffnet worden, daß man von ſeiner Abſicht, eine Schrift des Abgeordneten Harkort unter dem Titel „Ein Brief an die Bürger und Bauern“ herauszugeben, Kenntnis beſitze. Geſchähe ſolches direkt oder indirekt, ſo werde ihm ſofort die buchhändleriſche Konzeſſion entzogen werden, und dies auch ſchon dann geſchehen, wenn die bezeichnete Broſchüre überhaupt durch irgendeinen Dritten an die Öffentlichkeit gelange; indem man annehmen müſſe, daß er, der urſprüngliche Verleger, dabei ſeine Hand im Spiele gehabt habe. Dergeſtalt in ſeiner ganzen Exiſtenz bedroht, ſandte der eingeſchüchterte Mann das Manuſkript dem Verfaſſer zurück und bat dringend, von jeder Herausgabe Abſtand zu nehmen. Natürlich konnte für Harkort von einem ſolchen Rückzuge um ſo weniger die Rede ſein, als er herausfühlte, daß die Regierung einen Schlag gegen die konſtitutionelle Partei zu führen und an ihm, dem einflußreichen Volksſchriftſteller, ein Exempel zu ſtatuieren beabſichtige. Er übergab demnach die Schrift unverzüglich in den Verlag eines anderen, weniger ängſtlichen, Buchhändlers, nachdem auf deſſen Wunſch bereitwillig einige einſchränkende Änderungen in der Faſſung bewirkt worden waren. Kaum hatte letzterer das neue Korrektur-Exemplar aus der Druckerei empfangen, als ſich (infolge erneuter Denunziation) auch bei ihm ein Polizeibeamter behufs Beſchlagnahme der, angeblich bereits ausgegebenen, Broſchüre einſtellte. Alle Vorſtellungen des neuen Verlegers, man könne doch nicht eine Schrift konfiszieren, deren erſt vor wenigen Stunden geänderter Inhalt der Polizei abſolut unbekannt, die überhaupt noch gar nicht einmal gedruckt, geſchweige denn ausgegeben ſei, blieben fruchtlos. Der Polizeipräſident von Hinkeldey erklärte: es ſei die unabänderliche Abſicht der Behörde, der Ausgabe und Verbreitung der Schrift durch die Konfiskation entgegenzutreten; und erreichte auf dieſe Weiſe ſchließlich die Auslieferung der inzwiſchen im Druck vollendeten Auflage. Beſchwerden des geſchädigten Verlegers bei den Gerichten hatten keinen Erfolg. Erſt nachdem die Angelegenheit in beiden Häuſern Anlaß zu öffentlichen Fragen gegeben, brachte der Juſtizminiſter nach Verlauf mehrerer Wochen den Antrag der Staatsanwaltſchaft an die Kammer, die verfaſſungsmäßig erforderliche Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen Harkort während der Seſſion zu erteilen. Die Strafkammer hatte die polizeiliche Beſchlagnahme aufrecht erhalten und angenommen, daß die Tendenz der beſchlagnahmten Schrift dahin gehe, „den Bürger- und Bauern-

ſtand gegen das in ihr näher bezeichnete Junkerthum anzureizen"*). Die mit der Vorberatung der Sache betraute Juſtizkommiſſion — es handelte ſich um den erſten Fall der gerichtlichen Verfolgung eines Abgeordneten ſeit Beſtehens der Kammer — befürwortete durch ihren Berichterſtatter Simſon (8. April 1851) die Erteilung der Genehmigung. Harkort ſelbſt bat mit kurzen Worten, dieſem Antrage einſtimmig beizutreten, indem er beruhigend hinzufügte, er hoffe ſeinen Streit „im Intereſſe des freien Wortes an einem andern Orte mit Ehren auszufechten". Vincke dagegen bezeichnete den Bericht der Kommiſſion für unvollſtändig. Die inkriminierte Schrift habe dem Antrage der Staatsanwaltſchaft nur in einem Exemplare beigelegen, das Haus erſcheine alſo über den Inhalt derſelben nicht unterrichtet und vermöge insbeſondere nicht zu beurteilen, ob es ſich hier nicht etwa um eine tendenziöſe Verfolgung handle. Um dieſer Unkenntnis abzuhelfen, würde es zweckmäßig ſein, wenn der Berichterſtatter den Bürger- und Bauernbrief dem Hauſe vorzuleſen die Geneigtheit hätte. Von „Aufhetzung gegen das Junkerthum" zu reden, ſei jedenfalls ein juriſtiſcher Nonſens, da man mit dieſem Namen nicht eine beſtimmte Klaſſe von Staatsbürgern bezeichnen, ſondern darunter nur — wie etwa beim Begriff Pietismus, Sozialismus u. dgl. — eine Anzahl unbeſtimmter Perſonen verſtehen könne, welche gewiſſe Ideen verträten. Über dieſe Anſicht entwickelte ſich zwiſchen den Abgeordneten v. Bismarck-Schönhauſen einerſeits, Vincke und dem Referenten Simſon andererſeits eine lebhafte Debatte, in welcher der jetzige Präſident des höchſten Deutſchen Gerichtshofes ſehr treffend hervorhob, daß man einen Angriff auf das „Junkerthum" ebenſowenig als Störung des öffentlichen Friedens betrachten könne, als beiſpielsweiſe einen Angriff auf das ſogenannte „Philiſterthum". Herr v. Bismarck dagegen erklärte, daß er ſich dazu rechne, wenn von einer Kategorie des Junkertums die Rede ſei. „Die Whigs und die Tories waren auch Ausdrücke," ſchloß der Redner, „die urſprünglich etwas Geringſchätziges bezeichneten, und

*) In der Sitzung der zweiten Kammer vom 31. März bemerkte der Schleſiſche Standesherr Graf Dyhrn bei der Debatte über die Verhängung des Belagerungszuſtandes: „Wenn Sie noch viele ſolcher Volksvertreter — auf Harkort zeigend — wie dieſen Mann mit weißem Haupte und geradem Rücken wegen dieſes Rechtes (der freien Meinungsäußerung) vor Gericht ſtellen, und dann vor Allem, wenn der Glanz der Vergangenheit Preußens und die Morgenröthe ſeiner Zukunft noch länger jenem großen Handelsmann im Oſten (dem Czaren) überantwortet wird — dann, meine Herren, werden Ihnen auch ſolche Geſetze nichts nützen, deren Paragraphen der kleinſte Hauch der Weltgeſchichte in alle 64 Strahlen der Windroſe entführen wird!"

seien Sie versichert, wir werden unsererseits den Namen des Junkerthums auch noch zu Ehren und Ansehen bringen." Kritiklose Bewunderer des späteren Deutschen Reichskanzlers weisen noch jetzt mit Vorliebe auf jenen Ausspruch des damaligen Abgeordneten der Zauche hin als auf einen solchen, den die spätere Zeit — insbesondere durch die Thaten dessen, von welchem er herrührte — glänzend bewahrheitet habe. Nichts kann falscher sein, als diese Behauptung. Das Junkertum, d. i. diejenige Kategorie von Eingesessenen, welche ohne andere Ansprüche als ihre Geburt den Staat und dessen Einrichtungen wesentlich für ihr Sonderinteresse*) auszubeuten suchte und beschränkten Geistes der Durchführung des Deutschen Berufes Preußens hartnäckig widerstrebte, ist auch bis zum heutigen Tage noch nicht zu Ehren und Ansehen gebracht worden. Und was den damaligen Redner betrifft, so steht die Thatsache fest, daß er seine große Laufbahn erst dann zu beginnen und zu vollenden vermochte, als er das Junkertum von sich abthat und jene Deutsche Politik erwählte, welche er früher mit äußerster Schärfe bekämpft hatte.

Zwei Tage nach erteilter Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung Harkorts während der Kammersession — lediglich darum handelte es sich bei der geschilderten Plenarverhandlung — erhielt das die Angelegenheit mit höchstem Interesse verfolgende Publikum Aufklärung über die von allen Seiten aufgeworfene Frage: auf welche Weise Hinkeldey oder Manteuffel Kenntnis von dem bevorstehenden Erscheinen der Broschüre und ihrem Inhalte erlangt hätte. Ein kleines Berliner Blatt: „Die Zeit", das Leiborgan des Ministerpräsidenten, brachte in seiner Nr. 84 einen längeren Artikel, in welchem zunächst der — scherzhaft gemeinte — Vorschlag Vinckes, die verfolgte Broschüre der versammelten Kammer vorzulesen, verurteilt und alsdann über das Bekanntwerden des Bürger- und Bauernbriefes ausführlicher Bericht erstattet wurde. Derselbe verdient zur Kennzeichnung der damaligen Korruption und Polizeiwirtschaft in seinem Hauptteile wörtlich mitgeteilt zu werden.

„Bei einem hiesigen Ministerialbeamten erschien eines Tages ein Individuum, mit dem der betreffende Beamte sonst in keinerlei

*) Der berühmte Deputierte, General Foy, charakterisierte während der Restauration das Französische Junkertum folgendermaßen: „L'aristocratie au dix-neuvième siècle: c'est la ligue, c'est la coalition de ceux, qui veulent consommer sans produire, vivre sans travailler, tout savoir sans rien avoir appris, envahir tous les honneurs sans les avoir mérités, occuper toutes les places sans être en état de les remplir!"

Verbindung geſtanden hat noch ſteht, und gab folgende Erklärung ab: Der Abgeordnete Harkort habe im Verein mit mehreren ſeiner Geſinnungsgenoſſen eine wahre Schandſchrift abgefaßt, die eine Maſſe von Verleumdungen gegen den Miniſterpräſidenten enthalte, mit offenbaren Lügen zur Unzufriedenheit aufrege und in vielen tauſend Exemplaren unter die Bürger und Bauern vertheilt werden ſolle. Er habe es daher für ſeine Pflicht als Patriot gehalten, den Beamten aufzuſuchen und ihn zu bitten, weitere geeignete Schritte zu thun, damit die verbrecheriſche Schrift ſchon in ihrem Entſtehen unterdrückt werden könne.

„Der betreffende Beamte war weit entfernt, Herrn Harkort ein ſolches Treiben zuzutrauen und fragte den Ankläger, wie er denn überhaupt dazu käme, gegen Leute zu denunciren, mit denen er früher ſelbſt verkehrt; wenn ihn aber zu dieſem Schritte die Hoffnung auf Belohnung treibe, ſo irre er ſich. Der Befragte antwortete: er handle aus reinem Intereſſe für die Regierung und die gute Sache! Er habe ſich allerdings früher zu jener Partei gehalten, ſei aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts als die allerſchmutzigſte Selbſtſucht die Triebfeder aller Handlungen der Eigentlichen ſei*). Sie führten die frechſten Reden über die Regierung, ſpännen die gemeinſten Intriguen und wühlten viel mehr als die Demokraten. Wenn man auch in dieſer und jener Beziehung mit der auswärtigen Politik nicht zufrieden ſei, ſo wäre hierdurch doch der bubenhafte Angriff nicht gerechtfertigt, welchen dieſe Eigentlichen gegen einen Mann wie den Herrn Miniſterpräſidenten ſchleuderten. Dieſe Herren bildeten ſich ein, weil ſie einen beſſeren Rock trügen und zum Theil vornehme Herren wären, ſich Alles das ungeſcheut erlauben zu dürfen, was ſie früher den Demokraten zum Vorwurf gemacht hätten. Da aber die Demokraten doch wenigſtens nicht zu ſo niedrigen Mitteln als die ehrgeizigen Eigentlichen griffen, die noch dazu immer die Worte Ehre, König und Vaterland im Munde führten, ſo haſſe er dieſe Eigentlichen glühend und werde Alles thun, um ihr Treiben an das Licht zu bringen und die Regierung auf ihre gefährlichſten Feinde aufmerkſam zu machen. Wenn übrigens der Beamte an der Exiſtenz jenes Manuſcriptes zweifle, ſo werde er es ihm auf einige Stunden bringen.

„Das Letztere geſchah am Abend. Nach einem Monat wollte die betreffende Perſon, die natürlich über die Art und Weiſe, wie

*) Die Linke pflegte in jener Zeit als die „eigentliche“ konſtitutionelle Partei bezeichnet zu werden, zum Unterſchiede von den Nützlichkeits- oder Opportunitäts-Konſtitutionellen der Fraktion Bodelſchwingh-Geppert.

sie zu dem Manuscripte gekommen war, weder Auskunft gab noch um solche befragt wurde, dasselbe zurück haben. In der Zwischenzeit war dem Ministerpräsidenten über die Handschrift, die übrigens noch mehrere Stellen enthalten haben soll, welche nicht mit zum Druck gekommen sind, Mittheilung gemacht worden. Se. Excellenz hatten sich aber jeden Schritt in dieser Sache mit dem Bemerken verbeten, daß Sie von solchen Schmähungen nicht betroffen werden könnten. Se. Excellenz sollen allerdings hierbei ihr lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen haben, daß die Parteileidenschaft Männer wie Harkort zu solchen Exzessen hinreiße; aber er könne nicht glauben, daß wirklich der verständige Theil des Publikums sich durch solche Lügen und Verdächtigungen bestimmen lassen könne. In Folge des Befehls Sr. Excellenz unterblieb daher alles Weitere. Die spätere Confiskation der Schrift steht mit jener Mittheilung des Manuscripts durch die oben erwähnte Person in keinem Zusammenhange. Die Confiskation ist vielmehr dadurch herbeigeführt, daß ein sehr verrufenes Subjekt, und zwar aus schnöder Geldsucht, über den Briefwechsel, der betreffs der Herausgabe eines Pamphlets zwischen dem Buchhändler Schneider und einer Leipziger Buchhandlung resp. Herrn Harkort geführt worden, und später auch über die hiesige Druckerei, in der es erscheinen sollte, Mittheilungen machte. Dieses selbe Subjekt ist es auch gewesen, welches später den Verdacht von sich selbst auf denjenigen zu lenken wußte, der früherhin das Manuscript in seinen Händen gehabt hatte.

„Es ist schließlich zu bemerken, daß das betreffende Subjekt ein sehr vertrauter Freund eines sehr vertrauten Freundes des Herrn Harkort ist. Sapienti sat! — es wird jeder genug und die Ueberzeugung gewonnen haben, zu welchen Mitteln und Bundesgenossen die Eigentlichen greifen."

Allerdings — Sapienti sat! Dem einsichtigen Leser beweist die vorstehende, für die Reaktionszeit typische Geschichte mehr als genug. Bei einem Ministerialbeamten erscheint also ein demselben unbekanntes „Individuum" und macht als „Patriot" und „aus reinem Interesse für die Regierung und die gute Sache" seinem gepreßten Herzen Luft über das verbrecherische Treiben des in „allerschmutzigste Selbstsucht" versunkenen Harkort. Der Ministerialbeamte hört die Denunziation schmunzelnd an, deckt sich zwar den Rücken, indem er Hoffnung auf Belohnung von vornherein als illusorisch bezeichnet, greift indes begierig zu, als der Denunziant das Manuskript ihm für einige Stunden vorzulegen sich erbietet. Statt dem „Individuum" sofort auf den Kopf zuzusagen: es könne nur durch Diebstahl oder

nichtswürdigen Vertrauensmißbrauch in den Besitz der Handschrift gelangt sein, hütet sich der wackere Beamte sorgfältig auch nur zu fragen, „wie sie (die betreffende Person) zu dem Manuskript gekommen", nimmt vielmehr die gestohlenen Papiere in Empfang, behält sie über einen Monat bei sich und legt dieselben — damit doch bei der Intrigue auch für ihn selbst etwas herauskomme! — alsdann seinem Herrn und Meister Manteuffel vor. Se. Excellenz vergißt ebenfalls sich zu erkundigen, auf welche Weise man das Manuskript erlangt habe, versäumt aber nicht, nach erfolgtem Bekanntwerden des Falles, denselben in seinem Leiborgan breit darstellen und sich selbst bei dieser schönen Gelegenheit als einen groß angelegten Charakter schildern zu lassen, welcher in seinem Edelmut jeden Schritt in dieser Sache untersagt, weil er von solchen Schmähungen nicht betroffen werden könne. Um gleichzeitig auch dem allmächtigen Hinkeldey, dem Manteuffel wegen seiner Selbständigkeit nicht grün war, einen Hieb zu versetzen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Konfiskation der Harkortschen Schandschrift nicht etwa auf die Findigkeit der Polizei, sondern auf die schnöde Geldsucht eines sehr verrufenen Subjektes zurückzuführen sei.

Der Berliner Philister, eben jener „verständige Teil des Publikums", an welchen der charakteristische Artikel der „Zeit" appellierte, mußte beim Lesen desselben nicht nur von tiefer Bewunderung für den großherzigen Ministerpräsidenten, sondern auch von Abscheu gegen die schlimmen Eigentlichen sowie gegen die Polizei ergriffen werden, welche sich mit jenem verrufenen Subjekte einließ. Letzteres hatte nämlich nur deshalb den besonderen Zorn des Soldschreibers der „Zeit" auf sich gezogen, weil es als erfahrener Polizeispitzel zu guterletzt noch „den Verdacht von sich auf denjenigen zu lenken wußte, der früherhin das Manuskript in seinen Händen gehabt hatte" — eben jenen kreuzbraven Manteuffelschen Ministerialbeamten, mit dessen eigentümlicher Thätigkeit die vorstehende offiziös bearbeitete Geschichte ihren Anfang nimmt. — Der wirkliche Hergang derselben war einfach folgender. Harkort hatte einen bei sich beschäftigten Schreiber wegen Unredlichkeit entlassen müssen, und letzterer aus Rache das auf dem Schreibtisch des Verfassers frei umherliegende Manuskript zunächst bei Manteuffel zu verwerten gesucht, um später noch — wahrscheinlich durch einen Dritten — die Denunziation bei Hinkeldey anzubringen*). Gleichzeitig mit jenem Schreiber ver-

*) Es ist unmöglich, von der damaligen grauenhaften Korruption der Polizei und ihrer Helfershelfer dem heutigen Leser ein nur annähernd klares Bild zu geben. Wer sich darüber unterrichten und die größeren Fälle kennen

schwanden sämtliche Briefe von Mitgliedern der Regierung und der konservativen Partei, welche zur Zeit des Zusammengehens mit den Konstitutionellen während der Jahre 1848 und 49 an Harkort gerichtet worden waren. In des Letzteren Nachlasse fand sich von dem umfangreichen und höchst interessanten Briefwechsel aus jener geschichtlich denkwürdigen Periode nichts mehr vor.

Ohne jegliches Vorwissen des Verfassers erschien der Bürger- und Bauernbrief anfangs Mai in Braunschweig. Die offiziöse „Preußische Zeitung" (sogenannte Adlerzeitung) meinte daraufhin: Das Verfahren Harkorts zeige, daß er, wenn auch nicht mit seiner Person, so doch mit seinen Schriften emigriere; „er flüchtet in den Schutz der außerpreußischen Gesetzgebung, um die inländische anzugreifen." Sowohl der Verfasser als der Verleger erwiderten auf diese Anzapfung wahrheitsgemäß, daß die in Braunschweig erschienene Schrift ein Nachdruck und ihnen über die Entstehung desselben gar nichts bekannt sei. Immerhin konnte jetzt durch diesen Nachdruck die brennende Neugierde des Publikums nach der „Schandschrift", für welche Manteuffel und Hinkeldey unbedachterweise eine gewaltige Reklame veranstaltet hatten, endlich befriedigt werden. Jedoch fanden sich alle, die dabei auf lang entbehrten Skandal oder pikante Enthüllungen rechneten, gründlich enttäuscht. Der schon vor seiner Geburt so grimmig verfolgte Bürger- und Bauernbrief entpuppte sich als eine volkstümlich gehaltene, sehr ernste und strenge Mahnung an den Mittelstand, treu zur Verfassung zu halten und das dieselbe untergrabende Junkertum energisch zu bekämpfen. Gleichwie der Verfasser in den Sturmjahren kopflosen Revolutionären und tollen Straßendemagogen furchtlos die Wahrheit gesagt hatte, während die sogenannten „Stützen des Thrones" ängstlich ins Mauseloch krochen,

---

lernen will, auch die litterarische Begegnung mit Menschen wie dem „Zeugen" Hentze, dem Direktor Stieber und Genossen nicht scheut, mag die Verhandlungen über den Prozeß Waldeck, den Kölner Kommunisten-Prozeß, gegen die Brüder Wiggers in Rostock, Ladendorf u. a. studieren. In Berlin hatte das Spionenwesen und Denunziantentum eine geradezu unglaubliche Höhe erreicht, so daß es selbst Hinkeldey häufig zu arg wurde. Fast in allen von Demokraten oder Liberalen bewohnten Häusern befand sich ein Angeber. Harkort besuchte damals häufig seinen Freund, den Stadtrat und Landwehr-Major Nobiling (S. 341), bei welcher Gelegenheit natürlich in vertrautestem Kreise auch auf öffentliche Dinge die Rede kam. Eines Tages ließ Hinkeldey dem Hausherrn durch einen Bekannten größere Vorsicht in der Unterhaltung empfehlen, da der Polizei ausnahmslos alles mitgeteilt werde, was an seinem Tische vorfiele. Bei näherer Untersuchung stellte sich alsbald einer der Diener des Hauses als Polizeispion heraus. — (Mündliche Mitteilung des Abgeordneten Goldschmidt, dessen Vater zu jener Tischgesellschaft gehörte.)

ebenſo furchtlos hielt er jetzt den Regierenden und dem Junkertum ihre Sünden gegen das Land vor. Als der Sünder Oberſter ward allerdings Manteuffel geſchildert.

„Ihr fragt vielleicht," hub er an, „warum ich mich in bedrängter Lage des Vaterlandes, in einer Zeit, wo Handſchlag, Wort und Eid in politiſchen Dingen gleich Waſſertropfen in Nichts zerrinnen, vorzugsweiſe an Euch wende?

Meine Rechtfertigung liegt im Ausſpruche des großen Miniſters vom Stein, dem Ihr die Befreiung des Landmannes und die Städteordnung verdankt, der da ſprach: „Nur vom Bauern- und Mittelſtande läßt ſich in Norddeutſchland noch etwas erwarten!" Ein ſo ehrenwerther Stand, der die Hauptſteuerlaſt aufbringt, deſſen Söhne die Stärke des Heeres bilden, auf deſſen Schultern die Erhaltung und Wohlfahrt des Staates ruht, muß den Muth haben, auf eigenen Füßen zu ſtehen und über Dinge, die ſein Wohl und Wehe betreffen, ſich ein ſelbſtſtändiges nüchternes Urtheil zu bilden. Die Wölfe in Schafskleidern ſuchen Euch die Verfaſſung zu verleiden, um das alte Zopfregiment wieder einzuführen; das heißt bei ihnen „Herſtellung des hiſtoriſchen Rechts". Bedenkt aber wohl: ohne die Nationalverſammlung und die Kammern wäre nie das Jagdrecht gefallen, kein Ablöſungsgeſetz, keine Gemeindeordnung erſchienen, und Gerichtsbarkeit und Polizei wären noch in der alten Hand. Haltet Ihr nicht feſt an dem erworbenen Gut, ſo tretet Ihr nach und nach in die alten Pechſtiefeln zurück." — —

„Wie aber ſteht denn eigentlich die Junkerſchaft zum Könige? Sie iſt es, welche einſt ihrem Landesherrn, dem Kurfürſten Joachim, ſchrieb: Wenn wir Dich kriegen, hängen wir Dich! Sie iſt es, welche dem Könige Friedrich Wilhelm I. die Steuern verweigerte und gegen welche dieſer Monarch ſeine Souveränität hinſtellte wie einen Felſen von Erz. Und dennoch frage ich: wieviel freies Bauerngut iſt nicht ſeit jener Zeit verſchwunden und Rittergut geworden? Die Junkerpartei iſt es, welche die großen Beſtrebungen des Freiherrn vom Stein um Eure Wohlfahrt eine Revolutionirung nannte, welche die Geſinnung des Volkes ertödtete, deren unverſchämte Schreier Friedrich Wilhelm III. auf die Feſtung ſchickte. Sie iſt es, von der der ehrwürdige Sack 1810 ſagte, „daß ſie Alles gethan habe, um die Verbeſſerung des Staates zu hemmen." — —

„Wie der Herr, ſo der Knecht," ſagt die alte Bauernregel. Haltet feſt an Eurem Recht und ſendet unabhängige Leute mit offenen Augen aus Eurer Mitte in die Kammern, ehe es zu ſpät iſt!

In der Zweiten Kammer ſitzen jetzt:

226 Beamte, und nur
20 Landleute,
14 Kaufleute,
13 Fabrikanten und Gewerbtreibende.

Eure Vertretung beruht alſo auf 20 Köpfen, während allein 47 Rittergutsbeſitzer anweſend ſind.“ — —

„Frei heraus geſagt: Die Junkerpartei iſt zum Sturz der gegenwärtigen beſchworenen Verfaſſung entſchloſſen und hat den Entwurf zur beſchränkten neuen, nach Art der Provinzialſtände, bereits fertig Man erſpäht nur die Gelegenheit.

Wohl verſtanden: es beſteht ein gewaltiger Unterſchied zwiſchen Junkerthum und Adel; denkt an die langen Halme im Kornfelde! Wir zählen eine Menge Ehrenmänner von Adel, die es wohl meinen mit dem Volke und andern ein Beiſpiel ſind in der Liebe zum Könige und zum Vaterlande. Dieſe werden uns nicht verlaſſen in dem Kampfe für unſer gutes Recht, welches endlich oben bleiben muß.“ — —

Der Brief beleuchtet weiterhin die Finanzpolitik der Regierung, welche mit Defizits und Anleihen operiere, und wendet ſich zur „Deutſchen Politik“ Manteuffels.

„Den ſeit 30 Jahren verſpotteten, von Preußen abgeſchworenen Bundestag hätte man ohne ſo viel Noten und Geſchrei wieder auf den Schlummerſtuhl ſetzen können! Das große Werk Friedrich Wilhelm III., den Zollverein, bringen wir in Gefahr. Kaiſerlichen Heeren, die vor 200 Jahren Magdeburg niedermetzelten und verbrannten, bahnen wir zu unſerer Schande neuerdings den Weg zum Deutſchen Norden, um in Fall der Uneinigkeit als Feinde in unſerem Rücken zu ſitzen; den Freunden geben wir den Abſchied — das Alles iſt unſere Deutſche Politik! In Baden, wo unſere Söhne geblutet, haben wir Raſtatt Hals über Kopf den Öſterreichern eingeräumt, und um Mainz ſchlichen unſere Verbündeten wie die Katze um den heißen Brei. Hamburg iſt verlaſſen und die Öſterreicher beherrſchen die Mündung der Elbe; Bayern ſaugen Heſſen ohne Vergehen und Urtheil aus und ein Haſſenpflug waltet im Lande. — — Preußen, welches ſelbſt die Kaiſerkrone ausſchlug, bahnt jetzt dem Hauſe Habsburg dazu den Weg! Der Starke von Olmütz tritt überall unter der Geringſchätzung Europas zurück. Der alte Fritz hat geſagt: Preußen darf nicht Öſterreichs und Rußlands Sclave ſein, es muß auf eigenen Füßen ſtehen! Allein Herr von Manteuffel kennt ſolchen Preußenſtolz nicht; verarmt an Conſequenz und Ehre gehen wir Hand

in Hand mit Öſterreich und leben, wie deſſen Miniſter ſagt, nur durch ſeine Gnade! — —

Unſere Politik gleicht den ſieben magern Kühen Pharao's. Sie hat Alles verſchlungen, was wir ſeit dem Frieden*) an Geld, Ehre und Einfluß aufgeſpeichert hatten. Öſterreich hat ohne Krieg Alles gewonnen, und Preußen hat ohne Krieg Alles verloren. Das iſt des Pudels Kern trotz der beliebten ſchönen neupreußiſchen Redensarten — und dafür zahlt das Land die Koſten der Mobilmachung! — —

Ihr könnt mich nun fragen: Was hältſt Du denn eigentlich von dem Herrn von Manteuffel? Rund heraus mit der Sprache! Gut, dazu will ich mir ein Herz greifen und die Wahrheit, d. h. meine Ueberzeugung, geigen, ſelbſt wenn man mir die Violine zerſchlüge.

Herr von Manteuffel iſt ehrenwerth als Privatmann und Büreaukrat, ein fleißiger, auf ſein Anſehen eiferſüchtiger Geſchäftsmann, allein die großen Fragen des Landes im Geiſte eines Stein oder Hardenberg zu löſen, dazu fehlen ihm die Ideen. Ein Robert Peel oder Canning iſt er nicht, allein Haugwitz und Lucchesini**) dürften noch übertroffen werden in Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten! Ein großer reformatoriſcher Gedanke der Geſetzgeber von 1810 fände keinen Raum zur Entwickelung in ſeinem Kopfe. Das, was geſchah, iſt eine Erbſchaft in Folge der Bewegung von 1848; keine freiwillige Gabe iſt es, ſondern abgedrungen durch die Umſtände und den lauten Ruf der Nation. Der alte Ziethen nahm ſein Hauptquartier in einem Dintenklecks und machte zur Freude des großen Königs von hier aus Front gegen alle Feinde. Herr von Manteuffel dreht das Manöver um und kommandirt aus ſeinem Dintenfaß „Kehrt“ nach allen Seiten. Kehrt wurde gemacht gegen das allgemeine Wahlrecht; Kehrt gegen die ſelbſtgemachte Verfaſſung, gegen das Mai-Bündniß und die treuen Freunde; Kehrt gegen die Dänen, gegen die Baiern; Kehrt in Baden und Heſſen, in Warſchau und Olmütz — Kehrt überall, nur nicht dem Portefeuille!“ — —

„Aus iſt mein Lied! Viele werden über mich herfallen und ſchelten; allein ich bin zufrieden, wenn Ihr einen alten Freund verſtanden habt, der Euch zuruft: Helft Euch ſelber! Saget nicht: Was geht es uns an? Wendet Euch den öffentlichen Dingen zu; haltet

*) Der Friede von 1815.

**) Die Leiter der traurigen Preußiſchen Politik 1805 und 1806.

fest an dem Grundsatz, daß Preußen groß geworden ist durch das Licht und laßt die Dunkelmacher nicht ferner Raum gewinnen. Fürchtet Gott, ehret den König und steht da wie Männer, die festhalten an Treu und Glauben und ihr gutes Recht nicht lassen wollen.

In Eurer Hand liegt das Geschick des Vaterlandes."

So lauteten die hervorstechendsten Stellen der „verbrecherischen Schandschrift"; — das also waren die „Masse von Verleumdungen" und „offenbaren Lügen"! Das Publikum verhöhnte den thörichten Übereifer der Behörden und selbst die Staatsanwaltschaft zeigte nur geringe Neigung, der Angelegenheit ernsthaft näher zu treten. Der Bitte des Angeschuldigten, ihn doch — wie ja beantragt und genehmigt worden — noch während der Dauer der Session vor Gericht zu stellen, ward keine Folge gegeben; im Gegenteil die vom 26. Mai datierte Anklageschrift Harkort erst gegen August zugestellt und Verhandlungstermin auf den 22. September anberaumt. Durch diesen Kniff brachte man es fertig, die Sache nicht mehr von Geschworenen, sondern nach Vorschrift des neuen, am 1. Juli 1851 in Geltung tretenden Strafgesetzes vom Kriminalgerichte entscheiden zu lassen. Die dagegen eingelegte Beschwerde blieb erfolglos. Den augenblicklichen Machthabern war gar viel an einer Verurteilung gelegen. Wurde Harkort, der Patriot, der Abgeordnete, der Volksschriftsteller von Gottes Gnaden, welcher seit 1848 im Gebiete der kleinen politischen Flugschrift Unerreichtes geleistet und energisch den Volkssinn vor Versumpfung zu bewahren sich bemüht hatte, verurteilt, so war das ein nicht zu überschätzender Gewinn für die Reaktion. Die Anklage lautete auf versuchte Störung des öffentlichen Friedens durch öffentliche Anreizung der Angehörigen des Staates zum Hasse oder zur Verachtung gegeneinander, und gründete sich auf die Annahme, daß der Verfasser der Schrift mit dem Ausdruck Junkertum oder Junkerpartei den „Ritterstand oder richtiger den angesessenen Adel" habe bezeichnen und Bürger und Bauern, an die sein Brief gerichtet sei, gegen jenen Stand habe aufreizen wollen.

Der im Beistande seines Kammer-Kollegen, Justizrats Ulfert, erschienene Angeklagte erklärte, er stelle sich mit demselben Vertrauen wie den ihm verweigerten Geschworenen jetzt vor die berufsmäßigen Richter. Sein ganzes öffentliches Leben spreche ihn frei von den ihm untergeschobenen Tendenzen. „Unter manchen Beweisen," fuhr er fort, „wähle ich die Allerhöchste Kabinetsordre vom 6. Dezember 1848 und bitte solche vorlesen zu dürfen.

Berlin, 6. Dezember 1848.

Mein theurer Brünneck!

Ich beauftrage Sie, da die gebieterische Nothwendigkeit Mich gezwungen hat, die Nationalversammlung aufzulösen und die Verfassung zu geben, Ihren Gesinnungsgenossen aus der Versammlung, den treuen und edlen Preußen, die der Stimme der Ehre und der Pflicht, so wie Sie, ausschließlich Gehör gegeben haben, in Meinem Namen Meinen wärmsten Dank, Meine herzlichste Anerkennung auszusprechen.

Sie, mein lieber Brünneck, haben einen großen Theil an diesem Danke. Empfangen Sie denselben mit selbstbewußter Befriedigung von

Ihrem wohlgeneigten König
Friedrich Wilhelm.

An den Alterspräsident der Nationalversammlung, Ober-Burggraf von Brünneck in Brandenburg.

„Meine Herren, ich gehöre zu den Männern, an welche der Königliche Dank gerichtet war. Manche von ihnen tagen noch jetzt in den Kammern. Und wenn nun die schlagende Majorität derselben heute auf den Bänken der Opposition sitzt, einige von uns sogar auf der Bank der Angeklagten: muß da nicht in dem Unbefangenen der Gedanke Hamlet's aufsteigen, daß irgend ein fauler Fleck sei in dem Staate von Dänemark? Damals erhob ich meine Stimme im Interesse der Krone und der Ordnung gegen die Partei der Anarchie, und Jene gaben mir Beifall, die mich heut verfolgen, obgleich die Meisten sich hinter die Fronte begeben hatten. Heute will man wieder blinde Werkzeuge; man vergißt die eigene Erfahrung und die Lehre, welche Napoleon von seinem Staatsrathe empfing: Sire, man kann sich nur auf das stützen, was fähig ist, Widerstand zu leisten! — —

Ich bin Royalist und in diesem Sinne ist unzweifelhaft der Brief verfaßt. Allein eben im Interesse der Monarchie halte ich fest an den Grundsätzen: daß man ein Königswort nicht drehen soll noch deuteln; daß heilige Versprechungen binden nach oben und unten; daß es außer den Rechten der Fürsten auch noch Rechte der Völker gebe."

Der Redner ging weiter auf mehrere Punkte der Anklageschrift widerlegend ein und bemerkte:

„Uebrigens acceptire ich das durch den Herrn Staatsanwalt gemachte Geständniß: daß unter dem Großen Kurfürsten verbrecherische Parteiumtriebe Einzelner stattfanden, die derselbe blutig zertreten mußte. Ich füge noch hinzu, daß, als Friedrich Wilhelm I. —

den Generalhufenſchoß in Preußen einführte, dieſelbe Partei ſchrie: Das ganze Land wird ruinirt werden! Allein der König ſchrieb: Tout le pays sera ruiné? Nihil credo, aber das credo: daß der Junkers ihre Autorität wird ruinirt werden! Eine Partei, welche der König „Junkers" nennt, darf auch wohl ein Schriftſteller ſo nennen!

Wenn ich darauf aufmerkſam machte, daß Bauerngut ſchlecht durch Rittergut vertreten ſei, ſo iſt dieſe Bemerkung ſehr praktiſch. Das Rittergut will keine Grundſteuer zahlen, es will nicht in den Gemeindeverband treten; das Rittergut will nur auf den Kreistagen über den Beutel der Bauern disponiren. Das nenne ich eine Löwentheilung!

Auf den ſeligen Provinziallandtagen hatten die Ritter $2^1/_2$ mal mehr Stimmen als die Bauern, deren Beſitz doppelt ſo groß iſt. Auf dem Kommunallandtage der Altmark erſcheinen 200 Ritter und nur 4 Bauern; nennen Sie das eine bauernfreundliche Vertretung?

Meine unzweifelhafte Rechtfertigung liegt in der Schrift ſelbſt S. 6, wo ich ſage: „Wohlverſtanden, es beſteht ein gewaltiger Unterſchied zwiſchen Junkerthum und Adel. Wir zählen eine Menge Ehrenmänner von Adel, die es wohl meinen mit dem Volke und andern ein Beiſpiel ſind in der Liebe zum Könige und zum Vaterlande." —

„Meine Herren, meine Vertheidigung iſt beendet; ich erwarte ruhig Ihr Urtheil. Ich fühle, daß es nicht allein mir gilt oder meiner Partei, ſondern einem verfaſſungsmäßigen Rechte der Nation! Die Frage iſt: ob fortan in den Staaten Friedrich des Großen das freie Wort eine Stätte finde oder ob es ausgewieſen werde in jene Länder, deren Verfolgte einſt Schutz ſuchten in einem erleuchteten Preußen, welches Gott gnädig erhalten wolle trotz allen Dunkelmännern, welche jetzt in ihm wühlen. Der Zeiger der öffentlichen Meinung iſt ſo weit vorgerückt, daß, ſelbſt wenn Ihr Urtheil mich träfe, Ihre eigenen Kinder mich für einen Märtyrer des freien Wortes halten würden.

Ohne das freie Wort und die Preſſe giebt es keine friedliche Schutzwehr gegen den Mißbrauch der Gewalt und Junkerthum jeglicher Art. Wer beide unterdrückt, der predigt Haß und Verachtung zwiſchen Regierung und Volk und ſäet die Drachenzähne der Revolution, die nur gedeihen können auf dem Boden des frevelhaft zertretenen Rechtes!"

Der Staatsanwalt erwiderte: er müſſe vollkommen beſtätigen, wie der Angeklagte mehr als einmal bewieſen habe, daß er ein

treuer, warmer Patriot sei. Er habe mit großem Bedauern die Anklage erhoben. Es könne aber auch, wie dies hier der Fall sei, ein Patriot gegen das Gesetz fehlen, und man könne nicht strenge gegen seine Feinde sein, wenn man auch nicht ebenso strenge gegen seine Freunde sei. Sein Antrag lautete auf 50 Thaler Geldstrafe für den Angeklagten und in jedem Falle, möge das Urtheil ausfallen wie es wolle, auf Vernichtung der inkriminierten Schrift.

Das Urteil lautete auf Freisprechung und Aufhebung der Beschlagnahme. Die zahlreich erschienenen, wegen Verweisung der Sache vor das Kriminalgericht für den Ausgang einigermaßen besorgt gewesenen Freunde und Verehrer Harkorts statteten dem Freigesprochenen ihre Glückwünsche ab; mit besonderer Herzlichkeit der voransitzende ehrwürdige Bischof Roß, Generalsuperintendent von Rheinland-Westfalen*). „Wenn ein Mann wie Sie, welcher 1848 in erster Reihe für den König gestritten hat, wegen eines freimüthigen Wortes auf die Armesünderbank kommt, dann ist unsereiner auch nicht mehr sicher!" meinte der alte Herr nicht mit Unrecht. Die demonstrative Anwesenheit des Bischofs bei der Verhandlung, die Verlesung des Dankschreibens an Brünneck, sowie das gänzlich freisprechende Urteil erregten in Sanssouci großen Zorn und sollen zu einem ungnädigen Handschreiben an den Justizminister, wegen des „schlechten Geistes" seiner Richter, Anlaß gegeben haben. Um nach der Vorschrift des alten Wrangel den König „stramm zu halten**), wurden Vorgänge, wie der hier in Rede stehende, durch die Kamarilla und die „Kreuzzeitung", deren Feuilleton eine Verleumdungskloake schlimmster Art geworden war, dem Monarchen stets in starker Übertreibung dargestellt. Hatte man doch Männer wie Vincke, Simson u. a. in der „Preußischen (Adler-)Zeitung" und sonstigen ministeriellen Blättern geradezu als Landesverräter bezeichnet!

Die Staatsanwaltschaft legte zwar gegen das Urteil erster Instanz Berufung an das Kammergericht ein, ohne jedoch bessern Erfolg als früher zu erzielen. Nach seiner Freigabe erlangte der Bürger- und Bauernbrief in allen Provinzen und Nachbarstaaten große Verbreitung, nicht minder ein Bericht über die Anklage, Verteidigung

*) Geboren 1772 zu Isselburg, gestorben am 27. Oktober 1854 zu Haus Loo bei Wesel.

**) Wrangel empfahl während der damaligen Zeit der Königin Elisabeth mehrfach: „Majestät, halten Sie mich den König man stramm und vor das Andere lassen Sie mir sorgen!"

und Freisprechung, welcher unter dem Titel „Harkort vor dem Kriminalgericht in Berlin“ in einer besondern Broschüre (Elberfeld, bei J. Baedeker 1851) erschien.

Während der dreijährigen politischen Sturm- und Drangperiode von 1848 bis 1851 hatte Harkort fast ausschließlich in Berlin gelebt, wo ihn der parlamentarische Beruf festhielt und seine unausgesetzte agitatorische und litterarische Thätigkeit ihn vollauf beschäftigte. Als letztere in der Session von 1849/50 anfing, höheren Ortes sehr unbequem zu werden, glaubte man den Versuch wagen zu dürfen, sich des unabhängigen Volksvertreters und mutigen Schriftstellers in sogenannter guter Manier zu entledigen, indem man ihn wegen Übernahme eines Generalkonsulates sondieren ließ, um ihn dort „kalt zu stellen“. Die Ausbreitung des Deutschen Handels, Seeschiffahrt u. dgl. standen ja unter den ihn interessierenden Dingen in vorderster Reihe, — also werde doch, kalkulierte man, der ganz vermögenslose Mann sicherlich „vernünftig“ sein und ein solch gut dotiertes, mühelosses Amt dankbar annehmen. Man erstaunte also höchlichst, als der beauftragte Unterhändler nach kurzer Zeit mit der groben Antwort zurückkam, der Sondierte verspüre gar keine Lust, sich auf moderne Art nach irgendeiner Botany-Bay*) deportieren zu lassen und verzichte ein für alle Mal auf jede Regierungsanstellung. — Etwas besser erging es einer Vereinigung von Rübenzuckerfabrikanten, deren berechtigte Interessen Harkort vom Beginn seiner parlamentarischen Wirksamkeit an mit Eifer und Erfolg vertreten hatte. Diese boten ihm 1850 das gutbesoldete Amt eines Geschäftsführers an, sofern er sich — unter Beibehaltung seines parlamentarischen Mandats — entschließen könne, seine ganze Thätigkeit ausschließlich dem neuen Wirkungskreise zu widmen. „Ich habe keine Bedürfnisse und will ein unabhängiger Mann bleiben!“ gab er zum Bescheid, und empfahl für die Stelle statt seiner einen anderen Parlamentarier, welcher früher die Erhöhung der Rübenzuckersteuer verteidigte, nunmehr aber aus einem Saulus ein Paulus wurde. Wenig behagte es freilich dem uneigennützigen Freunde der Zucker-Industrie, als ein Hauptbezirk derselben später, behufs Erlangung ministerieller Protektion, einen Famulus Manteuffels, den bereits erwähnten Dr. Ryno Quehl, zu seinem Abgeordneten erkor.

*) Weil verschiedene Personen, die 1848/49 den Regierenden zu tief in die Karten gesehen hatten, fern von Berlin im Konsulatsdienste angestellt wurden, pflegte man damals die Annahme eines solchen Postens spöttischerweise als eine neue Form der englischen Deportation nach Botany-Bay zu bezeichnen.

Harkort ging nach Westfalen zurück; — wußte er doch, daß dort auf heimatlicher Erde er seine stets als ein teures Kleinod verteidigte Unabhängigkeit am besten bewahren und, getragen von dankbarer Verehrung, inmitten gleichgesinnter Freunde in gewohnter Einfachheit leben könne. Er bezog in Wetter ein altes, schon vor vielen Jahren wegen Baufälligkeit verlassenes Schulhaus; auf einem jäh abfallenden Felsvorsprunge des Burgberges, dicht neben Kirche, Pastorat und seiner früheren Fabrik wunderbar schön gelegen. Einen Raum des oberen Stockwerkes gestaltete er zum Arbeits- und Schlafzimmer um; rings an den Wänden seine Bücherſammlung mit wertvollen Werken historischen Inhalts aus der Bibliothek des Pfarrers Aschenberg (S. 180), in der Mitte ein Schreibtisch mit dreibeinigem Eichenstuhl, welcher vormals am Herde des Pfarrhauses zu Elsey stand; in der Ecke das mit einem Bärenfelle bedeckte Bett, darüber sein in den Freiheitskriegen geführter Degen. Der Blick aus den Fenstern bot ein entzückendes Rundbild. Fast senkrecht unter sich die klare grüne Ruhr; südlich die Ruinen der alten Veste Volmarstein und als Wahrzeichen der neuen Zeit die Gitterbrücke der 1849 eröffneten Bergisch-Märkischen Eisenbahn, östlich der kegelförmige, schön belaubte Kaisberg, nördlich die steile dunkle Felswand des „alten Stamm", — auf dessen Höhe dereinst das Ehrendenkmal dessen emporragen sollte, der jetzt das alte Wettersche Schulhaus in dem dankbaren Gefühle bezog, dort wieder eine bescheidene Heimstätte für sich und die Seinen gefunden zu haben. Seine nächste Sorge galt dem Hombruch. Der bei weitem größte Teil der nach Vollendung der Eisenbahn wertvoll gewordenen Besitzung war, wie früher berichtet, 1847 zwangsweise verkauft worden; nur über ein kleines Restſtück schwebte noch ein Rechtsstreit. In den Kreisen der Westfälischen Grubenbesitzer, welche hauptsächlich seiner nie rastenden Thätigkeit und Zähigkeit (vgl. Kap. IX und X) die vor wenigen Wochen erfolgte Steuerermäßigung und die endliche Aufhebung der Staats-Bevormundung des Privatbergbaues verdankten, erörterte man den Vorschlag, aus freiwilligen Beiträgen jenen streitigen Teil des Hombruchs anzukaufen und ihm als Dank- und Ehrengabe seiner Landsleute zu übereignen. „Gebt Euch keine unnütze Mühe," erklärte einer der Beteiligten; „sobald Fritz Harkort von diesem Plane, der ja nicht geheim bleiben kann, hört, wird er uns einen Strich durch die Rechnung machen und bedeuten, uns nicht um seine Angelegenheiten zu bekümmern!" Da ein solcher Ausgang auch den übrigen mehr als wahrscheinlich erschien, so ließ man den Gedanken fallen. Zum Glück gelangte der erwähnte Rechtsstreit erst nach mehreren Jahren zur Entscheidung,

zu einer Zeit, als es ihm möglich geworden, den ihm ans Herz gewachsenen Fleck Erde aus eigenen Mitteln wieder zu erwerben.

Der Sommer 1851 führte ihn zum Besuche der ersten internationalen Weltausstellung nochmals über das Meer nach England. Seine Berichte über jenen großen friedlichen Wettstreit gewerbetreibender Völker sind leider nicht mehr vorhanden. Er zehrte jahrelang an den Wunderdingen, die sein Auge dort erschaut hatte, und ward nicht müde, bei jedem Anlasse auf das großartige Beispiel hinzuweisen, das der angelsächsische Stamm damit dem ganzen Erdkreise gegeben, und seine Landsleute anzufeuern, dem nachzueifern. „Schauet auf die Werke des Mittelstandes der civilisirten Welt!“ sagt er in einem seiner damaligen Aufsätze. „Er hat in London einen Krystallpalast erbaut, größer als die Wohnung eines Königs auf Erden. Nicht mit Raub ist der lichte Raum erfüllt, sondern mit den herrlichsten Schätzen des Gewerbfleißes und der Künste, den Trophäen der Civilisation. Und wenn wir dort die Königin eines freien Volkes inmitten desselben sehen, ohne Roß und Reisige, umgeben von dem Adel des Verdienstes, den Häuptern der Wissenschaften und Künste, den Erfindern, den Trägern des Verkehrs und den Abgeordneten des Gewerbfleißes und des Landbaues, dann beugen wir uns freudig vor einer Majestät, welche alle diese Strahlen der menschlichen Bildung in ihrer Krone vereinigt. Das ist unser Ziel, dahin wollen wir gelangen!“

Die Hoffnung, sein Vaterland, trotz allen politischen Jammers, an dies Ziel gelangen zu sehen, befestigte sich, wenn er in London selbst gewahrte, welche gewaltigen Fortschritte die Deutsche Industrie in jener vergleichsweise kurzen Spanne Zeit gemacht hatte, seit er vor einem Menschenalter zum erstenmal Britanniens Boden betrat (S. 153), um hier Anregungen und Erfahrungen zu sammeln und für die Heimat auszunutzen. „Das kann uns kein Engländer nachmachen!“ sagte er stolz, wenn er vor dem vielbewunderten, 100 Centner schweren Kruppschen Gußstahlblocke stand. „Dieses Ding da wird einer der merkwürdigsten Denksteine in der Geschichte der industriellen Entwickelung Deutschlands werden.“ Er hat Recht behalten: Die universelle Bedeutung des Essener Stahlwerks datiert thatsächlich von dem Momente an, wo Krupps großer Block in der ungeheuren Glashalle Josef Paxtons niedergelegt wurde. Auf den letzteren pflegte Harkort stets mit Vorliebe hinzuweisen, wenn irgendwo das Deutsche technisch-wissenschaftliche Drillsystem und die unbedingte Notwendigkeit von Staatsprüfungen verteidigt wurde. „Was wollt Ihr?“ warf er dann wohl ein — „Paxton war seines Zeichens ein

Gärtner, hat nie ein Examen gemacht und doch mit Fox und Henderson den schönsten Palast der Welt aus Eisen und Glas erbaut!"*)

„Gestern waren wir im besten Drucken und Expediren der Zeitung, worin Ihr letzter Artikel stand," meldete am 25. Juli der wackere Redakteur der „Elberfelder Zeitung", Dr. Rave, seinem langjährigen Mitarbeiter in Wetter, „als eine Wolke von Polizeibeamten in unsere Druckerei fiel und den Artikel confiscirte. Schon waren viele Exemplare nach der Post und Eisenbahn gebracht worden. Großes Rennen der Polizei dahin, um der fürchterlichen Dinger habhaft zu werden; der Zug nach Düsseldorf und Cöln war aber schon abgegangen. Darob wüthend ward mit dem electrogalvanischen Blitz hinterher telegraphirt, um die Schrecken der Polizei bei ihrer Ankunft in sichern Gewahrsam zu bringen. Mehrere Hunderte waren schon hier in der Stadt vertheilt; darob Rennen der Polizei nach allen Wirthshäusern, um die geistigen Raketen zu sammeln, ehe sie Zeit hätten, zu platzen und die Gemüther zu entzünden" — —

Die Elberfelder Polizei ging wahrlich nicht tauber Nüsse wegen so scharf ins Zeug, wie es hier Dr. Rave schildert. Nicht sowohl wegen der Harkortschen Artikel; denn diese waren nicht anders geschrieben wie früher und zeichneten sich nur insofern vor dem Bürger- und Bauernbrief aus, als das schlimme Wort „Junker" und „Junkertum" — das ja nicht mehr ausgesprochen werden sollte! — vollständig vermieden und durch die ebenso verständliche Kollektivbezeichnung „die Unaussprechlichen" ersetzt worden war. Aber vor wenigen Wochen war als Nachfolger des liberalen Oberpräsidenten Rudolf von Auerswald (des Ministerpräsidenten aus 1848) der ultrakonservative Herr von Kleist-Retzow in das Königliche Schloß zu Koblenz eingezogen; und was dessen Ernennung zu bedeuten hatte begriff jedermann. Durch Heirat mit der einflußreichen Familie Stolberg verwandt geworden, hatte der eifrige Kreuzzeitungsmann den Weg von seinem sandigen Rittersitze Kiekow nach dem schönen Koblenz, vom hinterpommerschen Landrat zum Oberpräsidenten der herrlichsten Provinz der Monarchie mit einem einzigen Sprunge zurückgelegt. Gleichzeitig mit ihm wurde sein Fraktionsgenosse, der Referendarius a. D. und Deichhauptmann Otto von Bismarck-Schönhausen, zum Gesandten Preußens beim wiedererwachten Bundestage in Frankfurt ernannt. Dank der gnädigen Vorsehung lernte

*) Paxton, ein Gärtner des Herzogs von Devonshire, entwarf den Plan zum Krystallpalaste, den die Ingenieure Fox und Henderson ausführten.

der letztere dort seine seitherigen Österreichischen Freunde aus nächster Nähe gründlich kennen, streifte im Laufe der Jahre den Junker ab und entwickelte sich zu Deutschlands mächtigstem Staatsmann, während Kleist-Retzow, nichts lernend und nichts vergessend, ein Junker blieb und sofort vom Rhein nach Hinterpommern zurückgeschickt wurde, als der Prinz von Preußen die Regentschaft übernahm und dem Unfug der Reaktionsperiode ein Ende machte. Bis zu diesem ersehnten glücklichen Momente aber waren es damals freilich noch volle sieben Jahre. Zunächst begann Kleist-Retzow die Rheinländer die Segnungen echten Junker-Regimentes fühlen zu lassen. Diese machten grimmige Gesichter zu seiner, ihr politisches Selbstgefühl tief kränkenden Ernennung, doch empfand man in den andern Provinzen insofern nur wenig Mitleid mit ihnen, als ein großer Teil der Rheinischen Abgeordneten mit Manteuffel durch Dick und Dünn gegangen war. Der neue Landvogt zeigte sich sofort als gelehriger Handlanger seines Chefs und Parteigenossen Westphalen, dem er in Polizeimaßregeln jeglicher Art: Haussuchungen, Auflösungen, Konfiskationen, Versagung und Entziehung von Konzessionen, Unterdrückung unliebsamer Vereine u. s. w. mit angeborener Heftigkeit nacheiferte. Als Hauptaufgabe war ihm gestellt, die liberale Rheinische Presse, an ihrer Spitze die „Kölnische Zeitung", zur „Raison" zu bringen. Bei der Rückkehr König Friedrich Wilhelms IV. aus den neuerworbenen Hohenzollernschen Landen (August 1851) ermahnte derselbe eine ihn begrüßende Abordnung des Gemeinderats von Köln, dafür zu sorgen, daß es mit der Presse „besser" werde, sonst werde er es thun und die strengsten Maßregeln ergreifen lassen. Solche standen damals durch Preßgesetz und Strafgesetz, namentlich aber durch die Entziehung des Postdebits für mißliebige Zeitungen — eine von der Heydtsche Erfindung! — sowie der Druckerkonzession der Regierung in Fülle zu Gebote. Der neue Prokonsul säumte nicht, ausgiebigen Gebrauch von diesen Mitteln zu machen. Nach unzähligen Vexationen seinerseits und kürzerem oder längerem Widerstande andererseits hatte er alle Blätter, deren Eigentümer stets den geschäftlichen Ruin vor Augen sahen, bald entweder zum vollständigen Tendenzwechsel, oder — wie die „Kölnische Zeitung" — zur Beseitigung des mißliebigen seitherigen Redakteurs oder zur Annahme eines „Aufsichtsredakteurs" genötigt. Das letztere Schicksal traf die „Elberfelder Zeitung", die zwar den verdienten Dr. Rave beibehalten durfte, jedoch daneben einen ihr oktroyierten „gutgesinnten" Redakteur annehmen mußte, der aus Staatsfonds besoldet wurde. Wie gründlich sich die Fanatiker des neupreußischen Patriotismus bei der Auswahl dieser Aufsichtsredak-

teure vergriffen, beweist das spätere Verhalten derjenigen, welche bei der „Elberfelder Zeitung" fungierten. Der erste derselben, Namens Keip, ging demnächst von Elberfeld stracks nach Wien, um dort am ultramontanen „Vaterland" gegen Preußen zu schreiben; der zweite, ein gewisser Oskar Meding*), siedelte nach Manteuffels glücklicher Beseitigung nach Hannover über, wo er des blinden Königs Georg Vertrauter wurde und bis nach 1866 scharf Welfenpolitik trieb. Mit solchen Leuten mußten sich die Rheinländer und Westfalen herumschlagen! Wer sich über dies, Jahre hindurch dauernde, skandalöse Treiben jener Zeit näher unterrichten will, mag die betreffenden Abschnitte der S. 156 erwähnten interessanten „Geschichte der Kölnischen Zeitung und ihrer Druckerei" nachlesen.

Der Herbst des scheidenden Jahres brachte noch eine neue politische Bewegung durch die Reaktivierung der vormärzlichen Feudalstände als „interimistische Provinzialvertretungen". Unter Harkorts Vorsitz protestierten die Führer der liberalen Partei seines Wahlbezirks einstimmig, gleich denen vieler anderer Kreise, gegen jene vollkommen verfassungswidrige Maßregel, und beteiligten sich nicht an den ausgeschriebenen Wahlen nach feudalem Muster (S. 203). Um indes das Feld nicht für immer den politischen Gegnern und Rittergutsbesitzern zu überlassen, mußte man sich nach Verlauf einiger Jahre zum Wiedereintritt in das alte verrottete Institut entschließen und dort den Moment der Einführung einer zeitgemäßen Provinzialordnung abwarten. In Ansehung der östlichen Provinzen hat Harkort diesen Zeitpunkt (1872) noch erlebt, nicht aber für seine Heimat, wo jene Neuordnung erst 1886 erfolgte, und er also als ein aus der Provinzialvertretung Ausgestoßener (S. 219) ins Grab stieg.

Seine Mußezeit benutzte unser Freund zur Abfassung zweier Erzählungen für den Deutschen Volkskalender: „Gärtner Heinrich", der gleichgesinnte Sohn von „Flachs-Martha", und „Carl, der Maschinenbauer". In die letztgenannte Geschichte fürs Volk flocht er Darstellungen aus seinem Besuche der Londoner Weltausstellung ein. Noch fällt in das Jahr 1851 die Herausgabe der kleinen Schrift: „Uber Volksbanken" (Berlin, C. J. Klemann), durch welche Harkort sich, anschließend an seine 1845 erschienenen „Bemerkungen über das Bedürfniß der Errichtung einer Actienbank für Westfalen" (S. 323), gegen das in Preußen patronisierte Centralbanksystem und für rationelle Einrichtung sogenannter schottischer Banken aussprach. Seiner Ansicht nach, führte er aus, müsse dem Kreditbedürfnis der

*) Gregor Samarow!

unteren Klaſſen mehr Rechnung getragen werden, das Bankweſen demgemäß bei der Gemeinde beginnen und von ihr zu Kreis- und Provinzialanſtalten aufſteigen. Nicht nur in Schottland, ſondern auch in Irland ſei dies Syſtem mit größtem Erfolge, neben verſchwindend geringen Verluſten, durchgeführt worden. „Ähnliche Inſtitute erſchienen für Preußen als dringendes Bedürfniß; wie die Felder des Schachbretts ſollten ſie den Staat überdecken. Der perſönliche Werth des Menſchen dem Kapital gegenüber wird durch ſie wieder zu Ehren gebracht; unter Garantie der Gemeinde finden hier kleine Kapitalien eine raſche nützliche Verwendung; der Anleiher wird durch dieſe Stütze befähigt, ſelbſt Erſparniſſe ſammeln zu können; es wird das Volk für Geldgeſchäfte erzogen"*). — Über den Lokalbanken ſeien ſodann unter Garantie und Aufſicht der Stände für alle Kreiſe „Kreisbanken" zu bilden, welche unter Staatskontrolle den Verkehr der kleinen Anſtalten zu vermitteln und die Geldgeſchäfte der gleichzeitig vorgeſchlagenen ländlichen Kreditinſtitute zu verwalten hätten. Als Muſteranſtalt wird auf die 1838 zu Fallingboſtel in Hannover (durch den Amtmann von Quintus Icilius und den Gutsbeſitzer F. Schmidt) gegründete vortreffliche Amtsſparkaſſe hingewieſen.

Der gleichfalls im Jahre 1851 brieflich erörterte Plan der Anlegung einer Rübenzuckerfabrik im Hellwege — durch Vereinigung von Kapitaliſten und Landwirte nach Sächſiſchem Muſter — kam nicht über die Vorſtadien hinaus. Er begegnete damals weder dem richtigen Verſtändnis noch der nötigen Thatkraft. Erſt 1886 wurde eine derartige Anlage bei Soeſt errichtet. Wer wie Harkort ſeiner Zeit weit voraus zu eilen pflegte, mußte naturgemäß mit ſeinen Vorſchlägen meiſtens zu früh kommen.

Die Thronrede, mit welcher am 4. November 1851 die letzte Seſſion der 1849 gewählten Kammern eröffnet wurde, brachte die für die wirtſchaftliche Entwickelung Deutſchlands hocherfreuliche Botſchaft von dem durch Vertrag vom 7. September erfolgten Anſchluß Hannovers an den Zollverein. Sonſt aber ging die Reaktion ihren Weg ins Blaue hinein unbekümmert weiter. Teils der Macht folgend, teils der Beeinfluſſung unterliegend, hatte ſich die Zahl der miniſteriellen Gefolgſchaft ſchon derart vermehrt, daß ſie die ſeit-

*) Das heutige Preußiſche Sparkaſſenſyſtem lag 1851 noch in den Windeln; Schultze-Delitzſch begann ſeine ſegensreiche Wirkſamkeit mit Gründung der erſten Rohſtoffgenoſſenſchaft in ſeiner Vaterſtadt im Jahre 1850.

herigen liberalen Vizepräsidenten Simson und Lensing durch den Bodelschwinghschen Adlatus Geppert und einen ganz unbekannten Konservativen ersetzen konnte*). Und als nun endlich vier Wochen später der Präsident Louis Napoleon unter Bruch feierlichster Eide am 2. Dezember den längst beabsichtigten Staatsstreich erfolgreich ausführte und die Verteidiger der Republik in den Straßen von Paris durch seinen Spießgesellen Saint Arnaud niederkartätschen ließ, jubelten die „Ordnungsmänner" in ganz Europa hoch auf. Erschien doch jetzt die Furcht vor einer, mit dem gesetzlichen Ablauf der Bonaparte'schen Präsidentschaft eintretenden, Revolution in Frankreich — auf welche die Demokratie thörichte Hoffnung gesetzt hatte — ganz beseitigt. Man brauchte sich fortan nicht mehr die geringste Zurückhaltung in der systematischen Rückwärtsbewegung aufzuerlegen. Als Richtschnur dafür galt das vom Könige befohlene und durch Manteuffel in der Sitzung der Ersten Kammer vom 9. Januar 1851 feierlich verkündete kurze Programm: „Es soll mit der Revolution entschieden gebrochen werden."

Je stärker die Reaktion auftrat, um so mannhafteren Widerstand leistete die tapfere Linke. Die großen politischen Angelegenheiten gern den führenden Rednern überlassend, widmete Harkort sich, alter Gewohnheit gemäß, wesentlich den wirtschaftlichen Dingen. Er befürwortete die Herabsetzung der Stromschiffahrts-Gefälle auf der Ruhr, die Ermäßigung der hohen Gerichtskosten im Wege der Einrichtung von Schiedsgerichten, sowie die Vermehrung von Ackerbauschulen — „es geschieht fast nichts für den Ackerbau!" rief er aus —, bekämpfte die Bewilligung von Gratifikationen an Beamte mit hohen Gehältern, verlangte baldigsten Erlaß einer in allen Provinzen zum dringenden Bedürfnis gewordenen Wegebauordnung und sprach sich, im Gegensatz zu Vincke und anderen, für den Ankauf der Niederschlesisch-Märkischen Privatbahn durch den Staat aus. Der Staat müsse seiner Ansicht nach die Hauptlinien in Händen haben, für die Provinzial-Bahnen aber den Associationsgeist wecken. Wenn beispielsweise die Bahn von Dortmund nach Magdeburg in den Händen des Staates gewesen wäre, meinte er, so würden dort die Westfälischen Kohlen die Englischen bereits vom Deutschen Markte

*) Harkort pflegte solche Überläufer „Römische Schuster" zu nennen. Zur Zeit des zweiten Triumvirats soll nämlich in Rom ein Schuster drei Stare dazu abgerichtet haben: „Heil Dir Oktavian!" zu rufen; drei andere dagegen: „Heil Dir Antonius!" Nach der Schlacht bei Actium drehte der kluge Schuster den letzteren einfach den Hals um.

verdrängt haben*). In Erfüllung des 1849 gegebenen Versprechens (S. 428) beantragte er die in der letzten Session regierungsseitig zugesagte Vorlegung des Gesetzes über die Aufhebung der noch bestehenden Grundsteuerbefreiungen. Anfangs mit 125 gegen 122 Stimmen abgelehnt, ward der Antrag in wiederholter namentlicher Abstimmung mit 134 gegen 119 angenommen. Der neuernannte Finanzminister Karl von Bodelschwingh, des ehemaligen Ministers des Innern und jetzigen Abgeordneten jüngerer, in seiner Heimat Westfalen wenig beliebter Bruder, brachte daraufhin zwei bezügliche Gesetzentwürfe ein, bei deren Vorlegung er naiverweise erklärte, die Regierung habe sich entschlossen, eine Entschädigung für Einführung der Grundsteuer zu gewähren, weil die Ansicht, daß Grundsteuer als Rente zu betrachten sei, vielfach (d. h. bei den seither Steuerfreien) zur Überzeugung geworden, und weil außerdem die vor 40 Jahren durch Gesetz ausgesprochene Beseitigung der Grundsteuerfreiheit faktisch bis jetzt noch nicht verwirklicht sei. Also weil die Großgrundbesitzer des Ostens widergesetzlich 40 Jahre lang keine Grundsteuer gezahlt, das Geld dafür mithin erspart hatten: dafür sollte ihnen jetzt bei der beabsichtigten endlichen Einführung noch eine Entschädigung gezahlt werden! — Ein im gemeinsamen Interesse von Landwirtschaft und Industrie abermals wiederholter Antrag auf Aufhebung des Salzmonopols und freie Gestattung des Salzbergbaus ward verworfen und durch den nichtssagenden Beschluß, die Regierung möge „die Frage erwägen", ersetzt. Ein noch schlechteres Schicksal, nämlich Ablehnung, erfuhr der Vorschlag, ein Konsulat in Damaskus zu errichten und eine direkte Packetfahrt nach Syrien durch unbeschäftigte Schiffe der jungen Kriegsmarine ins Leben zu rufen oder anderweit zu unterstützen. Die Landesvertretung blieb für seine mit schriftlichen Beweisen belegten Klagen über die jammervolle Schutzlosigkeit des Deutschen Handels im Auslande vollständig taub.

Der wiederum eingebrachte Antrag auf Untersuchung des Systems der Banken und Kreditinstitute des Landes gelangte diesmal zu eingehender Beratung. Bezüglich der sogenannten Normativbedingungen, die den Boden für die staatliche Konzession bildeten, hatte der niedergesetzte Ausschuß vorgeschlagen, solche zum Gesetz zu erheben und dadurch vor willkürlicher ministerieller Änderung zu schützen. Der Hauptstreitpunkt zwischen den Freunden der Privatbanken und

*) Infolge seiner Verbindung mit den Sächsischen Rübenzucker-Industriellen hatte Harkort schon seit 1849 die Einführung Westfälischer Kohlen nach Magdeburg zu befördern sich bestrebt.

der Regierung beruhte indes in dem — von ersteren verlangten, von der letzteren entschieden verweigerten — Recht zur Annahme verzinslicher Kapitalien. Als der frühere Chef der Preußischen Bank, David Hansemann, welcher als solcher den unermüdlichen Angriffen der Kreuzzeitungspartei schließlich erlegen war, 1850 den Plan zu einer „Berliner Kredit-Gesellschaft" einreichte und für dieselbe um Konzession nachsuchte, konnte er diese nur auf die Bedingung hin erlangen, verzinsliches Geld nicht annehmen zu dürfen. Selbstverständlich verzichtete der kluge Finanzier nunmehr ganz auf staatliche Genehmigung (Aktiengesellschaften bedurften damals noch einer Konzession) und gründete mit einigen Freunden am 6. Juni 1851 unter dem Namen „Diskontogesellschaft" eine Handelssocietät, die ihm das Wichtigste, nämlich die Freiheit geschäftlicher Bewegung, sicherte. Auf diesen Vorgang bezog sich Harkort zum Beweise für das stets von ihm betonte Bedürfnis kleinerer Banken neben dem großen Hauptinstitute, indem er mitteilte: Der Bericht Ihrer Kommission vom 2. Mai 1851 hat dies (Hansemann'sche) Institut damals der Staatsregierung sehr empfohlen; die Konzession ist aber abgeschlagen worden und es hat sich jetzt auf eigene Hand organisiert. Ich habe den ersten Vierteljahrsbericht von seiner Leistung in meiner Hand. Daraus wird sich dokumentieren lassen, daß das Bedürfnis zur Verbreitung solcher Anstalten dringend vorliegt. Es geht daraus hervor, daß die Gesellschaft Mitte Oktober ins Leben trat mit damals 389 Mitgliedern und Unterzeichnungen von 541 640 Thalern. Schon am Schlusse des Quartals waren es 625 Mitglieder mit 1 643 000 Thalern. Die Diskontogesellschaft hat sich also trefflich in der kurzen Zeit gehoben, und der Abschluß ergiebt, daß, nachdem die Verwaltungskosten gedeckt, den Teilhabern 4 Prozent Zinsen gezahlt wurden und außerdem eine Prämie von $^9/_{10}$ Prozent verteilt ist. Der Brutto-Gewinn betrug 7 928 Thaler. — Das war der bescheidene Anfang jenes jetzt so riesig gewordenen Bankunternehmens*).

Da der Antrag der Kommission, den Normativbedingungen gesetzliche Kraft zu verleihen, der Regierung unbequem erschien, so ward derselbe auf Vorschlag des stets zuvorkommenden Abgeordneten Geppert abgelehnt und eine unverbindliche „Erklärung" mit einigen schwächlichen Meinungsäußerungen angenommen.

Bei der Beratung des Kultus-Etats beantragte Harkort, die Erwartung auszusprechen, daß das in der Verfassung verheißene

*) Nach dem letzten Jahresabschluß der Diskontogesellschaft betrug (in runden Summen) Ende 1889:

Unterrichtsgesetz baldigst vorgelegt werde. Herr von Raumer meinte indes, von baldigem Erlaß desselben könne gar keine Rede sein, da kein Bedürfnis vorliege; die Verfassung stelle übrigens ein Unterrichtsgesetz nur in Aussicht; auch sei ja eine Abänderung der betreffenden Verfassungsbestimmung möglich. Vincke dagegen nannte diese Deduktion einen „Hohn auf die Verfassung" und bezeichnete es als Pflicht der Regierung, auch den „Verheißungen" der Verfassung unbedingt zu genügen. Bodelschwingh eilte dem Minister zu Hilfe, indem er vor „Übereilung" warnte und bewirkte damit natürlich die Verwerfung des Antrags mit 152 gegen 127 Stimmen. Einen bessern, freilich nur formalen, Erfolg erzielte der unermüdliche Schulfreund für die auf Verbesserung der äußeren Lage der Lehrer gerichteten zahlreichen Petitionen, durch Überweisung zur Berücksichtigung derselben. „Man spricht von dem Preußischen Schulwesen sehr viel; allein ich glaube, unser Ruf ist größer als die wirkliche That, denn was setzen wir in dem Budget für den Unterricht aus? 183 000 Thaler, dagegen für die Pferdezucht 400 000 Thaler!" Anstatt Erröten erregten diese beschämenden Ziffern die Heiterkeit des Hauses. Zur Verbesserung der äußerlichen Lage des Geistlichen- und des Lehrer-Standes war pro 1852 nur ein Mehrbetrag von 651 Thalern 18 Sgr. 9 Pfg. eingestellt. Unter den Petitionen befand sich eine von einem Lehrer mit 7 Kindern, welcher ein Gehalt von 91 Thalern bezog! (Stenogr. Bericht 1851/52, S. 1491.) Angesichts solcher unverzeihlichen Knauserigkeit für den Volksunterricht hielt Harkort sich für verpflichtet, die Verminderung der „geheimen Fonds" von 80 000 auf 25 000 Thaler zu empfehlen. Mantenffel

Das Stammkapital	75	Mill. Mark.
Der Reservefonds	20	„ „
Die Depositen	15	„ „
Das Gläubiger-Guthaben	99	„ „
Der Beamtenpensionsfonds	2	„ „
Die Sparkasse der Angestellten . . .	1½	„ „
Der Gesamtumschlag	13 648	„ „
Der Reingewinn	14	„ „
Die Dividende	14	Prozent.

Das Hansemannsche Unternehmen ward in den ersten Jahren seines Daseins aufs heftigste angegriffen und ihm die Unmöglichkeit dauernden Bestehens mathematisch nachgewiesen. Ein von dem bekannten Abgeordneten und früheren Oberbürgermeister von Brandenburg, Ziegler, auf ähnlicher Basis entwickelter Plan zur Bildung einer „Fabriken-Kredit-Gesellschaft für Deutschland", an welcher sich nicht nur Kapitalisten und Industrielle, sondern auch Arbeiter beteiligen sollten, blieb ohne weitere Folge.

aber ſetzte der gläubigen Mehrheit die Notwendigkeit des höheren Betrags — aus welchem vor allem die politiſche Spionage im Innern bezahlt wurde — auseinander und erlangte natürlich auch die Bewilligung mit 177 gegen 91 Stimmen.

Die Verhandlung über das um faſt 2 Millionen Thaler erhöhte Armeebudget führte am 20. März 1852 einen viel beſprochenen ſcharfen Zuſammenſtoß zwiſchen den Abgeordneten Harkort und Bismarck-Schönhauſen herbei. Der alte Veteran der Freiheitskriege verteidigte die Landwehr und deren Offiziere pflichtmäßig gegen die vielen damals auf ſie gerichteten Angriffe, und wies dabei, mit der Rangliſte in der Hand, auf das immer ſtärker werdende numeriſche Übergewicht des adeligen Elementes im Offizierkorps der Linie hin. Der neue Bundestags-Geſandte, welcher von Frankfurt nach Berlin gekommen und für die Erhöhung des Heeresbedarfs eingetreten war, entgegnete am Schluſſe ſeiner desfallſigen Rede mit Hindeutung auf Harkort:

— — Ich will nur einen Grund hervorheben, warum der Adel die meiſten Stellen in der Armee inne hat: das Geſchäft iſt zwar ehrenvoll, aber nicht ſo lukrativ als Fabriken anzulegen und mit Königlicher Unterſtützung fortzuführen und den Dank dafür durch Angriffe auf die Regierung zu zahlen. Wenn der Herr Abgeordnete auch die Äußerung hier wiederholt hat, daß die Regierung dem Volke mißtraue, ſo kann ich ihm ſagen, daß auch ich allerdings der Bevölkerung der großen Städte mißtraue, ſo lange ſie ſich von ehrgeizigen und lügenhaften Demagogen leiten läßt, daß ich aber dort das wahre Preußiſche Volk nicht finde. Letzteres wird vielmehr, wenn die großen Städte ſich wieder einmal erheben ſollten, ſie zum Gehorſam zu bringen wiſſen, und ſollte es ſie vom Erdboden vertilgen."

Der letzte Satz des jungen Heißſporns aus der Zauche fand ſeine gebührende Erledigung im Kladderadatſch, während auf die gegen Harkort gerichtete perſönliche Verdächtigung der Angegriffene von der Tribüne des Hauſes herab erwiderte:

„Das verehrte Mitglied, welches vorhin hier ſtand und von der Vertilgung der Städte ſprach, erwähnte eines Falles, der möglicherweiſe auf mich gedeutet werden könnte, nämlich von Königlichen Unterſtützungen für Fabrik-Anlagen. Davon weiß ich meine Hand frei. Ich habe nie eine ſolche Unterſtützung bekommen. Ich will daher hier nur noch eins erwähnen, nämlich die Probe, welche wegen der militäriſchen Führung einer Compagnie zu machen iſt. Wenn das verehrte Mitglied mit mir

um die Wette eine Compagnie führen will, so bin ich auf vier Wochen sogleich dazu bereit."

Statt sich durch diese rückhaltlose öffentliche Erklärung des uneigennützigsten Mannes der Kammer zu gleichem Vorgehen bestimmen zu lassen und Namen zu nennen, entgegnete der mutmaßlich durch irgend einen Denunzianten belogene Mitarbeiter der „Kreuzzeitung":

„Dem Abgeordneten Harkort muß ich erwidern, daß ich die Andeutungen, die ich in Bezug auf die Fabrikanten und die Unterstützung aus Königlichen Kassen gemacht habe, mir die Ehre geben werde, unter vier Augen mit den gewünschten Belägen ihm nachzuweisen, und will ich hier Niemand näher bezeichnen."

Darauf Harkort: „Der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen ist abermals auf einen Gegenstand gekommen, über den er eine geheimnißvolle Bemerkung gemacht hat, sodaß Jemand glauben könnte, er habe Recht. Ich muß aber dem Faktum offenbar widerstreiten und erwarte die Vorlage.

(Ruf: öffentlich!)

Allerdings! nicht auf diplomatischem Wege, sondern offen und frei. Dann werden wir sehen, ob ich den Geist noch habe, den ich früher besaß, oder nicht."

Nach seinem eigenen Erbieten wie nach parlamentarischer Gepflogenheit erschien der Abgeordnete von Bismarck nunmehr verpflichtet, die öffentlich erhobene Anklage durch Vorlegung der von ihm angebotenen Beläge zu beweisen; nicht unter vier Augen, sondern, wie der ehrenrührig Angegriffene es verlangte, „offen und frei", also an derselben Stelle, wo die Beschuldigung ausgesprochen worden. Das geschah indes nicht, ist niemals geschehen, und konnte auch nicht geschehen, weil die Anklage absolut falsch war. Nachdem Harkort weitere Schritte seines Gegners vergeblich abgewartet, erbat er sich in der Sitzung vom 24. März vor der Tagesordnung das Wort um folgende Erklärung abzugeben:

„Meine Herren! Ich bedauere sehr, Sie auf einen Augenblick mit einer persönlichen Angelegenheit belästigen zu müssen. Mein Alter schützt mich vor der Empfindlichkeit, jedes Wort, welches von der Tribüne fällt, auf der scharfen Wage der Persönlichkeit zu wägen; allein es giebt Fälle, wo man seinen Freunden und sich selbst eine Rechtfertigung schuldig ist. Dazu finde ich mich bewogen, da mich ein Vorwurf getroffen hat, den ich leicht durch Vorlesung einiger Zeilen wiederlegen kann. Ich bitte um Erlaubniß, diese Zeilen vorlesen zu dürfen.

„Ew. Wohlgeboren bestätigen wir auf die gefällige Anfrage vom heutigen Tage sehr gern: daß Sie mit der Königlichen Seehandlung niemals ein Geschäft oder eine Anleihe, weder für sich selbst noch für einen Dritten, eingeleitet und abgeschlossen, oder irgend eine Unterstützung aus den von der Seehandlung verwalteten Fonds nachgesucht und empfangen haben.

Berlin, den 23. März 1852.

Königliche Generaldirektion der Seehandlungssocietät*).

Bloch. Remmert.

An den Abgeordneten zur zweiten Kammer Herrn Fr. Harkort.

Nr. 154."

Was meine Stellung zum Staate betrifft, meine Herren, so glaube ich nicht, daß mich der Vorwurf der Undankbarkeit trifft; ich habe nichts von ihm empfangen. Ich habe, als ich den Königlichen Dienst verließ, in meinem Abschiedsgesuche gesagt, ich wiche, um meinen jüngeren Kameraden Platz zu machen; ich verbäte mir jedes Avancement; ich habe keine Pension empfangen noch verlangt. Seit meiner parlamentarischen Laufbahn habe ich stets den Grundsatz befolgt, weder mündlich noch schriftlich, weder für mich noch für meine Verwandten Etwas zu verlangen, und es wird Niemand im Stande sein, den geringsten Beweis des Gegentheils beizubringen. Weiter hätte ich nun wohl nichts zu sagen; allein dieser Fall hat in einem Blatte Platz gegriffen**), dessen Grundsatz es ist: Verläumdet nur immerhin, etwas bleibt doch kleben, wenn auch kein Grund vorhanden ist! Dagegen muß ich mich allerdings feierlich verwahren. Es hat dabei gesagt: man ersehe daraus, daß die

*) Die Seehandlung war dasjenige Institut, aus dessen Fonds damals Staatsunterstützungen und Darlehne an Private gegeben wurden.

**) Die „Kreuzzeitung" (Nr. 70 vom 23. März 1852) hatte in ihrem berüchtigten „Zuschauer" mitgeteilt, nicht Harkort selbst, sondern einer seiner Verwandten habe ein Darlehn aus Staatsfonds erhalten, dabei aber zu verstehen gegeben, dieses Darlehn werde wohl auf Veranlassung von Harkort gegeben worden und diesem selbst zu Gute gekommen sein. — Da die von dem Abgeordneten von Bismarck angebotenen Beweise nicht zu erbringen waren, so fügte sein Parteiorgan durch vorstehende Zuschauer-Notiz der ersten, in der Kammer gefallenen, Verdächtigung jetzt die zweite hinzu. Der Junkerpartei jener Tage fehlte eben jedes Verständnis für Harkorts stets erprobte seltene Uneigennützigkeit und ehrenvolle Armut. Vielleicht mag auch seine Verbindung mit dem den Großgrundbesitzern äußerst verhaßten Peter Minus (Abgeordneten Scheidtmann, Rat bei der Königlichen Seehandlung), Harkorts tapferem Bundesgenossen in der Grundsteuer-Angelegenheit, Anlaß zu dem hinterlistigen Angriffe gegeben haben.

Verfassung das Corruptionsmittel an die Hand giebt. Die Corruption liegt aber nicht in der Verfassung, sondern sie wird immer in den Händen derjenigen liegen, die sie zu handhaben haben."

„Bravo!" rief die Versammlung und wohl auch die Leser dieses Buches.

Die stenographischen Berichte ergeben zwar, daß der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen auch nach dem Tage des 24. März den Sitzungen des Hauses noch beiwohnte, doch enthalten sie nichts über eine öffentliche Ehrenerklärung, die er dem von ihm so ungerecht beschuldigten Kollegen zu geben verpflichtet war.

Gleichwie in der vorigjährigen, so hatte auch in der Session von 1851—52 ein Staatsanwalt die Autorisation der Kammer erbeten, den Abgeordneten Harkort wegen eines Preßvergehens zur Untersuchung ziehen zu dürfen. Diesmal handelte es sich um einen „Wochenrückschau" überschriebenen Artikel in Nr. 64 der Breslauer Zeitung. „Mir wird das unverdiente Glück zu Theil, daß die Staatsanwälte meine Artikel vorzugsweise gerne lesen!" erklärte der Angeschuldigte launig und bat das Haus, so rasch als möglich die Bewilligung zu erteilen und das Verfahren zu beschleunigen, damit die Sache noch vor Ostern zur Erledigung komme. Die Kammer willfahrte diesem Ersuchen; wie aber die Angelegenheit ausgelaufen ist, kann hier nicht berichtet werden, weil jedes Material darüber fehlt

Seit der ersten Anklage blieb die Aufmerksamkeit der Behörden fortan unausgesetzt auf Harkort gerichtet, dessen Schriften die volkstümliche Kernkraft seines Landsmannes Justus Möser zeigten und darum durchschlagende Wirkung gegen das herrschende System erzielten. Alle polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen verachtend, ließ er schon im Januar 1852, als noch die Anklage wegen des Ersten Bürger- und Bauernbriefes in der Berufungsinstanz schwebte, seinen „Zweiten Bürger- und Bauernbrief" erscheinen. (Elberfeld, bei Jul. Baedeker.)

„Mein erster Brief an Euch ist verloren gegangen," hub er an, „und ich weiß nicht, ob der Finder ihn herausgiebt; diesesmal hoffe ich einen sicheren Weg zu finden. Ich hege nun einmal den Gedanken, daß das Schicksal des Vaterlandes von Bürger und Bauern abhängt; die Welt ist niederträchtig genug; Jeder thue redlich das Seine, um sie zu bessern.

Die Bibel sagt: „Im Schweiße Deines Angesichts sollst Du Dein Brod essen." Das ist die echte Bürger- und Bauernregel! Andere Lehre verkünde ich nicht, weil auf ihr Gottes Segen ruht. Allein ich will, daß Leuten, die so leben und handeln, auch die Frei-

heit zustehe, über ihr Wohl und Wehe ein Wort mitzureden. Es ist übel bestellt mit dem gemeinen Wesen, wenn Bürger und Bauern mundtodt sind und nur Pflichten haben und keine Rechte. Deshalb stimme ich für die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850, die eine große Bürgschaft gewährleistet: Die Unterschrift Seiner Majestät des Königs!!"

Der Zweck dieser zweiten Flugschrift ging nämlich dahin, Bürger und Bauern zur Verteidigung der schwer bedrohten organischen Gesetze von 1850 aufzurufen. Manteuffel hatte diese, mit Benutzung vorhandenen Materials, in seiner früheren Eigenschaft als Minister des Innern vorgelegt, dieselben mit Unterstützung der liberalen Partei durchgesetzt und bereits in verschiedenen Kreisen einführen lassen, wo sie zu allgemeiner Zufriedenheit fungierten. Kaum aber trat der große Umschlag von Olmütz ein und ein Mann nach dem Herzen der „Kreuzzeitung" an Manteuffels Stelle, als auch der Sturmlauf der Junkerpartei gegen die neue Kreis- und Gemeindeordnung mit aller Kraft begann. Zunächst suspendierte man ihre weitere Einführung und berief dann — verfassungswidrig — die alten feudalen Provinzialstände, um an diesen Unterstützung für die weitere Rückwärtsrevision der Kommunalverwaltung zu gewinnen. Freunde der neuen — wohlverstanden: rite zu stande gekommenen und Allerhöchst genehmigten! — Landesgesetze unter der Beamtenschaft wurden kurzweg gemaßregelt.

Harkort erzählt im Zweiten Bauernbriefe zunächst, wie die Gemeindeordnung von 1850 in der Grafschaft Mark sich durchweg vortrefflich eingeführt habe, und fährt dann fort:

„So steht es in einem Kreise, wo der Bauer nur dann den Hut zieht, wenn er weiß, daß auch der andere grüßt! Wie ich das gesehen, dachte ich: Nimm den Stock und besuche die Provinzen, wo der Tumult gegen die Gemeindeordnung los ist! Darauf sagte mir Einer: Im Münsterlande flüchten die Kibitze von den Haiden, denn die großen Herren rennen und fahren, als ob der selige Landtag auferstanden wäre. Halbwegs Münster kehrte ich ein und forderte ein Glas Bier und Pumpernickel. Zwei Bauern saßen am Heerd, der reichlich mit Speckseiten behangen war, und ihnen gegenüber ein Rentmeister, der sprach: Unser Graf ist nach Berlin gewesen und hat mit dem klügsten Minister gesprochen. Gott Lob, die neue Gemeindeordnung bleibt stecken, sie soll vorher gründlich verbessert werden! Antwortet der Bauer: Ich hatte vom Vater einen großen Mantel geerbt, der schien meiner Frau zu altmodisch und der Schneider kam und sagte: Das Tuch ist gut, ich werde das Façon nach der

der neueſten Mode ſchneiden! Wie ich nun Sonntags in die Kirche gehe, reicht mir das Ding kaum bis über die Kniee und das Waſſer lief mir in die Stiefel. Grethe, ſagte ich, mir gefällt das Façon nicht, es iſt ſchlechte Tracht für einen Bauersmann. Plötzlich ſpringt mir des Schneiders Bube über den Weg und hat ein Höschen von meinem Tuche an. Da ging mir ein Licht auf! Wenn der Herr Graf auch ein ſolches Façon von Berlin beſtellt hat, ſo laßt uns lieber den alten Mantel. —

Herr Rentmeiſter, frug der Wirth, ſchmeckt Euch der Magenbitter nicht? es iſt echter Münſterländer! Allein der pfiff ſeinem Hunde und ging weiter. Ich aber dachte im Stillen: die Bauern im Münſterlande gehen auch nicht mehr für den gnädigen Herrn in die Pilze; alles hat ſeine Zeit!"

Drauf ſetzt der Briefſchreiber ſeine Wanderung fort über Bielefeld — „Seufzer nach dem patriarchaliſchen Verhältniß habe ich dort nicht vernommen" — und kommt durch das Königreich Hannover, „wo alle Edelleute Grundſteuern bezahlen, die Bauern lange Röcke tragen und um die Wette Schinken und Wurſt eſſen. Die Menſchen leben gut und zahlen ſehr mäßige Abgaben; das ließe ich mir auch ſchon gefallen!" Er führt dabei die Urſache der zufriedenſtellenden Verhältniſſe in Niederſachſen auf den Umſtand zurück, daß dort und in Weſtfalen der Grundbeſitz der Bauern den ritterſchaftlichen bei weitem überwiege (in Weſtfalen 92 Morgen von 100 gegenüber 8!), und zieht weiter oſtwärts. „Dort fand ich im Magdeburgiſchen fette Bauern, denen die Runkelrüben gut bekommen ſind, und die in der Grafſchaft Mansfeld ſcheinen auch zu wiſſen, wo Bartel den Moſt holt. Die ſollen ſchon fertig werden mit der neuen Gemeindeordnung und dem Selbſtregiment, wenn ſie der Ritter nur zu Worte kommen läßt.

„In der Altmark, da kam ich eben vor die rechte Schmiede, es wurde ein Kommunallandtag gehalten. Ich dachte: wenn richtige Theilung iſt, ſo findeſt Du 70 Bauern und Bürger und 30 Ritter an der ſchweren Arbeit. Fehl geſchoſſen — es räth Keiner! 200 Ritter berechtigt und 4 Bauern: das war die ſchöne Beſcheerung! Wenn da die Bauern den Sack nicht lappen müſſen, ſo ſteht die Welt auf dem Kopfe. Leiſe ſprach ich zum Wirth: Nennen Sie ja meinen Namen nicht, denn die gnädigen Herren möchten glauben, ich trüge meinen erſten Bauernbrief umher! So ſchob ich mich zur Hinterthür hinaus, um nicht ausgewieſen zu werden. — —

„In der Priegnitz kenne ich einen Schulzen, welcher, wie der Landrath ſagt, bereits zu klug iſt. Ich nahm mir vor, auch bei

dieſem einzukehren und kam wie gerufen. Die dortigen Bauern wollen nichts wiſſen vom alten Regiment; über 50 Landgemeinden ſandten Petitionen an die II. Kammer um Beibehaltung und Einführung der Gemeindeordnung vom 11. März 1850. Die Vorſtände ſagen darin: ſie freuten ſich, daß die alten Stände, die eigentlich nur den Ritterſtand vertreten hätten, aufgehoben ſeien!

Die ſchlichten Landleute treffen den Nagel auf den Kopf, und eine Menge Petitionen ſollen noch folgen. Immer drauf, bahnt der Wahrheit eine Gaſſe! Wenn nur alle Bauern im Lande den Muth hätten, ſich auszuſprechen, dann würden die Sachen im rechten Lichte erſcheinen.

In Berlin ſpukte der ſelige Provinziallandtag in der Spandauerſtraße. Ich machte mich hin, denn vielleicht lernt man dort beſſer, was „ſtändiſche Gliederung" zu bedeuten hat. Hört zu! Der Feuerverſicherungswerth Berlins beträgt 111 Millionen Thaler und es ſtellt 3 Abgeordnete; dagegen beträgt der Werth der Rittergüter 27 Millionen und 35 Abgeordnete vertreten ſie. Proſit, wohl bekomme die Mahlzeit! Solche ſtändiſche Gliederung iſt eben mein Geſchmack nicht." — —

„Im Onkel Spener las ich die Petitionen aus Pommern, welche ermahnen: die Verfaſſung ſchleunigſt zu berathen, zu beſchneiden und zu verbeſſern. Ich machte mich deshalb auf in das Land der braven Soldaten, unter denen ich noch manchen Kameraden von 1813 und 15 zähle. Wege und Stege ſind dort übel berathen und ich verlief mich in den Franzburger Kreis. Zahlen entſcheiden; ich fing an die Bauern zu zählen; auf $22^1/_5$ Quadratmeilen fand ich 181 Eigenthumsbauernhöfe, 62 Halbbauern, 18 Pachtbauern, 37 Koſſäthen, d. h. auf jede Quadratmeile fallen 14 bäuerliche Familien. Dagegen prangen 176 Rittergüter und Domainen! Pommern iſt alſo in der That das Paradies der Bauern nicht. Die Provinz iſt auch am dünnſten bevölkert, eben dieſes Umſtands wegen. Schlagt die Domainen in Stücke, ſorgt, daß die freien Stellen nicht täglich mehr verſchwinden, macht die Moräſte urbar und ſchafft einen tüchtigen freien Bauernſtand! Das wäre mein Rath, wenn er gefordert würde. Ihr aber merkt Euch, was man von Pommerſchen Petitionen zu halten hat! Glaubt Ihr denn, die Leute wanderten nach Amerika aus, weil unſere Verfaſſung zu frei ſei? Nein, ſie ſuchen eine Gänſeweide und einige Morgen Acker und Garten, welche ihr Eigentum werden können." —

Der Briefſchreiber wandert weiter und findet auf dem Kreistage in Danzig, wo den Bauern $22^1/_2$, der Ritterſchaft $1^1/_2$ Quadrat-

meile der Bodenfläche gehören, nur 3 Bauern gegenüber 24 Rittern ſitzen. In der Provinz Preußen iſt der Adel, Dank der Univerſität Königsberg, fortgeſchritten, mit den Forderungen der Zeit. In Schleſien dagegen ſind die Rittergüter zur täglichen Ware geworden: Prinzen, Kaufleute und Juden wandern hin, um ſich anzukaufen, auszubeuten und wieder zu verhandeln. „Das ſchöne Land kenne ich ſehr wohl, rühme mich noch vieler Freunde in den Bergwerksrevieren, dem Gebirge und der Ebene. Vor 1848 war die ländliche Bevölkerung durch zahlloſe Feudallaſten gedrückt.“ Er findet dort einen alten bekannten Bergmann, der ihm über ſeinen Brodherrn, einen Grafen und Excellenz, verſchiedene bedenkliche Leiſtungen von Bedrückung und kleinem Herrentum erzählt.

„Da ſtieg mir das Blut zu Kopfe und ich rief: Was? iſt das derſelbe Graf, welcher 1848 unter den Linden in Berlin einen Freund bat, ihn um Himmelswillen „nur Bürger“ zu nennen!“ *)

Nachdem der Wanderer ſeine Rundreiſe durch die Provinzen beendet hat, richtet er an den Leſer nunmehr die Frage, ob er ſich für die vom Könige und den Kammern erlaſſene alte, oder für die ungetaufte neue Gemeindeordnung von Denzin und Itzenplitz**) entſcheiden wolle. Erſtere gewähre allen Preußen dieſelben Rechte und ließe volle Freiheit, ſie den verſchiedenen Verhältniſſen von Stadt und Land anzupaſſen. „Die Ungetaufte will theilen und herrſchen, die Stadt vom Lande, die Gemeinde von den Gemeinden, die Provinz von den Provinzen trennen, das Wahlrecht erſchweren und ſchmälern. Es heißt: die Bauern ſind zu dumm, ſie können durch die Wahl die rechten Leute nicht finden! Der Herr Landrath übernimmt alſo die Sorge und ſetzt Euch einen Schulzen auf 6 Jahre. Nach 3 Jahren, wenn die Männer ſich gehorſam zeigen, werden ſie auf 12 Jahre oder Lebenszeit ernannt. Der Gehalt wird durch den Landrath feſtgeſtellt; der Landrath iſt alſo ihr Patron und ſie ſchlagen Euch möglicherweiſe ein Schnippchen!“ — —

„Wenn nun Alles ſo hübſch eingerichtet iſt, ſo befiehlt der Miniſter der Regierung, dieſe dem Landrath, der Landrath dem

---

*) Vincke erzählte öffentlich (Sten. Bericht vom 3. Februar 1853), daß, wenn er und andere den ſchleſiſchen Grafen Renard im Frühjahr 1848 mit „Excellenz“ angeredet hätte, dieſer in große Aufregung geraten ſei und erwidert habe: „Bitte, bitte, meine Herren, nicht Excellenz, nicht Graf — Bürger Renard!“

**) Durch die konſervativen Abgeordneten Denzin und Graf Itzenplitz waren in der Erſten Kammer die Anträge der Rechten gegen die organiſchen Geſetze von 1850 eingebracht worden.

Polzeiamtmann, der Amtmann endlich dem Vorsteher; das heißt, wenn die Herren in Berlin nieſen, ſo wackeln im Dorfe die Schöffen auf den Stühlen! Wer wird da noch wagen, für Euch aufzutreten und zu reden, wenn Ihr anderer Meinung ſeid? Das nenne man, wie man will; nur verbitte ich mir das Wort „Selbſtregierung“. — —

Schreibt alſo an Eure Abgeordneten in den Kammern, daß ſie die Geſetze vom 11. März 1850 aufrechterhalten und laßt Euch keinen Wechſelbalg unterſchieben!“

Der Zweite Bauernbrief ward noch mehr geleſen als der erſte, ſchon weil die darin behandelte Frage dem Verſtändnis der Hauptmaſſe der Wähler näher lag, als der in dem erſten Briefe dargeſtellte Angriff auf das Junkertum. Das Land erſtaunte ob ſolcher nimmermüden Kampfesluſt; gehörte doch ein rückhaltsloſes freies Wort gegen die Machthaber der damaligen Zeit, ihre Helfershelfer und ihre Ziele nachgerade zu den ſeltenſten Erſcheinungen. Ein Peſſimismus, deſſen Tiefe und Schärfe das jetzt lebende Geſchlecht nicht mehr zu begreifen vermag, hatte ſich des ganzen Volkes, inſonderheit der gebildeten Klaſſen, bemächtigt. Davon giebt ein vom 6. Februar 1852 datierter Brief des verdienten Präſidenten der Nationalverſammlung und der aufgelöſten Kammer, des trefflichen Grabow, wahrhaft traurige Kunde. Nachdem der Genannte im Eingange ſeines Schreibens geſchildert, wie vollſtändig die Warnung der demokratiſchen Partei vor der hereinbrechenden brutalen Reaktion beſtätigt und ſein feſter Glaube an endliche Verwirklichung des Rechtsſtaats in Preußen zertrümmert worden ſei, ergeht er ſich in folgenden Klagen:

„Verſchwunden iſt dieſer ſo echt preußiſche Glaube für meine Lebenszeit. Es will mich bedünken, als ſeien die Deutſchen Völker, wie einſt Rom und Griechenland, dem Untergange nahe. Es überſchleicht mich das gräßliche Gefühl, als ſtänden wir vor den Pforten eines Zerſetzungsproceſſes, welcher Alles, was wir bisher als recht, wahr, moraliſch gut erkannt, wofür wir unſer beſtes Herzblut eingeſetzt haben, zermalme; als werde fortan unſre Moral das Unrecht, die Lüge, die Niederträchtigkeit bilden. Ein ſolcher Zuſtand muß zum Untergange führen, wenn wir ihn auch nicht erleben; und doch hätte ich ſo gern mein altes Preußen, mein theures Deutſches Vaterland, meine lieben Knaben vor den Stürmen einer Alles zertrümmernden gewaltſamen Erſchütterung bewahrt geſehen. Aber wo ſoll mir der beſſere Glauben, den ich ſo gern von ganzem Herzen feſthalten möchte, erſtehen, wenn ich an Schleswig-Holſtein, an die Deutſchen und Europäiſchen Völker, an den Preußiſchen ſchein-

konstitutionellen Polizeiwillkürstaat denke; wenn ich sehe, wie tagtäglich die Gewalt das Recht beugt, die Unsittlichkeit der Moral Hohn spricht, die Niederträchtigkeit triumphirt, die Lüge die Wahrheit ermordet, der männliche Charakter entmannt, die heiligsten Versicherungen, die bündigsten Verheißungen mit sophistisch-jesuitischer Scheinheiligkeit wegeskamotirt werden; wenn man Worte und Thaten deutet, wie es Jedem zu seinen Plänen paßt und gutdünkt! Doch hinweg von diesen trotzlosen Reflectionen."

„Ihr zweiter Brief ist gut; wenn nur unsere Bauern und Bürger sich die Mühe nehmen ihn zu lesen und über ihn nachzudenken. Allein eines Theils sind sie zu dumm, andern Theils werden sie ihn nicht verstehen. Es ist ja so schön, sich von dem gnädigen Herrn die Hand drücken zu lassen; es ist ja so süß, sich mit ihrer Kundschaft zu brüsten, die man sonst zu verlieren erfahrungsmäßig befürchten muß; es kommt ja bei Wahrung der Volksrechte nichts heraus: die Regierung thut doch, was sie will, und die Kammern lieben entweder, die Willkür mit dem Mantel der Tagesordnung zu bedecken oder zu legalisiren, oder ihre Vota werden unbeachtet ad acta geschrieben. Wozu sich also in die Schanze schlagen? von der Volksvertretung, von dem Volke selbst wird man doch verlassen, von den Gegnern sodann angefeindet und verdächtigt und demnächst von der Regierung gemaßregelt. Lieber lassen wir den lieben Herrgott walten und legen die Hände in den Schooß; wie es kommen soll, kommt es doch ohne unser Zuthun. — Dieser Fatalitäts-, dieser Türkenglaube ist durch die immer mehr überhand nehmende Gleichgültigkeit der Völker in allen politischen Dingen bei uns so verbreitet, daß der, welcher dagegen ankämpfen will, für einen Umsturzmann gehalten oder höchstens bemitleidet wird," u. s. w.

Harkorts alter Freund und patriotischer Kampfgenosse, sein hochverehrter Präsident Grabow, stellte also ihm, dem Ordnungsmann aus dem Revolutionsjahre, als Lohn seiner Vertheidigung der angegriffenen Volksrechte in Aussicht: entweder für einen Umsturzmann gehalten oder „höchstens bemitleidet" zu werden! Hundert andere hätten sich durch eine solche Meinungsäußerung aus solchem Munde jeder weiteren Agitation ruhig begeben und sich gleichfalls auf die Ofenbank zurückgezogen. Nicht also Harkort: „Ich lasse nicht locker!" antwortete er. „So lange Athem in mir ist und ich meine Glieder bewegen kann, werde ich den Kampf nicht aufgeben; am allerwenigsten gegen solche traurige Gesellen, wie sie jetzt am Ruder sind. Endlich muß doch das Volk aus seinem Schlafe erwachen

und ein Rückschlag kommen.“ Schon nach wenigen Wochen ließ er eine zweite Schrift erscheinen, unter dem Titel: „Die Landwehr und das Budget von 1852“*) und mit dem Ausspruche Friedrich Wilhelm III. vom 5. April 1815 als Motto:

„Die Militairverfassung wird in Meiner ganzen Monarchie nur auf die Vertheidigung des Vaterlandes gerichtet sein, und durch die Organisation der Landwehr werde Ich in Friedenszeiten dem Lande die Kosten der Unterhaltung eines großen stehenden Heeres ersparen.“

Da in neuerer Zeit, gleichzeitig mit der starken Mehrforderung für die Heeresverwaltung, einige dem Prinzip des Landwehrsystems Gefahr drohende Flugschriften erschienen seien, die eine Entgegnung aus dem eigentlich fechtenden und zahlenden Teile des Volkes notwendig machten — bemerkt er im Vorworte, — so übernehme er, in Ermangelung einer bessern Feder, die Pflicht, ein Institut zu verteidigen, welches dem Volksgeiste entsprang und das Vaterland rettete; dem er 20 Jahre lang angehörte und dessen Untergrabung die trübste Seite unsrer neuesten Geschichte sein würde. Er verweist in der Einleitung auf die unter Führung ausschließlich adliger Generale erlebte Vernichtung der Linienarmee von 1806 und demgegenüber auf die Leistungen der Bürger Nettelbeck in Colberg, Neumann in Cosel und Hermann in Pillau, wie auf die Großthaten der Landwehr in den Befreiungskriegen. Als grundsätzlicher Gegner jeder Vermehrung stehender militärischer Kräfte, denen durch engere Bündnisse erleuchteter Nationen vorgebeugt werden sollte, erklärte er, daß das Preußische Heer nie über die Grenzen einer hinreichenden Vorschule der Volksbewaffnung hinausgehen dürfe, wenn man eine schwere Schädigung des Gleichgewichts der Finanzen vermeiden wolle. Nur allgemeine Wehrpflicht und rascher Wechsel der Mannschaften mache es möglich, die Massen mit Führung der Waffen bekannt zu machen. Schon der ausgezeichnete General Krauseneck habe für die Ausbildung des Infanteristen eine zweijährige Dienstzeit als ausreichend erkannt. Freilich dürfe dabei auf den Kamaschendienst, das Paradewesen und die Schreiberei kein großes Gewicht gelegt werden. Ohne Feuerprobe wisse man heute kaum, wer eigentlich zum Feldherrn tauge. Die Landwehr, gegen welche einige, in langer Friedenszeit erwachsene, Helden großes Geschrei erhöben, bleibe ebenbürtig mit der Linie, mit der sie auf denselben Schlachtfeldern ihre Toten begraben und ihre Lorbeern ge-

*) Berlin 1852, Verlag von Karl J. Klemann.

brochen habe. Das ältere Material sei thatsächlich zäher und charakterfester. Die Mängel der Landwehr beruhten meistens in der leider zu oft verfehlten Auswahl der Kommandeure. Strenge Auswahl der Bataillonsführer, Ausmerzung der Unfähigen und Besetzung der Stellen mit den tüchtigsten Stabsoffizieren sei es, was der Landwehr ebenso not thue als Abhilfe in betreff des Mangels an Offizieren und Unteroffizieren. Das ihr gegenüber zu weit getriebene Sparsamkeitssystem verursache gleichfalls große Nachteile; die 14tägigen Übungen z. B. erschienen viel zu kurz bemessen. Solle aber der Wehrmann sein Leben unverzagt in die Schanze schlagen, so zeige man ihm auch ein dankbares Vaterland. Er frage demgegenüber die wohlbezahlten Herren, welche jetzt so freigebig über den Säckel der steuerzahlenden Landwehr zu gunsten der Linie zu verfügen vorschlügen, was sie in der Kardinalfrage der jammervollen Invalidenversorgung zu thun gedächten?

In den weiteren Abschnitten unterzieht Harkort den Pensionsetat, die Mobilmachung und deren traurige Ergebnisse im Jahre 1850, welche nicht der Landwehr, sondern dem verknöcherten System und schlechter Oberleitung zur Last fielen, endlich die neue Mehrforderung des Kriegsministers, eingehender Besprechung und deutet am Schlusse auf die Schöpfung einer Kriegsflotte hin. — Die kleine packende Schrift, die in jeder Zeile wärmste Liebe zu dem ruhmreichen Institute atmet, welches Preußen von fremdländischer Unterdrückung befreite, fand einen großen Leserkreis und erlebte mehrere Auflagen.

„Die Preußische Handels- und Kriegsmarine und ihre Stellung zum Zollverein" lautete der Titel einer dritten interessanten Arbeit, die Harkort unmittelbar nach dem Schlusse der Kammersession von 1851/52 in Druck ausgehen ließ. Der verhängnisvolle Krieg mit Dänemark und sein beschämender Ausgang für Deutschland brachte dem Preußischen Volke die Notwendigkeit der Beschaffung einer Kriegsmarine zum Bewußtsein, und veranlaßte die Bildung einer freien Kommission aus Mitgliedern beider Kammern, um die vorbereitenden Schritte zu beraten. Als treibendes Element dieses Ausschusses hatte Harkort die Abfassung einer erläuternden Denkschrift für Volk und Volksvertretung übernommen. In 16 Kapiteln (Preußens politische Stellung in maritimer Hinsicht — Preußens Handelsmarine — das Seerecht — das Konsulatswesen — Preußens Kriegsmarine — Organisation derselben — Französische Flotten-Administration — das Materielle — Dock-Yards und Schiffswerfte — Häfen — Station in der Nordsee — die bewaffnete Handels-

marine — die Kriegsflotte — Stärke der Preußiſchen Flotte [Flottengründungsplan] — Rückſchau —) bewies der Verfaſſer, ſtets von großen und deutſchnationalen Geſichtspunkten ausgehend, das unabweisbare Bedürfnis und die Ausführbarkeit der Herſtellung einer Preußiſchen Kriegsmarine. Ganz abgeſehen von der Schmach der 1848 und 49 erlebten monatelangen Blokade der Preußiſchen Häfen durch das kleine Dänemark, bedinge ſchon die Rückſicht auf die Verteidigung der abgelegenen Provinz Preußen eine eigene Flotte, da ſolche nur dann erfolgreich bewirkt werden könne, wenn für Königsberg und Danzig der Seeweg offen bleibe. Ferner verlange die Deutſche Handelsmarine, die zweitgrößte in Europa, Schutz durch eigene Kriegsſchiffe, damit nicht das feindliche Öſterreich einſt das Mittelmeer und die Levante verſchließe. „Der jetzt tagende Zollkongreß bietet zwar ein klägliches Bild Deutſcher Einigkeit*); allein die Zeiten ſind gekommen, wo die dynaſtiſchen Intereſſen den materiellen weichen müſſen, und die Sympathien der Völker fallen der Macht zu, welche ihren Verkehr auszudehnen und zu ſchützen verſteht.“ Zur Beförderung direkter Packetfahrtlinien ſei ſtaatliche Subvention nach engliſchem Vorbilde ſowie für den Konſulatsdienſt die Heranziehung erfahrener Männer notwendig; nicht politiſche Horcher, Schützlinge einflußreicher Perſonen oder Leute, die man entfernen wolle (S. 472). Für die künftige Kriegsmarine gelte es, Schiffe mit weniger Geſchützen, dieſe aber von ſtärkerem Kaliber, zu erbauen und zur Beſchaffung von Matroſen die Hebung der Hochſeefiſcherei zu befördern, ſei es durch Heringsfang in der Nordſee oder Walfiſchfang in den Eismeeren. Ob die Kriegsmarine von dem Bau in Eiſen Abſtand nehmen ſolle? darüber ſei der Streit noch nicht entſchieden. Vor allen Dingen müſſe ſofort zur Anlage einer großartigen Maſchinenbauanſtalt in Swinemünde geſchritten werden, welche uns völlig vom Auslande unabhängig mache**). Als Hafenſtation in der Nordſee empfiehlt der Verfaſſer den Jahdebuſen, der in ſeiner ganzen Länge allezeit für Schiffe jeder Größe fahrbar ſei. „Mit der Oldenburger Regierung, welche ein Herz für die gute Sache hat, würde um ſo leichter ein Abkommen zu treffen ſein, als dieſem Lande die ſpätere Anlage eines großen Krieghafens un-

*) Die Mittelſtaaten intriguierten damals für den Eintritt von Geſamt-Öſterreich in den Zollverein und hielten die desfallſigen Miniſterkonferenzen in Bamberg und Darmſtadt ab. Daher der Name „die Bamberger (reſp. Darmſtädter) Koalition“.

**) Dieſe große Maſchinenbauanſtalt nebſt Schiffswerft wurde ſpäter von der Geſellſchaft Vulkan in Grabow bei Stettin errichtet.

gemeine Vortheile bringen müßte." — Harkorts Flottengründungsplan umfaßte 28 Dampf- und 8 Segelschiffe mit 894 Kanonen und 8700 Pferdekräften. Der Gesamtkostenaufwand von 13400000 Thaler war auf 12 Jahre verteilt.

Die anregende, eine ungemeine Fülle von damals neuen Gedanken darbietende Schrift schließt mit den Worten „Die Erbärmlichkeit der Coalition gegen den Zollverein darf uns nicht entmuthigen. Die Verhältnisse sind größer als die Menschen, und wir rathen dem Starken, keinen Schritt weiter zurückzuweichen, denn das Maaß der Concessionen erscheint uns voll!! Ein mächtiger Bundesgenosse steht uns zur Seite, welcher allen Witz der Diplomaten überwiegt: die öffentliche Meinung. Ihr hat Preußen manche Sühne zu bringen, indem es fortschreitet auf der Bahn der Intelligenz, der bürgerlichen Freiheit und der raschen Entwickelung aller materiellen Kräfte. Nicht Roß und Reisige, sondern diese Grundsätze bahnten uns den Weg vom Fels zum Meer; mögen sie für immer die Grundfesten der Macht und Würde unsres Vaterlandes sein!"

Im Gegensatz zu den übrigen Publikationen Harkorts aus jener Zeit weht durch diese, die Preußische Marine behandelnde Broschüre, wenn auch leise so doch unverkennbar, eine gewisse hoffnungsfreudige Stimmung. Manteuffel lernte in der That das Bedürfnis einer Kriegsmarine für Preußen einsehen, und die Erwerbung des Hafens an der Jahde*) bleibt sein Verdienst. Ehe man aber dahin gelangte, sollte das schon so oft in seinen teuersten nationalen Gefühlen verletzte Deutsche Volk den Kelch der Bitterkeit bis auf die Hefen ausleeren. Die im Jahre 1848 aus allgemeinen Geldsammlungen und durch Beiträge verschiedener Regierungen geschaffene kleine Deutsche Flotte, welche durch die im ruhmreichen Kampfe bei Eckernförde den Dänen abgewonnene Fregatte Gefion verstärkt worden war, ward auf Befehl der Hohen Deutschen Bundesversammlung an den Meistbietenden versteigert! Nur Preußen und Hannover hatten in Frankfurt für die Erhaltung der Flotte als Ganzes gestimmt; die Mehrheit lehnte diesen Vorschlag, wie nicht minder denjenigen einer Dreiteilung der Schiffe zwischen Österreich, Preußen und den andern Mächten, ab. Sie scheute schließlich nicht vor der Schmach zurück, das einzige, in Wahrheit mit dem Gute und Blute des Volkes erworbene, Stück gemeinsamen Deutschen

*) Harkort hatte die Jahde schon vor Jahren untersucht und wertvolle Notizen darüber gesammelt, die er dem Preußischen Kommissar einhändigte, als dieser sich zum Zweck der Erwerbung des Meerbusens nach Oldenburg begab.

Besitzes, den hoffnungsreichen Keim einer Deutschen Seewehr, in öffentlichem Termine feilbieten zu lassen, gleich dem Inhalte eines Trödelladens. Ein Mensch Namens Hannibal Fischer nahm die Ausführung der vom Deutschen Bunde befohlenen Schandthat auf sich und kündigte unter dem Hohngelächter von ganz Europa am 3. Juli 1852 die Versteigerung in in- und ausländischen Zeitungen an. Ein volles Jahr dauerte dieser Skandal auktionsmäßiger Verschleuderung. Damit mindestens die Gefion nicht wieder in Dänische Hände falle, ließ Preußen dies Schiff für sich ansteigern. „Meine Sünde stinkt zum Himmel!“ konnte die Durchlauchtigste Deutsche Bundesversammlung mit dem Könige im Hamlet ausrufen. Aber auch sie ereilte die rächende Nemesis; genau vierzehn Jahre nach jener schmachvollen Flottenauktion irrte sie obdachlos umher, nachdem am 3. Juli 1866 auf den Feldern von Königgrätz der elende Deutsche Bund wie ein fauler Topf zu Scherben zerschlagen worden war.

Im Herbst 1852 fanden die Neuwahlen zur Zweiten Kammer statt. Von der bevorstehenden Legislaturperiode erwartete man auf allen Seiten die endgültige Entscheidung des Kampfes um Erhaltung oder Beseitigung der Repräsentativverfassung. Des Königs Abneigung gegen das ihm aufgedrungene „Stück Papier“ war unverändert geblieben. Noch im letztverflossenen Monat Januar sprach er seinem Freunde Bunsen gegenüber es als seine feste Überzeugung aus: „daß der Ausdruck des modernen Konstitutionalismus in der Verfassungsurkunde Preußens Tod sein muß!!“ Die äußerste Rechte erklärte laut, nicht nur die „Charte Waldeck“, sondern auch die „revolutionäre“ agrarische Gesetzgebung der Steinschen Periode sei zu beseitigen. Ihr geistreicher Führer, Professor Stahl, hatte im März bei einer feierlichen Gelegenheit das Programm entwickelt: „Die Wissenschaft bedarf der Umkehr.“ Der bei Hofe höchst einflußreiche Generaladjutant von Gerlach erteilte zwar auf die ihm gestellte Frage: ob man die Verfassung förmlich aufheben solle? eine verneinende Antwort, da man das wenigstens ohne „scheinbaren“ Eidbruch nicht thun könne; gab indessen mittelst eines im Oktober 1852 erstatteten Gutachtens den jesuitischen Rat: „Das konstitutionelle Prinzip muß nicht abgerissen werden, sondern abtrocknen.“

In solcher Lage des Landes griff Harkort abermals zur Feder und sandte einen „Wahlkatechismus pro 1852 für das Volk“ in

das Land hinaus*). Auf zwölf Fragen, deren Wortlaut ihren Sinn und Bedeutung von vornherein erkennen ließ, gab er in seiner volkstümlichen Sprache unumwundene, auch dem geringsten Wähler verständliche Antwort. Was nennt man eine Partei? — Wo krähen die Haupthähne? — Welche Zwecke verfolgt die Partei der Mitte, auch Partei durch Dick und Dünn genannt? — Haben die Konstitutionellen, die Eigentlichen, die Gothaer, wie man sie nennen mag, keine Schnitzer gemacht? — Wie haben die drei Parteien in der letzten Kammersitzung die Geschäfte betrieben? — Soll irgend eine Partei von den Wahlen ausgeschlossen werden oder sich ausschließen? — Wen sollen wir wählen? — Aber darf man nicht ein wenig an der Verfassung ändern und schnitzeln? — Ist die Verfassung wirklich ein so teures Gut? — Wer ist gut königlich? — Welche Pläne hat die Reaktion für die nächste Zukunft? — Was soll dagegen die Volkspartei thun? —

Auf die Frage, wo die Haupthähne krähen, gab er die Antwort: „Im Lager der „Kreuzzeitung", der sogenannten äußersten Rechten. Der historische Ausdruck „Junkerparthei" darf nicht mehr gebraucht werden, auch der des „wohlbefestigten Grundbesitzes" paßt nicht recht, seitdem die Rittergüter so lose am Nagel hängen. Noch jüngst wurden einem Kauflustigen 70 Herrschaften, allein in Einer Provinz, auf seine Anfrage zum Kauf angeboten! Sagen wir deshalb: „Kreuzzeitungsparthei"**). Unter diesen Leuten giebt es manche brave Männer von Charakter, die nur den Fehler haben, preußischer sein zu wollen als der König von Preußen; die nur Heil sehen in vergangenen Zeiten und uns in wohlmeinender Absicht hinter Friedrich den Großen zurückführen wollen; deren ganze uns zugedachte Weihnachtsgabe in einer ständischen Gliederung besteht, obenan die Ritter und Barone und hinter der Fronte die Bauern und Knechte. Mit diesen ehrenwerthen Stammhaltern ziehen indessen gar manche Wölfe in Schafskleidern, die Buße und Fasten predigen, um den Braten für sich zu behalten; welche als Gegner der Industrie gerne nach altem Brauch die Städte verwüsten möchten; die geschworene Feinde

*) Braunschweig, Druck von Gebrüder Meyer 1852. Harkort hatte unter den eingeschüchterten Preußischen Buchhändlern und Druckern keinen Verleger finden können und sich deshalb mit seinem Katechismus ins „Ausland", nämlich nach Braunschweig, wenden müssen.

**) Nach dem letzteren Satze zu schließen, scheint die Bezeichnung „Kreuzzeitungspartei" vorher noch nicht gebräuchlich gewesen zu sein. „Wohlbefestigter Grundbesitz" war eine bei Friedrich Wilhelm IV. beliebte Umschreibung für solche Rittergüter, die er als Hauptbaumaterial für das von ihm, statt der gewählten Ersten Kammer geplante „Herrenhaus" zu benutzen gedachte.

von Steuerzahlen aus eignem Beutel ſind; und es vorziehen, anſtatt im Schweiße ihres Angeſichts ein bürgerliches Gewerbe zu betreiben, nach fetten Stellen, Penſionen und Ehren zu angeln; die da wähnen, ein Special-Privilegium auf die Benutzung des Volksſäckels zu haben und glauben, eine angemeſſene Portion Unwiſſenheit ſchade den untern Volksklaſſen nicht. Dieſen Patrioten erſcheinen Knute und Corporalſtock als paſſendes Mittel zum Zweck und ihre Hoffnung iſt, bei eigener Schwäche, das abſolute Ausland. Die wählen wahrlich keinen bürgerlich Geſinnten und man dürfte deshalb jeden Bürger und Bauern für einen Narren erklären, der unter ihnen ſeine Vertreter ſuchen wollte!"

Immerhin ſei aber, heißt es in der weiteren Charakteriſtik der Parteien, ein echter Kreuzzeitungsmann, der mit offener Stirn fechte, noch beſſer als „ſo ein Dick und Dünner", welcher im Stillen, auch wohl in der Fraktion oder ſchlimmſten Falles im Ausſchuß gegen die Miniſter räſonniere, wenn's aber zum Treffen komme, mit Selbſtverleugnung zur Tagesordnung übergehe oder Ja ſage.

„Laßt" — antwortet der Katechismusmann auf die Frage: wen ſollen wir wählen? — „die vielen Beamten zu Hauſe, die nicht unabhängig ſtimmen können und daheim ihr Amt zu verſehen haben. Ein Präſident oder ein Landrath, der 6 Monate in Berlin iſt, kann ſchwerlich ſeinen Bezirk oder Kreis von dort aus, ſo wie es ſich gebührt, regieren. Fragt einfach: wer iſt für die Verfaſſung ihrem Inhalt und Geiſte nach, und wer dagegen? Dann erfahrt Ihr, wer vorwärts will und wer zurückſtrebt in die alten Zuſtände, aus denen die Jahre 1806 und 1848 hervorgingen und im ſchlimmſten Falle wieder hervorgehen werden. Vor allen Dingen hütet Euch vor den Jabrüdern, die mit der Gewalt durch Dick und Dünn laufen, ſo lange ihr eigener Säckel und Magen gefüllt ſind."

Zur Bekräftigung des vorſtehend über die Wahl von Beamten Geſagten war in einem dem Wahlkatechismus beigefügten Verzeichnis der thatſächliche Nachweis geliefert: „daß einem großen Theil der Abgeordneten, welche in der letzten Sitzungsperiode mit dem Miniſterium geſtimmt haben, Beförderungen und Gehaltsverbeſſerungen zu Theil geworden ſind, während oppoſitionelle Abgeordnete dienſtliche Zurückſetzung und anderweitiges Mißgeſchick in ihrer amtlichen Stellung erfahren haben." — Alphabetiſch geordnet, beginnt jene intereſſante Liſte mit dem Regierungsreferendar von Bismarck-Schönhauſen und weiſt außer dieſem noch 34 während der letzten Seſſion beförderte Angehörige der Rechten nach, darunter Bodelſchwingh, Eulenburg, zwei Kleiſt, Klützow, Kraſſow, Meuſebach, Manteuffel,

Puttkamer, Schleinitz, Scherer, Selchow, Witzleben und andere. Auf der schwarzen Tafel dagegen, dem Verzeichnis der gemaßregelten Mitglieder der Linken, begegnen wir den verfassungstreuen Namen Auerswald, Bardeleben, Bonin, Delius, Hansemann, Patow und andern.

Selbstverständlich ward seitens aller Preußischen Polizeibehörden mit Beschlagnahme und sonstigen Maßregeln ein mächtiges Kesseltreiben gegen die neueste Harkortsche „Schandschrift" in Scene gesetzt; freilich ohne andern Erfolg, als dem Büchlein große Reklame und jeden freigesinnten Mann auf dessen Besitz lüstern zu machen. Das war trotz aller Polizeiverbote nicht schwer. Denn Braunschweig, wo der Katechismus gedruckt worden, lag an der damals noch einzigen durchgehenden Eisenbahnroute von Berlin nach dem Westen. Wer dieses Weges fuhr, kaufte auf dem dortigen Bahnhofe ein oder mehrere Exemplare des Katechismus, um dieselben, in der Rocktasche vor Späherblicken gesichert, zu Hause persönlich gleichgesinnten Freunden zu übergeben. Gegen eine solche Verschwörung des ganzen Publikums, die in der Reaktionspartei als angenehmer Sport betrieben wurde, war die Polizei ohnmächtig*).

Im Westen fielen die Neuwahlen zu gunsten der Verfassungsfreunde aus, da auch die in Rheinland-Westfalen überwiegende katholische Partei sich auf ihre Seite stellte. Die Grafschaft Mark wählte ausschließlich liberal**). Unserm Harkort ward im Wahlbezirke Hagen-Altena-Iserlohn das alte Mandat mit großer Mehrheit erneuert und ihm — an Stelle der durchgefallenen seitherigen Vertreter Bodelschwingh und von Holzbrink — Vincke sowie Hermann

*) Als der jetzige Vereinigte Staaten-Senator Karl Schurz von Bonn auszog, um Kinkel aus dem Spandauer Zuchthause zu befreien, setzte ihn der Bahnhofsvorsteher zu Braunschweig mit dem zufällig nach Berlin zurückreisenden Polizeidirektor Dunker in das nämliche Koupee und gab Befehl, unterwegs niemanden in dasselbe einzulassen. Dunker unterhielt sich vortrefflich mit dem angenehmen jungen Reisegefährten, half ihm bei der Ankunft in Berlin über die dortige Paßkontrolle hinweg und war nicht wenig erstaunt, später, nach Kinkels glücklicher Befreiung, zu erfahren, in welcher Weise er zu derselben unfreiwillig mitgewirkt hatte.

**) Aus Anlaß dieses erfreulichen Resultats sandte Gustav Harkort seinem Bruder die Abbildung einer alten gemalten Fensterscheibe auf der Veste Koburg mit dem Wappen der Grafschaft Mark und dem bezeichnenden Spruche:

Die Grafschaft Mark ein Wapen führt,
Auf rotem Feld mit Stain geziert.
Vierecken Stain, wie der auch fällt,
Sich immer auf ain Seiten stellt.

Kamp, der Sohn seines früheren Socius*), zu Spezialkollegen gegeben. Die östlichen Provinzen dagegen, wo der Großgrundbesitz die Macht besaß, die Regierung ihren Einfluß rücksichtslos gebrauchte und bei den Wählern die Parole herrschte: es hilft ja doch alles nichts! ergaben desto schlechtere Wahlresultate. Die Rechte hatte erheblich zugenommen und war stark genug, beim Zusammentritt des neugewählten Hauses den Präsidenten aus ihrer Mitte zu ernennen. Sie bestellte dazu mit 154 gegen 131 Stimmen den vormärzlichen Justizminister Uhden, den nämlichen Mann, welcher bei der Exekution in Hessen 1850 diejenigen Dienste verrichtet hatte, die Graf Pourtalès in seinem Briefe an Bunsen (S. 451) zutreffend bezeichnete. Übrigens erwies sich Uhden binnen kurzem als so vollständig unfähig, daß man nach Ablauf der vierwöchentlichen Probezeit auf seine definitive Ernennung verzichten und Schwerin wieder zum Vorsitz berufen mußte, den dieser bis zum Ablauf der Legislatur-Periode behielt.

Die Reaktion besaß nunmehr auch die volle parlamentarische Gewalt und säumte nicht, davon Gebrauch zu machen. Schon am 9. Dezember 1852 legte Westphalen Gesetzentwürfe vor, durch welche die Bildung der Ersten Kammer ausschließlich der Krone überlassen, sechsjährige Legislatur-Perioden mit zweijährigen Sessionen eingeführt und die Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März 1850 sowie der Artikel 105 der Verfassung aufgehoben werden sollten. Die Linke, kräftig unterstützt von der neugebildeten gemäßigt-konservativen Fraktion Bethmann-Hollweg und dem katholischen Centrum, bekämpfte die sämtlichen Vorlagen energisch, den Boden des Gesetzes Zoll für Zoll verteidigend. Harkort hielt insbesondere dem Ministerpräsidenten von Manteuffel (3. Februar 1853) die kräftigen Worte vor, welche er noch vor drei Jahren zur Durchsetzung der jetzt zum Abbruch bestimmten Gemeinde-Ordnung von 1850 gesprochen habe. „Die Regierung," erklärte der Mann von Olmütz damals, „hält eine durchgreifende Regelung des Gemeindewesens für dringendes Bedürfniß; dieses Bedürfniß ist namentlich in Beziehung auf die ländlichen Gemeinden der östlichen Provinzen seit lange gefühlt worden; es hat sich als unabweisbar herausgestellt" u. s. w. Manteuffel begnügte sich, auf diese Vorhaltungen zu erwidern: er fühle sich frei von der pharisäischen Selbst-

*) Letzterer selbst, J. H. Kamp, vertrat in der Ersten Kammer die Grafschaft Mark, später die Stadt Köln, und starb in Ausübung seines Amtes zu Berlin am 16. Februar 1853. Die von ihm mit Harkort gegründete Maschinenfabrik ging auf seinen Schwiegersohn Julius Blank über.

genügsamkeit, welche immer das Rechte gefunden zu haben glaube! Alle Anstrengungen, die organische Gesetzgebung von 1850 überhaupt, oder doch mindestens die Gemeindeordnung für die westlichen Provinzen, wo dieselbe bereits an vielen Orten segensreich wirkte, zu retten, blieben erfolglos, nicht minder alle dagegen eingereichten zahlreichen Petitionen; die Aufhebung ward mit 184 gegen 142 Stimmen beschlossen. In der Verhandlung über die Streichung des Artikels 105 sprach Harkort: „Ich vergleiche den Taumel der Parvenus in Paris (wo Louis Napoleon im Dezember 1852 den Kaiserthron bestiegen hatte) mit dem Taumel der Contrerevolution in Preußen. Frankreich aber hat den Vorzug, daß es einig ist nach außen, und das Preußen der Reaction wird nichts sein, als ein Conglomerat von Provinzen, die kein gemeinschaftliches Band besitzen und zusammenhält.“ Alle Warnungen blieben unbeachtet; Artikel 105 ward aufgehoben und damit die erste „Durchlöcherung“ der beschworenen Verfassung, wie der Abgeordnete von Gerlach, des Generaladjutanten Bruder, diese Operation taufte, unter dem Jubel der „Kreuzzeitung“ glücklich vollbracht.

Weniger Glück hatte die Regierung mit einem neuen Angriffe auf die durch das Gesetz von 1851 ohnehin schon stark geknebelte Presse. Die der Verwaltung darin erteilte Befugnis, ausländische Druckschriften — womit Deutsche, außerpreußische gemeint waren — für Preußen ganz verbieten zu können, sofern vorher eine einmalige gerichtliche Verurteilung erfolgt war, erschien Herrn von Westphalen ungenügend; er verlangte das Recht, jeder außerhalb erscheinenden Druckschrift, auch ohne Rechtsspruch, einfach nach seinem Ermessen, den Eingang und Vertrieb in Preußen untersagen zu können Als Grund für dies unerhörte Ansinnen stützte sich die Regierung hauptsächlich auf die stattgefundene Verbreitung einer kommunistischen Schrift von Karl Marx und — des im „Auslande“ gedruckten Harkortschen Wahlkatechismus, trotzdem alle mit dieser Broschüre befaßt gewesenen Gerichtshöfe des Landes, bis hinauf zum Obertribunal, nichts Strafbares darin hatten entdecken können. Selbst die Rechte schämte sich, diese Vorlage öffentlich zu unterstützen, und überließ es dem Minister des Innern und seinem getreuen Scherer, dem ehemaligen 48er Radikalen, das Monstrum zu verteidigen. Harkort bemerkte kurz: „Mein Name ist hier mehrfach mit dem des Herrn Marx*) ausgesprochen worden. Ich bedarf wohl einer kleinen Recht-

*) Der Sozialist Carl Marx war Schwager des hochkonservativen Ministers von Westphalen und des ultramontanen Schriftstellers von Florencourt.

fertigung. Früher habe ich die Ehre gehabt, das hohe Ministerium selbst unter meine Verleger zu zählen; ich begreife nicht, wie mein Katechismus auf einmal so mißliebig geworden ist, da er doch offenbar eine sehr konservative Kammer herbeigeführt hat. Mein Urtheil ist bekannt; es lautet auf Freisprechung. Darf ich wohl an den Herrn Regierungs-Kommissar die Frage richten, wo meine Exemplare sich befinden?" — Der entscheidende § 2 des Entwurfs ward mit 147 gegen 139 Stimmen abgelehnt. Als daraufhin der Minister gefragt wurde, ob er auf die Fortsetzung der Beratung noch Wert lege, rief der „Kanzleirat" — Westphalens Spottname! — unter dem Gelächter des Hauses ingrimmig zurück: „Gar keinen!"

Eine gleiche Antwort, jedoch in sehr vergnügter Stimmung, erteilte auch der Finanzminister, nachdem bei Beratung des von ihm vorgelegten Grundsteuergesetzes die regierungsseitig vorgeschlagene Entschädigung für neu zu besteuernde Grundstücke durch eine aus Freunden und Gegnern der Vorlage zusammengesetzte Majorität abgelehnt worden war. Der Pflicht abermaliger Einbringung des Gesetzentwurfes hatte sich die Regierung, angesichts früherer feierlicher Versprechungen, nicht wohl zu entziehen vermocht; — nunmehr war sie dieser Pflicht ledig und konnte die ihr wie der Rechten gleich widerwärtige Sache ganz in den Brunnen fallen lassen. Der von Harkort im Beginn der Session wieder eingebrachte alte Gesetzentwurf ward zur Benutzung „für die weiter zu erwartenden Vorlagen" an die Regierung überwiesen. Dort war er gut aufgehoben.

Als unübertreffliche Signatur der Reaktionsepoche der 50er Jahre erscheint der Gesetzentwurf über die Jagd auf Elchwild und die Schonung der Fasanen — ein Gegenstand, welchem bei Hofe und in den Kreisen der hohen Aristokratie die größte Wichtigkeit beigemessen wurde. Mit Rücksicht hierauf hatte man demselben schon in der Ersten Kammer besondere Aufmerksamkeit gewidmet und ihn dort in zweimaliger Abstimmung angenommen. Auch die Kommission des andern Hauses behandelte das Ding mit tiefem Ernste und ließ demgemäß den von der Ersten Kammer der Vorlage angefügten § 9, wörtlich lautend:

„Perlhühner sind zu den Hausthieren zu rechnen"

unbeanstandet. Man schämte sich gleichwohl, die Gründe für diese Albernheit öffentlich mitzuteilen. Die Tötung des den Ostpreußischen Wäldern höchst nachteiligen Elchwildes, dessen Jagd als eine der nobelsten Passionen galt, sollte bei strenger Strafe untersagt und für Fasanerien Schonbezirke (von bedeutendem Umfange, auf fremdem

Eigentum und entschädigungsfrei) eingerichtet werden. Da die Opposition in dem Entwurfe einen verschleierten ersten Versuch erkannte, auf Umwegen zu dem alten verhaßten Jagdrecht zurückzugelangen, so leistete sie auch hier entschiedensten Widerstand.

Harkort warnte die Regierung und Rechte, „nicht an jene barbarischen Zeiten zu erinnern, wo der Hirsch mehr werth war als der Bauer, der seine Saaten schützte". Er beantragte, das ganze Gesetz zu verwerfen, eventuell jedoch den lächerlichen § 9 durch den Zusatz zu vervollständigen: „Hühner, Gänse und Enten werden ebenfalls zu den Hausthieren gezählt."! Nach dreitägiger Debatte und einem halben Dutzend namentlicher Abstimmungen gelang es den Gegnern des Entwurfs, in denselben mehrere, die Sicherstellung und Entschädigung Dritter bezweckende, Klauseln einzufügen, welche in der Ersten Kammer verworfen wurden und schließlich das stille Begräbnis dieses legislatorischen Wechselbalgs zur Folge hatten.

Selbstverständlich wiederholte der unermüdliche Schulfreund mit ernsten Worten seine alljährige Mahnung für den Elementarunterricht, dessen Staatsbudget pro 1853 um die armselige Summe von 4000 Thalern zur bessern Dotation der Lehrerbesoldungen erhöht worden war. Herr von Raumer meinte, es erscheine allerdings notwendig, die Lehrergehälter zu verstärken, indes bliebe das Sache der Gemeinden, an welche er eine Generalverfügung in diesem Sinne erlassen habe. Der Gedanke an eine Beitragspflicht des Staats lag ihm ganz fern. „Wenn jeder von ihnen (den 30 000 Lehrern der Monarchie) 30 Thaler Zulage bekömmt," antwortete er Harkort, „so würde das ungefähr 1 Million ausmachen. Ich glaube nicht, daß die hohe Kammer wünschen wird, daß ich zu diesem Zwecke bei dem nächsten Budget 1 Million oder zum Anfang $^1/_2$ Million fordere." Darin hatte der Mann Recht — diese Kammer, die drei Tage über Elchwild-Schonung debattieren konnte, hätte für die Schule und ihre Lehrer sicherlich nicht 1 Million bewilligt! Zu ihrer Ehre sei übrigens gleich an dieser Stelle erwähnt, daß ein durch von der Heydt vorgelegtes, verbessertes Regulativ wegen Beschäftigung von Kindern in Fabriken nach eingehender Beratung mit großer Mehrheit angenommen wurde. Harkort sprach sich entschieden für die Vorlage aus und bekämpfte mit Erfolg eine von Kleist-Retzow befürwortete Abschwächung derselben*).

Seinem Ausspruche getreu: Hat man in der Kammer einmal angefangen, einen Nagel einzuschlagen, so muß man in jedem Jahre

*) Durch § 11 dieses Regulativs wurden zum erstenmale in Preußen dort, „wo sich dazu ein Bedürfniß ergiebt" besondere Fabriken-Inspektoren eingeführt.

immer wieder darauf loshämmern, dann dringt er zuletzt auch in die härteste Mauer! erinnerte Harkort in der jetzigen ersten Session der neuen Legislaturperiode abermals an seine alten Forderungen: Abschaffung des Salzmonopols, Hebung der Wasserstraßen, insbesondere der Ruhr, keine Beschränkung der Teilbarkeit von Grund und Boden, bessere Unterstützung der Invaliden, Ermäßigung der Gerichtskosten, Einführung von Schiedsgerichten. Zur Förderung des letztgedachten Gegenstandes schrieb er im November 1853 „Bemerkungen über den Nutzen der Schiedsgerichte“ (Hagen bei G. Butz), durch die er auf die großen Erfolge dieses Instituts in der Westfälischen Gemeinde Halver hinwies und die Statuten des von ihm geleiteten Schiedsgerichtes in Wetter als Muster veröffentlichte.

Nachdem Louis Napoleon den wieder aufgerichteten Kaiserthron bestiegen, gab sich die Reaktion aller Orten der angenehmen Hoffnung hin, sie werde nunmehr, von niemandem belästigt, ihres Werkes froh werden und die „patriarchalischen“ Zustände vollständig wieder herstellen können. Von Frankreich befürchtete man, seit die Revolution anscheinend ganz niedergeworfen, nichts mehr; am allerwenigsten erschien es möglich, es könne an der Seine der Gedanke gehegt werden, gerade jetzt der geheiligten alten Ordnung Europas zu Leibe zu gehen und sich gar gegen deren obersten Hort und Schützer, den allgewaltigen Zaren Nikolaus, aufzulehnen. Dieser, welchem sein Feldherr Paskjewitsch 1849 nach der Kapitulation von Vilagos die Botschaft sandte: Ungarn liegt zu den Füßen Ew. Majestät!, der Österreich gerettet, Preußen an die Wand gedrückt, die Deutschen Einigungsversuche weggewischt und Schleswig-Holstein gebunden an Dänemark überliefert hatte, war zum Glück selbst von seiner Gottähnlichkeit überzeugt und hielt den Augenblick für gekommen, die Sehnsucht aller rechtgläubigen Russen zu erfüllen und die Türken aus Europa zu vertreiben. Ging doch die alte Sage, daß genau 400 Jahre nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken das Griechische Kreuz wieder auf der Sophienkirche aufgerichtet und der letzte Muhamedaner über den Hellespont zurückgejagt werden würde. Im Jahr der Erfüllung dieser Verheißung 1853 schritt der Zar thatsächlich an die Ausführung seiner vermeintlichen göttlichen Mission, indem er zunächst den Fürsten Mentschikoff nach Konstantinopel schickte und dem „kranken Mann“, wie er das Osmanenreich nannte, in brutaler Form*) unerfüllbare Forderungen

*) Mentschikoff legte bei dem Antrittsbesuch auf der Pforte seinen Paletot nicht ab und verhalf diesem Kleidungsstück dadurch zu einer gewissen Berühmtheit.

bezüglich der sogenannten Heiligen Stätten und des Protektorats über die Griechischen Christen erheben ließ. Ernsthaften Widerstand gegen sein Vorgehen hielt der Autokrat für unmöglich; nur mit England allein schien ihm wegen der Türkischen „Erbschaft" zu verhandeln nötig. „Was ich will, will auch mein Bruder von Oesterreich!" erklärte er kurzweg dem Englischen Gesandten Seymour; von Preußen zu reden, erachtete er seit Olmütz überhaupt nicht mehr der Mühe wert. Louis Napoleon blieb in Nikolaus Augen ein unbedeutender Abenteurer, der trotz seiner Thronbesteigung nicht einmal auf die unter Souveränen gebräuchliche Anrede: „Mein Herr Bruder!" Anspruch erheben durfte. Dieser maßlose Hochmut war von der Vorsehung dazu ausersehen, den Sturz des Russischen Übergewichts in Europa herbeizuführen. Ohne den Moskowitischen Größenwahn würde der neue Gewalthaber Frankreichs sich wahrscheinlich mit Rußland ins Einvernehmen gesetzt haben, — die erlittene Beleidigung aber trieb ihn, sich persönlich zu rächen und gegenüber dem unbesonnenen Vorgehen des Zaren seinerseits eine kühne auswärtige Politik zu entfalten. Er verband sich mit dem anfangs zögernden England, entsendete mit diesem vereint eine Flotte in die Levantinischen Gewässer und bestärkte die Pforte im Widerstande als, allen Vermittelungsversuchen zum Trotz, Rußland im Juli 1853 seine Truppen in die Donaufürstentümer rücken ließ, um diese damals noch Türkischen Vasallenstaaten als Pfand für die Erfüllung seiner Forderungen zu besetzen. Nach Vernichtung eines Osmanischen Geschwaders bei Sinope fuhren die Flotten der beiden Westmächte mit der ausgesprochenen Drohung in das Schwarze Meer ein, jedes Russische Kriegsschiff zu zerstören, welches fernerhin Türkisches Besitztum angreifen werde.

Als am 29. Oktober die Kammern zusammentraten, mußte die Thronrede die im Oriente eingetretene Verwickelung zugeben, versicherte indes in den gewohnten nebelhaften Redewendungen, die Regierung werde „das wahre Interesse des Landes zur ausschließlichen Richtung ihrer Bestrebungen nehmen". Was freilich das wahre Interesse des Staates im vorliegenden Falle erforderte, war nicht leicht und nicht für alle Kriegseventualitäten zu bestimmen. Sicher erschien nur, daß Preußen nicht mit Rußland gehen dürfe, sondern sich mit Österreich verbinden und von vornherein fest und bestimmt auftreten müsse. Eine solche Sprache, Preußischerseits zur rechten Zeit gesprochen, würde voraussichtlich selbst auf den Größenwahn des Zaren eingewirkt und vielleicht noch den Krieg verhindert haben. Aber so wenig man nach dem Bibelworte Trauben

leſen kann von den Dornen, ebenſowenig durfte man eine klare und entſchiedene Politik vom Berliner Kabinett erwarten. Die ſogenannte Partei des Preußiſchen Wochenblattes (Bethmann-Hollweg) befürwortete durch Bunſen den Anſchluß Preußens an die Weſtmächte; Manteuffel und die offiziellen Kreiſe ſtimmten für Neutralität mit Abwendung von Rußland, die Kamarilla und die Kreuzzeitungspartei dagegen wirkten mit aller Macht für ihr Ideal, den angebeteten Moskowitiſchen Selbſtherrſcher, deſſen Intereſſen ihnen wiſſentlich oder unwiſſentlich höher ſtanden, als die ihres Preußiſchen Vaterlandes. Friedrich Wilhelm IV. ſchwankte unter dieſen ſich bekämpfenden Einflüſſen hin und her; „in Sansſouci" — ſpotteten die Berliner — „geht man mit England und Frankreich zu Bett und ſteht mit Rußland wieder auf!" Dem Generaladjutanten von Gerlach wurde ſogar geſtattet, neben dem amtlichen Verkehr Manteuffels einen privaten Depeſchen-Wechſel mit dem Ruſſiſchen Hofe zu unterhalten, durch welchen letzterer natürlich alles erfuhr, was ihm zu wiſſen not that. Der Winter von 1853 auf 54 verging unter langdauernden Unterhandlungen über eine feſte Allianz mit Öſterreich und die gemeinſame Aufforderung beider Deutſcher Mächte an Rußland zur Räumung der Donaufürſtentümer. Die endlich wieder zum Leben erwachte öffentliche Meinung ſtellte ſich mit voller Entſchiedenheit auf ſeiten der Weſtmächte, von deren Eingreifen man die Befreiung Europas, namentlich Deutſchlands, vom Ruſſiſchen Alp und die Demütigung des hochfahrenden Zaren erwartete. Zum Oſterfeſte ſang „Kladderadatſch" hoffnungsfreudig vielen Tauſenden aus der Seele:

Der erſte Schuß — am Bosporus —
Verändert unſre Lage.
Denn kommen wird — was kommen muß —
Vergnügte Feiertage!

Als Anfang März eine der größten Flotten, welche die Welt geſehen, unter dem tapfern Admiral Charles Napier (Fighting Charley, das fechtende Karlchen, von ſeinen Matroſen genannt) im Begriffe ſtand, durch den Sund in die Oſtſee einzulaufen, verließ Graf Schwerin den Präſidentenſtuhl, um Namens der Linken, des Centrums und der katholiſchen Partei die Regierung zu interpellieren: ob dieſelbe ſich fortdauernd in Übereinſtimmung mit den Kabinetten von Wien, London und Paris befinde? Manteuffel erwiderte ausweichend: die in der Oſtſee erſcheinenden Flotten gehörten Staaten an, „mit denen Preußen im Frieden und guten Einvernehmen ſtehe", ergriff aber die gebotene Gelegenheit, um — analog ſeiner Taktik

in Sachen der Union 1850 — das entfachte kriegerische Feuer wieder zu einer neuen Geldbewilligung auszunutzen. Auch diesmal verstand er es, den Glauben zu erwecken, daß er die von der großen Mehrheit der Nation gewünschte Politik verfolgen werde, indem er in der entscheidenden Debatte (8. April 1854) erklärte, es sei zu Wien ein „die Gemeinsamkeit der Bestrebungen" der vier Mächte konstatierendes Protokoll unterzeichnet worden. Das Manöver gelang abermals. Der Antrag von Vincke, Harkort und Genossen, den geforderten Kredit erst dann zu bewilligen: wenn genügende Garantie dafür geben sei, daß Preußen weit entfernt sich auf die Seite Rußlands zu stellen, vielmehr entschlossen sei die von den Westmächten verfochtenen Interessen des Europäischen Völkerrechts, möglichst Hand in Hand mit Österreich und dem übrigen Deutschland, mit allem Nachdruck zu vertreten, — ward gegen eine geringe Minderheit abgelehnt und schließlich das Kreditgesetz, wie Gerlach befürwortete, „sans phrase" angenommen. Die Regierung hatte erreicht, was sie wollte: nämlich Geld ohne jedes Mitspruchsrecht der Volksvertretung bei der Verwendung. Wenn die Hofpartei später nicht die Allianz mit Rußland abschloß, so war das lediglich den fortwährenden Niederlagen der Russen beizumessen; wahrlich nicht der Weisheit der charakterlosen Kammermehrheit. Dieselbe genehmigte auch den von der Regierung gleichzeitig vorgeschlagenen 25prozentigen Zuschlag zur Einkommen- und Klassen-Steuer, obgleich die Opposition dringend warnte. „Ich sehe noch die alten Steuerleute," sprach Harkort, „deren höhere Politik die ist, uns von der Politik fernzuhalten und die Kammer nur anzurufen, wenn Preußisches Courant nöthig ist." Nichts fruchtete; die servile Majorität bewilligte alles, und die Linke durfte froh sein, wenn Manteuffel nicht noch mehr verlangte.

Selbstverständlich war auch in andern Dingen von einer solchen Kammer wenig oder nichts zu erwarten. Während man früher den auf einem feierlichen Königlichen Versprechen beruhenden, zum sechstenmale wiederkehrenden Grundsteuer-Antrag noch mit einer gewissen Höflichkeit behandelt hatte, ward jetzt einfache Tagesordnung darüber beschlossen. Der Vorschlag, den Preis des Vieh- und Dungsalzes zu ermäßigen, ward in der Kommission begraben und dem alljährlich wiederkehrenden Angriffe Harkorts auf das Salzmonopol begegnete diesmal ein reicher Zucker-Industrieller sogar mit dem Gedanken, den früher stattgefundenen Erlaß von zwei Millionen Thaler Salzabgabe wieder zurückzunehmen. Für Unterstützung von 33000 Lehrern waren ganze 40000 Thaler ausgeworfen. „Es

heißt immer," bemerkte der ſtandhafte Verteidiger der Schule, „es ſei kein Geld da; aber ich frage Sie, wie bedeutend haben Sie nicht die Geſandtſchaften dotirt? haben Sie nicht 80000 Thaler der geheimen Polizei gegeben? Für ſolche Zwecke war Geld da. Aber wenn es heißt, das Rüſtzeug unſerer Preußiſchen Nation, die Erziehung ihrer Kinder, zu ſtärken, dann iſt kein Geld vorhanden, dann ziehen Sie es vor, die Polizei und Häſcher zu beſolden, um diejenigen in die Zuchthäuſer zu bringen, die in der Schule nichts gelernt haben!" Bravo links! meldet der ſtenographiſche Bericht; — rechts aber erklärte man ſich mit dem Miniſter v. Raumer einverſtanden, welcher in der nämlichen Verhandlung auf Dieſterweg hindeutete „als die Perſonifizierung des finſtern verderblichen Geiſtes, der lange Zeit in unſern Seminarien geherrſcht hat."*) Harkorts Antrag, mindeſtens die Erwartung auf Erlaß des in der Verfaſſung verheißenen Unterrichtsgeſetzes auszuſprechen, ward natürlich abgelehnt. — Bei Beratung des Poſt-Etats verlangte Harkort beſſere Beſoldung der Poſtbeamten, damit dieſelben der ſeitens der geheimen Polizei an ſie herantretenden Verſuchung, das Briefgeheimnis zu verletzen, beſſer zu widerſtehen vermöchten, wobei er an die desfallſigen Leiſtungen Stiebers in Schleſien als angeblicher „Maler Eichholtz" erinnerte. Zwar wies von der Heydt als Chef des Poſtweſens dieſe indirekte Anklage zurück; Saucken und Wentzel aber brachten alsbald neues Material herbei, welches die Berechtigung der Beſchwerde klarlegte**). — Mit großer Wärme nahm ſich Harkort der in tiefſte Not verſunkenen Bewohner der Eifel, wie des vernachläſſigten Ackerbaues überhaupt, an. Für die Wiederbewaldung von 25 Quadratmeilen waren 1500 Thaler ſeitens der Regierung verlangt worden!

Einen Lichtblick in den ſonſt ſo troſtloſen Verhandlungen der Seſſion von 1853/54 gewährten die Debatten über die Einführung gewerblicher Unterſtützungskaſſen und den Geſetzentwurf, betreffend die Vereinigung der Berg-, Hütten-, Salinen- und Aufbereitungs-Arbeiter in Knappſchaften. Wenigen Mitgliedern des Hauſes lag dieſe Frage ſo ſehr am Herzen, als dem Verfaſſer der „Bemerkungen über die Hinderniſſe der Civiliſation und Emancipation der unteren Klaſſen". Er wollte die Wirkſamkeit der Unterſtützungskaſſen nicht bloß, wie

*) Man erörterte damals den Gedanken, die Seminare ganz abzuſchaffen. Weſentlich, um dieſen Plan zu beſeitigen, arbeitete Stiehl, wie er ſpäter behauptete, ſeine berüchtigten drei Regulative vom 1. Oktober 1854 aus.

**) Auch der Bundestagsgeſandte von Bismarck war von der Verletzung des Briefgeheimniſſes überzeugt, wie ſeine Briefe aus Frankfurt darthun.

der Entwurf vorschlug, auf Fabrikarbeiter, sondern auch auf Handwerker und insbesondere auf Tagelöhner, als die zahlreichste Arbeiterklasse, ausgedehnt wissen; verzichtete jedoch darauf, einen dahingehenden Erweiterungsantrag einzubringen, weil er keine Hoffnung auf Erfolg sah und die Regierungsvorlage nicht gefährden mochte. Auf Grund eigener Erfahrungen sprach er sich für den von Theoretikern viel bestrittenen Zwang zum Eintritt in die Kassen aus. „Meinen Freunden und mir, die wir derartige Kassen schon vor langen Jahren begründet haben*), ist es nicht möglich gewesen, sie ohne Zwang einzuführen, ohne zum Arbeiter zu sagen: Du trittst entweder in diese Verbindung ein oder ich schicke dich fort!, wenn die Leute auch später die Wohlthat erkannt haben." Auch auf dem Gebiete des bergbaulichen Unterstützungswesens, in welchem die Bergwerksbesitzer seit langen Jahren mehr für ihre Leute leisteten, als irgend welche andere Arbeitgeber, suchte er den „nicht eingeschriebenen", d. h. nicht zur Knappschaftskasse gehörigen, Tagelöhnern die Wohlthaten des Invalidengeldes zu teil werden zu lassen; vorläufig jedoch noch ohne Erfolg.

Anträge zum Militäretat wolle die Opposition diesmal nicht einbringen, erklärte der alte Landwehrmann am 27. März 1854, da vielleicht Kriegsereignisse bevorständen und der tapfere General an der Spitze des Kriegsministeriums selbst Reformen anstrebe. Dieses Vertrauensvotum der Linken für Bonin war herzlich gut gemeint, aber sehr unvorsichtig; denn es trug nur dazu bei, dem der Kreuzzeitungspartei ohnehin verhaßten wackern Minister sein Grab zu graben. Acht Tage nach Schluß der Kammersession erhielt Bonin, welcher die Todsünde begangen hatte, ein etwaiges Bündnis Preußens mit Rußland als „Selbstmord" zu bezeichnen, brüsk den Abschied. Die der Englischen Allianz zuneigenden Diplomaten Bunsen, Pourtalès und von der Goltz, deren Berichte regelmäßig nach Petersburg verraten wurden, waren bereits entlassen. Die Russische Partei in Berlin triumphierte — glücklicherweise nicht das Russische Heer im Felde. Statt vorausgesetztermaßen die Türken kurzer Hand in die Pfanne zu hauen, wurden die Russen nach verschiedenen verlorenen Gefechten gezwungen, die Belagerung der tapfer verteidigten Festung Silistria aufzugeben und sich auf das nördliche Donau-Ufer zurückzuziehen. Doch auch von hier mußten sie weiter rückwärts weichen, als Österreich, der

*) Harkort gründete die erste Krankenkasse im Jahre 1820 für die Mechanische Werkstätte in Wetter.

vergeblichen Unterhandlungen mit dem Zaren müde, am 30. Auguſt ſeine Truppen in die Donaufürſtentümer einrücken ließ.

Mittlerweile hatte ſich ein neuer Agonautenzug, die vereinigte Franzöſiſch-Engliſche Kriegsexpedition, nach dem Schwarzen Meer in Bewegung geſetzt. Anfangs September 1854 landeten die weſtmächtlichen Truppen auf dem Geſtade der Krim bei Eupatoria, ſchlugen die Ruſſen an der Alma und begannen alsdann die faſt ein Jahr dauernde berühmte Belagerung der gewaltigen Seefeſtung Sewaſtopol. Atemlos ſchaute die ganze ziviliſierte Welt dem gewaltigen Ringen dreier großer Nationen zu und erwartete ſehnſüchtig den befreienden Moment, wo der verhaßten Oberherrſchaft des Moskowiters über Europa ein Ende gemacht werde.

Häusliche Verhältniſſe geſtatteten Harkort nicht, ſich zum Beginn der Seſſion von 1854—55, der letzten der dritten Geſetzgebungsperiode, rechtzeitig in Berlin einzufinden. Darum ſchrieb ihm Vincke:

„Wir haben eine Adreſſe in Vorſchlag gebracht. Es fehlen aber noch viele unſerer Freunde und wir wünſchen dringend, daß Sie und die Herren Kamp, von der Becke, Coſack baldigſt erſcheinen.

Unſere frühere Fraction hat ſich nicht wieder zuſammengefunden. Saucken, Bockum-Dolffs, Natorp, Hilgers, Sänger u. A. bilden mit mir eine äußerſte Linke, um die vielen Piepmeier abzuſchütteln. Ihrer früheren Zuſage gemäß zählen wir ſicher auf Ihren Beitritt und hoffen, daß Sie auch die noch nicht beigetretenen übrigen Weſtfalen uns zuführen.“

Harkort ſchloß ſich der neuen Gruppe alsbald an, denn auch ihm war die Leiſetreterei verſchiedener Mitglieder der Linken, welche meinten, Manteuffel um deswillen nicht ſcharf anfaſſen zu dürfen, damit nicht ein reines Kreuzzeitungskabinett an ſeine Stelle träte, längſt verhaßt geweſen. „Je unverſchämter die Reaktion auftritt, je beſſer; um ſo eher wird ſie ſich abarbeiten!“ blieb der Wahlſpruch des nie zaghaften, ſtets kampfbereiten Markaners. Schon das Verzeichnis der Partei-Mitglieder der Kammer ließ klar erkennen, wie ſich der politiſche Streit in Wirklichkeit zu einem Kampf zwiſchen Adel und Bürgertum zugeſpitzt hatte. Die drei Fraktionen der Rechten beſtanden zu mehr als $^3/_4$ aus Adligen, die vier Gruppen des Centrums und der Linken dagegen zu $^4/_5$ aus Bürgerlichen; die katholiſche Partei umfaßte faſt ausſchließlich bürgerliche Elemente. Vom konſtitutionellen Standpunkte aus lag dringender Anlaß vor, die Thronrede durch eine Adreſſe zu beantworten. Der König hatte

nicht nur die neue Session in Person eröffnet, sondern die politische Situation auch insofern eine Änderung erfahren, als das mit Preußen verbündete Österreich neuerdings die vertragsmäßige Verpflichtung eingegangen war, die Donaufürstentümer gegen jede Rückkehr Russischer Streitkräfte zu verteidigen. Allein was lag der ministeriellen Mehrheit am konstitutionellen Standpunkte! Jede noch so bescheidene Meinungsäußerung der Landesvertretung über die auswärtige Politik erschien in ihren Augen als unbefugtes Dreinreden: „wenn der Vater spricht, so schweigen die Kinder!" erklärte man kurzweg auf der Rechten. Vinckes Antrag ward mit 170 gegen 112 abgelehnt. Dem gleichen Schicksale entging der so sehr gemäßigte Bethmann-Hollweg, welcher gleichfalls eine Adresse vorgeschlagen hatte, nur durch Zurückziehung derselben. Die Kammern sollten nur Geld bewilligen, doch bei Leibe nicht über dessen Verwendung mitsprechen.

Neben dem alljährlich wiederkehrenden Antrage Harkorts auf Einführung der Grundsteuer in den östlichen Provinzen brachte jetzt auch der Abgeordnete P. Reichensperger einen dahin gehenden Gesetzentwurf ein. Reichensperger beabsichtigte, eine Entschädigung zu bewilligen und dagegen das Steuer-Kontingent der westlichen Landesteile entsprechend zu ermäßigen. Selbstverständlich fand dieser billige Ausgleichungsvorschlag des Rheinländers ebenso wenig Gnade bei der Rechten wie der strengere Antrag des Westfalen. Die Junkerpartei wollte an dem seitherigen Zustande gar nichts ändern; — der Westen sollte allein weiter bezahlen und der Osten nach wie vor seine Steuerfreiheit genießen.

Aus dem gleichen Gesichtswinkel betrachtete die Rechte die stets aufs neue angeregte Salzfrage. Die Salzabgabe lastete ja wesentlich auf der misera plebs contribuens und brachte der Staatskasse Geld ein — warum also ändern? Mit desto größerer Gründlichkeit behandelte die Mehrheit — in 5 Sitzungen — eine Regierungsvorlage über die Abänderung der Jagdgesetze von 1848 und 1850, als deren ostensibler Zweck bezeichnet wurde: „Die zügellose Ausübung der Jagd durch Unberufene und die fahrlässige Handhabung der Schießgewehre durch Unkundige zu mäßigen." In ihren Augen erschien natürlich nur der Junker als kundiger Schütze und berufener Jäger. „Sie wollen lediglich ein Privilegium für große Herren erwerben!" erklärte der Vertreter der Enneperstraße, welche zu ihrem Segen schon vor 120 Jahren jede Art von Jagdrecht abgelöst und beseitigt hatte.

Einen kleinen aber desto erfreulicheren Erfolg hatte Harkort diesmal zu verzeichnen in der seit 5 Jahren unausgesetzt von ihm

verlangten und jetzt durch die Regierung vorgeschlagenen Einführung des Schiedsmanns-Instituts in Westfalen. Ebenso gewährte ihm die Vorlage und Annahme des Gesetzentwurfs, betreffend das Verbot der Zahlungsleistung mittels fremden Papiergeldes, eine teilweise Genugthuung in seinem langjährigen Kampf gegen die einseitige Bankpolitik der Regierung. Weil Preußen die Privatbanken nicht aufkommen ließ, etablierten sich längs seiner Grenzen zahlreiche, von den kleinen Staaten konzessionierte Zettelbanken und überschwemmten das Land mit zahllosen Sorten sogenannter „wilder" Scheine, die wegen unzureichender inländischer Geldumlaufsmittel zwar angenommen wurden, Preußen aber einen jährlichen Zinsverlust von fast ½ Million Thaler verursachten. Um diesem Treiben teilweise ein Ende zu machen, beschloß man, den Umlauf von fremden Geldwertzeichen unter 10 Thaler gesetzlich zu verbieten. Indem Harkort sich mit dieser Maßregel einverstanden erklärte, forderte er die Regierung auf, das Übel bei der Wurzel anzugreifen, also die Banknoten entsprechend der Metalldeckung zu vermehren, und, wie er so oft verlangt, das Banksystem von Grund auf neu zu gestalten.

„Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft!" hatte Stahl im Herrenhause erklärt, und demgemäß der Kultusminister durch seinen gewandtesten Gehilfen, den Unterrichts-Dezernenten Stiehl, die berüchtigten Regulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854 ausarbeiten lassen. Die erste dieser drei Zwangsordnungen war bestimmt, dem Vorwärtsstreben der jungen Lehrer in den Seminaren, deren gänzliche Abschaffung man damals ernstlich ins Auge gefaßt hatte*) Zaum und Zügel anzulegen; die zweite suchte die Lehrer-Präparanden mittels übertriebenen Auswendiglernens von Kirchenliedern und Bibelversen zu äußerlicher Frömmigkeit zu dressieren und dadurch niederzuführen; die dritte endlich beschränkte Zahl und Beschaffenheit der Unterrichtsgegenstände in der evangelischen Elementarschule in seither nicht gekannter Weise. Ein Schrei der Entrüstung ertönte durch das Land angesichts eines solchen Attentats auf das vielbeneidete Kleinod des Preußischen Volkes. Die geknebelte Presse vermochte dem Angriffe nur schwache Abwehr zu leisten; es blieb kein anderer Weg, als sich an die Kammer zu wenden, so geringe Aussicht derselbe auch bot. Aus Dortmund, von wo 1842 die erste, S. 289 geschilderte, Bewegung für die Schule ausging, ward gleich zu Beginn der Session durch eine zahlreich unterschriebene

*) Stiehls eigene Angabe; vergl. Dr. A. Bernstein, „Die Jahre der Reaktion", Berlin, M. Bading, 1881.

Petition die Bitte vorgetragen, endlich das Unterrichtsgesetz zu erlassen und bis dahin die Geltung der neuen Regulative zu stunden. Harkort brachte, von seinen sämtlichen Freunden unterstützt, den Antrag ein, entweder das durch die Verfassung verheißene allgemeine Schulgesetz oder mindestens ein Gesetz über das evangelische Volksschulwesen, einschließlich des Seminar-, Präparanden- und Elementarschul-Unterrichts, baldigst vorzulegen. Die ausführlichen Motive erinnerten zunächst daran, wie schon unterm 23. Oktober 1817 ein Unterrichtsgesetz zugesagt, auch 1818 vollständig ausgearbeitet, jedoch unter der Herrschaft der damals beginnenden Reaktion nicht publiziert worden sei. Nach dreißigjähriger Stagnation habe dann Ladenberg 1849 abermals einen Entwurf vollendet, der aber durch seinen Nachfolger wieder zu den Akten gelegt worden sei, um statt dessen jetzt mit Ministerial-Verordnungen vorzugehen, die nur bezweckten, die Jugendbildung im Interesse einer einzelnen Partei auszubeuten. Ein solches Beginnen widerstreite der klaren Absicht der Verfassung, das Unterrichtswesen durch Gesetz zu regeln und dadurch ministerieller Willkür zu entziehen. Die arbeitenden Klassen, an deren Intelligenz die Gegenwart erhöhte Ansprüche mache, besäßen ein gutes Recht auf bessere Volksbildung, zumal sie zu den Kosten des höheren Unterrichts, welcher 800000 Thaler beanspruche, ihnen aber nur sehr indirekt Vorteil bringe, durch ihre Steuerleistung nicht unwesentlich beitrügen. Nicht minder müßten endlich die Lehrer aus ihrer elenden finanziellen Lage befreit werden, statt sie mit den Regulativen auf „Selbstverleugnung um Gotteswillen" hinzuweisen. Die Rheinische Synode habe noch 1853 Lehrergehälter von 60 Thalern nachgewiesen! Die Überfüllung der Klassen sei an vielen Orten unerträglich geworden. Trotz der gewandten äußern Form der drei Erlasse und der mystischen Verschleierung ihrer tiefer liegenden Zwecke blieben letztere erkennbar genug. Heiße es doch geradezu: „Ausgeschlossen von der Privatlektüre der Seminaristen muß die „sogenannte klassische Literatur" bleiben; dagegen werden die Kinderschriften von Barth und die Märchen der Gebrüder Grimm empfohlen." Ebenso bliebe der Unterricht in der allgemeinen Weltgeschichte in den Seminaren ausdrücklich ausgeschlossen. Dagegen müsse jeder Präparand bei seiner Aufnahme mindestens 50 Kirchenlieder auswendig hersagen können und Bibelsprüche nach ihrem Wortinhalt verstehen. Bezüglich der Unterrichts-Grundzüge der Elementarschule werde die beabsichtigte Reaktion deutlich genug durch die Worte bezeichnet: „Für die innere und geistige Thätigkeit der Schule ist in

der neuesten Zeit ein Wendepunkt eingetreten. Die Elementarschule war der geistigen Richtung des Jahrhunderts gefolgt. Wie aber das gesamte Leben des Zeitalters an einer Grenzlinie angekommen ist, wo ein entschiedener Umschwung nötig und wirklich geworden ist, so muß die Schule in die neue Bewegung eintreten." Da es nach Art. 112 der Verfassung bis zum Erlaß des allgemeinen Unterrichtsgesetzes bei den seither geltenden gesetzlichen Bestimmungen bewenden solle, so müsse dem Minister auf Grund der Verfassung das Recht abgesprochen werden, durch Erlaß einseitiger Regulative einen entscheidenden Umschwung der Schule herbeizuführen.

Der Vater der Regulative hatte leichtes Spiel sowohl mit der Dortmunder Petition wie mit dem Harkortschen Antrage. Die Unterrichtskommission, in der ein katholischer Geistlicher präsidierte und der zur protestantischen Orthodoxie hinneigende Bethmann-Hollweg Bericht erstattete, billigte durchweg die Absichten der Regulative. Den Inhalt der letzteren aber wußte Herr Stiehl in sanftesten Worten und vollendeter Form auch als ganz unverfänglich oder irrtümlich aufgefaßt darzustellen. Die Regierung denke nicht daran, die seitherigen Lehrpläne zweckwidrig einzuschränken, sondern wolle nur ein ungesundes Übermaß beseitigen, den Unterricht vertiefen statt ihn zu verflachen, den religiösen Charakter der Volksschule und der Seminare stärken, dem Subjektivismus zwar die nötigen Schranken setzen, indessen doch berechtigter Subjektivität noch hinreichenden Raum belassen. Die Klage über unzureichende Besoldung der Lehrer erkenne man durchweg an; wisse jedoch nicht, wer der eigentliche Zahlungs-Verpflichtete sei, zumal in den östlichen Provinzen noch keine Gemeindeordnung existiere, die darüber Klarheit schaffe. (Die bestehende Gemeindeordnung von 1850 hatte die Reaktion glücklich beseitigt.) Nach solcher, alle Prinzipienfragen vermeidenden, Verteidigung erklärte sich der Ausschuß mit dem Ministerialkommissarius einverstanden, beschloß einfache Tagesordnung und ließ durch Herrn v. Bethmann-Hollweg einen entsprechenden Bericht verfassen, der jedoch wegen Schlusses der Session nicht mehr zur Verhandlung im Plenum gelangte.

Am 2. März 1855 starb Kaiser Nikolaus eines plötzlichen dunkeln Todes. Der Gram über den Zusammensturz aller seiner Sieges- und Herrschaftsträume hatte dem Stolzen das Herz gebrochen. Seine von ihm für unüberwindlich gehaltenen Truppen waren von den Franzosen, den Engländern und sogar von den verachteten Türken im eignen Lande vielfältig geschlagen worden. Das Wort des verstorbenen Schwarzenberg: „Österreich werde die Welt durch seine

Undankbarkeit in Staunen setzen!“ hatte gegenüber Rußland buchstäbliche Erfüllung gefunden, und sogar Preußen, welchem der Zar Befehle zu erteilen gewohnt war, gewagt, die alte Bundesgenossenschaft zu versagen. Europa atmete erleichtert auf bei der Nachricht seines Hinscheidens. Nur unter den Hof- und Kreuzzeitungsleuten in Berlin herrschte aufrichtige Trauer über den Tod des Mannes, zu dem sie so viele Jahre in blinder Anbetung aufgeschaut hatten, als dem glänzendsten Repräsentanten des militärischen Despotismus, der gerade jene Eigenschaften besaß, die ihnen fehlten: nämlich Mut, Charakter und Festigkeit.

Das Volk freilich dachte anders. Als Gerlach sich nicht scheute zu sagen, daß der Tod des in Preußen verhaßten Russischen Kaisers empfunden worden sei, wie der Tod eines Vaters, erwiderte der Abgeordnete von Sänger scharf, aber wahr: das könne nur von solchen geschehen sein, die in dem Verstorbenen nicht den Verlust eines Vaters, sondern vielmehr den eines „Ernährers“ beklagten. Der Rubel hatte damals einen weiten Wirkungskreis in Deutschland und fand in Berlin stets dankbare, dienstwillige Aufnahme.

Die Zeit der Neuwahlen für die vierte Legislaturperiode hielt Friedrich Wilhelm IV. für besonders geeignet, eine Reise in die westlichen Provinzen zu unternehmen. Um zu zeigen, daß der entschiedene Widerstand gegen das Manteuffel-Westphalensche Regiment in keiner Weise die altangestammte Liebe und Anhänglichkeit zur Person des Monarchen und zu seinem Hause beeinträchtige, ward in der Grafschaft Mark beschlossen, dem König überall einen besonders festlichen Empfang zu bereiten. Die hochgelegene Freiheit Wetter und ihre alte Grafenburg bekränzte sich zur Begrüßung des dort die Ruhr überschreitenden Festzugs des Landesherrn mit grünem Laube; im Hombruch bemühte sich Harkort persönlich, sein kleines, zwischen Obstbäumen versteckes Haus mit Fahnen und Gewinden bestmöglichst auszuschmücken. Infolge verlängerten Aufenthaltes in Elberfeld war leider schon die Dunkelheit hereingebrochen, als der Königliche Zug die gesegneten Fluren der Mark durcheilte, so daß der Monarch und sein Gefolge von dem festlichen Glanze des altpreußischen Landes nichts zu gewahren vermochte.

Am folgenden Morgen ging eine seltsame Mär durch das Ruhrthal, zu seltsam freilich, um irgendwo Glauben zu finden und Aufnahme in öffentlichen Blättern zu erlangen. Jedoch schon nach wenigen Tagen brachte die in Minden unter der Redaktion eines gewissen Emil Lindenberg erscheinende „Patriotische Zeitung“ genaue

Kunde von dem Vorgefallenen. Nach Entgegennahme der loyalen Ansprache eines Geistlichen auf dem Bahnhofe in Hagen hatte nämlich der König gefragt, ob die Wahlen bereits stattgefunden, und dann hinzugefügt:

„Ich zweifle gewiß nicht an der Treue und guten Gesinnung der Grafschaft Mark, aber es ist merkwürdig, daß sie immer Meine Feinde zu Abgeordneten wählt; wenn das wieder geschieht, so werde ich hier nicht wieder anhalten!“

So war also die unglaubliche, anfänglich von den meisten für eine boshafte Erfindung gehaltene, Nachricht in der That richtig. König Friedrich Wilhelm hatte direkt, persönlich und öffentlich im Wahlkampfe Partei nehmend, Vincke und Harkort — ihnen hauptsächlich galt die Königliche Äußerung — für seine „Feinde“ erklärt: jene Westfalen, welche 1848, der eine in Frankfurt, der andere in Berlin, sich mit nichts achtender Hingebung der Hochflut der Revolution entgegengeworfen hatten und für das aufs höchste gefährdete Königtum in den Riß getreten waren; — für seine Feinde, weil sie als unabhängige Volksvertreter im Interesse des Landes die Politik seiner derzeitigen Räte nach gewissenhafter Überzeugung bekämpften! Der König kannte indessen die Männer der Mark gar wenig, wenn er glaubte, durch solche Äußerungen seiner Ungnade dieselben ihren in Sturm und Not erprobten Abgeordneten abwendig machen zu können. Als nach einigen Tagen die Wahlmänner der Kreise Hagen und Bochum, die man diesmal zu einem Bezirke vereinigt hatte, — in der Hoffnung, dadurch die alten Vertreter zu beseitigen, — zur Wahl zusammentraten, waren dieselben fester als je entschlossen, Vincke und Harkort wiederzuwählen. Und so geschah es, zur Ehre der Wähler wie der Gewählten. Ebenso erkor der Kreis Dortmund, den man gleichfalls aus seinem früheren Wahlverbande herausgerissen, die seitherigen freisinnigen Vertreter wieder. Altena, das vormals mit Hagen verbunden gewesen, verlangte von seinen neuen Wahlgenossen Siegen und Olpe an erster Stelle die Aufstellung Harkorts. Auf diesen Vorschlag ging man dort, wo dieser seit 30 Jahren als bewährtester Förderer von Eisensteinbergbau und Eisenbahnen hohe Verehrung genoß*) und seine alten Freunde Hambloch und H. Kreutz die liberale Wählerschaft führten, mit Freuden ein und wählte ihn mit großer Mehrheit gegen Angehörige der Familien Bodelschwingh

*) Auch hatte Harkort, um dem Siegerlande Verbindung mit dem Rheine zu schaffen, in den zwanziger Jahren die Schiffbarmachung der Sieg angeregt. Die Ausführung des Projekts scheiterte an der Geldfrage und der Gleichgültigkeit der Behörden.

und Holzbrink. Das Resultat der Königlichen Wahlbeeinflussung bestand also in einer Doppelwahl der bekämpften Vertrauensmänner.

Vielleicht würde sich die politische Gesinnung der Mark mit geringerer Energie manifestiert haben, wenn die Verfassungspartei nicht durch den eben erwähnten Redakteur Lindenberg aufs heftigste gereizt worden wäre. Den Artikel nämlich, welcher über die Königliche Antwort an die Hagener berichtete, hatte jener dunkle Ehrenmann mit den Worten geschlossen: „Das Volk selbst, namentlich in seinen gesunden, niedern Schichten, ist dieses Wesens (des konstitutionellen) längst gründlich müde; es sehnt sich nach einer starken, einheitlichen Regierung. Und manches treue Herz seufzt voll Ingrimm über die vielen parlamentarischen Mitregenten, wie jener alte Schmied: Landgraf, Landgraf, werde hart!" Solche Äußerungen, von der „Mindener Patriotischen Zeitung" ausgehend, sollten beim Könige den Anschein erwecken, als ob man sich im Westen nach Beseitigung der Verfassung sehne, und zugleich die Regierung veranlassen, die liberale Partei der widerspänstigen Mark in gleich gesetzloser Weise zu mißhandeln, wie diejenige der Provinz Preußen, insbesondere der Städte Königsberg und Elbing, schon seit Jahren traktiert worden war. Bei jenem wahrhaft schamlosen, Recht und Gerechtigkeit mit Füßen tretenden Treiben, das von dem General von Plehwe und dem Polizeipräsidenten Peters dirigiert wurde, war Lindenberg als Redakteur des konservativen Revolverblattes „Der Königsberger Freimüthige" ein Haupthelfershelfer gewesen und in der Reaktionspartei zu hohem Ansehen gelangt. Erst vor wenigen Monaten hatte man von der Tribüne der Kammer herab (13. März 1855) die schmutzige und verbrecherische Vergangenheit jenes Helden der neupreußischen guten Gesinnung an das Licht gezogen. „Dies so übel berüchtigte Subjekt", wie ihn Vincke bezeichnete, war wegen Verleumdung, Erpressung, Beleidigung in und außer dem Amte, so wie wegen anderer Verbrechen und Vergehen, achtzehnmal zu Geld-, Gefängnis- und Zuchthausstrafe verurteilt, ihm auch die Ehrenrechte aberkannt worden. Und achtzehnmal ward diesem Menschen, dem nichts heilig war, dessen Denunziationen einen wahren Terrorismus in Stadt und Provinz ausübten, durch seinen Beschützer, den General Plehwe, Begnadigung durch den König ausgewirkt und die Ehrenrechte wieder zuerkannt! Als der Polizeipräsident Peters Ende 1853 zum Regierungspräsidenten in Minden befördert wurde, um hier nach seiner Art gute Gesinnung zu züchten, zog er seinen Famulus Lindenberg, mit welchem er im intimsten Umgange lebte, sofort von Königs-

berg nach Westfalen und rief unter dessen Redaktion die obengenannte „Patriotische Zeitung“ ins Leben. Zur Werbung von Abonnenten für dieselbe wurde die gesamte Beamtenschaft in Bewegung gesetzt, der konservative Adel zu Geldzuschüssen bewogen; und das Konsistorium der Provinz schämte sich nicht, den evangelischen Geistlichen die Lektüre dieses von einem solch anrüchigen Individuum herausgegebenen Schmutzblattes dringend zu empfehlen. Kaum ins Leben gerufen, begann das Lindenbergische Organ die sämtlichen Abgeordneten Westfalens, namentlich die des Regierungsbezirks Minden, welche seither ausnahmslos der liberalen oder der katholischen Partei angehörten, zu verleumden und seine politischen Gegner zu denunzieren. Wie in Königsberg, so wurde auch in Minden ein sogenannter „Preußenverein“ gestiftet und bei Wahlen Beamten und solchen Wählern, die eine Gewerbekonzession besaßen, geradezu erklärt: sie würden wohl wissen, was ihnen bevorstände, wenn sie nicht für die Kandidaten des Preußenvereins stimmten. Solcher Druck auf die geängstigte Bevölkerung mußte schließlich die gewünschten Früchte tragen. Bei den Neuwahlen im Oktober 1855 siegten sämtliche Kandidaten der Firma Peters-Lindenberg, selbstverständlich nur Ultrakonservative, von denen sich namentlich Marcard und von der Horst bald einen wenig beneidenswerten Ruhm erwarben.

Noch vor diesem Wahlerfolge war der ehemalige Zuchthäusler Lindenberg von seinen Brotherren mit höheren Aufträgen bedacht worden. Mit dem Gange der Preußischen Politik notorisch unzufrieden, hatte sich der Prinz von Preußen vom Hofe zurückgezogen und seit mehreren Jahren das Koblenzer Schloß zur Residenz erwählt, von wo aus er in seiner Eigenschaft als Militär-Gouverneur von Rheinland-Westfalen die einzelnen Garnisonen zu inspizieren pflegte. Auf einer solchen Dienstreise begriffen, kam der zukünftige König und Kaiser im Juli 1855 nach Minden, — nicht ahnend, daß ihn dort ein wohlbestellter Spion erwarte, der höheren Ortes beauftragt sei, ihn zu überwachen und über ihn zu berichten. Dieser Spion war Emil Lindenberg und sein Auftraggeber der mehrerwähnte General von Gerlach, der einflußreichste Adjutant des Königs und das Haupt der herrschenden Kamarilla. Lindenberg meldet diesem: der Prinz habe sich darüber beschwert, daß die Offiziere des aus der Grafschaft Mark rekrutierenden 16. Regiments verdächtigt würden, weil sie die „Kölnische Zeitung“ läsen. Er selber — der Prinz — lese diese Zeitung, finde sie patriotisch und werde sich niemals zur „Kreuzzeitung“ rechnen. Das ganze Benehmen des Prinzen auf seiner Reise durch Westfalen habe die konservative Partei, die er offenbar

zu stürzen beabsichtige, sehr geschädigt. In Berlin passe zwar ein höherer Offizier in der Umgebung des Prinzen diesem auf und berichte über ihn; auf der Reise aber ermutige sein Verhalten die liberale Partei und lasse den Präsidenten Peters als in Ungnade gefallen erscheinen. Das würde auf die bevorstehenden Wahlen eine für die konservative Sache bedenkliche Wendung ausüben*).

Nicht die — allerdings für sich allein schon hinreichend horrible! — Thatsache, daß der Preußische Thronfolger durch einen bestraften Zuchthäusler „observirt" und der über ihn erstattete geheime Bericht noch mit beleidigenden Bezeichnungen versehen wurde, ist hier das Charakteristische. Das Empörende lag nicht in der Frechheit jenes schamlosen Subjekts, sondern in dem Umstande, daß ein Generaladjutant des Königs sich dergleichen über den ältesten Bruder seines Herrn schreiben, und die Regierung den Lindenberg auch dann noch als Vertreter der „wahrhaft Königlichen", der ministeriell-konservativen Partei, sich geberden ließ, trotzdem derselbe wegen der durch jenen Bericht verübten Verleumdung des Prinzen abermals mit Gefängnis und Verlust der National-Kokarde bestraft wurde. Dabei hatte der Verleumder noch die Unverschämtheit, nach ergangenem Erkenntnis in seiner Zeitung zu erklären: „Daß dieser Urtheilsspruch nicht überall als Maaßstab für eine patriotische Gesinnung betrachtet wird, dafür habe ich hier und andern Orts die erfreulichsten Beweise erhalten. Ich meinestheils werde trotz der von mir gemachten bittern Erfahrungen nicht aufhören, meinem Könige, seinem Hause und dem Vaterlande nach bestem Wissen und Willen zu dienen!"**)

Der Leser wird wünschen, zu erfahren, auf welche Weise jener geheime Bericht des Lindenberg über den Prinzen von Preußen an die Öffentlichkeit gelangt ist. Um diesem berechtigten Verlangen zu ge-

*) Es ist als sehr wahrscheinlich anzunehmen, daß gerade unter dem Eindrucke dieses Lindenbergschen Berichts die Hofpartei den König bewog, wenige Tage vor den Neuwahlen (im Oktober 1855) nach den westlichen Provinzen zu reisen und in Hagen sowie auch an andern Orten in der gemeldeten Weise persönlich in die Wahlbewegung einzugreifen.

**) Lindenberg wurde auch in diesem Falle wieder begnadigt, nachdem der Prinz großherzig seine Einwilligung dazu gegeben. Als die neue Ära den Regierungspräsidenten Peters beseitigte, erhielt sein Helfershelfer, „das übel berüchtigte Subjekt", trotz alledem das Amt eines Distrikts-Kommissars in der Provinz Posen, verlor dasselbe aber infolge eines Kriminalprozesses, der mit seiner Verurteilung zu längerer Freiheitsstrafe endete.

nügen, erſcheint es notwendig, an dieſer Stelle eine kurze Mitteilung über den berüchtigten „Potsdamer Depeſchen-Diebſtahl“ einzuſchalten.

Das fortwährende Schwanken der Preußiſchen Politik zwiſchen den Weſtmächten, Öſterreich und Rußland, ſowie die bekannte innige Hinneigung der Potsdamer Kamarilla zu dem Ruſſiſchen Hofe, erregte in dem Franzöſiſchen Geſandten Mouſtier den lebhaften Wunſch, genaue Kenntnis der preußiſch-ruſſiſchen Verbindungen zu erhalten. Er bediente ſich dazu eines alten Polizeiſpions, namens Techen, der ſich mit Dienern des Generaladjutanten von Gerlach bekannt machte und binnen kurzem ſoweit gelangte, daß dieſe ihm Gelegenheit verſchafften, die geheimſten Papiere ihres Herrn zweitweilig aus ihrem Aufbewahrungsorte fortnehmen und ſie dem Franzöſiſchen Geſandten vorlegen zu können. Letzterer gewann dadurch von den Berichten Kenntnis, die Gerlach, über den Kopf des auswärtigen Miniſters Manteuffel hinweg, nach Petersburg ſendete, und ſah auch — was noch wichtiger erſchien — jene Papiere ein, die von dorther nach Potsdam gelangten. Mit Benutzung dieſer wundervollen Zwickmühle erfuhr alſo Louis Napoleon nicht nur, was im Kabinett Friedrich Wilhelm IV. verhandelt und wie von der Preußiſchen Hofpartei intriguiert wurde, ſondern auch, welche Abſichten Rußland hegte und wie ſich deſſen militäriſche Lage jeweilig geſtaltete. Höchſt wahrſcheinlich hat Techen einen Teil der von ihm geſtohlenen Papiere auch dem Miniſter Manteuffel vorgewieſen, da dieſer ein Intereſſe daran beſaß, den ihm verheimlichten Separat-Verkehr des Generaladjutanten mit dem Petersburger Hofe kennen zu lernen. Um ſich bei dieſen gefährlichen Machenſchaften einigermaßen den Rücken zu decken, beobachtete der alte Spion die Vorſicht, einem ehemaligen Vorgeſetzten bei der geheimen Polizei, dem Geheimen Rat Seiffart, gleichfalls einzelne Piecen mitzuteilen. Unter dieſen letzteren aber befand ſich die „Relation“ des Redakteurs Lindenberg über die Anweſenheit des Prinzen von Preußen in Minden, welche Seiffart demnächſt zur Kenntnis des Prinzlichen Sekretärs gelangen ließ. Ohne dieſe Manöver des — ſpäter wegen Landesverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilten — Techen würde die Welt wahrſcheinlich niemals von dieſer ſkandalöſen Verbindung des Königlichen Generaladjutanten mit dem 18mal beſtraften Lindenberg irgend etwas erfahren haben.

An die Thatſache dieſer Verbindung, wie an die vielen andern himmelſchreienden Dinge aus der Reaktionszeit aber möge ſich die jüngere Generation erinnern, wenn ihr, die in Bewunderung der großen Ereigniſſe von 1866 und 70 aufgewachſen iſt, der Verlauf

der sogenannten neuen Ära und der Konfliktsperiode an einzelnen Stellen unverständlich bleibt.

„Landratskammer" taufte der Volkswitz die in den letzten Oktober-Wahlen am Baume des Preußischen Parlamentarismus gereifte holzige Frucht. Es traten nämlich bei der Eröffnung am 29. November 1855 nicht weniger denn 72 Landräte an, mehr als ein Fünftel der ganzen Körperschaft, welcher fortan der Titel „Haus der Abgeordneten" beigelegt wurde. Neben ihnen noch 42 Staatsanwälte und sonstige absetzbare Beamte, so daß das Kabinett allein in diesen und den Landräten über einen stärkeren, unbedingt gehorchenden Heerbann gebot, als die drei oppositionellen Parteien: Linke, Zentrum (Bethmann-Hollweg) und katholische Fraktion, insgesamt Mitglieder zählten. Manteuffel und Westphalen verfügten über eine Mehrheit von fast drei Vierteln des gesamten Hauses. Vincke hatte Familienverhältnisse halber kein Mandat mehr annehmen können und der noch nicht 30 Mitglieder zählende Rest der liberalen Partei sich unter von Patows Führung aufs neue vereinigt. Von Graf Schwerins Wiederwahl zum Präsidenten war natürlich keine Rede mehr. Wie man ihn im Jahre 1852 vorübergehend durch den Helfershelfer Österreichs in Kurhessen, Uhden, ersetzt hatte, so gab man ihm jetzt — charakteristisch genug! — den Hilfs-Pazifikator Schleswig-Holsteins, Regierungs-Präsidenten von Eulenburg, zum Nachfolger. Schwerin, welcher den Vorsitz sechs Jahre lang musterhaft unparteiisch geführt hatte, ward von den heißspornigen Ultras nicht einmal in eine Kommission gewählt. Man besaß ja die Mehrheit, brauchte sich also keinen Zwang aufzulegen und wollte den Sieg und die Zeit ausnutzen. Gleich in den ersten Wochen ging man mit reaktionären Angriffen jeder Art vor: Anträge auf Durchlöcherung der Verfassung, sowohl von der Regierung wie von Abgeordneten; Wiedereinführung der Prügelstrafe, Freizügigkeits- und Niederlassungserschwerungen; Eheverbote; Beseitigung der Gleichheit vor dem Gesetz und der Unabhängigkeit der bürgerlichen Rechte vom Glaubensbekenntnisse u. s. w. Schwache Gemüter, welche nicht zu sehen vermochten, wie inmitten der tollsten politischen Reaktion das Volksbewußtsein, sowie wissenschaftlicher und namentlich materieller Fortschritt sich mächtiger als je entwickelten, glaubten angesichts dieses wüsten Treibens an der Sache der Freiheit für immer verzweifeln zu müssen. Ein feiner Beobachter der Zeit, Alexander von Humboldt, tröstete diese Zaghaften mit einem geist-

reichen Hinweis auf Kapitän Parrys Nordpolfahrt. „Parry," erzählte der berühmte Naturforscher, „peitschte den ganzen Tag auf die vor seinen Schlitten gespannten Hunde los, um sie auf der ungeheuren Eisscholle, die ihn trug, zum Nordpol hinzutreiben, und die Hunde jagten gehorsam dahin. Aber als man Abends astronomisch ermitteln wollte, welche Strecke Weges tagsüber nordwärts zurückgelegt sei, entdeckte man, daß sich — viel schneller als die Zugthiere nach Norden gelaufen waren — das ganze Eisfeld nach Süden hin bewegt hatte und mithin die ganze Anstrengung vergeblich gewesen war."

Was der Linken an Zahl abging, ersetzte sie durch Mut, Eifer und festen Zusammenhalt. „Mögen wir immerhin niedergestimmt werden," beruhigte Harkort seine jüngeren Freunde, „wir haben schon genug gewonnen, wenn wir nur die Sünden der Reaction von dieser Tribüne herab dem Lande verkünden können und den Leuten draußen zeigen, daß wir stets bei der Spritze sind!" Schwerins Antrag: zu untersuchen, inwieweit durch Regierungs-Organe die Wahlfreiheit beeinträchtigt worden sei, ward — in Gemäßheit der berühmten Gerlachschen Theorie: „Die Beeinflussung ist die wahre Freiheit!" — selbstverständlich mit großer Mehrheit abgelehnt (8. Februar 1856). Die desfallsige zweitägige Debatte aber brachte aus allen Provinzen so viele gröbliche Gesetzesverletzungen und böse Absichten der herrschenden Partei ans Licht, daß die Verhandlung sich in Wirklichkeit zu einem bedeutenden Siege der Opposition gestaltete und die Stimmung in den seither gleichgültig gebliebenen Volksmassen allmählich umzuschlagen begann. Dazu kräftig mitzuwirken, veröffentlichte Harkort während dieser Session wieder regelmäßige Berichte an die Wähler, welche die „Elberfelder Zeitung" indes nur in dem Inseratenteil aufnehmen durfte, um sich vor der ihr sonst drohenden Maßregelung durch den nichts scheuenden Kleist-Retzow zu schützen. Bei Beratung der Städte- und der Landgemeinde-Ordnung für Westfalen und die Rheinlande verteidigte die Linke, gleichwie in der Session von 1854, Schulter an Schulter mit den beiden anderen Fraktionen, ihre Position mit äußerster Hartnäckigkeit, und suchte von den Steinschen Grundsätzen und der Gemeinde-Ordnung von 1850 zu retten, was irgend möglich schien. Harkort rief der Mehrheit zu: „Montesquieu sagt: „Alles, was je Großes für die gemeine Freiheit erfunden worden ist, das kommt von den Sachsen!" Wir Westfalen können uns rühmen, Nachkommen jener Sachsen zu sein; und diese Vorliebe für die gemeine Freiheit ist das zähe Band, das uns zusammenhält. Wir, die wir jetzt leben, haben noch den letzten Freischöffen

gekannt auf rother Erde. Wir haben die frühere Gemeindeversamm-lung noch gekannt unter der Linde oder unter der Eiche. Wir haben es noch gesehen, daß der Bauer, der zehn Thaler Steuern zahlte oder 40 Morgen Land besaß, den Erbentag oder den Kreistag besuchte." Als man den Rittergutsbesitzern unter der Firma „Ehren-Amtmann" — wofür es damals an geeigneten Leuten gebrach — die Herrschaft über die Gemeinden zu verschaffen gedachte, warnte er vor der dann unvermeidlichen Schreiberwirtschaft, und teilte aus seiner reichen Erfahrung ein Beispiel für diese Besorgnis mit. In Westfalen sei ein Rittergutsbesitzer zum Landrat gemacht worden, dessen Büreau nach langer Zeit in nicht mehr zu vertuschende Konfusion geriet. Bei der desfallsigen Untersuchung stellte sich heraus, daß diese „gesetz-mäßig qualificirte" Persönlichkeit (S. 205) binnen zwanzig Jahren ein einziges Mal eine Randbemerkung in den Akten gemacht hatte!*) Aber was halfen alle diese und andere Warnungen! Hatten dieselben im Einzelfalle Eindruck auf die Mehrheit gemacht, so erhoben sich bei irgend zweifelhaften Abstimmungen Manteuffel oder Westphalen zuerst von ihren Sitzen und demnächst selbstverständlich das gesamte jasagende Ge-folge. Von den der Opposition angehörenden Abgeordneten ein Mit-glied in den die Kommunalordnungs-Entwürfe vorberatenden Ausschuß zu wählen, war der Majorität nicht in den Sinn gekommen. Als sie schließlich noch versuchte, die Linke durch frühzeitige Schlußanträge mundtot zu machen, drohte von Saucken, ein loyaler Edelmann sonder Tadel und Jugendfreund des Königs und des Thronfolgers, bei solchen Anträgen jedesmal den Namensaufruf zu verlangen. Das brachte die konservativen Heißsporne wieder zur Besinnung.

Um nach Belieben die agrarische Gesetzgebung von 1810 rück-wärts revidieren, die Teilbarkeit von Grund und Boden beschränken und die Herrschaft des Adels auf dem Lande allerseits wieder her-stellen zu können, war seit Jahren die Änderung des Artikels 42 der Verfassung vorgeschlagen worden. Harkort hatte alle ähnlichen Absichten schon vor einem Vierteljahrhundert auf dem Landtage in Münster bekämpft und that es jetzt mit noch größerer Entschiedenheit. Den Klagen gegen die sogenannten Hof- oder Güterschlächter stellte er

*) Ein solcher Fall hat sich noch später ganz ähnlich in der Mark wieder ereignet. Wie der verstorbene Regierungs-Präsident von Spankern dem Ver-fasser mitteilte, fand derselbe bei Prüfung eines landrätlichen Büreaus nicht ein einziges von der Hand des Landrats (bezw. Landratsamts-Verwalters) ge-schriebenes Konzept vor und dieser war auch selbst nicht im stande, nur Ein solches Denkmal eigener Thätigkeit vorzulegen!

das ſogenannte „Legen“ der Bauern, d. h. das Aufkaufen der Bauerhöfe durch den Großgrundbeſitzer, entgegen. „Was iſt für ein Unterſchied zwiſchen dieſen Zweien?“ fragte er. „Jener ſchlachtet aus, dieſer ſchlachtet ein! Und wenn ich mich für einen entſcheiden ſoll, ſo mag es für den Hofſchlächter ſein, denn dieſer ſchafft neue Eigenthümer, während der andere ſie vertilgt.“ — Als die Junker aus Anlaß des Geſetzentwurfs über die ländlichen Ortsobrigkeiten gegen die ihnen verhaßte Induſtrie zu Felde zogen, fuhr er ihnen in die Parade: „Wenn von Angriffen auf die Induſtrie die Rede iſt, dann bin ich wohl geneigt, den Handſchuh aufzunehmen. Iſt vielleicht der Börſenſchwindel beſſer? Iſt nicht die Ariſtokratie augenblicklich damit beſchäftigt ſich mit 40 Millionen dabei zu betheiligen*); heißt das etwa Ackerbau treiben? Ich will Sie ferner fragen: ſind Sie es, die den Draht des Telegraphen über die Erde geſpannt haben? ſind die Eiſenbahnen von Ihnen ausgegangen? ſind Sie es, die Dampfſchifffahrt und Induſtrie befördern, oder ſind wir es? Ich erwidere Ihnen mit jenen Worten des Sachſenrichters an den Ungariſchen Magnaten: „Wir ſind geadelt durch die Arbeit unſerer Hände, wir gebrauchen Ihren Adel nicht**), unſre Werke werden uns loben!“ Es iſt beſſer, tauſend Menſchen als Fabrikant zu ernähren, als ſich auf dieſe Weiſe durch Spiel an der Börſe zu bereichern!“

Das waren ſcharfe aber wahre Worte; jedoch bei weitem nicht ſo grob als der Ausſpruch eines der neu entſtandenen Vorkämpfer der Rechten, des Abgeordneten Marcard, welcher am 19. Januar das klaſſiſche Diktum leiſtete: „Hierbei muß ich mir die Bemerkung erlauben, daß wenn hauptſächlich die Rittergutsbeſitzer das Recht der (ſteuer-) freien Brennerei behaupten, wiederum von der Ritterſchaft gerade jetzt ſehr darüber geklagt wird, insbeſondere bei Gelegenheit der wieder zu belebenden Polizeiobrigkeit, daß der Grundbeſitz zu einer fliegenden Waare geworden und daß eine Menge Rittergüter einen ſehr induſtriellen Charakter tragen, dergeſtalt, daß, während früher der Kriegshelm, jetzt der Deſtillirhelm zum Symbol der Ritterſchaft geworden ſei!“

Eine ſolche, mit dem Schnapshelm geſchmückte, ritterſchaftliche Mehrheit verſpürte natürlich keine Neigung, den unvermeidlichen Grundſteuerantrag glimpflich zu behandeln; — er verſchwand ohne

*) 1856 machte die Börſe eine arge Schwindelperiode durch, die im Herbſte 1857 naturgemäß mit einem böſen Krach endete, welcher u. a. Hamburg total zu Boden warf.

**) Vergl. S. 149.

Sang und Klang in der Kommission, ohne wieder zum Vorschein zu kommen. Dafür berührte denn Harkort die Mehrheit seinerseits an einer sehr empfindlichen Stelle, indem er beim Militär-Etat wieder auf die notorische Bevorzugung des Adels aufmerksam machte. Unter 406 Offizieren der Garde habe er nur 3 Bürgerliche entdecken können, bei der Garde-Kavallerie keinen einzigen, in 8 Kürassier-Regimentern von 227 nur 12; in den ersten 10 Linien-Regimentern befänden sich unter 100 Offizieren nur 30 Nichtadlige. Das entgegengesetzte Verhältnis, dessen Ursache er nicht untersuchen wolle, bestehe freilich im Artillerie- und Genie-Korps, wo unter 100 Offizieren 80 resp. 76 bürgerlicher Herkunft seien. Solche, die Verhältnisse in der Armee scharf erhellende, Ziffern veröffentlicht zu sehen, war der herrschenden Partei außerordentlich unbequem. Sie versäumte auch nicht, in ihren Organen den rücksichtslosen Kritiker gründlich herunterzureißen; die von ihm besprochene unwiderlegliche Thatsache aber durch die angeblich mangelnde Neigung des Bürgerstandes zum Heeresdienste entschuldigen zu lassen.

Bei der Forderung von 80 000 Thalern „geheimen Fonds" wies Harkort darauf hin, wie aus diesem Gelde nicht bloß zwei Zeitungen vollständig unterhalten, sondern auch die jenen früher unabhängigen Blättern, z. B. der „Elberfelder und Düsseldorfer Zeitung" aufgedrungene Redakteure besoldet würden. „Das ist eine Verschleuderung öffentlicher Gelder, weil man dadurch die öffentliche Meinung verfälscht und irre leitet. Das Land denkt anders wie die Zeitungsschreiber, die dafür besoldet werden. Es wird durch diese Fonds ein System der Spionage verbreitet, wodurch das öffentliche Vertrauen vollständig untergraben wird. Ich erinnere Sie an den Potsdamer Depeschen-Diebstahl und an die Affaire Hinkeldey*) und andere. Was sagt man dazu im Lande? Wir

*) Der Generalpolizeidirektor von Hinkeldey war am 10. März 1856 durch das Herrenhaus-Mitglied Hans von Rochow im Duell erschossen worden. Anlaß und Verlauf des Zweikampfes sind niemals genau aufgeklärt worden. Dem Vernehmen nach hatte ein Polizeibeamter eine geheime, aus aristokratischen Elementen bestehende Hazardspieler-Gesellschaft (den sogenannten Jockey-Klub) aufgehoben und der dieserhalb von letzterer angerufene Hinkeldey sich geweigert, den ihm untergebenen Beamten zu tadeln. Bei der desfallsigen Verhandlung fielen scharfe Worte, die den Polizei-Präsidenten zwangen, seinen Gegner zu fordern und für seine Pflichterfüllung gegenüber junkerlichem Hazardspiel in den Tod zu gehen. Der Vorfall erregte in der Hauptstadt wie im ganzen Lande ungeheures Aufsehen. Hinkeldey, ursprünglich das gewaltthätigste Werkzeug der Reaktion, war im Laufe der Zeit milder geworden, hatte durch gemeinnützige Anlagen sogar bei den Berlinern Vertrauen erworben, dagegen

kommen eben aus der Provinz zurück — es muß etwas faul sein im Staate und namentlich in den höheren Kreisen! Daran soll man denken, und sich nicht selbst dadurch zum Mitschuldigen machen, daß man die Mittel bewilligt, wodurch dergleichen Dinge betrieben werden können." — Die Rechte hütete sich wohl auch nur ein Wort zu erwidern, um nicht eine größere Debatte in dieser für sie so sehr bedenklichen Angelegenheit zu entzünden, und stimmte schweigend für die Position.

Das thatsächliche Monopol der Preußischen Bank war inzwischen weiter befestigt worden. Ein äußerst günstiger Vertrag vom 18. März 1856 verlieh dieser das Recht, über die ursprüngliche Summe von 21 Millionen Thaler hinaus nach Bedürfnis unbegrenzt Banknoten ausgeben zu dürfen, sofern der Mehrbetrag zu $^1/_3$ in Metall, zu $^2/_3$ in Wechseln gedeckt sei. Sie übernahm dagegen die Verpflichtung, von der sich auf 31 Millionen Thaler belaufenden Summe kleiner Kassenanweisungen, die man als eine „Gefahr" für den Staat zu schildern liebte, 15 Millionen einzuziehen, wofür ihr $16^1/_2$ Millionen Thaler Staatsschuldscheine überlassen wurden. Harkort bekämpfte in zwei sehr bemerkenswerten Reden beide Maßregeln entschieden, während seine Parteigenossen L. Kühne und Patow, die wegen ihrer ausgezeichneten Finanzkenntnisse notgedrungen von der Mehrheit in den betreffenden Ausschuß hatten aufgenommen werden müssen, dieselben verteidigten. Nicht jene kleinen Kassenscheine, die sich im Sturmjahre 1848 sehr gut gehalten hätten — behauptete er — bildeten eine Gefahr, wohl aber könne in Revolutions- und Kriegszeiten eine solche aus der Befugnis der Hauptbank zur unbegrenzten Noten-Ausgabe entstehen. Außerdem werde gegenüber diesem unbeschränkten Rechte jede kräftige Entwickelung von Privatbanken unmöglich bleiben. Trotzdem erfolgte die Genehmigung der Regierungsvorlage. Gewissermaßen zum Troste wurden nunmehr auch in Gemäßheit eines wiederholten Harkortschen Antrages erleichterte Normativbedingungen zur Errichtung von Privatbanken (mit beschränkter Noten-Ausgabe) be-

---

sich bei der Hof- und Militär-Partei unbeliebt gemacht. In diesen Kreisen habe, so wurde behauptet, schon lange die Absicht bestanden, dem zu selbständig und unbequem gewordenen Manne einen blutigen Denkzettel zu geben. Das höchst eigentümliche Verhalten des Herrenhauses, welches tiefstes Mitgefühl — nicht für den Gefallenen, sondern für den in Untersuchungshaft genommenen „edlen Hans von Rochow" äußerte, gab diesen Gerüchten reiche Nahrung. Hinkeldey starb arm, obgleich ihm in der damaligen Schwindel-Epoche reichliche Gelegenheit geboten war, sich zu bereichern.

willigt; indes besaßen diese gegenüber der übermächtigen Hauptbank nur geringe Bedeutung, da man die Errichtung dieser Institute nur in jenen Landesteilen gestattete, „in welchen sich nach dem Ermessen der Regierung ein Bedürfniß dazu herausstellt".

In der Debatte über jene Bankvorlagen hatte von der Heydt gelegentlich die Thatsache erwähnt, daß Harkort einem Komitee vorstehe, welches die (schon 1788, 1828 und 1848 vergeblich angestrebte) Errichtung einer Privatbank für Westfalen mit dem Sitze in Hagen bezwecke. Im damaligen Börsenschwindel genügte eine solche Andeutung, um den Verdacht der Verfolgung privater Nebenzwecke zu erregen. Dementgegen konstatierte Harkort: „Das Comité, dem ich angehöre, hat alle Vorarbeiten umsonst gemacht und sie dem Gesammt-Publikum übergeben, ohne einen Groschen sich vorzubehalten oder irgend eine Bestimmung wegen der künftigen Verwaltung dabei zu machen. Das geschieht nicht alle Tage!" — Er hätte sagen dürfen: niemals. Der Handelsminister beeilte sich denn auch — in ehrenhaftem Gegensatze zu dem Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen 1852 — öffentlich zu erklären: daß er den Abgeordneten Harkort niemals anders als uneigennützig in Betreibung öffentlicher Angelegenheiten gesehen, also auch nicht habe andeuten wollen, daß derselbe aus eigennützigen Rücksichten das Interesse des Bankwesens wahrgenommen habe.

In der Unterrichtsfrage erkannte Harkort das Streben des Ministers, die Lehrer-Gehälter zu verbessern, an und lenkte diesmal die Aufmerksamkeit des Hauses insbesondere auf die traurigen Verhältnisse des Volksunterrichts in der Hauptstadt, deren Verwaltung damals zwar sehr „gutgesinnt", aber auch ebenso mangelhaft war. An den Berliner Privatschulen ständen 400 Hilfslehrer im Amte, die weder fest angestellt noch pensionsberechtigt seien, sondern beliebig fortgeschickt würden „wie die Knechte". Die 1853 bewirkte Einführung eines neuen Lehrplanes habe die Ermäßigung der Gehälter der Hilfslehrer von 20 auf $16^2/_3$ Thaler monatlich herbeigeführt: ein jämmerlicher Hungerlohn, auf welchen drei Selbstmorde und ein buchstäblicher Hungertod von Lehrern zurückgeführt werden müßten. Diese Fälle seien öffentlich untersucht worden und notorisch. Die Gemeinde ließe eben nur die Minderzahl der Kinder in eigenen Schulen unterrichten und überließe die Mehrzahl den Privatschulhaltern, weil diese es billiger machten. Ein Abgeordneter der Hauptstadt versuchte zwar, diese Dinge einigermaßen zu entschuldigen, die angeführten schrecklichen Thatsachen blieben jedoch unbestritten.

Die einzige erfreuliche Leistung der ersten Session der Landratskammer bestand in der Genehmigung des Baues der Saarbrücker Staatsbahn und der Bewilligung einer Zinsgarantie für die Hinterpommersche und die Ruhr-Sieg-Eisenbahn. Die letztgenannte (1861 eröffnete) Linie war bestimmt, Harkorts früheren und seinen jetzigen Wahlkreis der Länge nach zu durchschneiden, die gewaltigen Steinkohlenlager an der Ruhr mit den reichen Eisenerzschätzen des Siegerlandes in unmittelbare Verbindung zu bringen und dadurch der Westfälischen Eisenindustrie eine feste Grundlage zu geben. Seiner eigenen, jahrelangen, energischen Wirksamkeit für den Eisenbahnbau im Westen und speziell für die vorgeschlagene Strecke, welche andere mit berechtigter Breite geschildert haben würden, gedachte er mit den kurzen Worten: „Seit 25 Jahren habe ich diese Bahnlinie vertreten!"

Die sitzungsfreien Monate der Jahre 1855 und 1856 benutzte Harkort hauptsächlich, um auf Wunsch der ihm befreundeten Fabrikbesitzer Blank, Gravemann und Stuckenholz in Wetter Unterstützungskassen für Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen und Handwerksmeister zu organisieren, gleichwie er dort 1854 die Gründung einer Sparkasse angeregt hatte. Von bestem Willen für Verbesserung des Loses der arbeitenden Klasse beseelt, beschränkte man sich in Wetter nicht, wie leider an den meisten andern Orten, auf Errichtung der durch Gesetz von 1854 vorgeschriebenen Krankenkasse, sondern gründete auch unter dem Namen „Arbeiter-Versorgungskasse" ein Institut für Invalide, das die Unterstützung der vor dem 60. Jahre arbeitsunfähig werdenden Mitglieder und die Ansammlung von Ersparnissen für diejenigen bezweckte, die sich nach Zurücklegung jener Altersgrenze in den Ruhestand begaben. Der Arbeitgeber zahlte den nämlichen Beitrag wie der Arbeiter, welch letzterer bei der Sparkasse ein bis zum 60. Jahre unkündbares Konto erhielt. Der selbst gezahlte Beitrag des Arbeiters blieb dessen Eigentum, ward ihm beim Wegzug aus der Gemeinde bar überwiesen und im Todesfalle seinen Erben ausgekehrt, während der für ihn geleistete Beitrag des Arbeitgebers dem Invalidenfonds verfiel. Nach vollendetem 60. Jahre trat der Arbeiter in den Genuß der Zinsen des aus der eigenen und der Einlage des Arbeitsherrn gebildeten Gesamtkapitals.

Wie segensreich diese Arbeiter-Versorgungskasse gewirkt hat, ergeben folgende authentische Zahlen: Bei 1354 Mitgliedern wurde für das Jahr 1888 gezahlt:

an 13 Witwen und Erben Verstorbener .	Mark	1 926,20
an 131 verzogene Mitglieder.	„	2 011,30
an Invaliden-Unterstützungen	„	6 522,50.

Es betrug ferner Ende 1888:

das Gesamtguthaben der Arbeiter . . .	Mark	62 340,90
die Gesamtzuschüsse der Arbeitgeber . .	„	62 340,90
das eigene Vermögen des Invalidenfonds	„	61 215,15*).

Um die hochwichtige Angelegenheit in weitere Kreise zu tragen, veröffentlichte Harkort einen Vortrag: „Ueber Armenwesen, Kranken- und Invalidenkassen", welchen er in dem von ihm mitbegründeten Technischen Verein in Hagen gehalten hatte mittelst einer besonderen Broschüre. Eine Schrift gleicher Tendenz: „Ueber das Proletariat, die Theilung des Grundbesitzes und die Erzeugung billigerer Lebensmittel" war schon im Jahre 1855 herausgekommen. Gleichzeitig erschienen zwei interessante, kulturhistorische Arbeiten unter dem Titel: „Aeltere Geschichte des Steinkohlen-Bergbaues und der Eisen- und Stahl-Erzeugung in der Grafschaft Mark", sowie die bereits erwähnte „Geschichte des Dorfs, der Burg und der Freiheit Wetter" — namentlich die letztere eine zwar aphoristische, doch inhaltlich reiche und musterhafte Darstellung der Entwickelung eines kleinen Märkischen Gemeinwesens. Jacobi (Liegnitz) erhob, wie früher vorübergehend bemerkt, gegen die Geschichte von Wetter den sehr begründeten Vorwurf mangelnder Deutlichkeit und Wahrheitstreue, „indem der Verfasser sich selbst so sehr in den Schatten drängt, daß ihn nur das Auge des Kundigen entdecken kann".

Der Sommer 1856 hatte jenem gewaltigen blutigen Völkerkampfe, dessen Preis die Herrschaft im Orient und die Zertrümmerung der Russischen Hegemonie bildete, ein Ende gemacht. Wenige Monate später ward wegen einer lächerlich geringfügigen Veranlassung die Gefahr eines neuen großen Krieges über Europa heraufbeschworen.

Nach heldenmütiger Verteidigung durch Tottleben war Sewastopol am 10. September 1855 in die Hände der verbündeten westmächtlichen Heere gefallen. Die Russische Flotte lag im Angesichte

*) Ein in späterer Zeit errichteter Konsum-Verein für Fabrikarbeiter in Wetter erzielte pro 1888 bei einem Umschlage von annähernd einer halben Million Mark einen Reingewinn von ca. 50000 Mark und zahlte jedem Mitgliede auf je 500 Mark Waren-Entnahme einen Gewinn-Anteil von 70 Mark zurück.

der Tauriſchen Feſtung auf dem Boden des Meeres, dem nordiſchen Koloß waren die „thönernen Füße“ gebrochen, die unheilige „Heilige Allianz“ ſchon vorher für immer begraben. Kaiſer Alexander II. entſendete im März 1856 das Haupt der Moskowitiſchen Kriegspartei, den Grafen Orlow, an den neuen Schiedsrichter Europas nach Paris, dort Frieden zu erbitten. Napoleon blieb trotz ſeines großen Erfolges gemäßigt genug, denſelben auf billige Bedingungen zu gewähren. Nur ſeiner Verwendung hatte das anfangs ganz bei Seite gelaſſene Preußen zu verdanken, wenn es nach mehrwöchentlichem Warten überhaupt noch Zutritt zu dem Pariſer Kongreſſe erlangte. Während hier der kluge Cavour die Fäden für das Netz webte, durch welches ſchon nach drei Jahren Öſterreich aus Italien verdrängt und die Halbinſel frei werden ſollte, vertrödelte Manteuffel*) dort ſeine Zeit damit, die unbedeutende Neuenburger Frage anzuregen, ohne darauf eine andere Antwort als ein verächtliches Achſelzucken der übrigen Bevollmächtigten zu erhalten.

Der kleine Kanton Neuenburg, welcher der Dynaſtie Hohenzollern, nicht einmal dem Staate Preußen ſelbſt, gehörte, hatte ſich im März 1848 ohne Widerſpruch für unabhängig und als Republik erklärt, der ſeitherige Landesherr Friedrich Wilhelm IV. auch damals halb und halb ſeine Zuſtimmung zu dieſer vollendeten Thatſache zu verſtehen gegeben. Nach allgemeinem Siege der Reaktion aber erhob der König Proteſt gegen die Umwälzung in Neuſchatel und die Großmächte erkannten den Fortbeſtand ſeiner legitimen Rechte formell an, jedoch ohne die entfernteſte Abſicht, die Wiederherſtellung des alten Zuſtandes herbeizuführen oder auch nur zu begünſtigen. Als Manteuffel in Paris auf dieſe Eventualität hindeutete, antwortete ihm ein eiſiges Schweigen aller Kongreß-Mitglieder. Unter dieſen Verhältniſſen glaubte die royaliſtiſche Minderheit des Ländchens, welches ſeit acht Jahren im tiefſten Frieden gelebt hatte, die Zeit für den Verſuch einer revolutionären Löſung gekommen. Ein kleiner Haufen Leute unter ariſtokratiſcher Führung bemächtigte ſich am 2. September 1856 des Neuenburger Schloſſes, ward aber bereits am folgenden Tage, vom Volke ganz im Stich gelaſſen, gefangen genommen und die Autorität der republikaniſchen Regierung unter allſeitiger Zuſtimmung wieder hergeſtellt. Dadurch in ſeinen Lieblings-

*) Um als Zuhörer von Napoleons Gnaden in Paris auftreten zu können, mußte Manteuffel zuvörderſt bei einer Franzöſiſchen Sprachlehrerin in Berlin Unterricht nehmen, welche ihr Honorar dafür nur mit großer Mühe beizutreiben vermochte. (Bernſtein: Die Jahre der Reaktion. S. 225.)

Ideen von Legitimität und dergleichen aufs tiefste verletzt, verlangte Friedrich Wilhelm die sofortige bedingungslose Losgabe der Gefangenen. Die Eidgenossenschaft erklärte sich dazu bereit, sofern der König seinen Ansprüchen entsagen und die Unabhängigkeit des Kantons anerkennen wolle. Auch die Großmächte bemühten sich, in diesem Sinne einen Ausgleich herbeizuführen, konnten indessen nicht zum Ziele gelangen, da die Reaktionspartei in Berlin offen zum Kriege hetzte: einem, wie sie sagte, „neuen Kreuzzuge", der bestimmt sei, dem „revolutionären Treiben" in der Schweiz ein Ende zu machen.

Bei Eröffnung des Landtages am 29. November erkärte der König bezüglich des Neuenburger Zwischenfalles: er werde nicht zugeben, daß „seine Langmuth in eine Waffe gegen sein Recht umgewandelt werde und lebe der Hoffnung, daß sein Volk in bewährter Hingebung für die Ehre der Krone einstehen werde". Auf diese Drohung hin ordnete die zum äußersten Widerstande entschlossene Schweiz Rüstungen an; Preußen nahm die Mobilmachung der Armee für den 15. Januar in bestimmte Aussicht und befand sich somit unmittelbar vor der Gefahr, sein Volksheer, das 1850 in der großen Deutschen Ehrensache sich gegen seinen Willen hatte zurückziehen müssen, in einen, bezüglich seiner Folgen unübersehbaren, Krieg treiben zu sehen, der nur bezweckte, das ganz unnatürliche Verhältnis der Personal-Union mit einem entfernten Gebirgsländchen wiederherzustellen und legitimistischen, von der öffentlichen Meinung längst verurteilten, Anschauungen Geltung zu verschaffen! Zum Glück für Preußen fiel Österreich dem König in den Arm. Der Kaiserstaat bezeichnete den Durchmarsch Preußischer Truppen durch süddeutsche Staaten als eine Angelegenheit des Deutschen Bundes, welchen derselbe nicht früher gestatten dürfe und werde, bevor nicht die streitige Angelegenheit auf einer Europäischen Konferenz verhandelt sei. Diese Erklärung verlegte Preußen den Weg nach der Schweiz und versetzte es in die Unmöglichkeit, mit Waffengewalt gegen seinen Gegner vorzugehen. Nunmehr schritt auch Louis Napoleon ein, indem er einerseits die Unabhängigkeit Neuschatels garantierte und andrerseits Preußen bewog, auf militärische Maßregeln zu verzichten, sobald die Gefangenen freigegeben würden. Das geschah jetzt unverzüglich und im Mai 1857 erfolgte sodann die definitive Verzichtleistung Friedrich Wilhelms auf den Kanton Neuenburg.

Volk und Volksvertretung atmeten erleichtert auf, als der Alp eines im Herzen des Weltteiles drohenden Krieges, welcher leicht zu einer allgemeinen europäischen Verwickelung hätte ausarten können,

von ihm genommen war und sich das Vorhandensein des Deutschen Bundes doch einmal zu etwas nütze erwiesen hatte. Im Innern gingen die Dinge den gewohnten Krebsgang. Um Geld zu bekommen, beantragte die Regierung die Einführung einer Gebäudesteuer, sowie die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Salzabgabe; letztere um 25 %. Die erstgenannte Vorlage fiel, während die zweite und dritte, trotz Harkorts und seiner Freunde energischen Widerspruches, angenommen wurden. Zum Glück vertrat diesmal das Herrenhaus das Interesse der arbeitenden Klassen, indem es die vorgeschlagene Erhöhung der Salzsteuer verwarf.

Den unvermeidlichen Grundsteuer-Antrag, welchen Herr von Gerlach höhnend als die „bekannte Harkortsche Visitenkarte" bezeichnete, die nur noch aus Gewohnheit und Höflichkeit alljährlich abgegeben würde, sargte die Finanzkommission ohne Sang und Klang ein. Eine etwas ehrenvollere Behandlung, allerdings auch nur in Form eines Begräbnisses, erlebte der Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes über die Organisation der Volksschulen. Mittelst ausführlich begründeter Vorschläge verlangte Harkort die gesetzliche Feststellung eines mindestens dreijährigen Kursus für Seminare und eines den Lokalverhältnissen entsprechenden Gehalts der Lehrer nebst Pension und Witwenversorgung; ferner die Regelung der Schulpflicht, Schulstunden, Maximal-Schülerzahl und Bildung von Schulgemeinden mit ergänzender Staatsbeihilfe; endlich die Einrichtung von Bewahr-Anstalten und Fortbildungsschulen. In den Motiven finden wir u. a. die bezeichnende Thatsache angeführt, daß der Vorsteher der Düsselthaler Rettungsanstalt, Georgi, damals mit Genehmigung der Regierung öffentlich „gläubige Jünglinge" suchte, um solche in einem einjährigen (!) Kursus zu Elementarlehrern auszubilden. Am Königlichen Hauptgestüte Graditz erhielt der Futtermeister 200, der Lehrer hingegen 68 Thaler Gehalt, also ein Drittel des Lohnes jenes höheren Stallknechtes. Für Lehrerbesoldungsverbesserungen warf pro 1857 der Etat 12000, für Rennpreise aber 18800 Thaler aus. Eine Lehrerwitwe erhielt 16, eine Westfälische Bergmannswitwe $26^2/_3$ Thaler Jahres-Pension u. s. w. — Die wohlzusammengesetzte Unterrichtskommission, deren Beratung des Harkortschen Antrages der Minister von Raumer mit seinem Famulus Stiehl wiederum persönlich beiwohnte und leitete, kümmerte sich wenig um jene schlagenden Zahlen, sondern ging diesmal noch erheblich weiter als vor zwei Jahren. Durch ihren Referenten, den Ministerialrat Hahn*),

*) Der bekannte „Preß-Hahn": so genannt, weil er die Angelegenheiten der Presse im Ministerium zu leiten hatte.

ließ sie in einem ausführlichen — dem Plenum nicht mehr vorgelegten — Berichte dem Unterrichts-Minister uneingeschränktes Lob spenden. „Indem die Kommission," schloß dies Schriftstück, „ihre einstimmige Überzeugung dahin zusammenfaßt, daß die Schulverwaltung es in Bezug auf die innere und äußere Hebung des preußischen Volksschulwesens nach keiner Seite hin an Eifer und umsichtiger Anregung fehlen läßt, daß ferner die gesetzlichen Grundlagen für eine ersprießliche Thätigkeit in allen wesentlichen Punkten sich als ausreichend erwiesen haben und daß die bisherigen Erfolge eine möglichst vollständige Erreichung des vorgesteckten Zieles in Aussicht stellen, kann ein Bedürfnis für den baldigen Erlaß eines allgemeinen Unterrichts-Gesetzes nicht anerkannt werden." Daraufhin ward einfache Ablehnung des Antrages empfohlen. Harkort hatte von diesen Leuten nichts anderes erwartet und mußte sich und die Freunde der Schule besserer kommender Zeiten getrösten.

Die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit bekämpfte der alte Landwehrmann von 1815 entschieden, indem er auf die herrlichen Siege des unausgebildeten Volksheeres der Befreiungskriege im Gegensatz zu den Niederlagen der gedrillten Armee von 1806 hinwies. Wenn man gegnerischerseits von der Mobilmachung von 1850 rede, so habe es damals bei Offizieren sowohl wie bei Soldaten an Kriegserfahrung gefehlt. Gegen die Vermehrung der technischen Waffen und die Besserstellung der drei unteren Offiziersgrade und der Unteroffiziere wolle er nichts erinnern. In dem damals viel erörterten Streite über das Minié- und das Preußische Zündnadelgewehr äußerte er prophetisch: „Ich glaube, der Tag wird kommen, wo man die Miniégewehre in die Ecke stellt und die Zündnadelgewehre die Herrschaft in der ganzen Armee gewinnen werden"*).

Als am 30. März 1857 der Vertrag wegen Ablösung des Sundzolls, dessen Beseitigung Harkort schon in der National-Versammlung für eine Ehrensache erklärt hatte, zur Verhandlung gelangte, sprach er unter vielseitiger Zustimmung die mahnenden Worte:

*) Die gewerbliche Thätigkeit des Verfassers brachte denselben mehrere Jahre vor dem Tage von Königgrätz in vielfache Berührung mit ausländischen Gewehrfabrikanten und militärischen Autoritäten der Waffentechnik. Dieselben bestritten ausnahmlos die dauernde Kriegsbrauchbarkeit des von ihnen für eine Paradewaffe erklärten Zündnadelgewehrs. Die einzige Ausnahme davon machte der Gewehrfabrikant Crause zu Herzberg in Hannover, früher österreichischer Offizier, welcher im schärfsten Gegensatze zu jenen Sachverständigen vorhersagte: „Nach der ersten größeren Schlacht der Preußischen Armee wird das unbedingte Übergewicht des Zündnadelgewehrs überall feststehen und das übrige Europa so lange quasi waffenlos sein, bis es sich mit einem guten Hinterlader versehen hat."

„Es lastet noch eine andre Schmach auf dem Vaterland, die nicht mit Geld zu lösen ist: das ist die Mißhandlung der Deutschen Herzogthümer durch die Dänen! Wir haben allerdings im Jahre 1848 den Dänenwall mit den Waffen in der Hand überstiegen, allein damals trat „der Starke" einen Schritt zurück; wir schlugen den Österreichern die Brücke, deren Fahnen seit Wallensteins Zeiten zum ersten Male wieder in Norddeutschland erschienen, und da begann jene berüchtigte „Pacification", die uns noch heute das jämmerliche Bild der Deutschen Einigkeit darstellt. Deutsche Männer werden beschämt durch Deutsche Frauen, die wenigstens die Arbeit ihrer zarten Hände und deren Ertrag den Verbannten zuwenden; heute hören wir den ängstlichen Hilferuf Lauenburgs und die schlauen Diplomaten sind in großer Verlegenheit, die der Krone Dänemark zum Gesammtstaat gratuliert haben!"

„Der Starke", nämlich der kleine Manteuffel*), welcher der Sitzung beiwohnte, erklärte entgegenkommend, daß der von dem Redner angeregte Gegenstand die „ernsteste Aufmerksamkeit" der Regierung in Anspruch nähme, er selbst aber nicht zur Bildung des Gesamtstaats gratuliert hätte. Dies Verhalten des Mannes von Olmütz erregte großes Aufsehen, da es den Rückschluß zuließ, man wolle endlich preußischerseits die Schmach von 1850 einigermaßen abzuwaschen suchen und der tyrannischen Behandlung der Schleswig-Holsteiner durch die Dänen entgegentreten. Damit aber das Verdienst, zum erstenmale wieder auf die an der Eider verpfändete Ehre Preußens hingewiesen zu haben, nicht der liberalen Partei allein verbleibe, brachten Stahl und von Below einige Tage später im Herrenhause den geschraubten Antrag ein, „die durch Bundesrecht gewährte Garantie der Gerechtsame zu Gunsten der zum Deutschen Bunde gehörigen Lande Holstein und Lauenburg in Wirksamkeit zu bringen". Das Deutsche Volk zuckte die Achseln über die deutschnationalen Gefühlsverrenkungen der Reaktions-Partei und in Kopenhagen schlug man darüber ein Hohngelächter auf.

Auch bei den geheimen Fonds, die er nie im Etat ohne Geißelung vorüberziehen ließ, pochte der unermüdliche Wächter an die Gewissen. „Ich beziehe mich auf einen allgemein bekannten Redakteur, der durch die vielen Verleumdungsprozesse und noch mehr durch die Begnadigungen**) Epoche gemacht hat, und frage, ob er nicht direkt

*) Der „große" oder auch der „lange" Manteuffel hieß der damalige Flügeladjutant, spätere Feldmarschall Edwin von Manteuffel; im Gegensatz zum Ministerpräsidenten, dem „kleinen" Otto von Manteuffel.

**) Lindenberg, S. 518.

oder indirekt Unterstützungen aus diesen Fonds bekommen hat? Ich mache die Herren ferner darauf aufmerksam, daß der Hauptdieb*) bei dem Potsdamer Depeschen-Diebstahl ein Pensionär des Herrn Ministers des Innern war! Man besoldet Aufpasser — Spione will ich nicht sagen — allein was ist der Erfolg? Daß sie sich dem ersten besten Mehrbietenden wieder verkaufen. Hier scheint mir das Gleichnis von den Lumpenhunden, wo einer den andern verzehrt, recht an der Stelle zu sein! Es geht, meine Herren, eine Gesinnungskriecherei durch das Land, getragen durch Männer, die im Jahre 1848 eben nicht den meisten Muth bewiesen haben oder die gar noch alte Sünden büßen wollen.

(Sehr richtig! Bravo!)

Während Österreich und Neapel Begnadigungen vornehmen, erhebt sich in unserm Lande keine Stimme für die verbannten Söhne des Vaterlandes. Ist die Nation etwa schlechter geworden oder fühlen die Minister, daß sie nicht mehr Wurzel haben im Volke?"

Ein solches Gefühl regte sich allmählich im ganzen Lande und als die Session Mitte Mai 1857 schloß, schieden die Landboten in der Überzeugung, daß es so wie seither nicht lange mehr bleiben werde.

Seit dem vollständigen Siege der Reaktion und der rücksichtslosen Unterdrückung der liberalen Presse entbehrte die konstitutionelle Partei in Preußen eines eigenen Organs für den Ausdruck ihrer Ansichten und Bestrebungen. Die „Konstitutionelle Zeitung" war, nachdem Hinkeldey einen ihrer Redakteure nach dem andern kurzer Hand ausgewiesen hatte, schon vor Jahren eingegangen. Die von gänzlicher Vernichtung verschont gebliebenen Blätter hingen von der Willkür der Polizeibehörden und Staatsanwälte ab. Eine neue politische Zeitung im Sinne der verfassungstreuen Opposition ins Leben rufen zu wollen, wäre — abgesehen von den Geldopfern — ein geradezu thörichtes Unternehmen gewesen. Im Hinblick auf diese Sachlage, wie andererseits in Erkenntnis der Notwendigkeit, außer auf der von ihr mannhaft vertheidigten Tribüne auch in der Presse ihre Fahne aufgepflanzt zu halten, entschloß sich die Linke zur Herausgabe einer Monatsschrift, für welche ein aus Harkort, Milde, Molinari und Saucken-Julienfelde gebildetes Komitee die Aufforderung an seine politischen Freunde ergehen ließ. Das desfallsige Rundschreiben durfte vertrauensvoll auf die zwischen den Konstitutionellen und den gesunden Elementen der Deutschen Wissenschaft bestehende Wahl-

*) Techen. S. 521.

verwandtschaft hinweisen: „Diese Wissenschaft," hieß es, „mit ihrer sittlich-ernsten Haltung, ihrer geschichtlichen Richtung, ihrem Sinn für die Wirklichkeit und ihrem Streben nach allgemeiner Verständlichkeit hat sich als die natürliche Bundesgenossin der liberalpatriotischen Partei erwiesen. Der Werth dieser Bundesgenossenschaft ist durch die Erfolge von Werken, wie die von Duncker, Droysen, Häusser, Beitzke u. A. anschaulich geworden. Es handelt sich darum, diese Allianz von beiden Seiten noch inniger zu schließen, sie förmlich zu organisiren und zu stetig fortlaufender Wirkung anzuspannen!"

Der angeregte Gedanke fand in weiten Kreisen beifällige Aufnahme; an verschiedenen Stellen freilich auch Ablehnung, weil man sich des seit Jahren herrschenden Pessimismus noch nicht zu entschlagen vermochte. Dr. Haym, der zur Zeit der Olmützkrisis mit zweifelloser Gesetzverletzung aus Berlin ausgewiesene Chefredakteur der ehemaligen „Konstitutionellen Zeitung" übernahm die journalistische Leitung der neuen Zeitschrift und der Abgeordnete für Berlin, Georg Reimer, den Verlag. Im Oktober 1857 erschien die erste Nummer der noch heute bestehenden „Preußischen Jahrbücher".

Mitten in der reaktionären Hochflut, als die sieghafte Junkerpartei auf die Verfassung Sturm lief und unausgesetzt die heftigsten Angriffe auf die Steinsche Gesetzgebung richtete, machte Gustav Müllensiefen, ein Bruder des Bochumer Abgeordneten zur Nationalversammlung, den zeitgemäßen Vorschlag, dem unvergeßlichen Reformator Preußens im Herzen der Grafschaft Mark, dort wo er seine ruhmreiche Laufbahn begonnen, aus freiwilligen Gaben dankbarer Bürger und Bauern ein Ehrendenkmal aufzurichten. Ein halbes Jahrhundert war verflossen, seit der große Reichsfreiherr, alle erlittene Unbill hochherzig vergessend, zur Rettung des bei Jena zermalmten Preußens herbeieilte, und noch hatte niemand daran gedacht, jene Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen. Um so lebhafteren Anklang fand der von Müllensiefen, leider ohne Nennung seines Namens, angeregte patriotische Plan. An der Mündung der Ruhr in den Rhein, wie auf Hohen-Syburg, der alten Veste des Sachsenherzogs Wittekind, hatte man dem um Westfalen hochverdienten alten Vincke bereits Gedächtnismale errichtet; dort durch eine auf dem Damme des Rheinhafens, seiner Lieblings-Schöpfung, emporragende Säule, hier in Gestalt eines weit in das Land schauenden mächtigen Wartturmes*). In gleicher Weise wie Vincke auf der

*) Das Vincke-Denkmal auf der Hohen-Syburg ist vorzugsweise den Bemühungen des verstorbenen Abgeordneten Overweg zu verdanken.

Syburg gedachte man das Andenken Steins zu ehren. Der Kaisberg (Kaiserberg) bei Herdecke, wohin die Sage eine Heerlagerstätte Karls des Großen verlegt, eine malerische, pyramidal emporsteigende Bergkuppe mit entzückendem Rundblick auf das Ruhrthal, die gegenüberliegende Burg Wetter, die Ruine von Volmarstein und das Vincke-Denkmal ward zur Errichtung eines „Stein-Turmes“ in Aussicht genommen und Harkort an die Spitze des Komitees für die Ausführung des Unternehmens berufen. Nachdem eine Reihe verfassungstreuer Männer, wie Auerswald, Wentzel, Patow, Lette, Bockum-Dolffs u. a. ihr herzliches Einverständnis mit dem Projekte erklärt hatten, ging der mit diesen volkstümlichen Namen geschmückte erste öffentliche Aufruf im August 1857 in das Land. Harkort stellte demselben die herrlichen Worte des alten Arndt voran:

Der Gewaltigste war in des Vaterlands Marken,
Der Stärkste der unzerbrechliche Stein.
So lange klinget von Deutschen Lippen Gesang,
Wird klingen des mächtigen Namens Klang!

Die ersten Beiträge für den in allen Landesteilen freudig begrüßten Plan kamen aus — Paris, von vier dort lebenden jungen Deutschen Arbeitern; ferner aus Oldenburg und vom verlassenen Bruderstamm in Holstein*). Diesen vielversprechenden Anfang begrüßte der Westfälische Patriot mit besonderer Genugthuung, die später leider beeinträchtigt wurde durch das Verhalten seiner eigenen Fraktionsgenossen.

Als die Bäume sich entlaubten, ging die Trauerkunde durch das Land, daß Friedrich Wilhelm IV. schwer, und wahrscheinlich unheilbar, erkrankt sei. Dem Volke kam die Nachricht unerwartet; nicht den Unterrichteten, welche seit längerer Zeit das tragische Geschick des unglücklichen Fürsten langsam hatten herannahen sehen. Vergebens wartete man auf nähere Nachrichten. Zeitungen, welche solche zu bringen versuchten, wurden auf Westphalens Befehl beschlagnahmt. Der Grund für dies Verfahren lag auf der Hand; man wollte bei Hofe den wirklichen Stand der Sache nicht bekannt werden lassen. Denn wenn es sich um eine unheilbare Krankheit handelte, so lag auch eine dauernde Behinderung des Monarchen zur Regierung vor, und in diesem Falle mußte nach strikter Vorschrift der Verfassung der präsumtive Thronerbe, der Prinz von Preußen, sofort aus eigenem Rechte die Regentschaft übernehmen. Welches Schicksal ihr dann bevorstand, wußte die „kleine aber

*) Professor Thaulow in Kiel nahm sich dort der Sache mit großem Eifer an.

mächtige" Partei. Darum suchte sie aus allen Kräften die wahre Natur der Krankheit, eines chronischen Gehirnleidens, zu verschleiern und den König nur als vorübergehend erkrankt darzustellen. In letzterem Falle blieb die Möglichkeit, den Thronfolger mit der auftragsweisen Stellvertretung des Landesherrn zu beauftragen und ihm die Beibehaltung des seitherigen Regierungssystems und seiner Träger zur Pflicht zu machen. Die ärztlichen Gutachten gestatteten, den der Reaktionspartei erwünschten Weg zu betreten. Ende Oktober erging eine Königliche Ordre, welche den Prinzen von Preußen — zunächst auf drei Monate — beauftragte, nach den ihm „bekannten Intentionen" Seiner Majestät die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Diese Wendung verlängerte das Dasein der Reaktionsperiode noch um ein Jahr; doch war ihr der Giftzahn schon jetzt ausgebrochen.

Den Landtag berief Manteuffel erst auf den 12. Januar 1858, da eine der zahlreichen „Durchlöcherungen" der Verfassung den obligatorischen Zusammentritt der Volksvertretung bis zur Mitte Januar hinausgeschoben hatte. Es erschienen die nämlichen Leute wie im Herbste 1855, und trotzdem waren es andere. Die Mehrheit witterte liberale Morgenluft. Unter den 72 Landräten machten sich hier und dort sogar schon oppositionelle Regungen bemerkbar. Von Verfassungs-Änderungen, die früher den breitesten Raum in den Verhandlungen einnahmen, verlautete fortan kein Wort mehr. Nach rechts hin führte kein Weg — das fühlten alle; nicht nur weil der zukünftige Landesherr bekanntermaßen ein Gegner der seither herrschenden Partei war, sondern auch weil in der Wählerschaft sich ein unverkennbarer Umschwung der Ansichten vorbereitete. Die Verbindung des dereinstigen Thronerben, des Prinzen Friedrich Wilhelm, mit der Englischen Königstochter ward vom ganzen Volke, die Kreuzzeitungsleute ausgenommen, mit demonstrativem Jubel begrüßt und die Reise des jungen Paares nach der Preußischen Hauptstadt gestaltete sich zu einem Triumphzuge. An der Grenze der Grafschaft Mark empfing die feierlich Bewillkommneten das mächtige Geläute Bochumer Gußstahlglocken mit dem Spruche:

Der Gußstahlglocken voller Chor,
Den nie vernommen Englands Ohr,
Ertönt: Glück auf, Victoria!
Willkommen! ruft Westphalia.

Wer hätte damals voraussehen können, daß nach wenigen Jahren noch ganz andere Westfälische Gußstahlprodukte einen „vollen Chor" anstimmen und auf den größten Schlachtfeldern des Jahr-

hunderts dem neuen Deutschland donnernd Viktoria schießen würden!

Der Einzug in Berlin (8. Februar) ward zu einem großartigen Volksfeste, wie es Berlin seit vielen Jahren nicht gesehen; zeigte aber auch, auf welch' tiefe Stufe des Ansehens die „Landratskammer" gesunken war. Nur für einen kleinen Teil der Mitglieder hatte der Magistrat Plätze auf den Tribünen reserviert; dem Rest stellte der noch in letzter Stunde zu Hilfe gerufene Polizei-Präsident weitere Sitze zur Verfügung, jedoch nur gegen bare Zahlung von 1 Thaler 15 Silbergroschen. In einem solchem Aufzuge erblickte die Englische Prinzessin zum erstenmale das Haus der Gemeinen ihres neuen Vaterlandes! Harkort erklärte mit scharfen Worten durch dieses Betragen der staatlichen und städtischen Behörden die Ehre der Landesvertretung verletzt und verlangte formelle Ablehnung des Anerbietens bezahlter Plätze; doch zog er, um die Festfreude nicht zu trüben, nach längerer Verhandlung diesen Antrag zurück.

Die Erlebnisse des herrlichen Einzugstages kamen wiederholt zur Sprache, namentlich als Harkort bei der Etatsberatung seiner alten Gewohnheit gemäß den berüchtigten „Dispositionsfonds für die höhere Polizei" unter das Messer nahm und die noch immer herrschende jämmerliche Demokratenfurcht geißelte*). In einer vielbemerkten Rede, in welcher er allerdings nicht scharf genug zwischen den Straßen-Demagogen von 1848 und den überzeugungstreuen Demokraten unterschied, wies er auf die herzerquickenden Erscheinungen bei dem „großen Nationalfeste" hin, indem er bemerkte: „Alle Parteien waren aufgelöst in Einem großen patriotischen Gedanken; das Volk ahnte die Morgenröthe der neuen Zeit, wo der alte Grundsatz wieder gelten und eine Wahrheit sein wird: „Freier Mann, freies Wort, freie Wahl", wo der Bürger nicht zu fürchten hat, daß die Polizei ihm seinen ehrenhaften Broderwerb schmälert, wo die Wissenschaft umkehren wird von ihrem einseitigen Wege und sich wieder an die Spitze der deutschen Bildung stellt, wo der Starke keinen Schritt zurücktritt dem Auslande gegenüber, und jeder Preuße, wenn er in die Fremde tritt, wissen und hoffen darf, daß das

*) Westphalen behandelte die Beschlüsse der Kammer so verächtlich, daß er, als die Mehrheit einst den Polizeidirektor von Elbing getadelt hatte, diesem noch an demselben Tage eine Gratifikation von 200 Thalern aus den geheimen Fonds bewilligte. „Wenn das der Balsam für die Wunden ist, die die Kammer schlägt," meinte Harkort bei Mitteilung dieses skandalösen Vorfalls, „dann werden sich gewiß noch viele Freiwillige finden!" Die Landratskammer antwortete durch „Große Heiterkeit"!

ganze Vaterland hinter seiner Ehre steht und ihn schirmt. Meine Herren, das nenne ich große Politik, und wenn sich die Minister dazu bekennen, dann sagt sicher alles Volk Amen! Es wird dann der Tag kommen, wo auch der Kastengeist sich auflösen wird im allgemeinen Bürgerthum. Alle diese edlen Gedanken hat das Volk an jenem Tage zusammengefaßt, in der Hoffnung, sie bald zu erleben." — Selbst Wagener und Blankenburg von der äußersten Rechten äußerten ihre Mißbilligung der Westphalenschen Preß- und Polizeiwirtschaft; bewilligten aber die Mittel für ihre Fortführung dennoch.

Eine von Amerika nach Europa herübergekommene große Handelskrisis hatte die Regierung gezwungen, die in Preußen bestehenden Wuchergesetze im Herbste 1857 zeitweilig zu suspendieren. Als Herr von Gerlach sich bei der desfallsigen Debatte rühmte, daß er und seine Freunde die Parlaments-Tribüne, welche von der Linken aufgerichtet worden, dem Lande erhalten hätten*), dankte ihm Harkort dafür mit der Erklärung, er werde von diesem neuen Rechtsboden stets freimütigen Gebrauch machen und habe demgemäß das Grundsteuergesetz zum achtenmale wieder eingebracht. Gegen den Wucher gäbe es keine wirksamen Gesetze. Unter Hinweis auf die bedeutenden Resultate der Sparkasse Dortmund empfahl er als wirklich praktisches Mittel die Organisation von Volksbanken aller Art, namentlich auch ländlicher Kreditinstitute, sowie guten Volksunterricht. Wenn übrigens in der Debatte bemerkt worden, daß in einzelnen Dörfern vier Familien in einer Stube zusammen wohnen, so erscheine ihm das nicht als Folge des Wuchers, sondern sei einfach eine Versündigung der höheren Klassen an den unteren. „Es ist von oben herab viel gesündigt worden in den Pflichten, die wir gegen das Volk haben. Lassen Sie uns mit dem von Gott verliehenen Pfunde wuchern, so wird es hundertfältige Zinsen tragen, die dem Strafgesetze nicht anheimfallen."

Der abermals eingebrachte, mit der Frage der Unterdrückung des Wuchers in nahem Zusammenhange stehende, Antrag auf anderweite Festsetzung der Normativ-Bedingungen zur Errichtung von Privatbanken fand die Zustimmung des Hauses. Harkort selbst war inzwischen zu der Überzeugung gelangt, daß es, um der staatlichen Bevormundung zu entgehen, am besten sei, jenen Weg zu wählen, den die ohne Konzession vorzüglich arbeitende Diskonto-Gesellschaft eingeschlagen habe. Die Folgezeit hat diese Ansicht als die richtige bestätigt, insofern die Provinzial-Notenbanken verkümmerte Institute

*) Bekanntlich hatte man wesentlich aus Nützlichkeitsrücksichten der direkten Aufhebung der Verfassung ihre „Durchlöcherung und Abtrocknung" vorgezogen.

geblieben sind und mit der privilegierten Hauptbank nicht in erfolgreichen Wettbewerb zu treten vermochten.

Nach zweimaliger Zurückweisung seines Antrages auf Erlaß eines Unterrichtsgesetzes beschränkte der unermüdliche Freund der Volksschule sich in dieser letzten Session der IV. Legislaturperiode auf die Forderung einer genauen Statistik der Schulverhältnisse. Der Mangel an Lehrern war von Jahr zu Jahr fühlbarer geworden; so sehr, daß die Regierung in Potsdam bereits nach Kandidaten suchte, die einen nur halbjährigen (!) Kursus durchzumachen bereit seien. Der Zentralverein der Geistlichen der Provinz Sachsen verlangte andererseits Abschaffung der Seminare und Einrichtung von sogenannten Schulkonvikten, für die u. a. folgende charakteristische Bestimmungen gelten sollten*):

„In einem solchen Schulmeisterconvict müsse die größte Einfachheit herrschen — trockenes Brod, kalte Schlafstellen, dürftige Betten, viel anstrengende Arbeit. — Die Kirche habe die Aufgabe, die Candidaten aufzusuchen und bis zum Eintritt in die Convicte vorzubereiten. Erst durch ein dergestalt umgewandeltes Lehrerpersonal würden die Schulregulative Leben gewinnen."

So lauteten die frommen Wünsche der meistens in fetten Pfründen sitzenden Pastoren für die zukünftigen Lehrer! Darf man sich über die Folgen wundern?

Der Unterrichts-Minister erkannte zwar die Nützlichkeit der vorgeschlagenen Statistik an, erachtete die Veröffentlichung einer solchen aber doch für bedenklich und beantragte die Ablehnung des Antrags. Dem willfahrte die Mehrheit mit Vergnügen; zumal der große Grundbesitz, welchem die Schulunterhaltungspflicht oblag, das lebhafteste Interesse empfand, den wirklichen Zustand der Dinge zu verheimlichen, um sich vor den unvermeidlichen Kosten der Verbesserung zu hüten. In der Krönungsstadt Königsberg bezogen die Lehrer noch 200 bezw. 150 Thaler, während die dortigen Polizeidiener gleichzeitig mit 240 bis 280 Thalern bedacht wurden. Sogar der liberale Graf Schwerin stimmte mit jener Mehrheit. Das empfand Harkort tief, wie seine letzten in der Landrats-Kammer gesprochenen Worte bezeugen, als bei der derzeitigen Beamtengehalts-Erhöhung die Nachtwächterbesoldungen auf 200 Thaler gebracht wurden: „Ich sehe ohne Neid, daß der Nachtwächter auf 200 Thaler erhöht worden ist; bedauere aber, daß das, was ich neulich hier im

*) Stenographische Berichte vom 13. April 1858. S. 485.

Interesse von 30 000 Elementarlehrern vorgetragen habe, von denen 10 000 noch unter dem Nachtwächter stehen, hier keinen Anklang gefunden hat, und daß Sie mich, einen alten Mann von 65 Jahren, alleinstehen ließen um die Interessen der Jugend zu vertheidigen."

Noch dreimal übernahm der Prinz von Preußen auf je drei Monate die Stellvertretung des kranken Königlichen Bruders. Alsdann trat er am 7. Oktober 1858 auf Grund des Art. 56 der Verfassung die Regentschaft an und berief den Landtag, um durch ihn die Notwendigkeit derselben anerkennen zu lassen und den feierlichen Eid auf die Verfassung abzulegen. Alsdann ging die Landratskammer, dies traurige Zerrbild einer Volksvertretung, auseinander; die berüchtigte Reaktionszeit hatte ihr Ende erreicht. So traurig sie gewesen — Harkort selbst durfte mit freudiger Genugthuung auf diese Periode zurückblicken. Mochten andere ihn an Talent und Rednergabe in Verteidigung der beschwornen Verfassung übertroffen haben — an Kampfesmut, an Treue und Festigkeit und nie rastender uneigennütziger Arbeit für die Volkssache sicherlich niemand!

Von den vielen vernichtenden Urteilen über die Reaktions-Periode möge dasjenige eines hervorragenden rheinischen Richters zum Schlusse hier eine Stelle finden:

„Das Jahrzehnt von 1849 bis 1858 war die schimpflichste Periode der Preußischen Geschichte. Nach außen Feigheit und Verrath am Deutschen Vaterlande, im Innern Censur, Gesetzlosigkeit und polizeiliche Willkür; in der Religion Heuchelei und Unversöhnlichkeit: also grade das Gegentheil der Gebote des Christenthums, mit dem man so viel Prunk und Schein in Berlin trieb. Die Justiz war zur unterthänigen Dienerin der Polizei herabgewürdigt und die Gerichte haben ihr zu allen Mißbräuchen treue Dienste geleistet"*).

*) „Ideen zu einer Gerichts- und Prozeß-Ordnung für Deutschland"; von F. G. Leue, Appellationsgerichtsrat in Köln. (Leipzig 1861.)

Zwölftes Kapitel.

Neue Ära und Konflikts-Periode.

Die Spitze habt Ihr uns genommen,
Den dürren Halm gelassen!
Wie soll zur neuen Ära nun
Das alte Stroh sich passen?
Kladderadatsch.

Inhalt: Neue Ära. Session 1859. Italienischer Krieg. Nationalverein. Eine Stimme aus dem Volke. Lage der Eisen-Industrie. Rhein-Weser-Kanal. Session 1860. Deutsche Frage. Armeereorganisation Thronwechsel. Session 1861. Jung-Litauen. Grundsteuer-Gesetz. Fortschrittspartei. Session 1862. Auflösung. Harkort und der Kronprinz. Zweite Session 1862. Verfassungskonflikt. Session 1863. Frankfurter Fürstentag und Abgeordnetentag. Auflösung. Session 1863/64. Dänischer Krieg. Harkorts Verurteilung und Ehrengeschenk. Session 1865. Kölner Abgeordnetenfest. Session 1866. Auflösung. Österreichischer Krieg.

Die Regentschaft war eingesetzt — aus eigenem verfassungsmäßigem Recht; nicht, wie die Reaktion noch in letzter Stunde durchzusetzen suchte, auf Grund einer Königlichen Vollmacht. Um den heraufziehenden liberalen Greuel nicht mitmachen zu müssen, forderte Westphalen, der Mann nach dem Herzen der „Kreuzzeitung", seinen Abschied und erhielt ihn noch von Friedrich Wilhelm IV. selbst, der damit seine letzte, vom ganzen Volke jubelnd vernommene, Regierungshandlung vollzog. Der vormärzliche Finanzminister Flottwell, ein ehrlicher, tüchtiger Büreaukrat der alten Schule, doch streng gesetzlichen Sinnes, trat an des Entlassenen Stelle. Der Abgang Westphalens, welcher nunmehr als alleiniger Sündenbock gelten sollte, sachte in Manteuffels und seiner Kollegen Brust die Hoffnung an, sich auch unter dem neuen Regiment, das sie noch immer als fortgesetzte Stellvertretung nach „bekannten Intentionen" betrachten mochten, oben halten zu können. Warum sollten sie, wenn es ihnen befohlen würde, nicht auch einmal konstitutionell regieren? War doch Manteuffel in der That nicht der schlimmste gewesen und hatte hier und da der Kreuzzeitungspartei Opposition gemacht, soweit das

nicht gefährlich erschien. Zehn Tage ließ der Prinz-Regent den Leuten Zeit, ihre Entlassung selbst zu beantragen, alsdann erteilte er sie ihnen aus eigener Entschließung „in Gnaden". An die Spitze der neuen Regierung trat nominell der in Düsseldorf residierende Fürst von Hohenzollern, während der thatsächliche Vorsitz an Rudolf v. Auerswald, Hansemanns ehemaligen Kollegen, fiel. Zwei andere 1848er Minister, von Schleinitz und Patow, übernahmen das Auswärtige und die Finanzen; General v. Bonin, der während des Krimkriegs von der Russischen Partei gestürzte Kriegsminister, trat abermals in dies Ressort ein. Graf Pückler ward an des jüngeren Manteuffels Stelle zum Minister der Landwirtschaft ernannt, und v. Bethmann-Hollweg für Raumer in das wichtige Unterrichts-Departement berufen. Ursprünglich der Kreuzzeitungspartei angehörend und religiös orthodox, hatte der neue Kultusminister sich nach Olmütz, insbesondere infolge der gesetzwidrigen Wiederherstellung der Provinzialstände, der Opposition angeschlossen. Den beiden Elberfeldern, Handelsminister von der Heydt und Justizminister Simons, gelang es, die geliebten Portefeuilles zu retten. Obgleich beide ohne Freunde — die Junker betrachteten sie als bürgerliche Parvenus und die Liberalen als Überläufer, — so hatten sie sich doch durch Leistungen Anerkennung erworben und, in Ermangelung augenblicklichen Ersatzes, ihre Beibehaltung ermöglicht.

Von der gewaltigen Schar Manteuffel-Westphalenscher Helfershelfer und Streber, die wesentlich wegen ihrer reaktionären Gesinnung zu wichtigen Ämtern gelangt waren, erhielten nur Kleist-Retzow und Peters in Minden den wohlverdienten Abschied. Mit letzterem verschwand natürlich auch der berüchtigte Lindenberg von der Bildfläche. Dessen Beschützer, der fromme General von Plehwe, war schon zu Anfang des Jahres vor einen höheren Richter gefordert worden. In seinen Privatverhältnissen gänzlich zerrüttet, geriet er mit dem Bruder seiner Schwiegertochter, Leutnant Jachmann, in persönlichen Konflikt, der mit einem Duell endete. Plehwe, ein ausgezeichneter Pistolenschütze, zerschmetterte seinem Gegner die Kinnlade, worauf dieser, die Kugel im Kopfe, avancierte und den General durch einen Schuß ins Herz tot zu Boden streckte. Mit diesem Schusse, der im ganzen Lande wiedertönte, brach auch die Willkürherrschaft der Reaktion in der von ihr am schlimmsten mißhandelten Provinz Preußen zusammen. Im übrigen blieben alle Werkzeuge der seitherigen Machthaber unangefochten in ihren Ämtern, obgleich die Freunde der neuen Regierung dringend zur Beseitigung rieten. Als Kleist-Retzow aus seinem Amte und aus dem Koblenzer Schlosse, wo er unmittelbar neben dem Prinzen von

Preußen residiert hatte, entfernt wurde, blieb sein Famulus ruhig an derselben Stelle und gab dem Berliner Witzblatte Stoff zu jenem hübschen, die neue Situation scharf kennzeichnenden Verse, der als signatura temporis sich an der Spitze dieses Kapitels abgedruckt findet.

Nach Konstituierung des Kabinets hielt der Regent an dieses jene berühmte programmatische Ansprache (8. November 1858), in welcher er die hauptsächlichsten Mängel der seitherigen Verwaltung darlegte und den einzelnen Zweigen der neuen in kurzen Zügen ihre Ziele steckte. Die entscheidenden Sätze dieser Ansprache lauteten:

— — „Von einem Bruch mit der Vergangenheit soll nun und nimmermehr die Rede sein. Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand da angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt." — —

„Versprochenes muß man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen; Nichtversprochenes muß man mutig verhindern. Vor Allem warne Ich vor der stereotypen Phrase, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich sonst von unten Bahn brechen. Gerade hierauf bezieht sich, was Ich vorhin Staatsweisheit nannte. Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Gesetzlichkeit und Consequenz ausspricht, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehen." — —

„In beiden Kirchen muß aber mit allem Ernst den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchelei hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen." — —

„Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen, und dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden." — —

„Das Unterrichtswesen muß in dem Bewußtsein geleitet werden, daß Preußen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze geistiger Intelligenz stehen soll, und durch seine Schulen die, den

verschiedenen Klassen der Bevölkerung nöthige Bildung gewähren, ohne diese Klassen über ihre Sphäre zu heben. Größere Mittel werden hierzu nöthig werden." — —

„Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachsthum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welches die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepisoden haben uns indessen auch jetzt aufmerksam gemacht, daß Manches, was sich nicht bewährt hat, zu Aenderungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und Geld; und es wäre ein schwer zu bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Moment der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwer wiegendes Gewicht in die politische Wagschale legen zu können.

Und so kommen wir zu Preußens politischer Stellung nach außen. Preußen muß mit allen Großmächten im freundlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremdem Einflusse hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ist dies Verhältniß gleichfalls geboten. In Deutschland muß Preußen **moralische Eroberungen** machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indessen einer Reform wird unterworfen werden müssen. Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Kraft allein nicht zu erreichen im Stande ist." — —

Das neue Regierungsprogramm, nicht von den Ministern inspiriert, sondern die eigene selbständige Arbeit des Prinzen, erregte in ganz Deutschland wahren Enthusiasmus, insbesondere die scharfe Verurteilung der heuchlerischen Orthodoxie und die Betonung der Notwendigkeit, durch eine weise Gesetzgebung bei sich „moralische Eroberungen" zu machen. Wie viele Jahrzehnte waren verflossen, seit aus Preußen solche verständige, aufrichtige Manneworte erschollen! Eine „neue Ära" bricht in Deutschland an! ertönte es in allen Gauen. Dies Stichwort ward sofort aufgegriffen und als zu-

treffendste kurze Bezeichnung für die Regierung des Prinzen von Preußen allseitig adoptiert. Im Jahre 1848 der verhaßteste, erschien dieser jetzt als der volkstümlichste aller Deutschen Fürsten. Seinem Programm erging es freilich wie fast allen derartigen Schriftstücken: Jedermann las aus demselben nur das, was ihm selbst paßte, legte es in der ihm genehmen Weise aus und vergaß die nicht zusagenden Punkte. In der Freude über den Sturz des seitherigen verhaßten Systems und die für gewiß angenommene Einführung einer streng konstitutionellen Regierung übersah man sogar die vollständige Nichterwähnung der bestehenden Verfassung in der Ansprache und ignorierte die schwerwiegende Thatsache, daß der neue Herrscher in altmonarchischen Anschauungen erzogen und vor allem Soldat war.

Die unter solchen Eindrücken gegen Ende November 1858 stattfindenden Wahlen ergaben eine imposante Mehrheit für die Regierung, trotzdem das der Reaktionsperiode entstammende Beamtenkorps, teils geheim, teils öffentlich gegen liberal-ministerielle Kandidaturen agitierte. Die Führer der demokratischen Partei, denen mehrfach Kandidaturen angeboten wurden, lehnten diese loyalerweise ab, da sie bald einsahen, wie das Wiedererscheinen der gefürchteten „48er" die Stellung des neuen Kabinetts nur schädigen könne. Sie gaben für die Wahlen die Parole: „nicht drängen!" aus und sorgten für ehrliche Befolgung derselben durch ihre Anhänger, die durchweg für zuverlässige Konstitutionelle stimmten. Die letzteren erschienen im Abgeordnetenhause, wo sie die Konservativen von ihren alten Plätzen vertrieben und nach der Linken gedrängt hatten, als „Fraktion der Rechten" in einer Stärke von 150 Mann, unter ihnen, neben den alten Führern aus der Landratskammer, als Neugewählte: Vincke, Simson, Beckerath u. a. Die ehemalige Opposition stieg auf 270 Mitglieder, während die ihrer Chefs Gerlach und Wagener beraubte konservative Partei auf 60 zusammenschrumpfte. Harkort war sowohl in seinem letzten Wahlbezirke Altena-Olpe-Siegen, als auch für Hagen-Bochum gewählt worden. Er nahm diesmal wieder für seinen Heimatskreis an, um im Siegerlande seinem Freunde Kreutz Platz zu machen. Zum Präsidenten erkor das Haus mit 274 gegen nur 38 Stimmen den langbewährten Grafen Schwerin; als seine Stellvertreter die Führer der katholischen und der gemäßigt konservativen Fraktion, A. Reichensperger und Mathis. Mit einer so großen und ihr ergebenen Mehrheit konnte eine zielbewußte, feste Regierung jede berechtigte Maßregel durchführen. Aber Klarheit der Ziele und Festigkeit in Verfolgung derselben, insbesondere gegenüber ihren

Gegnern, waren gerade die Eigenschaften, welche den neuen Lenkern des Staatswagens fehlten.

Die Arbeiten des Hauses erreichten in dieser ersten Session nur einen geringen Umfang, da man der Regierung Ruhe lassen und sie gemäß der allerseits als zeitgemäß erkannten Wahlparole nicht drängen wollte. Harkort beschränkte sich darauf, diejenigen Beschwerden und Wünsche, deren Vertretung ihm seit Jahren an erster Stelle oblag, kurz anzudeuten und damit für die neu begonnene (fünfte) Gesetzgebungsperiode auf die Tagesordnung zu setzen. Der Mühe, seinen zum eisernen Bestande des Parlamentes gehörigen Grundsteuerantrag wieder einzubringen, überhob ihn der neue Finanzminister, welcher ungesäumt vier diesbezügliche Gesetzentwürfe vorlegte. Harkort meldete nur seine Reformvorschläge für das Privatbankwesen an; verlangte endliche Erfüllung der Ehrenpflicht des Landes gegen die Veteranen der Befreiungskriege; besseres Avancement für die Offiziere der Landwehr; reichlichere und sorgsamer zu verwendende Mittel für die junge Marine; Schutz der häufig gefährdeten Ansiedelungsfreiheit und Ermäßigung der auf Bergbau und Eisenindustrie lastenden hohen Abgaben. Für sein Schmerzenskind, die Volksschule, gestalteten sich auch unter der neuen Ära die Aussichten leider nur wenig günstiger, als in der Landratskammer. Zwar erwies die Unterrichtskommission, in welche auch der für Berlin neugewählte Diesterweg eintrat, Harkort die Ehre, ihn zum Vorsitzenden zu ernennen, doch war die Temperatur des Hauses in Sachen des Schulwesens darum nicht erheblich wärmer geworden. Als, aus Anlaß der damaligen Aufbesserung der Beamtengehälter, Harkort für einige um die gleiche Vergünstigung bittende Lehrer ein gutes Wort einlegte, bekämpfte ihn sogar der Führer der Mehrheit, Herr von Vincke; wofür ersterer in der sich daran knüpfenden Polemik seinem alten Spezialkollegen das Zeugnis ausstellen mußte, daß er ihm „in Betreff der Schule stets entgegengetreten sei". Und bei Beratung von Petitionen gegen die Belastung der Elementarschulen mit zuviel religiösem Memorierstoff erklärte der neue Kultusminister, im Beistande des im Amte belassenen und das Unterrichtswesen beherrschenden Stiehl, geradezu: Würden die Regulative in irgend einer Weise außer Kraft gesetzt, so wäre dies einer der schwersten Schläge, welche das Schulwesen treffen könnten, weil es einer Preisgebung der heilsamsten Prinzipien gleichkommen würde!" In Verteidigung des übertriebenen Auswendiglernens von Kirchenliedern erinnerte Bethmann-Hollweg daran, wie man nach der Schlacht von Belle-Alliance nicht einmal im stande gewesen sei, ein gemein-

sames Sieges- und Danklied anzustimmen. Diesen Vorwurf fertigte der Veteran von 1815 mit der vortrefflichen Bemerkung ab:

„Daß wir nach der Waterloo-Schlacht nicht besser gesungen haben, das gebe ich gern zu, denn Blücher befahl, den letzten Athemzug von Roß und Mann an die Verfolgung des Feindes zu setzen; also zum Singen war keine Zeit.

(Bravo!)

„Meine Herren, ich glaube, die stählerne Elle, mit der wir damals den Onkel gemessen haben, wird auch lang genug sein für den Neffen, wenn sonst nur ein Marschall Vorwärts sich findet."

Jener am 9. Mai ausgesprochene Hinweis auf den Vernichtungskampf von Belle-Alliance richtete sich an die Adresse unserer westlichen Nachbarn und ihres Herrn und Meisters in den Tuilerien. Nach dem Pariser Friedenskongreß von 1856 war die Hegemonie in Europa unbestritten an Frankreich übergegangen; seines Kaisers Neujahrs- und sonstige Reden entschieden fortan über die Ruhe des Weltteils. Im Sommer 1858 hatte dieser im Bade Plombières mit dem Grafen Cavour die heimliche Verabredung getroffen, Österreich zum Angriff auf Sardinien zu reizen und alsdann gemeinsam aus Italien hinauszudrängen — der Franzose in der stillen Absicht, die Halbinsel aus einer Domäne Österreichs in ein Anhängsel Frankreichs zu verwandeln; der Italiener von dem glühenden Wunsche erfüllt, sein Vaterland unabhängig und zu einer Europäischen Großmacht zu machen. Das schlau eingefädelte, von den gegen Österreich tödlich erbitterten Italienischen Patrioten warm unterstützte Manöver ward am 1. Januar 1859 feierlich in Szene gesetzt durch den von Napoleon an den Österreichischen Botschafter gerichteten berühmten Neujahrsgruß: „Ich bedauere, daß die Beziehungen meiner Regierung zu der Ihrigen nicht mehr so gute sind wie früher." Wenige Tage darnach erklärte König Viktor Emanuel dem Sardinischen Parlament: er könne bei aller Achtung vor den Verträgen nicht unempfindlich bleiben für den „Schmerzensschrei" Italiens. Dieser Schmerzensschrei ward hauptsächlich hervorgerufen nicht nur durch die tyrannische Regierung Österreichs in der Lombardei und Venedig, sondern auch durch sein vertragsmäßiges Recht auf Einmischung und militärische Besetzung im Kirchenstaate und den habsburgischen Sekundogenituren Toskana, Parma und Modena. Die Beseitigung dieses Rechtes wählte Sardinien zum formalen Angriffspunkte. Die in Wien herrschende, den Haß Sardiniens herzlich erwidernde, klerikal-absolutistische Partei durchschaute das Spiel der beiden Gegner vollständig und rüstete unverweilt zum Kriege. Für diesen Fall ward

trotz Olmütz — oder vielleicht gerade wegen des dort errungenen Sieges! — mit solcher Sicherheit auf die Unterstützung Preußens gerechnet, daß man nicht einmal für nötig erachtete, sich mit demselben über die ihm und dem Deutschen Bunde angesonnene Heeresfolge vorher zu verständigen. Bei solch rücksichtslosem Vorgehen war freilich der in Berlin inzwischen eingetretene Personenwechsel vollständig übersehen worden. Die Stelle Friedrich Wilhelms IV., der 1849 aus Respekt vor dem „Erzhause" die Kaiserkrone ablehnte (S. 410), nahm der Prinzregent, die Stelle Manteuffels der Fürst Hohenzollern ein. Außerdem hatte sich ein ehemaliger Preußischer Anhänger der Preußisch-Österreichischen Allianz während seiner achtjährigen Wirksamkeit am Frankfurter Bundestage in einen gefährlichen Gegner derselben umgewandelt und die Wahrheit des Heineschen Verses: O Bund, du Hund, bist nicht gesund! an der Quelle kennen gelernt. Preußen protestierte gegen ein Aufgebot der Bundesstreitkräfte im außerdeutschen Interesse Österreichs, indem es rundweg erklärte, sich lediglich durch Rücksichten auf sich selbst und Deutschland bestimmen zu lassen. Die öffentliche Meinung Norddeutschlands, welche die neueste Intrigue des Friedensstörers an der Seine mit tiefem Mißtrauen betrachtete und für Österreich ursprünglich nicht ungünstig erschien, billigte diese nationale Politik vollkommen. Die 1848 von Radowitz erfundene großdeutsche Phrase: „Der Rhein muß am Po vertheidigt werden!" ward ebenso weit von ihr zurückgewiesen wie der klug ausgesonnene Plan der Wiener Hofburg, den Kriegsschauplatz aus Italien an den Rhein zu verlegen. Zwar stand Süddeutschland zunächst ganz auf Österreichs Seite. Aber während noch der Erzherzog Albrecht in Berlin über ein Bündnis unterhandelte, ging am 20. April aus Wien das von Preußen dringende widerratene Ultimatum an Sardinien ab. Durch diese thörichte Hast hatten Louis Napoleon und Cavour ihren Zweck, Österreich in die Angreiferrolle zu drängen und vor Europa ins Unrecht zu setzen, erreicht. Von einer Unterstützung des angreifenden Österreichs konnte für Preußen fortan keine Rede mehr sein.

Nichtsdestoweniger war Preußen, angesichts des ausgebrochenen großen Krieges zwischen zwei seiner unmittelbar angrenzenden Nachbarn, um seiner eigenen Sicherheit willen zur sofortigen Rüstung gezwungen. Am 5. Mai 1859 legte die Regierung einen dringlichen Gesetzentwurf behufs Bewilligung einer Anleihe von 40 Millionen Thaler vor, zu dessen Vorberatung das Haus stehenden Fußes einen Ausschuß einsetzte, in welchen auch Harkort gewählt wurde. Die Bewilligung erfolgte nach wenigen Tagen einstimmig. Alle Parteien,

einschließlich der jetzt durch von Blankenburg geführten, Österreich zugeneigten Feudalen, vereinigten sich in dem entscheidenden Punkte, daß Preußen, welches die Last eines Krieges zu tragen haben würde, nur selbständige Politik treiben und die alleinige oberste Führung aller vom Deutschen Bunde ausgehenden Maßregeln nicht aus der Hand geben dürfe. Damit erschien Österreich einverstanden; in Wirklichkeit aber wühlte es bei und mit den Mittelstaaten dahin, durch Majorität einen „Bundeskrieg" zu beschließen und Preußen in diesen zu verwickeln, ohne daß letzterem dabei die ausschlaggebende Stimme zufiele. Als noch diese Verhandlungen schwebten, erfolgten bereits die entscheidenden Schläge in Italien. Nachdem Österreich den Krieg überstürzend begonnen, ließ es eine für die beabsichtigte Überrumpelung Sardiniens kostbare Zeit, innerhalb welcher das Französische Heer herbeieilen konnte, ungenutzt verstreichen und ward dann, trotz tapferer Gegenwehr bei schlechter Führung, am 10. und 24. Juni bei Magenta und Solferino gründlich geschlagen. Wenige Tage später schloß der von Napoleon hintergangene Kaiser Franz Josef zu Villafranca ebenso vorschnell Frieden, als er den Krieg übereilt begonnen hatte, und erklärte mittels feierlichen Manifestes, zu diesem Frieden gezwungen gewesen zu sein, weil seine „ältesten und natürlichen Bundesgenossen" ihn im Stiche gelassen hätten. Die Wahrheit war, daß Habsburg lieber auf die Lombardei und die Vorherrschaft in Italien verzichtete, als die Hohenzollern für ebenbürtig und gleichberechtigt in Deutschland anzuerkennen. Preußen sollte Vasall bleiben und nur ausführen dürfen, was ihm der durch Österreich geleitete Bundestag vorschrieb.

Die Ereignisse des Italienischen Krieges bewirkten in Europa zunächst eine abermalige Steigerung des Übergewichts Frankreichs; in Deutschland aber einen starken Umschlag der Stimmung zu ungunsten Österreichs und der Mittelstaaten. Wohin treiben wir, fragten alle einsichtigen Patrioten, wenn es dem Abenteurer an der Seine in jedem Augenblicke möglich ist, einen großen Krieg im Herzen Europas zu entzünden, und er dann — wie jetzt — Deutschland uneinig und zerrissen findet? Nach den Niederlagen in der Lombardei war das militärische Ansehen Österreichs tief gesunken; dasjenige Preußens, welchem durch den herbeigeführten inneren Systemwechsel ohnehin viele Sympathieen zufielen, bedeutend gewachsen. Schon während des Krieges ergingen, von der liberalen Partei der Mittelstaaten veranlaßt, gemeinsame öffentliche Erklärungen für die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands, durch Übertragung der diplomatischen und militärischen Führung an Preußen.

Diese Bewegung dauerte auch nach wiederhergestelltem Frieden fort und wuchs um so kräftiger, je mehr Einzelheiten über die am Bundestag gespielten partikularistischen Machenschaften an die Öffentlichkeit gelangten. Dergestalt bildete sich im Laufe des Sommers 1859 binnen kurzer Zeit aus liberalen und demokratischen Elementen eine patriotische Gemeinschaft, welche auf vorbereitenden Versammlungen in Hannover und Eisenach den hochherzigen Beschluß faßte: „Die nationale Unabhängigkeit und Einheit höher zu stellen, als die Forderungen der Partei, und für die Errichtung einer kräftigen Verfassung Deutschlands in Eintracht und Ausdauer zusammenzuwirken.“ Auf solcher guten Grundlage wurde am 16. September 1859 in Frankfurt nach Italienischem Muster der „Deutsche Nationalverein“ gegründet. Unter dem Vorsitze von Bennigsen und Schultze-Delitzsch traten die Führer beider Flügel der Volkspartei in den leitenden Ausschuß, dem der deutschgesinnte Herzog Ernst von Koburg eine Freistatt gewährte, als die feindlich gesinnten Partikularstaaten sowohl den rasch anwachsenden Verein, als auch dessen Mitglieder gleich Verbrechern verfolgten. Indes gelang es diesmal nicht mehr, die nationale Bewegung zu unterdrücken. Nachdem sie zehn Jahre lang geschlummert und bei ihrem Erwachen mit Schrecken gewahrte, was Bundestag und Fürsten aus dem armen Vaterlande gemacht hatten, blieb sie fortan wach und ergriff jede Gelegenheit, sich energisch zu manifestieren. Schillers hundertjähriger Geburtstag (9. November 1859) gestaltete sich zu dem imposantesten Nationalfeste, welches das Deutsche Volk zu irgendeiner Zeit gefeiert. Nicht nur in Deutschland und Europa: nein, in allen fünf Weltteilen ward das Erinnerungsfest an den großen Dichter mit einer demonstrativen Begeisterung begangen, deren die Nachbarn das ruhige „Volk der Dichter und Denker“ nie für fähig gehalten hätten. Einsichtige Männer des Auslandes erkannten schon damals, daß der Tag nahe, wo man östlich des Rheines nicht nur denken, sondern endlich auch thatkräftig handeln werde.

Das wieder erwachte politische Leben Deutschlands gab sich, außer in der von den Fesseln der Reaktionszeit befreiten Tagespresse, auch auf bemerkenswerte Weise in der Litteratur jener Periode zu erkennen. Der Italienische Krieg, in welchem Louis Napoleon das Nationalitätsprinzip und Selbstbestimmungsrecht der Völker zum maßgebenden Faktor für die zukünftige Staatenbildung proklamiert hatte, brachte deutscherseits verschiedene vielbesprochene Publikationen zur Erscheinung, die heute noch Interesse beanspruchen

können. Auch Harkort veröffentlichte durch die im Frühjahr 1859 (vor dem Kriege) erschienene Flugschrift „Eine Stimme aus dem Volke“*) seine Ansichten über die einzuschlagende innere und äußere Politik Preußens. In ersterer Richtung verlangte er energische Haltung der Regierung gegen das reaktionäre höhere Beamtentum, Beschränkung der Centralisation und büreaukratischen Bevormundung, kommunale Selbstverwaltung, Reinigung der korrumpierten Polizei, unbeschränkte Religionsfreiheit, kräftigste Hebung des Volksunterrichts, gründliche Steuerreform, insbesondere der Grundsteuer, Verminderung der Gerichtskosten und der auf den Gewerben lastenden Abgaben, freie Entwickelung der Privatbanken. Dem Heerwesen ward verdientes Lob erteilt; Mängel der Landwehr zwar nicht geleugnet, an dem Institut selbst aber unbedingt festgehalten und die Ausbildung der Infanterie binnen $2\frac{1}{2}$ Jahren für sehr wohl durchführbar erklärt. Die Schaffung einer Kriegsmarine zum Schutz des Deutschen Handels bleibe eine unabweisbare Notwendigkeit; doch zeige sich bei Verwaltung derselben seither großer Mangel an Sachkenntnis. Das Resultat der Untersuchung lautete im ganzen dahin: „Unserer Entwickelung im Innern ist eine erfreuliche Zukunft eröffnet; die Finanzen sind wohlgeordnet und der Credit des Staates ausgezeichnet. Das Heer ist treu, wohl disciplinirt und geschult und tapfer wie alle Söhne des Nordens. Das Königthum wird von der Liebe der Nation getragen, und ein Mann im vollen Sinne des Wortes steht mit starker Hand am Steuer des Staates. Allein Preußens materielle Kräfte werden einzeln durch jede der vier andern Großmächte überwogen.“

Zur auswärtigen Politik sich wendend, nannte der Verfasser Frankreich einen stets unruhigen Nachbarn und die Rheingrenze eine „ewige Lockung für die französische National-Eitelkeit“. Österreich, dessen Bevölkerung nur zu einem Drittel deutsch, strebe dennoch fortwährend nach dem Übergewicht im Bunde; der herrschende Absolutismus und das jüngste Konkordat zögen eine scharfe Scheidewand zwischen ihm und Preußen; die Politik Metternichs in Italien zu unterstützen, bleibe unmöglich, dagegen gönne man Österreich die Donaufürstentümer. „Rußland ist ein gefährlicher Nachbar, seitdem Polens Selbstständigkeit vernichtet worden“, stets werde es danach trachten, die Weichselmündungen zu gewinnen. „Daß Oesterreich und Rußland sich gegen uns verbünden könnten, ist nicht wahr-

*) Berlin, bei Georg Reimer. Warum Harkort, ganz gegen seine Gewohnheit, diese Arbeit anonym erscheinen ließ, ist um so weniger erfindlich, als Form wie Inhalt derselben ihn sofort als Verfasser kenntlich machten.

scheinlich; wohl aber ist denkbar, daß Frankreich und Rußland sich einst wechselseitig in bekannten Plänen unterstützen." Also seien feste Bündnisse für Preußen notwendig. „Nur in dem — wenigstens nach außen — einigen Deutschland ist Heil und Sicherheit zu finden. Es ist Zeit, daß endlich die Sonderbündelei aufhöre und entschlossenem gemeinsamem Handeln Platz mache. Der Geist aller Deutschen Stämme ist auf dieses Ziel gerichtet, und der Zollverein und andere handelspolitische Maßregeln bahnten bereits die Wege." Außerhalb Deutschland empfiehlt Harkort die Allianz mit dem stammverwandten England, deren Vorteil der politische Instinkt des Volkes längst erkannt und in seinem einstimmigen Jubel über die Vermählung des Thronfolgers laut manifestiert habe. Neben England weist er auf Holland, den alten oranischen Verbündeten des großen Kurfürsten, sowie auf das klug regierte, jedoch steter französischer Begehrlichkeit ausgesetzte Belgien als geeignete Bundesgenossen für Preußen und Deutschland hin.

Im Sommer 1859 erschien Harkorts „Beleuchtung der Eisenzollfrage und des gegenwärtigen Standes der einheimischen Eisenindustrie".

Großindustrie im heutigen Wortsinne hatte sich für das Eisengewerbe der westlichen Provinzen erst gegen Ende der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt, als der von Jahr zu Jahr zunehmende Bau von Eisenbahnen das Bedürfnis nach Erzeugung des eigenen Bedarfs an Schienen im eigenen Lande fühlbar machte. Die Firma Jacobi, Haniel & Huyssen, Inhaberin der Maschinenfabrik zu Sterkrade (S. 161) und der Schiffswerft in Ruhrort, legte 1836 auf der Lipperheide, in der Nähe der jetzigen Stadt Oberhausen, ein großes Puddel- und Walzwerk nach Belgischem Muster an*) und H. D. Piepenstock aus Iserlohn that 1842 ein Gleiches

*) Es muß eine eigentümliche Erscheinung genannt werden, daß in Rheinland-Westfalen, dem größten Industrie-Centrum Deutschlands und der Hauptproduktionsstätte für alle sonstigen Eisenbahn-Materialien, erst neuerdings ausdauernde Versuche gemacht worden sind, auch den so wichtigen Lokomotivbau bei sich einzubürgern. Jacobi, Haniel & Huyssen lieferten bereits in den vierziger Jahren für die Düsseldorf-Elberfelder und die Köln-Mindener Bahn verschiedene, durch den Ingenieur Kesten konstruierte Lokomotiven. Unter der Leitung des nämlichen Technikers baute auch die Weversche Maschinenfabrik in Barmen nach 1849 vier Lokomotiven für die Bergisch-Märkische Gesellschaft. Bei diesen Versuchen behielt es leider sein Bewenden, während mit einiger Energie und Ausdauer jener gewaltige Industriezweig in Rheinland-Westfalen schon vor Jahrzehnten zu ebenso großer Entwickelung hätte gebracht werden können, als in Berlin, Hannover, Kassel, München und anderen Orten, wo Eisen und Kohle fehlten.

bei Hoerde im Kreise Dortmund*). Diesen beiden Hauptetablissements folgte nach einigen Jahren, unter Beitritt von Joh. Kaspar Harkort V., des von der Heydtschen Bankhauses u. a., die Errichtung des Eisenwerkes zu Haspe. Durch die politischen Bewegungen der Jahre 1848—50 ward der Unternehmungsgeist zeitweilig vollständig lahmgelegt; er hob die Schwingen erst wieder, als Louis Napoleon in Frankreich die Parteien 1851 geknebelt und alle Bestrebungen des unruhigen Franzosenvolkes auf Börsenspiel und Geldgewinn abgelenkt hatte. Der damit hervorgerufene bedeutende Aufschwung von Handel und Gewerbe in ganz Europa erfuhr durch den 1854 ausbrechenden Krimkrieg nicht nur keinen Abbruch, sondern eher eine Belebung. Während dieser Periode wurden, außer der Vergrößerung bestehender Fabriken, in der Grafschaft Mark ansehnliche neue Eisenwerke in Hamm, Dortmund, Limburg, Hagen, Wetter, Witten, Hattingen und an anderen Orten ins Leben gerufen; indessen gleichzeitig mächtige Hochofenanlagen zu Hoerde, Aplerbeck, Haßlinghausen, Hattingen, Kupferdreh, Berge-Borbeck, Mülheim, Oberhausen, Ruhrort und Duisburg entstanden**). Doch mit derselben Kraft, wie im Westen eine naturwüchsige Eisen-Großindustrie erstand, brach sich im Osten der Monarchie die von dem 1858 gegründeten volkswirtschaftlichen Kongresse, von Prince Smith, Faucher u. a. geschickt und eifrig gepredigte Freihandels-Lehre unaufhaltsam Bahn. Das verführerische Äußere der freihändlerischen Dogmen ließ die dem inländischem Gewerbebetrieb von dorther drohende Gefahr um so bedeutender erscheinen. Ihr zu begegnen schrieb Harkort die erwähnte Broschüre, in welcher er die Unfähigkeit der jungen Deutschen Eisenindustrie, mit der alten, mächtigen

*) Der Regierungsrat Jacobi sagt in seinem, S. 176 erwähnten Buche: „Das Berg-, Hütten- und Gewerbewesen des Regierungsbezirks Arnsberg" bei Besprechung des Hoerder Werkes: „Der Kreis Dortmund, welcher noch im Jahre 1840 für die Eisenindustrie kaum in Betracht kam, indem dort außer einer in den Jahren 1832—35 errichteten, nie zu flottem Betriebe gediehenen und inzwischen untergegangenen Eisengießerei und Puddelöfen-Anlage von Harkort, nur eine Nagelschmiederei bei Lünen als Fabrikgewerbe erwähnt wird, hat in der neuesten Zeit (1856) einen sehr hervorragenden Platz unter den Gegenden der Eisen-Gewinnung und Verarbeitung eingenommen. Wiederum war es, wie bemerkt, Friedrich Harkort, welcher mit kundigem Blicke mitten im Steinkohlenreviere den fruchtbaren Boden für das Gedeihen eines großen Eisenwerkes erkannte, und den ersten Versuch dieser Art machte. Doch auch hierbei sollte er nur Anderen die Bahn brechen."

**) Der damalige Kreis Duisburg allein zählte 1859 bereits 25 große Hochöfen.

Englischen zu konkurrieren, ziffernmäßig auseinandersetzte. Vorab stellte er die Thatsache fest, daß das von den Freihandelsaposteln als zollfrei geschilderte England alljährlich 24 Millionen Pfund Sterling, also fast sechsmal soviel an Zöllen erhebe, als Preußen mit nur 24 Millionen Thaler Zoll-Einnahme. Die Deutsche Roh- und Walzeisen-Industrie sei, führte er weiter aus, noch viel zu wenig ausgebildet und muskelkräftig, um gegenüber der Belgischen und Englischen Konkurrenz ohne jeden Schutz bestehen zu können. Nicht nur lägen in England Erz, Kohlen und Kalk dicht nebeneinander, die in Deutschland räumlich weit getrennt aufträten; sondern es ruhten hier auch viel stärkere Lasten auf dem Gewerbe als jenseits des Kanals. So habe z. B. das Hoerder Werk mit 4 Hochöfen 1857 bei $^1/_2$ Million Centner Roheisen-Erzeugung rund 62000 Thaler Abgaben aller Art (inkl. der Kohlen) entrichtet, während 19 Hochöfen zu Gartsherrie in Schottland nur 20 Pfund Sterling zahlten. Und solcher Beispiele von Ungleichheit, die auf die Herstellungskosten der Ware entscheidenden Einfluß übten und den deutschen Mitbewerb ohne Schutzzoll unmöglich machten, gäbe es noch eine ganze Reihe. Wollte man jetzt, wo die Industrie sich nach dem Börsenkrach von 1857 in einer gefährlichen Krisis befinde, die Zölle ganz beseitigen, so hieße das den Ruin des Eisengewerbes herbeiführen. Von 23 Hochöfen am Niederrhein hätten bereits 18 die Arbeit eingestellt. Unter solchen Verhältnissen gelte es zunächst, Hindernisse und Schranken beseitigen und neue Wege zu bahnen, soweit die Staatsmittel das zuließen, und erst dann in demselben Verhältnis die Zölle zu ermäßigen. Das empfehle er als das allein richtige Verfahren, um beiden Parteien gerecht zu werden.

Durch ein Flugblatt vom 17. August 1859 setzte der alte Pionier des Westfälischen Verkehrswesens auch den Rhein-Weser-Kanal auf die öffentliche Tagesordnung.

„Die Kanalverbindung des Rheines mit der Weser," beginnt das Schriftstück, „und ihre künftige Fortsetzung zur Elbe ist seit Jahren besprochen worden, und namentlich gebührt dem Königlichen Baumeister, Herrn von Hartmann, das Verdienst der ersten Anregung durch persönliche Opfer an Zeit und Geld." Über seine eigene Thätigkeit auf diesem Gebiete (S. 306) verlor er wie immer kein Wort. Bereits im Jahre 1846 hatte er mit seinem genannten treuen Mitarbeiter, einem geborenen Hannoveraner, eine Reise nach Ostfriesland unternommen und dort, mit umgehangener Reisetasche und den Stock in der Hand das Land in allen Richtungen durchstreifend, die vorhandenen Kanäle an Ort und Stelle untersucht.

Von den gesammelten Erfahrungen für die Heimat alsbald Nutzen zu ziehen, machten die damaligen Verhältnisse unmöglich. Man schwärmte in jener Zeit ausschließlich für Eisenbahnen und hielt Wasserwege für einen überwundenen Standpunkt. Erst als um die Mitte der 50er Jahre die Massentransporte sich täglich vermehrten, die Eisenbahnverwaltungen aber die nötigen Frachtermäßigungen ablehnten, fing man langsam wieder an, den Nutzen von Kanälen und regulierten Flüssen einzusehen. Im April 1856 rief der unermüdliche Hartmann zu Dortmund ein Komitee ins Leben, welches die erste „Denkschrift, eine Kanalanlage zwischen Rhein und Elbe betreffend", veröffentlichte. Indessen erschien die Sache vorläufig noch zu unreif; auch der Eisenbahnminister von der Heydt verhielt sich zugeknöpft, und als auf Antrag von Harkort, Overweg und anderer Vertreter Westfalens endlich Kommissare zur generellen Prüfung des Planes entsendet wurden, fanden diese zunächst nur Hindernisse der Ausführung heraus. Harkort empfahl in seinem Flugblatte den Bau eines Kanals vom Rhein zur Weser (die Fortsetzung zur Elbe blieb vorbehalten) in der Richtung von Mülheim an der Ruhr zur Wasserscheide auf dem Teutoburger Walde bei Borgholzhausen (203 Fuß Steigung bei 21 Meilen Länge), von dort hinab zu der 7 Meilen entfernten Weser bei Minden. In einer solch wichtigen Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, bezeichnete er als Aufgabe des, große Gesamtinteressen vertretenden Gewerkenvereins im Oberbergamtsbezirke Dortmund. Diese unter der erfolgreichen Leitung des späteren Abgeordneten Dr. Hammacher stehende Gesellschaft ernannte Harkort 1859 zu ihrem Ehrenmitgliede*) und begründete diesen Schritt mit den Worten:

„Ihr bewegtes Leben galt in einem so seltenen Maße, wie bei wenigen unserer Zeitgenossen, der sittlichen und materiellen Hebung des Volkes. Die Förderung des Elementarunterrichts und die Ausbildung des Rechtsbewußtseins im Staatsleben waren und sind ebenso die Endziele Ihres Strebens, wie die Förderung der ökonomischen Wohlfahrt des Landes. Insbesondere dankt Ihnen der Bergbau im Oberbergamtsbezirke Dortmund eine unermüdliche und langjährige Thätigkeit für die Gestaltung einer kräftigen Eisenindustrie, für die Befreiung von den ihn drückenden Lasten und Beengungen, sowie für die Eröffnung von neuen Absatzwegen."

Bezüglich der hier gedachten neuen Absatzwege für den Bergbau

*) Auch der große Verein Deutscher Ingenieure übertrug Harkort die Ehrenmitgliedschaft.

hatte ein in Essen gebildetes Komitee, welchem Harkort angehörte, den schon 1849 von ihm verfolgten Plan der Versorgung des Magdeburgischen Marktes mit Westfälischen Kohlen im Jahre 1858 wieder aufgenommen und mühsame erfolgreiche Verhandlungen über die Einführung des sog. Ein-Pfennig-Tarifs eingeleitet.

Die Honigmonde der neuen Ära dauerten, wie alle Honigmonde, nur kurze Zeit. Zwar ward zum größten Mißvergnügen der konservativen Partei im Sommer 1859 an Stelle des nur vorübergehend in das Kabinett eingetretenen Flottwell der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin, zum Minister des Innern ernannt, daneben aber auch der in hohem Ansehen stehende Bonin entlassen und statt seiner der General von Roon, seither Divisionskommandeur in Düsseldorf, zum Kriegsminister befördert. Als Grund für den letzterwähnten bedeutsamen Personenwechsel bezeichnete das Gerücht Bonins Weigerung, die geplante Armeereform in dem vom Prinzregenten verlangten vollem Umfange vor dem Landtage zu vertreten; gleichzeitig solle der strengkonservative Roon als Keil dienen, um im geeigneten Momente das liberale Ministerium zu sprengen. Die Thronrede vom 12. Januar meldete die hochwichtige Angelegenheit in feierlichster Form an, indem der Regent es als sein Recht und seine Pflicht bezeichnete, die durch die Erfahrungen der letzten zehn Jahre erwiesenen Übelstände im Heerwesen durch Maßregeln zu beseitigen, „welche die Wehrkraft steigern, der Entwickelung unserer industriellen und wirthschaftlichen Verhältnisse gerecht werden" und „innerhalb der durch die Finanzkräfte des Landes gezogenen Grenzen die überkommene Heeresverfassung durch Verjüngung ihrer Formen mit neuer Lebenskraft erfüllen" solle. — Auf beiden Seiten des Hauses fühlte man das Herannahen eines großen Wendepunktes.

Für Schwerin wählte die liberale Mehrheit den aus der Paulskirche und von Erfurt her durch sein unübertroffenes Präsidialtalent berühmten Simson zum ersten Vorsitzenden, und einen anderen 48er, den Oberbürgermeister Grabow, zu dessen Stellvertreter. Den seitherigen Vizepräsidenten Reichensperger ließ man, weil die katholische Fraktion eine den Deutschen und Italienischen Einheitsbestrebungen feindliche Haltung einnahm, fallen*). Seit Sardinien,

*) Die Preußischen Bischöfe hatten eine Adresse an den Prinzregenten gerichtet zu gunsten der Wiederherstellung der päpstlichen Gewalt in der Romagna. — Welche weittragenden Folgen ähnliche Schritte des Episkopats 1872 nach sich zogen, ist noch in lebendiger Erinnerung.

das Preußen Italiens, die Früchte der klugen Cavourschen zu ernten begann, und durch einmütiges Volksvotum di reichischen Vasallenstaaten sowie Teile des Kirchenstaates vereinigte, hatte die durch den Nationalverein geleitete Bewe Deutschland erhebliche weitere Fortschritte gemacht. Schl Holstein, gegen dessen Mißhandlung durch die Dänen de Bundestag zwar viel geschrieben, doch nie gehandelt hatt beim wieder erwachten Mutterlande um Hilfe. Um die Unt keit beider Herzogtümer abermals vor der Welt zu verkünd schloß eine Anzahl Vertrauensmänner, den 400jährigen Erinn tag jener Verfassung, welche das „Up ewig ungedeelt" gar auf Deutschem Boden festlich zu begehen. Zu dieser na Feier sandte die liberale Partei des Preußischen Landtags aus Harkorts kräftiger Feder hervorgegangene Adresse:

„Den ehrenfesten Männern, die morgen in der Freien Hamburg versammelt sind, um den vierhundertjährigen J der so schwer bedrängten Verfassung Schleswig-Holsteins fei begehen, bieten wir unsern warmen theilnehmenden Gruß!

So wie Sie nicht lassen wollen von dem großen geme Deutschen Vaterlande, werden wir der meerumschlungenen Bruderstämme nicht vergessen und nach allen Kräften dazu b daß endlich wieder Recht werde und bleibe, was Dänemarks beschworen und die Jahrhunderte besiegelt und geheiligt hal

Das walte Gott und wecke in jeder Deutschen Brust d kräftige Streben zur Abtragung dieser großen nationalen

Berlin, am 19. Januar 1860."

Das mannhafte Wort des tapferen Westfalen, welcher 1850 wig-Holstein in seinem Verzweiflungskampfe gegen Dänische Ü so treu beigestanden und den letzten Mahnruf ausgestoßen hat diesmal im ganzen Lande und bei allen Parteien mächtigen hall. In einer aus Anlaß von Petitionen stattfindenden zwe Verhandlung erklärten sich die Führer aller Fraktionen, Altkons und Polen eingeschlossen, im Sinne jener Adresse. Das H schloß einstimmig, die Regierung aufzufordern, den Herzogtüme lich zum vollen Genusse ihrer schwer gekränkten Rechte zu ver

Nicht ganz so günstig, jedoch noch sehr zufriedenstellend die Bemühung, die zur Zeit der großen Schmach von Olmütz andern Stelle geschädigte Ehre Preußens wiederherzustellen. A Vertreter der liberalen Mehrheit hatte Vincke beantragt, die möge den Schritten der Regierung, der in Kurhessen zu R

ſtehenden Verfaſſung von 1831 neue Anerkennung zu ſichern, zuſtimmen und das Vertrauen ausſprechen, daß dieſelbe den von ihr eingenommenen Standpunkt mit Energie feſthalten werde. Die Worte „mit Energie“ galten nicht bloß dem Miniſterium ſelbſt, welches das Haus zu kräftigerem Auftreten in den Deutſchen Fragen anfeuern wollte, ſondern ſie ſollten auch Öſterreich und dem Bundestage beweiſen, wie einmütig Preußens Volk und Volksvertretung hinter ſeiner Regierung ſtehen werde, ſobald ſich dieſe entſchlöſſe, die Gunſt der damals zuſammentreffenden Umſtände — Öſterreichs Niederlage in Italien, Gährung in Ungarn, das Wiedererwachen nationalen Geiſtes in Deutſchland, zunehmende Erbitterung über den Bundestag — zu energiſchem Vorgehen zu benutzen. Unter dem lebhaften Beifall des Hauſes ſprach Harkort am 20. April 1860:

„Wir haben zwei Pflichten vor uns: Die eine, zu wehren, daß jenes Organ, von dem einſt der Königliche Kommiſſar*) von dieſer Stelle aus ſagte, daß ſein Wirken „nutz- und würdelos“ geweſen ſei, nicht unſere eigene Verfaſſung überwuchere, während es unſere innere Freiheit unterdrücke. Die zweite, ebenſo ſchwierige: daß wir jeden Makel abwaſchen, den das Miniſterium Manteuffel und ſeine Emiſſaire in Heſſen und Holſtein auf uns gehäuft haben.

(Sehr gut!)

— — Es giebt Flecken, die man nie abwaſchen kann; es iſt der Blutstropfen am Finger der Lady Macbeth; Preußen trete auf mit dem Muthe, der der guten Sache geziemt und, wenn auch nicht die Fürſten, die Völker Deutſchlands werden ihm ſicher zufallen. Deutſchland muß erſtarken, denn es iſt eine Nothwendigkeit, daß das Krähen des welſchen Hahnes nicht mehr ein Angſtruf für ganz Deutſchland ſei. Ich lebe der Ueberzeugung, daß, wenn die Noth hereinbricht, Gott mit dem braven Manne ſein wird, der ſein Haus vertheidigt und nicht mit dem eidbrüchigen Räuber, der es angreift.

(Bravo!)

Ein großer Ruſſiſcher Staatsmann ſagte einſt: Das Deutſche Volk iſt nicht geſchaffen, daß es mit Füßen getreten werde! Nein! es braucht nur ein Mann zu kommen und weiter bedarf es gar nichts. — Ich hoffe, daß Preußen dieſen Helden ſtellen wird, der mit ſeinem Heeresſchild das Recht deckt, und er darf verſichert ſein, daß auf dem Kampfplatz, wo für Ehre, Freiheit, Recht und Civiliſation gefochten wird, die Nation mit Gut und Blut nicht fehlen, ſondern treu hinter ihm ſtehen wird!“

(Lebhaftes Bravo!)

*) Radowitz über den Bundestag.

Der Antrag Vincke's ward mit 207 gegen 68 Stimmen angenommen. Außer den für die Mißhandlung Heſſens mitverantwortlichen Konſervativen ſtimmte auch die katholiſche Fraktion, die mannhafte Verteidigerin der Preußiſchen Verfaſſung während der Reaktionszeit, gegen die vorgeſchlagene Reſolution und empfahl anſtatt derſelben „gütliche Ausgleichung“ in Betreff der Heſſiſchen Verfaſſungsfrage. Bei den politiſchen Erwägungen dieſer Partei ſtand die Rückſicht auf ein gutes Verhältnis zu Öſterreich, welches 1855 das berüchtigte Konkordat mit dem Papſte abgeſchloſſen hatte, ſtets in erſter Reihe.

Über die Stimmung des Hauſes in der Unterrichtsfrage war gleich bei ſeinem Wiederzuſammentritt ein helles Schlaglicht geworfen worden. Weder Harkort noch Dieſterweg wurden diesmal in den Unterrichtsausſchuß gewählt. Die Mehrheit wollte die beiden läſtigen Mahner, die für die Volksſchule Recht begehrten und ſo geringe Rückſicht auf die für die Großgrundbeſitzer entſcheidende Koſtenfrage nahmen, möglichſt zur Seite ſchieben und den Herren Bethmann-Hollweg und Stiehl freie Bahn verſchaffen. Das hinderte glücklicherweiſe die beiden unerſchrockenen Anwälte der Schule nicht, im Plenum ſelbſt ihre Wünſche und Beſchwerden vorzubringen. So empfing Harkort am 28. Februar vom Miniſter den erfreulichen Beſcheid: er hoffe noch in dieſer Seſſion den Entwurf eines Geſetzes, „welches den Unterricht in der Elementarſchule betrifft und den Lehrern ein auskömmliches Gehalt nach Verhältnis der verſchiedenen Provinzen zuſichert“, vorlegen zu können. Doch die Seſſion ſchwand dahin, ohne daß die Regierung etwas von ſich hören ließ. Als am 10. Mai 1860 über eine von der Kommiſſion zur Tagesordnung geſchriebene, von 9000 Lehrern unterſtützte Petition des Superintendenten Karſten, die Zulaſſung der Lehrer zur allgemeinen Witwen-Verſorgungsanſtalt betreffend, verhandelt wurde, erwiderte der augenſcheinlich ſehr übellaunige Stiehl: „grundſätzlich“ werde in Preußen allen Beamtenkategorieen die Fürſorge für die Hinterbliebenen lediglich allein überlaſſen; für die Unterhaltung von Schulen und Lehrern habe auch nicht der Staat, ſondern Gemeinde- oder Schulſocietät zu ſorgen. Die Regierung beſitze kein Recht, die Gemeinden zur Unterſtützung der Lehrerhinterbliebenen zu nötigen; die einzige Seite, nach welcher hin die Regierung den Antrag berückſichtigen könne, ſei (wörtlich!) „die Möglichkeit der Erwägung des Vorſchlags, daß es den Lehrern verſtattet werden möge, ihre Einlagen in die Witwenkaſſe zu verdoppeln oder ſelbſt zu vervierfachen!“ Harkort und Dieſterweg traten dem Vater der Regulative energiſch entgegen und

verhalfen, unter Darlegung der Not der Lehrer, einem Amendement zur Annahme, welches wenigstens den vollständigen Übergang zur Tagesordnung verhinderte und die Fürsorge für die Lehrerwitwen der Regierung „zur Berücksichtigung“ empfahl.

Die Session von 1860 brachte dem Preußischen Bergbau endlich die so lange vergebens erstrebte, seit 1851 in die richtigen Bahnen gelenkte Befreiung von den unerträglichsten Härten staatlicher Bevormundung. Ein das Verhältnis der Berg- und Hüttenarbeiter betreffender Gesetzentwurf wurde von dem unter Harkorts Vorsitz verhandelnden Sonderausschusse durch die generelle Bestimmung vervollständigt, daß der Grubeneigentümer der Einwirkung der Bergbehörde auf die Gewinnung und Benutzung der Mineralien fortan nicht weiter unterworfen sein solle, „als zur Wahrung der Nachhaltigkeit des Bergbaues, der Sicherheit der Baue, der Oberfläche, des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter nothwendig“ erscheine. Die Annahme und Entlassung der Beamten und Arbeiter blieb der damaligen Zeitströmung und dem Vorschlage der Regierung entsprechend, „lediglich dem freien Übereinkommen“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen. Streitigkeiten zwischen beiden Parteien sollte die Staatsaufsichtsbehörde, welcher auch die Genehmigung der von den Bergwerksbesitzern erlassenen Arbeitsordnungen zustand, entscheiden. Der Eigentümer war zur Erteilung von Entlassungs-Zeugnissen verpflichtet und durfte ohne solche keine schon früher beim Bergbau beschäftigte Arbeiter in seinen Dienst nehmen. Warenzahlung ward in jeder Form verboten. Bergwerkseigentümer und Bergleute, die auf Grund von Verabredungen entweder den Grubenbetrieb oder die Arbeit einstellten resp. verhinderten, um dadurch den anderseitigen Kontrahenten oder die Obrigkeit „zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen zu bestimmen,“ sollten gleichmäßig mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Der § 17 der Regierungsvorlage, demgemäß Bergleute, „welche ohne gesetzliche Gründe eigenmächtig die Arbeit verlassen oder ihren Verrichtungen sich entziehen oder sich groben Ungehorsams oder beharrlicher Widerspenstigkeit schuldig machen“, eine Geldbuße bis zu 20 Thaler oder verhältnismäßige Gefängnisstrafe erleiden sollten, ward im Abgeordnetenhause gestrichen, im Herrenhause aber wiederhergestellt und mußte schließlich, um das Gesetz nicht zu Fall zu bringen, auch von ersterem angenommen werden.

Sämtliche andere Beratungsgegenstände der Landesvertretung überragte an Wichtigkeit bei weitem die in der Thronrede angekündigte

Heeresreorganisationsfrage, der Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Kriegsdienst. „Große Bewegung" verzeichnet der stenographische Bericht, als der Finanzminister bei Einbringung der Vorlage die durch die beabsichtigte Verdoppelung der Armee verursachte jährliche Mehrausgabe auf $9\frac{1}{2}$ Millionen Thaler bezifferte. Zur Deckung dieser für den damaligen Umfang des Preußischen Staatshaushalts geradezu riesigen Summe sei, erläuterte von Patow, nichts vorhanden, es erübrige daher nur, die Forterhebung des auf $3\frac{1}{2}$ Millionen Thaler veranschlagten 25prozentigen Zuschlags zur Einkommen- und Klassensteuer sowie die endliche Ordnung des Grundsteuerwesens. Bezüglich des letzteren waren bereits die im Vorjahre eingebrachten, jedoch nicht zur Plenarberatung gelangten vier Gesetzentwürfe (Neuregulierung der Grundsteuer, Veranlagung derselben auf bisher steuerfreie Grundstücke, Entschädigung für diese, endlich Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer) dem Hause von neuem vorgelegt worden. Zur Vorberatung des Heeresgesetzes ward unverzüglich ein aus den hervorragendsten Vertretern aller Fraktionen gebildeter Sonderausschuß gewählt, dem Harkort angehörte und Vincke präsidierte.

Gemäß der Vorlage sollte die stehende Arme um nicht weniger denn 117 Bataillone Infanterie, 72 Schwadronen Kavallerie und ein Viertel der Artillerie verstärkt, und gleichzeitig die Reservepflicht von einem auf 3 Jahre ausgedehnt werden. Der seitherige Verband der Landwehr, welche man durch die Ausdehnung der Reservezeit ensprechend schwächte, mit der Linie hörte auf; auch die Landwehr-Kavallerie ward vollständig beseitigt. Die Dienstpflicht der Infanterie, die thatsächlich zwei Jahrzehnte hindurch nur zwei Jahre, in der letzten Zeit $2\frac{1}{2}$ Jahre betragen hatte, sollte fortan wieder die volle gesetzliche Ausdehnung von 3 Jahren erhalten, jene der Kavallerie sogar auf 4 Jahre erhöht werden. Die Begründung dieser Vorschläge mußte von Freunden wie von Gegnern — die letzteren überwogen die ersteren um das zehnfache! — als äußerst geschickt anerkannt werden. Die allgemeine Wehrpflicht sei, erklärten die Motive, zu einem Mythus geworden. Statt der jetzt alljährlich zur Verfügung stehenden 63000 jungen Leute hebe man nur 40000 Rekruten aus und befreie den Rest durch den Zufall des Loses von jeglicher Dienstpflicht. Durch Ausdehnung der Reservepflicht auf 4 Jahre werde die Heeresverwaltung der Notwendigkeit überhoben, im Kriegsfalle sofort die überwiegend aus Familienvätern bestehende Landwehr einzuberufen, und könne, unter Zuziehung der Reserven, in kürzester Frist mit einer schlagfertigen starken Armee diensterfahrener,

kriegstüchtiger junger Männer dem Feinde entgegenrücken. Der größere Geldbedarf für die Linie werde reichlich dadurch aufgewogen, daß im Kriegsfalle die Gemeinden erst im äußersten Falle für die zurückgebliebenen Familien einberufener Landwehrmänner einzutreten brauchten.

Weder im Abgeordnetenhause, noch weniger im Volke, schlugen diese Gründe durch. Die Landwehr galt noch immer als das eigentliche Volksheer, als die feste Säule der Preußischen Macht; sie war seit den Befreiungskriegen der Nation ans Herz gewachsen, während die Linie, der sogenannten „Kommiß", sich vergleichsweise nur geringer Sympathieen erfreute und mehr als eine Versorgungsanstalt nachgeborener adliger Söhne betrachtet wurde. Wies doch die Rangliste unter 2896 Linienoffizieren nur 984, unter 932 Generalen und Stabsoffizieren gar nur 92 Bürgerliche nach*). Harkorts alte, sonst stets überhörte Klage über die faktische Zurücksetzung des nichtadligen Elements fand im ganzen Lande Wiederhall. Dabei konnten die Leistungen der Linie in den Feldzügen von 1848 bis 1850 auch von ihren Verteidigern keineswegs als hervorragend bezeichnet werden. Die Mehrbelastung des Heeresetats betrug fast ein Drittel des seitherigen Bedarfs. Woher sollten denn, fragte man, die erforderlichen kolossalen Geldsummen kommen, namentlich wenn die Junkerschaft im Herrenhause sich nach wie vor weigern werde, Grundsteuer zu zahlen?

Eine Einigung zwischen der Regierung und der damaligen ministeriellen Volksvertretung wäre mit leichter Mühe zu erzielen gewesen und dadurch dem ganzen Lande der später unvermeidliche schwere Konflikt erspart worden, wenn erstere sich entschloß, in die allerseits als bester Einigungsboden erkannte Herabsetzung der Dienstzeit auf 2 Jahre zu willigen. Hätte sich nachher die Unmöglichkeit gründlicher militärischer Ausbildung innerhalb dieser Frist herausgestellt, so würde die Landesvertretung dann unzweifelhaft die erforderliche Verlängerung des Dienstes bei der Fahne gutgeheißen und die dazu erforderlichen Mittel ebenso bereitwillig bewilligt haben, als die verschiedenen Anleihen für Heeresbedürfnisse seit 1848 genehmigt worden waren. Aber die Regierung, oder vielmehr die Militärverwaltung, lehnte hartnäckig ein Kompromiß auf dieser Basis ab. Man einigte sich schließlich dahin, den unter solchen Umständen aussichtslos gewordenen Gesetzentwurf unerledigt zu lassen und „zur einstweiligen Aufrechterhaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, welche für die fernere (1859 angeordnete) Kriegsbereit-

*) Biedermann: Dreißig Jahre deutscher Geschichte II, S. 388.

schaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich und auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen thunlich sind," einen außerordentlichen Kredit von 9 Millionen Thalern zu bewilligen. Bei Einbringung der desfallsigen Gesetzesvorlage (5. Mai 1860) erklärte der Finanzminister ausdrücklich: es sollten die thatsächlich bereits geschaffenen Neuformationen des Heeres nur als „Provisorium" beibehalten und in keiner Weise „künftig zu fassenden Beschlüssen präjudiziert" werden. Ferner (wörtlich!): „Die Fragen, ob künftig eine zwei oder dreijährige Dienstzeit stattfinden, ob die Zeit der Reserveverpflichtung ausgedehnt, in welche Stellung das Institut der Landwehr gebracht werden soll — alle diese Fragen bleiben bei der jetzt gemachten Vorlage unberührt." Lediglich auf Grund dieser anscheinend bindenden Erklärung bildete sich eine fast einstimmige Mehrheit für die Bewilligung des 9 Millionen-Kredits. 315 Mitglieder stimmten mit Ja, nur 2 mit Nein, 4 enthielten sich der Abstimmung. Zu den letzteren gehörte Harkort. Die Erinnerung an das Schicksal der 18 Millionen-Anleihe von 1850 erfüllte ihn mit Mißtrauen gegen den das Landwehr-Institut schädigenden Reformplan. Auch sollten, wie er vernommen, die Ernennungspatente der Kommandeure der neuen Regimenter im Stillen schon bis auf die Unterschrift ausgefertigt sein — ein Beweis mehr, daß an entscheidender Stelle nicht an ein Provisorium im Sinne des Finanzministers, sondern nur an ein unverrückbares Definitivum gedacht werde.

Mittlerweile war auch das Schicksal der mit der Militärvorlage gleichsam verkoppelt gewesenen Grundsteuergesetze entschieden worden. Das Abgeordnetenhaus hatte dieselben mit starker Mehrheit angenommen, Harkort aber in der Generalabstimmung über das Ganze der vier Entwürfe schließlich dagegen votiert, weil er sich nicht zu entschließen vermochte, denen noch eine nach Millionen zählende Entschädigung aus Landesmitteln zu bewilligen, welche ein halbes Jahrhundert*) hindurch „auf Kosten ihrer Mitunterthanen den öffentlichen Lasten sich entzogen" hatten. Das Herrenhaus dagegen, welches sich auch in der neuen Ära als fester Turm des Junkertums erwies und dem liberalen Ministerium entschiedenste Opposition machte, lehnte die vorgeschlagene Grund- und Gebäudesteuer, ohne Rücksicht auf die Untrennbarkeit der Vorlagen, einfach ab, nahm dagegen das Entschädigungsgesetz mit verschiedenen

*) Schon das Edikt vom 27. Oktober 1810 hatte alle Grundsteuerbefreiungen prinzipiell aufgehoben; vgl. S. 428.

Änderungen eventuell an. Selbstverständlich konnte sich das Abgeordnetenhaus auf derartige junkerparlamentarische Späße nicht einlassen und warf nunmehr das Ganze in den Papierkorb.

Am 23. Mai verabschiedete der Regent den Landtag mit dem Ausdruck des „tiefsten Bedauerns" darüber, daß eine Beschlußfassung über das Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht, die „bedeutungsvollste" der überwiesenen Vorlagen, nicht habe herbeigeführt werden können. Seitens der Wähler, bei denen das politische Wohlgefühl des ersten Jahres der Regentschaft mehr und mehr dahinzuschwinden begann, wurde jenes Bedauern durchaus nicht geteilt. Die dem Volke angesonnenen schweren Mehrleistungen an Geld und Mannschaft für die stehende Armee fanden, außer in militärischen Kreisen, nirgendwo Freunde im Lande. Die Schwäche des Ministeriums und der liberalen Mehrheit, sowie die wieder stärker hervortretende Kühnheit der besiegt geglaubten Junkerpartei und reaktionären Büreaukratie vermehrte außerdem die wachsende Mißstimmung.

Scheinbar gekräftigt kehrte Friedrich Wilhelm IV. 1860 aus Italien, dessen mildes Klima er gleich nach Einsetzung der Regentschaft aufgesucht hatte, in die Heimat zurück. Bald aber trat ein Rückschlag ein und am 2. Januar 1861 endete der Tod die langen schweren Leiden dieses Mannes, auf welchen einst bei seiner Thronbesteigung Millionen ihre Blicke voll Bewunderung und Hoffnung gerichtet hatten. Was sie unter seiner Regierung Schweres erduldeten, war angesichts seines tragischen Geschicks vergeben und vergessen. Man hatte begriffen, daß für die Lenkung eines großen Staates inmitten der Stürme des 19. Jahrhunderts niemand weniger geeignet gewesen war als der glänzende Geist, welcher jetzt in der von ihm selbst erbauten Friedenskirche zu Potsdam den ewigen Frieden fand. Tiefempfunden und wahr sagte Ernst Dohm in seinem dem Heimgegangenen gewidmeten poetischen Nachrufe:

Und Er, dem sie die Stätte jetzt bereiten —
Im wilden Kampf der gärenden Gewalten
Gestellt hart an die Grenzmark zweier Zeiten,
Der neuen fremd: so hat Er an der alten,
Die Poesie vergang'ner Herrlichkeiten
In sich umfassend, treulich festgehalten.
So war Sein Leben ein mühselig Streiten,
Ein Suchen des dem Untergang Geweihten.

So war der Gaben Füll', in der so hell
Durch lange Zeit wir glänzen Ihn gesehen:
Des Wissens Schatz, der Blick so scharf und schnell,
Des Schönen tiefes inniges Verstehen,
Des Witzes nie versiegter Sprudelquell,
Des frischen Geistes stets lebendig Wehen,
Kurz, alles war, was Ihn so reich beglückte,
Kostbarer Schmuck, der nur ein Opfer schmückte.

Der Prinzregent bestieg unter dem Namen Wilhelm I. den Thron und nahm am 14. Januar den Eid der Treue von beiden Häusern der Landesvertretung entgegen. In der Thronrede bekannte sich der neue Monarch zu den Grundsätzen, mit welchen er die Regentschaft übernommen, konstatierte die definitive Verstärkung des Heeres und erklärte dem durch einen kleinen „Pairsschub" ernüchterten Herrenhause, daß „Krone und Land nicht länger auf einen erhöhten Ertrag der Grundsteuer verzichten könnten". Die Beratung der Antwortadresse an die Krone gewann unter den vorliegenden politischen Verhältnissen, wie insbesondere durch die von Vincke und dem General a. D. Stavenhagen vorgeschlagenen Amendements in Sachen der Italienischen und der Deutschen Frage, eine doppelte Bedeutung.

Entgegen der Absicht Louis Napoleons, nach seinem rasch errungenen Siege des Jahres 1859 Italien zu einem Bundesstaate unter dem nominellen Präsidium des Papstes zu machen, in welchem Frankreich die Drähte ziehen wollte, hatte die Unabhängigkeitspartei nicht nur die Habsburgischen Sekundogenituren beseitigt, sondern auch, allen klerikalen Wehegeschreies ungeachtet, einen ansehnlichen Teil des Kirchenstaates mit Sardinien vereinigt. Die politische Lage geschickt benutzend rüstete dann Garibaldi, der tapfere Verteidiger Roms gegen die Franzosen, mit Unterstützung aller italienischen Patrioten seine berühmte Expedition der „Tausend von Marsala" aus, landete mit derselben im Sommer 1860 bei der Stadt dieses Namens auf Sizilien, jagte unter begeisterter Unterstützung der Bewohner die bourbonischen Soldtruppen von der Insel, überschritt die Meerenge von Messina, durcheilte in unaufhaltsamem Siegeslaufe Süditalien, und zog unter dem Jubel des Volkes in Neapel ein, um hier die Einheit Italiens und Viktor Emanuel zum König des einigen Italiens ausrufen zu lassen. Das diesem nie dagewesenen Schauspiele bewundernd zuschauende Europa jauchzte Beifall. Von den Großmächten äußerte nur England seine Zustimmung zu dem imponierenden Selbstbestimmungsakte des Italienischen Volkes, während Frankreich, Rußland, Österreich und Preußen gegen diesen

„Einbruch“ in die verrotteten Wiener Verträge von 1815 ſcharfen Tadel ausſprachen, ohne dadurch Cavours Gleichmut zu erſchüttern. In beſter Laune antwortete er dem proteſtierenden Preußiſchen Geſandten: „Auf alle Fälle gereicht es mir zum Troſte, daß ich bei dieſer Gelegenheit ein Beiſpiel gebe und daß Preußen nach einiger Zeit nicht betrübt ſein wird, wenn es dasſelbe nachahmen kann!“ Vollſtändig mit dieſer Anſicht des eminenten Italieniſchen Staatsmannes einverſtanden, beſchloß die liberale Partei des Abgeordnetenhauſes derſelben entſprechenden Ausdruck zu geben und ließ durch Vincke den Zuſatz zur Adreſſe beantragen:

„Der fortſchreitenden Conſolidirung Italiens entgegenzutreten, erachten wir weder im Preußiſchen noch im Deutſchen Intereſſe.“

Die Annahme des Amendements erfolgte nur mit 159 gegen 146 Stimmen. Nicht nur Konſervative und Klerikale, ſondern auch die Fraktion Mathis und einige Mitglieder der Fraktion Vincke hatten dagegen geſtimmt, nachdem ſie erfahren wie oben der Wind wehe. In ſtreng legitimiſtiſchen Anſchauungen alt geworden betrachtete König Wilhelm die Ereigniſſe auf der Halbinſel nicht als Reſultate eines unwiderſtehlichen Dranges nach Freiheit und nationaler Einheit, ſondern als Früchte des ſich, nach der Thronrede, in Europa von neuem regenden „Geiſtes des Umſturzes“ und der Vergrößerungsſucht Sardiniens. Solche Anſichten an höchſter Stelle aber wirkten naturgemäß auf viele ſonſt liberale Landboten zurück; — in wie ſtarkem Maße, ſollte ſich bei dem Amendement Stavenhagen herausſtellen. Dieſer hatte vorgeſchlagen, dem unklaren Paſſus der Adreſſe über die Deutſche Bundesreform einen realen Inhalt zu geben durch die Forderung, es müſſe die oberſte Führung des Deutſchen Heeres in König Wilhelms Hand gelegt werden. Als aber der auswärtige Miniſter von Schleinitz ſich der Annahme ausdrücklich widerſetzte, „weil dieſer Antrag über den dermaligen Standpunkt der Staatsregierung *weit* hinausreiche“, zog Stavenhagen denſelben unverweilt zurück. Der Abgeordnete von Hoverbeck nahm ihn zwar ſofort wieder auf, jedoch nur, um mit der großen Mehrheit von 261 gegen 42 ſeine Ablehnung herbeizuführen.

Hoverbeck gehörte einer neu gebildeten parlamentariſchen Gruppe an, die, weil ſie ſich vorzugsweiſe aus oſtpreußiſchen Abgeordneten zuſammenſetzte, von Vincke auf den Spitznamen „Jung-Littauen“ getauft worden war. Unzufrieden mit der energieloſen Haltung des Miniſteriums und der liberalen Majorität, auch wohl mit der Führung Vinckes, der wie alle Parteihäupter nur ungern Wider-

ſpruch ertrug, hatte ſich Jung-Littauen zu Anfang der Seſſion 1861 von der großen Fraktion Vincke-Wentzel (der letztgenannte war im Sommer 1860 geſtorben) getrennt. Als ein Beweis der zunehmenden Unzufriedenheit war auch die Wahl Waldecks zu betrachten, welchen der Weſtfäliſche Bezirk Bielefeld-Herford bei einer Nachwahl in die Kammer entſendete. Am 7. März ward ferner der durch ſeine Thätigkeit für das Genoſſenſchaftsweſen und den Nationalverein höchſt volksbeliebte Schultze-Delitzſch in Berlin gewählt. Harkort machte auf dieſe deutlichen Zeichen der Zeit aufmerkſam und forderte ſeine Freunde im Miniſterium zu kräftigerer Haltung, namentlich auch nach oben hin, auf. Schon früher hatte er einem derſelben, als er bei Gelegenheit eines Beſuches bemerkte, wie definitiv ſich jener in ſeiner Amtswohnung einrichtete, geſagt: „Verehrter, das taugt nichts! Ein ins Miniſterium berufener Liberaler ſollte ſeine Koffer niemals ganz auspacken laſſen, damit er bei unpaſſenden Zumutungen ohne weiteres ſeine Entlaſſung fordern und unverzüglich wieder ein unabhängiger Mann werden kann!“

Aus ſeiner wie immer reichen Thätigkeit im Landtage kann hier, gleich den früheren Seſſionen, nur einzelnes hervorgehoben werden. Gewiſſenhaft wohnte Harkort allen Sitzungen bei, hörte allen Rednern mit gekreuzten Armen aufmerkſam zu und wich, trotz ſeines innerlich ungeduldigen Weſens, auch bei den längſten akademiſchen Vorträgen nur in vereinzelten Fällen von ſeinem Platze. Selbſt aber lange Reden zu halten behagte ihm niemals; ſelten ſprach er länger als eine Viertelſtunde, ergriff aber deſto öfter das Wort zu kurzen ſchlagenden Bemerkungen, die meiſt den Nagel auf den Kopf trafen und ſich auf notoriſche Übelſtände oder allgemein gefühlte Bedürfniſſe bezogen. So lenkte er u. a. die Aufmerkſamkeit des Hauſes auf den nachteiligen Auskauf kleiner Grundbeſitzer in Rheinland-Weſtfalen durch die Standesherren, behufs Bildung neuer Fideikommiſſe, die ſpäter parzellenweiſe verpachtet wurden und agrariſche Notſtände wie in Irland ſchafften. Gegenüber dem bei einer Hinterpommerſchen Nachwahl wieder in das Haus gelangten Abgeordneten Wagener (von der „Kreuzzeitung“) ſprach er ſich für den Schulzwang im Handarbeitsunterrichte der Volksſchule, dem an manchen Orten Widerſtand geleiſtet wurde, aus; desgleichen für freie Vereinigungen der Handwerker, ſtatt der Innungen und Zünfte. Bei Beratung des Staatsvertrages mit Frankreich wegen des dorthin führenden Saarkanals erklärte er: „Ich bin für jede Kanalanlage, welche den Verkehr durch billige Frachten fördert, und ich zeihe die Staatsregierung großer Unterlaſſungsſünden, daß ſie ſeit

50 Jahren nichts in dieſer Weiſe gethan hat.“ Um den ſchweren Mißbräuchen zu begegnen, denen fortwährend zahlreiche Deutſche zum Opfer fielen, ſtellte Harkort, auf Veranlaſſung des ihm befreundeten Generalkonſuls Sturz, den Antrag, die beſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen gegen die Auswanderung nach Braſilien ſo lange aufs ſtrengſte zu handhaben, bis die Regierung jenes Landes proteſtantiſche und gemiſchte Ehen für geſetzlich gültig erkläre, die ſogenannten Parceria-Verträge für alle Zukunft verbiete und ſonſtige Beläſtigungen abſtelle. Nachdem eingehende Verhandlungen in der Kommiſſion die volle Richtigkeit der vorgebrachten Thatſachen dargethan und noch andere Scheußlichkeiten offen gelegt hatten — es war förmlicher Menſchenhandel mit deutſchen Einwanderern im Intereſſe Braſilianiſcher Großgrundbeſitzer getrieben worden — erhob das Haus den Antrag mit ſtarker Mehrheit zum Beſchluſſe, obgleich der überängſtliche Miniſter des Auswärtigen auch hier wieder abgemahnt hatte. Harkort wies Schleinitz darauf hin, wieviel weniger ſchüchtern ſein Engliſcher Kollege auftrete, welcher für ſeinen, wegen verſchiedener Ungebührlichkeiten in Bonn verhafteten Landsmann Macdonald nicht weniger denn 78 Noten nach Berlin gerichtet habe. Die Rechte tauſender von Deutſchen gälten doch wohl ſoviel wie ein Engländer, der noch dazu vollſtändig im Unrecht geweſen.

Ein ferner von Harkort vorgelegter Geſetzentwurf über die Einrichtung von Penſionskaſſen für Witwen und Waiſen von Elementarlehrern aller Konfeſſionen ward dem Unterrichtsausſchuſſe übergeben, gelangte indes nicht mehr zur Plenarberatung. Er und Dieſterweg gehörten jener Kommiſſion in der dritten Seſſion wieder an, da man doch Scham empfunden hatte, die beiden beſten Freunde der Volksſchule abermals davon auszuſchließen. Geändert wurde dadurch bei der bekannten Stellung der Mehrheit freilich nicht viel. Eine Anzahl Petitionen mit Vorſchlägen für das beſtimmt erwartete Unterrichtsgeſetz überwies das Haus „zur Berückſichtigung“ bei demnächſtigen Erlaß desſelben. Über die Petition eines Lehrers, Vaters von 5 Kindern, mit 100 Thalern Gehalt und $33\frac{1}{3}$ Thalern Penſion, ging man wegen Mangels eines Penſionsfonds für Lehrer zur Tagesordnung über.

Zu gunſten der ihm von jeher am Herzen liegenden Kriegsmarine hielt Harkort am 24. Mai 1861 eine längere, überall von eingehendſter mühevoller Prüfung der Frage zeugende Rede. Seit die Marine 1853 vom Kriegsminiſterium getrennt worden, habe ſich, erläuterte er, in ihrer Verwaltung ein wahrer Bienenkorb von

Büreaukratie entwickelt, „aber ohne Honig — nichts wie Dinte!“ Für unbrauchbare Schiffe, namentlich zu tief gehende Kanonenboote, sei schweres Geld unnütz verausgabt worden. Neben vier angefangenen Häfen in Danzig, Swinemünde, Stralsund und an der Jahde träume man jetzt noch von einem fünften im Jasmunder Bodden auf Rügen, ohne die ungeheuren Kosten zu bedenken. Statt der Kanonenboote empfehle er für die Küstenverteidigung Strandbatterieen. Aber die Defensive allein helfe nichts: Preußen müsse auch offensiv vorgehen und mindestens dem kleinen Dänemark zeigen können, daß es im stande sei, den Sund zu forcieren und die Ostsee frei zu machen. Da die Dänische Flotte alt und schlecht armiert sei, erscheine diese Aufgabe durchaus nicht zu schwer erreichbar. „Uns selbst thun Dampffregatten not und da würde ich bitten, die Panzerschiffe nicht ganz außer acht zu lassen; denn bei den jüngsten Versuchen, die in Portsmouth durch Jones stattgefunden haben, ist jetzt erwiesen, daß ein solches Panzerschiff mit $3\frac{1}{2}$zölligen Stahlplatten vollständig kugelfest ist gegen 68-Pfünder!“ Die erforderlichen Mittel werde die Landesvertretung dem Kriegsminister, welchem inzwischen auch das Marineressort übertragen worden war, zweifelsohne gerne bewilligen. (Behufs weiterer Ausführung der in dieser Rede angedeuteten Gedanken ließ Harkort im Herbst 1861 die interessante Schrift erscheinen: „Die Preußische Marine und die Deutsche Flotte“ [Berlin G. Reimer], in welcher er den vom Nationalverein angeregten Plan der Schaffung einer Deutschen Flotte besprach und dafür organisierte Selbstbesteuerung und Anschluß an die bestehende Preußische Marine verlangte.)

Selbstverständlich waren auch diesmal Grundsteuer und Heeresreform die Angelpunkte der parlamentarischen Thätigkeit. Die Steuervorlagen wurden, nachdem auf Antrag Vinckes die Entschädigungssumme auf zehn Millionen Thaler abgerundet worden, im Abgeordnetenhause angenommen. Harkort motivierte sein verneinendes Votum mit der Erklärung, daß man ihm nicht wohl zumuten könne, den Eximierten für ihren fünfzigjährigen eigennützigen Widerstand gegen die Grundsteuer noch eine Prämie zu zahlen. Nunmehr entschloß sich, unter stärkstem Drucke von oben, auch das Herrenhaus, seinen Widerstand fallen zu lassen, so daß am 17. Mai Herr von Patow sich und das Abgeordnetenhaus zur endlichen Lösung dieser „schwierigsten und verwickeltsten Frage“ beglückwünschen konnte. Dem alten Vorkämpfer derselben gingen aus Anlaß der gefallenen Entscheidung von rechts und links Schreiben und Zeitungsartikel zu, die seiner

13jährigen unermüdlichen Agitation das entscheidende Gewicht beilegten. Während von der einen Seite ausgesprochen wurde, daß die endliche Ausgleichung der Grundsteuer in Preußen für alle Zeit an den Namen Friedrich Harkort geknüpft sei, ward er von der andern in anonymen Zuschriften mit einer Flut der pöbelhaftesten Schimpfworte überschüttet — Gemeinheiten, die sich hier nicht einmal andeuten lassen. Nur eine der mildesten Leistungen dieser Art sei als Probe für den maßlosen Grimm des Junkertums über die endliche Heranziehung zur Grundsteuer mitgeteilt:

„Heut' zu Tag nicht eingefangen
Werden Diebe Deiner Art.
Keiner wird jetzt aufgehangen.
Der an uns zum Räuber ward.
Der Verachtung Dich zu weih'n
Bleibt uns übrig noch allein!"

Die Urheber dieser Bübereien bezeichneten sich ausdrücklich als „Edelleute".

Die Militärfrage hatte denjenigen Weg genommen, auf welchen sie durch den schwachmütigen Beschluß der letzten Session gelenkt worden war. Während der Finanzminister die Aufrechthaltung des Provisoriums versprochen, beeilte sich der Kriegsminister, mit den ihm bewilligten 9 Millionen ein Definitivum zu schaffen. Sämtliche Kosten der Heeresvermehrung waren in das Ordinarium des Etats eingestellt worden. Statt durch einfache Ablehnung dieser Forderung die Regierung zur Auflösung des Hauses zu zwingen und dadurch die Entscheidung des Landes herbeizuführen, griff man abermals zur weißen Salbe. Auf Antrag des alten General-Steuerdirektors a. D. Kühne wurden die Reorganisationsausgaben im Ordinarium gestrichen, dagegen im Extraordinarium, nach Abzug eines Betrages von 750000 Thalern, bewilligt und dann, nachdem noch vorher die feierliche Weihe der Fahnen der neuen Regimenter stattgefunden, das Haus schleunigst geschlossen. Die Thronrede meinte, vom Regierungsstandpunkt aus mit Recht, man könne über „die Form der Bewilligung hinwegsehen", empfahl im übrigen, „die Schranken inne zu halten, deren Ueberschreitung nur der in Europa regen Partei des Umsturzes Vorschub leisten könnte" und betonte das Königtum von Gottes Gnaden.

Mit dem altehrwürdigen Begriff des Königtums von Gottes Gnaden war unter Friedrich Wilhelm IV. durch die Reaktion ein so sträflicher Mißbrauch getrieben worden, daß bei gesucht scharfer Betonung desselben sich sofort Argwohn regte. Darum erweckte es auch allgemeines Befremden als eine Proklamation vom 3. Juli verkündete, der König werde sich demnächst nach Königsberg begeben, um dort am 18. Oktober die feierliche Krönung zu vollziehen. Nach Einführung der Verfassung, die weder Krönung noch Huldigung irgendwo erwähnte, herrschte allgemein die Überzeugung, daß derartige Zeremonieen fortan überflüssig seien und es vollkommen genüge, wenn, wie in Preußen geschehen, der Monarch die Verfassung beschwöre und andererseits die Landesvertretung ihm Treue gelobe. Nun wurde auf einmal wieder jener längst vergessene Apparat aus den Kammern des Mittelalters hervorgeholt und mit großen Kosten in Szene gesetzt. Daß man zur Vermehrung des Gepränges das moderne Institut konstitutioneller Formen gleichfalls in Bewegung brachte und sämtliche Abgeordnete zur Beiwohnung der Krönung aufforderte, verbesserte die Stimmung nicht. Harkort erwiderte auf die seitens des Grafen Schwerin an ihn ergangene Einladung in möglichster Kürze: er werde nicht in Königsberg erscheinen, „zumal ihm kein Titel des Budgets bekannt sei, auf Grund dessen die — von dem Minister des Innern zugesagten — Reisekosten und Diäten verfassungsmäßig gezahlt werden könnten". Um so größer war sein Erstaunen, als bald nach den Königsberger Tagen die Nachricht von der ihm dort zu teil gewordenen Verleihung des Rothen Adlerordens III. Klasse einlief und er aufgefordert wurde, die ihm früher verliehene IV. Klasse zurückzugeben. Das war leichter gesagt wie gethan! Zweimal war (S. 220) in den 30er Jahren der Antrag der Arnsberger Regierung, Harkort zu dekorieren, wegen dessen liberaler Gesinnung in Berlin abgelehnt worden, trotz warmer Unterstützung durch den damaligen Kronprinzen. Erst nachdem dieser den Thron bestiegen gelang es, die so lange verweigerte Auszeichnung bei Gelegenheit einer Reise des Königs nach den Westprovinzen für den Vorgeschlagenen auszuwirken. Die Anschauungen des neuen Ritters über die Wichtigkeit derartiger Gnadenzeichen wichen indes so vollständig von der Regel ab, daß er es nicht einmal für nötig hielt, den Orden aus seiner Umhüllung zu befreien, geschweige denn ihn anzulegen. Nach langem Suchen gelang es, die verloren gegangene IV. Klasse wieder aufzufinden und sie, 20 Jahre nach ihrer Verleihung, unberührt, in der Originalverpackung von 1842, der General-Ordenskommission zurückzugeben.

Wenige Wochen nach der Krönungszeremonie erfüllte eine tiefgehende Wahlbewegung das ganze Land. Verschiedene Vorfälle wirkten dahin, dieselbe diesmal leidenschaftlicher zu gestalten, als sie früher je erlebt worden. Die Wahl von Schultze-Delitzsch, des zweiten wiedererscheinenden Demokraten von 1848, hatte die Hofpartei derart in Aufregung versetzt, daß der Fortbestand des liberalen Kabinetts gefährdet erschien. In dieser Krise durch den Minister von Auerswald um Beistand ersucht, machte Vincke den schweren Fehler, eine demonstrative Absage seiner Partei an die Demokratie ergehen zu lassen. Unter Bezugnahme auf eine frühere objektive Bemerkung Waldecks über den Unterschied zwischen den Begriffen Staatsbürger und Unterthan, erklärte sich Vincke mit Emphase für einen „Unterthan" und fügte hinzu: er wisse nicht, ob die Demokratie auch jetzt noch, wie 1848, „den König beugen" wolle. Waldeck verteidigte sich in würdigster Weise gegen den vom Zaune gebrochenen Angriff, jedoch war damit der Vorfall nicht aus der Welt zu schaffen und die Demokratie ohne Not tief gereizt. Eine von dem Stadtrichter Twesten unter dem Titel: „Was uns allein noch retten kann" verfaßte Schrift, welche den einflußreichen Chef des Militärkabinetts, General von Manteuffel, als „einen unheilvollen Mann an unheilvoller Stelle" bezeichnete, gab gegen Ende der Landtagssession Anlaß zu einem großes Aufsehen*) erregenden Duell, worin Twesten erheblich verwundet wurde. Am 9. Juni ging sodann die Gruppe Jung-Littauen unter Beitritt angesehener Berliner Wähler, zu dem entscheidenden Schritte über, die Vereinigung der Demokratie mit dem linken Flügel der Liberalen unter dem Namen „Deutsche Fortschrittspartei" in Vorschlag zu bringen. Das gleichzeitig veröffentlichte, in großen Zügen allgemeine Volkswünsche formulierende Programm fand in weitesten Kreisen laute Zustimmung.

Am 6. Dezember ergaben die Landtags-Neuwahlen einen ungeahnt großen Erfolg der neuen Partei, als Beweis dafür wie stark die öffentliche Meinung nach links drängte. Georg von Vincke, der Führer der früheren Mehrheit, ward nicht wiedergewählt; selbst in Hagen erwies es sich diesmal unmöglich, seine Kanditatur aufzustellen. Da Harkort sich niemals auf schwächliche Transaktionen

*) In höchster Erregung befand sich König Wilhelm selbst. In einem neuerdings bekannt gewordenen Handbillet vom 27. Mai 1861 an von Roon bezeichnete er das an diesem Tage stattgefundene Duell Manteuffel-Twesten und dessen mutmaßliche Folgen als „Dinge, die mir fast die Sinne rauben können, weil es meiner Regierung einen neuen unglückseligen Stempel aufdrückt!! Wo will der Himmel mit mir hin?"

eingelassen hatte, so erfolgte dessen Wahl mit größerer Mehrheit als je zuvor. Allgemeines Aufsehen erregten die Wahlvorkommnisse in den Nachbarkreisen Bochum-Dortmund, wo man zunächst den altbewährten Vertreter Metzmacher und den ehemaligen Abgeordneten zur Nationalversammlung, Müllensiefen, ernannte. Für die dritte Stelle war von links her der hochbegabte Schriftsteller Dr. Becker, seiner Haarfarbe wegen der „rote Becker" benannt, andererseits ein angesehener Landwirt, in Aussicht genommen. Im Revolutionsjahre wie so viele jugendlich radikal, hatte Becker als Leiter eines Zeitungsunternehmens die Reaktion aufs äußerste gereizt. Dafür war er, obgleich niemals kommunistischen Bestrebungen nachgehend, zum Hauptangeklagten im sogenannten Kölner Kommunisten-Prozesse ausersehen und mit Unterstützung des berüchtigten „Zeugen" Hentze*), des Polizeirats Stieber, des Hannoverschen General-Polizeidirektors Wermut und sonstiger Helfershelfer zu fünfjähriger Festungshaft verurteilt worden. Im Bewußtsein seiner Unschuld weigerte Becker sich standhaft, Begnadigung nachzusuchen, büßte seine Strafe bis zum letzten Tage ab und widmete sich dann in Dortmund der Kaufmannschaft. 1861 zum Geschäftsführer einer Handelsgesellschaft in Köln erwählt, verweigerte ihm Graf Schwerin ungesetzlicher Weise die Erlaubnis zur Rückkehr in seinen früheren Wohnort. Mit höchster Geschicklichkeit und genauer Kenntnis des Westfälischen Charakters, der kein Unrecht duldet, brachte Becker gerade im entscheidenden Momente des Wahlkampfes die ihm widerfahrene Rechtsverweigerung zur Kenntnis der Wahlmänner. Er hatte richtig gerechnet. Entschlossen, der Bürcaukratie für ihr willkürliches Verfahren einen Denkzettel zu geben, stimmten jetzt viele für den von der Reaktion mißhandelten Mann, die sonst seinen politischen Standpunkt nicht teilten. Nachdem das Wahlverfahren am 6. Dezember mitternachts wegen gänzlicher Erschöpfung des Vorstandes hatte abgebrochen werden müssen, endete der denkwürdige Kampf mehrere Wochen später nach dem fünften Gange mit der Wahl des roten Becker zum Abgeordneten für Bochum-Dortmund.

*) Das Ende der Hauptzeugen im Kölner Kommunisten- und ähnlichen Prozessen der Reaktionszeit verdient hier erwähnt zu werden. Premier-Leutnant Hentze, von der Regierung zum Steuerempfänger in Köslin ernannt und dort später Vorsteher einer Bank geworden, bestahl die ihm anvertrauten Kassen und erhängte sich; Wermuth schoß sich 1866 nach der Annexion von Hannover eine Kugel durch den Kopf; Stieber starb an Gehirnerweichung.

Eine Wiederherstellung der früheren Fraktion Vincke, die zuletzt 153 Mitglieder zählte, wäre auch dann unausführbar gewesen, wenn man sie ernsthaft beabsichtigt hätte. Weiteres Zusammenbleiben ihrer entschiedeneren Elemente mit dem ministeriellen Flügel erschien von vornherein unmöglich. Harkort, von Bockum-Dolffs und Stavenhagen beschlossen, unter dem Namen „das linke Centrum" eine neue parlamentarische Gruppe zu bilden und ihre Gesinnungsgenossen zum Anschluß an dieselbe einzuladen. Es fanden sich ihrer nach Einberufung des Hauses alsbald 48 zusammen. Andererseits vereinigten sich die Trümmer der ehemaligen Fraktion Mathis und der Rest der Vinckeschen Partei als neue „Rechte" mit etwa 90 Mitgliedern, unter Führung von Grabow. Das katholische Centrum hatte seinen früheren Bestand von 50 Köpfen behalten, während die Konservativen — vor vier Jahren noch 212 Angehörige zählend! — von 50 auf insgesamt 14 zusammengeschrumpft waren. Nach links hin bildete die Fortschrittspartei eine größere und eine kleinere Gruppe von 83 und 21 Mitgliedern. Zum Präsidenten des Hauses ward fast einstimmig Grabow, zu Vize-Präsidenten als Vertreter der Fortschrittspartei und des linken Centrums Behrend (Danzig) und Bockum-Dolffs gewählt.

Um bei dem fast vollständigen Wechsel der Szene wie der Personen seinen Wählern einen klaren Einblick in die neue parlamentarische Lage zu verschaffen, nahm Harkort seine frühere Gewohnheit wieder auf, dieselbe in offenen Briefen zu schildern. „Das liberale Element hat bedeutend gewonnen, eine äußerste Linke fehlt, Besonnenheit herrscht und Liebe zur Arbeit", berichtete er am 1. März über die neue Versammlung. Diese stellte sich bezüglich der Auswärtigen und Deutschen Angelegenheiten im wesentlichen auf den Boden der letzten Kammer. Ein kombinierter Antrag des linken Centrums, der Grabowschen Rechten und der Fortschrittspartei sprach den Wunsch aus: „Die Anerkennung des Königreichs Italien nicht länger zu verzögern." Die Frage der Deutschen Bundesreform behandelten zwei, von der linken Seite vorgeschlagene, im wesentlichen übereinstimmende Resolutionen. In Sachen Kurhessens, wo Verfassungsverletzung und Gesetzlosigkeit, auch ohne Hassenpflug und trotz verschiedener Bundesbeschlüsse, noch immer fortdauerten, forderte die große Mehrheit des Hauses die Regierung zu kräftigem Einschreiten auf.

Harkort selbst griff während der kurzen Session nur einmal in die Debatte ein. Als über die Petition eines Invaliden zur Tagesordnung übergegangen werden sollte, weil der Instanzenzug nicht

erschöpft sei, sprach der nimmermüde Anwalt seiner alten Kameraden die wenigen, doch desto schlagenderen Worte: „Ich möchte nur fragen, wie ein armer Invalide, der nicht Feder und Dinte hat und kein Geld, das Porto zu bezahlen, es machen soll, alle Instanzen zu erschöpfen, bei denen in der Regel doch nichts herauskommt?“

Mit der fortdauernd alles beherrschenden Heeresreform-Angelegenheit hatte die Regierung sich diesmal zuerst an das Herrenhaus gewendet, indem sie demselben eine Novelle zum Gesetze vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vorlegte, welche die vorjährigen Forderungen aufrecht erhielt, ohne durch Bewilligung der zweijährigen Dienstzeit dem allein Frieden bringenden Ausgleich die Wege zu ebnen. Vom Herrenhause unverzüglich angenommen ward die Vorlage bei dem Abgeordnetenhause an eine Kommission verwiesen. Diese gelangte indessen nicht zum Schlusse ihrer Beratungen, da eine unerwartete Auflösung dem Dasein des Hauses ein frühzeitiges Ende bereitete. In der Budgetkommission, zu welcher Harkort zählte, hatte der finanzkundige Abgeordnete Hagen, Kämmerer von Berlin, eine größere Spezialisierung des Staatshaushaltsetats gefordert. Dort mit diesem Antrage abgewiesen, brachte er denselben im Plenum wieder ein und setzte hier, trotz lebhaften Widerstands der Staatsregierung, die Annahme mit 171 gegen 143 Stimmen durch. Damit lag der von der Militärpartei längst gewünschte Streitfall vor. Als das Ministerium daraufhin sein Entlassungsgesuch einreichte, weigerte König Wilhelm, unter dem Ausdruck seines Vertrauens, die Annahme desselben, genehmigte dagegen die Auflösung des Abgeordnetenhauses, die am 11. März 1862 erfolgte.

Mit schwerer Besorgnis in die Zukunft blickend, hatte Harkort sich bemüht, noch in letzter Stunde die entscheidende Maßregel, welche nur eine tiefe Entfremdung zwischen Fürst und Volk herbeiführen konnte, abzuwenden. Am 9. März, während noch die Verhandlungen über Entlassung oder Auflösung schwebten, richtete er an seinen Freund, den Geschichtsschreiber Max Duncker, damals vortragender Rat beim Kronprinzen, ein die Tagesfrage behandelndes Schreiben, das jener seinem hohen Herrn vorzulegen versprach. Harkort schrieb:

„Die Abstimmung über das Amendement Hagen kann nur ein gesuchter Vorwand sein, um die jetzige Krisis herbeizuführen. Das Haus verfuhr nach Recht und Pflicht. Die Ausführbarkeit gab der Finanzminister zu und schien nur die Vertagung zu wünschen. Diese wäre angenommen worden, wenn die Fraktion Grabow einen desfallsigen Antrag stellte, anstatt zu sehr auf den Sieg zu vertrauen.

„Der eigentliche Kern des Streites ist die Militärfrage. Das Land, in schlagender Majorität, will kein Defizit, ebensowenig die verlängerte Dienstzeit; umgekehrt drängt es nach deren Verkürzung. Die bürgerliche Freiheit erschrickt vor einem zu großen stehenden Heere. Die Regierung überstürzte die Reorganisation; anstatt die Volksvertretung zu gewinnen, trat man mit einer vollendeten Thatsache vor sie hin und forderte nicht Rath, sondern nur Geld. In höheren Kreisen ist man übel unterrichtet über die Stimmung des Landes. — —

Es geht eine große Bewegung durch das Deutsche Bürgerthum, von Kurland bis zu den Alpen. Sie wird nicht ruhen, bis das Ziel der Einigung und verfassungsmäßigen Freiheit erreicht ist. Ein Held aus dem Hause der Hohenzollern könnte durch ihre kräftige Leitung unsterblichen Ruhm gewinnen! Das große Deutsche Vaterland sucht einen solchen Mann, allein vergessen wir nicht — es wird ihn wählen, wo es ihn findet! — —

Die übergroße Majorität der Nation denkt nicht im Entferntesten daran, die Rechte der Krone zu schwächen, allein sie will keinen Militärstaat, sondern den Rechtsstaat und ein Volk in Waffen, an dessen Spitze der Vater des Vaterlandes steht und nicht ein Heerkönig des Mittelalters.

Wie ist es möglich, auf dem betretenen Wege „moralische Eroberungen“ zu machen? Eine Politik, die nicht Fisch noch Vogel ist, die weder eine energische starke Hand am Steuer kundgiebt, noch die öffentliche Meinung für sich hat, die im Innern mit halben Maßregeln sich der Sympathien des eigenen Landes entkleidet, die selbst den Dunkelmännern nicht entschieden entgegentritt. Bethmann-Hollweg und die Schule!! — —

Und fragen Sie mich: wer ist der Mann, der diese Sprache führt? so antworte ich: Meine Wiege stand in jener freien Mark, aus welcher die Ahnfrau der Könige von Preußen stammt, und meine Voreltern sind Keinem gewichen an Treue zum Herrscherhause und Liebe zum Vaterlande.

Dem Ziele eines vielgeprüften Lebens nahe, verlange ich weder Gunst noch Gaben, sondern hege nur den Wunsch, daß die Wahrheit ein offenes Ohr finde!“

Kronprinz Friedrich konnte an den bereits gefaßten Beschlüssen nichts ändern; sein Einfluß war damals nicht größer wie auch später. Doch der Eindruck des mannhaften Schrittes des Westfälischen Patrioten blieb für alle Zeit bei ihm haften. So oft er

dieſem ſpäter begegnete, holte er ihn aus dem Winkel, wo Harkort ſich bei öffentlichen Anläſſen zurückhaltend aufzuſtellen liebte, perſönlich hervor, um ſich in huldvollſter Weiſe mit ihm zu unterhalten.

Ob der Ausdruck des Vertrauens, welchen der König aus Anlaß der Auflöſung an das Miniſterium Auerswald richtete, mehr als eine Höflichkeitsphraſe war, erſcheint ſehr zweifelhaft. Aus einem kürzlich veröffentlichten Briefe Bismarcks an von Roon (d. d. Petersburg 2. Juli 1861) geht hervor, daß die Frage eines Kabinettswechſels ſchon damals, alſo unmittelbar nach dem Schluß der vorletzten Landtagsſeſſion der neuen Ära, ernſtlich erörtert und Bismarck um ſeine Mitwirkung dabei angegangen worden iſt*). Einige Stellen jenes charakteriſtiſchen Schreibens des ſpäteren Reichskanzlers beweiſen ſchlagend, wie vollſtändig dieſer die Anſichten der liberalen Partei über die Notwendigkeit einer energiſchen auswärtigen Politik Preußens teilte. Der ehemalige Verteidiger der Preußiſchen Olmützpolitik ſagte:

„Meinem Eindruck nach lag der Hauptmangel unſerer bisherigen Politik darin, daß wir liberal in Preußen und konſervativ im Auslande auftraten, die Rechte unſeres Königs wohlfeil, die fremder Fürſten zu hoch hielten. — Nur durch eine Schwenkung in unſrer auswärtigen Haltung kann, wie ich glaube, die Stellung der Krone im Innern von dem Andrang degagirt werden, dem ſie auf die Dauer ſonſt thatſächlich nicht widerſtehen wird. — Von den Fürſtenhäuſern von Neapel bis Hannover wird uns keines unſere Liebe danken und wir üben an ihnen recht evangeliſche Feindesliebe auf Koſten der Sicherheit des eigenen Thrones. Ich bin meinem Fürſten treu bis in die Waden, aber gegen alle andern fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für ſie aufzuheben. In dieſer Denkungsweiſe fürchte ich von der unſeres allergnädigſten Herrn ſoweit entfernt zu ſein, daß er mich ſchwerlich zum Rathe ſeiner Krone geeignet finden wird.“

Im Sommer 1861 hatte man den Plan einer Regierungsänderung noch verſchoben, im Frühjahr 1862 war dieſelbe unvermeidlich geworden. Als der König an Stelle des Fürſten von Hohenzollern dem konſervativen Präſidenten des Herrenhauſes, Prinzen Hohenlohe, den Vorſitz im Staatsminiſterium übertrug,

*) Vgl. Deutſche Revue, Mai-Heft 1890: „Aus dem Leben des Grafen Albrecht v. Roon.“

reichten die 6 altliberalen Minister wenige Tage nach der Auflösung ihre Entlassung ein. Aus dem früheren Kabinett blieben nur Roon, der Minister des Auswärtigen Graf Bernstorff, und — der vielgewandelte von der Heydt, welcher die Rekonstruktion des Kabinetts und darin selbst die Finanzen übernahm. Zu Amtsgenossen wählte er mehr oder weniger obskure konservative Persönlichkeiten: den Polizeipräsidenten von Jagow für das Innere, den Oberkonsistorialrat von Mühler für den Kultus, die Grafen Itzenplitz und Lippe für Landwirtschaft resp. Justiz, endlich den Regierungsvicepräsidenten von Holzbrink, früher Landrat in Altena, für Handel und Gewerbe. Die „neue Ära" hatte, nachdem sie ihr schließlich sehr wenig erfreuliches Dasein drei Jahre hingeschleppt, ihr Ende erreicht.

Als das Land sich von seinem ersten Erstaunen über die gänzlich unerwarteten Ereignisse jener Märzwoche erholt hatte, ertönte von Memel bis Trier der einstimmige Ruf: Wiederwahl! Wohlverstanden: nur Wiederwahl aller derer, die für den Hagenschen Antrag gestimmt hatten. Dieser ward zum Schiboleth für die sich erneuernde mächtige Wahlbewegung. Seinerseits setzte das neue Ministerium rücksichtslos alle Hebel der Verwaltungsmaschine in Bewegung, um regierungsfreundliche Wahlen zu erzwingen. Verleumdung der Opposition, Bedrohung der Beamten und Lehrer, Ermahnungen an Richter und Professoren — erzielten lediglich bei materiell Abhängigen einigen Erfolg. Ein Königlicher Erlaß, demzufolge die weitere Erhebung des seitherigen 25% Zuschlags zu den Personalsteuern eingestellt werden sollte, bewirkte nur, daß die öffentliche Meinung denen vollständig Recht gab, welche, wie Harkort, diese wesentlich die unteren Klassen treffende Mehrbelastung konsequent abgelehnt hatten. Ganz ähnlich, also für die Rechtfertigung der Opposition, wirkte das Bekanntwerden eines vertraulichen Briefes des Finanzministers von der Heydt an Roon, worin jener die unbedingte Notwendigkeit gründlicher Ersparnisse im Militäretat auseinandersetzte. Sogar der Hagensche Antrag, den die ministerielle Presse früher als „Eingriff in die Exekutive", „als Verlegung des Schwerpunktes der Regierung in das Abgeordnetenhaus" u. dgl. gekennzeichnet hatte, ward jetzt regierungsseitig für sehr wohl ausführbar erklärt.

So lange man in Preußen wählte, hatte niemals eine solche Teilnahme der Urwähler stattgefunden, als am 6. Mai 1862; niemals waren die Mehrheiten für die liberalen Abgeordneten stärker

als an diesem Tage, niemals die Frage, um die es sich handelte, dem Volke klarer gewesen als diesmal. Wie man auch nach einem Vierteljahrhundert über das Verhalten der Opposition in dem großen Konflikt zwischen den Preußischen Staatsgewalten urteilen mag — die eine entscheidende Thatsache steht fest, daß die Volksvertretung nur das gethan, nur so gehandelt hat, was und wie das Volk es verlangte. Mögen in andern Ländern andere Parlamente ähnliche Kämpfe aus eigener Initiative hervorgerufen und fortgeführt haben — in Preußen geschah nur, was die ungeheure Mehrheit der Wähler bestimmt von ihren Vertrauensmännern erwartete. Das linke Centrum stieg von 48 auf 96, die Fortschrittspartei von 104 auf 139 Mitglieder, während die Zahl der Konstitutionellen, der ehemaligen Fraktion Vincke, von 91 auf 23, die der Klerikalen von 51 auf 27, der Konservativen von 14 auf 10 herabsank. Von den Ministern wurde nicht einer gewählt; selbst von der Heydt fiel in seiner Heimat Elberfeld durch. Die Grafschaft Mark entsendete ihre seitherigen Landboten mit fast einstimmigen Mehrheiten; Vincke, vor einem Jahre noch der Herrscher des Hauses, konnte diesmal nur mit Mühe in einem Polnisch-Deutschen Bezirke von Westpreußen ein Mandat erlangen.

Die allgemeine Erwartung, es werde gleich nach der Ende Mai erfolgten Eröffnung des neuen Landtags der Kampf aufs heftigste entbrennen, fand sich getäuscht. Im Gegenteil nahmen in den ersten Wochen die Verhandlungen einen friedlichen Verlauf, insofern sich in einer für das Land besonders wichtigen Frage das Abgeordnetenhaus vollständig auf seiten der Regierung stellte. Schon 1860 hatte das seither stark schutzzöllnerische, neuerdings aber in freihändlerischer Richtung sich bewegende Frankreich an Preußen die Einladung zur Herbeiführung eines Handelsvertrages mit dem Zollvereine ergehen lassen. Nach langen und schwierigen Verhandlungen erfolgte der vorläufige Abschluß desselben mit Preußen (29. März 1862) auf Grundlage weitgehender Herabsetzung der beiderseitigen Zollsätze und unter Vorbehalt der Zustimmung sämtlicher Zollvereins-Regierungen. Die freihändlerische Mehrheit des Abgeordnetenhauses drängte mit aller Macht zur alsbaldigen Genehmigung der vorgelegten Verträge, ohne den Forderungen der in ihren vitalen Interessen bedrohten Industriellen Gehör zu schenken*). Harkort

*) Die Industriellen selbst durften sich über die Mißachtung und Bedrohung ihrer und der Arbeiter Interessen nicht beklagen. Statt, wie andere Klassen der Bevölkerung, für eine hinreichend starke Vertretung des Nährstandes in der gesetzgebenden Körperschaft zu sorgen, blieben sie dem Parlamente fern,

verteidigte, unter Anerkennung der sonstigen Wichtigkeit des Vertrages, jene Interessen mit äußerster Zähigkeit, nicht nur für die Eisengewerbe seiner Heimatprovinz, sondern auch für die nicht minder wichtige Textil-Manufaktur. „Wie tief," schrieb er im vierten Briefe an seine Wähler, „ist dieser dort (in Schlesien) einst so blühende Gewerbszweig gesunken! Laut obrigkeitlicher Bescheinigung verdient ein Handspinner täglich 6 Pfennige bis 2 Groschen und der Weber 2 bis 5 Groschen; völlig ungenügend, um ein menschliches Dasein zu fristen. Und wie entstand dieser Rückschlag? Englands Leinenmanufaktur erwuchs unter Schutzzoll, 12 Millionen Thaler Ausfuhrprämien wurden gezahlt, die mechanische Flachsspinnerei hob sich als Folge seit 1823, wo sie begann, auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Spindeln, und jenes Land ist jetzt der Flachsmarkt der Welt. Belfast allein führt jährlich 13200000 Pfund Garn und 65 Millionen Ellen Leinwand aus; irische Linnen beherrschen die transatlantischen Absatzgebiete, während wir Deutsche ausländisches Garn einkaufen. Solchen Resultaten gegenüber sollte man fast dem Grundsatz Beifall zollen, den Feind mit gleichen Waffen zu bekämpfen, falls er zu mächtig wird. Der Uebergang zum Freihandel bedarf einer Brücke." — —

„Sollten indeß," schloß der Brief, „die Würzburger diesen häuslichen Zwist (den Militärkonflikt) für ihre Pläne ausbeuten wollen, so ist das eine falsche Rechnung! Nach außen hin wird jeder Abgeordnete, auf welcher Seite des Hauses er auch sitzen mag, die Königliche Regierung unterstützen, wenn es wahrhaft gilt, die Ehre und Interessen Preußens würdig und männlich entschieden zu vertreten."

Die Bedeutung dieses patriotischen avis au lecteur beruhte in folgendem Umstande. In Wien glaubte man den Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich zu einem abermaligen Versuch zur Sprengung des Zollvereins benutzen zu können, weil Österreich 1853 eine entfernte Aussicht auf „Zolleinigung" gemacht worden war. Daraufhin verlangte es jetzt, vom 1. Juli 1868 an mit allen seinen Ländern ein gemeinsames Zollgebiet mit dem Zollverein bilden zu dürfen. Immer bereit, sich im Kampfe Österreichs gegen Preußen auf seiten des ersteren zu stellen, befürworteten die süddeutschen Staaten (die sogenannten „Würzburger") jenes unmögliche Verlangen, indem sie vorläufig die Genehmigung des Französischen

gingen zu Hause ihrem Erwerbe nach und überließen das Wählen und Gewähltwerden meistens volkswirtschaftlichen Gegnern. Die Strafe für dieses Verhalten ist natürlich nicht ausgeblieben.

Vertrages ablehnten. Da aber Preußen sich standhaft weigerte, auf das Ansinnen Österreichs einzugehen, so blieb den Würzburgern nach zweijährigem Widerstande schließlich nichts anderes übrig, als zu kapitulieren, d. h. den Vertrag mit Frankreich gutzuheißen und den umgestalteten Zollverein einfach zu erneuern (12. Oktober 1864).

Eine große Anzahl von Petitionen mit gegen 3000 Unterschriften, unter Führung der verdienten Schulmänner Bohm in Berlin und Schmitz in Dortmund, richtete an das neugewählte Haus die Bitte, um endlichen Erlaß des Unterrichtsgesetzes. Hätte nicht Furcht vor dem streng orthodoxen Kultusminister von Mühler die Lehrer beherrscht, würden ihrer noch Tausende mehr unterschrieben haben. Volle 17 Sitzungen widmete die Unterrichts-Kommission unter Harkorts Vorsitz dem hochwichtigen Gegenstande und brachte ihren, von dem Abgeordneten Licent. Krause erstatteten, ausgezeichneten Bericht Ende August vor das Haus. Schon hatte der Präsident die Plenar-Beratung desselben auf die Tagesordnung gesetzt, als gleichzeitig der längst erwartete Bericht über den Militär-Etat erschien und das Haus bewog, dieser vor der Entscheidung stehenden Hauptfrage den Vorrang einzuräumen. Vergebens protestierte Harkort; die Mehrheit entschied gegen ihn. Als am 11. Oktober Grabow wiederum vorschlug, den Petitionsbericht zur Verhandlung zu bringen, mußte er mit Rücksicht auf den unmittelbar bevorstehenden Schluß des Hauses abermals davon Abstand nehmen.

Ein besseres Schicksal als die Schule erfuhr die Kriegs-Marine, für deren außerordentliche Bedürfnisse — Schiffsbauten und Beginn des auf 13 Millionen Thaler veranschlagten Hafenbaues auf Rügen — die Regierung eine vorläufige Anleihe von 1400000 Thaler nachgesucht hatte. Als Mitglied der Budget-Kommission zum Berichterstatter über diese Anforderung wie auch über den Marine-Etat ernannt, verfaßte Harkort eingehende, vom Plenum in zwei Sitzungen beratene Berichte. Des Referenten scharfe Kritik und seine außergewöhnliche Detail-Kenntnis in technischen Fragen, die er sich durch jahrelanges sorgfältiges Studium, vielfache Besichtigung der bestehenden und geplanten Marine-Anlagen, sowie im Verkehr mit erfahrenen Nautikern erworben, erregte allerseits großes Aufsehen, da eine solche gewissenhafte Vertiefung in Fragen dieser Art zu den seltensten Erscheinungen gehörte, sofern nicht der Lebensberuf des Abgeordneten selbst Anlaß dazu bot. Als August Reichensperger in der Diskussion die Bemerkung machte, der Berichterstatter sei wohl auch nicht selbst in Mastkörbe geklettert, gab dieser einfach zur

Antwort: „Ja! und zwar in den Mastkorb eines Schiffes, das mir gehörte, und ebenso auf einem Dampfschiffe in See, das ich selbst habe bauen helfen.“ Fortan schwiegen die Zweifler.

Nach wie vor bildete die Armee-Reorganisation den Brennpunkt der parlamentarischen Kämpfe. Regierung und Budget-Ausschuß bestanden beiderseits auf ihrem Schein; Harkort nahm eine Mittelstellung ein. „Indem die Commissions-Mehrheit unnachgiebig jeden Posten, welcher den Etat von 1860 überschritt, strich und sogar die durch frühere Beschlüsse des Hauses geforderten oder gebilligten Verbesserungen ablehnte, schnitt man jeden Anknüpfungsfaden an faktisch bestehende Verhältnisse ab; ein Verfahren, gegen welches ich mich erklären muß,“ sagte er in seinen Briefen an die Wähler, „denn allzuscharf macht schartig. Ich befürchte, die Besonnenen im Lande werden fragen: weshalb bricht man ohne Noth die Brücke zur Aussöhnung ab, da kein Princip verletzt ist.“ Geniekorps und Artillerie wollte auch er vermehrt haben, da das Gesetz von 1814 mit dieser notwendigen Maßnahme nicht in Widerstreit stehe. „Die Lösung des Conflicts,“ schloß er, „ist mir noch nicht klar, allein es scheint unausbleiblich, daß die Macht der realen Verhältnisse die Ausführung zum Heil des Staates herbeiführen muß.“ — Also ist es geschehen.

Einen Moment schien es, als ob die Regierung auf Grund der zweijährigen Dienstzeit ein gütliches Abkommen treffen wolle. Leider erwies sich diese Hoffnung als ein Mißverständnis und damit jeder friedliche Ausgleich unmöglich. Unter Beseitigung eines von Stavenhagen, Sybel und Twesten gestellten Vermittelungs-Vorschlags ward nunmehr die Regierungsvorlage, welche die bedingungslose Bewilligung aller Reorganisations-Ausgaben forderte, mit allen*) gegen 11 konservative Stimmen abgelehnt, das frühere Heeres-Erfordernis bewilligt, dann aber die Reorganisationskosten aus dem sogenannten Ordinarium unter die „einmaligen Ausgaben“ (Extra-Ordinarium) des Etats gesetzt und hier gestrichen. Dagegen lehnte das Herrenhaus, welches verfassungsmäßig nur den von der Zweiten Kammer beschlossenen Etat im ganzen anzunehmen oder abzulehnen befugt ist, den Etat in der Fassung des Abgeordnetenhauses nicht nur ab, sondern nahm ihn ungesetzlicherweise in Form der ursprünglichen Regierungs-Vorlage an. Zu dem erstgedachten

*) Fortschritt, linkes Centrum, Altliberale, Klerikale und Polen, mithin alle Parteien des Hauses; eine zur Beurteilung des Verfassungskampfes sehr wichtige Thatsache.

Beschlusse war es berechtigt, der zweite dagegen enthielt eine unzweifelhafte, schreiende Verfassungsverletzung. Demgemäß erklärte das Abgeordnetenhaus unmittelbar vor seinem Auseinandergehen diesen Beschluß einfach und einstimmig für null und nichtig.

Inzwischen — am 23. September 1862 — war der seitherige Gesandte in Paris, von Bismarck-Schönhausen, an des Prinzen Hohenlohe Stelle zum Ministerpräsidenten und (für Graf Bernstorff) gleichzeitig zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden; von der Heydt nahm, nachdem er sich vierzehn Jahre lang durchgewunden, am nämlichen Tage seinen Abschied, um später, in der Finanznot von 1866, nochmals in das Amt zurückberufen zu werden*). Am 13. Oktober schloß der neue Chef des Kabinetts die Session des Landtags mit der förmlichen Erklärung, die Regierung Seiner Majestät finde sich in die Notwendigkeit versetzt, „den Staatshaushalts-Etat ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen"; sie hege jedoch die Zuversicht, daß die zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfahrt notwendigen Ausgaben seiner Zeit die nachträgliche Genehmigung des Landtags erhalten würden.

Damit war die Verfassung in ihrem wichtigsten Teile gebrochen und der Krieg zwischen den gesetzgebenden Faktoren erklärt. Die „Konfliktsperiode" nahm ihren Anfang.

Die Ernennung Bismarcks, des rücksichtslosesten Vorfechters der Feudalpartei, des Mitarbeiters der „Kreuzzeitung", des Verteidigers der Olmütz-Politik, des „Städtezerstörers", zum leitenden Minister ward von Land und Landboten als sicherstes Zeichen dafür betrachtet, daß jede Nachgiebigkeit in dem entbrannten Kampfe durchweg ausgeschlossen und unter Umständen noch mehr, nämlich ein Staatsstreich, zu erwarten sei. Die tiefgehende Wandlung, die jener merkwürdige Mann im Laufe des letzten Jahrzehnts an sich erlebt hatte, war der Welt ganz unbekannt geblieben. In verschiedenen pikanten Anekdoten über kleine Streitigkeiten mit seinen Frankfurter Bundestags-Kollegen wollte die Welt nur den Übermut des sich langweilenden alten Korpsstudenten und altmärkischen Land-

*) Anfangs Dezember 1862 ward das Ministerium Bismarck durch die Ernennung des Grafen Eulenburg (S. 396) und des Regierungs-Präsidenten von Selchow vervollständigt. Gleichzeitig übernahm an Stelle des erkrankten von Holzbrink der seitherige Ackerbau-Minister Graf Itzenplitz das Departement der öffentlichen Arbeiten.

junkers erkennen. Um ihn „unschädlich“ zu machen, war er vom Ministerium der neuen Ära schleunigst nach Petersburg versetzt worden. In vertrauten Kreisen erzählte man sich, der Prinz-Regent habe, als man ihm 1859 Bismarck für die Leitung des auswärtigen Departements empfohlen, kurzer Hand geantwortet: „Das fehlte gerade jetzt noch, daß ein Mann das Ministerium übernimmt, der Alles auf den Kopf stellen wird!“*) Wenn er im Herrenhause erschien, stimmte er dort ebenso mit der äußersten Rechten wie früher in der Zweiten Kammer. Von allem, was die Welt im letzten Jahrzehnt über ihn erfahren hat, wußten die Zeitgenossen der Konfliktsperiode nichts — nichts von seinen Berichten aus der Frankfurter Periode, von seiner Stellungnahme gegen Österreich, gegen den „ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitäts-schwindel Deutscher Fürsten“ und die „Donquichoterie der Legitimität“; nichts von seiner Sehnsucht nach einer kräftigen Deutschen Politik, am allerwenigsten von dem seiner Feder entflossenen Satze: „Der Grad politischer Freiheit, welcher zulässig ist ohne die Autorität der Regierung zu beeinflussen, ist in Preußen ein viel höherer als im übrigen Deutschland. Preußen vermag seiner Landesvertretung und seiner Presse ohne Gefahr auch in Betreff rein politischer Fragen einen freieren Spielraum zu gewähren als bisher. Die königliche Gewalt ruht in Preußen auf so sicheren Grundlagen, daß die Regierung sich ohne Gefahr durch eine belebtere Thätigkeit der Landesvertretung sehr wirksame Mittel der Aktion auf die deutschen Verhältnisse schaffen kann.“ Hätte Volk und Volksvertretung in Preußen ahnen können, daß dieser „verwünschte Junker“ so dachte, wie er hier in einem amtlichen Aktenstücke ausgesprochen; daß er die verstärkte Armee gebrauchen werde, um Schleswig-Holstein von Dänemark zu befreien, Preußen mit Österreich auseinanderzusetzen und Deutschland zu einigen — man würde bereitwillig alle Kosten der Reorganisation und den verstärkten Heeresdienst auf sich genommen haben. Aber die Armee verdoppeln, ohne die geringste Sicherheit für eine nationale große Politik, das kam niemandem in Preußen in den Sinn, es sei denn jenen Familien, welche die Armee als beste Versorgungsanstalt für ihre nachgeborenen Söhne und gewohnheitsmäßig die „Deutsche Präsidialmacht“ Österreich als treuesten Freund Preußens betrach-

*) Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst von Sachsen-Koburg: „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit.“ Band II, S. 397.

teten. Vorläufig aber war von nichts anderem die Rede als von bedingungsloser Bewilligung von Soldaten und Geld, von Geld und Soldaten. Angesichts dieser Sachlage und des notorischen Verfassungsbruches konnte die Landesvertretung nicht anders handeln als sie gethan, wie das auch Bismarck selbst nach Jahren öffentlich anerkannte. Von Waldeck bis zu Schwerin und Reichensperger standen fortan alle Parteien Schulter an Schulter zur Verteidigung der Verfassung fest zusammen.

Die heimkehrenden Abgeordneten wurden von ihren Wählern überall mit den ehrenvollsten Kundgebungen empfangen. Eine an Harkort und Gerstein gerichtete Vertrauens- und Dankes-Adresse trug die Unterschriften sämtlicher Wahlmänner des Kreises Hagen. Andererseits setzte die Regierung im Osten der Monarchie künstlich Loyalitäts-Deputationen in Szene, die ihre Schmähungen gegen die Landesvertretung direkt an den Monarchen bringen konnten, und ging mit Maßregelungen gegen liberale Beamte rücksichtslos vor. Die Wähler antworteten mit Bildung eines „Nationalfonds", aus dessen Mitteln geschädigte Beamte Unterstützung empfingen. Am 3. Februar 1863 gestaltete sich der fünfzigjährige Erinnerungstag an die erste Aufforderung zur Bildung freiwilliger Jäger-Detachements überall zu einer großartigen Demonstration für die durch das Reorganisationsprojekt bedrohte Landwehr und ihre Veteranen aus den Befreiungskriegen. Im Gegensatze dazu, hatte die Regierung den 17. März, den Gedenktag der Aufrufs „An Mein Volk", für die offizielle Erinnerungsfeier an die Erhebung von 1813 festgesetzt. Als General von Maliszewski, der Präsident des sogenannten „Nationaldankes", einer meist aus freiwilligen Beiträgen unterhaltenen Wohlthätigkeits-Anstalt für Invalide, bei diesem Anlaß soweit ging, die Mitglieder vor Beteiligung an dem allgemeinen Volksfeste des 3. Februar zu warnen, „wenn sie sich nicht dem Vorwurfe aussetzen wollten, das in sie gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt und die Pflichten verletzt zu haben, welche ihre Stellung zur Stiftung, dem Allerdurchlauchtigsten Protektor gegenüber, ihnen aufgelegt" — tadelte Harkort einen solchen Mißbrauch jenes Instituts zu politischen Zwecken in einem geharnischten offenen Schreiben. Glücklicherweise stellte sich indessen die erfreulichste Einmütigkeit her, als die Regierung nach Wiedereinberufung des Landtags endlich den so lange erbetenen Gesetzentwurf für Erhöhung der Invalidengehälter vorlegte. Derselbe ward in der durch das Haus verbesserten Form einmütig angenommen. Am Tage der Abstimmung traten — ein ehrwürdiger Anblick! — sieben silberhaarige Zeugen

der großen Jahre, mit dem Eisernen Kreuze geschmückt, im Saale der Preußischen Volksvertretung an: General Stavenhagen, Oberst von Unruhe-Bomst, Oberstleutnant von Seydlitz, die Majore von Vaerst und Beitzke*), die Hauptleute Staatsminister a. D. von Bonin und Harkort. Mit Trauer konstatierte der letztere, daß, als er 1849 begonnen, Regierung und Volksvertretung Preußens an ihre Pflichten gegen die Invaliden zu erinnern, deren Zahl noch 80000 betragen habe. „Heute hören Sie nur noch von 35000; die große Mehrheit ist also ins Grab gesunken, ohne den Dank des Vaterlandes! Diese bedürfen demnach Ihrer Almosen nicht mehr." Den Rittern des Eisernen Kreuzes bewilligte das Gesetz einen Ehrensold von 150 resp. 50 Thalern, mit der Maßgabe, daß diejenigen, welche zu gunsten des allgemeinen Invalidenfonds darauf verzichteten, zu „Ehren-Senioren" erhoben werden sollten. Als Gegner großer Kassen, namentlich wenn deren Verwaltung von Berlin ausging, sowie im Hinblick auf die neuerdings erlebte politische Agitation des Präsidenten des Nationalbankes, verzichtete Harkort nicht auf seinen Ehrensold, sondern überwies denselben seiner Gemeinde Wetter zur selbständigen Verteilung an bedürftige Landwehrmänner.

Erneute Petitionen um das Unterrichtsgesetz verschafften dem Ausschuß endlich Gelegenheit, den bereits in der vorigen Session erstatteten trefflichen Bericht des Abgeordneten Krause vor das Plenum zu bringen. Nachdem der Geheime Rat Stiehl bei den Kommissions-Verhandlungen kurzweg erklärt hatte, die allgemeine politische Lage sei zu gespannt, um die jetzige Zeit für den Erlaß eines solch grundlegenden Gesetzes geeignet erscheinen zu lassen, hatte der Ausschuß es zweckmäßig erachtet, 24 in richtigen Grenzen gehaltene Resolutionen über die Bildung, Anstellung, Besoldung, Pensionierung und Witwen-Versorgung der Lehrer, sowie über die Schulaufsicht, dem Hause vorzuschlagen. Dieselben gelangten nach eingehender zweitägiger Beratung zur Annahme, trotz heftigen Widerstandes des ultramontanen Centrums und — des Abgeordneten von Vincke. Der letztere behauptete u. a.: Die Kreisrichter wären viel schlechter besoldet als die Schullehrer, deren „Ansprüche überhaupt so sehr übertrieben seien!" (Stenographischer Bericht, Band II, S. 700). Harkort entgegnete dem früheren Parteigenossen: „Ich habe zufällig eine Liste von 23 katholischen Lehrern vor mir; diese verdienen täglich 7 Sgr. 11 Pf. bis 11 Sgr. 7 Pf. Ich frage, ob das

*) Der verdiente Verfasser der Geschichte der Befreiungskriege, damals Abgeordneter für Hamm-Soest.

Ansprüche an eine höhere Lebensstellung sind?" — Alle Schulfreunde im Lande glaubten mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vom 24. März 1863 einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht zu haben; „die Resolutionen sind," schrieb Harkort in die Provinzen, „der erste große Erfolg, welchen die Volksschule seit 1848 bis heute im Schooße der Volksvertretung, dem Ministerium gegenüber, errungen hat." Als der alte Lehrerfreund bald darauf eine in Magdeburg wohnende Tochter besuchte, brachte ihm die dortige Lehrerschaft dankerfüllten Herzens eine warme Ovation dar. Wie sehr man sich in der Hoffnung auf Besserung getäuscht, wurde bald klar. Während der Konfliktsperiode dienten Beschlüsse der Landesvertretung zu gunsten irgend einer Sache häufig nur dazu, die Regierung zu veranlassen, die vorgetragenen Wünsche nun erst recht nicht zu erfüllen.

Unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses entbrannte der Verfassungskampf mit verstärkter Heftigkeit. Die Annahme der Antworts-Adresse auf die Thronrede durch die herkömmliche Deputation ward Allerhöchsten Orts verweigert, und nach dann erfolgter Zustellung des Dokuments auf gewöhnlichem Wege die darin enthaltenen Anklagen über Verfassungsverletzung in einer besonderen Botschaft mit gleicher Schärfe zurückgegeben, auch die Genehmigung der Heeresreform als unerläßlich bezeichnet. Am Königs-Geburtstage dagegen hatten sich die Präsidenten einer huldvollen Aufnahme durch den Monarchen zu erfreuen, indem derselbe seiner festen Überzeugung von der Treue des Volks und der Volksvertretung wohlwollendsten Ausdruck gab. Das rief bei vielen die irrtümliche Vermutung wach, als ob zwischen König Wilhelm und seinem Kabinett im Grunde keine volle Übereinstimmung bestehe. Die unverminderten Anforderungen im Militär-Etat sowie die abermals vorgelegte Novelle zum Landwehr-Gesetze von 1814 ließ jedoch keine Änderung der früheren Stellung der Regierung erkennen. Trotzdem bewies das Haus seinerseits insofern Entgegenkommen, als der mit Beratung der Vorlage betraute Ausschuß sich nicht auf den einfach verwerfenden Standpunkt Waldecks stellte, sondern die von dem — in der Fortschrittspartei mehr rechts stehenden — Abgeordneten von Forkenbeck vorgeschlagenen Amendements annahm. Für diese, auf der Basis einer zweijährigen Dienstzeit und einer jährlichen Aushebung von 60 000 Mann beruhenden Gegen-Vorschläge entschied sich auch Harkort, welcher stets einen Ausgleich zu ermöglichen suchte, sofern dabei das Gesetz von 1814 und die Landwehr keine Verkümmerung erlitt. Für das Recht der letzteren sprach er

sich in einer vielbemerkten Rede vom 11. Mai aus. Ein in dieser selben Sitzung eingetretener, unvorhergesehener Zwischenfall zertrümmerte jedoch die ohnehin geringen Kompromiß-Hoffnungen vollständig. Der Kriegsminister weigerte sich nämlich einer durchaus berechtigten Anordnung des Vize-Präsidenten von Bockum-Dolffs bezüglich der Redeordnung Folge zu leisten, worauf letzterer nach heftigstem Zusammenstoß sich mit seinem Hute bedeckte und die Sitzung vertagte. Auf die dadurch hervorgerufene Erklärung der Staatsregierung, daß ihre Mitglieder der Disziplin des Hauses nicht unterständen und demgemäß so lange in den Sitzungen nicht mehr erscheinen könnten, als der bestrittene Anspruch aufrecht erhalten werde, sprach das Abgeordnetenhaus in einer zweiten Adresse an die Krone unumwunden aus: es besitze kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium, welches die wichtigsten Rechte der Volksvertretung mißachte und verletze und durch seine Politik nach außen sowie durch sein verfassungswidriges Verfahren im Innern das Vertrauen der Völker wie der Regierungen verscherzt habe.

Die Antwort auf diese Manifestation konnte nicht zweifelhaft sein. König Wilhelm beschuldigte in seiner nicht kontrasignierten Antwortsbotschaft das Haus, es wolle „für sich eine verfassungswidrige Alleinherrschaft anbahnen", und bezeugte den Ministern ausdrücklich, daß ihre amtlichen Handlungen mit seiner Bewilligung geschehen seien. Eine fernere Dauer der gegenwärtigen Session lasse keine Resultate mehr erwarten.

Wenige Stunden später erfolgte (am 27. Mai) der einfache Schluß der Session, an Stelle der erwarteten Auflösung, die Bismarck bis zu einem für ihn aussichtsvolleren Momente zu verschieben gedachte. Nach Ausweis des letzten vom Präsidium verteilten Druckstücks waren dem Abgeordnetenhause während der beendeten Session aus allen Landesteilen 318 Zustimmungs-Adressen mit 359222 Unterschriften zugegangen, gegenüber 9 Mißtrauens-Voten mit nur 4031 Unterschriften. Niemals, weder vor noch nach dem Konflikt, kann eine Preußische Volksvertretung sich gleichen Vertrauens der Wählerschaft rühmen, wie jene in der höchsten Gluthitze seines Verfassungskampfes; niemals war die Einmütigkeit zwischen beiden inniger als während jener merkwürdigen Zeit. Lob wie Tadel für die Abgeordneten fällt also voll und ganz auch auf ihre Wähler zurück.

Kaum waren die Abgeordneten in ihre Heimat zurückgekehrt, als die Regierung (1. Juni 1863), in unzweifelhaft verfassungswidriger Anwendung des schon oft mißbrauchten Oktroyierungs-Paragraphen, den Art. 63 der Verfassung, durch ein angebliches Notgesetz das Louis Napoleonische System der „Verwarnungen" für die Presse (die sogenannte „Preß-Ordonnanz") einführte, um dergestalt den mächtigsten Verbündeten der Volksvertretung auf dem Verwaltungswege in Fesseln zu legen. Durch ganz Deutschland ertönte ein einstimmiger Schrei der Entrüstung über diesen neuen Gewaltstreich; selbst der Kronprinz trat aus seiner seitherigen Zurückhaltung heraus und sprach sich auf einer Dienstreise in Danzig entschieden gegen die ungesetzliche Maßregel aus. Die Bewegung im Volke ergriff immer weitere, seither unbeteiligt gebliebene Kreise. In Köln veranstaltete die Bürgerschaft zu Ehren der verfassungstreuen Parteien eine Demonstration, wie sie großartiger und einmütiger zu keiner Zeit in den Rheinlanden stattgefunden. Am 18. und 19. Juli versammelten sich aus allen Orten der beiden westlichen Provinzen die angesehensten Männer, über 800 an der Zahl, in der altehrwürdigen Stadthalle Gürzenich, um den dorthin eingeladenen Rheinisch-Westfälischen Abgeordneten, mit Harkort als Alterspräsidenten an der Spitze, rückhaltlose Zustimmung in ihrem guten Kampfe auszusprechen. Eine Dampfbootfahrt nach dem herrlichen Siebengebirge gestaltete sich, trotz aller polizeilichen Verbote uud Vexationen, zu einem unvergeßlichen Triumphzuge. Die Ufer des Stromes waren auf beiden Seiten mit einer dichten Kette jubelnder Menschen bekränzt. Auf weite Entfernung hin hatten sich gewaltige Volksmassen eingefunden, um den ihrem Eide getreuen Volksvertretern Sympathie zu bezeugen. Bei der in der Dunkelheit erfolgenden Rückfahrt von Rolandseck loderten in ununterbrochener Reihe von Ort zu Ort Freudenfeuer und Feuerwerke empor, die ihren goldenen Widerschein über die Stromfläche warfen und unter dem Hurrahruf der Menge die Festgäste bis in die Rheinische Metropole zurückgeleiteten.

Wenige Wochen später ward die Aufmerksamkeit Europas von den inneren Preußischen Wirren vorübergehend abgelenkt. Da man eben dieser Kämpfe wegen Preußen als actionsunfähig in der Deutschen Frage betrachtete, ergriff Österreich die Gelegenheit zur Veröffentlichung eines totgeborenen Bundesreformplanes, welcher schon seit mehreren Jahren den Gegenstand fruchtloser Verhandlungen beim traurigen Bundestage gebildet hatte. Am 16. Auguſt hielt Kaiser Franz Josef, mit dem größten Teil der Deutschen Souveräne im Gefolge, seinen feierlichen Einzug in die alte Wahl- und Krönungs-

ſtadt Frankfurt, um hier auf einem „Fürſtentage“ jenes Öſterreichiſch-Mittelſtaatliche Projekt, in welchem Preußens Anſprüche und des Deutſchen Volkes Rechte natürlich mit altgewohnter Mißachtung behandelt waren, zur allſeitigen Annahme zu bringen. König Wilhelm erſchien ſelbſtverſtändlich nicht auf dieſem preußenfeindlichen Konvente und blieb auch, Bismarcks trefflichem Rate folgend, ſtandhaft bei ſeiner Weigerung, an welcher das anmaßliche Vorgehen Öſterreichs ſchließlich kläglichen Schiffbruch erlitt. Aber auch von anderer Seite war Einſpruch erhoben worden. Der „Abgeordnetentag“, eine zahlreich beſuchte Verſammlung liberaler Deutſcher Volksvertreter aller Staaten, die noch während des Fürſtentages ſelbſt in Frankfurt zuſammentraten, erklärte, daß die volle Befriedigung der Wünſche der Nation nur von einem Bundesſtaate im Sinne der Reichsverfaſſung von 1849 zu erwarten ſtehe und, ſtatt der von Öſterreich vorgeſchlagenen ſogenannten „Delegierten“, der Zuſtimmung eines frei gewählten Parlaments bedürfe. In gleichem Sinne ſprach ſich der Nationalverein aus, während der ultramontan-großdeutſche „Reformverein“ jenen Öſterreichiſch-Mittelſtaatlichen Verfaſſungs-Wechſelbalg freudig willkommen hieß.

Harkort hatte dem Abgeordnetentage nicht beiwohnen können, weil er ſich während desſelben auf einer Reiſe nach der deutſchen Nordſeeküſte befand, um ſich dort in Gemeinſchaft mit ſeinem Freunde von Hartmann vom Stande der Bauten am Jahde-Kriegshafen perſönlich zu überzeugen und die Möglichkeit einer Kanal-Verbindung zwiſchen Ems und Weſer zu erkunden. Auf Grund ſeiner dort und in anderen Seeplätzen gemachten Beobachtungen wies er durch das im Herbſt 1863 herausgegebene Schriftchen „Die budgetloſe Preußiſche Kriegsmarine von 1863“ (Leipzig, O. Wigand) die Notwendigkeit der Trennung der Verwaltung der Marine von jener der Armee und der Leitung der erſteren durch einen erfahrenen Seemann nach. Von gleichen Anſchauungen war ſchon die Ende 1862 verfaßte Broſchüre „Die deutſche und preußiſche Marine und ihre Häfen“ (Hagen, G. Butz) ausgegangen. Auf die amerikaniſchen Erfahrungen hinweiſend prophezeite er, daß die Zukunft der Marine den großen Eiſenſchiffen mit ſchwerem Panzer und ſchwerſten Geſchützen gehöre. Bezüglich der Häfen warnte er wiederholt vor Zerſplitterung der Geldmittel, bekämpfte die vom Miniſterium befürwortete Anlage im Jasmunder Bodden auf Rügen und empfahl dagegen Oxhöft bei Danzig, ſowie, da Kiel leider nicht zu erlangen, die Wohlenberger Wyk bei Wismar, welche Hartmann in ſeinem Auftrage eingehend unterſucht und als Kriegshafen brauchbar befunden hatte.

Mittlerweile war die längst erwartete Auflösung des Abgeordnetenhauses vor sich gegangen (2. September). Bismarck begründete dieselbe damit, daß bei den neuerdings kundgewordenen Angriffen auf Preußens Machtstellung (Frankfurter Fürstentag) es dem Volke Bedürfnis sein werde, seiner Einigkeit und Treue zum Herrscherhause Ausdruck zu geben. Hielt der Ministerpräsident eine solche Volks-Manifestation im Interesse der auswärtigen Politik Preußens für geboten, so wäre es seine Pflicht gewesen, zunächst selbst versöhnlich aufzutreten, sich der Verfolgung verfassungstreuer Beamten und Wähler zu enthalten und vor allem den verfassungswidrigen Angriff auf die Preßfreiheit zu unterlassen. Das aber kam ihm nicht in den Sinn Der Einigkeit der Nation gegenüber Österreich konnte er, wie schon die Verhandlung über den Handelsvertrag (1862) klar erwiesen, vollkommen sicher sein, nicht aber der wieder mächtig gewordenen Hofpartei. Deren geheime Absicht ging dahin, den späteren Kanzler — wie dieser dem Abgeordneten von Unruh nach 1866 bestätigte — ausschließlich zur Durchführung der Reorganisation und Niederhaltung des Abgeordnetenhauses zu benutzen, ihn dann aber zu beseitigen, weil er bei ihr mit Recht im Verdachte stand Krieg mit Österreich herbeiführen zu wollen. Bei dieser Sachlage erschien die Fortführung des Konflikts mit der Landesvertretung als eine Existenzfrage für Bismarck selbst, da Aussöhnung und Friedensschluß ihn überflüssig gemacht und seinen eigenen baldigen Sturz herbeigeführt haben würde. Der Verfassungskampf dauerte also ungeschwächt fort. Aus den Neuwahlen gingen, trotz rücksichtslosester Wahlbeeinflussung, Fortschrittspartei und linkes Centrum (Harkort einstimmig in Hagen) mit noch verstärkter Mehrheit hervor, doch arbeiteten auch die Konservativen sich auf Kosten der Mittelparteien wieder bis auf 35 Mitglieder hinauf. Das am 9. November zusammentretende Haus verweigerte zunächst — mit allen gegen die konservativen Stimmen — der berüchtigten Preßordonnanz seine verfassungsmäßige Zustimmung, und bewirkte dadurch deren sofortige Beseitigung. Doch abermals mußte der Preußische Verfassungskonflikt vor einem hochwichtigen Ereignis, das die Deutsche Frage ins Rollen brachte und Bismarck den Weg zu seiner späteren Größe bahnte, in den Hintergrund treten.

Der Dänische König Friedrich VII. war am 15. November 1863 kinderlos gestorben. In Dänemark folgte nach dem Unions-Vertrage von 1460*) die weibliche, in Schleswig-Holstein die männliche Linie.

*) Vgl. die von Harkort verfaßte Adresse vom 19. Januar 1860 auf Seite 560.

Um aber die Herzogtümer für immer bei Dänemark zu erhalten, hatten die Großmächte — sogar unter Zustimmung von Preußen und Österreich! — im Wege gröblichen Rechtsbruchs durch den Londoner Vertrag von 1852 den Prinzen Christian von Glücksburg als Thronfolger für die gesamte Dänische Monarchie eingesetzt. Dagegen legte der für Schleswig-Holstein nächstberechtigte Agnat, Erbprinz Friedrich von Augustenburg*), Verwahrung ein und wiederholte dieselbe in feierlicher Form, als sein Glücksburger Vetter unter dem Namen Christian IX. den Dänischen Thron bestieg und durch Verkündigung der sogenannten Gesamtstaats-Verfassung Schleswig widerrechtlich in Dänemark einverleibte. Unter dem Feldgeschrei: Los von Dänemark! erklärte sich Holstein sofort für den legitimen Herzog Friedrich, desgleichen die Mehrzahl der Deutschen Fürsten und mit einer Einstimmigkeit sondergleichen das ganze Deutsche Volk, welches endlich den Augenblick gekommen sah, jetzt oder nie das Deutsche Schmerzenskind vom Dänischen Joche zu befreien. Alle Partei-Unterschiede verschwanden; Groß- und Kleindeutsche, Nationalverein und Reformverein, gingen Hand in Hand. Eine gewaltige Versammlung von Abgeordneten aller Deutschen Staaten setzte einen aus 36 Mitgliedern bestehenden Ausschuß ein, um die tiefgehende nationale Bewegung zu gunsten der Herzogtümer, welche jene von 1848 und 1850 an Energie weit übertraf, in die richtigen Bahnen zu lenken. Wiederum bot sich Preußen ein großer Augenblick dar, der alles hätte wieder gutmachen können, wenn es jetzt in der von der Nation gewollten Richtung für Schleswig-Holstein in die Schranken trat. Und abermals geschah das Gegenteil. Gegenüber dem am 2. Dezember mit größter Mehrheit angenommenen Antrage Stavenhagen-Virchow: Die Ehre Deutschlands verlange den Schutz der Rechte der Herzogtümer sowie die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzogs von Schleswig-Holstein — erklärte Bismarck die Preußische Regierung durch den Londoner Vertrag von 1852 für gebunden, so lange sich Dänemarck nicht von den jenen Traktat bedingenden Voraussetzungen lossage. Trotz des erst vor wenigen Monaten stattgefundenen scharfen Zusammenstoßes auf dem Frankfurter Fürstentage stellte sich Österreich auf denselben Standpunkt wie Preußen, hauptsächlich um sich an dessen Ferse zu heften und seine selbständige Aktion im Norden zu lähmen. Der Bundestag richtete die Dänemark schon längst angedrohte „Exekution" bezüglich

*) Vater der jetzigen Deutschen Kaiserin Auguste Viktoria.

Holsteins alsbald ins Werk, lehnte dagegen den Antrag der Großmächte, das nicht zum Deutschen Bunde gehörende Schleswig so lange in Pfand zu nehmen, bis Dänemark seine Gesamtstaats-Verfassung bezüglich dieses Herzogtums außer Kraft gesetzt habe, durch Mehrheitsbeschluß ab. Nunmehr erklärten Preußen und Österreich die Inpfandnahme Schleswigs als Europäische Mächte selbständig in die Hand nehmen zu wollen, erregten indes durch diesen, die seitherige Einigkeit Deutschlands gegenüber Dänemark sprengenden Entschluß, überall größte Erbitterung und tiefes Mißtrauen. In dieser Stimmung erfolgte im Abgeordnetenhause die Ablehnung (275 gegen 51 Stimmen) der von der Regierung geforderten Kriegsanleihe von 12 Millionen Thaler. Eine von der nämlichen Mehrheit angenommene Resolution erklärte — sehr übereilter Weise! — außerdem noch, daß die von den Großmächten eingeschlagene Politik „kein anderes Ergebniß haben könne, als die Herzogthümer zum zweitenmal an Dänemark auszuliefern, die Einmischung des Auslandes herbeizuziehen und den Bürgerkrieg in Deutschland herauszufordern". Selbstverständlich zogen Beschlüsse solchen Charakters den ungesäumten Schluß der Landtags-Session nach sich. Derselbe erfolgte am 25. Januar 1864 durch eine Rede, in welcher der Ministerpräsident die ganze Verantwortlichkeit für die gefaßten Beschlüsse auf die Volksvertretung abwälzte.

Die Tapferkeit der Preußischen Truppen, die außerordentliche diplomatische Geschicklichkeit Bismarcks, die Schwäche und der thörichte Übermut der Dänen wirkten wunderbar zusammen, um im Verein mit der unerwarteten Passivität Europas ein über alles Hoffen hinaus günstiges Resultat des am 1. Februar beginnenden Krieges herbeizuführen. Ein treffender Spruch charakterisierte die Neutralität der drei übrigen Großmächte mit den Worten: England kann nicht, Frankreich wird nicht und Rußland will nicht! — nämlich zu gunsten Dänemarks einschreiten. Schleswig ward im Fluge erobert, Jütland besetzt, Düppel mit Sturm genommen, die Londoner Ausgleichs-Konferenz resultatlos beendet, am 29. Juni endlich durch die ewig denkwürdige Waffenthat der Überschreitung des Alsensundes das Dänische Heer aus seiner letzten Zuflucht vertrieben. Erst dann bat Dänemark um Frieden und erlangte solchen zu Prag am 30. Oktober 1864 durch vollständige Abtretung von Schleswig-Holstein-Lauenburg an Preußen und Österreich.

Damit war endlich ein Hauptposten aus dem großen Schuldbuch der Reaktion ausgelöscht. Das arme Hessen stand noch darin, jedoch hatte schon Ende 1862 der nach Kassel entsendete berühmte

Feldjäger dem Kurfürsten die deutliche Warnung überbracht, daß die Zeit von Bronnzell für immer vorüber und Bismarck nicht gewillt sei, fernerhin den vormals getriebenen kleinstaatlichen Unfug an Preußens Grenzen weiter zu dulden.

Ein Patriot, der so tief die Schmach der Olmütz-Politik gefühlt, und so standhaft ihre Urheber bekämpft hatte wie Harkort, mußte doppelte Genugthuung empfinden über den glorreichen Ausgang des glücklich beendeten Krieges. Hatte er doch schon im August 1850 in seinem Berichte an die Westfälischen Hilfs-Komitees für Schleswig-Holstein ausgesprochen (S. 436), daß der Besitz der Kieler Bucht und die Möglichkeit der Herstellung eines Kanals zwischen Ost- und Nordsee allein einen Feldzug aufwiege! Freudigst begrüßte er es also, als gleich nach dem Tage von Düppel der „Goldonkel", wie der Berliner Volkswitz den in Ruhestand versetzten von der Heydt getauft hatte, an die Spitze einer Gesellschaft trat, welche sich die Ausführung jener interozeanischen Wasserstraße zur Aufgabe stellte. Stets von großen Gesichtspunkten ausgehend und bemüht, seiner geliebten Heimatprovinz endlich die seit vielen Jahren vergebens erstrebte direkte Verbindung mit dem Deutschen Meere zu verschaffen, regte Harkort bei dem vormaligen Handels-Minister den Gedanken an, von vornherein auf die Fortsetzung der großen Linie nach Westen Bedacht zu nehmen; unter Benutzung vorhandener günstiger Wasserläufe, die Unter-Elbe mit der Weser, sowie diese mit der Ems zu verbinden, und endlich den schon durch Napoleon I. geplanten Kanal vom Rhein zur Ems herzustellen. Von der Heydt erkannte die Richtigkeit des weit ausschauenden Planes — der hoffentlich im letzten Dezennium des 19. Jahrhunderts seine Vollendung erleben wird! — an, machte aber als erfahrener Finanzmann auf die große Schwierigkeit der Geldbeschaffung aufmerksam und riet mit Recht, die Kräfte nicht zu zersplittern. Doch selbst dann, wenn die Stimmung des Geldmarktes Unternehmungen solcher Art günstiger gewesen wäre, würde die Ausführung jenes Projekts bei Hannover, dessen Welfen-Dynastie nach König Georgs Ausspruch „bis an das Ende aller Dinge" zu regieren gedachte, auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen sein.

Harkorts hingebender Kampf für rationelle Entwickelung der vaterländischen Seewehr, in welchem er jahrelang fast allein gestanden und sich nicht selten gegen eigene Parteigenossen hatte verteidigen müssen, zog ihm schließlich gar noch eine gerichtliche Anklage zu,

ſtatt wohlverdienten Dankes dafür, daß er die ernſte Aufmerkſamkeit der Nation für den hochwichtigen Gegenſtand zu erwecken ſuchte. Die im Marine-Miniſterium ſchaltenden Land-Offiziere hatten ſich durch einzelne, in einem ſeiner zahlreichen Zeitungsartikel enthaltenen Ausdrücke, wie: „Infanteriſt ad interim", „die Gelehrten der Admiralität", „Infanterie-Flotten-Organiſateure" u. dgl. ſchwer gekränkt gefühlt, Anklage erhoben und in Düſſeldorf ein Zuchtpolizei-Gericht gefunden, das dem Verfaſſer dafür eine Strafe von 20 Thalern auferlegte. Dieſe Verurteilung des alten Veteranen — die erſte und letzte, die ihm widerfuhr — bot, auf Anregung des bekannten Groß-Induſtriellen W. Funcke, den Wählern der Kreiſe Hagen, Bochum, Dortmund, Iſerlohn, Altena, Olpe und Siegen erwünſchten Anlaß, ihrem Vertreter eine ſinnvolle Ehrengabe zu widmen. Zu Oſtern 1865, dem fünfzigjährigen Erinnerungstage an den zweiten Ausmarſch der Märkiſchen Landwehr gegen Napoleon, verſammelte ſich in Hagen von weit und breit her eine große Schar Verehrer des Gefeierten, um demſelben ein aus der Werkſtatt von Sy & Wagner hervorgegangenes, vorzüglich gelungenes Kunſtwerk feſtlich zu überreichen. Dasſelbe ſtellte eine auf breitem Fußgeſtelle liegende Votivtafel dar, aus deren Mitte ſich eine mit vier Schiffsſchnäbeln gezierte Roſtra erhebt, deren Spitze die außerordentlich ähnliche Statuette Harkorts, den Arm auf einen Anker geſtützt, krönt. Das Fußgeſtell trägt an der einen Seite die Widmungs-Worte, an der anderen das Bild des Harkorter Stammhauſes; zwiſchen beiden Minerva in ihrer zwiefachen Bedeutung für Krieg und für Frieden; hier als kriegeriſche Jungfrau mit der Büchſe des freiwilligen Jägers im Arme, das eiſerne Kreuz im Lorbeerkranz haltend, dort mit den Attributen der Kunſt und des Gewerbefleißes. Der Rand der Votivtafel iſt in 16 Felder eingeteilt, welche durch Inſchriften die zahlreichen Gebiete des Gemeinwohls bezeichnen, auf denen der Volksmann ſich verdient machte, und in vier Medaillons die Symbole des Mutes, der Selbſtverleugnung, des Fleißes und der Weisheit (Löwe, Pelikan, Bienenkorb, Eule) darſtellen.

Harkort dankte tiefgerührt für den ehrenvollen Beweis der unerſchütterlichen Anhänglichkeit ſeiner Wähler, fragte aber im ſtillen: Wo ſoll ich nur mit ſolch koſtbarem Dinge hin? Auf meinem Tiſche im Hombruch darf ich es doch nicht aufſtellen, dort, wo ich ſo viele Jahre zufrieden ſein mußte und zufrieden war, wenn nur irgend etwas zum eſſen darauf ſtand! Thatſächlich iſt denn auch jener Tafelaufſatz von ſeinem Beſitzer niemals gebraucht, wohl aber von ihm dankbaren Herzens letztwillig verfügt worden, daß dieſes Denkmal

Westfälischer Treue von seinen Nachkommen für immer als ein Familienkleinod aufbewahrt werden solle. Bei einer in Hagen notwendig gewordenen Ersatzwahl für den Landtag ordneten die Wähler ihm seinen Vetter, den im ganzen Kreise angesehenen Gutsherrn von Schede, als Spezialkollegen bei, während der Wahlbezirk Solingen-Lennep einen seiner Schwiegersöhne in die Kammer entsandte.

Bezüglich der dort jetzt in vorderster Reihe stehenden Frage über das endliche Schicksal des befreiten Schleswig-Holstein hatte Harkort in einem Programm für die bevorstehende Session von 1865 erklärt: „Bundesland kann man nicht annectiren, denn die Völker sind dem Begriffe, eine Heerde zu sein, entwachsen. Dagegen kann Preußen verlangen, daß in den Herzogthümern nicht ein zweites Hannover entstehe; eine Hafenstation in Nord- und Ostsee, die Durchführung jenes Kanals zwischen beiden Meeren und der Anschluß an das preußische Heer sind Forderungen, welche durch die gebrachten Opfer wohl begründet erscheinen.“ Auf einem solchen loyalen Standpunkt, wie er hier skizziert wurde, hätten sich alle national gesinnten Parteien in Deutschland, insbesondere Preußens Regierung und Volk, bei gutem Willen leicht zusammenfinden können. Bismarcks Forderungen vom Februar 1865 standen in der Hauptsache auf der nämlichen Basis. Doch der gute Wille zur Versöhnung fehlte, namentlich auf Seiten der Machthaber in Berlin. Nach dem glücklichen Ausgange des Dänischen Krieges betrachteten diese ihren Sieg über „das innere Düppel“, wie der Verfassungsstreit spöttisch genannt wurde, als unzweifelhaft und sich berechtigt, zum Abgeordnetenhause im Tone des „sic volo, sic jubeo“ zu sprechen, um so mehr als eine gute Finanzlage sie von Geldbewilligungen unabhängig machte. Als nun auch die Thronrede gar noch das „enge Bündnis“ mit dem verhaßten Österreich lobte, da schienen jene Recht zu behalten, welche behaupteten, daß die große nationale Angelegenheit, trotz Düppel und Alsen, abermals ein klägliches Ende nehmen werde. Die neue Session beließ, mangels jeden Entgegenkommens der Regierung, die mit der zweijährigen Dienstzeit sofort den Frieden herstellen konnte, den leidigen Verfassungsstreit in seinem chronischen Krankheitszustande. Demgegenüber begrüßte man in Westfalen und den übrigen bergbautreibenden Provinzen das endliche Zustandekommen des Allgemeinen Berggesetzes (vom 24. Juni 1865), mit um so größerer Genugthuung. Dasselbe bereitete den in der Preußischen Monarchie geltenden Bergordnungen und 13 dazu erlassenen Novellen nach teilweise jahrhundertelangem Bestehen endlich

ein Ende und setzte an ihre Stelle eine legislatorische Arbeit, die wahrhaft mustergültig genannt werden kann und eine anerkannte Zierde unserer Gesetzbücher bildet*). Vor einem Menschenalter hatte Harkort die Notwendigkeit einer gründlichen Bergordnungs-Reform zuerst in einer Preußischen Ständeversammlung angeregt (Münster 1833) und den Kampf für dieselbe seit 1848 mit stets kräftiger werdender Unterstützung fortgeführt. Er ward jetzt zum Vorsitzenden des vorberatenden Ausschusses ernannt, welcher den Gesetzentwurf aufs gründlichste durcharbeitete, jedoch zu dem praktischen Schlußantrage gelangte, dem Plenum die en bloc-Annahme in der Fassung des Herrenhauses zu empfehlen. Letztere ward denn auch zu allseitiger Zufriedenheit mit allen gegen eine Stimme beschlossen.

Für Schule und Lehrer vermochte ihr treuer Anwalt diesmal nichts anderes zu thun, als namens der Unterrichts-Kommission die Vorlegung eines Schuldotationsgesetzes, insbesondere für die Besoldungen, zu befürworten und zur Annahme zu bringen. In der Provinz Preußen amtierten, wie er bei diesem Anlasse nachwies, damals noch 954 Landschullehrer mit Gehältern unter 160 Thalern, die in mehreren Fällen bis zu 40 Thalern jährlich herabsanken. Da das Unterrichtsgesetz bei den derzeitigen Verhältnissen nicht durchzusetzen sei, so müsse man, sagte er, zunächst mit einer Dotation sich zufrieden geben, um wenigstens jenes Elend möglichst zu lindern. Mühler versprach den Gesetzentwurf für das folgende Jahr — ohne Wort zu halten.

Die Vorlage einer Fischerei-Ordnung für den Regierungsbezirk Stralsund unterstützte Harkort, der bei allen sich darbietenden Anlässen im Landtage auf die Wichtigkeit der Seefischerei hingewiesen hatte**), mit besonderer Wärme. Er hoffte nicht nur Fische zu einem wesentlichen Teile der Volksnahrung werden zu sehen, sondern er erkannte auch namentlich das Bedürfnis, die Zahl der Hochseefischer zu vermehren, um daraus das beste Matrosen-Material für die Kriegsflotte zu gewinnen. Ein im April 1865 von ihm erlassener Aufruf stellte die in weiteren Kreisen wenig gewürdigte Bedeutung des Fischerei-Gewerbes in populärer Form dar und forderte zur Ausrüstung eines mit besten Hilfsmitteln versehenen Fischer-Lehrbootes für die Ostsee auf. An der Pommerschen Küste besuchte er seit Jahren alle Häfen; bei häufigem Aufenthalt auf der ihm be-

*) Das Hauptverdienst um das Berggesetz von 1865 gebührt bekanntlich dem Berghauptmann Brassert in Bonn.

**) Zuerst 1852 in der Schrift: „Die Preußische Handels- und Kriegsmarine und ihre Stellung zum Zollverein;“ vgl. S. 494.

sonders lieben Insel Rügen, wo eine seiner Töchter ihre zweite Heimat gefunden, gehörte es zu seinen angenehmsten Beschäftigungen, mit Neukamper Fischern in See zu gehen, um alle Einzelheiten des Fischereiwesens durch eigenen Augenschein und Mitarbeit kennen zu lernen. Schon in den 40er Jahren prophezeite er weitblickenden Auges dem kleinen Dorfe Saßnitz eine bedeutende Zukunft als Seebad; dort eine Hütte zu kaufen und mit Kindern oder Enkeln einen Teil des Sommers zu verleben, blieb stets einer seiner Lieblingswünsche. Da alles, was mit dem Meere zusammenhing, seiner thatkräftigen Mitwirkung gewiß sein durfte, so beteiligte er sich im Mai 1865 nicht nur in Kiel an der Gründung der später trefflich aufgeblühten und in höchstem Segen wirkenden Deutschen Gesellschaft für Rettung Schiffbrüchiger, sondern reiste auch 1866 nach Gotha, um dort dem berühmten Geographen Petermann bei der Stiftung eines Vereins zur Ausführung der von demselben geplanten Nordpol-Expedition zur Seite zu stehen.

Nach fünfmonatlicher Dauer war der Landtag Mitte Juni geschlossen, der politische Widerstreit aber noch schärfer und bitterer denn zuvor geworden. Alle Bemühungen der Regierung, die Einigkeit zwischen den Wählern und Gewählten zu sprengen, blieben erfolglos. Die 50jährige Jubelfeier der Vereinigung von Rheinland und Westfalen mit der Preußischen Monarchie begegnete nur in offiziellen Kreisen einiger Teilnahme*). Um so lebhaftere Zustimmung fand der von Bewohnern Kölns und anderer Städte der beiden Westprovinzen angeregte Gedanke, gleichwie im Jahre 1863 so auch jetzt wieder den liberalen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses ein Fest des Dankes und der Anerkennung in der Rheinischen Hauptstadt zu bereiten. Unfähig diese freiwillige Demonstration auf irgend einem gesetzlichen Wege zu verhindern, beschloß die Regierung, dieselbe gewaltsam zu unterdrücken. Der von der Stadt-Vertretung, seiner Eigentümerin, für das Fest hergegebene Gürzenich-Saal ward gegen deren Einspruch durch die Polizei verschlossen; das Festkomitee, in frivoler Verdrehung des Gesetzes, für einen „politischen Verein" erklärt, das Festmahl als „politische Versammlung" untersagt und mit Aufgebot von Militär gesprengt, zur Festfahrt gemietete Dampfboote gegen den Widerspruch der Besitzer beschlagnahmt. Als sich am folgenden Tage die Festteilnehmer auf Nassauisches Gebiet begaben, ließ die dortige Regierung, zu Polizeidiensten solcher Art

*) Für das desfallsige Festmahl in Köln wurden, um den Saal zu füllen, unentgeltlich Karten verteilt. (Stenogr. Ber.; 1866 S. 244.)

ſtets freundnachbarlichſt bereit, die Verſammelten mit Waffengewalt auseinandertreiben. Ein Jahr ſpäter irrte der Naſſauer Ex-Souverän, von Preußiſchen Truppen aus ſeinem ſchönen Ländchen verjagt, ſelbſt als heimatloſer Flüchtling umher, während diejenigen Abgeordneten, welche er 1865 in Oberlahnſtein durch ſeine Soldaten hatte vertreiben laſſen, in Berlin die Vereinigung Naſſaus mit Preußen dekretierten.

Das noch im Januar vom Throne herab belobte „enge Bündnis“ mit Öſterreich war ſchon wenige Monate ſpäter ſo vollſtändig in die Brüche gegangen, daß im Auguſt 1865 die beiden „Condomini“ der Herzogtümer den drohenden Krieg nur durch den vom Volke ſehr ſchlecht aufgenommenen Gaſteiner Vertrag beſeitigen bezw. hinausſchieben konnten. Preußen fand Öſterreich wegen ſeines Anteils an Lauenburg mit einer Geldſumme ab und überließ dem Alliierten die alleinige Verwaltung Holſteins, während es ſelbſt diejenige von Schleswig übernahm. Unmittelbar nach dieſer Auseinanderſetzung erſchienen in Berliner Blättern Erklärungen fortſchrittlicher Abgeordneten (Tweſten, Mommſen, Kerſt) zu gunſten der vollſtändigen Einverleibung beider Herzogtümer in Preußen. Gegen dieſe richtete Harkort, welcher ſtets den Anſpruch Preußens auf militäriſche und maritime Führung der den Dänen abgewonnenen Lande als vollberechtigt anerkannt, jedoch jede Vergewaltigung des Volkswillens zurückgewieſen hatte, einen energiſchen Proteſt, indem er, auf die zahlreichen, in dieſem Sinne erlaſſenen Ausſprüche ſämtlicher Deutſchen Volksvertretungen hinweiſend, für das Recht der Bewohner eintrat, ſelbſt über ihr Schickſal zu entſcheiden. Darob entwickelten ſich überall heftige Zeitungsfehden. Das ſeit der Befreiung Italiens in Europa anerkannte Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker wagte zwar liberalerſeits niemand anzutaſten, um ſo weiter aber gingen die Meinungen darüber auseinander, ob dieſes Recht dem Ganzen oder dem Teile, der Nation oder dem Einzelſtamme, zuſtehe. Sein Ziel klar im Auge hörte Bismarck dieſen akademiſchen Erörterungen mit verſchränkten Armen zu. Gerade während der Schleswig-Holſteinſchen Epiſode hatte er ſowohl ſeine eigene Kraft und Kunſt, wie die Schwäche aller ſeiner Gegner kennen gelernt und den Plan feſtgeſtellt, welchergeſtalt Preußen ſeine alte Rechnung mit dem „engverbündeten“ Öſterreich ordnen wolle. Von den realen Machtverhältniſſen abgeſehen war ſchon hinſichtlich der leitenden Männer die Lage 1866 eine ganz entgegengeſetzte geworden, wie jene zur Zeit von Olmütz. Damals regierte in Öſterreich Fürſt Schwarzenberg — jetzt Graf Mensdorff; damals in Preußen

Friedrich Wilhelm IV. — jetzt Wilhelm I.; damals Manteuffel — jetzt der umgewandelte Bismarck. Und bei dem letzteren stand der Entschluß fest, alles auf Eine Karte zu setzen und mit der Schleswig-Holsteinschen zugleich die Deutsche Frage zur endgültigen Entscheidung zu bringen.

Der Präsident Grabow sprach leider nur die Wahrheit, als er beim Wiederantritt seines Amtes im Januar 1866 erklärte: „Das düstere, in der letzten Session vor Ihnen und dem Lande entrollte Bild über die innere Lage unseres Staates hat sich seitdem noch mehr verfinstert!" Eine Aussöhnung erschien, auch wenn man sie beiderseits gewollt, mit dieser Regierung nicht mehr möglich. Seit 1862 hatte das Kabinett Bismarck das Budgetrecht der Volksvertretung vernichtet, 1863 ein Attentat auf die Preßfreiheit verübt, 1865 große Vermögensstücke des Staats (den Anteil an der Köln-Mindener Eisenbahn) ohne Vollmacht veräußert, und endlich 1866 Mitglieder des Hauses, die Abgeordneten Twesten und Frentzel, wegen Reden, die sie im Landtage gehalten, vor Gericht gestellt. Insbesondere erregte der letztaufgeführte Fall, welcher die verfassungsmäßig garantierte Redefreiheit der Volksvertreter vernichtete, im ganzen Lande um so größere Erbitterung, als die Anklage von den Gerichten erster und zweiter Instanz abgelehnt und erst dann vom Obertribunale zugelassen worden war, nachdem der Justizminister in den betreffenden Senat zwei zuverlässige Hülfsrichter eingeschoben hatte. Den Protest des Hauses gegen jenen schweren Bruch seiner Privilegien*) sandte das Staats-Ministerium zurück, denselben seinerseits als „Verfassungs-Verletzung" bezeichnend. Gleich unwürdige Behandlung widerfuhr einem Beschlusse, welcher — in Übereinstimmung mit sämtlichen angerufenen Gerichtshöfen — das Verfahren der Verwaltungsbehörden in Sachen des Kölner Abgeordnetenfestes für ungesetzlich erklärte. Je mehr der Entscheidungskampf mit Österreich sich näherte, um so rücksichtsloser gegen das Abgeordnetenhaus glaubte Bismarck zur Stärkung seines Einflusses bei Hofe auftreten zu müssen. Die Ablehnung eines seitens des katholischen Centrums gestellten Antrags auf Erlaß einer Adresse an die Krone, in welcher diese gebeten werden sollte, das Budgetrecht des Hauses anzuerkennen, sofern letzteres sich dagegen zur Genehmigung der

*) Den desfallsigen, mit 263 gegen 35 Stimmen gefaßten Beschluß des Hauses begründete in glänzendster Weise der Abgeordnete Simson, jetziger Erster Präsident des höchsten Deutschen Gerichtshofes.

Heeresreform verstand, diente der Regierung zum Anlaß, die Session nach nur sechswöchentlicher Dauer, unter heftigsten Anklagen gegen die Mehrheit, zu schließen (23. Februar 1866).

Weit entfernt auf jene Anschuldigungen der Regierung Gewicht zu legen, empfingen die Wähler ihre heimkehrenden Abgeordneten auch diesmal mit lautesten Äußerungen des Dankes für ihre pflichtgetreue Verteidigung der Verfassung. Wie am ersten Tage des Konflikts, so stand auch jetzt, unmittelbar vor der Krisis, eine anscheinend unerschütterliche Mehrheit auf Seiten der Vertrauensmänner der Nation. Als die Gefahr immer drohender heranrückte, sprachen sich unzählige Volksversammlungen und Korporationen in Adressen an den König, wie in Resolutionen, mit größter Einmütigkeit für den Frieden und gegen einen „Bruderkrieg" in Deutschland aus. Unter der Führung einer so verhaßten Regierung einen riesenhaften, vermeintlich nur von Bismarck angezettelten Kampf zu beginnen, in welchem Preußen fast gar keine Sympathieen zur Seite standen, der voraussichtlich nur mit der Erschöpfung beider Gegner enden und dem lauernden Franzosenkaiser ersehnte Gelegenheit zum Einschreiten als Schiedsrichter und gebietender Friedensstifter geben werde, erschien auch dem besten Patrioten, von der politischen Stellung ganz abgesehen, als ein vermessenes Unternehmen, als ein verdammenswerter Kabinettskrieg. Preußens in letzter Stunde erfolgtes Anerbieten einer Bundes-Reform mit Parlament und allgemeinem Wahlrecht, das, außer von dem Agitator Lassalle, seit 1849 von niemandem ernsthaft verlangt worden, ward in ganz Deutschland als Spiegelfechterei mit Hohn zurückgewiesen. Bismarck ließ sich durch nichts zurückhalten. Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Herbeiführung des Krieges erfolgte am 9. Mai die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Mit einer Verlogenheit sondergleichen stellte man in dem nun entbrennenden Wahlkampfe die liberale Mehrheit als die eigentliche Urheberin des Streites mit Österreich und den Mittelstaaten dar, ja, die Verleumdung verstieg sich zu der unglaublichen Behauptung, daß der Landtag „die Armee hungern lassen" wolle. Doch das: calumniare audacter, semper aliquid haeret! bewährte sich auch diesmal. Kriegsfurcht und Finanznot traten hinzu und thaten das übrige*). Während bei Langensalza

*) Von der damals herrschenden Panik in der Geschäftswelt vermag man sich heute keine Vorstellung mehr zu machen. Die Annahme von Noten der Preußischen Hauptbank ward, selbst an den Eisenbahnkassen, verweigert, wie dem Verfasser selbst mehrfach begegnete.

und in Böhmen zwiſchen den Heeren der ſeitherigen Deutſchen Bundesbrüder die erſten Schüſſe fielen, fanden in Preußen die Wahlen der Wahlmänner und am Tage des 3. Juli, unter dem Donner der Kanonen von Königgrätz, jene der Abgeordneten ſtatt. Die Konflikts-Periode war an ihr Ende gelangt und das hohe Ziel Deutſcher Einigung, welches die liberale Partei auf dem durch den Prinz-Regenten bezeichneten Wege „moraliſcher Eroberungen“ jahrelang ehrlich verfolgt hatte, von König Wilhelm und Bismarck mittelſt Blut und Eiſen erreicht worden.

Dreizehntes Kapitel.

Die letzten Lebensjahre.

Alt zu werden ist Gottes Gunst,
Jung zu bleiben des Menschen Kunst.
Sprichwort.

Inhalt: Zweite Session 1866. Allgemeines Wahlrecht. Konstituierender Reichstag. Wahl in den ordentlichen Reichstag. Landtag 1867—70. Deutscher Kanal-Verein. Einweihung des Stein-Turmes. Reichstag 1867—70. Deutsch-Französischer Krieg. Reichstag 1871—73. Im Hombruch. Der 80. Geburtstag. Schwindelperiode. Brutalitäts-Statistik. Arbeiter-Spiegel. A. Krupp. Letzte Schriften. Heimgang und Beerdigung. Das Harkort-Denkmal.

Noch während die Preußischen Heere sich im Herzen Österreichs in unaufhaltsamen Siegeszuge gegen die Donau hin bewegten und im Westen am Main die dort aufgestellten Bundestruppen vor sich hertrieben, erfolgte aus dem Hauptquartiere zu Brünn die Einberufung des Preußischen Landtags auf den 30. Juli. Schon machten sich die Mitglieder bereit, nach der Hauptstadt aufzubrechen, als jene Verordnung zurückgenommen und die Eröffnung der neuen Session anderweit auf den 5. August anberaumt wurde. An diesem Tage vernahmen die Abgeordneten des Preußischen Volks jene historischen Worte, wie sie so stolz und achtunggebietend niemals vom Throne der Hohenzollern herab erklungen waren: „Viel theures Blut ist geflossen, viele Tapfere betrauert das Vaterland, die siegesfroh den Heldentod starben, bis unsere Fahnen sich in einer Linie von den Karpathen zum Rheine siegreich entfalteten!“ Daran knüpfte sich der Ausdruck der Hoffnung auf einträchtiges Zusammenwirken zwischen Regierung und Landesvertretung, sowie die Erklärung, daß die Regierung für die seither ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung „Indemnität“ nachsuchen werde. Dies von allen Patrioten ersehnte Wort war also endlich ausgesprochen. Es würde auch das allerseits versöhnende Wort gewesen sein, wenn die Regierung es in seinem wahren Sinne und Geiste verstanden hätte.

Der Tag des 3. Juli 1866 hatte, die Erwartungen von Freunden und Feinden weit übertreffend, das Antlitz Europas gänzlich verändert, den elenden Deutschen Bund gleich einem Scherben zerschlagen, Österreich aus Deutschland hinausgewiesen, die Hegemonie Frankreichs gebrochen. Nicht minder war im Innern Preußens die Lage eine durchaus andere geworden. Müde des vierjährigen Streites hatte ein großer Teil der in drei Hauptwahlen fest bei der Verfassung ausharrenden Wählerschaft diesmal regierungsfreundliche Vertreter entsendet. Fortschrittspartei und linkes Centrum waren auf die Hälfte des früheren Bestandes zurückgedrängt, die konservativen Fraktionen um das vierfache gewachsen, dennoch aber eine feste Mehrheit weder auf der rechten noch auf der linken Seite vorhanden. Als auf des Königs dringenden Wunsch Grabow die Wiederwahl zum Präsidenten ablehnte, wurde der Abgeordnete von Forckenbeck mit 170 gegen 158 Stimmen zu diesem Amte berufen, wobei die Entscheidung durch die Polen erfolgen mußte. Über die Antwort-Adresse auf die Thronrede gelangte man bald zur Verständigung, nicht so über die Indemnität. Eine einfache, ehrliche Erklärung der Regierung: wir erkennen die budgetlose Verwaltung als eine Verletzung der Verfassung an, haben aber im guten Glauben gehandelt, und bitten mit Rücksicht auf die erzielten großen Erfolge um nachträgliche Genehmigung — würde einstimmig gutgeheißen worden sein. Statt dessen vernahm man hinten herum, daß schon die Nachsuchung der Indemnität ernsthaften Streit im Kabinett verursacht habe und die Mehrheit desselben das desfallsige Votum des Landtags ganz entgegengesetzt als ein Eingeständnis des Unrechts der früheren Volksvertretung betrachten werde*). Man beabsichtigte also von dieser Seite, abermals ein für die Anerkennung des Verfassungsrechtes nichtsbesagendes Gaukelspiel aufzuführen, ähnlich der Kreditbewilligung für die „einstweilige" Militär-Reorganisation von Jahre 1862. Das sprach Harkort in der Verhandlung am 1. September geradezu aus und bemerkte: „Ich sehe kein anderes Schutz- und Deckungsmittel, als die Indemnität erst an dem Tage zu ertheilen, wo wirklich wieder ein durch alle drei Gewalten vereinbartes Budget zu Stande gekommen ist." Er wollte nicht bloß schöne Worte der Versöhnung hören, sondern versöhnende Thaten sehen und alsdann in gleichem Sinne darauf antworten. Aber dies berechtigte Verlangen fand bei den Siegern, als welche sich die Minister und die

*) H. von Sybel bestätigt diese Thatsache authentisch in seiner „Begründung des Deutschen Reiches" Band V, S. 343 ff.

Konservativen betrachteten, ebenso wenig eine Stätte, als man auf die Warnung des Veteranen hörte, der darauf hinwies, wie gefährlich das gespielte Spiel gewesen sei und welche unermeßliche vernichtende Folgen es für Preußen gehabt hätte, wenn es verloren ging. Die Indemnität ward von der Rechten und dem vertrauensseligen Teil der Liberalen mit 230 gegen 75 Stimmen angenommen.

Als 1859 und 1860 die Italiener ihre kleinen und großen Tyrannen verjagten, hatte man das bei Hofe und in Preußischen Regierungskreisen „verdammenswerthe Revolution" genannt und sich jahrelang gesträubt, das neue Königreich anzuerkennen. Wie aber Cavour richtig vorhergesagt (S. 569), mußte das legitime Preußen sehr bald das Beispiel des revolutionären, ihm jetzt engverbündeten Italiens einfach befolgen. Am 17. August verlas Graf Bismarck des Königs Botschaft: „In der Pflicht, der nationalen Neugestaltung Deutschlands eine breitere und festere Grundlage zu geben, liegt für Uns die Nöthigung, das Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen, das Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt auf immer mit Unsrer Monarchie zu vereinigen"*). Dazu rief das ganze Haus und Volk sein lautes Bravo. Was damals das Haus Savoyen in Italien gethan, vollführte jetzt Hohenzollern in Deutschland. Gleich seinem Westfälischen Landsmann Waldeck, der trotz streng demokratischer und katholischer Gesinnung zu den entschiedensten Annexionisten gehörte, erklärte sich auch Harkort für die Beseitigung jener Fürsten und Dynastieen, die durch Mißregierung und systematische Feindseligkeit gegen Preußen das Recht zu regieren verwirkt hatten. Und als er sich für das durch General Manteuffel arg gebrandschatzte Frankfurt verwandte, mahnte er: „Es ist hohe Zeit, daß unsere Regierung endlich den Weg, den längst versäumten Weg der moralischen Eroberung einschlägt, daß sie durch eine freisinnige Verwaltung im Innern zeigt, daß die Neueintretenden nicht den Cäsarismus, sondern ein freies selbständiges Bürgerthum und einen mächtigen Schutz nach außen zu erwarten haben." Denen aber, die nach Herstellung des geplanten Norddeutschen Bundes auf die stets versprochene Ermäßigung der Militär- und Steuerlast hofften, rief er zu: „Was das Schwert erworben, kann auch nur das Schwert erhalten, und wir werden nach wie vor gegen Ost und

*) Die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen wurde erst im Dezember 1866 ausgesprochen. Harkort enthielt sich dabei der Abstimmung, weil gegen die Herzogtümer kein Krieg geführt, ihnen vielmehr die Aufrechthaltung ihrer alten Landesrechte versprochen worden und er selbst stets für diese eingetreten sei.

West gerüstet bleiben müssen. Also die gehofften Erleichterungen in der Militärlast werden nicht eintreten, wenigstens für lange Zeit nicht." — Prophetische Worte!

Niemals war der Ruhm des Preußischen Unterrichtswesens im Auslande höher gefeiert worden, als nach dem Siege von Königgrätz. Während man dort vorher das Zündnadelgewehr eine im Kriege unbrauchbare Paradewaffe (vergl. S. 534), die Landwehr eine im Ernstfalle unzuverlässige Miliz genannt hatte, erkannte man jetzt mit Schrecken, daß, gleichwie die Preußische Zündnadel jedem andern der damals vorhandenen Gewehrsysteme, so der aus dem Preußischen Unterrichtszwange hervorgegangene Soldat jedem andern überlegen, mindestens aber gleichwertig sei. Als der eigentliche Sieger im sogenannten siebentägigen Feldzuge wurde der Preußische Lehrer, der berühmte „Schulmeister von Sadowa", wie ihn die Franzosen nannten, bezeichnet und gefeiert. Solch günstigen Moment gedachte Harkort, dem auch diesmal der Vorsitz im Unterrichts-Ausschusse übertragen worden war, zu benutzen, indem er die ungesäumte Vorlegung des im vorigen Jahre fest zugesagten Schuldotationsgesetzes beantragte. Doch wieder wußte Herr von Mühler mittelst der Ausrede zu entschlüpfen: man müsse nunmehr den Zeitpunkt abwarten, in welchem auch die Unterrichtsverhältnisse der neuerworbenen Länder im Hause diskutiert werden könnten. Das Verlangen Harkorts ward abgelehnt und durch einen, die Sache hinausschiebenden, Antrag des konservativen Schulrats Bieck ersetzt, d. h. die Lehrer mußten weiter warten und ihren Hunger mit dem Lobe ausländischer Zeitungen zu stillen versuchen.

Nach der Annexion Schleswig-Holsteins konnte jetzt zur Herstellung definitiver Marine-Anlagen in dem herrlichen Kieler Hafen geschritten werden. Harkort bekämpfte den in Aussicht genommenen Bau des Arsenals bei Friedrichsort, dem einem Angriffe zur See wie zu Lande ausgesetzten Eingang der Kieler Föhrde, und sprach sich entschieden für Ellerbeck aus. Der letztere Punkt ist bekanntlich später gewählt worden. Sein Antrag: „Den Ankauf der Kriegsschiffe im Auslande einzustellen und diese lohnende Arbeit der vaterländischen Industrie zuzuwenden" — ward durch die damals herrschende freihändlerische Mehrheit abgelehnt. Wie die Lehrer auf die längst versprochene Gehaltsaufbesserung, mußten auch die Preußischen Schiffswerftbesitzer auf Aufträge warten und zusehen, wie diese nach England und Frankreich wanderten.

Endlich, nach mehr als dreißig Jahren, erschien der von Harkort so standhaft verlangte Gesetzentwurf über die Aufhebung des

Salzmonopols; nur leider nicht in derjenigen Form, wie er sie zum Vorteil des arbeitenden Volkes gewünscht. Unter Freigebung des Handels mit Salz wurde eine Abgabe von zwei Thalern pro Centner, das Vier- bis Fünffache des Herstellungspreises, auf dieses unentbehrliche Lebensmittel gelegt; eine Abgabe, die gleich einer Kopfsteuer wirkt, mithin vorzugsweise die unteren Klassen trifft. Harkort schlug, da besseres durchzusetzen aussichtslos erschien, vor, die Abgabe nur für so lange Zeit auf zwei Thaler festzusetzen, als der Gesamtbetrag derselben den seitherigen Gewinn am Salz-Monopol von 5 700 000 Thalern nicht übersteige, dann aber dieselbe von Fall zu Fall um 10 Sgr. pro Centner zu ermäßigen; doch fand dieser vermittelnde Antrag ebenso wenig Gnade bei der Regierung und der Mehrheit, wie alle andern desfallsigen Bestrebungen.

Behufs Ausführung der für den Reichstag des zu bildenden Norddeutschen Bundes erforderlichen Wahlen bedurfte es in Preußen eines Gesetzes, bei dessen Erlaß der Landtag mitzuwirken hatte. In Anbetracht der entscheidenden Thatsache, daß jene Neubildung sich aus 24 Millionen Einwohnern des vergrößerten Preußens und aus nur 5 Millionen Nichtpreußen zusammensetzte, erschien es als der zweckmäßigste Ausweg, im Verhältnis der genannten Bevölkerungsziffern Vertreter aus den Nichtpreußischen (20) Staaten in das Preußische Abgeordnetenhaus treten und durch diese solchergestalt verstärkte Körperschaft die gemeinsamen Angelegenheiten beraten zu lassen. Graf Bismarck beabsichtigte indes nicht, diesen nächstliegenden Weg zu beschreiten. Während der Konfliktszeit hatte ihm der sozialdemokratische Agitator Lassalle den Rat in das Ohr geträufelt, die Opposition des damals mächtigen verfassungstreuen Bürgertums von links her anzugreifen und durch Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts für immer zu brechen*). Diese Idee fiel bei dem leitenden Staatsmann um so mehr auf fruchtbaren Boden, als das Beispiel Louis Napoleons schon seit 1851 zeigte, wie ein geschickter Selbstherrscher das Instrument des suffrage universel zu spielen und mit demselben regelmäßig große Regierungsmajoritäten zu erzielen vermochte. Eine gefügige und konstante Mehrheit aber war und blieb das große Ziel, nach welchem Bismarck seit Jahren trachtete. Der Gedanke an zukünftige schwere

*) Bereits am 11. Februar 1865 bedrohte der Abgeordnete Wagener (von der Kreuzzeitung) die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses mit dem „Massenschritt der Arbeiter-Bataillone". Ihm gegenüber erinnerte Loewe (Bochum) prophetisch an das Schicksal des Zauberlehrlings, der die Geister wohl rufen, doch nicht wieder bannen konnte.

Gefahren für die bestehende Gesellschaftsordnung, sofern man mit Hilfe des allgemeinen gleichen Wahlrechts den Teufel des liberalen dritten Standes durch den Beelzebub des vierten Standes auszutreiben versuche, scheint Bismarck und seiner konservativen Gefolgschaft gar nicht in den Sinn gekommen zu sein. Auch von der Gewalt der ultramontanen Geistlichkeit über die Gemüter und von der ungeheuren Machtverstärkung derselben durch das, ohne jeden dringenden Anlaß, lediglich aus falsch verstandenen Parteirücksichten proklamierte neue Wahlsystem hatten die in Berlin Regierenden keine Vorstellung. Ebenso wenig erkannten auch die bürgerlichen Parteien, mit geringen Ausnahmen, damals die Gefahr, welche die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Krone und Reich heraufbeschwor. Die neue fundamentale Einrichtung des Deutschen Parlaments wurde, wie Sybel (Bd. V, S. 440) vollkommen zutreffend berichtet, im Preußischen Landtage „nur in höchst oberflächlicher Weise kurz besprochen" und schlankweg genehmigt. Durch Versagung von Diäten an die zukünftigen Reichstags-Abgeordneten glaubte man alle etwaigen Bedenken beseitigen zu können. Wie wenig gerade diese, an sich schon falsche, Maßregel ihren Zweck erreicht hat, weiß jetzt alle Welt, und auch der Importeur jenes französischen Wahlsystems wird heute wohl die Wahrheit des Sybelschen Wortes erkennen: „Wer eine Stechpalme pflanzt, kann nicht süße Früchte davon erwarten." Ein Gesetz, welches alle bestehenden geistigen und materiellen Verschiedenheiten und Leistungen zwischen den Wählern ignoriert, welches Moltke nicht mehr Wahlrecht giebt und nur den nämlichen gesetzgeberischen Einfluß verleiht wie seinem Reitknecht; welches Virchow mit seinem Stiefelputzer, Krupp mit seinem Tagelöhner, Bismarck mit seinem Pfeifenstopfer wahlrechtlich auf mathematisch gleichem Fuße behandelt — ein solches Gesetz muß naturnotwendig über kurz oder lang die Monarchie und die jetzige Gesellschaftsordnung zu Boden werfen nnd Anarchie herbeiführen.

Der erste Versuch mit dem neuen Wahlverfahren (12. Februar 1867), an dem sich die eigentlichen Volksmassen zunächst nur gering beteiligten, entsprach weder den Hoffnungen der Rechten noch der Linken. Zwar erzielte die Regierungspartei in den alten Preußischen Provinzen, wo ein Jahr zuvor die Opposition noch allgebietend gewesen, einen bedeutenden Erfolg; in den annektierten Landesteilen dagegen, wie in den Kleinstaaten, behielten die gemäßigt-liberalen Elemente die Oberhand. Aus Anlaß der in der Indemnitätsfrage statt-

gefundenen Scheidung der Geister hatten sich während der Herbstferien des Abgeordnetenhauses 24 Angehörige der Fortschrittspartei und des linken Centrums von ihren seitherigen Verbänden abgelöst und als „neue Fraktion der nationalen Partei" (spätere nationalliberale Partei) konstituiert. Das Programm derselben fand, da es die Sicherung der nationalen Errungenschaften allem andern voranstellte, bei der damaligen Strömung sehr großen Anklang in der Wählerschaft und führte der neuen parlamentarischen Gruppe gegen 80 Mitglieder zu. Die Fortschrittspartei, welche sich im konstituierenden Reichstage „Linke" nannte, war auf 19 Mitglieder gesunken und das ehemalige linke Centrum, dessen aus der Reichstagswahl hervorgegangene frühere Mitglieder sich meist der nationalliberalen Partei anschlossen, so stark zusammengeschrumpft, daß es keinen selbständigen Verband mehr zu bilden vermochte. Harkort hatte mit Rücksicht auf sein hohes Alter die ihm von verschiedenen Orten angetragenen Mandate abgelehnt. Nach den Stürmen der Revolutionszeit, nach der mühevollen Verteidigung der Volksrechte gegen die Reaktion, bei welcher er stets in vorderster Reihe gestanden, nach den vergeblichen Kämpfen der neuen Ära und der Konflikts-Periode, nach 19 Dienstjahren, die gerade ihm doppelt gerechnet werden mußten, glaubte er jetzt, im 75. Lebensjahre, auf Entlassung aus der Front der Volksvertretung Anspruch machen zu können. Nicht, als ob er Ruhe für sich und gänzliche Freiheit vom öffentlichen Dienste begehrt hätte. Im Gegenteil! — nach wie vor blieb, was ihn persönlich anging, seine Losung: Rast' ich, dann rost' ich! Aber er gedachte während der ihm noch übrig bleibenden wenigen Jahre in jener ruhigeren Weise zu arbeiten, wie in der Zeit vor 1848, also durch Verfolgung gemeinnütziger Zwecke außerhalb des Parlaments, bei denen ein angesehener, eifriger und stets selbstloser Führer not that. So stellte er sich schon im Jahre 1866 an die Spitze eines Komitees, welches die von Mitgliedern der Hagener Handelskammer angeregte Herstellung einer Gütertransportbahn von Bommern am linken Ruhrufer, die Ennepe aufwärts, nach Barmen zu verwirklichen beabsichtigte. Die Linie, um die es sich dabei handelte, fiel im wesentlichen mit derjenigen zusammen, welche 1836 ein Elberfelder Komitee durch den Baumeister Henz ausführen lassen wollte (S. 249). Große, durchgehende Vollbahnen besaß der Westfälische Industriebezirk nachgerade genug; was ihm noch fehlte, waren kleinere, die einzelnen gewerblichen Betriebsstätten aufsuchende Güterbahnen, welche bei geringen Anlagekosten möglichst billige Frachtsätze zu gewähren im stande sind. Das Projekt selbst ist einige Jahre

ſpäter — wenn auch nicht als Güterbahn — durch die damals herrſchenden Geſellſchaften in Geſtalt der Linksruhrthal-, der Ennepethal- und Düſſeldorf-Hoerder-Bahn zur Ausführung gebracht worden. Eigentliche Güterſchleppbahnen nach Art der Tramways fehlen noch heute.

Ein nicht geringeres Intereſſe widmete Harkort der Errichtung von Dampferlinien aus den Häfen des endlich wieder mit Preußen vereinigten Oſtfriesland nach dem Auslande. Von Leer und Emden beabſichtigte man, unter Vorausſetzung billigſter Frachten auf der Weſtfäliſchen Staatsbahn — deren 1866 geplanten Verkauf das Abgeordnetenhaus glücklicherweiſe nicht genehmigt hatte, — regelmäßige Dampfbootverbindungen nach den Oſtſeehäfen, ſowie nach London und Hull hervorzurufen. Der Gedanke fand den gewohnten Anklang, doch nicht die erforderliche thatkräftige Unterſtützung. Die braven Oſtfrieſen, denen raſche rationelle Ausführung jenes Planes große, ſtets wachſende Vorteile zugewendet haben würde, hatten unter der 50jährigen ſchlummernden Hannoverſchen Verwaltung jeden Glauben an die eigene Kraft verloren, ergingen ſich in lokalen Eiferſüchteleien und erwarteten geduldig alles Heil von oben, ohne ſelbſt Hand ans Werk zu legen.

Auf welch fruchtbaren Boden in einzelnen Teilen Rheinland-Weſtfalens die Lehren von Marx und Laſſalle gefallen waren und welche furchtbare Waffe man mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht den Demagogen aller Art in die Hand gegeben, ließen die Vorkommniſſe bei der jüngſt ſtattgefundenen Reichstagswahl in Elberfeld-Barmen alsbald erkennen. Für den zweifelhaften Arbeiterkandidaten von Schweitzer war dort eine große Anzahl von Stimmen abgegeben, die in der engeren Wahl zwiſchen Bismarck und Gneiſt dem erſteren zufiel und ihm den Sieg verſchaffte. Bei der unmittelbaren Nähe des Wupperthaler Fabrikdiſtrikts erſchien eine Übertragung der ſozialdemokratiſchen Agitation in den ſeither geſunden Arbeitskörper der Grafſchaft Mark drohend. Dieſe Gefahr abzuwenden und die Arbeiter vor der neuen berauſchenden Lehre allgemeiner Glückſeligkeit zu warnen, veröffentlichte Harkort in der „Hagener Zeitung“ eine Serie von Artikeln „Zum Genoſſenſchaftsweſen“ und „Zur Arbeiterfrage“. In den erſteren wies er auf die vorhandenen, ſtaunenerregenden Reſultate der durch Schulze-Delitzſch ins Leben gerufenen Vereine hin, als Beweis dafür, was durch Selbſthilfe zu erreichen ſei; während er in den letzteren das zwar veraltete, aber ewig wahre Kapitel von Selbſtbeſſerung, als dem Fundamente allen Fortſchritts, von Fleiß, Ordnung und Sparſamkeit behandelte und damit das in

der Luft schwebende, sozialistische Evangelium verglich. Die Gegenseite, vertreten durch H. Vogel und den talentvollen Arzt Dr. Reincke, blieb die Antwort nicht schuldig. Die nicht abzuleugnenden Ergebnisse des Genossenschaftswesens seien, hieß es dort, trotz aller großen Ziffern doch nur unbedeutend; Selbsthilfe der Arbeiter in größerem Umfange überhaupt unausführbar, und Besserung nur möglich auf Grund einer einschneidenden Änderung der heutigen Gesellschaftsordnung unter entsprechender Staatshilfe. — Wie Lassalle, hier viel weitblickender als Bismarck, es vorgesehen, hatte die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auch die soziale Frage mit allen ihren Konsequenzen auf die Tagesordnung gesetzt und dem vierten Stand den festen Punkt verschafft, von welchem aus er den bestehenden Staat aus den Angeln heben kann.

Die Wahlen für den ersten ordentlichen Norddeutschen Reichstag fanden im August 1867 statt. Für diese schrieb Harkort einen „Wahlspiegel für Arbeiter, Bürger und Bauern", und ein zwar nur wenige Zeilen langes, aber desto gründlicher durchschlagendes, allgemein verständliches Wahlprogramm mit dem Motto: „Keine neuen Steuern!" Er mußte sich jetzt auch entschließen, für Hagen eine Kandidatur anzunehmen, da seine treuen Landtags-Wähler nur mit der Autorität des Namens Harkort den dort am 12. Februar siegreich gebliebenen Vincke zu beseitigen hoffen durften. Der ehemalige Führer der altliberalen Partei hatte im konstituierenden Reichstage, seiner Vergangenheit uneingedenk, in allen Hauptfragen ausnahmslos mit der äußersten Rechten votiert. Das Wahlduell der beiden alten Kampfgenossen erregte große Aufmerksamkeit. Beide Gegner waren im Kreise geboren, beide hatten dort, der eine als Beamter, der andere als Industrieller erfolgreich gewirkt; beide als Vertreter für Hagen viele Jahre hindurch im Parlamente Seite an Seite gefochten und sich einen bedeutenden Namen erworben. Jetzt, dem Ende ihrer Laufbahn nahe, standen sie sich noch als Gegner gegenüber, nachdem unter der Wucht der Ereignisse von 1866 der eine seinen Weg nach rechts, der andere nach links hin genommen hatte. Die Wähler entschieden in engerer Wahl mit 6200 Stimmen für Harkort, während 4700 Stimmen auf Vincke entfielen.

Der neugewählte Abgeordnete schloß sich der Fortschrittspartei an. Von der Überzeugung durchdrungen, daß bei festem Zusammenhalten aller liberalen Elemente ein weit größerer Teil der durch die Preußische Verfassung garantierten Volksrechte in die Norddeutsche Bundesverfassung hätte hinüber genommen werden können, als ge-

schehen war, stimmte Harkort bei Beschlußfassung über die letztere im Abgeordnetenhause, mit der Fortschrittspartei und einer kleinen Anzahl seiner Freunde vom linken Centrum, für die Ablehnung der „so mangelhaften, die Volksrechte beschränkenden und gefährdenden Bundesverfassung". Dieses Votum zog den Beitritt zur Partei sowohl im Reichstag als im Abgeordnetenhause nach sich. Infolge der am 1. Oktober 1867 erfolgten Einführung der Verfassung in sämtliche annektierte Landesteile war das 1866 gewählte Abgeordnetenhaus im Herbste jenes Jahres aufgelöst und unter Zutritt von 80 Vertretern der Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau neukonstituiert worden. Harkort gedachte nunmehr auf das Landtagsmandat zu verzichten, ließ sich indes durch die dringenden Bitten der Lehrerschaft, die des alten unermüdlichen Vertreters nicht entraten mochte, bewegen, die Wahl noch einmal anzunehmen. Inzwischen hatten gegen 8000 Lehrer den König direkt gebeten, ihrer Notlage ein Ende zu machen, und der Minister von Mühler daraufhin den seit Jahren versprochenen Entwurf eines Schuldotations- und eines Lehrerpensionsgesetzes vorgelegt. Das zunächst damit befaßte Herrenhaus verneinte geradezu das Bedürfnis des Schuldotationsgesetzes; Vincke behauptete sogar, ein schlechteres Gesetz sei überhaupt noch niemals vorgelegt worden, so lange Landtage in Preußen existierten, und Harkort erinnerte an die Resolutionen des Hauses 1863, ohne deren Erfüllung das Land nie ein Schulgesetz bekommen werde, wie es der Zeit, der der Nation und der Lehrerwelt fromme. Beide Entwürfe gelangten nicht zur Verabschiedung, erschienen aber in der nächsten Session (1868—69) wieder, diesmal von einem Gesetzvorschlage begleitet, welcher nichts Geringeres bezweckte, als den die Unentgeltlichkeit des Volksschul-Unterrichtes garantierenden Artikel 25 der Verfassung einfach aufzuheben. Das war die Grundlage der Mühlerschen Schulreform! Der Staat könne, lautete die Begründung, die bei Abschaffung des seitherigen Schulgeldes ausfallenden drei Millionen Thaler unmöglich aus seinen Mitteln ersetzen. Harkort sprach diesmal nicht, weil genug andere Verteidiger der Verfassung auftraten, insbesondere Waldeck, der in seiner Jugend noch die durch Fürstenberg und Overberg (S. 31) gegründeten Münsterländischen Schulen besucht hatte. „Haben Sie," rief er der Mehrheit zu, „nach drei Millionen gefragt, als Sie die 60 Millionen Kriegsanleihe bewilligten? — Und was soll man zu dem Grunde sagen, den der Kultusminister anführt: Das Bezahlen des Schulgeldes sei ein Ehrenpunkt! Ich bitte, sprechen Sie mit dem armen Manne von Ehre, wenn Sie ihm den Exekutor

auf den Hals schicken?! Ist das vielleicht eine besondere Ehre, wegen Schulgeld exekutiert zu werden? Eine Ehre aber ist es, wenn Arme und Reiche gleichgestellt werden in den Schulanstalten. Diese wahre Ehre wollen wir und keine andere."

Dank dieser energischen Abwehr ward der Angriff Mühlers auf den Artikel 25 mit starker Mehrheit zurückgeschlagen und auch seine anderen Entwürfe abgelehnt. Als der Witwenpensionsgesetzentwurf alsdann im Herrenhause zur Beratung gelangte, fielen seitens des Urjunkers von Waldow-Steinhöfel jene berüchtigten, die Not verhöhnenden Worte: Ich erwarte, daß mir erst eine verhungerte Lehrerwitwe gezeigt wird; eher werde ich bei diesem Gesetze nicht so ängstlich sein! Auch der Unterrichtsminister empfand mehr Mitgefühl für die Staatskasse als für die Lehrerwitwen. Er erklärte im Herbst — freilich unter dem vernichtenden Gelächter des Hauses, — die Regierung könne dem vorjährigen Beschlusse, das Witwengehalt auf 50 Thaler festzusetzen, nicht beistimmen, weil die Staatskasse den dazu erforderlichen Zuschuß von 60000 Thalern nicht aufzubringen im stande sei*). Die Entrüstung gegen Mühler, welcher durch Bismarck nicht mehr gehalten und dessen neu vorgelegter Unterrichtsgesetzentwurf als unbrauchbar ad acta gelegt wurde, war allerseits so groß, daß der Abgeordnete Ziegler glaubte, ihm durch seinen, von Draußenstehenden viel bewunderten Ruf: „Der Minister von Mühler muß fort von seinem Platze!" den Gnadenstoß geben zu können. Der kluge Ziegler befand sich leider in großem Irrtum, denn er erreichte thatsächlich das Gegenteil von dem, was er beabsichtigte. Auch die unfähigsten Minister wurden nach 1866 in Preußen, ebenso wie vor 1866, durch Reden und Angriffe der Volksvertretung nicht gestürzt, sondern öfter gestützt.

Der letzte Antrag, den Harkort im Abgeordnetenhause stellte, galt der arbeitenden Bevölkerung. Er verlangte für alle Züge die Einrichtung besonderer Frauen-Coupés in der III. und IV. Klasse, sowie die Heizung derselben im Winter. „Ich glaube," bemerkte er in wenigen begründenden Worten, „daß die Frauen der vierten Klasse dieselben Ansprüche haben auf Rücksichten der Sittlichkeit und Gesundheit. Mein Antrag ist ein Teil der sozialen Frage, deshalb bitte ich, ihn zu unterstützen." Der Antrag ward vom Hause angenommen und demnächst durch die Regierung ausgeführt. Mögen unsere Arbeiterfrauen, wenn sie jetzt mit einer Schnelligkeit und Bequemlichkeit, wie sie früher kein Fürst der Erde zu erreichen ver-

*) Gleichzeitig standen für Pferderennpreise 51000 Thaler im Etat!

mochte, in wohldurchwärmten Wagen von Ort zu Ort fliegen können, dankbar des Mannes gedenken, welcher das erste Wort in Deutschland für den Bau von Eisenbahnen gesprochen hat, und durch sein letztes Wort in der Landesvertretung die Einführung jener wohlthätigen Maßregel erzielte, deren sich jetzt das ärmste Weib aus dem Volke erfreut.

Gegenüber so manchen fruchtlos gebliebenen Versuchen, die träge Masse zu gemeinsamer Belebung und Ausführung gemeinnütziger Dinge dauernd anzuregen, gewährte es Harkort große Genugthuung, als ein von ihm verfaßter „Aufruf zur Bildung eines freien Vereins zur Hebung der Deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt" vom 19. Juni 1869 in ganz Norddeutschland freudiger Zustimmung begegnete. Das Monopol der Eisenbahnen, das Bedürfnis nach billigen Frachten wie das Beispiel der Nachbarländer hatte die Faulen endlich aus ihrer Ruhe aufgerüttelt. Bereits in der ersten Zusammenkunft der Freunde der Sache konnte der noch heute blühende „Centralverein für Hebung der Deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt" in Berlin konstituiert und in der am 29. und 30. Oktober des nämlichen Jahres stattfindenden Generalversammlung berichtet werden, daß der neuen Vereinigung 825 Mitglieder und 51 Magistrate, Handelskammern und sonstige Korporationen beigetreten seien. Diese für Deutsche Verhältnisse außerordentlich große Zahl von Interessenten für eine seither traurig vernachlässigte nationale Angelegenheit bewies, wie vollständig Harkorts Vorschlag das Richtige getroffen. Der „Kanalverein", wie er kurz genannt wird, hat sich seitdem stetig weiter entwickelt, ist das anerkannte Hauptorgan für alle, auf Besserung bestehender und Schaffung neuer Wasserverbindungen gerichtete, Bestrebungen geworden, und hat wesentlich dazu beigetragen, dem Wasserverkehr bei den Behörden wie beim Publikum dasjenige Ansehen wieder zu verschaffen, welches derselbe niemals hätte verlieren dürfen*).

Auch in seiner Westfälischen Heimat brachte das Jahr 1869 Harkort zwei besonders erfreuliche Tage. Am 18. September beging die von ihm und Heinrich Kamp gegründete „Mechanische Werkstätte" die Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens in den nämlichen Räumen der Burg zu Wetter, worin sie vor einem halben Jahrhundert ihren Einzug gehalten und sich mühsam ihre Daseins-

*) In die nämliche Zeitperiode wie der Kanalverein fällt die Bildung des „Germanischen Lloyd", einer Schiffsklassifikations-Gesellschaft in Rostock, an welcher Harkort lebhaften Anteil nahm, um für die Deutsche Reederei das Monopol der Französischen „Veritas" zu beseitigen.

berechtigung erkämpfte. Das dort ungünstig gelegene Puddelwerk hatte sich um die Mitte des Jahrhunderts genötigt gesehen, behufs Erzielung besserer Frachtverhältnisse die Stätte seiner ersten Ansiedelung im Wetterschen Burggraben zu verlassen und sich in der Ebene bei Dortmund ein günstigeres Feld aufzusuchen. Dagegen war die in den Besitz der Enkel Kamps übergegangene Maschinenfabrik an ihrer historischen Stelle verblieben. Von sehr tüchtigen Männern geleitet, hatte sie es verstanden, ihren ausgezeichneten Ruf stets zu mehren und eine Pflanzschule tüchtiger Techniker zu bleiben. Von allen denen, die 1819 das mächtige Banner der Industrie auf die alte Feudalburg pflanzten, war der damalige jugendmutige Führer der einzige Überlebende und saß jetzt, ein 77jähriger silberhaariger Greis, von frohen und trüben Erinnerungen tief bewegt, unter den ihn umjubelnden Festgästen.

Am Vorabende des Gedächtnistages der Leipziger Völkerschlacht konnte endlich auch die Einweihung des Stein-Turmes auf dem Kaiserberge bei Herdecke stattfinden. Als unter der Herrschaft der Reaktion in Westfalen der schöne Gedanke angeregt wurde (S. 537), dem großen Reform-Minister durch Bürger und Bauern ein Ehrendenkmal zu errichten, und Harkort diesen Plan seinen damaligen altliberalen Parteigenossen mitteilte, ward derselbe von diesen freudig aufgenommen und der desfallsige Aufruf bereitwillig unterzeichnet (August 1857). Wenige Monate später aber trat nach Erkrankung Friedrich Wilhelm IV. die Stellvertretung des Prinzen von Preußen ins Leben und eröffnete der seitherigen Opposition Aussicht, demnächst an die Regierung zu gelangen. Damit erhielt die Denkmal-Angelegenheit, die seither als ein Akt berechtigter Demonstration gegen die Junkerpartei betrachtet worden war, für die Betreffenden ein ganz anderes Gesicht. Man vermied fortan jeden Schein der Demonstration und suchte vielmehr die Vermittelung Manteuffels in der Sache nach, welcher entschied, daß der Staat selbst Stein ein Denkmal errichten werde, „nachdem die noch nähere Pflicht gegen des Höchstseligen Königs Majestät erfüllt sei.“ Damit hatte man die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben, dem Projekte die oppositionelle Spitze genommen und die nach oben schauenden, oder für Berlin als Denkmalplatz gesinnten Komiteemitglieder von denen aus Westfalen getrennt. Daß aber Harkort und seine Landsleute sich ihren patriotischen Plan nicht durch den Mann von Olmütz aus den Händen nehmen ließen, war selbstverständlich. Sie gingen fortan selbständig vor und brachten, wenn auch erst nach einer Reihe von Jahren, ihr Denkmal für den berühmten Adoptivsohn West-

falens, als das erste in Deutschland, glücklich zur Vollendung. Am 17. Oktober 1869 konnte der mächtige, gegen 70 Fuß hohe, zinnengekrönte Bau durch den Baumeister Schmidt von Haspe in Gegenwart einer großen Volksmenge vollendet übergeben werden. Unter Hinweis auf Steins Großthaten für die bürgerliche Freiheit und für die Befreiung des Vaterlandes vom Französischen Joche weihte Harkort das Denkmal. Adolf Müller aus Hagen trug ein köstliches plattdeutsches Gedicht: „Opp'em Kaisbiärge", und Rheinlands Poet, Emil Rittershaus, mit mächtiger Stimme folgende herrliche Strophen vor:

Den Manen Steins ein Ehrenzeichen! —
Vom Berge schaut der mächt'ge Bau,
Umweht vom Laub der deutschen Eichen,
Hernieder in Westfalens Gau.
An jenen Großen will's gemahnen,
Der treulos nie sein Volk verließ,
Der zu der Freiheit Sonnenbahnen
Aus Nacht und Schmach die Wege wies!

So lange noch ein deutscher Streiter
Für's Vaterland die Hand erhebt,
So lang in Männerherzen weiter
Vom Freiheitskrieg die Kunde lebt,
So lang noch redet die Geschichte
Von jenem großen Volksbefrei'n —
So lang auch glänzt, vom Ruhmeslichte
Umstrahlt, der edle Name: Stein!

Ein Heros, hat er wachgerufen
Zum heil'gen Kampf den freien Geist,
Und auf der Throne glatten Stufen
Für's Recht des Volkes sprach er dreist.
Kein Höfling mit geschmeid'gem Rücken,
Kein Leisetreter, wortgewandt —
Ein ganzer Mann, den mit Entzücken
Und Jubel preist das Vaterland!

So steht dein Bild in unsern Seelen,
So klingt dein Lob mit lautem Ton,
Du Diamant in den Juwelen
In Deutschlands reicher Ehrenkron'!
Wie auch der Zeiten Stürme toben:
Du bleibest unvergessen, Stein,
Und wir, wir wollen still geloben
Zu streben Deiner wert zu sein*).

*) Das Denkmal Steins in Berlin ward erst im Jahre 1875 ordnungsmäßig, jedoch ohne eigentliche Volksteilnahme, enthüllt. Bei der Auswahl des Ortes für das Monument verübte der Humor der Weltgeschichte einen

Im Reichstage widmete Harkort seine Thätigkeit vorzugsweise den Fragen des See- und des Eisenbahnwesens, des Schutzes der Auswanderer, des Kriegsschiffbaues im eigenen Lande, und sonstiger einschlägiger Dinge. Über seinen Antrag: „den Zustand der Wasserstraßen im Norddeutschen Bunde untersuchen zu lassen und eine Vervollständigung des Canalsystems in den Bundesländern herbeizuführen" — ging man 1867 mit freundlichen Wendungen zur Tagesordnung über. Die Förderung materieller Dinge glaubte die damalige Mehrheit noch nicht dem Bunde ansinnen zu dürfen. Das nämliche Schicksal widerfuhr 1869 dem Vorschlage, zur Sicherheit der Küstenschiffahrt auf Norderney einen einfachen Flut- oder Fischerhafen anzulegen. Wie nötig ein solcher war, bewies die große Zahl der an jener Küste alljährlich zu Grunde gehenden Schiffe. Schwebte doch Harkort selbst vor einem Menschenalter, am 22. Februar 1835, mit seinem „Friedrich Wilhelm III." dort in größter Gefahr (S. 262). Hauptsächlich aber bestimmte ihn der dringende Wunsch, die Hochseefischerei auf dem Deutschen Meere voranzubringen. Noch ehe Preußen Hannover gewann, hatte er 1863 in seiner Schrift: „Die Deutsche und Preußische Marine und ihre Häfen" empfohlen, die Bildung einer Fischereigesellschaft mit Domizil in Heppens (Wilhelmshaven) zu begünstigen und Schiffsjungen und Matrosen hinauszusenden*). Sechs Jahre später, nach Vollendung des Norddeutschen Bundes, kam er mit gewohnter Zähigkeit auf jenen Plan zurück, hauptsächlich von dem Wunsch geleitet, auch dem Arbeiter den in früheren Zeiten besessenen Anteil an der Fischnahrung wieder zu verschaffen. „Wir verlangen," schloß er ein im Mai 1869 erschienenes Flugblatt, Fischerei auf hoher See: „die Meeresprodukte nicht für die Tafel der Reichen, sondern zu den billigsten Preisen als Lebensmittel für das Volk. Wenn das Pfund Fisch auf Norderney einen Silbergroschen kostet und ein Pfund Fleisch in Berlin sechs Silbergroschen gilt, so liegt darin auch die Begründung der Forderung, daß die Eisenbahnen genötigt werden, mit allen Zügen billigst

seiner häufigen Schelmenstreiche. Statt die Statue an der Ecke der Leipziger- und Kommandantenstraße zu errichten, den Blick gerichtet auf den Beratungssaal der Preußischen Volksvertretung, welcher Stein die Wege bahnte, stellte man sie unmittelbar vor dem angrenzenden Hause des Geheimen Civilkabinetts auf, eben jener Behörde, deren Vorhandensein ihm zeitlebens den größten Ärger bereitet hatte.

*) Seite 36 jener Schrift. — Die segensreiche Wirksamkeit des jetzt unter von Behr-Schmoldow's eifriger Leitung kräftig blühenden Deutschen Fischerei-Vereins, welchem Harkort sich gleich nach seiner Bildung anschloß, gereichte ihm noch in seinen letzten Lebensjahren zur besonderen Freude.

und in zweckmäßig erbauten Waggons die Beförderung zu übernehmen, und nicht, wie bisher, widerwillig zu verfahren."

In Ansehung der Eisenbahnen hatte die Norddeutsche Verfassung durch ihre Artikel 41 bis 47 dem Bunde weitgehende Befugnisse übertragen; die Regierung jedoch seither keinen Gebrauch davon gemacht. Um daran ernstlich zu erinnern, beantragte Harkort im Mai 1869: das Eisenbahnwesen den Bedürfnissen der Zeit gemäß zu ordnen, insbesondere gleiche Betriebsmittel und Reglements einzuführen, die Haftpflicht zu verschärfen, Güter- und Personentarife, namentlich für Arbeiter und Schüler, herabzusetzen, die Personenwagen bequemer einzurichten, die Nachteile der Differentialtarife möglichst zu beseitigen, den Einpfennigtarif auf eine Anzahl wichtiger, speziell benannter Artikel auszudehnen, endlich auch dritten Personen zu gestatten*), den Gütertransport in eigenen oder gemieteten Fahrzeugen gegen ein angemessenes Zug- oder Bahngeld zu betreiben. Der Antragsteller hatte mit eisernem Fleiße drei Hefte Materialien zusammengetragen und dem Antrage beigegeben, in welchen die Klagen von Reisenden, sowie von Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Fischerei erschöpfend dargelegt waren. Obgleich der Bundeskommissar den Antrag „willkommen" hieß, weil die Regierung darin eine „wohlwollende Aufforderung zu energischer Thätigkeit" im Sinne der von der Verfassung gestellten Aufgabe erblickte, so fand sich doch eine aus Elementen der konservativen und der Manchester-Partei zusammengesetzte Mehrheit, welche den Harkortschen Antrag ablehnte und statt dessen eine laue Resolution annahm. Der Norddeutsche Bund that übrigens ebenso wenig etwas zur dauernden Abhilfe der Beschwerden, als das spätere Deutsche Reich, dessen „Reichseisenbahnamt" ein Messer ohne Klinge geblieben ist. Statt durch ein kräftiges Eisenbahnaufsichtsgesetz die dem Reiche verfassungsmäßig zustehenden Rechte für alle Staats- und Privat-Bahnen wirksam zu machen, ließ man die Übelstände — und mit ihnen die Mißstimmung im Publikum — ungehindert anwachsen, wahrscheinlich in der Absicht, auf diesem Wege die öffentliche Meinung dahin zu treiben, nur in der allgemeinen Verstaatlichung das alleinige Heil zu erblicken.

Die vermeintlich letzte Session des Norddeutschen Reichstags Anfang 1870 verschaffte dem alten Kritiker der Marine eine traurige Satisfaktion. Die meisten im Laufe der Jahre dort oder im Preußischen Abgeordneten-Hause von ihm vorgebrachten Klagen

*) Diese Einrichtung ist bereits im Preußischen Eisenbahngesetze vom 3. November 1838 vorgesehen, jedoch niemals ausgeführt worden.

fanden sich durch die Thatsachen teils bestätigt, teils überholt. Es waren viele Millionen ausgegeben und verhältnismäßig wenig dafür geleistet worden. Den Jahdehafen z. B. hatte man mit $1\frac{1}{2}$ Millionen Thaler angefangen und bis 1870 nach und nach 14 Millionen ausgegeben. „Ich habe oft gewarnt," sagte Harkort am 16. Mai, „freilich hieß es dann, ich sei nur ein „Dilettant"*), das wußten die Herren besser; wenn ich aber von den „Gelehrten der Admiralität" sprach, so wurde ich vor das Polizeigericht gestellt!" Und an einer anderen Stelle, als von den steigenden Bedürfnissen des Militär- und Marine-Etats die Rede war, bemerkte er: „Ich bin der Meinung, daß das nächste Wahlprogramm sein wird: keine höheren Steuern und Abrüstung!"

Die liberalen Abgeordneten Westfalens hatten Harkort, welcher alter Gewohnheit gemäß durch eigene Zeitungs-Berichte aus den Parlamenten stets mit seinen Wählern in Verbindung geblieben war, gebeten, in Gemeinschaft mit zwei Kollegen ein Programm für die im Herbst 1870 bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen zu entwerfen. Der politische Horizont Europas sah durchweg friedlich aus. In solchem Sinne hatte sich Bismarck wiederholt geäußert und Louis Napoleon gar sich durch Emil Ollivier anscheinend zum Konstitutionalismus bekehren lassen. König Wilhelm trank in Ems still seinen Brunnen und nur die Spanier, welche vor zwei Jahren ihre tugendhafte Isabella weggejagt hatten, suchten nach einem anderweiten Herrscher. Niemand ahnte Böses, als diese ihre Krone auch dem gut katholischen, mit den Bonapartes doppelt verwandten Erbprinzen von Hohenzollern, dem Sohne des Ministerpräsidenten der neuen Ära, anboten. Aber Deutschland hatte seine Rechnung auf dauernden Frieden ohne Berücksichtigung der beiden Hauptfaktoren gemacht: die durch Sadowa tödlich verwundete Eitelkeit der Franzosen und ihren Anspruch auf die erste und gebietende Stelle in Europa. Am 14. Juli brachten die Blätter die Kunde von der durch Benedetti übermittelten unverschämten Herausforderung Frankreichs und von König Wilhelms bevorstehender Abreise nach Berlin. Das bedeutete, wie jedermann fühlte: Krieg auf Tod und Leben! Auf den folgenden Tag hatte Harkort seine Kollegen Becker und Berger zu

*) Der Titel „Dilettant" wurde ihm mehrfach gegeben, wenn auf der Ministerbank die Gründe ausgingen. Eines Tages antwortete Harkort: „Ich acceptire den Titel; ja, ich bin ein Dilettant, jedoch ein Dilettant auf meine eigenen Kosten; Sie aber sind Dilettanten auf Staatskosten!"

sich in den Hombruch geladen, um das ihnen aufgetragene Wahlprogramm gemeinsam festzustellen. Schon von fern rief er den Ankommenden entgegen: Jetzt haben wir einfache Arbeit; ein Programm in drei Worten: Haut die Franzosen! Die beiden Jüngeren entwarfen sofort eine kurze Erklärung an die Wähler, die in den Worten gipfelte:

„Wir waren und sind Gegner jeder aggressiven Politik nach außen und bekämpfen das im Innern herrschende Regierungssystem, weil es den wahren Interessen unseres Staates widerspricht. Aber ebenso sehr leben wir der Ueberzeugung, daß angesichts eines vom Auslande in frevelhafter Weise gedrohten Friedensbruches die Zwistigkeiten der Parteien in den Hintergrund treten und die gesammten Kräfte der Nation sich zur Verteidigung der Ehre und der Unabhängigkeit des Vaterlandes vereinigen müssen!

Harkort (Hagen), Becker (Dortmund), Berger (Witten)."

Damit enteilte Becker, um die ungesäumte Veröffentlichung des Aufrufs zu veranlassen — der erste dieser Art, welcher 1870 von Preußischen Abgeordneten erging, doch nur das aussprach, was seit dem Bekanntwerden der Emser Vorfälle im Herzen jedes Deutschen schlummerte. Nun huben jene unvergeßlichen Tage nationaler Begeisterung an, auf welche Harkorts Worte über die Befreiungskriege (S. 111) ungeteilte Anwendung finden: „Wer solche Zeiten erlebte, der preise sich glücklich, denn er hat Großes gesehen! Ja wir sahen Borussias große Tage, wir hörten des Vaterland's heiligen Kriegsruf, auch wir trugen das Kreuz und schwangen das Schwert im Völker- und Schlachten-Sturm" — nur mit dem herrlichen Unterschiede, daß während 1813 Preußen anfangs allein losschlug, 1870 das ganze, zu Schutz und Trutz geeinigte Deutschland seine große Ruhmeszeit in nie erlebtem Glanze emporsteigen sah. Am 15. Juli erfolgte die Einberufung des gesamten Heeres und des Reichstags. Um rechtzeitig zur Eröffnung erscheinen zu können, war Harkort, dessen Bahnzug verspätet in Berlin eintraf, genötigt, in seinem Reise-Anzuge direkt zum Schlosse zu fahren. Auf eine desfallsige Bemerkung des Thürstehers am Weißen Saale antwortete er: „Ich bin vom Könige hierher befohlen und so gekommen, wie ich ging und stand; das wird Sr. Majestät ebenso lieb sein, als wenn ich im Frack und weißer Binde erschienen wäre!" Damit band er sich das Eiserne Kreuz von 1813 ins Knopfloch. Er war der einzige unter den Reichsboten, der das ehrwürdige Zeichen aus dem Befreiungskriege trug.

Wenige Tage später begann der allgemeine Ausmarsch. Welch

ein Abstand zu den Juni-Tagen von 1866! Damals Flüche und Verwünschungen, heute Einigkeit, Entschlossenheit, freudige Siegeszuversicht. Die Bahnhöfe, an denen die gen Westen sich bewegenden Truppenzüge Rast machten, bildeten in jener Zeit die alleinigen Mittelpunkte des Volkslebens. Alt und Jung zog dorthin, die Verteidiger des Vaterlands zu begrüßen, ihnen ein Wort der Teilnahme zuzurufen, ein letztes Labsal zu spenden und die „Wacht am Rhein" mit ihnen zu singen*). Als das Gerücht entstand, der alte Harkort wolle ein Freikorps errichten und selbst damit ins Feld rücken, denn er kännte noch von 1815 her den besten Weg nach Paris, wurde das, trotz seiner 77 Jahre, von vielen geglaubt. Patriotismus und Enthusiasmus hielten in jenen Tagen höchster patriotischer Begeisterung selbst das Unmögliche für möglich. Die gefürchteten ersten zwei Wochen nach der Mobilmachung verflossen, ohne daß ein Franzose den Rhein sah; doch schon standen Hunderttausende tapferer Deutscher drüben, dem frevelhaften Friedensstörer mit Blut und Eisen die verdiente Strafe zu erteilen.

Und jetzt begann die große Zeit, wo Tag für Tag die Kunde von jenen weltgeschichtlichen Siegen eintraf, welche den Erdkreis in sprachloses Erstaunen versetzte. „In Witten wird geschossen; Fahnen heraus!" befahl der alte Veteran, wenn er den Donner der Geschütze vernahm, die sein Eidam dort hatte aufstellen lassen, um durch ihren ehernen Mund der Umgegend unverzüglich die neue Freudenbotschaft zu verkünden. Keine Depesche aber — selbst nicht die berühmte von Sedan — erweckte in Rheinland-Westfalen eine solch tiefgefühlte Freude und Dankbarkeit als jene, die am unvergeßlichen Samstag-Abende des 6. August eintraf und in klassischem

*) Infolge der derzeitigen gänzlichen Einstellung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen ward der auf einer Dienstreise begriffene ultrakonservative Abgeordnete, Schulrat Wantrup, in Witten zurückgehalten und machte von dort aus, in Begleitung des Verfassers, eine Fahrt in den nahegelegenen Hombruch, um seinem Kollegen Harkort, der auch mit politischen Gegnern stets persönlich freundliche Beziehungen unterhielt, einen Besuch abzustatten. Naturgemäß beherrschten die bevorstehenden Kriegsereignisse die ganze Unterhaltung. Falls die Franzosen nicht bis Ende Juli am Rheine standen, erwartete man deutscherseits die entscheidenden Schlachten bei Metz und Chalons, und alsdann baldigen Frieden, wie 1859 in Italien und 1866 in Österreich. „König Wilhelm wird auf den Catalaunischen Feldern zum Deutschen Kaiser ausgerufen werden!" meinte Wantrup. „Darauf wollen wir anstoßen, Kollege," erwiderte Harkort, „Gott gebe nur, daß diese Ihre Prophezeihung ganz reinlich und zweifelsohne sei!" (Die Redensart „reinlich und zweifelsohne" war damals durch Wantrup zu einer eigentümlichen Berühmtheit gelangt.)

Lakonismus die furchtbare Niederlage des Siegers von Sebastopol, von Magenta und Solferino meldete:

Mac Mahon mit dem größten Teile seiner Armee vollständig geschlagen. Franzosen auf Bitsch zurückgeworfen. Auf dem Schlachtfelde bei Wörth. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Denn dieser Sieg, doppelt und dreifach bejubelt, weil in Waffenbrüderschaft mit den Süddeutschen und unter Führung des geliebten Kronprinzen errungen, befreite das westliche Deutschland von der drohenden Gefahr, Schauplatz eines großen Völkerkrieges zu werden. Am nämlichen Tage noch der Kampf bei Spicheren, der das feindliche Heer nach Metz zurückwarf, und dann Mars-la-Tour, und Gravelotte, und Sedan — ein Erfolg noch immer großartiger als der andere, und endlich Belagerung und Einnahme von Straßburg und Metz! Da quoll es empor aus aller Herzen:

Nun laßt die Glocken von Turm zu Turm
Durch's Land frohlocken im Jubelsturm!
Des Flammenstoßes Geleucht' facht an!
Der Herr hat Großes an uns gethan,
Ehre sei Gott in der Höhe!

Als dann aber beim weiteren Fortgange des Krieges die braven Neutralen, die seither nicht Hand noch Fuß gerührt hatten, Deutschland Großmut predigten und dringend warnten, ums Himmelswillen keine Gebietsabtretung von den lieben Franzosen zu fordern, weil das in diesen den Durst nach Rache erwecken würde, da fuhr der Alte im Hombruch grimmig in die Höhe.

„Ohne Zweifel" — rief er seinen Wählern zu — „mit oder ohne Landabtretung werden die Franzosen sich heiser schreien nach Rache für Waterloo, für Sadowa, für Sedan und Paris. Sie werden sich für „die Enkel der Riesen von 1792" halten. Alles gut — nur drei Schritt vom Leibe!!

Sicherstellung für die Zukunft ist unser gerechtes Begehr. Straßburg und Metz sind die stets drohenden Ausfallthore gegen uns; „dem Kaiser und dem Reich geraubt", sang Vater Arndt. Dieses gestohlene Gut fordert nicht Graf Bismarck, sondern Deutschland zurück, um den Fränkischen Einbrüchen einen starken eisernen Riegel vorzuschieben. Dann mindern wir unser Militärbudget um viele Millionen und hören ohne Furcht den Gallischen Hahn krähen.

Straßburg und Metz sollen die Vorposten der Wacht am Rhein sein und das vergossene Blut unsrer Söhne der Kitt der Einigkeit der Deutschen Stämme!

Wer uns nicht lieben kann und will, der mag die Deutſche Fauſt fühlen!

Die Romanen und Germanen können nie enge Freundſchaft ſchließen; allein wir wollen künftig ruhige, ehrliche Nachbarn ſein, indeſſen die goldene Lehre vor Augen halten: „Wer den Frieden aufrichtig liebt, halte ſein Pulver trocken.“

„Straßburg und Metz müſſen um jeden Preis unſer ſein!“

Und ſie wurden unſer, als endlich nach ſiebenmonatlichem ſchwerem Ringen die Kapitulation von Paris und darnach der Abſchluß des vorläufigen Friedens in Verſailles erfolgte. Die mit Ruhm bedeckten Deutſchen Fahnen wendeten ſich heimwärts. Auf Harkorten, von wo der einzige Sohn in das Feld der Ehre gezogen und bis zum Ende des Krieges glücklich behütet worden war, ſchauten die Augen treuer Eltern ſehnſüchtig nach dem Lieblinge aus. Doch er kam nicht. Von ſchweren Strapazen niedergeworfen, lag er am Typhus erkrankt im Lazarett von Dieppe. Vergebens ſuchte der 85jährige Großvater zu tröſten, indem er an das Schickſal ſeines nach den Schlachten von Ligny und Belle-Alliance totgeſagten Bruders Guſtav (S. 138) erinnerte, von welchem nach vollen vier Wochen die Freudenbotſchaft: Er lebt! eingetroffen war. Diesmal war das Schickſal grauſamer. Der ſiebente Johann Kaspar mußte ſein junges Leben in Verteidigung des Vaterlandes hingeben. Er ſtarb am 15. März 1871, fern von den Seinen, am Ufer des atlantiſchen Meeres. Liebende Hände huben dort ſeine Leiche auf, um ſie nach Deutſchland zu bringen und ſie unter den Eichen der geliebten Heimat in ein frühes vielbethränztes Grab zu legen.

Zum letztenmale mußte Harkort auf Andringen ſeiner Freunde bei der Wahl zum erſten Deutſchen Reichstag 1871 das Mandat für Hagen übernehmen. Und ſo erlebte er es noch, daß ſich Rückerts Vers aus des weiland Bundestag elendeſter Zeit bewahrheitete:

Dieſe zweiunddreißig Lappen
Werden aufeinander klappen!

Freilich nicht genau ſo, wie er und ſeine Geſinnungsgenoſſen früher erwartet; auch war Schneider, Nadel und Zwirn von anderer Art geweſen, als ſie gedacht; indeſſen die 32 Lappen hielten doch jetzt zuſammen und bildeten einen wärmeren Rock, als man jemals hatte hoffen dürfen. Dem Ende ſeines achten Jahrzehnts nahe, beſchränkte ſich Harkort fortan auf diejenigen Fragen, die ihm perſönlich entgegengebracht wurden. Zu dieſen gehörte jener viel be-

sprochene Fall der Kondemnation des Stettiner Barkschiffes „Ferdinand Nieß“ durch Portugiesische Behörden, welchen sein in Lissabon wohnender Bruder Christian*) seit Jahren mit äußerster Energie und Zähigkeit verfolgte. Das genannte Fahrzeug war 1863 mit geringer Havarie den Hafen Preira auf den Kap-Verdischen Inseln angelaufen, um dort die nötige Reparatur vorzunehmen. Kaum angekommen, bildete sich eine Bande von Betrügern höherer und niederer Ordnung, unter ihnen der Zolldirektor selbst, welche die Verurteilung des Schiffes wegen angeblicher Seeuntüchtigkeit „zum Abbruch“ herbeizuführen wußte und es dann selbst für ein Spottgeld ankaufte. Statt nun aber abgebrochen zu werden, ward der „Ferdinand Nieß“ nach einer oberflächlichen Wiederherstellungsarbeit auf den Namen des Gouverneurs der Inseln umgetauft und nach Lissabon dirigiert, wo das Schiff, um die Spitzbüberei möglichst zu verdunkeln, nochmals einen neuen Namen erhielt und auf Nimmerwiederkehr nach Amerika verkauft wurde. Das Verhalten der Portugiesischen Behörden, einschließlich der Gerichte, erschien dabei im dunkelsten Lichte; andererseits aber auch wieder vorsichtig genug, um dasselbe nicht zu einem internationalen Beschwerdepunkte anwachsen zu lassen, sofern man in Berlin Neigung gehabt hätte, die Sache energisch zu verfolgen. Die schändliche Betrügerei ist, soviel bekannt, ungesühnt geblieben.

Auf die Bedeutung von Ost-Afrika, das in den letzten Jahren die Augen so vieler Tausende auf sich lenkte und ganz neuerdings Gegenstand eines wichtigen Vertrages zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche geworden ist, machte Harkort schon 1871 aufmerksam, als er die Ernennung eines Konsuls für Quilimane am Mozambique-Kanal beantragte. Der Ort liege, heißt es in den Motiven, am Ausflusse des mächtigen Zambesi-Stromes, welcher das ganze riesige Hinterland aufschließe. Über den Produktenreichtum gingen von den Deutschen Missionaren die günstigsten Schilderungen ein; „der einzige Störenfried an dieser Küste sind die Kolonisten Englands“. Der Deutsche Handel sei dort schon beteiligt und begehre nach Möglichkeit Förderung und Schutz. „Durch einen Konsularagenten würde die Regierung jene Aufschlüsse erlangen, die ihr augenfällig fehlen**). Anders verfährt die Englische Regierung,

*) Mit diesem seinem jüngsten Bruder hatte Harkort schon zu Anfang der sechziger Jahre sich bemüht, der Einfuhr Westfälischer Steinkohlen nach Portugal die Wege zu bahnen.

**) Am 27. Mai 1872 konstatierte Harkort, daß Deutschland an der ganzen ungeheuren Küste von Ost-Afrika, von Port Natal bis Aden, keinen einzigen

welche wachsam die Berichte ihrer Reisenden in Bezug auf Handelsverhältnisse verfolgt." Das Resultat hieß: Tagesordnung. Daß der greise Antragsteller damals den richtigen Weg wies und Deutschland sich bei der gegenwärtigen Teilung des dunklen Erdteils in einer weit günstigeren Position, den anderen Mächten gegenüber, befunden hätte, wenn es rechtzeitig, also gleich nach 1866 und 70, energische Vertreter seiner Interessen dorthin entsendete, wird heute wohl niemand mehr in Abrede stellen.

Wie früh überhaupt Harkort vor anderen Zeitgenossen die Notwendigkeit von Kolonieen für Deutschland und seine so rasch zunehmende Bevölkerung erkannte, ist im achten Kapitel (S. 318) mitgeteilt worden. Selbstverständlich erweckten alle späteren Bemühungen nach jener Richtung hin seine stete Aufmerksamkeit; doch konnten diese bei der Ungunst der politischen Verhältnisse keine Früchte bringen. Die zu Anfang der fünfziger Jahre auf Veranlassung des aus Amerika zurückgekehrten Baron von Bülow in Berlin gebildete Kolonisationsgesellschaft, welche den Staat Costarica in Centralamerika ins Auge faßte, verlief im Sande. Manteuffel, damals auswärtiger Minister, welcher sich lebhaft für die zu bildende Marine interessierte, hatte zwar wegen des dabei in Frage kommenden Hafens von Limon Unterstützung versprochen, aber nicht Wort gehalten. Als später (im Jahre 1866/67) ein unternehmender Westfale, W. Aufermann in New-York, der Sohn eines alten Kriegskameraden Harkorts, an der Spitze einer Amerikanischen Gesellschaft*) den Plan einer Eisenbahn durch Costarica auszuführen suchte und bei diesem Anlasse die Bundesregierung wiederum auf jenen prachtvollen Hafen des Caraibischen Meeres, als Station für die deutsche Flotte, aufmerksam machte, erzielte er keinen besseren Erfolg.

Am Schlusse der ersten Legislaturperiode des ersten Reichstags (24. Juni 1873) schritt Harkort aus dem Saale der Volksvertretung hinaus, um nicht wieder dahin zurückzukehren. Nach 25 ununterbrochenen Dienstjahren, wie sie arbeits- und mühevoller keiner seiner Genossen verlebte, war sein parlamentarisches Tagwerk endlich vollendet. „Die Hauptfrage bleibt eben: wie stark sollen die Panzer sein?" lauteten seine letzten, als Abgeordneter gesprochenen Worte.

Konsul und keinen Kreuzer habe, und bemerkte: „Wenn mir im vorigen Jahre der Regierungskommissar erwiderte, es lohne nicht, es sei dort zu wenig Handel, dann bedaure ich, daß König Salomo vor 3000 Jahren schon klüger war, denn der schickte seine Handelsflotte dorthin, um Geschäfte zu treiben!"

**) Präsident dieser Gesellschaft war J. C. Fremont, der berühmte Pfadfinder nach Kalifornien durch das Felsengebirge.

Dieſelben galten lediglich der Schiffsbekleidung, hätten ſich aber mit demſelben Rechte auf das neugeeinigte Deutſchland ſelbſt beziehen können, deſſen eiſerner Panzer auch nach 1873 von Jahr zu Jahr ſtärker geworden und noch immer ſchwerer zu werden beſtimmt iſt. Moltkes Prophezeiung: Wir werden das, was uns binnen Einem Jahr glorreicher Siege zufiel, fünfzig Jahre hindurch mit Aufbietung aller Kräfte verteidigen müſſen! ſcheint ihre volle Beſtätigung zu finden.

In Wetter, wohin Harkort 1851 nach faſt dreijährigem Aufenthalte in der Hauptſtadt mit den Seinigen zurückkehrte (S. 473), war er nur wenige Jahre geblieben. Sobald der über ein kleines Reſtſtück des Hombruchs ſchwebende Rechtsſtreit zu ſeinen Gunſten entſchieden worden, ſiedelte er dorthin über, wo er ſich auf eigenem Boden ländlicher Ungebundenheit und Einfachheit erfreuen konnte. Seine frühere Wohnung, das ganz bäuerliche „Lehmhaus“*), war freilich mit neun Zehnteln des zugehörigen Grundbeſitzes unter den Hammer gekommen. So ſchmerzlich ihn die Erinnerung an jenen Verluſt ſtets berührte, ſo wenig verminderte dieſelbe ſeine Liebe zu dem Orte, wo er ſich einſt ein neues Heim gegründet hatte, und der jetzt fröhlich wuchs und gedieh. Ein ſchon früher einmal von ihm bewohntes Arbeiterhaus, einſtöckig, ohne Keller, mit dünnen Mauern und gußeiſernen, dem Winde freien Spielraum gewährenden Fenſtern, bot ihm ein Obdach, das genügend zu finden freilich nur ſeine Einfachheit und rührende Anſpruchsloſigkeit möglich machte. Alle die ſchweren Mängel des von Beſuchern mit ſtaunendem Kopfſchütteln betrachteten Bauwerks wurden von dem Eigentümer ſelbſt gänzlich überſehen. Als es eines Tages den Vorſtellungen ſeiner Kinder anſcheinend gelungen war, ihn zur Errichtung eines Anbaues zu bewegen, damit das Haus doch wenigſtens Einen guten und trockenen Raum erhalte, zog er die dafür erteilte Genehmigung bald mit der Erklärung zurück: eine nochmalige genaue Unterſuchung habe ihn überzeugt, daß das Haus allen berechtigten Anſprüchen genüge und keiner Verbeſſerung bedürfe. Dabei behielt es ſein Bewenden.

Trotz jener ſchreienden Mangelhaftigkeit von Dach und Fach war der Hombruch mit ſeinem Wäldchen, Bach, Feld und Wieſe ein kleines Paradies für das Viertelhundert fröhlicher Enkelkinder, welches ſich dort alljährlich um den Großvater zu verſammeln und

*) Ein ſogenannter Piſé-Bau, wie ſie im erſten Drittel des Jahrhunderts mehrfach in Weſtfalen errichtet wurden.

in jugendlicher Freiheit längere oder kürzere Zeit bei ihm zuzubringen pflegte. Auch die dunkeln Schatten finanzieller Bedrängnisse waren seit einer Reihe von Jahren glücklich gewichen. Der Erlös einiger Anteile an Kohlenbergwerken, die er bald nach dem Erwerb des Hombruchs in dessen Nähe gemutet und später vorteilhaft veräußert hatte, ermöglichte es, alle alten Verpflichtungen zu lösen. Der während einer günstigen Konjunktur bewirkte Verkauf von Eisensteinfeldern bei Schwelm verschaffte ihm sogar in seiner letzten Lebensperiode bescheidenen, früher nie geträumten Wohlstand. Andererseits verzichtete er endlich im Alter auch auf Unternehmungen, die über seine Kräfte hinausgingen, so daß schwere Sorgen ihn fortan nicht mehr drückten: „Ich bin jetzt klug geworden", erwiderte er, wenn man ihm von größeren Unternehmungen redete*). Sich aber, nach dem Wunsche aller seiner Kinder, vollständig die verdiente Ruhe zu gönnen, war ihm nicht möglich. „Wer so lange in vielen Geschäften gesteckt hat, wie unser Einer, muß immer etwas um die Hand haben, sonst vertrocknet er!" gab er auf dahingehende Vorschläge ablehnend zur Antwort. So entstanden denn noch in den letzten Jahrzehnten seines Schaffens eine kleine Dampfmühle mit Brotbäckerei und eine Fabrik für Chamottesteine, — Dinge, die natürlich mehr der Vornahme unzähliger gemeinnütziger Versuche aller Art, als dem Erwerbe dienten. Unter dem gleichen Gesichtspunkte wurde Landwirtschaft betrieben, für welche er, gleich seinen fünf Brüdern, stets die ausgesprochenste Vorliebe besaß**). Noch immer dachte Harkort so wenig an die Wahrung seiner eigenen Interessen, daß er, der Vorsitzende der Kommission für die Bergordnung von 1865, die wichtige Vorschrift derselben, Ansprüche auf Vergrößerung von Grubenfeldern binnen einer präklusivischen Frist nach Erlaß des Gesetzes anzumelden, vollständig vergaß und sich dadurch schweren Nachteil zufügte.

Wie klein und dürftig das Heim des alten Herrn war, das sah mit Staunen auch jene Deputation, die sich am 22. Februar 1873 im Hombruch einfand, um namens der Westfälischen Lehrerschaft ihrem alten Fürsprecher Glückwünsche zum 80. Geburtstage zu überbringen. So viel er Jahre zählte, so viel Lehrer waren erschienen;

*) Die letzte der Anlagen dieser Art, bei denen er sich beteiligte, war die Unterkaltenbacher Hütte bei Ründeroth, welche, wie viele andere ähnliche Etablissements, wegen schlechter Transportverhältnisse zum Erliegen kam.

**) Harkort war längere Zeit Vorsitzender des landwirtschaftlichen Vereins für den Kreis Hagen, in welcher Eigenschaft er mehrere interessante Jahresberichte verfaßte.

der Briefe und Telegramme kamen hunderte. Zwei Veteranen der „Einunddreißig" von 1842 (S. 289), Hufschmidt von Unna und Nordhof von Derne, führten die Deputierten. Aus Schloß Corvey, wo er die berühmte Klosterbibliothek verwaltete, sandte Hoffmann von Fallersleben dem langjährigen Freunde ein „Danklied der Schullehrer", und die Lehrer Linneweber von Wehringhausen und Rehbein in Remscheid widmeten dem Geburtstagsgreise schönste dichterische Grüße, von denen der letztere hier eine Stelle finden möge.

Dem Deutschen Manne Deutschen Gruß und einen festen Druck der Hand,
Dem Manne, der der Eiche gleich dem Dräu'n der Stürme widerstand,
Der mit den Wurzeln seiner Kraft des Rechtes Felsengrund umfaßt,
Der nur das Gute stets gewollt, das Schlechte männlich stets gehaßt.
Ein echter Sohn der treuen Mark, erscheint er markig, schlicht und grad',
Kein Freund der Diplomatenkunst, doch destomehr ein Freund der That.
Und schwingt der Rede Waffe er, dann sitzt auch jeder Hieb und Schuß:
So stellt sich unser Harkort dar, ein ganzer Mann aus Einem Guß.
Wie er, ein grauer Kämpe, noch auf seines Volkes Wohlfahrt sinnt,
So hat er einst als Jüngling schon um unsre Freiheit kühn geminnt.
Er war dabei, als Deutschlands Schwert die welsche Brut hinweg gefegt,
Da hat zu unsres Reiches Bau auch er den Grundstein mit gelegt.
Das Eisenkreuz auf seiner Brust, es deckt ein edles Heldenherz,
Das mitgejauchzt und mitgezürnt bei seines Volkes Lust und Schmerz.
Und dieses Volkes Liebe schmückt ihn mehr als aller Orden Glanz,
Sie reicht auch heute tiefbewegt ihm einen vollen frischen Kranz.
Und wie das dichte Lorbeerreis sich um die Silberlocke schlingt,
So hält ein Kreis von Männern heut den wackern Streiter froh umringt. —
Von Männern, die mit Schweiß und Hirn am Deutschen Tempel emsig bau'n,
In deren furchenreiche Stirn die Sorge oft ihr Mal gehau'n.
Sie bringen ihm des Volkes Gruß, das Grüßen ihrer eignen Brust,
Der Lehrerherzen, die sich stets mit ihm in Liebe eins gewußt.
Wie mit des Geistes Flammenblick er schon der Dampfkraft Werth erkannt,
Bevor die Eisenschienen noch sich ländereinend ausgespannt:
So hat auf hoher Warte er des Volkes Bildung sich ersehn,
Durch sie erhofft, durch sie erstrebt des Deutschen Reiches Auferstehn!
Wenn heut ein Lebensodem weht, uns schon umstrahlt des Frührothes Schein:
Er war der neuen Zeit Prophet, Sein Name soll uns heilig sein!

Dem glorreichen Aufschwunge des Deutschen nationalen Geistes von 1870 war ein beschämendes Nachspiel gefolgt — die tolle Schwindelperiode von 1872 und 73. Naturgemäß hatte die Wiederbeschaffung der Kriegsvorräte und die Vermehrung der Verkehrsmittel auf allen Gebieten eine gewaltige Belebung der während des Krieges stockenden gewerblichen Thätigkeit hervorgerufen. Der Zu-

fluß der Französischen Kriegskontribution aber, welche Bismarck zum schweren Schaden des Landes vor der vertragsmäßigen Frist zahlen ließ, die dadurch hervorgerufene Überschwemmung mit barem Gelde und die Kündigung eigener Staatsanleihen trieb die auf raschen und müheloſen Gewinn erpichten Bevölkerungs-Klaſſen gewaltsam ins Börſenſpiel mit Bank-, Eiſenbahn- und Induſtrie-Papieren, ſowie in das faulſte Gründungsweſen hinein. Vergebens warnte der getreue Eckart im Hombruch. „Die pilzartigen Gründungen," rief er entrüſtet in der „Weſtfäliſchen Zeitung" aus, „ſind eine Fallgrube der Moralität und eine Peſt der Börſen geworden!" Laskers Rede im Abgeordnetenhauſe (7. Februar 1873) zwang die Regierung zum Einſchreiten gegen den Eiſenbahnſchwindel, allein die induſtriellen Raubritter blieben davon unberührt! „Das große Kapital bewegt ſich klüglich außerhalb der Sphäre des Staatsanwalts und ſpeiſt ſehr behaglich das kleinere Kapital durch Hilfe der erfindungsreichen Gründer auf, welche irgend ein zum Aufputzen geeignetes Objekt aufſpüren und belegen, und mit oder ohne Beiſtand des Verkäufers, verſchleiert, zu unerhörten Preiſen auf den Markt bringen." Die Warnung fruchtete gar wenig. Mundus vult decipi, ergo — pflegte er, ſonſt kein Freund lateiniſcher Citate, dann kopfſchüttelnd zu ſagen. Der glücklicherweiſe bald eintretende Krach bereitete dem Unweſen das verdiente Ende mit Schrecken.

Ebenſo energiſch wie nach oben ging der echte Volksfreund auch nach unten vor. Der plötzliche rieſige Aufſchwung von Handel und Gewerbe zog eine ungeſunde Anſammlung vagierender Arbeitermaſſen in dem Rheiniſch-Weſtfäliſchen Induſtriebezirk nach ſich; und wie alle Kriege, ſo hatte auch jener von 1870 eine traurige Verminderung der Achtung des Menſchenlebens und eine erſchreckende Vermehrung der Angriffsfälle auf Geſundheit und Sicherheit der Mitbürger im Gefolge. Die Zahl derartiger Attentate wuchs auf ſchreckenerregende Weiſe. Um hier Abhilfe zu ſchaffen und die Gerichtshöfe zu ſchärferer Handhabung der Strafgeſetze zu veranlaſſen, begann Harkort im Sommer 1873 alle zu ſeiner Kenntnis gelangenden Verbrechen und Vergehen gegen die Sicherheit der Perſon und des Eigentums (Raub) allmonatlich zuſammenzuſtellen und unter dem Titel „Zeitungsleſe" bekannt zu machen. Die Preſſe taufte dieſe umfangreichen, beſchämenden Tabellen, deren Veröffentlichung Harkort ſcharfe Angriffe der ſozialdemokratiſchen Blätter zuzog, auf den Namen „Brutalitäts-Statiſtik" und ihr Herausgeber knüpfte folgende Bemerkungen an dieſelben:

„Die Induſtriebezirke erhalten aus allen Provinzen Zuzug;

die Bevölkerung repräsentiert also einen Durchschnitt der Arbeiterbildung des Staates.

Fast ausnahmsweise fallen die groben Verbrechen auf die unteren Klassen; ein Zeugnis, daß der Staat die Volksbildung vernachlässigte.

Mit dem steigenden Verdienst wächst auch die Zügellosigkeit und Brutalität als Folge der Völlerei.

Junge Leute bilden die Mehrzahl der Uebelthäter.

Die Polizei ist zu schwach, schlecht organisiert, ohne gehörige Vollmacht; das Strafgesetzbuch zu milde in Betreff der Körperverletzungen durch Messer und Waffen, Ueberfall und tödliche Folgen.

Trunkenheit verdient, laut dem jüngsten französischen Gesetz, Strafe und darf kein Entschuldigungsgrund sein.

Die Kontrolle über die Führung der Arbeiter dem Lohnherrn gegenüber fehlt; der Contractbruch über Nacht ist die Tagesordnung.

Im Interesse der Arbeiter und Ordnung setze man der Ueberzahl der mehrtägigen Feste und dem blauen Montag Schranken.

Für die Jugend von 14 bis 18 Jahren sind obligatorische Fortbildungsschulen dringendes Bedürfnis." — —

Seitdem die Gesetzgebung durch Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts der Sozialdemokratie freiwillig die schärfste Waffe zur Bekämpfung der seitherigen Gesellschaftsordnung in die Hand gedrückt hatte, waren die Führer erfolgreich bemüht gewesen, die ihnen willens- und urteilslos folgende Masse möglichst mit ihren Arbeitgebern zu verhetzen. Wo früher Ordnung, Frieden und gutes Einvernehmen zwischen dem Brotherrn und Arbeiter herrschte, kam jetzt an vielen Orten das Gegenteil zur Erscheinung, mochten auch die Löhne während der günstigen Geschäftsperiode noch so hoch steigen. Ein 1872 im rheinischen Teile des Ruhr-Industriebezirks ausgebrochener großer Streik wurde, da er sich auf die überwiegend protestantischen Kreise der Grafschaft Mark nicht auszudehnen vermochte, nach einigen Wochen unterdrückt; indessen glomm, teilweise durch den Kulturkampf unterhalten, das Feuer unter der Asche fort. Als dann der sogenannte Krach eine tiefgreifende und langdauernde Stockung in fast allen Gewerben hervorrief, traten die bösen Folgen der Schwindelzeit in erschreckendem Umfange hervor. Es fehlte an Arbeit; die Löhne waren gesunken, die Bedürfnisse aber, für Männer wie für Frauen, insbesondere die früher nicht gekannten, geblieben, und die Jugend verwildert. Nachdem er schon 1870 (Waldenburger Streik) und in späteren Fällen vor Aus

schreitungen und Völlerei ernsthaft gewarnt, griff der 82jährige Greis, welcher vor 30 Jahren in seinen „Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation und Emancipation der untern Klassen", als der erste in Westfalen, dem besitzenden Teile der Bevölkerung seine Pflichten gegen die Minderbegüterten vorgehalten hatte, nochmals zur Feder, um, gleich wie in der Revolution von 1848, jetzt den Arbeitern Vernunft zu predigen und ihnen unter Hinweis auf die im Vergleich mit früheren Zeiten unendlich verbesserte Lebenshaltung der unteren Volkskreise zu beweisen, wie nur Fleiß, Treue, Mäßigkeit, Sittlichkeit und Ordnung die bleibenden Fundamente der Zufriedenheit und des Wohlergehens seien; und daß dort, wo diese Tugenden nicht walteten, auch bei noch so hohen Löhnen sittlicher und materieller Ruin eintreten müsse. Sein „Arbeiterspiegel"*), wie er das nur einen Druckbogen umfassende Schriftchen nannte, redete mit gewohntem Ernste zu denen, die es anging, und traf abermals den Nagel auf den Kopf. Von der sozialdemokratischen Presse aufs heftigste befehdet, erlebte es ein Dutzend Auflagen, wurde in verschiedene Sprachen übersetzt und trug wesentlich dazu bei, die noch nicht ganz verlorenen Kreise zur Besonnenheit zurückzuführen. Alfred Krupp in Essen erbat sich von dem Verfasser die Erlaubnis, den Arbeiterspiegel abdrucken zu dürfen und verteilte denselben an tausende seiner Arbeiter. In einem von ihm geschriebenen Vorworte sagt Krupp von Harkort:

„Schon vor 50 Jahren hat derselbe Mann und jetzt hochbetagte Greis viele Arbeiter beschäftigt; er war derjenige, der vor circa 45 Jahren zuerst den Puddelproceß in Deutschland, und zwar in Wetter an der Ruhr, einführte; trotz Kosten, Mühen und Gefahren. Hunderttausende von Menschen haben jetzt in Deutschland ihr Brod von dieser so wichtig gewordenen Industrie.

„Damals, als ich noch wenige Arbeiter beschäftigte, habe ich seinen Unternehmungsgeist bewundert und verdanke ihm und andern großen Beispielen die Anregung zu eigenem Streben. Wenn ein Mann, der seit seinem Rücktritt aus der gewerblichen Thätigkeit sein Leben durch Sinnen, Wort und Schrift so reichlich dem Wohle der arbeitenden Klassen und namentlich der Volksbildung gewidmet hat, eine Schrift wie diese veröffentlicht, so darf dieselbe wohl als ein Gruß an seine Schützlinge, als ein am Lebensabend geschriebenes Vermächtnis angesehen und geehrt werden."

Krupp besuchte Harkort, welcher schon zu dessen 1826 früh

*) Hagen, Verlag von Gustav Butz. 1875—77.

verstorbenem Vater in Beziehungen*) gestanden hatte, im Hombruch. Bei ihm erregte das kleine, ärmliche Haus, in welchem er den alten Herrn fand, nicht das geringste Befremden. Hatte er doch selbst in einem ganz ähnlichen Bauwerk, dem Wohnhause seiner Eltern, das pietätsvoll inmitten der ungeheuren Essener Fabrik aufrecht erhalten werden muß, mit seiner Familie „eine Reihe von Jahren des Elends und des Kummers" durchlebt und „in der Dachstube Hunderte von Nächten in Sorge und fieberhafter Angst mit wenig Aussicht auf die Zukunft durchwacht und schließlich die Erfüllung der kühnsten Hoffnung erlebt"**). Es war ein seltener Anblick, diese beiden merkwürdigen Männer in Harkorts kleinem Arbeitsstübchen zusammen zu sehen. Der eine von ihnen hatte seine ganze Kraft unausgesetzt auf Einen Gegenstand konzentiert und war zum ersten Industriellen der Welt emporgewachsen; — der andere, welcher seine Talente dem gemeinen Wohl widmete und seine eigenen Interessen hintenansetzte, mußte Gott danken, endlich im hohen Alter von den gemeinen Sorgen befreit zu sein, die ihn fast während der ganzen Lebenszeit gedrückt, jedoch nie von seinem Wege abgebracht hatten. Nach Essen zurückgekehrt, sandte Krupp eine Abbildung seines Elternhauses — eines ehrwürdigeren Stammsitzes als hunderte von Ritterburgen! — an seinen alten Freund im Hombruch, dessen Zuneigung er sich insbesondere durch konsequente Ablehnung des ihm angebotenen Adelstitels wie durch die ausgezeichneten Wohlfahrts-Einrichtungen für seine Arbeiter erworben hatte.

Als Harkort einige Wochen später den Besuch Krupps erwiederte, erfüllte er gleichzeitig eine liebe Freundespflicht, indem er in Essen seinen alten Kriegskameraden von 1815, den Bergrat Haardt, aufsuchte. Im blutigen Gefecht bei Jumet schwer verwundet (S. 126) und von den Franzosen gefangen genommen, war Haardt am Morgen nach Belle-Alliance von seinen die Wahlstatt des 15. Juni passierenden siegreichen Kameraden befreit worden, während sein neben ihm blessierter Freund sich noch zum Hauptkorps durch-

*) Das heutige Essener Etablissement wurde 1815 durch Fr. Krupp, den Großvater des jetzigen Besitzers, in Gemeinschaft mit dem Mechaniker Nicolai gegründet. Den ersten brauchbaren Gußstahl in Westfalen fabrizierte Friedrich Lohmann in Witten, dessen Material schon im Jahre 1812 durch die Kaiserlich Französische Gesellschaft zur Ermunterung des Kunstfleißes in Paris sorgfältig geprüft und für Schneidwerkzeuge sehr brauchbar gefunden wurde. Vergleiche Nr. 261 der amtlichen „Nachrichten des Ruhrdepartements" vom 2. Oktober 1812; Druck von J. G. Nedelmann in Dortmund.

**) Eigene Worte. Vgl. D. Baedeker: Alfred Krupp und die Entwickelung der Gußstahlfabrik zu Essen. — S. 116.

zuſchlagen vermocht hatte. „Ich mußte die Unterhaltung vorzeitig abbrechen, damit mich die Rührung nicht übermanne!“ erzählte Harkort nach ſeiner Rückkunft, und Haardt ſchrieb ihm folgenden Tags: „Unſerm lieben Gott im Himmel habe ich geſtern gedankt, daß er mir in meinem hohen Alter die Freude bereitete, Dich wiederzuſehen und Dir vor meinem Tode noch einmal die Hand zu drücken.“

Selbſtverſtändlich blieb das Hauptintereſſe des letzten Lebens-Jahrzehnts der Schulſache gewidmet. Nach ſeinem Ausſcheiden aus der Landesvertretung ſchrieb Harkort „Bemerkungen über die Preußiſche Volksſchule unter dem Miniſterium des Herrn von Mühler“*), in welchen er die Miſère während der zehnjährigen Herrſchaft dieſes Mannes ſchilderte. Endlich ſchlug aber auch hier die Stunde des Verhängniſſes. Doch nicht die notoriſche langjährige Unzufriedenheit des Landes und des Abgeordnetenhauſes mit ſeiner Verwaltung führte Mühlers Sturz herbei, ſondern die Kriegserklärung Roms gegen den modernen Staat, die Proklamierung der Unfehlbarkeit, die Herſtellung des päpſtlichen Abſolutismus in der römiſchen Kirche. Falk wurde als Nachfolger berufen und ſetzte, gegen den heftigſten Widerſtand der verbündeten Klerikalen und Konſervativen, das wichtige Geſetz durch, welches die Aufſicht über alle Unterrichtsanſtalten und die Ernennung der Schulinſpektoren dem Staate zurückgab. Nachdem dieſe Grundlage gelegt, neue, mit den beſten Abſichten für die Schule beſeelte Kräfte an die Spitze der Unterrichtsverwaltung geſtellt worden waren, die Franzöſiſche Kriegskontribution hinreichende Mittel geſchafft hatte, auch der Staat im Kampfe gegen Rom der Mitwirkung der Schule und Lehrer dringend bedurfte, hielt Harkort den Augenblick gekommen, wieder auf den endlichen Erlaß des Geſetzes über die Volksſchule und Seminare zu dringen. „Die Finanzen ſtehen blühender da wie je, die fünf Milliarden gehören nicht allein dem Heere, ſondern auch die Schule hat gerechte Anſprüche daran; der Staat zahle ſeine Schuld!“ mahnte er in einer Petition vom Januar 1873. 1875 ließ er, in ſeinem 83. Lebensjahre, die — abgeſehen von vielen Aufſätzen in Tageblättern — letzte ſeiner Schriften im Intereſſe des öffentlichen Unterrichts ausgehen: „Die Preußiſche Volksſchule und ihre Vertretung im Abgeordnetenhauſe von 1848 bis 1873“**), ein Überblick über ein Vierteljahrhundert unausgeſetzten Kampfes, auf welchen gleichfalls das Wort Brünnecks (S. 391) bezüglich der Thätigkeit Har-

*) Berlin 1871; bei Troitzſch und Oſtertag.

**) Hagen, bei G. Butz, 1875.

korts im Jahre 1848 vollste Anwendung finden konnte: „Er hat mehr gethan, denn wir Alle!"

Für die im unteren Geschoß des Stein-Turmes eingerichtete Halle hatte Harkort die Ausschmückung mit Brustbildern berühmter Westfalen in Aussicht genommen. 1874 ward mit der feierlichen Aufstellung der Büste Diesterwegs (geb. 29. Oktober 1790 zu Siegen) der Anfang gemacht, welcher im folgenden Jahre die Feier des hundertjährigen Geburtstages des um die Pflege der Schulen Westfalens und insbesondere des Gesanges verdienten Oberkonsistorialrats Natorp (S. 90) folgte. Gern beging auch der alte Landwehrmann an dem zu einem beliebten Ausflugsorte gewordenen Denkmal des berühmten Adoptivsohnes Westfalens den Jahrestag der Leipziger Völkerschlacht. Er wollte die Großthaten der Befreiungskriege nicht von den durch Schlachtenglück so sehr begünstigten, gewaltigen Ereignissen der letzten Jahre in den Hintergrund drängen lassen. „Ihr habt Eure vollste Schuldigkeit gethan," pflegte er zu sagen, wenn er mit jungen Kriegern zusammentraf, „aber Ihr dürft nicht hochmütig werden und nicht vergessen, daß Land und Volk in ganz Deutschland sich 1870 in einer Fülle der Kraft und Macht und Wehrfähigkeit befand, von denen wir armen Teufel von 1813 gar keine Ahnung hatten." Und dann erzählte er den verwundert Aufhorchenden, wie sich die Märkischen Freiwilligen Weihnachten 1813 in Holzschuhen und Arbeitskleidern in Dortmund versammelt hatten und, ohne Waffen und Uniform, mit dem Knittel in der Hand zur Feldarmee in Holland gestoßen waren (S. 112).

Unter den politischen Aufsätzen des letzten Jahrzehnts verdient eine Serie von Artikeln in der Hagener Zeitung: „Rückblicke eines alten Parlamentariers" Aufmerksamkeit. Besonders erfreute ihn, wenn die Ereignisse späterer Zeit Vorschläge und Vorhersagungen aus der Periode seines Jugend- und Mannesalters bewahrheiteten. „Ich weiß wohl," äußerte er in solchen Fällen, „daß ich früher meinen faulen Zeitgenossen zu rasch vorangestürmt und darüber oft hart gescholten worden bin; bekomme aber trotzdem in meinem hohen Alter noch recht!" Die doktrinäre Haltung der Parteien in handelspolitischen Fragen tadelte er ebenso lebhaft, wie jene heftigen häuslichen Streitigkeiten zwischen den einzelnen liberalen Fraktionen, aus deren Anlaß dieselben in beiden Parlamenten 1876 und 1878 die früher besessene Mehrheit verloren. Die Kompromisse der Nationalliberalen widersprachen seinem entschiedenen Wesen durchaus; nichtsdestoweniger erklärte er die fortwährenden Angriffe des linken Flügels auf die gemäßigtere Seite für schwere taktische Fehler.

„Man besorgt nur die Geschäfte seiner Gegner," sagte er, „wenn man stets, mit dem Partei-Katechismus in der Hand, bei den eigenen Leuten heruminquiriert, ob sie auch in jedem Falle den augenblicklich herrschenden Glauben bekennen!" Bei der nach den scheußlichen Attentaten auf Kaiser Wilhelm erfolgten Auflösung und Neuwahl des Reichstags (Juli 1878) schloß er einen diesbezüglichen Artikel mit den in fetter Schrift gedruckten Worten:

„Wir verlangen von jedem Reichstagskandidaten, daß er mit den Liberalen aller Parteien Hand in Hand gehe, um den obscuren Geistern vereint siegreich entgegenzutreten. Die Parteikämpfe mögen später ausgefochten werden!"

Mit dieser Mahnung zum Frieden und zur Eintracht unter Gesinnungsverwandten nahm Harkort vom öffentlichen Leben Abschied. Sechzig Jahre waren verflossen, seit er, ein 25jähriger junger Mann, im März 1818 seine Wirksamkeit begann und sich*) kühn und rückhaltslos an die Seite des wackern Götz vom Rheine (S. 191) stellte, als dieser verfassungsmäßiges Volksrecht und bürgerliche Freiheit begehrte. Jetzt, nach mehr als halbhundertjährigem Kampfe, legte er die Waffen nieder — des mühe- und segensvollen Lebens Ende nahte heran.

Bis zum Jahre 1876 erfreute sich Harkort einer wahrhaft eisernen Gesundheit. Alle Mühen, Kämpfe und Sorgen seines bewegten Lebens hatten ihn nicht um eine Linie gebeugt; er stand aufrecht gleich einer wetterfesten Eiche. Noch ins höchste Alter hinein blieb er körperlich schön, und unausgesetzte Geistesarbeit sowie steter Verkehr mit jüngeren Männern erhielt ihn auch geistig frisch. Seine Gestalt wirkte ebenso eindrucksvoll wie ehrfurchtgebietend. Aus dem gesunden, leicht gebräunten Antlitze strahlten zwei tiefblaue Augen voll Ernst und freundlicher Würde, und das silberweiße Haar umfloß es, wie das Haupt des Olympiers. Auch in der einfachsten Kleidung wirkte die Erscheinung dieses, die Tugenden des edlen Demokraten in sich vereinigenden, Mannes als die eines echten Aristokraten. Wo er unbekannt eintrat, richteten sich alsbald aller Augen auf ihn, mit der stummen Frage: Wer ist der Mann? und rasch flogen ihm die Herzen entgegen. Doch erst im vertrauten persönlichen Umgange lernte man ihn ganz schätzen. Wer das Glück

*) „Hermann" von 1818, Nr. 20.

gehabt hat, mit ihm in kleinem Kreise oder am gescheuerten Tische in Trarbachs Weinstube*) zu sitzen und den berühmten sauren „Moselkutscher" zu trinken, vergißt diese Stunden nicht. Dort gab er die besten Schätze seiner interessanten Erlebnisse und Erfahrungen, die schönsten Perlen seines nie verletzenden Humors und seiner Satyre zum Besten; suchte jedoch nie das Gespräch zu beherrschen, sondern erfreute sich herzlich auch der geringsten Gabe, die von den Anwesenden zur allgemeinen Unterhaltung und Fröhlichkeit beigetragen wurde. Unreines oder Zweideutiges in seiner Gegenwart auch nur von ferne zu berühren, wagte keiner.

Als er den siebzigsten Geburtstag feierte und einer der glückwünschenden Freunde ihn, die liebliche Idylle von Voß travestierend, mit dem redlichen Tamm verglich, wies er das weit von sich. „Nein, nein," antwortete er, „das paßt durchaus nicht für mich! Zur Seite des wärmenden Ofens habe ich selten gesessen und einen

— — „Lehnstuhl, welcher mit Schnitzwerk
Und braunnarbigem Zucht voll schwellender Haare geziert war"

in meinem Hause niemals zu sehen bekommen. Ich halte es vielmehr mit der Frau Schulmeisterin, die sich rühmte: sie sei von eisernem Kerne der Vorwelt. Dieser eiserne Kern wird hoffentlich noch ein Jahrzehnt bei mir vorhalten und mich darin Gutes erleben lassen!"**) Also geschah es. Doch als er wirklich 80 Jahre alt wurde und dann einer seiner Angehörigen den Wunsch aussprach, er möge sich fortan die wohlverdiente Ruhe gönnen, gab er etwas ärgerlich zur Antwort: wenn man nur noch wenige Jahre vor sich habe und gesund sei, so müsse man die Zeit erst recht ausnutzen. Mit 80 Jahren besaß er in der That noch eine höchst seltene Frische.

*) Seine Vorliebe für dies, allen Westfalen bekannte, Lokal datierte aus dem Sturmjahr 1848. Im niedrigen Schenkzimmer des kleinen (unlängst abgebrochenen) Hauses Behrenstraße 25 hing ein eingerahmter Ruppiner Bilderbogen, den alten Fritz zu Pferde darstellend. Dieser war eines Tages verschwunden und auf Befragen erklärte der Wirt, einige demokratische Gäste hätten von ihm verlangt, das häßliche, „reaktionäre Ding" zu beseitigen, und er diesem Ansinnen, der Kundschaft wegen, willfahren müssen. „Nun gut," erklärte Harkort, „dann werden meine Freunde und ich ausrücken, wenn Sie das Bild nicht sofort wieder an seinen Platz bringen!" Das geschah augenblicklich unter großem Beifall aller Anwesenden; der alte Fritz blieb fortan ungeschoren und Trarbach das Harkortsche Hauptquartier. Domprobst Holzer, Delius, Pauli, Metzmacher, der rote Becker, Berger, die Brüder Pieschel, Kreutz, Larz, Frenzel, der jüngere Windthorst u. a. waren dort während der Session seine treuen Gefährten.

**) In das Jahrzehnt, von dem er hier sprach, fielen die für Deutschland entscheidenden Jahre 1864, 1866 und 1870.

Eine Brille begann er erst jetzt zu gebrauchen. Als er in jener Lebensperiode einst einen Eisenbahnzug versäumte, der ihn zu einer öffentlichen Versammlung nach Haspe bringen sollte, ergriff der Achtzigjährige kurz entschlossen einen Stock und legte den 4 Meilen langen Weg zu Fuß zurück. An Ort und Stelle angekommen, entschuldigte er sein verspätetes Erscheinen bei den Anwesenden, ohne der Fußwanderung, die nur zufällig bekannt wurde, zu gedenken. Erstaunt sahen die jüngeren Männer einander an und fragten leise: Wer von uns hätte dem Alten das wohl nachgemacht?

Endlich aber kam der Stoß, welcher auch den Widerstand dieser scheinbar unerschütterlichen Gesundheit brach. Während des Aufenthaltes am schönen Siebengebirge, wo Harkort ein einfaches Haus erworben, um sich dorthin aus dem Kohlenstaube des Hombruchs für einige Wochen des Jahres zurückziehen zu können, befiel ihn im Herbst 1876 eine schwere, die Brust in Mitleidenschaft ziehende Erkältung, die ihn auf lange Zeit ins Krankenzimmer bannte. Schon glaubte man im Publikum das Schlimmste befürchten zu müssen, als er sich noch einmal — freilich ohne die alte Kraft — wieder erhob. Der 84. Geburtstag des Genesenen ward darum mit doppelter Freude gefeiert. Aus allen Teilen Deutschlands vereinigten sich die Lehrer zu einer Riesen-Adresse, die ihm mit Tausenden von Unterschriften, in 80 großen Heften gesammelt, überreicht wurde. „Mehr denn je," hieß es in dem prächtig ausgestatteten Schriftstücke, „war bei der beunruhigenden Nachricht über Ihre lebensgefährliche Erkrankung allen Freunden der Volksschule vor die Seele getreten, welcher große Verlust sie bedrohte. Mehr denn je waren sie von der Überzeugung durchdrungen, daß in Friedrich Harkort sich das höchste Maß dessen verkörpert habe, was je an Liebe und Hingebung für die Volksschule und deren Lehrer gezeigt worden ist." — —

Die Berliner Lehrerschaft beging den Tag durch eine allgemeine Feier und Rede des Lehrers Clausnitzer, während die befreundeten Parlaments-Kollegen, Harkorts eigener lieber Gewohnheit folgend, ihm zu Ehren sich bei Trarbach zu einem Fischessen versammelten. In seiner Wohnung umgaben den Greis, neben den Familien-Angehörigen, die ständigen treuen Geburtstagsgäste der letzten Jahre: Metzmacher, der ältere Schmidt (Elberfeld), Rittershaus, Köttgen und einige alte Lehrerfreunde*).

Nach mehreren Wochen fühlte er sich wieder hinreichend ge-

*) Harkorts Geburtstag (22. Februar) war auch derjenige von George Washington.

kräftigt, um im Hombruch in einem der Räume seiner früheren Gießerei eine Handwerkerschule einrichten zu können. Der unentgeltlich erteilte Unterricht umfaßte Zeichnen nach Modellen, Fachzeichnen, Modellieren sowie andere verwandte Fächer, und fand bei der Jugend des Ortes rege Teilnahme. Im folgenden Jahre vermochte er es noch, eine — erst nach seinem Tode als Manuskript für Freunde gedruckte — historische Schrift unter dem Titel „Beiträge zur Geschichte Westfalens und der Grafschaft Mark" zusammenzustellen. Das Vorwort bemerkte:

„Weder Vorbildung noch Beruf haben mir, dem Industriellen, eine bescheidene Stellung unter den Litteraten angewiesen; und wenn ich es trotzdem wage, im Alter von 85 Jahren nachfolgende Blätter dem Drucke zu übergeben, so erlaube ich mir die Motive anzugeben. Von Jugend auf war ich ein Freund allgemeiner Geschichte, namentlich der meines engeren Vaterlandes Westfalens und der Grafschaft Mark. Während eines Zeitraums von 50 Jahren sammelte ich auf einzelnen Blättern solche Nachrichten, welche sich hauptsächlich auf die Fortschritte der Cultur und der Gewerbe beziehen und in alten Chroniken wenig Beachtung fanden*). Ein mannigfach bewegtes Leben nahm meine Zeit so in Anspruch, daß ich die Papiere nicht zusammenstellen konnte und in jüngster Zeit verhinderte mich ein Augenübel, selbst zu lesen und zu schreiben; darum bedurfte ich fremder Hülfe. Diese wurde mir abwechselnd freundlichst gewährt von meinen nächsten Verwandten, einer meiner Töchter und mehreren Enkelinnen, denen ich hiermit für ihre Freundlichkeit meinen herzlichsten Dank abstatte. Ich hoffe, daß sich nach mir bessere Federn mit diesen Gegenständen beschäftigen werden. Bei der Herausgabe meiner kleinen Schrift liegt das Motiv zu Grunde, meiner Familie und meinen Freunden ein Zeichen der Erinnerung an mich zu hinterlassen, da ich bald meine letzte Schicht in die Grube verfahre, aus welcher kein Bergmann zurückkehrt."

Diese letzte Schicht rückte näher und näher heran; doch ließ sie den Lebensmüden noch lange warten und schmerzliche Tage gingen vorauf, ehe er das Ziel erreichte. Von dem kraftvollen Geschlechte des vierten Johann Kaspar auf Harkorten blieb Fritz als der letzte übrig. Die beiden jüngsten Söhne, Eduard (S. 177) und Christian, hatten ihr Grab an den Ufern des Atlantischen Meeres gefunden; der eine in jungen Jahren in Texas, der andere 1874 zu Lissabon. Die

*) Seine Neigung und sein Fleiß im Sammeln von Notizen aller Art waren bewunderungswürdig. Nichts, was gewußt zu werden verdiente, blieb ihm gleichgiltig.

einzige Tochter Jette, Witwe des Hagener Bürgermeisters Dahlenkamp (vgl. Kap. VI), eine merkwürdige Frau von seltener Kraft und Pflichttreue, hochgeachtet von allen, die sie kannten, erreichte ein Alter von 86 Jahren. Von den beiden Leipziger Brüdern starb Karl 1856, Gustav 1865. Als man den letzteren in die Gruft senkte, klang ihm das schöne Wort nach: „Nicht, als ob ein Einzelner dahin geschieden sei, ist es uns; sondern als sei ein Licht erloschen!“ — „Tiefer und wahrer,“ schrieb einer seiner Freunde*) in einer biographischen Skizze, „konnte nicht ausgesprochen werden, was damals die Bürgerschaft Leipzigs bewegte. Sie war gewohnt, mit Ehrerbietung und unbegrenztem Vertrauen zu dem Manne aufzublicken, der in makelloser Reinheit der Sitten, in unerschütterlicher Festigkeit des Willens, in selbstloser Einfachheit ein ganzes Menschenalter hindurch den Stempel seines Wesens dem Leben Leipzigs aufgedrückt zu haben schien, weil er stets an die besten Elemente dieses Lebens sich gewendet hatte, der vor allem als der Urheber der stolzesten Bürgerthat galt, welche in der Geschichte Leipzigs verzeichnet ist“**). Diese seine That fand nach seinem Tode die wohlverdiente äußere Anerkennung durch die am 9. Juli 1878 erfolgte Aufstellung von Gustav Harkorts Kolossalbüste gegenüber dem Dresdener Bahnhofe in Leipzig. Doch nicht nur für die Gründung der ersten großen Eisenbahn Deutschlands, sondern auch für die Errichtung der allgemeinen Deutschen Creditanstalt war ihm seine Adoptivvaterstadt zu Dank verpflichtet. Ebenso ist seiner Westfälischen Zähigkeit und Opferwilligkeit zum großen Teil die Entwickelung und Blüte der Zwickauer Steinkohlenindustrie zuzuschreiben. Gleichwie die Stimme des Volkes von Westfalen dem älteren Bruder dankbar bekannte: „Fritz Harkort macht uns das Bett und wir andern legen uns hinein!“ so galt in Leipzig von dem jüngeren das Wort: „Neben Gustav Harkorts Namen darf jeder getrost den eigenen Namen setzen; denn dabei ist nie Unehre zu holen.“

Im August 1877 bettete man auch den ältesten der Brüder, Johann Kaspar den fünften, in die Familiengruft unter den Eichen auf Harkorten, dicht neben dem Enkel, der sein junges Leben im Kampfe für das Vaterland hatte dahingeben müssen. Er, der körperlich schwächste seiner Geschwister, erreichte mit 92 Jahren das höchste Alter von ihnen allen. Nur mit Mühe noch vermochte Friedrich dem Bruder und Stammeshaupte das letzte Ehrengeleite zu geben. Es war ein tief ergreifender Anblick, als der 84jährige

*) Der 1890 verstorbene Generalkonsul R. Wachsmuth in Leipzig.

**) Vergl. S. 251 und 275.

dem 92jährigen die drei Hände voll Erde auf den Sarg warf. Mit ihm selbst ging es fortan mehr und mehr abwärts. Vom Herbst 1878 an trat sichtlicher Verfall der Kräfte ein, welchen auch die hingebendste Pflege seiner ältesten Tochter, die seit fast dreißig Jahren seinem Hause vorstand, nicht aufzuhalten vermochte. Der Gedanke, seiner Glieder nicht mehr Herr zu sein, war ihm, der niemals für sich auch nur die geringste persönliche Hilfeleistung geduldet hatte, besonders niederdrückend. Und sein eiserner Körper rang noch viele Monate mit dem Tode. Zwar wurde der 88. Geburtstag noch von den auswärtigen Freunden und Verehrern gefeiert, wohl flogen noch viele Telegramme in den stillen Hombruch: aber sie fanden nur einen Sterbenden. Am Sonnabend, den 6. März 1880, fuhr Fritz Harkort zur letzten Schicht an, von wannen keine Wiederkehr. Der Tod war ihm eine Erlösung. Als das Herz des treuen Volksfreundes zum letzten Schlage ausholte, zeigte die Uhr die Mittagsstunde. Die silbergekränzte hohe Stirn, hinter welcher so viele große und edle Gedanken geschlummert hatten, trat im Tode noch prächtiger hervor als im Leben.

An einem wunderbar schönen Frühlingstage trugen sie ihn aus dem kleinen epheuumrankten Hause hinaus. Den Sarg hatte der Verstorbene schon vor Jahren aus dem festen Holze eines selbstgepflanzten Baumes des Hombrucher Wäldchens herstellen lassen, damit er bereit stehe, wenn seine letzte Stunde schlage. Die Leiche bedeckte man mit der Flagge des „Rhein", der ihn einst vor 42 Jahren in Sturm und Ungewitter nach England hinübergetragen; auf dem Sarge lagen das Eiserne Kreuz und der Degen aus den Befreiungskriegen. Die Lokomotive „Wilhelm Ostermann" — so genannt nach Harkorts treuem Parteigenossen aus der National-Versammlung, dem früh verstorbenen Direktor der Bergisch-Märkischen Eisenbahn — führte den Sarg, die Familie und das nächste Leichengefolge aus Barop nach Wetter. Am Bahnhofe erwartete den Trauerzug eine unzählige Menschenmenge; viele aus weiter Ferne herbeigeeilt, vornehm und gering, Deputationen, Vereine und einzelne, um den Toten zur letzten Ruhestätte im Walde von Schede zu geleiten. Dort hatte 1832 die Mutter des letzten Gutsherrn im Schatten majestätischer, die Kronen gleich einem Dome zusammenwölbender Buchen für ihre Familie einen Friedhof herstellen und durch den Baumeister von Hartmann, nach einem Muster vom Athenaischen Hekatombaion, mit einer hohen Dorischen Säule

ſchmücken laſſen. An der Weſtſeite der Umfriedigungsmauer, neben der ihm faſt ein halbes Jahrhundert im Tode voraufgegangenen Gattin, war das Grab gegraben. Lehrer ſenkten den Sarg in die Gruft und ſangen den herrlichen Choral „Jeſus meine Zuverſicht“; Pfarrer Hengſtenberg, der in hellen wie in dunklen Tagen bewährte

Nachbar und Freund der Familie, ſprach Gebet und Segen, junge Krieger gaben dem Veteranen von 1813 drei Salven über das Grab und dann warfen liebende Hände Erde auf den mit Lorbeer- und Eichen-Kränzen bedeckten Sarg. Keine Rede wurde gehalten; „ich will weder gelobt noch getadelt ſein!“ hatte er beſtimmt. So ward, dem letzten Willen des Heimgegangenen gemäß, ſchlicht und

ohne jeden Prunk der sterbliche Teil von Friedrich Harkort der heimatlichen Erde zurückgegeben, die er so sehr geliebt. Eine einfache, in die Mauer eingelassene Marmortafel, mit Namen, Geburts- und Todes-Tag, bezeichnet die Stelle, wo die wiedervereinten Gatten ruhen.

Denen, die ihm die letzte Ehre erwiesen, hatte der Heimgegangene untersagen können, ihrer Liebe und Dankbarkeit für ihn am offenen Grabe Worte zu verleihen. Den Organen der öffentlichen Meinung vermochte er ein solches Verbot nicht aufzuerlegen. Diese waren in allen Parteien, frühere Gegner nicht ausgeschlossen — persönliche Feinde hatte er zu keiner Zeit gehabt —, einmütig in aufrichtiger Anerkennung der machtvollen Persönlichkeit des seltenen Mannes, wie dessen, was er erstrebt und erreicht hatte. Ihre Kenntnis seines Wirkens erschien freilich auffallend gering. Woher sollte sie auch dem jüngeren Geschlechte kommen? Der Verstorbene selbst hatte nie von sich gesprochen und der Glanz der großen Ereignisse der letzten dreißig Jahre die Erinnerung an früheres Verdienst, sowie die Kenntnis der Thaten des einzelnen, der rastlos in kleinerem Kreise schafft, mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Die Nekrologe verschiedener Zeitungen nannten sogar jenen, welcher während der größten Zeit seines Lebens nie von drückenden Sorgen frei geworden, einen reichen Mann oder gar Millionär. Das grundwahre Wort Martin Luthers: „Die so auf allgemeinen Nutzen trachten, können nicht ihrem eigenen Nutzen anhängen!“ schien ganz in Vergessenheit geraten zu sein. Die Eisenbahn-Direktion in Elberfeld machte nach einigen Jahren bekannt, sie sei auf ihren Antrag von dem Minister der öffentlichen Arbeiten ermächtigt worden, einer neuen Schnellzugs-Lokomotive den Namen „Fritz Harkort“ zu geben, „um auf diese Weise die hervorragenden Verdienste ehrend anzuerkennen, welche sich der hochverehrte Träger dieses Namens um die Westfälische Eisen- und Stahl-Industrie und damit zugleich auch um die Entwickelung des Eisenbahnwesens, erworben habe“. Von direktem Verdienst des Gefeierten um das Deutsche Eisenbahnwesen, speziell von der Thatsache, daß dieser schon vor mehr als einem halben Jahrhundert, als der Erste in ganz Deutschland, dringend zur Anlage von Eisenbahnen aufforderte — von dieser Thatsache scheint jene Behörde ebenso wenig etwas gewußt zu haben als andere.

Eine von Afingers Meisterhand gefertigte Büste Harkorts im

Greiſenalter wurde in der Halle des Stein-Turmes aufgeſtellt*). Mit dieſer Ehrenbezeugung aber wollte ſich das Dankgefühl ſeiner Weſtfäliſchen Landsleute nicht genügen laſſen. Bald nach ſeinem Tode trat ein aus den angeſehenſten Männern der Lande Mark und Berg gebildetes Komitee mit dem Vorſchlage hervor, Harkort, gleichwie Stein und Vincke, ein Denkmal auf einer der ſchönen Bergkuppen des Ruhrthales zu errichten. Der Gedanke fand all-

ſeitige, freudige Zuſtimmung; Meinungsverſchiedenheit entſtand nur, wie in ſolchen Fällen Deutſche Regel, bezüglich des geeignetſten Ortes der Aufſtellung. Der „Nacken“ bei Herdecke, eine die Ausſicht in das Ruhrthal mit jener nach Dortmund und in den Hellweg vereinigenden Höhe, ſtand in Wettbewerb mit dem „Alten

*) Ein im Jahre 1860 von W. Volkhart in Düſſeldorf gemaltes ausgezeichnetes Ölbildnis Harkorts befindet ſich im Beſitze des Verfaſſers.

Stamm", der prächtigen steilen Felsenwand des Ardey-Gebirges, die vor hundert Jahren schon Steins Lieblingssitz gewesen war, und auf deren südöstlichem Abhange Burg und Freiheit Wetter thronen. Schließlich mußte das Los zwischen den beiden vorgeschlagenen Standorten entscheiden und traf den Alten Stamm. Der Vorstand des Ausschusses (J. Funcke, C. Elbers, Landgerichtsrat Dulheuer, Lehrer Koch und C. Gravemann) übertrug die Ausführung des Denkmals, eines über 80 Fuß hohen, mächtigen Turmes in gotischem Stile, dem Architekten Kuhlmann aus Wetter, welcher sich dieser Aufgabe ehrenvoll entledigte.

Am 19. Oktober 1884 konnte unter großer Teilnahme der Bevölkerung von nah und fern das herrlich gelegene Monument, von dessen Zinne man nach den Wäldern von Harkorten, den Ruinen von Wetter und Volmarstein, dem Stein- und Vincke-Turm, auf den sich um den Fuß des Gebirges schlängelnden Strom und zahlreiche blühende Städte und Dörfer hinabschaut, feierlich übergeben werden. Emil Rittershaus weihte den Bau durch folgende ergreifende Dichtung:

Versammelt sind wir an dem Strand der Ruhr
zu einem Fest in roter Erde Reich.
Es ragt ein Denkmal in Westfalens Flur
für einen Mann, dem wenig Männer gleich,
Für einen Mann, der stets in Wort und That
zum Heil des Volkes lebte, strebte, stritt,
Der von der Ehre festem, grabem Pfad
um keinen Zoll breit je zur Seite schritt,
Der schon sein Blut vergoß fürs Vaterland
in heißer Schlacht, als er ein Jüngling war,
Und der noch zu der Freiheit Banner stand
mit Jugendmut in silberweißem Haar!
Nie hat er schöne Phrasen aufgespielt,
den Köder, der so manchen Gimpel fängt,
Noch minder je nach hoher Gunst geschielt
und seinen Mantel nach dem Wind gehängt!

Das sind des Volkes Männer, die zuerst
sich sagen, wenn sie treten in die Welt:
Schau, wie Du Deines Volkes Glück vermehrst,
und dann es lehrst, wie es sein Glück erhält!
Kein Volk ist freien Sinnes, stolz und stark,
zu allem Hohen bleibt es träg und matt,
Wenn ihm der Hunger zehrt am Lebensmark,
wenn es die Not als Tischgenossin hat.
Seht ihr die Schlote ragen rings im Kreis,
die Hütten, wo der Märker Eisen reckt?

Das Volk in Rheinland und Weſtfalen weiß,
wer neuen Wohlſtands Quellen ihm entdeckt,
Weiß, wer es war, der unabläſſig ſann,
wie man des Glückes Siegespreis gewinnt!
Es war der Sohn der Mark, der deutſche Mann,
zu deſſen Ehren wir verſammelt ſind.
Die mächt'gen Türme unſrer Induſtrie,
die ſchlanken Obelisken unſrer Zeit:
Denkmäler ſind für jenen Mann auch ſie,
dem dieſes Monument Verehrung weiht!

Wohl beten wir um unſer täglich Brod
zu Gott, wie es der Heiland uns gelehrt,
Doch auch ums Brod des Geiſtes thut es Not —
und Ehr' dem Stand, der das dem Volk beſcheert!
Das ſind die Männer, denen anvertraut
die Jugend, daß in ernſter Schule Zucht
Sie lerne, wie des Lebens Acker baut
mit Weisheit man für wahren Segens Frucht!
Das ſind die Männer, die den hohen Schatz
der Zukunft uns zu hüten ſind beſtimmt!
In jedem hat und hält den erſten Platz,
was er aus Kinderjahren mit ſich nimmt.
Ehr' jenem Stande, der mit ſaurer Müh'
das Brot des Wiſſens reicht und unterweiſt
Die Jugend, daß im Herzen wachſ' und blüh'
in lichter Schönheit echter deutſcher Geiſt!
Für jenen Stand: wie manche Lanze brach
zu ſeinem Wohl „Weſtfalens alter Fritz"!
Wenn er von Euch, der Schule Meiſtern, ſprach,
wie flammte ſeines hellen Auges Blitz!
Er hat Euch lieb gehabt! Ihr wißt es all',
wie Ihr ihm in der tiefſten Seele wert —
Und ſagen ſoll's nun Eurer Lieder Schall,
wie Ihr den Freund, den allzeit treuen, ehrt! —

Und Werkmann, Du, mit rußgeſchwärzter Hand,
der Du den Hammer ſchwingſt in Dampf und Rauch,
Du weißt, es war in Liebe zugewandt
des Volksmanns Sinn dem Allerärmſten auch!
In Deine Werkſtatt trat er hin zu Dir,
war Dir Berater und ein Helfer gern;
Du weißt, es trieb ihn nie des Goldes Gier
und alle eitle Ruhmſucht war ihm fern.
Nicht als ein Kröſus ging er aus der Welt!
Sprach er vom Volk, dacht' er an ſich zuletzt!
Er hat ſich in der Menſchheit Dienſt geſtellt
und hat ſein ganzes Herzblut dran geſetzt!

Er hat mit lautem Wort gemahnt, gewarnt,
wenn gift'ge Zungen böſen Haß geſchürt,
Wenn er von Lügenlehren ſah umgarnt
das Volk, von ſchnöder Gaukelkunſt verführt.
Wenn ihr ihn in des Volkes Rat berieft,
zu keiner Stund' war Arbeit ihm zu ſchwer.
Für jedes heil'ge Recht, das uns verbrieft,
im Felde ſtand kein beſſ'rer Mann, als er!
Für jedes edle Werk die off'ne Hand
mit Freudigkeit bis zu dem letzten Tag —
Und für den Kaiſer und das Vaterland
ſchlug hoch ſein Herz bis zu dem letzten Schlag!

Das Denkmal Steins, vom Kaiſerberge ſchaut
herüber es hier zu dem „alten Stamm".
Wir wiſſen all', durch wen es aufgebaut
dort auf dem waldgekrönten Hügelkamm,
Wir wiſſen, weſſen Wort es eingeweiht,
ein Wort, das tief in unſre Seelen drang —
Und heute wieder Kopf an Kopf gereiht,
wie damals Weiherede und Geſang!

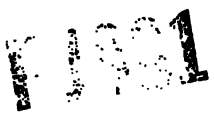
Der Deutſchen Edelſtein! So nanntеſt laut
den Mann Du, den die Welt bewundernd nennt,
Und auf dem „alten Stamm" iſt Dir erbaut,
Weſtfalens alter Fritz, Dein Monument, —
Sei Du der alte Stamm, darin bewahrt
für künft'ge Reiſer liegt noch Lebenskraft;
Mit dem gefall'nen Recken gleicher Art
heb' aufwärts ſich der jungen Sproſſen Schaft!
Sei Du der alte Stamm, deß' Krone zwar,
vom Tod gebrochen, niederſinken mußt',
Doch der mit ſeinen Wurzeln wunderbar
noch wächſt und wuchert in des Volkes Bruſt.
Sei Du der alte Stamm, daran ſich hält,
Wenn hoch des Tages wilde Woge ſteigt,
Im Sturm der Zeiten feſt die junge Welt,
daß ſie ſich Deiner immer würdig zeigt!
Sie leb' und ſtrebe fort in Deinem Geiſt!
So ehrt man Dich am beſten immerfort,
Mehr als das ſchönſte Ehrenmal Dich preiſt,
mehr als durch reichſten, wärmſten Lobes Wort.
Wir wollen's thun — und unſre Jugend ſoll
an Dir, eh' ſie zum Lebenskampf ſich ſtellt,
Sich prüfen, prüfen der Verehrung voll,
und lernen, wie man ſchafft zum Heil der Welt.
Von Dir, dem Greiſe, lerne ſie es noch:
Nicht im Genuß, wie's feile Selbſtſucht lehrt,

Im Ringen nach dem Idealen doch
liegt nur des Lebens Kern und wahrer Wert!
Von Dir, dem **Mann**: Des Mannes Pflicht gebeut's,
er leb' der Welt und nicht nur sich allein!
Von Dir, dem **Jüngling**, der das Eisenkreuz
sich holte in des Krieges Wetterschein:
Wie man die Waffe führt mit wucht'gem Streich
und mutig steht, umloht vom Schlachtenblitz,
Getreu dem Kaiser und dem Deutschen Reich! — —
Ein dreifach Hoch Westfalens altem Fritz!

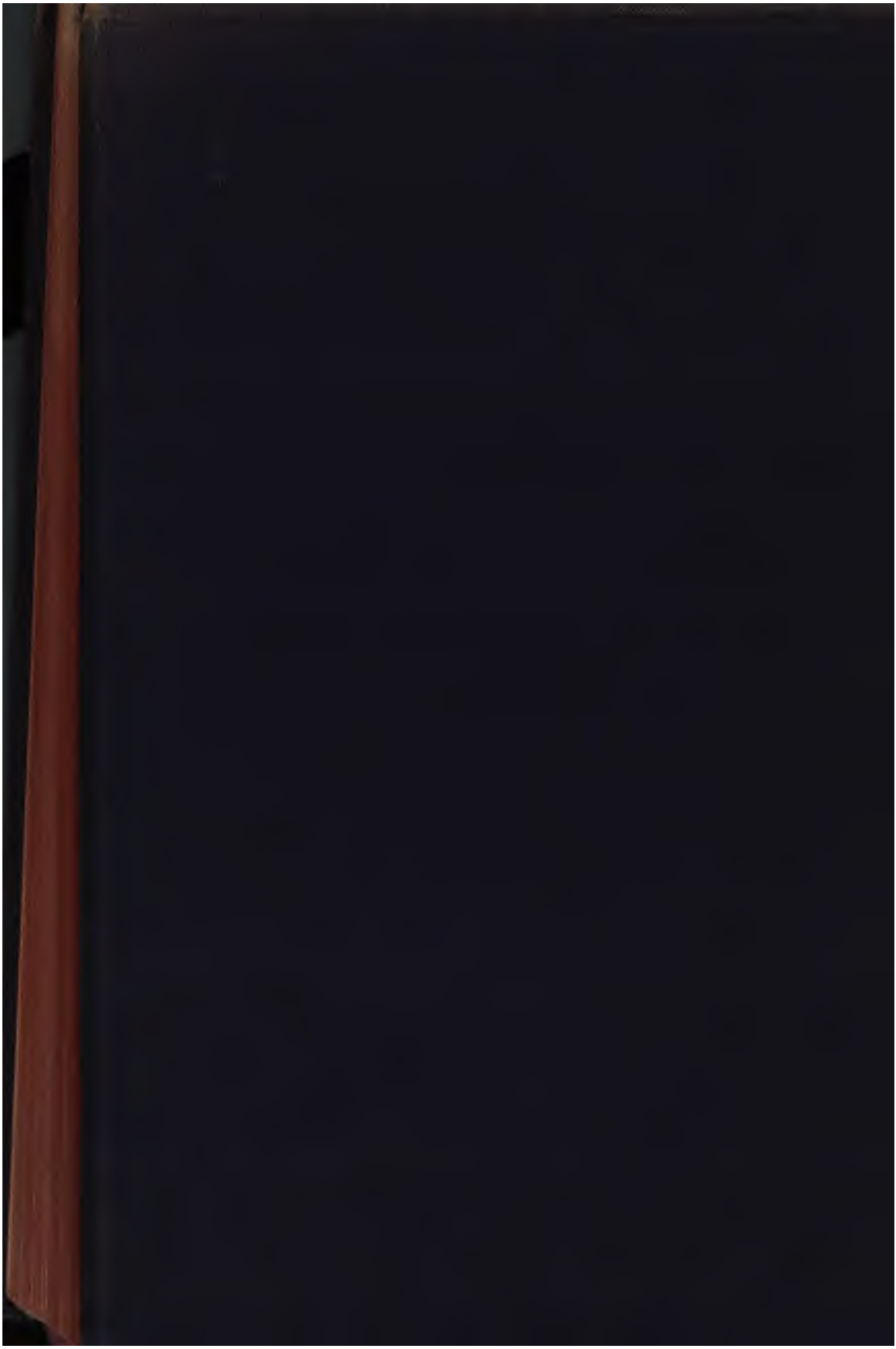
Zu den Füßen des Denkmals versammelt sich alljährlich zu fröhlichem Wettspiel in allen körperlichen Übungen die kernhafte Turnerschaft der Märkischen Gaue. Tausende ziehen an diesem Tage die turmgekrönte Höhe hinan, um teilzunehmen an dem „Harkortbergfest", wie der Volksmund diese volkstümliche Feier getauft hat, und sich der stetig fortschreitenden Kräftigung der Deutschen Jünglinge zu erfreuen, denen dereinst des geliebten Vaterlandes Verteidigung und Wohlfahrt anvertraut sein wird. Möge diese Jugend des Westfälischen Mannes eingedenk bleiben, welcher, wie es die Weiheworte des Rheinischen Dichters so schön aussprechen, als Jüngling, als Mann und als Greis uns allen, und ihnen insbesondere, ein leuchtendes Vorbild selbstloser Hingebung und Pflichterfüllung war, und wie selten einer jenen alten Deutschen Schöffen-Eid wahr gemacht hat, der am Eingang dieses Buches steht und jetzt dessen Ende bilden soll:

Ich will des Landes Beste raten und das nicht lassen um Weib noch um Kind, um Vater noch um Mutter, um Schwester noch um Bruder, noch um keinerlei Gist oder Gabe, noch um Neid, noch um Habe, noch um Not, noch um eines Herren Willen, noch um Furcht vor dem Tod.

Druck von C. Grumbach in Leipzig.



THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
GRADUATE LIBRARY

DATE DUE

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 02660 5991